Rote Armee Fraktion

Texte und Materialien zur Geschichte der RAF

ID-Verlag

Rote Armee Fraktion

Texte und Materialien zur Geschichte der RAF

ID-Verlag
— Berlin —

Rote Armee Fraktion
Texte und Materialien zur Geschichte der RAF

ID-Verlag
Independent Verlagsgesellschaft
Postfach 360205
D-10972 Berlin

ISBN: 3-89408-065-5

1. Auflage 1997

Herausgeber:
ID-Verlag

Der Verlag bedankt sich bei allen, die mit Materialien und Diskussionen zu diesem Buch beigetragen haben.

Bearbeitung: Martin Hoffmann
Anmerkungen: M.D.
Umschlag: SupportAgentur, Berlin
Layout: seb, Hamburg
Texterfassung: Gudrun Grundmann, Berlin
Druck: Winddruck, Siegen

Buchhandelsauslieferungen:
BRD & Österreich: SoVa, Frankfurt/M.
Schweiz: Pinkus Genossenschaft
Niederlande: Papieren Tijger

Internet:
Texte dieser Ausgabe sind im Internet auf dem Nadir-Server unter folgender Adresse zu finden: http://www.nadir.org

Inhalt

III

IV

Vorwort

Das Jahr 1997 wird in die deutsche Medienlandschaft als ein ganz besonderes Jubiläumsjahr eingehen. In zahlreichen Artikelserien, Fernsehsendungen und biographischen Erinnerungen sind die Ereignisse vom 2. Juni 1967 und der »Deutsche Herbst« 1977 behandelt worden. Die Erschießung Benno Ohnesorgs von einem Polizisten während der Anti-Schah Demonstration in Berlin gilt als der Beginn der Radikalisierung der Studentenbewegung. Der Schlußpunkt dieser Entwicklung wird mit der Entführung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers und den toten Gefangenen der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe am 18.10.1977 in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim gesetzt. Der antiautoritären Studentenbewegung von 1967 ff. werden ehrbare Motive und einen positiven Einfluß auf die Demokratisierung der Gesellschaft zugestanden. Dagegen gilt der Deutsche Herbst und die RAF als Höhepunkt der terroristischen Eskalation von einer kleinen Gruppe, die dem Staat den Krieg erklärt hatte. Für den Großteil der Medien sind es durchgeknallte Desperados gewesen, deren politische Motive von Anfang an fehlgeleitet waren. Dass zu diesem Mainstreamdenken kaum Widerspruch erfolgt, Auflagenzahlen und Quoten stimmen, ist bekanntlich kein Beweis für die Richtigkeit dieser Darstellungen.

Natürlich existiert ein direkter Zusammenhang zwischen der Radikalisierung der Studentenbewegung, der Gründung der RAF, der Zuspitzung in der Konfrontation zwischen RAF und Staat, die im Herbst 1977 ihren Höhepunkt fand, ihre Fortdauer aber noch bis in die jüngere Vergangenheit erfuhr. In allen Untersuchungen zur Geschichte der RAF ist dies ein Grundkonsens.[1] Sicherlich besteht keine Zwangsläufigkeit vom 2. Juni 1967 zum bewaffneten Kampf der RAF, aber es gibt genügend politische und persönliche Berührungspunkte von mittlerweile etablierten Linken zu in der RAF und anderen bewaffneten Gruppen Organisierten.

Heutzutage hat sich jedoch in weiten Teilen der Linken das Bewußtsein durchgesetzt, daß die RAF, als Organisation, die seit mehr als 25 Jahren den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik praktiziert, quasi außerhalb jedweder Diskussion steht. Die Gründe für die in der Vergangenheit kaum stattgefundenen Auseinandersetzungen liegen gleichmaßen bei der RAF, der Linken und der Repression des Staates.

Bis 1988 verstand sich die RAF als bewaffnete Avantgarde, die Linke wurde zumeist attackiert und nur als Projektionsfläche benutzt. Ihr Bezugspunkt waren einzig und allein die sogenannten antiimperialistischen Gruppen. Auch deshalb wurde es der Linken einfach gemacht, sich von der RAF zu distanzieren. Zudem wurden die Versuche der öffentlichen politischen Diskussion mit der RAF-Politik, die sich nicht eindeutig als Distanzierung verstand, von 1970 an staatlicherseits durchweg kriminalisiert.[2]

Mit den RAF-Erklärungen vom April und August 1992, der Ankündigung, die bisherige Praxis zu der Politik von tödlichen Angriffen gegen Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft zu überprüfen, wurde eine grundlegende Neuorientierung sichtbar. Die RAF stellte fest, daß ihr Projekt »Bewaffneter Kampf in den Metropolen« bereits seit lan-

gem an Grenzen gestoßen sei. Gleichzeitig hegte sie die Erwartung, in einer breiteren Form über die Perspektive des gesamten linksradikalen Spektrums diskutieren zu wollen.

Dass die in den Papieren gewünschte Auseinandersetzung zur Perspektive revolutionärer Politik jedoch nicht zustande kam, ist angesichts der zwei Jahrzehnte unterbrochenen Kommunikation mit dem größten Teil der Linken, dem desolaten Zustand der militanten Linken und dem Eingeständnis der Niederlage der RAF kaum verwunderlich. Zudem steht die in den zwei Papieren von 1992 angekündigte Reflexion der eigenen Geschichte ebenfalls noch aus.[3]

Zwanzig Jahre nach dem Deutschen Herbst liegt nun erstmals eine weitgehend vollständige Sammlung von Texten der Roten Armee Fraktion vor. Anhand der historischen Dokumente läßt sich die Entwicklung der RAF in ihrer Theorie und Praxis nachvollziehen: von der Vorstellung des Konzepts Stadtguerilla aus dem Jahr 1970, der theoretischen Begründung einer antiimperialistischen Front von 1982 bis zu den sogenannten Deeskalationserklärungen von 1992.

Zwangsläufig hat dieses Buchprojekt jedoch auch seine Grenzen. Tausende Briefe und Erklärungen der Gefangenen und die Akten der Rechtsanwälte zu den RAF-Prozessen konnten für diese Publikation nicht berücksichtigt werden. Auch stand uns das unter Verschluß stehende Material mit den Strategiepapieren der staatlicher Behörden gegen die RAF und den Gefangenen aus der RAF nicht zur Verfügung. All das wäre Grundlage für eine allumfassende historische Beschäftigung mit der RAF. Die Geschichte der RAF aufzuarbeiten, ist Sache der Linken, allerdings müssen auch hierfür politische, organisatorische und finanzielle Grundvoraussetzungen geschaffen sein.[4]

Von offizieller Seite ist in den nächsten Jahren mit einer seriösen Untersuchung nicht zu rechnen, obwohl seit Jahrzehnten Millionen in Forschungsprojekte zum Thema »Terrorismus« fließen. Denn die Geschichte der RAF ist auch eine der bundesdeutschen Geheimdienste, Polizei- und Justizbehörden sowie der politischen Parteien.

Bei dem vorliegenden Dokumentenband waren die arbeitstechnischen und ökonomischen Kapazitäten des Verlages beschränkt. Die Herausgabe wurden von keiner Institution gefördert. Deshalb gilt ein besonderer Dank an die »Freizeitarchivare«, die uns mit ihren Materialien unterstützt haben, und an einige ehemalige Gefangene aus der RAF, die mit Anregungen und Kritik zu dem Buch beigetragen haben.

Im Jahr 1997 ist ein erneutes Interesse, das auch wegen des Medienhypes weit über den kleinen Kreis der noch existierenden militanten Linke reicht, an der Beschäftigung mit der Geschichte der Linken entstanden. Ehemalige Gefangene, die nach 15, 20 oder 22 Jahren Haft entlassen werden, nehmen mit großer Resonanz auf öffentlichen Veranstaltungen zu ihrer Vergangenheit Stellung, geben Interviews im *Spiegel* und anderen großen Zeitungen und publizieren Bücher.[5] Daß bei den momentanen Reflexionen der ehemaligen RAF-Aktiven meist die subjektiven politischen Erfahrungen (vor der RAF, als Teil der RAF und als Gefangener aus der RAF) im Mittelpunkt stehen, ist sicher verständlich. Die notwendige Auseinandersetzung mit der Geschichte der Theorie und Praxis von fast drei Jahrzehnten Rote Armee Fraktion wird vielleicht in der nächsten Zeit intensiviert. Dieses Buch versteht sich als eine Grundlage zu solch einer Untersuchung.

Zur Konzeption des Buches:

Die Vorbemerkungen
sollen kurz die gesellschaftlichen Entwicklungen und die jeweilige politische Situation skizzieren. Sie orientieren sich an den Texten und Aktionen der RAF und lassen damit zwangsläufig andere politische Strömungen, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Einfluß, außer acht. Angerissen wird auch das konkrete Wechselverhältnis von RAF und Staat. Zwar werden in den Vorbemerkungen Widersprüche und Kritiken von Gruppen der Linken an der Politik der RAF aufgegriffen, in der Kürze kann aber hier keine fundierte Auseinandersetzung mit der Politik der RAF geleistet werden. Absicht des Verlages war es, das hierfür notwendige dokumentarische Material zur Verfügung zu stellen.

Die Originaltexte
sind chronologisch angeordnet.

Aufgenommen wurden Texte:

– die als Rote Armee Fraktion gezeichnet wurden und von denen keine Dementis seitens der RAF vorliegen. Als Vorlagen dienten zugängliche Archivmaterialien sowie Veröffentlichungen in linken Zeitschriften und eigenständige Publikationen. In den Texten wurden weitgehend auf Hervorhebungen (kursive und fette Schrift, Sperrdrucke) verzichtet, da in den allermeisten Fällen kein Zugriff auf den zuerst erschienenen Originaltext bestand. Bei den späteren vielfachen Veröffentlichungen wurden oftmals Hervorhebungen seitens der jeweiligen Herausgeber eingeführt, ausgelassen oder verändert. Eine Rekonstruktion aller Texte für den gesamten Komplex ist nicht möglich gewesen.

– Der Text »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa« von 1971 wurde, entgegen der bisherigen Praxis wie z.B. bei dem 1977 erschienen Buch *Texte: RAF*, mitaufgenommen. Horst Mahler, als Autor, wurde durch eine Erklärung der Gefangenen aus der RAF am 27. September 1974 aus der RAF ausgeschlossen. Und auch wenn es evtl. bereits während der Drucklegung des Textes zu Dissonanzen innerhalb der RAF gekommen sein sollte, wurde der Text unter der Autorenschaft »Kollektiv RAF« in der Öffentlichkeit lanciert. Deshalb ist eine Dokumentation in diesem Buch selbstverständlich. Auf weiter Zuordnungen der Autorenschaft, vor allem der ersten Texte, wie sie in verschiedenen Publikationen erfolgen (u.a. in: *Analysen zum Terrorismus* Beispiel: »vermutlich: Ulrike Meinhof«), wird in diesem Buch nicht eingegangen.

– In die Originaltexte wurden die Hungerstreikerklärungen mitaufgenommen, da sie die Situation und den Stand der Diskussion der Gefangenen aus der RAF wiedergeben und auch wesentlichen Einfluß auf die Politik der RAF hatten.

Für die politische Diskussion der Gefangenen und die Politik der RAF sind auch die Vielzahl der Briefe und Prozeßerklärungen von Bedeutung.[6] Aus konzeptionellen Gründen war es nicht möglich, diese Texte in das vorliegende Buch zu übernehmen. Ausnahmen bilden Auszüge aus der »Erklärung zur Sache« von 1976 (Prozeßerklärung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe) und die »Erklärung zu ’77« (Prozeßerklärung von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt). Sie wurden aufgenommen, weil sie als wichtige inhaltliche Positionspapiere zu verstehen sind und sich mit einer

Phase in der RAF-Geschichte beschäftigen, die in den Originaltexten ansonsten kaum behandelt werden. Die »Erklärung zur Sache« wurde der Flugschrift »zusammen kämpfen« entnommen, quasi eine von der RAF autorisierte Fassung. Es soll zwar noch eine vollständige Version existieren, trotz Bemühungen unsererseits konnte jedoch keine Vorlage gefunden werden.

Die Anmerkungen
wurden zum besseren Verständnis der Originaltexte nachträglich erarbeitet. Es wurde versucht, Namen, Organisationen und Ereignisse, die aus den Texten nicht oder nur schwer verständlich sind bzw. deren Wissen darüber heute nicht vorausgesetzt werden kann, transparenter zu machen.

Die Chronologie der Geschichte der RAF
stellt noch einmal in Kürze die Aktionen der RAF, Verhaftungen und Verurteilungen dar. Es ist eine Ergänzung zu den Vorbemerkungen, eine Vollständigkeit konnte jedoch nicht gewährleistet werden.

Die Auswahlbibliographien
sollen dokumentieren, daß es seitens der Gefangenen aus der RAF eine Vielzahl von veröffentlichten Erklärungen und Briefe gibt, die meisten sind allerdings nur in wenigen Archiven zugänglich.

Ebenfalls gab es von Beginn an eine, wenn auch nicht allzu intensive, Auseinandersetzung innerhalb der Linken mit der Politik der RAF. Einige der u.E. wichtigsten Kritikpapiere finden sich in der Bibliographie.

Die Register
beziehen sich nur auf die Originaltexte und haben den Zweck, ein schnelles stichpunktartiges Auffinden zu erleichtern.

Anmerkungen:

1 Siehe die 5 Bände »Analysen zum Terrorismus«, Westdeutscher Verlag 1981–1984 mit insgesamt über 2 000 Seiten. Herausgegeben wurden diese Studien vom Bundesminister des Inneren. Aus der wissenschaftlichen Literatur empfehlenswert ist die Publikation »Angriff auf das Herz des Staates«, vor allem die Beiträge darin von Heinz Steinert: »Erinnerung an den ›linken Terrorismus‹« und Sebastian Scheerer »Deutschland: Die ausgebürgerte Linke«.

2 Die Geschichte staatlicher Zensur gegen Veröffentlichungen von RAF-Texten und Texten von Gefangenen aus der RAF, aber auch gegen Diskussionsbeiträge mit der RAF-Politik würde ein eigenständiges Buch füllen. Es sollen hier nur ein paar exemplarische Beispiel angeführt werden:
• 28.10.1971: Drei Wochen nach Erscheinen wird das im Berliner Wagenbach Verlag publizierte Buch »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa. Kollektiv RAF« beschlagnahmt, es werden die Verlagsauslieferung und hunderte von Buchhandlungen durchsucht, in der Druckerei werden die Druckplatten unter Verschluß genommen.
• 16.6.1972: Zwei Wochen nach der Erklärung der RAF über Tonband auf dem Teach-In der Roten Hilfe in Frankfurt/Main werden die Geschäftsräume des Verlages Roter Stern durchsucht. Es wird umfangreiches Schrift-, Ton- und Filmmaterial konfisziert.
• 3.7.1973: Gegen den Verleger Klaus Wagenbach verhängt das Berliner Amtsgericht Tiergarten eine Geldstrafe von 500,– DM. In dem von Wagenbach herausgegebenen »Roten Kalender für Lehrlinge und Schüler 1973« war der Tod von Benno Ohnesorg, Ian McLeod, Thomas Weisbecker und Georg von Rauch, die von Polizisten erschossen wurden, als Mord bezeichnet.

• 20.12.1974: Die Kölner Druckerei »Betrieb« und die Büroräume des Kölner Volksblatt werden durchsucht, sie sollen ein Info-Blatt über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen und den Tod von Holger Meins hergestellt und vertrieben haben.
• Mai/Juni 1977: In der Göttinger Studentenzeitung *Göttinger Nachrichten* erscheint am 25.4.77 ein Artikel unter der Überschrift »Buback – Ein Nachruf«, unterzeichnet von einem »Mescalero«. In dem Artikel wird die »klammheimliche Freude«, die den Autor zuerst über das Attentat erfaßte, und die Erkenntnis, »unser Weg zum Sozialismus kann nicht mit Leichen gepflastert werden«, zum Ausdruck gebracht. Dagegen erfolgt eine Strafanzeige seitens des RCDS. Der »Buback-Nachruf« wird, nach Polizeieinsätzen in Göttingen, in über 200 Studenten- und Alternativzeitungen nachgedruckt. Daraufhin werden in vielen Städten Zeitschriftenredaktionen, Druckereien und Buchläden durchsucht. Hochschullehrer und Rechtsanwälte, die den »Buback-Nachruf« ebenfalls als Dokumentation veröffentlichen, werden mit Disziplinarverfahren überhäuft.
• März 1978: Bundesweit werden bei Buchläden die »Texte: RAF« des schwedischen Verlages Bo Cavefors beschlagnahmt. In Kooperation mit der Bundespost werden alle aus Schweden kommenden Sendungen erfaßt. Gegen einige Bezieher werden Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet.
• 1982: Gegen mehrere Zeitungen, u.a. gegen die *taz* werden wegen des Abdrucks des RAF-Papiers »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front« und Hungerstreik-Erklärungen Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet und Redaktionsräume durchsucht.
• Herbst 1987: Wegen des Buches »das info – dokumente. briefe von gefangenen aus der raf – aus der diskussion 1973–1977« werden der Kieler Neue Malik Verlag, die Druckerei, die Auslieferung und über 400 Buchhandlungen mit der Begründung »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« nach § 129a durchsucht. Über 3 000 Exemplare des Buches werden beschlagnahmt. Die Ermittlungen werden später – wie so oft – eingestellt.

3 Zu den Diskussionen nach 1992 siehe das 400seitige Buch »wir haben mehr fragen als antworten«, erschienen 1995 in der Edition ID-Archiv, Berlin.

4 Eines der wenigen Beispiele solcher Untersuchungen ist das vom Hamburger Institut für Sozialforschung finanzierte Forschungsprojekt »Politische Justiz am Beispiel sogenannter Terroristenprozesse«. Arbeitsergebnisse sind die drei Bände »Terroristen und Richter«: Band 1: Heinrich Hannover: »Terroristenprozesse. Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers«; Band 2: Rolf Gössner: »Das Anti-Terror System. Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat«; Band 3: Margot Overath: »Drachenzähne. Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz«. – VSA-Verlag, Hamburg 1991.
Allerdings ist ansonsten von dem Hamburger Institut für Sozialforschung, obwohl das Thema »Bewaffneter Kampf in der Bundesrepublik« ein Arbeitsbereich dort ist, in letzter Zeit nichts veröffentlicht worden.

5 Ein paar Beispiele von öffentlichen Äußerungen (ehemaliger) Gefangener aus der RAF aus dem Jahr 1997:
»RAF – Das war für uns Befreiung«. Oliver Tolmein im Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1997. Im April 1997 erschien von Irmgard Möller auch ein Interview im *Spiegel*.
Inge Viett: »Nie war ich furchtloser. Autobiographie«. Edition Nautilus, Hamburg 1997. Vorabdruck ebenfalls im *Spiegel*.
Im April 1997 erschien im *Süddeutsche Zeitung Magazin* ein langes, schriftlich geführtes Interview mit Christian Klar.
Vom 15. bis 24. Mai 1997 fand in Zürich der Kongreß »Zwischen-Berichte: Revolte, Militanz, Revolution« statt. Daran nahmen einige ehemalige Gefangene aus der RAF auf den Podien teil, u.a.: Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer, Roland Mayer und Gabriele Rollnik. Die internationale Presse stürzte sich auf diese Veranstaltung. Von der *FAZ* und der *Süddeutschen*, über die *Neue Zürcher Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau*, dem *Spiegel* und der *Zeit*, bis zur schweizer *WoZ* und der *taz* reichte die, erwartungsgemäß nicht besonders wohlwollende, Berichterstattung.
Konsens in allen öffentlichen Äußerungen der (ehemaligen) Gefangenen aus der RAF war: Die Praxis des bewaffneten Kampfs ist zur Zeit kein Thema.

6 Siehe hierzu die Kurzbibliographie im Anhang (S. 524 ff.).

Notizen zur Vorgeschichte

Die Geschichte der RAF beginnt nicht mit den Ereignissen am 2. Juni 1967, der Erschießung Benno Ohnesorgs und der sich in der Folgezeit rasant entwickelnden Radikalisierung der Studentenbewegung. Auch ist die Befreiung Andreas Baaders am 14. Mai 1970 eher der formale Beginn einer Epoche als ihr Ausgangspunkt.

Daß in der Bundesrepublik Deutschland eine bewaffneten Opposition entstand, ist unter anderem in der Geschichte des deutschen Faschismus und dessen verhinderte Aufarbeitung und Verdrängung bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit begründet.

Nach dem Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus war die Hoffnung der Emigranten, Sozialisten, Kommunisten und Antifaschisten groß, aus dem »Neuanfang« eine antinazistische, demokratische und sozialistische Gesellschaft zu entwickeln. Das politische und gesellschaftliche Klima in den drei Westzonen war jedoch bald von der Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen, Antikommunismus und der Schaffung des »Wirtschaftswunders« geprägt. Die Potsdamer Erklärung der Siegermächte vom August 1945 mit den formulierten Punkten »Demilitarisierung, Denazifizierung, industrielle Dekonzentration und Demokratisierung« wurde bereits 1947 der Truman-Doktrin untergeordnet. Antikommunismus und der Kalte Krieg waren die neuen Leitlinien der US-amerikanischen Außenpolitik. Nach den ersten Bundestagswahlen im August 1949 und der Koalition von CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei), mit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer, wurde diese Politik für den »Frontstaat« Bundesrepublik Deutschland nachvollzogen.

Anfang der 50er Jahre begann eine erneute Verfolgung von Mitgliedern der KPD. Gegen KommunistInnen, die während des Faschismus in Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert waren, wurden teilweise die gleichen Beschuldigungen wie zur Zeit des Nationalsozialismus erhoben. Die Zahl der Ermittlungsverfahren in dieser Zeit, meist wegen Kontakte nach Ostdeutschland, wird auf ca. 150 000 geschätzt. Mit dem Parteiverbot der KPD 1956 wurde die alte und neue kommunistische Opposition kriminalisiert und weitgehend zerschlagen.

Als wichtigen Schritt zur Integration der BRD in das westliche Militärbündnis strebte die Adenauer-Regierung ab Anfang der 50er Jahre die Remilitarisierung Deutschlands an. Gegen diese Ziele demonstrierte eine breite antimilitaristische Bewegung. In einer (verbotenen) Volksbefragung sammelte sie neun Millionen Unterschriften gegen die Wiederbewaffnung. Mit der Kampagne »Kampf dem Atomtod« entstand die erste außerparlamentarische Massenbewegung der Nachkriegszeit. Ungeachtet dessen wurde jedoch die Remilitarisierung im Bundestag beschlossen, 1955 trat die BRD in die NATO ein, ein Jahr später wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.

Bereits 1960 wurde der erste Entwurf der Notstandsgesetze zur Wahrung der »Inneren Sicherheit« vorgelegt, die es der jeweiligen Regierung gesetzlich möglich machen sollte, »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Ordnung des Bundes oder eines der Länder« den Ausnahmezustand zu erklären

und die Grundrechte weitgehend außer Kraft zu setzen.

Die SPD verabschiedete sich 1959 auf dem Godesberger Parteitag von den marxistischen Zielen und definierte sich fortan als »Volkspartei«. Sie hatte nicht mehr die Beseitigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zum Ziel, sondern setzte auf »Mitbestimmung« und Regierungsbeteiligung. Damit war der Weg für die Bildung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im November 1966 vorgezeichnet.

Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen hatte auch in den sechziger Jahren noch nicht begonnen. Der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/Main war die Ausnahme. Tausende von NS-Mördern – KZ-Aufseher, hochrangige Wehrmachtsverbrecher, Nazi-Juristen, Euthanasieärzte, Unternehmer und SS-Intellektuelle – konnten unbehelligt in der Bundesrepublik leben und hatten teilweise sogar gesellschaftliche Führungspositionen inne. Rechtsextreme Parteien wie die NPD zogen zwischen 1966 und 1968 in sieben Länderparlamente ein.

In den fünfziger und sechziger Jahren begannen jedoch auch in vielen Ländern des Trikonts die Befreiungskämpfe gegen die Kolonialmächte und die Versuche der USA, ihre ökonomische und militärische Macht zu sichern. In Vietnam kämpfte die kommunistische Guerilla ab 1946 gegen die französische Kolonialmacht, ein Jahrzehnt später begann der Vietcong seinen Guerillakrieg gegen militärische Präsenz von US-Beratern und eine übermächtige US-Armee.

1959 siegte die kubanische Revolution; die von der CIA initiierte »Invasion in der Schweinebucht« scheiterte 1961. In vielen Ländern Lateinamerikas nahmen Guerillaorganisationen den Kampf gegen die von den USA unterstützten Militärdiktaturen nach dem Motto von Che Guevara »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« auf.

Am 17. Januar 1961 wurde der neue Ministerpräsident von Kongo, Patrick Lumumba, ein halbes Jahr nach der Unabhängigkeit des Landes von Belgien ermordet. Danach begann ein langandauernder Guerillakrieg. In Namibia nahm die SWAPO ihren Kampf gegen das vom Westen unterstützte Apartheidsregime auf.

In den USA entstand bereits Anfang der 60er Jahre eine große Bürgerrechtsbewegung gegen die rassistische Diskriminierung. In den Ghettos von Alabama, Harlem, Los Angeles, Chicago und andernorts kam es zu Massenrevolten. 1966 wurde die Black Panther Party als schwarze Selbstverteidigungsorganisation gegründet.

Studenten- und Oppositionsbewegung bis 1968

In den sechziger Jahren entwickelte sich, in Abgrenzung zur SPD (die am 19.7.1960 sämtliche Beziehungen zum Sozialistischen Deutschen Studentenverband [SDS] abgebrochen hatte) und den sowjetorientierten Organisationen, eine kulturrevolutionäre Opposition. Diese orientierte sich an den Theoretikern des Marxismus/Leninismus und linkskommunistischen Gruppen der zwanziger und dreißiger Jahre, am Existenzialismus, der Kritischen Theorie und des Anarchismus sowie den französischen Situationisten und den amerikanischen Beatniks. Vor den ersten Studentenunruhen kam es aber bereits zu Jugendrevolten gegen das spießige autoritäre Wirtschaftswunderland BRD. 1962 fanden in München schwere Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei statt, nach-

dem zwei Gitarrenspieler wegen »ruhestörenden Lärms« festgenommen worden waren. 1964 machte die situationistische »Subversive Aktion« mit Aktivisten wie Dieter Kunzelmann in München mit provokatorischen Auftritten auf sich aufmerksam.

Am 18. Dezember 1964 durchbrachen in Berlin anläßlich des Besuchs des kongolesischen Ministerpräsidenten Tschombé rund 1 000 afrikanische und deutsche StudentInnen Polizeisperren und drangen in die Bannmeile des Schöneberger Rathauses ein. Nach einem Konzert der Rolling Stones zerstörten am 15. September 1965 jugendliche Zuschauer die Berliner Waldbühne sowie einige S-Bahn-Züge und hinterließen hohen Sachschaden.

Im Februar 1966 demonstrierten in Berlin 2 500 Studentinnen und Studenten gegen den Vietnamkrieg, dabei wurden Farbeier auf das Amerika-Haus geschleudert. Der Protest gegen den Vietnam-Krieg wurde zum wichtigsten Bezugspunkt für die Studentenbewegung.

Um die Jahreswende 1966/67 hatte der antiautoritäre Flügel im Berliner SDS die Vorherrschaft erlangt. Rudi Dutschke ruft zur Gründung der außerparlamentarischen Opposition (APO) auf. Da die traditionellen Proteste erfolglos geblieben waren, unterstützen immer mehr die »direkten Aktionen« der antiautoritären Gruppen. Am 5. April 1967 verhinderte die Polizei in Berlin ein »Puddingattentat« der Kommune 1 auf den US-Präsidenten Hubert Humphrey. Die Springerpresse macht daraus einen Bombenanschlag und forciert ihre Hetze gegen die Jugend- und Studentenbewegung.

Am 2. Juni 1967 wurde in Berlin bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien der 26jährige FU-Student Benno Ohnesorg von dem Polizeibeamten Kurras, der später freigesprochen wird, durch Kopfschuß getötet. In den Tagen danach kommt es in zahlreichen Universitätsstädten zu großen Demonstrationen. Über 10 000 Menschen nehmen in Hannover an Ohnesorgs Begräbnis teil, im Anschluß findet in der Niedersachsenhalle mit rund 7 000 StudentInnen der Kongreß »Hochschule und Demokratie« statt.

Vom 10.–13. Juni 1967 wurde an der FU Berlin, u.a. mit Herbert Marcuse, über Utopie und Opposition diskutiert. Große Bedeutung hatte Marcuses »Kritik der repressiven Toleranz«, in der er formulierte, »daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ›Naturrecht‹ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben.«

Nachdem im Herbst 1967 der SDS eine Kampagne gegen den Springer-Konzern beschloß, kommt es u.a. zu Aktionen während der Frankfurter Buchmesse gegen die Springer-Verlage.

1968

Am 17./18. Januar wurde in West-Berlin der Internationale Vietnamkongreß abgehalten. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die metropolitane Linke den Kampf gegen den US-Imperialismus führen solle. An der abschließenden Demonstrationen beteiligen sich über 15 000 Menschen, darunter zahlreiche Delegationen aus dem europäischen Ausland.

Nach dem »Massaker von My Lai«, bei dem am 16. März alle rund 500 BewohnerInnen des südvietnamesischen Dorfes von Einheiten der US-Armee ermordet wurden, explodieren am 2. April in zwei Frankfurter Kaufhäuser Brandsätze. Die Aktion bezeichnet sich als ein Protest gegen »die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber den Morden in Vietnam«. Menschen kommen nicht zu Schaden. Drei Tage später werden Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Thorwald Proll und Horst Söhnlein festgenommen.

Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke durch Schüsse des rechtsradikalen Joseph Bachmann lebensgefährlich verletzt, an dessen Spätfolgen er 1979 stirbt. In zahlreichen bundesdeutschen Städten und im europäischen Ausland fanden daraufhin Demonstrationen mit Blockaden und Straßenschlachten statt. Dabei gab es viele Schwerverletzte, in München sterben der Fotograf Klaus Frings und der Student Rüdiger Schreck zwei Tage später an ihren Verletzungen. Die Notwendigkeit von Gegengewalt rückte nach diesen Ereignissen in den Mittelpunkt der Diskussionen der APO.

Anläßlich eines Ehrengerichtsverfahren gegen den Rechtsanwalt Horst Mahler (u.a. Anwalt von Andreas Baader) kam es am 4. November 1968 zu der bisher militantesten Demonstration. Bei der »Schlacht am Tegeler Weg« wird die Polizei von den 1 000 TeilnehmerInnen in die Flucht geschlagen und 130 Polizeibeamte durch Steinwürfe verletzt. Neben den StudentInnen beteiligen sich an den Protesten auch in großer Zahl JungarbeiterInnen, proletarische Jugendliche und Rocker. Weit über das Studentenmilieu hinaus wurde 1968 in vielen Städten, mit zum Teil schweren Auseinandersetzungen, ebenfalls gegen die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr demonstriert.

1968 war jedoch nicht nur ein einschneidendes Jahr für die außerparlamentarische Opposition in der BRD. Weltweit kommt es zu Studenten- und Jugendunruhen sowie zu Arbeiteraufständen.

In Paris beginnt die »Mai-Revolte«. Ausgangspunkt ist die Besetzung der Pariser Universität und Proteste gegen Disziplinierungsmaßnahmen. Nach militanten Kämpfen der StudentInnen solidarisieren sich Millionen von ArbeiterInnen mit einem Generalstreik und gemeinsamen Demonstrationen, u.a. werden die Renault-Werke bei Flins besetzt. Staatspräsident de Gaulle versichert sich in Deutschland der Loyalität der dort stationierten Truppen. Erst nach einem Monat gelingt es dem französischen Staatsapparat, die im Entstehen begriffene Koalition zwischen StudentInnen und ArbeiterInnen zurückzudrängen.

In Italien werden zahlreiche Universitäten besetzt, dort ist es eine Revolte gegen die »Kathederbarone«. In Ankara und Istanbul gibt es Universitätsbesetzungen, in Montevideo wird nach Zusammenstößen mit der Polizei der Ausnahmezustand ausgerufen. Schwere Studentenunruhen gibt es ebenfalls in Rio de Janeiro, Santo Domingo und Tokio. Zwei Monate vor Eröffnung der Olympiade befinden sich die Proteste in Mexico-City auf dem Höhepunkt. Am 6. August beendet das Militär eine Kundgebung mit einem Massaker, bei dem fast 500 Menschen ums Leben kommen.

Auch in den Staaten des Warschauer Paktes fanden Proteste gegen die Regime statt. In Polen wird unter der Losung »Freiheit, Demokratie, Verfassung« demonstriert, in Belgrad fordern die StudentInnen eine Demokratisierung des Bildungswesen, was Tito ein paar Monate später in einer Fernsehansprache akzeptiert. In allen osteuropäischen Ländern war eine kulturrevolutionäre Protestbewegung entstanden, die sich, ebenso wie im Westen, auf Theoretiker wie Bloch, Lukács oder auch Mao Tse Tung berief.

Gegen die Niederschlagung des Prager-Frühlings und die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der ČSSR demonstrieren Hunderttausende in Prag. In vielen westeuropäischen Städten finden Solidaritätsaktionen statt. Die Perspektiven auf einen friedlichen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse waren mit dem Einmarsch nicht nur für die osteuropäische Opposition zerstört. In einem gemeinsamen Demonstrationsaufruf schreiben die ASten der West-Berliner Universitäten: »Die militärische Intervention hat den Kräften des proletarischen Internationalismus erneut gezeigt, wie notwendig ihr Kampf gegen jede Form bürokratischer Herrschaft in den verschiedenen Gesellschaftssystemen ist. Es lebe die sozialistische Weltrevolution!!!«

1969

Militante Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden zunehmend zur Aktionsform der APO. Nach einer Demonstration anläßlich des 50. Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden Fensterscheiben des Berliner Kaufhauses »KaDeWe« eingeworfen. Der »militante Angriff auf die Zentrale des Konsumterrors« hinterläßt 500 000 Mark Sachschaden. In Frankfurt endet eine Demonstration gegen die Abschiebung eines persischen Studenten in einer Straßenschlacht. In Hannover erhalten die Protestierenden Unterstützung durch die Bevölkerung bei ihren Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die »Aktion Roter Punk« führt dazu, daß die Fahrpreiserhöhungen zurückgenommen werden.

Im Sommer kommt es in West-Berlin zu zahlreichen Aktionen und heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, nachdem elf Bundeswehrdeserteure, darunter das spätere RAF-Mitglied Manfred Grashof, verhaftet und nach Westdeutschland ausgeliefert wurden. Aufgrund des Vier-Mächte Status von Berlin waren Wehrdienstverweigerer und Deserteure bis dahin vor der Verfolgung sicher. Im bayerischen Ebrach fand vom 15. bis 21. Juli ein »Knastcamp« statt. Es ist ein wichtiges Treffen für die Entstehung der Gefangenenbewegung und der Gruppen, die außerhalb der Knäste Gefangene unterstützen. Auch einige spätere RAF-Mitglieder (u.a. Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Rolf Heißler, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt) und Mitglieder anderer militanter Gruppen (u.a. Fritz Teufel) nahmen daran teil.

Im September 1969 fanden bundesweit wilde Massenstreiks im Bergbau und in der Metall- und Elektroindustrie statt, an denen sich rund 200 000 ArbeiterInnen beteiligen. Am 27.9. demonstrieren in Nürnberg über 20 000 Menschen gegen die Abschlußkundgebung der NPD zur Bundestagswahl, dabei werden 60 DemonstrantInnen und 50 Polizisten verletzt.

Militante Gruppen verübten 1968 und 1969 bundesweit eine Vielzahl von Anschlägen gegen US-amerikanische Einrichtungen, Konsulate, Banken, Rathäuser, Justiz- und Polizeieinrichtungen. In den linksradikalen Zeitschriften, auf Veranstaltungen und in vielen kleinen Zirkeln werden neben den theoretischen Klassikern zunehmend Frantz Fanons »Die Verdammten dieser Erde«, Che Guevaras »Theorie und Methode des Guerilla-Krieges«, der Kampf der Black Panther in den USA und die Erfahrungen der chinesischen Kulturrevolution diskutiert.

1

1970 – 1972

Vorbemerkung 1970 bis 1972

Am 21. Oktober 1969 übernahm erstmals eine SPD/FDP-Koalition, mit Willy Brandt als Bundeskanzler, die Regierung. Mit einer Amnestie für alle Demonstrationsstrafdelikte, die das Strafmaß von acht Monaten überschreiten, ermöglicht die sozialliberale Koalition die Integration von Teilen der Studentenbewegung. Auf die zukünftige akademische Elite konnte nicht verzichtet werden.

Im Jahr 1970 begann eine massive Aufrüstung zur »Wahrung der Inneren Sicherheit«. Das Sofortprogramm zum Ausbau und Aufrüstung von Polizei und Staatsschutz wurde vorgelegt. Vorangegangen war 1968 eine Neustrukturierung und Zentralisierung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz.

Im Januar 1972 verabschiedete der Bundestag den Radikalenerlaß, er wurde zum Instrument, um den nichtintegrationswilligen Teil der Linken auszugrenzen.

International stand Anfang der siebziger Jahre die US-Regierung wegen ihres Krieges in Vietnam massiv unter Druck. Die US-Armee verübte Greueltaten an der Zivilbevölkerung. Der Widerstand des Vietcong, Proteste in aller Welt und die US-amerikanische Antikriegsbewegung führten jedoch zu den ersten Truppenrückzügen.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg Israels und der Besetzung des Westjordans-Ufers und des Gaza-Streifens durch die Armee im Juni 1967 kommt es zu großen palästinensischen Flüchtlingsbewegungen. Die PalästinenserInnen wurden aber auch von arabischen Regimen unterdrückt und verfolgt. So fürchtete die jordanische Regierung aufgrund der sich radikalisierenden Flüchtlinge einen Machtverlust im eigenen Land und greift deshalb am 19. September 1969 die palästinensischen Flüchtlingslager an. Dabei werden 20 000 Menschen ermordet. Um das »Schweigen der Weltöffentlichkeit« zu dem jordanischen Massaker und der Politik Israels gegen die Palästinenser zur durchbrechen, entführten im Sommer 1970 mehrere Kommandos der PFLP Flugzeuge. Im Herbst 1971 gründet sich der »Schwarzer September«. Mitglieder dieser Organisation überfallen während der Olympischen Spiele 1972 in München die israelische Olympia-Mannschaft. Sie töten zwei Israelis und nehmen neun Mitglieder der Mannschaft als Geiseln, um die Freilassung von 200 arabischen Häftlingen zu erzwingen. Die Aktion endet in einem Blutbad. Alle israelischen Geiseln, fünf Mitglieder des Kommandos und ein Polizist kommen bei der Erstürmung durch die bayerischen Polizei auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck ums Leben.

Im Februar 1970 lehnte der hessische Justizminister den Revisionsantrag für die Frankfurter Kaufhausbrandstifter ab. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Thorwald Proll kommen der Aufforderung, ihre Strafen anzutreten, nicht nach und flüchten ins Ausland. Proll stellt sich ein Jahr später den Behörden, Baader und Ensslin bleiben in der Illegalität.

Am 2. April wird der nach Berlin zurückgekehrte Andreas Baader bei einer Fahrzeugkontrolle verhaftet und in das Tegeler Gefängnis gebracht, um seine Reststrafe abzusitzen. Während einer Ausführung in das Institut für soziale Fragen, wo ein wissenschaftliches Gespräch mit Ulrike Meinhof verabredet war, wird er am 14. Mai 1970 mit Waffengewalt befreit. Dabei wird der 63jährige Institutsangestellte Georg Linke schwer verletzt. Am nächsten Tag kleben an Berliner Litfaßsäulen Steckbriefe mit dem Konterfei Ulrike Meinhofs und der Aufschrift »Mordversuch. 10 000 Mark Belohnung«.

Eine Woche später erscheint in der linksradikalen Zeitschrift *agit 883* die erste öffentliche Erklärung der RAF unter der Überschrift »Die Rote Armee aufbauen«. Die Gründungsgruppe der RAF geht in die Illegalität und hält sich im Juni und Juli 1970 bei Einheiten der palästinensischen Befreiungsbewegung zur militärischen Ausbildung auf.

Im April 1971 erscheint das erste Positionspapier der RAF »Konzept Stadtguerilla«, es folgen kurz darauf die längeren Ausführungen »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa« und ein Jahr später »Dem Volk dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf«. Einleitend werden zwar immer die Verhältnisse in der BRD im allgemeinen und die Lebenssituation bzw. Unterdrückung von ArbeiterInnen, Jugendlichen und Randgruppen im besonderen dargestellt, inhaltlich liegt der Schwerpunkt aber in der Begründung zum Antiimperialismus als Kampfform. Die RAF-Politik sieht sich als Teil einer weltumfassenden Bewegung – des »proletarischen Internationalismus: Eine im Zusammenhang der marxistischen Gesellschaftsanalyse und Geschichtswissenschaft (›Historischer Materialismus‹) als Einheit zu begreifende Vielfalt an antiimperialistischen Befreiungsbewegungen (›Dekolonisation‹), nationalen Kämpfen gegen Überfremdung und Ausbeutung (namentlich durch das US-Kapital), von kämpfenden Gruppierungen (die im einzelnen in ihren politischen Auffassungen differieren können), von wechselnden Bündnissen, von Revolutionen mit manchmal schwankendem Ausgang, von Protesten in den Ländern der Peripherie, von der Politik kommunistischer Parteien und von Aktionen militanter und nicht-militanter kommunistischer Gruppierungen in den Metropolen« (Peter Brückner).

Theoretische Grundlage der Analysen waren neben dem Marxismus-Leninismus sowie den Schriften Mao Tse Tungs zur chinesischen Revolution auch ein starker Bezug zum Existenzialismus. Die RAF verkündet, daß der bewaffnete Kampf »richtig, möglich und gerechtfertigt« ist und eine revolutionäre Interventionsmethode entwickelt werden müsse.

Nachdem sie zur Stabilisierung ihrer illegalen Struktur mehrere Banküberfälle verübt hatte, führte die RAF im Mai 1972 eine »Offensive« durch: am 14.5. auf das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt/M., am 16.5. auf das Polizeipräsidium in Augsburg, am 20.5. gegen den Richter des Bundesgerichtshofs Buddenberg und auf das Hamburger Springer-Hochhaus. Bei der Bombenexplosion im Springer-Hochhaus werden 17 Menschen verletzt, das RAF-Kommando bedauert dies und verweist auf rechtzeitige Warnungen, das Haus zu räumen. Ein Bombenanschlag auf das Heidelberger Hauptquartier der US-Armee am 24. Mai richtet hohen Sachschaden an, dabei kommen drei Soldaten ums Leben.

Staatsfeind Nr. 1

Gegen die RAF wurde sofort nach der Baader-Befreiung ein bis dahin unbekannter Fahndungsaufwand betrieben. Bereits im Oktober 1970 werden Horst Mahler, Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Ingrid Schubert und Irene Goergens in Berlin-Charlottenburg wegen

Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF sowie mutmaßlicher Teilnahme an der Baader-Befreiung verhaftet.

Am 10. Februar 1971 kommt es in Frankfurt zum ersten Schußwechsel mit der Polizei, bei dem Astrid Proll und Manfred Grashof entkommen können. Nach diesem Vorfall läuft die erste große bundesweite Fahndungsaktion.

Presse (vor allem die *Bild-Zeitung*), Funk und Fernsehen verstärkten ihre Hetzkampagnen gegen die gesamte radikale Linke und prägten das gesellschaftliche Klima. So werden mehrere, angeblich von der RAF stammende, Bombendrohungen gegen Bahnhöfe veröffentlicht. Die RAF dementiert und erklärt, niemals solche Drohungen ausgesprochen zu haben.

Am 15. Juli 1971 führte das BKA zur Ergreifung von neun Mitgliedern der RAF eine Großaktion durch. Über 3 000 Polizisten, ausgerüstet mit Maschinenpistolen, Panzerwesten und Tränengas, sperren in ganz Norddeutschland die wichtigsten Straßen ab. Bei dem Versuch, sich einer Polizeikontrolle zu entziehen, wird in Hamburg Petra Schelm von Polizeibeamten erschossen. Weitere Opfer der Fahndungsmaßnahmen in den ersten zwei Jahren sind: am 4.12.1971 Georg von Rauch, am 2. März 1972 Thomas Weisbecker und am 25. Juni 1972 der vollkommen unbeteiligte britische Handelsvertreter Ian McLoed. Auf Seiten der Staatsorgane kommen drei Polizisten bei Schußwechsel ums Leben: am 22. Oktober 1971 Norbert Schmid, am 22. Dezember 1971 Herbert Schoner, am 2. März 1972 Hans Eckardt.

Bereits Anfang 1970 war der Zerfallsprozeß der APO in vollem Gange. Noch vor der Auflösung des SDS am 21. März werden die ersten K-Gruppen und Parteien gegründet. Den Anfang macht im September 1969 in Offenbach die in der Tradition der KPD stehende realsozialistische Deutsche Kommunistische Partei (DKP). In Hamburg wird Silvester 1968 die maoistische Kommunistischer Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) ausgerufen. Die Gründungs- und Spaltungswelle der K-Gruppen hält bis 1973 an.

Bereits 1968, lange vor Gründung der RAF, entstanden in der Bundesrepublik linke militante Gruppen (Tupamaros West-Berlin und München, Haschrebellen, Schwarze Ratten, Schwarze Front). Sie sind im Umfeld der linksradikalen Zeitschriften *Linkeck*, *Fizz* und *agit 883* angesiedelt, beziehen sich eher auf den Anarchismus und linkskommunistische Theoretiker und lehnen den autoritären Dogmatismus der K-Gruppen ab.

Diese militanten sozialrevolutionären Gruppen, die teilweise aus dem subproletarischen Milieu kommen, teilen mit der RAF das internationalistische Grundverständnis und sehen den strategischen Einsatz von Gewalt als notwendiges Kampfmittel gegen den Staat und den US-Imperialismus an. Ihre Hauptkritik an der RAF ist deren Avantgardeanspruch. Bereits kurz nach dem Erscheinen von »Konzept Stadtguerilla« bezeichnen einige Gruppen die RAF als »Marxisten-Leninisten mit Knarre«.

Die marxistisch-leninistischen Gruppen stimmten zwar mit der Imperialismusanalyse der RAF weitgehend überein, vertraten jedoch eine andere Klassenanalyse der Verhältnisse in der BRD und sahen die Aufnahme des bewaffneten Kampfes für verfrüht – weil sie sich selbst als legitime Führer der Arbeiterklasse verstanden.

In einem Tonbandbeitrag zu einem (verbotenen) Teach-in der maoistischen Roten Hilfe am 31.5.1972 in Frankfurt/Main nimmt die RAF Stellung zu ihrer »Mai-Offensive« und den Kritiken von Gruppen wie dem Kommunistischen Bund (KB) und Kommunistischen Studentenverband (KSV). Sie wirft den GenossInnen vor, sich hinter den Massen zu verstecken und angesichts der Situation in Vietnam nicht die notwendige Konsequenz zu ziehen: »Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, die Revolution zu machen! Wir fordern alle Militanten in der Bundesrepublik auf, in ihrem politischen Kampf gegen den US-Imperialismus alle amerikanischen Einrichtungen zum Ziel ihrer Angriffe zu machen.«

Im November 1972 erschien die vorerst letzte, ausführliche Schrift der RAF »Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes.« Das Papier steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Verbot palästinensischer Organisationen in der BRD und der Ausweisung arabischer Studenten. Die inhaltliche Orientierung des Papiers ist deshalb stärker an den antiimperialistischen Kämpfen ausgerichtet, der frühere Bezug zu den »Randgruppen« als revolutionäre Subjekte tritt in den Hintergrund.

Natürlich lehnte die überwiegende Mehrheit der Linken den Münchener Überfall während der Olympiade ab, aber der in den Papieren der RAF ausführlich begründete Antizionismus war, mit wenigen Ausnahmen, weit verbreitet.

Die Rote Armee aufbauen

Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders vom 5. Juni 1970

Genossen von 883[1]
es hat keinen Zweck, den falschen Leuten das Richtige erklären zu wollen. Das haben wir lange genug gemacht. Die Baader-Befreiungs-Aktion haben wir nicht den intellektuellen Schwätzern, den Hosenscheißern, den Alles-besser-Wissern zu erklären, sondern den potentiell revolutionären Teilen des Volkes. Das heißt, denen, die die Tat sofort begreifen können, weil sie selbst Gefangene sind. Die auf das Geschwätz der »Linken« nichts geben können, weil es ohne Folgen und Taten geblieben ist. Die es satt haben!

Den Jugendlichen im Märkischen Viertel[2] habt ihr die Baader-Befreiungs-Aktion zu erklären, den Mädchen im Eichenhof, in der Ollenhauer, in Heiligensee, den Jungs im Jugendhof, in der Jugendhilfsstelle, im Grünen Haus, im Kieferngrund.[3]

Den kinderreichen Familien, den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Hauptschülern, den Familien in den Sanierungsgebieten, den Arbeiterinnen von Siemens und AEG-Telefunken, von SEL und Osram, den verheirateten Arbeiterinnen, die zu Haushalt und Kindern auch noch den Akkord schaffen müssen – verdammt!

Denen habt ihr die Aktion zu vermitteln, die für die Ausbeutung, die sie erleiden, keine Entschädigung bekommen durch Lebensstandard, Konsum, Bausparvertrag, Kleinkredite, Mittelklassewagen. Die sich den ganzen Kram nicht leisten können, die da nicht dran hängen.

Die alle Zukunftsversprechen ihrer Erzieher und Lehrer und Hausverwalter und Fürsorger und Vorarbeiter und Meister und Gewerkschaftsfunktionäre und Bezirksbürgermeister als Lügen entlarvt haben und nur noch Angst vor der Polizei haben. Denen – und nicht den kleinbürgerlichen Intellektuellen – habt ihr zu sagen, daß jetzt Schluß ist, daß es jetzt los geht, daß die Befreiung Baaders nur der Anfang ist! Daß ein Ende der Bullenherrschaft abzusehen ist! Denen habt ihr zu sagen, daß wir die Rote Armee aufbauen, das ist ihre Armee. Denen habt ihr zu sagen, daß es jetzt losgeht. – Die werden nicht blöde fragen, warum gerade jetzt? Die haben die tausend Wege zu Behörden und Ämtern schon hinter sich – den

1 Die Agit 883 »Flugschrift für Agitation und soziale Praxis« war von 1968 bis 1973 das Organ des undogmatisch-spontaneistischen Flügels der 68er Revolte und wurde mehrmals durchsucht.

2 Neubauviertel in Westberlin.

3 Kinder- und Jugendheime in Berlin. Vor der Illegalität arbeitete ein Teil der später in der RAF Organisierten mit Jugendlichen aus den Heimen. Veröffentlichungen zum Thema waren, unter anderem, Ulrike Meinhofs Buch und Film »Bambule«, in dessen Geschichte die Biographie von Irene Georgens verarbeitet ist. Irene Georgens wird am 8. Oktober 1970 in der Knesebeckstraße in Berlin verhaftet, für die Beteiligung an der Baader-Befreiung verurteilt und wegen der Anwendung des Jugendstrafrechtes im April 1977 vorzeitig entlassen.

Tanz mit Prozessen – die Wartezeiten und – immer, das Datum, wo es bestimmt klappt und nichts geklappt hat. Und das Gespräch mit der netten Lehrerin, die die Überweisung an die Hilfsschule dann doch nicht verhindert hat, und der hilflosen Kindergärtnerin, wo auch kein Platz frei wurde. Die fragen euch nicht, warum gerade jetzt – verdammt!

Die glauben euch natürlich kein Wort, wenn ihr selbst nicht mal in der Lage seid, die Zeitung zu verteilen, bevor sie beschlagnahmt wird. Weil ihr nicht die linken Schleimscheißer zu agitieren habt, sondern die objektiv Linken, habt ihr ein Vertriebsnetz aufzubauen, an das die Schweine nicht rankommen.

Quatscht nicht, das sei zu schwer. Die Baader-Befreiungs-Aktion war auch kein Deckchensticken. Wenn ihr kapiert habt, was los ist – (und eure Kommentare zeigten, daß ihr was kapiert habt, nur daß ihr selbst 'ne Kugel im Bauch hättet, war natürlich opportunistische Scheiße – ihr Arschlöcher), wenn ihr was kapiert habt, müßt ihr den Vertrieb besser organisieren. Und wir werden euch über die Methoden so wenig sagen wie über den Aktionsplan – ihr Torfköppe! Solange ihr euch schnappen laßt, könnt ihr den Leuten keine Ratschläge geben, wie man sich nicht schnappen läßt. Was heißt denn Abenteurertum? Daß man sich selbst die Lampen[4] baut. Also.

Was heißt: die Konflikte auf die Spitze treiben? Das heißt: sich nicht abschlachten lassen.

Deshalb bauen wir die Rote Armee auf. Hinter den Eltern stehen die Lehrer, das Jugendamt, die Polizei. Hinter dem Vorarbeiter steht der Meister, das Personalbüro, der Werkschutz, die Fürsorge, die Polizei. Hinter dem Hauswart steht der Verwalter, der Hausbesitzer, der Gerichtsvollzieher, die Räumungsklage, die Polizei. Was die Schweine mit Zensuren, Entlassungen, Kündigungen, mit Kuckuck und Schlagstock schaffen, schaffen sie damit. Klar, daß sie zur Dienstpistole greifen, zu Tränengas, Handgranaten und MPs, klar, daß sie die Mittel eskalieren, wenn sie anders nicht weiterkommen. Klar, daß die GIs in Vietnam auf Guerilla-Taktik umgeschult wurden, die Green-Berrets auf Folterkurs gebracht. Na und?

Klar, daß der Strafvollzug für Politische verschärft wird. Ihr habt klarzumachen, daß das sozialdemokratischer Dreck ist, zu behaupten, der Imperialismus samt allen Neubauers und Westmorelands[5], Bonn, Senat, Landesjugendamt und Bezirksämtern, der ganze Schweinkram ließe sich unterwandern, nasführen, überrumpeln, einschüchtern, kampflos abschaffen. Macht das klar, daß die Revolution kein Osterspaziergang sein wird. Daß die Schweine die Mittel natürlich so weit eskalieren werden, wie sie können, aber auch nicht weiter. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf.

4 Der Ausdruck »Lampen« wurde als Knastcode für Spitzel, hier als Anspielung auf mehrere Spitzel aus der Berliner Szene, zum Beispiel Urbach, der für die Angriffe auf Springer die Molotow-Cocktails verteilt hatte, benutzt.

5 Kurt Neubauer: Innensenator von Westberlin. William Childs Westmoreland: von 1964 bis 1968 Befehlshaber der US-Streitkräfte in Südvietnam und danach Stabschef des Heeres.

Ohne gleichzeitig die Rote Armee aufzubauen, verkommt jeder Konflikt, jede politische Arbeit im Betrieb und im Wedding und im Märkischen Viertel und in der Plötze[6] und im Gerichtssaal zu Reformismus, d.h.: Ihr setzt nur bessere Disziplinierungsmittel durch, bessere Einschüchterungsmethoden, bessere Ausbeutungsmethoden. Das macht das Volk nur kaputt, das macht nicht kaputt, was das Volk kaputt macht! Ohne die Rote Armee aufzubauen, können die Schweine alles machen, können die Schweine weitermachen: einsperren, entlassen, pfänden, Kinder stehlen, einschüchtern, schießen, herrschen. Die Konflikte auf die Spitze treiben heißt: Daß die nicht mehr können, was die wollen, sondern machen müssen, was wir wollen.

Denen habt ihr's klar zu machen, die von der Ausbeutung der Dritten Welt, vom persischen Öl, Boliviens Bananen, Südafrikas Gold – nichts abkriegen, die keinen Grund haben, sich mit den Ausbeutern zu identifizieren. Die können das kapieren, daß das, was hier jetzt losgeht, in Vietnam, Palästina, Guatemala, in Oakland und Watts, in Kuba und China, in Angola und New York schon losgegangen ist. Die kapieren das, wenn ihr's ihnen erklärt, daß die Baader-Befreiungs-Aktion keine vereinzelte Aktion ist, nie war, nur die erste dieser Art in der BRD ist. Verdammt.

Sitzt nicht auf dem hausdurchsuchten Sofa herum und zählt die Lieben, wie kleinkarierte Krämerseelen. Baut den richtigen Verteilungsapparat auf, laßt die Hosenscheißer liegen, die Rotkohlfresser, die Sozialarbeiter, die sich doch nur anbiedern, dies Lumpenpack. Kriegt raus, wo die Heime sind und die kinderreichen Familien und das Subproletariat und die proletarischen Frauen, die nur drauf warten, den Richtigen in die Fresse zu schlagen. Die werden die Führung übernehmen. Und laßt euch nicht schnappen, und lernt von denen, wie man sich nicht schnappen läßt – die verstehen mehr davon als ihr.

Die Klassenkämpfe entfalten
Das Proletariat organisieren
Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen
Die Rote Armee aufbauen!

6 Gemeint ist der Frauenknast in Westberlin-Plötzensee.

Das Konzept Stadtguerilla

April 1971

Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen! Mao[7]

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht: Ich bin der Meinung, daß es für uns – sei es für den einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule – schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht – denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke steckten. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.

Mao Tse Tung, 26. Mai 1939

I. Konkrete Antworten auf konkrete Fragen

»Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchung angestellt hat, auch kein Mitspracherecht haben kann.« Mao

Einige Genossen sind in ihrem Urteil über uns schon fertig. Für sie ist es eine »Demagogie der bürgerlichen Presse«, diese »anarchistische Gruppe« mit der sozialistischen Bewegung überhaupt in Verbindung zu bringen. Indem sie ihn falsch und denunziatorisch benutzen, hebt sich ihr Anarchismusbegriff von dem der Springerpresse nicht ab. Auf einem so miesen Niveau möchten wir uns mit niemandem unterhalten.

Viele Genossen wollen wissen, was wir uns dabei denken. Der Brief an »883« vom Mai 70 war zu allgemein; das Tonband, das Michèle Ray[8] hatte, wovon Auszüge im *Spiegel* erschienen sind, war ohnehin nicht authentisch und stammte aus dem Zusammenhang privatistischer Diskussion. Die Ray wollte es als Gedächtnisstütze für einen selbständigen Artikel von sich benutzen. Sie hat uns reingelegt, oder wir haben sie überschätzt. Wäre unsere Praxis so überstürzt wie einige Formulierungen dort, hätten sie uns schon. Der *Spiegel* hat der Ray ein Honorar von 1 000 Dollar dafür bezahlt.

7 Mao Tse Tung: Mitbegründer der KPCh. Nach dem Bruch mit der Kuomitang führte er einen gescheiterten Bauernaufstand an. Danach begann er den Guerillakrieg aus den Bergen bis zum Langen Marsch. Ab 1940 wurde er gegen den Widerstand der Komintern (welche die bürgerliche Revolution entsprechend ihrem Etappendenken der sozialen Revolution vorzog) endgültig Parteiführer und proklammierte 1949 die Volksrepublik China.

8 Michèle Ray: Französische Journalistin, die im Juni 1970 ein Interview mit Mitgliedern der RAF führte.

Daß fast alles, was die Zeitungen über uns schreiben – und wie sie es schreiben: alles – gelogen ist, ist klar. Entführungspläne mit Willy Brandt[9] sollen uns zu politischen Hornochsen stempeln, die Verbindung zwischen einer Kindsentführung und uns zu Verbrechern, die in der Wahl der Mittel skrupellos sind. Das geht bis in die »gesicherten Einzelheiten« in *Konkret*[10], wo allerdings schon die für die Sache belanglosen Details nur zusammengeschludert wurden. Daß es bei uns »Offiziere und Soldaten« gäbe, daß jemand jemandem »hörig« sei, daß jemand »liquidiert« werden sollte, daß Genossen, die sich von uns getrennt haben, noch was von uns zu befürchten hätten, daß wir uns mit der vorgehaltenen Knarre Zutritt zu Wohnungen oder Pässe verschafft hätten, daß »Gruppenterror« ausgeübt würde – das alles ist nur Dreck.

Wer sich die illegale Organisation von bewaffnetem Widerstand nach dem Muster von Freikorps und Feme vorstellt, will selbst das Pogrom. Psychische Mechanismen, die solche Projektionen produzieren, sind in Horkheimer/Adornos »Autoritärer Persönlichkeit« und in Reichs »Massenpsychologie des Faschismus« im Zusammenhang mit Faschismus analysiert worden. Der revolutionäre Zwangscharakter ist eine contradictio in adjecto – ein Widerspruch, der nicht geht. Eine revolutionäre politische Praxis unter den herrschenden Bedingungen – wenn nicht überhaupt – setzt die permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation voraus, d.h. politische Identität. Marxistische Kritik und Selbstkritik hat mit »Selbstbefreiung« nichts, dagegen mit revolutionärer Disziplin sehr viel zu tun. Wer hier »nur Schlagzeilen machen« wollte, waren ganz sicher nicht einmal irgendwelche »linken Organisationen«, die – anonym – als Verfasser firmieren, sondern *Konkret* selbst, dessen Herausgeber[11] auch sonst als linke Hand von Eduard Zimmermann[12] Imagepflege treibt, um diese bestimmte Wichsvorlage in einer bestimmten Marktlücke zu behaupten.

9 Willy Brandt: Sozialdemokratischer Antifaschist und Ex-Bundeskanzler. Ab 1931 war er Mitglied der SAP, ab 1933 im Exil in skandinavischen Ländern. Er unterstützte von dort die antifaschistische Untergrundarbeit gegen Deutschland, war von 1957 bis 1966 Bürgermeister von Westberlin (SPD), von 1964 bis 1987 Parteivorsitzender. Er entwickelte als Bundeskanzler ab 1969 eine neue Deutschland- und Ostpolitik und mußte 1974 zurücktreten, nachdem in seinem Kanzleramt der DDR-Spion Günter Guillaume enttarnt worden war. Danach war Brandt Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

10 Konkret: Linke Zeitschrift, für die Ulrike Meinhof vor der Illegalität arbeitete. Ihre Kolumnen bestimmten große Teile der Linken in dieser Zeit und wurden auch weit über die Linke hinaus disskutiert. Die Zeitung hatte zeitweise eine Auflage 200 000 bis 250 000 Stück. Ulrike Meinhof kam aus der Bewegung gegen den Atomtod und war Mitglied in der illegalen KPD. 1969 ging sie nach Berlin und begann mit dem Aufbau der RAF. Im Juni 1972 wurde sie verhaftet und nach vier Jahren Isolationshaft wurde sie am 9. Mai 1976 erhängt in ihrer Zelle gefunden.

11 Klaus Rainer Röhl war langjähriger Herausgeber von *Konkret* und der frühere Ehemann von Ulrike Meinhof. Er entwickelte sich später zum Vertreter neu-rechter Ideologie, kritisierte die Friedensbewegung als »von östlichen Agenten gesteuert« und promovierte 1993 bei Ernst Nolte mit einer Arbeit über »Zusammenarbeit von Kommunisten und Nationalsozialisten«.

12 Eduard Zimmermann: Moderator der Sendung »Aktenzeichen XY – Ungelöst«, einem Instrument zur öffentlichen Fahndung, mit dem auch nach RAF-Mitgliedern gesucht wurde.

Auch viele Genossen verbreiten Unwahrheiten über uns. Sie machen sich damit fett, daß wir bei ihnen gewohnt hätten, daß sie unsere Reise in den Nahen Osten organisiert hätten, daß sie über Kontakte informiert wären, über Wohnungen, daß sie was für uns täten, obwohl sie nichts tun. Manche wollen damit nur zeigen, daß sie »in« sind. So hat es Günther Voigt erwischt, der sich gegenüber Dürrenmatt[13] zum Baader-Befreier aufgeblasen hatte, was er bereut haben wird, als die Bullen kamen. Das Dementi, auch wenn es der Wahrheit entspricht, ist dann gar nicht so einfach. Manche wollen damit beweisen, daß wir blöde sind, unzuverlässig, unvorsichtig, durchgeknallt. Damit nehmen sie andere gegen uns ein. In Wirklichkeit schließen sie nur von sich auf uns. Sie konsumieren. Wir haben mit diesen Schwätzern, für die sich der antiimperialistische Kampf beim Kaffeekränzchen abspielt, nichts zu tun. – Solche, die nicht schwatzen, die einen Begriff von Widerstand haben, denen genug stinkt, um uns eine Chance zu wünschen, die uns unterstützen, weil sie wissen, daß ihr Kram lebenslängliche Integration und Anpassung nicht wert ist, gibt es viele.

Die Wohnung in der Knesebeckstraße 89 (Mahler-Verhaftung)[14] ist nicht durch eine Schlamperei von uns hochgegangen, sondern durch Verrat. Der Denunziant war einer von uns. Dagegen gibt es für die, die das machen, was wir machen, keinen Schutz; dagegen, daß Genossen von den Bullen fertiggemacht werden, daß einer den Terror nicht aushalten kann, den das System gegen die entfaltet, die es tatsächlich bekämpfen. Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine.

Manche geraten durch uns in einen unerträglichen Rechtfertigungsdruck. Um der politischen Auseinandersetzung mit uns auszuweichen, der Infragestellung der eigenen Praxis durch unsere Praxis, werden sogar einfache Fakten verdreht. So wird z.B. immer noch behauptet, Baader hätte nur drei oder neun oder zwölf Monate abzusitzen gehabt, obwohl die richtigen Daten leicht zu ermitteln sind: Drei Jahre für Brandstiftung, sechs Monate von früher auf Bewährung, sechs Monate schätzungsweise für Urkundenfälschung etc. – der Prozeß stand noch bevor. Von diesen 48 Monaten hatte Andreas Baader 14 in zehn hessischen Gefängnissen abgesessen – neun Verlegungen wegen schlechter Führung, d.h. Organisierung von Meuterei, Widerstand. Das Kalkül, mit dem die verbleibenden 34 Monate auf drei, neun und zwölf heruntergefeilscht worden sind, hatte den Zweck, der Gefangenenbefreiung vom 14. Mai auch noch den moralischen Wind aus den Segeln zu nehmen. So rationalisieren einige Genossen ihre Angst vor den persönlichen Konsequenzen, die die politische Auseinandersetzung mit uns für sie haben könnte.

13 Günther Voigt dealte in Berlin mit Waffen. Nach der Befreiung von Andreas Baader wurde er von der Polizei gesucht, weil eine Pistole, die im Institut liegengeblieben war, von ihm stammen sollte. Er flüchtete in die Schweiz und sammelte dort Geld. Unter anderem ruft er den Schriftsteller Dürenmatt an, dem er auch erklärt, daß er an der Baader-Befreiung »mitgewirkt« hat. Danach wurde er von der Polizei verhaftet.

14 In der Wohnung wurden am 8. Oktober 1970 Horst Mahler, Monika Berberich, Brigitte Asdonk und Irene Georgens verhaftet.

Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linke[15] dabei angeschossen wird – sie ist uns oft genug gestellt worden – kann nur mit Nein beantwortet werden. Die Frage: was wäre gewesen, wenn, ist aber vieldeutig – pazifistisch, platonisch, moralisch, unparteiisch. Wer ernsthaft über Gefangenenbefreiung nachdenkt, stellt sie nicht, sondern sucht sich die Antwort selbst. Mit ihr wollen Leute wissen, ob wir so brutalisiert sind, wie uns die Springerpresse darstellt, da soll uns der Katechismus abgefragt werden. Sie ist ein Versuch, an der Frage der revolutionären Gewalt herumzufummeln, revolutionäre Gewalt und bürgerliche Gewalt auf einen Nenner zu bringen, was nicht geht. Es gab bei Berücksichtigung aller Möglichkeiten und Umstände keinen Grund für die Annahme, daß ein Ziviler sich noch dazwischenwerfen könnte und würde. Daß die Bullen auf so einen keine Rücksicht nehmen würden, war uns klar. Der Gedanke, man müßte eine Gefangenenbefreiung unbewaffnet durchführen, ist selbstmörderisch.

Am 14. Mai, ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen – haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z.T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt. In Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt.[16] Das ist nachweisbar, weil es wahr ist. Wir machen nicht »rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch«. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als »kleinem Mann« und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufen läßt, lassen wir auch laufen.

Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der Bundesrepublik und Westberlin gemeint. Weder das bißchen Geld, das wir geklaut haben sollen, noch die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz. Der Schreck ist den Herrschenden in die Knochen gefahren, die schon geglaubt hatten, diesen Staat und alle seine Einwohner und Klassen und Widersprüche bis in den letzten Winkel im Griff zu haben; die Intellektuellen wieder auf ihre Zeitschriften reduziert, die Linken wieder in ihre Zirkel eingeschlossen, den Marxismus-Leninismus entwaffnet, den Internationalismus demoralisiert zu haben. So zimperlich freilich, wie die sich aufführten, so verletzbar ist die Machtstruktur, die sie repräsentieren, nicht. Man sollte sich von ihrem Gezeter nicht dazu verleiten lassen, selbst große Töne zu spucken.

15 Georg Linke: Angestellter des »Institut für Soziale Fragen«in Dahlem, der bei der Befreiung von Andreas Baader verletzt wurde.

16 Berlin: siehe Knesebeckstr. 89. Am 21. Dezember wurde Ali Jansen in Nürnberg bei einer Autokontrolle verhaftet und wegen der Schießerei bei der Verhaftung zu zehn Jahren verurteilt. Ali Jansen kam aus der APO und gehörte zur ersten Gruppe der RAF. 1981 wurde er entlassen und 1988, während des Hungerstreiks von Action Directe, zum zweiten Mal verhaftet. Für einen Brandanschlag auf Renault und die Bildung einer terroristischen Vereinigung »Für den Kommunismus« wurde er erneut zu sechs Jahren verurteilt. 1994 wurde er entlassen.
Am 10. Februar 1971 schossen in Frankfurt Polizisten auf zwei flüchtende Mitglieder der RAF.

Wir behaupten, daß die Organisierung von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist. Daß es richtig, möglich und gerechtfertigt ist, hier und jetzt Stadtguerilla zu machen. Daß der bewaffnete Kampf als »die höchste Form des Marxismus-Leninismus« (Mao) jetzt begonnen werden kann und muß, daß es ohne das keinen antiimperialistischen Kampf in den Metropolen gibt.

Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe, und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist. Wir sind keine Blanquisten und keine Anarchisten, obwohl wir Blanqui[17] für einen großen Revolutionär halten und den persönlichen Heroismus vieler Anarchisten für ganz und gar nicht verächtlich.

Unsere Praxis ist kein Jahr alt. Die Zeit ist zu kurz, um schon von Ergebnissen reden zu können. Die große Öffentlichkeit, die uns die Herren Genscher, Zimmermann & Co[18] verschafft haben, läßt es uns aber propagandistisch opportun erscheinen, schon jetzt einiges zu bedenken zu geben.

»Wenn ihr allerdings wissen wollt, was die Kommunisten denken, dann seht auf ihre Hände und nicht auf ihren Mund« sagt Lenin[19].

II. Metropole Bundesrepublik

Die Krise entsteht nicht so sehr durch den Stillstand der Entwicklungsmechanismen als vielmehr durch die Entwicklung selbst. Da sie einzig das Anwachsen von Profit zum Ziel hat, speist diese Entwicklung mehr und mehr den Parasitismus und die Vergeudung, benachteiligt sie ganze soziale Schichten, produziert sie wachsende Bedürfnisse, die sie nicht befriedigen kann und beschleunigt sie den Zerfall des gesellschaftlichen Lebens. Nur ein monströser Apparat kann die provozierten Spannungen und Revolten durch Meinungs-

17 Louis Auguste Blanqui, französischer Sozialrevolutionär. Er war aktiv in den Aufständen gegen die Juli-Monarchie, 1871 im Rat der Pariser Commune, verbrachte insgesamt 36 Jahre in verschiedenen Gefängnissen. Er verfaßte Schriften zur politischen Ökonomie und zu den Technologien des Aufstandes. Von Marxisten wurde er als Verschwörungstheoretiker und Voluntarist denunziert.

18 Hans-Dietrich Genscher: Von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister für die FDP und danach Außenminister.

19 Wladimir Iljitsch Lenin, russischer Rechtsanwalt und Gründer der KPR (Bolschewiki), der Staatspartei in der Sowjetunion. Er entwarf noch in der Sozialistischen Demokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) ein Konzept der Kaderpartei, was er nach der Spaltung der SDAPR 1912 realisierte. Nach der Oktoberrevolution war er Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und löste das Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären wegen deren Kritik am Kriegskommunismus und dem Friedensschluß mit dem imperialistischen Deutschland auf.

manipulation und offene Repression kontrollieren. Die Rebellion der Studenten und der Negerbewegung in Amerika, die Krise, in die die politische Einheit der amerikanischen Gesellschaft geraten ist, die Ausdehnung der studentischen Kämpfe in Europa, der heftige Wiederbeginn und die neuen Inhalte des Arbeiter und Massenkampfes bis hin zur Explosion des »Mai« in Frankreich, zur tumultuarischen Gesellschaftskrise in Italien und zum Wiederaufkommen von Unzufriedenheit in Deutschland, kennzeichnen die Situation.

Il Manifesto: Notwendigkeit des Kommunismus, aus These 33[20]

Die Genossen von Il Manifesto nennen bei dieser Aufzählung die Bundesrepublik zurecht an letzter Stelle und benennen das, was die Situation hier kennzeichnet, nur vage als »Unzufriedenheit«. Die Bundesrepublik, von der Barzel[21] vor sechs Jahren noch gesagt hat, sie sei ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg: Ihre ökonomische Stärke ist seither nicht weniger geworden, ihre politische Stärke mehr, nach innen und außen. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 kam man der politischen Gefahr, die aus der damals bevorstehenden Rezession hätte spontan entstehen können, zuvor. Mit den Notstandsgesetzen hat man sich das Instrument geschaffen, das einheitliches Handeln der Herrschenden auch in zukünftigen Krisensituationen sichert – die Einheit zwischen politischer Reaktion und allen, denen an Legalität noch gelegen sein würde. Der sozial-liberalen Koalition ist es gelungen, die »Unzufriedenheit«, die sich durch Studentenbewegung und Außerparlamentarische Bewegung bemerkbar gemacht hatte, weitgehend zu absorbieren, insofern der Reformismus der Sozialdemokratischen Partei im Bewußtsein ihrer Anhänger noch nicht abgewirtschaftet hat, sie mit ihren Reformversprechen auch für große Teile der Intelligenz die Aktualität einer kommunistischen Alternative aufschieben, dem antikapitalistischen Protest die Schärfe nehmen konnte. Ihre Ostpolitik[22] erschließt dem Kapitalismus neue Märkte, besorgt den deutschen Beitrag zum Ausgleich und Bündnis zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion, den die USA brauchen, um freie Hand für ihre Aggressionskriege in der Dritten Welt zu haben. Dieser Regierung scheint es auch zu gelingen, die Neue Linke von den alten Antifaschisten zu trennen und damit die Neue Linke einmal mehr von ihrer Geschichte, der Geschichte der Arbeiterbewegung, zu isolieren. Die DKP[23], die ihre Zulassung der neuen Komplizenschaft US-Imperialismus/Sowjetrevisionismus verdankt, veranstaltet Demonstrationen für die Ostpolitik dieser Regierung; Niemöller – antifaschistische Symbolfigur[24] – wirbt für die SPD in bevorstehenden Wahlkämpfen.

Unter dem Vorwand »Gemeinwohl« nahm staatlicher Dirigismus mit Lohnleitlinien und Konzertierter Aktion[25] die Gewerkschaftsbürokratien an die Kandare. Die Septemberstreiks ’69[26] zeigten, daß man den Bogen zugunsten des Profits überspannt hatte, zeigten in ihrem Verlauf als nur-ökonomische Streiks, wie fest man das Heft in der Hand hat.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik mit ihren annähernd 2 Millionen ausländischen Arbeitern in der sich abzeichnenden Rezession eine Arbeitslosigkeit bis zu annähernd 10 Prozent dazu wird benutzen können, den ganzen Terror, den ganzen Disziplinierungsmechanismus, der Arbeitslosigkeit für das Proletariat bedeutet, zu entfalten, ohne die politische Radikalisierung dieser Massen am Hals zu haben, verschafft einen Begriff von der Stärke des Systems.

Durch Entwicklungs- und Militärhilfe an den Aggressionskriegen der USA beteiligt, profitiert die Bundesrepublik von der Ausbeutung der Dritten Welt, ohne die Verantwortung für diese Kriege zu haben, ohne sich deswegen mit einer Opposition im Innern streiten zu müssen. Nicht weniger aggressiv als der US-Imperialismus, ist sie doch weniger angreifbar.

Die politischen Möglichkeiten des Imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen Variante erschöpft; seine Fähigkeiten, die von ihm selbst erzeugten Widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am Ende.

Das Konzept Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin.

III. Studentenrevolte

Aus der Erkenntnis des einheitlichen Charakters des kapitalistischen Herrschaftssystems resultiert, daß es unmöglich ist, die Revolution »in den Hochburgen« von der »in den rückständigen Gebieten« zu trennen. Ohne eine Wiederbelebung der Revolution im We-

20 Il Manifesto war eine Gruppe der italienischen Linken, die 1969 aus der KPI ausgeschlossen wurde. Sie veröffentlichte 1970 die hier zitierten 200 Thesen als »Die Plattform von Il Manifesto« (Merve-Verlag 1971).

21 Rainer Barzel: Ab 1962 Minister für Gesamtdeutsche Fragen im Kabinett Adenauer und ab 1964 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU. Ab 1971 war er CDU-Parteivorsitzender.

22 Der Begriff Ostpolitik bezeichnet die neue Politik der BRD gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages, speziell gegenüber der DDR, nach dem aggressiven Antikommunismus der Adenauerregierung.

23 Am 17.8.1956 verkündete das Bundesverfassungsgericht das Urteil im Verfahren gegen die KPD. Die KPD wurde für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst. Ihr Vermögen wurde eingezogen und die Bildung von Ersatzorganisationen verboten. Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) blieb zwar legal, doch wurde gegen ihre Mitglieder in den siebziger Jahren ein Berufsverbot für den öffentlichen Dienst verhängt, zahlreiche Lehrer beispielsweise wurden aus politischen Gründen entlassen.

24 Martin Niemöller war Mitglied der Bekennenden Kirche und kritisierte die Kirchenpolitik des Nationalsozialismus. Von 1938 bis 1945 war er in verschiedenen KZs inhaftiert. Als aktiver Pazifist engagierte er sich als prominenter Gegner gegen die Wiederbewaffnung in der BRD.

25 Lohnleitlinien sind ein von der Regierung vorgegebener Rahmen für Tarifabstimmungen. Die Konzertierte Aktion war ein regelmäßiges Treffen von Regierung, Kapitalistenverbänden und Gewerkschaftführung zur Streikprävention.

26 Die Septemberstreiks waren gegen den Willen der Gewerkschaftsführung durchgeführte – »wilde«- Streiks, bei denen sich über 150 000 Lohnabhängige, vor allem aus dem Stahl- und Bergbau, beteiligten, und Lohnerhöhungen von bis zu 10 % durchgesetzt wurden.

sten kann nicht mit Sicherheit verhindert werden, daß der Imperialismus durch seine Logik der Gewalt dazu fortgerissen wird, seinen Ausweg in einem katastrophischen Krieg zu suchen, oder daß die Supermächte der Welt ein erdrückendes Joch aufzwingen.

Il Manifesto: aus These 52

Die Studentenbewegung als kleinbürgerliche Revolte abtun, heißt: sie auf die Selbstüberschätzung, die sie begleitete, reduzieren; heißt: ihren Ursprung aus dem konkreten Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft leugnen; heißt: mit der Erkenntnis ihrer notwendigen Begrenztheit das theoretische Niveau verleugnen, das ihr antikapitalistischer Protest schon erreicht hatte.

Gewiß war das Pathos übertrieben, mit dem sich die Studenten, die sich ihrer psychischen Verelendung in Wissenschaftsfabriken bewußt geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenauflage der *Bild*-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; war der Vergleich zwischen ideologischer Systemkritik hier und bewaffnetem Kampf dort überheblich; war der Glaube, selbst das revolutionäre Subjekt zu sein, soweit er unter Berufung auf Marcuse[27] verbreitet war, gegenüber der tatsächlichen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie begründenden Produktionsverhältnissen ignorant.

Es ist das Verdienst der Studentenbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin, ihrer Straßenkämpfe, Brandstiftungen, Anwendung von Gegengewalt, ihres Pathos, also auch ihrer Übertreibungen und Ignoranz, kurz: ihrer Praxis, den Marxismus-Leninismus im Bewußtsein wenigstens der Intelligenz als diejenige politische Theorie rekonstruiert zu haben, ohne die politische, ökonomische und ideologische Tatsachen und ihre Erscheinungsformen nicht auf den Begriff zu bringen sind, ihr innerer und äußerer Zusammenhang nicht zu beschreiben ist.

Gerade weil die Studentenbewegung von der konkreten Erfahrung des Widerspruchs zwischen der Ideologie der Freiheit der Wissenschaft und der Realität der dem Zugriff des Monopolkapitals ausgesetzten Universität ausging, weil sie nicht nur ideologisch initiiert war, ging ihr die Puste nicht aus, bis sie dem Zusammenhang zwischen der Krise der Universität und der Krise des Kapitalismus wenigstens theoretisch auf den Grund gegangen war. Bis ihnen und ihrer Öffentlichkeit klar war, daß nicht »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, nicht Menschenrechte, nicht UNO-Charta den Inhalt dieser Demokratie ausmachen; daß hier gilt, was für die kolonialistische und imperialistische Ausbeutung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens immer gegolten hat: Disziplin, Unterordnung und Brutalität für die Unterdrückten, für die, die sich auf deren Seite stellen, Protest erheben, Widerstand leisten, den antiimperialistischen Kampf führen.

Ideologiekritisch hat die Studentenbewegung nahezu alle Bereiche staatlicher

27 Herbert Marcuse: Vertreter der Kritischen Theorie mit großem Einfluß auf die APO.

Repression als Ausdruck imperialistischer Ausbeutung erfaßt: In der Springerkampagne, in den Demonstrationen gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, in der Kampagne gegen die Klassenjustiz, in der Bundeswehrkampagne, gegen die Notstandsgesetze, in der Schülerbewegung. Enteignet Springer!, Zerschlagt die Nato!, Kampf dem Konsumterror!, Kampf dem Erziehungsterror!, Kampf dem Mietterror! waren richtige politische Parolen. Sie zielten auf die Aktualisierung der vom Spätkapitalismus selbst erzeugten Widersprüche im Bewußtsein aller Unterdrückten, zwischen neuen Bedürfnissen und den durch die Entwicklung der Produktivkräfte neuen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung auf der einen Seite und dem Druck irrationaler Subordination als Kehrseite.

Was ihr das Selbstbewußtsein gab, waren nicht entfaltete Klassenkämpfe hier, sondern das Bewußtsein, Teil einer internationalen Bewegung zu sein, es mit demselben Klassenfeind hier zu tun zu haben, wie der Vietcong dort, mit demselben Papiertiger, mit denselben Pigs.

Die provinzialistische Abkapselung der alten Linken durchbrochen zu haben, ist das zweite Verdienst der Studentenbewegung: Die Volksfrontstrategie der alten Linken als Ostermarsch, Deutsche Friedensunion, *Deutsche Volkszeitung*, als irrationale Hoffnung auf den »großen Erdrutsch« bei irgendwelchen Wahlen, ihre parlamentarische Fixierung auf Strauß hier, Heinemann da,[28] ihre pro- und antikommunistische Fixierung auf die DDR, ihre Isolation, ihre Resignation, ihre moralische Zerrissenheit: zu jedem Opfer bereit, zu keiner Praxis fähig zu sein. Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeiten – sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß »die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann« (These 55 von Il Manifesto). Sie machten zum Inhalt ihrer Agitation und Propaganda das, worauf sie sich angesichts der deutschen Verhältnisse hauptsächlich berufen konnten: Daß gegenüber der Globalstrategie des Imperialismus die Perspektive nationaler Kämpfe internationalistisch zu sein hat, daß erst die Verbindung nationaler Inhalte mit internationalen, traditioneller Kampfformen mit internationalistischen revolutionäre Initiative stabilisieren kann. Sie machten ihre Schwäche zu ihrer Stärke, weil sie erkannt hatten, daß nur so erneute Resignation, provinzialistische Abkapselung, Reformismus, Volksfrontstrategie, Integration verhindert werden können – die Sackgassen sozialistischer Politik unter post- und präfaschistischen Bedingungen, wie sie in der Bundesrepublik und Westberlin bestehen.

28 Franz Josef Strauß leitete als Verteidigungsminister den Wiederaufbau der Bundeswehr ab 1956, von1966 bis 1969 war er Bundesfinanzminister. Er galt als Protegé der Flugzeug- und Rüstungsindustrie und war die Personifizierung reaktionärster bundesdeutscher Nachkriegspolitik. Gustav W. Heinemann war Mitglied der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus. Er trat 1950 von seiner Funktion als erster Bundesinnenminister wegen des Beschlusses zur Wiederaufrüstung zurück. 1952 folgte sein Austritt aus der CDU, ab 1957 war er Mitglied der SPD, ab 1969 Bundespräsident. Er stand für die antifaschistisch-demokratische Nachkriegspolitik in der BRD.

Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der *Bild*-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GIs, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen. Daß es richtig wäre, die Kritik an der Klassenjustiz mit dem Sprengen von Gefängnismauern zu verbinden, die Kritik am Springerkonzern mit der Entwaffnung seines Werkschutzes, richtig, einen eigenen Sender in Gang zu setzen, die Polizei zu demoralisieren, illegale Wohnungen für Bundeswehrdeserteure zu haben, für die Agitation bei ausländischen Arbeitern Personalpapiere fälschen zu können, durch Betriebssabotage die Produktion von Napalm zu verhindern.

Und falsch, seine eigene Propaganda von Angebot und Nachfrage abhängig zu machen: keine Zeitung, wenn die Arbeiter sie noch nicht finanzieren, kein Auto, wenn die »Bewegung« es noch nicht kaufen kann, keinen Sender, weil es keine Lizenz dafür gibt, keine Sabotage, weil der Kapitalismus davon nicht gleich zusammenbricht.

Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentischkleinbürgerliche Organisationsform, das »Antiautoritäre Lager« sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation. Sie zerfiel, als der Funke der Studentenbewegung – anders als in Italien und Frankreich – nicht zum Steppenbrand entfalteter Klassenkämpfe geworden war. Sie konnte die Ziele und Inhalte des antiimperialistischen Kampfes benennen – selbst nicht das revolutionäre Subjekt, konnte sie deren organisatorische Vermittlung nicht leisten.

Die Rote Armee Fraktion leugnet im Unterschied zu den proletarischen Organisationen der Neuen Linken, ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat.

IV. Primat der Praxis

Wer ein bestimmtes Ding oder einen Komplex von Dingen direkt kennen lernen will, muß persönlich am praktischen Kampf zur Veränderung der Wirklichkeit, zur Veränderung des Dinges oder des Komplexes von Dingen teilnehmen, denn nur so kommt er mit der Erscheinung der betreffenden Dinge in Berührung, und erst durch die persönliche Teilnahme am praktischen Kampf zur Veränderung der Wirklichkeit ist er imstande, das Wesen jenes Dinges bzw. jenes Komplexes von Dingen zu enthüllen und sie zu verstehen.

Aber der Marxismus legt der Theorie darum und nur darum ernste Bedeutung bei, weil sie die Anleitung zum Handeln sein kann. Wenn man über eine richtige Theorie verfügt, sie aber nur als etwas behandelt, worüber man einmal schwatzt, um es dann in die Schublade zu legen, was man jedoch keineswegs in die Praxis umsetzt, dann wird diese Theorie, so gut sie auch sein mag, bedeutungslos.

Mao Tse Tung: Über die Praxis

Die Hinwendung der Linken, der Sozialisten, die zugleich die Autoritäten der Studentenbewegung waren, zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, die Aktualisierung der Kritik der politischen Ökonomie als ihrer Selbstkritik an der Studentenbewegung, war gleichzeitig ihre Rückkehr zu ihren studentischen Schreibtischen. Nach ihrer Papierproduktion zu urteilen, ihren Organisationsmodellen[29], dem Aufwand, den sie mit und in ihren Erklärungen treiben, könnte man meinen, hier beanspruchten Revolutionäre die Führung in gewaltigen Klassenkämpfen, als wäre das Jahr 1967/68 das 1905 des Sozialismus in Deutschland. Wenn Lenin 1903 in »Was tun?« das Theoriebedürfnis der russischen Arbeiter hervorhob und gegenüber Anarchisten und Sozialrevolutionären die Notwendigkeit von Klassenanalyse und Organisation und entlarvender Propaganda postulierte, dann, weil massenhafte Klassenkämpfe im Gange waren. »Das ist es ja gerade, daß die Arbeitermassen durch die Niederträchtigkeiten des russischen Lebens sehr stark aufgerüttelt werden, wir verstehen es nur nicht, alle jene Tropfen und Rinnsale der Volkserregung zu sammeln und, wenn man so sagen darf – zu konzentrieren, die aus dem russischen Leben in unermeßlich größerer Menge hervorquellen, als wir alle es uns vorstellen und glauben, die aber zu einem gewaltigen Strom vereinigt werden müssen.« (Lenin: »Was tun?«)

Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinheitlichungsprozesses sein kann. Wir bezweifeln, daß sich das Bündnis zwischen der sozialistischen Intelligenz und dem Proletariat durch programmatische Erklärungen »schweißen«, durch ihren Anspruch auf proletarische Organisationen erzwingen läßt. Die Tropfen und Rinnsale über die Niederträchtigkeiten des deutschen Lebens sammelt bislang noch der Springer-Konzern und leitet sie neuen Niederträchtigkeiten zu.

Wir behaupten, daß ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde, der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, ohne den konkreten antiimperialistischen Kampf es keinen Vereinheitlichungsprozeß gibt, daß das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht, in denen der bewußte Teil der Arbeiter und Intellektuellen nicht Regie zu fahren, sondern voranzugehen hat.

In der Papierproduktion der Organisationen erkennen wir ihre Praxis hauptsächlich nur wieder als den Konkurrenzkampf von Intellektuellen, die sich

39 Gemeint ist der Versuch, aus hauptsächlich studentischem Hintergrund marxistisch-leninistische Parteien aufzubauen.

vor einer imaginären Jury, die die Arbeiterklasse nicht sein kann, weil ihre Sprache schon deren Mitsprache ausschließt, den Rang um die bessere Marx-Rezeption ablaufen. Es ist ihnen peinlicher, bei einem falschen Marx-Zitat ertappt zu werden als bei einer Lüge, wenn von ihrer Praxis die Rede ist. Die Seitenzahlen, die sie in ihren Anmerkungen angeben, stimmen fast immer, die Mitgliederzahlen, die sie für ihre Organisationen angeben, stimmen fast nie. Sie fürchten sich vor dem Vorwurf der revolutionären Ungeduld mehr als vor ihrer Korrumpierung in bürgerlichen Berufen, mit Lukács[30] langfristig zu promovieren, ist ihnen wichtig, sich von Blanqui kurzfristig agitieren zu lassen, ist ihnen suspekt. Ihrem Internationalismus geben sie in Zensuren Ausdruck, mit denen sie die eine palästinensische Kommandoorganisation vor der anderen auszeichnen – weiße Herren, die sich als die wahren Sachwalter des Marxismus aufspielen; sie bringen ihn in den Umgangsformen von Mäzenatentum zum Ausdruck, indem sie befreundete Reiche im Namen der Black Panther Partei[31] anbetteln und das, was die für ihren Ablaß zu geben bereit sind, sich selbst beim lieben Gott gutschreiben lassen – nicht den »Sieg im Volkskrieg« im Auge, nur um ihr gutes Gewissen besorgt. Eine revolutionäre Interventionsmethode ist das nicht.

Mao stellte in seiner »Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft« (1926) den Kampf der Revolution und den Kampf der Konterrevolution einander gegenüber als »das Rote Banner der Revolution, hoch erhoben von der III. Internationale, die alle unterdrückten Klassen in der Welt aufruft, sich um ihr Banner zu scharen; das andere ist das Weiße Banner der Konterrevolution, erhoben vom Völkerbund, der alle Konterrevolutionäre aufruft, sich um sein Banner zu scharen.« Mao unterschied die Klassen in der chinesischen Gesellschaft danach, wie sie sich zwischen Rotem und Weißem Banner beim Fortschreiten der Revolution in China entscheiden würden. Es genügte ihm nicht, die ökonomische Lage der verschiedenen Klassen in der chinesischen Gesellschaft zu analysieren. Bestandteil seiner Klassenanalyse war ebenso die Einstellung der verschiedenen Klassen zur Revolution.

Eine Führungsrolle der Marxisten-Leninisten in zukünftige Klassenkämpfen wird es nicht geben, wenn die Avantgarde selbst nicht das Rote Banner des Proletarischen Internationalismus hochhält und wenn die Avantgarde selbst die Frage

30 György Lukács: Ungarischer Kommunist, Philosoph und Literaturwissenschaftler, seit 1918 Mitglied der KPU. In der ungarischen Räterepublik war er Volkskommissar für Unterrichtswesen. Danach ging er ins Exil nach Wien-Moskau-Berlin-Moskau.Von 1945 bis 1958 war er Professor für Philosophie in Budapest. Als Kulturminister unter Imre Nagy war er 1956 einer der intellektuellen Köpfe des antistalinistischen Aufstandes. Nach dessen Scheitern blieb er ohne Lehramt, wurde nur im Westen verlegt und beeinflußte die Neue Linke.

31 Die Black Panthers wurden 1966 als schwarze Selbstverteidigungsorganisation in den Ghettos US-amerikanischer Großstädte gegründet. Sie entwickelten neben Sozialprogrammen eine offensiv propagierte Militanz und bestimmten mit der Theorie von den Inneren Kolonien und der Übernahme des sozialistischen Befreiungsnationalismus in die Metropolen den Kampf von rassistisch Unterdrückten, vor allem in den USA. Sie wurden in einer beispiellosen Repressionskampagne (COINTELPRO) 1971 zerschlagen.

nicht beantwortet, wie die Diktatur des Proletariats zu errichten sein wird, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten. Die Klassenanalyse, die wir brauchen, ist nicht zu machen ohne revolutionäre Praxis, ohne revolutionäre Initiative.

Die »Revolutionären Übergangsforderungen«, die die proletarischen Organisationen landauf, landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit, gegen die Vergeudung von gesellschaftlichem Reichtum, gleicher Lohn für Männer und Frauen und ausländische Arbeiter, gegen Akkordhetze etc., diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden. Dann aber – wenn es bei ihnen bleibt, sind sie nur noch ökonomischer Dreck, weil es sich um sie nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen und zum Sieg zu führen, wenn »Siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben nicht das höchste Gut des Revolutionärs ist« (Debray)[32]. Mit diesen Forderungen kann man gewerkschaftlich intervenieren – »die tradeunionistische Politik der Arbeiterklasse ist aber eben bürgerliche Politik der Arbeiterklasse« (Lenin). Eine revolutionäre Interventionsmethode ist sie nicht.

Die sogenannten proletarischen Organisationen unterscheiden sich, wenn sie die Frage der Bewaffnung als Antwort auf die Notstandsgesetze, die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, die Polizei, die Springerpresse nicht aufwerfen, opportunistisch verschweigen, nur insoweit von der DKP, als sie noch weniger in den Massen verankert sind, als sie wortradikaler sind, als sie theoretisch mehr drauf haben. Praktisch begeben sie sich auf das Niveau von Bürgerrechtlern, die es auf Popularität um jeden Preis abgesehen haben, unterstützen sie die Lügen der Bourgeoisie, daß in diesem Staat mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie noch was auszurichten sei, ermutigen sie das Proletariat zu Kämpfen, die angesichts des Potentials an Gewalt in diesem Staat nur verloren werden können – auf barbarische Weise. »Diese marxistisch-leninistischen Fraktionen oder Parteien« – schreibt Debray über die Kommunisten in Lateinamerika – »bewegen sich innerhalb derselben politischen Fragestellungen, wie sie von der Bourgeoisie beherrscht werden. Anstatt sie zu verändern, haben sie dazu beigetragen, sie noch fester zu verankern ...«

Den Tausenden von Lehrlingen und Jugendlichen, die aus ihrer Politisierung während der Studentenbewegung erstmal den Schluß gezogen haben, sich dem

32 Regis Debray: Französischer Intellektueller, der Che Guevara beim Guerillakampf in Bolivien besuchte. Er war ein Propagandist der Focus-Theorie, die behauptete, daß der Guerillakampf als Funke die Massenrebellion entfacht und damit traditionelle kommunistische Parteien ablöst. Debray etablierte sich später und wurde Berater von Staatspräsident Mitterrand.

Ausbeutungsdruck im Betrieb zu entziehen, bieten diese Organisationen keine politische Perspektive mit dem Vorschlag, sich dem kapitalistischen Ausbeutungsdruck erstmal wieder anzupassen. Gegenüber der Jugendkriminalität nehmen sie praktisch den Standpunkt von Gefängnisdirektoren ein, gegenüber den Genossen im Knast den Standpunkt ihrer Richter, gegenüber dem Untergrund den Standpunkt von Sozialarbeitern.

Praxislos ist die Lektüre des »Kapital« nichts als bürgerliches Studium. Praxislos sind programmatische Erklärungen nur Geschwätz. Praxislos ist proletarischer Internationalismus nur Angeberei. Theoretisch den Standpunkt des Proletariats einnehmen, heißt ihn praktisch einnehmen.

Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln.

V. Stadtguerilla

Somit muß man von seinem Wesen her, aus einer langen Perspektive, in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind: als Papiertiger. Darauf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Andererseits sind sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Menschen fressen. Darauf müssen wir unser taktisches Denken gründen.

Mao Tse Tung, 1. 12. 1958

Wenn es richtig ist, daß der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist, d.h. daß er letzten Endes besiegt werden kann; und wenn die These der chinesischen Kommunisten richtig ist, daß der Sieg über den amerikanischen Imperialismus dadurch möglich geworden ist, daß an allen Ecken und Enden der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird, so daß dadurch die Kräfte des Imperialismus zersplittert werden und durch ihre Zersplitterung schlagbar werden – wenn das richtig ist, dann gibt es keinen Grund, irgendein Land und irgendeine Region aus dem antiimperialistischen Kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die Kräfte der Revolution dort besonders schwach, weil die Kräfte der Reaktion dort besonders stark sind.

Wie es falsch ist, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, indem man sie unterschätzt, ist es falsch, ihnen Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputtgemacht werden können. Der Widerspruch zwischen den ehrlichen Genossen in den Organisationen – lassen wir die Schwätzer mal raus – und der Roten Armee Faktion ist der, daß wir ihnen vorwerfen, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, und daß sie uns verdächtigen, wir würden die Kräfte der Revolution verheizen. Daß damit die Richtung angegeben wird, in der die Fraktion der in Betrieben und Stadtteilen arbeitenden Genossen und die Rote Armee Fraktion den Bogen überspannen, wenn sie ihn überspannen, entspricht der Wahrheit. Dogmatismus und Abenteurertum sind seit je die charakteristischen

Abweichungen in Perioden der Schwäche der Revolution in einem Land. Da seit je die Anarchisten die schärfsten Kritiker des Opportunismus waren, setzt sich dem Anarchismus-Vorwurf aus, wer die Opportunisten kritisiert. Das ist gewissermaßen ein alter Hut.

Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften.

Stadtguerilla geht davon aus, daß es die preußische Marschordnung nicht geben wird, in der viele sogenannte Revolutionäre das Volk in den revolutionären Kampf führen möchten. Geht davon aus, daß dann, wenn die Situation reif sein wird für den bewaffneten Kampf, es zu spät sein wird, ihn erst vorzubereiten. Daß es ohne revolutionäre Initiative in einem Land, dessen Potential an Gewalt so groß, dessen revolutionäre Traditionen so kaputt und so schwach sind wie in der Bundesrepublik, auch dann keine revolutionäre Orientierung geben wird, wenn die Bedingungen für den revolutionären Kampf günstiger sein werden als sie es jetzt schon sind aufgrund der politischen und ökonomischen Entwicklung des Spätkapitalismus selbst.

Stadtguerilla ist insofern die Konsequenz aus der längst vollzogenen Negation der parlamentarischen Demokratie durch ihre Repräsentanten selbst, die unvermeidliche Antwort auf Notstandsgesetze und Handgranatengesetz[33], die Bereitschaft, mit den Mitteln zu kämpfen, die das System für sich bereitgestellt hat, um seine Gegner auszuschalten. Stadtguerilla basiert auf der Anerkennung von Tatsachen, statt der Apologie von Tatsachen.

Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora-Bassa-Kampagne[34] der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt, in bezug auf die Militärhilfen, die die Bundesrepublik den Kompradoren-Regimes[35] in Afrika gibt, in bezug auf die Kritik am Strafvollzug und an der Klassenjustiz, am Werkschutz und innerbetrieblicher Justiz. Sie kann den verbalen Internationalismus konkretisieren als die Beschaffung von Waffen und Geld. Sie kann die Waffe des Systems, die Illegalisierung von

33 Im Juni 1970 wurde in Westberlin das Handgranatengesetz verabschiedet. Die Westberliner Polizei wurde mit Handgranaten, Maschinenpistolen und Maschinengewehren ausgerüstet.

34 Der Carbora-Bassa-Staudamm in Moçambique, damals portugiesische Kolonie, war das größte Staudammprojekt in Afrika. Ab 1969 beteiligten sich fünf BRD-Konzerne an dem Projekt. Portugal wollte dort eine Million Europäer ansiedeln. Die Organisation Afrikanischer Einheit und viele Befreiungsbewegungen, wie die FRELIMO, protestierten gegen das Projekt. Auch in der BRD, speziell in Heidelberg, wurde gegen das Projekt protestiert, als der US-amerikanische Verteidigungsminister McNamara die BRD besuchte.

35 Der Begriff bezieht sich auf die Kompradorenbourgeoisie und bezeichnet den Teil der einheimischen, herrschenden Klasse in kolonialen oder halbkolonialen Ländern, der im Handel die Interessen des ausländischen Finanzkapitals wahrnimmt und davon profitiert.

Kommunisten stumpf machen, indem sie einen Untergrund organisiert, der dem Zugriff der Polizei entzogen bleibt. Stadtguerilla ist eine Waffe im Klassenkampf.

Stadtguerilla ist bewaffneter Kampf, insofern es die Polizei ist, die rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch macht, und die Klassenjustiz, die Kurras[36] freispricht und die Genossen lebendig begräbt, wenn wir sie nicht daran hindern. Stadtguerilla heißt, sich von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen.

Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören.

Stadtguerilla setzt die Organisierung eines illegalen Apparates voraus, das sind Wohnungen, Waffen, Munition, Autos, Papiere. Was dabei im einzelnen zu beachten ist, hat Marighella[37] in seinem »Minihandbuch der Stadtguerilla« beschrieben. Was dabei noch zu beachten ist, sind wir jederzeit jedem bereit zu sagen, der es wissen muß, wenn er es machen will. Wir wissen noch nicht viel, aber schon einiges.

Wichtig ist, daß man, bevor man sich entschließt, bewaffnet zu kämpfen, legale politische Erfahrungen gemacht hat. Wo der Anschluß an die revolutionäre Linke auch noch einem modischen Bedürfnis entspricht, schließt man sich besser nur da an, von wo man wieder zurück kann.

Rote Armee Fraktion und Stadtguerilla sind diejenige Fraktion und Praxis, die, indem sie einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind ziehen, am schärfsten bekämpft werden. Das setzt politische Identität voraus; das setzt voraus, daß einige Lernprozesse schon gelaufen sind.

Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mitbeeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann.

Stadtguerilla setzt voraus, sich über seine eigene Motivation im klaren zu sein, sicher zu sein, daß *Bild*-Zeitungsmethoden bei einem nicht mehr verfangen, daß

36 Kurras war der Polizist, der am 2.6.1967 den Studenten Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schah von Persien (Iran) erschoß. Er wurde von der Justiz freigesprochen und später befördert.

37 Marighella war der wichtigste Theoretiker der Stadtguerilla in Südamerika. Er gründete die Stadtguerillaorganisation ALN in Brasilien und veröffentlichte mehrere Schriften zu deren Strategie. Er setzte sich damit als erster von der bis dahin dominierenden Theorie der ländlichen Guerilla ab, die nach Che Guevara eine bessere Möglichkeit bietet, den bewaffneten Kampf im Volk zu verankern und zu vermassen. Das »Minihandbuch der Stadtguerilla« beeinflußte ähnliche Gruppen auf der ganzen Welt. Marighella wurde 1969 von den brasilianischen Militärs ermordet.

das Antisemitismus-Kriminellen-Untermenschen-Mord & Brand-Syndrom, das sie auf Revolutionäre anwenden, die ganze Scheiße, die nur die absondern und zu artikulieren imstande sind und die immer noch viele Genossen in ihrem Urteil über uns beeinflußt, daß einen die nicht trifft.

Denn natürlich überläßt uns das System nicht das Terrain, und es gibt kein Mittel, auch keins der Verleumdung –, das sie nicht gegen uns anzuwenden entschlossen wären.

Und es gibt keine Öffentlichkeit, die ein anderes Ziel hätte, als die Interessen des Kapitals auf die eine oder andere Art wahrzunehmen, und es gibt noch keine sozialistische Öffentlichkeit, die über sich selbst, ihre Zirkel, ihren Handvertrieb, ihre Abonnenten hinausreichte, die sich nicht noch hauptsächlich in zufälligen, privaten, persönlichen, bürgerlichen Umgangsformen abspielte. Es gibt keine Publikationsmittel, die nicht vom Kapital kontrolliert würden, über das Anzeigengeschäft, über den Ehrgeiz der Schreiber, sich in das ganz große Establishment reinzuschreiben, über die Rundfunkräte, über die Konzentration auf dem Pressemarkt. Herrschende Öffentlichkeit ist die Öffentlichkeit der Herrschenden, in Marktlücken aufgeteilt, schichtenspezifische Ideologien entwickelnd, was sie verbreiten, steht im Dienst ihrer Selbstbehauptung auf dem Markt. Die journalistische Kategorie heißt: Verkauf. Die Nachricht als Ware, die Information als Konsum. Was nicht konsumierbar ist, muß sie ankotzen. Leserblattbindung bei den anzeigenintensiven Publikationsmitteln, ifas-Punktsysteme beim Fernsehen, das kann keine Widersprüche zwischen sich und dem Publikum aufkommen lassen, keine antagonistischen, keine mit Folgen. Den Anschluß an den mächtigsten Meinungsbildner am Markt muß halten, wer sich am Markt halten will; d.h. die Abhängigkeit vom Springerkonzern wächst in dem Maße, als der Springerkonzern wächst, der angefangen hat, auch die Lokalpresse einzukaufen. Die Stadtguerilla hat von dieser Öffentlichkeit nichts anderes zu erwarten als erbitterte Feindschaft. An marxistischer Kritik und Selbstkritik hat sie sich zu orientieren, an sonst nichts. »Wer keine Angst vor Vierteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu zerren«, sagt Mao dazu.

Langfristigkeit und Kleinarbeit sind Postulate, die für die Stadtguerilla erst recht gelten, insofern wir nicht nur davon reden, sondern auch danach handeln. Ohne den Rückzug in bürgerliche Berufe offen zu halten, ohne die Revolution nochmal an den Nagel im Reihenhaus hängen zu können, ohne also auch das zu wollen, also mit dem Pathos, das Blanqui ausgedrückt hat: »Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen.« – Es gibt keinen revolutionären Kampf und hat noch keinen gegeben, dessen Moral nicht diese gewesen wäre: Rußland, China, Kuba, Algerien, Palästina, Vietnam.

Manche sagen, die politischen Möglichkeiten der Organisierung, der Agitation, der Propaganda seien noch längst nicht erschöpft, aber erst dann, wenn sie erschöpft seien, könnte man die Frage der Bewaffnung aufwerfen. Wir sagen: Die politischen Möglichkeiten werden solange nicht wirklich ausgenutzt werden kön-

nen, solange das Ziel, der bewaffnete Kampf, nicht als das Ziel der Politisierung zu erkennen ist, solange die strategische Bestimmung, daß alle Reaktionäre Papiertiger sind, nicht hinter der taktischen Bestimmung, daß sie Verbrecher, Mörder, Ausbeuter sind, zu erkennen ist.

Von »bewaffneter Propaganda« werden wir nicht reden, sondern werden sie machen. Die Gefangenenbefreiung lief nicht aus propagandistischen Gründen, sondern um den Typ rauszuholen. Banküberfälle, wie man sie uns in die Schuhe zu schieben versucht, würden auch wir nur machen, um Geld aufzureißen. Die »glänzenden Erfolge«, von denen Mao sagt, daß wir sie erzielt haben müssen, »wenn der Feind uns in den schwärzesten Farben malt«, sind nur bedingt unsere eigenen Erfolge. Das große Geschrei, das über uns angestimmt worden ist, verdanken wir mehr den lateinamerikanischen Genossen – aufgrund des klaren Trennungsstrichs zwischen sich und dem Feind, den sie schon gezogen haben –, so daß die Herrschenden hier uns wegen des Verdachts von ein paar Banküberfällen so »energisch entgegentreten«, als gäbe es schon, was aufzubauen wir angefangen haben: die Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion.

VI. Legalität und Illegalität

Die Revolution im Westen, die Herausforderung der kapitalistischen Macht in den Hochburgen, ist das Gebot der Stunde. Sie ist von entscheidender Bedeutung. Die derzeitige Weltsituation kennt keinen Ort und keine Kräfte, die in der Lage wären, eine friedliche Entwicklung und eine demokratische Stabilisierung zu garantieren. Die Krise spitzt sich tendenziell zu. Sie jetzt provinzialistisch abzukapseln oder den Kampf auf später zu verschieben, bedeutet: Man wird in den Strudel des umfassenden Niedergangs hineingerissen.

Il Manifesto: aus These 55

Die Parole der Anarchisten »Macht kaputt, was Euch kaputt macht« zielt auf die direkte Mobilisierung der Basis, der Jugendlichen in Gefängnissen und Heimen, in Schulen und in der Ausbildung, richtet sich an die, denen es am dreckigsten geht, zielt auf spontanes Verständnis, ist die Aufforderung zum direkten Widerstand. Die Black Power-Parole von Stokley Carmichael[38]: »Trust your own experience!« meinte eben das. Die Parole geht von der Einsicht aus, daß es im Kapitalismus nichts, aber auch nichts gibt, das einen bedrückt, quält, hindert, belastet, was seinen Ursprung nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hätte, daß jeder Unterdrücker, in welcher Gestalt auch immer er auftritt, ein Vertreter des Klasseninteresses des Kapitals ist, das heißt: Klassenfeind.

Insofern ist die Parole der Anarchisten richtig, proletarisch, klassenkämpferisch. Sie ist falsch, soweit sie das falsche Bewußtsein vermittelt, man brauchte bloß zuzuschlagen, denen in die Fresse zu schlagen, Organisierung sei zweitrangig, Disziplin bürgerlich, die Klassenanalyse überflüssig. Schutzlos der verschärften Repression, die auf ihre Aktionen folgt, ausgesetzt, ohne die Dialektik von Legalität und Illegalität organisatorisch beachtet zu haben, werden sie legal verhaftet. Der Satz einiger Organisationen »Kommunisten sind nicht so einfältig, sich selbst zu illegalisieren« redet der Klassenjustiz nach dem Mund, sonst niemandem. Soweit er besagt, daß die legalen Möglichkeiten kommunistischer Agitation und Propaganda, von Organisierung, von politischem und ökonomischem Kampf unbedingt genutzt werden müssen und nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfen, ist er richtig – aber das beinhaltet er ja gar nicht. Er beinhaltet, daß die Grenzen, die der Klassenstaat und seine Justiz der sozialistischen Arbeit setzen, ausreichen, um alle Möglichkeiten auszunutzen, daß man sich an die Begrenzungen zu halten hat, daß vor illegalen Übergriffen dieses Staates, da sie ja allemal legalisiert werden, unbedingt zurückzuweichen ist – Legalität um jeden Preis. Illegale Inhaftierung, Terrorurteile, Übergriffe der Polizei, Erpressung und Nötigung durch den Staatsanwalt – Friß, Vogel oder stirb – Kommunisten sind nicht so einfältig ...

Der Satz ist opportunistisch. Er ist unsolidarisch. Er schreibt die Genossen im Knast ab, er schließt die Organisierung und Politisierung all derer aus der Sozialistischen Bewegung aus, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft und Lage nicht anders als kriminell überleben können: den Untergrund, das Subproletariat, unzählige proletarische Jugendliche, Gastarbeiter. Er dient der theoretischen Kriminalisierung all derer, die sich den Organisationen nicht anschließen. Er ist ihr Bündnis mit der Klassenjustiz. Er ist dumm.

Legalität ist eine Machtfrage. Das Verhältnis von Legalität und Illegalität ist an dem Widerspruch von reformistischer und faschistischer Herrschaftsausübung zu bestimmen, deren Bonner Repräsentanten gegenwärtig die sozial/liberale Koalition hier, Barzel/Strauß da sind, deren publizistische Repräsentanten z.B. die *Süddeutsche Zeitung*, der *Stern*, das Dritte Programm des *WDR* und des *SFB*, die *Frankfurter Rundschau* hier sind, der Springerkonzern, der Sender Freies Berlin, das *Zweite Deutsche Fernsehen*, der *Bayernkurier* da, deren Polizei die Münchner Linie hier, das Berliner Modell da ist, deren Justiz das Bundesverwaltungsgericht hier, der Bundesgerichtshof da ist.

Die reformistische Linie zielt darauf, Konflikte zu vermeiden, durch Institutionalisierung (Mitbestimmung), durch Reformversprechen (im Strafvollzug z.B.), indem sie überalterten Konfliktstoff ausräumt (der Kniefall des Kanzlers in Polen[39] z.B.), indem sie Provokationen vermeidet (die weiche Linie der Münchner Polizei und des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin z.B.), durch die verbale Anerkennung von Mißständen (in der öffentlichen Erziehung in Hessen und Berlin z.B.). Es gehört zur konfliktvermeidenden Taktik des Reformismus, sich etwas innerhalb und etwas weniger außerhalb der Legalität zu bewegen, das gibt ihm den

38 Stokeley Carmichael war ein führendes Mitglied der Black-Power-Bewegung.

39 Als Akt der deutsch-polnischen Aussöhnung kniete Brandt medienwirksam vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos nieder. Dies war der Bestandteil einer von der SPD betriebenen neuen Ostpolitik.

Schein von Legitimation, von Grundgesetz unterm Arm, das zielt auf Integration von Widersprüchen, das läßt linke Kritik totlaufen, leer laufen, das will die Jungsozialisten in der SPD behalten. Daß die reformistische Linie im Sinn von langfristiger Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft die effektivere Linie ist, wird nicht bezweifelt, nur ist sie an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Sie setzt wirtschaftliche Prosperität voraus, weil die weiche Linie der Münchner Polizei z.B. sehr viel kostspieliger ist als die harte Tour der Berliner, wie es der Münchner Polizeipräsident sinnfällig dargetan hat: »Zwei Beamte mit Maschinengewehren können 1000 Leute in Schach halten, 100 Beamte mit Gummiknüppeln können 1000 Leute in Schach halten. Ohne derartige Instrumente benötigt man 300 bis 400 Polizeibeamte.« Die reformistische Linie setzt die nicht bis gar nicht organisierte antikapitalistische Opposition voraus, wie man ebenfalls vom Beispiel Münchens her weiß.

Unter dem Deckmantel des politischen Reformismus nimmt im übrigen die Monopolisierung von staatlicher und wirtschaftlicher Macht zu, was Schiller[40] mit seiner Wirtschaftspolitik betreibt und Strauß mit seiner Finanzreform durchgesetzt hat, die Verschärfung der Ausbeutung durch Arbeitsintensivierung und Arbeitsteilung im Bereich der Produktion, durch langfristigere Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung und der Dienstleistungen.

Daß die Akkumulation von Gewalt in den Händen weniger widerstandsloser funktioniert, wenn man sie geräuschloser durchführt, wenn man dabei unnötige Provokationen vermeidet, die unkontrollierbare Solidarisierungsprozesse zur Folge haben können – das hat man aus der Studentenbewegung und dem Mai in Paris gelernt. Deshalb werden die Roten Zellen noch nicht verboten, deshalb wurde die KP als DKP ohne Aufhebung des KP-Verbots zugelassen, deshalb gibt es noch liberale Fernsehsendungen und deshalb können es sich einige Organisationen noch leisten, sich nicht für so einfältig zu halten, wie sie es sind.

Der Legalitätsspielraum, den der Reformismus bietet, ist die Antwort des Kapitals auf die Attacken der Studentenbewegung und der Apo – solange man sich die reformistische Antwort leisten kann, ist sie die effektivere. Auf diese Legalität zu setzen, sich auf sie verlassen, sie metaphysisch verlängern, sie statistisch hochrechnen, sie nur verteidigen wollen, heißt, die Fehler der Strategie der Selbstverteidigungszonen in Lateinamerika wiederholen, nichts gelernt zu haben, der Reaktion Zeit zu lassen, sich zu formieren, zu reorganisieren, bis sie die Linke nicht illegalisiert, sondern zerschlägt.

Willy Weyer[41] macht eben nicht auf Toleranz, sondern macht Manöver und setzt der Kritik der liberalen Presse, daß er mit seinen Alkoholkontrollen alle Autofahrer zu potentiellen Straftätern macht, nur frech entgegen: »Wir machen weiter!« – womit er der liberalen Öffentlichkeit ihre Bedeutungslosigkeit nachweist.

40 Karl Schiller (SPD) löste F.J. S trauß als Wirtschaftsminister ab.

41 Willy Weyer (SPD) war Innenminister in NRW und ein entschiedener Befürworter der Aufrüstung und Militarisierung der Polizei.

Eduard Zimmermann macht ein ganzes Volk zu Polizisten, der Springerkonzern hat die Berliner Polizeiführung gemacht, *BZ*-Kolumnist Reer schreibt den Berliner Haftrichtern die Haftbefehle vor. Die Massenmobilisierung im Sinn von Faschismus, von Durchgreifen, von Todesstrafe, von Schlagkraft, von Einsatz findet statt – der New Look, den die Brandt/Heinemann/Scheel-Administration der Politik in Bonn gegeben hat, ist die Fassade dazu.

Die Genossen, die mit der Frage von Legalität und Illegalität so oberflächlich umgehen, haben offenbar auch die Amnestie[42] in den falschen Hals gekriegt, mit der der Studentenbewegung noch nachträglich der Zahn gezogen worden ist. Indem man die Kriminalisierung hunderter von Studenten aufhob, kamen diese mit dem Schrecken davon, wurde weiterer Radikalisierung vorgebeugt, wurden sie energisch daran erinnert, was die Privilegien bürgerlichen Studentenseins wert sind, trotz Wissenschaftsfabrik Universität, der soziale Aufstieg. So wurde die Klassenschranke zwischen ihnen und dem Proletariat wieder aufgerichtet, zwischen ihrem privilegierten Alltag als Studium und dem Alltag des Akkordarbeiters, der Akkordarbeiterin, die nicht amnestiert wurden vom gleichen Klassenfeind. So blieb einmal mehr die Theorie von der Praxis getrennt. Die Rechnung: Amnestie gleich Befriedung ging auf.

Die sozialdemokratische Wählerinitiative von einigen honorablen Schriftstellern – nicht nur dem abgefuckten Grass[43] – als Versuch positiver, demokratischer Mobilisierung, als Abwehr also von Faschismus gemeint und deshalb zu beachten, verwechselt die Wirklichkeit von einigen Verlagen und Redaktionen in Funk- und Fernsehanstalten, die der Rationalität der Monopole noch nicht unterworfen sind, die als Überbau nachhinken, mit dem Ganzen der politischen Wirklichkeit. Die Bereiche verschärfter Repression sind nicht die, mit denen ein Schriftsteller es zuerst zu tun hat: Gefängnisse, Klassenjustiz, Akkordhetze, Arbeitsunfälle, Konsum auf Raten, Schule, *Bild* und *BZ*, die Wohnkasernen der Vorstädte, Ausländergettos – das alles kriegen Schriftsteller höchstens ästhetisch mit, politisch nicht.

Legalität ist die Ideologie des Parlamentarismus, der Sozialpartnerschaft, der pluralistischen Gesellschaft. Sie wird zum Fetisch, wenn die, die darauf pochen, ignorieren, daß Telefone legal abgehört werden, Post legal kontrolliert, Nachbarn legal befragt, Denunzianten legal bezahlt, daß legal observiert wird – daß die Organisierung von politischer Arbeit, wenn sie dem Zugriff der politischen Polizei nicht permanent ausgesetzt sein will, gleichzeitig legal und illegal zu sein hat.

Wir setzen nicht auf die spontane antifaschistische Mobilisierung durch Terror und Faschismus selbst und halten Legalität nicht nur für Korrumpierung und wissen, daß unsere Arbeit Vorwände liefert, wie der Alkohol für Willy Weyer und die

42 Die Amnestie für demonstrationsbedingte Straftaten, die ein Strafmaß von acht Monaten nicht überschritten, wurde am 4.5.1970 durch Gustav Heinemann erlassen. Sie ermöglichte den Schreibtischrevolutionären nach 1968 die Rückkehr in die Gesellschaft und ist das klassische Beispiel für sozialdemokratische Integrationsstrategie gegen Protest und Widerstand.

43 Günter Grass: Zeitgenössischer Schriftsteller, Anhänger der Sozialdemokratie. Er erhielt 1965 den Georg-Büchner-Preis.

steigende Kriminalität für Strauß und die Ostpolitik für Barzel und das Rotlicht an der Ampel, das der Jugoslawe überfuhr, für die Frankfurter Taxifahrer und der Griff in die Tasche für den Mörder des Autodiebs in Berlin. Und für noch mehr Vorwand, weil wir Kommunisten sind und es davon, ob die Kommunisten sich organisieren und kämpfen, abhängt, ob Terror und Repression nur Angst und Resignation bewirken oder Widerstand und Klassenhaß und Solidarität provozieren, ob das hier alles so glatt im Sinn des Imperialismus über die Bühne geht oder nicht. Weil es davon abhängt, ob die Kommunisten so einfältig sind, alles mit sich machen zu lassen oder die Legalität u.a. dazu benutzen, die Illegalität zu organisieren, statt das eine vor dem anderen zu fetischisieren.

Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne[44] dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, die den tatsächlichen Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit und dessen Verschärfung, wenn Widerstand organisiert in Erscheinung tritt, nicht realisiert. Die nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisierung von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht.

Die Rote Armee Fraktion organisiert die Illegalität als Offensiv-Position für revolutionäre Intervention.

Stadtguerilla machen heißt, den antiimperialistischen Kampf offensiv führen. Die Rote Armee Fraktion stellt die Verbindung her zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen politischem und bewaffnetem Kampf, zwischen der strategischen und der taktischen Bestimmung der internationalen kommunistischen Bewegung. Stadtguerilla heißt, trotz der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Bundesrepublik und Westberlin hier und jetzt revolutionär intervenieren!

»Entweder sie sind ein Teil des Problems oder sie sind ein Teil der Lösung. Dazwischen gibt es nichts. Die Scheiße ist seit Dekaden und Generationen von allen Seiten untersucht und begutachtet worden. Ich bin lediglich der Meinung, daß das meiste, was in diesem Land vor sich geht, nicht länger analysiert zu werden braucht« – sagt Cleaver[45].

Den bewaffneten Kampf unterstützen!
Sieg im Volkskrieg!

---

44 Gauche Proletarienne: Maoistisch geprägte Organisation der französischen Neuen Linken. Sie versuchte nach 1968 eine Betriebsguerilla aufzubauen und den gesellschaftlichen Abstand zwischen studentischen und proletarischen Kämpfen zu überwinden; wurde 1970 verboten.

45 Eldrige Cleaver war der Informationsminister der Black Panther Party. Er ging nach deren Zerschlagung ins Exil nach Algerien und veröffentlichte mehrere Bücher, unter anderen »Seele auf Eis«.

Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa

Mai 1971

Die Geschichte lehrt uns, daß richtige politische und militärische Linien nicht spontan und friedlich, sondern im Kampf entstehen und sich entwickeln. Der Kampf für diese Linien muß einerseits gegen den linken Opportunismus, andererseits gegen den Rechtsopportunismus geführt werden. (Mao Tse Tung: Ausgewählte Werke I, S. 227)

1. Bewaffneter Kampf – ein zentrales Problem der revolutionären Theorie

Immer mehr junge Menschen erwachen heute zu einem revolutionären Bewußtsein. Die Bereitschaft, konsequent und diszipliniert für die proletarische Revolution zu arbeiten, wächst. Die Einsicht, daß diese Revolution ohne eine wissenschaftliche revolutionäre Theorie nicht siegen kann, setzt sich durch; doch werden kaum Konsequenzen daraus gezogen.

Die revolutionäre Theorie ist keine akademische Betrachtung, nicht nur eine Erklärung gesellschaftlicher Zusammenhänge, sondern in erster Linie eine Anleitung zum revolutionären Handeln. Sie muß auf die Frage nach den Kräften, den Zielen, den Mitteln und den Wegen der sozialistischen Revolution eine konkrete und praktische Antwort geben. Sie muß die Frage der Macht im Staate richtig lösen; Auskunft geben, ob ein »friedlicher Übergang zum Sozialismus«, ein gewaltloser Übergang der Macht aus den Händen des Kapitals auf die Organisationen des Proletariats unter den konkreten gesellschaftlichen Umständen möglich ist.

Schwärmereien und Beschwörungen zählen nicht. Die widerstreitenden Klasseninteressen, die Mittel und Methoden der Herrschenden, ihre Macht zu bewahren, müssen untersucht werden. Die notwendigen und möglichen Schritte zur Diktatur des Proletariats müssen entwickelt werden – sonst ist die revolutionäre Theorie lückenhaft, keine Anleitung zu richtigem Handeln.

Eine große Gefahr besteht darin, daß tatsächlich vorhandene Lücken nicht rechtzeitig erkannt werden, weil die Revolutionäre glauben, gegenwärtige Fragen des revolutionären Prozesses mit vergangenen Lösungen beantworten zu können. Geschichtliche Erfahrungen – niemand bestreitet das – sind die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus. Er ist Inbegriff der aus diesen Erfahrungen abgeleiteten Erkenntnisse über die allgemeinen Bewegungsgesetze der Gesellschaft. Allein die schöpferische Anwendung dieser Erkenntnisse auf die jeweilige konkrete Situation kann die Revolution voranbringen. Erfolgreiche Klassenkämpfe der Vergangenheit sind nicht Vorbilder, die man kopieren sollte, sondern Lehrstücke.

Die Pariser Kommune 1871, der Sieg der russischen Oktoberrevolution und der Erfolg des Volkskrieges in China sind aus gänzlich verschiedenen, mit unserer Situation heute nicht vergleichbaren gesellschaftlichen Bedingungen hervorge-

gangen. Gleichwohl werden wir keine zureichende revolutionäre Theorie entwickeln können, wenn wir aus diesen Erfahrungen nicht die auch für unser Handeln gültigen Lehren ziehen.

Das Studium der geschichtlichen Lehrstücke wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir das Verhältnis des Besonderen zum Allgemeinen in den Erscheinungen richtig verstehen. Das Allgemeine existiert im Besonderen, wie das Besondere in das Allgemeine eingeht. Entwicklung und Verlauf des Pariser März-Aufstandes von 1871, der russischen Oktoberrevolution, des Volkskrieges in China und des Sturzes des Batista-Regimes in Kuba zeigen, daß sich der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Gestaltung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse zum bewaffneten Konflikt, zum Bürgerkrieg zuspitzt.

Der bewaffnete Kampf als höchste Form des Klassenkampfes folgt aus der Tatsache, daß es den besitzenden Klassen gelungen ist, sich den bestimmenden Einfluß auf die staatlichen Machthebel zu sichern und das staatliche Monopol über die letztlich entscheidenden Gewaltinstrumente Polizei und Armee – durchzusetzen. Diese Feststellung gilt sowohl für die offene als auch für die parlamentarische Form der Diktatur der Bourgeoisie. Das gesellschaftliche Gewaltpotential ist weitgehend zu einem Herrschaftsinstrument in den Händen der besitzenden Klassen, eine Waffe zur Verteidigung ihrer Vorrechte gegen die Ansprüche der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft, der ausgebeuteten Produzenten, geworden. Noch nie hat eine besitzende Klasse in gesellschaftlichem Maßstab auf ihr Eigentum an den Produktionsmitteln, auf ihre Privilegien verzichtet.

Nichts spricht dafür, daß sich das geändert haben konnte. Die Namen von Auschwitz, Sétif, Vietnam, Indonesien, Amman[46] stehen für die Erfahrung, daß Massaker nicht der Vergangenheit überwundener Herrschaftssysteme angehören, sondern nach wie vor zum Instrumentarium der Herrschenden gehören. Sie identifizieren ihre physische und gesellschaftliche Existenz mit ihrer Machtstellung als ausbeutende Klasse. Sie können sich eine andere Existenzweise für sich nicht vorstellen. Mit der Energie ihres Selbsterhaltungstriebes kämpfen sie bis zur letzten

46 Auschwitz steht auch hier für die systematische Ermordung von Millionen Menschen – hauptsächlich Juden – durch das NS-Regime.
In Sétif, einer Stadt im Osten von Algerien, kam es im Frühjahr 1954 zu blutigen Zusammenstößen, als Demonstranten die Freilassung eines Inhaftierten forderten. Die Demonstrationen entwickelten sich zum Aufstand und in den Ortschaften Sétif und Guelma gab es 45 000 Tote, als die französische Luftwaffe die Massenbewegung niederschlug.
Vietnam steht hier als Hinweis auf die Verbrechen der imperialistischen Armeen (französische und amerikanische) gegen die vietnamesische Bevölkerung.
In Indonesien schlug die Armee 1965 einen von Kommunisten angeführten Volksaufstand nieder, wobei zehntausende Angehörige der chinesischen (angeblich kommunistenfreundlichen) Minderheit niedergemetzelt wurden.
In Amman, der Hauptstadt von Jordanien, wurden 1970 die palästinensischen Befreiungsbewegungen nach schweren Gefechten mit jordanischen Regierungstruppen aus Jordanien vertrieben. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Befreiungsorganisationen große Gebiete des »Gastgeberlandes« kontrolliert und revolutioniert, unter anderem, um von dort Kommandoaktionen gegen Israel durchzuführen.

Konsequenz um die Erhaltung ihrer Herrschaft. Wo immer der Kapitalismus noch über reale Macht verfügt, wird er sie zur Verlängerung seiner Existenz einsetzen.

Die Erwartung eines friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hat für die Metropolen keine materielle Grundlage. Die aus den sozialen Erhebungen der Vergangenheit und Gegenwart zu ziehenden Lehren begründen hinreichend die Einsicht, daß der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats gegen die Herrschaft des Kapitals in seinem entscheidenden, höchsten Stadium zum bewaffneten Bürgerkrieg führt, daß der bewaffnete Kampf das höchste Stadium des Klassenkampfes ist. Mao Tse Tung hat diese Einsicht 1938 wie folgt formuliert:

»Die zentrale Aufgabe der Revolution und ihre höchste Form ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung der Frage durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt überall, in China wie im Ausland.« (Ausgewählte Werke II, S. 285)[1; Anmerkungen des Originals am Ende des Textes]

Ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen die bewaffnete Phase des Klassenkampfes unvermeidlich, so muß eine revolutionäre Theorie den militärischen Aspekt des Klassenkampfes adäquat widerspiegeln und eine konkrete Anleitung zum militärischen Handeln geben. Der Primat der Politik in der sozialistischen Revolution kann und darf nicht bedeuten, daß man die politische Seite des Klassenkampfes isoliert betrachtet und andere wesentliche Aspekte vernachlässigt; denn das hieße, nur einen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit bedenken, das Ganze also falsch widerspiegeln. Der Primat der Politik gilt uneingeschränkt. Er kann jedoch nur heißen, daß die militärischen Formen des Kampfes den politischen Zielen der Revolution untergeordnet sind.

Lenin hat eine richtige militärische Theorie des bewaffneten Aufstandes unter den Bedingungen eines imperialistischen Weltkrieges entwickelt. Marx und Engels haben aus den Erfahrungen der Revolutionen von 1848 bis 1850 und der Pariser Kommune wichtige Prinzipien für die militärische Phase des Klassenkampfes abgeleitet, die auch heute noch ihre Bedeutung haben.

Insgesamt haben die Klassiker der revolutionären Theorie die Annahme einer militärischen Phase des Klassenkampfes nicht verworfen, sondern im Gegenteil als ein unvermeidliches Stadium der Revolution gesehen, das es theoretisch zu bewältigen gilt. Die Bedeutung Mao Tse Tungs zur zeitgenössischen revolutionären Theorie besteht u.a. in der durch den chinesischen Volkskrieg überprüften und bestätigen These, daß die revolutionäre Organisation des Proletariats die Revolution nur dann zum Siege führen kann, wenn sie zugleich eine militärische ist, wenn die kommunistische Partei auch eine Rote Armee der revolutionären Klassen aufbaut.

Mao hat erkannt, daß unter den Bedingungen des weltweit organisierten Imperialismus der Widerspruch der militärischen Organisation der antagonistischen

Klassen der Hauptwiderspruch während einer langen Periode des sich allmählich entwickelnden revolutionären Volkskrieges ist, dessen Bewegung den Gang der Revolution bestimmt. Folgerichtig hat er stets der militärischen Frage seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt und durch seine Handlungsanleitungen den Primat der Politik durchgesetzt.

Bei der Erarbeitung der militärischen Theorie der proletarischen Revolution hat er in ständiger Auseinandersetzung mit der Fraktion der Dogmatiker in der eigenen Partei, die unkritisch sowjetrussische Vorbilder übernehmen wollten, die Prinzipien der dialektisch-materialistischen Erkenntnistheorie korrekt angewandt, indem er die Übertragung der von den Klassikern aufgrund anderer gesellschaftlicher Umstände gezogenen Schlußfolgerungen, deren Überstülpung auf die chinesischen Verhältnisse, konsequent bekämpfte und die Partei dazu erzog, die gesellschaftlichen Zusammenhänge im revolutionären China mit den Methoden des dialektischen Materialismus selbstständig zu analysieren und so die chinesische Gesellschaft erst zu erkennen, um dann die aus den chinesischen Verhältnissen notwendigen und richtigen Schlüsse zu ziehen. Nur auf diesem Wege konnte die revolutionäre Theorie entstehen, die die revolutionären Klassen Chinas zum Siege führte.

In der Methode hat Mao den Weg gewiesen, den künftig alle revolutionären Bewegungen zu gehen haben. Dieser Weg besteht darin: die militärischen Konsequenzen des Klassenkampfes als ein zentrales Problem in die revolutionäre Theorie und Praxis einbeziehen, die Besonderheiten in den Beziehungen der einzelnen Klassen zum revolutionären Kampf des Proletariat und des Kräfteverhältnisses zwischen den antagonistischen Klassen sorgfältig studieren; keine Schemata übernehmen, sondern durch selbständige analytische Untersuchungen die angesichts des Kräfteverhältnisses möglichen und aussichtsreichen Formen des militärischen Kampfes zur Entmachtung des Kapitals entdecken und praktisch anwenden; durch praktische Erfahrungen das politisch-militärische Konzept überprüfen und erforderlichenfalls korrigieren; durch den praktischen Kampf das Kräfteverhältnis zugunsten der revolutionären Klassen verändern, darauf aufbauend unter den veränderten Umständen den militärischen und politischen Kampf auf die nächste, höhere Stufe heben usw., bis zum endgültigen Sieg des Proletariats.

2. Bewaffneter Kampf und Generalstreik

Gegenwärtig erleben wir in der Bundesrepublik und in Westberlin die Bemühungen zahlreicher Genossen, revolutionäre proletarische Parteien aufzubauen, nach bolschewistischen Prinzipien die Industriearbeiter in ihren Betrieben zu organisieren, in der Arbeiterschaft die sozialistische Revolution zu propagieren.

Aber wie stellen sie sich diese Revolution vor? Welche revolutionäre Theorie liegt ihren organisatorischen Bemühungen zugrunde? Was sagen sie den Arbeitern über den voraussichtlichen Verlauf der Revolution, über die Gefahr der Verfälschung strategischer und taktischer Prinzipien? Welches ist die Richtung, in die die Arbeiterschaft gehen soll, um den revolutionären Prozeß bewußt zu formen und in der Revolution zu führen?

Sie sagen den Arbeitern, daß die Herrschaft des Kapitals beseitigt, die Diktatur des Proletariats errichtet und die Produktionsmittel in gesellschaftliche Verfügung genommen werden müssen. Sie propagieren Massenaktionen, eine zentralistisch-demokratische Organisation der Avantgarde des Proletariats, die revolutionäre kommunistische Partei, die Solidarität aller Unterdrückten. Was sagen sie, wenn die Arbeiter fragen, wie die Unterdrückungsapparatur des imperialistischen Staates bezwungen und schließlich zerschlagen werden kann? Wollen sie antworten, daß die Macht des Kapitals allein durch die »machtvollen Manifestationen des Volkswillens«, durch den Generalstreik und die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter gebrochen wird?

Auch eine im nationalen Maßstab organisierte, in den Massen verankerte, nach bolschewistischen Prinzipien geschulte und erfahrene Arbeiterpartei wird nicht verhindern können, daß die Herrschenden gegen die Demonstrationen und Streiks die Polizei und die Armee einsetzen und ein Blutbad anrichten. Sie wird nicht verhindern können, daß die aktivsten revolutionären Kader zu Tausenden in die faschistischen Konzentrationslager verschleppt oder gleich an Ort und Stelle umgebracht werden. Sie wird nicht verhindern können, daß der Generalstreik am Hunger und der Erschöpfung der Massen zugrunde geht. Diese werden zum soundsovielten Male geschlagen und von ihrer Führung, die sie wehrlos in diese Auseinandersetzung geführt hat, enttäuscht sein.

Die bürgerliche Staatsmacht wird wohl durch den Aufschwung der revolutionären Massenbewegung geschwächt, aber nicht vernichtend geschlagen. Bricht der Ansturm der Massen erst einmal im Feuer der Konterrevolution zusammen, wird das Kapital zunächst gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgehen, eine faschistische Diktatur errichten und den »Arbeitsfrieden« nach dem Diktat der Eigentümer wiederherstellen. Der Generalstreik lähmt zwar die Wirtschaft eines Industrielandes, er löst aber nicht automatisch die Machtfrage. Mit der Desorganisation entzieht er auch dem Proletariat, und diesem in Ermangelung von Reserven sehr viel schneller, die materielle Existenzgrundlage.

Während der Mairevolution in Frankreich hätte wohl eine in nationalem Maßstab organisierte revolutionäre Partei ein weiteres Durchhalten des Streiks für einige Wochen organisieren können (bestenfalls). Na und? Selbst wenn überall Arbeiterkomitees »die Macht« in den Städten übernommen hätten, wenn die Fabrikkomitees die Produktion für die Bedürfnisse des Proletariats organisiert hätten, wäre damit den Herrschenden die Unterdrückungsapparatur der Polizei und der Armee nicht entwunden worden. Die Theorie von dem in den allgemeinen Aufstand überzuleitenden Generalstreik spukt als Gespenst immer noch in den Köpfen der Revolutionäre – sie bleibt ein Gespenst, wenn der allgemeine Aufstand nicht begriffen wird als das Endstadium eines langwierigen bewaffneten Kampfes gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat, der nur durch diesen

Kampf allmählich zermürbt, demoralisiert und schließlich zerschlagen werden kann.

Im Gegensatz zu den streikenden Arbeitern verfügt eine intakte Armee über eine durchgebildete, die ganze Nation umfassende Befehlsstruktur. Die Vorräte dieser Armee an Versorgungsgütern, Waffen, Munition und Ausrüstung sind nicht nur für den äußeren Konflikt, sondern auch für einen Bürgerkrieg ausreichend kalkuliert. Das militärische Transport- und Nachrichtenwesen ist von den öffentlichen Verkehrs- und Kommunikationsmitteln unabhängig. Ein Streik der Eisenbahner und Postbediensteten könnte den militärischen Apparat nicht entscheidend treffen. Eine Armee hat es darüberhinaus noch immer verstanden, durch geeignete militärische Operationen die für ihre Versorgung notwendigen Güter zu requirieren und eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Produktion in Gang zu bringen. Der Soldat verhungert immer zuletzt.

Diese für die Massenkämpfe ungünstige strategische Ausgangslage ist nicht neu. Sie hat auch in der Vergangenheit die Frage nach einer angepassten Perspektive des militärischen Kampfes aufgeworfen. Engels hat sich seit seiner aktiven Teilnahme an militärischen Gefechten während der Verfassungskampagne 1849 intensiv mit den Problemen des Krieges im allgemeinen und des revolutionären Bürgerkrieges im besonderen befaßt.

In seinem von der deutschen Sozialdemokratie weidlich mißbrauchten »politischen Testament« – im Vorwort zu »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« – legte er dar, daß angesichts des Fortschritts der Kriegstechnik die Rebellion alten Stils, »der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab«, überholt sei. Die neue Perspektive glaubte Engels in der allgemeinen Wehrpflicht gefunden zu haben.

»Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser. Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen. Die mehr und mehr konsequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist der einzige Punkt, der die Arbeiterklasse Deutschlands in der preußischen Armeeorganisation interessiert ...«, schrieb Engels 1865 (»Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei«).

Daß Engels in diesem Punkt irrte, bedarf nach der mehr als hundertjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung keiner weiteren Darlegung. Liegt auch die größere Unzuverlässigkeit einer Wehrpflichtigen-Armee auf der Hand – was sich gegenwärtig auch wieder bei der US-Armee in Vietnam zeigt –, so ist die Spekulation auf die massenhafte revolutionäre Gehorsamsverweigerung und die Fraternisierung der proletarischen Soldaten nur in seltenen Ausnahmefällen nach militärischen Katastrophen in Völkerkriegen aufgegangen. Dem Frontwechsel der Armee in einem Bürgerkrieg wirken zahlreiche Tendenzen entgegen, u.a. auch die von Engels erkannte Tatsache, daß in der proletarischen Revolution das Volk

»weniger in den Kampf zieht«, als es bei der bürgerlich-demokratischen Revolution noch der Fall war.

In dem bereits erwähnten Vorwort schrieb Engels 1895: »Ein Aufstand, mit dem alle Volksschichten sympathisieren, kommt schwerlich wieder; im Klassenkampf werden sich wohl nie alle Mittelschichten so ausschließlich ums Proletariat gruppieren, daß die um die Bourgeoisie sich scharende Reaktionspartei dagegen fast verschwindet. Das ›Volk‹ wird also immer geteilt erscheinen.«

Nach der russischen Revolution von 1905 äußerte sich Lenin unter dem Eindruck der Erhebung im gleichen Sinne: »Es ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines langwierigen Bürgerkrieges, d.h. des bewaffneten Kampfes des einen Teiles des Volkes gegen den anderen, annimmt.« (Lenin: »Der Partisanenkrieg«; Werke 11/202 ff.)

Erst jüngst sind diese Erkenntnisse durch die Maiereignisse in Frankreich bestätigt worden. Die Zerrissenheit des Volkes in der proletarischen Revolution ist die Bedingung eines weiteren Machtgewinns für die Konterrevolution. Schon während der russischen Revolution von 1905 organisierten sich faschistische Terrorbanden, die sogenannten Schwarzhunderter. Durch Lenin ist uns das von dem zaristischen Polizeidirektor Lopuchin formulierte Programm der faschistischen Repression überliefert:

»Als es keine wirkliche revolutionäre Volksbewegung gab, als der politische Kampf noch nicht mit dem Klassenkampf zu einem Ganzen verbunden war, da genügten, weil es nur um einzelne Personen und Zirkel ging, bloße Polizeimaßnahmen. Gegen Klassen erwiesen sich diese Maßnahmen als bis zur Lächerlichkeit wirkungslos, und die Unzahl der Maßnahmen begann zu einem Hemmnis für die Arbeit der Polizei zu werden ... Gegen die Volksrevolution, gegen den Klassenkampf kann man sich nicht auf die Polizei stützen, man muß sich ebenfalls auf das Volk, ebenfalls auf Klassen stützen ... Man muß die nationale Zwietracht die Rassenzwietracht schüren, man muß aus den Reihen der am wenigsten aufgeklärten Schichten der städtischen (und später selbstverständlich auch der ländlichen) Kleinbourgeoisie ›Schwarzhundertschaften‹ rekrutieren, man muß versuchen, alle reaktionären Elemente in der Bevölkerung selbst zur Verteidigung des Throns zusammenzuschließen, man muß den Kampf der Polizei gegen Zirkel in einen Kampf des einen Teil des Volkes gegen den anderen Teil des Volkes verwandeln. So verfährt jetzt auch die Regierung ...«

Soweit die Ausführungen Lenins zur Denkschrift eines zaristischen Polizisten (Werke 8/193).

Diese unmittelbar aus der Entfaltung des Klassenkampfes folgende geschichtliche Tendenz hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt und in den italienischen Schwarzhemden, den »Sturmabteilungen« (SA) und den »Schutzstaffeln« (SS) der Nazis ihre vorläufige Vollendung gefunden. »Vollendung« des faschistischen Terrors ist aber nicht gleichbedeutend mit seiner »Beendigung«. Die Herrschenden haben die Lektion nicht verlernt. In Frankreich folgte auf die Demonstration von

1 Million Arbeitern und Studenten vom 13. Mai die »Manifestation« von 800 000 Bourgeois und kleinbürgerlichen Elementen, die ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des kapitalistischen Systems bekundeten und unverzüglich darangingen, im ganzen Land »Komitees zur Verteidigung der Republik« (CDR) zu organisieren.

Wer wollte nach der geschichtlichen Erfahrung leugnen, daß die im Rücken der proletarischen Organisationen operierenden faschistischen Verbände durch allgemeinen Terror, Spitzeldienste und Provokationen die Armee- und Polizeieinheiten bei der Niederwerfung des Aufstandes sehr wirksam unterstützen können?

Den Herrschenden ist auch die Unzuverlässigkeit eines aus dem Volke rekrutierten Wehrpflichtigen-Heeres nicht verborgen geblieben. Angesichts der steigenden revolutionären Flut ist in allen westlichen Industrieländern die Tendenz feststellbar, die Wehrpflicht zu kassieren und Elite-Einheiten für die Bekämpfung von Aufständen und Guerilla-Aktionen aufzustellen, den proletarischen Soldaten zu ersetzen durch den technisch perfektionierten Berufskiller. Derartige Kampfeinheiten sind gegen Desertationstendenzen weitgehend immun. Eine Fraternisierung des Berufsheeres mit den revolutionären Massen wird zur blanken Utopie. Es ist gegenwärtig nicht schwer vorstellbar, daß die proletarischen Massen in Frankreich und Italien mit Generalstreiks und Aufständen nach der Macht greifen. Ebenso leicht ist aber auch das Vorgehen und die Politik der Militärkaste abzusehen. General Massu[47] war während der Maiereignisse in Frankreich im Begriff, die militärische Phase des Klassenkampfes einzuleiten. Seine Panzereinheiten marschierten unter dem Beifall der bürgerlichen Presse auf Paris.

Man sollte, wenn man an Revolution denkt, sich konkret vorstellen, was die seinem Befehl unterstellten Eliteeinheiten unter dem französischen Proletariat angerichtet hatten. Man mag einwenden, daß ein Durchgreifen der Armee nur um den Preis schwerer Zusammenstöße mit vielen Toten möglich gewesen wäre, daß sich Teile der Wehrpflichtigen-Armee geweigert hätten, auf Arbeiter zu schießen. Wären die Herrschenden vor einem Blutbad zurückgeschreckt? Moralische Skrupel wird ihnen niemand unterstellen wollen. Sicher, sie weichen zuweilen zurück, machen Zugeständnisse, lassen Kabinette fallen, gehen Koalitionen mit traditionell-kommunistischen Parteien ein, wenn diese sich auf den Boden der bürgerlichen Verfassung stellen, schrecken scheinbar vor dem »Äußersten« zurück.

Die Gründe für diese Nachgiebigkeit zeigen zugleich ihre Grenzen: Sie ist ein Selbsterhaltungsreflex. Das Kapital geht einen Schritt zurück, um den Schlag des Proletariats abzufangen und die Kraft für den Gegenschlag zu erhalten. Es wird aber nicht abdanken. Trotz Fabrikbesetzungen, Selbstversorgung und proletarischer Verwaltung wäre durch das Eingreifen der Armee den Revolutionären die Initiative verlorengegangen.

47 Jacques Massu: Französischer General, der sich 1940 de Gaulle anschloß und ab 1945 Kommandos in Vietnam und Algerien leitete. Er kämpfte ab 1956 gegen die FLN, war von 1958 bis 1960 Präfekt von Algier und von 1966 bis 1969 Oberbefehlshaber der in der BRD stationierten französischen Truppen.

Die Militärpolitik in solchen Fällen ist erprobt und im wesentlichen überall die gleiche: Zuverlässige Verbände der Armee führen an strategisch wichtigen Punkten die Überlegenheit des Unterdrückungsapparates exemplarisch vor. Dadurch werden schwankende und inaktive Einheiten der Polizei und Armee stabilisiert und gleichzeitig wichtige Stellungen des Proletariats liquidiert, insbesondere die in jeder Revolution vorhandenen Orientierungspunkte – im Mai 1968 waren es die Autowerke von Renault und Citroën –, die wie eine Fahne in der Schlacht Sieg oder Niederlage signalisieren.

Die aktiven Kader, die Mitglieder der proletarischen Verwaltungsorgane, die unmöglich konspirativ arbeiten können, die Führer des Streiks bzw. Aufstandes werden zu Tausenden verhaftet, in Konzentrationslager verschleppt oder unter dem Kriegsrecht erschossen. Versorgungsaktionen des Proletariats werden von der Armee unterbunden und als Plünderung nach Kriegsrecht bestraft. Sie übernimmt statt dessen unter dem Vorwand einer gerechteren Bedarfsdeckung selbst die Verteilung der notwendigen Lebensmittel an die Bevölkerung. Durch Hilfsprogramme des internationalen Kapitals ist die Armee häufig auch in der Lage, mehr und bessere Versorgungsgüter heranzuschaffen.

Auf der anderen Seite werden die Herrschenden ihre Bereitschaft beteuern, nach Wiederherstellung der Ordnung auf die »berechtigten Forderungen der Arbeiter« einzugehen. Je länger die Auseinandersetzungen andauern, desto größer wird die Gefahr, daß Fraktionen der Arbeiterschaft in Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien eintreten, »um zu retten, was zu retten ist«. Die Schlacht ist verloren.

Wer könnte die Armee-Einheiten an der Bewegung im Lande hindern? Wer wollte in einer solchen Lage die Panzer, die Hubschrauber, die mobilen Kolonnen, die Säuberungskommandos der »Paras«, »Marines«, »Rangers« oder wie sie immer heißen mögen, aufhalten? Die aus dem Boden gestampften, schlecht ausgebildeten und unerfahrenen Kampfeinheiten der Arbeiter, die sich bestenfalls durch Aktionen gegen Polizeistationen und Armeeaußenposten nur mit leichten Waffen ausrüsten könnten? Sollten sich reguläre Armee-Abteilungen auf die Seite der Revolution schlagen, ihr Potential wäre schnell aufgerieben.

Das alles liegt auf der Hand. Es scheint jedoch, als wachse die Neigung, vor den militärischen Bedingungen der Revolution die Augen zu verschließen, in gleichem Maße, wie der Unterdrückungsapparat auf die Niederschlagung von Unruhen und Aufständen spezialisiert wird. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß Mandel[48], ein bedeutender revolutionärer Theoretiker der Gegenwart, nach den Erfahrungen der Revolution von 1968 eine »Typologie der Revolution in imperialistischen Ländern« entwirft, deren strategische Elemente sind: »Generalstreik ..., Fabrikbesetzungen, immer massivere und härtere Streikposten (?), die unmittelbare Entgegnung auf jede Art von gewaltsamer Unterdrückung (?) Demonstrationen

48 Ernest Mandel: Trotzkistischer Theoretiker. Zitat aus »Die Lehre vom Mai '68«, in »Revolution in Frankreich 1968«.

auf der Straße, die sich in gefechtsartige Zustande und beständige Fühlungnahme mit den Kräften der Unterdrückung (?) bis zum Wiedererscheinen von Barrikaden verwandeln ...«[2]

In einer Fußnote (!) unternimmt er es, das militärische Programm zu konkretisieren. Das hört sich so an: »Seit dem Beginn der Fabrikbesetzungen suchten die Unterdrückungskräfte, einige von den Streikenden besetzte strategische Punkte zurückzugewinnen, so zum Beispiel das Fernmeldeamt. Eine Arbeiterbewegung, die von den Ereignissen nicht unvorbereitet überrascht worden wäre, hätte es verstanden, diese ohne Widerstand eroberten Schlüsselpositionen zu verteidigen und diese Provokationen der Macht (!) zum Anlaß zu nehmen, den Massen Schritt für Schritt die Vorstellung einer der Verteidigung dienenden Bewaffnung der Streikposten beizubringen. Auf diese Weise hätte ›die Angst vor dem Bürgerkrieg‹ durch den Willen zur Selbstverteidigung ersetzt werden können.«[3]

Solche Konzepte mögen taugen für ein Land, wo die Armee mit Mottenkugeln schmeißt. Indessen würde jeder französische Unteroffizier aus dem Stegreif einen tauglichen Kriegsplan für die Liquidierung eines so gearteten »militärischen Widerstands« entwickeln können. Es ist zum Weinen! Was kommt dann nach solchen Abenteuern?

Nach der militärischen Niederlage folgt für die dezimierten Kader die Zeit des »Widerstandes« in der Illegalität, das Bündnis mit allen »antifaschistischen« Kräften, mögen diese auch Fraktionen des Bürgertums sein. Die Kraft der faschistischen Diktatur wird allmählich nachlassen. Die »Einheitsfront« der demokratischen Kräfte erscheint auf der Bühne, die politische Erhebung rückt in den Bereich des Möglichen. Ihr Ergebnis kann aber wiederum nur die Herstellung der »bürgerlichen Demokratie«, also der präfaschistischen Formation der verschleierten Diktatur der Bourgeoisie sein.

Denn nur um diesen Preis ist die Einheitsfront und ein Ende des faschistischen Regimes möglich. Nur wenn die »bürgerliche Demokratie« gewährleistet ist, zeigt sich das Kapital nachgiebig und bereit, seine faschistischen Statthalter abzuberufen. Es entsteht so ein Kreislauf der verschiedenen Herrschaftsformen des Kapitals. Auf die parlamentarische Scheindemokratie folgt die offene, faschistische Diktatur der Bourgeoisie, dieser wiederum die parlamentarische Herrschaftsform usw., bis das Proletariat endlich begriffen hat, daß die militärische Niederringung des Klassenfeindes durch keine andere Kampfform, durch kein Bündnis mit anderen politischen Kräften, durch keine Volks- und Einheitsfrontpolitik ersetzt werden kann, sondern daß alle anderen Formen des Klassenkampfes und politische Bündnisse nur eine unterstützende Bedeutung für den bewaffneten Kampf haben können.

Das ist die Perspektive der endlosen Irrtümer und blutigen Niederlagen. Sie wird die Arbeiter kaum davon überzeugen können, daß es notwendig und sinnvoll ist, sich zu engagieren und am revolutionären Kampf teilzunehmen. Eines sollten die Genossen begriffen haben: Nicht die sichere Erwartung der Niederlage, sondern nur die Aussicht auf den Sieg begeistert die Massen zu revolutionären Taten. Ohne diese Begeisterung hat in der Geschichte der Klassenkämpfe noch keine Revolution gesiegt.

Deshalb »müssen [wir] den Volksmassen die Perspektive unseres Sieges im Krieg vor Augen führen und ihnen begreiflich machen, daß die Niederlagen und Schwierigkeiten vorübergehenden Charakter haben und daß der endgültige Sieg zweifellos unser sein wird, wenn wir trotz aller möglichen Rückschläge unbeugsam kämpfen« (Mao).

Daraus folgt aber zugleich, daß auch die bestorganisierte und ausgebildete Kaderpartei die Massen nicht wird mobilisieren können, wenn sie nicht in der Lage ist, den Massen überzeugend die Möglichkeiten eines Sieges aufzuzeigen. Da helfen keine Tricks. Die vielfach belogenen, enttäuschten und geschlagenen Massen sind in dieser Hinsicht sehr kritisch.

3. Proletarisches Bewußtsein, revolutionäre Theorie und die Rolle der revolutionären Intelligenz

Die oben entwickelte hypothetische Diskussion zwischen revolutionären Kadern und Arbeitern ist ein erster entscheidender Prüfstein für die Tauglichkeit einer revolutionären Theorie. Jede Propaganda, die revolutionäre Ziele proklamiert, wird wirkungslos bleiben, wenn sie nicht die konkreten Wege bezeichnet, auf denen diese Ziele erreicht werden können. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zur bürgerlichen »Bauernfängerei«. Die bürgerliche Propaganda will die Massen gerade von selbständigem politischen Handeln fernhalten und lediglich die Akklamation zu einem »stellvertretenden« Handeln durch politische Parteien und Parlamentarier erreichen.

Dafür sind nebulöse, schönklingende, im Grunde nichtssagende, jedoch allesverheißende Parolen vorzüglich geeignet. Die revolutionäre Propaganda dagegen zielt auf die eigene, selbstbewußte Aktion der Massen. Sie hat für diese Aktion Handlungsanleitungen zu empfehlen, die notwendig konkret und realistisch sein müssen. Die ersten praktischen Schritte bringen Klarheit darüber, ob die Propaganda nur Phrase oder wirklichkeitstüchtiger Wegweiser ist.

Wer mit uns darin übereinstimmt, daß die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft nur möglich ist, wenn die Macht des Kapitals gebrochen wird, kann nicht mehr der Frage ausweichen, wie diese Macht konkret zerstört werden kann. Das ist die entscheidende Frage. Bleibt sie ohne Antwort, sind alle Anstrengungen vergeblich und eigentlich nur Betriebsamkeit zur Beruhigung des eigenen Gewissens.

Die politische Organisation des Proletariats, die kommunistische Partei, ist kein Selbstzweck. Die Revolution ist nicht vollbracht, wenn die Parteiorganisation steht. Niemand behauptet das. Und doch ist entgegen allen theoretischen Beteuerungen in der Vergangenheit die Organisation wiederholt zum Selbstzweck geworden, hat der Wunsch nach Schonung und Erhaltung der Partei, nach Wah-

rung ihrer Legalität in wichtigen Entscheidungssituationen zum Rückzug aus den vordersten Linien des Klassenkampfes geführt. Geschichtliche Erfahrung macht es notwendig, die Warnung Maos vor der Verfälschung der marxistischen Theorie zum Selbstzweck auch auf die Partei zu beziehen.

Ebenso wie die revolutionäre Theorie ist auch deren organisatorischer Ausdruck, die kommunistische Partei, in den Händen des Proletariats ein Pfeil. Der Pfeil ist aber nutzlos, wenn man ihn in den Fingern dreht und ein über das andere Mal verzückt ausruft: »Ein schöner Pfeil! Oh, welch ein schöner Pfeil!« und dabei versäumt, ihn auf den Feind, die Bourgeoisie, zu richten und abzuschießen. Dieser Pfeil ist ein Werkzeug zur Veränderung der Gesellschaft. Eine Waffe zur Entmachtung des Kapitals. Das Werkzeug muß seinem Zweck entsprechen. Die Waffe muß der Ausrüstung des Feindes gewachsen und überlegen sein. Bevor ein Werkzeugmacher daran geht, das rohe Eisen zu einem Instrument zu formen, muß er wissen, für welche Operationen es taugen soll.

Nicht anders verhält es sich beim Aufbau einer revolutionären Partei. Wie können wir sie schaffen, wenn wir nicht wissen – jedenfalls in Umrissen und in einer ersten Näherung, wie der konkrete revolutionäre Prozeß aussehen wird und wie er beeinflußt werden muß. Für einen nur-gewerkschaftlichen Kampf wird die Organisation eine andere sein müssen als für eine Partei, die durch legalen politischen Kampf die Parlamentsmehrheit erobern will. Liegt der Schwerpunkt des Kampfes bei illegalen Methoden, muß die Partei konspirativ, also gänzlich anders als eine offen auftretende organisiert werden. Besteht über den Inhalt und die Formen des revolutionären Kampfes keine Klarheit, geraten wir in die Gefahr, eine Parteiorganisation zu schaffen, die bestenfalls untauglich ist für die Führung der revolutionären Massen, die – was viel schlimmer wäre – aber auch zu einem Hindernis für die Bewegung werden kann.

Entsteht die Partei ohne theoretisches Bewußtsein ihrer Zwecke im revolutionären Prozeß, wird sich die so wachsende Organisation später eine »Theorie« auf den Leib schneidern, die allein ihren Möglichkeiten und Grenzen entspricht, die Bedürfnisse der revolutionären Bewegung aber unberücksichtigt läßt.

Die Klassenkämpfe der Vergangenheit haben die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus vorangetrieben. Er ist zu einem festen Fundament der sozialistischen Weltrevolution geworden. Diese Theorie – soll sie ihre praktische Funktion erfüllen – muß jedoch in jeder neuen Phase des revolutionären Gesamtprozesses aufgrund der Erfahrungen und der veränderten Umstände weiterentwickelt werden. Sie würde lückenhaft und unbrauchbar, wenn veränderte Zusammenhänge und die Resultate vergangener Kämpfe in die Analyse nicht einbezogen würden.

In der westdeutschen Gesellschaft haben sich gegenüber 1918, 1923 und 1933 Veränderungen ergeben: Die Siege der Arbeiterklasse im internationalen Maßstab sowie die Niederlagen des deutschen Proletariats im nationalen Rahmen haben neue Einsichten in die gesellschaftlichen Bewegungsgesetze eröffnet. Das imperialistische Weltsystem hat sich an die durch den Sieg der russischen Oktoberrevolution grundlegend veränderte Situation angepaßt. Demgegenüber ist die revolutionäre Theorie, sind die Ansichten der westdeutschen Kommunisten über die konkreten Wege zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zurückgeblieben.

Die deutschen Sozialdemokraten der II. Internationale haben wenigstens versucht, sich konkret vorzustellen, wie der Weg zur Arbeitermacht aussehen müßte; wenngleich ihre Überlegungen heute auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus unglaublich naiv erscheinen.

Anton Pannekoek[49] hielt allen Ernstes die »Lahmlegung der Presse, Verbot von Versammlungen, Verhaftung der Kampfleitung ..., Belagerungszustand und falsche Nachrichten« für die »äußersten Maßnahmen« der Bourgeoisie gegen den revolutionären Kampf des Proletariats[4]. Auch die Vorstellungen Kautskys und Rosa Luxemburgs[5] über die Möglichkeiten der Konterrevolution[50] gingen über die Erfahrungen des Sozialistengesetzes nicht hinaus. Die Massenaktionen des russischen Proletariats von 1905 haben im übrigen dazu beigetragen, Illusionen über die Wirksamkeit von Massenstreiks in den Reihen der deutschen Sozialisten wild wuchern zu lassen; Illusionen, gegen die Lenin mehr als ein Jahrzehnt erbittert gekämpft hat.

Die russischen Revolutionäre, allen voran Lenin – haben schon 1901, also 16 Jahre vor dem Sieg der proletarischen Revolution und noch vor dem Aufbau der bolschewistischen Partei – die Notwendigkeit dargelegt, den bewaffneten Aufstand systematisch und geduldig vorzubereiten und zu organisieren, insbesondere die Organisationsprinzipien der kommunistischen Partei dieser Aufgabe anzupassen. Lenin kam zu dem Schluß, daß das russische Proletariat »eine militärische Organisation von Agenten« brauche. Er meinte damit die Partei.

Seine organisatorischen Vorstellungen faßte Lenin in der Broschüre »Was tun?« wie folgt zusammen: »... der Aufstand ist doch im Grunde genommen die energischste und zweckmäßigste ›Antwort‹ des gesamten Volkes an die Regierung. Gerade eine solche Arbeit [die Schaffung und Verbreitung einer gesamtrussischen sozialistischen Zeitung] würde endlich alle revolutionären Organisationen an allen Ecken und Enden Rußlands dazu anhalten, ständige und gleichzeitig *streng konspirative* Verbindungen zu unterhalten [hervorgehoben vom Verf.], die die *faktische*

49 Anton Pannekoek war ein niederländischer Linkskommunist und Mitglied der Gruppe Internationaler Kommunisten, die sich an den deutschen Rätekommunisten orientierten und das sowjetische Modell als staatskapitalistische Diktatur ablehnten.

50 Karl Kautsky: Führender deutscher Sozialdemokrat, bis 1905 ein Kritiker des Revisionismus. Später agierte er ausgrenzend gegen kommunistische Strömungen in der SPD.
Rosa Luxemburg war Mitglied der »Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauen (SDKPiL)« und später in der SPD zusammen mit Karl Liebknecht Wortführerin der linken Opposition gegen die chauvinistische Position der SPD vor dem 1.Weltkrieg. Während des Krieges war sie in »Schutzhaft«. Sie gilt als Gründerin des Spartakusbundes und der KPD und wurde während der Novemberrevolution von faschistischen Freikorps ermordet. Inhaltlich betonte sie die Rolle der Spontaneität und des Massenstreiks als Organisationsmodell gegen den sogenannten »demokratischen Zentralismus« der Bolschewiki.

Einheit [hervorgehoben von Lenin] der Partei schaffen – ohne diese Verbindungen aber ist es unmöglich, den Plan des Aufstandes kollektiv zu beraten und am Vorabend des Aufstandes die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, über die das strengste Geheimnis gewahrt werden muß. Mit einem Wort, der ›Plan einer gesamtrussischen politischen Zeitung‹ ist nicht nur keine Frucht der Studierstubenarbeit von Personen, die von Doktrinarismus und Literatentum angesteckt sind (...), sondern ist im Gegenteil der praktische Plan, um von allen seiten und unverzüglich mit der Vorbereitung des Aufstandes zu beginnen, ohne dabei auch nur für einen Augenblick die dringende Tagesarbeit zu vergessen.«[6]

Was hört man heute von westdeutschen Kommunisten über die konkreten Wege und Methoden der revolutionären Bewegung? Über die praktischen Zwecke der revolutionären Organisation? Bestenfalls nichts! – Manchmal faselt man aber auch von der »Iskra-Funktion«[51] irgendeines der heute recht zahlreich entstehenden Blättchen und offenbart damit ein an Verstocktheit grenzendes Unverständnis für die leninschen Gedanken.

Der heute allenthalben zu vernehmende Aufruf an das Proletariat, sich zu organisieren, ist so alt wie das Kommunistische Manifest. Er kann über die Lücke der revolutionären Theorie nicht hinwegtäuschen. Diesem Aufruf einen zeitgemäßen, theoretisch ausgerichteten Inhalt zu geben, ist eine Aufgabe, die noch gelöst werden muß.

Es ist nicht wahr und ein verhängnisvoller Irrtum vieler Genossen, daß die revolutionäre Theorie für die gegenwärtigen Kämpfe in der westdeutschen Gesellschaft nur von einer nach bolschewistischen Prinzipien aufgebauten Kaderorganisation des Industrieproletariats entwickelt werden könnte. Als Thema mit Variationen hören wir immer wieder, daß das Proletariat nicht bevormundet werden dürfe. Das ist richtig. Aber was heißt das?

Wir hören, daß die Studenten aufgrund ihrer anderen Klassenlage, insbesondere wegen der (klein-)bürgerlichen Einflüsse, denen sie ausgesetzt seien, die revolutionäre Avantgarde nicht seien. Man sagt, daß es gegenwärtig darauf ankomme, das Proletariat in den Betrieben für die ersten Schritte zu organisieren und zu mobilisieren, um es so zu befähigen, innerbetriebliche Konflikte organisiert aufzugreifen und auszutragen. Dadurch sollen Lernprozesse vermittelt werden, deren Resultate es den Arbeitern angeblich ermöglichen, weitergehende Handlungsanleitungen für die Lösung der Machtfrage im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zu erarbeiten. Die Vergötzung der Spontaneität feiert ihre Wiederauferstehung. Ideengeschichtlich handelt es sich um eine Neuauflage der Theorie von der »Taktik als Prozeß« (vgl. Lenin: Werke, Bd. 5, S. 228).

Wer die Lehren der Geschichte ignoriert, ist dazu verdammt, ihre Fehler zu wiederholen. In den vergangenen Jahrzehnten hat das Industrieproletariat in

51 Iskra: Zeitung der russischen Sozialdemokratie. Sie hatte, durch ihre illegale Verteiler- und Redaktionstruktur, eine wichtige Organisationfunktion für die SDAPR und die Bolschewiki unter dem Zarismus.

Deutschland »organisiert und massenhaft« derartige Konflikte aufgegriffen, politisiert und kämpferisch ausgetragen. Das Ergebnis war aber keineswegs eine brauchbare, eindeutige und einheitliche revolutionäre Theorie, sondern eine Vielfalt sich durchkreuzender politischer Tendenzen in der Arbeiterschaft.

Ein weiteres Ergebnis dieses Erfahrungsprozesses ist die dem Geschichtsbild des westdeutschen Proletariats tief eingeprägte Resignation, deren aggressive Variante der in den Köpfen der Arbeiter spukende Antikommunismus ist. Ist aus Resignation auch nur ein einziges Mal ein revolutionärer Gedanke gekrochen?

In den Zeitungen finden wir täglich Meldungen über mehr revolutionäre Kämpfe in mehr Ländern dieser Erde, in mehr Städten und mehr Dörfern, mehr Schüsse, mehr Bomben. Diese Meldungen signalisieren die steigende revolutionäre Flut. Wir finden aber kaum Meldungen darüber, daß irgendwo in der Welt das Industrieproletariat in vorderster Linie an diesen Kämpfen teilnimmt oder gar neue Theorien oder Organisationsformen hervorgebracht hat.

Der Kampf der spanischen Arbeiterkommission[52] ist heldenhaft. Seine Perspektive ist aber lediglich die Wiederherstellung der bürgerlichen Republik. Die »Oppositionspolitiker« stehen schon bereit. In den USA verschärfen sich die Auseinandersetzungen. Die Aktionen der revolutionären Kräfte nehmen zu. Aber werden sie vom Industrieproletariat oder auch nur von Teilen desselben unterstützt oder gar angeführt? Bei fast 5 Millionen Arbeitslosen könnte man das vermuten. Fehlanzeige!

Ist es Zufall, daß an allen Fronten junge Angehörige der Intelligenzschicht, insbesondere Studenten, eine wichtige, wenn nicht die entscheidende Rolle spielen? Diese Tatsachen wollen analysiert sein. Mit einer Mystifizierung der Industriearbeiterschaft ist dem Proletariat am wenigsten geholfen. Was haben Engels und Lenin mit der Feststellung sagen wollen, daß Träger des revolutionären Bewußtseins zwar das Industrieproletariat sei, dieses aber aus sich heraus und auf sich allein gestellt nur ein »tradeunionistisches«, ein nur-gewerkschaftliches Bewußtsein entwickeln könne?[7]

Wie haben wir den Hinweis im Kommunique des 11. Plenums des VIII. Zentralkomitees der KP Chinas vom 12.8.1966 zu verstehen, daß die arbeitenden Massen erstmals nach der Massenkampagne zum Studium der Werke Mao Tse Tungs den Marxismus-Leninismus unmittelbar beherrschen und anwenden, also erst nach der Revolution?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus den Gesetzmäßigkeiten des Erkenntnis- und Theoriebildungsprozesses in der Klassengesellschaft. Wie entsteht richtige Erkenntnis, wie bildet sich eine wissenschaftliche Theorie? Wie wirkt sich

52 Die Comisiones Obreras (CCOO) entwickelten sich in den fünfziger Jahren in Spanien und waren anfangs an bestimmte Betriebe gekoppelt. In ihnen arbeiteten verschiedene anti-franquistische Strömungen zusammen. Sie wurden bei Streiks von einzelnen Betriebsleitungen anerkannt und hatten so bis 1967, ihrem endgültigen Verbot, einen halblegalen Status. Die CCOO waren besonders in den Industrieregionen des Baskenlandes stark, wo die militantesten Streiks der siebziger Jahre stattfanden.

die Klassenlage des Proletariat in diesem Prozeß aus?

In seiner praktischen Tätigkeit erfährt der Mensch sinnliche Eindrücke der gegenständlichen und sozialen Umwelt (sinnliche Erfahrung). Die ständige Wiederholung gewisser Eindrücke und deren Verknüpfung vermitteln – ebenfalls noch auf sinnlicher Ebene – das Erlebnis von Ursache und Wirkung. Auf der Grundlage dieser sinnlichen Erfahrung entstehen im Laufe der Zeit gedankliche Kategorien, die die in der Natur und Gesellschaft vorhandenen, aber den Sinnesorganen nicht unmittelbar zugänglichen Beziehungen der objektiven Umwelt widerspiegeln. Im menschlichen Denken entwickelt sich die Fähigkeit zur Abstraktion und zu rationalen, von unmittelbar-sinnlichen Vorstellungsinhalten abgelösten Schlußfolgerungen, deren Endglieder (Ergebnisse) in der praktischen Tätigkeit überprüft und erforderlichenfalls verworfen oder korrigiert werden.

In diesem Prozeß nimmt jede Generation den Erkenntnis- und Erfahrungsschatz der vorangegangenen in ihr Weltbild auf und entwickelt es auf dieser Grundlage weiter. Um zu neuen, gültigen Ergebnissen zu kommen, muß jede folgende Generation mehr Erfahrungen und Resultate vorläufiger Abstraktionen in ihren Erkenntnisprozeß einbeziehen. Für die Klassenlage des Proletariats im Kapitalismus ist es aber kennzeichnend, daß es im Laufe seiner Anpassung an seine ökonomische Funktion im Produktionsbereich auch nicht annähernd das Erfahrungswissen und den Grad von Abstraktionsfähigkeit vermittelt bekommt, die notwendig sind, um aus den im gesellschaftlichen Bereich gesammelten sinnlichen Erfahrungen richtige Schlußfolgerungen ziehen zu können, die auf der Höhe ihrer Zeit sind und nicht mehr oder weniger modifizierte, längst überholte Vorstellungsinhalte vergangener Perioden wiederholen. Dieser in der Klassenlage begründete Widerspruch kann erst mit der Lösung des Klassenwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben werden.

Eine zeitgemäße revolutionäre Theorie kann daher nur von denen entwickelt werden, die aufgrund ihrer objektiven Klassenlage die Möglichkeit haben, die Erfahrungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse der Vergangenheit verstehend in ihre Überlegungen einzubeziehen und die über das Abstraktionsvermögen verfügen, das es ihnen ermöglicht, die in den Klassenkämpfen der Gegenwart gesammelten Erfahrungen auf dem historischen Hintergrund unseres Erkenntnisstandes zu analysieren, zu interpretieren und zu verallgemeinern.

Es ist also kein Zufall, daß die entscheidenden Stationen der Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus von Denkern und Revolutionären markiert werden, die nach ihrer Herkunft nicht dem Proletariat zuzurechnen sind, die aber gerade deshalb die Voraussetzungen für weiterführende theoretische Arbeiten mitbrachten: Marx und Engels in der Periode der ersten industriellen Revolution und der Entstehung der organisierten Industriearbeiterbewegung; Lenin in der Periode des ersten imperialistischen Weltkrieges und der Entstehung einer revolutionären Situation in Rußland durch den Verschleiß des absolutistischen Machtpotentials des Zarismus in kolonialen Raubkriegen und schließlich in einem Welt-

krieg; Mao Tse Tung in der Periode, die durch den Sieg der Oktoberrevolution und den zweiten imperialistischen Weltkrieg gekennzeichnet ist.

Eine wesentliche Bedingung für die Verallgemeinerung der revolutionären Theorie bestand in ihrer Übereinstimmung mit den Erfahrungen der revolutionären Klassen, die, gestützt auf diese Theorie, in ihren Kämpfen gegen Feudalismus, Absolutismus und Kapitalismus eine Reihe von Erfolgen erringen konnten.

Lediglich um die Übereinstimmung geschichtlicher Erfahrungen zu dokumentieren, seien die Ausführungen Lenins zu dieser Frage auszugsweise wiedergegeben:

»Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden *zusammenzuschließen*, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie *unabhängig* von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz ...« (Hervorhebungen von uns)[8]

Es spricht nichts für die Annahme, daß sich in diesem Verhältnis zwischen proletarischem Bewußtsein und revolutionärer Theoriebildung eine qualitative Veränderung vollzogen hat. Ein Unterschied besteht allerdings darin, daß sich die Klassenlage eines erheblichen Teiles der Intelligenz, insbesondere der Studentenschaft, fortschreitend wandelt. War es zur Zeit Marxens und Lenins so, daß sich die Intelligenz sowohl aufgrund ihrer Herkunft als auch aufgrund ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, also durch ihre objektive Klassenlage als Schicht mit den Interessen der Ausbeuterklassen identifizierte und lediglich einzelne Individuen dieser Schicht sich auf die Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten schlugen, so nehmen Teile der Intelligenz heute weniger aufgrund ihrer Herkunft, als vielmehr durch ihre Funktion im Produktionsprozeß eine Zwischenstellung ein, die das Bewußtsein der jungen Intelligenz ebenso prägt wie die Tatsache, daß ihre Herkunftsschicht in weitaus stärkerem Maße von Deklassierung bedroht oder bereits betroffen ist als früher.

Diese Faktoren bewirken eine gesteigerte Sensibilität für Herrschaftsstrukturen allgemein und im bürgerlichen Ausbildungs- und Qualifikationsprozeß im besonderen. Diese Änderung der Klassenlage begünstigt die Aufnahme des wissenschaftlichen Sozialismus in breiten Schichten der Studentenschaft, die sich dieser

Theorie bedienen, um ihr eigenes Klasseninteresse, das ein antikapitalistisches ist, zu ergründen und gegen die Herrschenden durchzufechten.

Die rebellischen Studenten werden in diesem Prozeß Teil der antikapitalistischen sozialrevolutionären Bewegung der Gegenwart. Durch verschiedene Faktoren ist den sozialistischen Kadern der Studentenbewegung eine Avantgarde-Funktion im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zugefallen. In der Studentenbewegung sind heute die Ziele und Methoden der revolutionären Bewegung theoretisch am klarsten formuliert und wissenschaftlich begründet. Nicht die Organisationen der Industriearbeiterschaft, sondern die revolutionären Teile der Studentenschaft sind heute Träger des zeitgenössischen revolutionären Bewußtseins.

Die Studenten haben vor Jahren den Kampf aufgenommen und durch ihre Aktionen jedenfalls in Westdeutschland und in den USA die revolutionär-sozialistische Bewegung erst wiederbelebt. Im Verlaufe ihres Kampfes haben sie Erfahrungen gesammelt, theoretisch untersucht und verallgemeinert. Die revolutionäre Theorie ist in diesem Prozeß um wichtige Aspekte bereichert worden, die praktisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Revisionismus der traditionellen kommunistischen Parteien und mit Sozialdemokratismus ist ein wichtiger Beitrag. Die revolutionären Studenten sind Teil der Massen, auf die sich eine revolutionäre Partei stützen muß.

Das Gebot, in allem der Massenlinie zu folgen, heißt also auch, in die Massen der revolutionären Studenten gehen, deren Auffassungen kennenlernen, sorgfältig analysieren, zusammenfassen, verallgemeinern, falsche Ansichten kritisieren, richtige hervorheben und in verallgemeinerter Form in die Massen zurücktragen.

Die Kader müssen die Auffassungen studieren, die sich aus den Erfahrungen der vergangenen drei Jahre bei den revolutionären Studenten über den Charakter der Staatsgewalt, über die Rolle der revolutionären Gegengewalt, über die Bedingtheit der Gewalttätigkeit der unterdrückten Massen, über das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution und die Bedingungen seiner Veränderung entwickelt haben.

Dieses Studium und die daraus zu gewinnende Verallgemeinerung ist ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung der revolutionären Theorie.

Der Massenlinie folgen, heißt aber auch, die Auffassungen der werktätigen Bevölkerung kennenlernen, studieren, kritisch verallgemeinern und in die Massen zurückzutragen. Bei diesem Studium ist aber zu beachten, daß sich das proletarische Klassenbewußtsein durch die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie und unter dem Eindruck der erlittenen Niederlagen in vielfältig gebrochener, verdeckter und verzerrter Spiegelung der objektiven Klassenlage vorfindet. Bevor eine kritische Verallgemeinerung möglich ist, sind die durch die feindliche Ideologie verursachten Verzerrungen zu beseitigen; denn revolutionäres Handeln entwickelt sich nur auf der Grundlage einer richtigen Widerspiegelung der Klassenlage.

Vertrauen in die Massen setzen, heißt nicht, über die Deformationen des proletarischen Klassenbewußtseins hinwegsehen, heißt nicht, alle politischen Äußerungen der Massen – mögen diese auch oppositionell sein – nachbeten, heißt nicht, von den Massen ein *Bild* zeichnen, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Vertrauen in die Massen setzen, heißt, auch in der scheinbar gegen die revolutionären Elemente gerichteten Einstellung der Massen, im deformierten Klassenbewußtsein die nur verschütteten revolutionären Energien entdecken und freilegen. Denn diese Energien der Massen können die Revolution zum Sieg treiben.

In der überall vorhandenen offenen oder verdeckten Aggressivität entdecken wir so die vorhandene, lediglich deformierte Abwehrreaktion der Massen gegen die Unterdrückung, unter der sie leiden. Die ständig wiederholte öffentliche und versteckte Billigung der Gewaltanwendung gegen vermeintliche innere und äußere Feinde, die Forderung nach solcher Gewaltanwendung gegen die vermeintlichen Verursacher allgemein empfundener Bedrohung und Unsicherheit, sind ein Ausdruck des im Kern richtigen Bewußtseins, daß in der Klassenauseinandersetzung die Gewalt über die Durchsetzung der Klasseninteressen entscheidet.

Die Massen sind von der bürgerlichen Morallehre keineswegs so angekränkelt, daß sie in der Gewalt als Mittel sozialer Auseinandersetzungen ein ethisches Problem sehen. Im Gegenteil: Sie sind viel eher als ein bürgerlich erzogenes Individuum bereit, zur Durchsetzung ihrer Interessen selbst Gewalt anzuwenden. Wenn sie sich gleichwohl – zuweilen recht drastisch gegen Gewaltakte revolutionärer Gruppen wenden, so nicht deshalb, weil sie gegen Gewalt sind, sondern allein deshalb, weil sie emotional gegen diese revolutionären Gruppen eingestimmt sind.

Die dem Klasseninteresse entsprechende richtige Richtung dieser positiven Einstellung zur Gewalt kommt in den in Tagträumen und Stammtischprahlereien den »Vorgesetzten« als Symbolfiguren der Unterdrückung zugedachten Schicksalen zum Ausdruck. Daß die Neigung, dem »Meister«, »Abteilungsleiter« oder »Chef« einfach »eine zu pellen« und ihn davonzujagen, nicht am eigentlichen Angriffsobjekt realisiert wird, sondern auf – notorisch schwächere – Ersatzfiguren, auf rassische Minderheiten oder politisch verketzerte Gruppen abgelenkt wird, ist nur zum Teil auf die Einflüsse der feindlichen Ideologie, zum anderen Teil auf die Erfahrung des Proletariats zurückzuführen, daß es durch Gewaltanwendung in den traditionellen Formen des Klassenkampfes den Feind nicht überwinden konnte, dagegen stets seinen sozialen Besitzstand aufs Spiel setzt und häufig verliert.

Diese resignative, zur Veränderung führende Haltung großer Teile des Proletariats ist Bestandteil des proletarischen Klassenbewußtseins. Sie muß im Zusammenhang mit den Erfahrungen vergangener und gegenwärtiger Klassenauseinandersetzungen begriffen werden. Es handelt sich dabei um den für die weitere revolutionäre Entwicklung wichtigsten Widerspruch im Bewußtsein der Massen, den die revolutionäre Partei durch eine von einer richtigen Theorie geleitete revolutionäre Praxis lösen muß.

Die kritische Verallgemeinerung dieser in den Massen anzutreffenden Auffassungen und Stimmungen besteht darin, die Massen in ihrer positiven Einstellung zur Gewalt als Mittel des Klassenkampfes zu bestärken, jede Abwiegelei streng zu

verurteilen und gleichzeitig die Mittel und Wege aufzuzeigen, die in der unvermeidlichen gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie ersterem den Sieg über das Kapital ermöglichen.

Ohne diese Perspektive ist es nicht möglich, das im Proletariat vorhandene Gewaltpotential für die Revolution zu mobilisieren.

4. Revolutionäre Avantgarde und proletarische Klasse

Das Abwarten, bis die Industriearbeiter organisiert in den revolutionären Kampf eingreifen, ist sicher das untauglichste Mittel zur Einbeziehung heute noch passiver Schichten in den revolutionären Prozeß. Angesichts der aktiven und gegenwärtig noch bestimmenden Teilnahme der Studenten an der antikapitalistischen Bewegung ist es absurd und Ausdruck eines mystifizierten Klassenbegriffs, wenn Genossen den studentischen Kadern die »Zuständigkeit« für die Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie streitig machen.

Die Losung, das Proletariat solle in allem die Führung innehaben, wird in der Praxis zu einer Karikatur, wenn man sie als Gebot an beliebige gesellschaftliche Gruppen versteht, sich der Führung und der Initiative des Proletariats unterzuordnen, statt in ihr allein einen Appell an das Proletariat zu sehen, seiner historischen Rolle als Totengräber des Kapitalismus gerecht zu werden, seine eigene revolutionäre Praxis auf das Niveau zu heben das ihm die führende Stellung in der Revolution sichert. Die totale Verkehrung des Aufforderungscharakters erfährt diese Losung, wenn der Begriff des Proletariats auch noch auf die industrielle Arbeiterschicht eingeschränkt wird.

Die Notwendigkeit der proletarischen Führung beruht darauf, daß allein das Proletariat aufgrund seiner objektiven Klassenlage ein konsequentes Interesse an der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, an der Überwindung des kapitalistischen Systems schlechthin in die Geschichte einbringt. Das Proletariat in diesem Sinne umfaßt aber alle Schichten, die nicht nur vorübergehend von jeglichem Kapitaleigentum getrennt sind und deren Reproduktion durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft vermittelt ist. Das Industrieproletariat ist nur ein Teil dieser Klasse. Wo und wann immer Elemente derselben in den revolutionären Kampf eintreten, werden sie Teil der revolutionären Bewegung des Proletariats.

Die Geschäfte des Klassenfeindes besorgt derjenige, der im Namen eines abstrakten Klassenschematismus die bereits mobilisierten und kämpfenden Teile des antikapitalistischen Lagers behindert, zurückzerrt, diffamiert oder auch nur schlicht ignoriert mit der Begründung, es könne sich nur um Anarchisten, blanquistische Abenteurer und wildgewordene Kleinbürger handeln, weil das industrielle Proletariat noch nicht mobilisiert und die aus diesem zu bildende Avantgarde noch nicht vorhanden sei.

In dieser Position drückt sich eine falsche Auffassung in der Führungsfrage aus. Sie schließt wichtige revolutionäre Kräfte aus, statt sie zu umfassen. Führung

wird zum Privileg einer bestimmten Schicht, zur Funktion einer Elite. Proletarische Führung kann aber nur in der Avantgarde-Funktion realisiert werden. Die Avantgarde hemmt nicht die Initiative der Massen, sondern entwickelt sie. Die Führung besteht in der beispielhaften Aktion, die durch ihre Verallgemeinerung die Avantgarde ständig aufhebt. Diese Verallgemeinerung kann weder positiv noch negativ dekretiert werden. Sie ist das Resultat ständiger Überprüfung in den Massenkämpfen.

Avantgarde ist danach nicht die Gruppe, die sich so nennt oder sich selbst so interpretiert, sondern diejenige, an deren Verhalten und Aktionen sich die revolutionären Massen orientieren. Die Führung im revolutionären Prozeß durch eine Avantgarde ist ein wesentliches revolutionäres Moment.

Die Zuordnung dieser Funktion ist aber nicht statisch, nicht erblich und keine Frage vergangener Verdienste oder des proletarischen Stammbaums. Sie kann sich ständig ändern. Eine Gruppierung, die heute die Funktion einer Avantgarde erfüllt, kann morgen schon Nachtrab der Bewegung sein. Daraus folgt auch, daß die Bestimmung der Avantgarde nicht danach vorgenommen werden kann, ob ein bestimmtes Organisations- und Aktionsschema von einer traditionell proletarischen Schicht entwickelt und in die Bewegung eingebracht wird. Die Fragestellung kann nur lauten: Ist das Handeln einer politischen Gruppierung revolutionär-sozialistisch, hat dieses Handeln beispielhafte Wirkung für die revolutionären Massen, bringt es die Bewegung voran oder nicht?

Wenn wir die Rolle der studentischen Kader als Avantgarde in den Kämpfen der vergangenen Jahre anerkennen, so bedeutet das keine moralische Überhöhung der Studenten. Es bleibt eine Tatsache, daß in der Studentenschaft (klein-)bürgerliche Einflüsse in schädlicher Weise wirksam sind. Aber auch das darf kein moralisches Urteil über die Studenten sein. Kleinbürgerliche Einflüsse sind für die revolutionäre Bewegung eine Gefahr, die man stets beachten muß. Wo kleinbürgerliche Haltungen sichtbar werden, sind sie Gegenstand von Kritik und Selbstkritik. Aber hier gilt der Satz von Mao: »Die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten.«

Genau in diesem Sinne haben Lenin und Mao Tse Tung ihr Mißtrauen gegen die Intellektuellen gehandhabt. Beiden ging es nicht um eine moralische Verdammung der Intelligenz. Sie wußten stets zwischen der revolutionären und der kleinbürgerlich-radikalen Intelligenz zu unterscheiden. Beide hatten erkannt, daß die revolutionäre Intelligenz für die Bewegung unentbehrlich ist. Es ist keineswegs zufällig und für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen gleichgültig, daß sich die Bolschewiki gegen den Vorwurf des »lntelligenzlertums« verteidigen und durchsetzen mußten. Lenin hat die reformistischen Wurzeln der Theorie von der »reinen Arbeiterbewegung« aufgedeckt:

»[Wir] können schon bei der ersten literarischen Äußerung des Ökonomismus die höchst eigentümliche und für das Verständnis aller Meinungsverschiedenheiten unter den heutigen Sozialdemokraten äußerst charakteristische Erscheinung

beobachten, daß die Anhänger der ›reinen Arbeiterbewegung‹, die Anbeter der engsten und (...) ›organischsten‹ Verbindung mit dem proletarischen Kampf, die Gegner jeder nichtproletarischen Intelligenz (selbst wenn es sich um die sozialistische Intelligenz handelt) gezwungen sind, bei der Verteidigung ihrer Position zu den Argumenten der bürgerlichen ›Nur-Gewerkschaftler‹ Zuflucht zu nehmen.«[9]

Gegenwärtig sind die organisatorischen Ansätze noch zu wenig entwickelt, die Praxis noch zu uneinheitlich und literarische Äußerungen noch zu spärlich, um eindeutig eine »neo-ökonomische« Tendenz diagnostizieren zu können. Die Gefahr sollte jedoch rechtzeitig erkannt werden. (Der Reformismus hat sich in seiner jeweiligen Entstehungsphase stets hinter einem Nebelvorhang radikaler Phrasen entwickelt!)

Sozialistische Intellektuelle, die kleinbürgerlichen Verhältnissen entstammen, haben an ihrer ideologischen Nachgeburt sicher schwer zu tragen, aber viele sind mit diesem Erbe – wie es scheint – besser fertig geworden als mancher Proletarier von Geburt mit den Einflüssen der feindlichen Ideologie. Daraus darf kein Vorwurf gegen das Proletariat hergeleitet werden. Doch müssen nicht wenige romantische Vorstellungen über den »Proletarier« korrigiert werden.

Die Revolutionäre, deren Pflicht es ist, die Revolution zu machen, werden nicht »lupenrein« in der Retorte erzeugt; auch die proletarische Kinderstube ist diese Retorte nicht. Sie rekrutieren sich aus einer Generation, die notwendig durch den Anpassungsprozeß an die bürgerliche Gesellschaft mannigfaltig deformiert und den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie ausgesetzt ist. Wer die Klassenanalyse bemüht, um nachzuweisen, daß die Studentenbewegung gar nicht revolutionär sei, statt endlich zu begreifen, aus welchen Gründen die junge Intelligenz die von den Arbeitern fallengelassene rote Fahne aufgenommen hat und sie heute allen voran trägt; wer die Klassenanalyse bemüht, um seine Untätigkeit oder seinen Kleinmut zu rechtfertigen und angesichts einer voranschreitenden Revolution zu behaupten, es gäbe keine revolutionäre Bewegung und keine Revolutionäre, der treibt mit dem Marxismus Schindluder.

Die Klassenanalyse ist ein parteiliches Instrument in der Hand von Revolutionären, die durch eine konkrete Untersuchung der Klassenlage herauszufinden haben, welche Schichten gegenwärtig oder voraussichtlich demnächst für den revolutionären Kampf gewonnen werden können und durch ihren Beitrag das Kräfteverhältnis zugunsten der Revolution verändern werden, beziehungsweise welche Schichten mit welcher Politik neutralisiert werden können. Sie ist ein wesentlicher Teil der revolutionären Theorie. In der Epoche der sich entfaltenden sozialistischen Weltrevolution ist Gegenstand dieser Theorie nicht das »ob«, sondern nur das »wie« der Revolution.

In den USA hat die Revolution in den Ghettos der rassischen und nationalen Minderheiten begonnen. Sie ist nicht aus der Analyse sozialistischer Theoretiker entstanden, sondern in der revolutionären Gewalttat der Massen in den Ghettos

geboren worden. Die Afro-Amerikaner und ihre Verbündeten haben vorher nicht das Kräfteverhältnis der Klassen gewogen und die Divisionen der Konterrevolution gezählt. Sie haben ihre Chancen nicht kalkuliert. Sie haben nur einen Augenblick von sich selbst abgelassen und ihre Gewalttätigkeit gegen ihre Unterdrücker gekehrt. In den Straßen von Watts[53] haben sie das Feuer der Revolution entzündet, das bis zu ihrem endgültigen Sieg nicht ausgehen wird. Erst jetzt ist der Weg frei für die Konkretisierung der revolutionären Theorie, die nichts gemein hat mit dem Soziologengewäsch von der Aussichtslosigkeit einer »Minderheitenrevolte« usw.

Die revolutionäre Situation entsteht nicht erst, wenn sie auch die Soziologen erkennen. Sie kündigt sich an in der Richtungsänderung der Gewalttätigkeit. Sie ist vorhanden, wenn die durch die Unterdrückung in den Unterdrückten erzeugte Gewalttätigkeit, der gewaltsame Widerstand gegen das Ausbeutungssystem, gegen die Gewalt der Herrschenden die Fesseln einer individuellen Abreaktion abschüttelt und kollektive Züge annimmt. Der kollektive Widerstand ist der Keim der Revolution. Die richtige revolutionäre Theorie hat ihn zu entwickeln und zu formen. Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, jeden Ansatz zum kollektiven Widerstand in den Massen aufzugreifen, weiterzuentwickeln, zu organisieren und zu führen. Auch ohne Aussicht auf den Sieg.

Das Gegenteil von revolutionärem Verhalten ist die Befriedung, die feige Abwiegelei. Die Vertagung des Widerstandes auf die Zeit »nach dem Aufbau der Massenorganisation und der Schulung«. Aus dem kleinsten Funken kann ein Brand entstehen. Mao Tse Tung hat die Revolution nicht »vertagt«, bis er durch seine Untersuchungen im chinesischen Dorf erforscht hatte, welche Perspektiven der Bauernaufstand eröffne, und bis er die chinesische KP auf der Grundlage dieses Befundes organisiert hatte. Seine Linie hätte sich so wohl nie durchgesetzt.

Gegen alle bisherigen theoretischen Konzepte hat er sich auf die Seite der revolutionären Bauern gestellt, die Führung von Banditenhaufen übernommen und den kollektiven Widerstand gegen die Staatsgewalt und die Grundherren organisiert. Als Teilnehmer an diesem Kampf hat er durch seine Untersuchungen die Wege der Revolution erkannt und eine wissenschaftliche Handlungsanleitung erarbeitet, ohne auch nur einen Augenblick die Revolution, ihre Machbarkeit, in Zweifel zu ziehen. In einer scheinbar aussichtslosen Lage hat er sich gegen die Parteiführung gestellt und schließlich allein Recht behalten.

Zuallererst ist es der Wille an der Revolution, der Revolutionäre macht. Wo dieser Wille fehlt, wo keine Vision vom Sieg der Unterdrückten über ihre Feinde vorhanden ist, hat die Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus noch immer zum Revisionismus und Opportunismus geführt und ist im »methodischen Zweifel«, also im Zweifel an den Massen geendet.

53 Vom 11. bis 16. August 1965 fand in Watts, einem Stadtteil von Los Angeles, ein Aufstand der schwarzen Bevölkerung statt. Die US-Regierung setzte Polizei und Nationalgarde ein, das Ergebnis waren 34 Tote, hunderte Verletzte und 400 Verhaftete. Watts steht in der Öffentlichkeit für den Beginn eines militanten, schwarzen Widerstandes in den USA.

»Der Marxismus enthält zwei wesentliche Elemente: das Element der Analyse, der Kritik, und das Element des tätigen Willens der Arbeiterklasse als den revolutionären Faktor. Und wer nur die Analyse, die Kritik in die Tat umsetzt, vertritt nicht den Marxismus, sondern eine erbärmliche, verfaulende Parodie dieser Lehre.«[10]

Wir müssen uns in erster Linie auf diejenigen Massen stützen, die die Fahne der Revolution bereits aufgenommen haben. Ihr Kampf wird, wenn er richtig geführt wird, die heute noch abseits stehenden Schichten des Proletariats mobilisieren und mitreißen. Im Verlaufe dieses Prozesses wird die Industriearbeiterschaft, die konsequenteste und zuverlässigste revolutionäre Kraft, die Führung übernehmen und die sozialistische Revolution bis zum Ende garantieren.

Einen anderen Weg gibt es nicht. Wir lassen uns von den »weisen Alten«, den Soziologen, gern die »närrischen Greise« nennen. Am Ende werden nicht sie, sondern wir gemeinsam mit den Massen die Berge versetzt haben.

»Diese Berge sind zwar hoch, sie können aber nicht mehr höher werden; um das, was wir abtragen, werden sie niedriger.« (Mao)

5. Stadtguerilla als revolutionäre Interventionsmethode in den Metropolen

Abzutragen ist der Berg der militärischen Potenz des bürgerlichen Staates. Wir können nicht erwarten, daß sich diese Potenz in einem internationalen Krieg, der ein Weltkrieg wäre, verschleißt. Ein solcher Krieg würde in Mitteleuropa nicht nur die Armeen des Klassenfeindes, sondern auch die proletarische Bevölkerung vernichten. Eine Revolution stünde nicht mehr zur Debatte. Ein solcher Krieg muß mit allen Mitteln verhindert werden. Er ist nur durch eine Revolution zu verhindern.

Ist die Ausschaltung des bürgerlichen Militärapparates durch einen internationalen Krieg nicht zu erwarten und durch einen allgemeinen Aufstand der herkömmlichen Art nicht zu erreichen, so müssen sich die Überlegungen auf jene Kampfformen und Taktiken richten, die eine allmähliche Auszehrung der Kräfte des Feindes im Sinne eines moralischen Verschleißes und gleichzeitig die Entwicklung der eigenen militärischen Potenzen des Proletariats möglich erscheinen lassen: auf die Kampfformen des Guerilla-Krieges.

Die ländliche Guerilla scheidet für die Betrachtung aus. Zu untersuchen sind die Probleme der Großstadtguerilla.

Wichtigstes Prinzip des Guerilla-Krieges ist, daß die kämpfenden Einheiten vom Volk unterstützt werden, »im Volke untertauchen und in ihm schwimmen können wie der Fisch im Wasser«. Die politische und militärische Kraft der Guerilla entsteht aus den revolutionären Energien der Volksmassen.

Diese von Mao Tse Tung zuerst formulierten Einsichten werden hierzulande allgemein in der Weise interpretiert, daß man auf die offenkundige ablehnende Haltung der ganz überwiegenden Mehrheit des Proletariats gegenüber dem Partisanenkrieg hinweist und daraus schließt, daß die wichtigste Voraussetzung für die

Entfaltung des bewaffneten Kampfes noch nicht gegeben sei. Statt die Bedeutung des Prinzips konkret zu untersuchen, wird es absolut gesetzt und das Ergebnis vor die Untersuchung gestellt.

Die Lehre Mao Tse Tungs vom bewaffneten Kampf ist nicht eine Theorie, die uns aus der Verpflichtung, diesen Kampf vorzubereiten und zu beginnen, entläßt, sondern eine Anleitung, die so konkret ist, daß sie bei der gegebenen Reife der kapitalistischen Gesellschaftsformation überall und unter allen Umständen, unter denen sich die Klassenkämpfe zuspitzen, den Weg des bewaffneten Kampfes sichtbar werden läßt.

Die Verankerung der Guerilla im Volke hat einen politischen und einen militärischen Aspekt, die zwar nur zwei verschiedene Seiten einer Einheit sind, die jedoch zunächst eine differenzierende Untersuchung notwendig machen. Der militärische Gegner der Partisaneneinheit sind Polizei und Armee. Die Partisaneneinheit ist dagegen eine verschwindende Größe. Sie kann nur überleben, wenn sie für den Feind unsichtbar bleibt.

Ist sie eine ländliche Guerilla, muß sie sich in entlegenen, schwer zugänglichen Gegenden verstecken oder nach einem Schlag gegen den Feind sofort untertauchen und als Teil der ländlichen Bevölkerung erscheinen. In beiden Fällen ist ihre Versorgung nur durch die Bevölkerung zu sichern, Teile derselben müssen in Kenntnis der Umstände zu Hilfsdiensten bereit sein. Eine noch weitergehende Unterstützung ist für das Untertauchen in der ländlichen Bevölkerung notwendig.

Anders ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten. Sie können auch nach ihren Aktionen in vorbereiteten Quartieren untertauchen, ohne auf Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen zu sein. Ihre Bewegung in den Straßen der Großstadt ist bei geeigneten Vorkehrungen unauffällig und von dem Verkehrsstrom der übrigen Bevölkerung nicht zu unterscheiden. Die großstädtische Anonymität ist ein bestimmendes Element für die Stadtguerilla. Konspirative Kontakte zu Informanten, Sympathisanten und Partisanen mit besonderen Aufgaben in den Institutionen des Feindes lassen sich in einer Großstadt leichter knüpfen und aufrechterhalten als in anderen Gebieten. Sie sind von der Haltung der nicht unmittelbar beteiligten Bevölkerung weitgehend unabhängig.

Ein entscheidender Vorteil der Großstadt besteht auch darin, daß Operations- und Stützpunktgebiet eine Einheit bilden. Informationen sind leichter und ungefährlicher zu beschaffen. Die Großstadt ist zugleich eine Massierung von Angriffszielen. Kann eine ländliche Guerilla immer nur einzelne Punkte bedrohen, liegt in der Großstadt die ganze Flanke des Feindes offen. Dieser weiß nie, welches Objekt angegriffen wird. Da innerhalb der Stadt alle Objekte für die Partisanen erreichbar sind, muß der Feind alle schützen. Sein Bestreben, gleichzeitig überall zu sein, führt dazu, daß er nirgends stark genug ist. Wenige Kämpfer können starke Kräfte des Feindes binden.

Durch geeignete Aktionen muß die Guerilla klarstellen, daß sich ihre Angriffe grundsätzlich gegen alle Institutionen des Klassenfeindes, alle Verwaltungsdienststellen und Polizeiposten, gegen die Direktionszentren der Konzerne, aber auch gegen alle Funktionsträger dieser Institutionen, gegen leitende Beamte, Richter, Direktoren usw. richten, daß der Krieg in die Wohnviertel der Herrschenden getragen wird. Der Feind wird so gezwungen, seine Kräfte entlang dieser unsichtbaren Front im wahrsten Sinne des Wortes zu zersplittern, während die Guerilla taktisch stets nur an einzelnen, speziell ausgesuchten Punkten dieser langen Kampflinie angreift, dort ihre Kräfte konzentriert und dem Feind überlegen sein kann. Sie nutzt das Überraschungsmoment und bestimmt Ort und Zeit der Operationen.

Die operativen Möglichkeiten des Feindes dagegen sind in einer Großstadt seines eigenen Gebietes stark eingeschränkt. Die Bürgerkriegsgenerale werden einen Elefanten durch die Straßen treiben, um eine Mücke zu jagen. Die technischen Apparaturen, die die Macht der Konterrevolution so furchtbar erscheinen lassen, werden teilweise gar nicht einsetzbar sein, ja sie werden die Beweglichkeit des Feindes, seine Schnelligkeit und Einsatzfähigkeit behindern.

In einer entlegenen ländlichen Zone sind im Operationsgebiet nur wenige Menschen. Der Kreis der Verdächtigen ist überschaubar, Razzien sind gezielter durchführbar. Im Zweifel zögern die Repressionstruppen nicht, verdächtige Dörfer durch Bombardements und Aussiedlungsaktionen auszuschalten.

In der Großstadt ist die Kampfeinheit nur schwer auszumachen. Razzien sind nur selten erfolgreich und haben wohl mehr den Zweck, der Bevölkerung die Präsenz der Staatsanwalt zu demonstrieren. Bombardements sind kaum denkbar, für den Gegner völlig nutzlos. Können von Partisanen durchsetzte ländliche Zonen von der Konterrevolution praktisch zum feindlichen Territorium erklärt und entsprechend behandelt werden, so ist das in den Großstädten, in denen auch die Charaktermasken des Kapitals und seines Herrschaftsapparates leben, nicht möglich. Erfolge der Polizei und des Militärs sind nur durch Zufall, Verrat, taktische Fehler oder durch Überwältigung einzelner Kommandos während einer Operation selbst möglich.

Es ist schon keine Spekulation mehr, daß die Bildung von bewaffneten Kommandos in Großstädten jederzeit möglich ist. Deren Entstehung ist jedoch nur der Anfang eines Prozesses, für dessen weitere Entwicklung noch zahlreiche andere Bedingungen gegeben sein müssen, die primär politischen Charakter haben. Die wichtigste ist die Verbindung der Guerilla mit den politischen und ökonomischen Kämpfen der Massen. Nur wenn diese Verbindung zum wesentlichen Kern der Strategie des Partisanenkrieges gemacht wird, kann die Guerilla überleben und sich entwickeln.

»Da die Partisaneneinheiten im Widerstandskrieg gewöhnlich aus dem Nichts entstehen und sich aus etwas Kleinem zu etwas Großem entwickeln, so gilt für sie neben dem Prinzip, sich selbst zu erhalten, noch das Prinzip, sich zu vergrößern.«[11]

Die Bedingungen für die Realisierung dieses Prinzips lassen sich nur untersuchen, wenn der Prozeß der Überwindung der Macht des Kapitals umrißhaft vorstellbar ist.

Gegenwärtig zeichnen sich in der internationalen revolutionären Szene die Konturen schon mehr oder weniger deutlich ab. Die revolutionäre Entwicklung geht nicht mehr aus vom Generalstreik und von diesem zum militärischen Aufstand, sondern von Kommandoaktionen über den Aufbau von Widerstandszentren zur Bildung von Milizen, zur Desorganisation und Demoralisierung der Unterdrückungsstreitkräfte durch einen langdauernden, zermürbenden Kleinkrieg.

Erst in der Endphase können Massenaktionen – Demonstrationen, Streiks, Barrikaden, die zunächst nur eine, wenn auch sehr wichtige, Unterstützungsfunktion haben – die Entscheidung bringen und zur völligen Entwaffnung der Unterdrückungsorgane führen. Das ist eine Entwicklung, die schon Engels vorausgesehen hat: »Er [der allgemeine Aufstand] wird daher [wegen der Entwicklung der Kriegstechnik und der veränderten Klassenfronten] seltener im Anfang einer großen Revolution vorkommen als im weiteren Verlauf einer solchen, und wird mit größeren Kräften unternommen werden müssen.«[12]

In der Anfangsphase bilden sich dezentralisiert und unabhängig voneinander einzelne Partisanengruppen, die Kommandoaktionen unternehmen. Es ist notwendig, derartige Gruppen in allen Ballungszentren zahlreich zu entwickeln, um schon in der Entstehungsphase den Feind zu zwingen, seine Kräfte zu zerstreuen und seinen Ermittlungsapparat zu überlasten.

Gleichzeitig müssen diese Gruppen Verbindungen zueinander herstellen und ihre Aktionen koordinieren, um so die Kräfte effektiver und gezielter einsetzen zu können. Diese Verbindungen sind die Voraussetzung für die Bildung örtlicher Widerstandszentren. Ist durch diese Taktik eine genügende Verdünnung der feindlichen Kräfte erreicht, können unter günstigen Bedingungen geheime örtliche Milizgruppen aufgestellt werden. Wie ist das vorstellbar?

Wenn die Kommandos taktisch richtig vorgehen, werden sie erreichen, daß die Unterdrückungskräfte, insbesondere die Polizei das System der Einzelstreifen in den Wohngebieten (Receivern) aufgeben müssen und sich nur noch in kampfstarken Gruppen bewegen können, d.h. der Feind muß teilweise die Verzettelung seiner Kräfte rückgängig machen.

Das bedeutet aber, daß er nicht mehr alle Gebiete zu allen Zeiten wirksam schützen und kontrollieren kann. Er muß sich aus bestimmten Bezirken – zumindest zeitweilig und immer wieder – zurückziehen. Um den Kontrollverlust klein zu halten, wird er jeweils für seine Patrouillen die Minimalgröße anstreben, um ihre Zahl steigern zu können. Die Guerilla wird in der Lage sein, nach ihrer eigenen taktischen Wahl ausreichende Kräfte – ausgerüstet mit automatischen Waffen – zu konzentrieren, die derartige Patrouillen erfolgreich angreifen können. So wird der Feind gezwungen, die Gruppenstärke zu erhöhen und gleichzeitig das Patrouillengebiet einzuschränken, ungünstige Gelände zu meiden, Schwerpunkte

zu bilden und dafür andere Objekte zu vernachlässigen usw.

Unter diesen Bedingungen kann die Guerilla eindrucksvoll und exemplarisch demonstrieren, daß der staatliche Unterdrückungsapparat in bestimmten Bereichen nicht mehr in der Lage ist, die Interessen der Besitzenden wirksam und dauerhaft zu schützen. In diesen Bereichen kann die politische Organisation des Proletariats dazu übergehen, die Herrschaft der Besitzenden zurückzudrängen. Sowenig der Staat in der Lage ist, hinter jeden Arbeiter einen Gendarmen zu stellen, sowenig ist er in der Lage, jeden einzelnen Kapitalisten, Regierungsbeamten, Richter, Offizier usw. mit einem bewaffneten Posten zu beschützen.

Begreift der einzelne Ausbeuter, daß der Staat seine Sicherheit nicht mehr garantieren kann, so kann ihm durch eine richtige Politik gleichzeitig beigebracht werden, daß die Lohnabhängigen unter bestimmten Bedingungen bereit sind, durch ihre politischen Organisationen seine persönliche Sicherheit allgemein und seine wissenschaftliche Betätigung mit Einschränkungen für die Übergangszeit bis zur sozialistischen Umgestaltung des Produktions- und Verteilungsprozesses zu garantieren.

Es liegt auf der Hand, daß die ausschließlich im Untergrund und in allen Bereichen tätigen Kommandogruppen der Guerilla lediglich die allgemeinen Voraussetzungen für diese Entwicklung schaffen können, daß die Möglichkeiten zu wirklicher Machtentfaltung nur durch »bodenständige« Gruppen, deren Mitglieder im jeweiligen Produktionsbetrieb bzw. Wohngebiet verwurzelt sind, die in den politischen Organisationen der Massen auch offen arbeiten können, wahrgenommen werden können. Sie haben das Verhalten der Ausbeuter in ihrem »Bezirk« zu überwachen und durch teils offene, teils verdeckte Aktionen das Bewußtsein von der Gegenwart der bewaffneten Macht des Volkes wachzuhalten. Sie müssen in der Lage sein, auf Zuwiderhandlungen einzelner Ausbeuter gegen die von den Massen beschlossenen Richtlinien sofort und abgestuft zu reagieren, angefangen mit Propagandaaktionen (Flugblätter, Wandparolen usw.) bis zu Sabotageakten, so daß die eigentlichen Guerillakommandos schließlich nur in Ausnahmefällen für Strafaktionen im lokalen Bereich herangezogen werden müssen.

Den Besitzenden können von den proletarischen Organisationen Abgabeverpflichtungen für Gemeinschaftseinrichtungen (Kinderläden, ärztliche Betreuungsstellen, Jugendheime usw.) auferlegt werden. Die Aufgabe der Milizgruppen ist es, die Erfüllung dieser Verpflichtungen durchzusetzen und zusammen mit den Kommandos die geeigneten »Überzeugungsmittel« zu entwickeln und gegen widerstrebende Ausbeuter einzusetzen. Eine schrittweise Entmachtung des städtischen Grundbesitzes, eine Herabsetzung der Mieten, die kollektive Verwaltung der Mietshäuser durch die Mieter, ein wirksamer Kündigungsschutz für Arbeiter, insbesondere gegen Maßregelungen wegen politischer Tätigkeit im Betrieb u.v.a. können auf diese Weise erreicht werden. Sollten die Betroffenen versuchen, staatlichen Schutz anzufordern, muß ihnen schnell klar gemacht werden, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, diesen Schutz wirksam zu gewähren. Schließlich werden die Besitzenden einsehen, daß sie ruhiger und sicherer leben, wenn sie die Interessen der Massen respektieren und auf den ihnen angebotenen Kompromiß eingehen.

In ähnlicher Weise sind durch ein Zusammenwirken der Guerilla mit der Miliz in der Produktionssphäre die Aktionen der Lohnabhängigen gegen das Kapital abzusichern. Es ist zu demonstrieren, daß jede Inanspruchnahme des staatlichen Unterdrückungsapparates gegen Aktionen der Arbeiter in den Betrieben unausweichlich Sanktionen gegen das Eigentum und die Person derjenigen nach sich zieht, die dafür die Verantwortung tragen. Gleichzeitig muß durch geeignete Aktionen der Guerilla das Privileg der Straflosigkeit für die Funktionsträger des staatlichen Unterdrückungsapparates beseitigt werden. Es entstehen auf diese Weise nicht »befreite Gebiete« im engeren Sinne des Wortes, wohl aber die reale Macht der Massen, die zwar jeweils für Stunden durch einen massierten Aufmarsch der Konterrevolution verdrängt werden kann, die aber sofort nach dem unvermeidlichen Abzug der Unterdrückungsstreitkräfte ihren Platz wieder einnimmt.

6. Terror gegen den Herrschaftsapparat – ein notwendiges Element der Massenkämpfe

Verfolgen die in der ersten Phase entstehenden Kommandoeinheiten eine richtige Politik, dann begreifen die Massen schnell die bewaffnete Aktion als ein erfolgreiches Mittel zur Sicherung ihrer Interessen. Dieses Bewußtsein entwickelt sich allein während des Kampfes und durch ihn. In dem Maße, wie sich die Einsicht in die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes verallgemeinert, bilden sich zahlreiche militärische Zellen, die zusammen allmählich ein für den Feind undurchdringliches Gewebe bilden, operative und taktische Erfahrungen bei der Bekämpfung der Unterdrückungskräfte sammeln und in zunehmender Größenordnung anwenden.

Die in diesem Prozeß notwendige Solidarisierung der arbeitenden Massen ist der mächtigste Hebel zur allmählichen Demoralisierung der feindlichen Söldner. Immer weniger werden sich für die staatliche Repression mobilisieren lassen. Diejenigen, die im Polizei- und Soldatenberuf einen bequemen Job sehen, werden in steigendem Maße die Risiken begreifen, die dieser Beruf unter den veränderten Bedingungen mit sich bringt. Im Verlaufe dieses Prozesses isolieren sich die Unterdrückungsstreitkräfte zunehmend.

Noch schneller wird die Auflösung der Moral in den Institutionen der »vorgeschalteten Repression«, in den Verwaltungsbehörden, vor sich gehen, wenn allenthalben die anonymen, feigen, blutleeren und einfallslosen Routiniers der administrativen Repression für ihre volksfeindlichen Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Guerilla wird dabei nach dem Grundsatz verfahren: »Bestraft Einen und erzieht Hunderte«. Die Herrschaft der Besitzenden, die staatliche Unterdrückungsgewalt gründet sich auf die Willfährigkeit der Unter-

drückten in den Schaltstellen des Unterdrückungsapparates. Diese Willfährigkeit wiederum wurzelt in der Angst derjenigen, die sich für eine berufliche Laufbahn in diesem Apparat entschieden haben.

Die Herrschaft des Kapitals ist undenkbar ohne dieses Heer der Hosenscheißer, die ihre eigene Inferiorität durch Sadismus im Umgang mit den »kleinen Leuten« kompensieren. Für sie proklamieren die revolutionären Kräfte die persönliche Verantwortung für jede volksfeindliche Handlungsweise, für jeden Verrat an den Interessen der werktätigen Bevölkerung. Sie sind für ihre Verbrechen gezielt und abgestuft zur Rechenschaft zu ziehen. Ihre Feigheit kehrt sich so in einen Hebel zur Beschleunigung des Verfalls der feindlichen Macht. Die Guerilla wird die Fürsorger, die die proletarische Jugend mit der »Heimerziehung« terrorisieren, nicht ungeschoren lassen; die Lehrer nicht, die den autoritären und volksfeindlichen Bildungsbetrieb der Schulen aufrechterhalten; die Richter nicht, die Hauseigentümern Wuchermieten und Räumungstitel zusprechen und Kündigungen gegen Arbeiter bestätigen; die Staatsanwälte nicht, die Proletarier anklagen, weil sie sich einen Teil dessen genommen haben, was ihnen das Kapital vorher genommen hatte.

Aber ist das nicht »individueller Terror«, das Verderben aller revolutionären Bewegungen? Zieht diese Konzeption nicht den Bannfluch der revolutionären Ahnen an? Haben wir die Polemiken Lenins gegen die Narodniki[54] vergessen oder nicht verstanden?

Wer hier »Terror« schreit, wer auf die Partisanen mit dem Finger zeigt und sie als »Anarchisten, Blanquisten, Desperados«, als »Ausgeflippte« und »Romantiker« denunziert, zeigt nur, wie fürchterlich er vor der revolutionären Aufgabe erschrickt.

Zahlreich sind die Mißverständnisse über die Auffassungen Lenins zu Fragen des Terrors. Das einzige, was in dieser Hinsicht Verbreitung gefunden hat, ist die Unkenntnis dessen, was Lenin zum revolutionären Terror tatsächlich gesagt hat. Wird heute irgendwo die Frage der Bestrafung militärischer oder ziviler Führer der Konterrevolution aufgeworfen, schwingen die Schriftgelehrten der Bewegung die große Klatsche. Jede Diskussion wird mit dem Hinweis erschlagen, derartige Strafaktionen seien unter der Rubrik »individueller Terror« einzureihen, den bekanntlich Lenin in der Auseinandersetzung mit den Narodniki und den Anhängern Bakunins[55] einer vernichtenden Kritik unterzogen und als Todsünde für je-

54 Hier als Begriff für Anhänger der Narodnaja Wolja verwendet. Der Volks-Wille oder Volks-Freiheit war eine russische, sozialrevolutionäre Partei, deren Exekutivkomitee Angriffe auf führende Repräsentanten des Zarismus ausführte und 1881 Alexander II. hinrichtete. Deren Vorläufer, die Narodniki, waren hauptsächlich städtische Intelektuelle, welche Propaganda unter den russischen Bauern verbreiteten. Sie orientierten auf ein Gesellschaftsmodell, das am Urkommunismus der slawisch-bäuerlichen Gemeinschaft ausgerichtet war.

55 Michail Alexandrowitsch Bakunin: einer der russischen Theoretiker des kollektiven, revolutionären Anarchismus. Er wird wegen Beteiligung am Dresdner Aufstand 1849 zum Tode verurteilt und nach Rußland ausgewiesen. Er flieht aus der Verbannung in Sibirien über Japan, USA nach London und wird dort Mitbegründer der 1.Internationalen Arbeiter Association. Er wurde wegen inhaltlicher Differenzen von Marx/Engels 1872 ausgeschlossen und organisierte hauptsächlich in den romanischen Ländern und der Schweiz militante, illegale Klassenkampforganisationen, basierend auf dem Prinzip der inneren Demokratie und des Föderalismus.

den sozialistischen Revolutionär gekennzeichnet habe. Leninzitate werden als Denksurrogate gehandelt. Wer will schon dem »großen Meister« widersprechen.

So hält sich durch Jahrzehnte das kolossale Mißverständnis, daß sich der leninsche Begriff vom »individuellen Terror« auf Strafaktionen gegen einzelne Funktionäre des Unterdrückungsapparates beziehe, daß das Adjektiv »individuell« auf das Objekt eines Angriffs, das Individuum, welches sich als Polizeipräsident oder Staatsanwalt für die Konterrevolution verdient macht, ziele. Oft zitiert wird in diesem Zusammenhang die marxistische Theorie von der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, um nachzuweisen, daß die Unterdrückung ja nicht von dem Polizeipräsidenten X und dem Landgerichtsdirektor Y herrühre, sondern allein vom ausbeuterischen System des Kapitalismus, dieses aber werde nicht mit XY beseitigt, weil an deren Stelle andere Individuen treten werden. Wird diese Diskussion mit revolutionären Sozialisten geführt, werden sie sich beeilen, die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des revolutionären Terrors allgemein anzuerkennen. Die Logik ihrer Argumente läuft aber darauf hinaus, daß man gefälligst nicht Einzelne, Individuen, sondern Massen zu terrorisieren habe.

Lenin wäre entsetzt. Die ganze Diskussion geht tatsächlich von einem sprachlichen Mißverständnis aus, welches manchem freilich sehr willkommen scheint. Statt vor den Reflexen unseres Über-Ichs zurückzuweichen, sollte man über das Problem des Terrors als revolutionärem Moment sachlich nachdenken und dann prüfen, ob die Ansichten Lenins dem Resultat entgegenstehen. Wenn Lenin mit überzeugenden Argumenten den »individuellen Terror« kritisierte, so bezog sich das Adjektiv »individuell« nicht auf das Objekt des Angriffs, sondern auf sein Subjekt. Die Kritik zielte auf den von den Massen und den revolutionären Organisationen des Proletariats isolierten und dadurch vereinzelten Kämpfer, der jedenfalls objektiv lediglich seinem individuellen Haß gegen das volksfeindliche Regime Ausdruck gab, aber nicht den revolutionären Kampf der proletarischen Massen führte.

Lenin mußte die Schlacht damals gegen jene Strömung in Rußland führen und gewinnen, die glaubte, die revolutionäre Mobilisierung der Volksmassen, deren Organisierung in einer revolutionären Partei vermeiden und die Selbstherrschaft des Zaren durch die Verschwörung kleinbürgerlich-radikaler Individuen beseitigen zu können. Im russischen Bürgertum war diese Tendenz gegen Ende des 19. Jahrhunderts unvermeidlich. Von Karl Marx noch als Vorbote der aufziehenden Revolution begrüßt, stellte sie in dem Augenblick eine Gefahr für die revolutionäre Entwicklung in Rußland dar, als mit der Entstehung der großen Industrie in Rußland die Voraussetzungen für eine selbständige Organisation des wachsenden Industrieproletariats und für eine autonome revolutionäre Strategie der Arbeiterpartei in der bürgerlich-demokratischen Revolution heranreiften, die aktiven Elemente der Arbei-

terschaft jedoch von den kleinbürgerlich-radikalen Verschwörerzirkeln absorbiert wurden, die damit den Fortgang des revolutionären Prozesses behinderten.

Die materielle Grundlage des kleinbürgerlichen Terrorismus war in der widersprüchlichen Klassenlage des russischen Bürgertums gegeben, das zwischen der Revolution gegen die Selbstherrschaft und konterrevolutionärer Unterdrückung des Proletariats, dem natürlichen Bundesgenossen gegen den Zarismus, hin und her schwankte.

»Dieses widerspruchsvolle Verhältnis findet seinen Ausdruck in der Tatsache, daß in dieser formell bürgerlichen Revolution der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft zum Absolutismus von dem Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Gesellschaft beherrscht wird, daß sich der Kampf des Proletariats mit gleicher Kraft gleichzeitig gegen den Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet ...«[13]

Die Bourgeoisie mußte einerseits die Mobilisierung und Organisierung des Proletariats fürchten, andererseits war sie auf die Arbeitermassen als Kanonenfutter im Sturm gegen den Zarismus angewiesen. Die Ideologen des kleinbürgerlichen Terrorismus glaubten, durch »exeitierenden Terror« die Massen begeistern und auf die Barrikaden treiben zu können, wobei sie sich vorbehielten, die Barrikadenkämpfer nach geschlagener Schlacht nach Hause zu schicken und die Früchte der Revolution allein zu verzehren. Diese Zusammenhänge waren den revolutionären Volkstümlern durchaus nicht bewußt; denn dazu hätte es einer klaren marxistischen Analyse bedurft, die ihrer Ideologie den Boden entzogen hätte.

Nur in diesem Zusammenhang ist die Absage Lenins an den »alten Terrorismus« – wie er sich später ausdrückte – zu verstehen und auch berechtigt. Zielscheiben seiner Kritik war die kleinbürgerliche Ideologie und Kampfweise insgesamt, für die die spektakulären Terrorakte kennzeichnend geworden waren. Fehlte damals noch die selbständige proletarische revolutionäre Organisation, so konnte von einem organisierten, einer eigenen Klassenstrategie folgenden »roten Terror« keine Rede sein.

Mit dieser Kampfesweise hatte sich Lenin damals nicht auseinanderzusetzen. Das mag der Grund dafür sein, daß er selbst durch manche Formulierung den späteren Mißdeutungen Vorschub leistete. Die Haltung Lenins zum revolutionären Terrorismus kann sicherlich nicht aus Arbeiten entnommen werden, in denen er sich mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt. Man muß da schon diejenigen Aufsätze nachlesen, die dieses Thema behandeln.

In den Notizen Lenins zu einem Programmentwurf für den II. Parteitag der SDAPR (1905)[56] findet sich die Vorbemerkung: »Der Terror muß mit der Massenbewegung faktisch verschmelzen.«[14]

56 Der II. Parteitag der Sozialistischen Demokratischen Arbeiterpartei Rußlands fand 1903 in Brüssel statt und gilt als Gründungsparteitag, auf dem alle Fraktionen des russischen Marxismus zusammenkamen. Der erste Kongreß fand 1898 in Minsk statt und war ein Treffen von acht Personen, die kurz danach alle verhaftet waren. Erst 1903 war die Verbindung zwischen den verschiedenen Gruppen über die ISKRA so gut, daß der Kongreß in Brüssel stattfinden konnte.

Anfang 1905 schlugen die Sozialrevolutionäre, die revolutionären Erben der Volkstümlerrichtung, den Bolschewiki ein Kampfbündnis vor, mit dem sie ihre Kampfweise – den Terrorismus – in die proletarische Bewegung einbringen wollten. In diesem Angebot heißt es: »Möge diese beginnende Verschmelzung des revolutionären Terrorismus und der Massenbewegung wachsen und erstarken, möge die Masse möglichst bald mit terroristischen Kampfmitteln gewappnet auf den Plan treten!«[15]

In seiner Stellungnahme zu diesem Schreiben gibt Lenin seiner Erwartung Ausdruck, »daß die Versuche, eine solche Kampfgemeinschaft herbeizuführen, möglichst bald Wirklichkeit werden«.[16] An anderer Stelle ist er entschieden der Verfälschung seiner Polemik gegen die Volkstümler entgegengetreten, so u.a. in einem Artikel über den Partisanenkrieg vom 30.9.1906. Es ist wichtig zu wissen, an welche Erscheinungsformen des Kampfes Lenin dachte, wenn er vom Partisanenkrieg spricht: »Die Erscheinung, die uns hier interessiert, ist der bewaffnete Kampf. Er wird von einzelnen Personen und kleinen Gruppen geführt. Teils gehören sie revolutionären Organisationen an, teils, (in manchen Gegenden Rußlands zum größten Teil) gehören sie keiner revolutionären Organisation an. Der bewaffnete Kampf verfolgt zwei verschiedene Ziele, die man streng auseinanderhalten muß: dieser Kampf hat erstens die Tötung von einzelnen Personen (!), Vorgesetzten und Subalternen im Polizei- und Heeresdienst, zweitens die Beschlagnahme von Geldmitteln sowohl bei der Regierung als auch bei Privatpersonen zum Ziel. Die beschlagnahmten Mittel fließen teils der Partei zu, teils werden sie speziell zur Bewaffnung und Vorbereitung des Aufstandes, teils für den Unterhalt der Personen verwandt, die den von uns geschilderten Kampf führen ...«[17]

Lenin hat sich besonders für das zuerst genannte Ziel des bewaffneten Kampfes, also für die Liquidation von einzelnen Funktionären des Unterdrückungsapparates ausgesprochen. Mehrfach bezog er sich auf die vom Vereinigungsparteitag (1906) verabschiedete Resolution zur Frage des Partisanenkrieges, die Expropriationen von Privateigentum für unzulässig, Expropriationen von Staatseigentum zwar nicht empfiehlt, in bestimmten Fällen jedoch für zulässig erklärt, »terroristische Partisanenaktionen gegen Vertreter des Gewaltregimes und aktive Schwarzhunderter« aber ausdrücklich empfiehlt.

Lenin schrieb zu dieser Resolution: »Wir halten die Resolution für grundsätzlich richtig und verweisen darauf, daß sie mit den Gedanken übereinstimmt, die wir im Artikel ›Der Partisanenkrieg‹ entwickelt haben ...«[18]

Und noch klarer: »Die Partisanenresolution anerkennt ... den ›Terror‹, anerkennt Partisanenaktionen zwecks Tötung des Gegners ... Neben der Arbeit in den Massen wird der aktive Kampf gegen die Gewalttäter, d.h. zweifellos ihre Tötung vermittels ›Partisanenaktionen‹ anerkannt ... Wir raten all den zahlreichen Kampfgruppen unserer Partei, mit ihrer Untätigkeit Schluß zu machen und eine Reihe von Partisanenaktionen zu unternehmen ... bei möglichst geringer ›Verletzung der persönlichen Sicherheit‹ friedlicher Bürger und bei größtmöglicher Ver-

letzung der persönlichen Sicherheit von Spionen, aktiven Schwarzhundertern, höheren Offizieren der Polizei, des Heeres, der Flotte und so weiter und dergleichen mehr. Waffen aber und Munition im Besitz der Regierung sind zu konfiszieren, wo immer sich eine Möglichkeit bietet. Zum Beispiel: Polizisten haben Waffen, die der Regierung gehören! Es bietet sich eine Möglichkeit ...«[19]

Als ob Lenin schon damals die Ergüsse gewisser sich »Marxisten-Leninisten« nennender Gruppierungen vorgelegen hätten, resümiert er: »Die Bewertung, die man dem hier betrachteten Kampf gewöhnlich zuteil werden läßt, läuft auf folgendes hinaus: das sei Anarchismus, Blanquismus, der alte Terror, es handele sich um Aktionen von Einzelpersonen, die von den Massen losgelöst sind, solche Aktionen demoralisierten die Arbeiter, stießen weite Kreise der Bevölkerung von ihnen ab, desorganisierten die Bewegung, schadeten der Revolution ...«

Unmißverständlich qualifiziert er diese Bewertung als »unrichtig, unhistorisch und unwissenschaftlich«, weist darauf hin, daß das Fehlen eines Widerstandes mehr demoralisiert als ein organisierter Partisanenkampf, der gerade in den mehr oder minder großen Pausen zwischen den »großen Schlachten« eine unvermeidliche Kampfform sei.

»Desorganisiert wird die Bewegung nicht durch Partisanenaktionen, sondern durch die Schwäche der Partei, die es nicht versteht, diese Aktionen in die Hand zu nehmen ... Unsere Klagen über die Schwäche unserer Partei hinsichtlich des Aufstandes ... Jede moralische Verurteilung des Bürgerkrieges ist vom Standpunkt des Marxismus völlig unzulässig. In der Epoche des Bürgerkriegs ist das Ideal der Partei des Proletariats eine kriegsführende Partei ... Im Namen der Grundsätze des Marxismus verlangen wir unbedingt, daß man sich nicht mit abgenutzten und schablonenhaften Phrasen von Anarchismus, Blanquismus und Terrorismus um eine Analyse der Bedingungen des Bürgerkriegs drückt, daß man sinnlose Methoden der Partisanenaktionen, wie sie von dieser oder jener Organisation ... in diesem oder jenem Augenblick angewandt worden sind, nicht zum Abschreckungsmittel gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten am Partisanenkrieg überhaupt macht ...«[20]

Dieser Partisanenkrieg ist nach Lenin der »organisierte, planmäßige, von einer Idee getragene, politisch erzieherische bewaffnete Kampf«.[21]

Obwohl moralisierende Betrachtungen in einer marxistischen Polemik keinen Platz haben sollten, muß man doch wegen des allgemeineren Gesichtspunktes auch die folgende Äußerung Lenins zitieren:

»Wenn ich aber bei einem sozialdemokratischen Theoretiker oder Publizisten nicht Betrübnis über diese mangelnde Vorbereitung (für den Partisanenkrieg), sondern stolze Selbstzufriedenheit und selbstgefällig-begeisterte Wiederholung in früher Jugend auswendig gelernter Phrasen über Anarchismus, Blanquismus und Terrorismus sehe, dann kränkt mich diese Erniedrigung der allerrevolutionärsten Doktrin der Welt ...«[22]

In dem Aufsatz: »Die Lehren des Moskauer Aufstandes« wendet Lenin auf die beschriebenen Partisanenaktionen den Begriff »Massenterror« an und führt aus: »Der Partisanenkrieg, der Massenterror, der jetzt nach dem Dezember (also nach der militärischen Niederlage des Aufstandes von 1905) überall in Rußland fast pausenlos ausgeübt wird, wird zweifellos helfen, die Massen zu lehren, im Augenblick des Aufstandes die richtige Taktik anzuwenden. Die Sozialdemokratie muß diesen Massenterror billigen und zum Bestandteil ihrer Taktik machen ...«[23]

Anders kann ein Marxist auch nicht zur Frage des revolutionären Terrors Stellung nehmen. Dieser richtet sich selbstverständlich nicht gegen das Volk, gegen die Massen, auch nicht gegen solche Schichten, die nach ihren Lebensbedingungen und ihrer Klassenlage dem Proletariat zwar nahe stehen, sich aber nicht zur Teilnahme an der revolutionären Bewegung entschließen können. Der revolutionäre Terror richtet sich ausschließlich gegen Exponenten des Ausbeutungssystems und gegen Funktionäre des Unterdrückungsapparates, gegen die zivilen und militärischen Führer und Hauptleute der Konterrevolution. Die Einsicht, daß die Unterdrückung nicht den Launen der jeweiligen Charaktermasken des kapitalistischen Systems, sondern den ökonomischen Zwangsgesetzen dieser Formation selbst entspringt, ist richtig, aber nur die halbe Wahrheit.

Dieses System verleibt sich die Menschen ein, macht diese zu seinen Organen, wie diese sich auch persönlich mit ihrer Funktion im Unterdrückungsapparat identifizieren und so zu Feinden werden. Das System wirkt und handelt durch diese Feinde des Proletariats. Will man es zerstören, muß man seine Organe ausschalten. Einen anderen Weg gibt es nicht. Die Herrschenden bedienen sich der Angst, die sie durch Terror erzeugen, um sich das Proletariat gefügig zu halten. Was spricht dagegen, daß sich die Unterdrückten ebenfalls der Angst bedienen, die sie durch Terror ihren Feinden einjagen, um sich endlich zu befreien?

7. Die Kraft der Volksmassen konkret entdecken und so die Resignation in den Massen überwinden!

Im Unterschied zum Putschismus »ist der Terrorismus kein Schnellverfahren für Revolutionäre, das ihnen die Möglichkeit böte, sich die Anstrengungen der politischen Arbeit zu ersparen: vielmehr schafft der Terrorismus allererst Bedürfnis und Bedingungen dieser Arbeit und ist damit deren Ausgangspunkt. Die Aufständischen müssen die Funktion einer politischen Avantgarde-Organisation übernehmen, wenn sie nicht isoliert und weggefegt werden wollen; die Guerilla muß eine Schule der politischen Praxis werden, revolutionäre Kader aufstellen, an Ort und Stelle ein Übergangsprogramm erarbeiten, das dem Bewußtseinsstand der Massen entspricht und permanent in dem Maße, wie der Grad der Bewußtheit im Kampf und durch ihn wächst, überarbeitet wird.«[24]

Die wirksame Absicherung der Interessen und Aktionen der Massen durch bewaffnete Gruppen hat entscheidende Bedeutung für die Bildung und Festigung neuartiger politischer Organisationsformen der Massen. Es gilt der Satz Maos allgemein: »Jeder Kommunist muß die Wahrheit begreifen: Die politische Macht

kommt aus den Gewehrläufen. Unser Prinzip lautet: Die Partei kommandiert die Gewehre, und niemals darf zugelassen werden, daß die Gewehre die Partei kommandieren. Hat man aber Gewehre, dann kann man wirklich Parteiorganisationen schaffen ... dann kann man auch noch Kader hervorbringen, Schulen errichten, eine Kultur schaffen, Massenbewegungen ins Leben rufen.«

Die so entstehende Organisation des revolutionären Proletariats wird in der Lage sein, gestützt auf die Gewehre, die Unterdrückungsstreitkräfte des Klassenfeindes zu zersetzen und schließlich restlos zu schlagen. In den vergangenen Jahrzehnten hat der Feind wiederholt mit seinen Gewehren den Kampfgeist des Proletariats gebrochen, die revolutionären Kader dezimiert und demoralisiert. Die Revolutionäre hatten den Mut zu kämpfen verloren, weil sie den Gewehren des Feindes wehrlos ausgesetzt waren. In der letzten Auseinandersetzung zwischen den Klassen zählen nur Gewehre.

Die Söldner des Kapitals werden die Arbeiter nur respektieren und fürchten, wenn diese Gewehre in ihren Händen halten. Die Macht des Feindes ist begrenzt. Sie hängt ab von den Menschen, die die Hebel seines Unterdrückungsapparates betätigen. Die perfektionierten und technisch komplizierten Tötungsmaschinen des Kapitals sind harmlos, wenn die Menschen fehlen, die sie bedienen müssen.

Wenn sich in der Vergangenheit das Proletariat in Deutschland mit Waffen gegen das Kapital erhob, dann hat es zwar heldenhaft, aber nach falschen taktischen Prinzipien und ohne strategische Perspektive gekämpft. Mut und Stolz schienen den revolutionären Kämpfern zu gebieten, sich dem formierten Feind offen entgegenzustellen und bis zur letzten Patrone standzuhalten. Das Ergebnis kann nicht überraschen. Die proletarische Revolution ist kein feudales Turnier.

Noch nie hat sich die Bourgeoisie in ihrer langen Geschichte gegenüber dem Proletariat ritterlich verhalten. Was könnte Revolutionäre veranlassen, im Kampf gegen einen skrupellosen, feigen und verschlagenen Feind nach einem Ehrenkodex zu verfahren, den die Herrschenden zu ihrem eigenen Vorteil ersonnen, an den sie sich selbst aber nie gehalten haben? Engels hat sich 1857 in einem Artikel über den englisch-chinesischen Krieg mit dem heuchlerischen Gezeter der Liberalen über die Methoden des Partisanenkampfes auseinandergesetzt. Er hob hervor, daß das chinesische Volk mit dem Partisanenkrieg eine Methode gefunden habe, die, wenn sie fortgesetzt würde, einen englischen Sieg unmöglich machen könnte. Er schrieb: » ... jetzt beteiligt sich die Masse des Volkes aktiv, ja sogar fanatisch am Kampf gegen die Ausländer. Sie vergiften massenhaft und mit kaltblütiger Berechnung das Brot der europäischen Kolonie Hongkong ... Mit verborgenen Waffen gehen Chinesen an Bord von Handelsschiffen, und auf der Fahrt bringen sie die Mannschaft und die europäischen Passagiere um und bemächtigen sich der Schiffe. Sie entführen und töten jeden Ausländer, dessen sie habhaft werden können ... Was soll eine Armee gegen ein Volk unternehmen, das zu solchen Mitteln der Kriegsführung greift? ...

Zivilisationskrämer, die Brandbomben auf eine schutzlose Stadt werfen und

dem Mord noch die Vergewaltigung hinzufügen, mögen die Methode feige, barbarisch und grausam nennen; aber was kümmert das die Chinesen, wenn sie ihnen nur Erfolg bringt ... Wenn ihre Entführungen, Überfälle und nächtlichen Gemetzel nach unserer Auffassung als feige zu bezeichnen sind, dann sollten die Zivilisationskrämer nicht vergessen, daß, wie sie selbst bewiesen haben, sich die Chinesen mit den gewöhnlichen Mitteln ihrer Kriegsführung gegen europäische Zerstörungsmittel nicht behaupten können ... anstatt über die schrecklichen Grausamkeiten zu moralisieren, wie es die Presse tut, täten wir besser daran, anzuerkennen, daß es sich hier um ... einen Volkskrieg handelt ... Und in einem Volkskrieg können die Mittel, die von der aufständischen Nation angewandt werden, weder nach den allgemein anerkannten Regeln der regulären Kriegführung gewertet werden noch nach irgendeinem anderen abstrakten Maßstab ...«[25]

In der Revolution gibt es ein oberstes Prinzip: die Kräfte des Volkes entwickeln und erhalten, die Kräfte des Feindes vernichten. Damit sind der Roten Armee Strategie und Taktik vorgeschrieben. Wenn der Feind formiert und massiert auftritt, wird er die Guerilla nicht finden und deshalb auch nicht bekämpfen können. Wenn sich die Söldner des Feindes aber zerstreuen, wenn sie arglos und vereinzelt sind, in ihre Quartiere und Wohnungen zurückkehren, werden die Partisanen sie dort erwarten und zur Verantwortung ziehen. Die Angriffe der Guerilla sollten sich nach Möglichkeit nicht gegen die einfachen Soldaten des Feindes, wohl aber gegen seine Offiziere und leitenden Beamten richten. Für sie darf es nirgends mehr ein befriedetes Gebiet, eine »Etappe«, eine friedliche Heimat, ein sicheres Privatleben geben. Der Offizier oder Beamte wird nicht wissen, welcher seiner Nachbarn mit der Guerilla in Verbindung steht, wann und unter welchen Umständen der Schlag gegen ihn geführt wird.

In dem Maße, wie die bewaffneten Gruppen des Volkes »in den Massen schwimmen wie ein Fisch im Wasser«, werden die Feinde des Volkes in diesen Massen ertrinken. In diesem Prozeß wird das Volk seine Kraft entdecken und bewußter einsetzen, es wird seine Fesseln, den Gehorsam gegenüber den Gesetzen der Ausbeutergesellschaft, abstreifen. Wo soll der Staat die zehntausende Helden hernehmen, die bereit sind, sich unter diesen Bedingungen, unter diesem Druck, dieser Angst und Ungewißheit für die Interessen des Kapitals gegen einen unsichtbaren und fürchterlichen Feind zu schlagen?

Es genügt nicht, nur immer von der Kraft der Volksmassen zu reden. Es kommt darauf an, sie endlich konkret zu entdecken; die Bedingungen zu schaffen, daß die Massen nicht mehr wehrlos den Unterdrückungsfeldzügen des Kapitals ausgesetzt sind, sondern befähigt werden, ihre reale Macht konkret zu entfalten und dem Feind erfolgreich entgegenzusetzen. Hat die Auflösung der feindlichen Kräfte einen genügenden Grad erreicht, dann wird es aussichtsreich, durch koordinierte Aktionen der Massen in den Produktionsbetrieben und der bewaffneten Abteilungen des Proletariats den letzten Widerstand des Feindes zu brechen und die Macht des Volkes in allen Bereichen zu festigen.

Nach dieser Skizze ist die Frage wiederaufzunehmen, wie die Entwicklung der Roten Armee von isolierten Partisanengruppen zu einem umfassenden und koordinierten System von bewaffneten Kadern zu organisieren ist.

Es ist kein Zufall, sondern Ausdruck des Wirkens antagonistischer Widersprüche im kapitalistischen System, wenn heute mehr und mehr junge Menschen bereit und entschlossen sind, ihr persönliches Schicksal konsequent mit dem Schicksal der proletarischen Revolution zu verbinden, die auch bereit sind, die persönlichen Risiken des bewaffneten Kampfes auf sich zu nehmen. Sind es in Westdeutschland erst Hunderte oder schon Tausende? Diese Frage kann nur die Praxis entscheiden. Jedenfalls haben sie – noch spontan, unsystematisch, ohne Koordination und ohne organisatorische Grundlage – begonnen, die ersten praktischen Schritte zu gehen. Haben sie erst einmal die Angst vor dem Staatsapparat überwunden, wird sie auch das Gezeter der Revolutionsliteraten und der Maulhelden nicht davon abhalten, diesen Weg weiterzugehen.

Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten. Einige Dutzend Kämpfer, die wirklich beginnen und nicht nur endlos diskutieren, können die politische Szene grundlegend verändern, eine Lawine auslösen. In der ersten Phase stellt sich die Aufgabe, durch geeignete Aktionen zu demonstrieren, daß sich bewaffnete Gruppen bilden und gegen den Staatsapparat behaupten können; daß bewaffnete Überraschungsangriffe ein Mittel sein können, legitime Interessen gegen ein repressives System erfolgreich durchzusetzen. Kurz: Das Mittel des bewaffneten Kampfes ist praktisch zu entdecken.

Falsch wäre es, dieses Mittel erst einzusetzen, wenn die »Zustimmung der Massen« sicher ist; denn das hieße, auf diesen Kampf gänzlich verzichten, weil diese »Zustimmung der Massen« allein durch den Kampf erreicht werden kann. Es handelt sich um einen recht komplizierten Bewußtseinsbildungsprozeß, für dessen Untersuchung ein undifferenzierter, abstrakter Begriff der »Masse« völlig untauglich ist. »Masse« im Zusammenhang von Klassenauseinandersetzung in der spätkapitalistischen Gesellschaft bezeichnet eine reale Abstraktion, eine vermittelte Gesamtheit untereinander mannigfach verbundener und kommunizierender Schichten arbeitender Menschen, die insgesamt durch ihre jeweilige Klassenlage ein Interesse gemeinsam haben – das Interesse an der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaft, die wegen dieser Interessengemeinschaft insgesamt das antikapitalistische Lager bilden.

Die zu dieser Gesamtheit gehörenden verschiedenen Schichten unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht voneinander, sind in unterschiedlicher Weise den Zwangsgesetzen des kapitalistischen Prozesses ausgesetzt und daher auch ungleichzeitig in einem Bewußtseinsprozeß, in dessen Verlauf sie zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Bedingungen die Widersprüche ihrer Klassenlage und die daraus folgenden Interessen begreifen. Die konkrete Untersuchung des Bewußtseinsprozesses als Teil der Klassenanalyse setzt daher eine Differenzierung des Begriffs »Masse« nach spezifischen Schichten voraus.

Wenn beispielsweise die Guerilla gegen einen sadistischen Erzieher in einem staatlichen »Fürsorgeheim« einschreitet, werden viele proletarische Eltern empört sein und diese Intervention verurteilen, weil sie selbst an die Notwendigkeit staatlicher Erziehungsheime und an eine rigide Erziehung glauben; weil sie selbst oft mit dem Gedanken spielen, ihre eigenen Erziehungsprobleme, die zunehmen, den staatlichen Instanzen zu überantworten und schließlich, weil sie erzogen sind, jegliche Auflehnung gegen gesellschaftliche Gewalten unschicklich und unerlaubt zu finden. Die proletarischen Jugendlichen in den Heimen dagegen, die die Repression unmittelbar erfahren, aber auch viele Jugendliche, die täglich mit der Androhung der Heimerziehung als Zuchtmittel terrorisiert werden, sie werden die Aktion verstehen. Wird diese zudem in Formen und mit Mitteln durchgeführt, deren sich die Jugendlichen selbst ohne großen Aufwand bedienen können, werden sie nach einigen »Lehrstücken« dazu übergehen, ihre Peiniger selbst zu disziplinieren. Mehr noch: Die Jugendlichen können ihren Widerstand verstärken in dem Bewußtsein, daß die Guerilla eingreifen wird, wenn die Behörden die Repression steigern sollten.

Ein anderes Beispiel: Wenn die Guerilla durch bewaffnete Aktionen einige Zwangsräumungen exemplarisch verhindert und künftig derartige Vollstreckungen nur noch unter dem Schutze von Panzern und Maschinengewehren möglich sein werden, dann werden heute vielleicht noch viele Proletarier in den Chor der veröffentlichten Meinung der Herrschenden einstimmen und die Aktion als »Anarchie« brandmarken. Die Hunderttausende aber, die den Weg in staatliche Obdachlosenasyle schon gegangen sind oder die mit diesem Schicksal vor Augen auf das Notwendigste verzichten, nur um die Wuchermieten noch bezahlen zu können, werden diesen Schritt verstehen und in der Handlungsweise der Guerilla ihr eigenes Interesse wiederfinden.

Wenn ein Partisanenkommando einen Konzernchef gefangennimmt, weil er Arbeiter auf die Straße gesetzt hat, und damit die Rücknahme der Kündigung erreicht, werden auch das noch einige Arbeiter »kriminell« finden. Wer vor dieser Reaktion zurückschreckt, vergißt, daß aus ihr nicht »das proletarische Klassenbewußtsein« spricht, daß der sklavische Gehorsamsreflex nicht Ausdruck eines »gesunden Klasseninstinktes«, sondern des bürgerlichen Oberbaus in den Köpfen der Arbeiter des bourgeoisen Über-Ichs, dieses Kettenhundes des Kapitals – ist. Dieser Reflex muß niedergekämpft werden; nie darf man sich ihm unterwerfen. Wird die als Beispiel erwähnte Aktion unter geeigneten Bedingungen zur richtigen Zeit durchgeführt, werden viele Arbeiter begreifen, daß es letztlich der einzige Weg ist, die berechtigten Interessen des Proletariats erfolgreich durchzusetzen.

Dieses Begreifen ist ein komplizierter und widersprüchlicher Prozeß. Obwohl in den Massen eine latente Bereitschaft zur Gewalttätigkeit vorhanden ist und ständig wächst (z.B. die Aggressivität gegen Nonkonformisten), stoßen gewaltsame Angriffe einer revolutionären Avantgarde gegen die Institutionen des Kapitals

weithin auf eine mehr oder weniger affektive Ablehnung in breiten Schichten des Proletariats, während das Gewaltmonopol des Staates selbst dann anerkannt wird, wenn sich die staatliche Gewalt offen gegen die Arbeiterschaft wendet. Dieser Widerspruch erklärt sich aus den schmerzlichen Erfahrungen des Proletariats während eines langwierigen Anpassungsprozesses an die Ausbeutergesellschaft.

Das wichtigste Ergebnis dieser Anpassung ist der Gehorsam gegenüber den Gesetzen und gesellschaftlichen Konventionen, die doch nur Gesetze und Konventionen im Interesse der Herrschenden, also der besitzenden Klassen sind. Die Erziehung in der bürgerlichen Gesellschaft kann aber die spontane Neigung, sich der Unterdrückung mit Gewalt zu erwehren, nicht völlig löschen, sondern nur in eine den Herrschenden ungefährliche Richtung ablenken und deformieren. Das Gewaltpotential der Unterdrückten ist nicht eliminiert, sondern durch den schließlich erreichten Gehorsam lediglich gebändigt, stets auf dem Sprung, in einer »Regression« verstärkt und in der richtigen Richtung wieder in Erscheinung zu treten. Die Allgemeinheit des Gehorsams ist eine wesentliche Bedingung seiner Aufrechterhaltung. Wird dieser Gehorsam zielstrebig, nachhaltig und demonstrativ versagt mit dem Anspruch, das Gesetz der Herrschenden zur Verwirklichung eines höheren Rechts der Unterdrückten zu brechen, verliert schließlich die Norm ihre allgemeine Verbindlichkeit. Die zunächst isoliert erscheinende Gehorsamsverweigerung verliert schnell den Makel des »moralischen Versagers«.

Solche Reaktion ist leicht bei der Entstehung einer besonderen, von der allgemeinen Moral abweichenden Gruppenmoral, aber auch ganz allgemein in Zeiten sozialer Unrast zu beobachten. Die Herrschenden fürchten sie.

Die Entwöhnung vom Gehorsam gegenüber der bürgerlichen Rechtsordnung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen. Sie ist keine Frage der theoretischen Einsicht. In der Protestbewegung von 1967/68 wurde von vielen der Klassencharakter der bürgerlichen Ordnung und die Notwendigkeit ihrer gewaltsamen Beseitigung sehr schnell begriffen. Damit waren aber längst noch nicht die sogenannten Hemmungen, die eingeschliffenen Gehorsamsreflexe überwunden. Dazu bedurfte es erst der wiederholten, bewußten und praktischen Normverletzung. Mag dieser Reflex in proletarischen Schichten auch nicht so ausgeprägt sein und nicht den ausgesprochen skrupulösen Charakter haben wie bei kleinbürgerlichen Intellektuellen, so ist er doch vorhanden. Der Arbeiter kann ihn noch weniger als der Intellektuelle durch theoretische Reflexion überwinden. Nur seine Praxis im Sinne unmittelbarer Erfahrung kann diese verhängnisvolle Bewußtseinsstruktur aufbrechen.

Nun gibt es nicht wenige Genossen, die Klassikerzitate bereithalten, um zu beweisen, daß revolutionäre Gewalt erst dann angewandt werden dürfe, wenn deren Notwendigkeit in das Bewußtsein der »Arbeiter« eingegangen sei. Eine besondere Rolle spielt gegenwärtig der Satz von Mao Tse Tung: »Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist und wir dennoch einen Angriff unternehmen, so ist das Abenteurertum.«[26]

Der daraus hier und heute abgeleitete Einwand gegen bestimmte Aktionsformen ist auf zwei Ebenen zu widerlegen: Er operiert wiederum mit der metaphysischen Abstraktion »Masse« und ignoriert, daß die Studenten aufgrund der sich vollziehenden Änderung der Klassenstruktur in der spätkapitalistischen Gesellschaft einen wichtigen avantgardistischen Teil dieser Masse, des antikapitalistischen Lagers, bilden, der in der Lage ist, unter bestimmten Bedingungen gerade durch sein gewaltsames Handeln fortschreitend andere Schichten des Proletariats in die revolutionäre Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt mitzureißen.

Die Beteiligung von einigen tausend junger Arbeiter am Kampf gegen die Polizei während der Osterunruhen 1968 mag ein bescheidenes Beispiel dafür sein. Nach den revolutionären Kämpfen der jungen Arbeiter in Frankreich wenige Wochen später, insbesondere nach der Schlacht von Flins[57] ist die Richtung dieser Einschätzung historisch bewiesen.[27]

Die kritischen Studenten haben massenhaft die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt bereits begriffen. Der revolutionäre Prozeß kann nur dann voranschreiten, wenn sie diese Einsicht auch tatsächlich praktizieren!

Weiterhin wird in diesem Einwand nicht bestimmt, welcher Begriff vom Massenbewußtsein dem angeführten Zitat zugrunde liegt. Ist der von Mao Tse Tung verwendete Begriff »Bewußtsein der Massen« identisch mit dem gleichnamigen Begriff, der in unseren Auseinandersetzungen die entscheidende Rolle spielt?

Mao geht aus von dem Bewußtsein der ländlichen Massen und des städtischen Proletariats im China des Bürgerkriegs, also von einem Bewußtsein unterdrückter Klassen, die sich auch in ihrem Bewußtsein selbst noch von den sozialen Institutionen abheben, die Unterdrückung bedingen; die in diesen Sinne ihre Umwelt noch in zwei Dimensionen erleben; denen das Bewußtsein und damit der Begriff der Unterdrückung noch nicht abhanden gekommen ist; die sich noch nicht so entfremdet sind, daß sie sich als Teil der repressiven Institutionen begreifen und sich mit ihnen identifizieren.

Wenn Mao in anderem Zusammenhang das Bewußtsein der Massen in China als »ein weißes Blatt Papier« bezeichnet, auf dem man die schönsten Bilder malen könne, geht er auch hier von einem »jungfräulichen« Bewußtsein aus. Auf diesem »weißen Blatt Papier« hat Mao in der Tat die schönsten Bilder gemalt. Die chinesischen Massen waren offen für die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, dessen konkrete Anwendung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in China den Massen zu einem ununterbrochenen »Aha-Erlebnis« verhalf, also zündete, die Massen ergriff und so zur materiellen Gewalt wurde.

In den Metropolen dagegen haben die jahrzehntelange konterrevolutionäre

57 Im Juni ’68 besetzten Arbeiter für drei Wochen die Renault-Werke im französischen Flins. Nachdem sie durch Zerstörung der Wahlurnen eine Abstimmung mit den Besitzern verhinderten, stürmte die Polizei die Fabrik. Die Arbeiter forderten daraufhin die Studenten auf, sie zu unterstützen. In den folgenden zehn Tagen kam es zu massiven Straßenschlachten und gezielten Angriffen, u.a. Brandanschläge auf die Polizeipräfekturen.

Propaganda, Erziehung, Wissenschaft und Kunst sich jeden einzelnen Satz der marxistischen Lehre vorgenommen, haben ihn vulgarisiert, verballhornt, verlogen verzerrt und oft in sein Gegenteil verkehrt, haben sie jeden zentralen Begriff der revolutionären Theorie mit negativen Affekten besetzt und damit für die revolutionäre Propaganda und Agitation in den Massen unbrauchbar gemacht, haben sie auf dem Hintergrund einer verfälschten Lehre deren »Versagen« in der gesellschaftlichen Wirklichkeit »bewiesen«, schließlich haben die zahlreichen Niederlagen der Arbeiterbewegung in den westlichen Industrieländern das Vertrauen der Massen in die marxistische Theorie zerstört, weil sich die erfolglosen Arbeiterparteien auf diese Lehre berufen hatten.

Durch diesen Prozeß ist in den Massen ein Bewußtsein erreicht worden, das mit einem »weißen Blatt Papier«, dem Bewußtsein der chinesischen Massen, nicht mehr das Geringste zu tun hat, von diesem qualitativ verschieden ist: ein immunisiertes Bewußtsein. Wir müssen das Problem lösen, wie und mit welchen Mitteln dieses aufgebrochen werden kann. Doch wenn es ums Bewußtsein des Proletariats geht, kramen so manche Genossen alchimistische Rezepte hervor und beginnen, danach zu dozieren. Gewiß ist es wichtig, daß die Arbeiter die sozio-ökonomischen Zusammenhänge der erlittenen Unterdrückung erkennen lernen.

Wer sich aber hinstellt und dem Proletarier heute anhand von »Lohnarbeit und Kapital« auseinandersetzt, daß er ausgebeutet und unterdrückt wird, ohne ihm gleichzeitig praktisch einen Weg zu zeigen, wie er aus der Scheiße rauskommt, der wird – es ist nur eine Frage der Zeit – von eben diesem Proletarier einen Tritt kriegen, und das mit Recht. Daß er sich schinden und obendrein die Schnauze halten muß, hat jeder Arbeiter irgendwann einmal gewußt und viel Mühe darauf verwendet, dieses Bewußtsein zu verdrängen. Wer will denn heute schon noch als »Arbeiter« angesprochen werden? Nachdem ihm dieser Verdrängungsakt gelungen, kommt so ein Kamel – womöglich auch noch ein Studierter – daher und frißt das glücklich gewachsene Gras wieder weg. Das kann nicht gut gehen.

Manche vertrauen auch naiv darauf, daß sich das Proletariat an den Widersprüchen des Kapitalismus wundstoßen und so revolutioniert werde. Sie vergessen, daß es seit der Entstehung des industriellen Kapitalismus ausgiebig Gelegenheit hatte, sich wundzustoßen, inzwischen ist ihm eine Hornhaut gewachsen. So schnell kommt es da nicht zu revolutionären Entzündungen.

Sicherlich wird in den vor uns liegenden Jahren die Unzufriedenheit breiter Schichten schnell zunehmen. Diese Unzufriedenheit für sich ist jedoch nur die Grundlage für eine Neuauflage des Reformismus, der sich freilich in ein revolutionäres Vokabular einkleiden wird. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer Veränderung der Verhältnisse ist nur ein Element des revolutionären Bewußtseins; um zu einer geschichtlichen Sprengkraft zu werden, muß die Einsicht in die Möglichkeit einer revolutionären Veränderung hinzukommen.

Die mechanistischen Vorstellungen über die proletarische Psyche sollten endlich in die Mottenkiste wandern. Der nur von wenigen marxistischen Theoretikern vorausgesehene und von keinem Praktiker für möglich gehaltene Ausbruch des französischen Proletariats im Mai 1968 hat – zum wievielten Male eigentlich? – die Dialektik des proletarischen Klassenbewußtseins, das ein antagonistisches ist, anschaulich gemacht. Als in Paris am 13. Mai 1968 eine Million Arbeiter und Studenten demonstrierten und danach 10 Millionen streikten, als mitten in Europa in einem typisch neokapitalistischen Land die proletarische Revolution an die Büropaläste der Herrschenden klopfte, da wußten die Arbeiter, daß sie Unterdrückte und Ausgebeutete sind. Das hatten ihnen die Studenten nicht erst beibringen müssen. Das wußten sie auch ohne die Schulungskurse der reformistisch verkommenen KPF aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen in der Tretmühle der kapitalistischen Arbeitsstrafanstalten. Was sie spontan in den Streik und auf die Barrikaden trieb, war ihre nächtliche Ohrenzeugenschaft der Barrikadenkämpfe vom 10. Mai im Quartier Latin. In jener Nacht wehrten sich die Studenten heldenhaft gegen die terroristischen Angriffe der Bürgerkriegsgarde des Regimes, der CRS[58], sie stellten damit das verhaßte Regime nicht nur in Worten, sondern auch mit mutigen Taten in Frage.

»Die Repression der Polizei mit ihrer ganzen primitiven Wildheit begann; die Studenten waren nicht einfach nur Opfer, sondern auch Kämpfende; sie verteidigten sich, und zum Mitleid gesellte sich die Bewunderung. In Frankreich herrscht weniger die Polizei selbst, als die Furcht vor ihr; die ansteckende Kraft des Mutes spaltet die Furcht, die die Gesellschaft zusammenhält.«[28]

Selbstverständlichkeit der Herrschaft, Unvermeidlichkeit der entfremdeten Arbeit, Unabänderlichkeit der gesellschaftlichen Verelendung – diese auf dem Kompost unterdrückter Zweifel und verdrängter Hoffnungen gedeihenden Giftkräuter – begannen im Sturm der Rebellion zu welken. Unter dem Bann der befreienden Tat öffneten sich die Massen plötzlich politischen Theorien und Losungen, die sie eben noch leidenschaftlich-aggressiv von sich fernhielten. Bedingung dieser Aufnahmebereitschaft war der revolutionäre Aufbruch einer Avantgarde, der durch seine Wucht Fragen stellte, die revolutionäre Antworten zuließen. Der dem französischen Proletariat durch die packende und erregende Berichterstattung von Radio Luxemburg vermittelte massenhafte, solidarische und mutige Widerstand der Studenten auf den Barrikaden im Quartier Latin war das auslösende Ereignis, das den Massen die Veränderbarkeit ihrer eigenen Unterdrückungssituation zum Bewußtsein brachte. Die Entschlossenheit, die eigene Lage zu ändern, richtete die Aufmerksamkeit und Empfänglichkeit der Massen auf jene Theorien und Handlungsanleitungen, aus denen sich Entwürfe für die ersehnten Wandlungen ableiteten.

58 Compagnie Républicaine de Sécurité, Republikanische Kompanie für Sicherheit: Sondereinheit der französischen Militärpolizei mit etwa 20 000 Mann. Sie wurde 1945 gegründet, um bei Brand-, Bergbau- und Verkehrskatastrophen einzugreifen. Im Mai 1968 wurde sie als Hilfstruppe gegen Demonstrationen eingesetzt, wobei sie sich durch besonderer Brutalität auszeichnete. Bis heute werden die CRS bei innenpolitischen Unruhen auf den Plan gerufen.

Wenn auch die Konterrevolution – nicht zuletzt durch den Verrat der KPF – die Gesellschaft wieder unter ihre Kontrolle brachte, war die Erhebung ein großer Sieg allein schon durch die Erfahrung der eigenen Stärke, der bewegenden Kraft der Solidarität und der demokratischen Organisation. Sie wird lange nachwirken.

Es zeigt sich aber eine Gegentendenz. Die vorläufig geschlagenen, deshalb enttäuschten Massen beginnen in paradoxer Weise sich gegenüber den revolutionären Theorien wieder zu verschließen; sie vollziehen die Wiederanpassung an den grauen, visionslosen Alltag ihrer proletarischen Existenz. Ohne ein klares Bewußtsein davon zu haben, fühlen die Massen, daß sich dieser Alltag mit der von konkreter Hoffnung ausgelösten gespannten Erregung auf die Dauer nicht ertragen läßt. So wie die langdauernde Unterdrückung das falsche Bewußtsein ihrer Unvermeidlichkeit und Unabänderlichkeit erzeugt, so wird diese Unterdrückung gerade durch dieses falsche Bewußtsein ihrer Schicksalshaftigkeit erträglicher. Die konkrete Hoffnung wird von ihren Bezügen auf die soziale Wirklichkeit entleert und an tagtraumhafte Erwartungen persönlicher Glücksfälle geheftet. Wenn dieser psychische Anpassungsprozeß die Massen von der revolutionären Theorie wegführt, wie kann man da vernünftigerweise annehmen, deren Propagierung werde die Resignation lösen?

8. Revolution und jugendliche Gesellschaft

Diese hier dargelegten Überlegungen beziehen sich auf jene proletarischen Schichten, deren psychische Anpassung und soziale Integration dem System bereits gelungen ist. Die Ausführlichkeit der Argumentation ist gerechtfertigt, weil diese Schichten heute noch als gesellschaftliches Gravitationszentrum wirken, das die kapitalistische Formation zusammenhält. Es ist daher wichtig, die selbst in diesen Schichten vorhandene potentielle revolutionäre Energie aufzuzeigen. Die Auseinandersetzung mit diesbezüglichen Fehlvorstellungen war auch deshalb geboten, weil die politische Praxis vieler Genossen mehr oder weniger von der stillschweigenden Erwartung ausgeht, es werde dem Kapitalismus auch künftig gelingen, die Integration der nachwachsenden Generation zu bewirken, so daß der angepaßte und integrierte Lohnabhängige auch für die Zukunft der Prototyp sein werde, an dem sich die revolutionäre Propaganda und Agitation zu orientieren habe.

Kurz: Ausgehend vom vorgefundenen Erwachsenenbild werden die Jugendlichen von der revolutionären Theorie nur als junge Erwachsene mit zeitlich begrenzten spezifischen Verhaltensmustern zur Kenntnis genommen. Übersehen wird dabei, daß sich heute im Gegensatz zu früher im Generationskonflikt ein Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise ausprägt, der den traditionellen Anpassungs- und Integrationsprozeß in Frage stellt. Damit erfüllt sich aber eine wesentliche Bedingung für die soziale Revolution: die fortschreitende Desintegration der Gesellschaft.

Dazu einige Einzelheiten: Die Autorität der älteren Generation hatte früher ihre rationale und zugleich materielle Grundlage in der Überlegenheit des Wissens und der Erfahrung der Älteren auf technologischem, soziotechnischem und wissenschaftlichem Gebiet. Durch die enorme Beschleunigung der sich in Permanenz auf diesen Gebieten vollziehenden Umwälzungen repräsentieren die Älteren heute überholtes Wissen, antiquierte Erfahrungen, unbrauchbare Verhaltensmuster (Dequalifikation durch »moralischen Verschleiß« von Wissen und Fertigkeiten). Der auf diesen Elementen begründete Autoritätsanspruch ist – auch im Sinne profitorientierter Zweckrationalität – weitgehend irrational, also unbegründet, stellt ein soziales Trägheitsmoment dar, das zu dem vom Konkurrenzprinzip bestimmten kapitalistischen Akkumulationsprozeß in Widerspruch geraten ist. Der Autoritätsanspruch der Älteren ist in dieser Lage nur noch eine Waffe zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen gegenüber den Jüngeren. Diese sind die Träger des für den kapitalistischen Verwertungsprozeß unentbehrlichen aktuellen Wissens und der modernen technologischen Qualifikation und Soziopraktiken, die aus diesem Grunde die Älteren immer schneller aus ihren Positionen im Produktionsprozeß verdrängen, dequalifizieren und schließlich deklassieren.

Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die ständig steigenden seelischen und nervlichen Belastungen im Produktionsprozeß selbst. Sie bedingen einen gesteigerten Verschleiß der geforderten Arbeitsfähigkeit, die mit zunehmendem Alter schließlich nur noch unvollständig regeneriert werden kann. Diese Entwicklung wirkt sich nachhaltig und langfristig auf die Beschäftigungsstruktur aus. Dem widerspricht nur scheinbar die Tatsache, daß in einer Reihe von wichtigen Industrieländern (USA und Frankreich) die Jugendlichen in der »stockenden relativen Übervölkerung«, im Arbeitslosenheer, überrepräsentiert sind. Dieser Umstand erklärt sich in erster Linie daraus, daß zum sozialen Besitzstand der »etablierten« Arbeiterklasse in den entwickelten Industrieländern der entweder durch Gesetz oder die Gewerkschaften garantierte relative Kündigungsschutz gehört, der sich im Falle von Unterbeschäftigung in erster Linie zu Lasten der jungen Arbeiter auswirkt (ältere Arbeiter dürfen nur ausnahmsweise gekündigt werden: junge werden daher nicht eingestellt, von den Gewerkschaften nicht vermittelt bzw. vor den Älteren gekündigt). Ein weiteres Moment ist die Unzulänglichkeit des Schulsystems, das ein Überangebot an ungelernten Arbeitern produziert.

Derartige sekundäre Regulatoren können jedoch die Entwicklung zu einer »jugendlichen Gesellschaft« nicht aufhalten, weil diese in den ökonomischen Zwangsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise beschlossen ist. Diese Tendenz beherrscht heute bereits die zweite wichtige Sphäre der kapitalistischen Reproduktion, die Konsumsphäre, in der die für das System lebensnotwendige Beschleunigung des Kapitalumschlages durch das jugendliche Element vermittelt wird – ein Umstand, der sich in den dominierenden Stereotypen der Konsumreklame ausdrückt: »jung, dynamisch, neu, aufgeschlossen usw.«, die werbepsychologisch synonym sind.

Das notwendige Resultat dieser Entwicklung ist eine Änderung des Bewußtseins der Jugendlichen selbst, in dem sich die veränderte Rolle der Jugend im so-

zio-ökonomischen Prozeß, also ihr verändertes Sein im Spätkapitalismus widerspiegelt. Die revolutionäre Bedeutung des veränderten Bewußtseins hat sich in den Kämpfen der vergangenen Jahre umrißhaft gezeigt. Die daraus zu ziehenden theoretischen Schlußfolgerungen sind noch unzulänglich. Eines läßt sich jedoch schon mit Sicherheit feststellen: Es hat sich in den vergangenen Jahren ein eigenes gesellschaftliches Selbstbewußtsein der Jugend entwickelt, das sich nicht mehr auf die »Welt der Erwachsenen«, auf deren Erwartungshaltungen und Normvorstellungen bezieht. Die Idole der Jugend, nach denen sie sich formt, bewohnen nicht mehr die Welt der Erwachsenen; ja, sie stehen meistens in erbitterter Opposition zu dieser. Träumten früher die Jugendlichen davon, möglichst früh »erwachsen« zu sein, ihren erwachsenen Vorbildern gleich zu werden, so jagt ihnen heute diese Identifikation Angst ein. Sie fürchten sich davor, »auch mal so zu sein oder zu werden wie ihre ›Alten‹«.

Durch die im Kapitalismus wirkenden Widersprüche sieht sich die Jugend in diesem eigenständigen Selbstbewußtsein ständig bestätigt. Es wird widerstandsfähig und bildet die Grundlage für Verhaltensmuster, die noch lange über die »biologische« Jugendzeit hinaus fortwirken. An diesem Selbstbewußtsein stumpfen die hauptsächlichen Anpassungsinstrumente der Gesellschaft, Elternhaus, Schule und Kirche, schnell ab. Die übrigen gesellschaftlichen Zwangsmechanismen, die normalerweise die in anderen Bereichen bereits erzielte Anpassung nur noch zu stabilisieren hatten, treffen heute in zunehmendem Maße auf unangepaßtes Verhalten. Durch das neue »Jugendbewußtsein« kommen eine ganze Reihe von jugendspezifischen »unangepaßten« Verhaltensweisen und Lebensinhaltsvorstellungen zur Geltung, die von den Jugendlichen bewußt vertreten und gegen Angriffe verteidigt werden. In der Jugend entsteht eine Ideologie der Anpassungsverweigerung, die – so konfus sie im einzelnen auch sein mag – heute schon breite Massen ergriffen hat.

In einer Klassengesellschaft hat diese Ideologie notwendig Klassencharakter. Da sie als Ausdruck eines existenziellen Interesses der Jugendlichen die Absage an die für den kapitalistischen Verwertungsprozeß erforderten Verhaltensweisen zum Gegenstand hat, ist sie tendenziell antikapitalistisch und revolutionär. Sie ist verbunden mit der für Jugendliche kennzeichnenden Bereitsschaft zu aggressiver Äußerung bis hin zur Gewaltanwendung in großem Maßstab. Dort ist in erster Linie das Potential für revolutionäre Gewaltanwendung zu suchen und zu finden.

»In den Fabriken, wenn es darum geht, den Streik und die Besetzungen zu organisieren oder sich mit den CRS zu schlagen, in den Universitäten, auf der Straße, in den Oberschulen, überall ist die Jugend bei weitem am entschiedensten. Ähnlich verhält es sich mit den jungen Ingenieuren und technischen Kadern, die an der Bewegung teilnahmen wie niemals bei einem Streik zuvor [denkt an Saclay[59], der Verf.]«, schreibt André Glucksmann[60] über die Erfahrungen der Mairevolution in Frankreich.[29]

59 Saclay: Gemeinde im südwestlichen Vorortbereich von Paris und Sitz eines Kernforschungszentrums.

Die neue Qualität des Generationenkonflikts wird auch von André Gorz[61] gesehen: »Die Radikalisierung der Jugendlichen unter 25 Jahren ist eine weltweite Erscheinung und hat in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern denselben Inhalt. Das weist schon darauf hin, daß es sich bei der Maibewegung um etwas Grundsätzliches und durchaus nicht Nebensächliches handelt ...

Ihre Radikalisierung kann man meiner Meinung nach nur verstehen, wenn man ausgeht von der sich überstürzenden Entwicklung, die sich seit l0 Jahren auf dem Gebiet der Technik, der Wissenschaft und der Politik vollzieht ... Die Beschleunigung der Entwicklung auf wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet hat unter anderem zur Folge, daß sich Kinder und Jugendliche in ihrer Lebensweise stärker als bisher von ihren Eltern absetzen; zudem sind sie besser informiert, sie gehen durch eine andere Ausbildung und haben eine andere Zukunft vor sich. Was für die Jugendlichen bereits selbstverständlich ist und ihr gegenwärtiges und weiteres Leben nachhaltig beeinflußt (ob es sich dabei nun um Lehrmethoden auf dem Gebiet der Mathematik oder der Sprachen handelt, um Konsumgüter, um den technischen Charakter der Geräte, mit denen sie täglich zu tun haben, oder um das Angebot an Ideologien und die Produkte der Kulturindustrie), das ist für die Älteren ein Buch mit sieben Siegeln. Daher erklärt sich, daß das Bezugssystem der Älteren völlig überholt ist. Dies hat zur unmittelbaren Folge, daß die Autorität der Eltern ins Wanken gerät und Erfahrungen, die sich als ›Lebensweisheit‹ ausgeben, nichts mehr wert sind. Dieselben Faktoren geben der Jugendrevolte ihr besonderes Gepräge. Das Althergebrachte, statt wie bisher Achtung einzubringen, bekommt einen eher negativen als positiven Wert: es wird Symbol für das Überholte, das Unverständnis, für die Ahnungslosigkeit gegenüber der augenblicklichen Entwicklung, für die Fixierung an vergangene Niederlagen und Irrtümer. Dieser objektive Autoritätsverlust der älteren Generation erlaubt die Ablehnung jeder Autorität, die den Anspruch erhebt, auf tradierter Erfahrung zu beruhen; er ist zu einer Protesthaltung gegenüber der Autorität der Eltern, Lehrer, Institutionen etc. geworden.«[30]

Der erhellende Gedanke findet sich bei André Glucksmann: »Der Kampf der Studenten enthält die Rebellion der modernen Produktivkräfte in ihrer Gesamtheit gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse in sich und verleiht ihr öffentlichen Ausdruck.«[31]

Glucksmann hat auch die, nach unserer Meinung, richtige theoretische Vermittlung dieses Gedankens angedeutet. Der antagonistische Widerspruch in der kapitalistischen Produktionsweise zwischen gesellschaftlicher Produktion und pri-

60 André Glucksmann, französischer Philosoph und Schriftsteller, untersuchte die totalitären Tendenzen in der klassischen Philosophie. Anfänglich marxistisch geprägt, vertrat er später Elemente der Totalitarismustheorie.

61 André Gorz entwickelte lange vor 1968 die Diskussion über das Verhältnis der Intellektuellen zur Arbeiterbewegung. Er war der Meinung, daß der Mai 1968 den Glauben der Intellektuellen an die Integration der Arbeiterklassen in die kapitalistische Gesellschaft nur kurzfristig erschüttert hatte.

vater Aneignung ist nach Marx nur eine besondere, historische Erscheinungsweise des über die kapitalistische Gesellschaftsformation hinausreichenden Widerspruchs zwischen vergangener, vergegenständlichter, angehäufter Arbeit und unmittelbarer, lebendiger Arbeit.[32]

Das bewegende Element ist die lebendige Arbeit, sind die lebendigen Produktivkräfte, die in der revolutionären Aktion die »zu klein gewordenen« Produktionsverhältnisse sprengen. Diese revolutionäre Produktivkraft ist das Proletariat.

»Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst.«[33]

Innerhalb dieser Produktivkraft selbst vollziehen sich im Laufe ihrer Geschichte strukturelle Veränderungen, die den Charakter des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wandeln und den Gegensatz verschärfen. Die politische Arbeiterbewegung ist den jeweiligen Strukturänderungen gefolgt, wobei jeweils die im sozio-ökonomischen Bezugssystem dominierende Schicht der Arbeiterklasse den politischen Charakter der Bewegung weitgehend prägte.

Im Beginn der kapitalistischen Entwicklung auf der Grundlage der einfachen Warenproduktion wurde die Lohnarbeiterklasse repräsentiert von den Handwerksgesellen, denen der Zugang zur Zunftmeisterschaft und damit zur selbständigen Existenz als Warenproduzenten verwehrt war. Sie organisierten sich gegen die Zunftmeister in Gesellenvereinen als politischem Ausdruck der Arbeiterbewegung. Mit dem weiteren Zerfall der handwerklichen Warenproduktion entwickelte sich die Manufaktur und mit ihr ein neuer Arbeitertypus, der zum bestimmenden Element der Arbeiterklasse wurde. Obwohl die Schicht der Handwerksgesellen noch neben den Manufakturarbeitern weiterbestand, prägten jetzt diese und nicht die Zunftgesellen den Charakter der politischen Arbeiterbewegung (Maschinenstürmerei). Als sich das Fabriksystem durchsetzte, änderte sich die Struktur der Arbeiterklasse abermals. Die Industriearbeiterschaft der klassischen Periode des Kapitalismus trat auf den Plan und schuf die revolutionäre Arbeiterbewegung, die fortan die Szene bestimmte.

Im Schatten des industriellen Handarbeiters entwickelte sich die Rolle des »Kopfarbeiters«, der durch die dritte industrielle Revolution zur Schlüsselfigur der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte wurde. In der Tendenz »verschwindet die unmittelbare Arbeit und ihre Quantität als das bestimmende Prinzip der Produktion ... und wird sowohl quantitativ zu einer geringen Proportion herabgesetzt, wie qualitativ als ein zwar unentbehrliches, aber subalternes Moment gegen die allgemeine wissenschaftliche Arbeit, technologische Anwendung der Naturwissenschaften nach der einen Seite, wie gegen die aus der gesellschaftlichen Gliederung in der Gesamtproduktion hervorgehende allgemeine Produktivkraft.«[34]

Diese abermalige Strukturänderung innerhalb der Arbeiterklasse ist aus den bereits dargelegten Gründen notwendig mit einer Akzentverschiebung zugunsten des jugendlichen Teils dieser Klasse verbunden. In der Studentenschaft treffen

beide Aspekte – Jugend und künftiger Kopfarbeiter zusammen. Darin dürfte ihr bestimmender Einfluß auf die wiederbelebte revolutionäre Arbeiterbewegung begründet sein. So gesehen ist die handarbeitende Industriearbeiterschaft tendenziell eine Restschicht, die auf Schritt und Tritt ihren vororganisatorischen Zusammenhalt, der mit der Massierung großer Arbeiterarmeen unter dem einheitlichen Kommando eines Unternehmers gegeben war und der die politische Schlagkraft des Industrieproletariats ausmachte, verlieren wird, die darüberhinaus im weiteren Verlauf der industriellen Revolution auch von dem unmittelbaren Zugriff auf die entscheidenden ökonomischen Hebel verdrängt werden wird.

Ausdruck dieser Entwicklung ist unvermeidlich eine »Deklassierung« des industriellen Handarbeiters in den politischen Arbeiterorganisationen selbst. Über diesen Zustand wird man auch mit romantischen Schwärmereien und mit dem begeisterten Beifall nicht hinwegtäuschen können, der jedem Arbeiter zuteil wird, der irgendwo und irgendwann einmal das Wort ergreift, egal was er sagt (der Beifall brandet regelmäßig schon nach dem ersten Satz auf, wenn sich der Redner vorstellt: Ich bin ein Arbeiter).[35]

Die strukturellen Veränderungen der in der Arbeiterklasse gegebenen Produktivkraft bringen zahlreiche bisher untergeordnete und unentwickelte Widersprüche in den Brennpunkt der Klassenauseinandersetzung. Die Jugend ist im gesellschaftlichen Prozeß zu einem positiven, treibenden Moment geworden, »aber die bürgerliche Gesellschaft bestimmt sie negativ, indem sie sie von sich ausschließt. Der Jugendliche haust in der Gesellschaft, ohne in ihr zu wohnen, er wird von ihr ausgebeutet, ohne in sie ›integriert‹ zu sein. Die kapitalistische Wirtschaft und die staatliche Verwaltung errichten ihren partikularen und variablen Bedürfnissen entsprechend Grenzpfähle, wobei das umstrittene Gebiet mal größer, mal kleiner wird.«[36]

Aufgrund der veränderten sozialen Rolle der Jugend hat deren Sturm auf diese Grenzpfähle aus einer vergangenen Epoche eine ganz andere Wucht und eine unmittelbare revolutionäre Bedeutung, weil der Widerstand der zur Fessel gewordenen Produktionsverhältnisse gegen die höher entwickelten Produktivkräfte bzw. gegen deren Entfaltung die Notwendigkeit der Beseitigung dieser Produktionsverhältnisse in das Aktionsfeld der Jugend rückt. Ein wesentlicher Teilaspekt der Krise des kapitalistischen Systems ist sein offensichtliches Unvermögen, das Bildungswesen den Anforderungen der modernen Technologie anzupassen, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Hier tritt zur Zeit der Fesselungseffekt der historisch überholten Produktionsverhältnisse am deutlichsten in Erscheinung; man braucht sich nur einmal den für das vor uns liegende Jahrzehnt errechneten Bildungsbedarf der Gesellschaft und deren ebenfalls ziemlich exakt zu berechnende mögliche Bildungsleistung zu vergegenwärtigen.

Eine notwendige Bedingung der Herrschaft des Kapitals ist das Bildungsprivileg einer Minderheit, die als Schicht mit den besitzenden Klassen verbunden ist. Der explosiv ansteigende Bedarf an intellektueller Arbeit baut zwangsläufig das

Bildungsprivileg ab (in den USA sind heute schon 6 Mio. Studenten registriert; in der Landwirtschaft der USA sind zur gleichen Zeit nur noch 5,5 Mio. Personen einschließlich der selbständigen und helfenden Familienmitglieder erwerbstätig; legt man eine durchschnittliche Ausbildungsdauer von 5 Jahren zugrunde, ergibt sich schon auf dieser Grundlage ein ganz erheblicher Anteil der Hochschulabsolventen an der Erwerbsbevölkerung; die Tendenz ist nach wie vor steigend; nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß in den USA die Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter von einstmals 13 Mio. auf weniger als 4 Mio., wahrscheinlich sogar weniger als 3 Mio. zurückgegangen sind).[37]

Der rasche technologische Wandel und die Wucht der Wissenslawine läßt einmal gelerntes Faktenwissen schnell veralten und unbrauchbar werden. Das Schwergewicht der Ausbildung muß folglich auf ein möglichst breites interfakultatives Grundlagenstudium und ein intellektuelles Training im Sinne der Förderung einer kritischen Lernhaltung, einer flexiblen und vielseitigen Lernfähigkeit und der Lerninitiative gelegt werden. Das Resultat einer solchen Ausbildung wäre eine kritische Rationalität, die ihre Träger auf Schritt und Tritt in Konflikt brächte mit der autoritär-hierarchischen Gliederung der Gesellschaft und der profitorientierten Zweckrationalität des Kapitalverwertungsprozesses, die auf gesellschaftliche Interessen bezogen extreme Irrationalität ist. Dieser Widerspruch berührt die Herrschaftsinteressen der Besitzenden unmittelbar. Er ist daher innerhalb des kapitalistischen Systems nicht lösbar.

Gegenüber dieser Entwicklung muß sich tendenziell auch die bisher gegenüber der Intelligenzschicht geübte Bestechungspraxis als unwirksam erweisen. Das Wesen der Bestechung bzw. ihrer Wirkungsweise ist der von der Masse (und damit von deren Interessen) absondernde Charakter der Zuwendung, nicht deren absoluter Betrag. Die Bestechung soll komplizenhaftes Einverständnis mit der Herrschaft gegen die Unterdrückten schaffen. Eine ohne sie vorhandene Interessengemeinschaft wird aufgebrochen und der in der Konkurrenz um die Gratifikation entstehende Interessengegensatz der Herrschaft dienstbar gemacht. In dem Maße, wie sich die Intelligenzschicht ausweitet und ihre Bedeutung auf allen Gebieten zunimmt, müßten auch die Bestechungsleistungen ausgeweitet, d.h. verallgemeinert werden. Unter diesen Bedingungen schlagen sie um in eine allgemeine Lohnanhebung für eine bestimmte Schicht der Lohnarbeiterklasse, deren gemeinsames Klasseninteresse damit eben gerade nicht mehr partikularisiert werden könnte.

Aus allem folgt, daß die Jugend allgemein und die junge Intelligenz in besonderer Weise von einer schnell zunehmenden Verschärfung der Klassenwidersprüche betroffen ist und von ihr auch in Zukunft und zwar mit steigender Tendenz ein kämpferisches antikapitalistisches Engagement zu erwarten ist. Die revolutionäre Avantgarde muß auf diese Entwicklung eingehen.

9. Die revolutionäre Organisation des Proletariats im und durch den bewaffneten Kampf schaffen!

Es ist schlecht für die Revolutionäre, wenn sie nicht begreifen, daß die revolutionäre Theorie die Massen nur dann ergreift, wenn sich ihnen anschauliche Möglichkeiten zu konkreter, revolutionärer Veränderung ihres Alltages entsprechend ihren Bedürfnissen eröffnen. Nun scheint man sich allseitig zu dem Irrtum überredet zu haben, revolutionäre Änderungen würden ausnahmslos erst durch die Lösung der Machtfrage im gesamtgesellschaftlichen Maßstab möglich, wobei die Machtergreifung durch das Proletariat als ein mehr oder weniger scharf eingegrenztes Ereignis und nicht als ein langwieriger, teils stetiger, teils sprunghafter Prozeß begriffen wird.

Die inzwischen siegreich beendeten revolutionären Volkskriege in verschiedenen Ländern haben Energien jedoch gerade aus den revolutionären Veränderungen gezogen, die schon während des langdauernden Krieges verwirklicht wurden, die also schon vor der endgültigen Lösung der Machtfrage durchgesetzt werden konnten. Es ist unlogisch, den Überlegungen, welche revolutionären Strukturänderungen von den Massen in den kapitalistischen Industrieländern schon vor der »Machtübernahme« erkämpft werden können, mit dem Hinweis zu begegnen, in China, Indochina und Kuba seien revolutionäre Reformen während des Volkskrieges jeweils nur in befreiten Gebieten durchgeführt worden, uns aber weder eine antifeudalistische Landreform ins Haus stehe noch die Schaffung befreiter Gebiete nach dem Vorbild der revolutionären Bewegungen in halbfeudalen Agrarländern möglich sein werde.

Das praktische revolutionäre Beispiel ist der einzige Weg zur Revolutionierung der Massen, die eine geschichtliche Chance zur Verwirklichung des Sozialismus beinhaltet. Dabei ist »Eroberung der Macht der Endpunkt eines Prozesses, dessen erste Voraussetzung der revolutionäre Kampf einer Minderheit und die zweite die Bildung einer Mehrheit durch den Kampf wäre.«[38]

Die chinesische Revolution ist diesen Weg gegangen. In ihr hat sich der Widerspruch zwischen Avantgarde-Organisation und Spontaneität der Massen gelöst in der Einheit von Organisationsbildung und unmittelbarer Teilnahme der Massen an dem von der Avantgarde-Organisation geführten revolutionären Kampf. Die Notwendigkeit für die Revolutionäre, »in den Massen zu schwimmen wie ein Fisch im Wasser«, bewirkte die politische und organisatorische Durchdringung von Avantgarde und Masse zu einer dialektischen Einheit, die eine neue geschichtliche Qualität darstellt. Die Tatsache, daß die Massen, auch soweit sie nicht in den Reihen der Partei und der Roten Armeen standen, schon im Beginn des langjährigen revolutionären Prozesses als aktives, auf die eigene Initiative angewiesenes Element in den Aufbau der revolutionären Organisation (Rekrutierung von Freiwilligen für die Rote Armee, Aufstellung von Selbstschutzverbänden und regionalen Truppen, schließlich die selbständige Organisierung und Durchführung von Partisanenaktionen, die Ausbildung örtlicher Machtorgane zur Durchführung der Landreform

usw.) und zugleich in die revolutionären Kämpfe selbst einbezogen wurden, schuf einen neuen Revolutionstypus, der die moralische, politische und militärische Widerstandsfähigkeit und Kontinuität der Bewegung in China erklärt.

Haben die Ereignisse in Frankreich im Mai 1968 etwa nicht gezeigt, daß der Widerspruch zwischen Organisation und Spontaneität das zentrale Problem der Revolution ist? Die seitdem zu neuer Aktualität gelangten Debatten über dieses Problem zeigen überdeutlich, daß die Synthese der Gegensätze nicht dadurch erreicht wird, daß man entweder die eine oder andere theoretische Position einnimmt – hier Luxemburg, dort Lenin, in der Mitte vielleicht noch Trotzki[62] – bzw. die Organisationsfrage durch eine Neuauflage des Anarchismus »liquidiert«, sondern allein durch das praktische Moment des revolutionären Kampfes. Rosa Luxemburg hat lange vor der chinesischen Revolution diese Erkenntnis vorformuliert: »Es ist eben eine ganz mechanische, undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kämpfe immer vorangehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampfe geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung.«[39]

Wir müssen also einen Angriff unternehmen, um das revolutionäre Bewußtsein der Massen zu wecken. Unvermeidlich treffen wir dabei auf den Widerstand, den das falsche Bewußtsein zur Aufrechterhaltung der Anpassung, zur Einhaltung des mühsam erworbenen seelischen Gleichgewichts in der Unterdrückungssituation mobilisiert. Dieser Widerstand – in bestimmter Weise dem mechanischen Trägheitsmoment vergleichbar – ist der Statthalter des Ausbeutersystems in den Köpfen der Unterdrückten. Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen.

Mit der Problematik des Widerspruchs zwischen Organisation und Spontaneität aufs engste verknüpft und von entscheidender praktischer Bedeutung ist das uralte Problem der Ungleichzeitigkeit des revolutionären Aufbruchs der Massen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung – speziell der deutschen – hallt wider von dem Gezänk der »Führer«, die bei jeder spontanen Massenaktion, bei jedem wilden Streik größeren Ausmaßes, bei jeder Barrikade, die irgendwo im Lande errichtet wurde, orakeln mußten, ob »die revolutionäre Situation herangereift sei« und von der Zentrale das Signal zum allgemeinen Aufstand gegeben werden solle oder nicht. Nie konnten sie sich einigen. Allein Lenin hat sich in einer Sternstunde durchsetzen können – gegen den Widerstand anderer Führer. Das Dilemma, keine wissenschaftlich fundierten Kriterien für die Fälligkeit des »Startschusses«

62 Lew Dawidowitsch Bronstein »Trotzki« war Mitglied der SDAPR und später der Bolschewiki. Er war Vorsitzender des 1. Petersburger Sowjet 1905, der maßgeblich die Räteorientierung der russischen Revolutionäre inspirierte. Nach der Revolution 1917 war er Außen- und Kriegsminister der Bolschewiki und setzte die Alleinherrschaft der Partei gegen Sozialrevolutionäre und Anarchisten (Kronstadt) mit durch. Nach Lenins Tod wurde er vom Rest des Politischen Büro der KPR (Bolschewiki) aus Amt und Würden gebracht und führte bis zu seiner Ausweisung die Opposition gegen die von Stalin dominierte Politik der KPR mit an. 1941 wurde er von einem NKWD-Agenten im Exil (Mexiko) ermordet .

in einer Revolution benennen zu können, war allen bewußt. Lenins Formel, die Revolution sei herangereift, »wenn die oben nicht mehr können, und wenn die unten nicht mehr wollen«, transformiert das Problem lediglich auf eine literarische Ebene – löst es aber nicht.

Das Problem der Ungleichzeitigkeit stellt sich nicht, wenn sich die Revolution aus dem Partisanenkrieg zum Massenaufstand entwickelt. »Die Partisaneneinheit entsteht aus dem Nichts. Sie entwickelt sich aus etwas Kleinem zu etwas Großem.« Die Partisanenarmee kämpft jeweils mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften und entwickelt diese durch den Kampf zu größeren Einheiten. Aus der Quelle wird der Bach, aus dem Bach der Fluß, aus dem Fluß der Strom, der schließlich mit seiner gewaltigen Wucht das Unterdrückungssystem wegreißen wird.

Das Warten auf die revolutionäre Situation und das unvermeidliche und verhängnisvolle Zögern, wenn sie eingetreten ist, gehören nach den Erfahrungen der Volkskriege einer vergangenen, noch unreifen Epoche der Revolutionsgeschichte an. Waren diese Haltungen vor der chinesischen Revolution Ausdruck einer unreifen geschichtlichen Erfahrung, in diesem Sinne unvermeidliche Fehler, so sind sie heute vermeidliche Fehler, schlichtes Versagen, Ausdruck einer unentschuldbaren Lernfaulheit.

Es werden Legionen von »Marxisten« anrücken, die mit ganzen Batterien von Marx-Zitaten »nachweisen« werden, daß der hier gezeigte Weg »reines Abenteurertum«, »Blanquismus«, »Putschismus«, »Anarchismus« sei. Nun gut. Die Ismen-Krämerei überlassen wir gern den Schriftgelehrten; wenn wir nur der Revolution in Deutschland einen Schritt näher kommen. »Armer Marx und armer Engels, welcher Mißbrauch ist schon mit Zitaten aus ihren Werken getrieben worden!«[40] Jene werden die Erfahrungen der chinesischen, indochinesischen, algerischen, kubanischen, uruguayischen, venezolanischen, bolivianischen, brasilianischen, argentinischen, US-amerikanischen Revolution mit einer Handbewegung wegwischen und wichtigtuerisch darlegen, daß bei uns die Verhältnisse eben andere seien – als ob wir das nicht wüßten. Die Unterschiede sind erheblich für die Taktik. Sie berühren aber nicht die strategische Perspektive.

Doch in Deutschland hat die Drückebergerei Tradition. Hieß es bis 1919 stets, daß die deutsche Arbeiterbewegung die fortgeschrittenste sei, der unvermeidlich die Macht in nächster Zukunft wie eine reife Frucht in den Schoß fallen werde, und es daher nicht derart barbarischer Klassenkämpfe bedürfe, wie sie das »rückständige« Proletariat in Rußland gegen seine Feinde führte. So hatte man nach 1945 den Kretinismus[63] der Sozialdemokratie als Alibi für das mit Verzweiflung und Resignation drapierte Nichtstun entdeckt. Richtig daran ist nur soviel, daß es zu einer Zeit, als in keiner sozialen Schicht das Bewußtsein von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution lebendig war und nur einige Individuen

63 Schimpfwort aus dem Französischen für angeborenen Schwachsinn.

(Agartz, Abendroth[64] und wenige mehr) auch im Spätkapitalismus die antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise wirken sahen, an den Beginn revolutionärer Kampfhandlungen nicht zu denken war.

Seit der Revolutionierung der Studenten als Fraktion des Proletariats hat sich die Lage grundlegend gewandelt. Wer heute noch mit dem angeblichen Kretinismus der Arbeiterbewegung argumentiert und fortfährt, »sich seinen dicken Bauch zu reiben, während er kräftig denen applaudiert, die weit weg von hier schon lange begriffen hatten und auf internationaler Ebene den Kampf gegen die Unterdrückung aufgenommen haben«, der wird unversehens selbst zum Kretin.

10. Die Angst vor dem Faschismus überwinden, um seine Wurzeln zu vernichten!

In bestimmten Kreisen der »Linken« hat auch ein weiterer Einwand hohen Kurswert: Die Verschärfung des Klassenkampfes von unten durch militante Minderheiten beschleunige den Faschisierungsprozeß, ermuntere die Herrschenden zum faschistischen Staatsstreich und gebe für diesen einen plausiblen Vorwand her. Dadurch werde die Legalität der propagandistischen und organisatorischen Arbeit in den Massen, also auch deren Mobilisierung gefährdet. Wer so argumentiert, betrachtet die Bedingungen des Klassenkampfes aus dem Kopfstand heraus.

Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, der liberale Rechtsstaat sind das Ergebnis der antifeudalen, bürgerlich-demokratischen Revolutionen. Nutznießer ihrer Errungenschaften waren in erster Linie die bürgerlichen Fraktionen des Konkurrenzkapitalismus. Diesen erwuchs mit der Entwicklung der industriellen Produktion, im städtischen Fabrikproletariat ein antagonistischer Gegenspieler, dessen ökonomische und politische Kämpfe in der ersten Phase der Auseinandersetzung darauf zielten, die bürgerlichen Freiheiten ihres Charakters als Klassenprivilegien dadurch zu entkleiden, daß sie verallgemeinert wurden.

Die sozialökonomisch bedingte Scheinhaftigkeit der bürgerlichen Gleichheits- und Freiheitsprinzipien konnte vom Proletariat im Entstehungsstadium seines organisierten Klassenkampfes noch nicht durchschaut werden; dazu bedurfte es erst der Erfahrungen dieses Kampfes selbst. Der Hauptwiderspruch der Klassenkämpfe jener Epoche bestand darin, daß die Interessen des Proletariats tendenziell einen Kompromiß mit dem Kapital ausschließen – Ausbeutung und Unterdrückung sind erst mit der Beseitigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen, also mit dem Kapitalverhältnis selbst überwunden –, das Kapital jedoch zu Kompromissen fähig war. Die Klassenkämpfe mündeten so in Arrangements, die den Arbeitern zwar formale Rechte und soziale Verbesserungen brachten, die ökonomischen und politischen Grundlagen des Kapitalismus aber nicht antasteten.

64 Victor Agartz: Marxistischer, deutscher Gewerkschafter und Wirtschaftswissenschaftler, der nach 1945 maßgeblich am Aufbau der Gewerkschaften und der SPD beteiligt war. 1959 wurde er aus der Partei augeschlossen.
Wolfgang Abendroth: Sozialistischer Staatsrechtler und Sozialwissenschaftler und ab 1951 Professor in Marburg.

Wenn es gilt, den organisierten Schlägen des Proletariats auszuweichen und den revolutionären Prozeß unter Kontrolle zu bekommen, kann das Kapital bis zu dem Punkt zurückweichen, wo seine Verwertung unmöglich und seine Herrschaft in Frage gestellt werden. Es kann um so mehr formelle Freiheiten zugestehen, je entwickelter die kapitalistische Produktionsweise ist.

»Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Übervölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den ›Naturgesetzen der Produktion‹ überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital.«[41] Auch bei der Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts steht dem Gesamtkapitalisten ein beträchtlicher Verhandlungsspielraum zur Verfügung, durch dessen Ausschöpfung er die »legale Periode« seiner Herrschaft, das parlamentarische Regime, und damit seine Existenz überhaupt zeitlich ausdehnen kann. Jedes Abkommen mit dem Kapital bezahlt das Proletariat mit einer – jedenfalls zeitweiligen – Anerkennung der Spielregeln der kapitalistischen Gesellschaft. Erst allmählich stößt es an deren Grenzen und Konzessionsmöglichkeiten. In diesem Grenzbereich versteift sich der Widerstand des Kapitals. Die Klassenkämpfe spitzen sich zu und nehmen einen unversöhnlichen Charakter an.

Die im 20. Jahrhundert sich massenhaft ereignende Liquidation des bürgerlichen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie (Italien, Spanien, Deutschland, Österreich, Griechenland usw.) beweist, daß das Kapital nicht zögert, jeden sozialen Kompromiß über den Haufen zu werfen und zu offen-gewaltsamen Formen der Herrschaftsausübung überzugehen, wenn seine Existenz als Klasse auf dem Spiel steht. Wohlgemerkt, es liegt im eigenen Interesse des Kapitals, die verschleierten Formen der Klassenherrschaft so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, weil in ihnen mehr klassenkämpferische Energien des Proletariats kanalisiert, in das kapitalistische System integriert und auf systemerhaltende Reformen abgelenkt werden können als durch eine faschistische Diktatur, die notwendig größeren Gegendruck erzeugt, die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes stärker zum Bewußtsein bringt und die Machtreserven des System erschöpft. Die terroristische Diktatur ist – auch wenn sie schließlich unvermeidlich

– im wohlverstandenen Interesse des Kapitals höchst unerwünscht, nur eine »Notbremse«. Sie signalisiert stets eine Verschärfung des Klassenkampfes von unten, die gekennzeichnet ist durch brutalere Anstrengungen des Kapitals, sich an der Macht zu halten. Ist das schlecht? Muß man angesichts dieser Entwicklung verzagen und in Wehklagen ausbrechen?

Wenn der Feind seine Kräfte anstrengen muß, um die unterdrückten Klassen niederzuhalten, so ist das nicht schlecht, sondern gut; zeigt sich doch, daß das Proletariat wuchtige Schläge gegen den Klassenfeind führt, die ihn zittern machen. Der Faschismus ist ein großes Übel, das größte aller kapitalistischen Übel. Aber die Angst vor dem Faschismus ist schon ein Teil seiner Herrschaft. Das Proletariat darf ihn nicht fürchten, sondern muß ihn bekämpfen und sich auf diesen Kampf vorbereiten. Ganz falsch wäre es, aus Angst vor dem Faschismus auf die Zuspitzung des Klassenkampfes zu verzichten; denn das hieße, dem Kapitalismus kampflos das Feld überlassen, seine Herrschaft garantieren, bis er durch seine Widersprüche die Menschheit in eine Katastrophe reißt, die in der Barbarei endet.

Es wäre der Selbstmord aus Angst vor dem Tode. Man fühlt sich an den bildlichen Vergleich Brechts mit den Kälbern erinnert. Zieht die Herde friedlich auf dem ihr zugewiesenen Weg ins Schlachthaus, brauchen die Treiber den Stock nicht zu schwingen. Je entschlossener sie aber von diesem Weg wegdrängt, um so heftiger wird der Knüppel tanzen.

Die »Linke« in Europa ist im Begriff, angesichts der faschistischen Bedrohung die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

»Durch die Ablehnung, sich in den Prozeß einzuschalten, ... haben die Reformisten und Neoreformisten sich immer selbst dazu verurteilt, jede revolutionäre Aktion als eine ›Provokation‹, die die Massen schwächt und ›die Reaktion stärkt‹, zu betrachten. Das war die stereotype Formel der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1919, 1920, 1923 und 1930 bis 1933 Es war der Fehler der ›linken Abenteurer, der Anarchisten, Putschisten, Spartakisten[65], Bolschewisten‹ ..., wenn die Bourgeoisie in der konstituierenden Versammlung von Weimar die Mehrheit bekommen hat, denn ihre ›gewaltsamen Aktionen‹ haben ›das Volk erschreckt‹, seufzten die Scheidemanns[66] 1919. Es war der Fehler der Kommunisten, wenn die Nazis immer stärker wurden, denn durch die Drohung der Revolution sind die Mittelklassen in das Lager der Konterrevolution getrieben worden, wiederholten sie 1930–1933.«[42]

65 Begriff für Anhänger des von Luxemburg und Liebknecht 1918 gegründeten Spatakusbundes, der hervorgegangen ist aus dem linken Flügel der SPD und deren Widerstand gegen die chauvinistische Kriegspolitik der Parteispitze. Ein Teil ging später in die USPD, ein anderer gründete die KPD.

66 Philipp Scheidemann: Rechter Sozialdemokrat und Konterrevolutionär, der von 1911 bis 1920 im Parteivorstand der SPD war. Er rief am 9. November 1918 die deutsche Republik aus, um der Proklamation der sozialistischen Republik durch Liebknecht und den Spartakusbund zuvorzukommen.

Damit nicht genug. Die damals als »Provokateure« Geschmähten, die kommunistischen Parteien, die 1933 das deutsche Proletariat gegenüber dem Faschismus wehrlos ließen, weil sie glaubten, dieser werde in drei Monaten abgewirtschaftet und den Boden für die sozialistische Revolution bereitet haben, eben diese »Kommunisten« denunzieren heute jene, die, indem sie kämpften, im Mai 1968 die stärksten und lebendigsten Hoffnungen auf eine sozialistische Revolution geweckt haben, als »agents provocateurs«.

Die *L'Humanité*[67] titulierte in deutlicher Anspielung auf ein nationalistisches Ressentiment Daniel Cohn-Bendit[68] als »deutschen Anarchisten«. »Cohn Bendit nach Dachau!« echote die Reaktion; Séguy[69] hetzte gegen »unruhestiftende Elemente und Provokateure«. Nachdem Arbeiter und Studenten gemeinsam und zum Teil erfolgreich die von streikenden besetzten Renault-Werke bei Flins gegen die CRS verteidigt hatten, schrieb *L'Humanité* unter der Schlagzeile »Die Geismar-Gruppen[70] organisieren eine Provokation gegen die streikenden von Renault«: »Die militärisch organisierten Geismar-Kommandos sind jetzt zur Provokation gegen die Arbeiterbewegung übergegangen. Sie kommen den Gaullisten[71] zu Hilfe, sie machen sich zu Komplizen der Renault-Direktion und der Herrschenden, zu Komplizen der Unternehmer der Metallindustrie.«[43]

Das Büro der CGT[72] warf General de Gaulle vor: »Er hat vergessen, die wahren Urheber der Krawalle und Provokationen zu nennen, deren Machenschaften, einschließlich derer gegen die Wiederaufnahme der Arbeit, von der Regierung mit einzigartigem Wohlwollen gesehen werden.«

67 Tageszeitung der KPF.

68 Daniel Cohn-Bendit machte sich als einer der bekanntesten Linksradikalen im Pariser Mai 1968 einen Namen. Er wurde von der Regierung als unerwünschte Person ausgewiesen und gründete in Frankfurt die Zeitung *Pflasterstrand*. Cohn-Bendit engagierte sich für staatliche Aussteiger- und Amnestieprogramme gegen den bewaffneten Kampf und wurde Mitglied der GRÜNEN, wo er sich als Realpolitiker hervortat. In den 90er Jahren war er in Frankfurt/Main innerhalb der rot-grünen Stadtregierung »Dezernent für Multikulturelle Angelegenheiten«.

69 G. Séguy war 1968 Generalsekretär der französischen KPF-nahen Gewerkschaft CGT und erklärte am 22. Mai 1968, »daß die öffentliche Meinung ... in der CGT eine große, ruhige Kraft gesehen hat, die gekommen ist, um die Ordnung im Namen der Arbeiter wiederherzustellen.«

70 Alain Geismar war ein führendes Mitglied von Gauche prolétarienne, die in Frankreich Aktionen hauptsächlich in Betrieben durchführten. »In einem modernen Land wie Frankreich ist die Taktik der Volksguerilla, die Partisanen-Aktionen – erst unbewaffnet, dann bewaffnet – die einzige Möglichkeit, die Macht der Bourgeosie zu erschüttern und schließlich zu besiegen.«

71 Charles de Gaulle: 1940 Unterstaatssekretär für Verteidigung in Frankreich. Nach der französischen Kapitulation rief er vom Londoner Exil zur Fortführung des Krieges auf und erklärte sich zum legitimen Repräsentanten Frankreichs. 1945 wurde er als Ministerpräsident bestätigt und 1958 mit der Regierung beauftragt, um die Staatskrise, die durch die algerische Unabhängigkeit entstanden war, zu überwinden. Er konzentrierte sich danach auf die Wiederherstellung von Frankreichs Großmachtposition, über die Schaffung eines von den USA unabhängigen Europa und durch die deutsch-französische Annäherung, den Austritt aus der NATO 1966 und den Aufbau einer eigenen Atommacht. Nach dem Mai 1968 wurde er per Referendum abgewählt. Bis heute gibt es in Frankreich gaullistische Parteien, die für einen starken Staat und einen direkt gewählten Präsidenten eintreten, derzeit das Rassemblement pour la République (RPR).

72 Confédération Génerale du Travail, KPF-nahe Gewerkschaft.

Eine kaum mißzuverstehende Aufforderung an den Staat, die Revolutionäre des Mai 1968 »zur Verantwortung zu ziehen«. Ekelhaft! – Doch Verrat und Verleumdung dürfen den Blick für die geschichtlichen Entwicklungslinien nicht trüben, damit das Proletariat in Deutschland nicht ein zweites Mal dem Faschismus wehrlos in die Hände fällt: »Der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen und mächtigen Konterrevolution, d.h. indem er den Gegner zwingt, sich zu seiner Verteidigung immer extremeren Mittel zu bedienen, und so immer machtvollere Mittel des Angriffs entwickelt.«[44]

Hört ihr? Marx spricht von Angriff. Er lehrt uns, daß der revolutionäre Fortschritt unvermeidlich die Konterrevolution erzeugt. Wer nur darauf bedacht ist, den jämmerlichen Rest von bürgerlichen Scheinfreiheiten zu verteidigen, der muß allerdings den revolutionären Fortschritt fürchten wie die Pest, denn er führt zum Widerruf der kleinen Konzessionen des Kapitals, die ja nur gemacht wurden, um die Revolution zu verhindern. Es ist nicht die Stärke der proletarischen Klassenbewegung, die den Faschismus bannt, sondern die Schwäche der revolutionären Tendenzen, die ihn entbehrlich macht. Und merkt euch: »Die Unfähigkeit zur Gewaltanwendung schlägt um in die Ohnmacht gegenüber dem Faschismus.«[45]

Die Massen zur antikapitalistischen Aktion mobilisieren, ohne gleichzeitig die Bedingungen einer erfolgreichen militärischen Gegenwehr gegen den Faschismus zu entwickeln, heißt die eigenen Soldaten ohne Gewehre in den Krieg schicken: das ist Abenteurertum, ein unverzeihliches Verbrechen an der Arbeiterklasse. Redet nicht länger darüber, wie der Faschismus zu verhindern sei; denn er ist nicht zu verhindern – aber er ist besiegbar. Denkt darüber nach, was getan werden muß, um ihn endgültig niederzuwerfen, und handelt danach!

Die entscheidende Faschisierungsphase wird für Europa vermutlich einsetzen, wenn der Faschismus in den USA zur bestimmenden politischen Tendenz geworden ist. Die ökonomische und soziale Krise, die ihn dort auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist deutlich sichtbar:

Zum einen hat die US-Wirtschaft ihr Produktivitätsmonopol auf dem Weltmarkt und damit tendenziell ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren. Nachdem die europäische und japanische Konkurrenz auf fast allen wichtigen Gebieten das technologische Niveau der USA eingeholt hat, kann das US-Kapital die drei- bis fünffach höheren Reallöhne nicht mehr verkraften. Es ist gezwungen, einen umfassenden Angriff auf die Einkommen der amerikanischen Arbeiterklasse zu führen.

Zum anderen ist den amerikanischen Großstädtern durch die notwendig wachsende »öffentliche Armut« ein zunehmendes Siechtum beschieden.[46] Der Hexensabbat der Kriminalität in den Straßen der Häuserwüsten ist der Popanz, mit dem die amerikanischen Faschisten auf dem Hintergrund allgemeiner Unzufriedenheit ihre Gefolgschaft rekrutieren und bewaffnete Bürgerwehren mit der Funktion faschistischer Sturmabteilungen aufstellen werden. Die Anfänge dieser Entwicklung sind in den USA schon heute täglich zu beobachten, und viele finden

sie schon selbstverständlich. Uns bleibt nur noch wenig Zeit!

Was sind die nächsten Schritte?

– Umfassende Propaganda für den bewaffneten Kampf; den Massen erklären, warum dieser notwendig und unvermeidlich ist und wie er vorbereitet werden kann (konspirative Flugblätter und Wandparolen).

– Anleitungen für die Herstellung von Waffen, für die Kampftaktik usw., auf die gleiche Weise verbreiten.

– Kommandogruppen bilden (3er-, 5er-, 10er-Gruppen) mit Genossen, die man sowohl in persönlicher als auch in politischer Beziehung gut kennen muß, um beurteilen zu können, ob sie den Anforderungen und Belastungen des bewaffneten Kampfes (insbesondere im Knast) standhalten und unter allen Umständen (auch im Bett!) den Mund halten können. Die Zusammensetzung der Kommandos kann nicht in Gruppen und Organisationen diskutiert oder gar beschlossen werden, die sich nicht schon selbst durch eine entsprechende Praxis als intakte konspirative Einheiten erwiesen haben. Es ist ein großer Fehler, Leute mitreden zu lassen, die selbst nicht völlig entschlossen sind, am Kampf teilzunehmen. Es ist auch unmöglich, bewaffnete Gruppen aus »legalen« Organisationen hervorzubringen. Diese (auch deren leitende Kader!) sind unvermeidlich durchsetzt mit Schwätzern, Angebern und Zauderern, die, um ihre eigene ängstliche oder unentschlossene Haltung zu verschleiern und zu rechtfertigen, immer neue Theorien gegen den bewaffneten Kampf und seine konkrete Vorbereitung erfinden werden. Habt ihr ihre Argumente Nr. 1–99 widerlegt, erfinden sie das hundertste. Aus dem gleichen Grunde kann sich die Kommandoeinheit von »legalen« Organisationen auch nicht »bürokratisch« kontrollieren lassen. Wer es dennoch versucht, wird dafür mit seiner eigenen Freiheit oder der seiner Genossen bezahlen müssen. Eine kämpfende Gruppe kann auch nur durch den Kampf selbst entstehen. Alle Versuche, die Gruppe außerhalb der Bedingungen des »Ernstfalles« organisieren, ausbilden und trainieren zu wollen, führen zu äußerst lächerlichen Resultaten manchmal mit tragischem Ausgang.

Die Kämpfer sollten, solange es irgendwie geht, an der offenen politischen Arbeit in den Betrieben, in den Wohnbezirken und in der Universität teilnehmen.

– Den Kampf beginnen und die Verbindung zu anderen Kommandos herstellen, ohne die Sicherheit der Gruppen zu gefährden.

Habt Mut zu kämpfen!
Habt Mut zu siegen!
Denn für alles Reaktionäre gilt,
daß es nicht fällt,
wenn man es nicht niederschlägt.

Anmerkungen des Originaltextes

1 In der Arbeit über Probleme des Krieges und der Strategie geht Mao von der Grundthese aus, daß die zentrale Aufgabe der sozialistischen Revolution die bewaffnete Machtergreifung sei. In diesem Zusammenhang weist er ausdrücklich darauf hin, daß sich diese Aufgabe auch in den westlichen Industrieländern ergebe, schränkt jedoch ein, daß man den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg nicht beginnen solle, solange die »Bourgeoisie nicht wirklich versagt habe, solange die Mehrheit des Proletariats nicht von der Entschlossenheit durchdrungen ist, den bewaffneten Aufstand zu beginnen und den Bürgerkrieg zu führen.«

Die Ausführungen Maos wird man nur richtig verstehen, wenn man berücksichtigt, daß er sich nicht mit dem Problem auseinandergesetzt hat, ob 1968 durch die kommunistischen Parteien in den Metropolen der Bürgerkrieg eingeleitet werden sollte. Vielmehr verteidigte er gegen die Rechtsopportunisten in der chinesischen KP die Losung von dem langwierigen Befreiungskrieg des chinesischen Volkes gegen die Imperialisten und die Klassen der Feudalherren und der Kompradorenbourgeoisie in China.

Die Dogmatiker gingen von der Marxschen These aus, daß die Revolution des Proletariats das Ergebnis ausgereifter kapitalistischer Produktionsverhältnisse sei, daher in den Metropolen ihren Ausgang nehmen und so allein siegreich sein könne, daß unter den sozio-ökonomischen Verhältnissen in China die Revolution allenfalls eine bürgerliche sein könne, in der die einheimische Bourgeoisie naturgemäß die Führung innehaben müsse, da das Proletariat keine bürgerliche Revolution bestimmen könne, daß die führende Rolle in China folglich der Kuomintang[73] zufalle und das Proletariat lediglich eine Hilfsfunktion habe. Die sozialistische Weltrevolution sollte danach bis zu einer revolutionären Aktion des Proletariats in den Metropolen vertagt sein. Die Tatsache, daß das Proletariat in den Industrieländer noch nicht zu den Waffen gegriffen hatte, schien der Beweis zu sein, daß eine revolutionäre Situation in den Metropolen noch nicht gegeben sei. Mao mußte zur Verteidigung seiner richtigen Position die Eigenständigkeit der proletarischen Revolution in China darlegen und erklären, warum in den Metropolen die kommunistischen Parteien nicht den bewaffneten Kampf führten, daß aber die kommunistische Partei Chinas unbedingt diesen Kampf führen müsse.

Es konnte Mao in dieser Auseinandersetzung gar nicht darum gehen, die Richtigkeit der von den »fortgeschrittenen KPs« in den Metropolen eingenommenen Positionen in Zweifel zu ziehen und weit vom Schuß auch in dieser Frage als Ketzer gegen die Kommunistische Internationale aufzutreten. Für ihn lag es nahe, die Linie für die westlichen KPs nach dem Schema des Marxismus-Leninismus-Stalinismus zu interpretieren und als Folge unterschiedlicher Bedingungen zu sehen. So bleibt seine richtige These, daß der einzige Krieg, den das Proletariat in den Metropolen brauche, der Bürgerkrieg sei, auf den es sich auch vorbereite, abstrakt.

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges hatte zudem die von Lenin entwickelte und von der Komintern[74] verfolgte Politik der Wandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg durchaus eine realistische Perspektive. Die Richtigkeit dieser Strategie hatte sich am Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges erwiesen.

Mao führt nicht näher aus, was er unter einem »wirklichen Versagen der Bourgeoisie« versteht. War die allgemeine Krise des Kapitalismus, die in den ersten Weltkrieg mündete mit seinen Millionen Toten, waren die tiefgreifenden Wirtschaftskrisen der zwanziger und dreißiger Jahre mit den Millionenheeren der Arbeitslosen und dem großen Massenelend, war die extreme Inflation 1923 in Deutschland mit dem massenhafter Lohnraub und den tausenden Hungertoten kein wirkliches Versagen der Bourgeoisie? In diesen Jahrzehnten hat die Bourgeoisie nur in einem Punkt nicht versagt. Sie hat es vermocht, das Proletariat in den Metropolen zu desorientieren, zu spalten und zu demoralisieren. Allein dieser Erfolg hat die Bourgeoisie vor einer Revolution bewahrt.

Er kann aber nicht losgelöst von dem Versagen der kommunistischen Parteien gesehen werden. Man kommt nicht an der Tatsache vorbei, daß trotz des wiederholten totalen Zusammenbruchs kapitalistischer Systeme (Massenarbeitslosigkeit, galoppierende Inflation mit großem Massenelend; totaler Krieg mit grauenhaften Verwüstungen und großen Menschenopfern mit anschließender allgemeiner Hungersnot) der Bürgerkrieg in den Metropolen ausgeblieben ist und daß das Proletariat in diesen Ländern heute weniger denn je auf einen bewaffneten Aufstand und einen Bürgerkrieg vorbereitet ist.

Mao hat nicht analysiert, warum der bewaffnete Angriff der Faschisten auf die Organisationen des Proletariats ohne entsprechende Antwort geblieben ist. Das war auch gar nicht sein Problem; um so mehr das der europäischen KPs.

Ihnen mußte im Jahre 1938, also nach dem Sieg des Faschismus in Italien, Deutschland, Spanien und Japan, nach dem Fiasko der Volksfront in Frankreich bewußt sein, daß die Perspektive eines legalen Kampfes des Proletariats in den kapitalistischen Ländern, die Möglichkeit, bürgerliche Parlamente zur Tribüne des Klassenkampfes zu machen, nicht mehr gegeben war. Mao weist darauf hin, daß es die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien sei, den Ausbruch eines imperialistischen Krieges zu verhindern. Es ist für uns nicht vorstellbar, wie die proletarischen Parteien in den bestimmenden imperialistischen Ländern Deutschland, Japan und Italien in »einem langwierigen legalen Kampf« – wie Mao es beiläufig empfahl – die Arbeitermassen hätten mobilisieren können.

Nach dem zweiten Weltkrieg, dessen Ausgang die entscheidende Rolle der Sowjetunion und Volkschinas begründete, muß die Perspektive der Verwandlung imperialistischer Kriege in sozialrevolutionäre Bürgerkriege neu bestimmt werden. Lenin ging bei seiner Analyse imperialistischer Kriege von bewaffneten Auseinandersetzungen unter den kapitalistischen Großmächten aus. Diese Art des imperialistischen Krieges ist überholt. Eine neue Erscheinungsform bewaffneter imperialistischer Unterdrückung ist in den Vordergrund getreten: der Einsatz der Militärmaschinen der kapitalistischen Großmächte gegen nationale und soziale Befreiungsbewegungen – heute zunächst in den unterentwickelt gehaltenen Ländern.

Unter diesen Bedingungen ist die von den Black Panthers und dem amerikanischen SDS[75] ausgegebene Losung: »Bring the war home« die folgerichtige Weiterentwicklung der Leninschen These von der Verwandlung imperialistischer Kriege in emanzipatorische Bürgerkriege.

Wenn Mao sagt, daß der Bürgerkrieg in den Metropolen erst begonnen werden sollte, wenn die Mehrheit des Proletariats zum bewaffneten Kampf entschlossen sei, dann sicher nicht als Ausdruck eines metaphysischen Demokratismus, sondern weil er es offensichtlich nicht für möglich hielt, daß sich der Bürgerkrieg in urbanisierten Zonen unter anderen Bedingungen entwickeln und mit einem Sieg des Proletariats enden könnte.

Seine These steht und fällt also mit der Antwort auf die Frage, ob sich eine mit Waffen kämpfende Bewegung unter den Bedingungen der entwickelten Metropole bilden, erhalten und erweitern kann, bevor die proletarischen Massen für den bewaffneten Kampf mobilisiert sind. Diese Frage bedarf einer sorgfältigen Untersuchung. Mao hat sich insoweit auf die Einschätzungen der KPs in den Metropolen verlassen. Diese Einschätzung aber war falsch.

2 E. Mandel: Die Lehre vom Mai 1968, in: »Revolution in Frankreich 1968«, EVA, S. 123.

3 Mandel, a.a.O., S. 126, Fußnote 8.

---

73 Kuomitang war ein Bündnis bürgerlicher Parteien gegen die Besatzung Chinas durch Japan. Es wurde angeführt durch den General Tschiang Kai-schek. Auf Anweisung der Komintern mußte die KPCh zur angeblichen Durchsetzung der bürgerlichen Revolution in dem Bündnis mitarbeiten, bis die Kuomitang 1927 ein Massaker an zehntausenden Kommunisten beging.

74 Die Kommunistische Internationale wurde 1919 durch die Bolschewiki gegründet, um die imperialistische Einkreisung der Sowjetunion zu durchbrechen. Sie war konzipiert als »Stab der Weltrevolution«, entwickelte sich jedoch mehr und mehr zum taktischen Instrument sowjetischer Außenpolitik.

75 Der Students for a Democratic Society (SDS) wurde im Juni 1960 als Nachfolgeorganisation der Liga für Industrielle Demokratie (LID) gegründet. Er entwickelte sich zum Sammenlbecken für die (hauptsächlich studentische) Linke und unterstützte mit Aktionen die Bürgerrechtssbewegung, trat für Reformen im Universitätsbetrieb ein und spielte eine entscheidende Rolle bei der Initiierung der Anti-Vietnam-Kriegs-Bewegung. Im Laufe der darüber stattfindenden Radikalisierung organisierte der SDS u.a. den Studentenaufstand gegen die Erweiterung der Columbia-Universität in die umliegenden Ghetto-Gebiete und die militärisch-nachrichtendienstliche Forschungsarbeit an der Uni. Der SDS spaltete sich 1969 an der Diskusssion über die Black-Panthers in verschiedene Fraktionen, z.b. die Weathermen, die später Stadtguerilla-Aktionen durchführten.

4 Vgl. *Neue Zeit*, 30. Jahrg., 2. Band, 1912, daselbst, A. Pannekoeck: Massenaktion und Revolution.
5 Letzterer hat erst im Feuer der Novemberrevolution die Dimensionen des konterrevolutionären Terrors erahnt. Vgl. »Was will der Spartakusbund?« Ges. Schriften II., EVA, S. 164.
6 Lenin: Was tun?, Werke Bd. 5, S. 536 f.
7 Lenin: Werke Bd. 5, S. 386/394 ff. und S. 479.
8 Lenin: Werke Bd. 5, S. 386.
9 Lenin: Werke Bd. 5, S. 393.
10 Rosa Luxemburg: Rede auf dem Londoner Parteitag der SDAPR; Ausgew. Reden und Schriften I, S. 287.
11 Mao Tse Tung: Strategische Probleme des Partisanenkrieges, AW II, S. 87.
12 F. Engels: Vorwort zu »Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850«.
13 Rosa Luxemburg: Die Theorie und die Praxis, *Neue Zeit*, 28. Jahrg., 2. Band, 1910.
14 Lenin: Werke Bd. 8, S. 175.
15 Werke Bd. 8, S. 151.
16 ebenda.
17 Lenin: Der Partisanenkrieg, Werke Bd. 11, S. 205.
18 Werke Bd. 11, S. 214.
19 Werke Bd. 11, S. 153.
20 Werke Bd. 11, S. 206 ff.
21 Werke Bd. 11, S. 222.
22 ebenda.
23 Werke Bd. 11, S. 163.
24 André Gorz: Revolutionäre Lehren aus dem Mai in: »Revolution in Frankreich 1968«, S. 86.
25 F. Engels: Artikel in der *New York Daily Tribune* vom 5.7.1857, abgedruckt in MEW.
26 AW IV, S. 259.
27 »Flins sollte zum Gegenstück der Barrikadennacht werden. Damals kämpften junge Arbeiter im Quartier Latin auf Seiten der Studenten um die Befreiung der Universität von der Polizei. In Flins kämpften Studenten auf seiten der Arbeiter, um die Fabrik (Renault-Werke) von der Polizei zu befreien und wieder unter die Kontrolle der Arbeiter zu bringen ... Den ganzen Tag über schlugen sich Studenten und Arbeiter gegen die Polizei. Die Polizei versuchte, alle Demonstranten aus Flins und Umgebung zu vertreiben. Von Hubschraubern aus wurden Arbeiter- und Studentengruppen auf den Feldern mit Gasgranaten beschossen. Die Straßen nach Flins wurden von der Polizei mit Maschinenpistolen abgesichert. Festgenommene Demonstranten wurden bewußtlos geschlagen und in Kilometer-Entfernung aus dem Polizeiwagen geworfen ... Trotzdem gelang es den Arbeitern und Studenten, die CRS an mehreren Stellen zurückzuschlagen. Die Gewerkschaften konnten nicht umhin, die Arbeiter von Flins ›zu ihrer großen Kampfkraft zu beglückwünschen‹ ...«. Rauch und Schirmbeck: Die Barrikaden von Paris, EVA 1968, S. 220
28 André Glucksmann: Revolution in Frankreich 1968, S. 13.
29 André Glucksmann: Strategie und Revolution – Frankreich 1968, S. 31.
30 André Gorz: Revolutionäre Lehren aus dem Mai, in »Revolution in Frankreich 1968«, S. 106 f.
31 A. Glucksmann, a.a.O., S. 32.
32 K. Marx: Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 91 f: »Mit dem Moment, wo die Zivilisation beginnt, beginnt die Produktion sich aufzubauen auf dem Gegensatz der Berufe, der Stände, der Klassen, schließlich auf dem Gegensatz von angehäufter und unmittelbarer Arbeit. Ohne Gegensatz kein Fortschritt; das ist das Gesetz, dem die Zivilisation bis heute gefolgt ist.«
33 Karl Korsch: Karl Marx, Ffm 1967, S. 181.
34 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 587.
35 Es müßte dringend untersucht werden, welche Folgen diese »Deklassierung« im weiteren Prozeß haben kann. Ist sie – was zu befürchten ist – mit Minderwertigkeitsgefühlen gegenüber der dominanten Schicht der »Kopfarbeiter« verbunden, könnten daraus faschistische Propagandisten Honig saugen. Gewisse Symptome in den USA und in der Bundesrepublik lassen diese Sorge berechtigt erscheinen.

36 Glucksmann, a.a.O., S. 32.
37 E. Mandel: USA wohin?, in: *Kursbuch* 22, S. 131/133.
38 So die Interpretation der Luxemburgschen Revolutionsdialektik durch den Luxemburg-Biographen J.P. Nettl, in: Rosa Luxemburg, Köln 1967, S. 712.
39 »Rede auf dem Jenaer Parteitag der SPD 1905«, in: ARS II, S. 244–246.
40 Lenin: Werke Bd. 8, S. 271.
41 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, MEW Bd. 23, S. 765.
42 E. Mandel: Die Lehren vom Mai 1968, S. 129.
43 »L'Humanité« (Zentralorgan der KPF) vom 9.6.1968.
44 K. Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: MEW Bd. 7, S. 11
45 Glucksmann: Strategie und Revolution – Frankreich 1968, S. 20.
46 Vgl. E. Mandel: USA wohin?, in: *Kursbuch* 22

Dem Volk dienen

Stadtguerilla und Klassenkampf
April 1972

Der Tod ist jedem beschieden, aber nicht jeder Tod hat die gleiche Bedeutung. In alten Zeiten gab es in China einen Schriftsteller namens Sima Tjiän. Dieser sagte einmal: ›Es stirbt allerdings ein jeder, aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum.‹ Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum.[76]

20 000 Menschen sterben jedes Jahr – weil die Aktionäre der Automobilindustrie nur für ihre Profite produzieren lassen und dabei keine Rücksicht auf die technische Sicherheit der Autos und den Straßenbau nehmen.

5 000 Menschen sterben jedes Jahr – am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dahin oder auf dem Heimweg, weil es den Produktionsmittelbesitzern nur auf ihre Profite ankommt und nicht auf einen Unfalltoten mehr oder weniger.

12 000 Menschen begehen jedes Jahr Selbstmord, weil sie nicht im Dienst des Kapitals hinsterben wollen, machen sie lieber selber mit allem Schluß.

1 000 Kinder werden jedes Jahr ermordet, weil die zu kleinen Wohnungen nur dazu da sind, daß die Haus- und Grundbesitzer eine hohe Rendite einstreichen können.

Den Tod im Dienst der Ausbeuter nennen die Leute einen natürlichen Tod. Die Weigerung, im Dienst der Ausbeuter zu sterben, nennen die Leute einen »unnatürlichen Tod«. Die Verzweiflungstaten der Menschen wegen der Arbeits- und Lebensbedingungen, die das Kapital geschaffen hat, nennen die Leute ein Verbrechen. Sie sagen: Dagegen kann man nichts machen.

Damit diese falschen Ansichten der Menschen nicht von richtigen Ansichten abgelöst werden, haben der Bundesinnenminister, die Innenminister der Länder und die Bundesanwaltschaft jetzt Exekutionskommandos der Polizei aufgestellt. Ohne die falschen Ansichten von Verbrechen und Tod kann das Kapital nicht herrschen.

Petra, Georg und Thomas[77] starben im Kampf gegen das Sterben im Dienst

76 Das Zitat stammt von Mao Tse Tung, 1921.
77 Petra Schelm kam aus der APO und schloß sich 1970 der RAF an. Während der ersten Großfahndung nach der RAF wurde sie, als erste aus der Gruppe, am 15.7.71 erschossen. Das Verfahren gegen den Beamten wurde eingestellt – Notwehr.
Georg von Rauch gehörte zum Blues und den Haschrebellen in Westberlin. Er lebte lange Zeit in der Kommune 3 in der Wielandstraße und beeinflußte stark die Entwicklung in der militanten Szene. Am 4.12.71 wird er in Berlin, während einer Fahrzeugkontrolle, von einem Zivilbe-

der Ausbeuter. Sie wurden ermordet, damit das Kapital ungestört weitermorden kann und damit die Leute weiterhin denken müssen, daß man nichts dagegen machen kann.

Aber der Kampf hat erst begonnen

1. Persien und der Widerspruch in der neuen Linken

Brandt ist nach Teheran gefahren, um beim Schah die Reste von Verstimmung über seinen Empfang im Sommer ’67 durch die westdeutschen und Westberliner Studenten auszuräumen, um ihm mitzuteilen, daß diese Linke in der Bundesrepublik und Westberlin tot ist, die Reste gerade liquidiert werden, die Konföderation iranischer Studenten ausreichend isoliert ist, die Ausländergesetze, die ihre Liquidation legalisieren werden, in Arbeit sind. Brandt hat seine Außen- und Innenpolitik als das definiert, was sie ist: die Außen- und Innenpolitik der Konzerne, die im In- und Ausland die Märkte beherrschen und die Politik bestimmen. Brandt in Teheran: Die Außenpolitik der Bundesrepublik müsse von ihren eigenen Interessen ausgehen und sich von ideologischen Vorurteilen frei halten.

Die Interessen der Bundesrepublik in Persien sind die Interessen der deutschen Kolonie in Teheran, das sind: Siemens, AEG-Telefunken, Bayer, BASF, Hoechst, Daimler-Benz, Deutsche Bank, Mannesmann, Hochtief, Klöckner-Humboldt-Deutz, Merck, Schering, Robert Bosch, die Bayerische Vereinsbank, Thyssen, Degussa u.a. – das sind die, die in den Teheraner Tageszeitungen zur Begrüßung des Kanzlers inserierten, derentwegen der Schah der Tagespresse die Anweisung gab, den Kanzler als Friedensnobelpreisträger groß herauszubringen, die da sind, weil auch der Schah keine ideologischen Vorurteile hat: wegen der billigen Arbeitskräfte im Iran, wegen der politisch stabilen Verhältnisse im Iran, außerdem wegen der Rohstoffe und der Nähe bestimmter Märkte.

Unter »ideologische Vorurteile« subsumieren Kanzler und Schah die Interessen des deutschen und persischen Volkes in den Beziehungen der beiden Länder. Drei Tage vor Brandts Ankunft wurden in Teheran vier Genossen ermordet, in Augsburg Thomas Weisbecker. Eine Woche nach Brandts Abreise wurden in Teheran neun Todesurteile gegen Genossen vollstreckt. Bundesanwalt Martin[78] lobte die Polizeibeamten, die sich bei der Großfahndung in Augsburg und Hamburg hervorragend bewährt hätten.

Deutsches Kapital in Persien wird niedriger besteuert als anderes Kapital in Persien; deutsche Entwicklungshilfekredite finanzieren deutsche Projekte in Per-

amten erschossen. Nachdem Georg von Rauch (erfolglos) nach Waffen durchsucht worden war, schoß der Beamte, aus einem Meter Entfernung, von hinten, in den Kopf. Der Polizist wurde freigesprochen – Notwehr.
Thomas Weisbecker ist aus den Berliner APO-Zusammenhängen zum Blues gekommen und schloß sich 1971 der RAF an. Am 2. März 1972 wurde er in Augsburg, nach einer Observation von der Polizei, aus zwei Meter Entfernung »auf der Flucht« erschossen. Im August desselben Jahres wurde das Verfahren gegen den Polizeibeamten eingestellt – Notwehr.
78 Ludwig Martin: Von 1963 bis 1974 als Generalbundesanwalt der Vorgänger Bubacks.

sien; mit deutscher Militärhilfe wurde das kaiserliche Arsenal in Persien modernisiert; 22 Millionen DM für die persische Rüstungsindustrie 1969 zogen 250-Millionen-DM-Folgeaufträge für die deutsche Rüstungsindustrie nach; mit G-3 und MG-3 sorgt das Regime des Schah – im Kampf gegen die »Kriminalität« in Persien – dafür, daß auch in Zukunft die Löhne in Persien niedrig, die politischen Verhältnisse stabil, die Verwertungsbedingungen für deutsches Kapital im Iran günstig bleiben, daß Druck auf die Löhne hier mit der Drohung hantieren kann, man könnte ja auch mit der Produktion ins Ausland gehen, Druck auf die Öffentlichkeit hier, antifaschistischer Protest gegen den Schah gefährde die deutsche Außenpolitik, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Kniefall des Kanzlers in Polen nun der Kniefall vor dem Mörder Schah. Die Unterwerfung des polnischen, russischen, tschechischen, ungarischen Volkes unter den deutschen Faschismus ist nicht mehr aktuell. Die Unterwerfung des persischen Volkes unter den deutschen Imperialismus ist aktuell. Die Nürnberger Gesetze[79] sind nicht mehr aktuell. Gesetze gegen iranische Studenten, gegen griechische, türkische und spanische Arbeiter, die aus Ländern mit faschistischen Regimes kommen, sind aktuell. Deutsche Konzerne profitieren vom Faschismus in diesen Ländern, setzen die Arbeiter hier mit dem, was ihnen der Faschismus dort bietet, unter Druck. Die Todesurteile, die den inhaftierten Genossen hier erspart bleiben, bleiben ihnen erspart, weil sie in Persien, in der Türkei, in Griechenland und in Spanien vollstreckt werden.

Die westdeutsche Linke hat zu Brandts Persien-Besuch geschwiegen. Sie hat ihn dort schwatzen lassen. Sie hat Howeida[80] schwatzen lassen, die Todesurteile richteten sich nur gegen einfache Kriminelle. Obwohl der Schah empfindlich ist. Obwohl schon das bißchen 2. Juni die Beziehungen Bundesrepublik-Iran gestört hat, obwohl die Reputation des Schah so kümmerlich ist, wie sie nur sein kann, obwohl man weiß, daß die Feinde des Volkes nichts so sehr fürchten, wie die Feinde des Volkes genannt zu werden. Obwohl man annehmen kann, daß auch Brandt nicht ganz wohl war bei dieser Heuchelei. Obwohl das deutsche Kapital faschistisch vorbelastet ist, obwohl es relativ leicht ist, den Zusammenhang zwischen Faschismus im Iran und deutschem Kapital im Iran darzustellen, und es niemanden gibt, der diese Beziehungen, ohne selbst ins Zwielicht zu geraten, verteidigen kann.

Mit ihrer Erkenntnis, daß nicht sie, die intellektuelle Linke, die Verhältnisse ändern kann, sondern nur die proletarischen Massen, nur die westdeutschen Massen die Konzerne enteignen können, die vom Faschismus des Schah profitieren,

79 Bezeichnung für »Reichsbürgergesetz« und das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«, das auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP 1935 verabschiedet wurde. Staatsbürgerliche Rechte galten danach nur für rassisch definierte Deutsche. Sie beinhalteten die Einführung der sogenannten »Rassenschande« als Straftatbestand und gelten als juristische Grundlage für die Verfolgung und Vernichtung von Juden, Roma u.v.a.m.

80 Howeida: Ministerpräsident des Iran unter der Herrschaft von Schah Reza Pahlewi.

von denen der Faschismus des Schah profitiert, hat diese Linke aufgehört, den Faschismus des Schah, die Herrschaft des westdeutschen Kapitals in der Dritten Welt zu kritisieren. Mit der Erkenntnis, daß der Widerstand der westdeutschen Massen gegen die Herrschaft des Kapitals sich nicht an Problemen der Dritten Welt entzünden wird, sondern nur an den Problemen hier entwickeln kann, haben sie selbst aufgehört, die Probleme der Dritten Welt zum Gegenstand von Politik hier zu machen.

Das ist der Dogmatismus und die Engstirnigkeit eines Teils dieser Linken. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin nur in nationalem Rahmen denkt und handeln kann, hebt die Tatsache nicht auf, daß das Kapital multinational denkt und handelt, ist vielmehr Ausdruck der Spaltung des Proletariats, Ausdruck von Schwäche. Eine Linke, die nur die Innenpolitik des Kapitals zum Gegenstand ihrer Kritik macht und seine Außenpolitik übergeht, hat selbst die Spaltung der Arbeiterklasse verinnerlicht, sagt der Arbeiterklasse nur die halbe Wahrheit über den Charakter des Systems, über die Politik des Kapitals, mit der die Arbeiterklasse es zu tun hat, alltäglich, in Lohnkämpfen, in absehbarer Zukunft. Das ist der Widerspruch in der Neuen Linken, daß ihre ökonomischen Analysen und politischen Einschätzungen gründlicher, radikaler und genauer sind als alles, was die westdeutsche Linke bis zur Rezession von '66/'67 produziert hat, daß diese Linke das Ende der Rekonstruktionsphase, der Nachkriegszeit und das Erstarken des westdeutschen Imperialismus kennt, daß sie weiß, daß sie sich auf außerordentliche Klassenkämpfe vorzubereiten hat, daß sie aber, indem sie sich selbst propagandistisch und organisatorisch auf den nationalen Rahmen beschränkt, phantasielos und engstirnig ist in bezug auf das, was sie sich als revolutionäre Interventionsmethoden vorstellen kann. Ihre Versuche, dem antikapitalistischen Protest, der bis in die Schulen, die Gewerkschaften, die SPD reicht, eine wissenschaftliche Orientierung zu geben, ihre Positionen an den Hochschulen zu halten und auszubauen, sich den Marxismus anzueignen, ihn Lehrlingen und Schülern zugänglich zu machen, die Geschichte der Arbeiterbewegung aufzuarbeiten, in den Betrieben und Schulen Fuß zu fassen, die in diesen Aktivitäten sichtbare Bereitschaft, zu handeln und zu intervenieren, steht im Widerspruch dazu, daß ihr als Interventionsmethoden immer noch nur die einfallen, die die Arbeiterklasse in der Phase von Konkurrenzkapitalismus und Parlamentarismus entwickelt hat: als Rosa Luxemburg am Beispiel der Massenstreiks in Rußland 1905 die immense Bedeutung von Streiks im politischen Kampf erkannte und Lenin die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes. Es ist der Widerspruch zwischen ihrer Berufung auf die deutsche Arbeiterbewegung als ihrer eigenen Geschichte und der fortgeschrittenen Organisierung des westdeutschen Kapitals als westdeutschem Imperialismus als ihrer historischen Gegenwart.

Wenn immer noch ein Teil der revolutionären Linken die RAF für die persönliche Angelegenheit von Baader und Meinhof hält und die Frage des bewaffneten Kampfes wie Howeida auf dem Terrain von *Bild* und *BZ* als Kriminalität diskutiert

und uns zu diesem Zweck auch falsche Begründungen unterstellt, falsche Positionen anhängt, dann löst sie damit den Widerspruch nicht zwischen ihren Erkenntnissen vom Stand der Klassenkämpfe und ihren Vorstellungen von revolutionären Interventionsmethoden – dann schiebt sie als subjektives Problem auf uns ab, was ihr und uns objektives Problem ist. Dann verhält sie sich wie einer, der vor der Schwere der Aufgabe, die auf ihn zukommt, Angst hat – sie steckt den Kopf in den Sand und denkt nicht mehr nach. Die Verurteilung des Konzepts Stadtguerilla innerhalb eines Teils der Linken erfolgt viel zu oberflächlich und aus dem Ärmel geschüttelt, als daß wir uns damit abfinden könnten, die Lücke zwischen ihrer Einsicht und unserer Praxis einfach wuchern zu lassen, obwohl wir meinen, daß wir diese Lücke durch unsere Anstrengungen allein nicht schließen können. Den Anspruch, daß sie selbst sich an diesen Anstrengungen beteiligt, halten wir ihrem und unserem Selbstverständnis nach für gerechtfertigt.

Wir haben vor einem Jahr gesagt: Stadtguerilla ist die Verbindung von nationalem und internationalem Klassenkampf. Stadtguerilla ist eine Möglichkeit, im Bewußtsein der Menschen die Zusammenhänge imperialistischer Herrschaft herzustellen. Stadtguerilla ist die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen Kräften. Einen Fortschritt im Klassenkampf gibt es nur, wenn die legale Arbeit mit illegaler Arbeit verbunden wird, wenn die politisch-propagandistische Arbeit die Perspektive bewaffneter Kampf hat, wenn die politisch-organisatorische Arbeit die Möglichkeit Stadtguerilla einschließt. Das soll hier konkretisiert werden: am Beispiel des Chemie-Arbeiter-Streiks 1971, angesichts der objektiven Aktualität der sozialen Frage, der subjektiven Aktualität der Frage des kapitalistischen Eigentums und der Militarisierung der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik und »Im gegenwärtigen Stadium der Geschichte kann niemand mehr bestreiten, daß eine bewaffnete Gruppe, so klein sie auch sein mag, bessere Aussichten hat, sich in eine große Volksarmee zu verwandeln, als eine Gruppe, die sich darauf beschränkt, revolutionäre Lehrsätze zu verkünden« (aus: 30 Fragen an einen Tupamaro).[81]

2. Der Chemie-Arbeiterstreik 1971

Die großen Streikbewegungen 1971 in der chemischen Industrie und in der Metall-Industrie – die zu den fortgeschrittensten Industrien Westeuropas gehören – haben deutlich gemacht, was die Probleme der Arbeiterklasse in den nächsten Jahren sein werden. Sie haben eine große Bereitschaft zu kämpfen in der Arbeiterschaft gezeigt und gleichzeitig die ökonomische und politische Überlegenheit der Chemie- und Metallindustriellen der Arbeiterklasse gegenüber; sie haben die Komplizenschaft der Gewerkschaftsbürokratien mit der sozial-liberalen Regierung gezeigt und die Rolle dieser Regierung als ausführendem Organ dieses »Staates der Konzerne«. Die Arbeiter haben die Streiks verloren. Sie hatten für 11 und 12 Prozent gestreikt, die Gewerkschaften haben sich auf 7,8 und 7,5 Prozent mit den Unternehmern geeinigt. Die Situation, auf die sich Sozialisten in der Bundesrepublik und Westberlin in den nächsten Jahren einzulassen und zu beziehen haben, ist durch das, was in diesen Streiks sichtbar geworden ist, gekennzeichnet: subjektiv verschärfte Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse, objektiv verminderte Kampfkraft; objektiv Lohnabbau, Verlust des »sozialen Besitzstandes«, subjektiv mehr Bewußtsein vom Klassengegensatz, Klassenhaß.

81 Die uruguayische Stadtguerilla »Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros« entstand Anfang der sechziger Jahre und agiert heute, seit 1985 die Militärdiktatur von einer demokratischen Massenbewegung zum Abdanken gezwungen wurde und die politischen Gefangenen der MLN freigelassen wurden, in der Legalität. Die Tupamaros gewannen in den sechziger Jahren mit sogenannten »Robin-Hood-Aktionen« starke Sympathien in der uruguayischen Bevölkerung. Ab 1968 eskalierte der Konflikt zwischen Guerilla und Paramilitärs, bis die Armee 1973 das Parlament auflöste. Die Tupamaros waren Vorbild für viele später gegründete Stadtguerillaorganisationen überall auf der Welt.

Die Stärke der Chemie-Industrie war ökonomisch das Resultat einer Entwicklung von Konzentration und Kapitalexport, zu dem die Wirtschaft Westeuropas insgesamt unter dem Druck der nordamerikanischen Konkurrenz gezwungen ist. Sie war politisch das Resultat der Lehren, die die westdeutsche Industrie aus dem Mai ’68 in Frankreich und den wilden Streiks im September ’69 gezogen hat, ihre Gegenoffensive gegen das in den Septemberstreiks sichtbar gewordene, erstarkte Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft hier.

Konzentration

Die größeren amerikanischen Unternehmen können immer noch trotz höherer Löhne geringere Produktionskosten erzielen, aufgrund ihrer Größe und aufgrund ihres technologischen Vorsprungs. Hugh Stephenson von der *Times*: »Das Problem der Größe gilt nicht so sehr für die Größe der Fabrikanlage, sondern darunter ist die finanzielle und wirtschaftliche Größe zu verstehen. Großer Umsatz allein bedeutet noch nicht viel. Er hat aber im Gefolge den Vorteil der beherrschenden Marktposition. Und das ist eine Prämie, ohne die die großen Kapitalinvestitionen in der modernen Industrie, selbst wenn sie nicht in den Bereich der fortgeschrittenen Technologie gehören, nicht befürwortet werden können. Die Art des Wettbewerbs zwischen Unternehmen in fortgeschrittenen Industriezweigen, wie Auto, Chemie und Erdöl, hat sich grundlegend geändert. Die Kosten neuer Investitionen sind so hoch, daß den betroffenen Gesellschaften eine stabilere zukünftige Nachfrage gesichert sein muß, als dies bei scharfem Wettbewerb möglich wäre. Unter diesen Umständen ist es unausbleiblich, daß sich die Industrie in Europa in der Zukunft in einer weiteren Phase der Konzentration zu wenigen und größeren Gruppierungen zusammenschließen wird.« (*Die Welt*, 23.2.72)

Öffentliche Gelder

Konzentration ist die eine Sache. Der Zufluß öffentlicher Gelder für Forschungs- und Entwicklungsausgaben die zweite. Den nordamerikanischen Unternehmen stehen mehr Gelder dafür zur Verfügung durch ihre Größe und durch die perma-

nente Rüstungswirtschaft der USA. 1963–64 gaben die USA 3,3 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Forschungszwecke aus – gegenüber nur 1,5 Prozent im Durchschnitt in Westeuropa. Hugh Stephenson: »In den Bereichen fortgeschrittener Technologie mit riesigen und immer noch steigenden Forschungs- und Entwicklungskosten wird Europa keinen Erfolg haben, wenn nicht der ständige Fluß öffentlicher Gelder gewährleistet ist.« Sei er das nicht, dann sei es besser, von Anfang an mit amerikanischen Firmen Korporationsabkommen zu schließen. Das ist der Druck, der heute von der Wirtschaft auf den Staat ausgeübt wird. Konzentration und staatliche Subvention sind zur Lebensfrage des kapitalistischen Westeuropa geworden.

Kapitalexport

Die dritte Sache heißt Kapitalexport, heißt Beteiligung an ausländischen Unternehmen und Errichtung eigener Produktionsanlagen im Ausland, zum Zwecke der billigeren Rohstoffbeschaffung, um das niedrigere Lohnniveau in anderen Ländern als Profit zu kassieren, um Transportkosten beim Warenverkauf auf ausländischen Märkten zu sparen.

Weil die chemische Industrie an der Spitze dieser Entwicklung steht, hat der Chemie-Arbeiterstreik 1971 exemplarischen Charakter, kann an seinem Beispiel eine ganze Entwicklung begriffen werden, die von der Streikvorbereitung durch die Chemie-Arbeitgeber im Dezember ’70 bis zum Rausschmiß von DKP-Lehrern aus dem Staatsdienst und der Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei reicht, vom Faschismus in der Bundesrepublik, der sich erst entfaltet, bis zur CSU-Machtergreifung beim Bayerischen Rundfunk, der Ablehnung, Mandel an die FU zu lassen[82], bis zum Vollzug der Todesstrafe an der Roten Armee Fraktion. Es ergibt sich daraus, daß in den nächsten Jahren tatsächlich immer mehr Menschen, und zwar aller Schichten, die Kapitaleigner ausgenommen, mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen unzufrieden sein werden; und es ergibt sich daraus, daß es falsch, taktisch und strategisch falsch ist, die Eigentumsfrage nicht überall und andauernd als die Hauptfrage herauszustellen, da noch mit Wischi-Waschi-Argumentationen wie Mitbestimmung und »Wehret den Anfängen« herumzuhantieren. Das ergibt sich aus einer Entwicklung, die diejenigen, die davon profitieren, am wenigsten verschleiern können.

Bayer – BASF – Farbwerke Hoechst

Die Chemie-Industrie gehört zu den am stärksten konzentrierten Industrien Westdeutschlands. Der Umsatzanteil der drei IG-Farben-Nachfolger Bayer, Farbwerke Hoechst und BASF liegt bei 50 Prozent der Branche. Die drei Chemiekonzerne gehören zu den vier größten Aktiengesellschaften der Bundesrepublik. Von

82 Ernest Mandel, langjähriger Aktivist der 4. Internationalen, war 1970/71 Gastdozent an der Freien Universität Berlin und wurde 1972 für eine Professur vorgeschlagen, was der Berliner Senat jedoch ablehnte. Mandel hatte von 1972 bis 1978 Einreiseverbot in die BRD.

597 000 in der Branche Beschäftigten arbeiten allein 200 000 bei den großen drei. Sie verfügen über mehr als 50 Prozent der unternehmenseigenen Forschungs- und Entwicklungsaufwendung der chemischen Industrie. Allein die BASF gliederte sich in den Jahren 1965–70 Unternehmen und Konzerne im Wert von 4 Milliarden Umsatz ein, das war mehr, als sie selbst 1965 umgesetzt hat.

Über die Zusammenarbeit dieses Staates mit den Chemie-Konzernen heißt es im *Bundesforschungsbericht 1969*: »Gerade in der chemischen Industrie kann man von einer echten Arbeitsteilung zwischen staatlich geförderter Grundlagenforschung und Industrieforschung sprechen. Die chemische Industrie kann ihre bisherigen Wachstumsraten und ihre internationale Bedeutung nur aufrecht erhalten, wenn die (staatlich geförderte) Grundlagenforschung einen hohen Stand beibehält.«

Kapitalexport in der chemischen Industrie heißt: Während die gesamte westdeutsche Industrie 1970 19,3 Prozent ihrer Umsätze im Ausland machte, waren es für die Farbwerke Hoechst 44 Prozent, für BASF 50 Prozent, für Bayer 56 Prozent. Sie produzieren u.a. in Südafrika, Portugal, der Türkei, dem Iran und Brasilien. An Portugal, die Türkei und den Iran gibt die Bundesrepublik gleichzeitig Militärhilfe. Daß diese Militärhilfe dazu dient, die Kapitalverwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals in diesen Ländern zu sichern, d.h. das niedrige Lohnniveau zu halten, dagegen kämpfende Arbeiter zusammenzuschießen, weiß man. Bekannt ist inzwischen auch, daß diese Militärhilfe seit Mitte der 60er Jahre als Hilfe für den Ausbau von »Sicherungskräften«, d.h. für die Polizei, gegeben wird, insofern der Anti-Guerilla-Krieg als Kampf gegen Kriminalität geführt wird, eine Sprachregelung, mit der behauptet werden kann: Es gibt keinen Widerstand, die Massen sind mit allem einverstanden, es gibt nur Kriminelle und Kriminalität. Amerikanische Militärhilfe an den Iran wurde gegeben zur Unterstützung des Kampfes gegen Rauschgifthandel und -schmuggel, Brandt hat keine »ideologischen Vorurteile«, wenn Todesurteile gegen Revolutionäre als Verurteilungen von Kriminellen ausgegeben werden. Scheel[83] formulierte kürzlich erst das gemeinsame Interesse der Bundesrepublik mit der brasilianischen Militärjunta gegen »Terrorismus« und »subversive Aktivitäten«, das war beim Abschluß des Vertrages, der der Bundesrepublik den Zugang zu brasilianischen Uranvorkommen sichert, das galt den lateinamerikanischen Guerillas, die der BASF Bomben ins Haus legen. Die westdeutsche Chemie kontrolliert zusammen mit amerikanischen Konzernen fast den gesamten chemischen und pharmazeutischen Markt im Iran. Der Iran hat die höchsten Wachstumsraten der westlichen Weit; Südafrika die höchsten Profitraten – VW z.B. zahlte im Durchschnitt der letzten Jahre 30 Prozent Dividende, 1968 sogar 45 Prozent. Die westdeutsche chemische und pharmazeutische Industrie beherrscht den südafrikanischen Markt zu 10 bis 12 Prozent allein schon mit den dort von ihr produzierten und verkauften Waren.

83 Walter Scheel (FDP): Von 1968 bis 1974 FDP-Vorsitzender, von 1969 bis 1974 Außenminister und Vizepräsident der Sozialliberalen Koalition. Von 1974 bis 1979 war er Bundespräsident.

Druck auf die Löhne, Herabsetzung des Lohnkostenanteils am Umsatz wird erreicht durch die Ausnutzung des niedrigen Lohnniveaus im Ausland, durch Gastarbeiter, durch Investitionen im Inland, die in der chemischen Industrie in den letzten Jahren zu 75 Prozent der Kapazitätserweiterung und Rationalisierung dienten, zur Freisetzung von Arbeitskräften. In Zahlen: Während die Beschäftigtenzahl in der chemischen Industrie von 1950 bis '70 um nur 100 Prozent stieg, stiegen die Umsätze um 636 Prozent. Allgemein besteht die Tendenz, die Beschäftigtemzahlen zu senken. Die Schließung der Phrixwerke hat Schlagzeilen gemacht. Hüls kündigte in diesem Februar an, daß es 1972 die Belegschaftsstärke um 3 bis 4 Prozent senken werde. Die Chemie-Industriellen sprechen von der »zunehmenden Bedeutung der Arbeitskostenbelastung«. Sie meinen: Entlassungen und Herabsetzung der Löhne. Sie gingen in die Tarifrunde 1971 mit der Absicht, ihre Vorstellungen von »Arbeitskostenbelastung« durchzusetzen, d.h. die Arbeiterklasse mit einem massiven Angriff in die Defensive zu treiben.

Die Stärke der Kapitalistenklasse

Konzentration als Voraussetzung für eine starke Verhandlungsposition des Kapitals bedeutet: einheitliches Handeln der Arbeitgeber, insofern die Arbeitgeberverbände von denen beherrscht werden, die den Markt beherrschen: Bayer, BASF und Hoechst; Kapitalexport bedeutet Stärke, insofern die Arbeiterklasse, die den Chemie-Industriellen gegenüberstand, nicht die einzige mehrwertproduzierende der chemischen Industrie ist. Indem die Aufhebung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen im Arbeitskampf in den Nationalstaatsgrenzen immer noch ihre faktische Grenze hat, legt der Streik die Mehrwertproduktion für das Kapital nur teilweise still. Während die Arbeiter alles aufs Spiel setzen, steht für das Kapital nur ein Teil auf dem Spiel.

Darüber, daß die Chemie-Industriellen ihre Stärke in den Tarifverhandlungen rücksichtslos ausspielten, politisch einzusetzen wußten, gibt es überhaupt keinen Grund zu jammern. Es ist falsch, eine spezifische Bosheit der Chemie-Industriellen darin zu sehen, daß sie bestrebt sind, das Lohnniveau durch Ausnutzung der Sklavenarbeit in Afrika, Asien und Lateinamerika zu drücken, sich durch Investitionen Arbeitskräfte vom Hals zu schaffen, sich durch Konzentration ökonomische und politische Handlungsfreiheit und Flexibilität zu sichern. Die Brutalität ihrer Handlungen als Ausbeutung, als politische Unterdrückung, als das Bestreben, die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft auf ein Minimum zu drücken, entspricht der Rationalität des Systems, als Druck der nordamerikanischen Konkurrenz auf die Wirtschaft Westeuropas, der Rationalität der Branche, ihrer Produkte und Märkte – sie ist als Unmenschlichkeit und Verbrechen dem System immanent und wird nur mitsamt dem System abgeschafft oder gar nicht.

Die Chemie-Industriellen hatten die Streiks bis ins Detail vorbereitet, sie, nicht die Gewerkschaften, wollten den Streik, und sie, nicht die Gewerkschaften, haben den Streik gewonnen. Die Arbeiter erlitten eine Niederlage. Sie hatten, mit verteilten Rollen, alle gegen sich: das Kapital, die Regierung, die Gewerkschaftsbürokratien.

Die Vorbereitung der Streiks

Im Februar '71 kündigten die Gewerkschaften die Tarife für Hessen, Nordrhein und Rheinland-Pfalz zum 31. März und forderten 11 bis 12 Prozent, für Hessen linear 120,- Mark, das heißt für Hessen: Lohnerhöhung für alle Lohngruppen gleich, Einfrieren der Lohnschere, ein Schritt zur Herstellung von Einheit für die Arbeiterklasse. Die Chemie-Industriellen machten kein Angebot.

Im Dezember '70 schon hatten die Chemie-Industriellen die »gegenseitige Hilfeleistung« der Unternehmen im Fall eines Streiks vorbereitet. Das war die Übernahme von Lohnaufträgen zu Be- und Verarbeitung von Rohstoffen, Vor- und Zwischenprodukten, die Zuverfügungstellung von Produktionseinrichtungen und Transportmitteln; das war die Bevorratung ihrer Produkte bei ihren Abnehmern für wenigstens acht Wochen, das ging bis runter zu den Apotheken und Universitäten – der Rektor der Universität Düsseldorf forderte z.B. die Institute und Seminare auf, sich vorsorglich einzudecken. Betriebliche Maßnahmen waren detailliert ausgearbeitet: Betriebsanleitungen für Streikbrecher, die Anlage abhörsicherer Telefone, die namentliche Erfassung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Druckmöglichkeiten für Flugblätter, Kontakte zur Lokalpresse und örtlichen Meinungsträgern wie Lehrer, Pfarrer, Vereine; namentliche Erfassung »politischer Untergrundkräfte« zur Weitergabe an Verfassungsschutz und Polizei, Kontakte zur Polizei, zu Regierungsstellen, zu Innenministern. Argumentationsketten waren vorbereitet wie »Gefährdung der Arbeitsplätze durch Streik« etc.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Farbwerke Hoechst hatten im Dezember '70 eine Mitgliederbefragung zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen verlangt. Die Tarifkommission – aus Vertretern der IG Chemie und Betriebsräten der Großbetriebe – lehnte das ab. Das Abstimmungsergebnis, mit dem Arbeitermitbestimmung abgelehnt wurde, war nicht einmal knapp: 4 gegen 1. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute von Merck, Darmstadt, stellten die Forderung 160 Mark oder 12 Prozent auf. Auch sie kamen in ihrer Tarifkommission nicht durch.

Staatliche Unterstützung für die Kapitalistenklasse

Staatliche Unterstützung hatten die Arbeitgeberverbände. Die ursprünglich auf 9 Prozent projektierte Lohnleitlinie wurde zu Jahresbeginn auf 7,5 Prozent reduziert. Brandt am 11. Mai im Bundestag: »Zu starke Lohnkosten könnten in dieser Phase die Gefahr von Unterbeschäftigung hervorrufen.« Die Sachverständigen stellten in ihrem Sondergutachten zur Unterstützung der Chemie-Industriellen fest, daß »eine sehr langsame Verminderung der Lohnsteigerungsrate« nicht ausreicht, sondern »eine Zäsur notwendig ist« (Mai '71).

Im Mai kamen die Chemie-Industriellen mit einem Angebot von 5 Prozent

heraus. Im Mai ließ die IG Chemie in ihren Pressemitteilungen durchblicken, daß sie nicht auf 11 bis 12 Prozent beharren würde, daß sie auch mit 8 oder 9 Prozent zufrieden wäre.

Der Verrat von Rheinland-Pfalz

Am 24. Mai aber wurde in Rheinland-Pfalz – zur Überraschung der Öffentlichkeit – ein Tarifvertrag abgeschlossen über 7,8 Prozent für zehn Monate, das sind bei einer faktischen Laufzeit von zwölf Monaten 6,5 Prozent, weniger also als Schillers Orientierungsdaten. In Rheinland-Pfalz herrscht die BASF. Die BASF brauchte keinen Streik. Auch bei Bayer und Hoechst wurde später nicht gestreikt. Die Belegschaften der Großbetriebe brauchten die Demütigung der Streikniederlage nicht, sie werden durch ein vielfach gefächertes Pazifizierungssystem diszipliniert: Werkswohnungen, scheinbare Gewinnbeteiligung, Ausbildungsbeihilfen, ein betrieblicher Vertrauensleutekörper neben dem gewerkschaftlichen, eine Arbeitsorganisation, die die Belegschaften hundertfach in räumlich getrennte Betriebseinheiten spaltet, ein Lohnsystem, das sie nach Lohngruppen spaltet, Leichtlohngruppen, die sie nach Männern und Frauen spalten.

Das Flugblatt, das die IG Chemie zu diesem Abschluß an ihre Mitglieder verteilte, verteilten in Hessen die Chemie-Industriellen an ihre Belegschaften. Die Tarifkommissionen in Nordrhein und Hessen gaben sich empört über den Abschluß in Rheinland-Pfalz. Sie redeten von Kampfmaßnahmen, ohne sie vorzubereiten. Die IG Chemie forderte ihre Mitglieder lediglich auf, ihre Beiträge in Ordnung zu bringen und neue Mitglieder zu werben.

Streik

Am Widerstand der Chemie-Industriellen scheiterte schließlich die Bundesschlichtung für Nordrhein, für Hessen, später für Westfalen und Hamburg. Nach dem Scheitern der Bundesschlichtung begannen die Streiks. Von Anfang Juni bis Anfang Juli waren insgesamt 50 000 Arbeiter in diesen vier Bezirken im Streik, 150 000 beteiligten sich an Aktionen. In Nordrhein wurde für 9 Prozent gestreikt, in Hessen für eine lineare Erhöhung um mindestens 120 Mark, wenigstens 11 Prozent, in den anderen Bezirken für 11 und 12 Prozent. Es waren die ersten Streiks in der chemischen Industrie seit 40 Jahren, seit den Lohnkämpfen zu Anfang und Ende der 20er Jahre.

Die organisatorische Initiative ging nicht von den Gewerkschaften, sie ging von den Arbeitern aus. Bei Glanzstoff, Oberbruch, ging sie von 120 Handwerkern aus, die am 3. Juni spontan die Arbeit niederlegten. Als später die Gewerkschaft die Lahmlegung von Schlüsselindustrien empfiehlt, schließen sich andere Abteilungen dem aktiven Streik spontan an. Bei Dynamit Nobel, Troisdorf, begannen die Aktionen mit einer spontanen Arbeitsniederlegung der Handwerker der Zündstoffabriken. Bei den Clouth-Gummiwerken, Köln, bei denen vier Wochen lang gestreikt wurde, fingen die Walzwerker an. Bei Degussa, Wolfgang, gingen die

Handwerker von sich aus in kleinen Gruppen durch die Produktionshallen, um die Arbeiter zur Kundgebung von Betriebsrat und Vertrauensleuten zu holen. Bei Braun, Melsungen, fingen die Arbeiter im Apparatebau an. Bei Glanzstoff, Kelsterbach, begannen die Aktionen mit den Sitzstreiks einiger Spanier. Bei Merck, bei den Farbwerken Hoechst – überall gingen die Aktionen von kleinen, aktiven Gruppen aus. In einigen Betrieben ist den ganzen Juni über gestreikt worden.

Am 8. Juni nahmen 10 000 Arbeiter an einer Großkundgebung der IG Chemie in der Kölner Sporthalle teil. Am 14.6. war Aktionstag in Nordrhein: In 38 Betrieben streikten 19 000 Arbeiter. Am 16.6. fand die zweite Großkundgebung der IG Chemie in Köln mit noch mal 10 000 Arbeitern statt. Gleichzeitig beteiligten sich 16 000 an Aktionen in Hessen – 4 000 Arbeiter der Farbwerke Hoechst demonstrierten zu einer Kundgebung der Gewerkschaft, es war das erstemal seit 50 Jahren, daß bei Hoechst – wenn auch nur für ein paar Stunden – gestreikt wurde. Ende Juni streikten in Hessen, Nordrhein, Hamburg und Westfalen 38 000 Arbeiter. Wenn man bedenkt, wie zweideutig die Gewerkschaftsbürokratien sich verhielten, daß die Initiative zu den Streiks von kleinen Gruppen ausging, dann sind das eindrucksvolle Zahlen.

Aber bei Merck stellte sich erst unter dem Druck der Belegschaft der Betriebsratsvorsitzende hinter die Forderung der Gewerkschaft. Die Streikleitung bei Bayer, Leverkusen, kam mit ihrem Streikbeschluß bei der Streikbezirksleitung nicht durch.

Viele wollten nicht streiken, weil ihnen die Forderung nicht hoch genug war. Viele wollten nicht streiken, weil sie meinten, am Ende gäbe es ja doch einen miesen Kompromiß. Daß es bei den Farbwerken Hoechst und bei Bayer, Leverkusen, – als den größten Betrieben in Hessen und Nordrhein – bei Einzelaktionen blieb, entmutigte viele. Das Pazifizierungssystem der Konzerne zahlte sich aus.

Während die Arbeiter streikten, unternahmen die Chemie-Industriellen alles, um in der Offensive zu bleiben – blieben die Gewerkschaften defensiv. Der stärkste Druck auf die Arbeiter wurde mit der Behauptung ausgeübt, die Streiks seien illegal, weil keine Urabstimmung stattgefunden hätte – die IG Chemie ist gesetzlich nicht verpflichtet, Urabstimmungen abzuhalten, anders als die IG Metall. Bei Hoechst ist es mit dem Argument »Kein Streik ohne Urabstimmung« zu keinen Streiks gekommen. Die Streikleitung von Merck stellte die Frage des Rechts als Machtfrage im Klassenkampf: »Im Arbeitskampf, das sagt schon das Wort, ist unser Recht aufgrund der Meinung der Mehrheit, der Streikenden nämlich, vorrangig.« Der IG Chemie fiel nur der Hinweis auf ihre Satzung ein.

Den Chemie-Industriellen waren legale und illegale Mittel gleich recht: bei Merck wurden Gerüchte verbreitet, es gäbe Verletzte, es seien Steine auf Werksschienen gelegt worden, »betriebsfremde Elemente« hätten Sabotage verübt, Streikposten seien mit Fahrradketten und Schlagringen bewaffnet. Bei Glanzstoff, Oberbruch, sind Gerüchte über Schießereien verbreitet worden. Polizeieinsätze verschafften Streikbrechern Durchgänge zu den Betrieben, bei Merck und bei

Glanzstoff, Kripo fotografierte Streikposten, griff Streikposten an, Busse mit Streikbrechern fuhren in die Streikposten rein (Glanzstoff); die Unternehmensleitung von Merck störte den Funkverkehr zwischen den Streikposten, verstärkte den Werkschutz, Bereitschaftspolizei stand bereit, Betriebsfremde wurden als Streikbrecher geholt, ein Lager wurde aus dem Werksgelände ausgelagert. Bei Glanzstoff waren die Polizeieinsätze so hart, daß junge Polizisten zu weinen anfingen und durch ältere ersetzt werden mußten, bevor die Polizei den Streikbrechern den Weg freimachen konnte.

Klassenjustiz

Einstweilige Verfügungen der Arbeitsgerichte kamen dazu, um den Zugang von Streikbrechern in die Betriebe abzusichern, Polizeieinsätze zu legalisieren, Streikaktionen zu illegalisieren. Bei Merck schloß die IG Chemie nach Erlaß der Einstweiligen Verfügung einen Vergleich, der den Inhalt der Verfügung nicht außer Kraft setzte – Durchgang für Streikbrecher –, dafür die gerichtliche Intervention noch gewerkschaftlich sanktionierte. So fiel die Gewerkschaft den Arbeitern von Merck in den Rücken, deren Streikleitung zu der Einstweiligen Verfügung erklärt hatte: »Das Auge des Gesetzes sitzt im Angesicht der herrschenden Klasse.« (Ernst Bloch)[84] »Uns unterstellt die Geschäftsleitung die Gewalt, die von eben dieser Geschäftsleitung und nur von ihr ausging und ausgeht.« Die zu dem Vergleich erklärte: »Der Vergleich täuscht ein Recht für sogenannte Arbeitswillige, das heißt von Streikbrechern, vor. Aber die Unternehmer weigern sich ganz entschieden, ein wirkliches Recht auf Arbeit zu gewähren. Wo blieb das Recht auf Arbeit in der Krise 1966/67?«

Der Oberbürgermeister von Darmstadt verband die Neutralitätserklärung von Staat und Polizei mit der Drohung, daß doch wohl kein Arbeiter den Urlaub im Krankenhaus verbringen wollte.

Den Arbeitern von Merck gelang es immer wieder, den Durchgang für Streikbrecher zu blockieren, gegen die Polizei, zeitweilig mit Unterstützung von Studenten. Indem sie ihren Streik offensiv führten, kamen keine Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit unter den Arbeitern auf. Unrechtmäßig dagegen war nach Beendigung der Streiks die Entlassung von 17 Lehrlingen und Jungarbeitern bei Merck.

Während die Gewerkschaften sukzessive ihre Forderungen herabsetzten, während die Arbeiter streikten, erklärten die Chemie-Industriellen die Löhne kurzerhand als vom 1. Juni an um 6,5 Prozent erhöht. Ein Korruptionsversuch, der gegenüber den Arbeitern weitgehend mißlang. Den Machenschaften der Gewerkschaftsführung aber waren sie nicht gewachsen. Die schloß sich einem Kommuniqué der Konzertierten Aktion im Juni an, das einer Aufforderung gleichkommt, die Streiks mit einer Niederlage zu beenden: »Die am Gespräch der Konzertierten Aktion Beteiligten werden in voller Eigenverantwortlichkeit auf Unternehmer und Gewerkschaften einwirken mit dem Ziel, daß alle Beteiligten sich nicht an den Preis- und Einkommenserwartungen des Booms orientieren, sondern an den Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung.«

84 Ernst Bloch: Marxistischer Philosoph und von 1933 bis 1948 im Exil. Danach kehrte er in die DDR zurück und wurde mit dem Nationalpreis ausgezeichnet. Wegen seiner Kritik am Leninismus und seiner Sympathie für die rätekommunistischen Veränderungen in Polen und Ungarn wurde seine Rede- und Publikationsfreiheit in der DDR stark eingeschränkt und 1957 wurde er zwangsemeritiert. 1961 siedelte Bloch in die BRD über.

Damit kam es Anfang Juli zwischen dem Hauptvorstand der IG Chemie und den Chemie-Industriellen zum Abschluß: 7,8 Prozent = Lohnleitlinie = das Ergebnis von Rheinland-Pfalz. Die Streikleitung von Merck schickte ein Protesttelegramm an den Hauptvorstand, er möge zurücktreten. Bei den Clouth-Gummiwerken wurden die Gewerkschaftsvertreter bei Bekanntgabe des Abschlusses ausgepfiffen. Der Streik war beendet.

Die Chemie-Industriellen hatten erreicht, was sie wollten. Sie wollten, daß der erste Streik in der Chemie-Industrie in seinem Verlauf und Inhalt von ihnen bestimmt wird, daß die erste Streikerfahrung der Chemiearbeiter dieser Generation die Erfahrung einer Niederlage ist, weil sie »im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Arbeitskostenbelastung mit der Möglichkeit rechnen, daß bei künftigen Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie ernste Auseinandersetzungen, also u.U. auch Arbeitskämpfe nicht vermieden werden können« (aus: *Hilfeleistung im Arbeitskampf*) – weil für die Chemie-Industriellen dieser Streik keine vereinzelte Erscheinung war, sondern eine Etappe in einer langfristigen Strategie im Kampf gegen die Arbeiterklasse. Mit den Worten des Sprechers der Deutschen Bank, Ulrich: »Es bedarf mehrerer Schritte, die allerdings jeweils groß genug sein müssen, um bald das Ziel – Steigerungsraten von nur noch zwei oder drei Prozent – zu erreichen.« (Februar ’72)

Die Arbeiter haben nicht erreicht, was sie wollten: mehr Einheit – das war der Inhalt der 120-Mark-Forderung in Hessen; Lohnerhöhungen, die nicht hinter den Preissteigerungen zurückbleiben – das war der Inhalt der Streikbewegung; Geschlossenheit – mit, nicht ohne die Arbeiter von Bayer, BASF und Hoechst; Erfolg.

Sicher ist dieser Tarifabschluß Ausdruck des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen. Wobei man sagen kann, das Kapital hat fast alles in der Hand, die Arbeiter fast nichts. Die Seite des Kapitals ist geschlossen und »konzentriert«, die Arbeiterklasse vielfältig gespalten; das Kapital hat starke Organisationen, die es fest in der Hand hat, die Arbeiter Gewerkschaften, die sie nicht in der Hand haben, deren Bürokratie und Führung eine arbeiterfeindliche Politik macht, zusammen mit der jetzigen Regierung; das Kapital hat den Staat, die Arbeiterklasse hat ihn gegen sich; das Kapital ist international organisiert, die Arbeiterklasse kann immer noch nur im nationalen Rahmen handeln; das Kapital hat eine klare, langfristige Strategie und propagiert sie in allen Bereichen, ist entschlossen, den Angriff auf die Arbeiterklasse zu führen. Die Arbeiterschaft wird dem ihre Wut entgegenhalten – das ist aber auch alles, was sie dann hat.

Die Militarisierung der Klassenkämpfe

Trotz dieser Stärke des Kapitals, trotz dieser Schwäche der Arbeiterklasse rüstet der Staat auf, bereitet die Militarisierung der Klassenkämpfe vor. Die politischen Maßnahmen entsprechen den ökonomischen Fakten: der Aggressivität des Kapitals. Die politischen Fakten signalisieren den Umfang und die Schärfe des Angriffs.

Je weniger sich das Allgemeinwohl aus der Politik des Kapitals von selbst ergibt, als Wohlstand, wachsende Einkommen, Verbesserung der Lebensbedingungen aller, desto mehr muß getrommelt werden, desto weniger kann man sich Kritik an den Maßnahmen des Kapitals mehr leisten: Deshalb werden überall kritische Journalisten gefeuert, deshalb werden die Schulen von Linken gereinigt, deshalb greift die CSU zum *Bayerischen Rundfunk*, und das kann nur der Anfang der Gleichschaltung der *ARD*-Anstalten mit dem *ZDF* sein – auch wenn es in anderen Bundesländern nicht so schnell gehen kann.

In dem Maß, in dem die Loyalität der Massen gegenüber dem System nicht mehr erkauft werden kann, muß sie erzwungen werden, nicht mehr freiwillig erfolgt, wird Gewalt angedroht: wird der Bundesgrenzschutz in eine Bundespolizei umgewandelt und von 23 000 Mann auf 30 000 vergrößert; wird die Polizei mit Maschinenpistolen ausgerüstet, soll sich der Bürger an den mit einer MP bewaffneten Bullen an der Kreuzung gewöhnen wie ans Steuerzahlen, wird das Haftrecht verschärft, werden Notstandsübungen durchgeführt, bei denen scharf geschossen wird, werden Genossen in U-Haft genommen, wird an RAF-Verdächtigen die Todesstrafe vollstreckt.

In dem Maß, in dem das Volk keinen Grund mehr hat, nachdem der Kapitalismus in Westdeutschland einmal erzwungen worden ist, weiterhin aus sich heraus antikommunistisch zu sein, müssen Kommunisten gewaltsam vom Volk isoliert werden: Deshalb fliegen die Linken aus den Betrieben, deshalb wird der Preis immer höher, den die DKP für ihre Legalität zahlen muß – (und es scheint: sie zahlt jeden) –, deshalb droht die chemische Industrie der FU, sie werde FU-Absolventen nicht einstellen, wenn nicht Ruhe und Ordnung an der FU wiederhergestellt werden.

In dem Maße, wie der Gedanke der kommunistischen Alternative aufgrund der Widersprüche, die das System selbst erzeugt, an Boden gewinnt, müssen Freiräume, von denen aus er noch propagiert werden könnte, geschlossen werden: Deshalb wird Mandel nicht an die FU gelassen, ruft der Universitätspräsident in Frankfurt die Bullen, damit die Klausuren geschrieben werden, die die Industrie verlangt, hetzt Löwenthal[85] gegen Spartakus, greifen Löwenthal-Kameramänner

85 Dem politischen Rechtsaußen-Spektrum zuzuordnender Fernseh-Showmaster. Löwenthal kommentierte im ZDF-Magazin die politische Entwicklung, hauptsächlich in bezug auf die DDR, und polemisierte dabei vor allem gegen die Linke. Im Laufe der Jahre entwickelte sich darüber ein medialer Schlagabtausch mit seinem DDR-Äquivalent Schnitzler (Der schwarze Kanal).

Studenten an, um jene Krawallszenen ins Bild zu kriegen, die zur Volksverhetzung gebraucht werden.

Nachdem in zehn Jahren Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik – seit der Mauer 1961[86] – die Unfallquoten der Ausländer immer noch doppelt so hoch sind wie die der deutschen Arbeiter, die schon hoch genug sind, die Unterkünfte immer noch Ghettos, die Diskriminierung im Betrieb und im Stadtteil immer noch total ist und die ausländischen Arbeiter nun anfangen, sich selbst zu organisieren, um sich besser wehren zu können, wird das Grundgesetz geändert, um die Ausländerorganisationen noch besser überwachen, noch schneller zerschlagen zu können, als das aufgrund des faschistischen Ausländergesetzes und des antikommunistischen Vereinsgesetzes schon möglich ist.

Angesichts dieser Entwicklung das bißchen Vorwand, das die Rote Armee Fraktion dem Kapital propagandistisch bietet, für den Kern des Problems zu halten, die Zuspitzung der Klassenkämpfe in kausalen Zusammenhang mit uns zu bringen, das Aufkommen von Rechtsradikalismus für eine Reaktion auf uns zu halten, ist objektiv die Argumentation des Klassenfeindes, ist subjektiv eine ganz oberflächliche Betrachtungsweise, die nur von der äußerlichen Erscheinung der Dinge, so wie die bürgerliche Presse sie darstellt, ausgeht.

Die legale Linke und der Staatsfeind Nr. 1

Die legal arbeitende Linke ist dieser Offensive des Kapitals gegenüber nicht nur defensiv, sie ist auch objektiv ratlos. Sie setzt dem ihre Flugblätter und Zeitungen entgegen, ihre Arbeiteragitation, die besagt, daß das Kapital an allem schuld ist, was ja richtig ist, daß die Arbeiter sich organisieren müssen, die sozialdemokratische Linie in den Gewerkschaften überwinden müssen, lernen, ökonomische Kämpfe zu führen, das Bewußtsein als Klasse zurückgewinnen – was notwendige politische Arbeit ist. Als einzige politische Arbeit ist sie kurzsichtig. Sie sieht die Maschinenpistolen und sagt: den ökonomischen Kampf entwickeln. Sie sieht die Notstandsübungen und sagt: Klassenbewußtsein. Sie sieht den Faschismus und sagt: die Klassenkämpfe nicht zuspitzen. Sie sieht die Kriegsvorbereitungen und sagt: Bündnispolitik mit dem Mittelstand. Sie sieht die Arbeits- und Bundesarbeitsgerichtsurteile, mit denen zukünftige Streiks illegalisiert werden sollen, und sagt: Legalität.

Die Konterrevolution traut sich zu, mit allen Problemen fertig werden zu können, die sie produziert, auch ist ihr kein Mittel zu dreckig dafür. Aber sie kann nicht warten, bis der Faschismus sich wirklich entfaltet hat, die Massen für sie mo-

86 Am 13. August 1961 ergriff die DDR Sperrmaßnahmen durch die Errichtung einer Mauer um die von den Westalliierten kontrollierten Stadtgebiete Berlins. Die Maßnahmen richteten sich gegen die zunehmende wirtschaftliche Ausblutung des Landes, gegen den Schmuggel und die unkontrollierte Abwerbung von Fachpersonal, sowie gegen die Billigarbeit. Bis zum Mauerbau hatten zehntausende Ostdeutsche Billigarbeiten im Westen durchgeführt, was sich aufgrund des Währungsgefälles lohnte.

bilisiert sind, und sie braucht die Gewißheit, daß Bewaffnung und bewaffneter Kampf ihr Monopol bleibt – daß die Wut der Arbeiterklasse, die sie zu provozieren entschlossen sind, diese Idee nicht faßt und mit der Idee die Mittel nicht: die Idee des bewaffneten Kampfes als revolutionäre Guerilla, die aus dem Hinterhalt kämpft und nicht zu fassen ist, die sie zur Rechenschaft zieht, die ihre Polizei demoralisiert, die als Gegengewalt ihrer Gewalt Widerstand leistet.

Genscher wäre nicht der Innenminister der herrschenden Klasse, wenn er nicht die unglaublichsten Anstrengungen unternähme, uns »aus dem Verkehr zu ziehen«, wenn er uns nicht zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt hätte, noch bevor wir etwas gemacht haben, was uns als solchen ausweisen würde, wenn er nicht alles, aber auch alles täte, um uns von den Linken, der Arbeiterschaft, der Bevölkerung zu isolieren, wenn er uns nicht ermorden ließe. Das kann nur noch viel schlimmer werden.

Aber sie können ihre Kriegsvorbereitungen nicht mehr heimlich durchführen und nicht mehr auf dem Boden ihrer eigenen Legalität, sie sind gezwungen, ihre eigene Ordnung zu brechen und als das aufzutreten, was sie sind: als Feinde des Volkes – und die Linke macht auf einer dialektisch höheren Ebene die richtige Propaganda, als sie sie eigentlich machen will, wenn sie sagt: Der Terror gilt nicht der RAF, sondern der Arbeiterklasse. Natürlich gilt er nicht der RAF, sondern ist Vorbereitung auf bevorstehende Klassenkämpfe. Es geht darum, die Idee des bewaffneten Kampfes mit aller Gewalt, deren das System im Augenblick fähig ist, von der Arbeiterklasse fern zu halten. Nicht wir sind ungeduldig. Das System ist nervös. Das Kapital kann nicht warten, bis sich der Faschismus entfaltet hat, die amerikanische Konkurrenz wartet nicht. Die Hysterie des Systems macht unsere Strategie und Taktik nicht falsch. Sie wird dadurch nicht falsch, daß das System es uns unendlich schwer macht, die Guerilla in den Massen zu verankern. Widerstand zu leisten wird dadurch nicht falsch, daß der Krieg ein langwieriger Krieg ist.

Was erwarten die Genossen eigentlich in einem Land, das Auschwitz hat widerstandslos über sich ergehen lassen? Deren Arbeiterbewegung die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat und deren Polizei die Geschichte der SS?

»Die Kommunisten kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.« (Kommunistisches Manifest)

Das verstehen wir unter DEM VOLK DIENEN.

3. Die Eigentumsfrage und die Militarisierung des Konflikts

Das Argument, die Bundesrepublik sei nicht Lateinamerika, verschleiert die hiesigen Verhältnisse mehr, als daß es sie aufdeckt. Gemeint ist damit – sofern es nicht nur schwatzhaft in die Debatte geworfen wird –: Hier herrscht nicht dieselbe katastrophale Armut wie dort, hier ist der Feind nicht eine ausländische Macht, hier ist das Regime dem Volk nicht so verhaßt, hier herrscht noch keine Militärregierung

wie in vielen lateinamerikanischen Staaten. Gemeint ist: Dort sind die Verhältnisse so unerträglich, daß nur noch Gewalt hilft – hier sind die Verhältnisse noch erträglich genug, so daß Gewalt nicht gerechtfertigt ist. In dem Rowohlt-Band »Zerschlagt die Wohlstandsinseln der III. Welt«, in dem auch Marighellas Handbuch über Stadtguerilla abgedruckt ist, heißt es in der Vorbemerkung, die Veröffentlichung geschehe aus Protest gegen Verhaftung und Folter in Brasilien, nicht als Anleitung zum Handeln hier, »wie schwach und durch die eigene Wirtschaftsordnung gefährdet die parlamentarische Demokratie auch immer sein mag;« – »Diese Gegengewalt [der lateinamerikanischen Stadtguerillas] gegen das terroristische Herrschaftssystem des Kapitals in einem Land anzuwenden, in dem über Mitbestimmung zumindest diskutiert wird, ist eine Verhöhnung der Verdammten dieser Erde.« Demnach sind Bomben gegen die BASF in Ludwigshafen ein Hohn auf die Bombenleger gegen die BASF in Brasilien. Die lateinamerikanischen Genossen denken anders darüber. Die BASF auch.

Das Argument, die Bundesrepublik sei nicht Lateinamerika, wird von Leuten vorgetragen, die aus der Sicht gesicherter Monatseinkünfte das Zeitgeschehen kommentieren, zur Sicherung ihrer Monatseinkünfte; es ist ein Ausdruck der menschlichen Kälte und intellektuellen Arroganz gegenüber den Problemen des Volkes hier. Die bundesrepublikanische Wirklichkeit fällt dabei faktisch und analytisch unter den Tisch.

Von der objektiven Aktualität der sozialen Frage, von der subjektiven Aktualität der Eigentumsfrage und von der Militarisierung der Klassenkämpfe ist bei der Analyse der Verhältnisse hier auszugehen.

Armut in der Bundesrepublik

Objektive Aktualität der sozialen Frage heißt: Armut in der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß diese Armut weitgehend stumm ist, bedeutet nicht, daß es sie nicht gibt. Die Tatsache, daß aus ihr nicht die Möglichkeit der sozialen Revolution abgeleitet werden kann, ist kein Grund, sich nicht auf sie zu beziehen, so zu tun, als gäbe es sie nicht.

Jürgen Roth hat in seinem Buch »Armut in der Bundesrepublik« das meiste, was zum Thema Armut zu sagen ist, zusammengetragen. Demnach leben in der Bundesrepublik und Westberlin heute 14 Millionen Menschen in Armut: 1,1 Millionen leben in ländlichen Gebieten und müssen mit 100 bis 400 Mark im Monat auskommen, das sind die Familien der Kleinbauern und Altenteiler. 4,66 Millionen Haushalte mit ca. drei Personen verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 600 Mark, das sind 21 Prozent aller Haushalte. Über fünf Millionen Rentenabhängige haben eine monatliche Rente bis zu 350 Mark. Hinzu kommen 600 000 Bewohner in Armenanstalten, 450 000 Nichtseßhafte, 100 000 Heimkinder, 100 000 Geisteskranke in Anstalten, 50 000 Erwachsene in Gefängnissen, 50 000 Jugendliche in Fürsorgeerziehung. Das sind offizielle Zahlen. Jeder weiß, daß offizielle Zahlen in diesem Bereich nach unten abgerundet werden. In

Bremen bekommen 11 000 Menschen Feuerungshilfe, weil sie zu wenig Geld haben, um sich die Kohlen selber zu kaufen. Das Münchner Wohnungsamt rechnet damit, daß die Zahl der Obdachlosen von jetzt 7300 auf 25 000 steigen wird. In Köln lebten schon 1963 17 000 in Armenanstalten.

In der Frankfurter Nordweststadt zahlt man heute für zwei Räume, etwa 60 qm groß, 460 Mark Miete. In der Nordweststadt hängen die Zähler für die Elektrizität in den Kellern. In fast jedem Hochhaus ist mindestens ein Zähler abgestellt, ungeachtet dessen, ob Kleinkinder in der dazugehörigen Wohnung sind oder ob Winter ist. 50 Abschaltungen pro Tag meldet die Stadt Frankfurt, ungefähr 800 Familien wird monatlich der Strom abgestellt.

In Frankfurt am Main leben 5 000 Penner. Nachts werden sie mit Wasser aus ihren Schlafstätten in der B-Ebene der Hauptwache herausgespritzt. Wenn die Polizei weg ist, kommen sie wieder, legen sich Zeitungen auf den nassen Boden und schlafen weiter.

7 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik haben weder Bad noch Toilette. 800 000 Familien leben in Baracken. In Frankfurt gibt es 20 000 Wohnungssuchende, in Düsseldorf 30 000.

600 000 Menschen in der Bundesrepublik sind an Schizophrenie erkrankt. Wenn Schizophrenie nicht behandelt wird, führt sie zu Invalidität. 3 Prozent der Bevölkerung sind durch seelische Erkrankung arbeits- und berufsunfähig. 5 bis 6 Millionen Menschen bedürfen auf irgendeine Art psychischer Hilfe. In einigen psychiatrischen Krankenanstalten geht man von 0,7 qm Platz pro Patient aus.

80 Prozent aller Arbeiterkinder, die nach Ansicht ihrer Lehrer auf die Oberschule gehören, kommen nicht dahin.

Armut in der Bundesrepublik ist nicht im Verschwinden, sie ist im Kommen. Die Wohnungsnot wächst. Die Schulnot wächst. Die Kindesmißhandlungen nehmen zu.

Ende 1970 wurden 7 000 Kindesmißhandlungen gezählt, man nimmt an, daß es in Wirklichkeit 100 000 waren. Man nimmt an, daß 1 000 Kinder im Jahr totgeprügelt werden.

»Schulen in der Bundesrepublik beschreiben, heißt, Armut in einem reichen Land beschreiben«, sagt Luc Jochimsen in ihren Buch »Hinterhöfe der Nation«, das anschauliches Material dazu liefert. »Das öffentliche Erziehungssystem ist ein Elendsbezirk, ausgestattet mit den Merkmalen aller Slums: Mangel, Defizit, Fehlbestand, Überalterung, Überfüllung, Erosion, Unzufriedenheit, Resignation, Abgestumpffsein, Erbarmungslosigkeit. »Was heute in den Grundschulen der Bundesrepublik mit sechs- und siebenjährigen Kindern geschieht, läuft auf eine bewußte und für die Zukunft geplante Verweigerung des Rechts auf Bildung und Ausbildung mit Hilfe der allgemeinen Schulpflicht hinaus, ist Erziehungskriminalität. Ein Verbrechen, für das es keine Strafe gibt. Ein Verbrechen, das nicht verfolgt wird.«

Im Märkischen Viertel in Berlin lebten 1970 35 000 Menschen, 1980 sollen es

140 000 sein. Die Leute sagen: »Brutal sieht das hier aus, ganz gemein, das tötet doch ab, irgendwie – aber innen, die Wohnung ist an und für sich gut geschnitten.« Im Märkischen Viertel fehlt alles: Spielplätze, Verkehrsmittel, Schulen, billige Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Anwälte. Brutstätten von Armut, Kindesmißhandlungen, Selbstmord, Bandenkriminalität, Verbitterung, Not. Das Märkische Viertel ist soziale Zukunft.

(Bürgerliche Autoren, auf deren Ergebnisse wir uns hier beziehen, machen sich nicht die Mühe, ihre Beobachtungen aus den Bewegungen des Kapitals zu analysieren, die Kapitalkonzentration bei Banken, Versicherungen, Haus- und Grundbesitz als Ursache von Verelendung bloßzulegen. Sie arrangieren sich mit ihren Recherchenergebnissen durch verbalen Protest.)

Die Aktualität der Armut ist nicht identisch mit der Aktualität der Revolution. Die Armen sind nicht revolutionär, nicht unvermittelt, nicht von sich aus. Ihre Aggressivität richten sie mehr gegen sich als gegen ihre Unterdrücker, Aggressionsobjekt sind die noch Ärmeren, nicht die Nutznießer der Armut, nicht die Wohnungsbaugesellschaften, Banken, Versicherungen, Konzerne, Stadtplaner, sondern deren Opfer. Nicht mobilisierendes, eher deprimierendes, abschreckendes Beispiel, Faschismusmaterial für *Bild* und *ZDF*.

Das *ZDF* setzt sowas in Szene: In Wiesbadener Slums mußten die Kinder für ein *ZDF*-Team im Dreck spielen, sich untereinander schlagen, schreien. Die Erwachsenen mußten sich anschreien, aufeinander losgehen. Das Fernsehen gibt dem Satz »Die Bundesrepublik ist nicht Lateinamerika«, die Armen in der Bundesrepublik haben selbst schuld, sie sind kriminell, es gib nur wenige Arme – die anschauliche Evidenz. Die Springerpresse druckt sowas nach. Faschismusmaterial.

Die Aktualität der Eigentumsfrage

Aber die objektive Aktualität der Armut hat subjektiv die Frage des kapitalistischen Eigentums in einem Maß aktualisiert, wie es das seit den ersten Nachkriegsjahren – dem Ahlener Programm der CDU[87] – nicht gegeben hat. Nicht unvermittelt, aber vermittelt. Wenig bei den Armen selbst, aber in der übrigen Gesellschaft, als Bürgerinitiative und als Gemeinplatz weit verbreitet, noch wenig organisiert, vage, aber nicht mehr zu unterdrücken.

Daß 20 000 Verkehrstote die Opfer des Profitstrebens der Automobilindustrie sind, die ohne Rücksicht auf die Entwicklung des Straßenbaus produziert; daß Versicherungspaläste das Kapital repräsentieren, das sie aus Krankheit schlagen, dessen Kehrseite Krankenhauselend ist; der Widerspruch zwischen der Verschuldung der Gemeinden und der Rendite der Konzerne, die auf ihrem Boden produzieren; zwischen Gastarbeiterausbeutung und Gastarbeiterunterkünften; Kinderelend und den Profiten der Spielzeugindustrie. Miethausprofiten und Miethaus-

87 Das erste Programm der CDU nach 1945 enthielt Kritik am Kapitalismus als Grundlage von Militarismus und forderte unter anderem die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und stärkere gesellschaftliche Mitbestimmung in Wirtschaft und Politik.

elend – das alles sind schon fast Gemeinplätze, der *Spiegel* ist jede Woche voll davon, *Bild* täglich, in Einzelfällen als Einzelfälle dargestellt, aber so massenhaft wird an diesen Zuständen Anstoß genommen, daß sie nicht mehr verschwiegen werden können. Deutsche-Bank-Sprecher Ulrich jammert über die »Verteufelung der Gewinne«, über »die Angriffe auf unser Wirtschaftssystem«, die »Kritik an den Erträgen«: »Wir alle sind noch immer nicht eindringlich genug, um die Bedeutung der Unternehmergewinne überall verständlich zu machen, ohne die ja in der Freien Marktwirtschaft Fortschritt und Entwicklung unmöglich sind« – daß damit noch Gemeinwohl gemeint sein könnte, nimmt ihm außer den Kapitaleignern selbst kaum einer mehr ab.

Eppler[88] will die unpopuläre Erhöhung der Verbrauchssteuern propagandistisch durch Besteuerung der höheren Einkommen absichern. Die CDU hat Angst, daß durch die Ostverträge eine ideologische Aufweichung im Innern der Bundesrepublik die Folge sein könnte – Schröders[89] Hauptargument: weil die Verteufelung des Kommunismus an Glaubwürdigkeit verlieren könnte, weil Kommunismus heißt: Enteignung, Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. Nicht ihren Inhalt bekämpft die CDU, sie bekämpft in den Ostverträgen die ideologische Toleranz einem Gedanken gegenüber, der der Todfeind des Kapitalismus ist.

Die Initiativen der Linken nach 1968, sofern sie überhaupt eine größere Basis hatten, hatten die Eigentumsfrage zum Inhalt, stellten einen Angriff auf kapitalistisches Eigentum dar, hatten ihren Reibungspunkt im kapitalistischen Profitstreben, ihren Konsens in der Kritik daran: die Hausbesetzungen in vielen Städten der Bundesrepublik, die Bürgerinitiativen gegen Stadtsanierung, die Initiativen für gemeinnützige Einrichtungen in Stadtrandgebieten – Märkisches Viertel, Frankfurter Nordweststadt, die Bürgerinitiativen gegen Industrieansiedlungen in der Nähe von Wohngebieten. Das Heidelberger SPK[90] hat den Zusammenhang von Krankheit und Kapitalismus so konsequent in einem kollektiven Erkenntnis- und Handlungsprozeß kritisiert, daß die Kader des SPK wegen §129 seit Juli '71 im Gefängnis sitzen. Die Kämpfe der Studenten gegen Prüfungsordnungen, die ihnen das Kapital aufzwingt, selbst die Kampagnen der Jusos gegen Privateigentum in landschaftlichen Erholungsgebieten machen kapitalistisches Eigentum zum

88 Erhard Eppler (SPD) war von 1968 bis 1974 Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und galt als »linksorientiert«. Er zählte sich zur Friedens- und Ökologiebewegung und war ab 1981 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

89 Gerhard Schröder (CDU) war von 1953 bis 1961 Innenminister, von 1961 bis 1966 Außenminister, von 1966 bis 1969 Verteidigungsminister und von 1969 bis 1980 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Er setzte sich für den Ausbau der EWG und für die NATO ein.

90 Das Sozialistische Patienten Kollektiv wurde 1970 vom Assistenzarzt Dr. Wolfgang Huber in Heidelberg gegründet. Es war eine Selbsthilfeorganisation und thematisierte die krankmachenden Strukturen der Gesellschaft. Ein offensiver Umgang mit den Ängsten und emotionalen Verstümmelungen der kapitalistischen Gesellschaft schlug sich in der Parole: »aus der Krankheit eine Waffe machen« nieder. Das SPK solidarisierte sich mit der RAF und nach der Kriminalisierung und Zerschlagung der Gruppe ging ein Teil ihrer Mitglieder in die Illegalität.

Gegenstand der Kritik. Die wichtigsten Streiks waren die im September '69, die sich an den hohen Dividenden des Jahres entzündeten. Die stärkste Kampagne der Studentenbewegung war die gegen den Springerkonzern: »Enteignet Springer«. Die brutalsten Polizeieinsätze richteten sich gegen die Hausbesetzungen in der Belgiersiedlung in Kassel, wo Frauen und Kinder herausgeprügelt worden sind, gegen die Hausbesetzer in Hannover, die jetzt mit Schadensersatzprozessen fertig gemacht werden. Nach Georgs Ermordung gab es in Berlin einen Aufkleber: »Die Killerschweine haben unsern Bruder Georg ermordet, weil sie Angst um ihren Zaster haben.«

Sozialdemokratismus und Reformismus

Reformversprechen sind zum Religionsersatz geworden, Opium fürs Volk, das Versprechen auf eine bessere Zukunft, das nur dazu dient, eine psychologische Motivation zugunsten Geduld und Abwarten, Passivität zu liefern. Mit den Anstrengungen, die nötig wären, um Reformen durchzusetzen, könnte man die Revolution selber machen. Wer den Leuten was anderes erzählt, wie die Jusos, und wer die Jusos für die Kraft hält, die wirksame Reformen durchsetzen wird, verkennt die Widerstandskraft des Systems, seine Entschlossenheit, die Gesellschaft an die Verwertungsbedingungen des Kapitals anzupassen und nicht um gekehrt, und längst nicht mehr nur »mit allen Mitteln des Rechtsstaats«, verkennt vor allem, daß die Jusos in erster Linie die junge Generation der Sozialdemokraten sind.

Ein Unterschied zwischen SPD und CDU besteht trotzdem. Sie schätzen die Arbeiterklasse, das Volk verschieden ein. Die SPD sagt: Zuckerbrot und Peitsche. Die CDU will lieber nur die Peitsche. Die SPD, erfahrener darin, wie man die Arbeiterklasse an der Nase herumführt, Wehner[91], erfahrener darin, wie man die Linken austrickst und austreibt, Brandt, erfahrener darin, wie man sich an die Spitze einer Bewegung stellt, um sie besser abwürgen zu können (die Anti-Atom-Bewegung in Berlin 1958 z.B.) – sie trauen sich mehr Taktieren gegenüber dem Volk zu als die CDU. Die SPD hat die Amnestie durchgesetzt, damit für sich die Gefahr von Solidarisierungen an Studentenprozessen gebannt, die Kontinuität der Kritik an der Justiz unterbrochen, die Linken gegenüber der Justiz und Administration entsolidarisiert und schmeißt sie jetzt, wo es deswegen keinen Aufstand mehr gibt, einzeln aus dem Staatsdienst. Mit ihrer Ostpolitik hält sie sich die Kritik am Scheitern ihrer Reformpolitik vom Hals. Der Berliner Senat hat bei der Be-

91 Herbert Wehner war ab 1927 Mitglied der KPD und enger Mitarbeiter von Ernst Thälmann. Er gehörte nach 1933 zum illegalen KPD-Apperat und Nachrichtendienst der Komintern. Er wurde wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst und Verrat aus der KPD ausgeschlossen und trat 1945 der SPD bei. Dort war er im Schumacher-Kreis, von 1966 bis 1969 Minister für gesamtdeutsche Fragen, von 1969 bis1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Seit den 50er Jahren hatte er einen starken Einfluß auf die SPD-Strategie. Er trat für die Umwandlung der SPD in eine »Volkspartei« ein, das heißt für den Abschied von einer marxistischen Programmatik, und für die Zustimmung zu Adenauers NATO- und Europapolitik.

setzung des Bethanienkrankenhauses und Umbenennung in Georg-von-Rauch-Haus die Polizei nicht eingesetzt, statt dessen den Linken das Wasser abgegraben, indem er es in Senatsregie übernahm. Heinemann hat wegen der Proteste gegen seinen Persienbesuch noch die diplomatische Augenkrankheit gekriegt. Während Brandt fuhr, war das Verbot der Ausländerorganisationen schon in Arbeit. Die SPD ist sich des Einflusses, den sie über die Gewerkschaften auf die Arbeiter hat, sicherer, als es die CDU sein kann, die den Gewerkschaften mißtraut, ihren Funktionsmechanismen: Kapitalbildung durch freiwillige Mitgliederbeiträge statt durch Mehrwertschröpfung. Und Posser[92] nimmt mancher die Lüge noch ab, Mahler[93] sei »Mitmensch«, während Brigitte Asdonk[94] in seinem Wirkungsbereich mißhandelt wurde. Den Unterschied zwischen SPD und CDU haben einige Genossen als den zwischen Pest und Cholera definiert. Dazwischen hat das westdeutsche Volk die freie Wahl.

Um den gesellschaftlichen Status quo zu halten, rüstet das System auf. Status quo halten heißt: durch europäische Unternehmenskonzentratiorn der amerikanischen Konkurrenz standhalten; durch Grundlagenforschung mit Steuergeldern die Profitraten hoch halten; durch Kapitalexport die Märkte, durch Waffenlieferungen in die Dritten Welt die Befreiungsbewegungen in Schach, durch Auslandsproduktion die Löhne hier niedrig halten; die Siemenshauptversammlung von Kritik an der Carbora-Bassa-Beteiligung freihalten; dem Schah die Kritik an der Todesstrafe in Persien vom Hals halten. Status quo halten heißt: diejenigen, die arm sind, von denen, die die Eigentumsfrage stellen, getrennt halten; die Arbeiterklasse gespalten halten; die Arbeiterklasse durch Vermögensbildung und Reformversprechen hinhalten; die Behauptungen aufrecht halten: Konsumeigentum ist gleich Produktionsmitteleigentum; jeder Angriff auf Privateigentum ist den anderen gleich. Alle Angriffe auf Privateigentum sind kriminell; die kapitalistische Produktionsweise ist eine natürliche Angelegenheit; sie ist die beste unter den möglichen und die beste, die man sich denken kann; Kapitalismuskritik dient partikularistischen, egoistischen Interessen einzelner und einzelner Gruppen; an der Inflation sind die Löhne schuld; Unternehmergewinne dienen dem Allgemeinwohl. Wer anderer Ansicht ist, ist verstiegen, ist isoliert und letzten Endes kriminell. Das ist der Status quo der Besitzverhältnisse und Ideen, der ohne die Militarisierung der Klassenkämpfe und die Kriminalisierung der Linken nicht gehalten werden kann.

92 Posser (SPD) war von 1972 bis1978 Justizminister in Nordrein-Westphalen.

93 Horst Mahler gehörte, als APO-Anwalt, zu den bekannten Gründungsmitgliedern der RAF. Er wurde im Oktober 1970 verhaftet und schließt sich in der Haft der KPD/ML an. Anläßlich der Lorenz-Entführung distanziert er sich spektakulär vom bewaffneten Kampf, indem er sich weigert ausgeflogen zu werden. In Zusammenarbeit mit Innenminister Baum wurde er 1980 entlassen.

94 Brigitte Asdonk wurde mehrere Monate in einer unterkühlten Bunker-Zelle totalisoliert, um sie zu Aussagen zu zwingen und um die Kontaktaufnahme zu anderen Mithäftlingen zu verhindern. Sie politisierte sich in der Berliner APO und schloß sich der ersten Gruppe der RAF an. Zusammen mit anderen wurde sie am 8. Oktober 1970 in der Knesebeckstraße in Berlin verhaftet, zu 10 Jahren verurteilt und 1982 entlassen.

Die Springerpresse

Die Rolle der Springerpresse bei der Militarisierung der Klassenkämpfe ist schon 1968 in der Kampagne »Enteignet Springer« genau beschrieben worden: »Man kann das Schema, nach dem die Springerpresse Öffentlichkeit produziert, auf folgende einfache Formel bringen: Jeden Befreiungsversuch der Menschen aus den Zwängen des Spätkapitalismus stellt die Springerpresse als Verbrechen dar. Der politische Revolutionär erhält die Attribute des Gewaltverbrechers. Der politische Kampf erscheint als individualistischer und abstrakter Terror, die imperialistischen Verhinderungsfeldzüge als Ungeziefervertilgungsaktion.« »Der Springerkonzern bildet die propagandistische Vorhut des aggressiven Antikommunismus. Die Springerpresse ist der Feind der Arbeiterklasse. Sie verstümmelt die Fähigkeit zum politischen Willensausdruck und zum solidarischen Handeln. Aus dem Wunsch des Lesers nach Gerechtigkeit macht die Springerpresse Lynchinstinkte, aus der Sehnsucht nach einer freien Gesellschaft den Haß gegen diejenigen, die sie errichten wollen. Die Springerpresse dient der psychologischen Kriegsvorbereitung. Durch die Feindkonstruktionen will sie sagen: Wenn ihr euch jemals rührt, wenn ihr Scheidungen nicht dem Scheidungsanwalt, Lohnerhöhungen nicht den Tarifverhandlungen, Wohnungen nicht dem Wohnungsamt, Ungerechtigkeiten nicht dem Richter, eure Sicherheit nicht der Polizei, euer Schicksal nicht dem Spätkapitalismus überlaßt, dann kommt Mord, Folter, Vergewaltigung und Verbrechen.«

Die Situation hat sich seit der Molotowcocktailveranstaltung im Februar ’68[95] verschärft. *Bild* hat die Spalte »*Bild* kämpft für Sie!« eingeführt, und *Bild* meldet tägliche Erfolge von der Kampffront gegen Mietwucher, gegen Ausländerkriminalisierung, gegen Kinderreiche-Familien-Kündigungen, gegen Frührentner- und Rentnerverzweiflung. Noch bevor sich die ausgebeuteten Massen von den Institutionen des Rechtsstaates abwenden, hat *Bild* sich von ihnen abgewandt; noch bevor sich die Unzufriedenheit mit den Institutionen des Klassenstaates als Klassenbewußtsein konstituieren kann, stellt *Bild* sich an die Spitze der Unzufriedenheit, dahin, wo die Nazis 1933 standen, berufen vom Kapital, nicht vom Proletariat. Böll[96] hat das faschistisch genannt, um Mißverständnissen vorzubeugen: »Ver-

95 Als eine Antwort auf die massive Hetze der Springerpresse wurde im Audimax der TU ein Teach-In veranstaltet, auf dem ein Film gezeigt wurde, in dem beschrieben wird, wie Molotow-Cocktails gebaut werden. An dem Film hatte, unter anderen, Holger Meins mitgearbeitet. Er kam aus der Berliner APO und studierte an der Film und Fernsehakademie. Er schloß sich der RAF an und wurde im Juni 1972 verhaftet. Während der Zwangsernährung im Hungertreik 1974 wurde er systematisch unterernährt und durch die Verweigerung ärztlicher Hilfe ermordet.

96 Heinrich Böll, bundesdeutscher Schriftsteller, kritisierte die postfaschistische Gesellschaft in der BRD, insbesondere die mit dem Katholizismus verbundenen Geisteshaltungen, und setzte sich kritisch mit der RAF auseinander, deren Kampf er als einen Kampf von »6 gegen 60 Millionen« verstand. Er beschrieb in »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« die Stimmung in der BRD wärend der Hochzeit der Fahndung im »Deutschen Herbst« 1977.

hetzung, Lüge, Dreck.« Er hat damit analytisch und politisch den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Reaktionen zeigten, wie empfindlich das System geworden ist, wie labil der Status quo, wie faschistisch *Bild*, wie nervös das Klima im Springerkonzern.

Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution

Es ist nicht die Frage, ob wir die reaktionäre Militarisierung wollen oder nicht, es ist die Frage, ob wir die Verhältnisse, die sie zur faschistischen Militarisierung zwingen, zur revolutionären Mobilisierung ausnutzen können, ob es uns gelingen kann, die reaktionäre Militarisierung in eine revolutionäre umzuwandeln, ob es besser ist, »sich einfach hinzulegen und zu sterben oder aufzustehen und Widerstand zu leisten«. (Kim Il Sung)[97]

Die meisten sagen: Es geht nicht. Die meisten sagen: Die Massen wollen nicht. Viele sagen, jetzt kämpfen, heißt den Faschismus provozieren. Böll sagt: »Sechs gegen 60 000 000 – das Kapital hat alles, wir hätten nichts.« Sie haben nur den Status quo vor Augen. Sie sehen in der Gewalttätigkeit des Systems nur die Gewalttätigkeit, nicht seine Angst. Sie sehen in der Militarisierung nur die Waffen, nicht das Abbröckeln ihrer Massenbasis. Sie sehen in der Hetze von *Bild* nur die Hetze, nicht die Unzufriedenheit der *Bild*-Leser; sie sehen in dem Bullen mit der MP nur den Bullen mit der MP, nicht das Ausbleiben faschistischer Massenaufmärsche; sie sehen in dem Terror gegen uns nur den Terror, nicht die Angst vor der sozialen Explosivkraft der RAF, die sie »im Keim ersticken« müssen.

Sie sehen in der politischen Apathie des Proletariats nur die Apathie, nicht der Protest gegen ein System, für das es sich nicht zu engagieren lohnt; sie sehen in der hohen Selbstmordquote des Proletariats nur den Akt der Verzweiflung, nicht den Protest. Sie sehen in der Unlust des Proletariats zum ökonomischen Kampf nur die Unlust zum Kampf, nicht die Weigerung, für läppische Prozente und blöden Konsum zu kämpfen. Sie sehen in der gewerkschaftlichen Unorganisiertheit des Proletariats nur die Unorganisiertheit, nicht das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbürokratien als Komplizen des Kapitals. Sie sehen in der Aggressivität der Bevölkerung gegen die Linken nur die Aggressivität gegen die Linken, nicht den Haß auf die sozial Privilegierten. Sie sehen in unserer Isolierung von den Massen nur unsere Isolierung von den Massen, nicht die wahnwitzigen Anstrengungen, die das System unternimmt, um uns von den Massen zu isolieren. Sie sehen in der langen Untersuchungshaft der Genossen nur die lange Untersuchungshaft, nicht die Angst des Systems vor den freien Genossen der RAF. Sie sehen im Rausschmiß von DKP-Lehrern nur das Ende des Marsches durch die Institutionen, nicht den Anfang der Revolutionierung der Kinder und Eltern, die erstickt werden soll. Sie sehen in allem nur die gegenwärtige Bewegung, nicht die zukünftige, nur das Schlechte, nicht das Gute: die Dialektik von Revolution und Konterrevolution.

97 Kim Il Sung, koreanischer Kommunist, emigrierte während der japanischen Kolonialherrschaft nach China und kämpfte gegen die Japaner. Ab 1966 war er Generalsekretär der Kommunistischen Arbeiterpartei Koreas, ab 1972 Staatspräsident von Nordkorea. Kim Il Sung starb 1994.

Wir sagen nicht, daß es leicht ist, Guerilla zu machen, daß die Massen nur darauf warten, sich der Guerilla anzuschließen. Wir glauben aber vor allem nicht, daß die Situation von selbst umschlägt. Wir glauben nicht, daß die Guerilla aus Massenkämpfen spontan entstehen kann, wir halten solche Vorstellungen für unrealistisch. Eine aus Massenkämpfen spontan entstehende Guerilla ist das Blutbad, nicht die Guerilla. Wir glauben nicht, daß die Guerilla sich als »illegaler Stab« einer legalen Organisation bilden kann. Der illegale Stab würde zur Illegalisierung der Organisation führen, d.h. ihrer Liquidation, sonst nichts. Wir glauben nicht, daß der Begriff von der Guerilla von selbst aus politischer Arbeit entstehen kann. Wir glauben, daß die Möglichkeiten und spezifischen Funktionen der Guerilla im Klassenkampf erst dadurch kollektiv denkbar, kollektiv faßbar werden, daß die Guerilla da ist, angesichts des Terrors der Bewußtseinsindustrie.

Wir haben gesagt: Erfolgsmeldungen über uns können nur heißen: verhaftet oder tot. Wir meinen damit, daß die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe selbst das Konzept durchsetzen wird, aber nur dann, wenn es noch welche gibt, die es tun, die handeln, die nicht demoralisiert sind, die sich nicht einfach hinlegen.

Wir meinen, daß die Idee der Guerilla, die Mao, Fidel, Che, Giap[98], Marighella entwickelt haben, eine gute Idee ist, daß niemand sie mehr vom Tisch fegen kann, daß man die Schwierigkeiten, sie praktisch durchzusetzen, unterschätzt hat, wenn man vor den Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, nur erschrickt, daß das auch eine Unterschätzung der Schwierigkeiten beinhaltet, mit denen die Guerilla, wo sie schon weiter und in den Massen verankert ist, zu kämpfen hat. Wir meinen daß das Berührungsangst ist vor dem Eingeständnis dessen was das Kapital zu inszenieren bereit ist, wenn es um die Sicherung seiner Verwertungsbedingungen geht, womit es nie gezögert hat: In der Pariser Kommune nicht, 1918 in Deutschland nicht, 1933 nicht, in Algerien, Vietnam, Kongo, Kuba, Lateinamerika, Mozambique, Attika, Los Angeles, Kent, Augsburg und Hamburg[99] nicht.

98 Fidel Castro, kubanischer Rechtsanwalt und Revolutionär. Nach einem gescheiterten Aufstand 1953 in Haft, danach geht er ins Exil in den USA und kehrte 1956 mit einer Gruppe Guerilleros zurück, die im Revolutionskrieg Diktator Batista y Zaldívar stürzten. Später wird er zum Generalsekretär der PCC ernannt, ist Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte.
Ernesto Che Guevara war Mitstreiter von Fidel Castro und entwickelte nach dem Sieg der Revolution in Kuba den Guerilla-Krieg in Afrika und Südamerika weiter. Er wurde 1967 beim Aufbau der Guerilla in Bolivien von Regierungstruppen getötet.
Vo Nguyen Giap, vietnamesischer Kommunist, war ab 1945 Innenminister der Demokratischen Republik Vietnam und ab 1954 Verteidigungsminister von Nordvietnam.

99 Attika: Gefängnis in den USA. 1971 besetzten während eines Knastaufstandes 1 500 Gefangene, hauptsächlich Schwarze und Puertoricanos, das Gefängnis und forderten bessere Haftbedingungen. Nach drei Tagen stürmte die Nationalgarde das Gefängnis und ermordete 33 Gefangene, über 300 wurden verletzt.

Die Eigentumsfrage in allen Bewegungen zur Hauptfrage machen!

Gegen die reaktionäre Militarisierung die revolutionäre Guerilla propagieren!

»Keine Partei kann sich als revolutionär bezeichnen, wenn sie sich nicht auf den bewaffneten Kampf vorbereitet, und zwar auf allen Stufen der Partei. Das ist das einzige Mittel, der Reaktion auf jeder Etappe des Revolutionsprozesses mit einem Maximum an Wirksamkeit entgegenzutreten. Jede Vernachlässigung dieses Standpunktes kann dazu fahren, sich die Chancen einer revolutionären Situation entgehen zu lassen.« (Aus: 30 Fragen an einen Tupamaro)

Das verstehen wir unter DEM VOLK DIENEN!

4. Über aktuelle Einzelfragen

Ruhlandprozeß

Gäbe es in der Bundesrepublik noch eine liberale Presse, der Prozeß wäre ein Skandal gewesen. Ruhland[100] war nie so nah an der Roten Armee Fraktion dran, wie er es darstellt. Seine Beflissenheit, seine Berufung auf Ermittlungsergebnisse statt die eigene Erinnerung, die Tatsache, daß Mahlers Verteidiger Schily[101] zu diesem Prozeß nicht zugelassen worden ist, die Tatsache, daß von Prozeßbeginn an feststand, daß es ein Urteil geben werde, das weder Bundesanwaltschaft noch Pflichtverteidigung anfechten würden (die *FAZ* berichtete darüber), eine Verhandlungsführung, die der *Frankfurter Rundschau* so vorkommt, »als bespreche ein netter Lehrer mit einem sympathischen Schüler ein längst bekanntes Stück« – daß das alles mit Wahrheitsfindung und Rechtsstaatlichkeit überhaupt nichts mehr zu tun hat, ist überdeutlich. Die Beteuerung, Ruhland sage bestimmt die Wahrheit, die Drohung, die Leute, die er belastet, sagten nicht die Wahrheit, das Vorurteil, wer mit der Klassenjustiz nicht kollaboriert, belaste sich selbst – eben das ist Klassenjustiz, ist Schauprozeß, macht ihn – funktional überladen – zum Bestandteil der allgemeinen Offensive des Kapitals gegen die Linke als Vorhut der Arbeiterklasse

Los Angeles: Siehe Anmerkung Nr. 48 zu Watts.

Kent: Im Mai 1970 demonstrierten Studenten des Kent State College gegen den Überfall der USA auf Kambodscha. Die Nationalgarde eröffnete das Feuer auf die Demonstranten und erschoß vier von ihnen.

Augsburg: Dort wurde am 2. März 1972 Thomas Weisbecker, nach einer Observation durch die Polizei, erschossen, Carmen Roll wurde verhaftet. Carmen Roll gehörte, bevor sie sich der RAF anschloß, zum SPK. Nach ihrer Entlassung 1976 ging sie nach Italien. In Hamburg wurde einen Tag später Manfred Grashof angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Wolfgang Grundmann wurde verhaftet. Manfred Grashof gehörte zu den Bundeswehrdeserteuren, die in Berlin verhaftet wurden. Gegen ihren Abtransport nach Westdeutschland lief eine Kampagne der APO. Wolfgang Grundmann kam aus der Schwarzen Hilfe Berlin. Grashof wurde 1986 vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten begnadigt.

100 Ruhland war ein ehemaliges Mitglied der RAF. Er wurde Ende 1970 festgenommen und stellte sich als erster Kronzeuge, gegen Gefangene aus der RAF, der BAW zur Verfügung. Gleich nach dem Prozeß wurde er entlassen und lebt seitdem anonym.

101 Otto Schily, ehemaliger Verteidiger der RAF. Ab 1983 für die Grünen im Bundestag, trat Schily 1989 der SPD bei, für die er nun im Parlament sitzt.

in der Bundesrepublik und Westberlin.

Einer am Klassenwiderspruch sich zunehmend polarisierenden Öffentlichkeit kann man V-Leute[102], wie früher in den Kommunistenprozessen, wie Urbach[103], nicht mehr anbieten. Die linke Öffentlichkeit soll mit dem Kronzeugen aus der Retorte der Sicherungsgruppe Bonn[104] eingeschüchtert werden und wird es sicher auch. Wer dabei vollends in Arsch geht, ist Ruhland selbst, seitdem er Freund und Feind nicht mehr unterscheiden kann, oben nicht von unten, die Revolution nicht von der Konterrevolution, sich armes Schwein nicht von denen, die das mit ihm abziehen.

Stadtguerilla machen heißt, sich von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen. Es gibt keinen Grund, sich von einem Prozeß, der uns politisch und moralisch recht gibt, deswegen demoralisieren zu lassen, weil er eben zu diesem Zweck veranstaltet worden ist. Der Ruhlandprozeß ist nur ein sehr äußerliches Ereignis innerhalb der historischen Entwicklung, innerhalb der Entwicklung der Klassenkämpfe, innerhalb derer es richtig ist, Stadtguerilla zu machen.

Über Verrat

Es gibt Leute, die meinen, an dem, was Homann[105] und Gen. so herumerzählen, könnte was Wahres dran sein. Zumindest Homann, meinen sie, habe doch nicht nur Stroh im Hirn. Sie nehmen ihn als das, als was er sich im *Spiegel* präsentiert hat als »politisch Gebildeten«; zum gleichen Wortschatz gehören Verführer und Verführte. Mit dem Klassengegensatz haben diese Attribute nichts zu tun, eine Aussage wird dadurch nicht richtig, daß ein Gebildeter sie macht, daß einer sie macht, der auf die Techniken von *Spiegel*-Journalisten eingehen kann. Das ist das Wesen des Marxismus, der Dialektik von Sein und Bewußtsein, daß Aussage bei der Polizei und richtige Auskunft über revolutionäre Strategie einander ausschließen. Marxismus kann nur von Marxisten gelehrt werden, hat Margharita von Brentano[106] dem *Spiegel* erklärt, was Mandel zu sagen hat, kann Schwan[107] nicht

102 V-Leute ist die Abkürzung für Vertrauens-Leute, Spitzel, die von den Sicherheitsdiensten (Verfassungsschutz) aus der politischen Szene angeworben werden.

103 Urbach war bis 1970 V-Mann in Westberlin. Er lieferte Waffen an militante Gruppen und verteilte bei der Blockade gegen Springer Molotow-Cocktails. Er sagte im ersten Prozeß gegen die RAF u.a. gegen Horst Mahler aus.

104 Sicherungsgruppe Bonn: Ursprünglich für die Sicherung Bonner Politiker eingerichtetes, geheimdienstliches Koordinierungsorgan. Die SG arbeitete später im Zuge der Terrorismusbekämpfung bundesweit. 1969 umfaßte sie 143 Stellen, 1974 standen ihr bereits 298 Mitarbeiter zu Verfügung und 1975 waren es 375 Stellen.

105 Peter Homann arbeitete in der *Konkret* und ging später mit Ulrike Meinhof nach Berlin. Im Zusammenhang mit der Befreiung von Andreas Baader wurde öffentlich nach ihm gefahndet, obwohl er nicht zur RAF gehörte. Die RAF organisierte sein Exil im Nahen Osten. Er kehrte nach Deutschland zurück und wurde kurzzeitig verhaftet. Im *Spiegel* berichte er später, daß die Gruppe ihn als »Verräter« hinrichten wollte.

106 Margharita von Brentano: Professorin an der Freien Universität Berlin.

107 Alexander Schwan: Politologie-Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Mitglied im reaktionären »Bund Freiheit der Wissenschaft«.

buchstabieren. Über Möglichkeiten der gesellschaftlichen Veränderung kann, wer am Status quo interessiert ist, keine Auskunft geben. Das ist aber die Verfassung des Verräters, daß er am Status quo interessiert ist, daß er zurück will an seinen angestammten Platz in der Klassengesellschaft, daß er sich unter veränderten Bedingungen nicht zurecht findet, nur in seinem gewohnten Milieu Identität hat, Objekt der Entwicklung bleiben will. Ruhland fühlt sich in seiner alten Rolle als krimineller Proletarier wohl, in Handschellen und ausgebeutet. Homann in der Rolle des lumpenproletarisch-verlorenen Sohnes, der wie eh und je auf dem Strich der Bourgeoisie – beim *Spiegel* und *Konkret* – seine Haut, keinen interessanten Aspekt in dieser Angelegenheit zu Markte trägt; die Sturm[108] ist von einem Seitensprung heimgekehrt in den Schoß der Familie. Ruhland bleibt Opfer, Homann Konsument, der Ungebildete zahlt zu, der Gebildete profitiert – der Klassenunterschied ist wieder hergestellt, die Legalität, der scheinbare Naturzustand. Die *FAZ* schreibt über Homann: »... Journalist und bildender Künstler mit politisch nicht geschulter, aber sensibler Intelligenz«; über Ruhland: »... er will kein Bösewicht sein, er ist vielleicht ein Biedermann von arglosem Gemüt. Gegenüber seinen Bewachern im Gerichtssaal, den beiden jungen Schutzpolizeibeamten, hat er ein ganz natürliches, kameradschaftliches Gebaren.« Die psychische Verfassung des Verräters ist käuflich und konservativ. Die konservative *FAZ* sympathisiert mit Sohn und Gesinde.

Wir haben die falsche Faszination, die Illegalität hat, unterschätzt. Wir haben die Verbindlichkeit, mit der einige Organisationen arbeiten, überschätzt. Das heißt, wir haben nicht alle Implikationen der Studentenbewegung als einer Bewegung relativ Privilegierter berücksichtigt, nicht genug beachtet, daß für viele, und wie viele, von der Politisierung der Jahre '67/'68 nicht mehr übrig geblieben ist als eine neue Möglichkeit, sich zu privilegieren. Insofern es natürlich auch sehr angenehm sein kann, ein bißchen Marxismus zu kennen, durchzublicken, über die ökonomischen Bedingungen von Herrschaft und ihre psychischen Vermittlungen ein bißchen aufgeklärt zu sein, entlastet vom selbstquälerischen Leistungsdruck eines bürgerlichen Über-Ichs, von entfremdeten Umgangsformen. Marxismus als Inventarstück intellektuellen Wohl- und Besitzstandes, erworben aufgrund von Privilegierung, nicht sozialisiert, um dem Volk zu dienen. Die Bevorzugung gewisser Handlungen wegen ihrer Illegalität ist Ausdruck eben jenes bürgerlichen Eigennutzes, von dem die Studentenbewegung von ihren Voraussetzungen her nicht frei sein konnte, von Mitläufer- und Söldnermentalität. Die mühsame, langwierige Kleinarbeit der Stadtguerilla, die ihre Existenz mit allem, was dazu gehört, überhaupt erstmal aufbauen muß, muß Leuten, die so falsch programmiert dazu stoßen, in der Tat zum Horrortrip werden. Wer mit kriminellen Vorstellungen daher kommt, wer nur seine persönliche Lage verbessern will, wird sie mit einer gewissen Zwangsläufigkeit durch Verrat verbessern.

108 Beate Sturm gehörte zur ersten Guppe der RAF. Sie wurde 1971 verhaftet und gab dem *Spiegel* ein Interview. Die dort gemachten Angaben widerrief sie später.

Wir haben geglaubt, daß, wenn einer sagt, er habe in der und der Organisation so und so lange mitgearbeitet, dann weiß der, was politische Arbeit ist, was Verbindlichkeit, sonst hätten die ihn schon gefeuert. Wir wissen jetzt, daß wir den Begriff von politischer Verbindlichkeit, der die Voraussetzung für Stadtguerilla ist, selbst zu vermitteln haben, daß wir Fehler machen, wenn wir uns einfach auf andere verlassen.

Wir meinen allerdings, daß es für uns sehr schwer sein wird, allein durch die Vermeidung unserer Fehler die Verräterei zu verhindern. Wir meinen, daß ein falscher Begriff von der Funktion der Polizei und der Justiz, ein falscher Begriff von DEM VOLKE DIENEN eine falsche Behandlung der Widersprüche innerhalb der neuen Linken die Verräterei begünstigt hat.

Solange Verräter noch bei Genossen landen können, nicht mal die Fresse voll kriegen, sogar noch Verständnis dafür finden, daß sie um der schnellen Rekonstruktion ihrer bürgerlichen Existenz willen anderer Existenz vernichten, weil sie keinen Tag länger im Knast aushalten konnten, andere für Jahre reinbringen, andere den Exekutionskommandos der Polizei ausliefern; solange die Zusammenarbeit mit der bewaffneten Macht des Kapitals immer noch eher toleriert wird als eine politische Meinungsverschiedenheit, privat geduldet wird, was man politisch längst verurteilt hat – solange wird es Verräterei geben. Ohne den Liberalismus innerhalb der Linken zu kritisieren, können wir die Verräterei nicht abschaffen.

Verräter müssen aus den Reihen der Revolution ausgeschlossen werden. Toleranz gegenüber Verrätern produziert neuen Verrat. Verräter in den Reihen der Revolution richten mehr Schaden an, als die Polizei ohne sie anrichten kann. Wir meinen, das gilt allgemein. Von der Drohung, sie würden dann noch mehr verraten, darf man sich dabei nicht bestimmen, Von der Tatsache, daß sie arme Schweine sind, darf man sich nicht erpressen lassen. Das Kapital wird Menschen solange zu armen Schweinen machen, bis wir seine Herrschaft abgeschafft haben. Wir sind für die Verbrechen des Kapitals nicht verantwortlich.

Über Bankraub

Manche sagen: Bankraub ist nicht politisch. Aber seit wann ist die Frage der Finanzierung einer politischen Organisation keine politische Frage. Die Stadtguerillas in Lateinamerika nennen Bankraub »Enteignungsaktionen«. Niemand behauptet, daß der Bankraub für sich an der Ausbeuterordnung etwas ändert. Für die revolutionäre Organisation bedeutet er erstmal nur die Lösung ihres Finanzierungsproblems. Er ist logistisch richtig, weil anders das Finanzierungsproblem gar nicht zu lösen ist. Er ist politisch richtig, weil er eine Enteignungsaktion ist. Er ist taktisch richtig, weil er eine proletarische Aktion ist. Er ist strategisch richtig, weil er der Finanzierung der Guerilla dient.

Ein Politikbegriff, der sich von der parlamentarischen Demokratie herleitet, der Politikbegriff des Konkurrenzkapitalismus, der den Klassenantagonismus nur

als Spiel der Kräfte erfaßt, der die Institutionen des Klassenstaates noch für Institutionen eines Rechtsstaats hält und Fortschritt und Humanität darin für gut aufgehoben, kann Bankraub nicht erfassen. In den Metropolen des Imperialismus kann die Organisierung des antiimperialistischen Kampfes als gleichzeitig legalem und illegalem, politischem und bewaffnetem Kampf auf den Bankraub nicht verzichten. Er gibt die Richtung an, die gemeint ist: Enteignung; und die Methode, mit der die Diktatur des Volkes gegen die Feinde des Volkes nur errichtet werden kann: bewaffnet.

Über Logistik und Kontinuität

Vielen Genossen imponieren die Aktionen der Tupamaros. Sie verstehen nicht, warum wir keine populären Aktionen machen, uns statt dessen mit Logistik beschäftigen. Sie machen sich nicht die Mühe, sich vorzustellen, was Stadtguerilla ist und wie das funktioniert.

Es ist wahrscheinlich schon Bosheit, wenn die Genossen die Meinung von Ruhlands Düsseldorfer Richter nachbeten, Ruhland sei der Handwerker und Knacker des Haufens gewesen. Abstrakt ist ihnen das Problem kapitalistischer Arbeitsteilung schon begegnet, praktisch stellen sie sich den proletarischen Genossen immer noch als den All-round-Handwerker aus der oberschlesischen Idylle vor. Daß die technischen Mittel nur in einem kollektiven Arbeits- und Lernprozeß beschafft werden können, daß Stadtguerilla tendenziell die Aufhebung von Arbeitsteilung sein muß, soll nicht die Verhaftung eines einzelnen die Katastrophe für alle sein – soweit reicht die Phantasie der Genossen nicht.

Ohne die logistischen Probleme teilweise gelöst zu haben, ohne sich selbst bei der Lösung logistischer Probleme kennengelernt zu haben, ohne in kollektiven Lernprozessen kollektive Arbeitsprozesse eingeleitet zu haben, wird der Ausgang von Aktionen technisch, psychisch und politisch dem Zufall überlassen.

Die Lösung der logistischen Probleme schließt die Sicherung der Kontinuität der revolutionären Organisation ein. Wir messen der taktischen Aufgabe, die Kontinuität der Roten Armee Fraktion zu sichern, große Bedeutung bei. So wie es das Interesse des Kapitals ist, zu teilen, zu unterbrechen, zu entsolidarisieren, zu isolieren, geschichtliche Zusammenhänge zu leugnen – im Bereich der Produktion wie im Bereich des Wohnens, des Verkehrs, der Meinungsbildung, der Erziehung –, um die Kontinuität der Profite zu sichern, so ist in allem das Gegenteil das Interesse der proletarischen Revolution: Einheit, Kontinuität, Geschichts- und Klassenbewußtsein. Ohne organisatorische Kontinuität, ohne die Ergebnisse revolutionärer Prozesse permanent organisatorisch zu sichern, überläßt man revolutionäre Prozesse der Anarchie des Systems, dem Zufall, geschichtsloser Spontaneität. Die Vernachlässigung der Frage der organisatorischen Kontinuität halten wir für eine Erscheinungsform des Opportunismus.

Über Solidarität

Der revolutionäre Prozeß ist eben deswegen einer, weil er die Gesetze kapitalistischer Warenproduktion und Austauschs sich zum Objekt macht und nicht ihr Objekt ist. Er kann nicht mit den Kriterien dieses Marktes gemessen werden. Er kann nur mit den Kriterien gemessen werden, die gleichzeitig die Erfolgskriterien dieses Marktes außer Kraft setzen.

Solidarität, indem sie nicht von den Kriterien des Marktes ausgeht, setzt diese außer Kraft. Solidarität ist politisch, nicht erst als Solidarität mit Politischen, sondern als Weigerung, nur unter dem Büttel des Wertgesetzes, nur unter dem Aspekt von Tauschwert zu handeln. Solidarität ist ihrem Wesen nach herrschaftsfreies Handeln, als solches immer Widerstand gegen den Einfluß der herrschenden Klasse auf die Beziehungen der Menschen zueinander, als Widerstand gegen die herrschende Klasse immer richtig. Im Sinne des Systems sind Leute, deren Handlungen sich nicht an den Erfolgskriterien des Systems orientieren, Ausgeflippte und Trottel oder Versager. Im Sinne der Revolution ist jeder, der sich solidarisch verhält, wer es auch sei, ein Genosse.

Solidarität wird zur Waffe, wenn sie organisiert und konsequent angewendet wird: gegenüber Gerichten, Polizei, Behörden, Vorgesetzten, Spitzeln, Verrätern. Wenn jede Zusammenarbeit mit denen verweigert wird, ihnen keine Mühe erspart, kein Beweis erleichtert, keine Information geschenkt, kein Aufwand abgenommen wird. Zur Solidarität gehört: den Liberalismus innerhalb der Linken bekämpfen, Widersprüche innerhalb der Linken wie Widersprüche im Volk behandeln und nicht so, als seien sie der Klassenwiderspruch.

Jede politische Arbeit ist auf Solidarität angewiesen. Ohne Solidarität ist sie der Repression schutzlos ausgeliefert.

»Wir müssen nach Möglichkeit unnötige Opfer vermeiden. Alle Menschen in den Reihen der Revolution müssen füreinander sorgen, müssen sich liebevoll zueinander verhalten, einander helfen.«

Dem Volk dienen!
Die Eigentumsfrage überall zur Hauptfrage machen!
Den bewaffneten Kampf unterstützen!
Die revolutionäre Guerilla aufbauen!
Sieg im Volkskrieg!

»Der bewaffnete Kampf ist eine technische Angelegenheit und erfordert deshalb technische Kenntnisse: Ausbildung, Kampfmoral und schließlich Praxis. Auf diesem Gebiet kostet die Improvisation viele Menschenleben und führt zu Fehlschlägen.

Die ›Spontaneität‹, mit der sich diejenigen brüsten, die vage von der Revolution des Volkes, ›der Massen‹, reden, ist entweder einfach eine Ausrede oder besteht darin, sich in der entscheidenden Phase des Klassenkampfes auf die Improvisation

zu verlassen. Jede avantgardistische Bewegung muß, wenn sie im entscheidenden Augenblick des Kampfes sich selbst treu bleiben will, eingreifen und es verstehen, die Gewalt des Volkes gegen die Unterdrückung technisch in die richtigen Bahnen zu lenken, damit das Ziel mit möglichst wenig Verlusten erreicht wird.«

Alle Macht dem Volk!

Anschlag auf das Hauptquartier der US-Army in Frankfurt/Main

Erklärung vom 14. Mai 1972

Am Donnerstag, den 11. Mai 1972 – dem Tag, an dem die Bombenblockade der US-Imperialisten gegen Nordvietnam begann –, hat das Kommando Petra Schelm im Frankfurter Hauptquartier des V. Armee-Corps der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland und Westberlin drei Bomben mit einer Sprengkraft von 80 kg TNT zur Explosion gebracht. Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, daß ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue erbitterte Feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.
Wir fordern den sofortigen Abbruch der Bomben-Blockade gegen Nordvietnam.
Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam.
Wir fordern den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina.
Für den Sieg des Vietcong!
Die revolutionäre Guerilla aufbauen!
Habt Mut zu kämpfen – habt Mut zu Siegen! Schafft zwei, drei, viele Vietnam!

Kommando Petra Schelm

Anschläge in Augsburg und München

Erklärung vom 16. Mai 1972

Am Freitag, dem 12. Mai 1972, hat das Kommando Thomas Weisbecker im Polizeipräsidium in Augsburg und im Landeskriminalamt in München drei Bomben zur Explosion gebracht.

Thomas Weisbecker ist am 2. März in Augsburg im Zuge einer lange vorbereiteten Überraschungsaktion von einem Exekutionskommando aus Münchener Kripo und Augsburger Polizei und ohne noch irgendwie reagieren zu können ermordet worden. Die Polizei hat Thomas Weisbecker bewußt nicht gefangen genommen, sondern erschossen.

Die Fahndungsbehörden haben nunmehr zur Kenntnis zu nehmen, daß sie keinen von uns liquidieren können, ohne damit rechnen zu müssen, daß wir zurückschlagen werden. Die Schutzpolizei, die Bereitschaftspolizei, die Kripo, der Bundesgrenzschutz und ihre behördlichen und politischen Auftraggeber haben zur Kenntnis zu nehmen, daß ihre Anstrengungen, die sozialen Probleme dieses Landes faschistisch zu »lösen« – durch die Aufrüstung der Polizei, durch die Militarisierung der Klassenkämpfe, durch rücksichtslosen und hinterhältigen Schußwaffengebrauch – auf Widerstand stoßen werden. Das gilt auch für Polizeieinsätze wie beim Münchner Bankraub, beim Kölner Bankraub, wie gegen den Tübinger Lehrer Epple, gegen ausländische Arbeiter.

Die Taktik und die Mittel, die wir anwenden, sind die Taktik und die Mittel des Guerilla-Kampfes. Die Innenminister und die Bundesanwaltschaft schätzen die Situation falsch ein, wenn sie glauben, sie mit ihrem Exekutionskommandos beherrschen zu können. Es ist das Wesen der Guerilla, daß sie – weil sie für die Interessen des Volkes kämpft – durch militärische Aktionen nicht ausgelöscht werden kann und ihre Handlungsfreiheit sooft wiedererlangen kann, wie sie sie zeitweilig verlieren mag. Der brutalen Selbstherrlichkeit der Fahndungsbehörden, dem »kurzen Prozeß« der Faschisten setzen wir den schrittweisen Aufbau der re-

volutionären Guerilla entgegen, den langen und langwierigen Prozeß des Befreiungskampfes vom Faschismus, von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes.
Kampf den Exekutionskommandos der Polizei!
Kampf der SS-Praxis der Polizei!
Kampf allen Ausbeutern und Feinden des Volkes!

Kommando Thomas Weisbecker

Anschlag auf den BGH-Richter Buddenberg in Karlsruhe

Erklärung vom 20. Mai 1972

Am Montag, den 16. Mai 1972 hat das »Kommando Manfred Grashof« einen Sprengstoffanschlag gegen den Karlsruher BGH-Richter Buddenberg durchgeführt. Buddenberg ist der beim Bundesgerichtshof zuständige Haft- und Ermittlungsrichter für die wegen § 129 laufenden politischen Verfahren.

Buddenberg, das Schwein, hat Grashof zu einem Zeitpunkt vom Krankenhaus in die Zelle verlegen lassen, als der Transport und die Infektionsgefahr im Gefängnis noch lebensgefährlich für ihn waren. Er hat den Mordversuch an Grashof, der den Bullen nicht gelungen ist, an dem wehrlosen Grashof wiederholt.

Buddenberg, das Schwein, ist dafür verantwortlich, daß Carmen Roll narkotisiert worden ist, um sie zum Reden zu bringen. Der voraussehbare Verlauf der Narkose hat bewiesen, daß das ein Mordversuch war.

Buddenberg, das Schwein, kümmert sich einen Dreck um geltende Gesetze und Konventionen. Die strenge Isolation, in der die Gefangenen gehalten werden, um sie psychisch fertig zu machen: Einzelhaft, Einzelhofgang, Redeverbot mit Mitgefangenen, permanente Verlegungen, Arreststrafen, Beobachtungszelle, Briefzensur, Unterschlagung von Briefen, Büchern, Zeitschriften – die Maßnahmen, mit denen sie physisch fertiggemacht werden: grelle Zellenbeleuchtung nachts, häufiges Wecken und Durchsuchen, Fesselung beim Hofgang, körperliche Mißhandlungen, das sind nicht die Schikanen von kleinen, frustrierten Gefängniswärtern, das sind Buddenbergs Anordnungen, um die Gefangenen zur Aussage zu erpressen. Das ist der bereits institutionalisierte Faschismus in der Justiz. Das ist der Anfang von Folter.

Wir verlangen, daß ab sofort die Untersuchungshaftvollzugsordnung, die Genfer Menschenrechtskonvention, die Charta der Vereinten Nationen bei der Durchführung der U-Haft der politischen Gefangenen angewendet werden. Wir verlangen von der Justiz, daß das Leben und die Gesundheit der Gefangenen nicht länger systematisch angegriffen und zerstört werden.

Wir werden sooft und solange Sprengstoffanschläge gegen Richter und Staatsanwälte durchführen, bis sie aufgehört haben, gegen die politischen Gefangenen Rechtsbrüche zu begehen. Wir verlangen damit nichts, was für diese Justiz unmöglich wäre. Andere Mittel, um sie dazu zu zwingen, haben wir nicht.
Freiheit für die politischen Gefangenen!
Kampf der Klassenjustiz!
Kampf dem Faschismus!

Kommando Manfred Grashof

Sprengstoffanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg

Erklärung vom 20. Mai 1972

Gestern, am Freitag, den 19. Mai um 15 Uhr 55 sind zwei Bomben im Springerhochhaus in Hamburg explodiert. Weil trotz rechtzeitiger und eindringlicher Warnungen das Haus nicht geräumt worden ist, sind dabei 17 Menschen verletzt worden. Um 15 Uhr 29 ist unter der Nummer 3471 die erste Warnung durchgegeben worden mit der Aufforderung, das Haus wegen Bombenalarm binnen 15 Minuten zu räumen. Die Antwort war: Hören Sie auf mit dem Blödsinn. Es wurde aufgelegt. Zweiter Anruf um 15 Uhr 31: Wenn Sie nicht sofort räumen, passiert etwas Fürchterliches. Aber die Telefonistinnen hatten offenbar Anweisung, solche Anrufe nicht zu beachten. Der dritte Anruf um 15 Uhr 36 ging an die Bullen: Sorgen Sie, verdammt nochmal, dafür, daß endlich geräumt wird. Weil der Springerkonzern die Tatsache, daß er gewarnt worden ist, nicht unterschlagen kann, verdreht er die Nachricht: Es sei nur ein Anruf gewesen, und der sei zu spät gekommen. Zwei Telefonistinnen und die Bullen können bestätigen, daß die Springerpresse einmal mehr lügt.

Springer ging lieber das Risiko ein, daß seine Arbeiter und Angestellten durch Bomben verletzt werden, als das Risiko, ein paar Stunden Arbeitszeit, also Profit, durch Fehlalarm zu verlieren. Für die Kapitalisten ist der Profit alles, sind die Menschen, die ihn schaffen, ein Dreck. – Wir bedauern, daß Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind.

Wir fordern von Springer: daß seine Zeitungen die antikommunistische Hetze gegen die Neue Linke, gegen solidarische Aktionen der Arbeiterklasse wie Streiks, gegen die kommunistischen Parteien hier und in anderen Ländern einstellen; daß der Springerkonzern die Hetze gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einstellt, besonders gegen die arabischen Völker, die für die Befreiung Palästinas kämpfen; daß er seine propagandistische und materielle Unterstützung für den Zionismus – die imperialistische Politik der herrschenden Klasse Israels einstellt; daß die Springerpresse aufhört, über die ausländischen Arbeiter hier rassistische Lügenberichte zu verbreiten.

Wir verlangen, daß die Springerpresse diese Erklärung abdruckt.

Wir verlangen nichts Unmögliches. Wir werden unsere Aktionen gegen die Feinde des Volkes erst einstellen, wenn unsere Forderungen erfüllt sind.
Enteignet Springer!
Enteignet die Feinde des Volkes!

Kommando 2. Juni

Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Army in Europa in Heidelberg

Erklärung vom 25. Mai 1972

»Alle Arten von Ungeheuern werden vernichtet werden!« (Mao)

Im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa in Heidelberg sind gestern abend, am Mittwoch, den 24. Mai 1972 zwei Bomben mit einer Sprengkraft von 200 kg TNT explodiert. Der Anschlag wurde durchgeführt, nachdem General Daniel James, Abteilungsleiter im Pentagon, am Mittwoch in Washington erklärt hatte: »Für die US-Luftwaffe bleibt bei Bombenangriffen künftig kein Ziel nördlich und südlich des 17. Breitengrades ausgenommen.« Am Montag hatte das Außenministerium in Hanoi die Ver-

einigten Staaten erneut beschuldigt, dicht besiedelte Gebiete in Nordvietnam bombardiert zu haben. Die amerikanische Luftwaffe hat in den letzten 7 Wochen mehr Bomben über Vietnam abgeworfen als im 2. Weltkrieg über Deutschland und Japan zusammen. Von weiteren Millionen Sprengstoffen ist die Rede, die das Pentagon einsetzen will, um die nordvietnamesische Offensive zu stoppen. Das ist Genozid, Völkermord, das wäre die »Endlösung«, das ist Auschwitz.

Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherheitskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind. Weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß Demonstrationen und Worte gegen die Verbrechen des Imperialismus nichts nützen.

Wir fordern die Einstellung der Bombenangriffe auf Vietnam!
Wir fordern den Abbruch der Minenblockade gegen Nordvietnam!
Wir fordern den Abzug der amerikanischen Truppen aus Indochina!

Kommando 15. Juli

Tonbandprotokoll von dem Teach-in der Roten Hilfe, Frankfurt,

Erklärung von 31. Mai 1972

Genossen, einige von euch glauben immer noch, daß sie sich mit der Roten Armee Fraktion nicht auseinanderzusetzen brauchen.

Einige von euch glauben immer noch, die Bullen würden ihnen das Problem des bewaffneten Kampfes in den Metropolen schon vom Halse schaffen. Einige glauben immer noch, was in den Zeitungen steht: daß die RAF auf der Flucht sei, daß sie gespalten sei, daß sie eine hierarchische Struktur habe, daß sie isoliert sei. Sie blicken nicht durch.

Der KB[109] in Hamburg glaubt, daß der Anschlag gegen den Springer-Konzern von Rechtsradikalen durchgeführt wurde. Statt sich mit uns auseinanderzusetzen, beteuert er den Bullen seine Unschuld. Und der KSV Frankfurt[110] behauptet in Übereinstimmung mit der *Rundschau*, die Bombenanschläge der letzten Zeit stünden in keinem Bezug zu den Klassenkämpfen in Westdeutschland und Berlin. Die Genossen wissen nicht mehr, wo es lang geht.

Obwohl sie ganz genau wissen, daß Genscher die Polizei nicht zum Schein aufrüstet, daß die Ermordung von Petra, Georg und Thomas kein Ausrutscher des Systems war, daß bei den Streiks im vergangen Jahr Streikposten von der Kripo zusammengeschlagen worden sind, daß die Notstandsgesetze nicht zum Spaß verabschiedet wurden, daß das Verbot von Ausländerorganisationen kein Scheinmanöver ist und daß die über sechzig politischen Gefangenen in den Gefängnissen mißhandelt werden – obwohl sie das alles ganz genau wissen, meinen immer noch manche, es sei noch zu früh, um Widerstand zu leisten.

Sie beklagen die Todesstrafe in Persien und der Türkei, sie wünschen dem palästinensischen Widerstand Erfolg, sie beklagen den Terror in Griechenland und Spanien, sie beklagen die Komplizenschaft des Systems mit diesen faschistischen Regimes – und haben doch Angst, selbst einzugreifen und selber zu handeln. Sie haben offenbar Angst, selbst in die Schußlinie zu kommen, sie verschanzen sich hinter den Massen und stellen ihr eigenes Problem als Vermittlungsproblem dar.

Wir sind anderer Ansicht als diese Genossen. Wir sind der Meinung, daß die Fließband- und Akkordhetze in den Betrieben einen Grad erreicht haben, daß kaum einer sich mehr Illusionen darüber macht, daß in die Gewinne der Konzerne die Gesundheit der Arbeiter irreparabel mit eingeht, daß die Massen schon wissen, daß sie sich auf den Straßen der Bundesrepublik ihre Knochen kaputt fahren, weil das im Interesse der Unternehmergewinne liegt, daß die Arbeiter in den Betrieben schon wissen, für wen sie arbeiten – zuletzt für sich selbst. Daß sie schon wissen, daß der Vietnam-Krieg das Verbrechen des US-Imperialismus ist, daß sie schon wissen, daß *Bild* sie täglich nach Strich und Faden belügt, daß die Wehrpflichtigen beim Bund, die illegal abhauen, schon wissen, daß sie sich nehmen müssen, was sie zum Leben brauchen, wenn sie leben wollen, daß die Menschen schon wissen, daß der Konsum auf Raten sie nicht reich, sondern fertig macht.

Wir meinen, daß die Genossen als objektives Vermittlungsproblem darstellen, was ihr subjektives Problem ist. Daß sie auf die Massen abschieben, womit sie selber nicht klar kommen, daß sie ihre Unfähigkeit, sich mit den Massen und ihren Problemen zu identifizieren, ihre Unfähigkeit, sich trotz ihrer privilegierten Klassenlage mit den Massen zu solidarisieren, als objektives Problem nur ausgeben, um sich vor den Konsequenzen aus ihren eigenen Erkenntnissen nochmal drücken zu können.

Wenn, wie kürzlich in Frankfurt, einige Genossinnen zum Beispiel sagen, sie würden lieber erst wieder auf die Straße gehen, wenn wieder einer von uns ermordet worden ist, das ließe sich dann spontan und leicht vermitteln, dann heißt das: Das Problem der Vermittlung stellt sich ihnen dar wie Springer-Journalisten die Schlagzeile von *Bild*, als Problem der Verkäuflichkeit und der Konkurrenz. Der politische Inhalt als Ware, die Massen als Markt. So sind sie bereit, die Verbrechen des Imperialismus zu beklagen, nicht aber, ihm Knüppel und Bomben zwischen die Füße zu werfen und sie zu verhindern. So kommt es, daß ihnen die Fließbänder immer noch nicht schnell genug laufen und die Vorgabezeiten nochmals gekürzt werden müssen. Sie konsumieren, was sie zu bekämpfen vorgeben.

Es gibt keinen Grund, das Problem des bewaffneten Kampfes und Widerstandes immer noch aufzuschieben. Kurzarbeit, Entlassungen, Streiks, zwei Millionen ausländischer Arbeiter, »Bild kämpft für Sie!«, »Die Wucherer der Woche« im *Stern*, Bürgerinitiativen, Hausbesetzungen – in kaum einem Bereich kann das System die Fassade mehr halten, knüpfen die Erwartungen der Menschen noch an einen systemimmanenten Fortschritt an.

Das System, das die Städte aus Profitgier verwüstet, das den Lehrern den Maulkorb umhängt oder sie feuert, das

109 Der Kommunistische Bund war eine maoistische Organisation, die im Gegensatz zu anderen K-Gruppen keine Partei gründete, sondern sich auf die Kämpfe der außerparlamentarischen Bewegung als Rekrutierungsfeld orientierte. Bis zu seiner Spaltung und schließlichen Auflösung Anfang der 90er Jahre gab der KB die Zeitung »Arbeiterkampf« in Hamburg heraus.

110 Kommunistischer Studenten Verband, Jugendorganisation der KPD, maoistische K-Gruppe, beteiligte sich am Teach-in mit einem Beitrag, in dem sie sagten: »Wir gehören nicht zu denen, die die Ergüsse der RAF und ihrer Sykophanten für eine Bereicherung der strategischen Diskussion der Linken halten. Was wir thematisieren wollen, ist die Beziehung zwischen Studentenbewegung, Anarchismus und Spontaneismus, von Terrorismus und Reformismus.«

seine Kommunikationsmedien von auch nur fortschrittlichen kritischen Journalisten säubert, das gegen Streikposten die Bereitschaftspolizei auffährt, das schon jetzt Bundesarbeitsgerichtsurteile fertig hat, die zukünftige Streiks illegalisieren sollen, das dem Bundeskriminalamt den Rest von Pressefreiheit ausliefern möchte, das wartet nicht, bis die legale Linke den bewaffneten Kampf proklamiert, das kämpft jetzt, das greift jetzt an, und ihr wehrt euch jetzt und fangt an, Widerstand zu leisten – oder wann ?

Genossen, hört auf, euch hinter den Massen zu verschanzen! Hört auf, die Frage des Widerstandes auf die Massen abzuwälzen! Hört auf, eure Angst vor der maßlosen Gewalttätigkeit des Systems als Vermittlungsproblem zu rationalisieren! Hört auf, eure Ratlosigkeit als Belesenheit auszugeben, eure Hilflosigkeit als den großen Durchblick!

In dem Maße, wie das System die Widersprüche, die es produziert, nicht mehr integrieren kann und die Massen mit Reformversprechen nicht mehr hinhalten kann, und in dem Maße, wie wir die richtigen Aktionen und ihr die richtige Propaganda machen, wird sich die Guerilla in den Massen verankern, sich entfalten, wird sie revolutionäre Prozesse und revolutionäres Bewußtsein vorantreiben. Das Bewußtsein, daß es gerechtfertigt ist zu handeln – und möglich!

Indem wir die revolutionäre Guerilla aufbauen, schaffen wir ein Instrument, das der Repression des Systems nicht ausgeliefert ist, das seine Handlungsfreiheit nicht aus der Toleranz des Systems bezieht, seine Handlungsfreiheit nicht vom Verfassungsschutz. Domestizierte, mit Müller ausgemauschelte Demonstrationen,[111] wie die in Frankfurt am 18. Mai, könnt ihr noch lange machen; und feiern, wie der KSV, als mächtigste und geschlossenste Demonstration seit langem. Unter dem Begleitschutz der Bullen, eingekeilt zwischen Wasserwerfern und Schlagstöcken könnt ihr noch lange Erfolge feiern. Aber der Preis dafür war die Distanzierung von der Dienstagsdemonstration, die Denunziation der Genossen, die an der Hauptwache durchgebrochen sind, der Preis dafür war der Verrat an den Zielen, für die ihr auf die Straße gegangen seid.

Unsere Aktionen gegen die Ausrottungsstrategen von Vietnam versteht heute schon jeder. Unsere Aktionen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der gefangenen und der freien Genossen der RAF kann schon jeder verstehen. Daß die Zeitungen gegenwärtig unsere Erklärungen zu den Bombenanschlägen nicht einmal veröffentlichen, wohl aber die gefälschten Erklärungen von Faschisten, daß sie Aktionen gegen den US-Imperialismus herunterspielen, faschistische Provokationen, wie sie gegen die Einwohner von Stuttgart laufen, hoch spielen, das zeigt doch, wo's lang geht, das zeigt doch, was sie fürchten, daß sie vor den Massen verstecken müssen, was eigentlich läuft, wenn sie die Fronten noch länger verschleiern wollen.

Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen! Zersplittert und zerschlagt die Kräfte des Imperialismus! Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, die Revolution zu machen! Wir fordern alle Militanten in der Bundesrepublik auf, in ihrem politischen Kampf gegen den US-Imperialismus alle amerikanischen Einrichtungen zum Ziel ihrer Angriffe zu machen!

Es lebe die RAF!

111 Müller: Frankfurter Polizeipräsident.

Die Aktion des »Schwarzen September« in München

Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes
November 1972

Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: hic Rhodus, hic salta. (Karl Marx)

»Der Stein, den sie aufgehoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.«

Die Aktion des »Schwarzen September« in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar gemacht wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin. Sie war gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch. Sie hat eine Sensibilität für historische und politische Zusammenhänge dokumentiert, die immer nur das Volk hat – das sind die, denen die Profite ausgesaugt werden, die – frei von Komplizenschaft mit dem System – keinen Grund haben, an die Masken ihrer Ausbeuter zu glauben, die Geschichte ihrer Ausbeuter zu beschönigen, auf deren Ansichten was zu geben. – Sie hat einen Mut und eine Kraft dokumentiert, die die Revolutionäre nur aus ihrer Verbundenheit mit dem palästinensischen Volk haben können, ein Klassenbewußtsein, das sich seiner historischen Mission, Avantgarde zu sein, klar bewußt ist – eine Menschlichkeit, die vom Bewußtsein bestimmt ist, gegen dasjenige Herrschaftssystem zu kämpfen, das als das historisch letzte System von Klassenherrschaft gleichzeitig das blutrünstigste und abgefeimteste ist, das es je gab: gegen den seinem Wesen und seiner Tendenz nach durch und durch faschistischen Imperialismus – in welcher Charaktermaske auch immer er sich selbst am besten repräsentiert findet: Nixon und Brandt, Moshe Dayan oder Genscher, Golda Meir oder McGovern.[112]

112 Richard Milhous Nixon: von 1969 bis 1974 Präsident der USA;
Moshe Dayan: israelischer General, kommandierte als Generalstabschef den Sinaifeldzug 1956, von 1967 bis 1974 israelischer Verteidigungsminister, von 1977 bis 1979 Außenminister;
Golda Meir: israelische Ministerpräsidentin von 1969 – 74;
George Stanley McGovern: demokratischer Gegenkandidat zu Nixon 1972.

Die westdeutsche Linke könnte an ihr ihre eigene politische Identität wiederfinden – Antifaschismus – antiautoritäres Lager – antiimperialistische Aktion –, wenn sie noch nicht ganz der Springerpresse und dem Opportunismus verfallen ist, wenn Auschwitz, Vietnam und Abstumpfung der Massen hier durch das System sie noch was angeht.

Die Strategie des »Schwarzen September« ist die revolutionäre Strategie des antiimperialistischen Kampfes in der Dritten Welt und in den Metropolen unter den Bedingungen des entfalteten Imperialismus der multinationalen Konzerne.

1. Imperialismus

Antiimperialistischer Kampf

Die Aktion war antiimperialistisch.

Die Genossen vom »Schwarzen September« haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 – als die jordanische Armee über 20 000 Palästinenser hingemetzelt hat, dahin zurückgetragen, wo dieses Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland – früher Nazideutschland – jetzt imperialistisches Zentrum.

Dahin, von wo aus die Juden in West- und Osteuropa nach Israel auszuwandern gezwungen worden sind – dahin, wo man zuerst vom Raub palästinensischen Landes profitieren wollte – dahin, von wo Israel sein Wiedergutmachungskapital bezog und bis 1965 offiziell Waffen – dahin, wo der Springerkonzern Israels Blitzkrieg im Juni 1967[113] als antikommunistische Orgie gefeiert hat; dahin, von wo Husseins Armee[114] mit gepanzerten Fahrzeugen, Karabinern, Maschinenpistolen und Munition versorgt wird; dahin, von wo aus alles versucht wird, die arabischen Regierungen mit Entwicklungshilfe, Ölabkommen, Investitionen, Waffen und diplomatischen Beziehungen gegeneinander auszuspielen, sie alle gegen die palästinensische Befreiungsbewegung. Dahin, von wo aus der Imperialismus – wenn anders er die arabischen Befreiungsbewegungen nicht zur Unterwerfung erpressen kann – seine Bombengeschwader gegen sie starten wird: Westdeutschland – München – Natoflughafen Fürstenfeldbruck.

113 Dieser Krieg ist auch bekannt als Sechstagekrieg (3. Israelisch-Arabischer-Krieg). Israel besiegte Ägypten, Jordanien und Syrien und besetzte ein Territorium, das dreimal so groß war wie das israelische Staatsgebiet zu diesem Zeitpunkt. Die Staaten des Warschauer Vertrages und fast alle asiatischen und afrikanischen Staaten erklärten sich mit den arabischen Staaten solidarisch und brachen die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Israel wurde von der UN aufgefordert, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Die Niederlage der regulären arabischen Armeen war auch der Beginn von Guerilla-Aktionen der palästinensischen Befreiungsbewegungen gegen Israel.

114 Hussein II., jordanischer König, hier im Bezug auf die Kämpfe zwischen palästinesischen Guerillas und der jordanischen Armee im »Schwarzen September«.

Vietnam

Oder glaubt man, Vietnam sei nur ein Spaß? Guatemala, Santo Domingo, Indonesien, Angola[115] sind alles nur Spaß? Vietnam ist die grauenhafte Erfahrung der Völker der Dritten Welt, daß der Imperialismus entschlossen ist, Völkermord an ihnen zu begehen, wenn nichts mehr bei ihnen herauszuholen ist – sie als Markt, als Militärbasis, als Rohstofflieferant, als Lieferant von billigen Arbeitskräften nicht mehr mitmachen; und daß das die opportunistische Linke in den Metropolen einen feuchten Käse schert – die sitzt im Arsch jenes Teils der Massen, der als Arbeiteraristokratie des Imperialismus (Lenin) in den Klauen des Systems ist – die gehen auf die Straße, wenn's ihnen mal stinkt, wenn der Krieg eskaliert, wenn geschossen wird – wie Ostern 1968 in Berlin[116], Mai 1970 in Kent –, wenn das System ihnen mal kommt wie den Völkern der Dritten Welt permanent, dann haben sie die Schnauze voll, laufen zur Polizei, laufen dem Rattenfänger McGovern nach, einem Posten im Betriebsrat, schreiben wieder Gedichte gegen den Pipelines-Krieg.

Imperialistisches Zentrum

Der »Schwarze September« hat seinen Krieg von der arabischen Peripherie des Imperialismus ins Zentrum getragen. Zentrum heißt: Zentrale der multinationalen Konzerne, die die Märkte beherrschen, die das Gesetz der ökonomischen, politischen, militärischen, kulturellen, technologischen Entwicklung der Länder bestimmen, die zu ihrem Markt Nordsee-Öl gehören. Zentrum sind: die USA, Japan, Westeuropa unter Führung der BRD. – Die Größe, der Umsatz, die Beschäftigungszahl der Konzerne sind bloß ihre äußerlichen, quantitativen Daten – ihre Rüstungsproduktion ist nur ein Sektor ihrer gegen die Befreiungsbewegungen gerichteten Produktionstätigkeit, ihr Preisdiktat im Rohstoffbereich nur eine Form neben anderen, Herrschaft über die Länder der Dritten Welt auszuüben.

Der aggressive Charakter imperialistischer Investitionspolitik

Marx hat den Kriegsmittelcharakter industrieller Maschinerie analysiert, die im 19. Jh. die Arbeiter dazu gebracht hat, Maschinen zu zerstören. Marx: »Die Maschinerie wird das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, Streiks usw. wider die Autarkie des Kapitals. Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1880 schreiben, die bloß als Kriegs-

115 Orte der massiven imperialistischen Intervention: In Guatemala fand 1954 ein von der CIA und dem regionalen Militär durchgeführter Putsch gegen die Regierung Guzmáns statt, um die radikale Bodenreform rückgängig zu machen. In Santo Domingo, der Hauptstadt der Dominikanischen Republik, fanden 1962 bis 1965 gegen den parlamentarischen Erfolg der linken PRD mehrere Militärputsche statt. Im darauffolgenden Bürgerkrieg intervenierten die USA 1965 militärisch. In Angola begann 1961 ein Aufstand gegen die Kolonialmacht Portugal, der 1964 niedergeschlagen wurde. Danach begann der Unabhängigkeitskampf der MPLA.

116 Attentat auf Rudi Dutschke nach einer Hetzkampagne in der Springerpresse. Dutschke wurde lebensgefährlich verletzt und starb 1979 an den Spätfolgen des Attentates.

mittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten[117] ins Leben traten.« Das war die Maschinerie, die dem Proletariat Arbeitslosigkeit aufzwang, die den Lohnarbeiter schuf, indem sie das Proletariat vor die Alternative stellte, zu verhungern oder sich der Despotie des Kapitals zu unterwerfen.

Heute hätte man die Geschichte imperialistischer Investitionstätigkeit zu schreiben und ihre Analyse zu leisten, die zu nichts anderem »ins Leben tritt« als zur Niederschlagung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Multinationale Konzerne

Die multinationalen Konzerne verfügen über alles, was den Ländern, die der Imperialismus jeder Möglichkeit, sich zu entwickeln, beraubt hat, fehlt, und setzen das gegen sie ein. Gleichzeitig Kapital heckend, Profite absahnend und mit denselben Projekten, Investitionen und Gewinnen die von ihm abhängigen Länder gegeneinander ausspielend – die eigene Abhängigkeit von den Rohstoffen der Dritten Welt dazu benutzend, diese damit zu erpressen.

Kriegsmittel

Seine Kriegsmittel heißen: Kapitalpotential, Technologie, Kommunikationsmittel. Seine Eroberungsstrategien heißen: Investitionen, Gewinntransfer, Informationspolitik, Risikostreuung, Marketing, Absatzplanung, Vorratsplanung. Seine Besatzer- bzw. Kolonial-Ideologie heißt: Devisen bringen und Arbeitsplätze schaffen. Sein Ziel ist: integrieren, unterwerfen, ausrauben – als Alternative bietet er an: aushungern, ausrotten.

Ölinvestitionen

Gegenüber den arabischen Staaten, die die palästinensische Befreiungsbewegung unterstützen, geht es primär um Öl. 70 % aller westeuropäischen Ölimporte stammen von dort. Westeuropas Erdölbedarf wird sich bis 1985 verdoppeln (1970: 647 Mio. t). Das Schreckgespenst, arabische Revolutionsregierungen könnten noch mal den Anspruch stellen, ihre eigene Industrialisierung mit ihrem Öl durchzuführen – dann wäre es für die Ölkonzerne mit Profitraten über 100 % aus –, bestimmt die Ölpolitik der Konzerne und ihrer Regierungen.

Algerisches Erdgas

Amerikanische Konzerne investieren Milliarden-Dollar-Summen zur Gewinnung, Verflüssigung und den Überseetransport von algerischem Erdgas, um algerisches Erdgas gegen libysches auszuspielen und gegen arabisches Öl: Kuwait, Libyen, Syrien, Irak, Saudi-Arabien.

117 Emeute: französisch für Aufruhr, Meuterei, Aufstand.

Pipelines

Westeuropäische Konsortien investieren Milliarden-DM-Summen für die Anlage von Pipelines (1 km kostet zwischen 1 und 2 Millionen DM) für algerisches Erdgas, um sich von Nahost-Öl partiell unabhängig zu machen (Bayerngas – Saarferngas – Gasversorgung Süddeutschland).

Nordseeöl

Ölgesellschaften und Regierungen investieren Milliarden zur Öl- und Erdgasgewinnung aus der Nordsee. Nordseeöl ist hinsichtlich der Erschließungskosten – nur jede sechste Bohrstelle ist fündig, Bau und Installationen von Bohrinseln, Unterwasser-Pipelines – zehn mal so teuer wie Öl aus dem Persischen Golf. (Den Anteil des Nordseeöls an den Welterdölvorkommen schätzt man auf 1 %, den des Mittleren Ostens auf 60 %.) Das wird vergeudetet, um gegenüber dem Nahen Osten flexibel zu werden. »Der zunehmende Druck einiger Ölländer auf die westlichen Gesellschaften sowie politische Krisen könnten zu Versorgungsschwierigkeiten führen«, behauptete die EWG-Europa-Kommission – gemeint sind die Schwierigkeiten der Konzerne, ihre Profitraten so hoch zu halten, wie sie sind.

Australien und Kanada

Über die Rohstoffunde in Australien und Kanada schreibt die Wirtschaftsausgabe der *FAZ* in zynischer, kapitalistischer Offenherzigkeit: »Die Stellung der Entwicklungsländer verschlechtert sich wieder durch das Auffinden riesiger Rohstoffreserven in Kanada und Australien. Die geologisch gut gelegenen Stätten in diesen Ländern mit stabiler Regierung, geringer Besteuerung und einer entwickelten Industrie haben multinationale Unternehmen aus der ganzen Welt angezogen.

Die Konferenz in Santiago de Chile

Über die Ohnmacht der »Entwicklungsländer«, die auf der Konferenz in Santiago de Chile im April/Mai 1972 Preissicherung auf den Rohstoffmärkten verlangten, schreibt die *FAZ* mit der Herablassung und dem imperialistischen Selbstbewußtsein eines Konzernbulletins: »Die Entwicklungsländer übersehen, daß Rohstoffvorkommen allein noch keinen Reichtum darstellen. Die Erschließung, der Transport und die anwendungstechnische Forschung sind im Grunde genommen viel wichtiger, da wir z.Zt. in der Welt über ausreichende Reserven verfügen. Es ist kein Zufall, daß die potenten multinationalen Unternehmen in ihren Investitionen in den Entwicklungsländern, die eine restriktive Politik betreiben, große Zurückhaltung üben.«

Raubbau und Bevorratung

Auf der einen Seite betreiben die Konzerne wüsten Raubbau an den Rohstoffen der Dritten Welt. In Kuwait z.B. befürchtet man, daß das Öl in 16 Jahren – der Ölboom in Kuwait begann 1934 – alle sein könnte. 95 % seiner Einnahmen hat

Kuwait vom Öl – 800 Mio. Dollar im Jahr bei 740 000 Einwohnern. Jetzt wird in Kuwait mit 12,8 % der jährlichen Öleinnahmen ein Kronschatz angelegt – ein Sparstrumpf; wenn Öl und Kronschatz alle sind, hüten die Kuwaiter wieder Schafe, Libyen und Venezuela haben ihre Ölförderung schon eingeschränkt, um die Vorräte zu schonen.

Gleichzeitig betreibt man Bevorratungspolitik in der EWG und der BRD: Erhöhung der Vorräte von 85 auf 90 Tage – der Iran liefert eine 10-Mio.-t-Menge dazu – die BRD verbraucht gegenwärtig 133 Mio. t Öl im Jahr.

Die USA haben sich ein riesiges Einsparungsprogramm vorgenommen – bis 1980 will man 365 Mio. t Öl im Jahr einsparen – gegenwärtig verbraucht man dort 770 Mio. t. Die Einsparungsmaßnahmen sollen u.a. sein: Verlegung des Güterverkehrs von LKWs auf Eisenbahn, des Passagierverkehrs von der Luft auf die Straße, des Stadtverkehrs vom Auto auf Massenverkehrsmittel.

Öl und Verkehrstote

So wird der Wahnsinn einer Automobilproduktion, der in der BRD z.B. in den letzten zehn Jahren einen Tribut von 170 000 Verkehrstoten gefordert hat – in den USA rechnet man für 1972 mit 56 000, in der BRD mit 20 000 – zugunsten derselben Extraprofite der Öl- und Automobilkonzerne wieder abgeschafft, zu deren Gunsten er aufgebracht worden ist: zum Zweck der Niederschlagung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, nachdem er nur zu Lasten der Völker der Dritten Welt ins Leben treten konnte. Die Angst, der Circulus Vitiosus des Konsums – die Anarchie kapitalistischer Warenproduktion als nur für den Markt, nicht für die Bedürfnisse der Menschen – könnte auf eine Grenze der psychischen Anpassungsfähigkeit der Menschen stoßen, bestimmt unter anderem das Gefasel von der »Qualität des Lebens«. Das Abbröckeln der Massenloyalität aufgrund von nichts als Konsum – »Konsumscheiße« – hat ohnehin eingesetzt, auch wenn das Massensterben auf den Straßen als Abstumpfung und Brutalisierung der Menschen immer noch mehr zugunsten des Systems zu Buche schlägt als zu seinen Ungunsten.

Boykott

Das Ziel ist die Wiederholung des Öl-Boykotts, der Anfang der 50er Jahre gegen die Nationalisierung persischen Öls durch Mossadegh[118] geklappt hat, den Weg frei gemacht für die Marionette des amerikanischen Imperialismus, den Schah. Angesichts der Verstaatlichungsmaßnahmen des Irak hat der Iran sich bereiterklärt, seine Jahresölproduktion von 271 Mio. t auf 400 Mio. t zu erhöhen. Solche Regierungen hat der Imperialismus gerne.

118 Mohammad Mossadegh: iranischer Reformpolitiker, wurde 1951 zum Ministerpräsidenten gewählt und verstaatlichte die Erdölvorkommen. Er wurde1953 durch die Armee und den Schah gestürzt und inhaftiert.

In den 90er Jahren hofft man mit Atomkraft allmählich vom Erdöl als dem bis dahin wichtigsten Energieträger unabhängig zu werden. Dann – so hofft man – wird man auch die Hochleistungstemperaturöfen haben, mit denen man aus Kohle Erdgas herstellen kann – was den Inhalt der Rede vom eventuellen Comeback der Kohle ist.

Das Ziel imperialistischer Energiepolitik ist es, die erdölliefernden Länder schon jetzt für alle Zukunft der Möglichkeiten zu berauben, auf ihr eigenes Öl nochmal ihre Industrialisierung und politische Unabhängigkeit gründen zu können.

Einkreisungspolitik

Was im übrigen der Imperialismus gegenüber dem Nahen Osten betreibt, kann man ruhig Einkreisungspolitik nennen. Im Westen frißt er sich fest im Maghreb – Algerien, Tunesien, Marokko. Westdeutsche Konzerne investieren im Bergbau (Rohstoffe); in der Bekleidungsindustrie (niedrige Löhne); in Staudammprojekten (Elektrifizierung); Automobilindustrie. Schwerpunkt westdeutscher Entwicklungshilfe an arabische Staaten sind Tunesien und Marokko – beide Länder sind gleichzeitig Objekt westdeutscher Militärhilfe. – Im Osten und Norden: Türkei und Iran. Beide Länder sind sowieso amerikanische Militärstützpunkte. Im Rahmen der NATO liefert die BRD der Türkei Waffen. Im Rahmen der freien Marktwirtschaft liefert Siemens neuerdings Fernsehrelaisstationen, mit denen die Regierungsstimme – »Hier spricht die Kriminalpolizei« – bis in den türkischen Osten reicht. Die deutsche Kolonie in Teheran ist bekannt – der Umfang westdeutscher Waffenlieferungen ist es nicht.

Militärbasis

Es gehört wenig Phantasie dazu, sich einen Rollenwechsel des Maghreb im Westen, der Türkei und des Iran im Osten vom Markt zur militärischen Ausgangsbasis vorzustellen.

Und es gehört überhaupt keine Phantasie dazu, sich die Lage Algeriens in drei Jahren vorzustellen, wenn die Erdgasförderung durch amerikanische Konzerne – also das große Geld – begonnen hat und Algerien trotzdem seine Solidarität mit den anderen arabischen Staaten aufrecht erhalten will; sie kann nur verzweifelt sein.

Der Imperialismus ist die Einheit

Der Imperialismus der multinationalen Konzerne ist die Einheit, die in sich die Widersprüche von entwickelten und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubten Länder, von Staaten mit gewählten und mit vom CIA eingesetzten Regierungen, reichen und armen Ländern, Norden und Süden als Zentren und Peripherien seines Systems vereint. Er ist das System, das sich der politischen Form des Rechtsstaats ebenso bedient wie der des Faschismus. Er hebt diese Widersprüche nicht

auf, er koordiniert sie nur, spielt sie gegeneinander aus, integriert sie als verschiedene, aufeinander abgestimmte Kapitalverwertungsbedingungen für seine Konzerntöchter.

»Sklaven des Systems«

Äußerlich paßt er sich vorhandenen Bedingungen an – bedient sich, wenn es geht – inländischer Kapitalreserven, überläßt das mittlere Management Einheimischen, lernt die Landessprache, hält sich an geltendes Landesrecht, operiert mit der normativen Kraft seiner faktischen Macht auf dem Markt. Von oben herab belehrt die *FAZ* die »Entwicklungsländer«, die sich mit Einschränkungen vor dem Raubbau ihrer Bodenschätze zu schützen versuchen: Sie verkannte die Marktlage und qualifizierte ihre Rolle als Sklave des Systems richtig, wenn sie zu dem »Dilemma« Devisenbedarf einerseits und dem Bedürfnis, sich vor Raubbau zu schützen, andererseits konstatiert: »Den Entwicklungsländern sind bei der Durchsetzung ihrer Politik gegen die internationalen Rohstoffgesellschaften die Hände gebunden.«

Dieser Imperialismus vermeidet Provokationen. Er übernimmt, wo er kann, die Regierung der Länder der Dritten Welt in die eigene Galerie der Charaktermasken des Systems. Er arbeitet mit der »Verhältnismäßigkeit der Mittel« – sein Reservoir an Mitteln ist größer, als das irgendeiner herrschenden Klasse vor ihm es war.

Sein Reservoir an Mitteln

Er überläßt die Völker der Dritten Welt der Disziplinierung durch Analphabetismus und Hunger, in den Metropolen der Verblödung, Abstumpfung und Brutalisierung durch Fernsehen, Springer und Verkehrsunfälle – er überläßt die Liquidation der amerikanischen Linken McGovern, er überläßt persische, türkische, palästinensische Genossen der Folter, die antiimperialistische Linke in Westdeutschland und Westberlin der Bundesanwaltschaft – er wird hier im November freie Wahlen abhalten, nachdem er im September palästinensische Freiheitskämpfer massakert hat und aufkommendes Entsetzen mit der Dampfwalze der Olympischen Spiele in Farbe niedergewalzt hat.

Dieser Imperialismus zeigt sein faschistisches Wesen nur vor, wenn er auf Widerstand stößt – eine spätkapitalistische Machtergreifung hat er nicht nötig. Seiner historischen Tendenz nach ist er faschistisch: auf Ausbeutung aus und Unterwerfung, Vernichtung, Vergeudung, Entlaubung, Zerstörung von Menschen und Bodenschätzen. Er hat das größte Zerstörungspotential bereitgestellt, das je eine herrschende Klasse für sich bereitgestellt hat, um nach sich die Sintflut kommen zu lassen – wo für ihn nichts mehr zu holen ist, verwüstet er alles; das Land und die Menschen – Krater und Krüppel – Vietnam.

Die Strategie des »Schwarzen September«

Mit seinem Bombenanschlag bei Strüver in Hamburg[119] hat er Kriegsmittelnachschub für Israel angegriffen.

Mit seiner Aktion im Olympischen Dorf hat er den nur scheinbar lokalen Konflikt zwischen der imperialistischen Metropole Israel und Palästinensern von der Peripherie des Systems ins Zentrum getragen – hat er die Charaktermasken des »Rechtsstaats« Bundesrepublik gezwungen, abzuschminken und als das aufzutreten, was alle Charaktermasken des Imperialismus objektiv sind: kriegsführende Partei gegenüber den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt – letzten Endes: Ausrottungsstrategen und Faschisten.

Die arabischen Völker sind durch die Aktion für den antiimperialistischen Kampf mobilisiert worden, sie haben die Revolutionäre als Helden gefeiert, ihr Wille zu kämpfen ist ungeheuer ermutigt worden.

Daß es noch besser gewesen wäre, Genscher als Geisel zu nehmen, weiß der »Schwarze September« selbst. Auf dem ungeheuer hohen Niveau von marxistischer Theorie und revolutionärer Praxis, das der »Schwarze September« hat, braucht man ihm das nicht zu sagen. Die Erkenntnis, daß ein Austausch der israelischen Geiseln gegen die Charaktermasken der sozialliberalen Koalition noch besser gewesen wäre, insofern er die Komplizenschaft Israels/westdeutscher Imperialismus zerstört hätte, Israel isoliert, den Widerspruch zwischen dem Faschismus des entfalteten Imperialismus und Israels Nazi-Faschismus (siehe Kap. Nationalsozialismus) auch noch auf die Spitze getrieben hätte, Widersprüche im System ausgenützt im Sinne von: Die Kräfte des Imperialismus zersplittern! – Diese Erkenntnis kann nicht als Kritik an der Aktion vorgebracht werden, insofern wir sie der Aktion selbst verdanken. Diese Erkenntnis ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Praxis die Theorie vorantreibt, die Theorie die Praxis – für die Dialektik von Theorie und Praxis.

2. Opportunismus

Der Opportunismus in den Metropolen

Die Marx-Bibelforscher – nur mit Zitaten ausgerüstet, nicht weiterdenkend – werden einwenden, Marx selbst habe Maschinenstürmerei eine »Dummheit« genannt. Marx: »Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert, sei also nicht die Maschinerie zu bekämpfen, sondern ihre kapitalistische Anwendung.«

119 Am 8.2.1972 machte der »Schwarze September« einen Anschlag gegen die Strüver K.G. in Hamburg. Das Werk exportierte »elektronische Geräte« nach Israel. Am 22.2. sprengte die Gruppe eine Ölpipeline in der Nähe von Hamburg.

Das alles ist auf den Teil imperialistischer Investitionstätigkeit, der nur zum Zweck der Niederschlagung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ins Leben tritt, nicht zu übertragen. Insofern er »an sich betrachtet« nichts als Vergeudung von Rohstoffen und Arbeitskraft ist, nichts als Kriegsmittel – man kann sagen: Rüstungsproduktion im zivilen Bereich. Mit ihr soll die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in den Zentren des Imperialismus und den Ländern der Dritten Welt, d.h. das imperialistische Herrschaftssystem verewigt werden.

Sabotage

Der Verzicht auf Sabotage in den Metropolen – weil es besser wäre, solche Projekte zu übernehmen, als sie zu zerstören, kommt auf den Ausspruch raus: Die Völker der Dritten Welt sollen mit ihren Revolutionen solange warten, bis die Massen in den Metropolen soweit sind – ignoriert das zuerst von Lenin erkannte Problem der Arbeiteraristokratie des Imperialismus, heißt von den Völkern der Dritten Welt zu verlangen, sich in das Schlepptau desjenigen Teils des Weltproletariats nehmen zu lassen, der am meisten in den Fängen des Systems ist – es ist der Führungsanspruch des Opportunismus.

Der Solidaritätsbegriff des Opportunismus

Es ist kein Zufall, daß gerade die Opportunisten mit dem Begriff der Solidarität nichts mehr anfangen können – sie vertreten einen Führungsanspruch, der imperialismus-analytisch falsch ist – so müssen sie den Teil der Beherrschten aus ihrem Solidaritätsbegriff ausschließen, der ihren Führungsanspruch nicht anerkennt, statt dessen den der Völker der Dritten Welt. Sie müssen diejenigen ausschließen, die unter »Dem Volke dienen« nicht verstehen, dem vom Imperialismus beherrschten Volk in den Arsch zu kriechen, sondern den Imperialismus bekämpfen, der das Volk beherrscht.

Negt – das Schwein

Negt[120], der in Frankfurt nach Noskes Devise »Einer muß der Bluthund werden« rangegangen ist, hat dort die Position des Opportunismus – mit allem Kauderwelsch, aller Massenverachtung, allen Appellen an »die Politiker«, aller Berufung auf den gesunden Menschenverstand, die dazu gehören – formuliert. Allerdings ohne sich auch nur andeutungsweise – wie Bernstein[121] – die Mühe einer ökonomischen Analyse zu machen. Da das Problem des Opportunismus aber unabhängig vom theoretischen Niveau seiner Sprecher objektiv besteht, ist es notwendig, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Es besteht objektiv als Resultat der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, die das System geschaffen hat, der Ungleichmäßigkeit der Formen der Ausbeutung, die das System anwendet, der Ungleichmäßigkeit der Erfahrung der Unterdrückung innerhalb dieses Systems.

Daß Negt überhaupt Beifall bekam, trotz des schwachsinnigen theoretischen Niveaus seiner Ausführungen, beweist, wie stark die objektiven Gründe sind, die hier dafür sprechen, eine opportunistische Position einzunehmen. Wir nehmen uns Negt auch deshalb vor, damit seine Anhänger sehen, welchem Bockmist sie da aufgesessen sind.

Negt über Solidarität

Negt: »Die Mechanik der Solidarität zerstört jede sozialistische Politik. Sie ist das schlechteste Erbteil der Protestbewegung.«

»Mechanisch« mögen Leute zum Portemonnaie greifen, wenn sie einem Mundharmonikaspieler an der Hauptwache begegnen, und mag Bertold Beitz[122] einen Scheck für die Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel unterschreiben – Solidarität ist keine Reflexhandlung, was jeder weiß, der jemals solidarisch gehandelt hat. Oder will Negt mit seiner »Mechanik« von hinten den Begriff der Spontaneität gleich mit erledigen? »Spontane Solidarität« ... ? Tiefer als Negt kann man den Begriff der Solidarität nicht in den Dreck ziehen und diejenigen nicht, die den Mut und die psychische Widerstandskraft aufbringen, bei Gefahr für sich selbst solidarisch zu handeln.

Negts Kinderstube

»Ungebeten und oft anonym« stünden sie vor der Tür – was glatt gelogen ist, bei Negt stand nie einer – in der Tat, ohne ihre Visitenkarte vorher eingereicht zu haben, oder dem Verfassungsschutz das Tonband am Telefon vollgequatscht. Dann waren sie noch unrasiert, und nachher haben sie das Badezimmer vollgespritzt. Das wollen Revolutionäre sein? Wo kämen wir da hin?

Opportunistische Anmaßung

Statt den Zusammenhang zwischen Wohlstand hier und Verelendung dort herzustellen – das hieße: die Einheit des Systems analysieren –, maßte sich Negt Richtersprüche an aufgrund eingebildeter Macht, indem er proklamiert, »daß politische Moral unteilbar ist« – soso (s.o.) – »daß derjenige, der den Völkermord in Vietnam toleriert oder gutheißt, das Recht verliert, im Namen von Demokratie zu sprechen« – das Bundesverfassungsgericht hustet ihm eins – soll er das denen doch mal verklickern.

120 Oskar Negt war damals Professor für Soziologie an der TU Hannover. Die Kritik bezieht sich auf sein Referat auf dem Kongreß »Zum Beispiel Angela Davis« am 3. Juni in Frankfurt. Negt steht stellvertretend für eine akademische Linke, deren »Marsch« in den Institutionen endete und die noch eine Weile sozialistische Programmatik vertrat.

121 Eduard Bernstein, sozialdemokratischer Politiker, war führender Vertreter des Revisionismus. Er ordnete sozialdemokratische Politik den Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus unter.

122 Bertold Beitz: Ab 1970 Aufsichtsratvorsitzender der Friedrich Krupp GmbH. Er machte sich verdient um den »Ausbau des Osthandels« und war auch Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees.

Prinzip der Vereinzelung

Die Verbindung zwischen Verelendung hier und Verelendung dort – von Solidarität, Erkenntnis des Zusammenhangs – zu verhindern, macht sich Negt zur Hauptaufgabe: Lokalisierung der Konflikte, wie das System sie mit allen Mitteln betreibt.

Negt: »Die unter Solidarisierungszwang stehende Masse der Politisierten, der Studenten, Schüler, Jungarbeiter, die sich mühsam von ihren Familien, dem disziplinierenden Druck der Betriebe und der Ausbildungsstationen abgesetzt haben« – (nicht emanzipiert, nicht im Prozeß der Befreiung befreit, der weitergeht, weiter will, sondern »abgesetzt«) –, »verlieren allmählich die Fähigkeit, selber Erfahrungen zu machen« – (eine Sozialarbeiterunverschämtheit) –, »ständig im Zugzwang, den Anschluß an die radikalsten Positionen nicht zu verpassen, gewinnen sie ihre labile, außen geleitete Identität« – (woher nimmt er die Frechheit, mit sozialpsychologischen, mit Jugendamtsjargon über die herzufallen, über die er da redet?) – »aus der bloßen Identifizierung mit den Erfahrungen anderer.« Also: die *Bild*-Zeitung erfährt nur der, über den sie berichtet, über die Siege des Vietcong darf sich nur der Vietcong freuen. Bomben gegen das US-Hauptquartier kriegt nur mit, wer sie legt – oder was?

»Selbsternannte Avantgarde«

Negt: »Selbsternannte Avantgarden« – (also von keinem Kultusminister ernannt, durch die Besetzung keiner Marktlücke legitimiert – oder was?) – »spiegeln ihnen gesellschaftliche und geschichtliche Erfahrungen vor« – (denn der antiimperialistische Kampf findet in Wirklichkeit gar nicht statt) –, »die der einzelne Schüler, Arbeiter, Lehrling, Student in den eigenen Arbeitszusammenhängen weder nachvollziehen noch auf politische Konsequenzen bringen kann.« Wieso identifizieren sie sich denn? Glaubt Negt an die Selbstfertigung der Ideen im Hirn? Offenbar.

Materialistische Dialektik

Mao: »Die materialistische Dialektik betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingung der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage – wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken.«

Das heißt: Negt – als äußere Ursache – hat für sein dummes Gewäsch in Frankfurt Beifall gekriegt, weil der Opportunismus in den Metropolen starke innere Gründe hat. Die Leute wollen »Freiheit für Angela Davis«[123] – aber den Kampf nicht mit der Härte führen wie der Vietcong, wie der Schwarze September – das nicht – so verzweifelt über das System, ihrer eigenen Sache so sicher sind sie denn

123 Angela Davis war Mitglied der CPUSA und des angegliederten Che-Lumumba-Club, in dem sich ausschließlich Schwarze organisierten. Sie wurde wegen ihrer Solidarität mit Militanten aus der Black Power Bewegung, konkret wegen des Befreiungsversuchs der Jackson-Brüder, verfolgt und 1970 verhaftet. Nach einer internationalen Kampagne für ihre Freiheit wurde sie 1972 entlassen und arbeitet als Feministin in der schwarzen Community.

doch nicht, daß ihnen das ’ne Sache aufgeben und Tod wert wäre. Kommt Negt, sagt, braucht ihr auch nicht, wir machen das schon – sind sie erleichtert, Beifall.

Dagegen steht die RAF – ihrer eigenen Sache so sicher wie die Völker der Dritten Welt, weil sie deren Führungsanspruch anerkennt, weil sie weiß, daß der Kampf nur mit der Härte geführt werden kann, wie die ihn führen. Die RAF – als äußere Ursache – hat zunehmend bei Schülern, Studenten, Lehrlingen Zustimmung gefunden. – Negt hat es bezeugt, ebenso dreckige »Meinungsumfragen«[124] haben es bezeugt, Flugblätter, Sprechchöre, Demonstrationen, Teach-ins etc. – Aber wie anders als durch »innere Ursachen«? – wie anders als dadurch, daß diese in ihren eigenen Arbeits- und Lebenszusammenhängen täglich erfahren, daß eben nur diese Härte, nur die Härte, mit der die Völker der Dritten Welt den Kampf führen, zum Ziel – ihrer Befreiung – führen kann? Negts Gezeter beweist das Gegenteil von dem, was er behauptet: Gerade weil Schüler, Lehrlinge, Studenten in ihren Lebens- und Arbeitszusammenhängen – innere Ursache – die Erfahrungen der Völker der Dritten Welt anfangen nachzuvollziehen, identifizieren die sich mit deren Kampf, mit der RAF, die ihn in die Metropole getragen hat, die ihn vermittelt – als äußere Ursache.

Wäre es anders, hätte nie ein Hahn nach der RAF gekräht, Genscher und Ruhnau[125] nicht, und Negt wäre mit einem Nebensatzseitenhieb auf die RAF ausgekommen in Frankfurt – oder Sein und Bewußtsein haben nichts miteinander zu tun, die materialistische Dialektik wäre ein Hirngespinst. Daß dieser Prozeß nur unendlich langsam, schwer, mühsam, erst stellenweise in Gang gekommen ist, wissen wir. Daß er überhaupt in Gang gekommen ist, beweist, daß die Situation »reif« ist, den antiimperialistischen Kampf auch in den Metropolen aufzunehmen – nicht »reif« für den Umsturz, aber »reif« für die antiimperialistische Offensive.

Daß es Genossen gibt, die sich selbst zu schade dafür sind, schon in diesem Anfangsstadium der »Reife« der Situation ihr Leben und ihre Freiheit zu verlieren, nur um diesen Prozeß überhaupt erst mal in Gang zu setzen, beweist, wie groß die Anziehungskraft des Systems in den Metropolen noch ist. Daß es Genossen gibt, denen ihr Leben außerhalb des revolutionären Befreiungskampfes nichts mehr wert ist, beweist, wie groß die Anziehungskraft der Revolution schon ist. Insofern es keine einzige Idee und keinen einzigen Gedanken gibt, der seinen Ursprung woanders hat als im Leben, in der Gesellschaft – da mögen Gedanken, Ideen und Menschen so viel eingesperrt, ausgebürgert, ausgeschlossen und für verrückt erklärt werden, wie man will.

124 Nach Umfragen von EMNID 1971 war »der Kreis der Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe im Frühjar ’71 erstaunlich groß ... jeder fünfte Bundesbürger tolerierte den Schutz der Anarchisten vor Verfolgung und Verhaftung, jeder siebte ... wollte nicht ausschließen, daß er ein Mitglied der Gruppe für eine Nacht bei sich aufnehmen würde, um es vor der Polizei zu schützen.« Während Anfang ’71 (nach Allensbach) nur 18 % der Gruppe politische Motive zubilligten, waren es nach der Großfahndung und nach dem Tod von Petra Schelm bereits 40 %.

125 Ruhnau (SPD) war damals Innensenator in Hamburg.

Die Spaltung der Linken in den Metropolen in einen revolutionären, antiimperialistischen Flügel und einen opportunistischen hat eingesetzt. Nicht weil der Opportunismus an Boden gewinnt, sondern weil der verliert – wobei er mit der Erstarkung der linken Bewegung noch an Boden gewinnen wird. Negts Attacke war ein Rückzugsgefecht. Insofern kann es nur recht sein, daß er obendrein so saumäßig argumentiert und damit selbst die Demaskierung des Opportunismus vorantreibt. Er macht es uns leicht.

Negt als Alexander der Große

»Der Knoten« aus »mechanisierter Solidarität«, »Minderwertigkeitskomplexen«, »Trennungsängsten«, »verzerrter Realitätsauffassung«, »Vernebelung der Gehirne« »kann nur zerhauen werden« (da hat er recht) – nicht mehr »mit behutsamem Verständnis« aufgelöst. Was heißt: bei Erstarken des linken Flügels der sozialistischen Bewegung diesen von den Faschisten liquidieren lassen. Was heißt: marxistische Theorie, ernsthafte Diskussion gleich »behutsames Verständnis« – man verschone die sozialistische Diskussion in der Tat mit Negts pfäffischem Zuspruch und seiner Seminar-Pädagogik. Marx und Freud könnten zu all dem allerhöchstens sagen: Wie bitte? Ein völlig durchgedrehter, wild um sich schlagender Kleinbürger – dieser Negt. Wenn man nicht wüßte, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, könnte man auf die Idee kommen, bei dieser durch und durch korrupten Ratte sei »Korruption im Spiel«.

Die objektive Rolle der Opportunisten

Für seinen Arbeitsbereich hat Negt sie – unvernebelt – dargestellt: »Man sollte sich hüten, die linken Lehrer und Hochschullehrer aus Schulen und Universitäten zu drängen«, sie seien die einzigen, »die durch alltägliche Überstunden, durch Organisation kleiner Gruppen« diesen katastrophalen Laden »am Laufen« hielten. Gegen genau diese systemstabilisierende Integration ihrer Arbeit als »Überstunden« hatten sich die Berliner Studenten der Gegenuniversität mit Händen und Füßen gewehrt – so kommt die opportunistische Katze auch aus dem seminar-marxistischen Sack.

Der Kern: Wissenschaft für die Bourgeoisie

Als praktischer Kern bleibt noch bürgerliche Wissenschaft: »Würde man auch nur einen Teil des Geldes, das für die Bekämpfung der Kriminalität ausgegeben wird, für die Bekämpfung der Ursachen ausgeben, dann könnte man mit langfristigen Wirkungen rechnen; eine Gesellschaft, die diese Minimalaufgabe nicht zu lösen vermag, hat ihre Berechtigung verloren« – (laßt Negt mal ran, der wird den Laden schon schmeißen).

Auf diese Art langfristige Wirkung mit Geld statt militärischer Abenteuer ist die Investitionstätigkeit der multinationalen Konzerne berechnet.

Und um das Maß wirklich voll zu machen, haut Negt noch den ganzen Marxismus-Leninismus über Bord: »Es gibt kein objektives und eindeutiges Kriterium für die Unterscheidung zwischen rechts und links.« Wieso nennt sich dieses dumme Schwein noch »Sozialist«?

Rosa Luxemburg über Bernstein: »Wie – das ist alles, was ihr zu sagen habt? Kein Splitter von einem neuen Gedanken! Kein einziger Gedanke, der nicht schon vor Jahrzehnten von dem Marxismus niedergetreten, zerstampft, ausgelacht, in nichts verwandelt worden wäre. Es genügte, daß der Opportunismus sprach, um zu zeigen, daß er nichts zu sagen hatte.« Es genügte, daß Negt offen auftrat, um zu zeigen, daß er mit den Faschisten unter einer Decke steckt – ihr »berufenes«, möglicherweise »unberufenes Werkzeug« (R.L.).

Lenin: »Am gefährlichsten sind Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.«

Daß die Unterdrückten selbst ihnen noch mal ihren ganzen »katastrophalen Laden« zusammenschlagen könnten, das System an seinen eigenen Widersprüche zugrunde gehen könnte – das Bewußtsein: Wir sitzen alle in einem Boot –, schweißt Opportunismus und System zusammen. Sie quatschen von Sozialismus und meinen das System. Sie stellen keine Fragen, sie verpassen Antworten. Niederlagen der Revolutionäre quittieren sie schadenfroh: Wieder einmal hat das Pferd das Rennen gemacht, auf das sie gesetzt haben.

Revolutionäres Subjekt

Das Problem des Opportunismus ist damit, daß Negt sich entlarvt hat, nicht aus der Welt. Die Bestimmung des revolutionären Subjekts aus der Analyse des Systems ist mit der Erkenntnis, daß die Völker der Dritten Welt die Avantgarden sind, und der Übertragung von Lenins Begriff der »Arbeiteraristokratie«[126] auf die Massen in den Metropolen nicht erledigt und nicht abgetan. Im Gegenteil: Es läuft überhaupt erst an.

Mit Marx' Begriff des Lohnarbeiters, dem in der Produktion der Mehrwert ausgepreßt wird, allein ist die Ausbeutungssituation der Massen in den Metropolen nicht mehr gedeckt.

Tatsache ist, daß die Ausbeutung im Bereich der Produktion eine nie dagewesene Form der physischen Belastung, einen nie dagewesenen Grad der psychischen Belastung angenommen hat, mit der weiteren Aufsplitterung der Arbeit eine ungeheure Steigerung der Arbeitsintensität stattgefunden hat und fortschreitet.

Tatsache ist darüber hinaus, daß mit der Einführung des 8-Stundentages – der Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsintensität – das System sich der gesamten Freizeit der Menschen bemächtigt hat. Zu ihrer physischen Ausbeutung im Betrieb ist die Ausbeutung ihrer Gefühle und Gedanken, Wünsche und Utopi-

126 Bezeichnung für die Schicht verbürgerlichter Arbeiter innerhalb des Proletariats, die durch bessere Entlohnung und Bildung am Profit des Kapitalisten beteiligt ist und deshalb dessen System verteidigt.

en dazu gekommen – zur Despotie der Kapitalisten im Betrieb die Despotie der Kapitalisten in allen Lebensbereichen durch Massenkonsum und Massenmedien.

Mit der Einführung des 8-Stundentages hat der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter seinen Siegeszug angetreten – mit der Schaffung von Massenkaufkraft und »Einkommensspitze« hat das System den Siegeszug über die Pläne, Bedürfnisse, Alternativen, Phantasie, Spontaneität, kurz: den ganzen Menschen angetreten!

Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen eigenen Dreck zu ziehen, daß sie das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können. Daraus folgt aber, daß das revolutionäre Subjekt jeder ist, der sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jeder, der im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jeder, der sich verweigert, jeder, der nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist – Genosse.

Daraus ergibt sich, daß wir den 24-Stundentag des imperialistischen Systems zu analysieren haben. Daß wir für alle Lebens- und Arbeitsbereiche dieser Gesellschaft nachzuweisen haben, wie sich das Mehrwertaussaugen in ihnen abspielt, wie es sich zur Ausbeutung im Betrieb verhält, was jeweils genau der Punkt ist. Mit dem Postulat: Das revolutionäre Subjekt des Imperialismus in den Metropolen ist der Mensch, dessen Tag der 24-Stundentag unter dem Diktat, der Bevormundung des Systems ist – stecken wir nicht mehr als den Rahmen ab, innerhalb dessen die Klassenanalyse gemacht werden muß – wir behaupten nicht, daß das Postulat schon die Analyse ist.

Tatsache ist, daß weder Marx noch Lenin noch Rosa Luxemburg noch Mao es mit dem *Bild*-Leser, dem Fernsehzuschauer, dem Autofahrer, dem psychologisch konzipierten Schüler, der Hochschulreform, der Werbung, dem Radio, dem Versandhandel, dem Bausparvertrag, der »Qualität des Lebens« usw. zu tun hatten. Tatsache ist, daß das System in den Metropolen sich durch seine fortschreitende Offensive auf die Psyche der Menschen reproduziert, und eben gerade nicht offen faschistisch, sondern über den Markt.

Nur deswegen ganze Bevölkerungsschichten als für den antiimperialistischen Kampf abgestorben zu erklären, weil sie in Marx' Kapitalismusanalyse noch nicht vorkommen konnten, ist ebenso wahnwitzig, sektiererisch wie unmarxistisch.

Nur indem es uns gelingt, den 24-Stundentag auf den imperialistischen-antiimperialistischen Begriff zu bringen, können wir dazu kommen, die tatsächlichen Probleme der Menschen in diesem so zu formulieren und darzustellen, daß wir von den Menschen verstanden werden, nicht nur unsere Aktionen verstanden werden – wie die der RAF verstanden worden sind –, sondern auch unsere Propaganda, unsere Sprache, unsere Wörter. Dem Volk dienen!

Wenn die Völker der Dritten Welt die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution sind, das heißt: die objektive, große Hoffnung der Menschen in den Metropolen auf ihre eigene Befreiung, dann ist es unsere Aufgabe: den Zusammenhang herzustellen zwischen dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt und der Sehnsucht nach Befreiung, wo immer sie in den Metropolen auftaucht: in den Schulen, in den Hochschulen, in den Betrieben, in den Familien, in den Gefängnissen, in Großraumbüros, Krankenhäusern, Verwaltungen, Parteien, Gewerkschaften – überall. Gegen alles, was diesen Zusammenhang äußerlich negiert, unterdrückt, zerstört: Konsum, Medien, Mitbestimmung, Opportunismus, Dogmatismus, Herrschaft, Bevormundung, Brutalisierung, Vereinzelung.

»Gemeint sind wir!« Revolutionäres Subjekt sind wir.

Wer immer anfängt, zu kämpfen und Widerstand zu leisten, ist einer von uns.

Die Fragen, wie und an welcher Stelle das System am besten zu bekämpfen, am besten zu erpressen, selbst am schwächsten ist – die Frage haben wir zu beantworten – nicht nach der Devise: eins nach dem anderen, sondern in der Dialektik von Theorie und Praxis.

3. Faschismus

Die Aktion des Schwarzen September war antifaschistisch.

Sie hat den Zusammenhang zwischen dem alten NS-Faschismus und dem entfalteten Imperialismus als dem erst durch und durch faschistischen System hergestellt.

Die Olympiade

Sie hat ihn äußerlich hergestellt, indem sie auf die Olympischen Spiele zielte, die die Erinnerung an 1936, Auschwitz und Reichskristallnacht auslöschen sollten, insofern sie die Fassade abgeben sollten für das, was gegenwärtig in Vietnam läuft, Palästina, Israels Gefängnissen, der Türkei, Uruguay, Brasilien, Griechenland, Persien. Insofern sie als mörderische Wettkämpfe Sieger und Besiegte kennen, das Gegenteil von Befreiungskämpfen, von solidarischer Aktion sind, statt dessen Konkurrenz-Kämpfe um imperialistisches Selbstbewußtsein von Industrienationen – Aggressionsspiele.

»Bild«

»GOLD-GOLD-GOLD«, hechelt, hetzt, pfeift, keift *Bild* in den ersten Tagen der Olympiade – »Ich sah sie sterben nachts um elf, wie die Spiele weitergehen«, war die *Bild*-Schlagzeile am 7. September. – Wollt Ihr den totalen Sieg? – Jaaaaa!

Die Sportler

Das betrifft nicht die Sportler. Die haben jahrelang trainiert, die wollten Wettkämpfe austragen. Nicht sie gaben der Olympiade den Charakter einer imperiali-

stischen Veranstaltung. Sie waren an ihr beteiligt wie der Lohnarbeiter am Kapitalismus – es geht nicht ohne sie, aber sie sind Objekt des Spektakels, Objekt von Neckermanns Sporthilfe. Daß sie Spaß daran haben, hebt das nicht auf.

Der Nationalsozialismus

Der Nationalsozialismus war nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne.

Raffgierig wie die Kapitalistenklasse – besonders in Deutschland – nun einmal ist, wollte sie, unter der Führung der Flick-, Thyssen-, Krupp-, IG-Farben-Konzerne unter noch unreifen Bedingungen schon haben, was sie später sowieso gekriegt hätte. Fickrig ging sie das Bündnis mit dem alten, absterbenden Kleinbürgertum ein, lud sich dessen irrationalen Antisemitismus an den Hals, statt auf die Kleinaktionäre zu warten, den gewissermaßen echten, weil durch den extremen Kapitalbedarf der Konzerne selbst geschaffenen Mittelstand des Imperialismus – gingen sie das Bündnis ein mit der ideologisch rückwärts gewandten Nazi-Partei. – Statt die Entfaltung seiner eigenen Möglichkeiten abzuwarten, sich Länder und Völker ohne militärische Abenteuer zu unterwerfen, fingen sie den 2. Weltkrieg an. Antisemitismus und Krieg hatten den Faschismus in Deutschland langfristig kompromittiert, die herrschende Klasse in Deutschland schon einmal vor den Massen voll entlarvt – hatten das Bündnis von Kommunisten und Teilen des Bürgertums im Antifaschismus ermöglicht.

Antifaschismus

Es war dieser Antifaschismus im In- und Ausland, der die politische Entfaltung des westdeutschen Imperialismus so nachhaltig behindert hat. Es war die Sensibilität der Antifaschisten für Unrecht, Übergriffe, staatliche Brutalität, Übermacht der Exekutive, die diesen Staat bisher zwang, Rechtsstaat zu sein.

So wie der Imperialismus seinem Wesen nach faschistisch ist, war der Antifaschismus seiner Tendenz nach antiimperialistisch.

Die RAF hat ihn bei einem Teil ihrer Sympathisanten für den antiimperialistischen Kampf aktualisiert. Mit den §129-Prozessen Anfang der 50er Jahre und dem KPD-Verbot ist die KP von ihrem eigenen Antifaschismus abgeschnitten worden, ihr Bündnis mit Teilen des Bürgertums aufgelöst worden. – Es war eine der wesentlichen Aufgaben der Brandt/Scheel/Heinemann-Administration, die Reste des Antifaschismus in der SPD und im Bildungsbürgertum zu liquidieren – die als APO 1967/68 nochmals hervorgetreten waren – ermutigt von der Studentenbewegung – in Republikanischen Clubs, auf Vietnam-Demonstrationen, gegen Notstandsgesetze und Polizeiterror.

Antiautoritäres Lager

Daß die Führer der Studentenbewegung diese selbst ihres antiimperialistischen Bewußtseins berauben konnten, ist ein Kapitel für sich. Die Inhalte der antiautoritären Bewegung waren ganz klar antiimperialistisch: 2. Juni, Vietnam, Springer, gegen die politische Entfaltung des westdeutschen Imperialismus gerichtet, den Schlußstrich unter die Nachkriegsgeschichte der BRD durch die Bildung der Großen Koalition. Als kleinbürgerlich erwies sich diese Bewegung erst, als sie sich, nachdem die ersten Schüsse gefallen waren, die kein privater Faschismus (Kurras) waren, sondern Produkt systematischen imperialistischen Terrors – auf Dutschke gezielt, von Springer aufgepeitscht – von ihren eigenen Theorie-Assen ihres antiimperialistischen Bewußtseins berauben ließ. Als sie die Erfahrung ihrer Ohnmacht in Organisationsfetischismus zu kompensieren anfing – ihr Verfall in ein rechthaberisches, konkurrenzsüchtiges Zirkelwesen, das nur noch die Herrschaftsstrukturen des Systems reproduziert, Vereinzelung, Besserwisserei, Unsensibilität gegen Unterdrückung; das Spontaneität ebenso haßt und denunziert wie das System selbst, deren »Parteivorsitzende« – Gralshüter des Marxismus – das Proletariat zum Objekt ihres Führungsanspruchs machen und die Massen nur noch als das begreifen und wahrnehmen, was das System aus ihnen gemacht hat: *Bild*-Leser, Fernsehzuschauer, Autofan, Urlauber, SPD-Wähler, Deutsche – wie der Spießer (schon klassisch) nur noch fragen: »Was sagen die Leut'?« Kleinbürgerlich ist die nationalstaatliche Borniertheit der opportunistischen Linken, die nicht erkennt und nicht anerkennt, daß die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution die Völker der Dritten Welt sind und daß der Kampf in den Metropolen der Kampf der internationalen Brigaden ist für den Sieg im Volkskrieg vor Quang Tri und Hue, Palästina, Libanon, Angola, Moçambique, Türkei oder überhaupt nicht stattfindet. Kleinbürgerlich und unmarxistisch ist es, sich nicht vorstellen zu können, daß die Massen auch hier langfristig auf der Seite des Befreiungskampfs ihre politische Identität finden werden, langfristig sich aus dem Griff des Systems, seinen Lügen, Täuschungsmanövern, Wahlgeschenken und Lotteriespielen lösen können.

Kleinbürgerliche Ungeduld war es, nach einem knappen Jahr Studentenbewegung ihre antiimperialistischen Inhalte aufzugeben, weil sie in der kurzen Zeit vom Proletariat nicht aufgegriffen werden konnten und Springer so schnell und kurzerhand nicht zu enteignen ist.

Anarchismus-Vorwurf

Die antiautoritäre Bewegung als anarchistisch abzutun, die Internationale des antiimperialistischen Kampfes als Internationale des Anarchismus – damit verfolgt das System bereits nur denunziatorische Zwecke – wo Dogmatiker so argumentieren, ziehen sie ihre Schlüsse nicht aus der Analyse des Systems und seiner Entfaltungsprozesse, sondern aus der chemischen Analyse von Sprengstoff – aus historischer Analogiebildung aufgrund von nichts als Äußerlichkeiten – prototypisch: Harich[127].

127 Wolfgang Harich ist Mitglied der KPD und später der SED gewesen. Er war Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin. Beeinflußt von Lukács und den rätekommunistischen Veränderungen in Polen und Ungarn 1956, versuchte er zusammen mit anderen eine de-

Weder die tatsächlichen sozio-ökonomischen Voraussetzungen noch der Begriff vom Staat der alten Anarchisten – von Blanqui bis Kropotkin – (die Machno-Bewegung und der spanische Anarcho-Syndikalismus sind sowieso nicht gemeint von den Denunziatoren) haben das geringste mit den objektiven Bedingungen und den subjektiven Inhalten von antiautoritärer Bewegung und RAF zu tun. Die Genossen, die sich selbst Anarchisten nennen, auch nicht. Sie sind ganz klar Antiimperialisten – randvoller Mißtrauen gegen alle »Marxisten«, die sie besserwisserisch aufgrund von nichts als bürgerlichem Bildungsvorsprung subordinieren wollen. Durch antiautoritären Habitus halten sie sich falsche Bevormundung vom Hals.

Der alte Anarchismus-Begriff ist nicht mehr zu gebrauchen – nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben – zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwickelt haben – unreife Ideen in einer unreifen Situation.

Die legale Linke verhält sich völlig kritiklos sich selbst gegenüber, wenn sie ihr bißchen Massenbasis gegen die Massenbasis des antiimperialistischen Kampfes ausspielt. So kommt überhaupt niemand weiter. Mit dem Anarchismusbegriff will man uns eine Diskussion aufzwingen, mit der von den Problemen, die wir heute dringend zu lösen haben, abgelenkt wird.

Ob der Herrschaftsbegriff der alten Anarchisten ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitals über den Menschen – ihr Arbeitsbegriff also ein Vorgriff gewesen wäre auf den Freiheitsbegriff des antiimperialistischen Kampfes – man müßte das untersuchen – es kann sein.

Integration

Zur Integration der KP bedurfte es noch ihrer Illegalisierung, zur Integration der bürgerlichen Antifaschisten der Ostverträge – der Studentenbewegung genügte die Amnestie – ein Linsengericht.

Die verblödete Linke

Verblödet ist das kleinbürgerlich gehässige, spitzfindige Gewäsch derjenigen Genossen, denen zu München nur einfällt, nun würde Genscher das wieder ausnützen, um gegen sie vorzugehen. So ist es. Was daraus spricht, ist nicht das politische Bewußtsein von Marxisten, sondern von pikierten Kleinaktionären – »immer ich!«

mokratische Veränderung in der DDR anzuregen. 1957 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er 1964 amnestiert und stellte seine Treue zur DDR unter Beweis, indem er eine umfangreiche (Selbst-)Kritik am Linksradikalismus veröffentlichte. Nach dem Zusammenbruch der DDR war er der Vorsitzende der »alternativen Enquete-Kommission«, die versuchte, der BRD-Geschichtsschreibung eine eigene Aufarbeitung der DDR-Geschichte entgegenzustellen.

Fürstenfeldbruck und die Ostverträge

Das Massaker in Fürstenfeldbruck wäre ohne die Ostverträge nicht möglich gewesen; ohne die vollständige Demoralisierung der alten Antifaschisten und den maßlosen Opportunismus, in den sich Teile der neuen Linken durch ML und AO haben abführen lassen – völlig erblindet gegenüber der grauenhaften Bestätigung ihrer eigenen Erkenntnis von 1967/68.

Gerade nicht Strauß, sondern genau nur Brandt konnte das Verbrechen in Fürstenfeldbruck begehen: den Feuerschutz des westdeutschen Imperialismus auf einer amerikanischen NATO-Basis zur Unterstützung Israels – seiner Folter, seiner Morde, Ausbeutung, Napalm, Landraub am palästinensischen Volk.

Genau nicht Dregger, sondern genau nur Scheels[128] Parteifreund Genscher kann die Massendeportation der Palästinenser aus der BRD durchführen, derjenigen, die hier sind, weil sie aufgrund nationalistischer Ausrottungspolitik jetzt israelischer Ausrottungspolitik ausgesetzt sind. Tiefer kann eine öffentliche Meinung nicht auf den Hund gekommen sein als die, die das, bar jeglichen historischen Erinnerungsvermögens, hinnimmt und nicht einmal ahnt, wie maßlos der Haß sein wird, mit dem sie das noch einmal heimgezahlt kriegt.

Sozial-liberale Koalition & Strauß

Seit dem Eintritt der SPD in die Regierung 1966 ist mehr an »Demokratie« abgeschafft worden als in den 17 Jahren davor unter allen CDU-Regierungen zusammen: Notstandsgesetze, Handgranatengesetz, Verfassungsschutzgesetz, Ministerpräsidentenerlaß, Bundesarbeitsgerichtsurteile gegen Streiks, BGS-Gesetz.

Von der Angst vor Strauß narkotisiert, wird ein Teil der Linken, wenn Strauß das von der sozial-liberalen Koalition geschaffene Instrumentarium übernimmt, merken, daß ihr die Stimmbänder schon durchgeschnitten sind, mit denen sie dann noch bellen will.

Aber Strauß kann auch nicht viel mehr, als Genossen abknallen. McLeods[129] liquidieren, Araber ausweisen, Prinzregentenstraße[130], Löwenthal, *Bild*, Schauprozesse, Polizeieinsätze. Die Polizei der sozial-liberalen Koalition ist genauso die Polizei der Konzerne, ihre Meinungsfreiheit die des Springerkonzerns ihre Außenpolitik die von Wolff von Amerongen[131], Beitz, Messerschmidt, Bölkow-Blohm, Siemens, Hochtief, Schickedanz und Gelsenberg AG; ihre Innenpolitik

128 Alfred Dregger (CDU): Von 1969 bis 1982 Landesvorsitzender der hessischen CDU, konservativer Politiker.
Walter Scheel (FDP): Von 1969 bis 1974 Außenminister der sozialliberalen Koalition, war neben Brandt ein Vertreter der neuen Ostpolitik.

129 Ian McLeod wurde im Zusammenhang mit der RAF-Fahndung nackt und unbewaffnet in seiner Wohnung von der Polizei erschossen.

130 Während einer Geiselnahme in München nach einem Bankraub eröffnete die Polizei das Feuer und erschoß zwei Personen. F.J. S trauß war persönlich anwesend.

131 Otto Wolff von Amerongen: Industrieller, Vorsitzender des Ostausschußes der deutschen Wirtschaft.

die von Daimler-Benz, Glanzstoff, Klöckner, Bayer-Leverkusen, ihre Hochschulpolitik die der BASF.

Weil es nicht um parlamentarische Demokratie (Brandt) hier und Faschismus (Strauß) da geht, sondern um hier imperialistisches Zentrum und da revolutionären Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt und antiimperialistischen Kampf in den Metropolen – nicht darum, dieser oder jener Regierung in den Arsch zu kriechen, sondern dem Volk zu dienen.

Der schmackhafte Imperialismus

Die sozial-liberale Koalition hat der bürgerlichen, in Äußerlichkeiten vernarrten Linken den westdeutschen Imperialismus schmackhaft gemacht – sie nimmt bei der Durchsetzung der Politik des Imperialismus Rücksicht auf die Gefühle der Menschen – sie arbeitet mit der »Verhältnismäßigkeit der Mittel«, sie kann die Landessprache, sie bedient sich der Form der parlamentarischen Auseinandersetzung wie der von BGS-Terrortrupps – der Mittel des Rechtsstaats wie der des Faschismus.

Die antiimperialistische Linke hätte es mit Strauß leichter, er hat noch den scheppernden Auftritt des Kolonial- und Nazi-Imperialismus, noch nicht die angepaßten Umgangsformen der Konzern-Vorstände, er hat noch das fickrige Verhältnis zur Macht wie Thyssen, Flick, Krupp 1933, noch nicht das entfaltete Selbstbewußtsein der multinationalen Konzerne. Er würde in den Betrieben ausgepfiffen werden, er würde den Haß nicht mehr säen, sondern auch ernten.

Die »rechte Machtergreifung«

Die »rechte Machtergreifung« ist der völlig aus der Luft gegriffene Popanz der SPD-Linken, die Beschwörungsformel der hirn- und theorielosen Opportunisten gegen die antiimperialistische Linke – ihr Verschleierungsbegriff dafür, daß Brandt und Strauß nichts sind als zwei verschiedene Charaktermasken desselben imperialistischen Systems.

Die Ideologie von den hoffnungslos verblödeten Massen ist das Pendant dazu – bewiesen durch nichts als die Dreckspresse aus dem Hause Springer, die Abstimmung am Kiosk, d.h.: die Konzentration der Medien.

4. Die antiimperialistische Aktion

Das Massaker

Brandt, Genscher, Merck, Schreiber, Vogel, Daume, Brundage[132] und wie die Charaktermasken des Imperialismus alle heißen, haben keine Sekunde lang daran gedacht, die Forderungen der Revolutionäre nach Freilassung der Gefangenen zu

132 Merck: Bayerischer Innenminister;
Schreiber: Polizeipräsident von München ;
Vogel: Oberbürgermeister von München, ab 1974 Bundesjustizminister;
Daume, Brundage: Funktionäre des Internationalen Olympischen Komitees.

unterstützen. Sie haben, noch bevor Golda Meir überhaupt benachrichtigt war und Stellung genommen hatte, schon nur und ausschließlich darüber nachgedacht, wie sie die Revolutionäre am besten – mit Gas oder Sturmtruppen oder Präzisionsschützen oder wie nun – massakern könnten. Alle Aufschübe des Ultimatums, das sie mit Lügen und falschen Versprechungen erreicht haben, diente ihnen nur zu einem ausschließlichen Zweck: für die Vorbereitung des Massakers Zeit zu gewinnen. Sie hatten nur ein Ziel, nur ja dem Moshe-Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels – in nichts nachzustehen. Die Dokumentation des Bayerischen Innenministeriums vom 7. September über den Ablauf der Ereignisse – als erste Dokumentation immer noch ungeschminkter als das, was danach kam, besteht aus nichts anderem als Gewinsel und Beteuerung, daß man doch in Wirklichkeit genauso ein Schwein sei wie Moshe Dayan, alles genauso gedacht war wie sein heimtückisches Vorgehen gegen die Flugzeugentführer in Tel Aviv, daß man wirklich alles getan hat, die Revolutionäre ebenso viehisch in die Falle zu locken – bloß eben leider, leider ...

Daß Genscher so weit gegangen ist, den Austausch der Geiseln für den 6. September morgens um 8 Uhr in Kairo zu versprechen, verschweigen die westdeutschen Dokumentationen – das hat erst der Leiter der ägyptischen Delegation bei den Olympischen Spielen mitgeteilt.

Entsetzt war das imperialistische Ausland nur über die Unfähigkeit der Deutschen, wieder einmal nicht nur die Kommunisten, sondern die Juden gleich mit liquidiert zu haben.

Israel vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik. Sie benutzt München eben gerade nicht als Vorwand, wenn es jetzt palästinensische Dörfer bombt – es tut, was es sowieso tut als imperialistisches System: Es bombt gegen die Befreiungsbewegung. Es bombt, weil die arabischen Völker die Aktion des Schwarzen September begriffen haben, weil die Aktion von den Massen verstanden worden ist: daß ihr Feind nicht nur Israel ist, daß ihr Feind der Imperialismus ist, daß nicht nur Israel blutrünstig ist, nicht nur die USA gegenüber Vietnam, sondern der ganze Imperialismus gegen alle Befreiungsbewegungen, daß es ohne antiimperialistischen Kampf keinen Sieg im Volkskrieg gibt.

Die Entlarvung des Establishments

Das westdeutsche Establishment hat sich entlarvt – mehr als ihm selbst recht sein kann, systemimmanente Widersprüche haben sich als das erwiesen, was sie unter den Bedingungen des entfalteten Imperialismus sind: Scheingefechte, deren gesellschaftliche Substanz Bla-Bla ist.

Die *Rundschau* verlangte sofort die Auflösung sämtlicher palästinensischer Organisationen in der BRD, die Ausweisung sämtlicher Mitglieder und brachte in bezug auf die Entwicklungshilfe den alten *Bild*-Zeitungshut aus der Studentenbewegung – »unsere Steuergelder« – wieder auf. Die *FAZ* formulierte – Schaum

vor'm Mund – im Stil des Mainzer Baader-Meinhof-Reports über Habbasch[133]: Er sei ein von Zynismus und Minderwertigkeitskomplexen bestimmter Mann. Wischnewski wollte gleich »alle Araber« ausweisen, deren Regierungen auf seiten der Palästinenser sind. Augstein forderte gequält »Sanktionen«, Nannen[134] sprach die *Stern*-Leser in einer Art Tagesbefehl an: fristlose Ausweisung, Lufthansaboykott gegen arabische Flughäfen, »keinen Pfennig« Entwicklungshilfe und Handelskredite. Scheel beschwor den »zivilisierten Teil« der Menschheit, Heinemann nahm die arabischen Regierungen ins Gebet, als sei er der Aufsichtsratsvorsitzende des Jüngsten Gerichts.

Diese Ausbrüche ohne Augenmaß diesseits der Springerpresse können ihnen selbst auf die Dauer so wenig recht sein wie die Politik und Informationspolitik der Behörden vor und in den ersten Stunden nach dem Massaker. Brandt, als er mit Sidki, dem ägyptischen Ministerpräsidenten, telefonierte, glaubte noch, er könnte mit den Revolutionären so umspringen wie mit der westdeutschen Linken. Er wüßte nicht, was die wollten, behauptete er, als brauchte er das gar nicht zu wissen, als sei man sich ja wohl einig, daß das Verbrecher, Anarchisten Untermenschen, Kranke oder sonstwas seien – über die wird verfügt, die werden nicht gefragt. Sidki legte auf.

Genscher, Merck, Schreiber dachten, sie brauchten nicht gleich mit der peinlichen Wahrheit, die Geiseln mitermordet zu haben, rausrücken, sie hätten Zeit, sich eine Version zurechtzulegen, die würde ihnen dann schon abgenommen, so wie ihnen die Notwehr-Version bei der Ermordung von Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker schließlich abgenommen worden ist.

Genscher dachte im ersten Moment, er könnte die Sache auf die Bayern abwälzen, so wie die Ermordung McLeods auf den Stuttgarter Bullen abgewälzt wird, der abgedrückt hat.

Die Staatsanwaltschaft München dachte, sie könnte mit dem Vorwand, Ermittlungen würden gefährdet, den Journalisten Informationen vorenthalten. Sie waren ihrer eigenen Gegenpropaganda, die sie zwei Jahre lang gegen die RAF eingeübt hatten, erlegen, daß es den antiimperialistischen Kampf in Wirklichkeit gar nicht gibt, das sei nur ein Spuk – links von der sozial-liberalen Koalition gebe es nur noch Irre, Anarchisten, Kriminalität und Krankheit.

133 George Habbasch: Führer der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Die Volksfront ist eine der marxistisch-antiimperialistischen Gruppen des palästinensischen Widerstandes und hatte eine große internationale Organisation mit Verbindungen zu vielen Gruppen in West-Europa. Für die westlichen Geheimdienste war sie in den sechziger und siebziger Jahren der Inbegriff des »internationalen Terrorismus«. Nach der Spaltung der PLO gehörte die PFLP zu den Gruppen, welche die Verhandlungen von Fatah-Führer Arafat mit Israel ablehnten.

134 Hans-Jürgen Wischnewski: 1968 bis 1971 Bundesgeschäftsführer der SPD.
Rudolf Augstein: Herausgeber des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*.
Henri Nannen: ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber des *Stern*.

Eppler

Die taktisch richtige, d.h. ihrer augenblicklichen Interessenlage entsprechende Position hat in der BRD nur noch Eppler durchgehalten. Keine pauschalen Urteile, keine Sanktionen, Entwicklungshilfe doch sowieso nur im Maghreb im Sinne imperialistischer Einkreisungspolitik, Unterwanderung mit Investitionen etc. etc. Insofern man noch das Öl, die Bodenschätze, die Arbeitskraft ausrauben will, denen also noch mit Völkerfreundschaft und Partnerschaft zu kommen hat.

Demaskierung

Der Schwarze September hat die Charaktermasken der sozialliberalen Koalition und ihrer Propagandisten entlarvt, indem er die wirklichen statt der vermeintlichen Widersprüche des Systems auf die Spitze getrieben hat: den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Völkern der Dritten Welt, er hat sie gezwungen, schon zu einem Zeitpunkt ihre wirklichen Ziele und Intentionen preiszugeben, wo sie sich das eigentlich noch gar nicht leisten können. Die Bullen spielten nicht mit, weigerten sich, das Massaker im Flugzeug durchzuführen. Die Nachrichtenjournalisten spielten nicht mit. Das Ausland spielte nicht mit. Die westdeutschen Massen sind nicht gefragt worden. Die arabischen Völker haben massenhaft begriffen, wen sie mit Westdeutschland vor sich haben: imperialistische Ausrottungsstrategen.

Demaskieren heißt, sie zwingen, den übernächsten Schritt vor dem nächsten zu tun, sie zwingen, ihre Ziele preiszugeben, so daß jeder sehen kann, wo's lang geht. Ihnen das zu einem Zeitpunkt aufzuzwingen, wo die revolutionäre Linke noch zu Gegenstrategien in der Lage ist, nicht erst, wenn alles verboten und gefeuert ist und in den Gefängnissen sitzt. Demaskieren heißt, die Widersprüche auf die Spitze zu treiben, das Gesetz des Handelns zu bestimmen, die Initiative zu ergreifen, wo es noch geht, nicht erst, wenn es nicht mehr geht. – Bei der herrschenden Pressekonzentration und der prinzipiellen Einigkeit des Establishments sich vorzustellen oder zu behaupten, das System könnte nochmal um Vorwände verlegen sein oder mangels Vorwänden sogar zusammenbrechen, weshalb zu seiner Erhaltung beisteuert, wer Vorwände liefert, ist kindisch. Auf dem Niveau von Wahlkämpfen und Waschmittelwerbung findet der antiimperialistische Kampf nicht statt.

Antiimperialistisches Bewußtsein

Die antiimperialistische Aktion zielt propagandistisch auf die Dialektik von Sein und Bewußtsein, insofern die Loyalität der Massen gegenüber dem System ihr Glauben an seinen schönen Schein ist, seine Versprechen, seine Lügen, seine jede Spontaneität entmutigende Perfektion die Anpassung der Massen an den »stummen Zwang der Verhältnisse« (Marx), die sich den Massen als Naturtatsache aufdrängen. Die antiimperialistische Aktion zerstört die Symmetrie von Selbstdarstellung des Systems plus Manipulation und Massenloyalität, provoziert es zum

Eingeständnis der Wahrheit, zu der die Menschen noch allemal sagen: Das hätten sie nicht gewollt. Sie geht in der Tat davon aus, daß die Unerträglichkeit des Systems längst massenhaft empfunden wird, kein Hirngespinst ist, wie die Opportunisten glauben machen möchten.

Wer hat das Massaker in Fürstenfeldbruck gewollt? Die Sportler, die von der Olympiade abgereist sind, haben es nicht gewollt. Die Menschen, die bedrückt und erschrocken die Fortsetzung erlebt haben, die die ungeheure Kaltschnäuzigkeit des IOC und der Springerpresse empfunden haben, haben es nicht gewollt. Idiotisch zu glauben, die Revolutionäre hätten es gewollt. Sie wollten die Freilassung der Gefangenen. Sie wollten das, was 100 000e in diesem Land immer noch wollen: daß nicht gefoltert wird – weshalb die politischen Gefangenen hier nicht gefoltert werden, – daß Landraub, Mord, Napalm, Bombenterror gegen palästinensische Flüchtlingslager durch Israel nicht geschieht. Auch deshalb sind sie massakert worden. Weil Erfolg unendlich viel mehr Identifikation mit ihnen und ihrer Revolution bedeutet hätte – mit ihrer »menschlichen Haltung«, ihrem Mut, ihrer Solidarität, als eine Niederlage das kann.

Antiimperialistisches Bewußtsein faßt angesichts der Perfektion von imperialistischer Herrschaft schwer Fuß. Die Massen kriegen jeden Tag die *Bild*-Zeitung um die Ohren geschlagen. Von allen Seiten mit vorfabrizierten Meinungen und Veranstaltungen eingedeckt, ist es schwer, seiner Trauer und seinem Entsetzen Ausdruck zu geben.

»Terror«

Die Aktionen der RAF zielten auf die Herstellung von antiimperialistischem Bewußtsein. Die Charaktermasken des Systems hatten das begriffen. Sie hatten begriffen, daß diese Art von Kampf langfristig auf ihre Massenbasis abzielt, weil Widerstand langfristig anzieht, ermutigt, nicht abstößt. Mit der Taktik der gefälschten Bombendrohungen – gegen Stuttgart angewandt[135] – sind sie voll darauf eingestiegen, nachdem sie mit Hunderten von Wohnungsdurchsuchungen, tausenden durchkämmten Straßenkilometern und millionenfachem Appell durch die Medien in die Sympathisanten-Szene der RAF nicht einbrechen konnten. Mit der Taktik der gefälschten Bombendrohungen und gleichzeitiger Unterdrückung der Gegenerklärungen der RAF durch die Medien erzeugten die Bullen selbst das Chaos, das dann von sich aus nach Sicherheit und Ordnung verlangt. Die sozialistische Linke war unfähig, die echten von den gefälschten Bombendrohungen zu unterscheiden, obwohl alle echten gegen Herrschaft gerichtet waren, auf Räumung abzielten, Unterbrechung von Herrschaftsbetrieb, Kulturbetrieb, Kommunikationsbetrieb, Medienbetrieb – nur die Stuttgarter war gegen Menschen gerichtet – offen faschistisch, massenfeindlich.

135 In einem Brief vom 26. Mai 1972 wurde unter dem Nahmen RAF angekündigt, daß in der Innenstadt von Stuttgart drei Autobomben abgestellt worden sind. Die Sicherheitsbehörden behaupteten, der Brief, bei dem es sich um eine offensichtliche Fälschung handelte, sei echt. Sie evakuierten Teile der Innenstadt und verteilten Flugblätter mit Warnungen und Verhaltenshinweisen an die Bevölkerung. Ein Brief, den Andreas Baader an die Deutsche Presseagentur schrieb und in dem sich die Gruppe von »Aktionen gegen das Volk« distanzierte, ist bis heute nicht veröffentlicht worden.

Der antiimperialistische Krieg bedient sich der Waffen des Systems im Kampf gegen das System – die Konterrevolution terrorisiert das Volk. Die legale Linke – von den Aktionen der Bullen verwirrt – hat den Opportunisten (Negt) das Terrain überlassen.

(Was im einzelnen zu den Verhaftungen von Juni und Juli zu sagen ist, müssen die Genossen im Knast selbst sagen.)[136]

Schwarzer September

An der Aktion des Schwarzen September in München gibt es nichts mißzuverstehen. Sie haben Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber Ausrottungspolitik betreibt. Sie haben ihr Leben eingesetzt, um ihre Genossen zu befreien. Sie wollten nicht töten. Sie haben ihr Ultimatum mehr als aufgeschoben. Sie haben angesichts der unnachgiebigen Haltung Israels vorgeschlagen, die israelischen Geiseln als Gefangene zu behalten. Die israelischen Geiseln waren mit diesem Ausweg einverstanden. Sie sind von den deutschen Behörden genauso getäuscht worden wie die Revolutionäre. Die deutsche Polizei hat die Revolutionäre und die Geiseln massakert.

Die Aktion des Schwarzen September in München wird aus dem Gedächtnis des antiimperialistischen Kampfes nicht mehr zu verdrängen sein.
Der Tod der arabischen Genossen wiegt schwerer als der Tai-Berg.
Der Stein, den sie in Fürstenfeldbruck aufgehoben haben, diese Bestien, wird auf ihre eigenen Füße fallen!
Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes!
Solidarität mit der Revolution in Vietnam!
Revolutionäre aller Länder, vereinigt Euch!

136 Unmittelbar nach den RAF-Aktionen im Mai 1972 (Mai-Offensive) wurde der größte Teil der Untergrundgruppe verhaftet.

2

1973–1977

Vorbemerkungen 1973–1977

Spätestens nach der »Mai-Offensive« 1972 war die RAF zum Staatsfeind Nr. 1 geworden. Auf einen bewaffneten Widerstand in dieser Dimension war die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht vorbereitet. Die Medien überschlugen sich mit Berichten über die »Baader-Meinhof-Bande«. Der Staat setzt einen gigantischen Apparat ein, um gegen die »Sympathisanten« und die gesamte radikale Linke vorzugehen. Straßensperren, Hausdurchsuchungen und Festnahmen bestimmten den Alltag. Besetzte Häuser und selbstverwaltete Jugendzentren werden brutal geräumt. Jegliche Versuche einer öffentlichen Diskussion über die Politik der RAF werden unterdrückt und kriminalisiert.

Am 16.1.1976 werden die umstrittenen § 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und § 130a (... der Besitz von Schriften, die die Gewalt befürworten) verabschiedet, ein halbes Jahr später werden die ersten »Anti-Terror-Paragraphen«, u.a. wird der § 129a (Mitgliedschaft, Werbung und Unterstützung in/für eine terroristische Vereinigung) geschaffen.

In Stuttgart-Stammheim wird für den Prozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe ein neues Gebäude errichtet. Im Prozeß gegen Astrid Proll wird in Frankfurt das Bürgerhaus als Prozeßgebäude zur Festung hochgerüstet.

Die Verteidigung der RAF-Gefangenen wird, soweit es geht, erschwert. So werden z.B. im Juni 1973 die Rechtsanwälte Ströbele, Groenewold und Becker suspendiert, weil sie für die Kommunikation der Gefangenen untereinander verantwortlich sein sollen. Sie erhalten Verfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Die Anwälte der RAF-Gefangenen unterliegen weiteren Schikanen (so findet z.B. eine Rektaluntersuchung beim Verteidiger Andreas Baaders statt), Gespräche mit den Mandanten werden abgehört und die meisten Medien denunzieren die Anwälte als Drahtzieher der »Baader-Meinhof-Bande«.

Die Gefangenen aus der RAF waren von Beginn an Sonderhaftbedingungen unterworfen. Astrid Proll wird im Oktober 1970 als erste in den »Toten Trakt« in Köln-Ossendorf verlegt. Während ihres Prozesses dreieinhalb Jahre später attestieren Ärzte ihre Haftunfähigkeit. Beispielhaft für den Umgang und die Intensität der Sonderbehandlungen ist die von der Sicherungsgruppe Bonn betriebene Verfügung des Leiters der Justizvollzugsanstalt Wittlich vom 26.3.1973 gegen Holger Meins:

»Für die Dauer des Aufenthalts des Untersuchungsgefangenen Holger Meins in den hiesigen Anstalten ordne ich folgendes an:

(...)

7. Der Untersuchungsgefangene Meins wird auf Abteilung 2, Zelle 51 in strenger Einzelhaft gehalten.

8. Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden.

10. Der Gefangene wird nur im Beisein des Aufsichtsdienstleiters in Begleitung eins zweiten Beamten in der Zelle aufgesucht.

11. Die Essensausgabe, der Kleidertausch, die Ausgabe von Reinigungsmitteln etc. erfolgt ausschließlich von Anstaltsbediensteten ohne Beisein von Gefangenen.

16. Der U-Gefangene ist bei der Bewegung im Freien ab Austritt der Zelle bis zu seiner Rückführung zu fesseln.

17. Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen einschließlich Kirchengang.

18. Tägliche Zellenkontrolle in Abwesenheit des Gefangenen und Leibesvisitationen.

(...)«

Vom 17. Januar bis 16. Februar 1973 traten 40 politische Gefangene in den ersten organisierten Hungerstreik, um gegen diese Isolationshaft zu protestieren. Vom 9.2. bis 12.2. schließen sich sieben Anwälte dem Hungerstreik an, den sie in Anwaltsroben vor dem BGH in Karlsruhe durchführen. Am 9.2. wird Ulrike Meinhof in eine Einzelzelle der Männerabteilung verlegt, vom selben Tag an entzieht man Andreas Baader für fünf Tage das Trinkwasser. Auf die Forderungen des Hungerstreiks wird, angesichts zu erwartender toter Gefangener, staatlicherseits teilweise eingegangen. Die Zusagen werden jedoch kurze Zeit später wieder zurückgenommen. Ein Prinzip, das auch bei weiteren Hungerstreiks verfolgt wird.

Der zweite Hungerstreik von 80 Gefangene begann am 8. Mai 1973 und dauerte bis zum 29. Juni. Ziel war die Gleichstellung der politischen mit allen anderen Gefangenen sowie freie politische Information. Erstmals wird in diesem Hungerstreik die Zwangsernährung praktiziert.

Nachdem das Landgericht die Isolation von einigen Gefangenen gerichtlich aufhob, wurde der Hungerstreik nach fast siebenwöchiger Dauer beendet.

Am 13. September 1974 begann der dritte Hungerstreik von 40 politische Gefangene. Er dauert bis zum 5. Februar 1975, also 145 Tage. Das Ergebnis ist stundenweiser Umschluß und in einigen Gefängnissen gemeinsame Freistunden. Während des Hungerstreiks stirbt am 50. Tag Holger Meins in der Haftanstalt Wittlich. Der spätere hessische Justizminister Rupert von Plottnitz (Bündnis 90/Die Grünen) als Anwalt von Holger Meins schrieb damals: »Seit dem 30.9.1974 wird der Angeschuldigte in der Justizvollzugsanstalt Wittlich täglich zwangsernährt. Die Zwangsernährung erfolgt dergestalt, daß er zunächst auf einem Tisch mittels Lederriemen fixiert wird, ihm sodann ein etwa daumendicker Schlauch durch Rachen und Speiseröhre in den Magen eingeführt wird, durch den anschließend der Nahrungsbrei gepumpt wird. Wegen des daumendicken Durchmessers des verwendeten Schlauches kommt es während der Zwangsernährung zu ständigen Traumatisierungen der Rachenschleimhäute bzw. der Schleimhaut der Speiseröhre, die ihrerseits zu Krämpfen führen, durch welche Teile des Nahrungsbreis zurückgepumpt werden. Hierdurch wird häufig die Luftröhre blockiert, was überaus quälende Erstickungsanfälle bzw. die reale Gefahr des Erstickungstodes mit sich bringt.« Am Tag zuvor war die künstliche Ernährung ausgesetzt und der zuständige Arzt in Wochenend-Urlaub gefahren. Wenige Stunden vor dem Tod von Holger Meins hatten seine Verteidiger beim zuständigen Richter Prinzing eine Verlegung in ein Krankenhaus verlangt. Prinzing hatte diese Anträge abgelehnt.

Mit Haftverbesserungen konnten nur die Gefangenen rechnen, die mit dem Staat ko-

operierten, d.h. sich entweder öffentlich von der RAF-Politik distanzierten (wie z.B. Horst Mahler 1974) oder als Kronzeugen auftraten (wie z.B. Gerhard Müller 1975).

Im April 1973 bildeten sich in zehn bundesdeutschen Städten örtliche »Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin«, um die liberale Öffentlichkeit über die rechtswidrige Praxis des Haftvollzugs aufzuklären und in der Linken für den Kampf gegen die Isolationshaft zu mobilisieren. Zahlreiche Kampagnen von Ärzten und Schriftstellern begleiten die weiteren Hungerstreiks. Das im August 1973 von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel herausgegebene Kursbuch 32 mit einer Auflage von mehreren zehntausend Exemplaren hat den Schwerpunkt »Folter in der BRD. Zur Situation der politischen Gefangenen«.

Der öffentlichen Protest verhindert auch die geplante Gehirnszintigraphie an Ulrike Meinhof im Juli 1973. Der Ermittlungsrichter beim BGH hatte dies zur Vorbereitung eines Gutachtens über die Zurechnungsfähigkeit angeordnet und die Anwendung unmittelbaren Zwangs und Narkotisierung im Fall ihrer Weigerung beantragt.

Nach dem Tod von Holger Meins am 10. November 1974 kommt es in rund 50 Städten zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. In West-Berlin wird am 10. November 1974 der Berliner Kammergerichtspräsident Drenckmann von der Bewegung 2. Juni bei einer versuchten Entführungsaktion erschossen. In einer bundesweiten Fahndungsaktion, der »Aktion Winterreise«, werden am 26. November zahlreiche Wohnungen und Büros von Rechtsanwälten durchsucht, zehn Personen werden verhaftet und 96 vorläufig festgenommen. Die Mitglieder der Komitees werden zunehmend kriminalisiert, einige gehen in die Illegalität und schließen sich der RAF an.

Am 24. April 1975 überfällt das »Kommando Holger Meins« die Deutsche Botschaft in Stockholm. Die Besetzer fordern für ihre zwölf Geiseln die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. Den Ereignissen in Stockholm war eine erfolgreiche Aktion der bundesdeutschen Guerilla vorausgegangen. Im Februar 1975 hatte die Bewegung 2. Juni in West-Berlin den Landesvorsitzenden der CDU, Lorenz, entführt und gegen fünf Gefangene ausgetauscht.

Die Bundesregierung geht jedoch bei der Stockholm-Aktion auf die Forderungen der RAF nicht ein. Nachdem das RAF-Kommando zwei Geiseln, den Militärattaché Andreas von Mirbach und den Botschaftsrat Heinz Hillegart erschossen hatte, explodierte, aus nie ganz geklärten Gründen, im Botschaftsgebäude eine Bombe. Dabei kommt Ulrich Wessel vom RAF-Kommando ums Leben. Der schwer verletzte Siegfried Hausner stirbt nach seiner Auslieferung an die BRD.

Am 9. Mai 1976 wurde Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle aufgefunden; die genauen Umstände bleiben bis heute unklar. An ihrem Begräbnis nehmen 5 000 Menschen teil.

Der Prozeß in Stammheim gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe wurde am 28. April 1977 nach zweijähriger Dauer abgeschlossen. Die Vertrauensverteidiger geben einen Tag vorher in einem Stuttgarter Hotel eine abschließende Erklärung zu dem Prozeß ab, in der sie das gesamte Verfahren als ungesetzlich bezeichnen. Zeitungen wie die *Frankfurter Rundschau* hinterfragen ebenso die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens: »Muß das Stammheimer Verfahren wiederholt werden?« (*FR* 10.1.1977).

Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe werden zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Weitere Urteile scheinen bereits vor der Verhandlung festzustehen, da es bei allen Prozessen nicht um einen Einzeltäternachweis geht. Die Angeklagten der RAF werden kollektiv für die jeweiligen Anklagepunkte verantwortlich gemacht. Ein Nachweis für die den einzelnen Angeklagten zugeordneten Taten findet meist nicht statt.

Vom 29. März bis zum 30. April 1977 fand der vierte Hungerstreik statt. Neben der Abschaffung der Isolation und Gruppenisolation, der Auflösung der Toten Trakte sowie der Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine Internationale Untersuchungskommission fordern die Hungerstreikenden auch eine öffentliche Erklärung, daß Meldungen über geplante RAF-Anschläge gegen die Bevölkerung nicht wahr seien. Aufgrund einer Zusage für teilweise Zusammenlegung der Gefangenen wird der Hungerstreik abgebrochen.

Während des Hungerstreiks wurde am 7. April in Karlsruhe auf den Dienstwagen von Generalbundesanwalt Buback geschossen. Das »Kommando Ulrike Meinhof« bekennt sich zu dem Anschlag, bei dem Buback und seine zwei Begleiter getötet werden.

Jürgen Ponto, Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank, wird am 30. Juni bei einem Entführungsversuch in seinem Haus in Oberursel erschossen. In einem Schreiben vom 15.8. bekennt sich »Susanne Albrecht aus einem Kommando der RAF« zur Tat.

In Karlsruhe entdeckte man am 25. August eine auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft gerichtete Raketenabschußanlage, deren Zeitautomatik nicht funktioniert hat.

Am 5. September 1977 entführte das RAF-»Kommando Siegfried Hausner« den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer und erschießt dabei dessen drei Begleiter. Das Kommando fordert von der Bundesregierung im Austausch gegen Schleyer die Freilassung von elf politischen Gefangenen, den Flugtransport in ein Land ihrer Wahl sowie 100 000 DM pro Person. Am 7.9. verhängt die Bundesregierung die Kontaktsperre über 72 Gefangene, die erst einen Monat später durch ein Gesetz legalisiert wird. Die Gefangenen sind in dieser Zeit vollständig von anderen Gefangenen, ihren Anwälten und Besuchen isoliert.

Am 13. Oktober wird eine Boing der Lufthansa mit 86 Passagieren von der palästinensischen Kommandoeinheit »Martyr Halimeh« der Operation Kofre Kaddum entführt, das ebenfalls die Freilassung der Gefangenen aus der RAF verlangt. Bei einer Zwischenlandung in Aden (Jemen) wird der Flugkapitän Schumann erschossen.

Nach vier Tagen, am 17. Oktober, stürmt ein Kommando der GSG 9 in Mogadischu/Somalia die Maschine und befreit die Geiseln. Drei Mitlieder des Kommandos werden erschossen, die Palästinenserin S. Andrawes wird schwer verletzt.

Am Morgen des 18. Oktober werden Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwer verletzt in ihren Zellen gefunden. Irmgard Möller bestreitet bis heute die offiziell verbreitete Selbstmordversion.

Einen Tag später findet man Schleyer tot in dem Kofferraum eines PKWs in Mühlhausen.

Während der Schleyer-Entführung war die bundesdeutsche Presse weitgehend gleichgeschaltet. Kritische Stimmen zum polizeilichen Belagerungszustand, zur Nichteinhal-

tung bestehender Gesetze und den Ereignissen in Stammheim kommen nur aus dem Ausland. In diesen Wochen wird in den Medien, auch von Politikern, öffentlich die Möglichkeit einer Hinrichtung der RAF-Gefangenen diskutiert.

Die Politik der RAF war in den Jahren 1973 bis 1977 bestimmt von der Situation der Gefangenen. Als in der Illegalität agierende Gruppe veröffentlichte sie kein einziges Positionspapier. Zentral für die RAF-Politik waren die Äußerungen und Diskussionen der Gefangenen. Ihre ausführlichen Prozeßerklärungen hatten analytischen und programmatischen Inhalt. So z.B. die »Erklärung zur Sache« von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13.1.1976. Darin untersuchen sie ausführlich die Geschichte der BRD und die Rolle der BRD und der Sozialdemokratie im Verhältnis zur Dritten Welt und nehmen nochmals zur Funktion der Metropolenguerilla Stellung.

Bis 1977 existierte das »info«. Es diente als Kommunikationssystem zwischen den Gefangenen untereinander und zwischen den Gefangenen und den sie vertretenen Rechtsanwälten. In den Briefen wurde die bisherige Politik der RAF diskutiert und zu aktuellen Entwicklungen Stellung genommen, es wurden Prozeßstrategien entwickelt und sich mit der Knastsituation auseinandergesetzt.

Die Linke

In den siebziger Jahren bis zum Deutschen Herbst war die außerparlamentarische Linke in der BRD relativ stark. In Berlin kommt es bereits 1972 zu Hausbesetzungen und Kämpfen für selbstverwaltete Jugendzentren. In den Unistädten entstehen aus den antiautoritären Resten der Studentenbewegung die Spontis. Sie hatten antiinstitutionelle, basisdemokratische, autonomistische und anarchistische Vorstellungen und beteiligten sich an Hausbestzungen, Fahrpreiskämpfen und an Stadtteilarbeit. Andere linksradikale Gruppen (z.B. wir wollen alles) orientieren sich stärker an den italienischen Klassenkämpfen.

Die K-Gruppen hatten Mitte der siebziger Jahre ihren Höhepunkt erreicht, vielfach arbeiteten ihre Mitglieder in Betrieben.

In den siebziger Jahren entstand auch die Alternativbewegung mit einer Gründungswelle von linken Buchläden, Kneipen, Cafes, Druckereien u.a. Viele alternative Projekte begreifen sich zu Beginn als notwendwendige Unterstützung der Struktur im politischen Tageskampf. Es gründen sich oftmals linke, regionale Zeitschriften.

Ende 1973 begann nach dem Militärputsch in Chile eine breite Solidaritätskampagne; die »Nelkenrevolution« in Portugal wurde ebenfalls unterstützt. Die autonome Frauenbewegung begann eine Kampagne zur Abschaffung des § 218. In den siebziger Jahre entstand die Anti-AKW-Bewegung als zunächst regionale Erscheinung, mit größeren Demonstrationen in Wyhl, Grohnde und Brokdorf wird sie jedoch bald zur militanten Massenbewegung.

An dem vom undogmatischen reformistischen Sozialistischen Büro organisierten Anti-Repressionskongreß nahmen Pfingsten 1976 in Frankfurt/Main über 20 000 Menschen teil.

Von der antiautoritären sowie der dogmatischen Linken wurden viele Auseinandersetzungen mit dem Staat militant ausgetragen. Ein weitgehender Konsens bestand bei

dem Einsatz von Gegengewalt. Inhaltliche Übereinstimmungen mit der RAF waren jedoch eher die Ausnahme.

1972 wurde die Bewegung 2. Juni als bewaffnete Gruppe gegründet, im November 1973 traten bei einem Anschlag gegen ITT die Revolutionären Zellen in Erscheinung. Im April 1977 verübte erstmals die militante Frauengruppe Rote Zora einen Anschlag gegen die Bundesärztekammer, als Frauen innerhalb der RZ waren sie bereits zuvor aktiv.

Diese Gruppen hatten sich parallel zur RAF gegründet, weil sie entweder mit deren marxistisch-leninistischer Analyse nicht übereinstimmten oder deren Konzept der Stadtguerilla für strategisch falsch hielten. Gemeinsam war ihnen jedoch die Notwendigkeit, bewaffnet gegen den US-Imperialismus und die Verhältnisse in der BRD zu kämpfen sowie die Solidarität mit den politischen Gefangenen. Die Gruppen hatten zum Teil untereinander Kontakt, und es gab punktuell auch logistische gegenseitige Unterstützungen.

Aufgrund der Aktionen der RAF, die Konsequenz des einzelnen RAF-Mitglieds mit der Entscheidung für die Illegalität und vollständige Aufgabe seines bürgerlichen Lebens, die Dimension der eingesetzten Mitteln bis hin zur regelrechten Liquidierungen von Gegnern, der Situation in den Gefängnissen und der alle betreffenden Repression des Staates mußte sich die gesamte Linke zwangsläufig mit der RAF auseinandersetzen.

Anfang der 70er Jahre gibt es in der Neuen Linken noch gewisse Sympathien für die RAF, und das »Konzept Stadtguerilla« wird als Strategie politisch ernstgenommen. Nach 1973 nehmen die Gemeinsamkeiten jedoch rapide ab, der vollständige Bruch erfolgt 1977. Danach wird die RAF politisch nur noch von den entstehenden antiimperialistischen Gruppen unterstützt.

Auseinandersetzungen mit der Politik und Kritik an der Praxis der RAF wurde in den 70er Jahren selten öffentlich geäußert und wenn, wie beim Mescalero-Brief (eine Kritik an der Buback-Erschießung), wurde sie vom Staat von Repressalien begleitet. Jegliche Auseinandersetzung, außer der eindeutigen Distanzierung und Diffamierung, wurde für die Staatsorgane zum Sympathisantenbeweis. Exemplarisch für die politische Situation vor und nach dem Deutschen Herbst und dem Verhältnis der undogmatischen Linken zur RAF ist die für 1977 geplante Herausgabe des Buches »Texte: RAF«. Die 600seitige Textsammlung mit RAF-Texten und Prozeßerklärungen sollte als Gemeinschaftsausgabe des Verbandes Linker Buchläden und Verlage (VLB) erscheinen. Intendiert war die solidarisch-kritische Auseinandersetzung mit der Politik der RAF, vor allem aber auch, sich den Repressionsmaßnahmen des Staates mit seinen Zensurparagraphen (§§ 88a und 130a) nicht zu unterwerfen. Schien vor dem Deutschen Herbst noch, trotz meist vehementer Kritik an der RAF, eine gemeinschaftliche Herausgeberschaft möglich, hatte sich das Gemeinschaftsprojekt im Dezember 1977 erledigt. Das Buch wurde vom »Internationalen Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen in Westeuropa« (ivk) herausgegeben und ohne Absprache mit dem VLB im schwedischen Verlag Bo Cavefors publiziert. Die nicht stattgefundene und vom VLB offensichtlich auch nicht erwünschte Diskussion nach dem Deutschen Herbst führte dazu, daß das Buch nur in wenigen Buchläden erhältlich war. Und selbstverständlich wurde es auch, ohne größere öffentliche Proteste, drei Monate nach Erscheinen von Staatsorganen meist auf dem Lieferweg konfisziert. Un-

geachtet dessen gab es in den Folgejahren jedoch mehrere Nachdrucke, die in den politischen Szenen kursierten.

Der Deutsche Herbst 1977 mit seinen Attentaten, der Flugzeugentführung, den Toten von Stammheim, den vielen Festnahmen in der Folgezeit und der Repression gegen ihre Unterstützer war zwar für die RAF eine Niederlage, aber es war nicht ihr Ende.

Genauso bedeutete die staatliche Repression für die Linksradikalen einen tiefen Einschnitt, aber es »überwinterten« viele Gruppen. Der im Januar 1978 stattgefundenen »Tunix-Kongreß« in West-Berlin mit rund 15 000 Teilnehmern war sogar ein Erfolg, bereits vorhandene Auflösungserscheinungen innerhalb der linksradikalen Spontis konnten jedoch nicht mehr aufgehalten werden.

Für die reformistische Linke war spätestens mit dem Deutschen Herbst die RAF zu einem Haufen Desperados geworden, bei denen die letzten Verbindungen zu der 68er-Revolte gekappt wurden und es keine politischen Gemeinsamkeiten mehr gab.

Die Frage, ob der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim Mord oder Selbstmord war, polarisierte die Linke nach 1977 zusätzlich. Dieses Ereignis wurde für viele bis zum heutigen Tage zur Glaubensfrage.

Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973

8. Mai bis 29. Juni 1973

Unser Hungerstreik im Januar/Februar[137] war erfolglos. Die Zusagen der Bundesanwaltschaft zur Aufhebung unserer Isolation waren Dreck. Wir befinden uns wieder im Hungerstreik.

Wir verlangen:

Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen!

und

Freie politische Information für alle Gefangenen – auch aus außerparlamentarischen Medien!

Nicht mehr – nicht weniger. Jetzt.

Mit der schmierigen Tour: Ruhig Blut – die Zeit arbeitet für dich, lassen wir uns nicht einseifen.

Friß Vogel oder stirb! ist das Gesetz des Systems. Nach ihm wird Profit gemacht; wird jedes Kind, jede Frau, jeder Mann bedroht, eingeschüchtert, gelähmt, zur Sau gemacht; läuft jede Alternative im System auf die Schweinerei raus: entweder zu den Bedingungen des Kapitals malochen –
das Band frißt Menschen und spuckt Profit aus –
das Büro frißt Menschen und spuckt Herrschaft aus –
die Schule frißt Menschen und spuckt die Ware Arbeitskraft aus –
die Hochschule frißt Menschen und spuckt Programmierer aus –
oder verhungern, verlumpen, »Selbst«mord.

Wer diese Alternative nicht frißt, nicht verinnerlicht, wer nach zehn oder 15 oder 20 Jahren Anpassungssozialisation an den Kapitalverwertungsprozeß immer noch Flausen im Kopf, Protest in der Schnauze, Widerstand in den Muskeln hat – das höllische Arbeitstempo nicht aushält – durchdreht – krank wird – statt den Chef seine Alte und seine Kinder verprügelt – eher selbst Räuber und Totschläger wird, als sich vom Gesetz der Räuber und Mörder ersticken zu lassen – (ehrlich, Leute! Springer macht 100 Millionen Reingewinn im Jahr!) – oder gar Arbeitermachtideen entwickelt – Gegengewalt – revolutionäre Politik organisiert und macht –: der wird kriminalisiert oder ist eben verrückt.

Den schnappen seit Uropas Zeiten, seit den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft: Arbeitshaus, Armenanstalt, Knast, Erziehungsheime, Klapsmühle, Richter, Bullen, Ärzte, Psychiater, Pfaffen.

Wem sich die Verhältnisse des verdeckten Kriegs – Bourgeoisie gegen Volk – nicht als Naturtatsache aufdrängen, als Sein, das sein muß – ab in die Mühlen des offenen Zwangs, die Gefangenenlager des Systems. Und drin noch mal die Rampe: der ist noch resozialisierbar, heißt: mit rausgeleiertem Rückgrat dem Kapitalverwertungsprozeß noch anpaßbar – der nicht, der wird fertig gemacht.

Dazwischen die Alibigefangenen des Systems: die Wirtschaftsverbrecher und die paar verurteilten SS-Schweine.

Je stärker die Revolte im Volk, die Moral des Systems, sein Eigentumsbegriff im Arsch und die Krise aktuell, die Volksbewaffnung nicht mehr bloße Zukunftsmu-

137 Der erste Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF. Nach einer Erklärung von Andreas Baader vor Gericht gingen 40 Gefangene in den Hungerstreik und forderten die Zulassung unabhängiger Ärzte und die Verlegung aus den Toten Trakten in den Normalvollzug. Die Justiz antwortete zunächst mit Wasserentzug für mehrere Häftlinge. Nach der Zusage durch die Bundesanwaltschaft und die Verlegung von Ulrike Meinhof wurde der Hungerstreik abgebrochen. Unmittelbar danach befand sich Ulrike Meinhof wieder im Trakt, auch bei den anderen Gefangenen wurde die Isolation nicht aufgehoben.

sik, sondern materielle Gegenwart, desto wichtiger werden die Knäste fürs System, dessen Rationalität immer darauf angewiesen war und ist, einen Teil des Proletariats offen zu terrorisieren, zu vernichten – im Extrem: Treblinka, Maidanek, Sobibor[138] – um den Widerstand der großen Mehrheit des Volkes gegen die Ausbeutung zu brechen – Knast und Vernichtungslager als vorletzte und letzte Maßnahme gegen jede Art von Widerstand – wie gekonnt, organisiert, bewußt auch immer.

Die Schweine haben die Knäste fest in der Hand. Je mehr Reform, desto dichter das Knastsystem.

Sie haben alle Mittel: Gewalt, Isolation, Verlegung, Bestechung, Privilegien, den halboffenen und offenen Vollzug, Zweidrittel, Spitzel, Folter, Gnade – und den geschlossenen Apparat: Justiz/Polizei/Vollzug/Psychiatrie und die Medien (Zeitungen, Fernsehen, Funk): für mehr Effizienz: Mißstandssülze[139], Wasserklosetts; – gegen Vollzugspannen: Mord/»Selbst«-Mord; – für weniger häßlichen Zwang: Prügel/Wasser und Brot/Fesselung/Beruhigungszelle; – für mehr heitere Gehirnwäsche: Psychiatrie/Therapiebullen/Valium; – für mehr glitschige, sanfte, strukturelle Gewalt: dem Gefangenen noch den letzten Rest Boden unter den Füßen wegziehen (die Spazierhofgänge im Neubau in Frankfurt-Preungesheim im 5. und 7. Stock z.B.) – statt den häßlichen Schreien der Zusammengeschlagenen.

Der Humanismus der Schweine in einem Wort: Hygiene.

Das Reformprogramm der Sozialdemokraten in einem Satz: Im-Keim-Ersticken-der-Revolten durch Differenzierung der Maßnahmen.

Der Politische Gefangene, der seine Geschichte politisch begreift und danach handelt und danach behandelt wird – der die Unmenschlichkeit seiner Lage weiß als die Unmenschlichkeit des Systems – Haß und Empörung fühlt – in dem Krieg aller gegen alle Partei ist gegen die Schweine, die Vollzugsmasken, die Sozialideologen, die Spritzer und Abspritzer, die grünen Faschisten – der solidarisch handelt und solidarisches Handeln verlangt: der wird isoliert, heißt: sozial ausgerottet.

Im Gegenüber scheißt die ganze Justiz seit eh und je auf Menschenrecht und Grundgesetz – weil er nicht zu manipulieren ist, ohne Genickschuß nicht totzukriegen.

Resozialisierung heißt Manipulation plus Dressur. Man zwingt die dafür Selektierten, sich zwischen Mauern, Bullen, Vorschriften, Zusagen, Drohungen, Ängsten, Hoffnungen, Entzug so lange zu bewegen, bis sie die Schweinerei verinnerlicht haben und sich nicht mehr anders als wie hinter Gittern bewegen können.

Das ist die Dressur.

Die Mitarbeit des Gefangenen ist dabei natürlich erwünscht, gehört dazu – sie kürzt den Prozeß ab und macht ihn unumkehrbar. Denn eins verliert der Gefangene restlos dabei und das soll er auch: die Selbstachtung.

Das ist die Manipulation.

Je liberaler die Schweinerei gehandhabt wird – unaufdringlich – locker – nett
hinterhältig – glitschig – gemein
kurz: je psychologischer –
desto effektiver, tiefer die Vernichtung der Persönlichkeit des Gefangenen.

Der Todfeind der Psychobullen ist der

138 Vernichtungslager der Nazis. In Treblinka wurden 700 000 – 900 000 vor allem polnische Juden ermordet. Darunter waren auch die mehr als 300 000 Deportierten aus dem Warschauer Ghetto.

139 Gemeint ist öffentliche Kritik an Zuständen des Strafvollzuges, die nicht die prinzipiellen Probleme berührt.

Politische Gefangene – weil die Psychoschweine darauf angewiesen sind, daß die Gefangenen nicht durchblicken – durch die Arzt- und Helfermaske, hinter der das Würstchen sitzt, das Ferkel, der Verbrecher – und der Politische Gefangene blickt durch.

Der springende Punkt im modernen Vollzug heißt: Politisierung oder Psychologisierung der Knäste – Unsere Isolation jetzt und das Konzentrationslager demnächst – ob nun unter der Regie von grünen oder weißen Terrortrupps – kommt raus auf: Vernichtungslager – Reformtreblinka – Reformbuchenwald – die »Endlösung«. So sieht's aus.

Wir verlangen freie politische Information für alle Gefangenen, weil das die Bedingung für Politisierung, Bewußtsein ist. Wir verlangen jetzt nichts von dem, was sonst in den Knästen aktuell ist – tarifliche Bezahlung, Bildung/Ausbildung, Schutz der Familien, Selbstverwaltung usw. – weil das ohne Gefangenenselbstorganisation Reformklimbim ist, integriert in Reformversprechen, die mobilisierende, politisierende Luft raus wäre, integriert in die Diktatur der Vollzugsschweine, dabei »Kraft durch Freude«[140] rauskommt. Was wir brauchen, ist: die Solidarität der Politischen – nicht nur als Idee, sondern real.

Unser Hungerstreik ist dabei nichts als unsere einzige Möglichkeit zu solidarischem Widerstand in der Isolation. Ohne die Macht, die Gewalt der Straße, ohne die Mobilisierung der antifaschistischen Bürger, die für Menschenrechte und gegen Folter eintreten, auf deren Loyalität die Schweine noch angewiesen sind – hebt unser Hungerstreik unsere Ohnmacht nicht auf.

Wir wenden uns also mit unseren Forderungen an Euch, Genossen.

Den Schweinen ist es schließlich nur recht, wenn einer von uns draufgeht. Wir verlangen von Euch, daß Ihr unsere Forderungen unterstützt, durchsetzt – jetzt – wo Ihr's noch könnt, bevor Ihr selbst Gefangene seid.

Und nur von Folter reden, Genossen, statt sie zu bekämpfen, kann schon nicht mehr unser/Euer Interesse sein – hieße: der Abschreckungsfunktion der Schweinerei noch auf die Beine helfen.

Eure Aktionen im Januar/Februar – Demonstration in Karlsruhe, Jessel zusammengeschlagen, Go-In beim *Norddeutschen Rundfunk* und bei ein paar Justizschweinen, einige Steine in die Privatsphäre – gut. Kein Teach-in, kein Go-in beim Pen-Club, nichts bei der Schriftstellergewerkschaft, nichts an die Adresse der Kirchen, die auf Folter und Menschenrechtssachen inzwischen reagieren, keine Demonstration in Hamburg, München, Berlin, Frankfurt, Heidelberg, von militanteren Aktionen zu schweigen – schlecht.

Konfrontieren wir die Schweine mit ihren eigenen Gesetzen – reiben wir ihnen den Widerspruch unter die Nase zwischen dem, was sie sagen: Menschenschutz – und dem, was sie machen: Vernichtung.

Jede Minute auf Leben und Tod – wir oder sie – sie für sich oder wir für uns.

Am 22.2.73 gab Generalbundesschwein Martin bekannt, wie sie den Widerspruch nicht lösen, sondern nur töten können:

»Die Haftbedingungen werden der jeweiligen körperlichen und psychischen Lage der Gefangenen angepaßt!« – stimmt. Die Sauerstoffzufuhr wird automatisch reguliert – Fressen gibt's dreimal am Tag – und mit der Verwandtenbe-

140 Die Nationalsozialistische Gemeinschaft »Kraft durch Freude« war angegliedert an die Deutsche Arbeitsfront (nationalsozialistischer Gewerkschaftsersatz) und organisierte Urlaub und Freizeitangebote für die deutsche Arbeiterklasse.

suchstaktik läßt sich, wenn man vom absoluten Gefrierpunkt ausgeht, natürlich Sand in die Augen streuen. Die Sprechblase aus der letzten Instanz der Ausbeuterclique: Vernichtung.

Das klärt auf. Das Programm läuft.

Setzt die Schweine von außen unter Druck und wir von innen.
Solidarität stellt die Machtfrage.
Alle Macht dem Volk!
Alle Kräfte des Volkes vereinen gegen das System aus
Profit/Macht/Gewalt
Familie/Schule/Fabrik/Büro
Knast/Erziehungsheim/Irrenanstalt

80 Politische Gefangene im Hungerstreik!

Provisorisches Kampfprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter

September 1974

Wir kämpfen für:
1. Freie Selbstorganisation der Gefangenen.
2. Tarifgerechte Bezahlung, Anspruch auf Ausbildung und Arbeit, Betriebsrat und Streikrecht.
3. Rente und Krankenversicherung.
4. Ärztliche Versorgung durch nicht-beamtete Ärzte in Krankenhäusern draußen und freie Arztwahl.
5. Selbstverwaltung durch Wählbarkeit in alle Funktionen.
6. Unbeschränkte Besuchsfreiheit – ohne Bewachung.
7. Versammlungsfreiheit ohne Bewachung.
8. Abschaffung des Behandlungsvollzugs, jeder Sonderbehandlung, der Isolation.
9. Abschaffung des Jugendstrafvollzugs.
10. Gemischte Anstalten.
11. Abschaffung der Hausstrafen.
12. Abschaffung der Briefzensur.
13. Abschaffung der Vollzugsmedizin.
14. Freie politische Information aus allen in- und ausländischen Publikationen und Medien, die auch außerhalb der Knäste zugänglich sind.

Für eine revolutionäre Gefängsnisbewegung!
Sieg im Volkskrieg!

Die Gefangenen aus der RAF

Hungerstreikerklärung vom 13. September 1974

13. 9. bis 15. 2. 1975

Wer seine Lage erkannt hat – wie soll der aufzuhalten sein?

Das ist unser dritter Hungerstreik gegen Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft an Politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Bundesrepublik und Westberlins; gegen die Counterinsurgency-Programme[141] der imperialistischen Vollzugsmaschinen, der Bundesanwaltschaft, der Sicherungsgruppe Bonn – Abteilung Staatsschutz des Bundeskriminalamts zur Vernichtung gefangener Revolutionäre und von Gefangenen, die im Gefängnis angefangen haben, sich zu organisieren und zu kämpfen.

Wir können nur unterdrückt werden, wenn wir aufhören zu denken und aufhören zu kämpfen. Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden, können nicht unterdrückt werden – sie gewinnen entweder oder sie sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben.

Widerstand gegen Vernichtungshaft, Sonderbehandlung, Counterinsurgency-Programme heißt Widerstand gegen:

– Entmenschung durch soziale Isolation – über Jahre;

– Umerziehungs- und Aussageerpressungsfolter in Gehirnwäschetrakts – seit Anfang Mai sitzt Ronald Augustin[142] im Toten Trakt des Gefängnisses in Hannover;

– die neuen Camera-Silens-Zellen[143] mit Dauerhitze, Dauerton und TV-Überwachung nach dem Modell des Hamburger DFG-Forschungsprojekts[144] in Berlin-Tegel, Berlin-Lehrter Straße, Bruchsal, Essen, Köln, Straubing;

– Verschleppung bei jedem Versuch, die totale Isolation durch Zurufe zu anderen Gefangenen zu durchbrechen in die Bunker in Berlin-Moabit, Bunker in Bruchsal, Bunker in Essen, Bunker in Straubing, Bunker in Preungesheim, Bunker in Fuhlsbüttel, Bunker in Mannheim, in die schalltote, TV-überwachte Glocke[145] im UG-Hamburg – darin tagelang angeschnallt;

– Mordversuche durch Wasserentzug bei Hungerstreiks in Schwalmstadt, München, Hamburg, Köln;

– Konzentrationstrakts für Politische Gefangene in Lübeck, Stuttgart, Berlin;

– Fesselung beim Hofgang in Hamburg und Lübeck;

– seit zweieinhalb Jahren Unterbringung in Spezialzellen in Köln-Ossendorf unmittelbar neben den zwei Hauptdurchgangstüren des Knasts – nie Ruhe; dasselbe in Berlin-Moabit;

– Psychiatrisierungsversuche und die Anwendung und Drohung von und mit Zwangsnarkotisierung für Ermittlungszwecke;

– Sprechzellen mit Trennscheiben für Verteidigerbesuche, in denen politische Kommunikation unmöglich ist; in Hannover, Stuttgart und Straubing;

– periodische Beschlagnahme des gesamten Materials zur Vorbereitung der Verteidigung – Aufzeichnungen und Post – durch die Sicherungsgruppe Bonn – Abteilung Staatsschutz;

– mit den Zellenrazzien der Sicherungsgruppe Bonn zeitlich abgestimmte Pressehetzkampagnen gegen die Verteidiger der Politischen Gefangenen; Kriminalisierung der Verteidiger der Politischen Gefangenen;

– Aktenunterschlagung und Aktenmanipulation durch das Bundeskriminalamt;

– punktuelle Lockerung der Isolation immer nur, um Gefangene, die im Griff der Polizei sind, als Spitzel und Zeugen für die Prozesse aufzubauen; so in Köln-Ossendorf, wo Jan Raspe[146] seit April den angebotenen Hofgang ablehnt, weil der,

141 Counterinsurgency ist der amerikanischer Begriff für Aufstandsbekämpfung. Er umfaßt nach NATO-Definition »diejenigen militärischen, politischen, ökonomischen, psychologischen und zivilen Handlungen, die von einer Regierung durchgeführt werden, um subversiven Aufruhr zu zerschlagen.« Seit Anfang der siebziger Jahre werden diese Programme in speziellen NATO-Gremien und auf multilateralen Treffen koordiniert.

142 Ronald Augustin arbeitete als Drucker in einer linken Druckerei in Berlin. Er wurde als Mitglied der RAF verhaftet.

143 Forschungszellen in der Hamburg-Eppendorfer Universitätsklink, in denen die Wirkung von sensorischer Deprivation, das heißt dem Entzug von Sinneswahrnemungen erforscht wurden.

144 Die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) richtete ab 1967 an allen größeren Instituten sogenannte »Sonderforschungsbereiche« ein.

145 »Beruhigungszelle« für renitente Gefangene. Dort wird der Gefangene in einem winzigen Raum auf ein Bett geschnallt. In bestimmten Fällen wurden Beruhigungsspritzen und Kameraüberwachung eingesetzt.

146 Jan-Carl Raspe gehörte zur Kommune 2 in Westberlin und zum SDS. Er veröffentlichte ein Buch über die »Sozialisation proletarischer Kinder«. 1971 schloß er sich der RAF an und wurde im Juni 1972 verhaftet. Danach saß er im Stammheimer Gefängnis und wurde am 18.10.1977 in seiner Zelle erschossen aufgefunden.

an dem er teilnehmen könnte, der des Transporthauses ist, mit täglich wechselnden, auswechselbaren Gefangenen – einer Fluktuation, in der weder Kommunikation noch Orientierung möglich ist. Bei bisher allen als Ausnahmeregelung genehmigten Gefangenenkontakten stellte sich raus, daß es von den Bullen (Sicherungsgruppe) organisierte und kontrollierte Kontakte waren;

– Terrorisierung der Verwandten mit Durchsuchung, Bespitzelung, Beschimpfung und Observation vor und nach den Besuchen, um sie unter Druck zu setzen, damit sie auf die Gefangenen im Sinn der Bullen einwirken.

Der Hungerstreik ist in der Isolation unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen die Counterstrategie des Imperialismus. Gefangene Revolutionäre und Gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, das heißt politisch zu vernichten, entwaffnet, gefangen, isoliert ist er unsere einzige Möglichkeit, unsere physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herrschenden Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen.

Kampf ist aus Schwäche Stärke machen.

Isolation ist die Waffe des Vollzugs gegen alle Gefangenen, die entschlossen sind, sich im Gefängnis nicht vernichten zu lassen, das Menschenexperiment, die Gehirnwäsche, das Programm des imperialistischen Vollzugs zu bekämpfen. Sie werden isoliert, um Politisierung, Widerstand im Gefängnis überhaupt zu liquidieren; um alle anderen Gefangenen, die noch nicht durchblicken, obwohl sie leiden und eigentumslos sind wie wir und nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, umso totaler unterdrücken zu können.

Wir fordern alle isolierten Gefangenen auf, mit uns die Isolation zu bekämpfen.

Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden soll – im Rahmen der Klassenkämpfe hier, im Rahmen der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten und Vierten Welt, im Rahmen von proletarischem Internationalismus und einer antiimperialistischen Befreiungs- und Einheitsfront in den Gefängnissen und Kriegsgefangenenlagern der vom Imperialismus beherrschten Teile der Welt.

Alle Macht dem Volk durch Eroberung der Gewalt!

Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf!

Brief der RAF an die Gefangenen aus der RAF

vom 2. Februar 1975

An die Gefangenen aus der RAF

Wir bitten Euch, den Streik jetzt abzubrechen, obwohl aus seinen objektiven – der Stärke der reaktionären Mobilisierung hier, dem Klassenkampf von oben – und seinen subjektiven Bedingungen – unterentwickelte Klassenkämpfe, die Korruption der Klassenorganisationen des Proletariats, einer schwachen revolutionären Linken – seine Forderung, die Aufhebung der Isolation, nicht durchgesetzt werden konnte.

Versteht das als Befehl.

Tatsache ist, daß die Möglichkeiten der legalen Linken – aus ihrer Defensive und Hilflosigkeit gegenüber dem neuen Faschismus, Solidarität als Waffe zu organisieren – in der Korrespondenz zum Aufbau der Guerilla, der Politik der RAF, nicht genug entwickelt sind. Der Streik hat sie auch auf ihre Wahrheit gestoßen: die Ohnmacht politischer Strategien, die die Frage der Initiative und Handlungsfähigkeit aus der Illegalität, die Notwendigkeit bewaffneter Politik als die Verwirklichung von proletarischem Internationalismus hier, vor sich herschieben; so auf der Entwicklung unserer großen Mobilisierung '68 in ihre Niederlage: die Zersplitterung, die Sekten, die Korrumpierung in der Defensive festgelegt bleiben.

Wir sagen, was der Streik als die letzte Waffe unserer Gefangenen für die Vermittlung, Mobilisierung, Organisation antiimperialistischer Politik hier erreichen konnte, hat er erreicht. In seiner Eskalation kann sich keine neue Qualität des Kampfes vermitteln.

Zuzulassen, daß Ihr ihn fortsetzt – gegen das Kalkül der staatlichen Propaganda: durch die exemplarische Hinrichtung gefangener Guerillas – weil sie kämpfen, immer kämpfen, trotzdem kämpfen – Widerstand als hoffnungslos erscheinen zu lassen – hieße Euch zu opfern.

Wir nehmen Euch diese Waffe, weil der Kampf um die Gefangenen – aus dem Kräfteverhältnis, das an ihm begriffen worden ist – jetzt nur unsere Sache sein kann, mit unseren Waffen entschieden wird.

Wir werden siegen!

Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm

Erklärung vom 24. April 1975

An die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Schweden

Am 24.4.1975 um 1.50 Uhr haben wir die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm besetzt und 12 Botschaftsangehörige, darunter Botschafter Dieter Stoecker, Militärattaché Andreas von Mirbach[147], Wirtschaftsreferent Heinz Hillegaart und Kulturreferent Anno Eifgen, gefangengenommen, um 26 politische Gefangene in der Bundesrepublik Deutschland zu befreien. Es sind: Gudrun Ensslin[148], Stuttgart; Andreas Baader[149], Stuttgart; Ulrike Meinhof,

147 Nachdem die schwedische Polizei den Sturm auf die Botschaft vorbereitete und sich auch nach der zweiten Aufforderung nicht zurückzog, erschoß das Kommando den Militärattaché von Mirbach.

148 Gudrun Ensslin war aktiv im Antiatomwiderstand in den sechziger Jahren. In Berlin gehört sie zur APO und rief unmittelbar nach dem Tod von Benno Ohnesorg zur bewaffneten Selbstverteidigung auf. Am 4. April 1968 wurde sie wegen der Brandanschläge auf die Frankfurter Kaufhäuser Schneider und Kaufhof verhaftet und tritt, ebenso wie Andreas Baader, ihre Strafe nicht an, sondern beginnt mit dem Aufbau der RAF. Am 7. Juni 1972 wurde sie in Hamburg verhaftet. Am 18. Oktober 1977 wurde sie an einem Fensterkreuz in ihrer Zelle aufgehängt gefunden.

149 Andreas Baader kommt aus der Münchener APO. Am 4. April 1968 wurde er wegen den Kaufhausbrandstiftungen in Frankfurt/Main verhaftet und im Oktober 1968 zu drei Jahren verurteilt und wegen eines aussichtsreichen Revisionsantrages aus dem Gefängnis entlassen. Als im November 1969 das Urteil bestätigt wird, taucht er unter und beginnt, zusammen mit anderen, den Aufbau der späteren RAF. Nach seiner nächsten Verhaftung, am 4. April 1970, wird er am 14. Mai, bei einer Ausführung ins »Zentralinstitut für Soziale Fragen« von der Gruppe befreit. Von Anfang an fokussiert die bürgerliche Presse die Propaganda gegen die RAF auf ihn. Am 1. Juni 1972 wird er, zusammen mit Holger Meins und Jan-Carl Raspe in Frankfurt/Main verhaftet und durch einen Scharfschützen der Polizei verletzt. Am 28. März 1977 wird er zu lebenslanger Haft

Stuttgart; Jan Raspe, Stuttgart; Carmen Roll, Stuttgart; Werner Hoppe[150], Hamburg; Helmut Pohl[151], Hamburg; Wolfgang Beer[152], Hamburg; Eberhard Becker[153], Hamburg; Manfred Grashof, Zweibrücken; Klaus Jünschke[154], Zweibrücken; Wolfgang Quante[155], Bremen; Ronald Augustin, Bückeburg; Ali Jansen, Berlin; Brigitte Mohnhaupt[156], Berlin; Bernhard Braun[157], Berlin; Ingrid Schubert[158], Berlin; Annerose Reiche[159], Berlin; Ilse Stachowiak[160], Hamburg; Irmgard Möller[161], Hamburg; Sigurd Debus[162], Hamburg; Christa Eckes[163], Hamburg; Wolfgang Stahl[164], Hamburg; Margit Schiller[165], Lübeck; Monika Berberich[166], Berlin; Johannes Weinrich[167], Karlsruhe.

verurteilt und am 18. Oktober 1977 kommt er durch eine Schußverletzung im Hinterkopf in seiner Zelle in Stuttgart-Stammheim ums Leben.

150 Werner Hoppe kommt aus dem Blues und schloß sich der RAF an. Er wurde am 15.7.71 in Hamburg angeschossen und verhaftet. In der Haft erkrankte er schwer und wurde 1980 freigelassen. Er ist später Aktivist in der Hafenstraße und hat Kontakt zum MfS. Die über seine Gespräche angelegten Stasi-Akten werden, nach dem Zusammenbruch der DDR, im Prozeß gegen Monika Haas verwendet.

151 Helmut Pohl gehörte ab 1971 zur RAF. Nach seiner ersten Verhaftung in Stuttgart saß er eine kurze Strafe wegen Diebstahl und Waffenbesitz ab. Am 4.2.1974 wurde er erneut verhaftet und 1979 entlassen. 1984 wird er zum drittenmal, in der Bergerstrasse in Frankfurt/Main, verhaftet und zu mehrmals lebenslänglich verurteilt. In der Haft ist er schwer erkrankt.

152 Wolfgang Beer arbeitete im Hamburger Anti-Folterkomitee und gehörte zu der Gruppe, die am 4.2.1974 in Frankfurt/Main verhaftet wurde. Nach seiner Entlassung geht er wieder in die Illegalität und kommt bei einem Verkehrsunfall, zusammen mit Juliane Plambeck, am 15. Juli 1980 in Bietigheim-Bissingen ums Leben.

153 Eberhard Becker kommt aus dem Heidelberger SDS. Später war er Rechtsanwalt und verteidigte Gefangene aus der RAF. Am 4.2.1974 wurde er in Hamburg verhaftet und wegen Mitgliedschaft zu 4 Jahren verurteilt.

154 Klaus Jünschke kommt aus dem SPK. Am 8.7.1972 wurde er zusammen mit Irmgard Möller, durch Verrat, verhaftet und zu lebenslänglich wegen einem Banküberfall verurteilt. Anfang der achtziger Jahre trennt er sich von dem Gefangenenkollektiv und kritisiert öffentlich die Politik der RAF. Er wird durch von Weizsäcker begnadigt.

155 Wolfgang Quante war Aktivist der Hamburger Hausbesetzerszene. Er wurde am 7.10.1974 bei einer Explosion in einer Wohnung verhaftet.

156 Brigitte Mohnhaupt gehörte zu den Tupamaros München. 1971 schließt sie sich der RAF an und wird 1972 in Berlin verhaftet. Nach ihrer Entlassung 1976 geht sie wieder in die Illegalität und wird 1982 zum zweitenmal verhaftet. Im anschließenden Prozeß wird sie zu mehrmals lebenslänglich verurteilt.

157 Bernhard Braun kommt aus dem Blues, der proletarischen Subkultur, und schloß sich den Tupamaros Westberlin an. 1971 ging er zur RAF und wurde am 15. Juni 1972 in Berlin zusammen mit Irmgard Möller und Klaus Jünschke verhaftet. Er trennte sich nach dem Hungerstreik 1974 vom Gefangenenkollektiv und sollte eigentlich 1976 entlassen werden. Durch die Aussagen von Gerhard Müller wird er weiter belastet und in einem zweiten Prozeß zu 15 Jahren verurteilt.

158 Ingrid Schubert politisierte sich in der APO und gehörte zur ersten Gruppe der RAF. Sie wird im Oktober 1970 verhaftet. Im November 1977 wird sie in Stadelheim erhängt in ihrer Zelle gefunden.

159 Annerose Reiche kommt aus dem Blues in Westberlin und gründet die erste militante Frauengruppe, die »Militanten Panthertanten«. Im Früjahr 1970 wurde sie wegen einer militanten Aktion auf das Amerika-Haus in Westberlin verhaftet und saß bis 1981 wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni im Knast.

160 Ilse Stachowiak kommt aus der Berliner APO. Sie wurde am 4.2.1974 verhaftet und 1978 vorzeitig entlassen.

1. Innerhalb von 6 Stunden, bis 21 Uhr, werden die gefangenen Genossen auf dem Rhein-Main-Flughafen Frankfurt zusammengebracht. Sie können dort ohne Kontrolle miteinander und mit ihren Anwälten sprechen. Sie haben die Möglichkeit, sich über Funk und Fernsehen über den Ablauf zu informieren.

Wird eine Verbindung zwischen uns und den Gefangenen über Telefon, später über Funk hergestellt. Sie wird bis zu ihrer Landung in dem Land, das sie aufnimmt, aufrechterhalten.

Wird eine Boeing 707 der Lufthansa, aufgetankt, mit 3 Mann Besatzung, auf dem Rhein-Main-Flughafen bereitgehalten.

Innerhalb von 10 Stunden bis 1 Uhr
– werden die Gefangenen aus der BRD ausgeflogen, sie werden nur vom Botschafter des Königreichs Schweden in der BRD – Backlund – und einem ihrer Anwälte begleitet. Das Ziel werden wir ihnen während des Flugs mitteilen.
– überläßt die Bundesregierung jedem der Gefangenen 20 000 Dollar.

2. Diese Erklärung von uns, Erklärungen von den Gefangenen oder ihren Anwälten werden sofort an die internationalen Nachrichtenagenturen weitergegeben und in der BRD über Rundfunk und Fernsehen ungekürzt verbreitet. Während des ganzen Ablaufs der Aktion muß die Regierung ihre Entscheidungen über die Massenmedien öffentlich machen. Der Abflug der Genossen wird vom BRD-Fernsehen und vom schwedischen Fernsehen direkt übertragen.

3. Wir werden über unsere Forderungen nicht verhandeln und die Fristen, zu

161 Irmgard Möller war zuerst in der Münchener APO und im Blues. 1971 schließt sie sich der RAF an. Sie wird 1972 verhaftet und sollte 1976 entlassen werden. Nach den Aussagen von Müller wird sie in einem zweiten Prozeß zu lebenslänglich verurteilt. Sie überlebt die Nacht des 18. Oktober schwer verletzt in Stammheim und wird nach 22 Jahren, 1994, entlassen. In der Freiheit veröffentlicht sie eine Reihe Interviews und das Buch »RAF – Das war für uns Befreiung«.

162 Sigurd Debus kommt aus der militanten Szene in Hamburg. Er hatte versucht, mit anderen eine eigene, von der RAF unabhängige Gruppe aufzubauen. Er ist am 28.2.1974 festgenommen worden und wegen der Beteiligung an Banküberfällen, Sprengstoffanschlägen gegen die Industrie und den Verfassungsschutz zu 12 Jahren verurteilt worden. Im Knast versuchte der Verfassungsschutz, über ihn einen Spitzel an die illegale Gruppe der RAF ranzuschleusen, in dem sie einen Ausbruchversuch vortäuschen und in den Celler Knast ein Loch sprengten. Sigurd Debus stirbt am 16. April 1981 in Hamburg. Er hatte sich dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und anderer Gefangener angeschlossen, um die Aufhebung der Isolation zu erreichen. Er starb während der Durchführung der Zwangsernährung.

163 Christa Eckes kommt aus der linken Szene in Hamburg. Sie wurde mit der Gruppe, die am 4.2.1974 verhaftet wurde, in Hamburg verhaftet und 1981 entlassen. Am 2. Juli 1984 wird sie in der Bergerstraße in Frankfurt erneut festgenommen und war bis 1992 inhaftiert.

164 Wolfgang Stahl gehörte zur Gruppe um Sigurd Debus.

165 Margit Schiller arbeitete im SPK mit und wurde am 4.2.1974 verhaftet. 1979 wurde sie vorzeitig entlassen.

166 Monika Berberich politisierte sich in der APO und schloß sich der ersten Gruppe der RAF an. Am 8. Oktober 1970 wird sie in Berlin verhaftet. Sie erklärte für die Gruppe im September 1974, im Baader-Befreiungsprozeß, den Ausschluß von Horst Mahler. 1976 gelang ihr die Flucht aus dem Berliner Frauengefängnis Lehrterstraße. Zwei Wochen später wurde sie jedoch wieder verhaftet. Monika Berberich wurde 1988 entlassen.

167 Johannes Weinrich kommt aus Frankfurt/Main, wo er im Verlag Roter Stern arbeitete. Er war Mitglied der Revolutionären Zellen und wurde im März 1974 in Frankfurt/Main verhaftet. Nach seiner Entlassung im November 1975 schloß er sich einer Gruppe an, die sich dem palästinensischen Befreiungskampf zurechnete. Weinrich wurde 1995 in Jemen verhaftet. Zur Zeit findet gegen ihn ein Prozeß in Berlin-Moabit statt.

denen sie zu erfüllen sind, nicht verlängern. Versucht die Bundesrepublik die Freilassung der Gefangenen zu verzögern, werden wir zu jeder vollen Stunde, die das 1. und oder 2. Ultimatum überschritten wird, einen Beamten des Auswärtigen Amtes der BRD erschießen. Der Versuch, die Botschaft zu stürmen, bedeutet den Tod aller im Haus. Bei einem Angriff werden wir in den Räumen der Botschaft 15 kg TNT zur Explosion bringen.

Nach ihrer Landung werden uns die befreiten Genossen über Funk bestätigen, daß sie eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben. Wir werden dann einen Teil der Botschaftsangehörigen freilassen und den Ablauf unseres Abzuges bekanntgeben.

Wir werden Menschen sein – Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf!

Die Verantwortung für die Erschießung des Militärattachés Andreas von Mirbach trägt die Polizei, trotz verlängertem Ultimatum hat sie das Botschaftsgebäude nicht verlassen!

Kommando Holger Meins

Erklärung zum Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof

Stammheim, 23. September 1975

Gegen den Versuch der staatlichen Propaganda, den Anschlag im Hamburger Hauptbahnhof in die Nähe der RAF zu rücken, stellen wir fest: Die Sprache dieser Explosion ist die Sprache der Reaktion. Sie ist rational nur als Aktion der psychologischen Kriegsführung des Staatsschutzes gegen die Stadtguerilla. Die Methode und das Ziel dieses Verbrechens gegen das Volk weisen es als faschistische Provokation aus.

Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk. Die RAF greift den imperialistischen Apparat, seine militärischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen, seine Funktionäre in den repressiven und ideologischen Staatsapparaten gezielt an.

In der Offensive gegen den Staat kann Terrorismus keine Waffe der Stadtguerilla sein. Stadtguerilla operiert in dem Riß zwischen Staat und Massen, um ihn zu vertiefen, um Politisierung, revolutionäre Solidarität und Organisation von proletarischer Macht gegen den Staat zu entwickeln.

Dagegen ist die nachrichtendienstlich gesteuerte terroristische Provokation durch Terror gegen das Volk darauf aus, durch die Erzeugung von Angst und Diffusion im Volk Identifikation mit dem Staat zu erzwingen. Auf dem Hessenforum[168] hat der Präsident des OLG Braunschweig, Wassermann, die Countertaktik des Staatsschutzes ausgesprochen – wörtlich: Man müsse »beim Gefühl der Unsicherheit des Bürgers ansetzen« und »vom subjektiven Gefühl der Angst ausgehen«.

Inzwischen hat ein Bericht in der *FR* (20.9.) bestätigt, daß die Counterprojekte des Staatsschutzes seit ’72 – (Bombendrohung gegen Stuttgart, Drohung mit Trinkwasserverseuchung, Gelbkreuzdiebstahl[169], Sam-Raketen auf Fußballstadien,

168 Eine von der hessischen Landesregierung organisierte Diskussionsrunde zu wechselnden Themenbereichen, an der Politker, Journalisten und Fachleute teilnehmen.

169 Gelbkreuzkampfstoffe ist eine Bezeichnung für die im 1.Weltkrieg verwendeteten chemischen Kampfstoffe. Der bekannteste Stoff war das Senfgas.

der Bombenanschlag im Hauptbahnhof Bremen und jetzt Hamburg) – nach dem Konzept der CIA-Zentrale entwickelt sind. Die *FR* teilt da nur authentisch mit, was man lange weiß: Der Gifteinsatz in U-Bahnschächten und die Trinkwasserverseuchung in Großstädten sind Countertaktiken des special warfare, der »psychologischen Aktion« imperialistischer Nachrichtendienste und Counterguerillaeinheiten.

Im Moment ist die Frage nicht zu klären, ob der Anschlag in Hamburg das Verbrechen eines einzelnen war, ob er von der nachrichtendienstlich geführten rechtsradikalen Gruppe in Bremen durchgeführt wurde, ob er vom Staatsschutz direkt oder von der seit Stockholm bei der amerikanischen Botschaft in Bonn etablierten Spezialeinheit des CIA für Counterinsurgency initiiert worden ist.

Tatsache ist, daß der Staatsschutz sein innerhalb der reaktionären Struktur der durch Medienkonzerne und öffentliche Anstalten institutionalisierten Öffentlichkeit operierendes Netz von Staatsschutzjournalisten benutzt, um die Rezeption des Anschlags gezielt gegen die Stadtguerilla zu steuern. Profilierte Figuren in diesem Netz, das an die Pressestelle des BKA und die Pressekonferenz der Bundesanwaltschaft angeschlossen ist, sind Krumm in der *FR*, Busche in der *FAZ*, Leicht und Kuehnert in der *SZ* und Rieber und Zimmermann, die in mehreren überregionalen Zeitungen publizieren. Der Artikel von Zimmermann, der einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag, der RAF, der Bewegung 2. Juni und Siegfried Haag[170] behauptet, ist außer in der Springerpresse parallel in acht überregionalen Tageszeitungen erschienen.

Wem es angesichts der Schwäche der Stadtguerilla hier unwahrscheinlich vorkommt, daß die staatliche Reaktion jetzt schon zu diesen Mitteln greift, der soll sich die strategische Bedeutung des Moments der Instabilität, das Stadtguerilla ist, aus der strategischen Bedeutung, die die Bundesrepublik im Staatensystem des US-Imperialismus hat, klar machen. – Die BRD ist sowohl im Nord-Süd- wie im Ost-West-Konflikt zentrale Operationsbasis des US-Imperialismus: militärisch die Nato, ökonomisch in der EG, politisch und ideologisch über die Führungsfunktion der Sozialdemokratie innerhalb der Sozialistischen Internationale.

Der Versuch einer reaktionären Massenmobilisierung durch den Staat, der mit nachrichtendienstlicher projektierter Provokation operiert, reagiert nicht auf die Stadtguerilla, sondern auf die Bedingungen ihrer Strategie: die ökonomische und politische Labilität des US-Staatensystems. Er meint die Möglichkeit und Aktualität revolutionärer Politik, und er ist als Falle und Funktion der psychologischen Kriegsführung gegen jede demokratische Operation gerichtet, um sie zu spalten, zu isolieren, einzukreisen und schließlich zu vernichten.

Marx sagt: »Der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung

170 Siegfried Haag kommt aus dem SDS und ist später Rechtsanwalt in Heidelberg und der letzte Verteidiger von Holger Meins, den er unmittelbar vor seinem Tod besuchte. Nach der Aktion des Kommando »Holger Meins« in Stockholm wurde er kurzzeitig festgenommen. Man warf ihm vor, das Kommando unterstützt zu haben. Nach der Freilassung geht er sofort in die Illegalität. Im November 1976 wird er, zusammen mit Roland Mayer, verhaftet und zu 15 Jahren verurteilt. Er trennte sich 1984 vom Gefangenenkollektiv und wurde vorzeitig entlassen.
Roland Mayer kommt aus dem Karlsruher linksradikalen Zusammenhang. Er wurde wegen Mitgliedschaft in der RAF nach §129a und wegen Banküberfällen zu zwölf Jahren Haft verurteilt und 1988 entlassen.

einer geschlossenen, mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklichen revolutionären Partei heranreift.«

Die Stadtguerilla zeigt den Weg, wie der staatliche Terrorismus allein zu bekämpfen ist: durch bewaffnete proletarische Politik.

Die Gefangenen aus der RAF
Stammheim, 23.9.1975

Auszüge aus der »Erklärung zu Sache«

Die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13. Januar 1976

Geschichte der BRD

So ist einer der Gründe für die im europäischen Rahmen relative Stabilität des westdeutschen Staates und für die Effizienz des sozialdemokratischen Antikommunismus, mit der Folge, daß das, was auf Staatsebene jetzt der Radikalenerlaß ist, schon immer für die Organisierung des Proletariats – Sozialdemokratie und Gewerkschaften – gilt: daß Radikale aus ihnen ausgeschlossen sind – die Schwäche der alten Linken, die Tatsache, daß die radikale Linke in diesem Staat immer isoliert war. Wir würden sagen, das hat fünf Determinanten, von denen jede einzelne ausreicht, eine politische Bewegung fertig zu machen und von denen keine – so – auf eine Linke in einem anderen Land, Frankreich und Italien als Beispiel – zutrifft.

Einmal natürlich der Ökonomismus der 3. Internationale, ihre Fehleinschätzung sowohl der Kampfkraft des Proletariats, worin seine Neuzusammensetzung nach dem Ersten Weltkrieg – Taylorismus, Dequalifizierung, neue organische Zusammensetzung des Kapitals – sowie die Irrationalität und das Repressionspotential der Bourgeoisie nicht begriffen war, sodaß 1933 weniger eine Niederlage der Organisationen des Proletariats war, als die Besiegelung ihrer Kapitulation – ihres Verzichts auf offensive, proletarische Politik;

dann die Tatsache, daß der Faschismus massenhaft Kader des Proletariats ermordet und zerstört hat, und eben nicht im Kampf, sondern längst entwaffnet und in den Konzentrationslagern;

und in allen anderen Staaten, die der Faschismus besetzt hielt, gab es bewaffneten Widerstand – Resistance – gegen die ausländische Besatzungsmacht, mit der der Faschismus dort gleichgesetzt war;

durch die Spaltung saß die kommunistische Linke und überhaupt die intellektuelle Linke in der DDR;

sicher in keinem Staat, außer in den USA, ist der Kalte Krieg so scharf auch nach innen geführt worden, nicht nur propagandistisch, sondern materiell: 1951 wurde die FDJ verboten, 1956 die KPD – auf der Basis einer permanenten antikommunistischen Mobilisierung der NS-Faschisten verglichen werden kann, in und an Berlin;

schließlich die wenigen Gruppen, die im Faschismus illegal gearbeitet hatten, sind nach 1945 von den Alliierten systematisch aus dem Prozeß der Neugründung der Arbeiterorganisationen ausgeschaltet worden.

So – wird die Antwort auf das Phänomen, daß diese Linke 1966 von der SPD – Heinemann und Brandt – so leicht geschnappt werden konnte, daß sie über die Entspannungspolitik, also für ein taktisches Manöver des Imperialismus gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten, um die DDR zu isolieren und sich freie Hand in der Verteidigung des Imperialismus gegen die Befreiungskriege der Völker der Dritten Welt zu verschaffen – vergaß, wofür sie eingetreten war: Entmilitarisierung, Desengagement, Demokratisierung des Staatsapparates, Austritt der Bundesrepublik aus der Nato, kernwaffenfreie Zone – leicht:

Diese Linke, auch nicht Teile von ihr, hat je die Lösung ihrer Ziele durch proletarische Politik, bewaffneten Kampf, Eroberung der Macht gewollt – sie hatte keinen Begriff von Klassenkampf, weil sie keinen von proletarischem Internationalismus hatte.

Ein wesentliches Moment war, daß ihre Politik aus der Identifikation mit Opfern – den Opfern des Faschismus, den Opfern von Hiroshima, den Opfern der Kommunistenverfolgung in der Bundesrepublik – kam – es gab keinen Kampf, mit dem sie sich hätte identifizieren können, als Beispiel für Konsequenz, materialistische Dialektik, revolutionäre Moral.

Ihr Anschluß an Heinemann und Brandt war so auch einfach Ausdruck der Ermüdung einer Linken, die Verfolgung erlitten hatte, ohne in ihr einen materiellen Sinn, Kampf, finden zu können.

Es geht nicht darum festzustellen, daß ihre Politik irrelevant war – sie war eine Form des Überwinterns im Kalten Krieg – es geht darum festzustellen, daß irrelevante politische Positionen zwangsläufig Korrumpierungsprozesse in Gang setzen, bis das relative vom kleineren Übel abgelöst ist – es ist die Geschichte einer Linken, die sich des weltrevolutionären Prozesses aus ihrer Lage in der Bundesrepublik, dem reaktionärsten Staat im Staatensystem des US-Imperialismus, nicht bewußt war.

Wenn wir von Korrumpierungsprozeß sprechen, meinen wir auch die Bündnispolitik der Kommunistischen Partei, die darauf basierte, daß diese Partei selbst keine andere als eine bürgerliche Parteipraxis hatte, oder besser: eine sozialdemokratische – institutionenorientierte – und bezogen auf eine Öffentlichkeit, die von den imperialistischen Medien besetzt ist. Hatte die alte KP die Neuzusammensetzung des Proletariats nicht begriffen, so die Linke nach 1945 nicht, daß sie in einem US-Counterstaat lebte, dessen Institutionen nur über Scheinlegitimation verfügten, deren politische Direktionsgewalt im US-Außenministerium und Pentagon sitzt, mit dem Kanzler in Bonn als Marionette.

Die Struktur – Persönlichkeitsstruktur, politische Geschichte, Erfahrungen, von denen die alte Linke ausging, waren dieselben oder ähnliche, wie die der Kommunisten in ost-europäischen Regierungen – also 3. Internationale, Faschismus, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg. Es ist eine Generation und eine Ideologie, die – banal gesagt – abgekämpft ist, alt, so schließlich dem Konsumangebot und Privilegierungen der hochindustrialisierten Staaten erlegen.

BRD-Geschichte

Bei der Entwicklung des imperialistischen Weltsystems unter der Hegemonie des US-Kapitals und seinem politisch-militärischen Ausdruck: der US-Außenpolitik und ihrem hauptsächlichen Instrument – dem US-Militär, gründeten die USA nach ’45 drei Staaten als Operationsbasen amerikanischer Außenpolitik außerhalb der USA: die Bundesrepublik, Südkorea und Südvietnam. Die Funktion dieser Staaten für den US-Imperialismus ging von Anfang an in zwei Richtungen: sie waren Operationsbasen des US-Militärs zur Einkreisung und zum schließlichen Roll-back der Sowjetunion bzw. des sowjetischen Militärs, und sie waren Operationsbasen des amerikanischen Kapitals zur Organisierung der Region Süd-Ost- und Ostasien dort, Westeuropa hier unter

das Interesse des US-Kapitals.

Daß die Innenpolitik und Außenpolitik von Südkorea und Südvietnam unmittelbar CIA-Politik war, ist eine Banalität aus der ökonomischen Schwäche der Kompradoren-Bourgeoisie in den Staaten des Neokolonialismus. Daß ein Staat mit dem ökonomischen Potential der Bundesrepublik für die Dauer von dreißig Jahren über keine eigene Direktionsgewalt verfügt, ist einer der Gründe, weshalb in diesem Staat eine radikale, politische Orientierung besonders schwierig und, wie wir erfahren haben, überhaupt nur durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf zu erobern ist.

Das politische Projekt, das die USA als hegemoniale Kapital- und Besatzungsmacht in den drei Westzonen mit dem westdeutschen Staat verfolgten, war von Anfang an legitimationsunfähig: Restauration des Monopolkapitals, Rekonstruktion der alten Herrschaftseliten in Wirtschaft und Staat, jetzt unter dem Kommando des US-Kapitals, Remilitarisierung und Integration der drei Westzonen in das Wirtschafts- und Militärsystem des US-Imperialismus nach dem Modell einer kolonialen Administratur, Kontinuität des Antikommunismus als herrschende Ideologie, Ausschaltung des Proletariats aus der Politik. Diese Politik stand nie zur Disposition, über sie ist nie in Wahlen abgestimmt, sondern in Washington entschieden worden.

Als '49 nach Gründung der Bundesrepublik schließlich Wahlen stattfinden konnten, war die Währung der Bundesrepublik bereits in das Dollarsystem von Bretton-Woods[171] integriert, hatte der parlamentarische Rat nach den Auflagen der Alliierten – und das hieß, der USA – diesem Staat eine Verfassung gegeben, in der Richtlinien von einer Figur, dem Kanzler gemacht werden – das heißt die Verfassung eines Marionettenregimes, wenn man von der Praxis und Realität des Adenauerregimes ausgeht und mal nicht von den verfassungsrechtlichen Rationalisierungen, mit denen man vorgibt, aus Weimar gelernt zu haben.

In der Sozialdemokratie waren die Machtkämpfe zugunsten von Schumachers antikommunistischer Linie abgeschlossen – sie hatte die alte Rolle wie 1918, Bollwerk gegen den Einfluß von Kommunisten gegen jeden Ansatz von Arbeiterautonomie zu sein – jetzt finanziert vom US-Kapital – wieder übernommen. Alle Schlüsselpositionen in den Bundesvorständen der Gewerkschaften und im DGB waren von den alten Funktionären besetzt, die sich schon in Weimar für das Kapital, für die Integration des Klassenkampfes in das Kapital bewährt hatten. Alle Ansätze, die das Selbstverständliche versucht hatten, die Organisation des Proletariats aus den illegalen Gruppen, die in der Zeit des Faschismus Widerstand geleistet hatten, zu rekonstruieren, waren zerschlagen.

Die Politik der USA in Vietnam und Korea hatte von Anfang an Rückwirkungen auf Westeuropa und auf die Funktion der Bundesrepublik für die USA im Prozeß der westeuropäischen Zusammenschlüsse auf der Ebene der Ökonomie – Schumannplan[172], also Montanunion – und die Integration Westeuropas in die Nato. Die operationelle Rolle, die die

171 Bretton Woods: Ort in New Hamphsire; USA, in dem am 23. Juli 1944 die Einsetzung des Internationalen Währungsfonds und die Einsetzung eines an den Dollar gekoppelten Weltwährungssystems, das nach dem Ort benannt wurde, beschlossen worden ist.

172 Montanunion (europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) wurde 1951 auf Vorschlag des französischen Außenministers Schumann gegründet. Sie bestand in einem Vertrag zwischen Belgien, der BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden.

USA der Bundesrepublik, als dem westeuropäischen Staat, über den sie politisch, militärisch, ökonomisch und ideologisch total verfügten, bei der Unterwerfung Westeuropas unter die amerikanische Strategie zuwiesen, ist mit der Süd-Ost-Asien-Politik untrennbar verbunden.

Das Interesse der USA, Frankreich und Indochina abzulösen, war wesentlich davon bestimmt, daß die Integration der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis nicht ohne das Einverständnis Frankreichs möglich war, Frankreich aber erst zustimmen wollte, nachdem es sein eigenes Militär zur führenden Militärmacht in Westeuropa ausgebaut hatte.

Kolko[173] schreibt: erstens und vor allen Dingen wollten die USA Frankreich über den Sieg in Vietnam nach Europa zurückbringen. 1961 hatte Cabot Lodge[174] erklärt: »Je eher sie – die Franzosen – dort zu einem erfolgreichen Ende kommen, desto besser für die Nato, dann können sie ihre Streitkräfte hierher verlegen und den Aufbau ihrer Armee in Europa forcieren«. »Unter diesem Gesichtspunkt« – schreibt Kolko – »war Vietnam der indirekte Schlüssel zu Deutschland.«

Noch wichtiger vielleicht und fundamentaler für die Entwicklung der Bundesrepublik war der amerikanische Krieg in Korea. Daß Nordkorea den Süden überfallen hatte, ist eine der Legenden, die die USA brauchten, um Westeuropa das Projekt der Wiederaufrüstung des vom deutschen Monopolkapital beherrschten Teils Deutschlands aufzudrängen, um der Behauptung der Gefahr einer kommunistischen Aggression Evidenz zu verschaffen, die in Stalins Politik nach '45 keine Gründe fand. Stalins Politik war tatsächlich defensiv; eine Defensive, die so weit ging, daß er nicht mal der griechischen Widerstandsbewegung gegen die Engländer, später die USA, bereit war, Waffen zu liefern und Jugoslawien verboten hat, das an Griechenland angrenzende Terrain der Guerilla als Hinterland offen zu halten.

Die besondere Bedeutung des Korea-Kriegs für die Geschichte der Bundesrepublik lag in dem durch diesen Krieg ermöglichten Wirtschaftsboom für die deutsche Investitionsgüterindustrie, der aufgrund des Potsdamer Abkommens verboten war, Rüstungsgüter zu produzieren, die aber genau den Bedarf an Investitionsgütern absetzen konnte, den die rüstungsproduzierenden Staaten England und Frankreich brauchten.

Die Bedingungen, aus denen die Bundesrepublik relativ schnell nach dem Krieg wieder zu wirtschaftlicher Prosperität kam, unterscheiden sich nicht von den Bedingungen, durch die der Faschismus nach 1933 das Kapitalverhältnis konsolidiert hatte – nur daß die Hungersnot in den Westzonen 1946–47 jetzt eine von den USA manipulativ erzeugte, nicht krisenbedingt war, um in der Bevölkerung den Konsens für die Westintegration der drei Westzonen, also die Spaltung zu erzwingen, der künstlich erzeugte Hunger setzte schließlich die Zustimmung zur Marshallplanhilfe der USA und seinen politischen Bedingungen durch – über die vom US-Kapital beherrschte Sozialdemokratie und Gewerkschaften konnte das Proletariat gezwungen werden, bis 1951 einen totalen Lohnstop hinzunehmen – d.h. durch die absolute Mehrwertproduktion die Bedingungen für das folgende

173 Gabriel Kolko: Amerikanischer Historiker an der Harvard-Universität.

174 Henry Cabot Lodge: Amerikanischer Journalist und Politiker, war von 1953 bis 1960 US-amerikanischer Botschafter bei der UNO, von 1963 bis 1967 Botschafter in Süd-Vietnam, von 1968 bis 1969 Botschafter in der BRD und 1969 Chefdelegierter bei den Vietnamverhandlungen in Paris.

Wirtschaftswunder zu finanzieren. – Daß die Währungsreform die größte Volksenteignungsmaßnahme – Maßnahme des Klassenkampfs von oben – war, die sich das Kapital je in einem Land leisten konnte, gehört zu den Tatsachen, die in das Bewußtsein des Volkes hier kaum eingedrungen sind.

Wir werden das jetzt etwas ausführlicher darstellen:

Diese totale Integration in den US-Staat ist eine Konsequenz der globalen Counterstrategie des US-Imperialismus und notwendige Bedingung der Funktion des BRD-Staats für diese Strategie.

Es war das antikommunistische Ausrottungsprojekt der Strategen des US-Imperialismus, die Sowjetunion durch die faschistischen Armeen vernichten zu lassen – woraus sich eben auch erklärt, weshalb die von der Sowjetunion immer wieder geforderte Errichtung einer zweiten Front im Westen von der US-Regierung immer wieder verzögert wurde.

Aber spätestens Anfang 1943 war klar, daß dieses Projekt zusammen mit den faschistischen Armeen vom Widerstand der Sowjets zerschlagen wurde – und obwohl die Sowjetunion die beabsichtigten ungeheuren Opfer und Verwüstungen erlitt, wurde klar, daß die Gegenoffensive der sowjetischen Armee die Kräfteverhältnisse in Europa umwälzen würde.

Als am 20.7.44 auch der Putschplan der »deutschen Bourgeoisie mit ihrem Junkergehirn« (Brecht) am Dilettantismus der imperialistischen Junkergeneräle gescheitert war – nämlich durch den Sturz der Nationalsozialisten zu einem antikommunistischen Bündnis mit dem amerikanischen und britischen Imperialismus zu kommen, und den Krieg gemeinsam gegen die Sowjetunion fortzusetzen – mußte der US-Imperialismus zunächst den deutschen Imperialismus militärisch besiegen und unterwerfen, um dann mit ihm den antikommunistischen Krieg fortzusetzen. Diese Perspektive zeichnete sich schon ab in der taktischen Bestimmung des amerikanischen Bomberkommandos: seine Ziele waren nicht die deutschen Industrieanlagen – die übrigens teilweise sowieso den US-Konzernen, z.B. Standard Oil, ITT, Ford und General Motors gehörten, deren Profite unter dem Faschismus und in Zusammenarbeit mit dem faschistischen Staat ausgezeichnet waren –, dieses Potential blieb im wesentlichen unzerstört; Ziele der Terrorbombardements waren die Wohnviertel der Bevölkerung. Diese Bestimmung zielte ebenso wie die propagandistischen Anstrengungen der US-Regierung, die Deutschen insgesamt mit dem faschistischen Staat zu identifizieren, auf die totale Demoralisierung und präventive Ausschaltung jedes Widerstandes in Deutschland gegen die Pläne des US-Imperialismus.

Eine Bedingung des antikommunistischen US-Projekts war nach '45 einerseits die Erhaltung und Sicherung der monopolkapitalistischen Strukturen in den Westzonen – andererseits aber die Ausschaltung der alten antifaschistischen Linken, sie wurde aus der Administration hinausgesäubert, und alte Nazis wurden reintegriert. Die Leichtigkeit, mit der diese reaktionäre Strukturierung des Apparats durchgesetzt werden konnte, verweist auf die Schwäche der alten Linken.

Mit der Konzeption »antifaschistisch-demokratische Übergangsperiode«, deren Ausgangspunkt in der Volksfront-Taktik der 3. Internationalen, dem Bündnis mit dem bürgerlichen Antifaschismus liegt, war diese Linke von vornherein politisch-militärisch und ideologisch entwaffnet und in der Defensive gegen die US-Counterstrategie.

Indem sie mit dieser defensiven Bündniskonzeption ignorierte, was spätestens nach der US-Taktik in der Anti-Hitler-Koalition und der Verstärkung der expansionistischen Entwicklung des US-Kapitals in der Dritten Welt zu begreifen war: daß der Imperialismus ein Weltsystem ist, aus dessen sich entfaltenden Grundwiderspruch zwischen Überbau und ökonomischer Basis sich der Faschismus notwendig und unausweichlich entwickelt, und daß der Imperialismus diesen Widerspruch nur durch Krieg zu lösen versuchen kann, die Führungsmacht des Weltsystems, die USA also, der Hauptfeind ist – indem sie das ignorierte, hatte die Linke ihre reibungslose Ausschaltung programmiert.

Nachdem ihre Bemühungen, die Sozialisierung wenigstens der Schlüsselindustrien gegen die US-Besatzungsmacht durchzusetzen, gescheitert waren und sie aus allen Positionen in der Administration ausgeschaltet war, ging der BRD-Staat, seiner Funktion im US-Staaten-System entsprechend, zu ihrer administrativen Verfolgung mit dem Ziel ihrer Vernichtung auch nur als oppositioneller Bewegung innerhalb der Formaldemokratie über; im August 1951 verabschiedete der Bundestag die »Blitzgesetze«, die die 1946 aufgehobenen Hoch- und Landesverratsparagraphen neugefaßt wiedereinführten und neue, »ins Vorfeld verlegte« Staatsgefährdungsdelikte schufen, mit denen z.B. Beziehung zur DDR beliebig kriminalisiert werden konnte. Die Analogie dieser Maßnahmen zum McCarthyismus in den USA verweist auf die direkte Funktionalität dieses Staats für die US-Counterstrategie, die jeden seiner Schritte aus dem globalen Rahmen bestimmt: »Ein Freiheitsopfer« für den Koreakrieg, »um die Freiheit zu bewahren«, wie der damalige Bundesjustizminister Dehler zu den Gesetzen in der Bundestagsdebatte 1950 sagte.

Nachdem schon Hunderte aufgrund dieser Gesetze in die Gefängnisse gesperrt worden waren, stellte das KPD-Verbot 1956 im Grunde nur noch de jure fest, was faktisch schon seit Jahren Realität war: die Zerschlagung der im Rahmen der KP organisierten Linken – nicht weil sie revolutionäre Politik machte, was sie nicht tat, sondern weil die Vernichtung politischer Opposition Teil des Selbstverständnisses, konstituierender Teil dieses Staates ist:

Weil dieser ganze Staat als Teil ihrer Counterstrategie von den USA konstituiert worden ist und es sein ganzes Wesen bestimmt, dieser Teil zu sein.

Die Politik der alten antifaschistischen Linken, die sie in ihre totale Niederlage führte, konnte sie nur genau dorthin führen: denn sie war begründet und hervorgegangen aus dem Internationalismusbegriff Stalins – das hieß: Politik zum Schutz des Sowjetstaats gegen die imperialistische Interventionsdrohung ersetzte den proletarischen Internationalismus, die Politik zur Befreiung des Weltproletariats, den Klasseninhalt.

Der Internationalismus der KPdSU unter Stalin hat den proletarischen Inhalt verloren und war nur mehr eine Funktion der internationalen Beziehungen des Sowjetstaates.

Weil die sowjetische (Staats-)Politik nicht zu dem Begriff kam, daß der konterrevolutionäre Klassenkrieg nur mit dem revolutionären Klassenkrieg zu bekämpfen ist, mußte die als Schutz und Unterstützung der Sowjetunion gegen die imperialistische Bedrohung bestimmte Politik der kommunistischen Parteien des Westens zum Pazifismus werden.

Der Rückzug von der Führung des internationalen Klassenkampfes und ihre Ersetzung durch die Außenpolitik der »friedlichen Koexistenz« und die Instrumentalisierung der kommunistischen Parteien für diese Politik der Sowjetunion

konnte auch den Antifaschismus in Europa nur ohne Orientierung vom Klassenkampf aus lassen, ihn nicht auf seinen Begriff bringen: Zerschlagung des monopolkapitalistischen Systems, die soziale Revolution.

So mußte diesem Antifaschismus vom Kleinbürgertum und den von Hitler gestörten monopolistischen Bourgeoisien Europas ihre Ziele aufgezwungen werden:

Das Wesen des Imperialismus nicht mehr als Reaktion und Krieg zu begreifen; im Drang der USA nach Herrschaft, nun Befreiung zu sehen; den Sturz des Kapitals nicht mehr als die notwendige Bedingung wirklicher Demokratie anzustreben – kurz: eine Form der Diktatur der Bourgeoisie gegen eine andere, den Faschismus, zu verteidigen.

Der Antifaschismus wurde zur Apologie des Imperialismus – und indem das Proletariat, führungslos, sich die bürgerliche Demokratie als Ziel aufzwingen ließ, anstatt sie als eine Bedingung des Kampfes für sein Ziel – was sie immer nur war und sein kann – zu nutzen, überließ sie diese Bedingung dem Kapital, das sie allerdings vollkommen für sich nutzte. Das Proletariat war machtlos, entwaffnet.

Ohne eine proletarische Gegenmacht, ohne den Versuch, sie aufzubauen, konnte das Kapital gegen die Inhalte sozialistischer Politik und Agitation, ohne auf relevanten Widerstand zu stoßen, seine antikommunistische Hetze, den Dreck, das imperialistische Gift durchsetzen und das Bewußtsein des Volkes besetzen.

Das vernichtete die KPD – lange vor dem Verbot.

Dieser Staat BRD mußte uns in der Studentenbewegung notwendig ganz besonders unmißverständlich begreifen lehren.

Denn seine Reaktionen auf oppositionelle Bewegungen sind durch seine Geschichte bedingt. Sie resultieren aus seiner historischen und organischen Verbindung mit dem faschistischen Nazi-Staat und den Bestimmungen des US-Imperialismus nach 1945, denen die faschistische Tradition funktional war: das heißt, mit dem militärischen Sieg und der Besetzung des westdeutschen Staates hat der US-Imperialismus sich die Herrschaft über das deutsche Monopolkapital angeeignet, das nach 1945 ungebrochen und an den aggressiven und expansionistischen Zielen festhaltend weiterbestand. Und mit der Schaffung des BRD-Staats hat der US-Imperialismus diesem deutschen Monopolkapital das Organ zur Realisierung dieser Ziele geliefert –.

Als Kontinuum des faschistischen Nazi-Staates jetzt unter der Herrschaft des US-Kapitals und total in das Staatensystem des US-Imperialismus integriert: mit einer besonderen Funktion für das US-Staatensystem, nämlich strategisches Zentrum des US-Imperialismus in Westeuropa zu sein

– gegen die sozialistischen Länder,
– gegen die Dritte Welt,
– gegen die noch bestehenden Reste nationaler Kapitale, d.h. für die Durchdringung und Kolonisierung Westeuropas durch das Kapital.

Der US-Imperialismus konnte diese besondere Funktion herstellen aufgrund der günstigen (militär-)strategischen Lage Westdeutschlands und der Aggressivität des faschistischen deutschen Monopolkapitals, dem er nach seiner Unterwerfung und Integration die Möglichkeit gab, die alten, gerade von der Wehrmacht verfehlten Kriegsziele jetzt innerhalb der US-Strategie und für die globalen Ziele des US-Imperialismus weiter zu verfolgen.

Die besondere Funktion des BRD-Staates für das Staatensystem des US-Imperialismus hat die »besonderen Beziehungen« zum US-Staat zur Voraussetzung, die sich mit einem klaren und einfachen Bild darstellen läßt: mit dem BRD-Staat produzierte der US-Imperialismus 1945/49 seinen soundsovielten – damals wohl 31. – Bundesstaat. Was konkret bedeutet, daß z.B. nicht nur GIs aus Kalifornien und Ohio, sondern auch Rekruten der Bundeswehr in Texas ausgebildet werden; daß amerikanische Offiziere genauso wie bundesdeutsche in den Counterinsurgency-Lehrgängen in Fort Bragg und Leavenworth den Antiguerilla-Krieg lernen; und auch, daß z.B. 1961 ein Drittel der MdB und die Hälfte der Bundesratsmitglieder, sowie zehn Minister der Adenauer-Regierung 1962 Teilnehmer eines vom State-Department in den USA durchgeführten »Studien- und Informationsprogramms für Führungskräfte« waren.

Und der Massenkonsum schließlich ab Mitte der 50er Jahre – denn vorher gab's ihn nicht – wirkte (nur noch) komplementär zur antikommunistischen, psychologischen Aktion des Kalten Krieges.

Der Antikommunismus war der Operator der Politik des US-Imperialismus, das Instrument für die massenhafte Gehirnwäsche – »Reeducation« –, und der Massenkonsum sicherte den Prozeß dann ab, indem er dem so kolonisierten Bewußtsein der Massen noch eine »materielle Grundlage« unterschob. Den Massenkonsum zur Ursache für die ablehnende Haltung der Massen gegenüber sozialistischer Politik in der BRD in den 50er Jahren zu erklären, das ist nur die Sorte platter Interpretation von »das Sein bestimmt das Bewußtsein«, die Kalte Krieger, Kolonialschweine, Imperialismusapologeten wie Herbert Kremp[175] benutzen, um das Proletariat als korrumpierbar zu diffamieren – ist also selbst ein Bestandteil des antikommunistischen Drecks.

Die linken Organisationen, die damals der antikommunistischen Offensive nichts entgegenzusetzen hatten außer Pazifismus und Treue zur Sowjetunion, mußten in ihrer Defensive und Initiativlosigkeit verkümmern. Ihre unerbittliche Verfolgung, die überdeterminierte Reaktion des Adenauer-Staates gegen sie – so, als ob sie revolutionär wären – war in der Funktion der BRD für die US-Globalstrategie begründet – nicht in der Politik dieser Organisationen.

»Der Fehler des Kautskyandertums« – sagt Lenin – »besteht darin, daß es, wenn es richtige demokratische Forderungen stellt, rückwärts schaut, auf den friedlichen Kapitalismus orientiert, und nicht vorwärts blickt, nicht Kurs auf die soziale Revolution nimmt. Er besteht darin, daß er Forderungen reformistisch stellt, die nur revolutionär gestellt werden dürfen.«

Und wir stellen das nochmal klar: was die alte Linke ausschaltete, ihre Organisationen zur Bedeutungslosigkeit verurteilte, sie erst zerstörbar machte, war nicht der antikommunistische Terror des Adenauerstaats – die Bedingung, unter der dieser Terror erst (und nur) so effektiv werden konnte, war die Politik dieser Linken selbst. Es ist notwendig, die Politik der alten Linken zu kritisieren, denn wie sie auf der einen Seite exemplarisch zeigt, daß es in der Epoche des imperialistischen Weltsystems absolut unmöglich ist, proletarische Politik zu machen, ohne sich zu bewaffnen, Führung des Klassenkampfs zu sein, ohne Offensivpositionen der Klasse zu erobern, die Subjektivität der Klasse zu konstituieren, ohne die proletarische Gegenmacht aufzubauen – daß es unmöglich ist, das Kapital zu bekämpfen, ohne sein Antagonismus zu sein.

So ist die Korrumpierung der alten Linken auf der anderen Seite exempla-

175 Herbert Kremp: Redaktionsdirektor der Springerzeitung *Die Welt*.

risch dafür, wie taktische Positionen verkommen und sich verselbständigen – »nicht Kurs auf die soziale Revolution nehmen«, wie Lenin sagte – wenn sie nicht bestimmt sind vom Standpunkt und Ziel des Proletariats, sondern staatlicher Außenpolitik, wenn Internationalismus nicht begriffen wird als solidarisch praktischpolitische Beziehung zu den Revolutionären aller Länder, sondern als diplomatische Beziehung und Vertretung zu einem Staat, eben der Sowjetunion. Wenn also die Strategie nicht die Klasse ist, sondern der Staat, dann kann das strategische Ziel nicht die Emanzipation des Proletariats sein, sondern reduziert sich auf den Schutz des Staates.

Im Ost-West-Konflikt/Kalten Krieg auf der Seite der Sowjetunion und der von ihr bestimmten KPs zu stehen, bedeutet, daß es scheinbar nur die Alternative gab, auf der Seite der US-Imperialisten zu stehen, bedeutet, daß diese Linke sich in eine falsche Konfrontation stellte – weil sie nicht wußte, wo sie stand, ihre Analyse – wenn sie überhaupt eine hatte – nicht ausging vom Weltsystem des US-Imperialismus und der Funktion der BRD in ihm. Sie war desorientiert und lief so immer nur jeder taktischen Wendung des Imperialismus hinterher. Weil ihr Internationalismusbegriff der von diplomatischen Beziehungen war, war ihre Identität eine mit dem System, aber nicht mit den kämpfenden Völkern der Dritten Welt.

Von den Befreiungskriegen in der Dritten Welt, der antikolonialen Revolution fühlten sie sich höchstens am Rande tangiert. Ihr Verhältnis zu den proletarischen Massen in der Dritten Welt wie in den Metropolen war das einer Arbeiteraristokratie – Fanon[176] bezeichnet das genau, wenn er einen Satz des Franzosen Marcel Peju[177] zitiert, 1960 während des Algerienkrieges geschrieben: »Wenn man den Aufbau des Sozialismus in Europa streng von den ›Beziehungen zur Dritten Welt‹ trennt (als hätten wir lediglich diplomatische Beziehungen zu ihr), so gibt man, wissentlich oder nicht, der Ausnutzung kolonialen Erbes den Vorrang vor der Befreiung der unterentwickelten Länder; dann will man mit den Früchten imperialistischer Räuberei einen Sozialismus des Luxus errichten – so wie man innerhalb einer Gang, die heute mehr oder weniger gerecht verteilt und den Armen ein bißchen davon abläßt, unter dem Zeichen der guten Werke, dabei aber vergißt, daß sie es sind, die man beraubt hat.« Weil nicht die Identität mit dem Standpunkt der untersten Massen, sondern die Identität mit dem System imperialistischer Ausbeutung der Ausgangspunkt der alten Linken war und die Orientierung am Sowjetstaat ihre praktische Ausdrucksform, mußte die taktische Wendung des US-Imperialismus, die den Antagonismus zum Sowjetstaat scheinbar beseitigte, den grundsätzlich nicht-antagonistischen, grundsätzlich bürgerlichen Charakter der Politik dieser Linken restlos offensichtlich machen:

Mit dem Übergang des US-Imperialismus von der Politik des Kalten Krieges zur »Entspannungspolitik« als einer Notwendigkeit für ihn in seinem Krieg gegen die Völker der Dritten Welt wurde die manifeste Interventionsdrohung gegen die Sowjetunion beseitigt, und die als Schutz für die Sowjetunion bestimmte Politik der alten Linken wurde damit vollkommen auf ihren Begriff gebracht –

176 Frantz Fanon: Arzt und Psychologe aus Martinique, schloß sich 1956 der algerischen Befreiungsfront FLN an. Seine Schriften befaßten sich hauptsächlich mit den sozialpsychologischen Bedingungen für die Befreiung vom Kolonialismus.

177 Marcel Peju: »Sterben für de Gaulle?« in: Les Temps Modernes, Okt./Nov. 1960.

die nackte Apologie imperialistischer Politik. Der Schein proletarischer Politik, den ihr die Ost-West-Konfrontation in den Jahren des Kalten Kriegs bewahrt hatte, mußte sich genau an dem Punkt auflösen, wo die weltweite Ausbreitung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt den US-Imperialismus zum taktischen Abschwächen und Einfrieren des Ost-West-Konflikts zwangen.

Das heißt, in der Verschärfung der tatsächlichen Konfrontation des Imperialismus mit bewaffneter proletarischer Politik wurde aus dem Schein der Politik der alten linken Arbeiteraristokratie sozialdemokratische Wirklichkeit hervorgebracht, die sie seit jeher war.

Keine der Protestbewegungen, die sie initiiert hat: gegen Wiederaufrüstung der Nato, von der Antiatombewegung bis zu den Notstandsgesetzen, kam zur Offensive gegen den BRD-Staat, dieses Produkt des US-Imperialismus, keine hat ihre Ziele erreicht – gegen die Taktik der Sozialdemokratie, sich an die Spitze der Proteste dann zu setzen, wenn sie eine Basis im Volk haben, um sie abzuwürgen und sich so die Bedingungen zur programmatischen Übernahme imperialistischer Politik und ihrer Ziele zu verschaffen.

Die Antifaschisten, die nach 1945 in der SPD waren, brauchten nicht von der US-Besatzungsmacht bzw. dem Adenauerregime ausgeschaltet zu werden, insofern die SPD dies selbst besorgte – das US-Kapital hatte ihre gesamte Führung schließlich nicht umsonst gekauft! Insofern die SPD-Führung von Anfang an vom US-Kapital bezahlt und also von ihm benutzt wurde, hatte sie mehr Erfolg als 1933 bei ihrem Versuch, sich den Nazis anzudienen – das sozialdemokratische Projekt war im wesentlichen das gleiche geblieben, wie es diese Agenten des Kapitals seit dem Weltkrieg 1 verfolgen, die Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzung, um sie zu pazifizieren, um die autonome Aktion der Arbeiter als Antagonismus des Kapitalverhältnisses unmöglich zu machen. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß die SPD jetzt nicht mehr für den deutschen, sondern für den US-Imperialismus agiert, und daß sie nicht nur durch die bürokratische Organisierung korrumpiert wurde, sondern direkt ihr Geld vom CIA bekam. Wo der Antikommunismus der SPD-Gruppe um Schumacher 1945 noch nicht oder nicht genug entwickelt war, sorgte jetzt die Politik Schumachers und das CIA-Geld dafür, diese Linie in der Partei durchzusetzen.

Die wesentliche Tatsache ist, daß Schumachers Antikommunismus (und der des übrigen Parteivorstands) die Politik der Partei bestimmte und daß er von Anfang an alles tat, um jede Zusammenarbeit mit der KPD zu blockieren. Gegen die von Otto Grotewohl[178] repräsentierte Tendenz zum Zusammenschluß der KPD und SPD auf der Grundlage des Kampfs gegen den Faschismus setzte Schumacher die demagogische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus – also die Unvereinbarkeit von sozialdemokratischer Politik mit der Politik der KPD, was die Antifaschisten in der SPD dazu zwang, entweder Schumachers antikommunistische Linie zu akzeptieren oder die Partei zu verlassen.

War schon die traditionelle Bindung an die sozialdemokratischen Organisationen

178 Otto Grotewohl war erster Ministerpräsident der DDR von 1949 bis 1964 und bis zu dem Zusammenschluß der KPD und SPD zur SED, 1946, war er SPD-Mitglied und Vorsitzender des Zentralausschusses. Er unterstützte den Zusammenschluß der beiden Parteien, trotz eigener Vorbehalte in bezug auf freie Entscheidungswahl unter der sowjetischen Militäradministration, welche die Vereinigung massiv beförderte.

ein Hindernis gegen eine solche Entscheidung – eine »bürgerliche Arbeiterpartei«, eben: nicht Waffen, sondern Besitz, 95 % der SPD-Mitglieder nach 1945 waren schon vor 1933 sozialdemokratisch organisiert –, und fehlte auf der anderen Seite die Alternative: proletarische Politik. So garantierten der Sozialdemokratie die Drohung mit staatlicher Verfolgung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD und des DGB, die Disziplinierungsmaßnahmen und Ausschlüsse, daß jeder Versuch auch nur eines Ansatzes der alten Antifaschisten in der SPD, die antikommunistische Linie zu ändern und zu einer Politik gegen die Restauration zu kommen, unmöglich waren.

Zugleich erhielt ihnen die SPD-Führung die Illusion, sich in einer »linken« Organisation zu befinden – mit der Taktik, sich an die Spitze der Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Nato, Atomtod und Notstandsgesetze zu setzen, um diese Bewegungen zu kanalisieren und abzuwürgen. An der grundsätzlichen Politik der SPD-Führung änderte diese Taktik natürlich absolut nichts – sie war vielmehr ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil genau dieser Politik – wie das, was an diesen Protestbewegungen mobilisiert wurde, auch irrelevant blieb für die Politik dieses Staates.

Während die alte Linke innerhalb des sozialdemokratischen Apparats – die Partei und Gewerkschaften – diszipliniert und integriert und damit durch den Apparat kontrollierbar und manipulierbar waren, wurde tatsächlich jede politische Opposition außerhalb des sozialdemokratischen Apparats, egal ob revisionistisch, pazifistisch oder tendenziell radikal, von der KPD über die Gegner von Wiederbewaffnung und Atomtod bis zu Kriegsdienstverweigerern und Ostermarschierern, so verfolgt, als wäre sie revolutionär. Sie befand sich in der Lage, permanent von Kriminalisierung bedroht zu sein, ohne Illegalität als Offensivposition für bewaffneten Kampf begreifen zu können. Für sie galt, Illegalisierung war gleich Ausschaltung. Ihre Aktionen aus der vom Staat aufgezwungenen Illegalität waren wirkungslos – die Losungen an den Mauern, »KPD lebt«, die Flugblätter drückten nur das aus. Der Druck des Antikommunismus hat sie real deformiert – ihr fehlt schließlich jeder Begriff von Revolution, jeder Begriff von Dimension, die revolutionärer Kampf in den Metropolen bedeutet. Der US-Imperialismus als hegemoniale Macht, die aufgrund der strategischen Rolle der Bundesrepublik im US-Staatensystem die gesamte westdeutsche Innenpolitik beherrschte, blieb unbegriffen.

Der erste Schritt der Besatzungsmacht im ökonomischen Bereich bestand darin, daß sie das Kommando gesperrt über die Unternehmen, also über die Arbeit in dem für sie relevanten Bereichen mit der sogenannten »Treuhänderschaft« übernahm. Sie fungierte damit in der Tat als Treuhänder des Monopolkapitals, denn ihr Militärapparat trat jetzt zur Sicherung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses an die Stelle der Nazi-Faschisten-Maschinerie, und als Treuhänder setzte sie Funktionäre ein, die genauso Nazis gewesen sind wie die früheren Wehrwirtschaftsführer, die nur für eine zeitlang »aus dem Verkehr gezogen« wurden, weil sie durch ihre Aktivitäten im Nazi-Staat allzu sehr kompromittiert waren.

Die monopolkapitalistische Struktur der westdeutschen Wirtschaft wurde von dieser Maßnahme nicht nur absolut nicht berührt – die Besatzer sicherten damit vielmehr die Kontinuität dieser Struktur.

Ebensowenig wurde die im Potsdamer Abkommen vereinbarte »Entflechtung« von der US-Besatzungsmacht »mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden

übermächtigen Konzentration des Wirtschaftslebens« (Potsdamer Abkommen, § 12) durchgeführt. Die von den Besatzern als »Entflechtung« durchgeführten Maßnahmen zielten nur darauf, die westdeutschen Monopole zu schwächen, um das Eindringen des US-Kapitals zu erleichtern und die Schlüsselindustrien unter die Kontrolle des US-Kapitals zu bringen. Enteignet und sozialisiert wurde da nichts – und wo die Arbeiter das forderten, stand ihnen nun nicht das geschwächte deutsche Kapital gegenüber, sondern – mit »treuen Händen« – die US-Besatzungstruppen. Wo die Bevölkerung, wie in Hessen, für die Sozialisierung stimmte – wischte die US-Militär-Regierung diese Entscheidung mit einem Befehl vom Tisch.

Was von der Besatzungsmacht an formalen Veränderungen in der westdeutschen Wirtschaft realisiert worden ist, hatte den Zweck, Illusionen zu schaffen, die Kontinuität der monopolistischen Struktur – das heißt der faschistischen Struktur – zu verschleiern, um sie zu sichern und, unter der Hegemonie des US-Kapitals, zu nutzen. Die Militärmaschine des US-Imperialismus löste den faschistischen Staatsapparat ab als Instrument der Organisation des Monopolkapitals in Westdeutschland für den Klassenkampf gegen das Proletariat – und für die Realisierung des US-Counterprojekts, die Errichtung des westdeutschen Staats, deren Voraussetzung diese Instrumentalisierung der Besatzungsmacht war. Wie dieser Staat ein Produkt der US-Globalstrategie war, so waren die Einheiten der US-Army auf seinem Territorium seine notwendige Voraussetzung und Existenzbedingung.

Wenn wir sagen, daß die US-Militärmaschine den Nazi-faschistischen Staatsapparat ablöste, dann meinen wir damit, daß sie ihn keineswegs mit dem Ziel der Errichtung einer Demokratie zerschlug, sondern daß sie ihn nach den Erfordernissen der Restauration des Kapitalismus und der Herstellung günstiger Reproduktionsbedingungen für das Monopolkapital behandelte – das heißt, die Teile, die eine Funktion für den US-Imperialismus hatten, ohne wesentliche Veränderung von ihm übernommen und integriert wurden, wie die Organisation Gehlens, die ihre Aktivität unter CIA-Kommando (und mit dem Geld aus dem CIA-Budget) im Rahmen des Kalten Kriegs fortsetzte. Wie der nazi-faschistische Werkschutz, den die Besatzer erst vor der Wut der jahrelang von ihm geschundenen Arbeiter retteten, um ihn dann sofort in ihren Apparat der Kommandogewalt über die Arbeit einzugliedern.

Die »deutsche Arbeitsfront« der Faschisten gehörte zu jenem Teil des Apparats, den die US-Besatzer nicht übernehmen konnten, so daß sie – wie auch in Potsdam vereinbart – die Neugründung von Gewerkschaften zulassen mußten, aber um sicherzustellen, daß nur Gewerkschaften entstehen nach dem Konzept des US-Imperialismus und wie in den USA selbst: nicht als Kampforganisation der Arbeiter, sondern als Organe der Klassenversöhnung, der Kontrolle und Institutionalisierung des Klassenkampfs – machte die Besatzungsmacht die Gründung von Gewerkschaften nicht nur von ihrer Genehmigung abhängig, sondern sie hatte auch die Durchsetzung ihrer Konzeption dadurch vorbereitet, daß sie sich mit dem Geld der US-Gewerkschaften – und das ist immer die CIA – die deutschen Gewerkschaftsfunktionäre gekauft hatte, die sich wie Hans Böckler[179] schon 30 Jahre vorher als Vertreter der »Arbeitsgemeinschafts«-Politik zum Verrat der Arbeiter-

179 Hans Böckler: erster Vorsitzender des DGB.

interessen qualifiziert hatte und die jetzt für die Institutionalisierung dieses Verrats in den Arbeiterorganisationen die Garantie sein sollten.

Ließ schon die Korrumpierung dieser Funktionäre durch ihre Posten in der Bürokratie keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, das imperialistische Konzept verpolizeilichter Gewerkschaften durchzusetzen, so konnte ihre direkte Bestechung mit den Geldern der CIA diese Entschlossenheit nur noch steigern.

Nachdem schon im Juni '45 die britische Besatzungsmacht in Hamburg die Auflösung der als Einheitsorganisation konzipierten »Sozialistischen Freien Gewerkschaft« befohlen hatte, konnte Böckler Ende 1945 das Projekt des deutschen Gewerkschaftsbundes als einer Dachorganisation zur hierarchischen Kontrolle der Einzelgewerkschaften durchsetzen – gegen die Vertreter der Basis, die die Einheitsgewerkschaft wollten, um die Arbeiter im ökonomischen Kampf zu vereinen – aber dafür in Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht, die dieses antikommunistische Spaltungsprojekt natürlich anerkannte.

Die Gewerkschaften dieses Staates wurden nicht für die Arbeiter geschaffen – sondern gegen sie, für das Kapital, und mit seinem Geld.

Sie sind Ausdruck eines Bruchs in der Geschichte der Kampforganisationen der deutschen Arbeiterklasse, sind Negation dieser Geschichte – wie überhaupt alles, was das US-Kommando nach 1945 gegen die Arbeiter unternahm, auf die Negation ihrer Geschichte – als die Geschichte ihrer Klassenkämpfe – zielte, und dem entspricht auf der Seite des Kapitals die vom US-Kommando gesicherte historische Kontinuität.

Der Begriff für die militärische Besetzung eines Landes und die Unterwerfung seiner Bevölkerung mit dem Ziel ihrer Ausbeutung ist Kolonisierung.

Kolonisierung ist immer wesentlich charakterisiert durch den Versuch der Besatzungsmacht, die Identität des unterworfenen Volkes zu vernichten, das Bewußtsein seiner historischen Existenz auszulöschen. Kolonisierung ist der Begriff für das, was die US-Besatzungsmacht nach 1945 in Westdeutschland gegen die Arbeiter durchgezogen hat. Und es ist eine Tatsache, daß sich diese Aggression gegen das Proletariat richtete – denn die deutsche Bourgeoisie zu kolonisieren war natürlich nicht Sache des US-Imperialismus, insofern seine Interessen ihren nicht widersprachen, sondern die der deutschen Bourgeoisie unter US-Hegemonie integriert werden konnte: Profit, die kosmopolitische Identität des Monopolkapitals –, und in seinem Wesen unterschied sich der Kolonisierungsprozeß nicht von denen in den Ländern der Dritten Welt. Unterschiede gab es nur in den späteren Phasen des Prozesses, weil das Ziel der Kolonisierung nicht die Entwicklung einer nur außengerichteten Funktion für die Kapitalakkumulation des US-Imperialismus war, sondern die Rekonstruktion eines selbstzentrierten Kapitalismus innerhalb des US-Staatensystems; die Abhängigkeit wurde über die Beherrschung aller strategischen Positionen durch das US-Kapital hergestellt und verankert. (Der selbstzentrierte Kapitalismus der BRD ist also sozusagen nur ein Bastard – was sich konkret ausdrückt in dem 30 %igen Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt.)

Insgesamt ist die politische Kolonisierung des westdeutschen Proletariats gekennzeichnet durch die antikommunistische Offensive des US-Imperialismus und des deutschen Monopolkapitals an seiner Seite – Antikommunismus nach außen vermittelt durch die psychologische Kriegsführung im Rahmen der Roll-

back-Strategie; nach innen vermittelt durch die Psychologisierung der Politik als Grundlage der »Reeducation«, der Gehirnwäsche gegen die Massen. Indem die Besatzungsmacht die Ursachen des Faschismus nicht nur in die Person seiner Führer, sondern mit der rassistischen Behauptung der »Kollektivschuld« in den Charakter des ganzen Volkes verlagerte, verhinderte sie, daß die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 als Konsequenz einer falschen Politik diskutiert wurde, und sie tabuisierte damit die tatsächliche Ursache des Faschismus: die herrschende Klasse des Monopolkapitalismus, das kapitalistische Produktionsverhältnis – und damit seine Kontinuität.

Psychologisierung der Repression

So wurde es möglich, daß die US-Besatzungsmacht in ihrer Gehirnwäschekampagne den Massen das Projekt einer Gesellschaftsordnung von »Freiheit und Demokratie« losgelöst von den Prozessen an der ökonomischen Basis präsentieren konnte, als reine Ideologie, sozusagen ein freischwebender Überbau: Das Funktionieren solcher Ordnung hinge nur ab von den sie tragenden Personen, vom »Charakter des Volkes«. Und ein wichtiges Moment dieser Kampagne, das vor allem den gekauften Führern der Sozialdemokratie zur Durchsetzung überlassen wurde, war die Gleichsetzung der Kommunisten mit den Nazis unter dem »Totalitarismus«-Begriff als dem vermeintlichen Antagonismus zu Freiheit und Demokratie – zugleich auch ein wichtiges Moment nach außen in der Propaganda des Kalten Kriegs.

Die Besatzungsmacht trat der deutschen Bevölkerung in den Reeducation-Kampagnen nicht anders gegenüber als kolonialistische Eroberer der autochthonen Bevölkerung eines besetzten Landes in der Dritten Welt. Die Kampagne beruhte auf der wissenschaftlich verschleierten, rassistischen Behauptung einer »spezifischen Charakterstruktur des deutschen Volkes«, aus der sich seine »antidemokratische Einstellung« ergebe und »in der Psyche des Volkes« verankert sei, usw., kurz: ein dem deutschen Volk »angeborener Fehler«, genauso wie für die französischen Kolonialherren die Algerier »geborene Verbrecher« waren. Der »geistigen Infantilität der Eingeborenen«, mit der der Imperialismus seit je in der Dritten Welt operiert gegen die Völker, entspricht die »politische (demokratische) Infantilität«, mit der die US-imperialistische Besatzungsmacht in Westdeutschland gegen das Proletariat operierte.

Also ging es für die Besatzer darum, nach den Bestimmungen ihrer psychologischen Herrschaftstechniken »die Deutschen zur Demokratie zu erziehen« – d.h. die Kultur, das Geschichtsverständnis, das Bewußtsein der historischen Existenz und Identität nicht nur zu verändern, sondern vor allem und zuerst zu brechen.

»Der Imperialismus mit seinen verschiedenen Namen«, sagt Yassir Arafat zur Kolonisierung, »ist in unsere Länder eingedrungen, um die Menschen zu erniedrigen, um ihn seiner zivilisatorischen, nationalen und menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten zu berauben, um ihm die grundlegenden Menschenrechte zu entziehen, um dann seine Rolle in der Geschichte und der Kultur zu unterdrücken, um seine geistigen und materiellen Energien auszubeuten und um seine schöpferische Fähigkeit zu lähmen.«

Diese allgemeinen Ziele der Kolonisierung verfolgte der US-Imperialismus auch mit dem spezifischen Projekt der politischen Kolonisierung des westdeutschen Proletariats. Ein Staatssekretär des State Department nannte die Behandlung eines einzelnen Kriminellen in einer modernen Strafanstalt eine »anschauliche

Parallele« zur »Behandlung Deutschlands«.

Die direkte Beziehung zwischen der Psychologisierung der Politik und der Tabuisierung des kapitalistischen Produktionsverhältnis in der »Reeducation« ist eine Reflexion des Versuchs, einen politischen Überbau zu schaffen, ohne daß sich ein Widerspruch zur ökonomischen Basis konkretisiert – anders gesagt: um den Antagonismus von demokratischen Freiheiten und monopolistisch organisierter gesellschaftlicher Kapitalproduktion für das Monopolkapital zu lösen, mußten die Arbeiter daran gehindert werden, sich als das Subjekt dieses Antagonismus zu begreifen und gegen das Monopolkapital aufzustehen. Der Versuch, den Widerspruch zwischen Überbau und ökonomischer Basis mit Gehirnwäsche einfach wegzuerklären, verweist unmitttelbar auf ein Hauptziel der Besatzer: den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – den Klassenkampf – im Überbau zu institutionalisieren –, d.h. die Arbeiterorganisationen verstaatlichen, die Klassenauseinandersetzungen verrechtlichen und die Arbeiterautonomie, die sich in den Antagonismus zum Kapitalverhältnis stellt, kriminalisieren.

Die Psychologisierung der Politik durch die Besatzer in der Umerziehungskampagne als Mittel der Kolonisierung der Arbeiterklasse war eine Voraussetzung für die Institutionalisierung des Klassenkampfes –.

Ihr grundlegendes, konstituierendes Element war die Politik der Klassenversöhnung, der »Kontrakt« des Klassenfriedens, der dann schließlich den Namen »Sozialpartnerschaft« erhielt – was nur eine andere Bezeichnung ist für die faschistische Volksgemeinschaft, deren Kontinuität die US-Besatzungsmacht mit ihrer Politik gesichert hat, denn ihre Voraussetzungen waren die gleichen (– wie dann, zum Beispiel, die späteren Werkschutzinstitutionen in Westdeutschland aus dem Wort »Gefolgschaft« nur das Wort »Belegschaft« machten und ansonsten die Bestimmungen der Nazis gegen »Saboteure« exakt für ihre Anweisungen übernahmen).

Dämonisierung des Faschismus, Tabuisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Antikommunismus als umfassender Rahmen – das war die psychologisch konzipierte Politik der Besatzer zur Kolonisierung des Proletariats auf der ideologischen Ebene.

Während die politische Kolonisierung des westdeutschen Proletariats auf der ideologischen Ebene durchgehend auf dieser Linie betrieben wurde, gab es auf der materiellen Ebene – im Bereich der Lebensbedingungen des Proletariats – zwei Phasen dieser einen Politik; sie sind gekennzeichnet durch verschiedene, miteinander unlösbar verknüpfte, sich überlagernde und in ihrer Wirkung gegenseitig ergänzende Mittel – die bekannten und erprobten Mittel der Kolonisierung: Repression und Hunger des Volkes;

dann – um den Widerstand durch Bestechung auszuschalten – hier die Dollars des Marshallplans, die Überschußproduktion des US-Kapitals, Care-Pakete.

Unter den Bedingungen zerschlagener Klassenorganisationen des Proletariats konnte die Besatzungsmacht die Politik des Hungers durch die Konsumentenkultur schrittweise ersetzen in dem Maß, wie es ihr gelang, den Widerstand zu kaufen.

Die Gehirnwäschekampagne war das integrierende Moment dieser Politik – die Repression ihre grundlegende Bedingung – in allen Phasen.

Die militärische Eroberung und Besetzung Westdeutschlands 1945 bedeutete für die Arbeiter, daß nach 12 Jahren Faschismus, Gestapo und KZs ihre Bedürfnisse weiterhin und erneut unterdrückt

wurden – jetzt von den »Besatzer-Bajonetten und den Gewehren des Terrors« des US-Imperialismus.

Die Restauration des Kapitalismus in den Westzonen vollzog sich unter einem Besatzungsregime mit dem Charakter einer Militärdiktatur.

Industriepolizei

Zum zentralen Hebel für die Durchsetzung der Restauration nach dem Plan der US-Besatzer wurde auf der Betriebsebene die »Industriepolizei«.

Wurden zunächst – noch im Zuge der militärischen Eroberung – unsystematisch noch die nazistischen Werkschutzkader von den US-Truppen vor der Rache der freigelassenen Zwangsarbeiter gerettet und dann als Polizeischutztruppe von den US-Kommandeuren gleich wieder gegen die Arbeiter zur Unterdrückung von Aneignungsaktionen eingesetzt, nun mit den Armbinden der westalliierten Militärpolizei, so wurde dieses Modell der Übernahme faschistischer Kader nach wenigen Monaten verallgemeinert und systematisiert. Zum Schutz der amerikanischen, britischen und französischen Militärstützpunkte wurden seit Herbst 1945 über die deutschen Polizeistellen »Wachmänner« rekrutiert und für die Aufstandsbekämpfung ausgerüstet; aber auch aus den bewußt intakt gehaltenen Resten der Wehrmacht, wie den »Dienstgruppen«, dem in den sogenannten »historischen Abteilungen« der Alliierten zusammengezogenen Generalstab der Wehrmacht sowie der militärischen Abwehr, wurden seit 1946 ständig neue Einheiten der »Industriepolizei« formiert. Sie stellten – bis heute noch von einem fast vollständigen Schleier der Geheimhaltung umgeben – in allen drei westlichen Zonen das entscheidende Moment für die Unterdrückung der Arbeiterautonomie und für die schrittweise Rekonstruktion des gesellschaftlichen Gewaltapparats dar. Die »Industriepolizei« war ein gigantischer Pool, in dem sich die großen und kleinen Werkschutz-, Gestapo- und Wehrmachtssoldaten vor der Entnazifizierung schützen und auf ihre neue Aufgabe vorbereiten konnten. Sie war ein Konservierungsprojekt, aus dem die meisten westalliierten Spezialdienste und später die Kader von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Verfassungsschutz und Politischer Polizei sowie seit ’54/’55 der Bundeswehr hervorgegangen sind. Die Industriepolizei war diejenige Polizeiformation der Westalliierten, die vor 1950 auf den Stützpunkten der US-Truppen eine vollständige Bürgerkriegsausbildung erhielt. Als unmittelbar gegen die Arbeiter eingesetzte Formation waren sie in Straßen- und Häuserkampf, in der Taktik der Besetzung von Industriezonen unterrichtet und mit allen Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet.

Während die Westalliierten den Prozeß gegen die Nazi-Führung in Nürnberg vorbereiteten – weil das in Potsdam mit der Sowjetunion vereinbart war, weil es auch politisch-propagandistisch opportun war und vor allem, weil diese Verbrecher sowieso in ihrer Funktion für das Monopolkapital erledigt waren – wurden also alle westlichen Institutionen der Arbeiterunterdrückung auf unmittelbarer Betriebsebene samt der faschistischen Kader aufrechterhalten. Die Arbeiter waren buchstäblich vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und in das Korsett einer vom Ausnahmezustand begünstigten und blockierten wirtschaftlichen Entwicklung eingezwängt. Daran änderte sich nach 1947/48, als die Einbeziehung der Ökonomie der Westzonen in die internationalisierte Containmentwirtschaft einsetzte, praktisch nichts. Die Hungerrevolte von 1947 und die Ansätze zum Generalstreik gegen die Währungsum-

stellung 1948 wurden so systematisch unterdrückt, daß sie allenfalls den Umschlag von der selektiven Wirtschaftsblockade zur separaten westzonalen Rekonstruktion forcierten. Zwar ließ der US-General Clay in Hessen Streikenden mit der Todesstrafe drohen; ein umfangreicher Aufmarsch der Besatzungsarmeen war aber auch in den kritischen Perioden des Kurswechsels nicht nötig.

Es ist offensichtlich,

– daß bei Lebensmittelrationen von nominal 1550 Kalorien für jeden Erwachsenen im Durchschnitt, tatsächlich aber nur 1 000 oder noch weniger Kalorien pro Tag, nur ein Regime des Ausnahmezustands, der Besatzungsmacht und der intakt gehaltenen faschistischen Repressionsapparate die Hungerrevolten unterdrücken und ihre Transformation in proletarische Kampforganisationen verhindern konnte;

– daß dieses Regime überhaupt notwendig war, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter erheben gegen die Faschisten, die sie 12 Jahre geschunden hatten und nun gleich wieder das Kommando erhielten;

– daß es notwendig war, um die ungebrochene Kontinuität der repressiven und ideologischen Staatsapparate der faschistischen deutschen Monopolbourgeoisie zu sichern und mit ihnen – auf der Grundlage ihrer wesentlich unveränderten Struktur – die Rekonstruktion der monopolistischen Kapitalproduktion zu organisieren.

Sobald die internationale Konstellation über die wirtschaftliche Rekonstruktionsplanung auch die separat-staatliche Rehabilitation der herrschenden Klasse zuließ, hatten die Fabrikkommandos ihre Funktion erfüllt. Die gesellschaftliche Maschinerie des Systems hing zur arbeitsteiligen Modernisierung der Klassenherrschaft über, und die Besatzungsverwaltungen zogen sich in Fabrik und Gesellschaft auf Reservepositionen zurück.

Von diesen Positionen aus bleiben die westzonalen Kapitalmasken trotz ihrer wiedergewonnenen Staatlichkeit tief in die internationale Containmentstrategie verstrickt. (Das heißt, sie blieben es gerade wegen des Charakters dieser neuen Staatlichkeit, die der von Ländern der Dritten Welt ähnelt, die in eine formale Unabhängigkeit entlassen werden und neokolonialistisch beherrscht sind.)

Von keinem der an der Klassenkonfrontation Beteiligten – wenn man vom Arbeiterreformismus absieht – wurde der parlamentarische Institutionenkomplex des Separatstaates sonderlich ernst genommen. Seit 1949/50 hatten die westlichen Alliierten dem Adenauer-Regime grünes Licht für die endgültige Stabilisierung der inneren Klassenherrschaft gegeben, die Wiederaufstellung eines kontrollierten Armee-Kontingents für das osteuropäische Containment programmiert und gleichzeitig mit der Organisation eines geheimen militärischen Untergrundnetzes für den Fall eines größeren europäischen Krieges mit der Sowjetunion begonnen.

Im Schutz des Militärgeheimdienstes und der 1950 installierten »Bundeszentrale für Heimatdienst«, dem Vorläufer des späteren »Amt Blank«, konnten SS-Traditionsverbände, Kameradschaften von NS-Elitetruppen und militärische Jugendverbände wieder offen auftreten. Vor allem beim Bund deutscher Jugend war der Versuch offensichtlich, daß damit eine außer-institutionelle, anti-parlamentarische Massenbasis zur Verschleierung des Übergangs der westalliierten Hilfstruppen in die Dienste des neuen Unternehmerstaates geschaffen werden sollte. Als die Besatzungsmächte 1950/51 ihre »Industriepolizei« wieder aus den Betrieben abzogen, wandte sich die Bun-

desleitung des BDJ an die Ruhrindustriellen, um ihnen qualifizierte Kader für die Verstärkung der vorübergehend geschwächten Werksicherheitsdienste anzudienen; in einem entsprechenden Schreiben war das Bundesinnenministerium als Bürge für die Zuverlässigkeit des BDJ angeführt worden. Diese Offerte zum Ausbau eines parlamentarisch nicht kontrollierbaren repressiven Apparates in den Betrieben ist von den Unternehmern angenommen worden. Anders ist die Tatsache nicht zu erklären, daß der damals zweite Bundesvorsitzende des BDJ heute Werkschutzleiter bei Mannesmann ist.

Bei der Rekonstruktion des Werkschutzes haben auch andere, mit ihm assoziierte Terrorverbände, wie beispielsweise die in der DDR operierende »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit«, deren Sabotagechef Baitz heute den Werkschutz der Chemischen Werke Marl leitet, eine bedeutende Rolle gespielt.

Im Hintergrund des BDJ operierte gleichzeitig ein »technischer Dienst«, bestehend aus mehreren tausend ehemaligen SS-Offizieren, der sich unter Anleitung des US-amerikanischen CIC auf den »Fall X» – die Bekämpfung von großen Arbeiterunruhen und auf Massenliquidierung von SPD-, Gewerkschafts- und KPD-Funktionären im Fall militärischer Auseinandersetzungen vorbereitete. Anläßlich der Aufdeckung des »technischen Dienstes« im Herbst 1952 in Hessen wurde bekannt, daß es mindestens 15 weitere solcher Organisationen gab, deren Mitglieder – fast ausschließlich ehemalige Gestapo- und SS-Leute – sich auf den großen Sprung in die politischen Zentren der von den Westalliierten, Unternehmern und Bundesregierung projektierten neuen Unterdrückungsinstitutionen vorbereiteten.

Was dabei den Werkschutz betrifft, scheint dessen Übernahme in alleinige Unternehmerregie schon 1951 mit der Gründung der »Gesellschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft« abgeschlossen gewesen zu sein. Hier brauchten bei den großen Konzernen die alten Kader nur geringfügig verstärkt und modernisiert zu werden, als sie 1950/51 den Status von Hilfstruppen der westalliierten Militärpolizei verloren.

So war das Unternehmerkommando voll restauriert, nachdem es sechs Jahre lang mit der Autorität der westzonalen Besatzungsregiments vor den Klassenauseinandersetzungen der Nachkriegsära gerettet worden war. Auch konnte die präventiv-konterrevolutionäre Mobilisierung, wie sie Adenauer anläßlich der Neugründung der »technischen Nothilfe« – jetzt: Technisches Hilfswerk – 1951 als Schritt zum »Aufbau der inneren Front« gefeiert hatte, die die äußere Linie des Kalten Krieges ergänzte – nicht ohne Wirkung sein. Der Arbeiterreformismus hatte sich mit seinen Mitbestimmungskampagnen auf eine Defensivbewegung beschränkt, die, insofern sie die Arbeiterbedürfnisse nicht tangierte, eine ohnmächtige Geste blieb.

Politik des Hungers – Marshallplan

Das zweite auf der Unterdrückung der Arbeiterkämpfe beruhende und im Zusammenhang mit ihr, mit der Zerschlagung der Kampforganisationen und Bestechung der Führung sowie der Reeducation-Kampagne wirkende Mittel der Besatzungsmacht war die Politik des Hungers – sie war auch ein unverzichtbarer Bestandteil im Projekt der kapitalistischen Restauration und der Integration Europas in das Staatensystem des US-Imperialismus.

Das hieß zunächst: Die Erhaltung des Hungers des Volkes und seine Verschärfung durch unzureichende Lebensmittellieferungen, Mangelrationen, Reglemen-

tierung der Produktion, Beschlagnahmungen und Zwangsexportierung der Rohstoffe, gegen die Anstrengung der Arbeiter in den Westzonen, die Produktion selbst zu reorganisieren und die Versorgung zu verbessern; kurz: eine Politik der Erpressung zur Durchsetzung des US-imperialistischen Projekts.

Dann, nachdem das antikommunistische Projekt schließlich auch von dem zwischen den gekauften Führern um Böckler und den Besatzungsbajonetten eingeklemmten und sowieso vom Geist der Klassenkollaboration bestimmten Funktionärsapparat der westzonalen Gewerkschaften akzeptiert worden war, und die Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis durch die KPD gegen das Projekt ohne Wirkung blieb: die langsame Verringerung des Hungers.

Die schrittweise Verbesserung der Ernährungslage, die etwa drei Jahre nach Kriegsende begann und zunächst nur in Richtung auf das Existenzminimum ging – das die Rationen selbst nicht nominal erreicht hatten! – folgte notwendig aus dem strategischen Interesse des US-Imperialismus an Europa und an Westdeutschland im besonderen: sie war diesem Interesse direkt funktionell, was sich ausdrückte im Marshallplan als dem umfassenden Konzept des US-Imperialismus zur Realisierung seiner Interessen in Europa:

– die politische Beherrschung,

– die wirtschaftliche Durchdringung und Beherrschung,

– die Übernahme der Kolonien der europäischen Länder in der Dritten Welt bzw. ihre neokolonialistische Beherrschung,

– die Schaffung eines antikommunistischen Blocks mit militärischen Stützpunkten für die Roll-back-Offensive gegen die Sowjetunion.

Der Marshallplan lieferte die Mittel und schuf die Bedingungen für diese Ziele.

Es ist sicher kein bloßer Zufall, daß die Ausarbeitung des Marshallplans zwischen Mai und Dezember 1947 erfolgte – dem gleichen Zeitraum, in dem in Westdeutschland die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter gegen den Hunger und für die Sozialisierung und den Wiederaufbau im Interesse des Volkes ihren stärksten Umfang erreichten.

In seiner Rede zur Ankündigung des Plans am 5. Juni ’47 sagte US-Außenminister Marshall, nachdem er erklärt hatte, daß die »sichtbare Zerstörung wahrscheinlich weniger schwerwiegend ist als die Tatsache, daß das gesamte europäische Wirtschaftssystem aus den Angeln gehoben wurde« als Folge des Krieges:

»Das moderne System der Arbeitsteilung, auf das sich der Warenaustausch gründet, steht vor dem Zusammenbruch.«

»In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern – hauptsächlich aus Amerika – während der nächsten drei oder vier Jahre um so viel höher liegt als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfeleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll. (...)

Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und von der Möglichkeit, daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben könnten, dürfte es auch offensichtlich sein, welche Folgen dieser Zustand auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten haben muß.

Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.«

Auch den antikommunistischen Charakter des Plans stellte er klar:

»Aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten.«

Es war dieselbe Politik der ökonomischen Erpressung, mit der es der Sozialdemokratie inzwischen gelungen ist, Portugal wieder eine Regierung aufzuzwingen, die die innenpolitischen Bedingungen des Kapitals – Entpolitisierung der Klassenauseinandersetzungen – erfüllt.

Anders gesagt, Regierungen, die sich nicht restlos den Bedingungen des US-Imperialismus unterwarfen, wurden von dem Projekt von vornherein ausgeschlossen.

Damit war klar, daß dieser Plan – den die US-Politiker ebenso wie die aufgekauften Gewerkschaftsführer der Westzonen als »Hilfsprogramm für die leidenden Völker« (Marshall) propagierten – auf die Verhinderung von Sozialisierung und auf die Teilung Deutschlands abzielte – daß das überhaupt die Voraussetzungen seiner Realisierung waren. Böckler gab zu, daß »eine Nebenabsicht« des »großen Hilfswerks« Verhinderung der Sozialisierung und Wiederaufrüstung des Großkapitals ist, aber: »Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis – koste es, was es wolle – wieder in Gang gesetzt werden. Wir dürfen dem Hunger nicht weitere Opfer bringen.« Und: »Wir können den Plan nicht ablehnen. An wen sollten wir uns sonst wenden in unserer verzweifelten Notlage, daß er uns helfend beisteht?« Mit der Konstruktion dieser ebenso erpresserischen wie liquidatorischen Alternative »Marshallplan« oder »Hungertod« – anstatt Kampf gegen das US-Projekt – konnte die Böckler-Gruppe dem Plan ihrer Herren und Geldgeber in Washington die Zustimmung des Funktionärsapparates verschaffen, gegen die Basis.

Tatsächlich hatte der Marshallplan mit Hilfe für die hungernden Massen nichts zu tun – er zielte nur auf ihre Einbindung in das imperialistische Projekt, und ein »großes Hilfswerk« war er für das Monopolkapital.

Im Dezember 1947 bewilligte der US-Kongreß für 16 europäische Länder 17 Milliarden Dollar als Marshallplan-Gelder über einen Zeitraum von vier Jahren; Westdeutschland erhielt mit Inkrafttreten des Gesetzes im April 1948 etwa 1/2 Milliarde Dollar sofort.

Eine wesentliche Funktion der Gelder wird offensichtlich aus der im Gesetz festgelegten Bedingung, daß Gelder nur in Verbindung mit der Verpflichtung, US-Waren zu importieren, gewährt werden.

Victor Perlo hat 1950 die allen Marshallplan-Aktionen gemeinsam allgemeinen Merkmale so bezeichnet:

1. ist jede Transaktion so angelegt, daß sie bestimmten amerikanischen Monopolen große unmittelbare Profite bringt;

2. ist jede Transaktion darauf gerichtet, die europäische Wirtschaft zu schwächen und zu unterhöhlen, die Hindernisse für den Erwerb von Eigentumsrechten des US-Kapitals an der europäischen Industrie zu beseitigen und die Ausbeutung der europäischen Arbeiter zu verstärken;

3. die westeuropäische Industrie zu einem vom US-Kapital innerhalb des antikommunistischen Blocks beherrschten Arsenal für einen neuen Krieg auszubauen.

Das US-Kapital mußte seine auf dem Binnenmarkt nicht verwertbare Überproduktion absetzen, die sich vor allem auch durch die Umstellung der Produktion von Kriegs- auf Friedenserfordernisse krisenhaft verstärkte. Nach Angaben des

damals stellvertretenden Außenministers Clayton war ein Exportüberschuß von vier Milliarden Dollar nötig, um starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit und eine Depression in den USA während der Nachkriegsjahre zu vermeiden.

Und da zwar in den europäischen Ländern potentielle Märkte bestanden, aber keine Zahlungskraft dafür vorhanden war, wurden diese Märkte für den Absatz der Überproduktion mit Krediten, Anleihen und Zuschüssen aus dem Marshallplan finanziert.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1949 gingen 60 bis 80 % aller USA-Ausfuhren an Mais, Erdnüssen, Kupfererzeugnissen, Ölsaaten, Weizen und Mehl, Baumwolle und Tabak in die Marshallplanländer. Dabei ging es keineswegs darum, einen notwendigen Bedarf zu befriedigen – das heißt, es war nicht entscheidend, ob und welche Waren die europäischen Länder tatsächlich brauchten, sondern daß das US-Kapital sie anders nicht verwerten konnte. Überschüssige Produktion zeigt sich daran – um hier nur ein Beispiel zu nennen – daß 1948 nach Westdeutschland so viel Trockenobst aus den USA geschickt wurde, daß es für einen 2 1/2 mal so großen Pro-Kopf-Verbrauch wie in den USA ausgereicht hätte.

War das Resultat dieser Praxis für das US-Kapital die Eroberung neuer Märkte und damit rentable Erhaltung seiner Produktionskapazitäten, so war es für Westdeutschland eine Behinderung des Wiederaufbaus seiner Agrar-Produktion – zugunsten der Industrie – und Abhängigkeit von den USA in der Lebensmittelversorgung.

Außerdem dienten diese Waren – und gerade in dieser Menge – von Anfang als als Vehikel für den Transport der US-imperialistischen Ideologie, den Konsummuster und der antikommunistischen Politik nach Westdeutschland.

Zu einem Teil fungierten die Lieferungen auch ganz unmittelbar als Mittel zur Durchsetzung der US-Politik: die Weizenimporte nach Italien konzentrierten sich auf den Zeitraum vor den Wahlen im Frühjahr 1948 und wurden mit riesigem Propagandaaufwand in die antikommunistische Wahlkampagne integriert – und blieben danach zu einem großen Teil liegen, weil der Verkaufspreis zu hoch war für die hungernden italienischen Arbeiter.

Die Lebensmittellieferungen im Rahmen des Marshallplans bedeuteten ebenfalls eine relative Verbesserung der Lebensbedingungen vom Niveau der Krisenjahre – eben in Richtung auf das Existenzminimum! –, daß sie mehr gewesen seien, ist Erfindung der imperialistischen Gehirnwäschekampagne, ist CIA-Lüge, USA-Dreck.

Marshallplan-Administrator Bissell nannte als höchste Grenze für die Ernährung in Europa das Niveau von 1938, für Wohnung, Kleidung und anderen Konsum ein Niveau unter dem Vorkriegszustand, »ungeachtet des beträchtlich angestauten Bedarfs, der sich während des Krieges entwickelt hat.« Die Reallöhne in Westdeutschland lagen im Juni 1949 um 13,5 % unter dem Stand von 1930, der schon unter dem Krisentiefpunkt von 1932 lag.

Eine Modifizierung dieser Politik begann 1949, aus der Erkenntnis, daß der kapitalistische Wiederaufbau in Europa ohne eine Ausweitung der Konsumptionskapazität sofort zur Überproduktion und Krise führen mußte und daß die USA von der Unterhaltszahlung an den Kriegsgegner zur vollen Entfaltung des profitablen Geschäfts kommen mußten.

Hier wird auch eine spezifische Bedeutung Westdeutschlands für das US-Kapital innerhalb des komplexen Projekts des Marshallplans deutlich, dessen Ziel eben nicht Lebensmittellieferungen waren,

sondern die industrielle Rekonstruktion unter US-Herrschaft. Der europäische Wiederaufbau war abhängig von der ökonomischen Entwicklung Westdeutschlands. Auf dem europäischen Markt war Westdeutschland bisher der größte Produzent und Lieferant von Industriegütern – »die Werkstatt Europas« – und bezog andererseits einen wichtigen Teil des Agrarexports der anderen europäischen Länder. Nach dem Kriegsende war aber die Zerstörung des industriellen Potentials im übrigen Europa mindestens ebenso groß, oft sogar größer als in Westdeutschland. Das Rekonstruktionsprojekt hatte also auszugehen von einer aus dieser innereuropäischen Arbeitsteilung beruhenden Marktstruktur – das heißt von der regionalen Dominanz der westdeutschen Industrie; ein weiterer Grund für die Erhaltung dieser Struktur war die strategische Lage Westdeutschlands sowie die Tatsache, daß seine durch die militärische Besetzung gegebene totale Kontrolle es als Brückenkopf des US-Kapitals besonders geeignet machte, insofern damit Widerstände eines nationalen Kapitals gegen die US-Pläne von vorneherein ausgeschlossen wurden.

Zu dem Absatz der amerikanischen Überproduktion auf den westdeutschen Markt kam also im Prozeß des Wiederaufbaus Europas die Notwendigkeit hinzu, einen Markt für die traditionell auf Deutschland bezogenen (Agrar-)Exportprodukte der übrigen europäischen Länder zu entwickeln.

Es war dieser Zusammenhang – der neben dem strategischen Interesse und der Möglichkeit, intakte faschistische Organisationen zur Unterdrückung der Arbeiter zu übernehmen, eine wesentliche Ursache dafür war, daß Westdeutschland vom US-Kapital bevorzugt und vom Marshallplan besonders berücksichtigt wurde, sodaß schließlich die Konsumptionskapazität der Massen ausgeweitet werden mußte – ab Mitte der 50er Jahre dann immer schneller.

Die Ausweitung konnte aber nicht etwa über Konsumförderung aus Marshallplan-Geldern laufen – die Sinnlosigkeit und Unrentabilität solcher Maßnahmen für das US-Kapital ist offensichtlich.

Den Absatz der überschüssigen US-Produktion nach Europa auf längere Sicht mit US-Krediten zu finanzieren, wäre nur ein Zuschußgeschäft gewesen, ein vom US-Kapital über die Vermittlung des Staates auf die Massen in den USA Abwälzen, weil die Kredite zu Lasten des Steueraufkommens gehen – hätte also schließlich nur Konsumptionskapazität von den USA nach Europa umverteilt.

An dieser Erkenntnis brach auch der Morgenthauplan und ähnliche Projekte zur Reduzierung der westdeutschen Produktion auf Selbstversorgungsniveau zusammen.

Die Bedingungen der Erschließung des europäischen Marktes für einen dauernden Absatz der US-Überproduktion war die eigene Zahlungsfähigkeit der europäischen Wirtschaften, daß sie diesen Markt wesentlich selbst finanzieren, das heißt, die Bedingung war die Rekonstruktion und Weiterentwicklung ihrer Industrieproduktion und ihre Reintegration in den Weltmarkt.

Gerade die US-Regierung konnte das bald erkennen, weil sie schließlich die Kredite geben mußte – und so verhinderte sie auch konsequent den national-bornierten Versuch des selbst von US-Kapital abhängigen britischen und französischen Kapitals, die westdeutsche Schwerindustrie als Konkurrenz durch Demontage auszuschalten. Obwohl formell noch an die Demontagevereinbarung von Potsdam gebunden, verfügte sie Anfang 1948 deren Einstellung und leitete auch die Rückgabe westdeutscher Unternehmen

an die alten Besitzer ein.

Aber es ging eben nicht nur um den Absatz von überschüssigen Produkten – die dazu erforderlichen Bedingungen waren zugleich funktional für die Expansion des US-Kapitals; durch den Marshallplan wurde ihm die Eroberung und Durchdringung der westdeutschen Industrie ermöglicht; er war das erste Instrument der Initiative des US-Kapitals zur ökonomischen Integration Westdeutschlands in das System des US-Imperialismus.

Der Warenexport diente diesem Ziel, insofern die Lieferungen von Industriegütern/Produktionsmittel aus Marshallplan-Krediten für die Rekonstruktion in Westdeutschland die Hegemonie des US-Kapitals über die technologische Abhängigkeit herstellten, die sich in Form von Patenten, Lizenzen, Übernahme amerikanischer Verfahrengstechniken mit den US-Maschinen usw. multiplizierte und auch beim endlichen Ausbleiben der günstigen Kredite reproduzierte.

Der Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen als Mittel der Eroberung und Durchdringung wurde vom Marshallplan direkt oder durch die Schaffung günstiger Bedingungen gefördert. So gab der Plan Investitionsgarantien, die Privatinvestitionen in Höhe von zunächst 300 Millionen Dollar sicherten und den US-Konzernen die Einnahme wichtiger strategischer Positionen erleichterten. Den US-Ölkonzernen gelang mit dieser Unterstützung der erste wesentliche Schritt zur Expansion auf dem europäischen Markt und der Verdrängung der Kohle als Hauptenergieträger – denn die Bindung der Marshallplan-Kredite an US-Waren garantierte ihnen auch gleich den Absatz des Öls, das sie gerade in Nah-Ost zu erschließen begannen.

Mit der Marshallplan-Hilfe verschaffte der US-Imperialismus den westdeutschen Monopolen die wesentlichen ökonomischen Grundlagen für ihre expansive Entwicklung, jetzt unter seiner Hegemonie – wie er ihnen mit der Integration Westdeutschlands in die Roll-back-Offensive die Fortsetzung ihrer unter den Nazis gescheiterten Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion ermöglichte, jetzt als Funktion der US-Globalstrategie; »Marshallplan-Beamte sind in Zusammenarbeit mit der Bonner Regierung dabei, die Wiederaufbauarbeiten in ein offenes Programm der Einschaltung der westdeutschen Wirtschaft in die westeuropäischen Verteidigungsbedürfnisse zu verwandeln«, berichtete die *New York Times* am 12.10.1950.

In dem Maß, in dem Westdeutschland erst die aggressive Speerspitze des Nordatlantikpakts im Kalten Krieg, dann dazu das militärisch zweitstärkste Glied der Nato und politisch-ökonomische Führungsmacht in Westeuropa wurde, wurden die »besonderen Beziehungen« zwischen USA und BRD vertieft, das heißt, die Abhängigkeit der BRD von den USA nahm zu; ökonomisch als Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft von den Handelsbeziehungen mit den USA –, Abhängigkeit der Produktion von den Rohstofflieferungen der US-Konzerne, Abhängigkeit des Exports vom amerikanischen Markt (und auch hier war es der Marshallplan, der diese Ausrichtung des Exports erzwang durch seine Verbindung mit einem Handelsembargo gegen die sozialistischen Länder, dessen Durchführung Bedingung für US-Hilfe war – womit Westdeutschland von seinen traditionellen Märkten im Osten abgeschnitten wurde).

Machtpolitisch als Unterwerfung des westdeutschen Kapitals unter das US-Kapital – die amerikanische Eroberung und Besetzung der Schlüssel-Industrien: Chemie, Fahrzeugbau, Mineralölindustrie, Elektroindustrie – das sind die Industrien,

die am stärksten monopolisiert sind, die sowohl die höchsten Waren – wie Kapitalexportraten haben und deren Produkte wie Technologien entscheidenden Einfluß auf den gesamten Produktionsprozeß eines Landes haben; sie sind die strategischen Industrien, weil sie die politischen Strategien der Staaten im System des US-Imperialismus bestimmen nach innen und nach außen; weil es ihre Kapitalbewegungen sind, auf die jede Regierung im Imperialismus reagieren muß – nicht nur, weil sie Machtzusammenballungen innerhalb des Staatensystems und in jedem einzelnen Staat sind, deren ökonomische Verfügungsgewalt die politische Durchsetzung ihrer Interessen jederzeit erzwingen könnte, sondern auch, weil ihre Kapitalbewegungen die stärksten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen haben im Widerspruch zwischen vergesellschaftlicher Produktion und kapitalistischem Produktionsverhältnis – was sich am deutlichsten darin ausdrückt, daß weit über die Hälfte aller Arbeiter in der BRD (1970: 63%) in weniger als 100 Konzernen arbeiten, die untereinander so verflochten sind, daß man sagen kann, die Vergesellschaftung der Produktion unter der Hegemonie des US-Kapitals ist in der BRD total (was anders gesagt heißt, daß es in dem Widerspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung, ökonomischer Basis und politischem Überbau keine Vermittlungen mehr gibt) innerhalb bestimmter Schlüsselindustrien: Mineralöl und Elektronik – ist schließlich die machtpolitische Unterwerfung des deutschen Kapitals mit seiner ökonomischen Abhängigkeit von den Produkten dieser Industrien (Rohstoffe, Technologie) direkt verschmolzen und bringt den Verlust an Souveränität am schärfsten und ganz unmittelbar zum Ausdruck: eine Handvoll US-Ölkonzerne kann über die Beherrschung der Mineralölwirtschaft die Entwicklung der westdeutschen Konjunktur ebenso beeinflussen wie die Politik des Bonner Regimes – und tut das auch.

Daß die westdeutschen Monopole durch ihre Rekonstruktion und expansive Weiterentwicklung nochmal zu einer Konkurrenz für die US-Konzerne hätten werden können, verhinderte das US-Kapital mit den durch die Fortdauer des Besatzungsstatus gegebenen politischen Interventionsmöglichkeiten. Das heißt, es hielt sich mit Kapitalexportrestriktionen die Konkurrenz der westdeutschen Monopole so lange und so weit vom Hals, bis einerseits das westdeutsche Militär als Interventionsinstrument des Kapitals für die Sicherung seiner Auslandsinvestitionen – »Kanonenboot-Politik« – unter dem Kommando der Nato, also des Pentagon, wieder funktionsfähig gemacht war und bis andererseits die US-Außenpolitik als die Politik des westdeutschen Kapitals vermittels der CDU durchgesetzt war.

Zu formal politischer Souveränität, das heißt der Aufhebung der Vorbehalte der Besatzungsmacht, kam der westdeutsche Staat erst, nachdem der US-Imperialismus sich Mitte der 60er Jahre das ganze westdeutsche Kapital unterworfen hatte durch die Kapitalexportoffensive nach der Rezession '66/'67, deren Wirkung nichts anderes sein konnte als die totale Bindung der BRD an die Politik der USA – und so konnte die mit der strategischen Defensive des US-Imperialismus im Krieg gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt opportun gewordene Verleihung der politischen Souveränität auf eine bloß leere Formalität reduziert werden; sie war der Übertragung bestimmter aggressiver Aufgaben in der Dritten Welt an die BRD im Rahmen der US-Counterstrategie genau funktional – eben weil ein vom US-Imperialismus unter Besatzungsstatut gehaltener Staat sich

kaum an Stelle der USA dort einschleichen kann, wo sie nicht mehr reinkommen.

Daß es bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre von der BRD aus keinen relevanten Kapitalexport gab, bis Ende der 60er Jahre keine ökonomische relevante Rüstungsindustrie, bis dahin die westdeutschen Rüstungsausgaben in die USA flossen und seitdem – wenn auch immer noch erst zu einem Teil – in das US-beherrschte westdeutsche und westeuropäische Rüstungskapital, bedeutet, daß die Bewegung des westdeutschen Kapitals seit ’45 Bewegung des US-Kapitals und Ausdruck von US-Politik sind.

Das meinen wir, wenn wir sagen, daß nach Kriegsende die Besatzungsmacht des US-Imperialismus hier alle für die Restauration des Kapitalismus relevanten Positionen besetzt und unter ihre Kontrolle gebracht hat.

Und das alles heißt: Als Kapital wie als Staat steht dem westdeutschen Proletariat seit ’45 US-Kapital und US-Politik gegenüber, und bevor US-Kapital die westdeutsche Wirtschaft ganz beherrschte, war es von den USA politisch kontrolliertes westdeutsches Kapital, das heißt in seinen Bewegungen von den USA bestimmt.

Die westdeutsche Entwicklung als Resultat der Klassenkämpfe nach ’45 ist nicht das Resultat der Klassenkämpfe im Innern der Bundesrepublik (»im nationalen Rahmen«) – sondern auf eine bestimmte und spezifische Weise das Resultat der Klassenkämpfe zwischen dem Proletariat hier und dem US-Imperialismus, in denen der traditionelle Staat die Funktion des Vermittlers, nicht die einer unmittelbaren Instanz (als Organ einer nationalen Bourgeoisie) hatte und hat; ist Resultat des objektiv internationalisierten Klassenkampf als Ausdruck des globalen Widerspruchs des internationalisierten Kapitals, seiner Bewegung.

Konkret: Die Verpolizeilichung der Gewerkschaften, in den USA von den CIA-Agenten Reuther, Murray & Co während des New Deal durchgezogen und nach dem Krieg perfektioniert, wurde nach ’45 in den Westzonen von den CIA-Agenten Böckler & Co und all den ebenfalls vom CIA bezahlten Scharen von »Arbeitsattachés«, Marshallplan-Beauftragten, genau entsprechend realisiert.

Dem antikommunistischen Terror des McCarthyismus[180] lief die Ausschaltung und Kriminalisierung der Linken in Westdeutschland parallel.

Die Annahme des McCarran-Nixon-Gesetzes gegen die Kommunisten in den USA 1950 fand (auch zeitgleich) seine exakte Entsprechung in der Verabschiedung der »Blitzgesetze«, dem bundesrepublikanischen »Freiheitsopfer« für den Krieg gegen das koreanische Volk.

Das heißt: Die Initiativen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse in Westdeutschland sind seit 1945 vom US-Imperialismus mit seinen Initiativen im eigenen Land synchronisiert und von ihm bestimmt – so wie das US-Kapital die Konjunkturentwicklung hier bestimmt: sechs Jahre nach dem letzten selbständigen militärischen Expansionsversuch der deutschen Monopole partizipierten sie wieder an der Kriegskonjunktur der US-imperialistischen Aggression im Rahmen der Roll-back-Strategie gegen die koreanische Volksrepublik. Der Korea-Boom, auf der Grundlage der Marshallplan-Hilfe, die Initialzündung für das, was hier als »Wirtschaftswunder« verkauft wurde, war der bis dahin deutlichste Ausdruck der Integration in der BRD operierenden Kapitale in den imperialistischen Zyklus; er basierte auf Rüstung und Krieg – wie alle Konjunkturen im Imperialismus. Er war nach Innen Bedingung für die Wirksamkeit der antikommunistischen Offensive in der Konsumentenkultur.

Nachdem Mitte der 50er Jahre die Rekonstruktionsperiode abgeschlossen war, entfaltete der westdeutsche Kapitalismus die typischen Strukturen des monopolistischen Kapitalismus und integriert sich immer stärker in das imperialistische Weltsystem. Schon in der Rekonstruktionsphase wird die Monopolisierung als Konzentrationsprozeß durch die fiskalische Begünstigung der Re-Investitionen gefördert, sie verschärft sich jedoch als Prozeß der Zentralisation in den folgenden Phasen. Während 1958 15 Großfusionen, die einen Marktanteil von mehr als 20 % erfassen, stattfanden, sind es 1965 bereits 50 und 1968: 168. Als Ergebnis dieser Prozesse erzielen 1970 im Bereich der industriellen Produktion 3,1 % der Unternehmer 64,4 % der Umsätze. Diesem Prozeß der Monopolisierung der Produktionsmittel entspricht die Herausbildung einer extrem minoritären Klasse (1,7 % der Bevölkerung), die bereits 1960 70 % des Betriebs- und Kapitalvermögens kontrolliert, während immer größere Schichten der alten Mittelstände proletarisiert werden – was auch die Schicht der Intellektuellen betrifft, deren bisherige Funktion und Stellung im kapitalistischen System der Zentralisierung der monopolistischen Kapitalproduktion und ihrem politischen Überbau dysfunktional wird.

Dazu später.

Die Periode der Rekonstruktion des Monopolkapitalismus bedeutet für das in der BRD operierende Kapital eine relativ langdauernde, ungebrochene Prosperität, ohne daß die Expansion in äußere Ausbeutungssphären, auf äußere Märkte als wesentliche Funktion der selbstzentrierten Kapitalakkumulation bereits (wieder) eine vitale Notwendigkeit ist.

Die Möglichkeit einer Senkung der Lohnquote bzw. die Erhaltung einer relativ niedrigen Lohnquote im gesamtwirtschaftlichen Prozeß ist während der ganzen Rekonstruktionsperiode gegeben mit der Ausbeutung der aus der DDR zuwandernden billigen Facharbeiterkräfte und ihrer Funktion als Druckmittel gegen die Löhne der übrigen Arbeiterklasse, sowie mit der auf die gleiche Weise durchgezogenen Ausbeutung der Flüchtlingsmassen aus den Gebieten östlich der Ode.

Diese Möglichkeit sichert in dieser Zeit die Profitrate, so daß sich das Problem der »Verwohlfeilung der Elemente des konstanten Kapitals« noch nicht in der Schärfe stellt, wie es dem tatsächlichen Grad des Wachstums der Maschinerie, der Stufe der Monopolisierung des Produktionsapparats entsprochen hätte.

Die durch diese Spaltung der Arbeiterklasse erzeugte und reproduzierte Stabilität einer relativ hohen Ausbeutungsrate in der BRD selbst sowie die militärische Niederlage von ’45 und die ihr folgende politische Entmündigung der westdeutschen Monopolbourgeoisie durch den US-Imperialismus sind die Gründe, weshalb in der ersten Aufbauphase von einer eigenständigen imperialistischen Politik der BRD auf ökonomischem Gebiet keine Rede sein kann.

Die westdeutsche Kapitalakkumulation ist in dieser Zeit extrem selbstzentriert – im Sinne einer Eingrenzung der Profitquellen der westdeutschen Monopole auf das eigene Territorium –, und sie war zugleich extrem abhängig von den USA, deren Herrschaft der des »Mutterlands« in einer kolonialistischen Beziehung ent-

180 Joseph Raymund McCarthy leitete von 1950 bis 1954 als Vorsitzender des Ausschusses für »antiamerikanische Umtriebe« die Suche nach angeblichen Kommunistinnen und Kommunisten in den Verwaltungen und dem öffentlichen Leben in den USA. Die Arbeit des Ausschusses initiierte eine allgemeine antikommunistische, nationalistische und antisemitische Verfolgungswelle.

sprach.

In bezug auf die Rohstoffquellen war das westdeutsche Monopolkapital nach dem gescheiterten Expansionsversuch des Zweiten Weltkrieges noch abhängiger als vorher: Es hatte die schlesischen Kohlegruben, die paar mitteldeutschen Erzvorkommen und, vor allem, die großen Getreideanbaugebiete in Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen – jetzt auch noch verloren.

Während hier die Propaganda zur Mystifikation der Prosperität unter dem Namen »Wirtschaftswunder« auf vollen Touren lief und den Arbeitern einen von Krisen »befreiten« Kapitalismus mit Wachstum bis zum Jüngsten Tag zu verkaufen versuchte, war es also nur eine Frage sehr kurzer Zeit, bis die Profitrate der Monopole wieder an ihre Grenze stieß, die ihr mit dem Wachstum der Maschinerie gesetzt ist.

Um diese Grenze zu unterschleichen, die fallende Tendenz zu bekämpfen, mußte das Kapital von isolationistisch selbstzentrierter Akkumulation wieder übergehen zur Expansion auf äußere Märkte, um sie für seine Akkumulation zu funktionalisieren.

Außer der akuten Notwendigkeit der spezifischen Situation Westdeutschlands am Ende der Rekonstruktionsperiode realisierte das Kapital das »ihm eigene Streben nach schrankenloser Ausdehnung« – das heißt, auf der Suche nach äußeren Märkten, weil es Profit machen will, hätte es nicht ohne die aus der zeitweiligen Reduzierung seiner Profitquellen auf dem eigenen Territorium resultierende Notwendigkeit expandiert. Es geht hier darum, daß die Erfordernisse eben dieser spezifischen Situation die vom US-Kapital nach ’45 gesetzten politischen Grenzen der Expansion Schritt für Schritt beseitigen und damit die Realisierung des generellen kapitalistischen Expansionsstreben für die BRD-Monopole wieder möglich machten – kurz: daß sich die Situation des westdeutschen Kapitals wieder normalisierte.

Weil der Weg auf die äußeren Märkte noch offen war, andererseits die Stabilität der Mehrwertproduktion im Innern durch die Integration der Arbeiter in das Kapitalverhältnis erhalten wurde, konnten die BRD-Monopole auch zur imperialistischen, selbstzentrierten Akkumulation übergehen, ohne vorher einen Angriff gegen den Lohn zu führen. Im Gegenteil, die Expansion auf die äußeren Märkte ermöglichte (zunächst) noch eine Kontinuität der Ausweitung der Konsumentenkapazität, also steigende Reallöhne: das westdeutsche Kapital trägt seine inneren Widersprüche in das Weltsystem hinaus, konkret: es verlagert sie in die Peripherie des Systems und erhält damit die »harmonische Entwicklung« der Klassenbeziehung innerhalb seines eigenen Territoriums.

Aus der spezifischen Situation nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode und der kurzen schläfrigen Phase entwickelt das westdeutsche Kapital die Expansion auf die äußeren Märkte mit den allgemeinen Zielen imperialistischer Expansion:

– die Beschaffung von Rohstoffen, um Bestandteile des konstanten Kapitals billig zu bekommen;

– die Beschaffung von Lebensmitteln und Grundprodukten für Konsumgüter, um das sich darin umsetzende variable Kapital zu entwerten;

– die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte (und die Verfügung über ein Reservoir billiger Arbeitskraft);

– die Eroberung von Märkten für den Warenexport.

Die ökonomische Funktion dieser Ziele ist, Mittel im Kampf gegen den tendenziellen Fall der Profitrate zu sein und die Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den Metropolen zu halten und zu verbessern. Politisch sollte sie das Funktionieren des imperialistischen Systems gegen die nationalen Befreiungsbewegungen sichern.

Als wesentliches Instrument zur Realisierung der ökonomischen wie der politischen Bestimmung dient der Kapitalexport, mit dem die Voraussetzungen in der Peripherie geschaffen werden und mit dem die Bestimmungen durchgesetzt werden:

als staatlicher Kapitalexport (Entwicklungshilfe) in Hinsicht auf die politische Bestimmung, sowie zur Entwicklung günstiger Bedingungen vor allem im Bereich der Infrastruktur für den privaten Kapitalexport, das heißt Export von Kapital, das in der Metropole nicht produktiv, also profitbringend investiert werden kann und das andererseits in der Peripherie mit höherer Mehrwertrate verwertet wird.

Eine andere Funktion der staatlichen und privaten Kapitalexporte besteht darin, den Markt der Peripherie für Warenexporte aus dem Zentrum zu finanzieren: denn weil die wesentlichen produktiven Investitionen in der Dritten Welt aus den Metropolen kommen, werden auch die Profite im wesentlichen dorthin transferiert – es gibt zu diesem Profittransfer, der eine Hauptursache des blockierten Wachstums ist, kaum genaue Angaben, doch ist z.B. bekannt, daß 1965 fast 20 % der US-Gesamt-Profite aus Auslandsinvestitionen stammten und daß diese Profite des Auslandskapitals 20 bis 25 % des Bruttosozialproduktes der Länder der Dritten Welt ausmachen.

Das heißt, mit der permanenten Ausplünderung der Peripherie würde sich das imperialistische Kapital selbst die Möglichkeit nehmen, seine Waren dorthin zu exportieren, wenn es dieser Verarmung nicht entgegenwirkt: eben mit staatlichen und privaten Krediten, die ihm als projektgebundene Kredite die Bestimmung ihrer Verwendung garantieren. Die Metropolen stellen also der Peripherie Mittel zur Verfügung, die sie der Dritten Welt weggenommen und damit unter ihre Verfügungsgewalt gebracht haben und dementsprechend anwenden: sie beschleunigen damit ihren eigenen Warenexport und beherrschen die Länder der Dritten Welt mittels dieser Kredite ökonomisch und im Maß der wachsenden Verschuldung direkt politisch.

Es war der Kalte Krieger Truman[181], der im Januar ’49 auch die erste programmatische Erklärung zur neokolonialistischen Kontrolle und Beherrschung der Dritten Welt ausspuckte:

»... wir müssen ein kühnes neues Programm entwerfen, um unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und unsere industriellen Fortschritte für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den unterentwickelten Ländern nutzbar zu machen. Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt unter elenden Bedingungen. Ihre Ernährung ist ungenügend, sie leiden unter Krankheiten, ihre Wirtschaft ist primitiv, ihre Armut ist eine Gefahr für sie selbst und die besser entwickelten Gebiete. (...)

Wir sollten den friedliebenden Völkern die Vorteile unseres Reichtums an techni-

181 Harry Spencer Truman, von 1945 bis 1953 Präsident der USA, befahl die Beendigung des Krieges gegen Japan durch den Einsatz von Atombomben. Er entwickelte nach dem Ende des Krieges mit der Containmentpolitik den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion. Truman verabschiedete in diesem Sinn im März 1947 die nach ihm benannte Truman-Doktrin als außenpolitische Leitlinie des Kalten Krieges und bot damit »anderen freien Völkern« politisch-militärische Unterstützung gegen den Befreiungskampf an.

schem Wissen zur Verfügung stellen, um ihnen die Verwirklichung ihrer Wünsche nach einem besseren Leben zu erleichtern, zusammen mit anderen Nationen Kapitalinvestitionen in entwicklungsbedürftige Gebiete unterstützen. (...) der alte Imperialismus – die Ausbeutung eines anderen – hat in unseren Plänen keinen Raum. Was wir im Sinne haben, ist ein Entwicklungsprogramm, das auf den Grundideen demokratischer Billigkeit beruht.«

Mit dieser Erklärung brachte Truman für den US-Imperialismus zum Ausdruck, daß er seine Gefährdung durch den anwachsenden Sturm der nationalen revolutionären Befreiungsbewegungen erkannt hatte, daß es an der Zeit war, etwas dagegen zu tun.

Die BRD schloß sich Mitte der 50er Jahre aktiv der Counterintiative des Imperialismus gegen die Völker der Dritten Welt für die Erhaltung und Erhöhung der Profite der Metropolen an und stellte sich damit hinter das neokolonialistische Projekt – was allerdings in diesem Stadium des Imperialismus bedeutet, daß Expansion und Aggression nicht mehr als selbständige Initiative eines nationalen Kapitals laufen, sondern wesentlich nur noch als eine abhängige Funktion innerhalb des Staatensystems des US-Imperialismus, unter der Hegemonie der US-Konzerne, nach ihren Bestimmungen und für die Ziele der US-Globalstrategie.

Zunächst setzten die westdeutschen Monopole die politische Linie der großbürgerlichen Offiziersclique des 20. Juli fort, indem sie sich dem westlichen Bündnis anschlossen und die traditionelle Aggressionsrichtung des deutschen Imperialismus als die grundlegenden Konstante der westdeutschen Außenpolitik festlegten: nach Osten, gegen die Sowjetunion, den Bolschewismus. Diese Bestimmung war jetzt identisch mit der Stoßrichtung der Roll-back-Offensive des US-Imperialismus, und sie war der Ausdruck der in der Containmentstrategie integrierten Funktion der BRD; ihr Ziel war die Rückeroberung der im Krieg und durch die Revolution für das gesamte kapitalistische System verlorengegangenen Länder im Osten Europas, die Reintegration dieser Märkte und Ressourcen in den kapitalistischen Weltmarkt.

Die westdeutsche Propaganda für »nationale Einheit«, Alleinvertretungsanspruch, Negation der Existenz der DDR dienten diesem US-imperialistischen Ziel, wie die Initiative zur Spaltung Deutschlands – und das bedeutete die Integration Westdeutschlands in die Containmentstrategie – eine notwendige Voraussetzung dazu war. Anders gesagt: Die westdeutsche Monopolbourgeoisie mußte die Spaltung Deutschlands durchziehen, um die antikommunistische Wiedervereinigungsforderung aufzustellen und als Propagandaspitze in der Roll-back-Offensive nach Innen und Außen einsetzen zu können. Die verkaufte Einheit der Nation für das Bündnis mit dem US-Imperialismus, um an seiner Seite wieder nach Osten marschieren zu können. Aber trotz schwerer Krisen unter dem Druck der imperialistischen Interventionsdrohung und der diversen Sanktionen gelang die als Vorstufe zur »Befreiung vom Bolschewismus« im Pentagon geplante Destabilisierung der sozialistischen Gesellschaften nicht, und das wachsende militärische Potential der Sowjetunion wurde zum unüberwindlichen Hindernis der Roll-back-Offensive – ihr Scheitern hindert die westdeutsche Außenpolitik aber nicht, mit dem »Offenhalten der nationalen Frage« an der Tradition des deutschen Imperialismus festzuhalten. Auch diese verlogene Haltung zur nationalen Frage, die am Beginn der Außenpolitik der BRD steht, charakterisiert sie als Funktion des

US-Imperialismus und gibt ein Merkmal der Politik der BRD wieder, daß sie ihre Identität als Objekt und Produkt der Roll-back-Strategie des amerikanischen Kapitals immer propagandistisch verschleiern mußte.

Eine weitere grundlegende Konstante der Außenpolitik des westdeutschen Kapitals ist seine abhängige Beziehung zu den USA in ökonomischer Hinsicht. Aber die quantitative Bestimmung der ökonomischen Macht des US-Kapitals in der Bundesrepublik gibt die Abhängigkeit des BRD-Kapitals nur sehr unzureichend wieder – sie sagt nichts aus über die Qualität der besetzten Positionen, über die Struktur der Abhängigkeit, die sich aus der Beherrschung dieser Position aufgrund ihrer Bedeutung im gesamten Wirtschaftsprozeß ergibt; und die Schlüsselsektoren, die das US-Kapital beherrscht, sind diejenigen, von denen die gesamte Wirtschaft abhängt, und sie sind die technologisch fortschrittlichsten und wachstumsintensivsten. Daraus resultiert eine Macht des US-Kapitals, die weit über die direkte ökonomische Verfügungsmacht hinausreicht. Außerdem kann sich die US-Herrschaft auf die Technologie stützen – das heißt, durch die Übernahme und Anwendung amerikanischer Verfahrenstechniken, Anlagen, Patente, Lizenzen und Nutzungsrechte ist das BRD-Kapital auch von den US-Konzernen abhängig und ihrer Kommandogewalt unterstellt. Wegen dieser Abhängigkeit ist die Außenpolitik der BRD immer die des US-Imperialismus, folgt sie immer seiner Linie im Rahmen seiner Gesamtstrategie – auch dann, wenn das im Widerspruch steht zu den unmittelbaren Interessen einzelner westdeutscher Kapitalgruppen. Das wurde deutlich bei der politischen Blockierung des Handels mit der Sowjetunion – das Stahlgeschäft z.B. – wie bei der Blockierung des Handels mit den arabischen Ländern, nachdem Bonn Israel anerkannt hatte, um die aggressive rassistische Siedlerkolonie des Zionismus als Polizist des US-Imperialismus gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker zu stärken.

Ein weiterer bestimmender Faktor für die westdeutsche Außenpolitik ist die Exportabhängigkeit der westdeutschen Industrie, die sich durch das starke Wachsen der Exportquoten seit 1967 nur noch gesteigert hat – 1972 betrug die Exportquote 20%, 1974: 24,2%. Diese Abhängigkeit bindet die BRD total an den Weltmarkt, macht die Wirkung seiner Krisen besonders spürbar für das westdeutsche Kapital, wie sie es zu besonderer Aktivität in bezug auf die Sicherung des Funktionierens des Weltmarkts bringt.

Wenn sich die Exportorientierung der BRD in erster Linie auf die Metropolen bezieht, also auf die Länder der EG und auf die USA – insgesamt gehen etwa 70 % des westdeutschen Exports in die entwickelten Industrieländer – und dann erst auf bestimmte Regionen der Dritten Welt, so spiegelt sich darin nur die Struktur des gesamten Welthandels wieder:

Der Handel der Metropolen läuft zu 80 % zwischen ihnen ab, und der Rest mit der Dritten Welt, während die Länder der Dritten Welt 80 % ihres Handels mit den Metropolen tätigen. Diese Statistik sagt aber nichts aus über die tatsächliche Bedeutung der Dritten Welt als Markt wie als Rohstoff- und Billigarbeitskraftreservoir für die Metropolen in ihrem Kampf gegen den Fall der Profitrate. Denn sie mißt die Handelsbewegungen in ihrer Geldform, das heißt am Tauschwert der Waren – sie sagt also in Wahrheit nur etwas aus über den ungleichen Tausch zwischen den Metropolen und der Dritten Welt und darüber, daß die wertschöpfende Verarbeitung wesentlich in den Metropolen stattfindet, wo die Löhne

höher sind als in der Peripherie, daß die »vergangene Arbeit« hier auf die Produkte übertragen wird und sie dann ausgetauscht werden mit diesem vergrößerten Wert – so sind es eben auch ganz überwiegend verarbeitete Güter, die den Handel zwischen den Metropolen ausmachen und auch den Export in die Peripherie.

Der hohe Anteil des Handels innerhalb des Zentrums drückt außerdem aus, daß er sich hier schneller entwickelt – während der Anteil der Peripherie abnimmt. Die Entwicklung des imperialistischen Weltsystems verstärkt die internen Handelsbeziehungen der Metropolen; in der Dritten Welt verstärkt sie nur die Handelsbeziehungen mit den Metropolen.

Die Bundesrepublik ist also vollkommen in diese Entwicklung integriert: die Struktur ihrer Handelsbeziehungen ist Ausdruck ihrer ausbeuterischen Beziehung zu den Ländern der Dritten Welt.

So ist die starke Exportabhängigkeit des westdeutschen Kapitals nicht nur durch seine Bindung an den US-Markt begründet; sie ergibt sich auch aus dem Fehlen eigener Rohstoffquellen, was die Beschaffung von Devisen zum Kauf von Rohstoffen erfordert. Sie resultiert generell aus der kapitalimmanenten Tendenz zur Ausweitung des Marktes, deren Stärke in einem umgekehrten Verhältnis zur Größe des Landes steht, d.h. der bei ständig wachsender Produktivität relativ enge Binnenmarkt verstärkt in einem kleinen Land wie der BRD die Tendenz zum Export ständig: das Kapital wird imperialistisch.

Aber das westdeutsche Kapital konnte seine Expansion auch darum nur unter der Herrschaft des US-Imperialismus beginnen, weil es nicht in der Lage war, die Rohstoffquellen, Auslandsmärkte und Investitionen sowie die Transportwege selbst zu sichern – es war nach '45 entwaffnet und angewiesen auf den Schutz der US-Militärmaschine. Auch diese Tatsache zwang das westdeutsche Kapital, im Rahmen der Interessen des US-Imperialismus und in seinem »Aggressionsschatten« zu operieren: Die Entwicklung der ökonomischen Stärke des westdeutschen Imperialismus ist bedingt durch seine Verbindung mit der US-Militärmaschine und beruht auf ihr – außerhalb der Globalstrategie des US-Imperialismus könnte es sie nicht geben. Unter dem militärischen Schutz der USA konnte sich das westdeutsche Kapital in aller Welt einnisten, seine Produktionsanlagen und Handelsstützpunkte einrichten.

Dieser Militärapparat allerdings wurde immer unverzichtbarer für das imperialistische Weltsystem, denn seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kann es seine Entwicklung immer weniger aus den immanenten Gesetzen des Kapitals vorantreiben, sondern sie wird immer mehr von den Befreiungskämpfen der Völker der Dritten Welt blockiert: das Weltsystem verliert Territorien und Märkte, und es ist mit dem ständigen Beispiel des siegreichen Befreiungskampf konfrontiert – so daß neue Mittel, neue Methoden, eine neue Konzeption zur Beherrschung angewendet werden muß.

Während Truman diese Notwendigkeit schon1949 zu sehen begonnen hatte, mußte das Bonner Regime erst von seinen US-Herren darauf gestoßen werden. Als die Bundesrepublik 1957 zum ersten Mal Entwicklungshilfe vergab, beliefen sich die privaten Direktinvestitionen der westdeutschen Monopole in der Dritten Welt gerade auf 63 Millionen Dollar (gegenüber 1,5 Mrd. der USA!), und unter dem Aspekt des nur noch durch Expansion zu bekämpfenden Falls der Profitrate begann die Schaffung günstiger Bedingungen für Auslandsinvestitionen durch Entwicklungshilfe gerade erst ein unmittelbares Erfordernis für das BRD-Kapital zu werden: daher geschah die Vergabe auch zunächst auf den Druck der US-Regierung, die weniger vom Standpunkt der Profite westdeutscher Konzerne als vielmehr einfach von dem ihrer hegemonialen Macht richtig davon ausging, daß das verbündete Bonner Regime die Sicherung des imperialistischen Weltsystems mitfinanzieren muß, wenn schon die militärischen Aufgaben Sache der USA sind.

Die BRD schien dem US-Imperialismus aber auch besonders geeignet zu sein, Auslandshilfeoperationen im Rahmen der globalen Counterstrategie durchzuziehen: Sie war der einzige Industriestaat, der seit 1918 keine Kolonien mehr besaß und daher das neokolonialistische Projekt nicht durch eine Vergangenheit verbrecherischer Kolonialherrschaft behinderte. Das wurde für den US-Imperialismus zunehmend wichtiger, denn nachdem ihm jahrzehntelang die Verschleierung seiner kolonialistischen Verbrechen, z.B. auf den Philippinen, Puerto Rico und in Panama, einigermaßen gelungen war, zerriß dieser Schleier nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Ansturm der Befreiungsbewegungen, so daß die Völker der Dritten Welt überall die häßliche Fratze der Yankee-Herrschaft sahen und sich gegen sie erhoben. Die BRD sollte daher als Operationsbasis für die US-Konzerne fungieren, um in die Regionen der Dritten Welt eindringen zu können, wo sie sich selbst nicht mehr offen sehen lassen können.

Außerdem eignet sich die BRD mit ihrem »Wirtschaftswunder« für den Versuch, diese Entwicklung, die aus einer von der Situation der Länder der Dritten Welt völlig verschiedenen und ihrer antagonistische Lage und Struktur resultierte, als Evidenz und Beispiel für die Realisierbarkeit von imperialistischer Propaganda der Sorte »Entwicklungstheorie« Walt Rostows zu verkaufen – also der Dritten Welt den Glauben an Wunder zu vermitteln.

Die authentische Lektion, die sie den parasitären Bourgeoisien der Dritten Welt vermittelte, war die Lehre der Unterordnung unter den US-Imperialismus – daß sie sich lohnt. Während die alten Kolonialmächte Frankreich und England an ihrer nationalstaatlichen Politik festzuhalten versuchten, bot die BRD hier ein perfektes Modell – in dem es allerdings für die Bourgeoisie überhaupt nur einen Existenzgrund gibt: parasitärer Geschäftsführer des Imperialismus zu sein. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie konnte dagegen mit ihrem Produktionsapparat zu selbstzentrierter Akkumulation und ökonomischer Stärke kommen und dabei von den USA abhängig bleiben. Mit solchen Vorteilen ausgestattet, hatte die BRD aber vor allem die antikommunistische Bestimmung des Auslandshilfe-Programm zu realisieren. »Jeder Aufstand, jede Erhebung in der Dritten Welt gewinnt im Rahmen des Kalten Kriegs Bedeutung« – stellt Fanon fest. Die konkrete Bedeutung der Insurrektion der Völker der Dritten Welt gegen den US-Imperialismus im Kalten Krieg bestand darin, daß jedes Volk, das sich befreit, eine in jedem Fall antiimperialistische und neutrale Position im Ost-West-Konflikt beziehen konnte – die Konferenz von Bandung 1955 hatte das sehr klar gezeigt –, und daß damit nicht nur der direkte Einfluß in der Dritten Welt verloren wurde, sondern auch eine Schwächung des imperialistischen Blocks im Kalten Krieg sich vollzog.

Weil die Nationen der Dritten Welt erkennen mußten, daß eine tatsächliche Unabhängigkeit und die Lösung ihrer Probleme nur mit einer tendenziell sozialistischen Politik zu erkämpfen war, und daher einige von ihnen schon Anlehnung

an die sozialistischen Gesellschaften suchten, mußte das neokolonialistische »Hilfsprojekt« auch explizit antikommunistisch bestimmt werden als ein Versuch, dem »Vormarsch des Kommunismus einen Riegel vorzuschieben«, wie Gerstenmeier die Entwicklungshilfe bezeichnete. Aus den Verwendungszwecken der Hilfsgelder selbst folgt schon, daß auf eine ihnen inhärente antikommunistische Wirkung kein großer Verlaß sein konnte, sie daher mit entsprechender Propaganda kombiniert werden mußte. Für die antikommunistische Propaganda in den Neokolonien war die BRD nicht zuletzt auch durch ihre reformistischen Organisationen besonders geeignet, die z.B. die Forderung antikommunistischer Gewerkschaften und die Spionage für imperialistische Geheimdienste übernahmen. Unternehmerverbände und imperialistische Stiftungen versuchten, die Ideologie des freien Unternehmertums und der gesellschaftlichen Notwendigkeit eines stabilen Mittelstandes zu popularisieren, wobei sie von staatlichen Versuchen, vermittels der Eroberung von Einfluß in den Medien der Länder der Dritten Welt, die imperialistische Ideologie verbreiten zu können, ergänzt werden.

Aber aus der zentralen Bedeutung der BRD im Ost-West- und im Nord-Süd-Konflikt kam es zu Schwierigkeiten und Widersprüchen bei der Auslandshilfepolitik der BRD, insofern sie ihrem außenpolitischen Ziel des Marsches nach Osten den Vorrang gab: ob ein Land Entwicklungshilfe erhielt, entschied sich daran, ob es die Hallstein-Doktrin[182] akzeptierte.

Solange die Auslandsinvestitionen des westdeutschen Kapitals relativ gering waren, konnte die Auslandshilfe des Staates noch hauptsächlich als ein Instrument unmittelbarer außenpolitischer Ziele – Unterstützung des deutschen Alleinvertretungsanspruchs zu gewinnen – ohne langfristige Zielsetzungen im Interesse des Monopolkapitals weltweit ausgestreut werden: einem Regierungschef aus der Dritten Welt, der angesichts der DDR-grenze die »Schande der deutschen Teilung« beklagte und die DDR-Regierung verdammte, war die Hilfe aus Bonn sicher.

Im Rahmen der Roll-back-Offensive konnte diese Methode noch laufen; mit der Evidenz ihres Scheiterns mußte jedoch seine Borniertheit und Ineffektivität in bezug auf die Sicherung der Interessen der US-Konzerne und des BRD-Kapitals gegen die Insurrektion der Völker der Dritten Welt zu einer Änderung führen. Die Orientierung der Auslandshilfe nicht in erster Linie an den Interessen des Monopolkapitals und der Sicherung des Weltsystems, sondern an der revanchistischen Deutschlandpolitik stellten eine Behinderung der Kapitalexpansion von der BRD aus in die Dritte Welt dar. Die Erpressungsversuche des Bonner Regimes: Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs oder Verweigerung der Hilfe und Abbruch der Beziehungen wurde später von Eppler wegen der Ineffektivität und Plumpheit der Erpressung kritisiert: »Je sichtbarer das Motiv des Alleinvertretungsanspruchs wurde, je mehr die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik wuchs, desto näher lag es, auch bei ihr neokolonialistische Absichten zu vermuten.« Und der geringen Effektivität standen inadäquat hohe Kosten gegenüber, weil manche Länder – wie Indonesien unter Sukarno – die Erpressung umkehrten und Kontakte mit der DDR aufnahmen,

182 In der Hallstein-Doktrin war das Ziel festgelegt, daß die BRD die Beziehungen zu all denjenigen Staaten abbricht, die die DDR anerkennen.

was dann die Bonner Regierung wiederum zu einer Erhöhung ihrer Hilfe veranlaßte, um die Kontakte zu verhindern – was kaum gelang.

Ließ sich der westdeutsche Einfluß in der Dritten Welt auf diese Weise nicht vergrößern, so schränkte ihn der Abbruch von Beziehungen zu den Ländern, die die DDR anerkannten, nur weiter ein – womit diese Politik den Bestimmungen und Interessen des US-Imperialismus dysfunktional wurde.

Die Funktion der BRD im globalen Counterprojekt der »Entwicklungshilfe« erforderte gerade eine Ausweitung ihrer Aktivitäten und ihres Einflusses. Anfang der 60er Jahre, nach dem Sieg der cubanischen Revolution, bestimmte die Kennedy-Administration die Auslandshilfe als komplementäre Funktion zu den militärischen Counterinsurgencyprogrammen, auf der Grundlage faschistischer Repression, ausgehend von Maßnahmen zur Vernichtung von Befreiungskämpfern, sollte die Reformpropaganda und der Ausbau der Infrastruktur, der als Beginn von Entwicklung verkauft wurde, das Volk an das Regime binden oder wenigstens »neutralisieren« und die Befreiungskämpfer von ihm isolieren.

Die BRD hatte in diesem Projekt die Aufgabe, die nichtmilitärische Durchdringung der jungen Länder der Dritten Welt mittels finanzieller und technischer Hilfe zu organisieren und zu sichern; außerdem hatte sie als Operationsbasis der US-Konzerne für aggressive Investitionen gegen die Dritte Welt zu fungieren.

Zugleich wurde die Ausweitung des BRD-Einflusses in der Dritten Welt und die Schaffung günstiger Bedingungen für Auslandsinvestitionen durch staatliche Entwicklungshilfe auch eine unmittelbare Notwendigkeit unter dem Aspekt der Profitrate der westdeutschen Monopole – was sich aber mit der bisherigen Methode der Vergabe von Hilfe nicht ausreichend realisieren ließ. Zwar war es bis in die 60er Jahre mit der alten Vergabemethode gelungen, den Prozeß der Anerkennung der DDR in einem gewissen Maß zu verzögern, und trotz ihrer ungezielten Streuung hatte die Auslandshilfe noch mit dazu beigetragen, daß sich die Auslandsinvestitionen des BRD-Kapitals in der Dritten Welt verstärkten und 1964 auf 97 Mio. Dollar gewachsen waren. Doch für die Dimension der akut werdenden Probleme des Kapitals reichte das nicht – Eppler macht das klar, worum es ging: »Eine Entwicklungspolitik, die kurzfristig außenpolitische Ziele verfolgt, gefährdet mittel- und langfristig die Beziehungen zum Entwicklungsland« und »dient damit auf Dauer weder der Wirtschafts- noch der Außenpolitik« – aber gedient werden soll schließlich: »Eine Entwicklungspolitik, die größtmöglichen Nutzen für die Entwicklungsländer anstrebt, dient dem langfristigen Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft.«

Mit der enormen Steigerung des Kapitalexports ab 1967 war die bisherige Entwicklungspolitik endgültig zu beenden, um mit einem neuen Konzept die Bedingungen der Kapitalexportoffensive optimal zu entwickeln und dem wachsenden Warenexport die Märkte zu sichern.

Diese Offensive war zur Notwendigkeit geworden, nachdem die steigende Produktivität in der BRD, sowie die aus dem Warenexport in die BRD fließenden Gelder, immer mehr Überschußkapital bildeten, die Krise ’66/’67 generell die Grenzen der Verwertungsmöglichkeiten des westdeutschen Kapitals innerhalb seines bisherigen Marktes deutlich machte – andererseits wurde diese Offensive möglich, weil die US-Konzerne mit ihrer gleichzeitig laufenden Kapitalexportoffensive nach Westdeutschland die Bindung der

BRD an die USA total machten und die restlose Integration in die US-Globalstrategie als absolute Voraussetzung der Expansion des westdeutschen Kapitals konstituierten.

Für die Politik des Bonner Regimes gegenüber den Ländern der Dritten Welt bedeutet das, daß sie auch dann, wenn sie primär auf die Sicherung der Interessen der westdeutschen Monopole gerichtet zu sein scheint, sie immer nur Bestandteil der US-Strategie ist und den US-Konzernen dient – weil die BRD ein US-Staat ist und das hier dominierende Kapital das der transnationalen US-Konzerne.

(Damit ist nicht gesagt, daß die Bonner Politik generell mit der außenpolitischen Linie Washingtons übereinstimmen muß – sondern – worüber noch zu reden sein wird – daß sie im Gegenteil den scheinbaren Widerspruch zum State Department erfordert, als ein taktisches Mittel, um in ihrer Funktion für den US-Imperialismus größte Effizienz zu erreichen.)

Die Veränderung der Bonner Entwicklungspolitik drückt das bereits aus: Mit der Konzipierung eines Zehnjahre-Programms für Entwicklungshilfe im Mai ’68 ist die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in ein neues Stadium getreten, das die Vertreter der Entwicklungshilfe selber als den »Übergang von der vorwiegend taktisch orientierten zu einer strategisch konzipierten Entwicklungspolitik« charakterisieren; es ist die Konsequenz der spezifisch westdeutschen Wirtschaftsstruktur und der Reproduktionsbedürfnisse des in der BRD operierenden Kapitals, sowie der Erfordernisse der US-Globalstrategie, wie sie in der Nixon-Doktrin[183] formuliert worden ist.

Die nur an kurzfristigen außenpolitischen Interessen orientierte Entwicklungshilfepolitik wurde ersetzt durch eine Politik, die die Mittel nicht mehr breit ausstreut, sondern sie auf die Länder konzentrierte, die als Subzentren des US-Imperialismus eine regionale Polizeifunktion gegen die Befreiungsbewegungen haben: Brasilien und Iran z.B., so lange ihre Infrastruktur noch nicht ausreichend entwickelt war; Indonesien nach dem antikommunistischen Massaker ’65; aber auch die Milliarden, die als sogenannte »Wiedergutmachung« die Aufrüstung der aggressiven rassistischen Siedlerkolonien des Zionismus gegen die arabische Revolution finanzierten, gehören in diesen Zusammenhang – und sie konzentrieren sich auf die Länder, wo die neokoloniale Stabilität durch »Subversion und Aufruhr« gefährdet wird. Die regionale Konzentration der westdeutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt stimmt nicht überein mit der der Entwicklungshilfe – was sich schon daraus ergeben muß, daß letztere ja erst die Bedingungen für den Kapitalexport verbessern soll.

Umso deutlicher ist daher aber die Konzentration der Auslandsdirektinvestionen des BRD-Kapitals auf die Bastionen des Imperialismus in der Dritten Welt – und restlos klar wird das Bild der gesamten Aktivitäten der BRD in der Dritten Welt: wo Faschismus und Folter herrscht, Antikommunismus und Terror gegen das Volk, da ist die Bundesrepublik, ihre Regierung und ihr Monopolkapital zu finden: in den imperialistischen Subzentren Brasilien – das an dritter Stelle deutscher Direktinvestitionen im Ausland liegt –, in Südafrika, im Iran, in der Türkei und im besetzten Palästina, in Taiwan, Chile – wo es die BRD war, die die Umschuldungsverhandlungen mit dem faschistischen System durchgesetzt hat, in Südkorea, schließlich in der britischen Kolonie Nord-Irland.

183 Von US-Präsident Nixon 1970 verkündete »neue Friedensstrategie«, bei der es um die Differenzierung des militärischen Engagement der USA in der 3.Welt ging, sowie um eine Erhöhung der Verantwortung der Verbündeten und Satellitenstaaten für ihre Verteidigung, und damit um die Verteilung von Kriegskosten auf die militärischen Partner. Sie wurde zuerst bei der Einbindung von Südvietnam in den Krieg gegen Norvietnam praktiziert, deshalb auch als Vietnamisierung der US-Strategie bezeichnet.

Wo immer die BRD in der Dritten Welt auftritt, steht sie an der Seite des US-Imperialismus, verfolgt sie die Interessen seines Weltsystems gegen die Völker, handelt sie im Rahmen seiner Globalstrategie.

Das grundsätzliche Schema dieser Strategie: Die Errichtung von Subzentren ist eine politische Entscheidung des US-Imperialismus aus seiner Erkenntnis, daß die faschistischen Counterinsurgency-Programme seit dem Sieg der cubanischen Revolution den siegreichen Vormarsch der Befreiungsbewegungen nicht hatte aufhalten können, daß die kämpfenden Völker der drei Kontinente den Übergang zu ihrer strategischen Offensive vollzogen haben. Das Schema ist eine Transformation der Kolonisierungsstrategie, die ihre Ursache in den Strategien der multinationalen Konzerne hat, d.h. in deren Entscheidung, den Kapitalexport in den Metropolen und in einigen Subzentren zentral zu lenken, die von seinen Staatsapparaten in den Metropolen bis an die Zähne bewaffnet wurden: politisch, ideologisch, militärisch, ökonomisch ist diese Strategie der Konzerne notwendig geworden, weil ein breit gestreuter Kapitalexport es schließlich unmöglich macht, die Sicherheit der Investitionen zu garantieren – das würde von Anfang an schon zu einer völligen Zersplitterung des Potentials der Militärmaschine führen. Die Counterinsurgency-Aufgaben in den jeweiligen Regionen sind jetzt – zunächst – die Sache des Subzentrums, das dabei nicht zuletzt auch seine regionalen partikularen Interessen im Rahmen des imperialistischen Staatensystems zu sichern versucht, mit seinen Antiguerilla-Truppen, die von US-Militärs oder auch BRD-Polizisten ausgebildet und beraten werden. Während die ökonomische Herrschaft des imperialistischen Kapitals im Subzentrum durch die Beherrschung der Schlüsselsektoren und – in wachsendem Maße – durch das Technologiemonopol gesichert ist, kann es der abhängigen Bourgeoisie des Subzentrums (tendenziell) überlassen werden, in den übrigen Ländern der Region Projekte durchzuführen, um diese Länder zu kolonialisieren – wobei die Finanzierung dieser Projekte auch Sache des Subzentrums wird. Nach innen versucht die abhängige Bourgeoisie des Subzentrums diese Aktivität zu benutzen, um den von ihr unterdrückten Massen eine Propaganda von »Unabhängigkeit, selbständiger Entwicklung« usw. zu verkaufen und chauvinistischen Nationalismus zu erzeugen.

Das ganze ist die taktische Offensive der transnationalen Konzerne und ihrer politischen und militärischen Instrumente: konzentriert im Pentagon – aus der strategischen Defensive, in die sie – ihre Profitraten – gedrängt wurden von den Befreiungskriegen der Völker der Dritten Welt.

Studentenbewegung

Der Moment, in dem die imperialistische Strategie quantitativ und qualitativ als aggressive und expansionistische Bewegung gegen die Dritte Welt wieder relevant wurde, ist notwendig mit dem (ersten) Moment der Krise des westdeutschen Monopolkapitals in seiner Entwicklung seit ’45 zusammengefallen.

Der an diesem Punkt einsetzende Pro-

zeß markiert das Ende der Nachkriegszeit, die charakterisiert war durch anhaltende Prosperität und den Aufstieg des US-Imperialismus zur Führungsmacht des Weltsystems – er markiert das Ende der unbestrittenen Vorherrschaft des US-Imperialismus und ist als einheitlicher Prozeß zugleich eine Reflexion der politischen und ökonomischen Wirkungen, die der siegreiche Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes, die Offensive der Befreiungsbewegungen auf den US-Imperialismus hatte und damit auf sein globales Staatensystem.

In der BRD fand das auf der Seite des Kapitals seinen politischen Ausdruck im Überbau, in Veränderungen der ideologischen und repressiven Staatsapparate – im Beginn der Transformation des Staates in den faschistischen Staat.

Mit der auch formellen Beseitigung von Opposition: die Bildung der Großen Koalition, war klar geworden, daß Opposition in diesem Staat überhaupt nur noch außerparlamentarisch, antiparlamentarisch, tendenziell illegal sein kann.

Das heißt nicht, daß die SPD nicht vorher, nicht schon seit 1945, prinzipiell bereit gewesen wäre, die Geschäfte des US-Imperialismus in der BRD zu führen, daß sich ihre Führung nicht dem US-Imperialismus als »regierungsfähig« angedient hätte, wie sie ja schon zu einem Teil nach 1933 versucht hatte, mit den Faschisten zu kollaborieren – sie war immer dazu bereit, immer Partei des Imperialismus. Und das nicht klar erkannt zu haben, sagt nur was über die Illusion der Linken in diesem Land, die allerdings durch den Einzug der SPD in die Große Koalition, die Regierung des Monopolkapitals, sich auflösen mußten.

Die Eliminierung auch des bloßen Scheins von Substanz in der nach '45 übergestülpten parlamentarisch-demokratischen Hülle und die offene Reduzierung der parlamentarischen Instanzen auf einen bloßen Apparat der Akklamation, die Liquidierung auch der ausgehöhlten und zerfressenen Rituale parlamentarischer Opposition waren Ausdruck der Notwendigkeit, die imperialistische Staatsmaschine den veränderten Bedingungen der Reproduktion des Monopolkapitals anzupassen, ihre Effizienz zu steigern gegenüber der Gesellschaft, zur Sicherung der von der Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses bedrohten Kapitalproduktion.

In den USA selbst fand diese Bewegung ihren Widerspruch in den Aufständen des schwarzen Volkes, das in den Ghettos schon immer einem offen faschistischen System unterworfen war –, und im Anwachsen der Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam.

In der BRD entwickelte sich aus der transformierenden Bewegung des imperialistischen Staates als ihr Widerspruch die Studentenbewegung.

Es war die Schicht der Intellektuellen, ihre bisherige Ausbildung und soziale Position – sozusagen Fossilien aus der Epoche des Konkurrenzkapitalismus – die von den Veränderungen im Überbau besonders unmittelbar betroffen waren.

Die Funktion des Intellektuellen – Träger der Ideologie des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaats, seiner politischen und kulturellen Werte zu sein – geriet in Widerspruch zu ihrer veränderten Bestimmung als Funktion des Kontrolleurs und Technikers im monopolistischen Produktionsprozeß – wie eben der imperialistische Staat in der Form des bürgerlichen Rechtsstaats samt seiner Ideologie überhaupt der Entwicklung des transnationalen Kapitals in der strategischen Defensive, in der Bekämpfung des Falls der Profitrate, dysfunktional wird und sich auflösen muß, in den faschistischen Staat transformieren wird.

Was dieser Staat braucht, das sind nicht mehr Intellektuelle und Techniker, die sich noch dysfunktional machen über den Sinn ihrer Arbeit und über die Ideologie des Systems, sondern die bloß noch reibungslos als Teil der Maschinerie der Profitproduktion fungieren und nur im Produktionszweck: Profit – den Sinn ihrer Arbeit sehen – weiter nichts.

Das bedeutete, daß die Ausbildung umstrukturiert, den Interessen des Monopolkapitals völlig unterworfen werden mußte, die Privilegien der Intellektuellen zu beseitigen waren.

Insofern sich der Protest der Studenten gegen dieses Eindringen des Monopolkapitals in den Ausbildungsbereich richtete und damit die Erhaltung der Privilegien anstrebte, war es ein sinnloser Appell an die herrschende Klasse, dessen reaktives, konservatives Moment in der Klassenauseinandersetzung der Studentenbewegung begründet ist. Aber was dem Protest der Studentenbewegung seinen Drive, seinen Inhalt gab, was der Bruch und der Schritt zur Entwicklung des Klassenkampfes auf einer qualitativ neuen Stufe: des Widerstands und der Offensive – ermöglichte, war, daß er aus den Veränderungen der ideologischen und repressiven Staatsapparate begründet war und daher gegen den imperialistischen Staat gerichtet sein mußte und daß er den Zusammenhang dieser Veränderungen mit den globalen Veränderungen des Kräfteverhältnisses, so die Einheitlichkeit des imperialistischen Systems begriff und damit antiimperialistisch war.

Die Studentenbewegung, die damit einerseits die Bedingungen für einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Klassenkämpfe schuf, sie objektiv war, ohne es zu realisieren, konnte selbst als Massen-Bewegung diesen Sprung nicht machen, weil es noch keinen bewaffneten Kampf, keine Guerilla gab. Sie konnte diesen Sprung nicht machen, weil sie aus sich selbst – ohne den Motor der bewaffneten Avantgarde – weder die Kraft dazu entwickeln, noch überhaupt die Notwendigkeit und Möglichkeit begreifen konnte; daß aus ihr diese Avantgarde, die antiimperialistische Guerilla: RAF hervorgegangen ist, widerspricht dem nicht.

Aber die Subjektivität der Massenbewegung löste sich auf – in der klassenspezifischen Borniertheit des Kleinbürgertums, das selbst nicht seine Radikalität in proletarische Politik verwandeln, seine Militanz nicht organisieren, nicht aus sich selbst – aus seiner Deklassierung die Funktion der Proletarisierung an sich bringen – sich als revolutionäres Subjekt begreifen kann und will.

»Der Kleinbürger« – sagt Marx – »kann nur so lange eine revolutionäre Stellung gegen die Bourgeoisie behaupten, wie das Proletariat hinter ihm steht.«

Hinter der Studentenbewegung stand die proletarische Politik des vietnamesischen Befreiungskriegs, des Aufstands der Völker der Dritten Welt – aber weil die Studentenbewegung in ihrer Revolte sich der Dimension ihres Aufbruchs und ihrer eigenen Proletarisierung nicht bewußt wurde, mußte die Unmittelbarkeit der staatlichen Counterbewegung in der Einheit von Repression und Integration schließlich das Bewußtsein des Zusammenhangs des Kampfes, hier mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, zerstören und die revolutionäre Stellung der Massenbewegung zerfallen lassen – nicht mehr die proletarische Politik hinter ihr, sondern die Konfrontation mit der sozialdemokratischen Politik bestimmte ihre Stellung und führte zum Verlust ihrer Subjektivität.

»Was uns zum Subjekt macht, ist der Kampf gegen die Verdinglichung als Kampf gegen den Apparat, den Staat, in dem sich diese Entfremdung verkörpert«

(Lenin).

Weil die Studentenbewegung den Begriff des Proletariats – seine marxistische Bestimmung, wie sie sich in den Befreiungskriegen, den sozialistischen Revolutionen der Völker der Dritten Welt praktisch ausdrückte – nicht faßte, hatte sie schließlich auch keine wesentliche Schwierigkeit mehr, die Realität des imperialistischen Welt-Systems wieder aus ihrem Bewußtsein wie aus ihrer Praxis zu verdrängen. Die Countertaktik des Staates: das Amnestiegesetz kalkuliert diesen Prozeß der Entfremdung von der Realität, der Entfremdung als Interesse, fördert ihn als Maßnahme der offiziellen Rehabilitation der bürgerlichen Klassenzugehörigkeit – wobei als Alternative zu diesem Korrumpierungsangebot die Drohung mit staatlicher Verfolgung stand. Die möglich gewordene Rückkehr zur alten Klasse erstickte Antiimperialismus und Internationalismus, löschte Erfahrungen aus, restaurierte die Identität mit dem Staat, statt die Identifikation mit den Befreiungsbewegungen als ihre reale Funktion zu entwickeln.

Und es folgte dann genau aus der Logik des Bewußtseins, mit dem dieses Geschäft getätigt wurde, daß diese Linke schließlich uns als »selbsternannte Avantgarde« usw. bezeichnete, und ihr damit eben nur noch das einfiel zu proletarischer Politik, was sie in der Tat nicht ist und nie sein wird: vom Staat, vom System ernannt, legitimiert oder ähnliches –. Daß sie dabei nicht explizit sagen »vom Staat ernannt«, sondern »die Massen, das Volk« beschwören, sagt nur etwas aus über ihr Objektverhältnis zu den Massen, hinter denen sie sich verstecken; sagt nur, daß sie nicht begreifen, daß so lange die Massen nicht den Bruch mit dem Kapitalverhältnis, also dem Staat vollzogen haben, sie Objekt des Kapitals sind, ihre Identität also vom Staat bestimmt, verstaatlicht ist, daß sie den Bruch aber nur als bewußtes Subjekt des Prozesses des Aufbaus revolutionärer Gegenmacht vollziehen werden – das heißt: bewaffnet –, mobilisiert durch die Vermittlung der bewaffneten Aktion der Avantgarde, unserer Aktion, und zur Identität mit uns kommen werden: zu bewaffneter proletarischer Politik.

Wie die Reden von der »selbsternannten Avantgarde« die Identität der Linken im Prozeß des Zerfalls der Studentenbewegung mit dem Staat ausdrückt, so verweist dieser perverse, institutionalisierende Avantgardebegriff, den diese Linke hat, auf ihren verdinglichten Proletariatsbegriff.

Sie zog sich auf die unmittelbare Realität der Metropole/BRD zurück als Ausgangspunkt ihres Denkens und Handelns: Sie nahm diesen Sektor der konkreten Totalität des Weltsystems als »die ganze Realität«, so den Schein für die Wirklichkeit – und gab damit die Voraussetzung jeder Dialektik auf.

Sie kann daher diese Realität auch nur noch linear begreifen, und indem ihre Praxis sich darauf bezieht, dreht sie sich ohnmächtig verkümmernd im Kreis der Reproduktion des Kapitalverhältnisses; beweist sie nichts – außer ihre Unfähigkeit zur Transformation der Spontaneität, d.h. ihre Unfähigkeit zum Bruch.

Weil sie mit der Abkehr von der konkreten Realität und ihrem verdinglichten Proletariatsbegriff schließlich die kämpfenden Völker der Dritten Welt nur noch zum Objekt überheblicher Pseudo-Analyse machen konnte, aus der Position des chauvinistischen Weißen der Metropolen, über den Charakter und die Perspektive dieser Kämpfe grübelte – nicht aber in den kämpfenden Völkern der Dritten Welt die proletarischen Massen mehr erkannte, die »nicht zu verlieren haben als ihre Ketten« und die zum Hauptkern des Welt-Proletariats geworden sind, d.h. in

ihrem Aufstand und durch ihn zur Avantgarde der proletarischen Revolution, und in ihnen so auch nicht mehr sich selbst wiedererkannte –

war Inhalt der Politik der Studentenbewegung von diesem Punkt an nicht mehr Internationalismus, antiimperialistischer Kampf im Zentrum des Weltsystems, solidarische Aktion mit den Befreiungsbewegungen und so Vermittlung ihrer Kämpfe hier; war ihre Aktion nicht mehr militant, ihre Perspektive nicht revolutionär: bewaffneter Kampf –

sondern das Problem ihrer Politik war nur noch, wie sie an das, was sich an ihrem verdinglichten Begriff als Proletariat dieser Metropole darstellte, rankommen konnte: an die Ware, das Ding, käuflich; war, was sie als Vermittlung ausgab: Projektion ihrer Probleme auf die Massen, ihr Bezug auf die Massen, Verstecken hinter ihnen; war, was sie als Internationalismus und antiimperialistische Solidarität bezeichnete: Caritas;

waren ihre Aktionen: Rituale in den ausgekramten Klamotten der III. Internationale;

ihre Perspektive: stalinistische Sektenbildung –

die imperialistische Realität jedenfalls war ihr Problem nicht mehr.

Wie sie einerseits ohne den Begriff des Weltsystems nicht zur Transformation der Bewegung ihrer massenhaften Potenz in bewaffnete proletarische Politik kommen konnte und so nicht zur revolutionären Taktik in den Metropolen im Rahmen der strategischen Offensive der kämpfenden Völker der Dritten Welt, in dem diese Taktik zur Strategie aufsteigen wird, so mußte sie sich andererseits ablösen von den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, vom weltweiten antiimperialistischen Kampf.

Mußte sie – weil es ohne die reale, praktische integrierende Beziehung zu diesem Prozeß nur noch diese Möglichkeit und Perspektive gibt –

opportunistisch, sektiererisch, revisionistisch werden; mußte sie den Begriff des Imperialismus auf eine leere Abstraktion reduzieren: eine Phrase in der Sektensprache.

Die Höhepunkte der Studentenbewegung bestimmten auch ihre Umkehr, den Schritt zurück – zu Revision des Bruchs statt zu seiner Entwicklung.

Als auf die Mai-Demonstration der APO in Berlin 30 000 und fünf Tage später genauso viele zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn kamen, war die APO da angekommen, wogegen sie aufgebrochen war: sie kämpfte mit parlamentarischen Mitteln.

Nachdem »die Spielregeln brechen«, d.h. die bürgerliche Legalität, ihr die Entwicklung von Identität, von Subjektivität ermöglicht hatte, kämpfte sie gegen die Legalisierung von Bundeswehreinsätzen im Innern mit programmatisch leeren Händen, war sie beim bürgerlichen Antifaschismus angekommen, bei der Verteidigung des konkurrenz-kapitalistischen Rechtsstaats gegen den monopolkapitalistischen Planstaat, bei kleinbürgerlicher Opposition und Revisionismus.

Auf der Notstandsdemonstration in Bonn – und wir machen das deshalb so ausführlich, weil drin deutlich wird, worum es geht und was bei der Trennung dieser Bewegung von uns, obwohl wir sie nicht losgelassen haben, gelaufen ist – hat sich die APO ihres eigenen antiimperialistischen Bewußtseins beraubt, die Dimension: Internationalismus und damit ihre politische Relevanz aufgegeben. Sie demonstrierte, weil friedlich, daß die Gesetze nicht gegen sie gemacht würden, daß proletarische Politik nicht ihre Sache ist, daß sie die Einheitlichkeit des Weltsystems, so die Einheit des Kampfes gegen den Faschismus des imperialistischen

Staates und des bewaffneten Kampfes des vietnamesischen Volkes nicht mehr sehen wollte. Sie demonstrierte – weil friedlich und ohne Zusammenhang mehr mit Vietnam – ihre Entfernung von der Realität, so ihre Distanz zum Proletariat, was ihr Verhältnis zu proletarischer Politik ist seitdem: caritativ, dünkelhaft, distanziert; ihr Verhältnis zur Politik des imperialistischen Staates seitdem: ängstlich, komplizenhaft, korrupt, ihr Verhältnis zur Realität: zerbrochen, zerstört, entfremdet.

Was Frantz Fanon Anfang der 60er Jahre aus der Erfahrung der Insurrektion der Völker der Dritten Welt rausfand, daß man mit nur Wut, Haß, spontaner Bewegung »nicht in einem nationalen Krieg siegen, die furchtbare Kriegsmaschine des Feindes in die Flucht schlagen kann«, das fand seine Entsprechung in den Metropolen in der wesentlichen Erfahrung der Studentenbewegung: daß Spontaneität, Revolte integrierbar ist, wenn sie sich nicht bewaffnet.

Einleitung zur BRD – Sozialdemokratie – Dritte Welt

Wir haben gesagt, das sozialdemokratische Projekt gegenüber dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt ist die Vietnamisierung von Counterinsurgency, die Strategie der Unterschleichung der offenen Intervention.

Wir werden das hier etwas genauer entwickeln –

im ersten werden wir die allgemeinen Bestimmungen entwickeln

im zweiten etwas genauer Süd-Ost-Asien –

Es kommt uns hier darauf an zu zeigen, daß die Kapitalinvestitionen des multinationalen Kapitals, die dieser Staat in die Länder der Dritten Welt vermittelt und so seine Entwicklungshilfepolitik eine Funktion in der amerikanischen Militärstrategie sind – so daß, wenn wir hier gegen diesen Staat bewaffnete Aktionen durchführen, diese eine unmittelbare Funktion der Befreiungskriege an der Peripherie sind und so aus dem internationalen Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Imperialismus eine revolutionäre Offensivposition in den Metropolen.

BRD – Sozialdemokratie – Dritte Welt Erster Teil

Die kapitalistische Strategie der Bekämpfung des tendenziellen Falls der Profitrate über die Ausbeutung der höheren Mehrwertraten in der Peripherie des Weltsystems, über den ungleichen Tausch als einer Methode der ursprünglichen Akkumulation, ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den revolutionären Befreiungskriegen der Völker Asiens und Lateinamerikas angegriffen worden, die in dieser Strategie vermittelte Aggression des Kapitals gegen die Völker der Dritten Welt wurde durch den revolutionären Krieg zurückgeworfen, und – das sagen die Siege der kubanischen und algerischen Revolution – der Imperialismus und seine Profite wurden in die strategische Defensive gezwungen.

Die Metropolen des Weltsystems sind von der Avantgarde des Weltproletariats, dem Krieg der Dritten Welt, eingekreist. Die offensive proletarische Politik an der Peripherie engt die geographischen Grenzen des Kapitals ein, und indem der Prozeß der globalen Insurrektion so Quelle um Quelle imperialistischer Extraprofite den transnationalen Konzernen in der Dritten Welt zudreht, wirft er das Kapital zurück auf die Metropole.

Im Maß wie die höheren Mehrwertraten in der Peripherie nicht mehr zu Steigerung oder Stabilisierung der Durchschnittprofitrate des Zentrums verfügbar gemacht werden können, muß die kapitalistische Strategie der Bekämpfung des Falls der Profitrate das Proletariat in der

Metropole zu ihrem Ziel machen. D.h. daß das Kapital das Proletariat in den Metropolen mit Methoden der ursprünglichen Akkumulation ausbeuten, von der relativen zur absoluten Mehrwertproduktion übergehen muß – was sich im Maß der Vergesellschaftung nur institutionell durchsetzen läßt.

Es ist klar, daß die kapitalistische Strategie weiter gegen die Dritte Welt gerichtet ist und mit allen Mitteln versucht, die Initiative zurückzugewinnen – wir werden das noch untersuchen. Denn es ergibt sich aus der kapitalistischen Strategie gegen das Proletariat in den Metropolen, weil die Beseitigung der politischen Grenzen die Voraussetzung und Bedingung aller aggressiven Versuche einer Rekonstruktion in der Dritten Welt und einer erneuten Phase kapitalistischer Expansion sind.

Che in seiner Botschaft an die Tricontinentale[185]:

»Man muß endlich berücksichtigen, daß der Imperialismus ein Weltsystem, die letzte Stufe des Kapitalismus ist. Er muß in einer großen weltweiten Auseinandersetzung besiegt werden. Das strategische Ziel muß die Zerstörung des Imperialismus sein. Die Aufgabe, die uns, den Ausgebeuteten und Zurückgebliebenen der Welt, gestellt ist, besteht in der Eliminierung der Ernährungsbasen des Imperialismus.«

Das beschreibt die Führungsfunktion der Front, ihre Avantgarde-Rolle in der weltweiten Auseinandersetzung, weil sie die untersten Massen sind, ihr Standpunkt daher nur die radikale Negation des Imperialismus sein kann, ihre Befreiung das ganze System zerstören muß – und weil die Insurrektion dort aus der strategischen Situation der Weltdörfer, die den Imperialismus zu einem komplizierten Kampf auf fremden und feindlichen Territorien zwingen und seine Kräfte zersplittern, die Bedingungen des gesamten Systems verändert, den Belagerungsring um die Weltstädte zusammenziehen kann und die Profite des in den Zentren akkumulierten Kapitals weiter einkreist, so die Investitionsrichtungen und die Zusammensetzung des Kapitals verändert.

Revolutionäres Subjekt dieser Prozesse der Kapitalbewegung ist so die Befreiungsbewegung, war das vietnamesische Volk – denn Gewalt ist auch eine ökonomische Potenz, die revolutionäre sowie die konterrevolutionäre Gewalt.

In Vietnam hat der Befreiungskrieg den US-Imperialismus und sein Staatensystem politisch, ökonomisch und militärisch in die Krise gestürzt.

Der Widerspruch zwischen Weltproletariat und Kapital ist im Kampf des vietnamesischen Volkes antagonistisch geworden und hat dem Imperialismus, indem er ihn an diesem Punkt besiegte, seine Maschine zerschlug, eine strategische Niederlage mit globalen Wirkungen versetzt, die unter den Bedingungen des in dieser Phase bestehenden Kräfteverhältnisses die Sache kippt – strategisch entscheidend –.

Weil hier die untersten des Weltproletariats im bewaffneten Kampf, an der proletarischen Strategie des Krieges für die Befreiung vom Kapital und aus der Unterentwicklung, die Avantgarde der weltweiten Insurrektion konstituiert haben, so wird ihr Kampf Orientierung und Vermittlung für den Anfang des Befreiungskrieges in den Metropolen, in Euro-

185 Treffen von Befreiungsbewegungen der »drei zurückgeblieben Kontinente, Amerika, Afrika und Asien« (Che) in Kuba.

pa, IRA, ETA, korsische u.a. autonomistischen Bewegungen.[186]

Strategisch entscheidend, weil in Vietnam die Strategie des Kapitals auf dem theoretischen und praktischen Vorrang der Fixierung des Kräfteverhältnisses insistiert hat:

Weil sie hier das Beispiel auslöschen wollten, um den Völkern der Welt zu demonstrieren, daß Befreiung unmöglich ist und die imperialistische Gewalt die Verewigung der kapitalistischen Herrschaft mit allen Mitteln garantieren würde, daß sie sie auch mit Völkermord zu sichern entschlossen ist – und hier ist sie besiegt worden. Hier bricht das Projekt beispielhafter Demonstration imperialistischer Unbesiegbarkeit und absoluter Fähigkeit zur Sicherung des Status quo zusammen.

Hier entwickelte sich in der Dialektik der Strategie des Proletariats und der als extremste konterrevolutionäre Gewalt gefaßten Strategie des Kapitals die revolutionäre Kraft für die Offensive gegen den Imperialismus – in den drei Kontinenten der Befreiungskriege und in der Metropole die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Stadtguerilla.

Lin Biao 1963:

»Vietnam [ist] das überzeugendste Beispiel dafür, wie ein Opfer einer Aggression der USA in einem Volkskrieg siegt. Die USA haben aus Südvietnam ein Versuchsgelände gemacht, wie man den Volkskrieg unterdrückt. Sie haben Experimente durch viele Jahre fortgesetzt, und jetzt kann jedermann sehen, daß die USA-Aggressoren keinen Ausweg mehr finden, um sich gegen den Volkskrieg zu behaupten. Auf der anderen Seite aber hat das vietnamesische Volk seine Kraft im Volkskrieg gegen die USA-Aggressoren voll zur Geltung gebracht. Die USA-Aggressoren sind in Gefahr, im Volkskrieg in Vietnam unterzugehen. Sie befürchten sehr, daß ihre Niederlage in Vietnam eine Kettenreaktion auslösen könnte. Sie weiten den Krieg aus und machen damit einen Versuch, die Niederlage abzuwenden. Aber je mehr sie den Krieg ausweiten, um so stärker wird die Kettenreaktion sein. Je weiter sie bei der ›Eskalation‹ ihres Krieges gehen, um so tiefer wird ihr Fall sein und um so katastrophaler ihre Niederlage; um so klarer werden die Völker in anderen Teilen der Welt sehen, daß der US-Imperialismus besiegt werden kann und daß sie das, was das vietnamesische Volk kann, auch können.« Er sagt das – zehn Jahre vor dem Tag, an dem das letzte pig über das Botschaftsdach davonkriechen mußte.

Weil das imperialistische Weltsystem in den vergangenen Jahrzehnten seinen Grundwiderspruch in seine Peripherien verlagert und er sich dort zuerst zum Antagonismus entwickelt, zeigt sich die Schwäche, manifestieren sich alle inneren Widersprüche des Kapitals zuerst in der Dritten Welt und in den inneren kolonialen Metropolen, reduziert sich die Perspektive aller seiner Projekte dort zuerst auf das, was sie schließlich überhaupt nur noch sein können: Genozid-Strategien – zuerst dort, wo die Insurrektion, der bewußte Aufstand gegen das Kapital, am weitesten entwickelt ist.

Aus den USA, dem Zentrum der transnationalen Konzerne als den Protagonisten der Tendenz, kommt – nachdem 15 Jahre nach den Allianzen für den Fortschritt die Lüge des Rostowschen Ent-

186 Neben Nordirland (IRA) und dem Baskenland (ETA) entwickelten sich auch in vielen anderen europäischen Regionen militante Autonomie-Bewegungen, die teilweise auch sozialistische Zielsetzungen verfolgen. So zum Beispiel auf Korsika und Sardinien, den Kanarischen Inseln, in Katalonien und der Bretagne.

wicklungsmodells[187] und seine rein demagogische Funktion im wachsenden Hunger evident geworden ist – der Vorschlag, ein paar hundert Millionen Menschen einfach verhungern zu lassen.

Es sind für den Imperialismus zu viele, um sie zu ernähren, und es sind so viel zu viele, um sie der Repression zu unterwerfen.

Aber es ist zu spät, die Sache »eindämmen und neutralisieren« zu wollen. Was das Kapital will: die von der Partizipation an der Entwicklung des imperialistischen Weltsystems ausgeschlossenen Massen –

und das waren 1970 nach einer Schätzung der Welternährungsorganisation FAO 1,2 Milliarden Menschen in der Dritten Welt, die in Armut und Elend leben, etwa eine Milliarde, die mangelhaft ernährt und 500 Millionen, die ständig unterernährt sind –

auch formell aus der imperialistischen Reproduktion ausschließen, sie sozusagen aus dem Weltsystem wieder »entlassen« – nur noch Rohstoffe von dort beziehen –

läuft nicht:

– weil das Kapital dort Strukturen an der Basis und im Überbau produziert hat – die traditionellen, vor allem die der Subsistenzwirtschaft zerstört – die imperialistisch sind und die die Völker zwingen, den Imperialismus als den Feind ihres Lebens, ihre Würde, ihrer Menschlichkeit zu identifizieren und in der Front gegen den Imperialismus zu kämpfen –.

Es ist ein widersprüchlicher Prozeß – je mehr der Imperialismus durch die proletarischen Massen in der Dritten Welt, die er selbst durch die Strukturierung der Peripherie nach seinen Akkumulationsbedürfnissen vom System ausgeschlossen, marginalisiert, zu den Verdammten der Erde und so zu einem gewaltigen Potential des Befreiungskriegs gemacht hat, bedroht und auf seine Akkumulationszentren zurückgeworfen wird; je mehr hier die Ausbeutung intensiviert werden muß durch Technologie und Erhöhung der Maschinerie;

je mehr in diesem Prozeß die Produktion vergesellschaftet, das Kapital konzentriert wird und in der Tendenz zur Automation die Quelle des Tauschwerts, die lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozeß eliminiert, den Wert auflöst – desto mehr braucht das Kapital die Ausbeutung der Peripherie, den dort produzierten Wert.

Nicht nur, weil der Drang nach schrankenloser Ausdehnung »dem Kapital eigen ist«,

sondern

das Kapital kann nicht durch eine bloße Erhöhung der Mehrwertraten in den Metropolen die Entwicklung stabilisieren. Das verlangt eine Dimension des Zwangs, die Klassenkämpfe mobilisiert, so die organische Zusammensetzung weiter erhöht, die Tendenz zur Automation verstärkt und die Profitrate von diesem Punkt wieder angreift –

den Widerspruch also nur auf einer höheren Ebene zur krisenhaften Zuspitzung entwickelt.

Das Kapital muß also,

während es in den Metropolen das Kapitalverhältnis vermittels der außerökonomischen Zwangsgewalt des Staates in ein direkt politisches Verhältnis transformiert, weil es expandieren muß,

die Peripherien weiter ausplündern,

muß sich den dort produzierten Wert

187 Walt W. Rostow war Wirtschaftsberater von Kennedy, er begründete die Ausplünderung der Dritten Welt nach der gängigen wirtschaftsliberalen Argumentation, daß durch Kapitalhilfe und Know-how-Beratung in den Ländern der 3.Welt ein Entwicklungstand erreicht werden würde, mit dem sie aus eigener Kraft Massenproduktion und Massenkonsum, d.h. Wohlstand und Demokratie erreichen würden.

(über den ungleichen Tausch) aneignen, um ihn in den Akkumulationszentren zu realisieren.

Unter den Bedingungen der Offensive der Befreiungskriege sind dazu neue Repressionstechnologien nötig, mußten die Herrschaftsbeziehungen zur Dritten Welt umstrukturiert werden.

Das heißt also,

während die großen Massen der Völker der Dritten Welt aus dem System ausgeschlossen werden, gegen sie eine Politik der Ausrottung durch Hunger und – wo sie dagegen kämpfen – counterinsurgency, in jedem Fall eine Politik des Genozids gerichtet wird, werden die Kapitalinteressen auf jene Gebiete konzentriert, die noch nicht von der Insurrektion erfaßt sind, und es wird eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung entwickelt.

Das Ziel ist,

die klassische industrielle Produktion – die nicht automatisierte, die aus der lebendigen Arbeit den Mehrwert pressende – in »politisch stabile«, d.h. faschistisch beherrschte Peripherieländer auszulagern, und in den Metropolen die technologisch am höchsten entwickelten Produktionszweige zu monopolisieren, so die ungleiche Entwicklung als die Grundlage des Imperialismus noch einmal auf einer neuen Ebene zu rekonstruieren, im Kampf gegen die tendenziell auf Null fallende Profitrate, gegen den Klassenkampf.

Das ist die Konzeption imperialistischer »Entwicklungs«politik als »Industrialisierung der Dritten Welt« –,

und Genscher, Bahr, Eppler haben oft genug klar gemacht, daß »arbeitsintensive« Produkte in die Dritte Welt gehören; inzwischen wird kaum noch versucht, das als Maßnahme gegen Hunger in der Dritten Welt zu verkaufen; Sache ist, – offen – daß da was zu holen ist:

»Es ist auf die Dauer wirtschaftlich unsinnig« – sagt Bahr – »bei uns Waren zu produzieren, die in Entwicklungsländern mit ungelernten und billigen Arbeitskräften ohne großen Kapitaleinsatz und mit billigeren Rohstoffen hergestellt werden können. Solche Produkte müssen – auch im Interesse der Verbraucher – künftig verstärkt importiert werden« – die andere Seite des Projekt faßt Ulrich vom Vorstand der Deutschen Bank zusammen: »Wir sind ein Land ohne Rohstoffe und benötigen daher hochwertige Industrieproduktionen. Industrielles Know-how ist unsere Stärke. Die dürfen wir nicht gefährden.« (*Wirtschaftswoche* 5/75) – Gefährdung – das wäre die Vermittlung von Know-how, die Weitergabe von Technologien an die Länder der Dritten Welt.

Die imperialistischen Metropolen besitzen das Technologiemonopol und bauen es weiter aus, durch eine weltweite neue selektive Arbeitsteilung: durch Verlagerung arbeitsintensiver Produktion in imperialistische Subzentren und Belieferung regionaler Exportmärkte – von dort aus nimmt die strategische Bedeutung des Technologiemonopols enorm zu. Sie ist ein anderer Aspekt des ungleichen Tauschs. Amin[188] stellt fest:

»UNCTAD, das Komitee der Vereinigten Nationen für Handel und Entwicklung, hat versucht, die Höhe der Beiträge zu errechnen, die die unterentwickelten Länder den entwickelten für Technologie in den verschiedenen Formen bezahlen: Abgaben und Gebühren für die Benutzung von Patenten, Profite für die Beteiligung von Auslandskapital,

188 S. Amin: Vertreter der Dependenztheorie, die in den sechziger und siebziger Jahren, ausgehend vom Marxismus, die strukturelle Abhängikeit der 3.Welt auf ihre Ursachen und Entwicklungen untersuchte, u.a. in: »Kapitalistische Weltökonomie«.

die nur durch Lizenzen bezahlt werden, hohe Preise bei den Ersatzteilen und der Wartung verkaufter Anlagen usw. Die niedrigste Schätzung, die UNCTAD als viel zu tief ansieht, liegt bei 1,5 Mrd. Dollar für 1968. Nun nehmen aber diese Transfers im Rhythmus von 20 % pro Jahr zu und werden schon 1980 neun Mrd. Dollar, d.h. 20 % der wahrscheinlichen Exporte der unterentwickelten Länder Ende der siebziger Jahre darstellen. Es handelt sich hier wiederum um einen Monopolpreis des allerabsolutesten Monopols, nämlich der Technik. Solange die Produktionstechnologien relativ einfach blieben, verlangte die Monopolisierung des Know-hows die direkte Kontrolle der Produktionsmittel, d.h. praktisch durch ausländischen Kapitalbesitz. Diese direkte Aneignung wird tendenziell unnötig, sobald über den Umweg der Technologie das Kapital der Zentren die Industrien der Dritten Welt beherrschen und aus ihnen substantielle Profite ziehen kann, ohne erst ihre Errichtung bezahlen zu müssen.«

Indem es das Kapital den herrschenden Eliten in den Ländern der Dritten Welt überläßt, dort eine Entwicklung in der Form von nationalstaatlichem Eigentum selbst durchzuführen – auch was die Finanzierung betrifft –, sie selbst eine klassische industrielle Produktionsmaschinerie errichten läßt – während es sich selbst in seinen Akkumulationszentren auf Automation, Elektronik, Atom-, Luft-, Raumfahrtindustrie usw. konzentriert – wird es die Direktinvestition von Kapital in der Dritten Welt als Herrschaftsinstrument tendenziell überflüssig machen. Selbst die einfachste Nationalisierung des ausländischen Kapitals in den Ländern der Dritten Welt kann die Reproduktion von Ungleichheit und Abhängigkeit nicht beenden. An der Desintegration der Sektoren der peripheren Wirtschaft, an ihrer Außengerichtetheit durch die Dominanz des Exportsektors, an der Stagnation der übrigen Sektoren – insbesondere der Agrarproduktion für die eigene Versorgung – als Folge des ständigen Profittransfers in die Metropolen und der Irrelevanz aller technischen Fortschritte im industriellen Exportsektor für die übrigen Sektoren – einfach: an der imperialistischen, deformierten Struktur des peripheren Kapitalismus – kann sich nichts ändern. Mit den proletarisierten und marginalisierten Massen hat diese »Entwicklung« nur insofern was zu tun, als sie sie in noch stärkerem Maße vom Land an die Ränder der Städte zieht, als Reservearmee ohne reale Hoffnung auf Arbeit in Slums – hungern – die Ausgestoßenen des Systems der kapitalistischen Entwicklung.

Iran und Brasilien – die wachsenden Gürtel der Slums um Teheran und São Paulo – zeigen beispielhaft Folgen einer Entwicklung, die nach der Konzeption der neuen Arbeitsteilung an dem von den Multis beherrschten Weltmarkt orientiert verläuft – wie die Repression Pahlevis[189] und der brasilianischen Militärs, beispielhaft die politische Form dieser Entwicklung: Terror, Folter, Faschismus.

Es kann keine unabhängige, nationale Entwicklung geben unter den Bedingungen des Technologiemonopols der Konzerne und der Integration in den imperialistisch beherrschten Weltmarkt – so gibt es nur die Reproduktion von Abhängigkeit und Außengerichtetheit (wofür die Richtung der Petro-Dollar-Investitionen des Schahs: in die Metropolen ein Sym-

189 Mohammed Resa Pahlevi, Schah von Persien, wurde als Thronnachfolger 1941 eingesetzt, verließ nach der Auseinandersetzung mit Ministerpräsident Mossadegh den Iran und wurde nach dem Militärputsch 1953 wieder eingesetzt. In der islamischen Revolution 1979 gestürzt.

ptom ist).

Selbst wenn sich Subzentren der Akkumulation in nationalstaatlichem Eigentum entwickeln können – wie die OPEC-Länder, die sich nicht wegen fehlender Eigenmittel von den imperialistischen Organisationen wie der Weltbank und dem internationalen Währungsfond Kredite beschaffen und damit Bedingungen diktieren lassen müssen – sind diese Kapitale gezwungen, auf dem vom Imperialismus beherrschten Weltwaren- und Kapitalmarkt zu fungieren.

Und der Weltmarkt ist von einer Handvoll transnationaler Konzerne besetzt und geplant. Sie besitzen die Technologie der Konzernplanung und -steuerung, der langfristigen Absatzplanung aufgrund ihrer Informationsmonopole über die Bedingungen des Weltmarkts, sie verfügen über Währungsreserven, deren Bewegungen die nationalen Währungen in der Dritten Welt erschüttern und unterminieren können; ihren Strategien dienen die Rohstoffreserven der US-Regierung, deren Einsatz die Weltmarktpreise heben oder senken kann; sie fertigen Länderstudien an, um Investitions- und Absatzstrategien zu entwickeln, die der CIA mit counterinsurgency politisch sichert. Die kybernetischen Techniken[190] zur Unternehmensorganisation, d.h. zur Auspressung von Mehrwert, Erhöhung der Profitraten, sind von ihnen monopolisiert. Es kann keine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung für die Völker der Dritten Welt geben, keinen gerechten Tausch untereinander, keine solidarische Hilfe beim Aufbau, keine Ökonomie der Rohstoffe, keine Herrschaft der Arbeiter in der Produktion, solange die Konzerne die Akkumulationsbedingungen der Weltwirtschaft – indirekt auch die Binnenmärkte der politisch unabhängigen sozialistischen Staaten – beherrschen, der Produktion ihren mörderischen Rhythmus, ihre destruktive Richtung aufzwingen.

Die Voraussetzung für jede Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, deren Sektoren miteinander integriert sind und nicht mehr von einem Exportsektor beherrscht und verzerrt werden, einer Wirtschaft, die für das Volk funktioniert, ist die Enteignung des imperialistischen Kapitals und die Zerschlagung der Fessel des Landes an den imperialistischen Weltmarkt, so die Entwicklung des Agrarsektors, der nationalen Industrialisierung. Das ist nur möglich unter den Bedingungen der Politik sozialer Revolution, damit internationalistischer, antiimperialistischer Politik, weltweit, für die endgültige und restlose Vernichtung des Weltsystems der Konzerne.

Erst das wird neue Abhängigkeit, neue Deformierung und Blockierung der Entwicklung ausschließen.

Dagegen läuft der Versuch des Systems der transnationalen Konzerne, der Dritten Welt eine neue Form der internationalen, ungleichen Spezialisierung aufzuzwingen – ihnen, verpackt in der Demagogie der »Kooperation«, die arbeitsintensive Produktion für die Metropolen, für die Profite der transnationalen Konzerne, anzudrehen, wie Genscher es vor der 7. UN-Sondergeneralversammlung ausdrückte: Die BRD sieht »die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung als auch im eigenen Interesse liegend an« –

Dem imperialistischen Staatensystem mit den USA an der Spitze steht außer militärischen und ökonomischen Strategien ein ganzes Arsenal zur Verfügung,

190 Die Kybernetik dient dazu, die Gesetzmäßgkeiten von Informationsgewinnung und Steuerung in der Natur zu erkennen und auf die Steuerung im Bereich menschlicher Aktivität zu übertragen.

um in strategischen Sektoren der Länder der Dritten Welt politische Autonomie zu verhindern und zu untergraben.

Strategische Sektoren sind Ausbildung, Erziehung und Massenkommunikation.

Der Imperialismus weiß, daß ihre Beherrschung, die Verfügung über strategische Punkte neokolonialer Aggression und Durchdringung stört, so die Reproduktion der von ihm geschaffenen sozialen Strukturen kolonialer Unterentwicklung und Erniedrigung. Wo zum Beispiel die Frelimo[191] im Kampf um die Erziehung und Ausbildung der Kinder Schulhefte und Bleistifte fehlen, setzt der Imperialismus Nachrichtenagenturen ein, entwickelt Kommunikationssatelliten und Strategien der Gehirnwäsche, produzieren zahllose Agenturen Lernmaterial, Filme, Bücher, Radio- und TV-Programme, um sie zu verkaufen und als, wie es heißt, Entwicklungshilfe gezielt zu verteilen:

Während das Kapital über den Weltmarkt versucht, alle Länder, auch die befreiten, in eine Funktion der imperialistischen Akkumulation zu zwingen und – wo ihm das gelingt – damit auch den Absatz für seine imperialistischen Lern- und Ausbildungsprogramme und seine faschistischen Hollywoodheldenserien sichert – und die erreichen 500 Millionen TV-Zuschauer in 95 Ländern –, entwickelt diese Propaganda das ideologische Klima zur Erhaltung seiner Herrschaft. »Das Fernsehen mit seiner universalen Sprache hat sich als wirksames Instrument erwiesen, die Ideologie des Konsums zu verbreiten«, stellte eine UNESCO-Studie fest – und die Ideologie des Konsums ist die des sich in seine Unterwerfung fügenden Objekts, – weshalb Bahr auch erklärt: »Für die Entwicklung der Dritten Welt ist Medienpolitik eine Aufgabe, die unmittelbar nach der Sicherstellung der Ernährung rangiert und mindestens gleich wichtig ist wie Wirtschafts-, Währungs- oder Bevölkerungspolitik.« Was heißt, daß Bahr vom Standpunkt des Imperialismus richtig davon ausgeht, daß Gehirnwäsche genauso wichtig ist wie Ausplünderung, Auspressung und Ausrottung in der Dritten Welt, daß das die miteinander verbundenen Bedingungen der Politik der SPD in der Dritten Welt sind.

Das taktische Projekt, das über die westdeutsche Außenpolitik und die Sozialdemokratie läuft, ist die Funktion der Sozialdemokratie in der konterrevolutionären Strategie der Ungleichzeitigkeit, zur Sicherung der ungleichen internationalen Arbeitsteilung auf einer neuen Ebene – das ist der Zweck von Brandts, Wischnewskis und Genschers Reisen nach Nahost – zu Sadat, Chaled (und Rabin natürlich) –, nach Afrika und Lateinamerika, zu Mobutu wie zu Echeverria

191 FRELIMO; Die Frente de Libertação de Moçambique entstand 1962 als Zusammenschluß von verschiedenen Guerillagruppen und führte ab 1965 im Norden des Landes bewaffnete Aktionen für die endgültige Unabhängigkeit des Landes durch. Nach der Revolution in Portugal erreichte die FRELIMO 1975 in Verhandlungen die Unabhängigkeit und die Machtübernahme. Sie verkündete 1977 die Volksrepublik Moçambique und eine marxistisch-leninistische Programmatik. Die von Südafrika und anderen imperialistischen Staaten unterstützte Counterguerilla RENAMO verwickelte das Land in einen langwierigen Bürgerkrieg (bis 1991 ca. 700 000 Tote und 1 Million Flüchtlinge) und sabotierten wirkungsvoll einen sozialistischen Aufbau. Die zunehmend schwierigere wirtschaftliche Situation zwang die FRELIMO 1984, die Unterstützung für die Guerilla des südafrikanischen ANC einzustellen, während Südafrika die RENAMO weiterhin illegal unterstützte. 1989 löste sich die FRELIMO offiziell vom Marxismus-Leninismus. Trotz des unterzeichneten Waffenstillstandes führte die RENAMO den Bürgerkrieg mit blutigen Massakern an der mocambiquanischen Bevölkerung fort.

und Peres[192]: durch Erpressung, Bestechung, Korruption die Bedingungen für den Verrat und die bedingungslose Unterwerfung unter die transnationalen Konzerne zu schaffen, weil der US-Imperialismus nackt als die Verkörperung der Verbrechen der Genozidstrategie vor der Welt steht; und seine Repräsentanten viele Länder der Dritten Welt nicht betreten können, ohne daß dort der Ausnahmezustand verhängt werden muß – schickt er die sozialdemokratischen Masken vor.

Auch hier haben sich die Verhältnisse umgekehrt: operiert das westdeutsche Kapital während des Aufstiegs des US-Imperialismus im Schatten seiner Aggression, unter dem Schutz seiner politisch-militärischen Macht, so soll die westdeutsche Politik jetzt der Aggression der transnationalen Konzerne mit verdeckten Methoden den Weg bahnen, wo sie anders nicht mehr hinkommen können, weil die Macht ihrer politischen und militärischen Maschine in der Offensive des weltweiten Befreiungskrieges gebrochen worden ist, den Mythos ihrer Unbesiegbarkeit verloren hat.

»Bonn« – sagt Genscher (lt. *Spiegel* 48/75) – »müsse überall dort einspringen, wo die Amerikaner, Briten und Franzosen in der Dritten Welt aus ihren angestammten Positionen verdrängt werden.« Das ist: Südeuropa, Nahost, Nordafrika, Schwarzafrika, Lateinamerika – wie er sich das denkt.

Wo Erpressung, Bestechung, Korrumpierung nicht ausreichen, um aus defätistischen ganze Verräter und Kapitulanten zu machen – und weil das schließlich auch getarnt werden muß – besteht die Politik Bonns gegenüber den Ländern der Dritten Welt zu einem wichtigen Teil darin, bei diesen Politikern Hoffnungen zu erzeugen, Versprechungen zu machen, bei denen von vornherein klar ist, sie nicht zu halten und deren Zweck ist, die wirklichen Interessen und Ziele zu verstecken, Zeit zu gewinnen, die »Konfrontation« zu verzögern: denn die Strategen des Kapitals wissen: daß in der Konfrontation der Imperialismus Bedingungen nicht mehr politisch, militärisch, ideologisch deutet.

So hat die Bundesregierung »ohne Vorbehalt« dem Abschlußtext der 7. UN-Sondergeneralversammlung zugestimmt, in deren Präambel die Prinzipien der Grundsatzerklärung des Aktionsprogramms für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung anerkannt werden, die abzielen auf

– Abschluß von Rohstoffabkommen

– Indexierung der Rohstoffpreise, d.h. ihre Bindung an die Entwicklung der Preise von Industriegütern, um so die weitere Verschlechterung der ungleichen Terms of trade zu verhindern,

– Befürwortung der Bildung von Zusammenschlüssen der rohstoffproduzierenden Länder nach dem Muster der OPEC,

– Enteignung von ausländischem Kapital allein nach dem nationalsozialistischen Recht.

Prinzipien, gegen die die Bundesregierung sich noch ein Jahr früher bei der 6. UN-Sondergeneralversammlung ausgesprochen hatte. Sie hat jetzt mit ihrer Zustimmung außerdem die Absichtserklärung akzeptiert, bis zum Ende der 70er Jahre die »Entwicklungshilfe« auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, und sie hat der Verbindung der IWF-Sonderziehungsrechte mit »Entwicklungshilfe« zugestimmt.

Weil das parallel zu den Bonner Haushaltsberatungen lief, wo nicht eine Erhöhung der »Entwicklungshilfe« von gegenwärtig 0,37 % des BSP, sondern eine Kürzung der Mittel für die Dritte Welt beschlossen wurde – und auf lange Sicht –, weil die Ablehnung von Rohstoffabkommen, Preisindexierung, Produzentenkartellen, Enteignungen, aller vor den UN anerkannten Prinzipien als Politik der Bundesregierung bekannt ist, stellt sie hier sofort klar, daß es sich da in New York schließlich um eine »unverbindliche Absichtserklärung« handele. Die *FR* nennt das eine »Beruhigungs- und Verzögerungspolitik« und führt den Bonner Vorschlag der »Stabilisierung der Exporterlöse« als ein gutes Beispiel für diese Taktik zur Vermeidung des Konflikts mit der Dritten Welt an.

Newsweek, ohne Bemühung um Diskretion klarer: es geht darum, die Forderungen der Länder der Dritten Welt totzureden.

So ist die Aufregung einiger imperialistischer Gruppen – um die CDU – über die Zustimmung der Bundesregierung zum Abschlußtext der 7. Sondergeneralversammlung und ihr Hinweis darauf, daß die USA das nicht getan haben, sondern ihr Botschafter »keinen Zweifel daran ließ, daß es für Washington niemals eine neue Weltwirtschaftsordnung auf Kosten der freien Marktkräfte« – also der transnationalen Konzerne – geben wird, nur ein Ausdruck des Unverständnisses dieser Gruppen – die Brandt vom Standpunkt der sozialdemokratischen Konzeption daher auch zu recht als »Sicherheitsrisiko« für die Bonner Außenpolitik bezeichnete – für die Verteilung der politischen Aufgaben innerhalb der Globalstrategie.

Den US bleibt nichts anderes als »keinen Zweifel« an ihrer imperialistischen Politik zu lassen:

Denn es bestehen keine mehr.

Sie haben kein »Gesicht« mehr, daß sie noch vor den Völkern der Dritten Welt verlieren könnten. Aber die Bonner Sozialdemokraten haben das noch – was ihre scheinbar widersprüchliche Politik bestimmt.

Genscher – in seiner Rede vor der 7. Sondergeneralversammlung – bringt es, die Verewigung der ungleichen Entwicklung des Weltsystems voraussetzen und die Länder der Dritten Welt mit ihrer eigenen Abhängigkeit und Unterentwicklung zu Wohlverhalten und Akzeptierung ihrer ausgebeuteten Stellung im Weltsystem erpressen zu wollen:

»Interdependenz« – sagt Genscher – »bestimmt heute auch die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungs-

192 Muhammad Anwar As Sadat: Ab 1970 als Nachfolger von Nasser Staatspräsident von Ägypten, verfügte 1972 den Abzug von 500000 sowjetischen Technikern und Militärberatern, schloß 1979 einen Friedensvertrag mit Israel und wurde dafür 1981 (wahrscheinlich von einer islamischen Gruppe) getötet.
Ibn Abd Al Asis Ibn Saud Chaled war von 1975 bis 1982 König von Saudi-Arabien.
Yitzhak Rabin: Israelischer Militär und Politiker. Im Sechstagekrieg 1967 leitete er die erfolgreichen Operationen der israelischen Armee. Von 1974 bis 1977 war er Ministerpräsident, von 1984 bis 1990 Verteidigungsminister, ab 1992 wieder Ministerpräsident. In dieser Funktion war Rabin maßgeblich am Zustandekommen des Autonomieabkommens mit den Palästinensern beteiligt, prägte die Formel »Land gegen Frieden« und wurde am 4.11.1995 von einem militanten Zionisten erschossen.
Joseph Désire Mobutu: Seit 1965 durch Putsch ernannter Staatspräsident von Zaire. Er sicherte den Zugriff internationaler Konzerne auf die Rohstoffrecourcen. Seine autokratische Herrschaft wurde 1997 durch die kongolesische Befreiungsarmee und deren Chef Kabila beendet.
Álvarez Echeverría: 1970 bis 1976 Staatspräsident von Mexiko.
Shimon Peres: 1977 und 1984 bis 1986 israelischer Premierminister, unter Rabin bis 1995 Außenminister. Nach der Ermordung Yitzhak Rabins übernimmt Peres kommissarisch das Amt des Ministerpräsidenten. Im Februar 1996 wird Peres zugunsten des Likud-Politikers Benjamin Netanjahu abgewählt.

ländern: Brauchen die Industrieländer Rohstoffe und Öl der Entwicklungsländer, so brauchen diese Kapital, Technologie und Getreide der Industrieländer. Jede Seite braucht für den Absatz ihrer Produkte den Markt der anderen.

Von den Exporten der Entwicklungsländer nehmen 75 Prozent alleine die OECD-Länder auf; 20 Prozent sind Austausch zwischen den Entwicklungsländern selbst; fünf Prozent gehen in die Staatshandelsländer.

Das bedeutet: die Wachstumsrate der marktwirtschaftlichen Industrieländer und die Wachstumsraten der Entwicklungsländer stehen in unauflösbarem Zusammenhang. Verlangsamung des Wachstums in den OECD-Ländern führt über den Rückgang der Einfuhren automatisch auch zur Verlangsamung des Wachstums in den Entwicklungsländern. Wenn es dafür eines Beweises bedarf, so liefert ihn die gegenwärtige Lage.

Beide Seiten also können entweder gemeinsam expandieren oder sie müssen gemeinsam stagnieren. Wer die Wachstumschancen des anderen nicht berücksichtigt, gefährdet auch das eigene Wachstum. Wer durch seine Politik das Wachstum des anderen gar beeinträchtigt, schadet mit Sicherheit im Endeffekt auch sich selbst.

Für die praktische Politik bedeutet das: keine Seite kann gewinnen, wenn sie Ansprüche durchsetzt, die mit einem kontinuierlichen Wachstum der Weltwirtschaft unvereinbar sind. Umverteilung vorhandener Güter in einer stagnierenden Wirtschaft führt nicht weiter; Entwicklung läßt sich dauerhaft nur beschleunigen innerhalb einer expandierten Weltwirtschaft. In einer interdependenten Welt führen Konnotation und einseitiges Handeln ohne Rücksicht auf den anderen unausweichlich dazu, daß am Ende alle Parteien verlieren. Interdependenz heißt also Zwang zur Zusammenarbeit und gemeinsamer Verantwortung. Sie bringt aber ebenso eine große Chance: durch Kooperation können wir heute gemeinsam wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt für alle erreichen. Kooperation muß deshalb heute wie für die Zukunft die Grundlage des Zusammenlebens auf dieser Erde sein.«

Genscher täuscht, um die Ziele des US-Imperialismus in der Dritten Welt zu realisieren, eine »Gleichheit« der Staaten innerhalb der »Weltmarktwirtschaft« vor, »Interessenausgleich« von »Partnern« »in völliger Gleichberechtigung« – um die Ungleichheit zu erhalten und zu verewigen. Er droht den Ländern der Dritten Welt mit der imperialistischen Beherrschung des Weltmarktes und versucht sie mit der »gegenwärtigen Lage« zu erschrecken – um zu verhindern, daß diese Lage geändert wird. Aber hinter Genschers Beschwörung einer angeblichen »Interdependenz«, die immer nur meint das Wachstum der imperialistischen Profite auf Kosten der Entwicklung der Dritten Welt, daß die Völker der Dritten Welt hungern, wenn es den US-Konzernen gut geht – in den 25 Jahren imperialistischer Prosperität von 1945–1970 ist der Hunger der Völker nur größer geworden –

Hinter Genschers Versuch steht die Angst des Imperialismus, daß den Völkern genau diese »Interdependenz« bewußt wird und sie mit bewaffneter Politik, Befreiungskrieg das weitere Wachstum des Imperialismus allerdings und für immer unmöglich machen, um sich selbst Entwicklung, Unabhängigkeit, Menschlichkeit zu erkämpfen.

So zielt Genschers beschwörender Appell zur »Kooperation« auch auf die abhängigen Bourgeoisien der Länder der Dritten Welt, die er als Vermittlung zwischen den imperialistischen Interessen

und den Gewehren der Völker einsetzen will – diese Bourgeoisien sollen, wie er sich das vorstellt, den Kampf der Völker unterdrücken, um dem Imperialismus weiteres Wachstum zu sichern und zugleich selbst zu partizipieren. Die Bourgeoisien der Länder der Dritten Welt sollen die Initiative des imperialistischen Kapitals in ihre Länder d.h. gegen ihre Völker vermitteln.

Es wird klar, daß die von Genscher vorgeschlagenen Maßnahmen zu diesem Zweck den verräterischen Vertretern der abhängigen kolonisierten Bourgeoisien der Dritten Welt in der Tat Grund gegeben haben, ihm zu seiner Rede zu gratulieren – denn schließlich sollen sie für ihre Funktion bezahlt werden.

Denn wie diese Maßnahmen die Struktur imperialistischer Beherrschung, durch die und in der diese Bourgeoisien nur existieren, nur reproduzieren und damit auch die Existenz dieser parasitären Klasse, so vergrößern diese Maßnahmen auch ihren eigenen Anteil an der Ausplünderung der Völker. An der Verzerrung der Wirtschaft, der Dominanz der Exportsektoren, der Nicht-Integration der einzelnen Sektoren, der Verwüstung der Agrarproduktion, der Außensteuerung der transnationalen Konzerne, der Entwicklung von Unterentwicklung – ändert das alles nichts.

An dem Kernstück von Genschers Vorschlägen, der »Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse«, wird es klar: »Die meisten Entwicklungsländer« – sagt Genscher – »sind für ihre Deviseneinnahmen und für ihre Haushaltseinnahmen von Rohstoffexporten abhängig« und weiter: »Stabilität und Steigerung der Rohstoffexporterlöse sind für diese Länder deshalb ein vitales Ziel«, das die BRD unterstützt – das heißt, daß die Abhängigkeit von Rohstoffexporten unterstützt wird – von einer Änderung ist natürlich nicht die Rede – und, ausgehend von der zentralen Frage: »für wen?« – heißt es weiter,

daß die Politik der Bundesregierung die »Stabilität und Steigerung« der Erlöse nicht für die Ausgebeuteten und Verhungernden dieser Länder will,

sondern für die kolonisierten Kompradorenbourgeoisien und die aufgeblähten Staatsbürokratien, die die Rohstoff-Förderung und den -export kontrollieren, oder – wo sie in ausländischem Besitz sind – daran partizipieren, und die mit den »stabilisierten und gesteigerten« Erlösen ihre, das Nationaleinkommen verfressende Bürokratien noch mehr aufblähen, nur noch mehr Luxuskonsum, Ausrüstungsgüter, Prestigeobjekte, imperialistische Kommunikationssysteme und die dazugehörenden Gehirnwäscheprogramme, Bullenapparate und vor allem auch Rüstungsgüter von den imperialistischen Konzernen kaufen und so wiederum deren Profite »stabilisieren und steigern« – kurz: was die Bundesregierung unterstützt, ist ein in der Tat »vitales Ziel« des Staatensystems des US-Imperialismus. Denn unter den Bedingungen dieses Systems bedeutet »Stabilisierung und Steigerung der Rohstoffexporterlöse« Stabilität und Steigerung des imperialistischen Profits, der Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt vom und ihre Außensteuerung durch den Imperialismus –

Für die Völker der Dritten Welt bedeutet es nichts als Stabilität und Steigerung ihres Hungers, ihres Elends, ihrer Ausplünderung, ihrer Marginalisierung – Stabilität und Steigerung der Entwicklung von Unterentwicklung.

Die westdeutsche Außenpolitik operiert gegen die Länder der Dritten Welt mit Erpressung, Bedrohung, Einschüchterung ebenso wie mit Bestechung und Korruption, Demagogie und Täuschung und Lüge, wie sie einerseits das von Kolonialkriegen seit Jahrzehnten unbefleck-

te Image des deutschen Kapitals auszunutzen versuchen, so zielt sie andererseits auf die materiellen Interessen der die Interessen der Völker verratenden herrschenden Klassen in den Ländern der Dritten Welt, um auf dieser Grundlage zu operieren, um die Strategie der transnationalen Konzerne durchzusetzen.

In »Dimension deutscher Außenpolitik heute« (in: *Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen*, 4/74) stellt Genscher fest: »Im bisherigen Verlauf der Debatten der 29. Generalversammlung zeigt sich, wie schon zu Beginn auf der 6. Sondergeneralversammlung, daß die Gefahr einer Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes gewachsen ist. Ein leider nicht unbeträchtlicher Teil der Länder der Dritten Welt neigt immer mehr dazu, die Mehrheit in den Vereinten Nationen (...) zur Durchsetzung von Maximalforderungen auszunutzen, die mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realitäten allenfalls nur um den Preis gefährlichster Konflikte in Übereinstimmung gebracht werden können.«

Was da »nicht in Übereinstimmung« gebracht werden kann, ist die soziale, politische und ökonomische Befreiung der Länder der Dritten Welt – die »Maximalforderungen« – mit der imperialistischen Herrschaft: den »politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realitäten«.

Am Rande macht Genscher hier auch gleich klar, daß, nachdem die UNO nicht mehr für den Imperialismus funktioniert, sein Verständnis von der Mehrheit exakt dem von Scali und Moynihan[193] gleicht, die meinen, die US könnten sich nicht der »tyrannischen und ignoranten Mehrheit« beugen, die auszunutzen oder »zu mißbrauchen« die Länder der Dritten Welt sich anmaßen – was nur auf den Antagonismus verweist, der der Imperialismus und Demokratie sind – jenes Verhältnis zur Mehrheit, zu den Völkern zeigt, das der Imperialismus schließlich mit Folter und Terror, mit Krieg gegen das Volk durchzusetzen versucht.

Und Genscher droht mit Krieg – und gibt gleichzeitig die Methode, die Taktik an, mit der der Imperialismus seine Herrschaft aufrechterhalten will, ohne Krieg führen zu müssen: »Unsere zweiseitigen Beziehungen zu der ganz überwiegenden Mehrzahl der Länder der Dritten Welt sind vertrauensvoll und freundschaftlich.«

Das Projekt ist, mit »vertrauensvollen und freundschaftlichen zweiseitigen Beziehungen« die Front zu spalten, als Bedingung imperialistischer Herrschaft, die dann »Kooperation« genannt wird und das jeweilige Land in das imperialistische Weltsystem einbindet; es ist der Versuch, mit der Ideologie und der Institutionalisierung des Korporativismus den Klassenkampf von oben, imperialische Hegemonie zu sichern.

Das Instrument zur Erreichung »guter zweiseitiger Beziehungen« ist die Erhöhung der bilateralen »Hilfe« an die afrikanischen Länder – als ein Hauptziel der Aggression des westdeutschen Imperialismus –, während der Anteil, der über internationale Institutionen wie die OAU, die FAO[194] usw. läuft, also weniger geeignet ist, durch selektiven Druck die Front der Staaten der Dritten Welt aufzuspalten,

193 Maurice Moynihan ist von 1953 bis 1960 Direktor der Irischen Zentralbank gewesen.

194 OAU, Organisation für Afrikanische Einheit, Organisation von ca. 30 unabhängigen afrikanischen Ländern, in der Befreiungsbewegungen Beobachterstatus haben. Sie hat das Ziel der gegenseitigen Unterstützung der darin organisierten Staaten über multilaterale Zusammenarbeit auf ökonomischen, militärischen und politischem Gebiet.
Die FAO ist die Ernährungs – und landwirtschaftpolitische Organisation der UNO. In ihr sind kapitalistische und sozialistische Länder vertreten.

gleichgeblieben ist und verringert wird:

»Die Umorientierung der Bundesregierung bei der Vergabe der Entwicklungshilfe von multinationaler auf bilaterale Direkthilfe« – schreibt die *SZ* am 30.1.75 – »ist auf der Regionalkonferenz deutscher Afrika-Botschafter, die unter Vorsitz von Staatssekretär Walter Gehlhoff aus dem Bonner Auswärtigen Amt gegenwärtig in Nairobi stattfindet, debattiert worden. (...) Nach Ansicht von Konferenzkreisen ist die Umorientierung bei der Verteilung der Hilfe auch als ›Warnschuß‹ an die Adresse der Entwicklungsländer gedacht, die zwar durchweg gute bilaterale Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalten, jedoch in internationalen Organisationen – wie der UNO – in Blockstimmungen emotionell gegen die Industriestaaten, darunter auch die Bonner Regierung, zu Felde ziehen. Ein Beschluß der Nairobi-Konferenz war es, durch einen Ausbau der bilateralen Hilfe in diesen Ländern auch für den Standpunkt der Bundesregierung in internationalen Fragen verstärkt zu werben.«

Aber trotz der Erpressung bzw. auch und gerade weil sie so notwendig geworden sind, ist das Problem Bonns schon, daß nicht alle Länder, sondern nur die »überwiegende Mehrzahl« keinen Verdacht schöpft bzw. ihn nicht offen ausspricht –

Denn natürlich kennen alle Politiker der Dritten Welt die militärischen und politischen Ziele des BRD-Imperialismus, seine Funktion für den US-Imperialismus.

Sie werden offensichtlich am Verhalten denen gegenüber, denen der Verdacht bewußt und Gewißheit geworden ist und die weder einen Grund noch Angst haben, um ihn nicht auszusprechen – dem Beispiel Moçambique –

So rennt das Bonner Regime der Volksrepublik Moçambique förmlich die Tür ein, um sich für ein paar Millionen wenigstens mal diplomatisch einzukaufen –

In Erkenntnis der strategischen Bedeutung Moçambiques, seines Befreiungskampfes und Sieges für den Befreiungskrieg im südlichen Afrika, für ganz Afrika und die Dritte Welt:

In Erkenntnis auch, daß die Verachtung, mit der das befreite Volk Moçambiques die Bonner Regierung behandelt, den westdeutschen Imperialismus vor allen Völkern denunziert – der Faschist und Rassist Germani, Südafrikakorrespondent der *Welt*, sieht schon die Würde der BRD bedroht –

Während er einerseits nach NATO-Truppen, Bundeswehreinheiten schreit, nach einer »direkten militärischen Intervention eines westlichen Staates mit regulären Verbänden«, die an der Seite der südafrikanischen Apartheid-Rassisten gegen die MPLA kämpfen sollen, spricht er damit das Dilemma der Bonner Regierung aus.

Denn das Problem sozialdemokratischer Außenpolitik ist, daß die Völker von Moçambique, Guinea-Bissau, Angola, Namibia[195] hinter die Maske blicken, die Genscher, Bahr, Wischnewski und

195 Guinea-Bissau: westafrikanischer Staat, der 1973 die Unabhängigkeit von den portugiesische Kolonialherren erreichte. Ab 1961 kämpften mehrere Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialmacht. Portugal erkannte die 1973 ausgerufene Republik nach der Nelkenrevolution an. Es gab mehrere Putschversuche gegen die ab 1974 regierende Einheitspartei.
Angola: Potentiell eines der reichsten Länder Afrikas, allerdings bis 1975 unter portugiesischer Kolonialherrschaft. 1961 wurde ein bewaffneter Aufstand gegen die Kolonialisten niedergeschlagen, danach gründeten sich verschiedene Befreiungsbewegungen, von denen die marxistische MPLA 1975 die Unabhängigkeit erreichte. Danach finanzierten die USA und Südafrika den anderen Teil, die UNITA, für einen Counterkrieg gegen die neue Regierung. Weil die MPLA die namibische Befreiungsbewegung SWAPO unterstützte, griffen südafrikanische

Brandt so angestrengt zu pflegen versuchen; daß sie die imperialistische Fratze hinter dem Geschwätz und den Millionen »Hilfs«krediten sehen und ihr Befreiungskrieg sie hervorgezerrt hat.

Sie haben die andere Seite des sozialdemokratischen Projekts erfahren, erfahren sie gegenwärtig Namibia und Angola, wo es seine Identität mit der US-imperialistischen Politik nicht mit Demagogie und Public-Relations verbergen kann: die Finanzierung des Kolonialkrieges des faschistischen Portugal, die deutschen Waffenlieferungen für den Krieg, die wirtschaftliche und militärische Verflechtung mit den südafrikanischen Apartheid-Rassisten, die Unterstützung der Counterinsurgency in Namibia gegen die SWAPO – und was jetzt kommt, und nur noch nicht offen ist: die Unterstützung der imperialistischen Aggression und militärische Intervention gegen die Volksrepublik Angola.

Vor allem Angola und Moçambique zeigen die beiden Seiten des einen Projekts in einem Land: Wirtschaftsimperialismus und Kolonialkriegsführung – jetzt: neokolonialistischer Eroberungskrieg.

Und es gibt keinen Grund, zu zweifeln, daß der rassistische südafrikanische Verteidigungsminister Botha nicht umsonst »den Westen« um Hilfe gegen die angolanische Revolution anruft, daß er von der Bonner Regierung gehört wird und schon gehört worden ist. Es gibt keinen Grund – schon allen wegen der westdeutschen Kapitalinteressen im südlichen Afrika – zu zweifeln, daß auch der BND – als Filiale der CIA, von der man neben all dem anderen weiß, daß sie das Blutbad in Indonesien mitorganisiert hat, in dem 1965 500 000 Kommunisten ermordet worden sind, und von der man weiß, daß sie Holden Robertos[196] Faschistenbande schon seit Anfang der 60er Jahre finanziert und sie inzwischen restlos zu ihrem Instrument gemacht hat – mit ihr zusammen und unter ihrer Führung seine dreckigen Finger im Krieg gegen das angolanische Volk hat.

Weil der BND noch nicht so im Gerede ist wie die CIA, weil man noch nicht in jedem Westdeutschen, der sich im Ausland etwas merkwürdig benimmt, einen BND-Agenten vermutet, ist er inzwischen ein sicher nicht weniger gefährliches Instrument des Imperialismus.

Daß er der CIA in nichts nachsteht, hat sein Chef Wessel im Sommer ’74, als Kritik wegen Guillaume aufkam, beteuert: der BND sei ebenso schlagkräftig, leistungsfähig wie die CIA – sprich: steht der CIA, was Mord, Folter, Intervention, verdeckte Operation angeht, nicht zu vergessen die Bespitzelung im Inland, in nichts nach – und hat dabei noch den Vorteil, daß er von den zerfressenen Instanzen der Legislative sicher nicht das zu erwarten hat, was in den US der Kongreß aus innen- und wahlpolitischen Gründen noch mit der CIA macht.

»Erzfeind des Volkes von Namibia« nennt die SWAPO die imperialistische BRD.

Sie meint das Konsulat in Windhuk, von dem die BRD die Konterrevolution gegen die Befreiungsbewegung mitfinanziert. Sie meint die häufigen Besuche westdeutscher Politiker – von Wirtschaftsvertretern gar nicht zu reden – in Südafrika und das deutsch-afrikanische Kulturabkommen; und:

Südafrika ist »weiterhin der Hauptgegner der schwarzafrikanischen Staaten«, die »effektive Autorität« (Nyerere)[197] hinter den Marionetten in Namibia.

Weil es »nicht Bonner Interesse sein könnte, wenn sich im Süden Afrikas radikale Kräfte durchsetzen« – so lautet es aus der Umgebung Genschers bei seiner Reise in vier afrikanische Staaten (sämtlichst solchen, die sich – wie Genscher – mit »radikalen«, d.h. antiimperialistischen Kräften nur zusammensetzen, um sie zu partizipieren) – wird »Bonn deshalb auch prüfen, ob es mehr als bisher durch Stipendien für die akademische Ausbildung der jungen afrikanischen Generation tun kann, die in zwei Jahrzehnten die Politik bestimmen wird: nach Ansicht maßgeblicher Kreise würde jede Million hierfür langfristig »gutangelegt« sein. (*FR*, 9.7.75)

Das ist CIA plus Massachusetts Institute of Technology, Fort Gulik/Panama-Kanalzone/CIA/Rangers plus Allianz für den Fortschritt/Friedenskorps.

Man weiß, daß die Bundeswehr schon seit spätestens Anfang der 60er Jahre Soldaten aus der Dritten Welt ausbildet, daß sie ihr eigenes Fort Gulik in Sonthofen/Allgäu hat, daß es eine »institutionalisierte Folterausbildung bei der Bundeswehr« gibt – seit mindestens fünf Jahren, wie zuletzt ein Reserveoberleutnant der *FR* (27.9.75) mitteilte – wo Counterinsurgencyspezialisten aus der Dritten Welt und der Bundesrepublik ihre Kenntnisse austauschen und gegenseitig weiterentwickeln, daß BGS und Polizei die Bullensysteme in Äthiopien, Afghanistan, Sudan, Saudi-Arabien aufgebaut haben – und nicht nur die.

Zugleich wird hierzu in der Dritten Welt, wo er sich am meisten bedroht sieht, klar, was »akademische Ausbildung« im Imperialismus ist: Gehirnwäsche, Vermittlung von Herrschaftstechnik und Methoden psychologischer Kriegsführung. Der so »akademisch ausgebildete Blick« sieht dann im südafrikanischen Faschismus den Rechtsstaat, in Apartheid-Rassismus und »Homelands«/Bantustans Programm zur Erhaltung ethnischer Identität und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker usw. Was den Afrikanern fehlt, ist akademische Ausbildung aus Bonn, um dann Kai-Uwe von Hassels »in keinem Teil Afrikas wird besser für die Schwarzen gesorgt als in Südafrika« würdigen zu können.

Die SWAPO meint mit »Erzfeind« die Nachrichten- und Fernmeldeeinrichtungen samt NATO-Code, die elektronische Datenverarbeitungsanlage, die letztlich demselben Zweck dienen wird wie die im BKA, das der brasilianische Minister erst kürzlich besichtigt hat, weil sogar er offensichtlich den Eindruck hat, von der BRD für Folter, Faschismus, Bevölkerungskontrolle – counterinsurgency in Brasilien noch lernen zu können.

Die SWAPO meint die 137 schweren Militärlastwagen, die Klöckner an Südafrika lieferte, die Bestellung von infrarotgesteuerten »Milan«-Panzerabwehrra-

Truppen von Namibia aus Angola an. Angola wurde speziell von Kuba mit Beratern und Technik unterstützt. Erst 1989 gab es einen Vertrag über den Rückzug der beiden ausländischen Kontingente, der danach ausgehandelte Friedensvertrag wurde von der UNITA immer wieder gebrochen.
Namibia: Unter dem Namen Deutsch-Südwestafrika stand das Land bis 1915 unter deutscher Kolonialherrschaft. 1915 erhielt Südafrika vom Völkerbund das Mandat für die Verwaltung und errichtete mit der deutsch-stämmigen weißen, Minderheit ein Apartheidregime. Die Befreiungsbewegung SWAPO wurde 1963 durch die OAU anerkannt und führte, bis zu den von der UNO angesetzten freien Wahlen 1989, den bewaffneten Kampf gegen südafrikanische Truppen. Die Wahlen von 1989 gewann die SWAPO mit absoluter Mehrheit.

196 Holden Roberto, UNITA-Führer.

197 Julius Kambarage Nyerere, von 1962 bis 1985 Präsident Tansanias, betrieb eine sozialistische Politik mit umfassenden Verstaatlichungsprogrammen. Er war Vertreter eines militanten schwarzen Befreiungsnationalismus und führender Vertreter der schwarzen Frontstaaten gegen die Rassistenregime in Südafrika, Namibia und Rhodesien.

keten und neun Transall-Flugzeugen, deutsch-französische Gemeinschaftsentwicklungen, die technische Hilfe der Bundeswehr für reibungsloses Funktionieren der südafrikanischen Antiguerilla-Hubschrauber CH53 und im übrigen soll, was bis jetzt noch offizielle Politik war: – Ausfuhr von Waffen außerhalb der NATO nur mit Sondergenehmigung – in »Spannungsgebiete« kein Export – was ohnehin durch transnationale Gemeinschaftsentwicklungen und schwarzen BND-Handel umgangen wurde –, jetzt »pragmatischer« behandelt werden. Denn die Rüstungsindustrie will diese lästigen Beschränkungen loswerden, und die »Rezession« eignet sich besonders dazu – hängt doch der deutsche »Wohlstand vom Export ab«. Aber auch wenn das Bonner Regime diese Pläne nicht realisieren sollte, brauchen BND und Waffenexporteure und die südafrikanischen Militärs (und natürlich nicht nur die) sich keine Sorgen zu machen – nicht nur weil das Lieferverbot für »Spannungsgebiete« als Regierungsbeschluß die Gesetze nicht bindend auslegt, in denen selbst schon »friedensstörende« Lieferungen verboten sind – wozu der *Spiegel* bemerkt, daß gerade die Aufrüstung eines Landes manchmal »friedensstabilisierende Wirkung« haben könne –, vielmehr hat ein Bonner Gericht im Mercx-Verfahren ja gerade festgestellt, daß die Regierung sich »um höherer Interessen willen über Gesetze hinwegsetzen« könne und somit den übergesetzlichen Notstand für den BND-Waffenhandel proklamiert, was nicht wundert – angesichts der Lage des Imperialismus, und haben doch die südafrikanischen Rassisten schon ihren Krieg gegen das angolanische Volk und das Volk von Namibia zum Krieg »für die Freiheit des Westens« erklärt. Auf die UN-Sanktionen gegen den Staat der Apartheid-Rassisten hinzuweisen, erübrigt sich unter diesen Umständen.

Die SWAPO meint weiter eine vom Verteidigungsminister der BRD finanzierte Raketenproduktion, die Südafrika vermutlich das Know-how für den Aufbau seiner Raketenindustrie lieferte – die *FAZ* deckte das am 10.4.1964 auf und nannte die Namen der deutschen Firmen.

Vor kurzem hat der südafrikanische Kriegsminister Botha erklärt, daß eine europäische Firma, die schon früher Einrichtungen in Südafrika installierte, einen Raketengürtel in Kooperation mit südafrikanischen Firmen aufbaut – genau die Art von Einrichtung, die bei einer Integration Südafrikas in die NATO relevant wäre.

Und die SWAPO meint die bestehende militärische Kooperation zwischen Südafrika und der NATO, vor allem den US und der BRD als ihrem Agenten, die Expansion der NATO in den südlichen Atlantik, die Einrichtung von Militärstützpunkten im Rassistenstaat –

Was mit der Aufdeckung der Reise des faschistischen NATO-Generals Rall durch die Befreiungsbewegung ans Licht gekommen ist, ist sicher nur ein Punkt im Netz der militärischen Beziehungn zwischen Südafrika und der BRD, die dabei als NATO-Führungsmacht im Rahmen und als Vermittlung der US-Strategie fungiert.

Der Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, Hugo H. Biermann erklärte schon 1973 in einem Interview die Notwendigkeit einer militärischen Präsenz des »Westens« im südlichen Afrika und seinen ozeanischen Gebieten, zum Schutz gegen »die Bedrohung zu Wasser und zu Land durch die vom Kommunismus unterstützten schwarzen Terroristen«, und meinte, daß solche Allianz durch die Apartheid nicht behindert werden sollte: »Was immer die Leute zu unserer Politik sagen, wir erhalten hier eine entwickelte und hochindustrialisierte westliche Zivilisation, und wir sind die Bewahrer von sehr vielem, das zusätzlich zu einer lebenswichtigen Seeroute von strategischem Wert ist. Ich kann mir nicht vorstellen« – sagt Biermann –, »daß der Westen dies alles aufgeben würde (*Newsweek*, 26.11.73). Und die Beteiligung des imperialistischen Bündnisses, der US, der NATO an der militärischen Aggression gegen die Volksrepublik Angola bestätigt inzwischen seine Vorstellung – und das kann nur mehr werden.

Schließlich meint die SWAPO, wenn sie die BRD als den »Erzfeind des Volkes von Namibia« bezeichnet, daß Bonn sich zum Promoter der Bantustan-Führer gemacht, vier von ihnen im Oktober ’74 in Bonn empfangen hat und dort die Ansichten über »getrennte Entwicklung« geäußert hat, die sie der »jungen afrikanischen Generation« erst noch durch akademische Ausbildung zu vermitteln hofft.

Am 17.1.75 sind sich Genscher und Bahr einig geworden, deutsches Kapital in die wirtschaftliche »Entwicklung« der Bantustans – Konglomerate aus Wehrdörfern und Konzentrationslagern – zu pumpen.

Daß die Bundesregierung im Herbst ’75 die 33 Bantustan-Vertreter nicht durch Genscher persönlich, wie ursprünglich geplant, sondern auf niedriger diplomatischer Ebene empfangen hat – lag nur daran, daß sie sich gleichzeitig an die SWAPO ranschleichen wollte, was ihr allerdings mißlang, weil die SWAPO diese Politik kennt: sie »hat der Bundesregierung vorgeworfen, Südafrika zu unterstützen und gleichzeitig die SWAPO beschwichtigen zu wollen«, und sie hat es gleichzeitig nicht nur abgelehnt, drei Tonnen Lebensmittel anzunehmen – die ihr die Bundesregierung förmlich aufzudrängen versuchte, indem sie sie ohne jede Ankündigung schickte – sondern sie hat auch wegen der Bonner Kontakte mit den von Südafrika ausgesuchten Verrätern aus den Bantustans das Gespräch von SWAPO-Vertretern mit Genscher ausfallen lassen (*FR*, 22.10. u. 3./4.11.75).

Wo der Versuch, die Befreiungsbewegung zu korrumpieren, sie durch Bestechungen zu pazifizieren und mit den Bantustanvertretern zusammenzubringen, gescheitert ist – muß Genscher sich weiter an diese ausgesuchten Agenten des Rassistenregimes halten, um die Ziele des westdeutschen Kapitals dort durchzusetzen – und er weiß sie bei denen gut aufgehoben. Denn wo die westdeutschen Monopole es in der BRD nur bis zum Import billiger, rechtloser Arbeitsimmigranten gebracht haben und (noch) nicht bis zur Wiedererrichtung von Konzentrationslagern – deren wichtigste Funktion die Verfügbarkeit billiger, rechtloser Arbeitskräfte war – kann sie diese in den Bantustans Südafrikas finden, in denen im Sinne von Hassel für die Afrikaner »gesorgt« wird:

»Die Insassen einer solchen Institution« – heißt es in der neuen »Bestimmung 133« zur Errichtung sogenannter »Rehabilitationszentren«, in die Afrikaner bis zu drei Jahren wegen »Paßvergehen« interniert werden können – »die Insassen einer solchen Institution sollen dort zu dem Zweck festgehalten werden, ihren physischen, geistigen und moralischen Zustand zu verbessern, indem sie den Gewohnheiten von Fleiß und Arbeit unterworfen und wieder auf die Traditionen, die Kultur, Sitten und das Regierungssystem der nationalen Einheit orientiert werden, zu der sie gehören« (*FR*, 29.7.75).

Der Journalist Günther Peus vom *ZDF*, der berichtet hatte: »Der Unternehmergeist der Weißen und die billige Arbeitskraft der Schwarzen verschafft Südafrika mit fast acht Prozent die zur Zeit höchste wirtschaftliche Wachstums-

rate unter den westlich orientierten Ländern der Welt«, wurde ausgewiesen. Er hörte, daß »Geschäftsleute aus der BRD sich über die Berichterstattung im ZDF beschwert hätten«. Der Informationsminister teilte ihm mit, »er habe Zuschriften aus der BRD, aus denen hervorginge, daß die Berichterstattung für Südafrika nicht förderlich sei« (*Welt*, 26.7.75).

Angesichts der Stärke der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, der Unterstützung, die sie bei den Völkern finden, kann das alles nur ein Zeichen dafür sein, daß die NATO-Zusammenarbeit läuft und laufen wird, daß der US-Imperialismus – der die meisten wirtschaftlichen Interessen in Südafrika hat – vermittels seines Agenten BRD – im Einklang mit den deutschen Konzernen, für die Südafrika wichtigster Kunde in Afrika ist (1974 exportierten sie für 3,6 Mrd. DM dorthin und bezogen 40 % ihres Urans von dort) – entschlossen ist, für die Rettung dieses faschistischen Systems, als eines der Subzentren in der imperialistischen Kette, Krieg zu führen.

Die Truppen des Rassistenregimes stehen jetzt mehrere hundert Kilometer tief im Territorium der Volksrepublik Angola. Angesichts der massiven Interventionen, die zu diesem Zweck schon laufen, versteht man, warum die *FR* das Urteil der SWAPO als Alarm-Schlagzeile brachte – für die Kämpfer ist das Aussprechen der Wahrheit, der Tatsachen eine Waffe.

Indem die imperialistische Presse der BRD die Kooperation beim Bau von Atomkraftwerken und Urananreicherungsanlagen, die Frage, ob das Bonner Regime nun dem Rassistenstaat hilft, eigene Atombomben zu entwickeln, zur Hauptsache gemacht hat und sich darauf konzentriert, von Dementis und Bestätigungen der Regierung, von der angeblichen Harmlosigkeit des Projekts und dem Gang der Bürgschafts- und Genehmigungsanträge zu berichten, wird die Sache so dargestellt, als ob dieser Punkt problematisch sein könnte und das ganze Geflecht der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Beziehungen zu dem rassistischen Apartheid-Staat etwas vollkommen Natürliches und Selbstverständliches sei.

Der tatsächliche Umfang und die Bedeutung dieser Beziehungen – und dabei allerdings im besonderen die nukleare Zusammenarbeit und ihr Fortgang jetzt –, werden von der imperialistischen Informationsindustrie durch bewußte und gezielte Nicht- und Fehlinformationen verschleiert, in dem Dunkel gelassen, das Bonn so notwendig für seine Politik braucht. Wie »die Bevölkerung an den Anblick von Maschinenpistolen«, soll sie daran gewöhnt werden, daß die Außenpolitik des Bonner Regimes faschistisch, rassistisch, imperialistisch ist, daß sie Krieg bedeutet.

Denn zur gleichen Zeit, wie sie weitere Informationen über die Bonner Beziehungen zu Südafrika unterdrückt haben und weiter unterdrücken, ziehen die westdeutschen Medien jetzt die Hetzkampagne gegen die MPLA hoch – um das psychologische Klima zu determinieren: für die NATO-Intervention gegen das angolanische Volk, für den Moment, wo sie offen wird.

Vor der UN hat Genscher erklärt, »daß in Südafrika selbst endlich das System der Apartheid aufgegeben wird, das wir verurteilen«, sei ein Ziel der Bonner Politik, während diese Politik tatsächlich das faschistische Apartheid-System massiv auf allen Ebenen unterstützt, vor allem beim Ausbau seines counterinsurgency-Instrumentariums.

Bahr allerdings erkennt schon, daß das, was hier an Dementis und Erklärungen zu der vom African National Council aufgedeckten Tatsachen gebracht wird, nicht mehr täuscht, und so wirft er dem Wirtschaftsministerium auch vor, daß dessen Reaktionen »den Eindruck einer Verschleierung machen und die Entwicklungspolitik der Bundesregierung in Afrika erheblich beeinträchtigen könnten. Bonn müsse den Verdacht meiden, als spreche es in dieser Frage mit gespaltener Zunge« (*FR*, 10.10.75) – gegen die Rede mit »gespaltener Zunge« hat Bahr natürlich nichts: sie ist sein eigenes Konzept – nur Verdacht soll nicht aufkommen.

Aber das ist der unauflösbare Widerspruch in der Konzeption dieser Politik:

Daß sie nicht mehr die Völker täuschen kann, während sie den Krieg gegen sie vorbereiten und schon führen muß.

Das ist der tatsächliche Grund, warum sie Südafrikas Intervention gegen die Volksrepublik Angola beunruhigt: weil sie wissen, daß sie notwendig ist, um die imperialistische Hegemonie im südlichen Afrika zu retten, und weil schon klar wird, daß damit ihr Konzept »partnerschaftlicher Kooperation« zu Afrika zusammenbricht.

Bahr – als Ideologie des Korporativismus – umschreibt das sozialdemokratische Bild des Nord-Süd-Konflikts und verbreitet den ideologischen Schein für das imperialistische Projekt der Sozialdemokratie gegen die Völker der Dritten Welt – als Analogie zur reformistischen Integration der Arbeiterbewegung in den Metropolen in und für die kapitalistische Entwicklung: »Ich vergleiche die heutige Situation« – sagt Bahr in einem Interview (*Newsweek*, 22.12.75) – »mit jener, die in Deutschland am Ende des vorigen Jahrhunderts vorherrschte. Zu dieser Zeit stellten die Massen der Unterprivilegierten (...) Ansprüche an die kleine Minorität der Reichen. Sie forderten eine Gesetzgebung, die ihren Arbeitstag auf nicht mehr als 12 Std. reduzieren würde und protestierten gegen Kinderarbeit. Und die Reichen sagten damals: ›Wenn wir das akzeptieren, wird die Wirtschaft zusammenbrechen.‹ Wir wissen jetzt, daß die Wirtschaft nicht zusammengebrochen ist. Heute fordern die Massen der Armen in der Welt auch mehr Rechte von einer reichen Minorität. Die reiche Minorität sind wir; und wenn wir ihre Forderungen akzeptieren würden, würde die Weltwirtschaft nicht kaputt gehen. Sie würde blühen. Es würde eine große Hilfe für uns sein, wenn sich der durchschnittliche Inder einen Volkswagen oder Vega leisten könnte und wenn die Dritte Welt ein wirklicher Markt für Industriegüter werden würde.«

Er propagiert einen weltweiten Fabrikgesetzgebungs-Staat – während dieser Staat in der Metropole gerade beseitigt wird, weil sich eine Begrenzung der Ausbeutung des Proletariats nicht mehr vereinbaren läßt mit der fallenden Profitrate.

Er phantasiert von Volkswagen für Inder, was nur noch Zynismus ist angesichts des Hungers –, d.h. von der Einbeziehung der Massen der Dritten Welt in das imperialistische System über den Lohn in seiner Funktion für die kapitalistische Entwicklung – während der Ausschluß der Massen der Dritten Welt von dieser Entwicklung Sache ist, d.h. ihre Reduzierung auf die Funktion billiger Arbeitskräfte und vor allem einer gigantischen marginalisierten Reservearmee und die Funktion der Versorgung der Metropolen mit billigen Rohstoffen die absolute Notwendigkeit im Kampf gegen den Fall der Profitrate und für das Wachstum in den Metropolen ist.

Bahrs Rechnung ist ein plumper Betrug. Die reformistische Integration der Arbeiterbewegung in den Metropolen wurde nur möglich durch die Exploitation der Dritten Welt, die die materielle Basis lieferte, auf der die Sozialdemokratie die kapitalistische Initiative für die Ka-

pitalentwicklung in das Proletariat vermitteln konnte – und sie war nur vorübergehend möglich, solange es diese materielle Basis gegeben hat –; es gibt keine Möglichkeit, diesen Prozeß weltweit durchzustrukturieren, um die globale Insurrektion reformistisch aufzufangen. Was Bahr weiß – was er sich vorstellt, ist: die herrschenden Eliten für den Imperialismus einzukaufen. Sie sind die winzige soziale Schicht, für die die reformistische Demagogie Inhalt hat.

Für eine reformistische Integration der proletarisierten Völker der Dritten Welt gibt es keine materielle Basis, hat der Imperialismus keine Mittel, insofern sie allein aus eben den Bedingungen erzeugt werden könnten, die in der Dritten Welt beseitigt werden müssen, die der Befreiungskrieg beseitigt. Anders gesagt heißt das: die ungleiche Entwicklung, die Entwicklung von Unterentwicklung an den Peripherien ist notwendige Bedingung für die Existenz des imperialistischen Weltsystems – sie zu beseitigen, heißt den Imperialismus beseitigen.

Das allerdings ist ein Antagonismus zu den Zielen Bonns, ist das strategische Ziel des revolutionären Befreiungskriegs, und dagegen interessieren den Imperialismus nicht die hungernden Massen als potentieller Markt für seine Volkswagen, sondern dagegen ist er zum Krieg entschlossen, führt er Krieg, setzt er – jedes – Mittel ein, wobei es Sache der BRD als der zweitstärksten Macht im Staatensystem, als absolut zuverlässiger Agent in der Politik des US-Imperialismus, ist, diese verbrecherische Politik zu vermitteln.

Und so – auch mal unter dem Gesichtspunkt, daß die Staatsschutz-Medien in der psychologischen Kriegsführung gegen uns zur Verschleierung des politischen, genau: politisch-militärischen Charakters des Verfahrens, gegen uns, diese absurde Scheindiskussion inszeniert haben, ob das Verfahren gegen die RAF ein politischer Prozeß ist, oder – wie das »zur ruhigen und entschlossenen Behauptung des Normalzustands« die Regierung, die BAW, Prinzing usw. dauernd gegen die von ihnen selbst produzierte Propaganda wiederholen müssen – ob es um »normale Kriminalität« geht – haben wir zu dem Begriff des Kriminellen hier festzustellen: verbrecherisch ist die Politik der Sozialdemokratie, verbrecherisch sind ihre Funktionsträger als Agenten des Hauptfeinds der Menschheit, des US-Imperialismus;

verbrecherisch ist die Politik der Bundesregierung, die als Funktion für die globale Strategie des US-Imperialismus Beschlüsse der UN und die Normen des Völkerrechts mißachtet, die den Rassismus in seinen verschiedenen Formen – ob Apartheid oder rhodesischer Siedlerrassismus[198] oder den faschistischen Zionismus – unterstützt, die am Versuch des Völkermords gegen das vietnamesische Volk beteiligt war und die die Ausrottungsstrategie der Vereinigten Arabischen Reaktion

198 Rhodesien: Heute Simbabwe, zum damaligen Zeitpunkt noch britische Kolonie. Das südafrikanische Land wurde von den Kolonialisten nach dem britischen Siedler und Industriellen C. Rhodes benannt. Nach mehreren Aufständen wurden Teile des Landes unabhängig, von 1965 bis 1979 kämpften mehrere schwarzafrikanische Guerillaorganisationen für einen eigenen Staat. Im Süden installierten die Briten einen autonomes, weißes Rassistenregime, das ab 1965 von der rassistischen »Rhodesian Front« regiert wurde. Mit amerikanischer und südafrikanischer Unterstützung hielt sich das Regime bis 1979 und hatte auch danach, bis 1987, noch eine parlamentarische Sperrminderheit von 20 % für Weiße, die unabhängig von Wahlergebnissen gesetzlich garantiert war.

Chaled, Hussein[199], Sadat, Gabus und ihren Alliierten Pahlevi gegen die Revolution im Oman[200] und den Befreiungskampf der Völker am Arabischen Golf mit »technischer Hilfe«, Geld und Waffen ebenso unterstützt, wie sie mit Geld, Waffen, Handelsverträgen, politischer und propagandistischer Hilfe die Ausrottungsstrategie Israels gegen das palästinensische Volk unterstützt, und wie sie Folter und Terror im Iran wirtschaftlich, politisch, militärisch unterstützt und fördert – wie in zahlreichen anderen Staaten der Dritten Welt:

Verbrecherisch ist die Politik Bonns, indem sie die Ausplünderung und Entrechtung der Völker der Dritten Welt, ihren Hunger und ihr Elend erhält und vergrößert, um dem transnationalen Kapital die Profite zu sichern – für diese Profite unterstützt sie die brasilianischen Faschisten und integriert sich damit auch in die Völkermordstrategie an den autochtonen Völkern[201] –;

sie ist verbrecherisch, indem sie die nationale und kulturelle Identität der Völker durch imperialistische Gehirnwäscheprogramme über die Kommunikationssysteme, deren Verbreitung sie durchsetzt, zu zerstören versucht;

sie ist verbrecherisch, indem sie sich in der Dritten Welt an der Entwicklung von counterinsurgency-Apparaten beteiligt, um den Befreiungskrieg des Volkes zu unterdrücken – sie ist eine Totalisierung des Verbrechens, weil sie umfassend und in ihrer Gesamtheit gegen die Völker, gegen die Menschlichkeit gerichtet ist,

auf militärischer, politischer, ökonomischer, kultureller und moralischer Ebene, und wir stellen fest, daß über diese Politik allerdings nicht vor den Gerichten dieses Staates verhandelt wird – denen bleibt der Versuch, die Verbrechen zu legitimieren, bzw. sie selbst auszuführen, oder auch, wenn nötig, Bonn zu bescheinigen, daß es sich um »höherer Interessen willen« über Gesetze hinwegsetzen darf –, über die Verbrechen Bonns, des Imperialismus wird verhandelt im Prozeß des weltweiten antiimperialistischen Kampfes, an der Front des revolutionären Befreiungskrieges.

Die vom imperialistischen Weltsystem Ausgestoßenen, vom Prozeß der kapitalistischen Entwicklung Ausgeschlossenen, die Verdammten der Erde, führen Befreiungskriege gegen eine imperiale Maschine, deren militärischen, ökonomischen und politischen Kommandozentralen in den Metropolen stationiert, d.h. im strategischen Hinterland disloziert[202]sind.

Diese Sache begründet die strategische Möglichkeit und Bedeutung von Guerillaaktionen auf den äußeren Linien – auf dem Kriegsschauplatz der Weltrevolution sind das die Metropolen – im Rahmen von Operationen der Befreiungsarmeen der Völker der Dritten Welt, auf den inneren Linien.

199 Saddam Hussein, ab 1979 Staatschef des Irak und Vorsitzender der regierenden Baath-Partei, löste mit einem Angriff auf den Iran 1980, kurz nach der islamischen Revolution im Iran, den ersten Golfkrieg aus, in dessen Verlauf er massiv von den USA und anderen imperialistischen Ländern unterstützt wurde. Er führte mehrere Massaker, u.a. mit Giftgaseinsätzen, gegen die kurdische Bevölkerung im Irak durch. Nachdem er mit der Besetzung Kuweits westliche Interessen in der Region gefährdete, führten die USA den zweiten Golfkrieg (1991) gegen ihren ehemaligen Verbündeten.

200 In dem erdölfördenden, arabischen Sultanat begann die marxistische Volksfront zur Befreiung von Oman 1964 einen Guerillakrieg gegen den Sultan, den dieser, 1976, mit iranischer, saudiarabischer und britischer Unterstützung niederschlug.

201 Ureinwohner, Indigene.

202 Dislozieren: verlagern oder verteilen

Die computerbestückten Kommandozentralen der Kriegsführung, von denen aus der Einsatz moderner, elektronischer Waffensysteme gelenkt wird, sind nicht da, wo geschossen wird, wo Bomben fallen – dort ist nicht mehr als Gerät für Informationssammlungen, -Eingabe und -Ausgabe stationiert, Sensorsysteme und elektronische Überwachungsanlagen – sie liegen geschützt in den Metropolen, die das Pentagon für gesichertes Hinterland hält.

Ohne die Zentralcomputer zur Informationsverarbeitung und Produktion von Einsatzkoordinaten, logistischer Dienst usw. ist die Kriegsmaschine moderner imperialistischer Armeen nichts,

sie wird kollabieren, ohne diese Steuerung nur noch wie ein geblendeter Elefant Amok laufen.

Es ist diese strategische Basis, von der aus Daniel James, Abteilungsleiter im Pentagon, im Mai 1972 ankündigte, daß in Vietnam nichts mehr vor den Bomben der B-52 sicher sein sollte: »Für die US-Luftwaffe bleibt bei Bombenangriffen in Vietnam künftig kein Ziel nördlich und südlich des 17. Breitengrades ausgenommen«, was heißt, der US-Imperialismus hatte dem Krieg totalen Völkermordcharakter gegeben, nachdem am 11. Mai die Häfen von Nord-Vietnam vermint worden waren, innerhalb derer es restlos zerbombt werden sollte.

Die Zentren sind in diesem Vernichtungskrieg in der Peripherie nicht Kriegsschauplatz, sondern Etappe, strategisches Hinterland, wie es die Bundesrepublik im Vietnamkrieg durch strategische Organisation und Dislozierung gegen die Dritte Welt als Kommandozentrale, als Truppenstützpunkt und Nachschubbasis der US-Armee war. Ihre Bedeutung wird wachsen in dem Maß, wie die Steuerung der Kriegsmaschine aus den computerisierten Kommandozentralen wächst, weil imperialistische Basen in der Dritten Welt nicht mehr zu halten sind.

Dazu kommt die unmittelbar logistische Funktion der BRD – es waren die US-Stützpunkte, die als Schaltstelle für Truppentransporte nach und von Vietnam und für Waffenlieferungen fungierten, aus deren Arsenalen im Oktober ’73 Israel mit Waffen versorgt wurde und weiter versorgt wird.

Es sind die US-Depots und die der Bundeswehr, mit denen die Konterrevolution gegen die arabischen und afrikanischen Völker ausgerüstet wird, und

es sind die elektronischen Kommandozentralen hier, von denen aus die Kriegsmaschine im südlichen Afrika und im Mittleren Osten gesteuert wird.

Aus der logistischen Bedeutung der Waffen- und Ausrüstungsarsenale in den Metropolen zur Sicherung kontinuierlichen Nachschubs und vor allem

aus der strategischen Bedeutung, die ungehinderten Kommunikationsfluß zwischen den Regelungs- und Steuerungszentralen und den Einsatzorten für die imperialistische Kriegsmaschine zukommt,

ist eine militärtaktische Funktion der Guerilla in der Metropole für den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt bestimmt: die Notwendigkeit des Angriffs.

Es darf, wie wir ’72 gesagt haben – nirgends mehr eine Etappe für die imperialistische Maschine des Genozids geben; es darf keinen Platz mehr geben, an dem sie vor den Angriffen der Guerilla sicher sind, keinen Ort und keine Zeit, an dem nicht Krieg ist –

sie müssen gezwungen werden, sich in der Verteidigung ihrer strategischen Stützpunkte mit ihrer komplizierten Technologie zu zersplittern.

»Es mag sein« – schrieb Che vor fast zehn Jahren an die Tricontinentale –,

»daß der Moment der richtige ist, um den Kampf zu beginnen – oder auch nicht. Wir dürfen uns aber weder der Illusion hingeben, die Freiheit ohne Kampf erreichen zu können, noch haben wir ein Recht darauf. Und die Kämpfe werden nicht bloße Straßenkämpfe mit Steinen gegen Tränengas sein, nicht friedliche Generalstreiks und auch nicht der Kampf eines empörten Volkes, das in zwei oder drei Tagen das repressive Gerüst der regierenden Oligarchien stürzt. Es wird ein langer, blutiger Kampf, dessen Front die Stützpunkte der Guerillas in den Städten, in den Häusern der Guerilleros sein werden. Dort, wo die Repression die wehrlosen Opfer unter Familienangehörigen suchen wird. Der Kampf wird inmitten der massakrierten Bauernbevölkerung stattfinden, in den von feindlichen Bombardements zerstörten Dörfern und Städten.«

Wir wissen heute nicht nur,

daß die Repression sich auch in Europa ihre Opfer unter den Angehörigen der Guerillas sucht, und wir wissen, wie unsere Angehörigen vom Staatsschutz terrorisiert werden; wir wissen auch,

daß der Staatsschutz, die Abteilung Terror des BKA oder vielleicht auch die in der Bonner US-Botschaft installierte Spezialeinheit des CIA für counterinsurgency angefangen haben, die Städte und Zivilbevölkerung hier zu terrorisieren: die Anschläge im Bremer, Hamburger und Nürnberger Hauptbahnhof –

wir wissen heute,

daß sich die counterinsurgency-Methoden des westdeutschen Staatsschutzapparates mit denen in den Staaten Lateinamerikas auch darin decken, daß hier gefangene Stadtguerillas gefoltert werden, um Aussagen zu erpressen und um sie zu brechen, und daß Guerillas nach ihrer Gefangennahme ermordet werden: Holger, Siegfried, in Italien: Mara –

aber wir wissen auch schon,

daß »der Moment der Intervention« der richtige ist, um den Kampf in den Metropolen zu beginnen, um die imperialistische Maschine anzugreifen und die Taktik zu entwickeln, die zum Teil einer neuen internationalistischen Strategie des Weltproletariats aufsteigen wird.

BRD – Sozialdemokratie – Dritte Welt Zweiter Teil

Die Bundesrepublik, die bis heute ihre Beteiligung an der amerikanischen Aggression in Indochina, wie überhaupt ihr militärisches Engagement in den Kriegen, die die USA gegen die Befreiungsbewegungen der Völker der Dritten Welt führen, bestreitet, hatte in Vietnam wie in allen übrigen Ländern der Dritten Welt direkt politisch-psychologische, ökonomische und militär-strategische Entlastungsfunktionen für die US-Kriegsmaschine.

Sie zahlt jährlich riesige Summe an den amerikanischen Bündnispartner, der die enormen Kriegskosten ohne diese Unterstützung kaum so lange hätte tragen können, bis er endlich aus Indochina abziehen mußte.

Der größte Posten innerhalb des Systems finanzpolitischer Hilfsoperationen ist der jährliche Devisenausgleich, den die Bundesrepublik für die Stationierung amerikanischer Truppen hier zahlt und dessen Funktion ist, die durch den Vietnamkrieg in die amerikanische Zahlungsbilanz gerissene Lücke auszugleichen bzw. zu verkleinern. Das erste Devisenausgleichsabkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik wurde im Oktober 1961 geschlossen, zu einem Zeitpunkt also, als Kennedy Spezialisten für den Dschungelkrieg und zusätzliche Militärberater entsandt hatte und die ersten CIA-Spezialtruppen damit beauftragte, einen Untergrundkrieg gegen Nordvietnam anzufangen – um Nordvietnam als

Hinterland der südvietnamesischen Befreiungsfront anzugreifen. Das mehrmals verlängerte Devisenabkommen legte fest, daß die Bundesrepublik jährlich 2,7 Milliarden DM zu einem lächerlichen Zinssatz in den USA deponiert und dafür Rüstungsmaterial kauft. Auf diese Weise wurde die amerikanische Devisenbilanz zwischen 1962 und ’65 mit 10,8 Milliarden entlastet. Von 1967 bis 69 zahlte die Bundesrepublik weitere 7,6 Mrd. DM, von ’70 bis ’74 nochmals 12,7 Milliarden. Allein in der Zeit von Anfang 1972 bis Mitte 1973 kamen die Devisenleistungen der BRD auf eine Höhe von 6,65 Milliarden DM. Für 4 Mrd. davon kaufte die Bundesrepublik Rüstungsmaterial, 2 Mrd. gingen als zinsbegünstigtes Darlehen in den amerikanischen Staatshaushalt, 600 Millionen wurden für Kasernen und Wohnungen amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik ausgegeben. Die Gesamtsumme der Devisenzahlungen von 1961 bis 1973 wuchs auf 34 (vierunddreißig) Milliarden Dollar.

Schließlich: Die Beiträge an das European Defence Improvement Programm, die ebenfalls an die USA gehen, betrugen schon für 1970 1,7 Milliarden – das heißt, daß die Bundesrepublik fast die Hälfte des amerikanischen Militärprogramms in Europa finanziert.

Und das ist nicht alles: 400 Millionen gab die Bundesrepublik für die Ausbildung von Bundeswehrpiloten in den USA aus. Und 900 Millionen wurden für westdeutsche Zivilangestellte der amerikanischen Besatzungstruppen gezahlt.

Hinzu kamen eine Reihe finanzieller Transaktionen, die man als direkte Kapitalhilfe für die amerikanische Kriegswirtschaft bezeichnen kann.

Die westdeutschen Direktinvestitionen in den USA betrugen bis Mitte 1970 1,7 Milliarden DM – hinzu kommt der steigende Kauf amerikanischer Schatzanweisungen, kommen Kredite westdeutscher Privatbanken und neben umfangreichen finanziellen Aufwendungen von Mitte 1971 bis 1972 allein 12 Milliarden DM für Dollarstützungskäufe – noch nicht gerechnet die exportwirtschaftlichen Belastungen, durch die die Bundesrepublik bei der Abwertung des Dollars und der Aufwertung der Mark die amerikanische Zahlungsbilanz entlastete. Ebenso ist die 400-Millionen-DM-Anleihe, die die Deutsche Bank und die Dresdner Bank der von den USA beherrschten Weltbank gaben, rational nur als Kriegssubvention zu verstehen.

Darüber hinaus finanzierte die Deutsche Bundesbank 1971 mit einem Kredit von über 10,3 Milliarden Mark die gesamte amerikanische Auslandshilfe für 1972, und davon ging ein Teil direkt als Militärhilfe nach Süd-Ostasien und in den Nahen Osten, allein 525 Millionen flossen in die Kasse der Regierung Thieus[203] in Saigon.

Auch die ökonomische Hilfe, die die Bundesrepublik denjenigen ost-asiatischen Ländern zuschiebt, die an der Seite der amerikanischen Truppen in Vietnam gekämpft haben, ist als Entwicklungshilfe nur verschleiert Kriegssubvention gewesen – nach derselben Methode, mit der die Bundesrepublik jetzt Südafrika, Zaire, Nigeria usw. unterstützt, als indirekte militärische Intervention gegen die MPLA in Angola. Sie hatten in Süd-Ostasien die Funktion, indirekt die amerikanische

203 Nguen Van Thieu, südvietnamisischer General, kämpfte bis 1954 auf französischer Seite gegen die Vietminh und stürzte 1963 den südvietnamesischen Präsidenten. Seit 1967 als Staatspräsident amerikanische Marionette im besetzten Südvietnam und an den Pariser Waffenstillstandsabkommen beteiligt, wo er jede Verhandlung mit dem siegreichen Vietcong ablehnte. Er lebt in den USA.

Kriegsführung in Vietnam finanziell zu entlasten und waren direkte Militärhilfe, soweit damit Projekte von militär-strategischem Wert ermöglicht wurden.

Über 2,1 Milliarden Mark weist allein die Kredit-Anstalt für Wiederaufbau, die die Kapitalhilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit abwickelt, bis ’72 für die süd-ostasiatischen Verbündeten der USA aus. Der Verwendungszweck dieser Summen wird nur begrenzt offen gelegt – aber schon die wenigen veröffentlichten Transaktionen zeigen, daß es dabei größtenteils um Projekte der militärischen Infrastruktur geht. Von diesen 2,1 Milliarden DM flossen bis 1971 78,5 Millionen DM in Projekte in Südvietnam (Nong-Song-Projekt: 5 Millionen DM, Schlachthof Saigon: 13,5 Millionen – die Verwendung der restlichen Gelder ist nicht bekannt). Laos erhielt 32,7 Millionen DM für Elektrizitätsprojekte, in Kambodscha finanzierte die BRD das rollende Material für die 1966 erbaute, strategisch wichtige Eisenbahnlinie zum einzigen Tiefwasserhafen des Landes (20 Mio.): 1972 gingen 4 Millionen als sogenannte Warenhilfe an Lon Mol.

Das direkt am Krieg beteiligte Thailand (2 000 Thai-Einheiten kämpften in Vietnam) erhielt über 257,7 Millionen DM Entwicklungshilfe allein von der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Finanzierte, wurde damit der Ausbau der strategisch wichtigen staatlichen Eisenbahn, Richtfunkanlagen, Relaisstationen für das Fernmeldewesen und der Ausbau der Energieversorgung – Projekte also, die alle funktional zur Automatic-Battle-Kriegsführung der USA in Vietnam waren. Die westdeutsche Industrie investierte nach Angaben des Bundesverbandes der Industrie bis Mitte 1970 13,2 Millionen DM in Thailand. Die Deutsche Bank besitzt seit 1967 Kapitalbeteiligungen an der Industrial Finance Corporation of Thailand, die industrielle Projekte finanziert. In der Automobilindustrie haben sich Daimler-Benz und Klöckner-Humboldt-Deutz niedergelassen. Beteiligungen in Thailand besitzen weiter die Salzgitter-Industriebau GmbH, die rheinischen Braunkohlenwerke AG, die Bergedorfer Eisenwerk GmbH, Astra-Werke und die Franz Kirchfeld GmbH KH und die Friedhelm Krupp Industriebau und Maschinenfabriken. Schließlich hat die staatliche thailändische Elektrizitätsbehörde der Bundesrepublik die technische Beratung für den Ausbau des Elektrizitätswesens überlassen. Über die asiatische Entwicklungsbank ist die BRD an vier Großprojekten beteiligt, für die die Deutsche Bank 52 Milliarden Dollar zur Verfügung stellt.

Thailand – SEATO-Mitglied – war der Flugzeugträger der USA in Südostasien. Zwar hatten die USA dort keinen einzigen Stützpunkt – sie gehörten alle der thailändischen Luftwaffe und waren vom Pentagon nur gemietet – aber schon ’72 waren auf 7 Flughäfen 40 000 US-Soldaten stationiert und 150 B-52-Bomber für den Einsatz gegen Nord- und Südvietnam.

Der Rückzug der US-Truppen aus Vietnam war zuletzt mehr und mehr ein Rückzug nach Thailand. Diese strategische Rolle Thailands für das amerikanische Militär ist der Grund, weshalb westdeutsche Monopole in Thailand investieren, und so wird schlüssig, warum die westdeutsche Entwicklungshilfe nach Thailand im Energie-, Transport- und Nachrichtenwesen zentriert ist – weil sie auf Militärhilfe für die USA zielt. Inzwischen kämpft in Thailand eine Befreiungsbewegung, die nach den Aussagen hoher Bangkoger Militärs die Unterstützung von Zehntausenden von Dorfbewohnern entlang der burmesisch-thailän-

disch-laotischen Grenze sowie im Süden Thailands erhielt und über ein funktionsfähiges Nachrichtenwesen verfügt.

Von den imperialistischen Medien in der Bundesrepublik nahezu vollständig unterdrückt worden ist die Tatsache, daß seit 1963 in der Bundeswehr thailändische Offiziere, insbesondere Piloten von Kampfflugzeugen und Hubschraubern auf ihren Einsatz im Rahmen der Operationen des US-Militärs und für ihren Einsatz gegen die thailändische Guerilla in Counter-Guerilla-Kriegführung ausgebildet werden. Die Lehrgänge für Piloten finden in den Bundeswehrstandorten Fürstenfeldbruck, Uetersen, Euskirchen und Wunsdorf statt. Das Bundeskriminalamt bildet die Polizei Thailands und den Geheimdienst aus.

Zu den US-Marionetten und engen Verbündeten des amerikanischen Indochinakrieges gehört auch die Regierung Marcos auf den Philippinen, wo 400 Millionäre im permanenten Ausnahmezustand eines totalen Terrorregimes ihre Privilegien und ihre Macht verteidigen. Die Regierung Marcos, die den USA Ausbildungslager, Militärstützpunkte, Kasernen und Treibstoff für die Angriffe auf Vietnam, Laos und Kambodscha zur Verfügung gestellt hat, bekam von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bis Ende 1972 Kredite über 256 Millionen DM. Außerdem ist die BRD über ihre Einlagen bei der asiatischen Entwicklungsbank an 7 militär-strategischen Projekten auf den Philippinen mit 60 Millionen Dollar beteiligt – dazu gehören der Ausbau der strategischen Häfen davon Sasa, Iligan und Manila – die Bauleitung der Häfen hat die bundeseigene Salzgitter-Industriebau GmbH. Für 6,5 Millionen investierten Daimler und VW in PKW- und LKW-Montagebetriebe. Außerden sind Klöckner, Siemens, Brown Boveri Cie. am Geschäft mit dem marcos'schen Faschismus beteiligt.

Singapur ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Einkauf- und Verwaltungszentren der in Süd-Ost-Asien operierenden Öl-Gesellschaften geworden, sowie zum größten Raffineriezentrum dieser Region. Ohne diese Energiereserven wäre die amerikanische Kriegsmaschine in Vietnam sehr viel früher funktionsunfähig gewesen. Mit 73,7 Millionen Dollar finanzierte die asiatische Entwicklungsbank, an der die BRD beteiligt ist, 7 Entwicklungsprojekte. Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau erhielt Singapur Kredite über 22,3 Millionen DM, die im Wirtschaftsboom des Vietnamkriegs ausschließlich für Fabrikationseinrichtungen und Handelsniederlassungen westdeutscher Firmen im Bereich der optischen und des Werkzeugmaschinenbaus verwendet werden. Anfang 1970 gab es nach Angaben des Bundesverbandes der Industrie noch keine westdeutschen Investitionen in Singapur – Mitte 1970 waren es bereits 3,1 Millionen.

Zentren westdeutscher Kapitalinvestitionen sind außerden in Süd-Ost-Asien Malaysia und Indonesien, Taiwan und Südkorea.

Für Südkorea muß man annehmen, daß die Bundesrepublik die Delegation von 55 000 südkoreanischen Soldaten – das waren etwa dreiviertel aller am Indochinakrieg beteiligten Militärs aus Süd-Ost-Asien – unmittelbar animiert hat. Seoul bekam bereits kurz vor dessen Kriegseintritt einen 426-Millionen-DM-Kredit für 15 Rüstungsprojekte. Außerdem bekam es Darlehen im Rahmen der Entwicklungshilfe über 419,3 Millionen DM. Und westdeutsche Konzerne investierten nach Angaben des BDI bis Mitte 1970 840 Millionen DM. Die Entwicklungshilfe für 1970 und '71 war wie in Thailand projektgebunden an den Bau eines Elektrizitätswerks, den Ausbau der

staatlichen Eisenbahn und den Hafen Pusan, für die Modernisierung des Fernmeldenetzes, den Bau einer Dieselmotorenfabrik sowie für den Kauf von Fernmeldeeinrichtungen. Es liegt auf der Hand, daß es sich bei diesen Investitionen um infrastrukturelle Projekte des Militärs und der Polizei handelt.

Was sich für Süd-Ost-Asien so nachweisen läßt, gilt auch für viele andere Regionen in der Dritten Welt, auf die die westdeutsche Entwicklungshilfe und die DM-Investitionen der US-Hegemonie operierenden multinationalen Konzerne der Bundesrepublik zentriert ist: Infrastrukturinvestitionen sind immer definiert an den militär-strategischen Interessen des Pentagon; sie sind zentriert auf die offen faschistischen Regimes der Dritten Welt, und sie sind gekoppelt mit Polizei- und Militärausbildungsprojekten in counterinsurgency –

Nochmal zurück:

Wir haben gesagt: die Hallsteindoktrin der Sozialdemokratie ist counterinsurgency. Hier wird schlüssig, wieso dieselbe Figur – nämlich Bahr – die für die neue Ostpolitik des US-Imperialismus, statt Roll-back, »Wandel durch Annäherung« macht – der Entwicklungshilfeminister von Schmidt ist. In dieser Figur ist der Prozeß der Entspannung, der diese Phase einer antagonistischen Auseinandersetzung ist aus der Defensive des Imperialismus durch die Befreiungskriege der Völker der Dritten Welt, faßbar – also der Versuch, den Weltmarkt vermittels der Warschauerpaktstaaten zu rekonstruieren und über Konsumstrategien zu einer Konvergenz der Systeme zu kommen –

Bahr ist als alter Berlinpolitiker und Kalter Krieger der Experte dieser Regierung für das sozialdemokratische Projekt des Neokolonialismus: Vietnamisierung der Konterrevolution. Was aber die Situation kennzeichnet, ist, daß diese Konzeption der Entwicklungspolitik im Begriff steht, gekippt zu werden – Kredithilfe und Hilfsprogramme werden nur noch als Erpressungsmittel zu offen militärischen Zwecken geplant und gehandhabt.

Hungerstreikerklärung vom 29. März 1977

29.3. bis 1.5.1977

»wer seine lage erkannt hat,
wie soll der aufzuhalten sein«

Angesichts der Tatsache, daß der Staat die Auseinandersetzung im rechtsfreien Raum des permanenten Ausnahmezustandes führt

und

daß sich in sechs Jahren Staatsschutzjustiz gezeigt hat, daß die Menschen- und Grundrechte in der Fahndung, in den Prozessen gegen uns und in den Gefängnissen ein Fetzen Papier sind,

fordern wir

für die Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen, die in der Bundesrepublik kämpfen, eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention[204] von 1949 entspricht,

im besonderen Art. 3, Art. 4, Art. 13, Art. 17 und Art. 130.

Wir fordern konkret:

1. Die Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation in den Gefängnis-

204 Die Konvention wurde im Genfer Abkommen beschlossen und beinhaltet multilaterale, völkerrechtliche Verträge zum Schutz von Kriegsopfern. Sie umfaßt vier Einzelabkommen, unter anderem das Genfer Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die Abkommen sollen auch im Falle des bewaffneten Konfliktes ohne internationalen Charakter, das heißt im Bürgerkrieg gelten, was in der politischen Praxis jedoch selten umgesetzt wird.

sen der Bundesrepublik und die Auflösung der besonderen Isolationstrakte, in denen Gefangene zusammengebracht werden, um ihre Kommunikation elektronisch auszuschnüffeln und auszuwerten.

Was für die Politischen Gefangenen in Hamburg, Kaiserslautern, Köln, Essen, Berlin, Straubing, Aichach und Stammheim wenigstens bedeuten würde, daß sie nach den Forderungen aller von den Gerichten in den Prozessen gegen die RAF bestellten Gutachter zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen zusammengefaßt werden.

2. Die Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof durch eine internationale Untersuchungskommission, die Unterstützung der Arbeit dieser Kommission und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in der Bundesrepublik.

3. Daß von der Regierung öffentlich deutlich gemacht wird, daß die Meldungen

– die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni '72)

– die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen (Sommer '74)

– die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (Sommer '74)

– die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer '75)

– das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April '75)

– die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarem Müll zu verseuchen (September '75)

– die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar '76)

– die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März '77)

Produkte der psychologischen Kriegsführung sind und daß sie lanciert wurden, um den wuchernden Polizei- und Staatsschutzapparat zu legitimieren und Solidarität mit den Widerstandsgruppen zu verhindern, um sie zu isolieren und zu vernichten; daß alle diese Meldungen falsch sind und daß die polizeiliche, nachrichtendienstliche und justizielle Aufklärung nichts ergeben hat, was sie begründen könnte.

Der Hungerstreik
ist Ausdruck unserer Solidarität

– mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus dem palästinensischen Widerstand für den Kriegsgefangenenstatus,

– mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der IRA[205] in irischen und englischen Gefängnissen für den politischen Status, der ihnen als Folge der Antiterrorismus-Gesetze, die die Bundesrepublik auf europäischer Ebene initiiert und durchgesetzt hat, aberkannt worden ist,

– mit der Forderung der Gefangenen aus der ETA[206] und anderen antifaschistischen Gruppen nach einer Amnestie in

205 Die Irisch Republikanische Armee wurde 1969 als Selbstverteidigungsorganisation der irisch-nationalistischen (katholischen) Bevölkerung in Nord-Irland gegen die Pogrome der britisch-loyalistischen (protestantischen) Mehrheit wiedergegründet. Im Rahmen des weltweiten Aufbruches der »neuen Linken« in dieser Zeit entwickelte die IRA eine sozialistische Programmatik.

206 Euzkadi ta Azkatasuna, baskisch für »Baskenland und Freiheit«, wurde 1959 von nationalistischen Intellektuellen gegründet und entwickelte sich im Widerstand gegen Franco zu einer breit verankerten, sozialistischen Guerilla. Seitdem hat sich die Gruppe mehrfach gespalten, Teile kämpfen bis heute bewaffnet gegen den spanischen Staat.

Spanien,

– mit allen, die im Kampf für soziale Revolution und nationale Selbstbestimmung gefangen genommen worden sind, und

– mit allen, die angefangen haben, sich gegen die Verletzung der Menschenrechte, das Elend und die brutale Ausbeutung in den Gefängnissen der Bundesrepublik zu wehren.

Den Widerstand bewaffnen!
Die Illegalität organisieren!
Den antiimperialistischen Kampf offensiv führen!
Stammheim, am 29. März '77

Die Gefangenen aus der RAF

Erschießung des Generalbundesanwalts Buback

Erklärung vom 7. April 1977

Für Akteure des Systems selbst wie Buback findet die Geschichte immer einen Weg.

Am 7.4.77 hat das Kommando Ulrike Meinhof Generalbundesanwalt Siegfried Buback hingerichtet.

Buback war direkt verantwortlich für die Ermordung von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof. Er hat in seiner Funktion als Generalbundesanwalt – als zentrale Schalt- und Koordinationsstelle zwischen Justiz und den Westdeutschen Nachrichtendiensten in enger Kooperation mit der CIA und dem NATO-Security-Committee[207] – ihre Ermordung inszeniert und geleitet.

Unter Bubacks Regie wurde Holger am 9.11.74 durch systematische Unterernährung und bewußte Manipulation des Transportzeitpunkts von Wittlich nach Stammheim gezielt ermordet. Das Kalkül der Bundesanwaltschaft war, durch die Exekution eines Kaders den kollektiven Hungerstreik der Gefangenen gegen die Vernichtungshaft zu brechen, nachdem der Versuch, Andreas durch Einstellung der Zwangsernährung umzubringen, durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit gescheitert war.

Unter Bubacks Regie wurde Siegfried, der das Kommando Holger Meins geleitet hat und der die Sprengung der deutschen Botschaft in Stockholm durch westdeutsche MEK-Einheiten (Mobile Einsatzkommandos) hätte nachweisen können, am 4.5.75 ermordet. Während er unter der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Bundesanwaltschaft und des BKA (Bundeskriminalamt) stand, wurde seine Auslieferung in die BRD und der lebensgefährliche Transport in das Gefängnis von Stuttgart-Stammheim durchgeführt, was seinen sicheren Tod bedeutete.

Unter Bubacks Regie wurde Ulrike am 9.5.76 in einer Aktion des Staatsschutzes exekutiert. Ihr Tod wurde als Selbstmord inszeniert, um die Politik, für die Ulrike gekämpft hat, als sinnlos darzustellen.

Der Mord war die Eskalation nach dem Versuch der Bundesanwaltschaft, Ulrike durch einen neurochirurgischen Zwangseingriff zu kretinisieren, um sie – zerstört – im Stammheimer Prozeß vorführen und bewaffneten Widerstand als Krankheit denunzieren zu können. Dieses Projekt wurde durch internationalen Protest verhindert. Der Zeitpunkt ihrer Ermordung war präzise kalkuliert:

Vor der entscheidenden Initiative im Prozeß, den Anträgen der Verteidigung,

207 Sicherheitsausschuß der NATO, ein Gremium von Regierungsvertretern in NATO-Staaten, das der bündnisweiten Abstimmung von Maßnahmen zur inneren Sicherheit dient. Ein Unterkomitee ist das »Action Comittee 46«, dessen Vorsitzender der spätere VS-Chef Nollau war und in dem Richtlinien erarbeitet wurden, um die Polizeigesetze in Westeuropa anzugleichen.

die an den Angriffen der RAF (Rote Armee Fraktion) gegen die US-Headquarters Frankfurt und Heidelberg 1972 die Beteiligung der BRD an der völkerrechtswidrigen Aggression der USA in Vietnam interpretieren sollten:

Vor Ulrikes Zeugenvernehmung im Prozeß in Düsseldorf gegen das Kommando Holger Meins, wo sie authentisch über die äußerste Form der Folter, die an ihr in 8 Monaten Toten Trakts vollstreckt worden war, hätte aussagen können:

Vor ihrer Verurteilung – da die kritische internationale Öffentlichkeit, die sich an dem Schauprozeß in Stammheim und seiner zynischen Darstellung imperialistischer Gewalt entwickelt hat, von der Bundesregierung und ihren Exekutivorganen begriffen worden war, weil sie dabei war, ihnen auf die Füße zu fallen.

Ulrikes Geschichte ist deutlicher als die vieler Kämpfer die Geschichte der Kontinuität von Widerstand – sie verkörpert für die revolutionäre Bewegung eine ideologische Avantgardefunktion, auf die Bubacks Konstruktion des fingierten Selbstmords zielte: Ihr Tod – von der Bundesanwaltschaft als Einsicht in das »Scheitern« bewaffneter Politik propagandistisch verwertet – sollte die Gruppe, ihren Kampf und ihre Spur moralisch vernichten. Die Konzeption der Bundesanwaltschaft, die seit 71 Fahndung und Verfahren gegen die RAF an sich gezogen hat, läuft nach der Linie der im Security Committee der NATO konzipierten Antisubversionsstrategie: Kriminalisierung revolutionären Widerstands – deren taktische Schritte Infiltration, Entsolidarisierung und Isolierung der Guerilla und Eliminierung ihrer Leader sind.

Im Rahmen der Counterstrategie der imperialistischen BRD gegen die Guerilla ist die Justiz kriegsführendes Instrument – in der Verfolgung der aus der Illegalität operierenden Guerilla und in der Vollstreckung der Vernichtung der Kriegsgefangenen. Buback – wie Schmidt sagt »ein tatkräftiger Kämpfer« für diesen Staat – hat die Auseinandersetzung mit uns als Krieg begriffen und geführt:

»Ich habe den Krieg überstanden. Dies ist ein Krieg mit anderen Mitteln.«

Wir werden verhindern, daß unsere Fighter in westdeutschen Gefängnissen ermordet werden, weil die Bundesanwaltschaft das Problem, daß die Gefangenen nicht aufhören zu kämpfen, nicht anders als durch ihre Liquidierung lösen kann.

Wir werden verhindern, daß Bundesanwaltschaft und Staatsschutzorgane sich an den gefangenen Fightern rächen für die Aktionen der Guerilla draußen.

Wir werden verhindern, daß die Bundesanwaltschaft den vierten kollektiven Hungerstreik der Gefangenen um die minimalen Menschenrechte benutzt, um Andreas, Gudrun (Ensslin) und Jan (Raspe) zu ermorden, wie es die psychologische Kriegsführung seit Ulrikes Tod offen propagiert.

Den bewaffneten Widerstand und die antiimperialistische Front in West-Europa organisieren.

Den Krieg in den Metropolen im Rahmen des internationalen Befreiungskampfes führen.

Kommando Ulrike Meinhof

Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks

vom 30. April 1977

In den letzten Tagen sind alle Versuche, den Hungerstreik von zuletzt 100 Gefangenen durch Zwangsernährung – in Hamburg-Holstenglacis mit äußerster Brutalität – zu brechen, gescheitert. Nachdem die Gefängnisärzte in Stammheim und die zugezogenen Anästhesisten sich gestern geweigert haben, Psychodrogen bzw. Zwangsnarkosen gegen die Gefangenen einzusetzen, teilte der Gefängnisdirektor uns heute, am 30. April 77 um 12 Uhr, die »Verbindliche Erklärung des Justizministeriums» mit, daß »unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration politischer – d.h. Gefangener nach § 129a – auch aus anderen Bundesländern in Stammheim und eine Vergrößerung der Haftraumes in die Wege geleitet wird.«

Die Entscheidung geht auf einen Kabinettsbeschluss zurück.

Damit wird die zentrale Forderung des Hungerstreiks erfüllt.

Die Gefangenen aus der RAF beenden den Streik.

»Wer keine Angst vor Vierteilung hat, zieht den Kaiser vom Pferd«

Gudrun Ensslin
für die Gefangenen aus der RAF

Erschießung von Jürgen Ponto und Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe

Erklärung vom 14.8.1977

Wir haben in einer Situation, in der Bundesanwaltschaft und Staatsschutz zum Massaker an den Gefangenen ausgeholt haben, nichts für lange Erklärungen übrig.

Zu Ponto und den Schüssen, die ihn jetzt in Oberursel trafen, sagen wir, daß uns nicht klar genug war, daß diese Typen, die in der Dritten Welt Kriege auslösen und Völker ausrotten, vor der Gewalt, wenn sie ihnen im eigenen Haus gegenübertritt, fassungslos stehen.

Das Staatsschutzgeschmier von »Big Money« ist Dreck wie alles, was zu der Aktion gesagt worden ist.

Es geht natürlich immer zuerst darum, das Neue gegen das Alte zu stellen, und das heißt hier: Den Kampf, für den es keine Gefängnisse gibt, gegen das Universum der Kohle, in dem alles Gefängnis ist.

Susanne Albrecht aus einem Kommando der RAF

Erklärung zum Hungerstreikabbruch

Jan-Carl Raspe für die Gefangenen der RAF, 2.9.1977

Im Laufe der Woche haben wir von einem Mitglied von amnesty international erfahren, daß der Vermittlungsversuch, den das Internationale Exekutivkomitee unternommen hat, um humane, d.h. Haftbedingungen, die den Forderungen der Ärzte entsprechen, durchzusetzen und den Hungerstreik zu beenden, abgebrochen wurde, weil »die Situation verhärtet ist«

und

»in den Behörden von oben nach unten die Linie durchgesetzt wurde, nach den Anschlägen gegen die Bundesanwaltschaft und Ponto an den Gefangenen ein Exempel zu statuieren«.

Das entspricht den Ankündigungen Rebmanns[208].

Die Gefangenen haben daraufhin – um das Mordkalkül nicht zu erleichtern – am 26. Tag ihren Streik unterbrochen. Sie haben sich dazu entschlossen, nachdem sie damit offen zu Geiseln des Staatsschutzes erklärt worden sind – in Erwä-

208 Kurt Rebmann war von 1977 bis 1990 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.

gung der Anstrengungen, die die Bundesregierung unternommen hat, die Begründung der Klage gegen die

Verletzung der Menschenrechte

in der Bundesrepublik bei der Menschenrechtskommission in Straßburg durch Verhaftungen, Razzien und die Beschlagnahme an der Grenze zu verhindern.[209]

Stammheim, den 2.9.1977

Jan-Carl Raspe
für die Gefangenen aus der RAF

Entführung von Hanns-Martin Schleyer

5.9.1977 – 18.10.1977

5.9.97

An die Bundesregierung

Sie werden dafür sorgen, daß alle öffentlichen Fahndungsmaßnahmen unterbleiben – oder wir erschießen Schleyer sofort, ohne daß es zu Verhandlungen über seine Freilassung kommt.

6.9.77

Am Montag, den 5.9.77 hat das Kommando Siegfried Hausner den Präsidenten der Arbeitgeberverbands und des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hanns-Martin Schleyer, gefangengenommen.

Zu den Bedingungen seiner Freilassung wiederholen wir nochmal unsere erste Mitteilung an die Bundesregierung, die seit gestern von den Sicherheitsstäben, wie wir das inzwischen kennen, unterschlagen wird.

Das ist die sofortige Einstellung aller Fahndungsmaßnahmen – oder Schleyer wird sofort erschossen.

Sobald die Fahndung gestoppt ist, läuft Schleyers Freilassung unter folgenden Bedingungen:

1. Die Gefangenen aus der RAF: Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Verena Becker, Werner Hoppe, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernd Rössner, Ingrid Schubert, Irmgard Möller werden im Austausch gegen Schleyer freigelassen und reisen in eine Land ihrer Wahl.

Günter Sonnenberg, der seit seiner Festnahme wegen einer Schußverletzung haftunfähig ist, wird sofort freigelassen. Sein Haftbefehl wird aufgehoben. Günter wird zusammen mit den 10 Gefangenen, mit denen er sofort zusammengebracht wird und sprechen kann, ausreisen.

2. Die Gefangenen sind bis Mittwoch, 8 Uhr früh, auf dem Flughafen Frankfurt zusammenzubringen. Sie haben bis zu ihrem Abflug um 12 Uhr mittags jederzeit und uneingeschränkt die Möglichkeit, miteinander zu sprechen. Um 10 Uhr vormittags wird einer der Gefangenen das Kommando in Direktübertragung durch das Deutsche Fernsehen über den korrekten Ablauf ihres Abflugs informieren.

3. In der Funktion öffentlicher Kontrolle und Garantie für das Leben der Gefangenen während des Transports bis zur Landung und Aufnahme sollen die Gefangenen – wie wir vorschlagen würden – von Payot, dem Generalsekretär der Internationalen Föderation für Menschenrechte bei der UNO, und Pfarrer Niemöller begleitet werden. Wir bitten sie, sich in dieser Funktion dafür einzusetzen, daß die Gefangenen dort, wo sie hinwollen, lebend ankommen.

Natürlich sind wir auch mit einem Alternativvorschlag der Gefangenen einverstanden.

4. Jedem der Gefangenen werden 100 000 DM mitgegeben.

5. Die Erklärung, die durch Schleyers Foto und seinen Brief als authentisch identifizierbar ist, wird heute abend um 20.00 Uhr in der *Tagesschau* veröffentlicht, und zwar ungekürzt und unverfälscht.

6. Den konkreten Ablauf von Schleyers Freilassung legen wir fest, sowie wir die Bestätigung der freigelassenen Gefangenen haben, daß sie nicht ausgeliefert werden, und die Erklärung der Bundesregierung vorliegt, daß sie keine Auslieferung betreiben wird.

Wir gehen davon aus, daß Schmidt, nachdem er in Stockholm demonstriert hat, wie schnell er seine Entscheidungen fällt, sich bemühen wird, sein Verhältnis zu diesem fetten Magnaten der nationalen Wirtschaftscreme ebenso schnell zu klären.

RAF – Kommando Siegfried Hausner

7.9.77

Wir verstehen die Nichtveröffentlichung unserer Forderungen und des Ultimatums, die gestern, 20 Uhr, in der Tagesschau bekanntgegeben werden sollten, korrespondierend zu der geheimgehaltenen Entscheidung des Krisenstabs, nur als den Versuch der Bundesregierung, die militärische Lösung durchzuziehen.

Dieselbe Funktion hat das Manöver des BKA, mit der Forderung nach einem Lebenszeichen Schleyers Zeit rauszuholen, nachdem sie gestern nachmittag Schleyers handgeschriebenen Brief sowie ein gestern von ihm aufgenommenes Foto in der Hand haben.

Wir werden uns nur auf die Beantwortung der Fragen, die das BKA heute bekanntgeben will, einlassen, wenn sichtbar wird, daß sich die Bundesregierung ihrerseits an die Bedingungen hält – und wir haben nicht mehr lange Lust, uns zu wiederholen.:

1. Die Fahndung wird sofort gestoppt.
2. Die Gefangenen werden sofort zusammengebracht.
3. Die Bestätigung dafür wird von einem der Gefangenen heute über das Deutsche Fernsehen abgegeben.

Als sichtbares Zeichen verlangen wir, daß die Videoaufnahme, in der Schleyer seinen beiliegenden Brief verliest, heute ab 18.00 Uhr in allen Nachrichtensendungen des Fernsehens abgespielt wird.

Kommando Siegfried Hausner

8.9.77

Es wird von uns keine weiteren Erklärungen geben, bevor die Gefangenen nicht abgeflogen sind.

Um sicher zu gehen, daß Schleyer lebt, hat die Bundesregierung genug Beweise: seine Briefe, das Videoband sowie das Tonband mit seinen Antworten auf die beiden Fragen.

Kontaktpersonen sind überflüssig wie jeder weitere Verzögerungsversuch, die Verständigung über Schleyers Freilassung läuft über die Tatsache des Abflugs der Gefangenen oder gar nicht.

Wir fordern zum letzten Mal:

1. Bis heute abend, 20.00 Uhr, ist die politische Entscheidung der Bundesregierung öffentlich bekanntzugeben.
2. Bis Freitag, 10 Uhr morgens, läuft die Bestätigung durch einen Abflug der Gefangenen, daß sie abrufbereit sind.
3. Bis 12.00 Uhr mittags ist der Abflug der Gefangenen in einem vollgetankten Langstreckenflugzeug der Lufthansa gelaufen, der über TV direktübertragen wird.

209 Am 9.8.1977 beschlagnahmte ein Mobiles Einsatzkommando die Klagebegründung für die Europäische Komission für Menschenrechte an der Grenzübergangstelle Rheinau. Die Schrift sollten zwei Mitarbeiterinnen des Anwaltsbüros Müller/Newerla/Croissant der Komission überbringen. Die Beschlagnahme geschah gezielt am Tag des Fristablaufs, gleichzeitig wurde der Anwalt Newerla festgenommen.

4. Die übrigen Forderungen sind ihnen aus den vorhergegangenen Erklärungen bekannt.
Kommando Siegfried Hausner

12.9.77

Wir erwarten bis 24.00 Uhr die Entscheidung der Bundesregierung, ob sie den Austausch will oder nicht, und zwar in der Form, daß sie erkennbar Vorbereitungen für die Zusammenlegung der Gefangenen trifft.

Der Ablauf dieser Prozedur ist bereits festgelegt. Einer der Gefangenen bestätigt die laufenden Vorbereitungen.

Die möglichen Zielländer können der Bundesregierung nur von den Gefangenen selbst genannt werden.

Auf weitere BKA-Meldungen an Payot werden wir ohne konkrete Schritte der Bundesregierung nicht mehr reagieren.

Falls die Bundesregierung auch dieses Ultimatum schweigend übergehen will, hat sie die Konsequenzen zu tragen.
Kommando Siegfried Hausner

13.9.77

Wir haben unserer Erklärung vom 12.9.77 nichts hinzuzufügen. Wir bitten Monsieur Payot, die Rolle, die die Bundesregierung ihm zugedacht hat und deren Funktion einzig und allein zeitliche Verzögerung und Hinausschieben einer Entscheidung ist, um Handlungsspielraum für die militärische Lösung zu gewinnen, abzulehnen.

Die Taktiererei der sogenannten Geheimverhandlungen ist absurd bei dem Ziel der Aktion: der Freilassung der Gefangenen.

Wir haben das infame Kalkül der Bundesregierung – in der Klemme, daß ein Eingehen auf die Forderungen im Widerspruch zu der von ihr inzwischen institutionalisierten Bürgerkriegshetze gegen die RAF und zu der amerikanischen Daumenschraube steht – seit 9 Tagen mit mehrmaliger Verlängerung unserer Ultimaten beantwortet.

Es hat von Seiten der Bundesregierung in diesen 9 Tagen keinen einzigen konkreten Schritt gegeben, der die Bereitschaft signalisiert hätte, Schleyer tatsächlich auszutauschen.

Die Ankündigung des BKA, die Fahndung werde gestoppt, war ein Witz. In jeder Zeitung sind Fotos von Autobahnkontrollen und Meldungen über gestürmte Wohnungen.

Wir geben der Bundesregierung eine letzte Frist bis heute abend, 24 Uhr, unsere Forderungen zu erfüllen.
Kommando Siegfried Hausner

26.9.77

Wenn der Bundesregierung noch am Erhalt des Lebens von Schleyer liegt, muß sie sofort für den Stop der Fahndung in der BRD als auch für den Stop der von ihr initiierten Fahndung in Frankreich, Holland und der Schweiz sorgen. Unsere Forderung nach Einstellung aller Fahndungsmaßnahmen gilt nach wie vor.

Wir warnen die Bundesregierung davor, die Telefongespräche mit Payot weiterhin über Fangschaltung oder dergleichen als Fahndungsmittel einzusetzen.

Wir werden weitere Verhandlungen mit der Bundesregierung nur noch über Rechtsanwalt Payot führen, wenn diese ihre Taktik aufgibt, mit sinnlosen Telefongesprächen Zeit zu gewinnen und für uns sichtbar ist, daß sie tatsächlich die Freilassung der 11 geforderten Gefangenen vorbereitet.

Weitere Lebenszeichen von Schleyer wird es nur noch im Zusammenhang mit konkreten Hinweisen auf den Austausch geben.

Auch wenn uns die Bundesregierung die Verhandlungsergebnisse von Wischnewski vorenthalten will, gibt es von uns nur zu sagen, daß wir sicher sind, daß es Länder gibt, die zur Aufnahme der 11 Gefangenen bereit sind.
Kommando Siegfried Hausner

13.10.77

Wir haben Helmut Schmidt jetzt genug Zeit gelassen, um sich in seiner Entscheidung zu winden.

Zwischen der amerikanischen Strategie der Vernichtung von Befreiungsbewegungen in Westeuropa/3.Welt und dem Interesse der Bundesregierung, den zur Zeit für sie wichtigsten Wirtschaftsmagnaten – eben für diese imperialistische Strategie – nicht zu opfern.

Das Ultimatum der Operation Kofre Kaddum des Kommandos »Martyr Halimeh« und das Ultimatum des Kommandos »Siegfried Hausner« der RAF sind identisch.

Das Ultimatum läuft am Sonntag, den 16. Okt. 1977 um 8.00 Uhr g.m.t. ab.

Wenn bis zu diesem Zeitpunkt die elf geforderten Gefangenen ihr Ziel nicht erreicht haben, wird Hanns-Martin Schleyer erschossen.

Nach 40 Tagen der Gefangenenschaft von Schleyer wird es eine Verlängerung des Ultimatums nicht mehr geben, ebenso keine weitere Kontaktaufnahme.

Jegliche Verzögerung bedeutet den Tod Schleyers.

Um zeitliche Komplikationen zu vermeiden, ist es nicht notwendig, daß Pastor Niemöller und Rechtsanwalt Payot die Gefangenen begleiten.

Die Bestätigung der Ankunft der Gefangenen erhalten wir auch ohne die Bestätigung durch die Begleitperson.

Nachdem wir die Bestätigung erhalten haben, wird Hanns-Martin Schleyer innerhalb von 48 Stunden freigelassen.

Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf!
Kommando Siegfried Hausner

19.10.77

Wir haben nach 43 Tagen Hanns-Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn in der Rue Charles Peguy in Mulhouse in einem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen abholen.

Für unseren Schmerz und unsere Wut über die Massaker von Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos. Andreas, Gudrun, Jan, Irmgard und uns überrascht die faschistische Dramaturgie der Imperialisten zur Vernichtung der Befreiungsbewegungen nicht. Wir werden Schmidt und der daran beteiligten Allianz diese Blutbäder nie vergessen.
Der Kampf hat erst begonnen!
Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf!
Kommando Siegfried Hausner

3

1978–1986

Vorbemerkung 1978–1986

Nach dem »Deutschen Herbst« wurde im Ausland vom »Modell Deutschland« gesprochen. Die sozialdemokratische Regierung hatte in den 70er Jahren aus der Bundesrepublik einen »Sicherheitsstaat« gemacht. Verfassungsschutz und Polizeiapparat arbeiteten oftmals jenseits der Gesetze, der Radikalenerlaß mit seinen Berufsverbote wurde zum Kontroll- und Disziplinierungsinstrument des Staates, Verteidigerrechte wurden bei politische Strafverfahren außer Kraft gesetzt, Grundrechte wie das Asylrecht wurden mißachtet, und Zensur fand auf allen gesellschaftlichen Ebenen (Literatur, öffentlich-rechtliche Medien, Schule, Theater, Druckereien etc.) statt.

Ende März 1978 fand in Frankfurt/Main und im Januar 1979 in Köln das 3. Internationale Russel-Tribunal statt. Unter einer internationalen Jury (u.a. Günther Anders, Johan Galtung, Agnes Heller, Robert Jungk, Martin Niemöller, Albert Soboul) und mehreren tausend Teilnehmern verhandelte man die »Situation der Menschenrechte in der BRD«. Ergebnis der Tagung war die Bildung eines »Internationalen Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland«.

Am 23. Februar 1978 kommt der Untersuchungsausschuß des Baden-Württembergischen Landtags in seinem Abschlußbericht über die Geschehnisse in der Nacht vom 18. Oktober 1977 in Stammheim zu dem Ergebnis, daß eine »Fremdeinwirkung« beim Tod der Gefangenen auszuschließen sei. Eine unabhängige Kommission wird nicht zugelassen.

Bei aller Kritik der ausländischen Medien an der BRD des Jahres '77, das »Modell Deutschland« war ein gefragtes Exportgut für andere europäische Regierungen, und die GSG 9 erhielt weltweite Aufträge. Ansonsten hatte die internationale Politik mit dem »Deutschen Herbst« jedoch nur peripher zu tun. Im Iran siegt 1979 die fundamentalistische klerikale Opposition mit Ayatollah Khomeini. 1979 ist auch der Kampf der Sandinisten in Nicaragua erfolgreich, in anderen Ländern Lateinamerikas finden in den 80er Jahren ebenfalls Aufstände und Befreiungskämpfen gegen die einheimischen Oligarchien und Militärdiktaturen, die von den USA militärisch gestützt wurden, statt. In Simbabwe (Rhodesien) erreicht 1980 die Guerilla die Unabhängigkeit, und in Südafrika bekämpfen schwarze Guerillaorganisationen das vom Westen unterstützte Apartheidregime.

Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika und Afrika wurde zu einem wichtigen Bestandteil linker Politik. Aber auch die iranische Revolution wurde anfangs, vor allem von der radikalen Linken, als beispielhaft für den antiimperialistischen Kampf gewertet. Angesichts der dortigen Entwicklung wurde dieser positive Bezug allerdings schnell wieder revidiert.

1979 beschloß die NATO mit der sogenannten Nachrüstung die Stationierung atomarer Marschflugkörper und Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Der Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion ging seinem Höhepunkt entgegen. In der BRD entsteht die Friedensbewegung als Massenphänomen, der antimilitaristische und radikale Teil bleibt zwar die Minderheit, 1982/83 kommt es jedoch bei Besuchen von US-Präsident Reagan und dem Außenminister Haig zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

1980/81 kam es in der Schweiz, Holland und der BRD zu heftigen »Jugendrevolten«.

Autonome und Punks besetzen Hunderte von Häusern verteidigen sie teilweise militant gegen die Staatsmacht. Die Bewegung gegen den Bau der Startbahn-West am Frankfurter Flughafen bringt Anfang der achtziger Jahre eine ganze Region an den Rand der Unregierbarkeit. Neben dem ökologischen Aspekt sind auch die NATO-Pläne für die Anti-Startbahn-Bewegung von Bedeutung.

Revolutionäre Zellen intervenieren Anfang der 80er Jahre mit verschiedenen Aktionen und Diskussionsbeiträge in die sozialen Bewegungen, ab Mitte der 80er Jahre unternehmen sie, gemeinsam mit der Frauengruppe Rote Zora, militante Aktionen gegen internationalen Ausbeutung und Frauenhandel sowie gegen die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik.

Im September 1988 fand in West-Berlin unter polizeilichen Ausnahmezustand das Treffen von IWF/Weltbank statt. Als letztes Großereignis der achtziger Jahre in der Internationalismus-Arbeit der Linken wird mit Kongressen, Aktionen und Großdemonstrationen gegen die IWF-Politik demonstriert.

Hungerstreiks

Die Situation in den Gefängnissen hatte sich nach dem Deutschen Herbst kaum verändert. Zwar wird die Kontaktsperre gegen rund 100 Gefangene aus der RAF und der Bewegung 2. Juni am 20.10.77 wieder aufgehoben, die Isolationsmaßnahmen werden jedoch verfeinert. Fast alle Gefangenen sind total isoliert. Im 7. Stock in Stuttgart Stammheim z.B. sitzen sechs politische Gefangene, die keine Möglichkeiten haben, miteinander zu sprechen oder zu arbeiten. Die Trennscheibe ist auch bei Anwaltsbesuchen obligatorisch. Besuchs- und Schreibverbote werden ausgesprochen, und die Möglichkeit, Bücher und Zeitschriften zu bekommen, wird immer weiter eingeschränkt. Ende der siebziger Jahre werden innerhalb der Gefängnisse die Hochsicherheitstrakte neu eingerichtet.

Gegen diese Haftbedingungen fanden von 1978–1986 mehrere kollektive, aber auch etliche von einzelnen Gefangenen, Hungerstreiks der politischen Gefangenen statt.

Am 20. April 1979 beginnen die Gefangenen aus der RAF ihren siebten Hungerstreik, anfänglich beteiligen sich 47 Gefangene, später sind es 70. Sie fordern u.a. die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen und die Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Organisationen. Der Hungerstreik wird am 26.6. unterbrochen, um die »Ergebnisse der Verhandlungen der von uns beauftragten Internationalen Kommission« sowie die zwischen »amnesty international und dem Bundesjustizministerium geführten Verhandlungen« abzuwarten. Die Verhandlungen bleiben jedoch ergebnislos.

Vom 2. Februar bis 16. April 1981 folgt ein weiterer Hungerstreik. Nach der Zusage des Innenministeriums, kein Gefangener bleibe in Einzelisolation, brechen die Gefangenen ihren Hungerstreik am 16.4. ab. Am selben Tag stirbt Sigurd Debus (ein Gefangener aus einer anderen militanten Gruppe außerhalb der RAF, der sich dem Hungerstreik angeschlossen hatte), der seit dem 16.3. zwangsernährt wurde, unter nicht geklärten Umständen nach mehrtätiger Bewußtlosigkeit. Die von der Bundesregierung gemachten Zusagen werden später ebenfalls nicht eingehalten.

Am 4. Dezember 1984 beginnt der neunte Hungerstreik von 40 Gefangenen aus der RAF und dem »antiimperialistischen Widerstand«, der bis zum 1. Februar 1985 dauert. Mehrere Gefangene schweben im Verlauf des Hungerstreiks in Lebensgefahr, viele tragen von den Hungerstreiks irreparable körperliche Schäden davon.

Da in den siebziger Jahren alle politischen Gefangenen, also auch die Gefangenen der Bewegung 2. Juni, mit den Sonderhaftbedingungen konfrontiert waren, ist die Beteiligung im Knast groß, und auch außerhalb der Gefängnisse erhalten die Gefangenen aus meist humanitären Beweggründen eine breite Unterstützung. Die uneingeschränkte Solidarität bricht jedoch bereits im Frühjahr 1977 an dem Punkt, als die Gefangenen die Forderung nach den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 erheben und für sich den Status von Kriegsgefangenen verlangen, die RAF sich also als eine Kriegspartei und den Staat als andere Kriegspartei definiert. Auch innerhalb der Gefängnisse kommt es zu Diskussionen mit anderen Gefangenen, wie mit denen der Bewegung 2. Juni – Ralf Reinders, Ronald Fritzsch und Fritz Teufel. Diese beteiligen sich an den weiteren Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF nicht mehr, bzw. formulieren ihre eigenen Forderungen.

1980 löste sich ein Teil der Bewegung 2. Juni auf und schloß sich der RAF an.

Im Mai 1982 erschien, erstmals nach 10 Jahren, eine neue programmatische Erklärung der RAF. Vorausgegangen war dem zwei Anschläge gegen Generäle der NATO und ein Bombenanschlag auf das europäische Hauptquartier der US-Air Force in Ramstein, bei dem 20 Soldaten verletzt wurden. In dem »Mai-Papier« setzt die RAF, aufgrund der Erfahrungen von 1977 und dem Scheitern ihrer Politik der Gefangenenbefreiung nun wieder den Antiimperialismus in den Mittelpunkt ihrer Praxis. Es wird die »antiimperialistische Front« als eine Einheit von RAF und anderen militanten antiimperialistischen Gruppen konzipiert. Zu der »Offensive 77« gab es bis dato keine öffentliche Reflexion der RAF.

In den Jahren 1982 bis 1986, vor allem während des Hungerstreiks 1984/85, kommt es zu einer Vielzahl von Anschlägen von »Kämpfenden Einheiten« (Gruppen, die aus der Legalität heraus Anschläge verüben und sich als Bestandteil der antiimperialistischen Front sehen) auf US- und NATO-Einrichtungen, Rüstungsfirmen, Polizei und Bundeswehreinrichtungen. Aus diesem politischen Zusammenhang wurden von 1984 bis 1986 Dutzende von Leuten verhaftet und teilweise, obwohl meist keine konkreten Beweise vorlagen, zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Die RAF stellte nach 1982, spätestens nach den Verhaftungen von sieben aus der Gruppe im Sommer 1984 (u.a. Ingrid Jacobsmeier, Christa Eckes, Helmut Pohl und Manuela Happe) den Aufbau einer westeuropäischen Guerilla in den Vordergrund.

In einer gemeinsamen Erklärung von RAF und der französischen Guerillagruppe Action Directe vom Januar 1985 sieht die RAF einen ersten Schritt zu diesem Projekt. Zum Hauptangriffsziel werden nun Personen aus dem militärisch-industriellen Komplex. Während des Hungerstreiks 1984/85 erschießt am 25. Januar das »Kommando Elisabeth von Dyck« der Action directe den Waffenexportchef im französischen Verteidigungsministerium, General Audran. Mitglieder der Action Directe waren am 19.1.85 ebenfalls in den Hungerstreik getreten. Am 1. Februar wird der Vorstandsvorsitzende der Motoren- und Turbinen-Union (MTU), Ernst Zimmermann, von dem RAF-»Kommando Patsy O'Hara« erschossen.

Am 8. August 1985 führt das RAF-»Kommando George Jackson« einen Autobombenanschlag auf den US-Luftstützpunkt am Frankfurter Flughafen durch. Zwei Amerikaner (ein Soldat und eine Hausfrau) kommen dabei ums Leben. Um sich mittels einer Identitätskarte einen Zugang zur Air-Base zu verschaffen, tötet die RAF den zwanzigjährigen US-Soldaten Pimental. Nach anfänglicher Verteidigung der Aktion, geht die RAF in zwei Papieren Ende 1985/Anfang 1986 auf die Erschießung ein und räumt sie als Fehler ein, der aber primär aus einer falschen strategischen Bestimmung des Anschlags entstanden sei: »Diese Widersprüchlichkeit in den Bestimmungen mußte wie ein Klotz in allen Diskussionen wirken, hat die Orientierung der Aktion verwischt und so natürlich – verstärkt dadurch, daß wir die ID-Card losgeschickt haben, ohne was dazu zu sagen – der Staatsschutzpropaganda und auch einem Haufen Arschlöcher in der Linken die Munition geliefert für ihren Versuch, den Widerstand an der Erschießung des GI zu spalten, unseren Fehler gegen die Einheit der revolutionären Front, in der der Widerstand und wir uns im Winter einen entscheidenden Schritt weitergebracht haben, auszuspielen.« (»An die, die mit uns kämpfen«)

Weitere Aktionen der westeuropäische Guerilla sind am 9. Juli 1986 eine ferngesteuerte Autobombe, bei der das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckart Groppler ums Leben kommen, und am 10. Oktober 1986 die Erschießung des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt Gerold von Braunmühl. Begleitet werden die RAF-Aktionen im Jahr 1986 von insgesamt 17 Anschläge von »Kämpfenden Einheiten«, unter anderem auf das Frauenhofer Institut und die Firma Dornier.

Die Phase »westeuropäische Guerilla« wird mit dem tödlichen Anschlag auf den Diplomaten Gerold von Braunmühl abgeschlossen.

Mit dem Mai-Papier hatte die RAF 1982 erstmals nach zehn Jahren ein Strategiepapier veröffentlicht. Adressat dieses Papiers war die bisherige antiimperialistische Szene, vor allem aber auch die neue militante Bewegung, die Anfang der 80er Jahre beim Protest gegen die NATO-Rüstung, in den Häuserkämpfen, der Anti-AKW-Bewegung und beim Widerstand gegen die Startbahn-West entstanden war. Erstmals nach 10 Jahren wendet sich die RAF und die antiimperialistischen Gruppen wieder direkt an linke Bewegungen. Das Mai-Papier wird zwar in linksradikalen Medien diskutiert und an den Unterstützungsdemonstrationen zu den Hungerstreiks nehmen Tausende Autonome und andere Linksradikale teil, eine weitergehende Zusammenarbeit findet jedoch aufgrund des unterschiedlichen Politikverständnisses nicht statt.

Einschneidend war auch die Erschießung des US-Soldaten für den Air-Base Anschlag und die anschließende Rechtfertigung von seiten der RAF. Daß die Ermordung auch innerhalb der antiimperialistischen Szene nicht unumstritten war, äußerte sich auf dem »Kongreß über antikapitalistischen und antiimperialistischen Widerstand in Westeuropa«, der vom 31.1.–4.2.1986 in Frankfurt/Main stattfand. An diesem Treffen, das trotz polizeilicher Belagerung durchgeführt wurde, nehmen mehreren hundert TeilnehmerIn-

nen und Delegationen aus fast allen westeuropäischen Ländern teil. Die Distanz zum Rest der Linksradikalen wird allerdings, aufgrund des Ausschlusses der autonomen Gruppen aus dem Startbahnwiderstand (die sich nicht den Kongreß-Sicherheitskontrollen unterwerfen wollten) und einer ausbleibenden Diskussion, in der Folgezeit noch größer.

Hungerstreikerklärung vom 20.4.1979

20.4. bis 20.6.1979

Unser Hungerstreik richtet sich gegen die fortdauernde und perfektionierte Isolation als Teil der staatlichen Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen aus den bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Gruppen. Deutlichster Ausdruck dieser Strategie ist jetzt das Projekt von Bundesanwaltschaft, BKA/Staatsschutz und Länderjustizbehörden, uns in Spezialzellen zu isolieren, bei denen die Erfahrungen aus acht Jahren Isolationsvollzug verarbeitet und baulich umgesetzt worden sind: geräuschisolierte Betonbunker mit Fenstern aus Panzerglas, die nicht zu öffnen sind; luftdicht schließende Türen und eine Klimaanlage, die Druckschwankungen erzeugt; den ganzen Tag grelles Neonlicht; Waschbecken, Klo, Spiegel aus Blech; Sicherheitsmöbel, Betonfußboden. Mehrere solcher Isolationseinheiten befinden sich in einem hermetisch von der übrigen Anstalt abgeschlossenen, total überwachten Trakt. Für die Gefangenen in den einzelnen Zellen gibt es keine Kontaktmöglichkeit untereinander. Die »Bewegung im Freien« findet in einem drahtüberspannten Betonkäfig statt, der keine wesentlichen Unterschiede zur Zelle mehr aufweist.

In Celle, Straubing und Stammheim hocken die Gefangenen schon in solchen Isolationsbunkern; in Berlin, Lübeck, Ossendorf und mehreren anderen Knästen werden entsprechende Einheiten gebaut oder getestet.

Die Einrichtung dieser Vernichtungsmaschinerien ist die Konsequenz des Staats aus der Erkenntnis, daß die Gefangenen mit den bisherigen Isolationsmethoden nicht zu brechen waren und daß die als Selbstmorde getarnten Morde an Ulrike, Andreas, Gudrun, Jan, Ingrid und der Mordversuch an Irmgard für die politischen Ziele der Bundesregierung – die Durchsetzung des »Modell Deutschland« der Sozialdemokratie in ganz Westeuropa und darüber hinaus zur Sicherung des »inneren Friedens« – eine Politik, die durch die Direktwahlen zum Europäischen Parlament[210] von der westeuropäischen Bevölkerung jetzt legitimiert werden soll – counterproduktiv waren/sind, wie sich z.B. vor kurzem wieder an Kohls TV-Auftritt in den Niederlanden gezeigt hat. (Das schließt allerdings nicht aus, daß die Bundesregierung bei einer Zuspitzung der Situation durch Aktionen der Guerilla wieder Gefangene hinrichten könnte.)

Die Gefangenen, die sich weigern, den Kampf zu beenden und die auf den Deal: »Resozialisierung«, wenn sie abschwören oder kollaborieren, nicht eingehen, sollen in den neuen Isolationsbunkern physisch und psychisch derart fertiggemacht werden, daß sie, wenn sie da mal rauskommen, zu keinem Widerstand mehr fähig sind – daß »ihr Zustand es als nahezu ausgeschlossen erscheinen« läßt, daß sie im antiimperialistischen Kampf »in naher Zukunft eine aktive Rollen spielen« können, wie der Hamburger Justizsenator Dahrendorf das Ziel der Counterstrategie zynisch formuliert hat.

Wir fordern:

– Abschaffung der Isolationsbunker;

– ein Haftstatut, das den Mindestgarantien der Genfer Konventionen und

210 Europaparlament: Parlament der Europäischen Gemeinschaften, später Europäische Union, mit Sitz in Strasbourg. Seit 1979 wird das Europaparlament auf fünf Jahre direkt gewählt. Seine 518 Mitglieder haben Beratungs- und Kontrollfunktionen, es kann theoretisch der Europäischen Kommission sein Mißtrauen aussprechen und sie damit zum Rücktritt zwingen.

der internationalen Menschenrechtsdeklaration entspricht, für die Gefangenen aus den antiimperialistischen Gruppen;

– Zusammenfassung dieser Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen nach den Forderungen der medizinischen Gutachter;

– Freilassung von Günter Sonnenberg, der infolge seiner Kopfverletzung haftunfähig ist;

– Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Gremien/Organisationen.

In Irland, Spanien, Italien, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Israel kämpfen Gefangene gegen Haftbedingungen, mit denen ihre politische Identität gebrochen und sie physisch zerstört werden sollen – Haftbedingungen, deren Einführung in den meisten Fällen von der BRD durchgesetzt worden sind.

Unser Hungerstreik ist Teil dieses Kampfes und Ausdruck unserer Solidarität mit allen Gefangenen, die angefangen haben, im Knast Widerstand zu leisten.

Die Gefangenen aus der RAF in Berlin

Sprengstoffanschlag auf den Oberbefehlshaber der NATO General Alexander Haig

Erklärung vom 25. Juni 1979

Am 25.6.79 hat das Kommando Andreas Baader einen Sprengstoffanschlag gegen den Oberbefehlshaber der NATO, General Alexander Haig, ausgeführt.

Warum wir das konkrete Ziel der Aktion, Haig selbst zu treffen, verfehlt haben, erklären wir uns so:

Wir hatten unter die Straßendecke einer Brücke auf dem Weg von Haigs Wohnsitz zum NATO-Hauptquartier einen 1,80 m langen Tunnel gegraben und die Ladung (20 kg Plastik) etwa 40 cm tief angebracht. Die Zündung wurde über ein 200 m langes Elektrokabel in dem Moment ausgelöst, als Haigs Mercedes mit der Vordertür auf der Höhe der Ladung war. Wir hatten vorher ausgerechnet, daß sich sein Wagen zwei Meter in der Zehntelsekunde bewegt. Unser Fehler war, daß wir dachten, die Explosion auch bei einer so hohen Geschwindigkeit noch exakt genug mit der Hand auslösen zu können.

Wir haben diese Aktion gemacht, weil Haig in einer besonderen Präzision den »neuen Kurs« oder den »modified style« der amerikanischen Strategie repräsentiert und exekutiert.

Was sich verändert hat seit der politischen und militärischen Niederlage der Vereinigten Staaten in Vietnam, ist, daß ihre Aggressivität zugenommen hat statt abgenommen, ist, daß die Völker der Welt mit einer neuen amerikanischen Offensive konfrontiert sind, die gleichzeitig einen qualitativen Sprung markiert in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Revolution und Konterrevolution – oder, wie wir gesagt haben: im weltrevolutionären Prozeß der Einkreisung der Städte durch die Dörfer.

Durch die Befreiungssiege in Südostasien und Afrika hat sich die Front näher an das Zentrum, an die Metropolen selbst herangeschoben und den Rückzugs des US-Imperialismus – die sogenannte Verlagerung des strategischen Schwerpunkts nach Westeuropa – taktisch und strategisch unvermeidlich gemacht. Was Haig den modifizierten Stil nennt, verlangt von den inzwischen in das BRD-gesteuerte Europaprojekt integrierten westeuropäischen Staaten nichts weiter als die endgültige Funktionalisierung für die US-Globalstrategie: »Ebensowenig kann sich Europa länger den Luxus leisten, als Beobachter am Spielfeldrand zu stehen.« Was er damit meint, ist Shaba[211], ist der Tschad[212], ist die nächste Expedition an den Golf, ist die direkte militärische Aggression der von Nordamerika unterworfenen oder gekauften Staaten in »Krisenzonen« für die vitalen Interessen des Westens.

Die konkreten Schritte der Politik des reinforcement, die Haig in seiner Funktion als NATO-Chef mit Hilfe der BRD durchgesetzt hat, um für diesen »halben Krieg« gerüstet zu sein (was heißt, die europäischen Staaten gleichzeitig und anders als ’73 fest im Griff zu haben), bauen die BRD als aggressivste US-Base auf – atomwaffenstarrend, mit einer »nach oben gleitenden, eskalierenden Präsenz amerikanischer Truppen« ausgestattet, das ganze Land eine einzige Kaserne – funktional für »ambivalente, verschwommene Situationen an den Flanken oder in Randgebieten der NATO wie z.B. im Nahen Osten und in Afrika«, und als eiserner Kragen für die angrenzenden Länder. Für die sozialliberale Regierung unter Schmidt heißt das, daß das sozialdemokratische Projekt der verdeckten Kriegsführung, das schon an ihrer Maßnahme gegen die RAF gebrochen ist, abgewirtschaftet hat, daß sie international als offen kriegführende Partei begriffen wird.

Dieser Seiltanz zwischen dem Verkauf des Modell Deutschland und der bundesdeutschen Realität, bei dem Brandt ’73 abstürzte, ist Schmidt ganzes Problem. Die Klemme, in die er durch die Pentagon-Veröffentlichung ’77 geraten ist, in der offen ausgesprochen wurde, was die Strategie der flexible response[213] für die BRD bedeutet – 5 Millionen Tote bei uns, damit das amerikanische Kernland geschützt wird – der Preis, den die SPD zahlt, um an der Macht zu bleiben – ist nur ein Symptom der totalen Abhängigkeit der BRD, gegen die wir kämpfen.

Gegen den bewaffneten Widerstand der RAF entwickelt die NATO, seit es uns gibt, ihre Programme. Nach ihren Richtlinien werden die gefangenen Kader in den westdeutschen Gefängnissen hingerichtet wie es für die, die draußen kämpfen, jetzt den Befehl zum präventiven Kopfschuß gibt.

Daß die Vernichtung jeder revolutionären Gruppe oder Bewegung, »deren Aktivitäten sich gegen die Interessen des Bündnisses richtet« – und das sind alle, die ihren Kampf in einem antiimperialistischen, internationalistischen Zusammenhang begreifen und führen – die Bedingung für das Funktionieren der impe-

211 Shaba ist eine Region im Südosten von Zaire. Durch umfangreiche Erzfunde (u.a. Uran) und Steinkohlevorkommen entwickelte sich Shaba zum größten Industriegebiet Innerafrikas. Seit 1965 wurde es durch Staatspräsident Mobutu mit Unterstützung westlicher Industrieländer kontrolliert. Mit starker ausländischer Unterstützung schlug Mobutu 1977 die Kongolesische Befreiungsbewegung nieder, die von Angola ausgehend in Shaba intervenierte.

212 Tschad: Zwischen Sahara und Schwarzafrika gelegene Republik, früher französische Kolonie. Nach Erfolgen der Nationalen Befreiungsfront (FROLINAT) gegen den postkolonialen Machthaber Maloum, unterstützte Frankreich diesen mit eigenen Truppen zur Aufstandsbekämpfung. Der Tschad gehört zu den 25 ärmsten Ländern der Erde, was insbesondere auf die unsinnige koloniale Grenzziehung zwischen Sahara und Waldsavanne zurückzuführen ist.

213 »Flexible response« ist der Begriff für eine neue NATO-Strategie, verabschiedet im Dezember 1967, die den atomaren Erstschlag ausdrücklich mit einschloß, aber darauf angelegt war, bei Interventionen in der 3.Welt eine Konfrontation zwischen den beiden Supermächten zu verhindern. Die Reaktionsmöglichkeiten wurden vom Konzept der unmittelbaren Vergeltung/Invasion auf die Ausübung von wirtschaftlichem Druck, die Unterstützung von Counterguerilla-Gruppen und andere Instrumenten zur Destabilisierung erweitert, für den Fall, daß ein Interessengebiet der NATO gefährdet ist.

rialistischen Offensive ist, ist klar.

Die Frage ist nur, was wir machen, wie wir, d.h. die Kräfte auf der Seite der Revolution, in dieser Phase der Tatsache begegnen, daß der US-Imperialismus nicht aufgehört hat, der Todfeind der Menschheit zu sein.

Der Kampf hört nie auf!
Zerschlagt den US-Imperialismus und seine Basen überall auf der Welt!
Organisiert den bewaffneten Widerstand in Westeuropa!
Baut die Antiimperialistische Front in den Metropolen auf!
Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Widerstands gegen die imperialistische Endlösung!
Solidarität mit dem Antiimperialistischen Widerstand in der Türkei!

Kommando Andreas Baader

Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks

vom 26. Juni 1979

Heute, am 26.6.79 unterbrechen gemeinsam die Gefangenen aus der RAF, aus anderen sozialrevolutionären Gruppen und die sozialen Gefangenen den Hunger- und Durststreik. Wir tun dies angesichts der Tatsache, daß es das Kalkül der BRD ist, diejenigen Gefangenen, die nicht schon bei der Festnahme liquidiert werden konnten, die die lebenszerstörerische Isolation und die Mordanschläge wie am 18.10.1977 bis jetzt überlebt haben, im Hungerstreik zu liquidieren.

Dem entspricht, daß – wie in letzter Zeit an Willi Peter Stoll, Elisabeth von Dyck und Rolf Heißler[214] klargeworden ist – Gefangene nicht mehr gemacht werden.

Die BRD meint, die internationale Öffentlichkeit – insbesondere nach den Europawahlen – so im Griff zu haben, daß diese ihr nicht empfindlich schaden kann.

Um dieses Kalkül nicht aufgehen zu lassen, unterbrechen wir den Hunger- und Durstreik.

Wir warten jetzt die Ergebnisse der Verhandlungen der von uns beauftragten internationalen Kommission ab, sowie die zwischen amnesty international und dem Bundesjustizministerium geführten Verhandlungen.

Wir werden unseren Kampf ums Überleben nicht aufgeben.

214 Peter Willy Stoll wurde am 6.9.1978 in einem Düsseldorfer Restaurant erschossen. Sein Tod ist ein Beispiel für die vom Staat angewendete Praxis des gezielten Todesschusses. Die Polizei begründete seine Ermordung mit der »allgemein bekannte[n] Gefährlichkeit terroristischer Straftäter«.
Elisabeth von Dyck verbrachte ihre Kindheit in Uruguay, danach machte sie eine Ausbildung zur MTA in der BRD. Sie war Mitglied des SPK, 1975 sitzt sie sechs Monate in U-Haft, davon zwei Monate ohne Haftbefehl in der Schweiz (aufgrund einer Denunziation). Sie schloß sich im Sommer 1977 der RAF an. Am 4. Mai 1979 wird sie beim Betreten einer Wohnung von drei Polizisten, in Nürnberg erschossen, nachdem ihr Kommen von einem Observationkommando angekündigt war. Auch in ihrem Fall handelte es sich um einen gezielten Todesschuß (in den Rücken). Die Beamten werden freigesprochen – Notwehr.
Rolf Heißler gehörte zu den Tupamaros/München. 1971 wurde er wegen Banküberfällen verhaftet und am 5.6.1975 durch die Lorenzentführung befreit. Am 9. Juni 1979 wurde er in Frankfurt/Main beim Betreten einer Wohnung von der Polizei mit Kopfschuß schwer verletzt. In einem späteren Prozeß wird er wegen der Beteiligung an der Entführung von Hanns Martin Schleyer zu lebenslänglich verurteilt.

Zum Tod von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer

Erklärung vom 25. Juni 1979

Wolfgang und Juliane – ihr Tod ist für uns schwer, besonders in diesem absurden Unfall. Sie hatten sich mit einem anderen Tod auseinandergesetzt. Nicht in diesem brutalen täglichen Metropolenschrott.

Den ganzen Dreck wegzuschaufeln, den die Presse jetzt bringt, wäre zuviel. Wer mit Wolfgang zu tun hatte, weiß, wer er war. Für ihn war das Wichtigste, in und durch den Angriff zu lernen – in der Illegalität, in der Legalität, im Knast – und das hat er auch vermittelt. Seine Klarheit in dem, wie er war, seine Initiative, seine Militanz und sein politisches Denken waren acht Jahre für uns – RAF – wichtig.

Juliane wollte, daß die Guerilla in der BRD zusammenkommt, darüber sind wir mit ihr zusammengekommen. Sie war diejenige, durch deren Offenheit und politische Radikalität der Mist, der im Weg lag, beiseite geräumt werden konnte. Die Entschiedenheit und ihre Lust, den neuen Abschnitt anzupacken, waren stark für uns.

Zu diesem ganzen Dreck, für den BAW und BKA den Tod der beiden benutzen, wollen wir sagen:

Rebmann interessiert uns jetzt nicht – er prahlt schon wieder mit Anschlägen gegen sich – und Späth[215] schon gar nicht. Wir haben auch nicht vor, Schmidt in die Luft zu jagen. Wir sind natürlich hier, und das wissen sie besser, als sie es in ihrer Propaganda bringen. »Aktionsfähigkeit beweisen« und »Verzweiflungsschlag« ist nicht unsere Sache. Die Offensive ’77 hat die Perspektive für einen neuen Abschnitt eröffnet. Konkret die Notwendigkeit einer Umstrukturierung für uns und die nächsten Schritte der Strategie zu entwickeln, die die bewaffnete illegale und die legale Struktur zur politisch-militärischen Einheit des antiimperialistischen Widerstands werden läßt. Daran bestimmen wir unsere Aktion.

Hungerstreikerklärung vom 6. Februar 1981

Hungerstreik vom 6.2. bis 16.4.1981

Die Solidarität der Menschen gründet in der Revolte

Wir, die Gefangenen aus der RAF, nehmen den kollektiven Hungerstreik wieder auf.

Wir werden nicht aufhören, gegen die Folter, die offene und verdeckte Vernichtung, die gesamte institutionalisierte, jetzt forcierte Strategie zur Zerstörung unserer Identität zu kämpfen.

Das staatliche Kalkül, durch gezielte systematische Differenzierung der Haftprogramme zwischen Einzel- oder Kleingruppenisolation in den perfektionierten Hochsicherheitstrakten und Schein-Integration, die Zerstörung der kollektiven Struktur und kollektiven Einheit der Gruppe zu erzwingen und gleichzeitig die Proteste der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, der Internationalen Kommission und schließlich von ai zu unterlaufen, wird nicht aufgehen. Es kann nicht aufgehen, denn die konkrete Erfahrung, daß dieser Staat zu jeder Unmenschlichkeit fähig und bereit ist, gehörte zu den Bedingungen unserer

215 Lothar Späth war von 1972 – 78 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württenberg, 1978 Innenminister, von 1978 bis 1991 Ministerpräsident in Baden-Württemberg, danach Vorsitzender der Geschäftsführung bei Carl-Zeiss-Jena.

Entscheidung, aufzustehen und uns zu bewaffnen.

In dieser Lage: jahrelang voneinander isoliert und von jedem gemeinsamen politischen Prozeß und der Außenwelt abgeschlossen, sind wir entschlossen, mit unserem einzig wirksamen Mittel – dem kollektiven unbefristeten Hungerstreik – die Trennung zu durchbrechen und uns die Bedingungen für kollektive Lern- und Arbeitsprozesse zu erkämpfen, um als Menschen zu überleben. Das bedeutet:

– Zusammenlegung dieser Gefangenen unter Bedingungen, die Interaktion möglich machen, was die lückenlose elektronische, d.h. akustische und optische Erfassung der Kommunikation in schall-, licht- und luftkonditionierten Isolationseinheiten ausschließt.

– Freilassung von Günter Sonnenberg, weil seine physische Rekonstruktion seiner Kopfverletzung unter der Bedingung von Gefangenschaft ausgeschlossen ist.

Der Kampf hört auch im Gefängnis nicht auf, die Ziele verändern sich nicht, nur die Mittel und das Terrain, auf dem die Auseinandersetzung Guerilla/Staat, der Krieg weiter ausgetragen werden, und so reagiert der Staat auch in dieser Situation: gefangen und unbewaffnet – auf einen kollektiven Hungerstreik wie auf einen bewaffneten Angriff.

In den gesamten Maßnahmen gegen uns gibt es nichts Zweideutiges: Wir sind Kriegsgefangene mit Geiselstatus. Jedesmal in der Eskalation der Konfrontation wurde ein gefangener Kader aus der RAF hingerichtet: Holger, Siegfried, Ulrike. Als die politischen und militärischen Offensiven der RAF deutlich machten, daß die enorme Anstrengung der Repression, unter Einsatz aller Mittel die Gefangenen zu vernichten, gescheitert war, fiel im »special coordination committee« des Nationalen Sicherheitsrats der USA die Entscheidung zur Endlösung: die Exekutierung von Andreas, Gudrun, Jan, Ingrid und unserer Schwestern und Brüder aus dem Kommando Martyr Halimeh.

Es war der Versuch, mit ihnen die Spur ihres Kampfes, ihr Beispiel und die Kontinuität zu tilgen.

»Die Flamme zu löschen, bevor sie zum Flächenbrand wird«, um so den Menschen hier in den Metropolen die Hoffnung auf Befreiung zu nehmen. Folter und Mord an politischen Gefangenen und die Hinrichtung auf der Straße sind nicht mehr nur polizeitaktische Mittel im Nachfolgestaat des 3. Reiches: deren Mittel und Ziele sind identisch geblieben.

Für den dritten Anlauf, den der deutsche Imperialismus jetzt nicht gegen, sondern mit dem amerikanischen Kapital, nicht selbständig, sondern als Funktion der amerikanischen Außenpolitik als Weltinnenpolitik unternimmt, ist die Vernichtung der militanten Gefangenen und der gesamten Widerstandsbewegung, die hier im Kernland des US-Staaten-Systems, der zentralen militärischen, ökonomischen und politischen Ausgangsbasis der aggressiven US-Politik seit 1945 angreift und die Machtfrage stellt, zwingend.

Folter und Mord an politischen Gefangenen und die Todesschußkommandos in der Türkei, Irland und Spanien gehen von den Kommandohöhen der Nato aus, die sie vermittels des BKA und der Nachrichtendienste als einheitliche Innenpolitik in Westeuropa durchsetzen will – von denselben Kommandohöhen, die im letzten Nato-Brief die Regierungen offen daran erinnern, daß auf Forderungen nach politischem Status und nach internationalen Untersuchungen der Folterungen an militanten Gefangenen nicht einzugehen ist und die übrigen Direktiven der Kriminalisierungsstrategie revolutionären Widerstands einzuhalten sind.

Gegen das menschliche Gesicht des

Widerstands, das sich auf der verbrannten Erde des bürgerlichen Widerstands und der deutschen Arbeiterbewegung vom naiven Humanismus der Ostermarsch- und Antiatombewegung über die Jugendrevolte und die Vietnamopposition zur Stadtguerilla entwickelt hat, setzen sie das entmenschlichte Gesicht von Massenmorden, weil Menschlichkeit ihre Lösung stört: die Brutalität, das Elend, die Totalität der Gewalt des Eigentums und den Genozid als »menschheitskulturelle Aufgabe« zu inszenieren. Sie projizieren ihre Verbrechen: »Trinkwasservergiftung, atomare Verseuchung, Todesbakterien« auf die Guerilla, um die Angst, die sie selbst erzeugen, von sich abzulenken, damit sich nicht über den Begriff ihrer Ursache Widerstand entwickeln kann, die Kulmination der Hetze gegen die RAF jetzt soll um jeden Preis verhindern, daß sich der militante Protest gegen die Hochrüstung, die Militarisierung aller Bereiche, der Aufmarsch der Bundeswehr auf die Straßen, der sie wieder dort hinbringen soll, wo sie vor 35 Jahren vertrieben wurden – mit der Guerilla solidarisiert und genau unsere Erfahrung macht: daß Illegalität das befreite Gebiet des Widerstands in der BRD ist, Handlungsfähigkeit schafft.

Die staatliche Reaktion signalisiert seine Schwäche, zeigt seine Verletzbarkeit und die Möglichkeit, wie wir durch kontinuierliche Angriffe den Zerfallprozeß beschleunigen und in den »wirklichen Ausnahmezustand« verwandeln können – denn den Transformationsprozeß in den faschistischen Staat, in dem der Ausnahmezustand verrechtlicht ist, können wir nicht bestimmen, weil er zwangsläufig ist.

Wenn das Kapital jetzt die Voraussetzungen zu seiner weltweiten aggressiven Rekonstruktion schafft, müssen wir – alle, die Befreiung und Verantwortlichkeit, menschliches Handeln wollen – in den Ländern, von denen seine wütende Expansion ausgeht, weit genug sein, um zu verhindern, daß sich das Projekt realisiert, müssen wir in dieser Phase die politisch-militärische Gegenmacht und so die »politische Grenze« entwickelt haben, die den militärischen Einsatz des Overkill-Potentials des US-Imperialismus verhindert, um ihn schließlich zu zerschlagen.

Wenn die militante Linke sich aneignet, was der Imperialismus in seinen Niederlagen immer wieder erfahren mußte: daß seine Macht dort endet, wo seine Gewalt nicht mehr abschreckt, hat sie das ganze Geheimnis seiner scheinbaren Unbesiegbarkeit aufgelöst. Solidarität und Zwang schließen sich aus, und sie ist nicht zu kündigen wie ein Kleinkredit.

Sie ist der praktische Ausdruck des Bewußtseins jedes Einzelnen, daß individuelle und kollektive Befreiung kein Widerspruch ist, wie die klägliche Apologie individueller Bedürfnisbefriedigung meint, sondern ein dialektisches Verhältnis – wie Befreiung hier vom Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt nicht zu trennen ist.

Solidarität wird Wirklichkeit und Macht als proletarischer Internationalismus, d.h., den gemeinsamen Feind US-Imperialismus an dem Ort, an dem jeder mit ihm konfrontiert ist, in seinen strategischen Positionen anzugreifen, und sie ist die Basis, auf der die Linien des antiimperialistischen Kampfes vereinheitlicht werden.

Unser Hungerstreik ist Ausdruck der Solidarität mit:

– den Gefangenen aus der IRA und INLA und ihrem entschlossenen und langandauernden Kampf, zuletzt dem für den politischen Status mit den Gefangenen aus der BR, ihrem Kampf gegen die Strategie der Vernichtung, in dem sie sich die politische Initiative erobert haben, mit allen Gefangenen aus dem antiimperialisti-

schen Widerstand in Westeuropa, besonders in der Türkei

– mit dem Kampf der palästinensischen Gefangenen um den Kriegsgefangenenstatus

– mit allen Gefangenen, die angefangen haben, in den Gefängnissen Widerstand zu leisten und für ihre Selbstorganisation kämpfen.

Den Widerstand bewaffnen!
Die Illegalität organisieren!
Den bewaffneten Widerstand in Westeuropa organisieren!

Bombenanschlag auf das Hauptquartierder US Air Force in Europa in Ramstein

Erklärung vom 31. August 1981

Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschine angreifen!

Heute haben wir mit dem Kommando Sigurd Debus das Hauptquartier der US Air Force in Europa in Ramstein angegriffen. Die US-Imperialisten werden ihre Weltbeherrschungspläne nicht in Ruhe vorbereiten und ausführen können. Sie wollen den Krieg. Sie wollen die Geschichte zurückdrehen hinter die Offensive der Befreiungsbewegungen, die ihre politische und militärische Macht weltweit zurückgedrängt hat. Der Hebel dazu soll sein, das militärische Gleichgewicht zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Staaten umzuwerfen.

Diese historische Veränderung zurückzurollen, wieder zur stärksten, alles beherrschenden Weltmacht zu werden, ist ihr erklärtes Ziel. Das heißt: die direkte Vorbereitung der Kriegsführung an allen Fronten in Europa und in der Dritten Welt. Alle ihre Schritte in den letzten zehn Jahren – der Beginn der technologischen Umrüstung und der strategischen Neustrukturierung ihrer Kriegsmaschine seit dem Höhepunkt des Vietnamkriegs, die Realisierung des NATO- Langzeitprogramms, Neutronenbombe, der »Kampf gegen den internationalen Terrorismus«: ein geschlossenes Programm zur Aufstandsbekämpfung in Westeuropa, die Steuerung des Massenmordes in El Salvador[216], der NATO-Putsch in der Türkei[217] – haben dieses Ziel. Jetzt kehrt der imperialistische Vernichtungskrieg aus der Dritten Welt nach Europa zurück, von wo er ausgegangen war. Die Menschen in Europa, in der BRD, begreifen, daß es ihre Vernichtung bedeutet, wenn diese Entwicklung nicht aufge-

216 Seit 1978 hatte es in El Salvador eine Reihe von Bauernaufständen gegen Großgrundbesitzer und die Regierung gegeben. 1979 wurde diese durch das Militär gestürzt. Militär und verschiedene Todesschwadronen begingen Massenmorde an allen fortschrittlichen Kräften. Internationale Empörung löste vor allem die Ermordung des Erzbischofs Romero aus, der sich gegen die Militärjunta gestellt hatte. Die Repression führte zum Zusammenschluß der Volkskräfte und fünf verschiedener Guerilla-Organisationen zur Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN), die in wenigen Monaten einen großen Teil des salvadorianischen Territoriums kontrollierte. Insgesamt forderte der Bürgerkrieg in El Salvador, auf den die USA durch Wirtschafts- und Militärhilfe großen Einfluß ausübten, zwischen 1981 und 1992 75 000 Tote. Angesichts eines militärischen Patts unterzeichnete die FMLN 1992 nach Verhandlungen unter Aufsicht der UNO einen Friedensvertrag mit der seit 1984 wieder gewählten Regierung.

217 Die andauernde Staatskrise in der Türkei wurde am 12. September 1980 durch einen Militärputsch beendet. Das Militär verhängte ein totales Verbot politischer Betätigung, löste das Parlament auf und verhängte bis 1985 Kriegsrecht. Es kam zu tausenden willkürlichen Verhaftungen und Hinrichtungen gegen die Linke.

halten wird. Sie bekommen jetzt eine direkte, körperlich nahe Vorstellung davon, was für Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika seit Hunderten von Jahren Wirklichkeit ist:

Imperialismus in der Lage von Beherrschten. Daß Imperialismus, im Wesen und als System, Vernichtung ist – solange und soweit der Widerstand nicht stark genug ist, diese Klasse zu stoppen.

Gegen alle resignativen Fluchtphantasien vom atomaren Inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen Wünschen sagen wir, daß dieses Monster zu besiegen ist, wenn wir hier im Zentrum den Widerstand zur Schärfe der wirklichen Situation bringen, und so die politisch-militärische Strategie offensiv im Kampf entwickeln, die die politische Basis des Imperialismus im Zentrum schneller zum Zusammenbruch bringt, als sie ihre Pläne realisieren können.

Ramstein, das Hauptquartier der US Air Force in Europa und der NATO-Luftwaffe in Europa, größter amerikanischer Flughafen außerhalb der USA, ist die Zentrale für den Atomkrieg in Europa.

Hier sitzt der Stab für die nukleare Kriegsführung, von hier sollen cruise missiles gestartet und der Abschuß der Pershing II ausgelöst werden. Von hier starten die Atomjäger und die AWACS-Kommandostände, hier ist das Relais für die strategischen Bomber aus den USA und das Einfallstor für die Truppen aus den USA. Für den Krieg in der Dritten Welt ist Ramstein Startbasis. Wenn die Imperialisten sich des Nahen Ostens und des Golfs nicht mehr sicher sein können, werden sie von hier ihre Unterwerfungsmaschine losschicken.

Die US-Militärstrategie ist das äußerste Mittel der Politik der imperialistischen Staatenkette. Alle politischen, ökonomischen und sozialen Mittel sind auf sie abgestimmt. Sie bestimmt die gesellschaftliche Entwicklung in den NATO-Ländern, und in ihr kommt dieses System – imperialistische Politik insgesamt – wie in einem Brennpunkt auf seinen reinen Begriff.

Der schleichende Tod im 24-Stunden-Tag der Metropole, die Zerstörung im Existenzkampf, Perspektivlosigkeit, Entfremdung, die Entmenschlichung der Arbeit, die Tendenz zur Eliminierung der Menschen durch die Maschine aus der Produktion überhaupt, die Vernichtung der Lebensbedingungen durch Atomindustrie, Chemie, Beton, die Gefängnisse, die Kontrolle und Kanalisierung aller Lebensäußerungen und ihre Repression, wenn sie nicht für das System umgedreht werden können.

Wer gegen den imperialistischen Krieg kämpfen will, muß für die Zerstörung des imperialistischen Systems kämpfen.

Den Widerstand gegen die Vernichtung zur Front für die Revolution in Europa entwickeln.
Den Kampf in der Metropole gemeinsam mit den Revolutionären in der Dritten Welt führen.

Kommando Sigurd Debus

Anschlag auf den Oberkommandierenden der US-Armee General Kroesen in Heidelberg

Erklärung vom 15. September 1981

Gegen den imperialistischen Krieg im internationalen Klassenkrieg kämpfen!

Heute haben wir mit dem Kommando Gudrun Ensslin den Oberkommandierenden der US-Army und des Nato-Abschnitts Europa Mitte, General Kroesen angegriffen. Er ist einer der US-Ge-

neräle, die die imperialistische Politik in Westeuropa bis zum Golf real in der Hand haben, weil er über den Einsatz und die Mittel in der Konfrontation entscheidet. Er bestimmt über die konventionelle Verwüstung und legt fest, wann und wo Neutronensprengköpfe abgefeuert werden. Er befiehlt den US-Interventionstruppen, die hier zum Einsatz bis hin zum Golf stehen. Er ist neben Rogers der Stratege, der von der Front Europa ins Pentagon gerufen wird, wie zum Beispiel bei der Entscheidung für eine Intervention im Iran.

Er wird einer der amerikanischen Militärs sein, die statt Schmidt, Genscher, Strauss, Kohl oder wer es dann auch ist, die BRD offen kommandieren wollen, wenn der Widerstand den Kolonialstatus dieses Landes ernsthaft erschüttert. Dafür wird unter anderem seit Jahren die BRD-Linke im Computer im Heidelberger Headquarter gespeichert.

Er trifft sich regelmäßig mit der Bundesanwaltschaft zur permanenten Abstimmung und für die direkte Lagebeurteilung, die mit den in der Nato zusammengefaßten westlichen Geheimdienstberichten die Anti-Guerilla-Kriegsführung der USA in Westeuropa bestimmt. Kroesen ist Frontgeneral.

Westeuropa ist nicht mehr Hinterland, von dem aus der Imperialismus Krieg führt – es ist nach den Siegen in den Befreiungskriegen in der 3. Welt, nach der Entwicklung der Guerilla in Westeuropa, nach dem Einbruch der imperialistischen Gesamtkrise auch Teil der weltweiten Front geworden. Der Teil, in dem sie zwar alles besitzen, aber auch der Teil, der zum Angelpunkt dafür geworden ist, daß der Prozeß der Befreiung auf der ganzen, weltweiten Linie wirklich weitergeht.

Der Kampf in der Metropole kann den globalen imperialistischen Apparat von hier aus soweit in Schach halten, daß mit den Revolutionären in der 3. Welt ein neuer Durchbruch erkämpft werden kann.

Der Kampf in der Metropole jetzt sind die realen Schritte der Revolution im Zentrum selbst, die hier nur eine permanente Umwälzung im Prozeß der Entwicklung des revolutionären Widerstands sein kann.

Widerstand heißt Angriff gegen den konterrevolutionären Angriff. Widerstand heißt, die eigene Praxis in den Zusammenhang der Guerilla stellen. Guerilla, der Kampf der Gefangenen aus der Guerilla, der Kampf der antiimperialistischen Militanten sind die Linien, die als eine Einheit die revolutionäre Front in Westeuropa bilden – oder bilden werden.

Alle Kämpfe für Lebensbedingungen in allen Bereichen als antiimperialistischen Kampf führen, also zur Front bringen.

Den Kampf der Gefangenen als zentralen Bestandteil des revolutionären Kampfs zur eigenen Sache machen, unterstützt die Gefangenen hier, in Irland, in der Türkei, Italien, Spanien.

Die westeuropäische Guerilla erschüttert dieses Zentrum

Kämpft mit uns!

Kommando Gudrun Ensslin

Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front

Mai 1982

Wir reden von dem, was wir in den letzten Jahren erfahren haben und was wir daraus machen wollen. Das muß hier natürlich auf seine allgemeinen Bestimmungen begrenzt bleiben. Wir sagen, daß es jetzt möglich und notwendig ist, einen neuen Abschnitt in der revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum zu entfalten. Hier wollen wir als eine Voraussetzung dafür, aus dem, was sich in den letzten 2, 3 Jahren in Diskussionen, Versuchen, realen Schritten zusammengeschoben hat, ein Stück von dem Boden holen, auf dem die Sache laufen kann.

Die Idee, die Vorstellung hat eingeschlagen, davon kann man ausgehen. Die praktischen Anfänge zeigen, daß es geht und daß es trifft:

Guerilla und Widerstand, eine Front. Jetzt geht es darum, was insgesamt als Möglichkeit quer durch alle Gegenden und Szenen schon lebt, oft diffus und nur als ungefähre Vorstellung spürbar, auf neuer Stufe Kampf werden zu lassen, daß heißt zur Wirksamkeit und Strategie zu bringen. Jetzt, weil sonst das Neue, Produktive und Offene, der Stachel des Ganzen, die Möglichkeit so noch nicht dagewesener Entwicklungen wieder verschwimmt und zerfällt.

Wir haben ’77 als den Übergang von der ersten zur nächsten Etappe der Guerilla bestimmt. Der Zusammenstoß zwischen Guerilla und Staat ’77 war Katalysator für einen Umschlag der politischen Situation hier. Die Bedingungen des Kampfs haben sich in der Dialektik von Angriff und Reaktion verändert. Und wie sich die Bedingungen ändern, können und müssen sich die Formen des Kampfs ändern. Nach ’77 war nichts mehr wie vorher, der Staat nicht, die Linke nicht, die Rolle der BRD in der internationalen Politik nicht, die Stellung des bewaffneten Kampfs im Zentrum im Rahmen des internationalen Klassenkriegs nicht.

Wir haben ’77 Fehler gemacht, und die Offensive wurde zu unserer härtesten Niederlage. Dazu werden wir hier noch im einzelnen etwas sagen. Die Situation heute – daß wir durch die Wirkung, die die Konfrontation entwickelt hat, stärker als vorher daraus hervorgekommen sind – zeigt, daß Fehler und Niederlage nicht das Entscheidende waren. In grundsätzlicher Sicht hat die Offensive ’77 unseren Kampf seit 1970 zusammengefaßt und zur Entscheidung gestellt.

Die gesamte Phase der Kämpfe um die Entstehung und Entwicklung der RAF war in der einen Machtfrage konzentriert: ob diese Gefangenen freikommen, mit denen der Staat die RAF und die Staatsräson verbunden hat – wie überhaupt der Kampf um die Durchsetzung des Konzepts der Metropolenguerilla: ob bewaffnete Politik in der BRD sich tatsächlich verankern und so die revolutionäre Perspektive eröffnen kann, die erste grundsätzliche Machtfrage war, die in allen Aktionen,

Gefechten, Fahndungen, Medienkampagnen in den Jahren bis dahin als Kern enthalten war.

Hundertmal hat die Regierung deshalb unser »Scheitern« verkünden lassen. Tausendmal hat deshalb das Gezeter des größten Teils der Linken die »Aussichtslosigkeit« bewaffneten Kampfs beschworen.

Isolation, Trakts, der Schauprozeß in Stammheim sollten auslöschen, was aufgetaucht war. Schließlich '77.

Wir sind uns heute sicher, daß sie sich für den Tod Schleyers, für die Möglichkeit, fast hundert Leute in Mogadischu in die Luft fliegen zu lassen, entschieden haben und sich entschlossen haben, die Stammheimer Gefangenen zu liquidieren, weil sie wirklich gehofft und geglaubt hatten, daß damit ein für allemal oder jedenfalls für die nächsten Jahre Schluß ist. Die Dialektik der Entwicklung, durch die jetzt alles anders aussieht, zeigt genau, was Guerilla ist und was der Staat ist und wie der Kampf läuft. Sie hätten es fast geschafft, aber die Ironie ist, daß sie genau dadurch eine Situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren Bedingungen weiterkämpfen konnten.

In dieser äußersten Anstrengung, in der es für sie keine Grenzen mehr gab, durch die Niederschlagung der Offensive '77, die sie wie nichts vorher an der Gurgel hatte, unser Ende herbeizuführen, waren sie gezwungen, zum reinen starken Staat zu werden, die Unterwerfung des gesamten oppositionellen Spektrums zu erzwingen, jede auch nur kritische Geste niederzuwalzen und sich als unentrinnbarer Apparat der Gesellschaft bis in die feinsten Verästelungen gegenüberzustellen.

Damit haben sie im Herbst '77 jeder Fundamentalopposition neue Verhältnisse und existentielle Lebensbedingungen gesetzt als aktuelle Erfahrung und als Perspektive zukünftiger Kämpfe, die jeden gezwungen haben, grundsätzlich neu zur Macht in Beziehung zu treten – oder sich aufzugeben.

An dem Punkt ist die objektive Situation in ihrer einfachsten Rückführung auf die Frage, ob jetzt vielleicht tatsächlich Schluß ist mit Guerilla, subjektiv für viele, für die es hier keine Perspektive mehr gibt, zum Augenblick der existentiellen Erfahrung geworden, daß wenn es wirklich so wäre, ihre ganzen Hoffnungen und Vorstellungen von einem anderen Leben auch verschwunden sind. Daß es nur Hoffnung gibt, solange es Kampf gibt. Daß sie die Guerilla wollen und brauchen, daß unsere Niederlage ihre Niederlage ist. Aus dieser neuen Erfahrung der Notwendigkeit der Guerilla kann der Sprung zu einem neuen Bewußtsein leicht sein: wenn der Kampf der Guerilla die eigene Sache ist, kann die Verwirklichung davon nur sein, sich selbst – auf welcher Ebene auch immer – politisch und praktisch in den Zusammenhang der Strategie der Guerilla zu stellen.

Der Sprung ist das innere, lebendige, in konkreten Personen verkörperte Moment der Veränderung der Bedingungen für den Kampf hier: für die Entwicklung der revolutionären Front in der Metropole.

Es ging 7 Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, den Geist und die Moral, die

Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. Guerilla. Aus der Verbindung und der Identität mit den Kämpfen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika, gewaltsam hier hereinzubrechen und sich festzusetzen. Was Che die Phase des Überlebens und der Verankerung genannt hat, war hier die Phase der Durchsetzung des Konzepts, das weiterlebt und aufgegriffen wird, selbst wenn die in einem bestimmten Moment existierenden illegalen bewaffneten Gruppen aufgerieben wären. Gewaltsam durchgesetzt, allerdings. In jeder Beziehung. Und isoliert. Nicht nur gegen einen historisch beispiellosen Repressionsapparat, auch gegen die Vorstellung von Leuten, mit denen wir lieber anders zusammengekommen wären. In dieser seit Generationen niedergewalzten und eingeebneten Landschaft konnte der Gedanke an Befreiung kaum mehr durch die meterdicken Schichten von Korrumpierung, Entfremdung, Deformierung die Herzen und Hirne erreichen. Jetzt ist die Frage, ob in der BRD und Westeuropa bewaffnet gekämpft werden soll und gekämpft wird, erledigt. Es ist evident. Das heißt nicht, daß Guerilla gesichert wäre, das ist nie so, aber die Existenz der Politik der Guerilla ist jetzt Grundlage, auf der der Kampf entwickelt wird.

Im internationalen Klassenkrieg ist die Entfaltung der authentischen revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum aktuell geworden.

Nachdem aus dem internationalen Zusammenhang der Kampf um Befreiung vom isolierten Guerillaprojekt zur greifbaren Wirklichkeit in den Auseinandersetzungen des Tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den Sprung mit beiden Beinen auf den Boden der Situation hier, um Widerstand in der Metropole in der umgekehrten Bewegung von hier aus zur Front im internationalen Klassenkrieg zu bringen.

Also die Strategie, die ihre Wurzel hier hat. Im existentiellen Hunger nach einem anderen Leben, in der Erfahrung der Totalität des imperialistischen Zentrums, in der Notwendigkeit des Widerstands hier. Die daraus die revolutionäre Front im Zentrum als weiteren Abschnitt neben den Kämpfen in Asien, Afrika, Lateinamerika erobert.

Das heißt, radikal sich selbst in dem, wo man mit Guerilla, Kampf um Befreiung verbunden ist, zum Ausgangspunkt der Entwicklung des antiimperialistischen Kampfs zu machen. In einem offenen strategischen Konzept zu kämpfen, wo jeder, der aus dem Ernst seiner eigenen Lage, aus seiner Geschichte und seinem subjektiven Prozeß sich über das gemeinsame Ziel der Zerstörung des imperialistischen Systems und der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft in den konkreten Kampf, den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellt, Teil der revolutionären Front hier ist. Und es vom ersten Moment an seine wie unsere Sache ist, daß und wohin die Front im Zentrum sich entwickelt. Das meinen wir mit: zusammen kämpfen, eine Front.

Wenn man so will, unterscheidet sich unsere Aktionslinie bis '77 von der jetzt darin, daß es bis '77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten Kampf ge-

kommen ist oder diesen Schritt vorbereitet hat und daß es jetzt darauf ankommt, daß Guerilla, militante und politische Kämpfe als integrale Komponenten im perspektivischen Fluchtpunkt der zu entfaltenden Metropolenstrategie zusammenkommen.

Wir sagen: Wenn auch bewaffnete, illegale Organisation der Kern dieser Strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige Kraft, wenn bewaffnete Politik mit militanten Angriffen, mit den Kämpfen aus der ganzen Breite der Erdrückung und Entfremdung und mit dem politischen Kampf um die Vermittlung ihres Prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten Angriff gegen die Dreh- und Angelpunkte des imperialistischen Zentrums gebracht wird.

Wir stellen die subjektive Seite der Entwicklung aus der Dialektik von '77 die Möglichkeit der Front im Zentrum – in den Mittelpunkt. Sie ist das Entscheidende im Kampf in den imperialistischen Zentren, aus denen gesetzmäßig – allein aus den sich entwickelnden objektiven Widersprüchen und Bedingungen unter dieser Herrschaftsweise von Krisenmanagement und Transformierung oder gesellschaftlichen Entwicklung zum Herrschaftsmittel – keine revolutionären Bedingungen, sondern nur Zerstörung und Fäulnis kommen können.

Aber natürlich zieht sich keiner am eigenen Schopf auf eine neue Stufe, die qualitativ veränderte Situation jetzt ist aus der objektiven Entwicklung des internationalen Klassenkriegs entstanden und nur in ihm zu begreifen.

Im Kampf der Befreiungsfront in Vietnam war die lange Geschichte der Befreiungskriege in den kolonisierten Kontinenten wie in einem Brennpunkt konzentriert, und ihr Sieg hat die gesamte historische Phase der nationalen, antikolonialen Befreiung der vom Imperialismus unterworfenen Völker entschieden.

Die Wirkungen dieses historischen Durchbruchs: Die neue Stärke der jungen Nationalstaaten auf der Ebene der internationalen Politik – die ökonomisch-politisch-soziale Gesamtkrise der imperialistischen Kernländer – und der mit den Befreiungskämpfen gleichzeitige Aufstieg der Sowjetunion zur den USA gleichwertigen Großmacht – haben das Gesamtkräfteverhältnis aus den Linien Nord-Süd, Ost-West und Staat-Gesellschaft innerhalb der imperialistischen Zentren zu einem zugespitzten, labilen Gleichgewicht zwischen Imperialismus und Befreiung gebracht. Mit anderen Worten: Die Instabilität des imperialistischen Systems bedeutet seitdem weltweit eine Situation, in der der Imperialismus mit einer Niederlage an jedem Punkt des Weltsystems oder dem Verlust irgendeiner seiner Machtpositionen – ob es um eine militärstrategische Position (wie südliches Afrika, Naher Osten) oder die Verfügung über eine ökonomische Komponente (wie Öl, strategische Rohstoffe, technologischer Vorsprung) oder die politische Dominierung einer geographischen Region (wie Mittelamerika, Golf) geht, in die endliche Krise des Systems kippen kann.

Die Auseinandersetzung hat sich nach Vietnam von einer Konfrontationsstellung: Zentrum des Befreiungskriegs, Front und Hinterland, zu einer Linie hin verschoben, die weltweit quer durch jeden Abschnitt, jeden Kontinent, jedes Land

geht. Weil jeder Abschnitt aus seiner Verflechtung und Bedeutung im Gesamtsystem zum Auslöser des Einsturzes des Kräfteverhältnisses werden kann – und so tendenziell zur Front des Befreiungskriegs.

Die imperialistische Reaktion mußte sich, bildlich gesagt, auf das Konzentrat ihrer Macht: Staat, die vereinheitlichten Apparate der US-Staatenkette, die Rekonstruktion ihrer militärischen, ökonomischen und politischen Handlungsfähigkeit und ihrer Durchsetzungsinstrumente zusammenballen, um von da aus, im Versuch, die globale Entwicklung wieder zu bestimmen, überall: in den jetzigen Kämpfen in Asien, Afrika, Lateinamerika, in den jungen Nationalstaaten am Ost-West-Gegensatz, in Westeuropa anzugreifen mit dem Ziel, aus dieser Gesamtoffensive die Übermacht wieder zu erreichen.

Für den antiimperialistischen Kampf heißt das, daß gegen diese Einheit der imperialistischen Reaktion die Kämpfe an allen Linien jetzt parallel geführt werden müssen. Es sind verschiedene Abschnitte einer einzigen Front. Und als Kämpfe, die Seite an Seite geführt werden, wird jeder Abschnitt – so auch der westeuropäische – nur aus seiner eigenen Kraft, aus seiner besonderen Entwicklung und seinen besonderen aktuellen und historischen Bedingungen wirklich zur Front, die den Imperialismus erschüttern kann.

So ist der Sprung aus der Dialektik der Konfrontation '77 zu qualitativ veränderten subjektiven Bedingungen des Kampfs hier und unser Schritt zur Basis des Prozesses des Widerspruchs im Inneren dieses Zentrums vollkommen in die Entwicklung, in die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des internationalen Klassenkriegs integriert. Er kam sozusagen gerade rechtzeitig.

Tatsächlich hat '77 der Staat auch in diesem Zusammenhang gehandelt. Gegen Ende der ersten Formierungsphase der US-Staatenkette hat er sich an unserer Niederlage als diese Übermacht, die so erscheinen wollte, als gäbe es für seine Grenzen, keineswegs als Nationalstaat, sondern in der Dimension des globalen konterrevolutionären Projekts aufgetürmt. Als die europäische Führungsmacht, die in ihrer Funktion für das US-Staatensystem die innerstaatliche und innerwesteuropäische politische Stärke gegen jede Form von Widerstand durchsetzen will, um international den Angriff führen zu können.

Aber damit haben sie die Auseinandersetzung in zwei Richtungen vorangetrieben, auf deren Linien die entscheidenden Kämpfe auch laufen werden: in die Breite zur Guerillabekämpfung als vereinheitlichte westeuropäische Staatspolitik, gegen die die Perspektive der westeuropäischen Front der Guerilla real geworden ist – und in die Tiefe der Gesellschaft, woraus die schärfste Polarisierung und der gesellschaftlich breiteste Riß aus der Einbindung in diesen Staat, aus seiner Logik und seinen Gesetzen in der Geschichte der BRD gefolgt ist – und damit die Möglichkeit der revolutionären Front hier.

Es ist jetzt nicht mehr der Punkt, die inneren Veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. Denn die Haltung und die Lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte Situation schon in sich und geht ganz einfach

von ihr aus. Wir stellen einfach fest:

Fundamentalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig. Kalt, illusionslos, vom Staat nicht mehr zu erreichen. Da ist nichts mehr von »Systemveränderung« und »alternativen Modellen« im Staat. Sie sind nur noch skurril. Da ist einfach Schluß – und erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive vorstellbar.

Der Imperialismus verfügt über keine positive, produktive Perspektive mehr, es ist nur noch die von Zerstörung. Das ist der Kern der Erfahrung, die die Wurzel der neuen Militanz in allen Lebensbereichen ist. Materiell in der ökonomischen Lebensgrundlage, in Rüstung und atomaren Kriegsplänen, die der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen, und in der Person selbst, wo Entfremdung und Erdrückung in massenhafte Deformierung und Abtöten von individuellem Reichtum des Denkens, Fühlens, der Persönlichkeitsstruktur umgeschlagen ist. Die meisten verzweifeln daran. Soweit hat der Imperialismus in den Zentren seine Herrschaft perfektioniert und systematisiert, daß sie die Kraft zum Widerstand nicht mehr finden. Steil ansteigende Selbstmorde, Flucht in Krankheit, Suff, Pillen. Drogen, das ist die Reaktion auf die Wirklichkeit aus der langen Geschichte von Niederlagen, Ertragen und Leiden, aus der Entpolitisierung, in der die äußere Gewalt nicht mehr als die Ursache gesehen werden kann.

Aber aus dieser Dimension des Elends kommt jetzt auch die existentielle Tiefe der Kämpfe und der Haß. Das ist nicht mehr die spontane, kurze Wut. Die ist in den ganzen Jahren verbrannt. Das ist der Boden, aus dem sich jetzt im Zentrum die revolutionäre Front entwickelt. Denn wenn die Entwicklung des Systems letztlich auf Zerstörung und Vernichtung zurückgeführt erlebt wird, trägt der Widerstand – bewußt oder auch nicht – das Moment in sich, daß es jetzt gegen und um das Ganze geht. Innerhalb konkreter Einzelkämpfe und über sie hinaus. Die Einheit des revolutionären Kampfs wird möglich und notwendig. Eine Aktionslinie für jeden, der diesen Kampf will, auf der Bruch mit dem Staat, Revolte, militante Kämpfe überall zur Politik – zur Strategie des Angriffs auf das imperialistische Zentrum zusammenkommen können und die aus ihrer Praxis zwingend macht, daß sie darin zusammenkommen.

Antiimperialistische Front

Es hat in den letzten zwei Jahren eine Menge Flugblätter und Aktionen mit der Parole »Eine Front mit der RAF« gegeben, und wir wissen, daß das Bedürfnis und die Bereitschaft dazu durch alle politisierten Bereiche geht. Aber zwischen dem, was in Bedürfnis, Bereitschaft, Anfängen potentiell an Front existiert, und dessen Realisierung in Entwicklungsprozeß, Organisierung, Bewegung ist immer noch eine enorme Diskrepanz.

Die Front stellt sich nicht automatisch über ein Nebeneinander von Kämpfen und durch ihre Proklamation her. Sie verkommt in der Proklamation, und die Mobilisierung dahin wird wieder zerfallen, wenn nicht mehr als jetzt schon dieses Konzept als praktische Frage – wie es laufen kann und daß es läuft, angepackt wird. Nicht nur von uns.

Die Front wird nur darüber real werden, daß jeder, egal an welcher Stelle, es zu seiner Sache macht, die Momente und Formen der Einheit des bewaffneten Kampfs aus der Illegalität und des politisch-militanten Widerstands aus der Legalität, die Mittel, die Taktiken und die Struktur, also ihren Handlungs- und Entwicklungsraum, der illegal ist, praktisch herauszufinden und sie bewußt im strategischen Prozeß selbst weiterzubringen.

Die Front ist Entwicklung des politischen und praktischen Zusammenhangs des Angriff gegen die imperialistische Macht – oder sie ist nichts.

Unsere Erfahrung aus den letzten zwei Jahren, in denen wir einen ersten Kern dieser neuen Struktur der Guerilla erreicht haben, ist, wie leicht sich der Zusammenhang spontan herstellt, wie stark er ist – subjektiv und objektiv-materiell als Möglichkeit zum Angriff – und wie schwer es andererseits ist, den Prozeß der Strategie über einzelne politische Initiativen, Aktionen und begrenzte praktische Zusammenhänge hinaus als kontinuierlichen in Gang zu bringen. Das ist der Knoten, der jetzt durchschlagen werden muß.

Es geht dabei nicht um Moral, Eifer, Leistung. Es gebt darum, aus der Entscheidung für diesen Kampf sich in voller Konsequenz die reale Vorstellung davon zu machen, wie das System hier tatsächlich zu brechen ist, und darin sich selbst zu bestimmen.

Wir haben es mal an uns selbst erfahren und erfahren es jetzt mit denen, die wir direkt kennen: Das sprengende Moment für den Durchbruch, von dem jetzt abhängt, wie weit wir kommen, ist der Kampf derer, die angefangen haben, in diesem Konzept zu kämpfen, oder die das wollen, um den Begriff von sich selbst als Subjekte der antiimperialistischen Front. Sie in und mit sich selbst zu antizipieren und jede politische Initiative, jede Aktion aus ihr und für sie zu bestimmen: sich selbst in dem, was man anfängt, bis zur Front des Angriffs zu denken.

Praktisch verhindern seit den ersten Diskussionen 79 um die Einheit des antiimperialistischen Kampfs immer wieder dieselben Blockierungen in und zwischen den antiimperialistischen Gruppen, was schon längst sein könnte: die handelnde Front. Wir können mit den Scheingefechten um den Fetisch militante Aktion oder um die Beschwörung der »Verbindung mit den Massen« nichts anfangen. Auch das Ringen um ein Bekenntnis zu uns, bzw. umgekehrt, das Lauern auf die Aufdeckung einer Verbindung zu uns in den Auseinandersetzungen, sind überflüssig. Tatsache ist, daß dabei nur rauskommt, daß die einfachsten nächsten Schritte nicht gemacht werden.

Front meint mehr als Actions, Front, also Kämpfe, die in ihren gemeinsamen Zielen zu einem Kampf werden und von daher sich politisch und praktisch verbinden können, wird im westeuropäischen Zentrum in vielen Gestalten leben. Die antiimperialistische Front in der BRD jetzt – das sind militärische Angriffe, einheitliche koordinierte militante Projekte, die darauf aus sind, die imperialistische

Strategie zu durchkreuzen, politische Initiativen zur Vermittlung der Politik, die im aktuellen Widerstand eingreifen, sie ist struktureller und organisatorischer Kampf um die Handlungsfähigkeit, sie ist zu jedem Moment ihrer Entwicklung Kampf um die Möglichkeit und den praktischen Zweck von Diskussion und Kommunikation für den Prozeß der Strategie.

Front meint etwas anderes als die Erweiterung der Guerilla um eine Struktur aus der Legalität. Wir haben gesagt, daß es einen »legalen Arm der RAF« nicht gibt und nicht geben kann. Natürlich haben wir Verbindung zu Leuten an verschiedenen Ecken und Enden, und natürlich machen wir darin konkrete Politik der Guerilla – antiimperialistischer Widerstand kann aber nur als selbständige, spezifische Entwicklung auf diesem Terrain auf das gemeinsame Ziel hin Teil der antiimperialistischen Front werden, und erst darin ist die Trennung aufgehoben. Der Kampf auf diesem Terrain kann nur so politisch zünden, nur so Kontinuität und Stärke erreichen – und grundsätzlich ist Selbstbestimmung und volle Verantwortlichkeit an jeder Stelle des Kampfs revolutionärer Politik im westeuropäischem Zentrum substantiell.

Die Auseinandersetzungen auf immer derselben Stelle, in denen isolierte Standpunkte und Glaubensbekenntnisse einander entgegengehalten werden, die Enge des vereinzelten Gruppendenkens, die Entschlußlosigkeit, es selbst anzupacken, fallen dort einfach weg, wo sich der Begriff der Situation zu eigen gemacht wird: daß die antiimperialistische Front so dringend notwendig wie schwach entwickelt ist und dabei potentiell so stark in ihrer Position im westeuropäischen Zentrum und in ihrer enormen Möglichkeit im internationalen Befreiungskrieg sein kann.

Die relevante, kämpfende Front gegen die imperialistische Strategie muß das unmittelbare nächste Ziel sein. Die Menge Wissen über Imperialismus und seine Pläne, wie es immer aus den Papieren quillt und die Entschiedenheit und das Feuer in militanten Aktionen sind umsonst, wenn aus beidem nicht der Entschluß kommt, den Zusammenhang herzustellen, der sich vornimmt, eine ganze Entwicklung zusammen durchzukämpfen.

Aus dem, was jetzt ist: aus dem, was im aktuellen Widerstand steckt, und aus den Bedingungen des Kampfes in der Metropole die politischen, strukturellen, praktischen Elemente und Linien des Angriffs auf den Kern der imperialistischen Macht hier: BRD-Staat und NATO herauszuziehen, um sie offensiv weiterzuentwickeln.

Die Situation ist – daß der antiimperialistische Kampf hinter der Offensive der zwar widersprüchlich, aber doch vereinheitlichten imperialistischen Maschinerie zurück ist. Die Anfänge der neuen antiimperialistischen Mobilisierung haben sich nicht gegen die imperialistische Rekonstruktion nach Vietnam und dem Beginn der Krise, gegen die Vorbereitung und Einleitung ihrer Offensive gebildet – in dieser Phase war der Widerstand im Abfuck und schließlichen Zusammenbruch der 68er Linken gelähmt – sondern erst gegen die längst laufenden reaktionären

Angriffe auf allen Ebenen. Ihre Offensive rollt, spontan gibt es großen Widerstand, antiimperialistische Politik ist darin aber keine durchschlagende Orientierung. Dazu muß sie als initiativer, relevanter Faktor in den Auseinandersetzungen um und gegen die imperialistischen Projekte überhaupt präsent sein, an denen sich der Verlauf der realen Geschichte jetzt bestimmt. Die US-Kriegsstrategie in Europa – die reaktionäre Offensive des Staats nach innen – die internationale Roll-back-Strategie der imperialistischen Staatenkette gegen die Befreiungsbewegungen und die jungen Nationalstaaten und gegen die sozialistischen Staaten.

Die Situation ist – daß es tatsächlich offen ist, wie die Geschichte jetzt verlaufen wird. Der US-Imperialismus kann in seiner historischen Krise – in der es seit 40 Jahren zum erstenmal um seine Existenz geht – zu den äußersten Mitteln greifen und wird das auch tun, wenn das System in die unkalkulierbare Krise rutscht und wenn sie nicht daran gehindert werden. Das hat angesichts seines nuklearen Vernichtungspotentials allerdings eine katastrophische Perspektive – die zu fürchten wir, die international Unterdrückten und Ausgebeuteten, keinen Grund haben. Denn bedeutet sie in jedem Fall das Ende des Imperialismus, so bedeutet der Imperialismus in jedem Fall unser Ende. Unsere Haltung zur Perspektive nuklearer Vernichtung ist erstens, daß wir sie nicht fürchten, und zweitens, daß wir sie nur durch den revolutionären Krieg verhindern können und verhindern werden. Viel mehr als in der Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs liegt die Schärfe der Situation darin, daß der US-Imperialismus mitten in der Entfaltung einer umfassenden Offensive ist, die alle Dimensionen enthält, deren Ziel es ist, sich wieder als die Weltmacht aufzurichten, was dann nur auf einer erweiterten Stufe seiner gesamten Herrschaft möglich ist – in die eingegriffen werden kann, und es entscheidend auch vom antiimperialistischen Kampf in Westeuropa abhängt, ob ihr Versuch für sie ausgeht oder zu einem weltweiten Sprung im Kampf um Befreiung gegen sie wird. Erweiterte Stufe der Herrschaft heißt eben auch ohne den großen Krieg: Produktion von Vernichtung im täglichen Leben, in den Lebensbedingungen, in Manipulation und Repression – Sterben und die Zerstörung von menschlicher Substanz für Millionen und für lange.

Für uns, aus der relativen Schwäche gegenüber einer Macht, die hier fast alles hat, ist die Situation auch – daß sie zwar in der Lage sind – und das noch länger – eine Front, die hier ihre Macht bedroht, nicht zustande kommen zu lassen, daß sie zur Lösung ihrer Gesamtkrise aber auf sozialer, gesellschaftspolitischer, militärpolitischer Ebene gezwungen sind, aggressiv Macht an sich zu reißen und damit die politischen Grenzen in der Metropole, die »Belastbarkeit«, zu überschreiten – Demokratie, Wohlstand, innerer Friede – und sie das nicht ewig durchhalten werden, wenn es immer wieder im antiimperialistischen Kampf gebrochen, d.h. in der Konfrontation offen wird und so der dünne ideologische Faden zwischen Staat und Gesellschaft reißt. Diese politischen Grenzen sind für das imperialistische Zentrum Westeuropa historisch konstitutiv geworden. Sie sind als Säulen des Systems gerade gegen Arbeiterbewegung und Befreiungskriege aufgebaut worden

und lassen sich nicht mehr ohne Auseinanderbrechen der gesamten Gesellschaft generell wegräumen. An diesem Punkt kann die relative Schwäche des antiimperialistischen Kampfs im westeuropäischen Zentrum zur Stärke im internationalen Kampf gemacht werden. Denn im Maßstab des gesamten imperialistischen Systems wird ihr globales Restrukturierungsprojekt nur funktionieren, wenn die Formierung im Inneren der imperialistischen Zentren ohne ernsthafte, durchgreifende Friktion verhältnismäßig glatt und zügig läuft. Über den Bruch im antiimperialistischen Kampf hier kommt ihr Projekt in den internationalen Widersprüchen nicht durch – oder sie erzwingen Lösungen nach innen wie außen mit ihrer Übermacht um den Preis eines internationalen, vereinheitlichten Klassenkriegs auf höherer, intensiverer und weiterreichender Stufe, d.h. um den Preis der Aktualität des Kampfs zur Zerschlagung des imperialistischen Systems.

Von hier aus kämpfen wir. Und nur das, der Begriff unserer Möglichkeit, der eigenen Kraft, der Chance, die nur wir hier haben – und damit auch der unserer Verantwortung – kann das Mobilisierende sein, an dem die antiimperialistische Front hier aufsteht und sich entwickelt.

Die Entwicklung in Westeuropa ist zu einem Angelpunkt in der weltweiten Auseinandersetzung geworden. Aus der Bewegung des internationalen Klassenkriegs ist einerseits für die imperialistische Strategie die Offensive in und aus Westeuropa mit dem Kernstaat BRD zentral für den Versuch, sich in einer neuen Runde als funktionierendes Weltsystem Herrschaft und Kapitalreproduktion zu sichern, und andererseits, von unserer Seite aus, die Entwicklung der Front im Zentrum wie als pure Lebensnotwendigkeit dagegen zwingend, ist als Bedingung dafür notwendig, daß die Tendenz zur Stagnation des globalen Befreiungsprozesses jetzt im Ost-West-Gegensatz und durch die Zwänge der staatlichen Entwicklung in den national befreiten Ländern aufgebrochen werden kann.

Die Zentren selbst und Westeuropa als Schnittpunkt der Linien Ost-West, Nord-Süd und Staat-Gesellschaft im besonderen sind Ausgangspunkt und Kernstück ihres Restrukturierungsprojekts. Hier müssen sie versuchen, die militärische Macht für den Druck auf die sozialistischen Staaten und gegen den nationalen Befreiungskampf herauszuholen und die ökonomische Potenz, die schlingernde wirtschaftliche und soziale Krise im Innern in den Griff zu kriegen und die sich entwickelnden jungen Staaten zu dominieren und sich einzugliedern und – als Bedingung von allem – die innere politische Homogenität, wenn nicht als Konsens, dann jedenfalls als Ruhe im eigenen Haus gewaltsam zu erzwingen. In diesem Sinn sind sie auf die Zentren zurückgeworfen. Sie müssen und werden offensiv und aggressiv im Zentrum das reaktionäre Gesamtkonzept versuchen durchzusetzen, auf allen Ebenen und mit allen Kräften.

Mittelstreckenraketen, Neutronenbombe, konventionelle Hochrüstung – Kapitalkonzentration und -zentralisation, Rationalisierung, eingeplante, massenhafte Arbeitslosigkeit, Instrumentalisierung des Menschen als Anhängsel der Maschine, die wegen der Bedeutung als Kriegsmittel auf dem Weltmarkt für sie unabdingbare Forcierung der Energiepolitik, die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen nach dem Interesse der Polizei und des Großen Geldes – Auspowerung beim Run nach dem Lebensunterhalt, Ausbildung als Fabrikbullen, Justiz, Knast – usw.

Sind Vorstöße dieser militärisch konzipierten Offensive, die eiserne Klammer um alle Teilbereiche der Metropolengesellschaft, die uns längst keine Wahl mehr läßt, ob wir die Front im Zentrum wollen oder nicht, der Krieg läuft. Die Frage ist nur noch, ob es gegen die reaktionäre Offensive die revolutionäre Front geben wird oder nicht.

Gegen diesen Horizont entsteht die antiimperialistische Front im Zentrum. Ihre Wirkung ist allein an der Verhinderung oder Nicht-Verhinderung einzelner, aktueller imperialistischer Projekte hier nicht zu messen, was sie erreicht, erreicht sie immer als Kampfabschnitt der internationalen Front für sie, und erst aus dieser Totalität der Konfrontation Imperialismus – Befreiung kann das Kräfteverhältnis geschaffen werden, das die soziale Revolution hier möglich macht.

Widerstand gegen die hier ausholende imperialistische Maschine – das ist auch unsere Definition der Aktion der Guerilla und der Entwicklung der antiimperialistischen Front – ist Angriff und Entwicklung der revolutionären Front im Zentrum, im Rahmen des weltweiten Kampfs.

Angriff, den die ganze Situation jetzt verlangt – und der von hier kommen muß. International stehen sich die beiden Blöcke waffenstarrend versteinert im Overkill-Potential gegenüber, Befreiungsbewegungen sind Staaten geworden, und die ihn noch nicht haben, handeln im Kampf um ihn als Quasi-Staaten. Das Hauptterrain auch für die Befreiungsbewegungen und die jungen Staaten ist das der internationalen Politik, der internationalen Beziehungen geworden – zwischen dem Ost-West-Gegensatz, der sich in diesen Ländern reproduziert, dem Weltmarkt, in dem und gegen den sie gezwungen sind, sich zu entwickeln, und der neuen politischen Stärke der national befreiten Staaten in den internationalen Gremien, die ihnen etwas Raum gibt, das ist die logische Entwicklung. Ausdruck der Stärke, die der nationale Befreiungskampf erreicht hat und Ausdruck der Schwäche, sich noch auf das vom Imperialismus bestimmte System der Staaten beziehen zu müssen.

Die Entwicklung des Landes in dieser Situation bringt die politische Führung der jungen Staaten in den doppelten Widerspruch – zum sich vertiefenden Elend, der Armut der Bevölkerung, der Unterentwicklung und den Forderungen daraus nach radikalen Lösungen – und zu der Unvermeidlichkeit im Kampf um die Mittel dafür, über die fast völlig die imperialistischen Staaten verfügen, sich mit ihnen auch arrangieren zu müssen, der sie tendenziell in eine immer weiter auseinanderklaffende Schere von Zwängen treibt, die sie katastrophal in Bürgerkriegen, Hunger, Verzweiflung, Repression, Intervention auseinanderreißen kann. Diese Widersprüche haben sie sich aber nicht ausgesucht. Sie sind zuallererst Ergebnisse der Kolonialgeschichte, aus der der Imperialismus selbst noch aus den hinterlassenen Zerstörungen profitiert, auch wenn er schon aus dem Land hinausgeflogen ist.

Die Guerilla in den Metropolen und die militanten Kämpfe heute sind die Ergebnisse einer Dynamik, die die Befreiungsbewegungen ausgelöst haben – und wenn durch ihren Kampf überhaupt eine Bewegung hier nach über 30 Jahren hochgekommen ist, dann ist die Situation jetzt dort zentral darin bedingt, daß die Kämpfe hier so wenig entwickelt sind.

Es kann keine Perspektive zur Zerstörung des imperialistischen Systems geben, solange die Perspektive der Zerstörung in seinen Macht-, Kommando- und Produktionszentren nicht eröffnet ist. Das heißt, solange die Politik nicht materielle Gestalt geworden ist, die als relevante Kraft im internationalen Kampf, in ihrer realen Bewegung, den Zielen und der Kontinuität, den Willen und die Möglichkeit zum Ende des Systems zeigt. Erst dann wird ein revolutionärer Sprung denkbar. Der Imperialismus bricht nicht an sich selbst zusammen. Er bricht auch nicht durch eine Einkreisung und Einschnürung von außen zusammen. Ohne Entwicklung der Front hier wird in weltweiter Dimension kommen, was in der Geschichte der Klassenkämpfe in Europa und politisch im Ost-West-Konflikt das Tödliche geworden ist: erstarrter, verbitterter Grabenkrieg. Ein imperialistischer Apparat, militärpolitisch aggressiv, technologisch und produktions- und organisationstechnisch hochgepusht, der sein Ziel, wieder einzige Weltmacht zu werden, militärisch gegen den Willen der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten gleichwertige Macht zu bleiben und politisch gegen das Selbstbewußtsein der Völker in Afrika, Lateinamerika, Asien nicht mehr erreichen wird, der mit seinen umfassenden politisch-ökonomisch-militärischen Kriegsmitteln aber stark genug ist, den national befreiten Ländern die Bedingungen ihrer Entwicklung zu diktieren und sie damit zu blockieren, und vielleicht stark genug, die sozialistischen Staaten durch Rüstungszwang und über den Weltmarkt ökonomisch zu zerrütten – und der in der Metropole, in der der Staat nicht aufhören wird zu versuchen, die imperialistische Macht doch noch zur Übermacht aufzurichten, unter Auspowerung, Polizeistaat und Krisenmanagement eine faulende Gesellschaft festpreßt.

Kampf um Befreiung

So zwingend Widerstand und revolutionärer Angriff aus der eigenen Lage ist, ist das auch unsere Möglichkeit – und nur unsere – diese Perspektive zum Ende des Systems zu eröffnen. Eine Perspektive, die in der Funktion zum Bruch der imperialistischen Macht über diese Funktion hinaus geht:

Aus der Reife der Metropole, in der die produktive gesellschaftliche Entwicklung begonnen hat, in Vernichtung umzuschlagen, weist revolutionärer Kampf hier in seinen Zielen und in der Struktur der kämpfenden Front in eine gesellschaftliche Zukunft über die historischen Grenzen des existierenden Staatensystems hinaus. Im historischen Abschnitt des auf den äußeren Linien zurückgedrängten und im Innern in der Gesamtkrise sich zersetzenden Imperialismus ist die Reife der Metropole, umgewälzt zu werden, auch die Reife zum Kampf, der radikal auf den Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse zu den kommunistischen Zielen orientiert ist. Worin Leben nicht in einer weiteren Übergangsetappe, Sieg nicht als Übernahme des Staats vorgestellt ist, sondern der einheitliche Prozeß des Widerstands, der Gegenmacht und der Umgestaltung zur Befreiung ist.

Revolutionäre Politik hier ist die Strategie, die in einem den Widerstand in der täglichen Realität hier als Prozeß des Kampfs um Befreiung faßt – und ihn als Teil, Abschnitt und Funktion der weltweiten Kämpfe, in deren Zusammenwirken das Ziel nur erreicht werden kann.

Diese Politik hat mit Weltanschauung nichts zu tun. Sie stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle auf, von denen behauptet wird, daß sie später verwirklicht werden. Sie kann nur realer Prozeß sein. Signal der Utopie, ist sie eine langfristige und direkte Strategie – man kann sagen, eine Lebensweise – in der das strategische Ziel der Zerstörung der imperialistischen Macht verbunden ist mit realer Veränderung jetzt – der Prozeß, der in den Schritten der Entwicklung der Front die Besetzung des politischen Terrains und der Person durch den Staat zerstört – der sich in der Produktion von Gegenmacht die jeweiligen Bedingungen zur politisch-militärischen Offensive schafft und als Produktion, als materielle Entwicklung, die Wiederherstellung der vollen Dimension des Menschen in den Beziehungen der Kämpfenden in sich hat. Unmittelbare Veränderung, befreites Gebiet, Revolution sind vollkommen in den Prozeß des Widerstands integriert – und nur so haben sie Wahrheit. Revolutionäre Strategie ist hier einfach die Strategie gegen ihre Strategie.

Die ihren strategischen Plan in ihren konkreten Projekten angreift, durch den materiellen Angriff die imperialistische Offensive nach innen und außen politisch bricht und damit Bewußtsein schafft, daß neuer Widerstand und Prozeß der Front national wie international wird, die ihre Pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können.

Die als relevante kämpfende Front hier den Bruch des Konsens im imperialistischen Zentrum materiell macht und durch die internationale Vermittlung des inneren Bruchs ihnen die Legitimität bzw. Attraktivität nimmt, das System aus Geld, Manipulation und Vernichtung in einer neuen Phase weltweit reproduzieren zu können.

Und die als radikale Wendung der Lage in der Metropole die Möglichkeit des Endes der imperialistischen Macht und ihrer Existenz unter den Menschen, die Reife zur befreiten Gesellschaft zeigt.

Zu ’77

Das Problem, das sich während der Schleyerentführung gegen uns ausgewirkt hat, war, daß wir – auf unser konkretes Ziel, die Gefangenen rauszuholen, konzentriert – die Entwicklung des politischen Ziels in der ganzen Offensive, die Vertiefung der Widersprüche in der Krise, nicht angepackt haben. Obwohl die Aktion den Staat an seinem Nerv getroffen hatte, haben wir nicht auf dem politischen Niveau der Herausforderung gehandelt.

Im Sommer '77 war die Situation bei den Gefangenen so zugespitzt, daß wir uns nicht mehr lange Zeit lassen konnten für eine Befreiungsaktion. Die Gefangenen waren im Durststreik, und Gudrun lag im Sterben.

Wir wußten, daß wir den Angriff zu diesem Zeitpunkt aus einer relativen politischen Schwäche heraus machen würden, aber wir wollten ihn, weil Krieg nicht einfach als Zustand zwischen uns und ihnen existiert, sondern nur, wenn er materiell entwickelt wird als Machtfrage. Seit Stockholm ist der Kampf um die Gefangenen zu einer Kernfrage in der Auseinandersetzung Guerilla – Staat geworden. Die Kernfrage, in deren Forderung nach den Gefangenen beides zusammenkommt wie in einem Kristallisationspunkt: das Verhältnis einer Guerilla zu ihren gefangenen Genossen, die Beziehung untereinander, die Funktion dieses Kampfs ist, und die Bedeutung jedes einzelnen für das Ganze – und das Machtverhältnis überhaupt, weil die Guerilla darin die Machtfrage materiell und direkt an den Staat stellt, ihr Angriff bewußt auf die politische Krise zielt, indem er ihnen wie mit Schleyer einen Pfeiler ihrer Macht unter den Füßen wegzieht (nur dann gibt es eine realistische Chance). Und so die innere Struktur der Macht durch den Zwang zur Reaktion sichtbar macht und gleichzeitig auseinanderreißt.

Unser Gedanke war, der SPD die Frage des Austauschs an den beiden Figuren zu stellen, die die ökonomische Weltmacht des BRD-Kapitals direkt verkörperten wie höchstens zehn andere: Ponto für ihre internationale Finanzpolitik (und daran der ganze Begriff der Funktion der deutschen Banken, im besonderen seiner, der Dresdner, für die reaktionären Regime in den sich entwickelnden Ländern und der BRD-Geldpolitik als Mittel der institutionellen Strategie, nach der die europäische Integration läuft) – und Schleyer für die nationale Wirtschaftspolitik (die fetten Konzerne, Konzertierte Aktion, BRD als internationaler Modellfall des sozialen Friedens), das heißt, der Macht im Staat, auf die die SPD als Regierungspartei Rücksicht nehmen muß, wenn sie an der Regierung bleiben will.

Die Spannung zwischen der Strategie des amerikanischen Kapitals, von der das Staatsverständnis der SPD seit '45 und jedes einzelne ihrer reaktionären innen- und außenpolitischen Manöver bestimmt ist, und den Banken und Konzernen, wenn man so will, dem nationalen Kapital, war der Widerspruch, auf den die Aktion zielte. Zwar kann das nationale Kapital gegenüber der hegemonialen, der amerikanischen Linie keine eigene Politik formulieren – wenn man nicht die provinziell-bornierten Varianten Kohls, Albrechts usw. oder das Grand Design von Strauß, aus dem seit über 20 Jahren nichts wird, dafür halten will – aber die Macht, mit der es innerhalb der Vertikale des gesamten kapitalistischen Mechanismus konkurriert und expandiert, hat natürlich ihren Ausdruck in einem Konsens und einem Selbstbewußtsein der nationalen Eliten, das Schmidt nach oben und nach unten im internationalen und nationalen Kontext vermitteln muß.

Die politische Eskalation der Aktion war erst mal dadurch entschärft, daß die Entführung Pontos schiefging und so der eine Fuß in der ganzen taktischen und politischen Bestimmung fehlte. Unser entscheidender Fehler aber war, die Aktion

nicht noch mal von Grund auf neu zu bestimmen, nachdem die Bundesregierung das erste Ultimatum hatte verfallen lassen, also klar war, daß sie Schleyer aufgegeben hatten und auf seinen Tod warteten, der ihre schnelle Konsolidierung hätte bringen sollen. An Schleyers Anstrengungen, doch noch den Austausch zu erreichen, hatten wir gesehen, daß seine connections und sein Einfluß einen Dreck wert waren gegen die Macht der geschlossenen imperialistischen Strategie.

Ihr Verhalten an der Taktik und Psychologie des BKA entlang: die offizielle Regierungsentscheidung zu vermeiden, durch Als-ob-Verhandlungen die Aktion hinzuziehen, um sie polizeilich zu beenden, durch die Nachrichtensperre öffentlichen Druck von vornherein auszuschalten und mit Wischnewskis Reise in die sogenannten Aufnahmeländer eine internationale »Absage an den Terrorismus« am Beispiel dieser Gefangenen durchsetzen zu wollen, gab uns objektiv Zeit und die Möglichkeit, mit dieser Situation politisch zu arbeiten. Das wäre gewesen, die Gespräche mit Schleyer sofort einzusetzen, um so die Widersprüche, die inzwischen wieder die »Einheit aller Demokraten« auseinandergetrieben hatten, auch tatsächlich auf die Spitze treiben zu können. Widersprüche, die so weit gingen wie z.B. der Anlauf der CSU, Schmidt um die Regierung zu bringen mit dem Vorschlag, die Gefangenen freizulassen und hinterher den Notstand zu erklären, was so das Ende aller SPD-Politik bedeutet hätte, nämlich das offene Eingeständnis der Staatskrise, was sie mit allen Mitteln verhindern mußten.

In dieser eskalierten Situation, in der unsere Defensive offensichtlich geworden war, hat das Kommando Martyr Halimeh sich entschlossen zu intervenieren – wie es ihnen unter dem objektiven Druck möglich war. Es war das erste Mal, daß ein Kommando einer Befreiungsbewegung direkt in die Auseinandersetzung hier eingegriffen hat, den Kampf in der Metropole zu seiner Sache gemacht hat. Über die taktisch und strategisch falschen Bestimmungen dieser Aktion, die der BRD erst die Chance gegeben hat, selbst in die Gegenoffensive zu gehen, ist viel geredet worden. Die Verantwortung dafür liegt ganz bei uns.

Es war ein Fehler, die Entscheidung, die aus dem Kräfteverhältnis nur hier fallen kann – weil es um die Gefangenen geht, die für den Kampf hier stehen und weil es darum ging, die BRD zu isolieren, nicht in der Metropole selbst zu suchen, sondern die Zuspitzung in einen der jungen Nationalstaaten zu verlagern. Im Zusammenhang mit einer Aktion aus der Metropole, mit dem Ziel der Polarisierung in der Metropole, den Bruch zwischen Volk und Staat, mußte das Mittel – Flugzeugentführung – gegen den ganzen Angriff kippen, weil es die, die in dem Flugzeug saßen, zwangsläufig in die gleiche Objektsituation gedrückt hat, wie es der imperialistische Saat sowieso und immer mit den Menschen macht, worin aber das Ziel einer revolutionären Aktion gebrochen ist.

Gegen das Kommando war die falsche Bestimmung der Aktion die Zange, mit der das Kalkül der Bundesregierung operieren konnte, ausgehend davon, daß das Kommando natürlich alles versuchen wird, solange weiterverhandeln wird, wie sie noch irgendeine Hoffnung sehen, daß die BRD die Gefangenen freiläßt. Für die

SPD war das Massaker wie schon in Stockholm die Lösung, weil sie auf jedes populäre Image verzichtet, wenn das amerikanische Interesse, Herrschaftssicherung im Zentrum, angegriffen ist. »Es war unbekannt, ob es zu einem erträglichen Ausgang kommt«, so Schmidt damals.

Es war die Entscheidung für die militärische Lösung zu einem Zeitpunkt, wo ein Sieg der Guerilla in der BRD, dem Kernland der reaktionären Integration der westeuropäischen Staaten, ihr ganzes Konzept der imperialistischen Rekonstruktion entscheidend zurückgeworfen hätte. Sie war der Sprung an die Spitze der reaktionären Gegenoffensive zur Vereinheitlichung der Apparate der inneren Sicherheit in Westeuropa, aber an Stammheim und Mogadischu ist auch ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Politik, die verdeckte Kriegsführung zerbrochen. Da stand der offen reaktionär auftretende imperialistische Staat, der den Vergleich mit seiner faschistischen Vergangenheit nicht mehr scheute, sondern feierte. Die »Desert Foxes« von Mogadischu als Vorbild für die deutsche Jugend. An ihm ist aber auch die politische Schwäche der Metropolenstaaten, die innere Brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten Struktur, so evident geworden wie nie.

Erklärung zu ’77

Von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, 4. Dezember 1984

Christian Klar[218]:

Es geht hier nochmal um ’77, dazu einmal um den politischen Begriff der ersten Phase des bewaffneten Kampfes, in der diese Angriffe liefen, weiter darum, wie sich aus dieser Auseinandersetzung neue Bedingungen revolutionärer Politik entwickelt haben, und außerdem um ein paar Tatsachen dazu, was nach der Gefangennahme von Schleyer und der Forderung nach Austausch der Gefangenen gelaufen ist.

Nach den Verhaftungen ’72 und nach der Aktion in Stockholm hatte der sozialdemokratische Staat jedesmal noch seine Bewältigungsversuche auf die Hoffnung ausgerichtet, diese vollständige Negation des Kapitalsystems durch die Guerilla und den Bruch, den sie aufriß, wieder zuzuschmieren. Es sollte eine Episode bleiben, die an ein paar Typen hängt, historisch gebunden an die Aktualität des Vietnamkriegs und vielleicht dem alten sterilen Antifaschismus zum Fraß vorgeworfen – wie es die neueste Variante des Verrats will –, damit die Möglichkeit zu revolutionärem Kampf hier keine Orientierung wird. Wir sind ’76 an dem Ziel zusammengekommen, das Guerillaprojekt zu vertiefen und dem politisch bestimmten Bruch in der Metropole durch die Fortsetzung des Kampfs Kontinuität zu geben; diesen Bruch unumkehrbar zu machen, weil er die Bedingung dafür ist, den revolutionären Prozeß in Gang zu setzen. Dieses Ziel der Neuformierung der Guerilla ’77 haben wir mit dem Kampf um die Gefangenen verbunden.

Der noch ungebrochene Sozialdemokratismus war in den 70er Jahren eine äußere Bedingung, unter der wir kämpften; gegen die Strategie der Partei, die seit 1914 der proletarischen Revolution mehrfach das Genick brach, die Arbeiterklasse vor dem Faschismus entwaffnete, die unter Anleitung des US-Kapitals nach ’45 wieder als Stützpunkt des Kapitals in die Klasse gepflanzt wurde, die die Institutionalisierung aller gesellschaftlichen Widersprüche, politischer Kämpfe und autonomer Regungen als die moderne Herrschaftsform des Imperialismus durchsetzte. Gegen diese politischen Bedingungen hatten wir aus den ersten Angriffen der RAF begriffen, daß aus der Wirkung einer Praxis, die die »Einheitswirklichkeit der Bourgeoisie« zerstört, die Kriterien für Klassenbewußtsein wieder erobert werden können und daß der politisch-militärische Kampf die Strategie entwickelt.

Die andere Bedingung: Nach der Konsolidierung der Oktoberrevolution kam aus dem Zusammenhang nationaler Klassenkämpfe hier nichts mehr hoch, was den heutigen Widerspruch zwischen Proletariat und Kapitalsystem richtig sehen und in Kampf und Perspektive umsetzen konnte. Das Kapital hatte sich weiter internationalisiert

Und über alle Formen des Kolonialismus für die Völker im Süden und für die in den Metropolen eine unterschiedliche Wirklichkeit geschaffen, sie damit sozial gespalten, um sie politisch zu spalten. Also eine Wirklichkeit, in der das Ausbeutungsverhältnis in den Metropolen über die Internationalisierung der Produktion mehrere Jahrzehnte stabilisiert wurde und politisch zementiert wurde dadurch, daß die Sozialdemokratie und die Ge-

218 Christian Klar kommt aus den linken Zusammenhängen in Karlsruhe. Im Oktober 1982 wird er in der Nähe von Hamburg verhaftet und zu mehrmals lebenslänglich verurteilt.

werkschaften die Arbeiterbewegung an den reinen ökonomischen Kampf fesselten, dieses relative Gleichgewicht brach erst durch den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes auf. Einmal, weil er als siegreicher Kampf um nationale Selbstbestimmung und soziale Entwicklung im Zusammenhang der weltweiten Veränderung stand, die der Kapitalverwertung Grenzen zog. Das Entscheidende ist aber, daß der vietnamesische Befreiungskampf die politischen Bedingungen umwälzte. Weil er als Teil der Entkolonisierung gleichzeitig zur Konfrontation mit dem US-Imperialismus wurde, hat dieser Krieg zum ersten Mal seit der Konsolidierung der Oktoberrevolution die Totalität und die Einheit des imperialistischen Gesamtsystems sichtbar gemacht. Das ermöglichte hier den Bruch mit der langen Geschichte des Revisionismus. Vietnam hat die Transformation des weltweiten revolutionären Prozesses von den nationalen ungleichzeitigen Klassenkämpfen zum zunehmend gleichzeitigen internationalen Klassenkrieg eingeleitet, die Einheit der Kämpfe an allen Fronten. Alle Kämpfe, die das Kapitalsystem angreifen, stehen seitdem in diesem Zusammenhang. Sie unterscheiden sich nur durch die konkreten Bedingungen, aus denen und unter denen sie geführt werden.

Anfang '77 war hier die Frage, ob es weiter nach vorne oder wieder zurückgeht. Jeder, der sich damals nach der militärischen Lösung gegen das Kommando in Stockholm für den Kampf der Guerilla entschied, hat sich daran entschieden, nicht zuzulassen, daß die Möglichkeit von revolutionärer Strategie im geschichtlichen Prozeß der Metropolenstaaten wieder zugeschüttet wird. Es war die Entscheidung gegen die strategische Absicht der Sozialdemokratie, die vernichten wollte, was hochgekommen war, durch Entpolitisierung, Hetze und repressiven Normalzustand mit den ganzen Potenzen von Massenkontrolle und modernem Faschismus. Brandt sagte, die Counterstrategie müsse wieder die »Immunisierung der Gesellschaft« bringen, ein Begriff, der für Sozialdemokratismus steht wie kaum ein anderer. Dabei war der SPD das wichtigste, was die US-Counterstrategen ihr zur Umkehrung der Entwicklung nahegelegt hatten: die Stammheimer Gefangenen, so tief es geht, zu vergraben. Aber der offen liquidatorische Zug des Staates für dieses Ziel bestimmte dann das Tempo und die Schärfe, in der sich die Guerilla neu organisierte und die Offensive entwickelte.

Der Kampf um die Gefangenen hatte den politischen Zweck in sich. Es entstand daraus die Auseinandersetzung, in der sowohl die Bedingungen, unter denen hier eine Politik des Bruchs steht, als auch das Niveau, das sie erreichen kann, deutlich wurden. Gleichzeitig wurde '77 zum Schnittpunkt, an dem der Guerillakampf seine erste Phase beendete und dabei den politischen Zweck dieser Phase, den Bruch in der Metropole, durchsetzte.

Die Gefangennahme von Schleyer konfrontierte den BRD-Staat mit seinem Legitimationsproblem – durch diesen Funktionär des 3. Reiches und seines Nachfolgestaats, dessen Herrschaftsgrundlage lediglich von außen erbeutet und nach innen erzwungen wurde. Die Aktion konfrontierte die Bundesregierung mit diesem Legitimationsproblem weiter, weil die Lösung Verhandlungen erfordert hätte, mit denen ein System, das gegen die historische Reife zur Umwälzung politisch mit dem Rücken zur Wand steht, seine Antagonisten offen anerkennen würde. Und die Aktion konfrontierte die Bundesregierung mit dem antifaschistischen Gefälle in Westeuropa, das nicht nur aus der Geschichte existiert, sondern

sich in der Durchdringung Westeuropas mit dem neuen Machtanspruch der BRD reproduziert. Schmidt sagte im Bundestag: »Die Hoffnung, die Erinnerung an Auschwitz und Oradour werde im Ausland absinken, wird sich nicht erfüllen. Wenn bei uns Terroristen erschossen werden ... so werden uns Fragen gestellt, die andere Nationen nicht aushalten müssen.«

Aber tatsächlich klappte der alte Antifaschismus ohne Widerstand zusammen. Hier, weil er von einer Linken getragen wird, die seit dreißig Jahren auf Strauß wartet, um Faschismus schreien zu können, und heute nicht tickt, daß alles, was die CDU auf die Beine bringt, das ist, was sie von der SPD gelernt hat. Und im westeuropäischen Ausland verlor der alte Antifaschismus seine Kraft in dem Maß, wie er zu den aufkommenden revolutionären Kämpfen im eigenen Land und zu ihrer Verallgemeinerung in Westeuropa Stellung nehmen mußte. Dieses Kräfteverhältnis, also die Schwäche des Alten und weil das Neue, das aus antiimperialistischen Widerstand entsteht, noch nicht da war, war die Grundlage dafür, daß sich die staatliche Sinngebung – »Zivilisation oder Barbarei«, Superkriminalität – für den Krieg gegen den inneren Feind und die militärische Lösung der Aktion durchsetzen konnte. Entlang Schmidts Parole, zumindest für diese Wochen und erzwungen: Es dürfe in der Gesellschaft erst gar nicht zu einer Auseinandersetzung mit der Politik der Guerilla kommen.

Weil die Sozialdemokratie historisch aus dem Verrat an der Arbeiterbewegung kommt, ist ihr Gespür für das grundsätzliche Legitimationsproblem des Kapitalsystems besonders ausgeprägt. Das hat sich auch in den Auseinandersetzungen im Krisenstab abgebildet. Die SPD wollte auf der Basis von Ausnahmezustand handeln, ohne ihn zu propagieren. Wehner forderte, man solle aufhören, öffentlich von Staatskrise zu reden. Die CDU/CSU war drauf, diese Linie zu verlassen, z.B. im Vorschlag der CSU, die Gefangenen freizulassen, anschließend den Notstand auszurufen und alles, was sich daran mobilisiert, mit dem Instrumentarium des Notstands wieder niederzumachen. Oder Rebmanns Idee, gefangene Guerillas nach Standrecht zu erschießen. Gegen den traditionellen Faschismus setzte Schmidt auf die Effektivität des institutionalisierten. Auch er wollte die Gefangenen als Geiseln, aber gesetzlich geregelt durch das Kontaktsperregesetz. Auch er wollte die militärische Lösung gegen die Aktion, aber mit der Verpolizeilichung des Krieges und dem dazugehörigen ideologischen Überbau. Das Ziel war das gleiche. Dabei konzentrierte sich alles auf die Gefangenen, weil das Kommando der Guerilla nicht erreichbar war.

Am 8.9.77 läßt der Krisenstab *Die Welt* fordern, Rebmanns Vorstellung durchzuführen. Am 10.9. veröffentlicht die *SZ* die gleiche Sache als Diskussion der CSU-Landesgruppe, die die Erschießung der Gefangenen in halbstündigem Abstand wollte, bis Schleyer freigelassen wird. Einen Tag später fordert der »Frühschoppen« die Einführung der blutigen Folter, weil damit in Lateinamerika die Guerillagruppen besiegt worden seien. Nochmal einen Tag später ist *Der Spiegel* die Plattform für Becher und Zimmermann aus der CSU, die den Tod der Stammheimer Gefangenen verlangen. Am 13.9. kommt dann das gleiche aus der SPD durch Heinz Kühn, nur vornehmer ausgedrückt: »Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung Hanns Martin Schleyers auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückschlagen müßte.« Nachdem die Vor- und Nachtei-

le der Todesstrafe von katholischer Kirche bis *Stern* diskutiert wurden, fordert Strauß in der *SZ* das Pogrom gegen die Gefangenen, denn »dann bräuchten die Polizei und Justiz sich nicht mehr darum zu kümmern«. Am 16.10. drückt das BKA nochmal die Linie der psychologischen Kriegsführung in alle gleichgeschalteten Medien, nach der die Aktion aus dem 7. Stock gesteuert wurde. Am Tag darauf baut *Der Spiegel* mit Staatsschutzmaterial Andreas zum Drahtzieher der Aktion auf, und das mit Material, das für jeden Journalisten leicht als manipuliert erkennbar war. Am selben Abend fordert Golo Mann in *Panorama*, die Gefangenen als Geiseln zu erschießen. Das war ausschnittweise die öffentliche Dramaturgie des Krisenmanagements, die propagandistische Vorbereitung. Das Bindeglied zwischen der öffentlich lancierten Linie und den operativen Möglichkeiten im Vakuum der Kontaktsperre war Rebmann.

Die Entscheidung der Bundesregierung für die harte Haltung erklärt sich vor allem aus dem Zusammentreffen dieser Aktion mit der globalen Rekonstruktion der imperialistischen Politik für einen neuen konterrevolutionären Aufschwung und aus der Funktion der BRD darin, die Führung in der reaktionären Formierung Westeuropas für einen kontinentalen Polizeistaat zu übernehmen. Deshalb wurde es für die Bundesregierung auch um den Preis des Zusammenbruchs der alten sozialdemokratischen Ideologie und Politik zwingend, die aufsteigende Entwicklung revolutionären Kampfs im westeuropäischen Machtzentrum zu verhindern. Das verband sie alles mit der Frage des Austauschs. Scheel sagte auf dem Staatsbegräbnis: Wenn die Flamme nicht rechtzeitig erstickt werde, werde sie sich wie ein Flächenbrand über die ganze Welt ausbreiten, und die Freilassung der Gefangenen wäre der Beginn davon gewesen. Für uns bedeutete das, daß wir um die neuen Möglichkeiten, die wir für die weitere Entwicklung zusammen mit diesen Gefangenen gesehen haben, in den Jahren danach auf der Basis einer Niederlage kämpfen mußten.

Die Voraussetzung für die Bundesregierung, die Entscheidung gegen den Austausch durchzusetzen, war die Mobilisierung aller Möglichkeiten des institutionellen Faschismus, der Putsch des BKA auf die Ebene der Politik – kurz, die Umwandlung der politischen Situation in eine militärische. Dazu gehörte die Manipulation von Parlament und Bundesverfassungsgericht genauso wie die Gleichschaltung der Medien zur Produktion einer offiziellen Öffentlichkeit und die Nachrichtensperre, die begründet wurde als Schutz für Schleyer, wozu der allerdings auf dem Videoband vom 14.9. selbst meinte, daß er sich eben der Öffentlichkeit in dieser Situation zu seinem eigenen Schutz mitteilen möchte. Nachdem der Krisenstab sich gegen ihn entschieden hatte, ging es ihm vor allem darum, Verhandlungen zu verhindern und eine öffentliche Diskussion zu verhindern, die in der Lage sein könnte, gegen diese Lösung zu stehen. Immerhin gab es auch nach 5 Wochen pausenloser Hetze laut einer Umfrage in der Öffentlichkeit noch genauso viele Stimmen für den Austausch wie dagegen. Es durfte aber eben nur eine, die NATO-Lösung, aus der Krise geben, und das auch schnell, um den Zustand, daß die Bundesregierung nicht mehr handlungsfähig ist, zu beenden. Dem Krisenstab dieses Monopol zu sichern, war – neben dem Ziel, Rebmann alle Möglichkeiten zu geben – der Zweck der Kontaktsperre. Sie schützte nie Schleyer, sondern nur die Pläne des Krisenstabs.

’77 sind Inhalt und Form des BRD-Staats identisch geworden. Der politische

Inhalt: Nazi-Nachfolgestaat und antikommunistisches Bollwerk im Rahmen der NATO. Die Form: der diktatorische Kern der NATO-Demokratie, der Staatsschutzstaat, der Staat, der die Menschen vernichtet, um sich vor ihnen zu schützen. Insofern ohne jede Vermittlung das Konzentrat der Struktur des Gebildes BRD, die von Anfang an proletarische Politik auf autonome, d.h. illegale Organisierung und bewaffneten Kampf verwiesen hat. Aber eben nicht die Struktur der alten Form, sondern der Faschismus hatte sich umgewälzt. Die SPD war mit seiner Institutionalisierung schon soweit, daß der offiziell verkündete Notstand zu einer altmodischen Kategorie wurde, entsprechend wie ’75 in Stammheim eben nicht Hochverrat angeklagt wurde, weil das noch zuviel politische Substanz widergespiegelt hätte. Brandt sagte ’74: »Seit die sozialliberale Koalition in Bonn regiert, sind die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Staat auch im Innern zu sichern«, und er bezog sich dabei neben der Verrechtlichung der Counterinsurgency auch auf diese Programmatik, die sein Parteigänger Herold schon 1968 entworfen hatte: den Faschismus im Zeitalter der Automation und Datenverarbeitung der institutionellen Durchdringung der Gesellschaft – um sie zu paralysieren. Der Faschismus, der keine Massenmobilisierung, keine ideologisierten Faschisten mehr braucht, sondern nur noch den Funktionär und Technokraten im Dienst des imperialistischen Staates. In der Situation des Ernstfalls ’77 wurde das ganze Potential mobilisiert. An die Stelle der Fiktion von Gewaltenteilung und parlamentarischer Politikbildung trat der Maßnahmestaat, in dem die wirklichen Machtstrukturen sichtbar werden und in dem die polizeilichen und militärischen Apparate über das Monopol der Analyse, dem »Erkenntnisprivileg« (Herold), die Politik strukturieren.

Der spektakuläre Teil der Krisenstruktur, also Krisenkabinett usw., wurde zwar nach der militärischen Lösung der Situation wieder aufgehoben, aber trotzdem war dieser Aufmarsch des Staats nicht nur eine repressive Konjunktur als Reaktion auf eine besonders zugespitzte Offensive der Guerilla. Sondern es ist das gelaufen, was Marighella schon aus der Erfahrung der Stadtguerilla in Lateinamerika herleitete. Daß der Staat gegen Widerstand, der ihn grundsätzlich in Frage stellt, die politische Situation in eine militärische verwandelt. Es ist das was heute in internationalem Ausmaß die Situation ist. In dem Maß, wie der Imperialismus die Fähigkeit zu politischen Lösungen verliert, militarisiert sich seine Strategie. Nach innen, in die Gesellschaft rein, bedeutet das, daß der Staatsschutz, seine Zentren, seine Sonderabteilungen, seine psychologischen Kampagnen usw. zur tragenden Säule der Herrschaft werden. Damit verändert sich aber auch die Staatsideologie, und anstelle des Projekts des »inneren Friedens«, für das die Sozialdemokratie im besonderen angetreten war, tritt die offensive Propagierung der Vernichtung aller politischen Ausdrucksformen des gesellschaftlichen Antagonismus. Der Staat bestätigt den Bruch, um den die Guerilla hier als erstes gekämpft hat. Vogel beklagt Ende Oktober ’77 die »irreparablen Brüche«, weil das genau ihre Niederlage ist, denn ihre innen- und außenpolitische Selbstdarstellung wurde dabei in die Zersetzung getrieben und mit der Zersetzung der Ideologie die Möglichkeit für die Linke aufgemacht, von den Tatsachen auszugehen.

Diese Veränderung kam nicht allein aus ’77. Sie kam als Prozeß, der sich aus den ersten Angriffen der RAF, an den Streiks der Gefangenen und dann noch über ’77 raus entwickelte und sich an der

Kontinuität des Kampfs entschieden hat. Dazu waren die Aktionen im Herbst ’81 besonders wichtig. Es gab nach ’77 und gibt bis heute immer wieder den Versuch, den entstandenen Bruch wieder zuzuschütten. Nachdem sich der alte staatskritische Liberalismus und Antifaschismus ’77 desavouierte, hat diese Aufgabe heute eine neue staatstragende Linke, die ihren Standort »zwischen Guerilla und Staat« definierte und sich inzwischen den Parlamentarismus zu eigen macht. Aber diese Linke hat strategisch kein Gewicht. Nicht nur, weil der objektive Spielraum für Reformismus durch die politischökonomische Krise noch geringer ist als Anfang der siebziger Jahre, sondern weil hier ein Widerstand lebendig geworden ist, der damit nicht mehr zu erreichen ist, dessen Politisierung schon trägt, der den Zusammenstoß ’77 begriffen hat und sich in den Bedingungen, die der Staat jeder grundsätzlichen Opposition gesetzt hat, zurechtfindet. Dieser Widerstand gründet gerade auf dem Selbstbewußtsein, daß der Reformismus hier nicht an der Grenze der Ökonomie aufgelaufen ist, sondern an der politischen Grenze, die ihm durch die revolutionäre Aktion gesetzt wurde.

Der Bruch in den Metropolen bleibt unumkehrbar. Von diesen in einem knappen Jahrzehnt veränderten Verhältnissen spricht auch Kissinger, dessen Parole im Zusammenhang mit dem Zweck der SPD ’76 noch die »Idee des inneren Friedens« war und der Anfang ’84 feststellte:

»Auf beiden Seiten des Atlantik sehen wir uns bedroht durch die Vorherrschaft der Innenpolitik über die weltweite Strategie.« Das ist sein Reflex auf die Tatsache, daß der Imperialismus mit seinem globalen Projekt zur Verewigung des Kapitalsystems nicht mehr nur an die Grenze der Befreiungskämpfe im Süden stößt, sondern auch an die Front in seinem Inneren gefesselt wird.

Brigitte Mohnhaupt:

Bei der Bestimmung im Frontpapier, daß revolutionäre Strategie die Strategie gegen ihre Strategie ist, sind wir ganz stark von unserer Situation jetzt ausgegangen, und was seit ’77 ihr Hauptmerkmal ist: die militärische Offensive, aus der der Imperialismus als Weltsystem hervorkommen will.

Sie ist aber als Bestimmung auch grundsätzlich, weil sie vom Krieg als Begriff unserer Wirklichkeit ausgeht, den jede revolutionäre Bewegung braucht, um kämpfen zu können. »Der Schlüssel ist Krieg«, hat Andreas dazu mal gesagt – der Schlüssel, um zur praktischen Vorstellung zu kommen, wie jetzt – ja wirklich historisch im höchsten Stadium des Imperialismus – der Weg zur sozialen Revolution laufen kann und wird. Also wie er gegen die Bedingungen, die uns gegenüberstehen, durchgekämpft werden kann.

Wir sagen, daß der proletarische Internationalismus der Weg ist. Als subjektiver Zusammenhang der Kämpfenden, wie er schon jetzt da ist, und als die Strategie, die sich zusammen bewußt das Ziel der weltweiten Befreiung vornimmt, ihr eigenes Ziel gegen das imperialistische Projekt des globalen Faschismus setzt, die die endgültige und grundsätzliche Umwälzung will und sie im Angriff antizipiert und konkretisiert, und so gemeinsam, in einer Front, den Prozeß der Zerrüttung, der Erosion des Systems an jedem Abschnitt vorantreibt. Das ist das strategische Ziel und die politische Vorstellung, aus der wir unsere Praxis bestimmen: internationalistisch und authentisch aus der spezifischen Erfahrung und Funktion Metropolenguerilla.

Die RAF hat ihren Kampf von Anfang an im und aus dem globalen Kräfteverhältnis begriffen, und so auch den Charakter der Auseinandersetzung in der Metropole: daß Krieg nicht nur der Ausdruck der Eskalation an den Abschnitten ist, wo er am weitesten entwickelt ist, sondern daß er überall im imperialistischen System die Realität ist und sein wird bis zum Sieg. Für uns geht es dagegen um den revolutionären Krieg und wie wir ihn auf das Niveau bringen, daß er die Kraft hat, dieses System tatsächlich zum Zusammenbruch zu bringen: als internationaler Kassenkrieg, im langandauernden Kampf.

Die Härte, mit der die Imperialisten jetzt auf allen Ebenen und an allen Fronten Krieg führen, liegt in ihrem Ziel: sie begreifen ihn als Entscheidungsschlacht, weil sie nach dem Einbruch in Vietnam die Sicherung ihrer Macht nur noch in der vollständigen Eliminierung des Antagonismus für möglich halten – der Guerilla der Befreiungsbewegungen, der national befreiten Staaten und schließlich auch der sozialistischen Staaten im Osten. Das ist die Phase, in der wir jetzt mitten drin sind, wo ihr Angriff überall läuft: Raketenstationierung[219] und Krieg gegen die Guerilla in Westeuropa, die Intervention im Libanon[220], um die palästinensische Revolution auszurotten, Grenada[221], El Salvador, der Ausblutungskrieg gegen Nicaragua[222], Moçambique, Angola, Kambodscha.

Ihr Zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären Block, den sie brauchen, um die militärische Offensive politisch durchzuhalten, ist aber weder ganz vollzogen, noch ist er abgesichert. Gleichzeitig ist es so, daß die revolutionären Kämpfe, so unterschiedlich die Bedingungen und verschieden weit sie entwickelt sind, in ihrer Wirkung schon zusammen in diese Offensive eingreifen

219 Die Raketenstationierung geschah infolge des NATO-Doppelbeschlusses (auch Nachrüstungsbeschluß), in dem die Außen- und Verteidigungsminister der NATO erstens die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen und erst danach Verhandlungen mit der Sowjetunion anstrebten. Als Reaktion wurden seit November 1981 sowjetisch-amerikanische Verhandlungen geführt. Nach deren Scheitern 1983 beschloß der Bundestag die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen (108 Pershing II, 464 Cruise Missiles). Dagegen richteten sich massive und breite Proteste von der Friedensbewegung bis zu antiimperialistischen Gruppen.

220 Von Juni bis September 1982 besetzten israelische Truppen in Absprache mit dem christlichen Milizenchef Gemayel große Teile des Libanon bis Westbeirut, wohin sich die palästinensischen Befreiungsbewegungen zurückgezogen hatten und wo sich auch das Hauptquartier der PLO befand. Nachdem Gemayel im September bei einem Bombenanschlag umkam, besetzten die Israelis Westbeirut, und die christlichen Milizen verübten unter israelischer Hoheit ein Massaker an palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern Sabra und Shatila.

221 Grenada: Südlichste der karibischen Winward Islands, früher britische Kolonie und bis 1979 parlamentarische Monarchie im Commonwealth. Danach erlangte die marxistische New Jewel Movement (NJM) die Macht. Als neuer Premierminister der NJM leitete M. Bishop eine Demokratisierung des Landes und die Nationalisierung der Wirtschaft ein, wegen der die USA einen Boykott gegen das Land verhängten. Grenada schloß sich den blockfreien Staaten und der OPEC an und wurde speziell von Kuba wirtschaftlich unterstützt. Im Oktober 1983 besetzten die USA das Land militärisch und installierten ein Marionettenregime.

222 Nach Volksaufständen und dem Erfolg der Guerilla FSLN mußte der ehemalige Diktator Somoza das Land 1979 verlassen. Die sandinistische Regierung um Daniel Ortega beschloß 1980 ein Reformprogramm, u.a. eine Agrarreform, eine Alphabetisierungskampagne und eine soziale Reform des Gesundheitswesens. Die USA begannen unmittelbar nach dem Sieg der FSLN, von Honduras aus operierende, bewaffnete Contra-Guerillas zu unterstützen. Von 1985 bis 1990 verhängten die USA ein Handelsembargo gegen Nicaragua. 1990 wurde die FSLN zugunsten des konservativen Oppositionsbündnisses UNO unter Violeta Chamorro abgewählt.

und ihren konkreten Zielen zuvorkommen. Die New Jersey,[223] die im Libanon mit den schwersten Bombardierungen seit dem Vietnamkrieg doch noch einen amerikanischen Sieg erzwingen sollte – hinterher hat ein Pentagonbeamter gesagt, daß es dort jetzt aussehen müßte wie auf dem Mond – haben sie dafür aus El Salvador abgezogen, wo sie kurz vorher hinverlegt worden war, um die Zivilbevölkerung zusammenzuschießen und so die Guerilla zu isolieren. Die ganze Maschine, die immer perfektionierter ausgerüstet ihren Vernichtungsauftrag exekutieren soll, stößt auf Bedingungen: auf die Grenze, die ihr die zunehmende Gleichzeitigkeit der Kämpfe setzt, und auf ein Kräfteverhältnis, das sich dadurch ständig verändert. An dieser Dialektik brechen ihre linearen Machtprojektionen ein.

Die Bedeutung der Kämpfe an jedem Abschnitt für alle anderen ist direkt geworden, weil die ganze Auseinandersetzung einen Sprung gemacht hat. Vietnam hat gesiegt, in Westeuropa hat sich die Guerilla politisch verankern können, die Entwicklung im Nahen Osten geht immer stärker auf eine neue Stufe, auf die arabische Revolution zu. In Lateinamerika, das sie zehn Jahre mit Militärdiktaturen überzogen haben zur planmäßigen Liquidierung der gesamten Linken, weil die Guerilla dort eine Massenbasis hatte, sind sie jetzt mit neuen Kämpfen konfrontiert und mit Menschen, die sich keine Scheinlösungen mehr bieten lassen, die vor dem Faschismus keine Angst mehr haben, weil ihr Widerstand aus dieser Erfahrung kommt. Und die Revolution in Nicaragua, die den Griff der Reaktion auf den ganzen Kontinent durchbrochen hat. Nichts ist tot, ausgelöscht. Die Tupamaros haben vor 15 Jahren gesagt, wie sie das Konzept Stadtguerilla aus Ches Erfahrung entwickeln konnten, und jetzt vor zwei Jahren hat Salvador Carpio[224] das gleiche zu ihnen gesagt: wie die FMLN in El Salvador aus ihrem Kampf gelernt hat und darauf aufbauen konnte. Es gibt nicht die gemeinsame internationalistische Strategie, aber den Lernprozeß aus der Verschiedenheit der Erfahrungen und politischen Entwicklungen, und klar ist im Verständnis und Verhältnis der Kämpfenden, daß jeder Angriff ein praktischer Baustein dieser Strategie ist, der neue Möglichkeiten für alle bringt.

Das Bindeglied und die Basis der imperialistischen Restrukturierung jetzt ist die Militärstrategie. Sie schiebt Westeuropa und Japan nach vorne, weil die globale Offensive für sie nur über die Vermittlung Gesamtsystem zu machen ist. Das haben sie aus Vietnam gelernt, und das bringt sie jetzt zusammen: die Erfahrung, daß Aggressionskriege und Intervention in die eigene Gesellschaft zurückwirken und mobilisieren, weil sich dafür nirgends mehr Legitimation und Zustimmung abpressen läßt. Das ist auch das Wesentliche an der Formierung zum Gesamtsystem: der Versuch, die »politischen Kosten« zu verteilen und Legitimation nur noch aus der militärischen Macht des ganzen Blocks herauszuholen und der eigenen Gesellschaft gegenüberzustellen. Aus dem Grund gab es für die Invasion in Grenada die Bitte der reaktionären Karibik-Staaten, lief die NATO-Intervention im Libanon unter dem Namen »multinationale Friedenstruppe« und hat Weinberger[225] bis zum Schluß versucht, noch weitere

223 Das US-Schlachtschiff »New Jersey« mit 1 500 Mann Besatzung bombardierte 1983 Beirut.

224 »Marcial« Salvador Cayetano Carpio war 1972 Mitbegründer der FPL (Fuerzas Populares de Liberación), der größten der fünf in der FMLN zusammengeschlossenen Guerillagruppen.

225 Caspar Weinberger, ab 1981 US-Verteidigungsminister unter Ronald Reagan.

zehn Staaten zur Teilnahme zu bringen, um einen Truppenabzug zu vermeiden. Was sie erreichen wollen, ist die flexible Struktur eines imperialistischen Kriegskommandos, das aus den Kernstaaten USA, BRD, Großbritannien, Frankreich und Japan besteht und je nach Art und Erfordernissen der Aktion regionale Staaten hinzuzieht. Die deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik, die ihre Studien in Zusammenarbeit mit Bundeskanzleramt, Außen- und Verteidigungsministerium veröffentlicht, hat das Anfang ’81 gefordert. In ihrem Vorstand sitzen von Stoltenberg[226], Weizsäcker, Schmidt bis Zahn, Beitz und Vetter diejenigen, die für die innerstaatlichen Voraussetzungen sorgen. Wirtschaft, Parteien, Gewerkschaften. Mit der Raketenstationierung, der Schaffung von französischen und britischen RDF-Einheiten[227] und der Integration Japans in die NATO-Militärstrategie steht dieser militärische Kern inzwischen bereit.

Die Offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur Entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische Variante, Sozialdemokratismus und verdeckter Krieg, auf allen Ebenen aufgelaufen ist. Das ehrgeizige Projekt der SPD, den Antagonismus institutionell zu begraben, hat auf keiner Linie geklappt, weder nach innen, zwischen Staat und Gesellschaft, noch international. Angetreten mit dem Anspruch, den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zu verstaatlichen (Konzertierte Aktion, organisierter Gruppendialog, die Gewerkschaften als »mithaftender Inhaber der Wirtschaftsgesellschaft«) und so die innere Stabilität des Modell Deutschland zu garantieren, waren sie hier plötzlich nicht nur mit der ökonomischen Krise konfrontiert, sondern mit der Politik der kämpfenden Klasse – mit der Wirkung der nationalen Befreiungskämpfe in die Metropolen. Im Juni ’68 hat Schiller Regierung und Unternehmern gratuliert, daß durch die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften verhindert werden konnte, daß »jener gesellschaftliche Krieg wie in Frankreich auch in der BRD auf die Arbeiterschaft übergegriffen hat«. Sie dachten, sie hätten es noch mal geschafft: die Arbeiter weiter von der Politik getrennt zu halten und die kriminalisierten Studenten mit Amnestie und Brandt wieder in den Staat zu holen. Aber die Politisierung durch den Kampf der Front war stärker. Algerien, Vietnam, Südjemen[228], Che, die Tupamaros haben etwas wiederhergestellt, was für die Metropolen schon totgesagt war: neues internationalistisches Bewußtsein und damit die Perspektive für den Kampf hier – in einer Front mit ihnen zu kämpfen. Sartre[229] hat das später die für

226 Gerhard Stoltenberg: von 1982 bis 1989 Bundesverteidigungsminister.

227 Rapid Deployment Force: schnelle Eingreiftruppe der NATO.

228 Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen): Ab 1962 kam es zu Aufständen gegen die britische Kolonialmacht, woraufhin die Briten sich vorzeitig zurückzogen. Die Sultane wurden abgesetzt, und die Jemenitische Sozialistische Partei gründete 1967, in Abgrenzung zur Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), wo die Royalisten durch Saudi-Arabien und Großbritannien unterstützt wurden, die Demokratische Volksrepublik.

229 Jean Paul Sartre: französischer Schriftsteller und Philosoph, Begründer des Existenzialismus zusammen mit Simone de Beauvoir. Er entwickelte verschiedene Aktivitäten innerhalb der Linken, unterstützte die Resistance, mobilisierte für den Abzug der Franzosen aus Algerien und gegen den Kolonialismus, kritisierte den Einmarsch der Sowjetunion in Ungarn und der Tschechoslowakei und war Vorsitzender des Internationalen Russel-Tribunals. Er besuchte Andreas Baader im Knast. Grundlage seines kritischen Marxismus ist das konsequent-moralische Subjekt, das er am Ende seines Buches »Das Sein und das Nichts« entwickelt hat (Reinbek 1952).

den Westen entscheidende revolutionäre Entdeckung genannt, und das ist wahr. Also der Beginn des bewaffneten Kampfs in der BRD und unter anderen Voraussetzungen in Italien. Aus der gleichen Entwicklung ist die soziale Revolution für die nationalen Autonomiebewegungen wie ETA und IRA seitdem zum Inhalt ihres Kampfs geworden. Mit der ersten Aktion der RAF war allerdings das Konzept der SPD in Gefahr: innerer Friede durch institutionelle Strategie, und damit auch die politische Voraussetzung für die reibungslose Integration der westeuropäischen Staaten. Deswegen und weil das Operationsfeld reformistischer Politik in diesem Staat sowieso besonders schmal ist, sie nur Boden findet, wenn der Antagonismus liquidiert ist, war die Reaktion gegen uns sofort Vernichtung. Dieser Widerspruch hat der SPD schließlich das Genick gebrochen. Sie konnte ihn nicht lösen. Der politische Sieg über die Guerilla wäre nur möglich gewesen, wenn wir den Kampf aufgegeben hätten. Die Konfrontation mit revolutionärer Politik hat die Integration und Entpolitisierung, die ihr mit der 68er-Linken geglückt war, irrelevant gemacht. Durch sie ist aufgerissen, was die institutionelle Strategie der SPD ist: Krieg in der der Metropole entsprechenden Form. Nicht das Modell Deutschland als fortgeschrittenstes Produkt imperialistischer Herrschaft ist schließlich von der SPD exportiert worden, sondern der harte Staatsschutzstaat. Das ist das, was in Italien »germanisazione« heißt, wie überhaupt der SPD-Staat seit ’77 international begriffen ist – von den Revolutionären als vorgeschobenste taktische Position des Imperialismus, und von den Reaktionären als der Staat mit dem modernsten und umfassendsten Repressionsapparat. Es sind jetzt nicht mehr die Israelis, die die Anti-Guerilla-Einheiten überall trainieren, sondern Ausbilder der GSG, von Fort Bragg bis Thailand. Genausowenig wie nach innen hat ihr Befriedungsprojekt – Geld und Counterinsurgency – auf der Linie Nord-Süd geklappt, die Widersprüche nochmal zuschmieren können. Hunger und Elend sind zu groß, der Riß zwischen Arm und Reich zu breit und zu tief. Als Kreisky[230] letztes Jahr einen neuen Marshallplan wie nach ’45 vorgeschlagen hat, hat Shultz[231] darauf geantwortet, das sei ihm zu naiv, weil sich das Niveau der armen Länder überhaupt nicht mit dem des zerstörten Europa vergleichen lasse.

Die US-Zeitung *foreign policy* schreibt, daß die imperialistische Lösung der Krise, also endlose Verschuldung und Abhängigkeit vom politischen Diktat der Kernstaaten, ganze Kontinente um 40 bis 50 Jahre in ihrer Entwicklung zurückwerfen wird. Brandts Nord-Süd-Kommission redet nicht mehr von globaler Partnerschaft oder neuer Weltwirtschaftsordnung, die gegensätzliche Interessen vereinbaren soll, sondern von der Priorität der Rettung des Bankensystems. Weil nichts mehr miteinander zu vereinbaren ist, weil klar ist, daß eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht möglich ist ohne revolutionäre Umwälzung weltweit. Die ökonomische Krise hat nur eine Lösung: die politische. Die Zerstörung des Systems aus Hunger und Elend, Unterdrückung und Ausbeutung. Was immer für Formen die sozialdemokratische Intervention angenommen hat – Bahrs Versuch ’76, die Befreiungsbewegungen mit Geld vom militärischen Kampf abzubringen, oder über das Netz der Friedrich-Ebert-Stiftung eigene Figuren aufzubauen, die dann, wenn die Revolution gesiegt hat, als »demokratische Opposition« auftauchen, oder der Druck auf die neuen Nationalstaaten: Wirtschaftshilfe nur gegen antikommunistische Außenpolitik – langfristig haben sie damit nirgends Fuß fassen können. Ihre Ideologie ist an der Realität des Kriegs zerbrochen. Die Auseinandersetzung ist zu weit.

230 Bruno Kreisky: Vorsitzender der SPÖ und von 1970 bis Mitte der achtziger Jahre österreichischer Bundeskanzler.

231 George Pratt Shultz war von1982 bis 1989 US-amerikanischer Außenminister.

Die hat auch nicht auf der Linie Ost-West geklappt. Als die USA in den 60er Jahren in Südostasien, Lateinamerika und Afrika nationale Revolutionen auf sich zukommen sahen, und ein schneller Sieg über die SU nicht mehr möglich war, seit sie selbst die Atombombe hatte, waren sie zu einer Änderung ihrer Außenpolitik gezwungen. Als erstes ging es ihnen drum, die Befreiungskriege niederzuschlagen und dafür die Hände frei zu haben, also die SU zur Hinnahme konventioneller Kriege zu bringen, die unter der atomaren Schwelle bleiben und damit ihren Gegenschlag nicht herausfordern. Daraus entstand die Entspannungspolitik, und in dem Rahmen wurde auch die SPD wichtig. Es war ihre Sache, die neue Linie durchzuführen und die Grenzen von ’45 anzuerkennen, was die CDU damals weder in der eigenen Partei hätte durchsetzen können noch nach 20 Jahren revanchistischer Politik glaubwürdig gegenüber den sozialistischen Staaten vertreten. Für die SU sollte es die Zange werden: Koexistenzpolitik und eine Pause in der Rüstung gegen die Aufkündigung ihrer Unterstützung für die Befreiungsbewegungen, und gleichzeitig die Hoffnung, über den Markt, Konsum und Propaganda die sozialistischen Staaten von innen aufzuweichen, ihre allmähliche politische Destabilisierung zu erreichen. Das ist so weder noch aufgegangen. Vor allem haben sie es nicht geschafft, die vietnamesische Revolution zu vernichten. Vietnam ist das Beispiel des revolutionären Kriegs geworden. Langandauernder Kampf, und durch Niederlagen und Siege die Kontinuität des Angriffs.

Seit Vietnam sagen die Counterstrategen, daß das entscheidende Moment der Kampf ums Bewußtsein ist, weil es die Stärke des Bewußtseins der Menschen ist, die im langandauernden Krieg über den Sieg entscheidet, nicht die Macht der Waffen. Er ist die Methode, die für uns wirkt, weil sich in seinem Prozeß die revolutionäre Sache durchsetzen kann, ihre Notwendigkeit und Wahrheit evident und verstanden wird. Das haben alle nationalen Befreiungskämpfe gezeigt, es ist aber auch an den Erfahrungen der Guerilla in Westeuropa schon zu sehen.

Weil sie wissen, daß sie diesen Kampf ums Bewußtsein gegen die Befreiungsbewegungen immer verloren haben und verlieren müssen, geht die jetzige Militärstrategie davon als Tatsache aus und setzt auf den atomaren Blitzkrieg. Dafür auch die gesamte Aufrüstung mit dem Ziel der absoluten militärischen Überlegenheit gegenüber der SU: damit sie nicht mehr eingreifen kann, ohne den nuklearen Angriff gegen sich selbst auszulösen, der sie als handlungsfähigen Gegner ausschalten soll. Das ist die Basis für den »weltweiten Krieg an mehreren Fronten«, von dem Weinberger spricht und für den die Mittelstreckenraketen hier und bei der RDF stehen, die die schnelle Entscheidung bringen sollen. Da ist die Auseinandersetzung jetzt angekommen: weil ein politischer Sieg für den Imperialismus nicht mehr möglich ist, ist der kurze und totale Krieg ihr einziges Mittel geworden.

Revolutionärer Krieg ist ein qualitativer Begriff. Er faßt nicht nur die Ebenen, auf der die Auseinandersetzung stattfindet, sondern verlangt die bewußte Entscheidung für ihn, für Proletarisierung

und Besitzlosigkeit als Bruch. Wir kämpfen nicht aus einem abstrakten Imperialismusbegriff, etwas fern von uns selbst, weil wir ihn kennen, weil jeder die Tiefe der Zerstörung und Entfremdung im Bruch ganz und gar erfahren hat. Wir gehen von dem Begriff des Systems aus, der in einem aus dem Bewußtsein der eigenen Lage, dem Bedürfnis nach Befreiung kommt – weil man die Reife der Metropole zur Revolution zuerst an sich selbst erfährt: daß man nicht leben kann in einem System, dessen Existenzbedingung Vernichtung ist; daß man jeden Gedanken und jede menschliche Handlung nur gegen das alles durchsetzen kann, gewaltsam, revolutionär – und aus der Analyse der Bedingungen, aus denen wir den Angriff entwickeln: imperialistisches Zentrum, Kontinuität des deutschen Imperialismus nach 45 in der reaktionären Allianz mit der stärksten kapitalistischen Macht, jetzt: die Formierung zum imperialistischen Block, zum homogenen Kriegskommando.

In den letzten Jahren hat es in der Linken hier die Tendenz gegeben, aus Begriffen wie antiimperialistisch, internationalistisch und sozialrevolutionär verschiedene Linien zu machen. Sie können aber kein Gegensatz sein, weil sie eine Sache fassen, oder es kommt die Karikatur dabei raus: internationalistisch reduziert auf Solidaritätsappelle mit Revolutionen woanders, wo die Frage, ob man sie selbst will, nicht berührt ist, antiimperialistisch als Imperialismusforschung, die in der Abstraktion nicht zu der praktischen Frage, wie er zu bekämpfen ist, kommt, sozialrevolutionär als Synonym für die soziale Frage, Bedürfnissicherung, was in Reformismus kippen muß, solange der Kern der Sache, welche Machtverhältnisse zerschlagen werden müssen, damit für die Menschen weltweit die Erfüllung ihrer Bedürfnisse möglich wird, ausgeknipst ist. Lernprozesse, eine Praxis, die sich zur Einheit im Angriff durchkämpft, sind so nur blockiert.

Front in der Metropole ist internationalistisch aus ihrem Ziel: Befreiung – soziale Revolution und antiimperialistisch aus dem Begriff der Machtverhältnisse, deren Antagonist sie ist.

Die RAF hat ihren Angriff auf den beiden Linien Krieg entwickelt: gegen die innere Machtstruktur, den imperialistischen Staat, und gegen die Klammer des ganzen, den US-Militärapparat. Das war die grundlegende Erfahrung für uns, mit der wir angefangen haben: daß sich der revolutionäre Prozeß als antagonistische Kraft nur durchsetzen kann, wenn wir von der Einheit des imperialistischen Systems ausgehen und daraus unser eigenes strategisches Ziel bestimmen – die soziale Revolution als Weltrevolution. Denn solange das System nicht als ganzes zerstört ist, kann sie sich an keinem Abschnitt nach ihren Bedürfnissen und Zielen entfalten. In den Metropolen selbst sowieso nicht. Hier zieht niemand ab.

Wir wollen das an ’77 konkretisieren, weil es auch der Einschnitt war, an dem beide Linien praktisch in eine zusammengefallen sind und ihre strategische Identität sich direkt vermittelt hat. Zusammengekommen sind sie darin, daß die Machtfrage, die die Aktion dem BRD-Staat gestellt hatte, die Reaktion des Systems als ganzes mobilisiert und erfordert hat. Sie haben damals zum erstenmal offen in der Dimension internationaler Klassenkrieg gehandelt und entschieden, weil mit diesem Staat gleichzeitig seine Funktion im imperialistischen Gesamtprojekt angegriffen war: hier in Westeuropa die Bedingungen für ihre globale Offensive durchzusetzen – und weil sie Aktionen auf der Ebene auch nur noch als Gesamtsystem auffangen können.

Sie haben als Bündnis gegen den Austausch entschieden, weil es um eine strategische Entscheidung ging, an der die Grundlage ihres militärischen Projekts hing: ob sie es hier durchbringen oder nicht. Es ging ihnen drum, die erste Stufe der Vereinheitlichung, die bis ’77 in Westeuropa gelaufen war – polizeiliche Integration und Zentralisierung der Counterinsurgency – unbedingt zu halten, weil sie die innere Voraussetzung für die zweite war: Aufrüstung und Formierung der westeuropäischen Staaten zum Kriegszentrum.

Ein Sieg der Guerilla in der BRD, dem Land, das diesen Prozeß geführt und vorangetrieben hat, hätte das grundsätzlich in Frage gestellt. Er hätte das Kräfteverhältnis hier und insgesamt verändert. So hat Schmidt auch den Moment, wo der neue Metropolenfaschismus sich nach innen und außen präsentiert hatte, ausgenutzt, auf die nächste Stufe anzusetzen. Am 28.10., zehn Tage nach Stammheim und Mogadischu, fordert er in London, die »Raketenlücke« zu schließen und die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren.

Also aus der Gesamtsituation die Härte der Konfrontation ’77 und ihre Dimension: die Koordinierung sämtlicher Schritte mit Carter, Giscard und Callaghan,[232] worüber Schmidt nachher jedes Wort aus der offiziellen Dokumentation der Bundesregierung herausgestrichen hat; der Krisenstab im amerikanischen Außenministerium, der wieder in Bonn während der ganzen Zeit im Einsatz war; der Druck auf die Staaten, die die Gefangenen als mögliche Aufnahmeländer aufgeschrieben hatten; schließlich die integrierte imperialistische Aktion, um den GSG-Einsatz gegen das palästinensische Kommando in Mogadischu durchführen zu können.

Weil es um eine strategische Entscheidung auf der Ebene Gesamtsystem ging, war darin auch das Interesse der westdeutschen Wirtschaft, einen der ihren wenn möglich wiederzubekommen, aufgehoben. Schmidts Job war, diese Priorität nach innen zu vermitteln, gegenüber Wirtschaft und Opposition. Seinen praktischen Ausdruck hat das darin gehabt, daß er Zahn und Brauchitsch[233] in den Krisenstab geholt hat, wo sie in die unmittelbare Entscheidungsebene einbezogen waren. Als solche konzertierte Aktion lief dann auch die Strauß-Reise nach Saudi-Arabien, wo er den Saudis offensichtlich Flicks Leopard[234] versprochen hat, damit sie in Somalia ihre Beziehungen einsetzen. Somalia war ja das Land, das zu dem Zeitpunkt schon öffentlich die Aufnahme der Gefangenen zugesagt und Wischnewskis Lügen[235] dementiert hatte. Erst als die Saudis viel später nachgefragt haben, wo der Leopard nun bleibt, und weder Schmidt noch Kohl sich damit ge-

232 James Earl (»Jimmy«) Carter: von 1977 bis 1981 Präsident der USA.
Valery Giscard d’Estaing war von 1974 bis 1981 französischer Staatspräsident.
James Callaghan war von 1976 bie79 britischer Premierminister.

233 Professor Zahn von der Daimler-Benz AG und Eberhard von Brauchitsch von der Flick AG wurden als Überbringer von Nachrichten Hanns-Martin Schleyers an den Krisenstab gewählt.

234 Kampfpanzer Leopard und Leopard II der Bundeswehr sind ein gemeinsames Rüstungsprojekt der Thyssen AG und Krupp AG.

235 Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) nutzte seine guten Kontakte in den Nahen Osten, die er aus den fünfziger Jahren hatte (er war als Jungsozialist Unterstützer der algerischen FLN) und flog in mehrere Länder, die als Aufnahmeländer in Frage kamen, um dort zu erreichen, daß die Regierungen die Aufnahme der auszutauschenden Gefangenen entweder verweigern oder ihrer späteren Auslieferung zustimmen.

gen die pro-israelische Lobby im Bundestag durchsetzen konnten, kam das raus. Schleyer hat natürlich voll auf Brauchitsch gesetzt, wie seine Briefe zeigen. Das ist auch klar, nachdem mehr oder weniger alle wichtigeren Bonner Figuren am politischen Netz dieses Konzerns hingen, was er wußte. In der Situation waren das allerdings sekundäre Linien geworden, und so blieb das Engagement der Wirtschaft für ihn auch von vornherein ein Scheinengagement. Daß in der Phase, in der wir jetzt sind, nicht mehr das Interesse einzelner Fraktionen, sondern das imperialistische Gesamtinteresse entscheidet, hat Friedrichs, Pontos Nachfolger, deutlich gesagt: »Ein Problem wird es erst, wenn es an die Substanz geht« – also wenn nicht nur einer oder zwei ihrer wichtigsten Leute ein Loch reißen, sondern wenn das Funktionieren ihrer innersten Machtstruktur gefährdet ist. Weil davon die ganze Maschine berührt wird.

Also Schmidt vor dem Bundestag: »Wenn wir in diese Lage kämen, Sie, Herr Kohl, oder ich, würde jeder hier im Hause wissen, daß wir zu dem gleichen Opfer verurteilt wären.« Schmidt hat ja auch gesagt: Das wird Normen setzen – und tatsächlich ist nach ’77 kein NATO-Staat mehr hinter diese Linie zurückgegangen. Sie ist, nachdem Kissinger sie schon ’74 angegeben hatte, mit ’77 für Westeuropa zur Doktrin geworden. Mit Stärke hat das nichts zu tun. Die ganze harte Linie kommt aus der Notwendigkeit, mit allen Mitteln einen revolutionären Durchbruch in den Metropolen zu verhindern, und gegen diese Möglichkeit halten sie auch den offenen Ausnahmezustand gegen die Guerilla wie ’77 hier, ’78 und ’82 in Italien,[236] zumindest kurzfristig für das kleinere Übel. Nicht die Freilassung der Gefangenen ist das wirkliche Problem, sondern daß mit ihr die Anerkennung des revolutionären Prozesses in der Metropole als politische Tatsache verbunden ist. Kupperman, der bei der US-Abrüstungsbehörde Berater für Notstandsplanung und Terrorbekämpfung ist, hat das auf einer Anti-T-Konferenz in Hamburg kurz nach der Schleyer-Aktion so gesagt: »Was die Frage von Verhandlungen angeht und wie das auf einer politischen Ebene erfolgen kann, meine ich, daß wir zumindest in strategischer Hinsicht außerordentlich hart sein müssen. Regierungen können es sich nicht leisten, ihre Souveränität an einen Schwarm Bienen zu verlieren, denn das sind Terroristen im Vergleich mit dem bewaffneten Staat.«

Das ist aber auch alles relativ, weil es immer von den konkreten Bedingungen abhängt, also von der Relevanz einer Aktion und auch von ihrer Dauer: was ihr Angriff mobilisieren kann, welche Friktionen und langfristigen politischen Wirkungen er auslöst. Das Entscheidende in einer Aktion, die mit dem militärischen Angriff nicht abgeschlossen ist, sondern erst anfängt und aus ihm die Machtfrage entwickelt, ist auf der neuen Stufe, die damit aufgemacht wird, handlungsfähig zu sein. Also die nächsten Schritte schon aus der neuen politischen Qualität zu bestimmen – was nicht im militärischen Sinn gemeint ist, sondern insgesamt als Antizipation einer neuen Phase, und so kann auch nur der militärische Angriff politische Kraft haben. Das ist die wichtigste Erfahrung aus der Schleyer-Aktion für uns gewesen.

Weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben – bzw. darin kommt sie auf ihren »reinen Begriff«. Stümper[237] sagt das schon: Sicherheitspolitik ist zur Existenzpolitik geworden für die imperialistischen Staaten. Die Form, die diese Existenzpolitik nach innen annimmt, ist der Staatsschutzstaat, und zwar als präventive Reaktion auf die globale Zuspitzung zwischen Imperialismus und Revolution, von der sie ausgehen – gegen die »nationalen und weltweiten Kämpfe in diesem Jahrzehnt« (Boge)[238], »den epochalen Umbruch« (Stümper), gegen die Perspektive eines »internationalen Bürgerkriegs« (Geissler)[239].

Gegen den Horizont der Weltrevolution stellen sie ihr Konzept des reaktionären Weltstaats auf. Wenn Maihofer[240] schon vor Jahren von der Weltinnenpolitik und der Weltgesellschaft geredet hat, in der es nur noch Kriminelle und keine Revolutionäre mehr gibt, und Rebmann[241] vom kommenden Weltrecht spricht, wo er dann auch endlich zuständig für die Verfolgung der Befreiungsbewegungen ist, dann ist das nicht nur ihre Projektion vom tausendjährigen imperialistischen Reich, sondern hat auch einen knallharten und realen Boden. Westeuropäischer Rechtsraum, europäisches BKA, NATO-Außenpolitik »mit einer Stimme« sind die Beine, auf denen das laufen soll. Es ist Teil und Funktion der ganzen Offensive, deren Spitze die Militärstrategie ist. Das ist auch das Elend der Reformisten: sie bringen den imperialistischen Krieg auf die Ebene von Wahnsinn und Irrationalismus, um ihn auf eine unbegreifliche und unwirkliche Apokalypse runter zu entpolitisieren, weil sie zwar ihn nicht wollen, aber – um selbst nicht weggeblasen zu werden – noch viel weniger den Kampf dagegen. Irrational ist da gar nichts. Er hat das eine, elementare und präzise Ziel, weltweit den Antagonismus zu vernichten, um selbst zu überleben. Und ob das irreal ist, kann auch nur der Kampf beantworten. Er ist jedenfalls offen, und genau da bewegt sich die Auseinandersetzung jetzt. Die Guerilla in Westeuropa hat in diesem Krieg gleichzeitig besonders komplexe strategische Möglichkeiten und besonders schwierige Bedingungen. Eine ungeheure Konzentration militärischer Präsenz und militärischer Mittel, einen hochgerüsteten Polizeiapparat, der sich über die ganze Gesellschaft zu stülpen versucht, integrierte Medien usw., und sie kämpft aus einer Geschichte von großen Opfern und Niederlagen in allen revolutionären Kämpfen, weil das Proletariat hier schon immer mit zwei Sorten Feind konfrontiert war: mit der Konterrevolution, Krieg, Faschismus und mit den differenzierten Methoden, Sozialdemokratie, Konsum, Staat. Aus dem Nichts kommt sie deswegen nicht, sondern genau aus dieser Geschichte und der Erfahrung Metropole hat sie eine Schule, die ihr alles beigebracht hat, was sie wissen muß, um der Antagonist sein zu können.

Die Guerillagruppen in Westeuropa haben ihren Kampf unter verschiedenen Bedingungen angefangen und mit unterschiedlichen Vorstellungen. In den 15 Jahren hat er sich aufeinander zu bewegt. Als praktischer Lernprozeß aus der Entwicklung und voneinander. »Die Identität in

236 1978 entführten die Brigate Rosse Aldo Moro, den Vorsitzenden der Christdemokraten. Ähnlich wie bei Schleyer ging die italienische Regierung nicht auf die Forderungen der Guerilla ein. 1982 entführten die Brigate Rosse den amerikanischen General James Lee Dozier. Er wurde von Sondereinheiten der Polizei befreit.

237 Alfred Stümper: Polizeipräsident von Baden-Württenberg.

238 Boge: Präsident des BKA.

239 Heiner Geißler: von 1977 bis 1989 Generalsekretär der CDU.

240 Werner Maihofer (FDP): von 1974 bis 1978 Bundesminister des Innern.

241 Kurt Rebmann: von 1977 bis 1990 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

der Differenz« hat Jan das mal genannt, und das ist jetzt, wenn wir diese Phase als die zweite für die Metropolenguerilla bezeichnen wollen, die Metropolenstrategie als westeuropäische Strategie zu fassen und in jedem Schritt darauf zuzugehen.

Hungerstreikerklärung vom 4. Dezember 1984

Hungerstreik vom 4.12.1984 bis 3.2.1985

Wir sagen, daß die Dialektik revolutionärer Kämpfe gewichtiger ist als die imperialistische Doktrin der harten Haltung.

In den Trakten, den Gefängnissen, auf dem gesamten gesellschaftlichen Terrain hier, international: die Imperialisten türmen Kriegs- und Repressionsmittel aufeinander, um die Geschichte, die weltweit den Bruch mit dem Kapitalsystem verlangt, zu ersticken. Ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine – aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion auf die sich vereinheitlichende Kraft der internationalen Kämpfe für Befreiung. Auch in Westeuropa.

Wir kämpfen im Bewußtsein der Einheit der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand jetzt mit dem Hungerstreik für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir fordern die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention. Gegen die Institutionalisierung von Folter und Kriminalisierung in den NATO-Demokratien ist das die politische Forderung, für die die Kriegsgefangenen gemeinsam kämpfen, und der mögliche Schutz.

Auch in unserer Lage ist das aus der gesamten Situation die gleiche Entscheidung, vor der alle Teile der revolutionären Linken stehen: aus einem festgefahrenen Kräfteverhältnis die Defensive zu durchbrechen, die Suche, die Anläufe, den Willen in Kampf zu verwandeln und neue politische Durchbrüche zu schaffen. Für uns heißt das, von der Tatsache der Isolation, der erzwungenen Vereinzelung auszugehen und auf die eigene Kraft zu vertrauen. Gegen eine Situation, in der der imperialistische Staat aus seiner substantiellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust an Legitimität nur noch seine Potenz zu herrschen demonstrieren will und jede Veränderung auch für Gefangene als Machtfrage bekämpft. Unser Kampf schließt sich den Kämpfen der Kriegsgefangenen in Frankreich, Irland, der Türkei, Spanien, Italien und im besetzten Palästina an und eröffnet neue. Und er ist integriert in die Aufgabe, die sich der ganzen revolutionären Linken hier stellt: Entweder sie kämpft sich in der Praxis des Widerstands zum authentischen revolutionären Prozeß in Westeuropa vor, indem sie Subjekt des Kampfs um Befreiung ist, oder sie kann nur als marginale Opposition die Verbrechen des Imperialismus und den Weg in den durchstrukturierten faschistischen Staatsschutzstaat kommentieren.

Einheit des Kampfs in der antiimperialistischen Front.

Wir wollen die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen. Wir können sie nur erkämpfen. Im Widerstand gegen das ganze eskalierte Vernichtungsprogramm verteidigen wir uns und eignen uns auf neuer Stufe an, was sie mit aller Gewalt zerschlagen wollen. Wo Herrschaft durch Trennung, Differenzierung, Vernichtung einzelner, um alle zu treffen und den ganzen Prozeß zu lähmen, funktioniert, ist Solidarität eine Waffe. Es ist die erste starke subjektive politische Erfahrung für jeden, der hier zu kämpfen anfängt, der Kern revolutionärer Moral: Solidarität als Waffe – konkret, materiell, Aktion aus der eigenen Entscheidung für diesen Krieg.

Um die geht es – sie ist Bedingung unseres Kampfs und der Sprung dahin, der das für jeden von uns in neuer Qualität ist, ist auch für die Gefangenen aus dem Widerstand wie für jeden, der im Knast um Identität, Gegenmacht kämpft, genau aus dieser gemeinsamen Situation raus: gefangen, isoliert und wie wir mit der ganzen Schärfe ihrer Kriegsführung konfrontiert, – notwendig und möglich: indem wir zusammen kämpfen. Und uns in diesem Fight Kollektivität und Einheit erkämpfen, die Moral und Struktur, an der die Wirkung des konterrevolutionären Kriegs bricht.

Wir wollen das Kollektiv der Gefangenen und die Zusammenlegung als seine praktische Bedingungen – weil es da, wo Stillstand und Unterwerfung unter ihre Macht laufen sollen, lebendiger und materieller Prozeß ist, neue Gedanken und Erfahrungen aufeinandertreffen und wir uns neue Möglichkeiten, Begriffe, Politik erkämpfen. Es ist so der praktische Schutz gegen Folter, gegen den permanenten Terror dieser Bedingungen, weil er da, wo wir zusammen sind, nicht mehr greifen kann, die Totalität der Belagerung am kollektiven Prozeß bricht.

Kollektivität ist Struktur und Ziel des Befreiungskriegs. Sie ist der Raum, in dem allein sich Verbindlichkeit, Lernprozesse, selbstbestimmte bewußte Beziehungen zueinander entwickeln können. Sie ist die Konkretion einer neuen Wirklichkeit unter uns und für uns, die vom Feind nicht mehr erreichbar und erfaßbar ist. Subjektiv und objektiv notwendige Struktur, besonders in der Metropole: aus dem Fehlen revolutionärer Massenkämpfe, der Schwäche breiter legaler Organisationsformen gegen den Faschismus hier, aus der Erfahrung der Unverbindlichkeit ihrer politischen Struktur, ihrer Sporadik und der Unmöglichkeit, in vom Staat kontrollierten und manipulierten Strukturen Subjekt der eigenen Aktion zu sein.

Kollektivität bestimmt sich übers Ziel: zum Angriff kommen – nicht zu einem einzigen, sondern als dauernder, gemeinsamer Prozeß der politischen Bestimmung und Aktion. Sie existiert nur im Kampf, und nur gegen Herrschaft und Unterdrückung ist sie zu entwickeln.

Sie ist nicht bloße Negation all dessen, was Staat und Kapital sind, sondern die gesellschaftliche Organisation freier Menschen, wie sie hier und jetzt – überall wo gekämpft wird – schon möglich ist.

Wir wollen die Einheit aller politischen Gefangenen im Kampf um Befreiung – um Perspektive im Knast geht es uns sicher nicht, wie es überhaupt im Imperialismus keine Lebensperspektive gibt, und zusammenkommen mit allen, die den Bruch mit diesem System gemacht haben, die gegen Knast, Staat, Imperialismus und Staatsdenken von den revolutionären Kämpfen, Initiativen und Erfahrungen der letzten Jahre ausgehen, die Konsequenz daraus wollen wir im gemeinsamen Angriff jetzt.

Gegen das in Westeuropa vereinheitlichte und eskalierte NATO-Programm zur Fortsetzung des Kriegs gegen Guerilla und Widerstand. Auch in der Gefangenschaft verlangen wir Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind:

– Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen,

– Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle,

– Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie po-

litische Diskussion und Information.

Daß die Konfrontation, um unser Ziel durchzusetzen, total sein wird, ist klar, dieser Krieg hat keine Vermittlung, sie haben sie längst selbst beseitigt und führen ihn offen, weil es ihnen nicht nur um unsere Vernichtung, sondern vor allem um unsere schnelle Vernichtung geht. Denn je länger wir kämpfen, um so mehr kippt ihr faschistisches Projekt, die Eskalation, auf die sie aus sind, gegen sie, entwickelt dieser Fight eine Dialektik für uns, setzt sich die Spur der Politik, die sie auslöschen wollen, durch.

Die Eskalation ist mit den Händen greifbar. Rebmann im Dezember '84: Die Aktion »Grüße an die politischen Gefangenen« sei der Versuch, das Kommunikationsverbot zu durchbrechen – eine neue Stufe in ihrem alten Programm, das seit 13 Jahren die Realität der politischen Gefangenen in der BRD ist – 9 tote Gefangene, Isolationsfolter, Sicherheitstrakt, Kontaktsperre. Sie haben alles versucht: Gehirnwäsche durch Toten Trakt, Zwangspsychiatrisierung bis zu differenzierter und total überwachter Isolation im sogenannten Normalvollzug. Prügel und Überfälle, Zwangsnarkose und CS-Gas, gynäkologische Körperdurchsuchung unter Gewalt, stundenlange Fesselung von nackten Gefangenen beim Transport, Zwangsernährung und Wasserentzug, Streßmanipulation, Zellenrazzien jeden Tag, mehrmals täglich Durchsuchungen bis auf die Haut, Bunker tagelang, Fesselung, auf Pritschen, Schlafentzug, Verhinderung ärztlicher Versorgung. Registrierung und Überwachung jeder Lebensäußerung und entsprechende Anpassung des täglichen Terrors an die einzelne Persönlichkeit, Entzug von Informationen und Orientierungsmöglichkeiten an der Wirklichkeit innerhalb und außerhalb der Knastmauern, Entzug von Helligkeit durch Sichtblenden tagsüber und von Dunkelheit durch Dauerbeleuchtung nachts, von Umgebung, Luft, Geräuschen, Abwechslung, Farben, Rückzugsmöglichkeit und Raum für sich selbst, Radio, Bücher, Zeitungen, von Bewegung außerhalb des Isolationscontainers jahrelang, von allem und jedem, was einem Menschen überhaupt entzogen werden kann bis zu dem, was ihn vom Tier unterscheidet: der Möglichkeit zur sozialen Interaktion – Abschneiden letzter Briefkontakte, zwei Wochen Knast und Razzia in der WG wegen einem Brief an einen von uns, Terrorisierung von Besuchern, um sie abzuschrecken, Mitschreiben von jedem Wort durch LKA und BKA, Verbot fast aller Besuche bis hin zu engen Familienangehörigen wegen Öffentlichkeitsarbeit gegen Folter und Vernichtung (»Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«), Abhören der Gespräche mit unseren Anwälten, Razzien in Anwaltsbüros, Verhaftungen. Seit '82 auch: eigenmächtige Kontaktsperre der Knäste und Kontaktsperre bei BKA-Razzien. Und jetzt: Kommunikationsverbot, und Rebmann: »Wir werden die Zusammenlegung in Zukunft noch stärker bekämpfen.« Im Klartext: gegen uns und jetzt auch gegen die Gefangenen aus dem Widerstand die nach außen hermetisch abgedichtete Einzelisolation in Hochsicherheitstrakten und -zellen. Nach 8, 10, 13 Jahren dieser Gefangenschaft jetzt Kontaktsperre auf Dauer als faschistische Normalität gegen uns, in der dann wie in '77 alles möglich sein soll

Gegen ihr terroristisches Programm gibts allerdings nur eins – zu kämpfen und auch aus der äußersten Defensive der Isolation raus sie anzugreifen, mit dem, was sie uns auch hier nicht nehmen können ohne zu töten: unser kollektives Bewußtsein und unseren Willen zu siegen. Es ist eine Machtfrage. Weil es uns auch hier ums Ganze geht und die Frage, ob wir jetzt diese Staatsschutzoffensive brechen, nicht davon zu trennen ist, wie ihre konterrevolutionäre Offensive insgesamt zu brechen ist, und weil sie fürchten, daß für die revolutionäre Bewegung hier neue Bedingungen durchgesetzt sind, wenn wir die Einheit der revolutionären Gefangenen im Kampf sind – uns durchsetzen.

In dieser Situation, wo die imperialistischen Staaten Westeuropa mit dem US-Kernstaat BRD zur strategischen Zone ausbauen gegen die Befreiungskämpfe weltweit, wird jeder Durchbruch, den der Widerstand zur Front im Innern schafft, zur Machtfrage.

Denn nach der Niederlage des US-Systems in Vietnam und seiner Rekonstruktionsphase, in der sie die NATO zum strategischen Militärbündnis für die US-Politik nach innen und außen faschistisch ausrichten, weil sie bei jeder Intervention dabei sein soll, ist es für sie zu einer existentiellen Frage geworden, die westeuropäischen Metropolen im Griff zu haben und zu halten: gegen den anhaltenden Druck der Befreiungskriege und seine Rückwirkungen in den imperialistischen Zentren, gegen die jungen Nationalstaaten und die sozialistischen Länder im Osten und gegen die Entstehung von Front im Zentrum selbst, die sich durch mehr als 10 Jahre bewaffneter Politik in Westeuropa in ihren strategischen Angriffen als antiimperialistische Front konkretisiert und in der sich die verschiedensten revolutionären Kämpfe hier zum Antagonismus und offensiven Funktion für die globale Front entwickeln werden.

Wenn Zimmermann wegen seiner faschistischen Ausländerpolitik[242] erst von der UNO angegriffen wird, sie anschließend aber zwingen kann, die Menschenrechtsverletzungen gegen Asylanten zu schlucken, wenn sein Staatssekretär nach der US-Intervention nach Grenada fährt, um zu demonstrieren, was sie mit »Weltinnenpolitik« meinen, wenn die neue Antifolterkonvention von der BRD und den anderen NATO-Staaten von vornherein ignoriert werden kann, wenn die BRD weiter kurdische und türkische Genossen an ihren NATO-Verbündeten Türkei ausliefern kann, weil sie dafür gesorgt hat, daß Folter und Mord dort inzwischen auf EG-Ebene als normal sanktioniert sind, wenn sie mit einem Vertreter wie Jäger[243] in der UN-Menschenrechtskommission sozusagen programmatisch klarstellt, welches Verhältnis zu den Menschenrechten sie durchsetzen will, dann darf Rebmann natürlich auch die öffentliche Hinnahme der Folter hier als normal verlangen, kann er das machen, worauf er schon lange hinarbeitet und was von der UNO international als Form der Folter geächtet wurde: Kommunikationsverbot.

Wie es ihnen überhaupt um die repressive Durchsetzung einer anderen Normalität geht – um die Militarisierung von Politik, Staat und Gesellschaft, einer Normalität, die auf Gewöhnung aus ist, weil die Gewohnheit wieder die Ruhe darüber schafft: nichts zu fühlen, nichts zu denken, nichts zu verstehen. Es geht also nicht um Aufklärung über die Tatsache der Folter, es geht um revolutionäre Gegenmacht und Aktion. Diese ganze Arroganz imperialistischer Machtentfaltung kennt nur eine Grenze: wo starker,

242 Friedrich Zimmermann war als Innenminister der CSU Wortführer der ersten großen Kampagne für eine Grundgesetzänderung in bezug auf das Asylrecht. In deren Ergebnis wurde eine Abmachung mit der DDR getroffen, die die DDR verpflichtete, vor Westberlin, im Flughafen Schönefeld eigene Kontrollen durchzuführen und Menschen ohne gültige Papiere abzuschieben.

243 Richard Jäger (CSU), Spitzname Kopf-ab-Jäger, war Leiter der bundesdeutschen Delegation im Menschenrechtsausschuß der UNO und bekennender Anhänger der Todesstrafe.

selbstbewußter Widerstand aus der Illegalität und aus der Legalität ihr zusammen eine setzen.

Nachdem die BRD die polizeiliche Integration Westeuropas präventiv gegen den bewaffneten Antagonismus im Innern der Metropolen als offen militärische Maßnahme durchgesetzt hat, ist das imperialistische Projekt jetzt die Transformation dieses Staatsschutzblocks zur »europäischen Säule der NATO« – wobei die militärische Klammer die »politische Einheit« der Staaten mit der US-Militärdoktrin erzwingen soll auf der Basis der Stationierungen – weil es umgekehrt nicht geklappt hat. Die Struktur, die unabhängig vom Konsens der Nationalstaaten für die Interessen des strategischen Machtblocks funktionieren soll. Dagegen blieb millionenfacher Protest wirkungslos, konnte auch der Widerstand, der den BRD-Staat, seine gewachsene Macht und wachsenden Machtansprüche nicht als identisch mit der US-imperialistischen Ausrottungspolitik begreift, in der Konfrontation mit der präventiven totalen Mobilmachung des Apparats kein Faktor sein im internationalen Kräfteverhältnis, in und aus dem wir hier kämpfen. Rebmanns Kommunikationsverbot jetzt, als Drohung gegen uns und alle, die mit uns diskutieren, mit denen wir zusammen kämpfen und die wir kennen, ohne sie je gesehen oder ein Wort mit ihnen kommuniziert zu haben, weil sie wissen, daß viele nach einer radikalen Lösung, einer konkreten Kampfperspektive suchen, ihre Erfahrungen in den letzten Jahren mit den Erfahrungen der Gefangenen aus dem bewaffneten Kampf zusammen- und weiterbringen wollen – für einen Durchbruch.

Denn darum geht es jetzt. Im Durchbrechen der konterrevolutionären Blokkade der Vielfalt antagonistischer Initiativen, Erfahrungen, Strukturen erneut Sinn zu geben: gegen die Logik der Vernichtung, gegen das Lebenslänglich in der Metropole die blockierten Erfahrungen, Bedürfnisse, Hoffnungen, Ziele und den eng gewordenen politischen Horizont vom Fetisch staatlicher Übermacht zu befreien, die neue Phase in der Entwicklung des revolutionären Kriegs hier freizukämpfen – den Sprung jetzt zu machen, der das für jeden von uns ist – hier in den Gefängnissen und an jedem Abschnitt der Konfrontation: die revolutionäre Lösung gegen die konterrevolutionäre durchkämpfen, das globale Projekt der Reaktion zerschlagen und die strategischen Pfeiler, auf denen sie es aufrichten wollen – präventive Konterrevolution, Verpolizeilichung des Kriegs, totaler sozialer Krieg, Organisierung der Metropolen als totales, alle sozialen Bereiche und Beziehungen durchsetzendes, zerstörerisches und selbstzerstörendes Gewaltverhältnis. Vernichtungsfeldzüge gegen die Befreiungsbewegungen, Völker, Revolutionen in Asien, Lateinamerika, Afrika. Die Organisierung dieser Gesellschaften zwischen Kaserne, IWF und dem jetzt kulminierenden Einsatz der Hungerwaffe gegen Millionen von Menschen, damit sie ihren Weltherrschaftsplänen nicht gefährlich werden, wenn sie sich das geraubte Leben mit Gewalt wiederholen wollen. Die auf der Basis ihrer globalen Übermacht betriebene Politik der Drohung und Provokation rund um den Erdball und vor allem gegen die sozialistischen Staaten im Osten, die Hast, mit der sie alle imperialistischen Verbrechen zusammen in den Schatten stellen wollen, mit der sie den konventionellen und atomaren Krieg organisieren, der Wettlauf gegen die Verwandlung der objektiven Reife der Metropole zur Front im Befreiungskrieg, gegen die Befreiungskämpfe und sozialen Explosionen auf allen Kontinenten.

Weil die Situation so ist, weil der Widerspruch das ganze gesellschaftliche System des Kapitals erfaßt, wollen die Imperialisten die Trakte und KZs zur »Fabrik der Vernichtung des Klassenwiderspruchs« machen, sind die Kriegsgefangenen in Westeuropa mit den vereinheitlichten Maßnahmen des NATO-Staats konfrontiert: den irischen Genossen wurde auf NATO-Entscheidung der politische Status wieder aberkannt, bis Spanien, Italien etabliert sich das westdeutsche Modell der Schließfachtrakte und gewaltsamen Vereinzelung. Jetzt wird es gegen die massenhaften Kämpfe der türkischen und kurdischen Gefangenen eingesetzt: 38 neue Hochsicherheits- und Isolationsknäste, die kollektiven Widerstand unmöglich machen sollen.

Sie zielen auf die revolutionäre Moral und das Neue, das die Kriegsgefangenen aus den antiimperialistischen und kommunistischen Guerillas, Volkskämpfen und Bewegungen erfahren haben, sind und wofür sie weiterkämpfen.

Die Kriegsgefangenen in Westeuropa sind sich nahe. Ihre Kämpfe sind Antagonismus und Offensive gegen das System des Kapitals und die Konterrevolution der NATO. Sie zerreißen den totalitären Anspruch des imperialistischen Projekts auf dem Terrain, wo er die größte Macht besitzt. Wenn es das Projekt der NATO-Staaten ist, die Entwicklung der Front an diesem Abschnitt den Gefangenen auszulöschen, so ist es unsere Sache, sie genau hier mit Strategie und Moral der Front, die wir wollen, zu konfrontieren. Der Streik der irischen Gefangenen ’81 ist uns Orientierung und die Kämpfe der türkischen und kurdischen Gefangenen – ihre besondere internationalistische Kraft. Kämpfe, die den Sieg vorbereiten.

Sprengstoffanschlag auf die NATO-Shape-School in Oberammergau

Erklärung vom 20. Dezember 1984

Anruf bei der *Süddeutschen Zeitung*

Wir haben am 18.12.84 ein mit Sprengstoff beladenes Auto in unmittelbarer Nähe der Shape-School in Oberammergau abgestellt.

Dort werden die Kader für die integrierten Stäbe der NATO ausgebildet. Ziel der Aktion war, die Militärs dort direkt auszuschalten.

Einheit in der Offensive gegen die NATO, das multinationale Kapital – die revolutionäre Front in Westeuropa aufbauen!

Den Kampf in den Metropolen im Rahmen des internationalen Klassenkriegs führen!

Kommando Jan Raspe

Warum wir das Ziel der Aktion nicht erreicht haben:

Als der, der das Auto reingefahren hatte, zu Fuß durch die Pforte zurückging, kam in dem Moment ein Bundeswehroffizier auf den Pförtner zu und blieb dort stehen. Die anderen vom Kommando, die zur Absicherung gegenüber in einem Waldstück, ca. 15 Meter vom Eingang entfernt waren, hörten noch, wie der Offizier fragte und vom Pförtner die Antwort bekam: »Der ist vorhin reingefahren, jetzt geht er wieder«, das heißt, von da an hatte der Offizier einen konkreten Verdacht. Wir sind dann weggegangen. Der Zeitzünder war so eingestellt, daß die Ladung um 9.30 Uhr hochgeht – weil um diese Zeit die meisten Militärs in der Schule sind. »8 Stunden zu früh stehengeblieben« und was die Bullen sonst noch behaupten, ist Quatsch. Sie hatten 1 $^{1}/_{2}$ Stunden Zeit, um das Auto zu identifizie-

ren (was bei den 10 Autos, die auf dem Parkplatz standen, kein Problem war) und die Bombe zu entschärfen.

Das Kalkül der Bundesanwaltschaft, die Aktion gegen den Hungerstreik der Gefangenen zu drehen, wird nicht aufgehen. Es zerbricht am kollektiven Kampf der Gefangenen und an der Offensive der westeuropäischen Guerilla, der Perspektive der revolutionären Front in Westeuropa, die jetzt real wird. Daran bestimmen wir unseren Angriff.

Wir werden in Kürze ausführlich was sagen.

Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa

Gemeinsame Erklärung von RAF und Action Directe, Januar 1985

Wir sagen, es ist notwendig und möglich, eine neue Phase für die Entwicklung revolutionärer Strategie in den imperialistischen Zentren zu eröffnen und als eine Bedingung für diesen qualitativen Sprung die internationale Organisation des proletarischen Kampfes in den Metropolen, ihren politisch-militärischen Kern: westeuropäische Guerilla, zu schaffen.

Wir bestimmen diesen Schritt aus der objektiven Lage: der Zentralität Westeuropas, für die imperialistische Rekonstruktion nach dem Einbruch des internationalen Kräfteverhältnisses durch die Befreiungskämpfe im Süden und dem Zusammenstoß zwischen wachsenden Produktivkräften und den Grenzen des Weltmarkts, was zur globalen politisch-ökonomisch-militärischen Krise der imperialistischen Staatenkette geführt hat und das gesamte imperialistische System erfaßt. Und für uns aus den Erfahrungen der letzten Jahre, in denen sich revolutionäre bewaffnete Politik in den Metropolen festgesetzt hat und sich an verschiedenen Brennpunkten der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung neue Kämpfe entwickelt haben. Erfahrungen, aus denen sich die bewußte gemeinsame Auseinandersetzung um revolutionäre Strategie und Taktik in den Metropolen herausgebildet hat, und sich die Frage nach ihrer Durchsetzung für die kommunistische Perspektive in Westeuropa für uns heute zwingend stellt.

Mit anderen Worten: Aus der Tatsache der vereinheitlichten imperialistischen Strategie ist die Sache der kommunistischen Guerilla in Westeuropa für die Realisierung ihres historischen Projekts im Kampf gegen den Imperialismus:

die Diskussion um die revolutionäre politische Linie, die die Einheit in der Offensive gegen die imperialistische Maschine möglich macht;

der praktische Prozeß der Entwicklung proletarischer Politik in den Zentren, die in der dialektischen Bewegung den Aufbruch gegen die täglich und überall erfahrene Vernichtung im imperialistischen System zusammenfaßt und die politisch-militärische Front in Westeuropa als Abschnitt des weltweiten Kriegs zwischen Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie aufbaut.

Offener, am gemeinsamen Angriff orientierter Prozeß, der das Ziel hat, die imperialistische Strategie in den Zentren selbst zu brechen, – weil sie sich von hier aus militärisch und ökonomisch aufrichten müssen, um ihre globale Herrschaft zu sichern.

Zentrales Projekt in der aktuellen Phase imperialistischer Strategie ist der Versuch, die westeuropäischen Staaten zur homogenen Struktur zusammenzuschweißen, zum harten Block, der vollkommen in den Kern imperialistischer Macht – NATO, als der fortgeschrittensten imperialistischen Herrschaftsstruktur, integriert ist.

Die Bourgeoisie will sich in dieser politisch-ökonomisch-militärischen Struktur wieder aufrichten, um die Entwicklung hinter die Offensive der Befreiungskämpfe zurückzudrehen und um sie über alle, national oder ökonomisch determinierten Widersprüche zu stülpen: als absolute Macht, die alle gesellschaftlichen Verhältnisse durchdringt – Totalisierung des Kriegs als Lösung für ihre umfassende Krise, militärisch nach außen als Fähigkeit zum Blitzkrieg gegen die Befreiungskämpfe im Süden, als Roll-back gegen die siegreichen Völker in Asien, Afrika, Lateinamerika und in der konkreten Vorbereitung für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten im Osten. Die »neue NATO-Doktrin« ist nichts anderes als: Offensivstrategie, in die die europäischen Staaten als Entlastung der amerikanischen Militärmaschine eingebunden sind – weil sie für den Krieg an allen Fronten die Konzentration aller Kräfte und Mittel brauchen. Die Stationierung der Atomraketen war darin nur ein, wenn auch entscheidender Schritt. Die Reaktivierung der WEU, der Aufbau der FAR[244] in Frankreich, die Rüstungskooperation der europäischen NATO-Staaten einschließlich Frankreich, die Diskussion um deutsche Mitsprache bei der Force de Frappe[245] und ihre Einbeziehung in die NATO, schließlich die offene Absicht, als NATO gegen die 3. Welt zu intervenieren, sind reale Schritte der militärischen Formierung.

Nach Innen als Reaktion auf den Antagonismus und als Prävention gegen die Möglichkeit der revolutionären Front in den Zentren, die eine wirkliche Friktion in ihrer Strategie sein kann. Counterinsurgency als vereinheitlichte Staatspolitik der imperialistischen Kette bestimmt die Realität hier und ist eine Bedingung, von der heute alle Revolutionäre ausgehen müssen. Ökonomisch mit dem Ziel, die europäische Industrie unter absoluter Dominanz des US-Kapitals zu formieren und in der Konzentration auf Forschung und Produktion in für sie strategischen Bereichen: neue Technologie, Elektronik, Waffen, die Stellung des imperialistischen Blocks (USA, Japan, Westeuropa) und die Verwertungsbedingungen des multinationalen Kapitals weltweit zu sichern. Der Begriff dafür: Kriegsökonomie als ein Mittel zur Krisenbewältigung. Die Pfeiler kapitalistischer Herrschaft und Ideologie in den Metropolen »Wohlstand«, »soziale Sicherheit«, »Recht auf Arbeit« sind in der Brutalität der Restrukturierungsmaßnahmen – Aussonderung von Millionen Menschen aus dem Produktionsprozeß durch industrielle Neuorganisierung im Weltmaßstab, Roboterisierung – schon gebrochen. Daß das für die Menschen hier nur noch mehr Ausbeutung, Elend und Massenmanipulation durch die herrschende Ideologie und soziale Kontrolle bedeutet, ist klar.

Die imperialistischen Staaten können aus ihrer substantiellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität nur noch ihre Potenz zu herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben. Politische Agonie – das ist die andere Seite ihrer Macht.

244 FAR ist die französische »Schnelle Eingreiftruppe«, deren Aufbau 1983 beschlossen wurde und die ein Kontingent von 42 000 Mann umfaßt.

245 Force de Frappe heißt die französische Atomstreitmacht. Die gemeinsame Planung umfaßte z.B. die Entwicklung einer Trägerrakete für Frankreich, die französische Atomsprengköpfe hinter die DDR-polnische Grenze schießen sollte, sowie eine »Zweitschlüssellösung«, die die BRD an einer Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen durch Frankreich beteiligen sollte.

Resultat des Antagonismus, der weltweit durch das Proletariat und die unterdrückten Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus entwickelt wurde, ist das Terrain, auf dem die Offensive proletarischer Macht in Westeuropa entscheidender Faktor für die Zuspitzung der tiefen Krise des Systems werden kann.

Die Angriffe gegen die multinationalen Strukturen der NATO, gegen ihre Basen und Strategen, gegen ihre Pläne und Propaganda waren die erste große Mobilisierung für die Strategiebildung proletarischer Politik in Westeuropa unter veränderten politischen Bedingungen. Eine Mobilisierung, die sich als Kampf gegen das System aus Ausbeutung und Krieg weiterentwickelt und verstärkt, wie sich an den Angriffen in Portugal, Belgien, Spanien, Griechenland, Frankreich, der BRD ... zeigt.

Gegen alle ideologischen Debatten und abstrakten Programme »über den Internationalismus« sagen wir: Die Strategie der westeuropäischen Guerilla ist – aus ihrer Bestimmung: Abschnitt und Funktion des internationalen Klassenkriegs, und aus ihrer Praxis: politische Einheit der Kommunisten in Westeuropa, Organisierung des Angriffs gegen die Totalität des imperialistischen Systems – die materielle Umsetzung des proletarischen Internationalismus, den die Situation heute verlangt.

Authentische revolutionäre Strategie in Westeuropa wird sich im Angriff gegen die zentralen imperialistischen Projekte entfalten – Kollektivität und Kohärenz der Kämpfenden aus ihren besonderen Bedingungen und Möglichkeiten. Einheit, die in der Zerstörung der imperialistischen Strukturen den Raum erobert, in dem sich proletarisches Bewußtsein und Macht entwickeln.

Die westeuropäische Guerilla erschüttert das imperialistische Zentrum!

Erschießung von Ernst Zimmermann

Erklärung vom 1. Februar 1985

Wir haben mit dem Kommando Patsy O'Hara den Präsidenten des BDLI (Bundesverband der deutschen Luft-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie) und MTU-Chef Ernst Zimmermann erschossen.

Das multinationale Kapital kann eine neue Spirale im Zyklus aus Krise-Rekonstruktion-Krise nur erreichen, seine Verwertungsbedingungen international sichern, wenn es in einem die militärische Aggression an allen Fronten plant und vorbereitet/durchführt und den trilateralen Block – USA, Westeuropa, Japan, in einer gemeinsamen Strategie zur Lösung der ökonomischen Krise zusammenballt.

Die US-Militärstrategie als äußerstes Mittel der Politik der imperialistischen Staatenkette ist Ausdruck der umfassenden ideologisch-ökonomisch-militärischen Krise des Systems und dem Versuch der strategischen Rekonstruktion des Kapitals. Die »neue NATO-Doktrin« ist präzise die Manifestation der Planung des Kapitals: elektronische Kriegsführung, »intelligente Waffensysteme«, Weltraumwaffen und der Ausbau der konventionellen Rüstung der NATO-Armeen soll dem multinationalen Kapital zugleich »Milliardenmärkte« eröffnen, wie der BDW das sagt – und die militärische Übermacht garantieren.

Für das in der BRD operierende Kapital bedeutet das – aus der Tatsache der völligen Dominanz des US-Kapitals und dem eigenen Interesse, die ökonomische Potenz der BRD zu sichern – seine Planung jetzt in dieser Strategie auszurichten und den Sprung an die Spitze des Weltmarkts durch den Militärisch-Industriellen-Komplex zu organisieren. In einem Anlauf mit Frankreich putschen sie neue

Maßstäbe durch, die den anderen nur die Alternative lassen, sich ihnen zu unterwerfen oder einzupacken. Dem Militärisch-Industriellen-Komplex kommt in den für die kapitalistische Rekonstruktion zentralen Betrieben: Erforschung und Produktion neuer Technologien, Elektronik, Waffen – Kriegsökonomie – entscheidende Bedeutung zu. Für diese Zusammenballung/Formatierung, die sofort zum politischen Machtfaktor wird – das ist aus der aktuellen Situation überdeutlich – hat die ökonomisch-politische Organisation dieser Kapitalfraktion – BDLI – die Funktion, die Interessen des Militärisch-Industriellen-Komplexes[246] hier im Staat, auf westeuropäischer Ebene und so in der internationalen Politik durchzusetzen. Hauptstoßrichtung jetzt ist klar die europäische Formierung. Bedingung dafür: die Abschaffung der für die BRD festgelegten Rüstungsbeschränkungen innerhalb der WEU, die Rüstungskooperation mit anderen europäischen NATO-Staaten, vor allem mit Frankreich, die Bereitstellung von 29 % mehr Geld für die Forschung im Verteidigungshaushalt. Im Angriff gegen die Säulen der imperialistischen Macht in der BRD/Westeuropa greifen wir in die sich verschärfende Krise ein und bestimmen ihren Verlauf und ihre Lösung für die Offensive des Befreiungskriegs.

Das Terrain, auf dem sich das europäische Proletariat rekonstruieren wird zur Klasse, die vollständige Umwälzung der Produktionsverhältnisse erkämpft, ist der Kampf für die Einheit der revolutionären Front, die Organisierung des Klassenkriegs in Europa.

Die westeuropäische Guerilla erschüttert das imperialistische Zentrum!

Kommando Patsy O'Hara

An die gefangenen Revolutionäre

Brief der RAF an die Hungerstreikenden vom 2. Februar 1985

Wir bitten euch, den Streik aufzuhören. Was er an Mobilisierung erreichen konnte, hat er erreicht. Die Erfahrung ist, daß die antiimperialistische Front in ihre Entwicklung bis heute nicht das politische, praktische und organisatorische Niveau entfaltet hat, das notwendig ist, dem offenen Vernichtungsinteresse des Staates die Grenze zu setzen.

Gegen das deutliche Kalkül der BAW, die politischen Kader zu eliminieren und so das Problem, daß die Gefangenen nicht aufhören zu kämpfen, jetzt zu lösen – d.h. die US-Linie der harten Haltung, die keine Grenze kennen will, zu exekutieren, ist die Macht, die die Situation radikal wendet, nur mit unseren und den Mitteln der Militanten zu erreichen.

Der Sprung zur Einheit der westeuropäischen Guerilla und die Realisierung einer neuen Qualität von Angriffsstrukturen der Front in der BRD ist jetzt möglich. Auf dieses politische und praktische Ziel muß die ganze Anstrengung jetzt gerichtet werden – seine Materialisierung wird die reale Veränderung des Kräfteverhältnisses sein, das heißt auch für euch neue und so bessere Bedingungen.

Hungerstreikabbruch – Erklärung der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand

Mitte Februar 1985

Wir wenden uns an die, die mit uns im Hungerstreik gekämpft haben, die unsere Forderung zu ihrer Sache gemacht haben.

246 Begriff für einen festgefügten Machtkomplex, auf der Grundlage der engen Verbindung von Rüstungsmonopolen, der Militärhierarchie und speziellen, staatlichen Führungsorganen.

Wir wollen euch sagen, wie wir zu unserer Entscheidung, jetzt abzubrechen, gekommen sind, weil es darum geht, uns das, was der Grund für diese Entscheidung war, zusammen als neuen Ausgangspunkt für den Kampf weiter anzueignen.

Wir haben unseren Hungerstreik am 1.2. abgebrochen, weil die Entwicklung inzwischen über die Ebenen eines Kampfs von Gefangenen um ihre Lebensbedingungen raus war: Der qualitative Sprung der revolutionären Kämpfe in den NATO-Staaten in die westeuropäische Dimension hat den Streik überholt.

Die Politik der Metropolenguerilla hat jetzt einen Durchbruch erreicht, um den der Kampf die letzten fünf Jahre ging. Das hat für uns im HS Bedingungen gebracht, wie sie nicht existiert haben, als wir angefangen haben. Der Durchbruch zur westeuropäischen Dimension revolutionärer Praxis löst notwendig eine einheitliche, zwischen den imperialistischen Staaten festgelegte »strategische« Reaktion der gesamten Kette aus. Das hat ihnen zu Mittelamerika, dem Nahen Osten und gerade jetzt, wo ihr militärisches Europaprojekt Fuß fassen soll, noch gefehlt. Die Tatsache dieser einheitlichen Absprache ist unmittelbar nach der Aktion des Kommandos Elisabeth von Dyck sichtbar geworden mit der Intervention des WS-Außenministeriums bei den NATO-Regierungen. Danach stand ihr Vorgehen: auf der Linie von Shultz – »Prävention und Vergeltung«. Für uns hat ab da der Prozeß begonnen, aus der veränderten Situation zu einer neuen Einschätzung und Entscheidung über die Fortsetzung unseres Streiks zu kommen. Es war klar: Auf dieser Linie der gesamtimperialistischen Reaktion nehmen sie sich jetzt als erstes Angriffsziel die Gefangenen, weil sie uns haben, und die Forderung, weil sie die Politik enthält. Nach der Aktion des Kommandos Patsy O'Hara haben wir uns entschieden, den Streik abzubrechen und ihnen ihr Ziel, tote Gefangene gegen den politischen Sprung, in der alten und neuen Geisellogik, aus der Hand zu nehmen. Das war zu dem Zeitpunkt – drei Gefangene auf der Kippe, auch eine Frage von Stunden. In diesem Moment des strategischen Durchbruchs kommt das schärfste Mittel von Gefangenen – wenn es sein muß, zu sterben, um zu siegen – nicht mehr an den Maßstab heran, in dem die Zusammenlegungsforderung plötzlich steht: westeuropäische Guerilla, gesamtimperialistische Räson. Das heißt: Die Forderung nach Zusammenlegung nicht zu erfüllen, bekommt für die imperialistischen Staaten eine Bedeutung, wie sie auf einer anderen Ebene die Stationierung der Raketen hatte: Sie mußten her, gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, ob es zur Massenrebellion kommt oder nicht, um eine Schwelle zu setzen, unter der kein Notariat mehr bleiben soll. Das imperialistische System in der Krise muß die Fragen, die ihnen überall, aber besonders in der BRD, weil hier das Scharnier ist, in dem sich das ganze internationale Kräfteverhältnis bewegen kann, an den Kern der Macht gehen, zur gemeinsamen Staatsräson erheben. Ausdruck ihrer substantiellen Schwäche und, aus der Dialektik der Kämpfe, der Zwang, sich offen zu machen: die Machtstruktur, mit der wir es zu tun haben, tritt auf den Plan. Shultz' Rede von den drei Zentren des revolutionären Kampfs in den nächsten Jahren, Westeuropa, Nahost, Lateinamerika; Mitterand: »Ein internationaler strategischer Kampf«, Soares, Spadolini usw., die Erklärung der NATO-Botschafter[247] – da ist es in Aktion: Gesamtsystem.

Unser Streik wäre zum Gegenstand, zum Beispiel ihres Herrschaftswillens geworden. In dem Moment können wir, die Gefangenen, nicht siegen. Die westeuropäische Guerilla, für die der Streik in dieser Konfrontation dann steht und die sie treffen wollen, kann aber an uns politisch nur verlieren, wenn keines unserer materiellen Ziele jetzt mit diesem Mittel erreicht werden kann, wenn mehrere von uns sterben und der Einsatz des Lebens in dieser objektiven Situation nur schwer nachvollziehbar ist. Wir sagen: jetzt aufzuhören, hat den politischen Sieg festgehalten, ein Sieg in der Einheit der Guerilla, Widerstand, Gefangene.

Daß der Streik die politische Wand um die Gefangenen so schnell durchstoßen hat, die starke Solidarität hier und international, unsere reale Situation, an der ihre Counterlinien abgeprallt sind – das alles hat ihn lange offengehalten, weil sie gegen politische Evidenz nur blanke Macht setzen können. Wie ihr Problem mit der Kontaktsperre: sie wollten sie, aber sie wollten nicht an ihr das Risiko einer noch breiteren Mobilisierung und einer Diskussion, die sie nicht mehr loswerden. Die SPD-Bluthunde sind mit ihrem Vorstoß genau daran aufgelaufen; daß es ein Bewußtsein über den Krieg des Staats gegen die Gefangenen gibt, das sich nicht mehr plattwalzen läßt. Nach dem Schnitt, der NATO-Entscheidung, war der politische Preis nach innen und außen nicht mehr die Frage. Kinkel[248] am 27.1. zu den Anwälten: »Die Bundesregierung wird die Konsequenz tragen«. Durch die zweite Wand, die materielle, sind wir mit diesem Streik in der konkreten politischen Situation nicht durchgekommen. An unserer Forderung nach Zusammenlegung ändert sich nichts. Sie ist für uns existentiell. Wir werden weiter darum kämpfen – jetzt auf neuer Grundlage der Einheit des Widerstands als praktische und politische Erfahrung, die wir zusammen erobert haben, und des Internationalismus, so wie wir, die Gefangenen, auf dieser Ebene kämpfen können: um den Begriff des internationalen Klassenkriegs, dessen Teil wir sind, und materiell Niederschlag im Haftstatut, wie er bei diesem Kräfteverhältnis möglich ist.

247 Bei einem Treffen der 16 NATO-Botschafter, fünf Tage nach dem Abbruch des Hungerstreiks, nahmen sie in ihrer Abschlußerklärung Bezug auf die Gefangenkämpfe und die Bekämpfung des »Terrorismus«.

Interview mit der RAF

Aus der Flugschrift »zusammen kämpfen«, April 1985

Frage: Mit diesem Gespräch, das wir hier mit euch führen wollen, und das ja für uns alle eine neue Erfahrung sein wird, wollen wir versuchen, Antworten auf die Fragen zu bekommen, die sich uns und sicher vielen anderen jetzt stellen. Schwerpunkte darin sind die politische Entwicklung während und nach dem

248 Klaus Kinkel, damals Staatsekretär im Bundesjustizministerium, erklärte gegen die Forderungen des Hungerstreikes, daß der »Staat bereit ist, die Konsequenzen zu tragen«. Kinkel war ab 1970 persönlicher Referent von Außenminister Genscher, von 1982 bis 1987 BND-Chef und danach wieder Staatsekretär. Als BND-Chef war er daran beteiligt, die Fahndung nach der RAF mit Geldern aus der Industrie zu effektivieren, und verantwortlich für mehrere Waffengeschäfte mit dem Irak. Als Staatssekretär im Bundesjustizministerium koordinierte er die staatliche Linie gegen die Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik 1989. 1991 wurde er Bundesjustizminister. Im Januar 1992 erklärte er in der als Kinkel-Initiative bekannt gewordenen Erklärung auf dem Bundesparteitag der FDP, daß der Staat bereit sei, einige Gefangene aus der RAF vorzeitig zu entlassen. »Der Staat muß dort, wo es angebracht ist, mit Versöhnung reagieren.« Dieser Ankündigung folgten keine Taten. Ab Mai 1992 war Kinkel Außenminister, Nachfolger von Hans Dietrich Genscher.

Streik der Gefangenen und vor allem natürlich die Schritte auf die europäische Front zu, die es gab. Fangen wir gleich konkret an: die Angriffe gegen Audran und Zimmermann, in denen die in eurer gemeinsamen Erklärung mit Action Directe entwickelten Vorstellungen umgesetzt sind – könnt ihr dazu nochmal kurz was zur Bestimmung sagen?

Antwort: Für die Action Directe (AD) und uns ging es darum, mit diesen Aktionen den Motor des imperialistischen Europaprojekts anzugreifen: die Achse Paris-Bonn. Dazu steht in dem gemeinsamen Text und den Erklärungen das Wesentliche. Die Aktionen sind Bausteine in der Entfaltung revolutionärer westeuropäischer Strategie – und das war auch das Entscheidende für uns jetzt: direkt anzufangen, den politisch-militärischen Boden für die westeuropäische Front, für die strategische Einheit der Revolutionäre in Westeuropa zu schaffen. In dem gemeinsamen Text haben wir die grundsätzlichen Bestimmungen entwickelt. Diesen Prozeß weiterzubringen, die Bestimmungen in der Aktion gezielt und organisiert umzusetzen, das haben wir mit Audran und Zimmermann angefangen, und daran orientieren wir uns nach diesem ersten Durchbruch, den wir erreicht haben, weiter.

Frage: Was war eigentlich genau die Funktion dieser zwei Figuren, also Audran und Zimmermann, dazu steht in den Erklärungen nicht viel drin?

Antwort: Sie hatten beide einen zentralen Job in der militärisch-ökonomischen Formierung Westeuropas. Audran als Chef der Abteilung für internationale Angelegenheiten im Verteidigungsministerium, Zimmermann als Präsident des Bundesverbandes der deutschen Luft-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI). Der BDLI ist die politische Organisation des Militärisch-Industriellen-Komplexes in der BRD. Darin sind alle Rüstungsfirmen Mitglieder – um bloß mal die wichtigsten zu sagen: MBB, Krauss-Maffei, Dornier, MTU ... – genauso auch die Elektronik-Konzerne wie Siemens, AEG, Philips und Stahl- und Chemiekonzerne. Finanziert wird der Verein von den deutschen Großbanken und der Allianz. Der BDLI arbeitet direkt mit der NATO zusammen in der »industriellen Beratergruppe« NIAG und der »Gruppe der europäischen Rüstungsindustriellen« EDIG, die zur IEPG (»Unabhängige Europäische Programmgruppe«) gehört. Darin beteiligen sich die Chefs der wichtigsten Rüstungskonzerne aus den USA, Kanada und Westeuropa unmittelbar an der Planung der Militärs. Sie koppeln praktisch die Pläne der Militärstrategen mit denen des multinationalen Kapitals, bestimmen Projekte für die Forschung und Entwicklung neuer konventioneller, elektronischer und atomarer Waffensysteme und diskutieren die industrielle Umsetzung. In der BRD selbst arbeitet der BDLI mit dem Verteidigungs-, Forschungs- und Wirtschaftsministerium zusammen, bei denen sie auch ihre finanziellen Forderungen durchsetzen, und mit dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) der Bundeswehr.

Zimmermann saß auch im rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis, in dem sich regelmäßig die deutschen Konzernchefs mit Vertretern des Verteidigungsministeriums und Bundeswehrgenerälen treffen. Er war zugleich Vizepräsident der AECMA – das ist der europäische Verband der Luft- und Raumfahrtindustrien, in dem die europäischen Rüstungskonzerne zusammenarbeiten. Zimmermann repräsentierte die Sorte Unternehmer, die »transatlantisch denkt und handelt«. *Die Welt* schreibt dazu am 2.2.: »Der MTU-Chef gilt als überzeugter Anhänger einer noch engeren deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit in der Luft- und Raumfahrt. Am Tag des Anschlags auf Zimmermann wurde in Paris ein Interview in der Zeitschrift *Air et Cosmos* veröffentlicht, in dem der Spitzenmanager von einer Pflicht zur europäischen Kooperation in technischer und technologischer Hinsicht spricht.« und der *Figaro* am 6.2.: »Die Achse Paris-Bonn, Angelpunkt für ein starkes Westeuropa, gründet auf der strategischen Verteidigung und dem verstärkten Wachstum der Rüstungsindustrien ... Zimmermann war der bevorzugte Gesprächspartner für Wirtschafts- und Verteidigungsministerium, für die größten deutschen Hersteller und für die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland – einschließlich der entsprechenden Technologien.«

Frage: »Bevorzugter Gesprächspartner«, das war er ja wohl hauptsächlich in seiner Funktion als Vorsitzender des BDLI und weil er darüber in vielen wichtigen europäischen Gremien saß. Hier war es ja so, daß davon ziemlich wenig in den Medien mitzukriegen war. Ein Teil der Hetze nach der Aktion lief ja so, daß er als »einfacher« Rüstungsmanager dargestellt wurde, wie es Tausende gibt, einfach um die Aktion als »ungezielte Notlösung« darzustellen. Sagt doch noch mal was BDLI, IEPG usw. genau ist?

Antwort: Wir haben hier Zitate aus einem »Memorandum zur Zukunft der Raumfahrt in der BRD«, das der BDLI 1984 veröffentlicht hat. Darin sind genau die Forderungen des Kapitals formuliert, wie sie dann von Kohl und Mitterand vertreten werden.

Der BDLI sagt klar, daß es für die Europäer jetzt drum geht, den technischen/technologischen Anschluß an die USA zu schaffen, und daß dies vor allem im Bereich der Luft- und Raumfahrt möglich ist. Dazu fordert er eine »europäische Sicherheitspolitik«, die verstärkte Kooperation mit Frankreich, und von da aus mit anderen europäischen Ländern, und verlangt von der Bundesregierung »signifikante Budgetsteigerungen«. Und weiter, daß sie die Führungsrolle gemeinsam mit den USA wollen, daß aber zugleich die europäische Kooperation Bedingung ist für den technologischen Vorsprung auf dem Weltmarkt. Und noch zwei Sätze von ihnen: »Die deutsche Beteiligung ... sollte verstärkt werden, um neben der transatlantischen Kooperation eine stärkere Verzahnung innerhalb Europas zu erreichen« und: »Darüber hinaus fördert eine solche Zusammenarbeit die politische Integration.« Die ganzen Projekte – Satelliten, Hubschrauber usw. – zählen wir jetzt nicht auf, das weiß ja jeder, die Zeitungen sind voll davon. So wie für Frankreich Audran innerhalb des Verteidigungsministeriums derjenige war, bei dem alle Fäden für Rüstungskooperation und -export zusammenliefen, war's Zimmermann für die BRD, der die gleiche Funktion hatte als Vertreter des MIK (Militärisch-Industriellen-Komplex). Die Rüstungskooperation ist eine Schiene, auf der das europäische Projekt angeschoben wird.

Noch was zur IEPG: Ihre Funktion ist allgemein die westeuropäische Rüstungsintegration, mit dem Ziel der militärischen Integration und der militär-politischen Koordinierung. Ihre besondere Bedeutung kommt daher, daß Frankreich von Anfang an mit dabei ist, obwohl es offiziell nicht in die militärische Struktur der NATO integriert ist. Seit ihrer Gründung 1975 arbeitet die IEPG daran, die Waffensysteme der NATO-Staaten zu standardisieren, was die Bedingung ist für weitere gemeinsame Rüstungsprojekte und eine engere politisch-militärische Integration. Dort werden die Projekte für

die europäische Rüstungskooperation bestimmt.

Also noch mal: Audran und Zimmermann stehen für den Prozeß der Konzentration des kapitalistischen Kommandos in seinem militär-strategischen und zugleich ökonomischen Zweck – wie wir in der Erklärung gesagt haben: Sie müssen sich in einem Schub in einer gemeinsamen Strategie zur Lösung der ökonomischen Krise zusammenballen und ihre militärische Überlegenheit sichern, d.h., ihre gesamte Planung auf Krieg ausrichten.

Frage: Wie waren eigentlich die Reaktionen in den französischen Medien zu den Aktionen von Action Directe und euch?

Antwort: Ja, die Zeitungen und Nachrichten waren voll davon. Was sie dort total fett gebracht haben war diese ganze Scheiße, daß wir Action Directe dirigieren, daß es ganz einfach in Frankreich keine authentische revolutionäre Politik gibt, sondern alles »von außen« gesteuert. Genauso wie die CCC[249] in Belgien. Das war da von Anfang an die Linie. Die Liberation vor allem. Da kam es so, daß AD früher eine antifaschistische militante Gruppe war, das war ja noch in Ordnung, aber jetzt sind sie wie wir, reden wie wir, sind aufgefressen. Also: das Ende. Das ist klar, warum sie's so machen: Sie wollen's von der Ebene einer politischen Auseinandersetzung wegkriegen. Und da haben sie nichts mehr, kein Argument, nur noch diese dürftige Propaganda. Eine andere Sache war noch, daß sie gesagt haben: Alle bewaffneten Gruppen sind so geschlagen und schwach, daß sie ihre Logistik und ihre Kommandos zusammenfassen müssen. Aber das glaubt ihnen sowieso kein Mensch mehr. Sie waren ja überall baff, als der gemeinsame Text rausnahm. In Frankreich in den Zeitungen haben sie, am Anfang noch ohne Kommentar, viel aus dem Text gebracht. Von Mitte Januar an gab es dann auch täglich Berichte zum Hungerstreik und den Aktionen in der BRD und in anderen europäischen Ländern – und wie wir gehört haben, jeden abend im TV die neuen BKA-Plakate. Nach der Aktion gegen Audran kam's dann ganz dick: wir hätten das gemacht, und AD nur geschossen, so etwa. Begründet haben sie es damit, daß das Kommando Elisabeth von Dyck hieß und die Erklärung zweisprachig an dpa ging. Naja.

Frage: Am Anfang habt ihr gesagt, die Achse Paris-Bonn ist der Motor des imperialistischen Europaprojekts. Was meint ihr damit konkret?

Antwort: Wenn wir sagen: Europaprojekt und sein militärischer Kern – das heißt: das Projekt Westeuropa zum strategischen Zentrum der imperialistischen Rekonstruktion aufzubauen – sind, grob, zwei Punkte wichtig. Es gibt den Versuch, Europa zur ökonomisch-politischen Union zusammenzubringen, schon seit 30 Jahren. Heute ist die Situation, daß es ihnen im Kern um zweierlei geht. Das ist einmal die militärische Formierung nach außen, das waren die Stationierungen der Mittelstreckenraketen, das sind die ganzen militärischen Projekte, wie sie in dem gemeinsamen Text und den Erklärungen von AD und uns aufgezählt sind. Bei all diesen Projekten ist es die politisch-militärische Kooperation zwischen der BRD und Frankreich, über die es funktioniert. Das andere ist die vereinheitlichte Kriegführung gegen den revolutionären Kampf in Westeuropa unter

249 Cellules Communistes Combattantes: Guerilla in Belgien. 1984/85 hat die Gruppe 27 Angriffe auf deutsche, belgische und amerikanische Firmen und Institutionen sowie auf NATO-Einrichtungen und Pipelines durchgeführt.

US-Regie, wie es jetzt auf neuer Stufe durchgesetzt und sichtbar wurde. Dazu wollen wir später noch ein paar Sachen sagen. Militärpolitik als Lokomotive für Politik und Ökonomie, für die europäische Integration – man kann es auch in anderer Weise sehen. Ihre Bemühungen, innerhalb der europäischen Gemeinschaft zu Lösungen für die ökonomische Krise – Arbeitslosigkeit usw. – zu kommen und eine »selbständige europäische Politik« zu formulieren, sind alle gescheitert. Genauso ihre Versuche, die Menschen hier für ihr europäisches Projekt zu mobilisieren. Was bleibt und wo es läuft, ist die militärische Zusammenarbeit in der NATO, die Konzentration des Kapitals auf Rüstungsproduktion und neue Technologien. Und: die Steigerung der Effizienz ihrer Polizei- und Geheimdienstapparate, ihre Koordinierung im Krieg gegen den revolutionären Kampf – sozusagen die »Innere Verteidigungslinie«. Sie sind jetzt an einem entscheidenden Punkt, und das macht die scharfe Möglichkeit für den antiimperialistischen Kampf aus und ist genau die Erfahrung, von der wir nach den letzten Monaten weiter ausgehen können – die Frage, ob sie ihr militärisches Projekt hier durchsetzen können, ob sie hier die politische Kraft und materielle Basis haben, die imperialistische Militärstrategie durchzuhalten. Sie wissen genau, daß ihnen der Konsens für ihre aggressive Politik weggebrochen ist und ihre dünne ideologische Decke mit jeder revolutionären Aktion immer mehr zerrissen wird. Zusätzlich fürchten sie, daß sie die sich verschärfende Krise in den Metropolen selbst nicht in den Griff kriegen. Heute schon 20 Millionen Arbeitslose, und im Januar sind innerhalb von 2 Wochen über 200 Menschen erfroren – in Westeuropa. Ihr »soziales Netz«, mit dem sie bisher vor allem hier in der BRD die Tendenz zu immer mehr Armut auffangen konnten, zerstören sie jetzt für ihr militärisches Projekt, weil sie sich anders nicht mehr finanzieren können. Dazu die Militarisierung der Gesellschaften, Kontrolle und Manipulation im europäischen Maßstab. Durchstrukturierung der Öffentlichkeit z.B. durch die »neuen Medien«, mit denen die herrschende Ideologie bis ins kleinste griechische Dorf transportiert werden soll. Wo die Menschen dann keine Arbeit, wenig zu essen haben, aber Fernsehen mit 12 Programmen. Anders gesagt: Die Idealvorstellung der Bourgeoisie ist der Arbeitslose, der »Aussteiger«, der am Kabelfernsehen hängt und Bier säuft. Da steckt einfach die ganze Verachtung dieser Klasse drin. Das sind nur ein paar Ausschnitte der verschiedenen Brennpunkte, an denen sich die Widersprüche verschärfen werden. Unser Durchbruch jetzt kam genau rechtzeitig.

Frage: Meint ihr das auch in bezug auf den Hungerstreik – für viele stand das ja so da: die Aktion – der Abbruch?!

Antwort: Nein, Quatsch. Wir haben die Aktion nicht gemacht, um den Hungerstreik »zu beenden«. Es ging um den praktischen Schritt für die westeuropäische Front. Daran haben wir gearbeitet und die Aktionen gemacht, als wir mit allem fertig waren. Wir haben '81 gesagt: Guerilla, der Kampf der Gefangenen aus der Guerilla, der Kampf der antiimperialistischen Militanten sind die Linien, die als eine Einheit die revolutionäre Front in Westeuropa bilden – oder bilden werden. Wir haben die politische Wirkung, die Mobilisierung, die mit dem Streik der Gefangenen in Gang gesetzt wurde, in unsere Aktionen einbezogen und diese ganze Dynamik weiterentwickelt zum Durchbruch der westeuropäischen Guerilla. Das hat aber nichts mit der psychologischen Kriegführung zu tun, die sich durch den ganzen Streik durchgezogen hat: Steuerung von draußen und umge-

kehrt, Steuerung der Aktionen aus den Zellen. Dazu haben BAW und BKA immer wieder aus einem »Strategiepapier« zitiert, das sie in der Wohnung in Frankfurt[250] gefunden haben. Von uns gibt es kein Strategiepapier von '84. Was sie gefunden haben, ist ein Diskussionspapier von Militanten, in dem diese ihre eigene Vorstellung entwickelt haben, wie ihre Praxis und der Kampf der Gefangenen zusammenwirken können. Der Zweck dieser Kampagne der psychologischen Kriegführung ist klar: sie wollen die Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen auf die Spitze treiben und das Konstrukt einer »Gesamt-RAF« jetzt juristisch festklopfen, als Instrument, um die Isolation der Gefangenen vollkommen zu machen. Aber dazu haben die Gefangenen schon alles gesagt, wir wiederholen das jetzt nicht. Noch mal grundsätzlich: Jeder, der im Konzept der antiimperialistischen Front kämpft, kann das nur aus seiner Lage und seiner Bestimmung. Daraus kommt die Kraft. Die Einheit entsteht im Angriff, der den identischen politischen Inhalt und das identische Ziel hat. Das heißt: Es sind verschiedene Abschnitte einer Front. Die Gefangenen haben gesagt: Der Streik wird für die Einheit der antiimperialistischen Front geführt. Die Forderungen der Gefangenen sind Ausdruck ihres authentischen Kampfes, und das ist das starke.

Frage: Die Gefangenen haben in ihrer Abbrucherklärung gesagt: »Der Durchbruch zur westeuropäischen Dimension revolutionärer Praxis löst notwendig eine einheitliche, zwischen den imperialistischen Staaten festgelegte, strategische Reaktion der gesamten Kette aus.«

Antwort: Ja, das ist wichtig. Wir wissen aus belgischen Zeitungsberichten, daß sich spätestens ab Mitte Januar – und das war in der Situation: Streik, die gescheiterte Aktion von Oberammergau, die Aktionen in Belgien, die militante Kampagne hier über Weihnachten/Neujahr, der Text von AD und uns – das security committee der NATO direkt eingeschaltet hat. Darin arbeiten die Geheimdienste und »Anti-Terror-Spezialisten« der NATO-Staaten zusammen, planen und koordinieren die Maßnahmen gegen den revolutionären Kampf hier. Sie haben von da an ständig und rund um die Uhr getagt, und zum ersten Mal waren offiziell auch französische Geheimdienste einbezogen, weil ihnen »die Zunahme terroristischer Anschläge gegen Einrichtungen der westlichen Verteidigung in Europa und der gemeinsame Text der Terrorgruppen AD und RAF große sorgen bereitet«. (*Le Soir*, Belgien). Parallel dazu die Äußerungen der US-Regierung, dem state departement, daß sie weitere Anschläge befürchten und die westlichen Staaten auffordern, »sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenzuschließen«. Dazu muß man sich klarmachen, was seit ungefähr einem Jahr auf dieser Ebene offen läuft. Die »Antiterror-Direktive« von Reagan, in der Präventiv- und Vergeltungsschläge gegen Guerillas weltweit zur Regierungsdoktrin erhoben wurden. Und zum ersten Mal wurde die Koordinierung der Counterinsurgency unter ein militärisches Oberkommando gestellt. Dazu die Neuformierung von Spezialeinheiten, die für den Einsatz auf allen Kontinenten ausgebildet und bereitgestellt werden. Der US-Außenminister Shultz redet seit einem Jahr nichts anderes mehr als von

250 Am 2. Juli 1984 werden in einer Frankfurter Wohnung in der Berger Straße Christa Eckes, Stefan Frey, Ingrid Jakobsmeyer, Helmut Pohl, Barbara Ernst, und Ernst Volker Staub verhaftet. In der Wohnung wird ein Teil der Logistik und jede Menge schriftliche Unterlagen beschlagnahmt.

Westeuropa, Naher Osten, Lateinamerika, als den drei Fronten/Zentren des revolutionären Kampfes – und jetzt in einer Situation, in der die westeuropäische Guerilla angreift. An der Reaktion der westeuropäischen Regierungen jetzt wurde klar, daß die Linie der vereinheitlichten Kriegführung entsprechend der globalen Logik der imperialistischen Staatenkette durchgesetzt ist. Bei allen internationalen Treffen – NATO-Außenminister, EG, geheime Treffen höchster NATO-Militärstäbe wie in Kopenhagen, bis hin zum Managersymposium in Davos – überall wurde darüber diskutiert, wie die europäischen Regierungen jetzt gegen diesen Sprung vorgehen können, das heißt zuerst: die gemeinsame politische Linie festzulegen. Nach der Aktion gegen Audran – und zugleich den Angriffen der FP-25[251] in Portugal – wurde es dann, nachdem Shultz nochmals direkt bei den europäischen Regierungen interveniert hatte, als US-europäische Linie offen: eine Reaktion, weil es für sie ein Krieg ist. Das war der Einschnitt. Die Auseinandersetzung stand mit einem Schlag auf einer neuen Stufe: westeuropäische Guerilla – gesamtimperialistische Räson. Da war es für sie keine Frage mehr, ob sie die Forderungen der Gefangenen erfüllen oder nicht. Ihr Kalkül war, durch Mord an den Gefangenen unseren Durchbruch zurückzuschlagen. Man muß davon ausgehen, daß sie gemeinsam festgelegt haben, die Gefangenen sterben zu lassen. Für die Bundesregierung war es dann auch nicht mehr die Frage, ob sie den politischen Preis in Kauf nimmt, der das für sie ist, wenn sie Gefangene umbringen – sondern ob die imperialistische Kette und jetzt vor allem die westeuropäischen Regierungen sich offen gegen die Guerilla hier zusammenballen. Und das militärisch – weil sie politisch gegen den bewaffneten Kampf hier schon verloren haben, ihre ganzen Illusionen vom Ende der Guerilla in Westeuropa geplatzt sind. In diesem Zusammenhang ist dann auch Dortmund[252], die Bombe im vollbesetzten Kaufhaus, zu begreifen. Seit es uns gibt – und jetzt gegen den ganzen revolutionären Widerstand – reguliert der Staatsschutz solche Aktionen, benutzt sie oder macht sie selbst. Sie sind sich heute weniger sicher als je, ob nicht immer mehr Leute unsere und die Aktionen der Militanten richtig finden. Also bleibt ihnen nichts mehr, als gewaltsam ihre psychologische Kriegführung den Leuten in die Köpfe zu hauen: Die Leute sollen vor uns Angst kriegen, und dazu dann die Million Kopfgeld für die, die mit den Bullen zusammenarbeiten. Wenn US-Shultz offen sagt, daß auch unschuldige Menschen sterben können im Kampf gegen den Terrorismus, schließt das solche Counteraktionen genau ein. Dortmund war gezielt gegen die Mobilisierung während des Hungerstreiks gerichtet, gegen die politische Evidenz und die Klarheit der Aktionen. Daß es die Bullen selbst waren, die dann als »Aktion Christian Klar« angerufen haben, ist ja wohl eindeutig. Und genauso, daß die *taz* da an vorderster Front mitgemischt hat. Und dann noch was, was in diesem Zusammenhang wichtig ist: Als im Dezember die Flugzeugentführung nach Teheran lief, hat die US-Regierung ihre Kriegsflotte zusammengezogen und die RDF in Stellung gebracht. Der iranischen Regie-

251 Forças Populares do 25 Abril, Guerillaorganisation in Portugal, die sich nach dem Datum der Nelkenrevolution nennt und hauptsächlich Aktionen gegen NATO-Einrichtungen machte.

252 Nach dem Sprengstoffanschlag auf das Dortmunder Hertie-Kaufhaus behaupteten die Ermittlungsbehörden und die Medien, obwohl sie wußten, daß der Täter aus der faschistischen »Kyffhäuser Bewegung« kommt, der Anschlag sei von der RAF begangen worden.

rung wurde direkt mit der militärischen Intervention gedroht, falls sie die Entführung nicht beendet. In diesem Zusammenhang kündigte das state departement an, daß die USA künftig bei Aktionen gegen sie in Westeuropa Vergeltungsschläge gegen »terroristische Stützpunkte im Nahen Osten und Mittleren Osten« durchführen wird. Wir sagen das, weil es die Schärfe jetzt klarmacht.

Sie haben jetzt eine neue Stufe in der vereinheitlichten Kriegführung durchgesetzt, und das ist eine Bedingung, von der wir ausgehen müssen, d.h.: sie in der Praxis zu antizipieren. Die Entscheidung der Gefangenen war genau richtig.

Frage: Ihr sagt das also auch so, daß es für die imperialistischen Staaten eine Entscheidung war wie bei den Stationierungen?

Antwort: Das ist der Satz aus der Abbrucherklärung, über den sich der Kerl aus der *taz* so aufgeregt hat, weil er dem Kampf der Gefangenen den politischen Stachel ziehen will. Das müßte aus allem, was wir jetzt gesagt haben, ja klar sein. Es gibt für die imperialistischen Staaten in ihrer substantiellen Krise – der Tatsache, daß sie keine Strategie mehr haben und nur noch ein Ziel verfolgen können: den weltweiten revolutionären Prozeß aufzuhalten – strategische militärische Projekte nach innen und außen, die sie durchsetzen müssen, auch zum Preis der Zuspitzung der Widersprüche zwischen Staat und Gesellschaft und einem weiteren Schritt in der Transformation in den faschistischen Staat.

Frage: Ihr habt nichts mehr gesagt zur Aktion in Oberammergau?

Antwort: Für uns ist klar, daß die Angriffslinie gegen NATO und US-Militärstrategie sich durch den ganzen revolutionären Prozeß hier durchziehen wird. Sie wird immer eine Achse sein, auf die sich die revolutionäre Aktion konzentriert. Die ersten Schritte zur Vereinheitlichung des antiimperialistischen Kampfes in Westeuropa – das waren die Kampagnen und Angriffe gegen die NATO/US-Kriegsstrategie. Und der Begriff davon, was NATO-Politik ist, hat sich im Bewußtsein von vielen durchgesetzt. Wir wollten mit der Aktion gegen die Shape-School diese Linie weiterentwickeln, von uns aus auf eine neue Stufe bringen. Wie wir sagen: auf das reale Niveau des Kriegs. In der Schule, die direkt dem NATO-Hauptquartier in Brüssel untersteht, werden die Kader für die integrierten Führungsstäbe der NATO ausgebildet, u.a. in elektronischer und atomarer Kriegsführung. Das sind also hohe Offiziere aus allen NATO-Staaten, in der Mehrzahl amerikanische. Die direkt zu treffen, war das Ziel dieser Aktion.

Frage: Warum, denkt ihr, hat die Aktion nicht geklappt?

Antwort: Wir hatten die Sache so geplant, daß einer mit dem Auto reinfährt und es direkt neben der Schule auf dem Parkplatz abstellt. Die Shape-School steht abgetrennt von anderen Gebäuden auf dem Gelände einer Bundeswehrverwaltungsschule. Wir schätzen es so ein, daß die Bundeswehrsoldaten nicht wissen können, welcher US-Soldat dazugehört oder nicht, und daß es, wenn wir erstmal drin sind, kein Problem ist, wieder rauszugehen. Die Frage war, ob wir an der Pforte durchkommen, und deshalb auch die Absicherung: falls da was schiefgegangen wäre, hätten wir dem von uns, der das Auto fährt, Deckung geben können. Reinfahren, abstellen, zurückgehen war alles keine Schwierigkeit. Nur kam in dem Moment, als der von uns gerade durch die Pforte ging, ein Bundeswehroffizier daher, der, wie sich danach rausstellte, stellvertretender Chef der Shape-School ist, der kennt natürlich die Soldaten, und ihm muß sofort was aufgefallen

sein. Sie hatten dann eineinhalb Stunden Zeit, um das Auto zu identifizieren und die Bombe zu entschärfen. Wir hatten aber sowieso nicht vor, zu der Aktion viel zu sagen, weil kurz danach der Text von AD und uns rauskam und die Aktion auch so eindeutig verstanden worden wäre, nach Haig, Ramstein, Kroesen und der ganzen Mobilisierung gegen die NATO in Westeuropa.

Frage: Zum Hungerstreik hat es national und international eine starke Mobilisierung gegeben. Was denkt ihr dazu?

Antwort: Wir haben noch keinen genauen Überblick über alles, was gelaufen ist. Aber sicher kann man sagen, daß es jetzt einen festen Boden gibt, von dem wir weiter ausgehen können. Das Starke war ja, daß viele Gruppen und einzelne aus den verschiedenen Widerstandsbewegungen – auch in anderen europäischen Ländern – mit den Gefangenen zusammen gekämpft haben. Und: Es war die erste Offensive von Gefangenen, Widerstand und westeuropäischer Guerilla. Diese Erfahrungen müssen jetzt, als bewußter Schritt auf die westeuropäische Front zu, weiterentwickelt werden.

Frage: Und was heißt das konkret, wie geht es weiter?

Antwort: Zu den Überlegungen überall, »wie es weitergeht«, können wir so allgemein nichts sagen. Es sind ja konkrete politische und vor allem praktische Fragen, die wir nur konkret beantworten, lösen können. Das ist aber keine Diskussion für die Zeitung. Also vor den Augen der Bullen. Da kann man die politischen Grundlagen erarbeiten, aber die wichtigsten, also die praktischen Fragen nicht! Daß sich aus dem, was jetzt die neue Grundlage ist – wie die Gefangenen gesagt haben: die Einheit des Widerstands als praktische und politische Erfahrung, die wir uns zusammen erobert haben, und der qualitative Sprung der revolutionären Kämpfe in den NATO-Staaten in die westeuropäische Dimension – die Zusammenhänge und Strukturen entwickeln, die jeder einzelne und der ganze Widerstand braucht: Strukturen, in denen Subjektivität freigesetzt wird; in denen die praktischen Schritte von realem Boden aus von denen zusammen gemacht werden, die jetzt die gemeinsame Vorstellung haben, oder das wollen – am Angriff orientiert –, wo der Staatsschutz keinen Fuß drin hat. Wir meinen die innere Seite des Widerstands: also autonom: illegale Organisierung der Front.

Frage: Das heißt also, daß es für Leute eine Möglichkeit ist, sich autonom illegal zu organisieren, um mit euch in der Front zu kämpfen, so wie man das aus der Erklärung der Genossen, die die Aktion in Bonn gegen die »mission technique«[253] gemacht haben, rauslesen kann; die bezeichnen sich dort als »illegale Militante«?

Antwort: Nein, das heißt mehr. Was ihr sagt, ist nur ein Ausschnitt. Der ganze Gedanke von Front geht aus von Selbstbestimmung, von der Macht unabhängige politische und praktische Organisierung des Angriffs für die eigenen Ziele. Wir sagen: Der Handlungs- und Entwicklungsraum der Front ist illegal. Es gibt kein Schema oder den »großen Plan«, weil Front nur als praktischer offener Prozeß möglich ist. Die, die im Zusammenhang Front kämpfen, oder das wollen, organisieren sich so, wie sie es brauchen: orientiert an der Praxis, die sie wollen, als Funktion für sie – ansonst nichts; und das

253 Am 30.12.1984 wurde die Technische Rüstungsmission in Bonn angegriffen. In der Erklärung heißt es: »Für uns ist Illegalität der Handlungsraum, aus dem heraus revolutionäre Politik nur wirksam sein kann. Und sie ist der Entwicklungsraum für unseren eigenen Prozeß.«

umfaßt alle Ebenen. Es geht um die Entscheidung jedes einzelnen. Für diese Genossen, die die Aktion in Bonn gemacht haben, war es der richtige Schritt aus ihrem subjektiven Prozeß und ihrer praktischen Vorstellung. Wir können da nicht allgemein drüber reden – abstrakte Debatten über »Illegalität« sind sinnlos. Ob das eine Möglichkeit ist für einzelne: »illegale Militante« wird sich in der konkreten Auseinandersetzung mit denen klären, die das für sich wollen, an ihrer Praxis.

Anschlag auf die Rhein-Main-Air-Base

Erklärung vom 8. August 1985

Die Strategen des imperialistischen Krieges in Washington, Brüssel, Bonn, Paris ... werden von hier aus nicht länger vom gesicherten Einsatz ihrer Militärmaschine und der ruhigen Planbarkeit ihres Krieges ausgehen.

Wir haben heute mit dem Kommando George Jackson die Rhein-Main-Air-Base angegriffen.

Proletarischer Internationalismus ist das fundamentale Bewußtsein für den revolutionären Kampf in den Metropolen: er ist die Identität der Ausgebeuteten und Unterdrückten im weltweiten Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals und das Wissen, daß das Ziel der völligen Zerschlagung des imperialistischen Systems erst dann real wird, wenn diese Perspektive auch in den Zentren seiner Macht eröffnet ist. Das heißt: wenn wir die imperialistische Bourgeoisie hier mit den Zielen der Revolution konfrontieren, die politisch-militärischen Angriffe gegen ihre Machtstrukturen verschärfen und ihr so die Basis zerstören, auf der sie sich durch Kriege, kapitalistische Umstrukturierung und Repression – als Mittel zur Lösung ihrer umfassenden Krise – zum alles beherrschenden Gesamtsystem aufrichten will.

Die westeuropäische Guerilla entwickelt im Angriff die Strategie, die die punktuellen und partiellen Kämpfe gegen die Lebensrealität im imperialistischen System als Prozeß des Kampfes um Befreiung faßt, die Massenantagonismen in der politischen Bestimmung und in der Praxis des revolutionären Kampfes vereinheitlicht und daraus die Front des Befreiungskrieges hier aufbaut.

Die revolutionäre Bewegung in Westeuropa muß ihren Kampf heute auf eine neue Stufe bringen, indem sie die Diskussion und Organisierung der Offensive gegen den imperialistischen Apparat in allen seinen politischen, ökonomischen und militärischen Verzweigungen und auf allen Ebenen vorantreibt.

Die imperialistische Maschine holt zur Offensive aus. Der »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« soll der politische Konsens zwischen den imperialistischen Staaten für militärische Operationen gegen Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt sein und als Propaganda der psychologischen Kriegsführung für Denunziation und Spaltung funktionieren: »die von Moskau Gesteuerten«, »die religiösen Fanatiker«, »die, denen es viel zu gut geht« usw. – um in den Metropolen Akzeptanz für ihre Ausrottungsstrategie zu erreichen und zu verhindern, daß sich die Unterdrückten hier im Kampf der Guerilla wiederfinden. Und wenn Reagan in Straßburg vor dem Europaparlament »ein Europa von Lissabon bis Moskau« propagiert, so ist das die Formulierung des Kriegszieles der Bourgeoisie: der Einbruch in die Sowjetunion – ihr Traum seit 1917.

Kein Mittel ist ihnen zu dreckig, um sich die Bedingungen für militärische Interventionen und Vergeltungsanschläge – wie sie aktuell gegen Nicaragua und die Kämpfe im Libanon geplant werden – zu schaffen: geheimdienstlich gesteuerte Terroraktionen (Bombe im Frankfurter Flughafen, Irland, Tokio ...) sollen die Bevölkerung zur Duldung dieses »schmutzigen Krieges« (Shultz) zwingen und ein politisches Klima schaffen, in dem alles möglich ist. In ihrer Anstrengung, den Antagonismus auszulöschen, wollen sie keine Grenze kennen. Der Zuspitzung der weltweiten Konfrontation zwischen Revolution und Imperialismus und der Tatsache, daß sich die Kämpfe an allen Abschnitten – so auch dem westeuropäischen – vereinheitlichen, kann die imperialistische Bourgeoisie nur die Verschärfung ihrer Projekte und die beschleunigte Formierung zum funktionierenden Gesamtsystem entgegenstellen.

Aber der Preis für ihre offen militärische Linie ist, daß sich der internationale Klassenkrieg in der Dialektik der Kämpfe auf verbreiterter und höherer Stufe weiterentwickelt. Jede strategische antiimperialistische Aktion und Offensive verändert das gesamte Kräfteverhältnis für die Seite der Revolution, treibt den Zerrüttungsprozeß des imperialistischen Staatensystems weiter.

Die internationale revolutionäre Front kann die Kräfte des Imperialismus zersplittern, sie ist die konkrete Perspektive für den Sieg über die imperialistische Maschine.

Die Rhein-Main-Air-Base – größter Militärfrachtflughafen der US-Streitkräfte außerhalb der USA – ist eine Drehscheibe für Kriege in der 3. Welt von Westeuropa aus; konkret läuft der Transport von US-Interventionstruppen und ihrem militärischen Gerät in den Mittleren/ Nahen Osten und nach Afrika darüber. Die 435th Tactical Airlift Wing, Teil des Military Airlift Command, ist integriert in die Kommandostruktur der Schnellen Eingreiftruppe (RDF). Von hier aus wurde der Transport französischer und belgischer Fallschirmjäger nach Shaba 1978 organisiert, 1980 der Überfall der Yankees im Iran,[254] jetzt während der TWA-Entführung[255] der Transport von Spezialeinheiten in den Nahen Osten. Die Air-Base ist ein Geheimdienstnest: Hier stehen Computer, Flugzeuge, Hubschrauber für Einsätze der Special Forces bereit. Der Großteil an Nachschub und Versorgung aller in Westeuropa, Mittel-/Nahost und Afrika stationierten US-Truppen läuft über die Air-Base. Zugleich soll sie »Einfallstor nach Europa« für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten im Osten sein.

Die Air-Base – für deren militärstrategischen Zweck der Bau der Startbahn West unverzichtbar war – steht aber auch für den langen, zähen Kampf einer Widerstandsbewegung, ihre Konfrontation mit dem geballten staatlichen Gewaltapparat und den Einkreisungsmanövern der reformistischen Linken – und ihre Erfahrung: daß der Kampf für Lebensbedingungen – gegen Zerstörung, Ausbeutung, Entfremdung im imperialistischen System – nicht zu trennen ist von der Entwicklung revolutionärer Ziele und Gegenmacht und daß der Imperialismus nur als einheitliches System zu begreifen und

254 Im Frühjahr 1980 versuchten die USA, die Geiseln in der US-Botschaft in Teheran militärisch zu befreien. Die Spezialeinheiten blieben jedoch mit ihren Hubschraubern in der Wüste stecken.

255 Am 14. Juni 1985 entführte ein palästinensisches Kommando in Athen eine TWA-Maschine mit 143 Passagieren. Während die Maschine mehrere Tage zwischen Algier und Beirut hin- und herpendelte, erschoß das Kommando einen US-Marinetaucher. Nach der Landung in Beirut wurde eine Gruppe von 40 amerikanischen Passagieren noch mehrere Wochen festgehalten. Im Austausch entließ Israel 700 politische Gefangene.

zu bekämpfen ist.

»Niemals vor der ungeheuren Dimension der eigenen Ziele zurückschrecken!«

Unite dans le combat
Pour la revolution internationale!.
Einheit im Kampf
Für die Weltrevolution!

RAF & Action Directe

Zur Aktion gegen die Rhein-Main-Air-Base und die Erschießung von Edward Pimental

Erklärung vom 25. August 1985

Die Bestimmung der Aktion war, eine Schaltstelle der US-Militärmaschine Zentrum der imperialistischen Kriegsführung – aus der Funktion zu bringen.

Das heißt: materiell gegen ihre Kommandozentrale oder ihr militärisches Gerät (falls es gegen das HQ aus irgendeinem Grund nicht möglich gewesen wäre) und die, die diese Maschinerie zum Funktionieren bringen – also gegen die Air-Base und alle Soldaten, die im HQ oder sonst irgendwo »ihren Job machen«. Tatsache ist, daß jeder dort heute schon den Transport von US-Interventionstruppen in den Mittelmeerraum und/oder den Nahen Osten organisiert – als wir die Aktion gemacht haben, war das »Bright-Star«-Manöver kurz vor dem Abschluß, und die ersten Truppen mit ihrem Gerät wurden bereits über die Air-Base zurückverlegt; während der TWA-Entführung flog ein Killerkommando der Delta Force für die geplante militärische Lösung Richtung Naher Osten – oder als Soldat direkt zum Einsatz geschickt wird, z.B. die Spezialeinheiten der Air-Force, die auf der Air Base stationiert sind.

Die Air-Base in ihrer Funktion als Drehscheibe des imperialistischen Krieges und Geheimdienstzentrum sieht unmittelbar in der Konfrontation zwischen internationalem Befreiungskampf und Imperialismus – die Krieg ist – und damit alle Soldaten, die dort sind.

Der internationale Klassenkrieg hat sich seit Vietnam in der Dialektik der Kämpfe so weit entwickelt, daß wir die Eskalation des revolutionären Krieges in der Metropole heute für uns bestimmt haben als Angriff der westeuropäischen Guerilla.

Im Angriff des Stadtguerillakommandos der FMLN gegen US-Marines in San Salvador, der Entführung der TWA-Maschine durch die »Organisation der Unterdrückten der Welt« im Libanon und jetzt im Angriff gegen die Air-Base durch ein gemeinsames Kommando von Action Directe und uns ist die Perspektive der internationalen antiimperialistischen revolutionären Front auf neuer Stufe real geworden: Sie kann die Kräfte des Imperialismus zersplittern und einen neuen Durchbruch für den weltweiten Prozeß der Befreiung erkämpfen.

Nur in dieser Schärfe der Konfrontation wird es real: Befreiungskrieg, Kampf für den Kommunismus in der westeuropäischen Metropole.

In diesem Prozeß ist es eine wesentliche Aufgabe und Möglichkeit der westeuropäischen Guerilla, die Funktionsfähigkeit der imperialistischen Militärmaschine hier im Zentrum zu stören, die Planbarkeit und Kalkulierbarkeit ihres Einsatzes unmöglich zu machen.

Wir haben Edward Pimental erschossen, den Spezialisten für Flugabwehr, Freiwilliger bei der US-Army und seit drei Monaten in der BRD, der seinen früheren Job an den Nagel gehängt hat, weil er schneller und lockerer Kohle machen wollte, weil wir seine ID-Card gebraucht haben, um auf die Air-Base zu fahren. Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick auf sie. Nach Vietnam, Libanon, Grenada und der offiziellen Einführung der Air-Land-Battle-Doktrin, der Offensivstrategie für Blitzkriege in der 3. Welt und Angriffe gegen die sozialistischen Staaten im Osten, muß jeder GI begreifen, daß er dafür bezahlt wird, Krieg zu führen, d. h. alle müssen begreifen, daß Krieg ist – und sich entscheiden.

Natürlich geht es nicht um einen durchgeknallten Anti-Amerikanismus, wie die Counter-Propaganda das streut. Worum es geht, ist der praktische Begriff des internationalen Klassenkriegs für die Entwicklung des revolutionären Prozesses in der westeuropäischen Metropole.

Die militärischen Basen, Einrichtungen, Kommandostellen der US-Streitkräfte, der NATO sind Kriegsgebiet.

Interview mit der RAF

Aus der Flugschrift »zusammen kämpfen«, September 1985

Frage: Ihr wißt, daß es zur Air-Base-Aktion und zur Erschießung des GI Pimental sehr kontroverse Diskussionen und Kritik gab und noch gibt. Vor allem habt ihr den Bullen Raum gelassen, um ihre Propaganda gegen die Aktion hochzuziehen.

Antwort: Es war sicher ein Fehler, daß wir die zweite Erklärung nicht mit der ID-Card zusammen losgeschickt haben. Wir sind davon ausgegangen, daß die, die die Aktion verstanden haben, das zusammenbringen.

Frage: Warum habt ihr die Karte überhaupt losgeschickt?

Antwort: Eine irre Frage, wirklich, als wenn's hier um einen »Privatkrieg RAF – Pimental« geht.

Frage: Aber es war ein neuer Schritt, den ihr nicht erklärt habt.

Antwort: Er hat seine Bestimmung aus den veränderten nationalen und internationalen Bedingungen. Die Aktionen gegen die Headquarters in Heidelberg, Frankfurt und gegen Haig, Ramstein, Kroesen hatten mit ihrer Zielbestimmung wesentlich auch die Funktion, politisches Bewußtsein über den militärisch funktionierenden US-Imperialismus und so den Kampf dagegen zu schaffen. Von dieser Grundlage, die der antiimperialistische Kampf hier geschaffen hat, gehen wir aus. Der Schritt nach vorn, die Eskalation, die der imperialistischen Eskalation entspricht, ist die Erweiterung des Angriffs in die Tiefe und die Verzweigung der militärisch-politischen Position der US-Macht hier.

Denn wenn sie hier die strategische Drehscheibe perfekt machen wollen, um die Vernichtungsmaschine loszulassen oder mit dieser Übermacht alles, was sich ihrer Herrschaft widersetzt, politisch zu erdrücken, dann muß ihnen die Sicherheit zerstört werden, daß die Maschine, wenn sie sie einsetzen wollen, so glatt funktioniert, wie sie es dann brauchen. Im Angriff auf die Position der US-Macht hier ist auch immer das Fundament des BRD-Staates getroffen, denn unter der Absicherung durch das US-Militär – und nur durch sie – kann dieser Staat seine eigenen machtpolitischen Interessen verwirklichen. So muß die Bestimmung dieser ganzen Angriffslinie – die eine zentrale Linie für den antiimperialistischen Kampf hier ist – sein.

Frage: In der Erklärung sagt ihr: »Es geht um den praktischen Begriff des internationalen Klassenkrieges für den revolutionären Prozeß in der westeuropäischen Metropole« – was ist damit genau gemeint?

Antwort: Der praktische Begriff des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des revolutionären Prozesses hier und seiner internationalen Dimension: dem internationalen Klassenkrieg; wir meinen das Bewußtsein, daß revolutionäre Politik, die auf diesen Prozeß hier aus ist, sich an diesem Zusammenhang orientieren muß, weil es für uns keine andere Perspektive gibt als die Zerrüttung und Umwälzung des imperialistischen Systems im internationalen Klassenkrieg. Das war für viele aus der Erfahrung im letzten Winter und jetzt in der aktuellen Situation: El Salvador, Libanon – die Kämpfe auf den Philippinen, in Südafrika ... – so greifbar wie noch nie. Wir wollten das in der Aktion genau auf den Begriff bringen, um den es hier jetzt geht: den Widerstand zur Schärfe der wirklichen Situation entwickeln. Zugleich sind die Befreiungsbewegungen weltweit mit einer neuen, blutigen Offensive des US-Imperialismus konfrontiert. Gegen diese Strategie entwickelt sich revolutionäre Strategie: als Eskalation des politisch-militärischen Angriffs gegen diese Kriegsmaschinerie und alle, die militärisch in diesen Krieg verwickelt sind. Für den revolutionären Widerstand muß es in allen Initiativen, Kampagnen, Angriffen um die Verstärkung und Erweiterung der politischen und militärischen Handlungsfähigkeit der Front gehen. So war's für uns nach der Aktion auch ganz anders: uns nervt die Diskrepanz zwischen unseren Mitteln und dem Ausmaß der imperialistischen Zerstörung und Ausrottung.

Frage: Was heißt »alle, die in diesen Krieg verwickelt sind«?

Antwort: An der Air-Base wird das doch sehr klar: Die Soldaten dort halten die Maschinen, Computer, Waffen für Interventionen einsatzfähig, fliegen zum Teil selbst in den Mittelmeerraum und den Nahen und Mittleren Osten. Die Fakten sind bekannt. Und die sollen, nur weil sie in Frankfurt stationiert sind, nicht direkt im Krieg sein, hier quasi ihren »friedlichen Ruheraum« haben? Eine comandanta der FMLN hat es gesagt: »Das kann nicht sein!« Eben.

Frage: Meint ihr, denen ist das bewußt? Die meisten haben eher so 'ne Haltung, das sie ihren Job machen und schon nichts passieren wird.

Antwort: Aber das ist unmöglich. Die, die in El Salvador sind, machen auch »ihren Job« und erzählen dir vielleicht, daß sie dort sind, um die Russen aus Mittel- und Südamerika rauszuhalten. Viel mehr denken sich die meisten wohl nicht. Das ist diese Söldnermentalität von Killern. Deshalb haben wir das gesagt: Vietnam, Libanon, Grenada, Air-Battle-Doktrin usw. – heute freiwillig in eine Armee zu gehen, die, wie jeder weiß, offen und verdeckt Krieg führt und ihre gesamte strategische Planung auf die Möglichkeit des militärischen Sieges ausrichtet, und zu denken »man kommt schon drumrum, lockerer Job usw.«, dafür ist die ganze Entwicklung zu weit. Das muß jeder begreifen.

Und es ist die Erfahrung aus allen Befreiungskämpfen: Die Soldaten des Feindes begreifen durch die Aktion der revolutionären Guerilla. Anders nicht. Rogers[256] sagte auch schon, daß eine der schlimmsten Auswirkungen der Aktionen gegen die US-Streitkräfte in Westeuropa die »Demotivierung der Soldaten« ist.

Frage: Aber es ist doch ein Unterschied zwischen den beiden Toten auf der Air-Base und dem GI. Die Bestimmung der Aktion, wie ihr das jetzt noch mal gesagt habt, trifft so nicht auf den GI zu. Das ist doch ein Widerspruch?

Antwort: Nein. Grundsätzlich ist das Verhältnis zwischen uns und ihnen Krieg. Wir haben seine Karte gebraucht, sonst hätten wir die Aktion nicht machen können. Wir sagen natürlich nicht daß wir jetzt jeden GI, der um die Ecke kommt, erschießen – oder daß andere Genossen das tun sollten. Man kann es nur in der konkreten Situation, an der politisch-praktischen Bestimmung des Angriffs klären. Das heißt: Es ist eine taktische Frage. Es ist doch so, daß es ganz bestimmte Gründe gibt, die die US-Regierung von einer Intervention in Nicaragua abhalten. Der eine ist, daß sie da eine Ausweitung und Eskalation der Kämpfe in der ganzen Region auf sich zukommen sehen, was die Sandinisten, die FMLN und auch die Guerilla in Guatemala klar gesagt haben – und der andere, daß sie damit rechnen müssen, in den Metropolen mit der Zuspitzung der Widersprüche, vor allem aber mit der Verschärfung des Widerstands und Angriffs konfrontiert zu sein. Sie sind sich überhaupt nicht sicher, ob sie das durchhalten. Da ist es materiell, wenn wir von zunehmender Gleichzeitigkeit der Kämpfe und der gemeinsamen Wirkung, die sie objektiv jetzt schon erreichen, reden. Das Bewußtsein wächst – tendenziell in allen Befreiungskämpfen –, daß es keine andere Strategie geben kann als die der Entwicklung der internationalen revolutionären Front, die der Zerrüttung, des imperialistischen Gesamtsystems im Prozeß der Weltrevolution. Wir sehen das ganz direkt: Das ist die Bewegung des internationalen Klassenkrieges. Und »ungeheure Dimension« meint genau das: sich aus der eigenen Lage kämpfend in diesen Krieg zu stellen, darin den Kampf, sich selbst zu bestimmen. Viel von der Unsicherheit und Kritik jetzt ist Ausdruck der eigenen Distanz zur Wirklichkeit des Krieges.

Frage: In der Erklärung sagt ihr, daß eine »Organisation der Unterdrückten der Welt« die TWA-Maschine entführt hat. Wißt ihr mehr über die Kämpfe im Libanon?

Antwort: Nichts Genaues, aber jedenfalls das: daß es antiimperialistische Kämpfe sind, die eine wichtige Funktion für die Durchkreuzung der Weltbeherrschungspläne des Imperialismus, für die Zersplitterung seiner Kräfte haben. Was die schiitischen Bewegungen betrifft – da gibt es ja krasse Unterschiede. Zum Beispiel Berri[257] und Teile der Amal-Milizen, die die Massaker in den Palästinenserlagern gemacht haben; Berris Politik ist eingebunden in die imperialistischen Pläne zur »Befriedung des Libanon« – wofür die Liquidierung des bewaffneten palästinensischen Kampfes eine Bedingung ist. Andere kämpfen gemeinsam mit libanesischen und palästinensischen Widerstandsgruppen gegen Zionismus und Imperialismus. Die Flugzeugentführer haben gesagt, daß sie zu keiner der Organisationen gehören, die in den Medien für die Entführung verantwortlich gemacht worden sind – Jihad Islamique, Amal, Hisbollah. Die Aktion, die Forderungen waren politisch richtig und stark. Sie haben den aktuellen imperialistischen Projekten im Libanon einen Strich durch die Rechnung gemacht, den US-Imperialis-

256 Rogers, US-General, war Nachfolger von Alexander Haig als NATO-Oberbefehlshaber und Kommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa.

257 Nabih Berri, Chef der schiitischen Amal-Miliz im Libanon, war gleichzeitig »Justizminister« und Minister für Südlibanon. Die Amal ist hauptsächlich ein Instrument zur Vertretung syrischer Interessen im Libanon, während die christlichen Milizen (Phalangisten) tendenziell Israel unterstützen und beide Parteien konsequent Palästinenser und Linke bzw. moslemische, libanesische Gruppen unterdrücken.

mus und Israel ins Zentrum der Konfrontation gerissen und gezeigt, daß »der US-Imperialismus strategisch ein Papiertiger ist« – daß die Gefangenen freigelassen werden mußten, die Imperialisten keine militärische Lösung wagen konnten, ist ein Sieg für den antiimperialistischen Kampf. Aber klar: Die Inhalte, um die es in den islamisch-fundamentalistischen Bewegungen geht, haben mit uns, mit unserer Politik nicht viel zu tun. Man muß hier die objektive Wirkung ihrer Kämpfe begreifen. Darüber hinaus ist es eine Sache der arabischen revolutionären Bewegung. Was soll das, von hier zu urteilen?

Wir wollen hier noch was sagen: In vielen Flugblättern reden Genossen vom »Zusammenschluß RAF – Action Directe«. Das vermittelt so was wie »organisatorisch-logistisch« – was es nicht gibt. Genausowenig wie es ein europäisch-draufgesetztes Zentralkommando gibt, das irgendwelche Direktiven und Aktionslinien beschließt. Wir lehnen das ab, und es ist auch politisch unmöglich. Die westeuropäische Front der Guerilla kann nur realer Prozeß sein. In der Diskussion geht es um den gemeinsamen Begriff der Lage in den westeuropäischen Metropolen und ihren internationalen Zusammenhang – für die politisch-strategische Einheit. Und natürlich, wo das möglich ist, um gemeinsame Praxis – das ist das Ziel, und deshalb sind die Diskussionen von Anfang an konkret, praktisch. Action Directe und wir gehen von der Perspektive für den revolutionären Prozeß in Westeuropa aus, von der Notwendigkeit und Möglichkeit, den Prozeß der revolutionären Umwälzung hier im Rahmen des internationalen Klassenkrieges zu bestimmen und zu organisieren: als authentischen Prozeß aus der Lage in der westeuropäischen Metropole. Die konkrete Bestimmung der politisch-militärischen Aktion entwickelt jede Gruppe aus ihrem eigenen Prozeß, ihren Bedingungen und integriert in die Bewegung des Widerstands im eigenen Land.

Frage: Aber es gibt doch ziemlich starke politische und praktische Unterschiede zwischen den Guerillagruppen?

Antwort: Wir werfen uns keine ideologischen Prügel zwischen die Beine. Wo die Diskussion gewollt wird, ist sie natürlich offen, am Ziel orientiert – sonst hat sie keinen Zweck. Ideologische Differenzen sind ohne Bedeutung, wenn sie nicht zu politischen werden. Wir sagen, daß die Unterschiede, besonderen Bedingungen usw. angesichts der enormen Möglichkeiten für den revolutionären Prozeß in der westeuropäischen Metropole – dessen Motor und Kern die kommunistischen Guerillagruppen sind – kein Gewicht haben. Daß die Identität im Ziel, im Kampf die Differenzen übersteigt.

An die, die mit uns kämpfen

Erklärung vom Januar 1986

Wir sagen heute, daß die Erschießung des GIs in der konkreten Situation im Sommer ein Fehler war, der die Wirkung des Angriffs gegen die Air Base und so die Auseinandersetzungen um die politisch-militärische Bestimmung der Aktion, wie der Offensive überhaupt, blockiert hat. Es ist klar: den GI zu erschießen, war ein Schritt zur Eskalation, der selbst strategische Qualität hat – weil er bedeutet, den Krieg gegen den US-Imperialismus zu verschärfen in dem Sinn, daß für uns alle Angehörigen der US-Streitkräfte an jedem Ort und zu jeder Zeit militärische Angriffsziele sind. Diesen Schritt mit »praktischer Notwendigkeit« zu begründen, ist politisch unmöglich, weil er nur aus einer umfassenden politischen und strategischen Bestimmung kommen kann, was aber heute nicht der subjektiven Entwicklung des Widerstands und der objektiven Situation hier entspricht.

So ging es bei der Bestimmung des Angriffs gegen die Air-Base ganz präzise um den Schritt die Zentren, Basen der US-Kriegsmaschine und diejenigen Truppen, die unmittelbar im Krieg zwischen Revolution und Imperialismus stehen, anzugreifen – also die Interventions- und Spezialtruppen, die offene und verdeckte militärische Operationen gegen den Befreiungskampf in der 3. Welt vorbereiten und durchführen. Die Soldaten, die in der 3. Welt massakrieren.

Diese Widersprüchlichkeit in den Bestimmungen mußte wie ein Klotz in allen Diskussionen wirken, hat die Orientierung der Aktion verwischt und so natürlich – verstärkt dadurch, daß wir die ID-Card losgeschickt haben, ohne was dazu zu sagen – der Staatsschutzpropaganda und auch einem Haufen Arschlöcher in der Linken die Munition geliefert für ihren Versuch, den Widerstand an der Erschießung des GIs zu spalten, unseren Fehler gegen die Einheit der revolutionären Front, in der der Widerstand und wir uns im Winter einen entscheidenden Schritt weitergebracht haben, auszuspielen.

Daß der Knoten sich löst, an der Offensive wichtige und vorwärtstreibende Auseinandersetzungen laufen, zeigt, wie weit der Prozeß der Einheit schon ist, und auch, wie notwendig die gemeinsame Auseinandersetzung sind die Vermittlung der Politik ist – wo wir selber besser werden müssen.

Wir wollen hier noch mal was sagen zu unserer Bestimmung der Aktion gegen die Air-Base – und in diesem Zusammenhang auch zum Angriff gegen die Shape-School in Oberammergau.

Wir haben diese Angriffe entwickelt, um den Widerstand hier, in Westeuropa, an dieser Angriffslinie voranzubringen: US/NATO-Militärstrategie, für deren Blitz- und Atomkriegsplanungen Westeuropa strategisches Zentrum ist. Es ging um die Kontinuität und Weiterentwicklung der Angriffe gegen die Militärstrategie auf der Grundlage des quantitativ und qualitativ gewachsenen Widerstands in

der BRD und Westeuropa gegen sie. Das Bewußtsein hat sich im Widerstand durchgesetzt: Die Militärstrategie ist das äußerste Mittel der Politik der imperialistischen Staatenkette, auf die alle politischen, ökonomischen und sozialen Mittel abgestimmt sind, sie bestimmt die gesellschaftliche Entwicklung in den NATO-Ländern und ist das gewaltsame Korsett, in dem die Bündelung der Staatsapparate, die ökonomische Weltmarktstrukturierung und darin die Krisenlösung hier, die imperialistische Formierung – kurz: die imperialistische Gesamtkrise in einer Offensive zur Wiederherstellung ihrer Weltherrschaft gelöst werden soll.

Dagegen hat sich der Widerstand quer durch Westeuropa und vor allem in der BRD in seinen politisch-militanten Kampagnen und im Zusammenwirken mit den Angriffen der Guerilla eine starke Kraft erobert, sind die ersten realen Schritte zur Einheit des antiimperialistischen Kampfes in Westeuropa gemacht. Von dieser Stärke sind wir ausgegangen – als dem subjektiven politischen Boden hier für den Sprung nach vorn in der Eskalation des Angriffs. Die imperialistische Formierung ist am weitesten entwickelt in der Militärstrategie. Was sie wollen, ist ein flexibles Kriegskommando, um den Krieg an allen Fronten gleichzeitig führen zu können; dafür werden die NATO-Offiziere an der Shape-School ausgebildet und auf diesem Niveau ihrer Formierung der Angriff bestimmt.

Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsstrategie ist unsere unmittelbare materielle Funktion und unsere Möglichkeit im internationalen Befreiungskrieg:

Die revolutionäre Front in Westeuropa kann die Maschine, die sie in und aus den Zentren ihrer Macht hochziehen und losjagen wollen, blockieren und in diesen Kampf Bewußtsein und neuen Widerstand gegen das System, dessen Wesen Vernichtung ist, schaffen.

Wir haben den Angriff gegen die Air-Base aus dem konkreten Kräfteverhältnis bestimmt, das in der Reaktion der imperialistischen Kette auf die Offensive im Winter evident geworden ist.

Es war die Reaktion des Gesamtsystems auf die Eröffnung der revolutionären Front in Westeuropa.

Aus der Dialektik der Kämpfe, dem strategischen Durchbruch der westeuropäischen Guerilla im Zusammenhang und in einer Wirkung mit dem neuen Aufbruch des Widerstands hier, der Einheit von Widerstand, gefangenen Guerilla und dem Sprung der Kämpfe in den NATO-Staaten in die westeuropäische Dimension – und weil sie politisch kein Projekt mehr haben, mit dem sie die Metropolengesellschaft gegen die Reife des imperialistischen Systems, umgestürzt zu werden, halten können – waren sie gezwungen, sich offen zu machen und zu reagieren als Gesamtsystem. Das gegen den revolutionären Widerstand gemeinsam liquidatorisch, nach militärisch konzipierten Linien handelt.

Die NATO-Krisenstäbe waren das Zentrum, in dem die Entscheidungen gefallen sind. Die Intervention von Shultz bei den westeuropäischen Regierungen, die hektischen Reisen Spadolinis in seiner Funktion als Europarats-Vorsitzender in dieser Zeit, die Erklärungen der NATO-Botschafter und die von Soares, Mitterand, Kohl ... waren der politische Ausdruck dafür, daß die westeuropäischen Regierungen sich auf der Linie der amerikanischen Strategie – Prävention und Vergeltung gegen den internationalen revolutionären Kampf vereinheitlicht hatten. Die Umsetzung dieser gesamtimperialistischen Räson hier war die Entscheidung, Gefangene zu ermorden, um dem politischen Sieg der Front einen harten Schlag zu versetzen.

Das war für uns die subjektive und objektive Situation, aus der wir uns entschieden haben, den nächsten Angriff gegen die US-Militärstrategie – als dem Kern ihrer reaktionären Formierung und ihrem politischen Ausdruck: die vereinheitlichte Staatspolitik der imperialistischen Kette gegen den revolutionären Kampf in Westeuropa und der 3. Welt – zu machen.

Weil es diese Strategie und diese einheitliche Machtstruktur ist, mit der der Widerstand, die revolutionäre Front hier direkt zusammenstößt – und das Niveau, auf dem die Konfrontation unumkehrbar angekommen ist.

Die Entwicklung des konterrevolutionären Kriegs hier seit dem Winter macht das vollkommen klar: Die Linie der psychologischen Kriegsführung gegen den Widerstand – »Terror auf den Straßen«, »200 legale RAF-Mitglieder«, »die 4 Ebenen der RAF«, »RAF in der Hafenstraße«[258] usw. – und gegen die Guerilla – »kriminelle Mörder/Tiere/Pest« – ist ihr Versuch, den revolutionären Widerstand zu denunzieren und politisch von der Bevölkerung abzuschotten, um ein Klima zu schaffen, in dem sie freie Hand haben für alle repressiven Maßnahmen. In diesem Zusammenhang steht auch, daß in den Medien absolut kein Wort mehr rüberkommen soll über die Ursachen und Ziele des Widerstands, sondern nur noch »Terror und Blut«; daß nicht mehr über den Mord an Günther Saré[259]geredet wird, sondern über den »Mob auf der Straße« und den »neuen Terrorismus« oder – wo es aktuell als Spitze läuft – nicht mehr über die Massaker der Imperialisten am palästinensischen Volk, sondern über »blutrünstige Wahnsinnige«, wenn die Kämpfer den Krieg dahin zurücktragen, wo er geplant und politisch abgesegnet, die Zionistenarmee mit Waffen eingedeckt wird.

Sie wollen durch ihren psychologischen Krieg bei den Menschen in den Metropolen Identifikation dafür erzwingen, daß alle, die gegen den Imperialismus kämpfen, für vogelfrei erklärt und zur Vernichtung »freigegeben« werden; der eskalierende Bullenterror gegen den Widerstand – bis zum gezielten Anschlag und

258 Komplex ehemals besetzter Häuser am Hamburger Hafenrand. Nachdem seit 1980 über legale Mietverträge und Untermietverhältnisse die zum Abriß freigegebenen Hauser wieder bewohnt wurden, stellt der Senat 1982 ein Ultimatum wegen der seiner Meinung nach »schleichenden Besetzung«. Daraufhin erklären die Bewohner die Häuser für besetzt, wegen des Wahlkampfes wird trotz Ultimatum nicht geräumt, sondern es werden Nutzungsverträge bis 1986 ausgestellt. 1985 eröffnet der Hamburger VS-Chef Lochte eine Kampagne gegen die Hafenstraße mit der Behauptung, die Häuser seien von der RAF unterwandert. 1985 und 1986 kommt es zu mehreren politischen Großeinsätzen der Polizei gegen die Bewohnerinnen und Bewohner.

259 Günther Saré wurde am 28. September 1985 am bei einer antifaschistischen Kundgebung gegen die NPD in Frankfurt am Main von einem Wasserwerfer überfahren. Die beiden Polizisten wurden freigesprochen.

Mord – Hunderte Ermittlungsverfahren, Massenverhaftungen; die Projekte des Staatsschutzes, mit denen er Schritt für Schritt die permanente Kontaktsperre gegen die Gefangenen durchsetzen will, indem die Identität und der Kampf der Gefangenen kriminalisiert wird (»RAF im Knast«/»Hungerstreik ist eine RAF-Aktion«) – und damit alle, die mit ihnen kämpfen.

Der ganze Terror ist Ausdruck der politischen Agonie des imperialistischen Systems in der Krise – das gegen den revolutionären Kampf politisch schon verloren hat und nur noch gewaltsam versuchen kann zu verhindern, daß revolutionäre Politik sich hier weiter verankert. Sie wissen, daß, wenn die Front sich hier und in Westeuropa weiter durchsetzt – zu politisch-militärischer Handlungsfähigkeit kommt und in den Auseinandersetzungen zwischen Widerstandsbewegungen und Staat zur Orientierung wird – Risse in ihrem Formierungsprojekt entstehen, die zur wirklichen Friktion werden können und so das westeuropäische Zentrum erschüttern. Von dieser Möglichkeit gehen sie seit dem Winter aus – daß der politisch-praktische Prozeß der westeuropäischen Front sich durchsetzt, in der längeren Wirkung, neuen Bestimmungen, sich weiter festigen und erweitern kann. Aus diesem Einschnitt handeln sie.

Die Front kann die faschistischen Vorstöße des Staates nur brechen, indem sie sie auf allen Ebenen und an allen Abschnitten des Kampfs mit dem Begriff der Schärfe der realen Konfrontation angreift.

Für uns ging es nach dem Winter auch darum, am Kern der Erfahrungen anzupacken: daß die Defensive durchbrochen, die Einheit des Widerstands möglich wird in der politischen Bestimmung und Praxis des revolutionären Kampfes – der Orientierung revolutionärer Politik; daß es der Kampf selbst ist, der mobilisiert und anzieht, der Entscheidungen, Sprünge möglich macht und den Weg zeigt für alle, die anfangen, Widerstand zu leisten gegen einzelne Projekte des Staates.

Und im Winter ist auch klargeworden, wie der Widerstand mit dem Reformismus fertig wird: Da, wo revolutionärer Widerstand die durchschlagende Orientierung ist, muß jeder Reformismus zerplatzen, sich zeigen als das, was er ist: Krisenmanagement gegen die Radikalität der Umwälzung, die in allen Auseinandersetzungen zwischen Widerstand und Staat hier aktuell geworden ist. Die Reformisten haben denen, die sich in ihrem Protest und Widerstand ernst nehmen, nichts mehr zu sagen. Ihre »Alternativen« – ob grün, rot-grün oder der Sumpf der Linksalternativen – sind unglaubwürdig geworden und werden in jeder Konfrontation, in jedem Zusammenstoß Widerstand/Staat mehr zerrieben. So werden die Reformisten immer mehr begriffen als das, was sie schon immer waren: Funktion für die Erhaltung des Herrschaftssystems, vorgeschobener Posten des Staates in den Massenbewegungen – ihnen geht es allein darum, den Widerstand in den Staat zurückzuholen und die Menschen in der ohnmächtigen Erfahrung festzupressen, daß man einfach nichts machen kann gegen den faschistischen Staat – gegen den totalen Machtanspruch des Systems, das die Fragen, die ihm an die Substanz seiner Macht gehen, zur gemeinsamen Staatsräson erheben muß, weil es politisch nichts mehr in der Hand hat. Keinen Spielraum und keine Kohle mehr für »mehr Demokratie und Mitbestimmung, mehr Lebensqualität« usw. – sondern Bullen, BGS, Wasserwerfer, Observation, Verhaftungen, Knüppel, Kontrolle.

Das sind die Erfahrungen, die für viele in den Widerstandsbewegungen in den Konfrontationen der letzten Jahre gelaufen sind – und aus diesen Erfahrungen wächst die mögliche Nähe zu revolutionärer Politik. Das ist der politische Boden, auf dem die Dialektik von Guerilla, Widerstand und Massenantagonismen in den Metropolen entsteht und neue Möglichkeiten für die weitere Verankerung revolutionärer Politik freisetzt.

Der Prozeß der Umwälzung läuft über die Kontinuität der Angriffe oder gar nicht.

Wir wollten nach dem Winter die Front aus den veränderten subjektiven und objektiven Bedingungen im praktischen Prozeß weiterbringen – d. h. uns das, was die Front sich hier und in Westeuropa erkämpft hat, und die Reaktionen der imperialistischen Bourgeoisie darauf, als neuen Ausgangspunkt für den Kampf aneignen und daraus die politisch-militärische Offensive bestimmen. Zusammen mit denen, die das aus ihrem subjektiven Prozeß wollten – Bewußtsein der eigenen Stärke auszugehen und das Erreichte zu festigen und weiterzuentwickeln; damit anzufangen, die Diskussionen für den Prozeß der Strategie gemeinsam zu führen und eine neue Qualität politisch-militärischer Organisierung der Front zu erreichen: in der Bestimmung der Inhalte und Ziele des revolutionären Kampfs hier, seiner praktischen Initiativen, und im Aufbau selbstbestimmter, kollektiver Strukturen für den Kampf, den Schritt nach vorn zu machen – und so auch den ewigen Kreislauf von Aufbruch – Abfuck in Resignation, Entschlußlosigkeit, Vereinzelung – und wieder alles von vorne – zu durchbrechen.

Sicher, die Offensive war noch schwach, und wir haben Fehler gemacht. Aber in ihr waren schon neue Möglichkeiten enthalten, wie sich der praktische Zusammenhang zwischen dem militanten Widerstand und uns entwickeln kann. Wir sagen nicht, daß die Offensive alle Fragen, die im Widerstand und natürlich auch für uns zu klären sind, beantwortet hat. Das ist aber nie so.

Wie sich der revolutionäre Prozeß hier entwickeln kann, kriegen wir sicher nicht nach der Devise »eins nach dem anderen« raus, sondern nur im Angriff selbst: in der Zerstörung der imperialistischen Macht und dem Aufbau unserer revolutionären Gegenmacht – ihren politischen Bestimmungen, ihren konkreten Strukturen, ihrem Kampf. Und immer durch den subjektiven Sprung derer, die kämpfen.

Widerstand – wie wir ihn bestimmen, zielt und orientiert auf die Zerschlagung des Systems.

Er zielt auf den praktischen Umsturz der realen gesellschaftlichen Verhältnisse, die radikale Umwälzung der Lage in der Metropole Er hat radikale Veränderungen jetzt, die Wiederherstellung der vollen Dimension des Menschen in den Beziehungen der Kämpfenden, die revolutionären Ziele in jeder Initiative in sich –

und nur so sind sie wahr. Nur im Kampf, der radikal mit allem bricht, was die Menschen immer wieder in die tödliche Mühle des Systems zurücklenkt, der zeigt, daß und wie es möglich ist, das System in die politische Krise zu stürzen – indem er den Bruch des Konsens materiell macht und dem faulenden System die politische Basis, die letzten Momente von Legitimität/Attraktivität zerstört, auf denen es sich weltweit auf neuer Stufe reproduzieren will – kann und wird sich revolutionäre Politik hier durchsetzen.

Die praktische Entwicklung des Widerstands selbst macht es einfach klar: der Schritt, der jetzt kommen muß, ist die intensive konzentrierte Auseinandersetzung zwischen denen, die die bewußte Entscheidung getroffen haben, in der Front zu kämpfen – oder die das wollen – darum, wie der revolutionäre Kampf hier weiterentwickelt, organisiert zur Wirkung gebracht werden kann. Um von diesem Boden aus sich selbst, die Praxis zu bestimmen und die konkreten Bedingungen für die politisch-militärische Offensive zu schaffen.

Das ist das unmittelbare Ziel jetzt – wie es gleichzeitig die Bedingung dafür ist, daß mehr Menschen, die sich gegen einzelne Projekte des Staates wehren, im revolutionären Kampf die Perspektive für sich sehen und selbst anfangen. Darin entwickelt sich ein politisches, praktisch-kritisches Verhältnis zu allen, die, egal wo, anfangen Widerstand zu leisten. Das ist was anderes als die Vorstellung, »die Massen« von oben zu belehren – was immer heißt, sich das Volk zum Objekt zu machen, anstatt selbst Subjekt, d. h. Antagonist des Systems zu sein und durch den eigenen Kampf Politisierungsprozesse in Gang zu setzen. Die, die kämpfen wollen, müssen sich von allen trennen, die sich nur immer wieder zurückziehen (Reformisten, Opportunisten, Schwätzer).

Daß der Prozeß der Front nicht bruchlos und hier jetzt nicht massenhaft läuft – ist klar. Er hat aber jetzt schon durch seine praktischen Initiativen, in denen es für jeden sichtbar um den Bruch mit dem Herrschaftssystem, Kampf um Befreiung geht, mobilisierende Wirkung und Anziehungskraft, und erreicht politische Wirkung in der konkreten Konfrontation gegen den Staat, das sich formierende Gesamtsystem.

Die Keime und Formen der revolutionären Macht entstehen im Prozeß des revolutionären Kampfs.

Selbstbestimmung, Kollektivität gibt es nicht außerhalb vom Kampf, sondern nur, indem sie der Macht abgerungen und die Mauern zwischen den Menschen eingerissen werden – als Prozeß des Aufbaus proletarischer Gegenmacht, die gegenüber der gesellschaftlich organisierten Macht und Repression des Kapitals unabhängig ist, die sich in jedem Moment die Freiheit und die konkreten Bedingungen schafft, um ihre Ziele und Interventionen durchzusetzen, so Kontinuität und Kraft entwickelt.

Dieser Prozeß ist nur möglich und lebt durch die Entscheidung und Anstrengung jedes einzelnen, der sich über das gemeinsame Ziel: die Zerschlagung des Systems und die revolutionäre Umwälzung – in den Zusammenhang der Front

stellt, in der ganzen Konsequenz, als ganzer Mensch.

Dieser subjektive Sprung ist das Entscheidende, von dem abhängt, wie weit die Front hier kommt.

Das ist zugleich der Boden, auf dem sich alle zusammenfinden, die aus ihrem subjektiven Prozeß und der gemeinsamen politischen Bestimmung zu praktischen Vorstellungen kommen, sich die Bedingungen ihrer Handlungsfähigkeit schaffen, illegales Bewußtsein entwickeln, lernen, sich, den Kampf zu organisieren und sich in allem was sie denken und anpacken, als Teil des Ganzen, der Front – bestimmen und darin handeln.

Organisierung, wie wir sie begreifen, ist bestimmt für den Kampf, den offenen Prozeß derer, die kämpfen; ihre subjektive Entwicklung, ihre Sprünge und immer neuen Entscheidungen nach vorn. Selbstbestimmung und die volle Verantwortlichkeit jedes einzelnen sind an jeder Stelle des Kampfes hier von Anfang an substantiell.

Es ist absolut sinnlos für den Kampf, jetzt nach dem großen strategischen Plan zu suchen – wir werden ihn jedenfalls nicht ausbreiten oder über Räterepublik und Moral philosophieren. Dabei kommt nur raus, daß man den eigenen Boden unter den Füßen verliert, auf dem man lernen muß zu laufen.

Es geht immer um subjektive Aktion. Wille, Politisierung, bewußte Entscheidung – Politik. Das wollten wir auch mit der Aktion im Sommer: daß jeder sein eigenes Verhältnis klärt, den Bruch vertieft, sich selbst in diesem Krieg bestimmt und das Bewußtsein für die Konfrontation schärft. Und wir sagen: Genau das ist gelaufen.

Uns war klar, daß unsere Entscheidung zur Eskalation im Sommer in der Aktion gegen die Air-Base nicht sofort und von allen im Widerstand als richtiger und notwendiger Schritt der Front begriffen wird, daß wir damit Diskussionen anstoßen, Genossen sich – so oder so – entscheiden, wie sie sich in diesem Krieg bestimmen – und daß alle Widersprüche, unterschiedlichen Vorstellungen über die Entwicklung der Front aufeinanderknallen. Aber wir waren uns sicher, daß die subjektive Entwicklung hier so weit ist, daß unser Sprung möglich ist – nicht nur aus der ganzen objektiven Lage hier und international verdammt notwendig; und daß es nur gut ist, die ganzen Fragen, »was die Front will« und wie es weitergeht nach dem Winter – jetzt weiterzubringen.

Natürlich haben wir durch unsere Fehler: nicht genauer politisch klarzumachen, wie wir den Angriff bestimmt haben, und durch das Schweigen zu dem GI, so daß keiner mehr wissen konnte, ob es eine Counter-Aktion war – die Auseinandersetzungen sehr schwer gemacht und Debatten ausgelöst, die so überhaupt nicht Sache sind.

Wir haben am Anfang die Widersprüche nicht begriffen. Vor allem hatten wir nicht damit gerechnet, daß die Neutralisierungsfesseln im Widerstand noch so festsitzen, die der Staat durch seine Counterkampagnen erzwingen wollte – vor allem ’82, gegen die starken militanten Aktionen, die überall in der BRD gegen die

US-Macht gelaufen sind. Man darf keine GIs angreifen – was dann so stehengeblieben ist, und was bei manchen so weit geht, daß sie die US-Streitkräfte einer Klassenanalyse unterziehen. Dazu sagen wir: Diese Frage hat das international kämpfende Proletariat längst entschieden. In Lateinamerika, Südostasien, im Nahen Osten. . . und hier auch.

Viele wollten von uns nur die totale Selbstkritik, und wir waren wütend, wollten nicht glauben, daß das die wirklichen Fragen sind. Ausdruck dafür ist das Interview, das in der Situation nicht anders sein konnte: Wenn Leute zusammen reden, die sich gegenseitig nicht ticken, ist eine Klärung unmöglich, ist alles nur fremd. Wir hätten das lassen sollen, denn es ist klar, daß wir dieses Verhältnis selbst absolut nicht wollen. In dem Moment hatten wir kurz aus dem Auge verloren, daß es viele gibt, die nur darauf gewartet haben, endlich richtig zu hetzen oder ihren eigenen Rückzug zu legitimieren, daß es auf die gar nicht ankommt, sondern auf die Genossen, die hier kämpfen wollen und wir mit ihnen ihre Widersprüche und Fragen klären – um die Einheit zu stärken.

Wir sind oft gefragt worden, warum wir diesen Schritt – die Soldaten auf der Air-Base anzugreifen – überhaupt gemacht haben, welche Wirkung und Perspektive das haben kann. Es ist eine konkrete Frage, wie der revolutionäre Widerstand die imperialistischen Staaten und den US-Imperialismus als aggressivsten Faktor daran hindern kann, ihre Ausrottungsstrategien von hier aus in Ruhe zu planen und durchzuführen; d. h. wie wir sie politisch so unter Druck setzen, daß ihre Pläne blockiert sind, bevor sie sie ausführen.

Westeuropa ist zum Zentrum der imperialistischen Kriegsführung geworden. Zusätzlich zu der Tatsache, daß hier die Kommandozentralen und die logistische Basis für den atomaren und konventionellen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Nahost und die sozialistischen Staaten im Osten sind, muß der revolutionäre Widerstand davon ausgehen, daß hier auch Teile der Truppen stehen, die jederzeit im Nahen Osten, in Südostasien und Afrika intervenieren und die Völker massakrieren. Nach den veränderten Einsatzplanungen des Pentagon, haben Teile der in Westeuropa stationierten US-Truppen eine Doppelfunktion: Sie sind nicht mehr allein Stoßtrupp gegen den Osten, sondern zugleich dem »Central Command« (das die Einsätze der RDF dirigiert) und dem »Fusion« für Einsätze in der 3. Welt unterstellt. Die Entlastung der US-Militärmaschine durch die »europäische NATO-Säule«, konkret hier: die Fusion der westdeutschen und französischen Streitkräfte als Bedingung für die Freisetzung von Truppen in Westeuropa, die dann in der 3. Welt eingesetzt werden können, ist ein – militärischer – Grund für die Eile, mit der die Militärstrategen auf die Fähigkeit zusteuern, gemeinsam den Krieg an allen Fronten führen zu können.

Und heute schon Truppentransporte über die Air-Base Ramstein; die Kriegsflotte in Neapel, 4 000 Soldaten, die Luftwaffe und Delta Force in Siconella, die bereitstehen um gegen den arabischen Befreiungskampf loszuschlagen; Special Forces in Frankfurt, Stuttgart, Ramstein, Berlin, Bad Tölz für Einsätze in der 3. Welt und gegen den Widerstand hier; Teile der RDF in Berlin (von der gleichen Einheit, die im Nahen Osten stationiert ist und von denen 250 Soldaten in Neufundland das Ende gefunden haben, das sie verdienen) usw.

Die Fähigkeit, Krieg zu führen, ist für sie kaum eine technische Frage. Die Mittel haben sie, und darin werden sie uns, wie allen Befreiungsbewegungen, immer und bis zum Schluß überlegen sein. Befreiungskrieg ist keine Materialschlacht. Für uns geht es immer um die politische Wirkung, die der militärische Angriff entwickelt – gegen sie, und indem er neuen Kampf erzeugt.

Wir haben gesagt (Mai '82):

Die Auseinandersetzung hat sich nach Vietnam von einer Konfrontationsstellung – Zentrum des Befreiungskrieges, Front und Hinterland, zu einer Linie hin verschoben, die quer durch jeden Abschnitt, jeden Kontinent, jedes Land geht. Weil jeder Abschnitt aus seiner Bedeutung im Gesamtsystem zum Auslöser des Einsturzes des Kräfteverhältnisses werden kann – und so tendenziell zur Front des Befreiungskriegs.

Das ist der Prozeß, in dem die imperialistische Macht zersplittert wird – durch die Tendenz zur Vereinheitlichung der Kämpfe an allen Abschnitten der gemeinsamen Wirkung, die sie heute schon erreichen – und dem wachsenden Bewußtsein, daß die Befreiung vom Imperialismus nur möglich wird im Zusammenwirken der revolutionären Kämpfe weltweit.

Indem die Front hier angreift, erschüttert sie die Handlungsfähigkeit des Gesamtsystems, zersplittert seine Kräfte – und in der Dialektik der Entwicklung des Kampfs auch seine militärische Macht. Hier im imperialistischen Zentrum – aus dem sie die politische Kraft, die ökonomische Potenz und militärische Übermacht für ihre globale Offensive herausziehen müssen – bedeutet Zersplitterung heute, gegen zentrale Projekte ihres Formierungsprozesses und ihrer strategischen ökonomischen und militärischen Konzeption zu intervenieren, um sie zu blockieren, bevor sie realisiert sind – sie politisch zu brechen, die Konzentrierung und Zusammenballung ihrer ökonomischen und militärischen Macht zu verhindern.

Es ist einfach die Frage, wie weit wir nach vorn kommen oder wie weit sie nach vorn kommen.

Die Front hier kann verhindern, daß sie die politischen und militärischen Voraussetzungen dafür schaffen, den Krieg an allen Fronten zu führen. Wenn wir sagen: militärische Interventionen in der 3. Welt – dann meinen wir damit die von den Imperialisten finanzierten, ausgebildeten Contra-Banden in Nicaragua, Angola, Moçambique ...; die Angriffe gegen den palästinensischen und libanesischen Widerstand, die Bombardierung der Lager; den Einsatz von Terrorkommandos der Special Forces gegen die Guerilla weltweit; den schmutzigen Krieg dieser Bestien gegen die kämpfenden Völker, die Bomben gegen die Bevölkerung; die Massaker in Kurdistan, die der türkische Staat gemeinsam mit der NATO organisiert. Also der Krieg, der heute die Realität ist – auch ohne die »große« Intervention – zu der sie als Mittel jederzeit greifen werden, wenn der revolutionäre

Kampf und Widerstand in der 3. Welt und den Metropolen ihnen nicht die politisch-militärische Grenze setzt.

Es kann für uns heute nicht darum gehen, die Kräfte des Imperialismus militärisch zu binden. Das ist – aus der Schwäche, die der revolutionäre Widerstand hier noch hat und der militärischen Potenz der NATO – absurd.

Militante Angriffe gegen die US-/NATO-Infrastruktur sind deswegen wirkungsvoll und richtig, weil sie den Imperialisten materiell die Sicherheit zerstören, daß ihre Maschine, wenn sie sie einsetzen wollen, so reibungslos funktioniert, wie sie es dann brauchen, und wenn sie sich hier in ihren militärischen Einrichtungen belagert fühlen müssen, weil sie überall angegriffen werden, ist das nur gut. Das trifft die Soldaten selbst und die Strategen des Kriegs ins Mark. Die Planung, Kalkulierbarkeit des Einsatzes ist für ihre Kriegspläne einfach unentbehrlich – genauso wie »motivierte Soldaten«. Deshalb haben Angriffe auf dieser Linie strategische Qualität – nicht weil der Widerstand ihnen alle technischen Mittel zerstört.

Die FMLN sagt: »Wenn wir davon reden, den US-Imperialismus zu treffen, reden wir von seinen Leuten, nicht von seinen Maschinen und nicht von seiner Technologie – denn es sind seine Leute, seine Moral und die Sache, die sie verteidigen, die entscheidend sind, ob sie den Krieg verlieren oder gewinnen.«

Das ist auch unsere Bestimmung wie die jeder Guerilla und jeder kämpfenden Front, die egal wo und aus welchen spezifischen Bedingungen gegen den US-Imperialismus kämpft.

Dabei ist das Ziel unserer Aktion nicht – und kann nicht sein –, daß sie hier jetzt abziehen. Hier zieht keiner ab. Die Entwicklung wird vielmehr so sein, daß US-Militärs hier das Kommando übernehmen, wenn der BRD-Staat so erschüttert ist, daß er nicht mehr handlungsfähig ist. Worum es geht, ist, sie hier mit antiimperialistischer Politik, revolutionärem Kampf zu konfrontieren – weil es das ist, was Verunsicherung im gesamten Militärapparat schafft und die Soldaten demoralisiert: daß sie an keinem Ort der Welt mehr sicher sind vor den Angriffen der revolutionären Guerilla; daß sie weltweit mit der gleichen Entschlossenheit und Moral konfrontiert sind, sich nirgendwo mehr in Ruhe zurückziehen, ausruhen, auf ihre Einsätze vorbereiten können. Es ist eine Illusion – wirklich: Kitsch – zu glauben, daß den Soldaten ihre Funktion nicht klar ist. Daß sie das wegschieben, darauf spekulieren, daß nicht sie (sondern ihr »Kollege«) zum Einsatz müssen – ist ihr Problem. Tatsache ist, daß sie es jederzeit machen werden – bis auf die, denen jetzt klar geworden ist, daß der Krieg läuft – und sie auf der Seite des Todfeindes der Menschheit stehen. Sie müssen desertieren. Das andere ist, daß es natürlich enormen Druck auf die US-Regierung und ihre Militärpolitik bewirkt, weil der Bevölkerung in den USA immer klarer wird, daß der US-Imperialismus weltweit Krieg führt und genau so und genau deswegen angegriffen wird. Angriffe gegen die US-Streitkräfte zielen also immer auch auf die Widersprüche gegen die Kriegspolitik! – Und mit jedem Angriff wird die Propaganda mehr zerstört,

mit der jede US-Regierung jeden Krieg und jede Aufrüstung legitimiert: daß »Vietnam, Grenada, Mittelamerika, der Nahe Osten, Westeuropa vor den Russen gerettet werden muß« – und wird deutlich, daß es nie um die Interessen der Menschen, sondern um die des US-Kapitals geht – daß der US-Imperialismus weltweit der Hauptfeind der Völker in ihrem Kampf um Selbstbestimmung, Befreiung ist.

An den Reaktionen des BRD-Staates auf die Angriffe gegen die US-Macht hier wird zugleich seine Interessenidentität und eine seiner zentralen Funktionen seit '45 – Herrschaftssicherung im Zentrum im Interesse des US-Kapitals – offen. Für die militärische US-Präsenz hier eine Bedingung – wie sich umgekehrt die »Brauchbarkeit« jedes Regimes zuerst daran mißt, wie es die US-Strategie hier und in Westeuropa durchsetzen und ihr reibungsloses Funktionieren sichern kann.

Bei der Bestimmung der Offensive im Sommer ging es um die politisch-praktische Orientierung der Front an dieser Angriffslinie, den Schritt nach vorn im Angriff gegen die Militärstrategie. Den Feind demoralisieren, den Apparat erschüttern, die Kriegsmaschinerie stören, sabotieren – aus der Funktion bringen.

Die Weiterentwicklung der Praxis der Front an dieser Linie ist zentral – aber nicht alles. Angriffe gegen die US-/NATO-Militärstrategie und gegen den imperialistischen Staat sind zwei operative Linien einer antiimperialistischen, internationalistischen Strategie in der Metropole – an denen sich die Kämpfe hier weiterentwickeln werden. »Das System« ist nur zu brechen, indem die Front die konkreten aktuellen Projekte der imperialistischen Strategie bricht. Man darf das System nicht als starren Block denken – wie es jeder hier als ewig quälende Wirklichkeit sein Leben lang erfährt – sondern als notwendig eskalierende Bewegung, als Politik, als Strategie.

AD und wir haben das Kommando nach George Jackson benannt, weil er für uns, wie für alle, die in den Metropolen kämpfen, Orientierung ist. Er ist als Jugendlicher wegen eines Überfall auf eine Tankstelle zu »unbegrenzter Dauer« Knast verurteilt worden und hat sich, im Gefängnis isoliert – aus der totalen Defensive, in die der Staat jeden zwingen will, der sich seinem absoluten Machtanspruch verweigert – politisiert und im Zusammenhang des Aufbruchs in den Metropolen, dem starken Widerstand gegen den Krieg in Vietnam eine wichtige Funktion gehabt. Zäh, nicht mehr abzubringen, entschlossen, auf Leben und Tod zu kämpfen, hat er sich revolutionäre Identität erkämpft und gegen den permanenten Terror der Bullen bewahrt, ist Kader der Black Panthers geworden und Beispiel für den antiimperialistischen Widerstand in den USA und Westeuropa. Er verkörpert den Bruch in der Metropole, den Kampf im »Herzen der Bestie« und die Einheit des revolutionären Widerstands in den Metropolen.

Wir haben gesagt: Proletarischer Internationalismus ist das fundamentale Bewußtsein für den revolutionären Kampf in den Metropolen. Er ist die Identität der Ausgebeuteten und Unterdrückten im weltweiten Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals und das Wissen, daß das Ziel der völligen Zerschlagung des imperia-

listischen Systems erst dann real wird, wenn diese Perspektive auch in den Zentren seiner Macht eröffnet ist. Das heißt: wenn wir die imperialistische Bourgeoisie hier mit den Zielen der Revolution konfrontieren, die politisch-militärischen Angriffe gegen ihre Machtstrukturen verschärfen und ihr so die Basis zerstören, auf der sie sich durch Kriege, kapitalistische Umstrukturierung und Repression – als Mittel zur Lösung ihrer umfassenden Krise – zum alles beherrschenden Gesamtsystem aufrichten will. Die westeuropäische Guerilla entwickelt im Angriff die Strategie, die die punktuellen und partiellen Kämpfe gegen die Lebensrealität im imperialistischen System als Prozeß des Kampfs um Befreiung faßt, die Massenantagonismen in der politischen Bestimmung und Praxis des revolutionären Kampfes vereinheitlicht und daraus die Front des Befreiungskrieges hier aufbaut.

Jeder, der hier anfängt zu kämpfen, erfährt es oder kann es erfahren: die Lebensbedingungen hier – Metropolenrealität – ist bestimmt von den vereinheitlichten Kapitalbewegungen der internationalen Monopole, der vereinheitlichten Strategie der imperialistischen Bourgeoisie zur Lösung der globalen politischen, ökonomischen, sozialen Krise des Systems; ein System, das weltweit Dimensionen von Vernichtung, Ausbeutung, Verelendung – Herrschaft – Krieg produziert, die jedem Widerstand, Kampf für menschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen, für Selbstbestimmung und gegen imperialistischen Krieg nur die Wahl lassen, zum Begriff des Imperialismus als einheitlichem System und dagegen zum Bruch, zur Einheit im revolutionären Kampf zu kommen oder sich aufzugeben.

Wir bestimmen unseren Angriff aus der Entwicklung des Widerstands, dem Bruch hier, und der Bewegung des internationalen Klassenkriegs, dem globalen Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Imperialismus. Das ist, was wir unter proletarischer Identität und Strategie verstehen: von Anfang an als internationales Proletariat zu denken und zu handeln, uns im und für den internationalen Klassenkrieg zu bestimmen, d. h. die Rekonstruktion der Klasse in den Metropolen als Teil des Weltproletariats, der Klasse, die den Imperialismus stürzen wird, und der revolutionäre Krieg als der Weg, wie wir das imperialistische System zum Zusammenbruch bringen und die soziale Revolution als Weltrevolution durchkämpfen. Die revolutionäre Front in Westeuropa entwickelt sich als Teil, Abschnitt und Funktion der weltweiten Kämpfe, in deren Zusammenwirken das Ziel nur erreicht werden kann.

Den revolutionären Krieg führen, kämpfen heißt leben.

Die revolutionäre Front aufbauen

Erklärung von 1986

Wir haben die Offensive gegen die US-Militärmacht hier aus unseren Erfahrungen und Diskussionen während des Hungerstreiks entwickelt. Die Offensive im Winter '84/'85 war für uns selber der Bruch mit einer langen Phase der Defensive. Die Defensive, das war die Erfahrung der eigenen Orientierungslosigkeit in revolutionärer und antiimperialistischer Politik. Was sich ausdrückte in: einerseits endlosen Theorie- und Ideologiedebatten, Verbalradikalismus, Kleingruppenzirkel, sich selbst mehr über die eigene praktische und politische Vorstellung zu definieren, die nicht entwickelt war; was auf die Suche nach Unterschieden statt Gemeinsamkeiten rauslief, da das gemeinsame praktische Ziel nicht vor Augen war.

Und andererseits in dem Mitschwimmen und Anhängen an die Massenbewegungen, um mit ihnen und in ihnen unterzugehen; der Fehler aus der eigenen Schwäche die Stärke in der Quantität zu suchen und dabei die Erfahrung zu machen, daß das Propagandieren und Debattieren der Möglichkeiten der revolutionären Front in der Metropole bedeutungslos und hohl wird, für uns und die Menschen in den Bewegungen. Solange die Front nicht real wird und damit als konkrete Vorstellung erfahrbar und mobilisierend für viele.

Aus diesen Erfahrungen und dem Feeling, daß der ganze Aufbruch des militanten Widerstands seit '80 in punktuell aufflammenden Revolten steckenbleibt, letztendlich der Resignation verfallen muß, kam für uns die Entscheidung, sich auf die eigenen Füße zu stellen und im kollektiven Prozeß die politische und praktische Organisierung und Entwicklung der antiimperialistischen Front in die Hand zu nehmen.

Es war die Entscheidung gegen den ganzen persönlichen und politischen Abfuck, den resignativen und zerstörerischen Tendenzen: Alk, und die Wut gegeneinander oder sich selbst zu richten in endlosen Selbstanalysen der eigenen Drecksstrukturen, anstatt gegen die Ursache, diesen Staat und die herrschenden kaputten Verhältnisse und sich selbst im Kampf verändern.

Es war der Wille und die Entscheidung aus uns heraus zur politischen Vorstellung und zum gemeinsamen Angriff, Guerilla und Militante, zu kommen, aus dem existentiellen Bedürfnis nach einem anderen Leben, konkret die Macht und Kraft zu schaffen, um uns gegen den Staat hier und das ganze imperialistische System durchsetzen zu können. Das war für viele so, und daraus kam die Breite und Militanz des Angriffs gegen den Staat und die imperialistische Herrschaftsstrukturen während des Hungerstreiks.

Für uns hier und darüberhinaus hat der Winter mit seiner politischen Durchschlagskraft starke Erfahrungen gebracht und neue Möglichkeiten für die ganze weitere Entwicklung aufgerissen.

Wo der Anfang einer Bewegung da war, in der sich die Kämpfe in ihrer Vielfalt, auch Ungleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit, zusammenschieben und vereinheitlichen werden. National und international. Prozeß, der am gemeinsamen Ziel läuft, die soziale Revolution zu wollen, die radikale Umwälzung des Systems, weil vorher und anders kein Leben vorstellbar ist. Einheit im Angriff und Kampf gegen die Säulen der imperialistischen Macht: Staat, die Unterdrückungsmaschinerie der imperialistischen Staatenkette mit der NATO als Spitze, die faschistische Strategie der Schweine in den Metropolen und von hier aus in weltweiter Dimension.

Der Winter war vor allem auch die Erfahrung, daß in der Offensive jeder seinen Platz finden und selbstbestimmen kann, und an sich begrenzte Initiativen – Flugblatt, Veranstaltung, militante Aktion – im Rahmen und als Teil des politisch-praktischen Angriffs zur Wirkung kommen können, wenn sie politisch und praktisch zueinander bestimmt werden. Das war nach der Erfahrung der gesamten stumpf und wirkungslos gebliebenen praktischen Ansätze – von den vereinzelten militanten Aktionen, den punktuellen Mobilisierungen – die Orientierung, wie es laufen kann.

Für uns war es danach so, daß wir gemerkt haben, daß der erkämpfte Boden schnell wieder wegkippt, wenn wir nicht von ihm ausgehend zur Praxis kommen, die das ganze erweitert und weiterentwickelt. Wir sind von dem ausgegangen, was unsere Auseinandersetzung nach dem Streik war: die Front zu wollen und zu brauchen. Die Entwicklung zur politisch-praktischen Einheit Guerilla-Widerstand, die Erweiterung der Handlungsfähigkeit der Front ist unser Ding!

Daran sind wir im Sommer zusammengekommen, und unser Prozeß von Diskussion, Austausch und Organisierung ist an der Vorstellung losgegangen, gemeinsam zu kämpfen, unsere Möglichkeiten mit ihren in der gemeinsamen Offensive zusammenbringen. Klar gibt es Unterschiede, aber auf die kommt es nicht an, bestimmend und wichtig ist der Wille von jedem in der Auseinandersetzung, zu konkreten Vorstellungen zu kommen, wie die Entwicklung der revolutionären Front in der ganzen Bewegung der revolutionären Kämpfe hier und international laufen kann, wie sich durch den Angriff dadrin Prozesse, Sprünge, Dynamik erzeugt und wie sie in jeder Situation in der Zerstörung und Schwächung der imperialistischen Machtposition die eigene revolutionäre Macht schafft.

Wir haben da angefangen zu kapieren, daß das ganze Feld revolutionärer Politik in den Metropolen völlig offen und mit ungeheuren Möglichkeiten vor uns liegt und es jetzt direkt drauf ankommt, daß es grad auch vom Widerstand praktisch beackert wird. Metropolenstrategie, überhaupt revolutionäre Strategie, wird nicht als Programm und nicht in der ideologischen Auseinandersetzung entwickelt, sie entwickelt sich als praktischer Prozeß, in der Bestimmung von Schritten, Etappen, Linien, die sich immer neu und konkret aus der Situation bestimmen und durchkämpfen lassen. Und aus der Verarbeitung der authentischen Erfahrungen dadrin und der durch den Kampf veränderten Bedingungen und Möglichkeiten.

Wir, die revolutionäre Metropolenfront, haben die Macht, die von hier aus durchstartende Aggression der Imperialisten in Schach zu halten. Auf diese Möglichkeit der revolutionären Bewegung in Westeuropa innerhalb der gesamten internationalen Klassenkonfrontation zwischen Weltproletariat und imperialistischer Bourgeoisie sind wir aus.

Der globale Herrschaftsanspruch des Kapitals und seine Verwertungsstrategie bricht im Weltmaßstab am politisch-militärischen Kampf der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Das ist der Prozeß der Zerrüttung des Systems, der im Krieg der Befreiungsbewegungen auf den 3 Kontinenten begonnen hat und der sich heute in der Gleichzeitigkeit revolutionärer und antiimperialistischer Fronten – Mittelamerika, Südafrika, Philippinen, Westeuropa, Naher Osten, Südamerika – verschärft und beschleunigt.

Gegen diesen Einbruch läuft der Versuch der Imperialisten, ihre Machtposition weltweit wiederherzustellen. Gegen den Druck der Krise und der revolutionären Befreiungskämpfe quer durch alle Länder läuft die Formierung zum imperialistischen Gesamtsystem – die Konzentration aller Mittel in der Eskalation des imperialistischen Krieges an allen Abschnitten.

Weil sie anders nicht grundsätzlich durchgekommen sind, jetzt Staatsterrorismus und imperialistischer Krieg. Whitehead sagte vor kurzem bei seiner Antiterrorismus- Tournee: »Das Problem muß zertreten werden.«

Aus der ganzen historischen Entwicklung heißt es jetzt und für eine lange Phase ganz knallhart und in weltweiter Dimension: wir oder sie. Entweder die Schweine, wenn sie ihr System hinter ihrer terroristischen Kriegsoffensive neu aufrichten können, oder revolutionärer Durchbruch im Prozeß der Weltrevolution, der heute in der Bewegung zur internationalen Front des antiimperialistischen Klassenkrieges Gestalt annimmt. Die Internationale Front kann die Gewaltmaschinerie der imperialistischen Macht zersplittern und sie im langandauernden Prozeß des revolutionären Krieges endgültig zerschlagen. Uns ist das an den ganzen Erfahrungen und Tatsachen klargeworden, daß diese scharfe Polarisierung heute den Gang der Geschichte bestimmt. Wo es überall in der knallharten Konfrontation mit dem zu allen Verbrechen bereiten imperialistischen System um jeden Handbreit Boden für sie oder für uns geht und an jedem Abschnitt/Front weltweit. Der Sommer war für uns da Entscheidung und Einschnitt, daß wir in diesem frontalen Zusammenstoß zwischen Revolution und Imperialismus keinen Moment beiseite stehen wollen und mit unseren Möglichkeiten in diesen Krieg eingreifen wollen.

Die revolutionäre Front kann hier im Zentrum die Möglichkeit für den Durchbruch des weltrevolutionären Prozesses aufreißen, wenn sie die materielle und politische Grenze gegen Strategie, Planung und Verlauf des Rollback-Krieges im Zentrum ist.

Wenn die Schweine heute in der BRD und in Westeuropa die militärisch-strukturellen Bedingungen für das Losbrüllen der US-/NATO-Maschine schaf-

fen, dann geht es für uns in allem darum, den politisch-materiellen Angriff genau dagegen zu verschärfen und so die Planbarkeit ihrer Kriege zu verhindern. Wo sie die Formierung des westeuropäischen Blocks forciert anschieben, da werden wir im Angriff gegen die Projekte, Säulen und Schienen, über die es läuft, die Front in Westeuropa entwickeln, die da reinhaut. Wenn sie hier die politische Stabilität der Metropolengesellschaften als Bedingung für ihre Handlungsfähigkeit brauchen, dann reißt die Praxis der revolutionären Front neuen Widerstand auf und schafft im Angriff gegen die Projekte, über die der Staat die Ruhe erzwingen will, die Perspektive, den revolutionären Prozeß gegen den Faschismus durchzusetzen.

Das hat mit solidarischer und unterstützender Parteinahme für die Revolution woanders nichts mehr zu tun. In diesem Krieg geht es für uns um alles: um die Chance, uns mit unseren Zielen durchzusetzen; um die Perspektive: Sieg, Befreiung.

Der proletarische Internationalismus ist unsere revolutionäre Antwort auf die Tatsache, daß das internationale Kapital die Ursache unseres Elends ist. Das ist keine moralische Kategorie, sondern unsere Vorstellung von dem Weg, dieses System im internationalen Kampf gemeinsam zu besiegen. Diese Perspektive ist in der Tendenz zur Gleichzeitigkeit der revolutionären, antiimperialistischen Befreiungskämpfe weltweit historisch aktuell. Heute ist auf erweiterter Stufe aktuell, wovon Che einst träumte: »Wie glänzend und nah wäre die Zukunft, wenn zwei, drei, viele Vietnams auf der Oberfläche des Erdballs geschaffen werden könnten.« Der revolutionäre Krieg ist unsere Antwort und Entscheidung gegen die Wirklichkeit der imperialistischen Totschlagspolitik – in der Metropole genauso wie in der »3. Welt« –; wir wollen ihn, weil er unsere Möglichkeit ist zu siegen!

Der imperialistische Krieg in der Metropole ist längst unsere Wirklichkeit. Die ganze Politik des internationalen Kapitals, des imperialistischen Staats und seiner Apparate hat heute hier in allem den Zweck, national und international Widerstand zu vernichten und alle Bereiche durch den Staatsschutz zu besetzen, in denen er entstehen kann. Verwertbar machen für das Kapital, für den Markt, das heißt zu liquidieren, was nicht mehr für den kapitalistischen Zweck funktioniert oder nicht mehr gebraucht wird (in der Vernichtung von Millionen Menschen in der »3. Welt«, für die das Kapitalsystem keinen Platz mehr hat, ist das auf den Punkt gebracht), das läuft im Fitmachen der BRD und des westeuropäischen Staatenblocks für die militärische Aggression. Das ist die faschistische Vision einer von High-Tech durchstrukturierten, kontrollierten und versklavten Gesellschaft und dadurch »versöhnten« Gesellschaft. Und das ist die Umstrukturierung der Ökonomie, die ihr Streben nach Profit mit dem politischen Zweck, zu herrschen, verbindet. Von der Forschung bis zur Produktion ist alles an der Entwicklung von Kriegsmitteln orientiert. Am offensichtlichsten in der Rüstungsproduktion, aber auch in der Biochemie/Gentechnologie, der Mikroelektronik, der »Kommunikations«-Technologie usw.

In der Metropole, bei jedem von uns gibt es jetzt schon die Erfahrung von der

Zerstörungskraft ihrer »3. Industriellen Revolution« und ihrem Zweck und Wesen als Kriegsmittel. Die Vernichtung von Menschen und Leben, indem jeder denkbare Sinn, Inhalt und Gefühl im 24 Std. Tag des Imperialismus langsam und systematisch gekillt wird. Wenn wir Mensch nicht auf eine körperliche Hülse reduzieren und Leben nicht auf das bloße Funktionieren, dann ist das Massaker, die Massenvernichtung schon lange im Gang! Die Totalität des Krieges, von Anfang an und in jedem gesellschaftlichen Bereich.

Das fängt in greifbarer Zukunft vor der Geburt mit der Manipulierung der Gensubstanz an: dann Kindergarten, Schule, Fabrik, Uni, Eliteproduktion, Auslese durch und für das Kapital in der Produktion, Anhängsel ihrer Maschinen, Konsumterror, die Selbstvernichtung und Degeneration des Menschen zur Zielscheibe, zur Hülle, zur »Zielgruppe« für den Profit der Industrie, Marktlogik, Marketing, Marktstrategie. Überall die Atomisierung der Gesellschaft in vereinzelte isolierte Figuren im Konkurrenzkrieg.

Da ist nichts mehr, nur noch Scheiße, nur noch Zerstörung, Elend, Entmenschlichung und Sinnentleerung: Millionen Drogensüchtige, eine viertel Million Selbstmordversuche jährlich. Jetzt schon 10 000 Süchtige, deren Lebensinhalt (!) der Spiel- und Geldautomat ist. Millionen, die wie die Ratten im Laborkäfig isoliert im Wohnknast vor der »totalen Glotze« von innen her verfaulen. Sensorische Deprivation und Gehirnwäsche als gesellschaftliche Realität – die Schweine sagen: »Kommunikationsgesellschaft«. Das ist ja auch der Punkt: sie wollen uns alles nehmen, woran wir unsere Lage, unser Elend ticken könnten: Sprache, Geschichte, Kultur, selbst die nackten Tatsachen um uns rum. Die Fähigkeit, die Realität zu kapieren, den Stoff, aus dem die Reflexion über die Realität möglich wird. Orwells Weitblick ist da längst hinter den technischen Möglichkeiten und der stattfindenden Politik des Imperialismus zurückgeblieben. Dieser unblutige Krieg ist die Erfahrung von jedem hier, mehr oder weniger bewußt, und wir haben angefangen zu revoltieren und zu kämpfen. Am und im revolutionären Kampf, in der Entfaltung revolutionärer Macht, zerbricht diese faschistische Fesselung des Menschen, der Gesellschaft, und so wird es möglich, die Fähigkeit zu fühlen, zu denken und die Möglichkeit zur Selbstbestimmung zurückzuerobern, die eigene beschissene Lage zu erkennen und zu begreifen. Sie schließlich auf die Schweine und ihr System zurückzuführen. Daraus zum Bedürfnis und zur Entscheidung zu kommen, für die totale Umwälzung zu kämpfen, für seine eigene, des Staates hier, der ganzen globalen imperialistischen Wirklichkeit. Das ist unsere Erfahrung und unser Prozeß: von sich selbst auszugehen: davon, daß man hier nichts besitzt und nichts von dem will, was die Schweine einem hier im Austausch für das Leben bieten. Dagegen die Entscheidung für die Befreiung, den revolutionären Krieg immer neu am Ziel, für die Einheit, den revolutionären Prozeß von Aufbau und Zerstörung jetzt und sofort, an der eigenen konkreten Vorstellung und Initiative voranbringen.

Wir finden wichtig, an den Erfahrungen und Tatsachen jetzt zu begreifen, daß der Krieg überall im Imperialismus die Realität ist und die Bedingungen bestimmt

– »mit der Gesetzmäßigkeit einer Dampfwalze« (*AD*). Die Ermordung von Günther Saré, der Brandsatz in der Hafenstr., die Geheimdienstaktionen, die exzessive Anwendung des 129a in Bereiche rein, in denen Widerstand noch nicht revolutionär bestimmt ist, wie bei den militanten Tierschützern. Das dicke Paket der »neuen Notstandsgesetze« (*SZ*) zur Volksüberwachung und Kontrolle, die sie dieses Jahr durchpowern wollen, Rebmanns Konstrukt der Gesamt-RAF mit den 4 Ebenen, die für uns klarmacht, in welchem Umfang die operative Planung des Staatsschutzes läuft. Der Staat als Bullenterror gegen alle Widerstandsbewegungen: Wackersdorf, Gorleben, Startbahn. Da gibt es nichts dran mißzuverstehen, das ist die Richtung, wie es hier weiterlaufen wird.

Zu begreifen ist das ganze eben aus der ganzen Bewegung des internationalen Klassenkrieges, der zugespitzten Konfrontation zwischen imperialistischen Staatenblock und dem internationalen antiimperialistischen Befreiungskampf. Sie müssen den Boden für ihre globale Aggression gegen die Revolution in den Metropolen selbst schaffen – die militärische Infrastruktur, die technologischen und ökonomischen Mittel und vor allem die politische Stabilität in den Gesellschaften hier. Das heißt: Sie müssen hier vor allem herrschen! Deshalb reagieren sie auf jeden Ansatz antagonistischer Politik sofort und total als geballte SS-Macht, und gegen revolutionären Widerstand ist es ganz nackt: Liquidierungsstrategie.

In der Konfrontation im Winter und in der Diskussion danach ist es uns so nah gewesen wie noch nie, daß wir hier jetzt und von Anfang an mit der ganzen imperialistischen Macht konfrontiert sind. Im Streik war das konkret Shultz' Intervention: die NATO bestimmte die Richtlinien und die Politik, »entschied« sich für tote Gefangene, um der Entwicklung der Offensive des revolutionären Widerstands in der BRD und in Westeuropa die Spitze zu nehmen, zu demoralisieren und zurückzurollen.

Die repressiven und konterrevolutionären Maßnahmen des Staates laufen immer auf dem Niveau der internationalen Klassenauseinandersetzung. Jede revolutionäre Politik, die nicht von diesen Erfahrungen ausgeht, von diesem Niveau der Konterrevolution, und die eigene Praxis in dieser Dimension entwickelt hier, ist von Anfang an dazu verurteilt, überrollt und zerschlagen zu werden.

Das ist unser Begriff unserer Lage hier und von dem, was deshalb notwendig ist: gegen die Wirklichkeit der imperialistischen Vernichtungsstrategie überall in der Welt, hier in den Metropolen den revolutionären Befreiungskrieg entwickeln. Entscheidend dafür, wie weit sie mit ihrem Terror tatsächlich kommen, ist immer das konkrete Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Befreiungskampf. Die Entscheidung der Schweine läuft immer als Kosten-Nutzen-Rechnung. Wenn sie damit rechnen müssen, daß ihnen durch die Eskalation an einem Abschnitt oder durch die Durchsetzung eines Projektes mehr wegbricht als sie gewinnen – also als Folge revolutionärer Kampf auf neuer Stufe entsteht: in der Zuspitzung der Kämpfe in einer ganzen Region, in der Ausweitung und Vereinheitlichung der Kämpfe in einer ganzen Region, oder in der Eskalation des revolutionären Krieges international – dann lassen sie es erstmal, bis sie es anders einschätzen oder die politisch-militärischen Bedingungen geschaffen haben, mit denen sie glauben, die Konfrontation an allen Fronten im Griff zu behalten und so durchzuhalten. So läuft es im großen und kleinen, ob das die Invasion von US-Truppen in Mittelamerika ist, die Überlegung eines militärischen Angriffs auf Libyen oder die Entwicklung von Widerstandsstrukturen in der Hamburger Hafenstraße.

Aus dem Begriff der zugespitzten Konfrontation hier und international und mit dem Blick für unsere Möglichkeit, in der BRD/Westeuropa den Verlauf dieses Krieges mitzuentscheiden, haben wir die Offensive im Sommer bestimmt. Für uns geht es jetzt darum, die Offensive der revolutionären Metropolenfront gegen ihre konterrevolutionäre Strategie im Zentrum auf allen Ebenen zu erweitern und uns und den revolutionären Prozeß hier, auf neuer Stufe, zur Schärfe der wirklichen Situation zu bringen. Darum geht es hier immer: den revolutionären Prozeß, der nur auf dem Boden der Entwicklung hier, aus und gegen die authentische Metropolenrealität entsteht, den zusammenzubringen mit der Bewegung des internationalen Klassenkriegs.

Solange, wie dazwischen eine Kluft existiert, wird Befreiung vom Imperialismus für uns und in internationaler Dimension nicht real. Unsere Vorstellung und die eigene Orientierung von und in der Entwicklung der Front hier ist genau, diese Dynamik im revolutionären Kampf von Anfang bis Ende mit und durch uns anzuschieben und vorwegzunehmen. Die Entscheidung für den revolutionären Klassenkrieg wird hier nie als massenhafter einmaliger Sprung – »Jetzt ist Krieg« – laufen. Es wird immer der Bruch, die Entscheidung, der Sprung jedes Einzelnen aus dem eigenen authentischen subjektiven Prozeß sein. »Abzufordern« oder »hinzuzutreten« ist unmöglich. Die Aktion der Guerilla und der Front kann in der Bewegung des Widerstands vorangehen und dadurch den Horizont des Möglichen aufreißen. Das ist der einzige Weg, um Entwicklung/Auseinandersetzung/Bewegung zu schaffen und Sprünge in der Entwicklung des revolutionären Prozesses anzuschieben. Praktischer Ausdruck unserer Auseinandersetzung nach dem Winter und zum Sommer hin war der Wille, zum materiellen Angriff zu kommen. Klar, auf dem Niveau, was jeder von uns wollte und für sich selbst vorstellen konnte. Und insgesamt in eine Angriffslinie und Offensive von Guerilla und Widerstand integriert.

Durch die Fähigkeit zur gezielten Sabotage der US/NATO-Kriegsmaschine nehmen wir den Militärstrategen die Sicherheit, den Einsatz ihres Militärapparates von hier aus ungestört planen und durchziehen zu können. Wir setzen ihm dagegen vor die Nase, daß die Mobilisierung gegen den imperialistischen Krieg, die NATO, US-Interventionismus aus den vergangenen Jahren auf neuer Stufe materielle Gestalt bekommen kann. Weit über das hinaus, was hier in Westeuropa heute schon ist. Für uns war das auch ein Gedanke im Sommer: Wir wollten den Schweinen klarmachen, in welche Richtung es hier abgeht, wenn sie nach Beirut und San Salvador – egal, wo – eskalieren. Wir wissen, daß sie das vor allem genau

am Risiko überlegen und entscheiden, daß revolutionärer Kampf in den Zentren ihrer Macht daran auf neuem Niveau losbricht.

Die Gegenmacht ist immer die materielle Fähigkeit, in konkrete Entwicklungen – gegen sie und ihre konterrevolutionäre Planung und Strategie hier, und für uns und unsere Stärkung in jeder Beziehung. Die Erweiterung dieser Fähigkeit auf allen Ebenen – politisch und militärisch – ist Zweck und Ziel der revolutionären Front, nur dadrin entwickelt die Praxis der Front die politische Wirkung.

Wir wollen noch was zu der Erschießung von dem GI durch die Genossen des Kommandos George Jackson sagen, was ja ein Knackpunkt in der ganzen Diskussion nach dem Sommer war. Für uns selber war die Auseinandersetzung damit wichtig.

Wir denken, daß in den Diskussionen oft der Fehler gemacht wird, die Erschießung und das Verhältnis zu dem GI zu trennen von der Diskussion um die ganze politische Bestimmung des Angriffs auf die US-Armee und ihre Basen.

Für uns ist es so: Die US-Armee ist die Speerspitze, die vorderste Front im Krieg des Imperialismus gegen uns und die um Befreiung kämpfenden Völker. Die Yankee-Soldaten – die Personen – sind der Kern der US-Kriegsmaschine. Es sind die konkreten Figuren – ob Offizier oder einfacher Soldat –, von denen jeder einzelne seine speziellen und gleichzeitig unverzichtbaren Aufgaben hat: uns zu vernichten – in El Salvador, im Nahen Osten ... hier in der BRD, auch wenn hier die Konfrontation noch nicht so offen läuft. Bestes Beispiel ist da das Einrichten eines ständigen Krisenstabes von der US-Armee in Europa, besetzt mit US-Offizieren, zuständig für die Krisenherde Naher Osten und Westeuropa. Ob sie den Krieg planen, ob sie befehlen, uns killen oder dafür sorgen, daß die logistische Versorgung klappt: Zwischen ihnen und uns ist Krieg! Das ist die Realität und unser Verhältnis, das Verhältnis des internationalen Proletariats zu ihnen.

Klar gibt es in der feindlichen Gewaltmaschine potentielle Klassengegensätze, und die historische Erfahrung ist auch, daß diese sich im Verlauf des Krieges für die Schwächung des Feindes nutzen lassen. Die Genossen haben schon gesagt, daß historische Erfahrung auch ist, daß die Soldaten des Feindes erst dann beginnen nachzudenken, sich zu entscheiden, wenn sie mehr zu verlieren haben, als ihnen der Job einbringt!

Den revolutionären Krieg oder Angriff gegen die imperialistische Militärmacht auf den Moment zu verschieben, wo sie für jeden sichtbar im Nahen Osten, Mittelamerika oder gegen revolutionäre Aufstände in Europa losrollt, zeugt von einer Distanz zu dem, was gegen uns und unsere Genossen, wo immer sie auch im Kampf gegen die Schweine stehen, heute schon abläuft. Uns geht es darum, zu verhindern, daß sie sich mit ihrer gesamten Macht auf irgendeine Front des internationalen Klassenkrieges stürzen können. Uns geht es darum, den Krieg als unsere Wirklichkeit zu begreifen und ihn für uns jetzt aufzunehmen, damit wir und die Perspektive von Befreiung und sozialer Revolution in den Metropolen und damit auch weltweit nicht vom Faschismus weggefegt werden.

Uns ist in der Diskussion um den GI aufgefallen, daß da oft von der eigenen Erfahrung und der eigenen Praxis getrennt/abstrahiert wird. Wer redet in der Konfrontation mit den Bullen, den SEKs, den Folterknechten in den Knästen, den Faschisten vom Klassenstandpunkt, der es verbietet, sie im Kampf anzugreifen? Obwohl sie objektiv »Opfer« des Systems sind und im allgemeinen genauso viel oder wenig Unterstützung genießen wie Yankee-GIs. Unser Verhältnis ihnen gegenüber ist prinzipiell klar: Ihr Job ist es, uns fertigzumachen, und in dieser Funktion müssen wir sie bekämpfen, um uns zu schützen und uns gegen sie durchzusetzen. Alles andere wäre Selbstaufgabe und Freifahrtschein für die Schweine.

Es ist immer so, daß wir aus der Situation und Konfrontation und in der Bestimmung unseres politischen und praktischen Ziels dadrin bestimmen, ob der Angriff politisch sinnvoll und notwendig ist und deshalb läuft oder nicht – und in welcher Schärfe. Die militanten Angriffe auf die Bullen nach der Ermordung von Günther, die bewaffnete Selbstverteidigung der Brixonleute, der Bombenanschlag auf die SEKs in Griechenland sind die Beispiele für scharfe Aktionen, über deren Notwendigkeit und Richtigkeit es im revolutionären Widerstand keine Diskussionen gibt, und wir finden das nur gut.

Anschlag auf Karl Heinz Beckurts

Erklärung vom 9. Juli 1986

Die aktuellen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems in Westeuropa angreifen!

Heute haben wir mit dem Kommando Mara Cagol den Vorstand für Forschung und Technik bei Siemens und Vorsitzenden des »Arbeitskreis Kernenergie« im BDI, Karl Heinz Beckurts, angegriffen. Beckurts repräsentiert den Kurs des internationalen Kapitals in der aktuellen Phase der politischen, ökonomischen und militärischen Strategie des imperialistischen Gesamtsystems und treibt ihn voran. Schon in den 70er Jahren stand er an der Spitze der strategischen Ausrichtung des Kapitals: er war Chef des Kernforschungszentrums Jülich in der Zeit, als es für die Bourgeoisie – hier mit der SPD an der Macht – um die Realisierung des Atomprogramms ging, das als Kriegsmittel auf dem Weltmarkt gegen die jungen Nationalstaaten, ihre Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung konzipiert war, um ihnen die Festsetzung des Ölpreises aus der Hand zu schlagen und damit die politische Macht, die sie durch das Öl als bis dahin wichtigstem Energieträger hatten. Die Forcierung des Atomprogramms in der BRD und sein Export in die 3. Welt – gegen alle Widersprüche und Kämpfe hier durchgesetzt – war ein zentraler Pfeiler für die Erhöhung der ökonomischen Potenz der BRD und so ihrer politischen Macht im Weltsystem.

Die Restrukturierung für den imperialistischen Krieg konkretisiert sich heute in der Metropole auf der Seite des Kapitals in der radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Produktion durch Forschung, Entwicklung und Produktion von Hochtechnologien, die ihm Profitmaximierung und die absolute Steigerung der Produktivität zur Stabilisierung seiner Struktur und ökonomischen Basis in den Zentren und zur Sicherung seiner Position auf dem Weltmarkt bringen soll, das Technologiemonopol ist der strategische Hebel zur Steigerung des Profits für die internationalen Militärisch-Industriellen-Komplexe – die zu der politisch-ökonomischen Basis der Metropolen geworden sind –, zur Zementierung und Verschärfung der Abhängigkeit der Länder der 3. Welt und für die militärische Übermacht gegenüber den sozialistischen Staaten.

Siemens ist der größte High-Tech-Konzern in Westeuropa und weltweit – als KWU – drittgrößter Atomkonzern. Er steht wie kaum ein anderer Konzern in der BRD für die geballte Macht und Aggression der in den MIKs organisierten reaktionärsten Fraktionen der Bourgeoisie.

Beckurts ist bei Siemens eine zentrale Figur: er leitet die Forschung und technische Umsetzung in den für die Restrukturierung strategischen Bereichen, auf die Siemens sich konzentriert:

– Militärelektronik, um den Krieg für das internationale Kapital gewinnbar zu machen;

– computergesteuerte Kommunikations-, Informations- und Produktionssysteme für Fabriken, Büros, Heimarbeit, Universitäten und Schulen – durch die menschliches Denken und Handarbeit zur reinen Funktion der Maschinerie und von jedem Sinn entleert wird – tendenziell ganz ausgeschaltet;

– perfektionierte Kontroll- und Überwachungssysteme für die Militär- und Polizeiapparate weltweit: Siemens-Computer von Wiesbaden, Lissabon über Guatemala, Honduras, Kairo bis Johannesburg.

Die Geschichte von Siemens ist die der Kontinuität des Faschismus und Imperialismus Deutschlands, der BRD. Siemens hat schon Hitler mit an die Macht geschoben – wie sie 1930 gesagt haben: als »Bollwerk gegen den Kommunismus« – und Fabriken neben den KZs hier, in Polen, der Tschechoslowakei ... gebaut; nach ’45 stieg Siemens sofort wieder an die Spitze der Konzerne in Europa auf – jetzt mit finanzieller, technologischer und politischer Unterstützung durch die USA – und wurde zu einer zentralen Säule der Macht der BRD, die ihre ökonomische Potenz ist. Heute gehört Siemens weltweit zu den größten transnationalen Konzernen, ist verantwortlich für die Ausbeutung, Vernichtung und Verelendung von Millionen von Menschen in der 3. Welt und den Metropolen. Anfang der 70er Jahre, als sich die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam abzeichnete und das internationale Kapital durch die Offensive der Befreiungskämpfe auf seine politische Grenze gestoßen ist, hat es seine Expansion auf die entwickeltsten Länder der 3. Welt konzentriert, um Riesenprofite durch billige Arbeitskräfte und Rohstoffe zu realisieren und neue Absatzmärkte zu schaffen; diese staatlich unterstützten Investitionen der Konzerne und Banken sollten im Rahmen der »internationalen Arbeitsteilung« die ökonomische Basis für die politische und wirtschaftliche Stabilisierung dieser Staaten und Regionen nach sozialdemokratischem Muster bilden – die imperialistische Hegemonie sollte gefestigt werden gegen die Befreiungsbewegungen, der Zugriff auf die Rohstoffe gesichert.

Im Rahmen dieser Strategie expandierte Siemens in allen Kontinenten, vor allem in Lateinamerika – die KWU schloß u.a. mit Brasilien 1975 Verträge über den Bau von 8 Atomreaktoren ab; Siemens produzierte für die Marionettenregime Herrschaftstechnologien – während er in der BRD durch Rationalisierungen zwischen 1970 und ’77 über 350 Millionen DM Personalkosten einsparte und Grohnde, Brockdorf, Biblis ... baute. Als Siemens mit finanzieller Unterstützung der SPD-Regierung in Moçambique einen Staudamm bauen wollte für das Rassistenregime Südafrika – und damit die Lebensgrundlagen in einer ganzen Region zerstörte – schrieb die Frelimo an Brandt: Es wird Zeit, daß die deutsche Mark ihren Beigeschmack von Blut und Leiden verliert.

Aber die ganze Entwicklung hat sich umgekehrt. Nicht politische Stabilität, Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und neue Märkte in der 3. Welt sind dabei herausgekommen, sondern massenhaftes Elend, die Vertiefung der sozialen und politischen Widersprüche, De-Industrialisierung und Schuldenkrise. 100 Jahre imperialistische Barbarei haben den Boden für diesen Versuch zerstört, und die Menschen sind gegen diese neue Runde der Ausbeutung und Unterdrückung aufgestanden. Das – in einer Wirkung mit den in immer kürzeren Abständen sich verschärfenden, zyklischen ökonomischen Krisen, Rückgang der Industrieproduktion und Massenarbeitslosigkeit in den Zentren, Krisen des internationalen Finanzsystems, haben zur tiefsten Erosion des Kapitalsystems geführt. Das Scheitern des Regimes der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist unumkehrbar, und der politische Begriff, daß die Herrschaft des Kapitals für die Menschen nur die Maximierung der Verelendung und Ausbeutung bedeutet, weil seine Orientierung ausschließlich Expansion und Profit ist – wird heute in allen Konfrontationen zum Antagonismus gegen das imperialistische System.

Die Situation ist, daß das internationale Kapital unter Führung der USA aus seinem Versuch der strategischen Rekonstruktion imperialistischer Macht auf allen Ebenen heute mit einer Entwicklung

konfrontiert ist, in der seine Unfähigkeit zur Stabilisierung der politischen und ökonomischen Lage in allen Regionen der Welt evident ist.

Unter Druck der explodierenden sozialen Situation in der 3. Welt und den daraus wachsenden politischen Widersprüchen, den revolutionären Kämpfen weltweit, dem Auseinanderbrechen des Weltmarktsystems und der schlingernden ökonomischen Krise ohne Aussicht auf Lösungen und der Tatsache, daß sie die militärische Übermacht für den Einbruch in das internationale Kräfteverhältnis an allen Fronten nicht erreicht hat, ist die imperialistische Staatenkette heute zwar noch in der Lage, revolutionäre Durchbrüche und selbstbestimmte Entwicklungen in einem zerstörerischen ökonomischen und militärischen Krieg zu blockieren, aber sie kann die Ursachen der Widersprüche nicht mehr beseitigen, die weltweit gegen das Kapitalsystem explodieren – politisch vor allem gegen die USA und ihre Kettenhunde, das durch sie produzierte massenhafte Elend und Sterben – und sie hat unumkehrbar die politische Macht verloren, um den Bruch mit dem System und den Kampf um Befreiung als einzige Perspektive für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung in den Köpfen und Herzen der Menschen auszulöschen. Die substantielle Krise des Systems weitet sich schneller aus, als sie sie beherrschen können. Massenhaftes Elend und revolutionäre Kämpfe haben sich schneller verschärft, als sie mit ihren Weltbeherrschungsplänen durchgekommen sind.

Aus dieser eskalierten Situation ist die Aggression zu begreifen, mit der die Bourgeoisie heute die Restrukturierung in den Metropolen durchsetzt, und der Druck, sich trotz wachsender Konkurrenz und divergierender politischer und ökonomischer Interessen zusammenzuschließen gegen die Widersprüche, die ihre gemeinsamen Interessen und ihre Macht insgesamt bedrohen. Sie ist die äußere Ursache des Polarisierungsprozesses in den Metropolen, der sich gegen ihre Restrukturierungsoffensive und Kriegspolitik verschärft.

Der Zwang zur Formierung im Gesamtsystem resultiert aus der einfachen Tatsache, daß in der Krise des Systems keine imperialistische Macht die politischen und ökonomischen Probleme, die ihre Existenz überhaupt gefährden, allein beherrschen kann. International ist die Entwicklung aus der Dialektik der Klassenkämpfe und der Zuspitzung des Elends, der Widersprüche gegen Völkermord, Hunger und Zerstörung menschlicher Substanz in der imperialistischen Lebensrealität dahin gekommen, daß die stärkste imperialistische Macht – die USA – ihre politische und ökonomische Hegemonie immer mehr verliert. Das internationale Kapital und die imperialistische Staatenkette müssen die ganze Anstrengung darauf richten, alle ökonomischen, technologischen und militärischen Potentiale zusammenzuziehen und die konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisie in einer gemeinsamen Strategie zu vereinheitlichen im Versuch, die Entwicklung aufzuhalten, in der das System insgesamt die Möglichkeit und Macht zur Weltherrschaft verliert.

Die Restrukturierung und Formierung für den imperialistischen Krieg wird heute in Westeuropa notwendig auf zwei Linien vorangetrieben, die den widersprüchlichen, aber im Kern vereinheitlichten Kurs des Kapitals und der Staaten kennzeichnen. Die eine – strategisch bestimmende – ist die verstärkte militärische, politische und ökonomische Kooperation und Verzahnung der westeuropäischen Kernstaaten BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien – mit den USA

(und Japan) – wie in SDI[260], für das Beckurts an Geheimverhandlungen für Siemens teilgenommen hat. Darin wird – orientiert an der US-Militärstrategie – die Strukturierung der internationalen MIKs, die strategische Neuorganisierung von Forschung und Produktion für die Erreichung des Technologiemonopols forciert und ein neuer Versuch, die sozialistischen Staaten militärisch in die Knie zu zwingen. SDI ist zugleich der Versuch des US-Kapitals, mit den Milliarden Dollars aus dem Pentagon und der Kooperation mit westeuropäischen Hochtechnologiekonzernen seine im Verhältnis zu Japan und Westeuropa relativ geschwächte Position auf dem Weltmarkt zu verbessern, wie es für das Kapital in Westeuropa die Partizipation an militärischer Hochtechnologie und die Öffnung des US-Marktes bedeutet. Die andere – umfassende politisch-ökonomisch-militärische für Westeuropa – wie in Eureka[261], das in seiner Funktion für die Militärstrategie des Gesamtsystems identisch mit SDI ist und in das alle europäischen Staaten integriert sind. Durch Eureka wird ein Sprung im Konzentrationsprozeß und der Kooperation westeuropäischer Konzerne realisiert, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen und ihre Verwertungsbedingungen durch die Schaffung des »europäischen Markts« zu verbessern (was dann u. a. heißt: Siemens baut neue Fabriken und produziert in Portugal mit staatlicher Unterstützung, bezahlt den Arbeitern dort 1/4 des Lohns wie hier in der BRD).

Es ist die Bündelung aller Ressourcen der westeuropäischen Konzerne und Staaten, um die ökonomische Macht Westeuropas im Weltsystem zu stärken und die ökonomisch-militärischen Bedingungen für ihre Restrukturierung in der Metropole zu sichern. Ideologisch ist es der Versuch, die aggressive Politik der Staatsapparate, Konzerne und Militärs in Westeuropa durch den »europäisch-zivilen« Mantel zu verdecken – so die Widersprüche dagegen aufzufangen und den Menschen einzureden, daß durch diese »technologische Revolution« – die wie alle technischen Entwicklungen im Kapitalismus als Waffe gegen das internationale Proletariat konzipiert ist – alle gesellschaftlichen Probleme – Arbeit, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Krieg – lösbar sind.

Es ist nichts anderes als der Versuch des technologischen Sprungs aus der politischen Agonie des Systems.

Für die Menschen in Westeuropa bedeutet der Kurs des internationalen Kapitals die einheitliche Verschärfung der Ausbeutung, Verelendung und Unterdrückung: die kontrollierte Ausgrenzung von Millionen Menschen aus der Produktion und der Gesellschaft überhaupt, Kriegspolitik und Vernichtung der Lebensgrundlagen, die repressiven Befriedungsstrategien und die faschistische Unterdrückung des Widerstands, der sich

260 SDI: Strategic Defense Initiative, von US-Präsident Reagan in der »Strategischen Verteidigungsinitiative« durchgesetztes Rüstungsprogramm, was ein auf Lasertechnik basierendes, satellitengestütztes Abwehrsystem gegen Atomraketen entwickeln sollte. Damit wurden einerseits Milliardenaufträge an Rüstungs- und Technologiekonzerne vergeben, langfristig der Technologievorsprung der westlichen Industrieländer ausgebaut und gleichzeitig die Sowjetunion endgültig politisch-ökonomisch ruiniert. Es war damit die letzte Runde im »Wettrüsten« zwischen den Supermächten.

261 European Research Coordination Agency: zunächst als Agentur geplante westeuropäische Forschungskoordination für Hochtechnologie. Im Rahmen von EUREKA existierten 1990 bereits weit über 200 Projekte der Roboter-, Bio- und Informationstechnologie mit einem Auftragswert von über 10 Mrd. DM.

gegen ihre Pläne stellt – ist die tägliche Realität in der westeuropäischen Metropole, für deren Umwälzung es nur eine Strategie geben kann: die des revolutionären bewaffneten Kampfs und des Aufbaus der politisch-militärischen Front in Westeuropa.

Was im Nazi-Faschismus durch blutigen Terror gegen die organisierte Arbeiterbewegung und die Völker erreicht wurde, soll heute in Westeuropa – in den Maßnahmen differenziert entsprechend den spezifischen politischen und sozialen Bedingungen in jedem Land, aber nach den grundsätzlich identischen Linien und Bestimmungen des internationalen Kapitals – durch die »Informationsgesellschaft« realisiert werden:

Das Ziel der Bourgeoisie in Westeuropa ist die Strukturierung, Beherrschung und Ausrichtung aller Vergesellschaftungsprozesse und gesellschaftlichen Bereiche für die Interessen des Profits und des imperialistischen Kriegs.

Der Zwang, die Restrukturierung aggressiv durchzusetzen, schiebt sich vor die politischen Vermittlungen: Demokratie, Sozialstaat, innerer Frieden, Arbeit für alle – die zentralen ideologischen Säulen ihrer Herrschaft in der Metropole – werden in der substantiellen Krise des Systems dysfunktional. Der imperialistische Staat muß gegen alle Widersprüche die politischen, ökonomischen und militärischen Bedingungen für den strategischen Plan der Bourgeoisie, mit dem sie die Weltherrschaft erreichen will, durchsetzen. Das ist die Aufrüstung der Bundeswehr zur technologischen, hochgezüchteten Angriffsarmee; die WAA in Wackersdorf, die die BRD für ihren Sprung zur Atommacht will – und der Terror gegen die, die sie bekämpfen;

das sind die Angriffe auf das Streikrecht, die kalkulierte Massenarbeitslosigkeit und die Programme gegen die Ausgestoßenen, die reines Kontroll- und Repressionsinstrument sind, um die Antagonismen präventiv zu erdrücken;

was Henry Ford zur Einführung des Fließbandes festgestellt hat – »es ist völlig ausgeschlossen, den Leuten auch nur vorübergehend ihren Willen zu lassen« –, wird heute auf alle Bereiche der vergesellschafteten Produktion, auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeweitet. Individualisierung der Arbeitsbedingungen und Löhne, Mobilität und Flexibilisierung in Arbeit und Ausbildung und der reaktionäre Pakt zwischen Staat – Kapital – Gewerkschaften, sind die materielle Basis, die die Restrukturierung in der Metropole sichern und den Menschen das Begreifen der gemeinsamen Lage und die Organisierung für ihre Interessen und Bedürfnisse unmöglich machen sollen;

das ist die Umstrukturierung der Wissenschaft, Universitäten und Schulen, um sie zu direkten Agenturen der Konzerne zu machen;

das sind die Kampagnen der psychologischen Kriegsführung und der Staatsschutz-Terror gegen den Widerstand, um – wenn schon nicht Zustimmung, dann ohnmächtiges Schweigen angesichts des totalen Staates zu erzwingen.

Die wachsenden Antagonismen sollen unorganisierbar gemacht und in einem Teufelskreis individualisierter, der Logik des Kapitals funktionalen Interessen erstickt werden.

Hier in der BRD kalkulieren sie, daß sie die Restrukturierung für die imperialistische Aggression durchpeitschen können, weil die Politik der Gewerkschaften sozialdemokratisch, ihre Führung gekauft ist, der breite Widerstand oft noch diffus, kleinbürgerlich, unorganisiert und die revolutionären Kräfte noch schwach sind. Wenn CDU/FDP/ SPD hier von der »2/3-Gesellschaft« oder »Versöhnungsgesellschaft« reden, die sie im europäischen

Maßstab den wachsenden Antagonismen entgegenstellen wollen, ist das ihr schwacher Versuch, die Tatsache zu entpolitisieren, daß sich der Riß zwischen Gesellschaft und Staat in der ganzen Phase imperialistischer Rekonstruktion und ihrer Aggression auf allen politisch-ökonomisch-militärischen Ebenen so vertieft hat, daß sie ihn nicht mehr zuschütten können. Es ist der Ausdruck der politischen Brüchigkeit des Kapitalsystems, das in der Krise die Fähigkeit verloren hat, der Warenstruktur universelle Gültigkeit zu verschaffen.

Ihre faschistische Konzeption dagegen ist die Spaltung der Gesellschaft – in einen Teil, der die Maschinen bedient, von Kriegsökonomie und Faschismus profitiert, andere, die sich stumpf gemacht und aus dem Druck der Existenzunsicherheit der Macht unterwerfen; und ein Teil, gegen den sie ihren Staatsschutzapparat perfektioniert und in alle Lebensbereiche gestaffelt aushauen und einsetzen – das sind die, die für die Profitproduktion überflüssig geworden, aus allem rausgekippt sind, und die, die für den Staat nicht mehr erreichbar sind, weil sie kämpfen.

Gegen ihren Plan, das Kräfteverhältnis hier und international festzupressen, steht aber die Vertiefung des Polarisierungsprozesses durch alle Bereiche der Metropolengesellschaft gegen den Staat, die Politisierung des Widerstands, der schon ausgeht von den Erfahrungen in der Konfrontation mit dem Herrschaftsapparat und reformistischen Sackgassen, und die Entwicklung der revolutionären Front, die aus der Reife der Widersprüche in der Metropole und dem politischen Begriff der Totalität des imperialistischen Systems handelt, sich aus dem Ziel der revolutionären Umwälzung im internationalen Klassenkrieg bestimmt und sich in der Wirkung ihres Angriffs mit den weltweiten Kämpfen für Befreiung in einer politischen Orientierung gegen das imperialistische System verbindet.

Diese Prozesse in der Metropole treffen sich jetzt direkt mit dem Bewußtsein, das in den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten international wächst: daß das imperialistische System zu keiner Entwicklung fähig ist, die mit dem Bedürfnis nach menschlichen, d.h. selbstbestimmten, solidarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbinden ist, und daß, so lange seine Herrschaft nicht vollständig zerbrochen ist, jeder unabhängige Entwicklungsprozeß zerrieben wird.

Was Marx analysiert hat: daß in der Entwicklung des Imperialismus eine Stufe eintritt, in der er nur noch Unheil, Destruktivkräfte produzieren kann, ist die objektive Grundlage des Polarisierungsprozesses, der heute in allen Ländern der 3. Welt und den Metropolen politisch gegen das System wirksam wird. Subjektiv bildet sich in dieser Entwicklung international die Einheit des Proletariats und der revolutionären politisch-militärischen Front, ihre gemeinsame Strategie und Perspektive heraus: die weltweit einheitliche Zerrüttung des imperialistischen Systems und seine Zerschlagung im weltrevolutionären Prozeß.

Es gibt für die Bourgeoisie keinen anderen Weg, als die Restrukturierung in den Metropolen jetzt gewaltsam durchzusetzen und den Widerstand faschistisch zu unterdrücken; es gibt für sie keinen anderen Weg als die politische und militärische Eskalation des Kriegs gegen den internationalen Befreiungskampf und den Versuch, die militärische Übermacht gegen die sozialistischen Staaten doch noch zu erreichen. Sie kann heute an keinem Punkt ihres strategischen Plans, mit dem sie die Weltherrschaft erreichen will, zurückgehen.

Aber sie kommen nicht durch. Die Widersprüche sind schon zu tief und die

Kämpfe zu weit. Die international immer mehr politisch einheitlich aufbrechenden Widersprüche und revolutionären Kämpfe überholen ihre Krisenlösungsstrategien und machen die Wirkung ihrer Kriegsmaschine stumpf. Der Riß zwischen Gesellschaft und Staat in den Metropolen und der Widerspruch international zwischen Proletariat und Bourgeoisie verschärft und vertieft sich gegen jeden Schritt, jedes Manöver in ihrer umfassenden Aggression nur immer weiter.

Daß es entscheidend vom revolutionären Kampf in Westeuropa abhängt, ob ihre politische Macht und materielle Basis in den Metropolen schneller zusammenbricht, als sie ihren strategischen Plan realisieren können – und dagegen ein qualitativer Sprung in der Entwicklung des revolutionären Prozesses hier erkämpft wird, ist klar. Die revolutionäre Bewegung in Westeuropa muß heute ihre vielfältigen Kämpfe in einen bewußten und gezielten Angriff gegen die imperialistische Macht transformieren; das heißt: die aktuellen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems in Westeuropa angreifen und die Politik und Praxis in einer umfassenden revolutionären Strategie zur Zerrüttung des Systems im Zentrum und für die Einheit des Metropolenproletariats, die revolutionäre Front in Westeuropa, verbinden.

Jetzt geht es darum, diese Strategie im praktischen Prozeß weiterzuentwickeln und sie in der revolutionären Bewegung und der Gesamtheit der antagonistischen Kräfte in Westeuropa zu verankern.

Die revolutionäre Front in Westeuropa organisieren!

Kommando Mara Cagol

Anschlag auf Gerold von Braunmühl

Erklärung vom 10. Oktober 1986

Die imperialistische Staatenkette wird in ihrem Versuch, den revolutionären Prozeß zu blockieren und ihre Hegemonie auf neuer Stufe gewaltsam wiederherzustellen, nicht durchkommen.

Heute haben wir mit dem Kommando Ingrid Schubert den Geheimdiplomaten Braunmühl, Politischer Direktor im Außenministerium und eine der zentralen Figuren in der Formierung westeuropäischer Politik im imperialistischen Gesamtsystem, erschossen. Unser Angriff zielt auf den aggressiven BRD-Staatsapparat in seiner Funktion als Kernstaat der politischen Formierung Westeuropas in der imperialistischen Kriegsstrategie. Braunmühl traf sich zur permanenten Lagebesprechung und politischen Abstimmung mit französischen Regierungsvertretern im Rahmen der jetzt institutionalisierten deutsch-französischen Kooperation und mit den politischen Direktoren der amerikanischen, britischen und französischen Außenministerien innerhalb der regelmäßigen »vertraulichen Vierer-Konsultationen«, mit dem Ziel, die Politik der stärksten Mächte der imperialistischen Kette unter Führung der USA zu vereinheitlichen und zu koordinieren, um als Gesamtsystem politisch handlungsfähig zu werden gegen die Widersprüche, die ihre gemeinsamen Interessen und die Herrschaft des Systems auf allen Ebenen bedrohen. Er saß als Vertreter der Bundesregierung im politischen Komitee der »Europäischen Politischen Zusammenarbeit« (EPZ), das zum wichtigsten Instrument der politischen Formierung und Durchschaltung der Staatsapparate in Westeuropa geworden ist. Innerhalb der »Westeuropäischen Union« (WEU) erarbeitete er mit Regierungsvertretern aus

Frankreich, Italien, Großbritannien, Holland, Belgien und Luxemburg die sicherheitspolitischen Linien für die europäische NATO-Säule, um die politisch-militärische Macht Westeuropas und so die der NATO insgesamt zu stärken.

Durch westeuropäische politische, ökonomische und militärische Initiativen in Koordinierung mit den USA will die Bourgeoisie jetzt die sozialen Explosionen, die weitere Eskalation der Kämpfe in allen Kontinenten verhindern und die politische Entwicklung, in der die US-Hegemonie immer mehr zerbricht, als Gesamtsystem auffangen.

Die nach vorn geschobene westeuropäische Linie in der Politik des Gesamtsystems und der Einsatz der ökonomischen Mittel der westeuropäischen Staaten und Konzerne soll den revolutionären Prozeß blockieren und weitere Einbrüche ihrer Macht verhindern; bis sie die Fähigkeit zur globalen militärischen Offensive haben.

Die Pentagon- und NATO-Strategen sind mit ihrem Konzept, das atomare Patt über die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu brechen und gleichzeitig gegen die Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten in die Offensive zu kommen, gegen die Widersprüche, die sich international gegen ihre Kriegspolitik entzündet haben, nicht durchgekommen. Das internationale Kapital unter Führung der USA konnte die Bedingungen für seine globale Rekonstruktion gegen die Verschärfung der Antagonismen und revolutionären Kämpfe nicht durchsetzen. Alle Pläne und Projekte zur politisch-ökonomischen Stabilisierung einzelner Regionen und Länder sind zusammengebrochen. Das Ergebnis dieser Entwicklung sind heute die Demonstrationen und Revolten in Lateinamerika, Südkorea, Philippinen, Naher Osten, Südafrika[262] ... gegen die aggressive Wirt-

262 Nach einem Militärputsch 1980 wurden in Südkorea bei Massenprotesten gegen das Militär 189 Menschen ermordet. Die sozialistische Studentenbewegung organisiert seitdem fortlaufend Proteste. Nachdem im Dezemer 1986 ein Student während des Verhöres von der Polizei ertränkt wurde, kam es in den folgenden Monaten zu Großdemonstrationen, bei denen bis zu 2 800 Menschen verhaftet wurden. Bei den Demonstration wurde unter anderem auf den Volksaufstand in Manila 1986 verwiesen: »Wir wissen, daß genau wie auf den Philippinen auch hier die Demokratie nur durch die Macht des Volkes errichtet werden kann.«
Auf den Philippinen hatten im Februar 1986, nach offensichtlichen Wahlfälschungen durch Diktator Marcos, Massendemonstrationen gegen die Diktatur stattgefunden. Als das Militär und die USA dem hoffnungslosen Kanditaten die Unterstützung verweigerten, setzte er sich ins Ausland ab. Das Militär unterlief danach einen Waffenstillstand mit der Befreiungsbewegung National Peoples Army und blieb mit der ehemaligen bürgerlichen Oppositionskanditatin Corazón Aquino an der Macht.
In den von Israel besetzten Gebieten kam es Ende 1986, erstmals seit zwei Jahren, zu großen Demonstrationen gegen israelische und schiitische Angriffe auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon. Das israelische Militär erschoß mehrere Studenten in der Westbank nach einer Sitzblockade vor der Universität. Das war der Anlaß für die sich in den nächsten Wochen zum Aufstand entwickelnde Intifada. Die Ladenbesitzer schloßen sich den Protesten mit Streiks an, innerhalb weniger Tage gab es Aufstände in allen Flüchtlingslagern und den anderen besetzten Gebieten.
Eine Woche, nachdem der Verteidigungsminister des südafrikanischen Rassistenregimes, Malan, am 15. Oktober 1986 Aktionen gegen Moçambique wegen der Unterstützung des ANC androhte, stürzte der moçambiquanische Präsident Samora Mache auf südafrikanischem Territorium mit einem Verkehrsflugzeug ab. Als Reaktion stürmten tausende bewaffnete Demonstranten in Harare/Zimbabwe die südafrikanische Fluggesellschaft und Handelsmission und griffen die USA- und BRD-Botschaften an.

schafts- und Militärpolitik der USA, gegen den IWF und die von den USA eingepflanzten Regime, die für das massenhafte Elend, den Terror, die Zerstörung der sozialen Strukturen und Kulturen ganzer Völker verantwortlich sind. Die Contra-Kriege, wie in Nicaragua und Angola, und die militärische Aggression im Libanon konnten den revolutionären Kampf nicht vernichten, sie haben im Gegenteil zur Vertiefung und Ausweitung der Widersprüche und Kämpfe in der ganzen Region geführt und den Zerfall der US-Hegemonie beschleunigt.

Auch die Versuche jetzt, durch Austausch der US-Kettenhunde und ökonomische Stützungsmanöver die politische Situation gegen den Druck der Massenbewegungen und der Guerilla zu stabilisieren – wie auf Haiti[263], den Philippinen oder mit den »neuen Demokratien« in Lateinamerika – können die tiefe politische und ökonomische Krise des Systems, seine Perspektivlosigkeit und den Zerfall der US-Hegemonie nicht mehr grundsätzlich umkehren – sie haben nur die Funktion, jetzt den Zusammenbruch zu verhindern.

Alle Versuche, die politische Stabilität in den Metropolen durch staatliche Durchdringung und Strukturierung aller gesellschaftlichen Bereiche, Integrationsmodelle, Verschärfung der Repression ... durchzusetzen, sind gescheitert. Sie können die Antagonismen und revolutionären Kämpfe nicht auslöschen. Der Imperialismus hat keine Lösung. Sie konzentrieren sich jetzt auf die Zerschlagung des internationalen revolutionären Kampfs.

Diese Entwicklung hat sich in allen Konfrontationen der Wirkung der Befreiungskämpfe in der ganzen Phase der imperialistischen Rekonstruktion seit Vietnam herausgebildet, und sie erreicht heute eine neue politische Qualität, weil die Möglichkeiten, sie umzukehren, in der substantiellen Krise des Systems erschöpft sind und die Widersprüche sich zu weit entwickelt haben.

Die imperialistische Bourgeoisie kann die Ursachen der sich verschärfenden sozialen und politischen Widersprüche nicht mehr beseitigen – und die Erfahrung der Verelendung der Massen in allen Kontinenten hat sich so vertieft und zugespitzt, daß die Frage nach einem Leben als Menschen oder der endlosen Fortsetzung imperialistischer Barbarei heute zum Antagonismus in allen Auseinandersetzungen, zum unmittelbar politischen Widerspruch gegen das imperialistische System wird.

Das ist die Tiefe der Widersprüche und der Politisierungsprozesse in allen Kämpfen, die sich mit der Erfahrung und der Strategie der revolutionären Guerilla verbinden und international zur politisch-militärischen Kraft gegen den Imperialismus werden.

Aus dieser Entwicklung – Krise der US-Hegemonie, Destabilisierung der imperialistischen Macht in allen Kontinenten, tiefe ökonomische Krise und Scheitern des Mehrfrontenkrieg-Konzepts – ist der Sprung in der Funktion und Bedeutung Westeuropas im globalen konterrevolutionären Projekt zu begreifen:

Es ist die Anhebung und Einbindung der politisch-militärischen Macht Westeuropas in der gesamtimperialistischen Herrschaftsstruktur in der Krise des Systems und der Zusammenballung seiner Macht zur Aggression.

263 Nach starken Unruhen ab Mai 1984 holten die USA 1986 ihren Diktator »Baby Doc« Duvalier und seine Familie mit einem Flugzeug zurück in die USA. Später ging er ins französische Exil. Das Militär verhinderte noch bis 1990, daß die Volkskräfte um dem Armenpfarrer Jean-Bertrand Aristide an die Regierung kamen. Doch bereits 1991 wurde Aristide von der Armee wieder gestürzt, und die Militärs erklärten sich erst 1994 unter Androhung einer US-amerikanischen Invasion zu einer zumindest formalen Redemokratisierung bereit.

Das ist der politische Kern der Gewalt, mit der der Staat hier die politischen, ökonomischen und militärischen Bedingungen durchsetzt, die die Bourgeoisie braucht, um international den Angriff führen zu können. Ein Prozeß, in dem es entscheidend vom revolutionären Kampf in Westeuropa abhängt, ob die Bourgeoisie das Kräfteverhältnis und so ihre Herrschaft international festpressen kann – was auch ohne den »Großen Krieg« Völkermord durch Bomben, Dollars, Hunger und Zerstörung menschlicher Substanz bedeutet – oder sich dagegen der Bruch im Zentrum zur revolutionären Front und die Vereinheitlichung des internationalen revolutionären Kampfes in einer politisch-militärischen Strategie für die proletarische Befreiung entwickelt.

Wie wir gesagt haben:

Weil die strategische Krise des Imperialismus – die Krise der kapitalistischen Initiative – ökonomisch und politisch einen Zusammenbruch vorbereitet, vorbereiten muß, über dessen katastrophische Dimension nicht zu spekulieren ist, muß sie als Moment intensiver subjektiver Anstrengung organisatorisch genutzt werden – als die Organisation des Angriffs, der die proletarische Alternative und die Möglichkeit proletarischer Gegenmacht hier als strategische, als internationalistische Bestimmung artikuliert.

Die Politik der westeuropäischen Staaten im Gesamtsystem zielt auf die politische Einkreisung und gezielte Vernichtung der Revolutionäre in allen Kontinenten und die Einbindung der sozialdemokratischen, bürgerlich-reaktionären Kräfte in ihr faschistisches Befriedungskonzept: politisch als vereinheitlichte Linie im Rahmen der von den USA durchgesetzten terroristischen Strategie gegen die Kämpfe für Selbstbestimmung und Befreiung, operativ in der Effektivierung der geheimdienstlichen und polizeilich-militärischen Kooperation und Kriegsführung und ökonomisch als Stützungsmanöver für die bankrotten Regime, um die sozialen Krisen, die die Stabilität in allen Ländern der 3. Welt bedrohen, unter Kontrolle zu halten.

Diese Entwicklung wurde in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit im Zusammenhang mit dem militärischen Schlag der USA gegen Libyen,[264] seiner propagandistischen Vorbereitung und Durchführung mit politischer Rückendeckung der EG und logistischer Unterstützung der NATO, offen.

Der militärische Angriff der USA ist Instrument in der Strategie des Gesamtsystems gegen den internationalen antiimperialistischen Kampf – genau wie die

264 Sozialistische Volksyamaharia Libyen: ehemalige Kolonie des faschistischen Italien. 1969 stürzte eine Gruppe fortschrittlicher Offiziere die Monarchie, im Jahr darauf wurden alle Italiener ausgewiesen, die ausländischen Erdölgesellschaften, Banken und Versicherungsgesellschaften wurden verstaatlicht und der Islam als Staatsreligion abgeschafft, in der neuen Verfassung wurde das Recht auf kostenlose medizinische Versorgung, Bildung, Wohnung und das Recht auf Arbeit festgeschrieben. Libyen unterstützte offensiv Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt. Nach massiven, militärischen Provokationen durch amerikanische Kriegsschiffe vor der libyschen Küste gab es 1986 einen Anschlag auf die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besuchte Diskothek La Belle in Westberlin. Die USA behaupteten einen libyschen Racheakt und bombardierten die Städte Tripolis und Benghasi. Dabei wurde unter anderem die französische Botschaft zerstört. Frankreich hatte den amerikanischen und britischen Bombern ein Überflugverbot erteilt. Im Verfahren wegen La Belle stellte das Landgericht Berlin 1996 Verbindungen von einem der Hauptverdächtigen zu westlichen Geheimdiensten fest und konnte nicht ausschließen, daß diese den Anschlag zumindestens geduldet haben.

Manöver der westeuropäischen Staaten für einen »neuen Friedensprozeß« im Nahen Osten: sie haben gemeinsam das Ziel der politischen Isolierung und Vernichtung der revolutionären Regimes/ Fraktionen.

Der Widerspruch zwischen Rühe/Genscher/Wischnewski und der US-Regierung liegt im Unterschied zwischen dem Einsatz von F-111-Bombern gegen das libysche Volk und dem Einsatz der GSG 9 in Zusammenarbeit mit arabischen Staaten, um revolutionäre Gruppen gezielt zu liquidieren, das heißt im Unterschied zwischen Tripolis/Benghazi und Mogadischu 1977. Der Widerspruch liegt darin, daß die US-Regierung nicht aufhört, militärische Macht zu demonstrieren und die europäischen Regierungen unter Druck zu setzen, teilweise direkt gegen ihre Interessen zu handeln, während sie gleichzeitig wie noch nie auf ihre politische Unterstützung und die Kooperation mit ihnen angewiesen ist; und er liegt darin, daß die westeuropäischen Regierungen sehr klar sehen, daß der offen militärische Kurs die politische Schwäche der Staatenkette nur noch deutlicher macht: sie können zerstören, aber ändern können sie nichts. So ist die politische Formierung für sie ein einziger Seiltanz – zwischen einerseits der Unfähigkeit, die Stabilität im Weltsystem wiederherzustellen, den Konkurrenzkrieg und die tiefe ökonomische Krise zu beherrschen, und der politischen Tatsache andererseits, daß die militärische Reaktion die Widersprüche gegen das imperialistische System nur weiter verschärft und zu einer für sie unkalkulierbaren Eskalation führen kann.

Das Ziel des Angriffs gegen Libyen war, eine politische Grenze zu durchbrechen und die Konfrontation mit dem internationalen Befreiungskampf auf ein von jetzt an jederzeit auch offen militärisches Niveau zu bringen.

Damit war zugleich der Weg freigeschossen, auf dem die westeuropäischen Staaten – in der EG angetrieben von Genscher und Braunmühl – politisch vereinheitlicht und bis auf Großbritannien militärisch »sauber geblieben«, zur Initiative übergehen konnten, um die imperialistische Vernichtungsstrategie jetzt auf politischer Ebene zu forcieren:

Das ist der Inhalt des »europäisch-arabischen Dialogs«, der nicht die politische Alternative zu den USA ist, sondern die gezielte Planung und Vorbereitung der Liquidation des antiimperialistischen Kampfes und der Versuch der Verhinderung einer sozialen und politischen Explosion im Nahen Osten – im Rahmen der globalen Kriegsstrategie der Bourgeoisie; militärische Aktion und europäisch-arabischer Dialog sind Instrumente, Funktion einer Strategie – Ausdruck der zwar widersprüchlichen, aber im Kern vereinheitlichten Politik des Gesamtsystems, es ist der Krieg der Metropole gegen den internationalen revolutionären Kampf.

Das ist die Funktion der »Arbeitsgruppe Nahost« in der EPZ, die auf Betreiben der BRD installiert wurde, um das weitere Vorgehen der EG gegen die arabische, revolutionäre Bewegung festzulegen. Das sind die Reisen Genschers und seiner Geheimdiplomaten nach Marokko, Tunesien, Ägypten[265] in die Golfstaaten ... seine großen Auftritte als »europäischer Partner« und »zivile Alternative« ..., bei denen unter anderem mit ökonomischem Druck die politisch geschlossene Front vor allem gegen die palästinensischen Revolutionäre und die Staaten, die sie unterstützen, erreicht werden soll; das ist Zimmermann, der dann sofort mit BKA, GSG 9 und Geheimdiensten da ist und die Neuorganisierung der Polizei- und Militärapparate in der Region nach BRD-Vorbild und ihre Kooperation forciert; das sind Warnke und Bangemann[266], die dann mit dem Mittel und dem Know-how der BRD-Konzerne und dem Geld der deutschen Großbanken die politisch-ökonomische Stabilisierung durchsetzen sollen. Die andere Seite dieser Entwicklung ist, daß die Bourgeoisie in Westeuropa sich aus ihrem konzentrierten politischen Kommando und der vereinheitlichten Machtstruktur dem Widerstand hier als geballte Macht gegenüberstellt und die gesamtimperialistischen Interessen ohne Konsens in den einzelnen Ländern durchsetzen will.

Die EPZ ist der politische Hebel für die Durchsetzung der strategischen politischen, ökonomischen und militärischen Pläne und Projekte der imperialistischen Bourgeoisie in Westeuropa. Dort – nicht in den nationalen Parlamenten – wurden und werden die politischen Linien und Bedingungen für die Restrukturierungsoffensive des Kapitals in Westeuropa durchgesetzt, konkretisiert in Projekten wie ESPRIT[267], EUREKA und der Schaffung des europäischen Marktes, die die industrielle/technologische Konzentration und Zentralisierung des Kapitals vorantreiben, seine Verwertungsbedingungen sichern und seine Position auf dem Weltmarkt stärken sollen. Die EPZ ist das politische Zentrum für die Schaffung der europäischen Säule der NATO: Dort wurden in den letzten Jahren die Linien gesetzt für die politische und materielle Erhöhung der militärischen Macht Westeuropas, die Formierung westeuropäischer Sicherheitspolitik – was heißt: die Steigerung des Aggressionspotentials der europäischen Staaten und ihre totale Einbindung in die globale Kriegsstrategie der imperialistischen Bourgeoisie. Aktuell wird die EPZ zum politisch-operativen Zentrum für die Koordinierung der gesamtimperialistischen Strategie in Westeuropa gegen den internationalen revolutionären Kampf, seine Kriminalisierung und Vernichtung in der 3. Welt und den Metropolen. In diesem widersprüchlichen Prozeß, in dem es der Bourgeoisie nicht gelingt, die Formierung auf allen Ebenen in dem für sie jetzt notwendigen Tempo gegen die national und/oder ökonomisch determinierten Widersprüche einzelner Staaten durchzusetzen, bildet sich immer klarer die Vereinheitlichung der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens zum harten Kern des Gesamtsystems in Westeuropa heraus, in enger Koordinierung und Kooperation mit den USA.

Unter Führung der BRD und Frankreichs wird über die EPZ das Tempo und Niveau der Militarisierung und Restrukturierung in Westeuropa bestimmt und die Formierung des Gesamtsystems vorangetrieben. Aus ihrer militärischen und

265 Die drei Länder in Nordafrika mit den besten Beziehungen zur EU und den USA. Marokko schlug 1981 einen Generalstreik blutig nieder und kämpfte seit dem Versuch, 1979 die Westsahara zu annektieren, gegen die POLISARIO. Mit »vorbildlicher« Deregulierungspolitik und durch den Abschluß von Handelsverträgen, wie der Verpachtung der marokkanischen Fischereigebiete an Frankreich und Spanien, erreichte Hassan II. die Teilassoziation mit der EWG. Den gleichen Status erreichte Tunesien.

266 Jürgen Warnke: Entwicklungsminister der Bundesregierung, der in Beziehung auf die 3.Welt stärker als seine Vorgänger auf wirtschafts-liberale »Selbstregulierung des Weltmarktes« setzte. Martin Bangemann (FDP): Von 1984 bis 88 Bundeswirtschaftsminister, danach einer der Vizepräsidenten der EG.

267 ESPRIT: Informationstechnisches Forschungsprogamm der EG, in dem westeuropäische Konzerne staatliche Mittel für die Hochtechnologieentwicklung absaugen. Für ESPRIT wurden 1986/87 180 Millionen DM ausgegeben.

ökonomischen Macht sind sie es, die alle schwächeren Staaten zwingen, sich ihnen anzuschließen – oder außerhalb aller Entscheidungen und ökonomisch-technischen Entwicklungen zu stehen, was sich kein Staat leisten kann – und es ist der Preis, den jede Regierung in Westeuropa bereit ist zu zahlen, um an der Macht zu bleiben. Die EG ist die politische Hülle, um der Politik der westeuropäischen Kernstaaten international Gewicht zu geben und ihre Aggression zu verdecken; sie ist Instrument zur Durchschaltung der Staatsapparate und Vereinheitlichung der Politiken Westeuropas im Gesamtsystem im Rahmen der imperialistischen Offensive gegen das internationale Proletariat.

Die revolutionäre Bewegung in Westeuropa muß den strategischen Plan der imperialistischen Bourgeoisie, mit dem sie die Weltherrschaft erreichen will und dessen politische und materielle Basis die Metropolen sind, in seinen konkreten aktuellen Projekten angreifen, das heißt, ihn hier im Angriff auf die zentralen Achsen und treibenden Kräfte der imperialistischen Macht politisch brechen und blockieren, bevor sie ihn realisieren kann. Die revolutionäre Front in Westeuropa organisieren heißt, den Kampf in der Metropole auf dem politisch-militärischen Niveau und in der strategischen Orientierung zu führen, die das imperialistische System insgesamt in Frage stellt und den Prozeß der Rekonstruktion der Klasse in Westeuropa als internationalistischen initiiert. Heute müssen wir die Einheit der kommunistischen Guerilla und der revolutionären Bewegung durch diese Offensive aufbauen – kollektiv bestimmt und organisiert mit dem Ziel, die imperialistische Strategie hier zu durchkreuzen, die politischen Linien und Elemente revolutionärer Strategie bestimmen und praktisch zu entwickeln. Organisierung der revolutionären Front heißt Organisierung des Angriffs. Das ist keine ideologische Kategorie und kein »Revolutionsmodell«. Es geht um die materielle Evidenz revolutionärer Politik – das heißt, ihrer Wirkung gegen die imperialistische Macht, und ihre politisch-praktische Kraft, die sie für die Vertiefung des Bruchs in der Metropole und den qualitativen Sprung des proletarischen Kampfes hier erreicht.

Die revolutionäre Front in Westeuropas Abschnitt im internationalen Befreiungskrieg organisieren!

Die Offensive aufgreifen und weiterentwickeln!

Kommando Ingrid Schubert

4

1988–1996

Vorbemerkung 1988 – 1996

Der Zusammenbruch der politischen Verhältnisse im realexistierenden Ostblocks, im Jahr 1989 und der anschließende Zusammenschluß von BRD und DDR prägten die Verhältnisse Ende der 80er und in den 90er Jahren. International waren die fortschrittlichen Befreiungsbewegungen bis dahin häufig Bündnispartner der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes gewesen. Die wirtschaftliche und militärische Unterstützung wurde sofort gekappt, als die Staaten des Ostblocks sich auf den Kapitalismus als zukünftiges Gesellschaftmodell stürzten. In vielen Regionen begannen die nationalistischen Kämpfe mit langandauernden Bürgerkriegen. Im 2. Golfkrieg 1991 stellte sich die gerade neu formierte Weltstaatengemeinschaft unter der Führung der USA gemeinsam gegen den Irak.

Von Medien und Politik wurde in Deutschland die »Wir sind ein Volk«-Stimmung forciert, was sich in der Folgezeit in rassistischen Angriffen gegen Ausländer und Flüchtlinge äußert. Rechtsextremistische und terroristische Organisationen erstarkten, und der Pöbel durfte sich in Rostock-Lichtenhagen, Mannheim-Schönau und andernorts austoben. Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts kommen die Bundesregierung und die SPD dem »unzufriedenen Volk« entgegen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kriegsgebiete werden legalisiert, und der vielzitierte Aufschwung-Ost findet nur in Politiker-Reden statt, die Arbeitslosigkeit erreicht Mitte der neunziger Jahren Rekordhöhen.

Die Opposition gegen diese Entwicklung ist verschwindend gering. Nicht wenige Linke sind entweder paralysiert oder tragen sogar noch zur Rechtsentwicklung mit bei. Linke Intellektuelle hetzen während des 2. Golfkriegs gegen die antimilitaristische Bewegung, gegen die Abschaffung des Asylrechts demonstrieren in Bonn jedoch lediglich ein paar tausend Menschen aus linksradikalen und einige kirchlichen Zusammenhängen.

Von der radikalen Linken gibt es zwar von 1991-1993 eine Zunahme der antifaschistischen Organisierung, und die Flüchtlingsarbeit wird zu einem Schwerpunkt, eine weitergehende politische Kraft entsteht daraus jedoch nicht.

Trotz der objektiven Verschlechterung der Verhältnisse sind auch die militant und bewaffnet kämpfenden Gruppen von diesen Entwicklungen tangiert und stellen ihre Aktivitäten weitgehend ein. Im Dezember 1991 und Januar 1992 unterziehen zwei Gruppen der Revolutionären Zellen mit längeren Erklärungen ihre bisherigen internationalistischen und antiimperialistischen Positionen einer grundsätzlichen Kritik. Die in den 80er Jahren entstandene autonome Bewegung ist Mitte der neunziger Jahre praktisch nicht mehr existent.

Die RAF nach 1989

Am 30. November 1989 wurde der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, Ziel eines Bombenanschlags. Am 27. Juli 1990 entging der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, knapp einem Anschlag. In ihrer Erklärung nimmt die RAF Bezug auf den parallel laufenden Hungerstreik politischer Gefangenen in Spanien. Der letzte Anschlag mit tödlichem Ausgang ist am 1. April 1991 die Erschießung des Vorstandsvorsitzenden der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder durch das »Kommando Ulrich Wessel«.

Mit ihrer Erklärung vom April 1992 vollzog die RAF einen Bruch in der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Staat. Es wird eine neue Phase angekündigt und das Papier als grundsätzliche Neuorientierung und Reflexion der eigenen Politik seit 1982 verstanden. Es folgt im August 1992 eine lange Erklärung, in der sich die RAF mit ihrer Geschichte auseinandersetzt.

Daß sie noch aktionsfähig war, bewies das RAF-»Kommando Katharina Hammerschmidt« am 30. März 1993 mit der Sprengung des kurz vor der Einweihung stehenden Gefängnisses Weiterstadt. Es entsteht ein Schaden von rund 100 Millionen Mark, der Neuaufbau dauert vier Jahre.

Am 27. Juni 1993 wird in Bad Kleinen das RAF-Mitglied Wolfgang Grams bei der versuchten Festnahme erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen. Auf die Spur der beiden waren die Staatsorgane durch den VS-Spitzels Klaus Steinmetz gebracht worden. Steinmetz zählte zur linksradikalen Szene im Rhein-Main-Gebiet. In der Geschichte der RAF ist das nicht der einzige Verrat gewesen, es war aber wohl der zuletzt folgenreichste.

Bereits seit Anfang der achtziger Jahre hielten sich in der DDR mit Einwilligung und Duldung der dortigen Behörden ehemalige Mitglieder der RAF auf. Dies wird 1990 durch Festnahmen von Susanne Albrecht, Inge Viett, Werner Lotze, Ekkehard Seckendorff-Gudent, Christine Dümlein, Monika Helbing, Silke Maier-Witt, Henning Beer, Sigrid Sternebeck und Ralf-Baptist Friedrich öffentlich. In den letzten Tagen der DDR wurden ihre Aufenthaltsorte bekannt und sie daraufhin an die BRD ausgeliefert. Susanne Albrecht, Werner Lotze und andere ehemalige »DDR-BürgerInnen«, außer Inge Viett, stellen sich in der Folgezeit für neu aufgerollte Prozesse gegen politische Gefangene aus der RAF zur Verfügung und erhalten dafür, angesichts des Strafvorwürfe (u.a. Ermordung von Ponto, Schleyer-Entführung, Anschläge auf die US-Generäle Haig und Kroesen) im Vergleich zu der üblichen Verurteilungspraxis relativ geringe Strafen und hohen Hafterlaß.

Der letzten Hungerstreiks und die RAF-Diskussion

Vom 1. Februar bis 14. Mai 1989 fand der zehnte Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF statt. Neben der Forderung nach Zusammenlegung wird nun auch eine freie Kommunikation mit Gruppen und Einzelpersonen außerhalb der Gefängnisse gefordert. Es sollte der letzte unbefristete Hungerstreik sein, im Gegensatz zu den bisherigen kommt es diesmal zu keinen begleiteten Anschlägen seitens der RAF.

Da die Gefangenen, neben einer Forderung nach materiellen Verbesserungen, explizit den Dialog mit »allen gesellschaftlichen Gruppen« wünschen, wird der Hungerstreik auch von einem breiten Spektrum zur Kenntnis genommen. In allen größeren Städten finden Informationsveranstaltungen statt, vielfach werden Räume der Grünen Partei als Büros für die Öffentlichkeitsarbeit umfunktionalisiert, und auch kirchliche Gruppen engagieren sich. Die seit 1973 wohl breiteste Mobilisierung hat ausschließlich humanitären Charakter. Eine Diskussion über die bisherige RAF-Politik ist vor allem seitens der antiimperialistischen Gruppen nicht erwünscht.

Als die Zeitschrift *konkret* im April 1992 die RAF-Deeskalationserklärung veröffentlichte, wurde diese dann zwar allseits zur Kenntnis genommen, die von den AutorInnen gewünschte Auseinandersetzung über die Perspektiven revolutionärer Politik blieb, außer vereinzelten Beiträgen aus dem linksradikalen Spektrum, jedoch aus. Die von der RAF erwartete Diskussion über eine neue revolutionäre Strategie findet nicht statt. Verschiedentlich wird gegenüber der RAF von Linksradikalen sogar der Vorwurf der Aufgabe und des Reformismus geäußert.

Liberale und weite Teile der Linken werten die Erklärung als längst überfällige Einsicht und notwenige Kapitulation.

Eine intensivere Diskussion über die Erklärungen aus dem April und August 1992 führen demhingegen die Gefangenen aus der RAF. In einer von Irmgard Möller für die Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand veröffentlichen Erklärung wird die Zäsur der RAF ausdrücklich befürwortet. Angesichts der tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche fordern sie ebenfalls eine grundsätzliche Aufarbeitung der Theorie und Praxis des bewaffneten Kampfes der letzten zwei Jahrzehnte.

Im Oktober 1993 kommt es dann zu einem Bruch innerhalb des Gefangenenkollektivs. Ein Bestandteil des Konflikt ist der Vorwurf der Mehrheit der RAF-Gefangenen an Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer, die in einer Kleingruppe in Celle inhaftiert waren, und an die Illegalen, daß sie »Geheimverhandlungen« mit der Regierung und dem Ziel der »Aufgabe des bewaffneten Kampfes« im Austausch mit der »Freilassung der Gefangenen« geführt hätten. Die RAF dementiert das ebenso wie Dellwo, Taufer und Folkerts. Allerdings wird durch den Konflikt deutlich, daß die sogenannte »Kinkelinitiative« (eine Ankündigung des damaligen Bundesjustizminister Kinkel, Gefangene aus der RAF vorzeitig zu erlassen; linksliberalen Medien verwendeten auch den Begriff »Versöhnung«) zu keiner positiven Veränderung der Situation der Gefangenen geführt hat. Im Gegenteil. Spätestens die Ereignisse in Bad Kleinen haben die »Kinkel-Initiative« als taktische Maßnahme des Staates in der militärischen Bekämpfung der RAF entlarvt.

In den letzten zwei Jahren sind einige Gefangene aus der RAF entlassen worden. Dies ist aber weder das Ergebnis von Verhandlungen, noch ist der öffentlicher Druck dafür ausschlaggebend gewesen. Die Gefangenen hatten ihre Strafe verbüßt oder waren haftunfähig, sie haben sich zwar nicht den geforderten »Abschwörungsritualen« unterworfen, jedoch in ihren Äußerungen eindeutig erklärt, daß sie die Phase des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik für abgeschlossen halten.

Anschlag auf Staatssekretär Hans Tietmeyer

Erklärung vom 20. September und 21. September 1988

Heute haben wir mit dem Kommando Khaled Aker den Staatssekretär im Finanzministerium, Hans Tietmeyer, angegriffen.

Tietmeyer ist Stratege und einer der Hauptakteure im internationalen Krisenmanagement, der auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene die ökonomische Krise des imperialistischen Systems beherrschbar machen und den Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems verhindern will.

Er hat zentrale Funktionen in der Formulierung, Koordinierung und Durchsetzung imperialistischer Wirtschaftspolitik – es gab in den letzten Jahren keine wichtigen wirtschafts- oder währungspolitischen Entscheidungen, an denen er nicht maßgeblich beteiligt war.

Er ist verantwortlich für Völkermord und Massenelend in der 3. Welt.

Als Delegierter bei IWF und Weltbank, G5- und G7-Treffen, Weltwirtschaftsgipfeln (die er seit 1982 als Beauftragter der Regierung vorbereitet hat) ... entwickelt und forciert er die imperialistische Politik der Vernichtung durch Hunger und Counterinsurgency gegen die Völker in den abhängigen Ländern im Süden – eine Politik, die für die Mehrheit der Menschen Tod und Elend bedeutet, um dem internationalen Kapital Profit und Macht zu sichern.

Er ist verantwortlich für die Verschärfung von Ausbeutung, Verelendung und Unterdrückung in Westeuropa.

In verschiedenen EG-Gremien, auf bilateraler (wie im deutsch-französischen Wirtschafts- und Finanzrat) und auf nationaler Ebene hat er quer durch Westeuropa die Bedingungen für die aggressive Restrukturierung des Kapitals und die Expansion der transnationalen Banken und Konzerne durchgesetzt, was verschärfte Ausbeutung bzw. die Zerstörung der Existenzgrundlage von Millionen Menschen heißt – vor allem in den ärmeren Ländern Südeuropas und in Irland.

Imperialistisches Krisenmanagement bedeutet die Verlängerung und Verschärfung des Elends und der Vernichtung der Menschen in der Metropole und in der 3. Welt. Es ist der Versuch, das bestehende zugespitzte und katastrophale Gleichgewicht im Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Befreiung, gegen den zunehmenden Druck der Befreiungskämpfe und die inneren Erosionen des Systems, mit allen Mitteln zu stabilisieren und weitere Einbrüche zu verhindern.

Der Imperialismus kann nur noch Destruktivkräfte entwickeln, sein Wesen ist Zerstörung – er setzt im Weltmaßstab die Vernichtung der Menschen durch Genozid und aufgezwungene Existenz in Sinnlosigkeit und Entwürdigung durch, gegen diese im Kern einheitliche Wirklichkeit, daß die Menschen nirgendwo in diesem System leben können, entwickeln und verstärken sich quer über den Globus die Kämpfe gegen den Imperialismus und für Selbstbestimmung und Menschenwürde.

Diese Identität in Inhalt und Ziel ist die Verbindung der Kämpfenden an allen Abschnitten der internationalen Front, der Prozeß der Einheit, der weltweit reift.

Die Wurzel aller revolutionären und antagonistischen Kämpfe hier in der Metropole ist die Erfahrung, daß in diesem System aus Profit und Macht Leben nicht möglich ist – jeder, dessen Sinne nicht völlig abgestumpft sind, erfährt die Dimension der Zerstörung und Sinnlosigkeit als nackten Angriff auf sich selbst und alle Ausgebeuteten, erfährt, daß dieses faulende System antagonistisch zu allen

eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen von menschlichem und menschenwürdigem Leben ist.

Dagegen ist die Vorstellung von selbstbestimmtem Leben, die Rückeroberung natürlicher Fähigkeiten und menschlichen Reichtums und das Ziel einer herrschaftsfreien und menschlichen Gesellschaft, in der der Mensch sinnbildendes Zentrum ist, nur möglich und wird real im Kampf für die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Realität.

Im Kampf für die Zerschlagung des Systems müssen diese Werte als aktuelles und zukünftiges Ziel immer wieder neu formuliert und von denen, die kämpfen, erobert und in den Beziehungen hergestellt werden.

Die Identität im Ziel kann und muß als gemeinsames subjektives Moment für die Einheit der Revolutionäre und für die bewußte Vereinheitlichung der revolutionären Kämpfe im westeuropäischen Zentrum bestimmt werden.

Revolutionärer Kampf braucht die Vertiefung der subjektiven und politischen Bewußtseinsprozesse – d. h. die existentiellen Erfahrungen im System zum politischen Begriff der Situation zu bringen, eigene Vorstellungen und Ziele zu bestimmen und sich klar zu werden über die objektiven Bedingungen, also die Macht des Imperialismus, die dagegen steht und gegen die die Umwälzung durchgesetzt werden muß.

Revolutionäre Identität, die bewußte und unumkehrbare Entscheidung dafür, den Kampf für die grundsätzliche Umwälzung der Verhältnisse zum Sinn und Inhalt des eigenen Lebens zu bestimmen, ist Voraussetzung und Basis für selbstbestimmte, offensive und kontinuierliche Praxis und gegen Kapitulation und Verrat.

Ziel der revolutionären Kämpfe weltweit ist, die destruktive Entwicklungsrichtung, die der Imperialismus überall durchsetzt, zu stoppen und umzukehren in eine Entwicklung für die Menschen und die konkrete Perspektive auf das Ende imperialistischer Herrschaft und Barbarei zu eröffnen.

Darin hat der Kampf der Front im westeuropäischen Zentrum als Abschnitt der internationalen Front besondere Bedeutung wegen der Zentralität Westeuropas und seiner steigenden politisch-ökonomisch-militärischen Funktion im imperialistischen Gesamtsystem.

Der Kampf gegen konkrete Projekte in der imperialistischen Strategie muß mit dem Ziel geführt werden, ihnen die politisch-materielle Grenze zu setzen, ihre Durchsetzung zu blockieren und zu verhindern, um die Strategien des Imperialismus real zu brechen und den Erosionsprozeß des Systems voranzutreiben.

Die Einheit der Revolutionäre herstellen!
Der Kampf im imperialistischen Zentrum in strategischer Einheit mit den Kämpfen in den 3 Kontinenten im Süden führen!
Solidarität mit dem Aufstand des palästinensischen Volkes!

Kommando Khaled Aker

Wir haben das Ziel des Angriffs, Tietmeyer zu erschießen, nicht erreicht, weil die Maschinenpistole, mit der zuerst gezielt der Fahrer ausgeschaltet werden sollte, um den Wagen zum Stehen zu bringen, sich verklemmt hat. In diesem Moment waren zwei vom Kommando schon aus ihrer Deckung raus und mußten deshalb versuchen, den Wagen doch noch mit nur einer »pump« zu stoppen – was aber gescheitert ist.
Rote Armee Fraktion, 21.9.88

Hungerstreikerklärung vom 1. Februar 1989

Hungerstreik vom 1.2. bis 14.5.1989

Wir sind seit heute im Hungerstreik. Jetzt lassen wir nicht mehr los, die Zusammenlegung muß jetzt erreicht werden.

Jeder, der es wissen will, weiß, was die Isolation ist, sie ist international begriffen und als Folter definiert. Hier haben sie inzwischen die Isolation für gefangene Revolutionäre, ob aus Guerilla, aus dem Widerstand oder ausländische Genossen und Genossinnen, zur Regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale Gefangene ein – international wird sie als die saubere, perfide Methode der feinen BRD-Europäer immer mehr übernommen. Hier muß sie gebrochen werden. Neun Hungerstreiks haben wir gemacht, zwei Gefangene sind darin gestorben, viele von uns haben Gesundheitsschäden. Jetzt muß Schluß sein mit dieser achtzehn Jahre langen Tortur. Das ist unser definitiver Entschluß, so werden wir kämpfen.

Es gibt dazu nicht mehr viel zu erklären. Unsere Situation und unsere Forderung sind klar. Uns sträubt sich inzwischen auch schon alles, von der Isolation noch zu reden und davon, daß wir zusammen wollen. Diese dürren Wörter und ihre Wiederholung sind schon ein Hohn auf die Wirklichkeit in den Gefängnissen. Im Lauf des Streiks wollen wir dann noch öfter etwas sagen, jetzt nur ein paar Hauptsachen, worum es uns geht.

Wir machen so nicht mehr weiter, das Ziel der Isolation war von Anfang an, die Gefangenen zu zerstören, um die Politik der RAF zu ersticken. Damit sind sie an uns gescheitert – aber wir ertragen es so auch nicht mehr. Wir wollen es jetzt nicht mehr aushalten, so ist es. Das ist jetzt unsere politische und existentielle Entscheidung. Denn wenn wir uns auch gegen ihren Zerstörungsautomat behaupten konnten und wenn wir selbst in dieser Lage noch entscheidendes Neues für uns gewonnen haben – es gibt eine Grenze, an der der permanente Kampf der einzelnen und die ständig weit, reduzierte Lebensweise als gefangene politische Gruppe für uns nicht mehr gehen. Die ist jetzt da.

Es ging immer nur eine begrenzte Zeit, an den Hungerstreikzyklen durch all die Jahre ist es abzulesen. In ihnen haben wir unsere Identität im Kampf verteidigt und uns die Kollektivität in der Vereinzelung immer wieder lebendig gemacht. Bis das, was wir uns aus dem Kampf in die Löcher geholt hatten, wieder aufgebraucht war. Jetzt fügen wir dem nicht mehr noch einen Streik nur dazu, das ist nicht mehr möglich, jetzt gibt es für uns nur noch das materielle Ziel.

Wir wollen jetzt die Zusammenlegung, und wir wollen damit auch diese ganze lange Phase abschließen – und dann wollen wir weiter. Auf eine absehbare Reaktion »Die Isolation wird aufgehoben«, also Kosmetik, einzelne, differenzierte Anpassungen, die dem BRD-Staat nur die Angriffe wegen der Isolation vom Hals schaffen sollen und für uns nicht das Grundlegende ändern, werden wir uns nicht mehr einlassen. Nicht mehr nach dieser langen Zeit. Das soll von Anfang an klar sein. Wir haben immer jede kleine Veränderung genutzt, waren immer zu Schritten bereit. Jetzt gibt es aber nichts mehr als die Zusammenlegung. Zu glauben, mit einer neuen Aufmachung, was sich dann vielleicht »Normalvollzug« nennt, unserem Kampf: zusammenzukommen, den Boden entziehen zu können, ist ein Irrtum. Das heißt dann nur eine neue Runde. Es gibt nichts mehr als die Zusammenlegung.

Es ist auch nicht mehr nur das Alte – die Notwendigkeit gegen die Isolation und die Möglichkeit einer Gegenstruktur

in diesen Bedingungen – in diesem Brennofen bleibt nichts, wie es war. Die Forderung hat für uns in der Zeit auch eine viel weitergehende Materialität bekommen. Nur aus den Beziehungen zueinander und deren permanente lebendige Entwicklung sind wir durch diese Zeit gekommen – und darin ist unser Zusammenhang Teil von uns geworden wie Arme und Beine. Das nimmt uns heute niemand mehr, das dreht keiner zurück. Es ist eine Materialität, die der Kampf gegen die Vernichtung geschaffen hat – und dasselbe jetzt einfach auch mal so: es ist das dialektische Produkt ihrer Maßnahmen. Und nachdem die jetzt achtzehn Jahre mit allen Varianten so stehen und keine »Normalität« damit exekutiert werden konnte, müssen sie die Kröte, die die Zusammenlegung für sie ist, auch schlucken.

Aber nicht nur subjektiv, auch bezogen auf die politische Entwicklung geht es schon um mehr. In der Wirklichkeit klaffen unsere Situation und damit unsere Möglichkeiten – und was die reale Situation insgesamt verlangt, damit es weitergeht, längst weit auseinander. Während wir die Zusammenlegung noch nicht haben, entwickelt sich schon die Frage nach einer weitergehenden Perspektive für die politischen Gefangenen überhaupt. Es geht um uns, von allen Seiten will man was von uns – aber wir können nicht zusammen reden und kaum handeln. Es läuft bei uns nur zusammen. Und ohne uns läuft es dabei nicht, das sollte aus den vielen Versuchen in den letzten Jahren, über uns wegzubügeln, doch klar geworden sein. Wir wollen jetzt an der gesamten politischen Diskussion teilnehmen. Das ist die andere Seite der Zusammenlegung.

Aus einer ganzen Reihe von Entwicklungen, hier und international, sind neue Fragestellungen entstanden. Es ist insgesamt eine neue Stufe der Auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden Seiten, die Ziele, die Formulierung der Politik, die Formierung für den Kampf ein neues Mal angegangen werden. Auch das ist eine Widerspiegelung davon, daß hier aus beiden Richtungen neu die Frage nach den Gefangenen hochgekommen ist. Der Staat bringt Begnadigungen, staatskonforme Gruppen wollen eine Amnestie – und der revolutionäre Widerstand nimmt wieder auf, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft werden muß.

Auch wir meinen, daß diese Auseinandersetzung jetzt reif ist. Das wird aber nur in einem Prozeß von Diskussion und Praxis weitergebracht werden, in dem revolutionäre Politik hier zu einem neuen realen Faktor wird. Unser Kampf für die Zusammenlegung jetzt soll Teil davon sein. Aus vielen Ansätzen im letzten Jahr, aus der Offenheit und dem Willen quer durch verschiedene Zusammenhänge im Widerstand, halten wir eine neue Einheit im revolutionären Kampf für möglich. Es zeichnet sich jetzt schon eine Umkehrung der linken Rückentwicklung seit Ende der 70erJahre ab, der Kampf in der Metropole kann auch neu in die internationale Auseinandersetzung kommen. Dann werden auch ganz neue politische Möglichkeiten in der BRD eröffnet sein. Wir hoffen das.

Die Zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. Dann wollen wir die Diskussion. Zur gesamten Situation – und für unsere Freiheit. Darauf spitzt es sich für uns praktisch zu.

Denn die Freiheit ist natürlich unser Ziel. Wir wollen ja nicht ein Stück politischer Organisation im Gefängnis etablieren, eine Gegenstruktur als Gefangene ist wirklich nicht unser höchstes Glück.

Wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches Ziel anzupacken. Soweit ist Konsens unter uns. Für das weitere, wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. Wir haben die Zusammenlegung als Übergang bestimmt.

Wir nehmen jetzt eine neue Form von kollektivem Kampf. Im letzten Streik haben sie ein Gesetz gemacht, mit dem sie uns das Mittel Hungerstreik nehmen wollten, das »Komagesetz«. Es bedeutet, daß dem einzelnen im Koma in einer langgestreckten medizinisch-technischen Manipulation in der Intensivstation der Wille und die Entscheidungsfähigkeit, den Kampf weiterzuführen, genommen werden soll. Es bedeutet weiter für die Auseinandersetzung insgesamt, daß sie die Zuspitzung und Entscheidung auf einen engen Zeitraum bringen wollen, praktisch auf einen Punkt, den, wenn nach zwei, drei Monaten viele von uns gleichzeitig auf der Kippe sind. Es sterben dann vielleicht mehrere, aber dann in einer kurzen, frontalen Konfrontation – und die »tragen« sie, wie sie letztes Mal gesagt haben, und dann, stellen sie sich vor, ist Schluß.

Und das würde auch bedeuten, daß das Mittel des Kampfes politisch sich gegen uns dreht. Denn in dieser Kulmination für alle zum selben Zeitpunkt käme die Frage nach Sinn und Ziel auf uns zurück. Wenn viele tot sind, wie wollen die anderen dann zusammen sein. Wir werden ihnen das umdrehen und einen langgezogenen Kampf führen. Jeder von uns ist das Kollektiv. Wir fangen alle zusammen an, nach zwei Wochen gehen wir in eine Kette über. Bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei Wochen kommen die nächsten zwei wieder dazu, nach den nächsten zwei Wochen wieder zwei, und weiter. Wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die Zusammenlegung haben.

Wir fordern:

– Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.

– Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder. Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.

– Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Für die Gefangenen aus der RAF
Helmut Pohl, 1.2.89

Anschlag auf Alfred Herrhausen

Erklärung vom 2. Dezember 1989

»Die revolutionären Prozesse sind die Erfahrungen, die aus der Agonie zwischen Leben und Tod heraus, hin zu einem entschlossenen Kampf für das Leben geführt werden.«

Am 30.11.1989 haben wir mit dem Kommando Wolfgang Beer den Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, hingerichtet, mit einer selbstgebauten Hohlladungsmine haben wir seinen gepanzerten Mercedes gesprengt.

Durch die Geschichte der Deutschen Bank zieht sich die Blutspur zweier Weltkriege und millionenfacher Ausbeutung, und in dieser Kontinuität regierte Herrhausen an der Spitze dieses Machtzentrums der deutschen Wirtschaft; er war der mächtigste Wirtschaftsführer in Europa.

Deutsche Bank, das ist quer durch

Westeuropa und in weiten Teilen der Welt zum Symbol für die Macht und Herrschaft geworden, die überall frontal mit den fundamentalen Interessen der Menschen nach einem Leben in Würde und Selbstbestimmung zusammenstößt. Unter Herrhausens Regie hat sich die Deutsche Bank zur europaweit größten Bank aufgeschwungen und dominiert die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Sie hat ihr Netz über ganz Westeuropa geworfen und steht an der Spitze der faschistischen Kapitalstruktur, gegen die sich jeder Widerstand durchsetzen muß.

Seit Jahren bereitet sie den Einbruch in die Länder Osteuropas vor, jetzt steht sie und andere lauernd in den Startlöchern, um auch die Menschen dort wieder dem Diktat und der Logik kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen.

Herrhausens Pläne gegen die Länder im Trikont, die selbst in »linksintellektuellen« Kreisen als humanitäre Fortschrittskonzepte gepriesen werden, sind nichts anderes als der Versuch, die bestehenden Herrschafts- und Ausplünderungsverhältnisse längerfristig zu sichern; sie verlängern und verschärfen noch weiter die Leiden der Völker.

Es ist weltweit eine destruktive Entwicklung, die der Imperialismus zur Sicherung seiner Profit- und Machtpositionen produziert: Völkermord, Hunger, Erniedrigung, Existenzunsicherheit und umfassende Zerstörung schafft eine im Kern einheitliche Situation, die überall existentielle Dimension angenommen hat, nirgends können die Menschen wirklich nach ihren eigenen Vorstellungen und Werten leben. Aber die Akteure dieses Systems müssen wissen, daß ihre Verbrechen ihnen erbitterte Feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen Platz geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerillaeinheiten sicher sein können.

Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa, stehen vor einem neuen Abschnitt.

Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß.

Daran arbeiten wir, und daran wollen wir die Diskussion mit allen, die Schluß machen wollen mit der imperialistischen Zerstörung und die für eine grundsätzlich andere, an den Menschen orientierte gesellschaftliche Realität kämpfen, und die diese Auseinandersetzung mit uns wollen.

Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung, was möglich ist, weil viele es wollen, und es gibt die ersten Schritte dahin schon. Wir stellen uns das vor als einen Prozeß von gemeinsamer Diskussion und Praxis, in dem offen über die verschiedenen Erfahrungen, Vorstellungen und Kritiken geredet wird, um die gesamte Entwicklung zusammen zu begreifen und um zu politischen Bestimmungen und konkreten greifbaren Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß zu kommen.

In der Diskussion darüber müssen die Gefangenen Teil sein, dafür, und weil das Vernichtungsprojekt gegen sie endlich gestoppt werden muß, muß jetzt ihre Zusammenlegung und damit die Perspektive für ihre Freiheit erkämpft werden.

In dieser neuen Phase müssen wir es schaffen, die vielfältige und unterschiedliche revolutionäre Praxis in einer Orientierung gegen das System zu verbinden. Der revolutionäre Prozeß braucht neue Dynamik und produktive Wechselbeziehungen, nur zusammen können die Kämpfe die nötige Kraft entwickeln, um destruktive Entwicklungen des Imperialismus zu stoppen und überhaupt seine

ganze zerstörerische Entwicklungsrichtung umzudrehen – nur zusammen, also als eine Front gegen den Imperialismus, können wir hier in Westeuropa gemeinsam mit den Befreiungskämpfen weltweit einen einheitlichen, internationalen und langandauernden Umwälzungsprozeß durchsetzen.

Zusammen kämpfen!

Kommando Wolfgang Beer

Zu Kiechle

Erklärung vom 26. April 1990

Wir haben uns entschlossen, jetzt doch auf diese VS-Kiste, wir hätten einen Anschlag auf Kiechle geplant und abgebrochen, zu reagieren, weil wir mitgekriegt haben, daß nach der Veröffentlichung und breiten Verteilung der VS-Erklärung in vielen Städten und Scenes Genossinnen und Genossen angefangen haben, sich mit diesem Quatsch auseinanderzusetzen.

Eigentlich hatten wir vorher so überlegt, daß wir zu dieser Geheimdienst-Sache erst in einem umfassenden Text – darüber, wie wir uns den revolutionären Prozeß vorstellen – kurz was sagen. Aber wir wollen der Desorientierung und dem Chaos, das an der VS-Erklärung losgegangen ist, jetzt schnell ein Ende setzen.

Das Ziel dieser Geheimdienst-Aktion ist es, Verunsicherung, Spaltung und Desorientierung zu produzieren und zwar genau in der Situation, wo viele darauf warten, daß wir unsere Überlegungen und Vorstellungen, die wir in der Herrhausen-Erklärung nur kurz und sehr allgemein angerissen haben, präzisieren; außerdem soll natürlich von den wirklich wichtigen Fragen abgelenkt werden.

Uns hat die VS-Kiste deutlich vor Augen geführt, daß Fehler von uns und daraus resultierendes Mißtrauen sehr viel länger nachwirken als eindeutige und gute Aktionen.

Nach 20 Jahren bewaffneter Politik hier und den Erfahrungen, die die Menschen mit uns gemacht haben, kann der Geheimdienst natürlich nicht mehr damit kommen, wir würden das Trinkwasser in Großstädten vergiften, das nimmt ihnen heute niemand mehr ab.

Aber gerade in der jetzigen Situation, in der es einerseits eine immer größere Nähe zwischen denen, die kämpfen, gibt und gleichzeitig jede Menge Fragen, versuchen sie mit einem völlig nicht-nachvollziehbaren Angriffsziel wie diesem Agrar-Wurm und entpolitisierten Parolen von »forciertem Aktionismus« die Nähe, die über den Angriff auf Herrhausen zwischen vielen Teilen der revolutionären Linken und uns neu entstanden ist, zu treffen.

Zusammen kämpfen!

Anschlag auf Hans Neusel

Erklärung vom 29. Juli 1990

»Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden – sie gewinnen entweder oder sie sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben.« (aus dem letzten Brief von Holger Meins)

José Manuel Sevillano ist tot. Er wurde im Mai nach 177 Tagen Hungerstreik von der spanischen Regierung ermordet.

Die gefangenen Genossinnen und Genossen aus Grapo und PCE(r)[268] kämpfen

268 Widerstandsgruppen des 1. Oktober. Die Grapo gehörte zu den Bewaffneten Gruppen in Westeuropa, deren Konzept der Aufbau einer bewaffneten, kommunistischen Partei war. In ihrem Papier »Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung« kritisierte die Grapo speziell die RAF wegen deren fehlender »Klassenposition« und warf der »antiimperialistischen Linie« eine antikommunistische, kleinbürgerliche Haltung vor.

seit 8 Monaten mit einem harten und langen Streik für ihre Wiederzusammenlegung.

Sie müssen mit ihrer Forderung durchkommen, und sie brauchen dafür die Solidarität und Initiative von allen, denen es ernst ist mit radikaler Veränderung und dem Kampf für eine menschliche Gesellschaft.

Der spanische Staat setzt bisher gegen die Gefangenen die harte Haltung und Folter durch. Bei ihm liegt die Verantwortung und Entscheidung, aber die Richtlinien dafür werden in westeuropäischen und NATO-Gremien festgelegt, und deshalb ist die BRD als führende europäische Macht genauso für den Tod von José Manuel Sevillano verantwortlich.

Am 27.7.90 haben wir mit dem »Kommando José Manuel Sevillano« den Aufstandsbekämpfungs-Experten Hans Neusel, Staatssekretär im Bonner Innenministerium, angegriffen.

Wir haben das militärische Ziel der Aktion verfehlt – die Explosion sollte seinen sicheren Tod, aber auch den hundertprozentigen Schutz Unbeteiligter gewährleisten. In dieser Spanne haben wir die Sprengstoffmenge zu niedrig berechnet.

Wir wollten Neusel für seine Verbrechen zur Verantwortung ziehen. Er organisiert und führt den Krieg gegen alle, die für Befreiung, Selbstbestimmung und ein menschenwürdiges Leben und gegen die Zerstörung, die von diesem System ausgeht, kämpfen.

Neusel ist seit ’85 treibende Kraft bei vielen Trevi-Treffen[269], von ihm gingen zahlreiche Initiativen zur Intensivierung und Vereinheitlichung der westeuropäischen Aufstandsbekämpfung und menschenverachtenden Flüchtlingspolitik aus. Daß sich seit ’87 »Terrorismus-Experten« der Weltwirtschafts-Gipfel-Staaten regelmäßig treffen, geht auf die Initiative Neusels und des französischen Innenministers zurück.

In allen Krisenstäben, die mit Widerstandsbekämpfung zu tun haben (ob wegen der Entführung von Managern deutscher Multis im Libanon[270], Koordinierung der Fahndung nach Aktionen von uns ...), und den Geheimdienstausschüssen der Regierung ist Neusel entweder Mitglied, oft auch Vorsitzender.

Im Frühjahr ’89, als die Gefangenen hier im Hungerstreik waren, um ihre Zusammenlegung zu erkämpfen, war Neusel (vor der Ernennung von Schäuble[271] zum Innenminister) faktisch Chef des Ministeriums. Zimmermann hatte sich schon lange vorher inoffiziell aus dieser Funktion verabschiedet. In dieser Zeit pushte das

272 TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence International): 1976 ins Leben gerufene Planungs- und Koordinationsgruppe der europäischen Innenminister mit dem Ziel der Intensivierung der polizeilichen und geheimdienslichen Zusammenarbeit. Seit 1995 wurde das bis dahin informell agierende Gremium durch den »Rat für Justitz und Zusammenarbeit« ersetzt, dessen prominentestes Projekt die Planung einer europäischen Polizeibehörde (EUROPOL) ist. Neben der polizeilichen Zusammenarbeit geht es dabei vor allem um die sogenannte »Harmonisierung« der Innenpolitik auf EG-Ebene, das heißt, den koordinierten Abbau von Freiheitsrechten in den einzelnen Mitgliedsländern (wie z.b. die Abschaffung des Asylrechts).

270 Kurz nachdem in Deutschland der Libanese Ali Hamadi festgenommen wurde (die BAW warf ihm vor, an der TWA-Entführung beteiligt gewesen zu sein, bei der 700 Gefangene aus israelischen Gefängnissen befreit wurden), entführte die Hisbollah im Libanon den HOECHST-Manager Cordes und forderte einen Austausch. Die Behörden verhafteten später auch den Bruder von Ali Hamadi, die Hisbollah nahm weitere deutsche und amerikanische Geiseln.

271 Wolfgang Schäuble, von 1989 bis 1991 Bundesinnenminister, Verhandlungsführer der BRD bei dem »Einigungsvertrag« gegen die DDR, seit 1991 Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Innenministerium offensiv die Parole: »Der Staat darf sich nicht von diesen Gefangenen erpressen lassen.«

Bei Treffen von Vertretern der Länder-Justizministerien war Neusel dabei, um dort die Linie des Innenministeriums zu vertreten.

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik hier war von Anfang an klar: Solange die harte Haltung der Regierung nicht durch den Kampf der Gefangenen und all derer, die die Durchsetzung der Forderung nach Zusammenlegung zu ihrer eigenen Sache gemacht hatten, gebrochen ist, solange ist Neusel Teil der Fraktion, die über die Leichen unserer Genossinnen und Genossen gehen will. Diese eisenharte NATO-Linie vertritt Neusel für die Bundesregierung aktuell in dem Angriff der westeuropäischen Bestie gegen die gefangenen Revolutionäre in Spanien.

Neusel verkörpert – wenn auch indirekt – die personelle Kontinuität des deutschen Faschismus vom 3. Reich zum »Großdeutschland«, das auf das 4. Reich zusteuert. Er hat seine politische Karriere über viele Jahre an der Seite von Alt-Nazi und Ex-Bundespräsident Carstens gemacht und formuliert auch öffentlich seine faschistischen Gedanken und Ideen ohne jeden Versuch einer schein-demokratischen Ummäntelung. Als es ’87 um die Aufnahme von 14 chilenischen gefangenen Revolutionären[272] ging, die von dem faschistischen Militärregime zum Tode verurteilt worden waren, verlangte Neusel zuvor von ihnen die »Entkräftung der gegen sie erhobenen Vorwürfe« – was nichts anderes hieß, als daß er ihre Hinrichtung forderte.

Neusel hat die Entscheidung über den Einsatz der GSG 9 und ist beteiligt an der Entscheidung darüber, wer von dieser Killertruppe ausgebildet wird, wie z. B. türkische Spezialeinheiten, die heute in Kurdistan das Volk niedermetzeln.[273]

Die Offensive gegen die Gefangenen in Spanien, mit der sich die sozialistische Regierung unter González endgültig – gerade in Hinblick auf »Europa ’92« – als zuverlässiges Mitglied der Kernstaaten des europäischen Machtblocks profilieren will, läuft mit voller Rückendeckung der übrigen westeuropäischen Staaten. Dieser Block mit der BRD an der Spitze hat sich heute zur Weltmacht aufgeschwungen und muß gegen die sich ständig verschärfenden Widersprüche, die sich schon lange nicht mehr befrieden lassen, die innere Stabilität durchsetzen. Vor diesem Hintergrund läuft aktuell quer durch alle westeuropäischen Länder der Versuch, jeden Gedanken an Widerstand und Selbstbestimmung im eisernen Würgegriff und der permanenten Demonstration der Totalität ihrer Macht zu ersticken.

Und in diesem Zusammenhang hat die Frage, ob die Gefangenen in Spanien mit ihrem Kampf durchkommen, für die gesamte nächste Phase, dem Neuaufbau re-

272 Im Oktober 1986 stellten 14 Gefangene die hauptsächlich der Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR) angehörten, einen Asylantrag in der Bundesrepublik, nachdem sie in Chile zum Tode verurteit worden waren. Nachdem die hessische Landesregierung angekündigt hatte, die Chilenen und ihre Familien aufzunehmen, protestierten mehrere Politiker auf Bundesebene gegen das »Sicherheitsrisiko«. In der folgenden, öffentlichen Diskussion wurde auf der Seite der Menschenrechtsbewegung breit über die Legitimität von Gewalt und Widerstand diskutiert.

273 1984 nahm die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) den bewaffneten Kampf gegen die soziale und kulturelle Unterdrückung in den kurdischen Gebieten auf. 1987 stellte Staatspräsident Özal die kurdischen Provinzen unter Ausnahmezustand, das türkische Militär entwickelte mit NATO-Unterstützung einen umfassenden Spezialkrieg mit Massakern an der kurdischen Bevölkerung, Folter, Zwangsumsiedlungen und Todesschwadronen, der bis heute die politische Situation im Land prägt.

volutionärer Praxis in Westeuropa, große Bedeutung.

So wie der BRD-Staat ’77 versucht hat, über unsere Niederlage ein für allemal mit dem Problem der Guerilla Schluß zu machen und gleichzeitig die gesamte Linke hier in tiefe Resignation und Ohnmacht zu stürzen, so zielt der Angriff auf die Gefangenen aus Grapo und PCE(R) zugleich auf die gesamte revolutionäre Bewegung und alle fortschrittlichen Kräfte in Westeuropa.

Die Zerschlagung der Gefangenenkollektive und die Isolierung der Genossinnen und Genossen soll einen Umschlag in der Entwicklung der letzten Jahre einleiten, und das genau an der Frage, wo die Einheit und das Bewußtsein über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns quer durch Westeuropa in den revolutionären Bewegungen und bei vielen, denen es um radikale Veränderungen geht, am weitesten entwickelt ist.

Der Versuch, diesen Umschlag jetzt durchzusetzen, kommt aus der internationalen Entwicklung: Der Imperialismus hat den Kalten Krieg gewonnen. Die Auflösung des sozialistischen Blocks und damit auch seiner historischen Funktion für die Befreiungsprozesse im Trikont hat zu einer neuen Stabilisierung des imperialistischen Machtblocks geführt. Die rasende Entwicklung der letzten Monate und die Einverleibung der DDR hat die BRD innerhalb Westeuropas zu uneingeschränkter Vormacht und den ganzen westeuropäischen Block zur Weltmacht gebracht.

Aus dieser Machtposition versuchen sie heute, an jedem Punkt Terrain gegen alle revolutionären Kämpfe und Kämpfe um Lebensbedingungen zurückzugewinnen und da, wo von unten schon Ziele durchgesetzt wurden, die Entwicklung wieder zurückzudrehen.

Seit Anfang/Mitte der 80er Jahre, als der Befreiungsprozeß weltweit an Grenzen gestoßen war, mußten die Kämpfenden überall anfangen, nach neuen Wegen zu suchen.

Das hieß in vielen Ländern im Trikont, daß zu den revolutionären Befreiungsbewegungen Basisbewegungen entstanden sind, die für die Veränderung der unmenschlichen und unwürdigen Lebensbedingungen kämpfen und angefangen haben, ihren Alltag selbst zu organisieren.

So hat sich in verschiedenen Ländern (die Intifada in Palästina und Kurdistan oder die Befreiungsbewegungen in El Salvador oder den Philippinen) eine Macht von unten herausgebildet, die neben der reaktionären Staatsmacht existiert.

Diese Entwicklung hat ihren Ausdruck auch in den Metropolen. Die Kämpfe, die sich in den letzten Jahren hier entwickelt haben und in denen unterschiedliche Menschen zusammengekommen sind, sind Kämpfe für Veränderungen hier und sofort.

Zum einen richten sie sich gegen zerstörerische imperialistische Projekte. Zum anderen sind aus der Erfahrung vieler, daß der kapitalistische Alltag mit Konkurrenz, der Beziehungslosigkeit der Menschen untereinander, dem Leben in der Isolation zerstörerisch ist, Kämpfe für selbstbestimmte Lebenszusammenhänge entstanden. Das ist der Kern davon, daß in ganz Westeuropa z. B. Hausbesetzerbewegungen entstanden.

Da, wo sich Menschen selbstbestimmte Räume erkämpft haben, sind neue Möglichkeiten und Bezugspunkte für die Herausbildung einer revolutionären Bewegung entstanden.

Diese Entwicklung wollen sie zurückdrehen und umkehren. Die aktuellen Projekte der Konterrevolution: Zerschlagung der Gefangenenkollektive in Spanien, die Niederschlagung von Gefangenenrevolten in mehreren Ländern[274], die brutale Räumung seit Jahren besetzter Häuser und Knaststrafen in Groningen (NL)[275], Dänemark, die Razzien und Hetze gegen die Hafenstraße stehen da in einer Reihe.

Sie zielen gegen alle Ansätze, die wie z.B. der Hafen hier dafür stehen, daß es möglich ist, gegen ihren Machtapparat eigene Ziele durchzusetzen, daß gegen den kapitalistischen 24-Stunden-Alltag eine von den Menschen bestimmte Wirklichkeit existieren kann. Gegenüber der internationalen Entwicklung, aber gerade auch gegenüber dem faschistischen Durchmarsch und Aufschwingen der BRD zur neuen großdeutschen Weltmacht, sagen viele Genossen und andere Menschen, die gegen dieses System der Unterdrückung und Unmenschlichkeit aufgestanden sind, daß wir keine Chance haben durchzukommen, weil der Feind übermächtig sei und die Kräfte für die Umwälzung schwach.

Und das ist die andere Seite: Diese Resignation und zum Teil auch Lähmung verhindert viele Initiativen, die Schritte im Neuaufbau einer starken revolutionären Bewegung sein könnten.

Die Entscheidung gegen das imperialistische System und für eine Welt, in der die Menschen selbstbestimmt und frei leben können, zu kämpfen, kann nicht davon abhängig sein, ob die eigene Seite oder der Feind in einer bestimmten Phase stark ist, also ob der Sieg in greifbarer Nähe liegt oder in einem langen Kampf durchgefochten werden muß.

Die Entscheidung für den revolutionären Kampf kann nur aus der eigenen Erfahrung im System und seiner Brutalität und Zerstörung kommen und aus den eigenen Zielen und Vorstellungen – eben, wie man leben will.

Wir denken, daß ein wichtiger Schlüssel für viele, aber auch für die nächsten Schritte im Aufbau von revolutionärer Gegenmacht darin liegt, sich diese Erfahrung, denn die ist bei jedem Mensch die Wurzel für den eigenen Aufbruch, bewußt zu machen.

Die Erfahrung der Zerstörung durch das System kann zur bewußten und endgültigen Entscheidung für die Umwälzung der herrschenden Realität und für ein selbstbestimmtes und -organisiertes Leben gebracht werden.

Wir alle müssen es jetzt anpacken, zur gemeinsamen Kraft zu werden. Die Entscheidung, die Aktion gegen Neusel jetzt und im Zusammenhang mit dem Streik in Spanien zu machen, ist für uns ein neuer Schritt auf dem Weg, zusammen Gegenmacht aufzubauen im gemeinsamen Kampf für die Durchsetzung einer Forderung, die Brennpunkt in der gesamten Auseinandersetzung ist.

Wir hatten nicht von Anfang an vor, in die Entwicklung des Hungerstreiks der spanischen Genossen und Genossinnen zu intervenieren. Erst nachdem klar war, daß selbst nach dem Mord an José Manuel Se-

274 Im April 1990 folgte auf einen Knastaufstand in Manchester-Strangeways, bei dem 1 000 Gefangene die Wärter aus dem Gefängnis vertrieben und Teile des Gefängnisses abbrannten (und an dem sich auch die politischen irischen Gefangenen beteiligten), eine landesweite Welle von Gefängnisrevolten u.a. in dem Hochsicherheitsgefängis in Shotts. Im September besetzten in mehreren DDR-Knästen die Gefangenen die Dächer und forderten eine Neuüberprüfung der Urteile und eine Verbesserung der Haftbedingungen.

275 Am 26. Mai 1990 versuchte die niederländische Polizei, den seit vier Jahren besetzten Wolters-Nordhoff-Komplex zu räumen. In dem Gelände befanden sich Werkstätten, Wohnungen, eine Volksküche und Kneipen. Die Bewohner schlugen die Polizei zurück und wurden am nächsten Tag verhaftet. Im größten Prozeß der niederländischen Geschichte wurden 136 Leute mit § 140 (vergleichbar mit § 129a in Deutschland) angeklagt.

villano und den sich daran verschärfenden Widersprüchen in Spanien selbst und den vielen und vielfältigen Initiativen in anderen westeuropäischen Ländern für die Durchsetzung der Forderung, die González-Regierung[276] an ihrer harten Haltung festhalten will, und eben der Einschätzung, daß der westeuropäische Block an der Zerschlagung der Gefangenenkollektive in Spanien und der Liquidierung der Genossen dort die ganze Entwicklung und Bedingungen für alle Kämpfe zurückdrehen und umkehren will – haben wir uns zur bewaffneten Intervention entschlossen.

Nur eine bewaffnete Aktion konnte diese festgefressene Situation wieder offen machen.

Sie kann alle Initiativen, die zum Streik bis jetzt gelaufen sind, zu neuer Schärfe bringen, und sie macht vor allem einen neuen Anlauf möglich, weil sie den politischen Raum dafür aufmacht. Jede Initiative, die jetzt kommt, zählt!

Es ist heute so und wird aus den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern und der verschiedenen Schwerpunkte, die die Kämpfenden in diesen Ländern für sich bestimmen, weiter so sein, daß sich die antiimperialistische Front in Westeuropa aus einer Vielfalt von Kämpfen zusammensetzt.

Wir denken, daß es jetzt möglich ist und ein erster gemeinsamer Schritt im Neuaufbau einer starken revolutionären Bewegung sein kann, daß wir uns über die Brennpunkte in der Konfrontation Imperialismus/Befreiung verständigen, um daran zur gemeinsamen Intervention zu kommen.

So soll unser Angriff jetzt in zwei Richtungen wirken. Die eine, konkret zur Durchsetzung der Forderung der Gefangenen und im Aufbau revolutionärer Gegenmacht in Westeuropa, und die andere, als Einleitung einer langen Kampfphase gegen die neuentstandene großdeutsche/westeuropäische Weltmacht.

Die BRD und die neuen Machteliten der DDR verfolgen mit dem Schritt zum Großdeutschland dieselben Ziele und imperialen Pläne wie der Nazi-Faschismus.

Der dritte Überfall, den das deutsche Kapital in diesem Jahrhundert auf die Völker Europas führt, wird nicht mit militärischen Mitteln, sondern mit den Mitteln der Wirtschaft und Politik geführt. Die Unterwerfung von Millionen Menschen unter die Prinzipien von Markt, Profit und Warenstruktur bringt neues Leid und Elend für die Völker. Es werden diesmal nicht Millionen Tote und ausgelöschte Menschen sein, sondern Millionen entwürdigte und unterdrückte Menschen, die an der Zerstörung ihrer Lebensstrukturen und menschlichen Beziehungen verzweifeln und innerlich – in ihrer Seele – zugrunde gehen sollen.

Und auf der Basis der neuen Macht, die das BRD-Kapital an der Spitze Westeuropas aus dieser Entwicklung zieht, wollen sie zu einer neuen Runde in der Unterwerfung und Ausplünderung der Völker im Trikont ausholen.

Wir stellen uns mit aller Kraft gegen diese Entwicklung, weil es unsere Aufgabe im internationalen Klassenkrieg ist, sie mit diesen Plänen nicht durchkommen zu lassen.

Gegen den Sprung der westeuropäischen Bestie unseren Sprung im Aufbau revolutionärer Gegenmacht!
Die Wiederzusammenlegung der Gefangenen von Grapo und PCE(r) gemeinsam durchsetzen – die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen und damit die Perspektive für ihre Freiheit erkämpfen!
Krieg der Weltmacht BRD/Westeuropa!
Den bewaffneten Kampf organisieren!
Zusammen kämpfen, und wir werden zusammen siegen!

Kommando José Manuel Sevillano

276 Felipe González Márquez, 1982 bis 1996 Ministerpräsident in Spanien und Generalsekretär der PSOE. González spielt auch in der Politik der Sozialistischen Internationale eine herausragende Rolle.

Zur Hafenstrasse

Erklärung vom 24.9.1990

So, jetzt liegen also angeblich unsere Aktionspläne in der Hafenstraße, mehr noch, wir hätten dort unsere »Kommandozentrale«:

– den Aktenkoffer, den wir Braunmühl abgenommen haben, den sollen wir mal schnell in der Kiefernstraße[277] abgestellt haben;

– auf einen wie Kiechle hätten wir einen Anschlag geplant;

– Pläne für unsere Aktionen kämen von unseren Genossinnen und Genossen, die im Knast in der Isolation gefoltert werden;

– und und und

die Liste dieser Staatsschutzlügen ließe sich endlos fortsetzen.

In die neuen großdeutschen Weltmachtpläne passen zwanzig Jahre bewaffnete Politik genauso wenig wie die Existenz selbstbestimmter Lebensräume – umso weniger, als nach dieser langen Zeit einfach klar ist, daß Widerstand hier seine Begründung in der gesellschaftlichen Realität hat, daß es immer wieder und immer mehr Menschen gibt, die mit diesem System, in dem Geld und Macht alles, dagegen die Menschen, ihre Würde und Moral ein Dreck sind, ein für allemal Schluß machen wollen.

Deswegen soll der Hafen weg. Und weil der Hamburger Senat das nicht schnell genug durchzieht, hat es die Bundesanwaltschaft in die Hand genommen, und natürlich sollen da wieder einmal wir als Begründung herhalten.

Wir sagen gegen diese Lüge: Es gab und gibt keine Pläne von uns in der Hafenstraße, noch gibt es »legale« Mitglieder der RAF – weder im Hafen noch gibt es sie überhaupt.

Die RAF ist eine bewaffnet kämpfende Gruppe, die aus der Illegalität operiert. Also alle, die heute in der RAF kämpfen, sind illegal, und das war zu keiner Zeit anders. Diese Tatsache ist den Staatssicherheitsbehörden bekannt – auch wenn sie von sich sagen, daß sie nicht viel über uns wissen, was stimmt.

Der Hafen soll weg, weil er seit Jahren dafür steht, daß die Durchsetzung selbstbestimmter Lebensräume hier möglich ist. Der Angriff gegen den Hafen soll aber auch als »Schlag gegen die RAF« präsentiert werden. Weil national wie international der Druck auf den Staatsschutzapparat wächst, endlich Erfolge gegen uns vorzuweisen, nachdem sie nach der Verhaftung von Eva Haule 1986 niemanden mehr von uns gekriegt haben.

Nach diesem Muster lief schon die Verhaftung von Ute Hladki und Holger

277 In der Kiefernstraße in Düsseldorf befanden sich zu diesem Zeitpunkt seit über sieben Jahren mehrere besetzte Häuser mit einem Kulturzentrum. Nach dem Anschlag auf Braunmühl durchsuchten 500 SEK-Beamte die Häuser, mißhandelten die Bewohner und beschlagnahmten eine Reihe Unterlagen.

278 Ute Hladki und Holger Deilke wurden im Dezember 1989 in einem Bauernhaus in Schleswig-Holstein festgenommen. Gegen die beiden lief seit 1988 ein Verfahren wegen Werbung für eine terrorisitsche Vereinigung. Nach ihrer Verhaftung wurde in den Medien über angebliche Anschlägspläne und Zugehörigkeit zur RAF spekuliert. Holger Deilke wurde 1993 zu 26 Monaten Haft verurteilt, wegen Waffenbesitzes und Diebstahls.

Deilke[278], die nach unserem Angriff auf Herrhausen als »Fahndungserfolg« gegen die RAF, als »Fahndungserfolg« gegen uns verkauft worden ist, obwohl der Staatsschutz von Anfang an wußte, daß die beiden nicht in der RAF waren.

Und um das auch mal klarzustellen: Die beiden haben niemanden und nichts für uns ausgecheckt.

Unsere Aktionen planen und führen wir von Anfang bis Ende selbst durch. Die Staatsschutzkonstruktionen, nach denen wir unsere »Knechte« für die »Drecksarbeit« hätten, sollen zum einen die Kriminalisierung von Leuten aus dem Widerstand, die legal leben, propagandistisch abstützen; und sie sollen suggerieren, daß es auch hier nicht anders läuft als im System selbst, nämlich daß es Chefs gibt und Befehlsempfänger, daß das Bedürfnis von vielen, daß Menschen frei und selbstbestimmt zusammenleben, nirgends – auch im revolutionären Kampf nicht – zu realisieren sei.

Jetzt im Rahmen der Hetze gegen den Hafen kochen sie die wildesten Konstruktionen zusammen. Da sollen wir dann in jeder Küche sitzen. Da wo wir wirklich waren, halten sie diese Tatsache zurück, wenn es ins politische Kalkül paßt. Über die lange geplanten Verhaftungen von Ex-Militanten in der DDR sollte wieder einmal der angebliche Endsieg über uns gefeiert werden; da paßte es natürlich überhaupt nicht, daß wir einige Tage vor der Verhaftungswelle dort die Pfingseinnahmen aus einem Massa-Markt bei Duisburg enteignet hatten (der ganze Ablauf war so, daß das BKA sofort Bescheid wußte).

Karl-Heinz Gerum und Corinna Kammermeier[279] sind nicht bei uns, weil sie das nicht wollen, und wir wollen das auch nicht. Wir haben lange überlegt, ob wir überhaupt öffentlich darüber reden, weil es nicht unser Bier ist, BKA-Fahndungslisten zu kommentieren. Wir haben uns dazu entschieden, zu einem Ausschnitt was zu sagen, weil wir nicht wollen, daß über die falschen Orientierungen, die seit langem in der Szene gepusht werden, Genossinnen und Genossen für Jahre im Knast verschwinden. Das Kalkül der haargenauen öffentlichen Beschreibungen der angeblichen Organnisationsmethoden in Verbindung mit der RAF-Fahndung gegen die beiden ist, solche Methoden als »unsere« in die Diskussion zu bringen.

Aber was da als Möglichkeiten illegaler Organisierung behauptet wird, geht nicht:

– sich hier ein Haus zu mieten unter falschem Namen (es gibt die Rasterfahndung seit den 70er Jahren, und Rolf Heißler sitzt deswegen seit über 10 Jahren im Knast);

– daß »Zielfahnder des BKA« einen, der als RAF gesucht wird, nicht finden, obwohl er monatelang bei seinen Eltern lebt.

Das sind nur zwei von vielen Beispielen. Das Niveau, das die Geheimdienste heute haben, ist viel höher, und die ganzen Veröffentlichungen haben den Zweck, diejenigen, die es nicht besser wissen und die anfangen, sich so zu organisieren, auf falsche Kriterien zu bringen. Die Leute sollen an der langen Leine des VS laufen, der die Informationen über sie sammelt, um dann zuzuschlagen, wenn's politisch gebraucht wird.

Die tatsächlichen Beziehungen zwischen den Menschen, die den revolutionären Prozeß hier organisieren, haben mit dem ganzen Dreck, den die Staatsschutzlügen behaupten, nichts zu tun.

Natürlich haben wir Kontakte zu Leuten aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen, weil wir die Diskussion mit vielen wollen und brauchen, denn alle, die den revolutionären Prozeß hier weiterbringen wollen, müßen die Situation und die Prozesse in der Linken und im Widerstand genau verstehen. Und außerdem geht es für uns darum, mit Genossinnen und Genossen, die in anderen Kämpfen drin stecken und deren Zielvorstellungen sich mit unseren decken, darüber zu diskutieren, wie wir zusammen zu größerer Kraft und Stärke kommen können.

Gegen den Sprung der westeuropäischen Bestie unseren Sprung im Aufbau revolutionärer Gegenmacht!

279 Die Durchsuchung in der Hafenstraße wurde von der BAW mit der Fahndung nach Karl Heinz Gerum und Corinna Kammermeier begründet, von denen die BAW behauptete, daß sie vor deren Verhaftung mit Ute Hladki und Holger Deilke zusammengelebt hätten und nach deren Verhaftung untergetaucht seien. Karl Heinz Gerum war angeblich mehrere Jahre in der Hafenstraße gemeldet. Gerum und Kammermeier stellten sich im Juli 1997 den Behörden.

Schüsse auf die US-Botschaft in Bonn

Erklärung vom 13. Februar 1991

Solidarität mit den Völkern im Nahen Osten gegen die imperialistische Vernichtung und Unterwerfung!

Sofortiger Stopp mit dem Völkermord am irakischen Volk!

Wir haben heute mit dem Kommando Vincenzo Spano die Botschaft der USA in Bonn beschossen, weil die USA im Vernichtungskrieg gegen das irakische Volk von Anfang an die Führungsrolle übernommen haben. Mit unserer Aktion stellen wir uns in eine Reihe mit all denen, die rund um den Globus gegen diesen US-NATO-Völkermord aufgestanden sind.

Internationale Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.

Für die imperialistischen Staaten ist dieser Krieg der erste Schritt zur Durchsetzung ihrer neuen Weltordnung für die Zeit nach dem Kalten Krieg.

Das irakische Regime hat jahrelang im Interesse des Imperialismus Kriege geführt; es hat den Iran in Schach gehalten, und es hat in bestialischer Weise, selbst unter Einsatz von Giftgas, einen Ausrottungsfeldzug gegen das kurdische Volk geführt. In letzter Zeit ging es dem Irak zunehmend darum, die eigene Machtposition in der Nah-Ost-Region auszubauen.

Der Nahe Osten ist für den Imperialismus eine politisch instabile Region. Einerseits ist durch den Kampf der palästinensischen Befreiungsbewegung, den langen Atem der Intifada, der Druck geschaffen, der die Frage nach einer grundlegenden politischen Veränderung immer wieder auf die Tagesordnung setzt. Zum anderen ist schon lange klar, daß die Herrschercliquen in Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien usw. davon bedroht sind, von ihren Völkern früher oder später weggefegt zu werden.

Deshalb soll in dieser Region, von deren Öl die westlichen Öl-Konzerne und die westeuropäischen Industriestaaten abhängig sind, keine Macht entstehen, die nicht unter absoluter Kontrolle des imperialistischen Blocks steht.

Das sind die Gründe, warum die imperialistischen Staaten heute diesen Krieg gegen den ehemaligen Verbündeten führen. Der Imperialismus hat keine Moral. Die Saddam Hussein/Hitler-Vergleiche sind der propagandistische Dreh, über den die Herrschenden es schaffen wollen, die bei vielen Menschen nicht vorhandene Zustimmung für diesen Krieg zu erreichen.

Aber diesem System ist jeder Hitler, Shamir, Özal, Pinochet, Cristiani[280] und wie sie alle heißen, ein Freund, solange er – egal mit welchen Mitteln – die Interessen des internationalen Kapitals durch-

setzt.

Für die USA ist dieser Krieg der willkommene Anlaß, die Frage nach der Führungsrolle innerhalb des westlichen Blocks wieder mehr an die militärische Stärke zu knüpfen. Gleichzeitig wollen sie natürlich mit diesem Krieg ihre abgehalfterte Wirtschaft sanieren. Am Golf spielt sich derzeit also auch der Konkurrenzkampf der imperialistischen Kern-Staaten bzw. -Zentren untereinander um künftige Macht und Einfluß in der Nah-Ost-Region und um die Vormachtstellung innerhalb des imperialistischen Lagers ab.

Die Bundesregierung ist sich der Tatsache bewußt, daß Großdeutschland nicht allein aus der ökonomischen Potenz des BRD-Kapitals zur neuen Weltmacht werden kann.

Das Vierte Reich braucht dafür die losgelassene Militärmaschine genauso dringend, wie schon die Nazis sie gebraucht haben. Die Interessen des deutschen Kapitals sollen nach 45 Jahren endlich wieder mit der ganzen Brutalität der Kriegsmaschinerie durchgesetzt werden können.

Dafür laufen zur Zeit alle Vorbereitungen.

Der Bundeswehreinsatz in der Türkei[281] und ihre logistische Einbindung in diesen Krieg sind erste praktische Schritte. Über das Vehikel des UNO-Einsatzes der Bundeswehr – nachdem die UNO neben NATO, IWF und Weltbank zum Instrument imperialistischer Kriegsführung gegen die unterdrückten Völker gemacht wurde – will sich Großdeutschland endlich wieder freie Hand für die militärische Unterwerfung und Ausplünderung der Völker schaffen.

Der Krieg im Nahen Osten ist der »Krieg der Reichen gegen die Armen«, wie die Genossinnen und Genossen vom 17. November in Griechenland[282] gesagt haben.

Die imperialistischen Staaten führen im Irak einen Krieg der verbrannten Erde. Was der Abwurf von zigtausend Tonnen Bomben und die Flächenbombardements der amerikanischen B52-Bomber an Tod und Leid über ein Volk bringen, das haben die Unterdrückten dieser Welt seit Vietnam nicht vergessen.

Israel und die Türkei nutzen diesen Völkermord gegen das irakische Volk, um Krieg und Terror gegen das palästinensische und das kurdische Volk zu verstärken. Das türkische Regime – unterstützt von Bundeswehr und andern NATO-Truppen – bombardiert kurdische Dörfer und hat im Grenzgebiet Tausende Menschen umgebracht; Israel bombardiert wieder Palästinenser-Lager im Süd-Libanon und terrorisiert die Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Der zionistische Staat will die Palästinenser endgültig aus den besetzten Gebieten vertreiben und Teile Libanons

280 Die Aufzählung meint neben Adolf Hitler den israelischen Likud-Politiker und damaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir, den damaligen türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal, den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet, der nach wie vor großen politischen Einfluß genießt, und den damaligen salvadorianischen Präsidenten Alfredo Cristiani von der rechtsextremen ARENA-Partei.

281 Nachdem der Bundestag Anfang Januar 1991 begann, darüber zu diskutieren, ob ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland nur von einer Zweidrittelehrheit im Parlament beschlossen werden oder die Bundesregierung alleine entscheiden könne, schaffte die Regierung Fakten und verlegte 18 Alpha-Jets und 200 Mann auf den türkischen Luftwaffenstützpunkt Erhac.

282 Die Revolutionäre Organisation »17. November« führt seit 1975 Guerillaaktionen in Griechenland durch und benennt sich nach dem Datum des Studentenaufstandes gegen die Militärdiktatur 1973. In der ersten Woche des Golfkriegs führte die Gruppe mehrere Bomben- und Raketenangriffe u.a. auf die amerikanische Citybank und auf zwei Ölraffinerien durch.

und Jordaniens annektieren.

Solidarität mit der palästinensischen Intifada und dem kurdischen Befreiungskampf!

Die große Mobilisierung gegen diesen Vernichtungskrieg hat die Herrschenden in der BRD überrascht und erschreckt.

Nach einem Jahr, in dem die Bundesregierung sich und die Wiederherstellung Großdeutschlands und den »Sieg des Systems der freien Marktwirtschaft« feiern ließ, sind sie heute damit konfrontiert, daß viele Menschen ein Gespür dafür behalten haben, daß ihre Interessen mit denen der Völker im Nahen Osten zusammengehören und nicht mit denen der Herrschenden auf dieser Welt.

Die Waffe der psychologischen Kriegsführung, mit der von der Bundesregierung bis zur staatstragenden Linken all die als Rassisten und Anti-Semitisten[283] denunziert werden, die gegen diesen Völkermord aufgestanden sind, muß stumpf gemacht werden. Die Solidarität mit dem irakischen Volk gegen die imperialistische Vernichtung ist Teil im Kampf von uns unten gegen die oben – da, wo aus diesem Bewußtsein gekämpft wird, laufen solche Denunziationen ins Leere.

Der antiimperialistische Kampf gegen diesen Völkermord gehört direkt mit den Aneignungsprozessen in jedem einzelnen Land zur Durchsetzung konkreter Lebensinteressen der Menschen bzw. zur Verhinderung imperialistischer Zerstörungsprojekte zusammen – beides zusammen ist ein Prozeß, in dem die Unterdrückten in konkreten Schritten Gegenmacht aufbauen und die imperialistische Macht weltweit zurückdrängen.

Denen, die in den letzten Wochen gegen diesen Krieg – für den Frieden auf die Straße gegangen sind, wollen wir sagen: Ihr müßt euch damit auseinandersetzen, daß imperialistischer Krieg in der Logik des imperialistischen Systems liegt.

Dieses System produziert in den »reichen« Ländern für die Menschen Vereinzelung und Konkurrenzdruck, jeder gegen jeden; jeder menschliche Lebenssinn soll zerstört werden, statt dessen sollen viele ihre Identität darin suchen, Objekt im Konsumterror zu sein.

Der Imperialismus wird immer dann Kriege führen, wenn irgendwo auf der Welt seine Macht in Gefahr ist; er wird nicht aufhören, seine Bestimmung über die Lebensinteressen der Völker zu stülpen – mit Gewalt, mit Geld, mit Lügen, eben mit der ganzen Palette seiner Herrschaftsmittel.

Ein selbstbestimmtes Leben für alle in Würde, ohne Ausbeutung und Unterdrückung, wird es erst dann geben, wenn wir die Macht des imperialistischen Systems gebrochen haben.

Ein Schritt dahin ist das Zusammenwirken der verschiedensten Initiativen gegen diesen Völkermord:

– den Angriffen von revolutionären Gruppen überall auf der Welt gegen die politische und militärische Macht von USA und NATO,

– den Blockaden gegen die Kriegskonzerne, gegen die Börsen, gegen NATO-

283 Innerhalb der deutschen Antikriegsbewegung entbrannte im zweiten Golfkrieg ein erbitterter Streit um Antisemitismus in der Linken. Umstritten war insbesondere die Haltung zum Staat Israel. Während die eine Seite darauf bestand, die Funktion Israels im Nahen Osten in eine antiimperialistische Kritik miteinzubeziehen, betrachtete die andere Seite Kritik an Israel aus historischem Anlaß nicht als Aufgabe der deutschen Linken und verlangte ein Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel als moralische Legitimation einer deutschen Antikriegsbewegung. Der Vorstandssprecher der GRÜNEN, Ströbele, mußte zurücktreten, weil er auf einer Israelreise im Interview feststellte, daß die irakischen Raketenangriffe auf Israel in einem Zusammenhang mit der israelischen Politik gegen die arabischen Länder und die Palästinenser stehen.

Militärstützpunkte ...

und in allen Initiativen, Demos, Mahnwachen, Kriegsdienstverweigerungen, Sabotage-Akionen, in denen für die Leute die Auseinandersetzung darum anfängt, sich ein eigenes, von den Herrschenden unabhängiges Bewußtsein darüber zu erobern, was richtig und notwendig ist.

An die Leute, die seit Beginn des Golfkriegs die Mahnwache vor der US-Botschaft machen:

Wahrscheinlich habt ihr einen ziemlich großen Schreck gekriegt. Wir haben unsere Munition mit Leuchtspur-Munition gemischt, damit ihr gleich seht, wo genau sich die Schießerei abspielt, und niemand von euch vor Schreck in die falsche Richtung läuft. Falls ihr hinterher die ganze Wut der Bullen und Yankees dort abgekriegt habt, was wir uns gut vorstellen können, dann tut uns das leid.

Sicher werden jetzt die Medien verkünden, wir hätten euch fast erschossen. Das ist Quatsch, wir wußten die ganze Zeit genau, wo ihr euer Camp hattet, und wir haben auch, bevor wir angefangen haben die US-Botschaft zu beschießen, den Weg unten am Rhein kontrolliert.

Krieg dem imperialistischen Krieg!
US-NATO raus aus dem Nahen Osten!
Sabotieren, desertieren, angreifen
Solidarität mit dem Hungerstreik unserer gefangenen Genossinnen und Genossen von Action Directe und Grapo/PCE(r)
Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in Westeuropa
Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen in den Vernichtungstrakten der USA
Verhindert die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal[284]

Kommando Vincenzo Spano

Anschlag auf Detlev Karsten Rohwedder

Erklärung vom 4. April 1991

Wer nicht kämpft, stirbt auf Raten.
Freiheit ist nur möglich im Kampf um Befreiung.

Wir haben am 1.4.1991 mit dem Kommando Ulrich Wessel den Chef der Berliner Treuhandanstalt[285] Detlev Karsten Rohwedder erschossen. Rohwedder saß seit 20 Jahren in Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft.

Als Bonner Wirtschaftsstaatssekretär organisierte er in den 70er Jahren die Rahmenbedingungen, die das BRD-Kapital für seine Profite in aller Welt braucht. Er war damals z. B. maßgeblich beteiligt

284 Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Sprecher der Black Panthers und MOVE-Mitglied, wurde unter dem Vorwurf des Polizistenmordes verhaftet und in einem fragwürdigen Prozeß zum Tode verurteilt. Für die Wiederaufnahme seines Verfahrens und gegen die Todestrafe sowie die rassistische Unterdrückung in den USA läuft eine internationale Kampagne.

285 Die Treuhand wird im März 1990 durch die Modrowregierung gegründet. Sie übernimmt das gesamte ehemalige volkseigene Vermögen der DDR – Bertiebe, Kombinate, Grundstücke – und erhält den Auftrag, diese zu privatisieren. Entgegen dem Treuhandvertrag gründet Treuhandpräsident Detlev Karsten Rohwedder keine branchenübergreifenden Aktiengesellschaften in den »neuen Bundesländern«, sondern Branchengesellschaften, wie die Gesellschaft zur Privatisierung des Handels und die Treuhand Liegenschaftsgesellschaft. Bis August 1991 werden 1400 Treuhandmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus der ehemaligen DDR entlassen. Die Betriebe wurden meistens an potentielle Konkurrenten aus dem Westen verschenkt und geschlossen oder radikal verkleinert. In mehreren Skandalen wurde bekannt, daß Privatisierer aus dem Westen die Subventionen nutzten, um ihre Stammbetriebe zu sanieren. Zum Januar 1995 beendete die Treuhand ihre Arbeit mit einem Defizit von 227 Milliarden DM und übergab die Geschäfte an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS).

am Deal mit dem faschistischen südafrikanischen Regime: Know-how für den Bau von Atombomben für Südafrika gegen Uran für die BRD-Atom-Industrie. In der Phase der Durchsetzung des Atomprogramms war er im Aufsichtsrat staatlicher Energiekonzerne und in internationalen Gremien.

Aber auch für die glatte Abwicklung unzähliger, oft verdeckten Waffenexporte an faschistische Regime im Trikont suchte und fand er immer Wege.

Rohwedder war schon damals einer dieser Schreibtischtäter, die tagtäglich über Leichen gehen und die im Interesse von Macht und Profit Elend und Not von Millionen Menschen planen.

In den 80er Jahren machte sich Rohwedder als Chef des Hoesch-Konzerns einen Namen als brutaler Sanierer. Er hat bei Hoesch in wenigen Jahren mehr als 2/3 aller ArbeiterInnen rausgeschmissen und den bankrotten Konzern zu neuen Profitraten geführt. Dafür wurde er 1983 zum Manager des Jahres gekürt.

Die Krönung von Rohwedders Karriere sollte seine Funktion als Bonner Statthalter in Ostberlin sein. Seit ihrer Annexion ist die Ex-DDR faktisch Kolonie der Bundesrepublik: Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungszentren liegen in Bonn bzw. bei bundesdeutschen Konzernen.

Dieser Kolonialstatus ist als vorübergehend geplant, denn die Bundesrepublik braucht für ihre Großmachtspläne die Ex-DDR als funktionierenden kapitalistischen Teil – schließlich ist das Hauptstandbein, auf dem die politische Macht hier basiert, die wirtschaftliche Potenz. Vorher soll die Wirtschaft der Ex-DDR genauso wie die sozialen Strukturen dort (vom Gesundheitssektor bis zu den Kinderkrippen) systematisch kaputtgemacht werden, damit danach das Kapital auf freiem Feld und mit entwurzelten Menschen den Neuaufbau nach seinen Maßstäben organisieren kann.

Das ist der Plan, und die Treuhandanstalt soll diesen Zusammenbruch organisieren.

Es geht den multinationalen Konzernen im Moment aber nicht um den großen wirtschaftlichen Aufbau der Ex-DDR. Die wenigen ausgesuchten Teilbetriebe, die sie bisher übernommen haben, sollen vor allem Monopolstellungen für bestimmte Branchen sichern. Ansonsten wird die Infrastruktur ausgebaut. Die Multis haben sich vom Telefonnetz bis zur Energieversorgung längst alles aufgeteilt und gewartet, bis die Treuhand alles niedergemacht hat, um dann aufzubauen, was am Weltmarkt Profit abwirft.

Für die Durchsetzung dieses Planes hat die Bundesregierung Rohwedder ausgesucht, und er war dafür mit seiner Brutalität und Arroganz auch der Richtige. Für ihn gab es von Anfang nichts in der Ex-DDR, was nach seinem auf Profit ausgerichteten Blick irgendwelche Werte hatte. Alles dort war für ihn immer nur Konkursmasse.

»40 Jahre Sozialismus auf dem Gebiet der Ex-DDR haben mehr Schaden angerichtet als der Zweite Weltkrieg«, sagte er vor Unternehmern in Wien. So redet einer, der die Welt in Produktivitätssteigerung und Profitraten sieht und für den Menschenleben nichts zählen.

Die Arbeit der Treuhand bedeutet für die Menschen mehr als den Verlust des Arbeitsplatzes, die Schließung der Betriebe und die Ausrichtung auf Profit von allem, was an Neuem hochgezogen werden soll. In diesem Prozeß soll Land und Leuten die Struktur aufgezwungen werden, die das internationale Kapital für seine Herrschaft braucht. Es geht um die Ausrichtung aller Werte auf seine Prinzipien, die neben dem materiellen Elend von Millionen Arbeitslosen auch die Ar-

mut in den Köpfen und Herzen der Menschen bedeutet.

Kapitalstrategen, wie Rohwedder einer war, geht es darum, auch die Bedingungen für den Angriff auf die Seele des Menschen und ihre tiefe Deformierung, die sie voneinander isoliert und scheinbar unüberwindliche Mauern zwischen ihnen aufbaut, zu schaffen. Denn für ihn waren die Menschen in der Ex-DDR welche, denen die normalen Dimensionen des Denkens verlorengegangen sind, und deshalb geht es für Kopper, Herrhausens Nachfolger bei der Deutschen Bank, jetzt darum, bei diesen Menschen den Anpassungsprozeß im Kopf durchzusetzen.

Das System der »freien Marktwirtschaft« gaukelt allen eine vermeintliche Chance vor, sich im Wohlstandsland Großdeutschland einen sicheren Platz ergattern zu können und im Kaufrausch glücklich zu werden – in Wirklichkeit sollen die Menschen im Geiern nach Konsum dumm und stumpf gemacht werden. Wenn überhaupt, gibt es diesen sicheren Platz nur für diejenigen, die bedingungslos bereit sind, im harten Konkurrenzkampf sich besser zu verkaufen als andere und die diesen Wohlstand hier auch wollen, obwohl jede/r weiß oder wissen kann, daß er nur möglich ist, weil Millionen Menschen im Trikont dafür ihren Schweiß und ihr Blut lassen. Was zählen soll, sind Ellbogen, Egoismus, Leistung und Konsum usw. – nicht aber der Mensch, das Leben, die Natur.

Der Schriftsteller R. Schernikau[286] drückt die Einsamkeit und Leere des Lebens von Millionen Menschen in den reichen kapitalistischen Ländern treffend aus: »Ich weiß nicht, was Verelendung sonst sein soll. Eine Maus in einem Rad, die läuft und hat Jeans an und Kopfhörer.«

Wer sich den kapitalistischen Werten unterordnet, muß ein Leben in Vereinzelung akzeptieren. Vereinzelung ist die Bedingung für Manipulation und ist zentraler Pfeiler imperialistischer Herrschaftssicherung, denn Menschen, die isoliert und ohne wirkliche Kommunikation sind, sind weit davon entfernt, sich eine andere Wirklichkeit zusammen mit anderen auch nur vorstellen zu können und deshalb das System in Frage zu stellen.

Die Entwicklung, in der die gesamte Produktion nach den Erfordernissen und nach der Konkurrenz des Weltmarktes umgestellt wird, läuft in der ehemaligen DDR jetzt noch krasser, als wir es aus der BRD kennen. In der High-Tech-Produktion arbeiten immer weniger Menschen. Quer durch Westeuropa und andere kapitalistische Länder war die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, daß im Konkurrenzkampf: Mensch-Maschine immer die Menschen verlieren und Millionen für immer arbeitslos werden. Das sind die Hintergründe für die 2/3-Gesellschaft in der BRD, wonach für den Kapitalismus mindestens 1/3 der Menschen weitgehend überflüssig geworden sind. Diese Masse von Menschen, die ganz aus dem Produktionsprozeß rausgekippt worden sind bzw. die die sogenannten unqualifizierten Arbeiten machen, sollen relativ ruhiggestellt und hoffnungslos das Elend und die Ungerechtigkeit und die kapitalistischen Werte als naturgegeben hinnehmen.

Das System braucht vor allem diejenigen, die sich voll und ganz für seine Werte entschieden haben und die in privilegierten Stellungen der High-Tech-Produktion oder der Dienstleistungen eingesetzt werden. Das sind diese Maden im Speck, die wir Yuppies nennen und deren Lebensinhalt sich weitgehend auf »born to shop« reduziert. Nach ihren Bedürfnissen läuft die Umstrukturierung der Städte mit all den Schicki-Micki-Läden, Yuppie-Kneipen und unbezahlbaren, luxussanierten Wohnungen – diese korrumpierte Yuppieschicht und die Bonzen sind die einzigen, die von dieser aufgestylten Scheiße, die überall entsteht und entstehen soll, profitieren.

286 Ronald Schernikau: in der DDR geborener Schriftsteller, der mit seinen Eltern in die BRD ausreiste, um dann in den achtziger Jahren wieder in die DDR überzusiedeln. Werke: kleinstadtnovelle, 1980; petra – ein märchen, 1983; die tage in l., 1989. Schernikau starb kurz nach dem Mauerfall an AIDS.

Für die Masse der Erniedrigten und Beleidigten bedeutet diese Entwicklung die Zerstörung ihrer Lebenszusammenhänge. Sie sollen abgeschoben werden in Beton-Ghettos, die nach dem Prinzip gebaut worden sind, die Menschen zu isolieren.

Hier läuft die Zerstörung von kommunikativen Lebenszusammenhängen schon lange und kommt jetzt zur Isolierung und Vereinzelung auch auf die Menschen der Ex-DDR verschärft zu.

Seit Auflösung der DDR ist der Rassismus gegen Flüchtlinge und die schon hier lebenden Ausländer und gleichzeitig die Frauenfeindlichkeit ganz offen ausgebrochen. Faschistische Gruppen sind stärker geworden, und fast jeden Tag laufen brutale Angriffe gegen Ausländerwohnheime, Linke und Frauen aus Frauenzusammenhängen.

Das hat sicher auch seinen Grund darin, daß in der Zeit des SED-Staates Solidarität und Gleichberechtigung von Frauen staatlich verordnet war. Als etwas von außen Aufgedrücktes hatten viele unter der Oberfläche tatsächlich nichts davon gewollt und gelernt. Es war so vorgeschrieben und nichts Tiefes. Es ging nicht von vielen Menschen aus.

Auf der anderen Seite ist Rassismus und Frauenunterdrückung im kapitalistischen System nicht wegzudenken. Es war und ist die staatliche Politik, das Propaganda-Getrommel vom »Deutschland, einig Vaterland«, die Nationalismus wieder salonfähig gemacht hat und gerade in der Ex-DDR dieses bekotzt chauvinistische Getrommel von: »Jetzt sind wir wieder wer/endlich richtige Deutsche« gepusht hat. Es ist die staatliche Politik, die mit ihren menschenfeindlichen Asyl- und Ausländergesetzen den Rassisten und Faschisten den Rücken stärkt. Die Grenzen der reichen Metropole Westeuropa sollen für alle, die aus dem Trikont und den verarmten Ländern Osteuropas hierher kommen wollen, dichtgemacht werden.

Bei den Schließungen der Ex-DDR-Betriebe fliegen als erstes die Frauen raus. Die Kinderkrippen werden dichtgemacht, und es soll den Frauen die Entscheidung darüber, ob und wieviele Kinder sie haben wollen, genommen werden, so wie wir es aus der BRD schon lange kennen – Paragraph 218.

Rassismus und Frauenunterdrückung sind für den imperialistischen großdeutschen Staat notwendig, weil er sich davon erhoffen kann, daß sich Unzufriedenheit und Enttäuschung der Menschen nicht gegen das System entlädt, sondern jeweils gegen die, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten stehen. Aber faschistische Organisationen haben für kapitalistische Staaten immer auch den materiellen Zweck, daß sie für Terrorakte wie Bologna und auch für gezielte Angriffe gegen linke und fortschrittliche Menschen, wie z.B. die Räumung besetzter Häuser in Frankfurt/Oder, eingesetzt werden.

Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Groß-Deutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der deutschen Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von allein zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele und

gegen die Herrschenden führt.

Die Unzufriedenheit und Enttäuschung von fortschrittlich denkenden Menschen soll vor allem von den Gewerkschaften gezielt kanalisiert werden. Ihre Hauptaufgabe ist es, zu verhindern, daß Arbeitskämpfe zu politischen Kämpfen werden, die das System als Verursacher der elenden Lage in Frage stellen. Mit diesem Ziel versuchen sich Gewerkschaftsbonzen aktuell an die Spitze der Protestbewegung in der Ex-DDR zu stellen – daß sie gleich nach unserem Angriff auf Rohwedder überlegt haben, ob sie die Montagsdemonstrationen[287] stoppen sollen, paßt genau in diese Linie.

Sie nennen unsere Aktion »politisch katastrophal«, weil sie Angst davor haben, daß wir auch von Menschen in der Ex-DDR verstanden werden. Waigel[288] kommt dann gleich mit der Drohung hinterher, daß, wenn die Streiks und Demonstrationen dort weitergehen, das ein Investitionshindernis für die Konzerne ist. Aber damit viele Menschen dort überhaupt nicht erst anfangen, sich mit der Aktion, unserer Politik und Vorstellung überhaupt auseinanderzusetzen, spuckt der Gehirnwäsche-Apparat vom ersten Moment an diesen Quatsch aus, wir würden an der langen Leine des Stasi laufen.

Wir haben es schon in der Erklärung gegen Neusel gesagt: Wir alle, die für ein menschliches Leben in Würde und frei von Herrschaft kämpfen, müssen es anpacken, zur gemeinsamen Kraft zu werden.

Gerade heute, wo der Imperialismus Schlag auf Schlag landet, um seine neue Weltordnung den Völkern hier wie im Trikont aufzuzwingen (der Krieg am Golf; die Entwicklung zu Großdeutschland; die harte Haltung gegen die Kämpfe unserer gefangenen GenossInnen; die Versuche des Staates, jeden selbstbestimmten Raum von Menschen zu zerstören bzw. von vornherein zu verhindern), muß eine revolutionäre Bewegung in der Lage sein, überall präsent zu sein.

Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziele Gegenmacht aufbauen, eine Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschheit erkämpft.

Die revolutionäre Bewegung muß zum realen und spürbaren Faktor werden. Real und spürbar darin, daß wir zusammen dahin kommen müssen, zentrale Entwicklungen zu blockieren und wirkliche Veränderungen für die Menschen zu schaffen. Für uns heißt das, daß wir in Zukunft auch auf Angriffe des Staates, die darauf zielen, die gesamte Entwicklung revolutionärer Gegenmacht zurückzudrehen, wie das z.B. die brutale Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Ostberlin[289] war, antworten wollen.

Überhaupt geht es uns darum, neben den strategischen Angriffen wie jetzt dem gegen Rohwedder, auch in der Lage zu sein, mit konkreten Forderungen an aktuelle Auseinandersetzungen zu intervenieren wie beispielsweise mit der Aktion gegen die US-Botschaft.

Wir wollen uns zusammen mit anderen dafür organisieren, Kampfphasen zu bestimmen und die gemeinsamen Ziele durchzusetzen. Das können wir uns mit allen vorstellen, die die Wirklichkeit im Kapitalismus als erdrückend empfinden und erfahren und die anfangen, sich dagegen für ihre eigenen Vorstellungen zu organisieren und danach zu handeln.

Die revolutionäre Bewegung muß eine reale und greifbare menschliche Perspektive entwickeln und dadurch zur Anziehung für alle, die dieses System als Unterdrückung erfahren, werden.

Es muß die Keimform einer neuen Gesellschaft entstehen, in der die Menschen anfangen, ohne Herrschaft und selbstbestimmt zusammenzuleben. Selbstbestimmt heißt für uns z.B. auch, nicht immer bloß zu wiederholen, daß es jede Menge Fragen darüber gibt, wie der revolutionäre Prozeß weitergehen muß; Selbstbestimmung heißt auch, anzufangen, Antworten zu suchen. Die ganze Verantwortung dafür, wie der Umwälzungsprozeß weiterentwickelt wird, liegt bei jeder/m, und jede/r muß diese Verantwortung auch wollen.

Wer sich dafür entscheidet, kann die aufgedrückten Ohnmachtsgefühle überwinden und sich die wirklichen Probleme vorknöpfen, um Schritt für Schritt Lösungen zu suchen und zu finden. Das schließt ein, bei erfahrenen Niederlagen nicht am Boden liegen zu bleiben, sondern wieder aufzustehen und nach neuen Wegen zu suchen; nur dadurch kann Kontinuität und Identifizierbarkeit einer revolutionären Bewegung entstehen.

Die Niederlage vom Hungerstreik ’89 der politischen Gefangenen, als trotz größter Mobilisierung, die es hier jemals zu einem Streik gegeben hat, der Staat an der harten Haltung festhielt und die GenossInnen mit ihren Forderungen nicht durchkamen, wirkt bis heute nach. Die wirkliche Niederlage für die Linke ist nicht, daß die Mobilisierung für die Durchsetzung der Forderungen zu schwach war, sondern das die meisten das Ziel danach losgelassen haben und deshalb aus dieser Erfahrung auch nur Ohnmacht ziehen können.

Für jede revolutionäre Bewegung auf der Welt ist es eine Frage der eigenen Identität, Wege zur Freiheit der politischen Gefangenen zu suchen. Eine revolutionäre Bewegung, der die Gefangenen nicht am Herzen liegen, kann es nicht geben.

Der Weg zur Freiheit der politischen Gefangenen führt über die Durchsetzung ihrer Zusammenhänge.

Gegen den Sprung der imperialistischen Bestie

Unseren Sprung im Aufbau revolutionärer Gegenmacht

Die Bedingungen für menschenwürdiges und selbstbestimmten Leben im Kampf gegen die reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen hier und im Trikont durchsetzen.

Kommando Ulrich Wessel

287 Auf Initiative der sächsischen IG Metall wurde im März 1991 die Tradition der Montagsdemos wieder aufgenommen. Der Montag wurde als regelmäßiger Protesttag gegen die Bonner Kahlschlagspolitik bestimmt. Auf der letzten Demonstration vor der Aktion waren 100 000 Menschen, in vielen anderen DDR-Städten fanden gleichzeitig Demonstrationen statt. Nach der Aktion erklärte der DGB: »Der DGB darf die Gereiztheit der Leute nicht hochputschen« und zog sich aus der Vorbereitung zurück.

288 Theo Waigel: CSU-Vorsitzender und Bundesminister für Finanzen.

289 Seit 1989/90 wurden in Ostberlin ca. 150 Häuser besetzt, neun davon in der Mainzer Straße. Als es nach der Räumung eines anderen Hauses zu Straßenblockaden kam, fuhren mehrere Hundertschaften in die Mainzer und griffen die Häuser mit Wasserwerfern und Tränengas an. Nachdem sich die Bewohner anfingen zu verteidigen, erklärte der Berliner Senat die Räumung. Die Straße wurde drei Tage militant verteidigt und schließlich mit massiven Aufgebot von Sondereinheiten geräumt. Die GRÜNEN verließen aus Protest gegen das Vorgehen des Senats die Rot-Grüne-Koalition.

An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann

April 1992

Das ist auch unsere Suche. Es gibt Tausende Probleme, die auf dem Tisch liegen und nach Lösungen schreien und die, wenn sie nicht bald angepackt und gelöst werden, die ganze Menschheit in die Katastrophe führen. Sie alle sind entstanden durch das kapitalistische Prinzip, daß nur Profit und Macht zählen und die Menschen und die Natur dem untergeordnet sind.

Wir, die RAF, haben seit '89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir haben überlegt, daß es darum geht, neue Bestimmungen für eine Politik herauszufinden, die tatsächliche Veränderungen für das Leben der Menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den Herrschenden die Bestimmung über die Lebensrealität ganz entreißt. Dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame Geschichte aller im Widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben und welche Bedeutung sie für die Zukunft haben können.

Ausgangspunkt war:

1. Die Tatsache, daß wir alle vor einer veränderten Situation im weltweiten Kräfteverhältnis standen – die Auflösung des sozialistischen Staatensystems, das Ende des Kalten Krieges. Wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist. Die Befreiungskämpfe waren insgesamt zu schwach, um gegen die auf allen Ebenen ausgeweitete Kriegsführung des Imperialismus anzukommen.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Innern ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen. Aber dadurch hat sich für alle die Notwendigkeit noch mal deutlicher gezeigt, daß die Kämpfe um Befreiung nur aus dem Selbstbewußtsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker, den authentischen Bedingungen und Zielen entwickelt werden können. Und nur daraus kann eine neue internationale Kraft entstehen. Das haben viele GenossInnen aus dem Trikont in die Diskussionen eingebracht, und sie haben dort Anfänge einer ganz neuen Politik gefunden und umgesetzt – das werden wir hier auch. Darin sind wir mit ihnen verbunden.

2. Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor '89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind. Wir haben aus verschiedensten Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht. Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht. Uns ist klar geworden, daß wir die Leute suchen müssen und daß es so nicht weitergeht, daß wir als Guerilla alle Entscheidungen allein treffen und erwarten, daß die anderen sich an uns orientieren. Wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die Realität war so.

Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt. Die Verhältnisse zu den Leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster Linie darüber bestimmt, gemeinsam zum Angriff zu kommen. Deshalb gab es in der Bestimmung gar nicht den Raum, daß sie eigene soziale Werte in ihrem Alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten. Nur daraus hätten wir zusammen zu einer Politik kommen können, die für mehr Menschen, auch für welche, die außerhalb der verschiedenen Szeneghettos leben, erfahrbar macht, daß die Kälte und Ohnmacht im Imperialismus nicht Schicksal wie Naturgewalt ist, sondern da aufhört, wo Menschen ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen und das hier und heute anfangen zu leben.

Daraus hatten wir die Konsequenzen gezogen und zwei Jahre lang einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und praktischen Interventionen versucht. Wir dachten, wir könnten dadurch, wie wir unsere Aktionen bestimmen und wie wir reden, von uns aus ein neues Verhältnis schaffen und dadurch die notwendigen Voraussetzungen für eine gemeinsame Diskussion und daraus eine gemeinsame Perspektive mit viel mehr Menschen und Gruppen möglich machen. Daß wir unseren Prozeß nicht nachvollziehbar, sondern nur bruchstückhaft als Ergebnis unserer Diskussion in den Erklärungen und Briefen vermittelt haben, war ein Fehler. Und das hier ist auch nur ein Anfang, und wir werden demnächst über alles genauer reden.

Nach diesen zwei Jahren ist uns klar geworden, daß es so nicht ausgereicht hat, daß wir so nicht den Raum aufmachen können für alles das, was wir jetzt und für die nächste Zeit am wichtigsten finden: die seit langem notwendigen gemeinsamen Diskussionen und den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedensten Gruppen und Menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom Alltag der Menschen in dieser Gesellschaft, aus dem für viele die Notwendigkeit drängt, ihre eigene Lage in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach Lösungen zu suchen. Wir denken, solche Zusammenhänge können die Basis werden von der

Kraft, die wir Gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. Solange eine solche gesellschaftliche Alternative zur Zerstörung und Verzweiflung im System nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne Perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden usw. Und es wird dabei bleiben, daß immer mehr Leute den Faschisten hinterherlaufen.

Aus unseren Erfahrungen und aus den Diskussionen mit GenossInnen über alle diese Fragen steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann. Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist, und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren. Die Qualität solcher Angriffe setzt eine Klarheit darüber voraus, was sie an Veränderungen konkret in Gang setzen können. Diese Klarheit kann es jetzt, in einer Zeit, in der es für alle um ein Sichfinden auf neuer Grundlage geht, nicht geben. So verstehen wir das auch, wenn uns welche sagen, mit solchen Aktionen nehmen wir das Ergebnis doch schon vorweg.

Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen.

Dieser Prozeß von Diskussionen und Aufbau einer Gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen Bestandteil den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen mit ein. Aus 20 Jahren Ausnahmezustand gegen die Gefangenen, Folter und Vernichtung, geht es jetzt darum, ihr Recht auf Leben durchzusetzen – ihre Freiheit erkämpfen!

Justizminister Kinkel hat mit seiner Ankündigung im Januar, einige haftunfähige Gefangene und einige von denen, die am längsten im Knast sind, freizulassen, das erste Mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen.

Gegen die Gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf Vernichtung gesetzt. Die Kinkel-Ankündigung wirft die Frage auf, ob der Staat dazu bereit ist, aus dem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die eigene Interessen und Ziele entgegen den Profitinteressen formulieren und umsetzen- also ob er Raum für politische Lösungen zuläßt (und wenn auch Vertreter aus der Wirtschaft dahingehend Druck auf die Regierung machen, kann das nur gut sein).

Wir werden uns genau ansehen, wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist. Bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen, außer, daß Claudia Wannersdorfer nur einige Monate, bevor sie sowieso entlassen worden wäre, rausgekommen ist. Alle anderen Haftunfähigen – Günter Sonnenberg, Bernd Rössner, Isabel Jacob, Ali Jansen – sind

noch immer drin. Und Irmgard Möller, nach 20 Jahren immer noch im Knast. An den Haftbedingungen hat sich bis heute nichts verbessert. Die 2/3-Anhörungen bei Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene glichen Inquisitionen. Angelika Goder wird trotz ihrer Krankheit mit Knast bedroht. In der Ankündigung neuer Prozesse gegen Gefangene aufgrund der Kronzeugenaussagen drückt sich weiter das eiskalte Rachebedürfnis des Staates aus und das Ziel, Gefangene für ewig im Knast einzumauern. In der *Welt* wird mit Bezug auf das Stuttgarter Justizministerium der ungebrochene Vernichtungswille formuliert: Wenn es nach denen ginge, wäre bei Günter, der schon seit 15 Jahre haftunfähig gefangengehalten wird, nur dann an eine Freilassung zu denken, wenn er sich widerstandslos den repressiven Knastschikanen unterwirft. »Renitenter Gefangener«, weil er solidarisch ist und mit seinen Freunden weiterhin zu tun hat. So hetzen sie gegen seine Freilassung. Das alles steht im krassen Widerspruch dazu, daß sich auf seiten des Staates wirklich eine andere Haltung durchzusetzen beginnt.

Die Haftunfähigen und die Gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer Freilassung zusammenkommen!

Das wird sich nicht nur am staatlichen Verhalten gegenüber den politischen Gefangenen zeigen. Es gibt auch andere Brennpunkte, an denen diese Weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. Da, wo die Kämpfe schon so weit sind, daß sie einen Raum durchquert haben, wird es sich schnell zeigen, wie weit sie politische Lösungen zulassen oder auf Krieg setzen. Zum Beispiel, ob sie den Leuten in der Hafenstraße nach zehn Jahren Kampf weiterhin ihre Existenzberechtigung streitig machen. Aber langfristig geht es ja um viel mehr.

– Es gibt Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderhaft und überhaupt gegen unmenschliche Bedingungen in den Knästen. Es darf nicht so laufen, daß die politischen Gefangenen aus den Vernichtungstrakten kommen und danach andere hinein. Alle Isolationstrakte müssen geschlossen werden! – Es gibt Kämpfe um Zentren, um Lebens- und Wohnraum von vielen, die das heute hier nicht haben.

– Es wird sich zeigen, inwieweit die Menschen in der Ex-DDR weiterhin im Schnellverfahren zu willenlosen Objekten in das kapitalistische System gepreßt werden sollen oder sie Raum erobern können, die Entwicklung selbst zu bestimmen.

– Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als »Untermenschen« behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Altersarmut usw. zu ziehen. Und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückschicken kann, das er ständig mitproduziert.

– Es ist seit langem Realität, daß die Bullen Faschisten schützen und Antifaschisten niederknüppeln, daß sie DemonstrantInnen in den Tod hetzen, wie Conny Wissmann[290], daß sie auf sie schießen, wie vor ein paar Monaten in Frank-

290 Conny Wissman wurde im November 1989 nach einer antifaschistischen Demonstration von der Polizei verfolgt und auf eine befahrene Straße getrieben, wo sie von einem Auto totgefahren wurde.

furt, und Flüchtlinge mit Elektroschocks foltern usw.

– Es ist die Frage, ob deutsche Soldaten wieder gegen andere Völker marschieren und wie lange denn noch faschistische Regime mit Waffen und Unterstützung von hier die Bevölkerung massakrieren können.

Vor allem daran, wie an allen diesen Fragen – und logisch ist das nicht vollständig hier – Kämpfe in der Gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer Raum für Lösungen erkämpft werden kann. Von allein werden sie an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe für unsere Forderungen notwendig sein.

Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen. Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält; und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussionen und Aufbau schützen. Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei – wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können. Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden.

Erklärung zum Weltwirtschaftsgipfel in München

29. Juni 1992

Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des Internationalen Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München.

Wir freuen uns, daß ihr zu dieser Demonstration und dem Kongreß zusammenkommt, trotz der massiven Versuche von Stoibers Bullentruppen[291] und der Medienhetze, eure Organisierung und Vorbereitung niederzuknüppeln und zu zerschlagen.

Wir leben heute in einer Zeit, in der wir alle mit den katastrophalen Folgen der Globalisierung der Herrschaft des kapitalistischen Marktes konfrontiert sind. Deshalb finden wir es wichtig, daß alle, die weltweit auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, die Diskussion international führen und über die Grenzen und Kontinente hinweg organisieren.

Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen der Kämpfe und der Bedingungen ist es eine gemeinsame Suche danach, wie wir gegen die Weltbeherrschungspolitik der G7-Staaten, die die Macht des Kapitalsystems über die Menschen und die Natur als endgültig zementieren will, für das Leben der Menschen dringende Lösungen durchsetzen können.

Wir finden wichtig, daß ihr den 500-Jahrfeiern[292] der imperialistischen Herrschaft mit diesem Kongreß, der Demonstration und den Aktionstagen die andere Seite entgegensetzt. Nämlich die Tatsache, daß auf unserer Seite – auf der Seite der Unterdrückten – die Geschichte und das Bewußtsein der Kämpfe leben. Den Kampf für ein Leben ohne Herrschaft wird es so lange geben, solange dieses imperialistische System existiert, das den Wert von Menschenleben und Natur nach ihrer Verwertbarkeit fürs Kapital bemißt – den Kampf für die Befreiung von den verinnerlichten Werten des Systems, gegen Rassismus und sexistische Unterdrückung wird es geben, bis überall Werte und Strukturen existieren, die von der Würde aller Menschen ausgehen.

Mit diesem Kongreß habt ihr eine Möglichkeit geschaffen, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, zu gemeinsamen Einschätzungen zu kommen und daraus die Erarbeitung gemeinsamer Strategien anfangen zu können.

In der heutigen Situation sehen wir es als unbedingt wichtig an, sowohl was den Kampf hier bei uns betrifft wie auch im internationalen, daß es eine Verständigung über gemeinsame konkrete Ziele und Forderungen geben muß. Wir müssen Vorstellungen herausfinden, mit welchen Schritten wir den Herrschenden die Bestimmung über Mensch und Natur entreißen können und – ob in München, Rio, Los Angeles oder Maputo, ob in Palästina oder Kurdistan – die global-katastrophale Entwicklung umzudrehen.

Ein Aneignungsprozeß von unten wird in konkreten Kämpfen und konkreten Forderungen laufen, in denen wir den Herrschenden abringen, was Menschen zum Leben brauchen. Das wird zum Bei-

291 Der bayerische Innenminister Edmund Stoiber erklärte die gesamte Vorbereitung des Gegengipfels zu RAF-Sympathisanten und ließ u.a. ein Vorbereitungstreffen im Nürnberger Jugendzentrum KOMM von bayerischen Sondereinheiten auflösen.

292 Spanien und die USA begingen 1992 offiziell das Gedenken an »500 Jahre Entdeckung Amerikas«. Dagegen gab es in der ganzen Welt, vor allem in Lateinamerika, Gedenkmärsche und Veranstaltungen gegen 500 Jahre Kolonialismus, die hauptsächlich von Indígena- und Befreiungsorganisationen getragen wurden.

spiel vom Kampf um Lebens- und Wohnraum, gegen zerstörerische und sinnentleerte Arbeit, gegen Umweltvernichtung, den Gefangenenkämpfen, der Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und antifaschistische Mobilisierung bis zu der Forderung nach Schuldenstreichung oder Reparationszahlungen der imperialistischen Staaten an die kolonisierten Völker reichen.

Wir hier in der BRD haben eine große Verantwortung für diesen Prozeß, denn wir haben es mit einem Staat zu tun, dessen Zerstörungspotential enorm ist. Im Inneren haben sie ein reaktionäres Klima geschaffen, das hier z.B. zur rassistischen Mobilisierung – dem alltäglichen Krieg gegen Flüchtlinge – geführt hat.

Sie brauchen die reaktionäre Stimmung, das Erstarken des deutschen Herrenmenschenbewußtseins als Ventil für die sich verschärfende, elende Lebenssituation von Millionen Menschen hier, denn sie wollen freie Hand für ihre Großmachtpolitik: Heute walzt die deutsche Mark über den Osten und, wenn wir es nicht verhindern, die Bundeswehr morgen in die ganze Welt. Die BRD hat heute schon neben Japan die stärkste Ökonomie der Erde. Die Machtgier des deutschen Kapitals ist ungebrochen.

Wir wollen mit diesem Brief die Möglichkeit nutzen, besonders den GenossInnen, die aus anderen Ländern hierher gekommen sind, unseren Schritt vom April ’92 – von unserer Seite aus die Eskalation zurückzunehmen – transparent zu machen.

Es ist ein Schritt aus unserer speziellen Situation in der BRD. Wir stellen damit nicht den bewaffneten Befreiungskampf in anderen Ländern in Frage; unsere tiefe Solidarität gehört all denen, die auf der ganzen Welt um Befreiung kämpfen. Es ist überall die Sache der Kämpfenden, aus ihren speziellen Bedingungen und Prozessen zu entscheiden, welche Mittel und Formen des Kampfs zu welchem Zeitpunkt gebraucht und eingesetzt werden.

Für euch sagen wir kurz was zu unserer Geschichte. Wir, die RAF, sind Anfang der 70er Jahre in der Phase der weltweiten Aufbrüche für Befreiung und der Vietnammobilisierung entstanden.

Unser Aufbruch war aus einer Zeit möglich, in der mit der 68er-Revolte auch hier viele Menschen aufgebrochen waren; in diesem Land, in dem es nach Auschwitz keine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit gab und Nazis in allen Bereichen von Staat und Wirtschaft wieder eingesetzt wurden, wurden statt dessen Kommunisten und Antifaschisten verfolgt und die Wiederaufrüstung gegen den Widerstand vieler, die den tatsächlichen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit wollten, durchgesetzt. Gegen diese dumpfe und erstickende imperialistische Realität im Nachkriegsdeutschland versuchte eine ganze Generation, neue emanzipatorische und antikapitalistische Werte in allen Lebensbereichen zu entwickeln, z.B. basisdemokratische Strukturen an Schulen und Universitäten, Zusammenleben in Kommunen gegen den Zwang der Kleinfamilie, Organisierung der Frauen gegen ihre traditionelle Rolle und gegen ihre Unterdrückung in der Gesellschaft und auch innerhalb der Linken.

Während des Vietnamkriegs war unser Land wichtigste Drehscheibe für den US-Völkermord am vietnamesischen Volk. Wir haben uns dem weltweiten Aufstand gegen den US-Imperialismus angeschlossen. Damals war die Handlungsfreiheit des Imperialismus gegenüber den Bewegungen der nationalen Befreiung im Süden durch die Existenz der Sowjetunion begrenzt.

In diesem globalen Kräfteverhältnis haben wir unseren Kampf für Umwälzung hier als Teil der internationalen imperialistischen Befreiungsfront bestimmt. Es war für uns unmittelbare Perspektive, im gleichzeitigen internationalen Kampf den Durchbruch für Befreiung zu schaffen.

Auch wenn das Durchkommen der Befreiungskämpfe seit Ende der 70er Jahre durch den Imperialismus gestoppt werden konnte, war unsere Politik bis über die Mitte der 80er Jahre hinaus zentral innerhalb dieser Koordination bestimmt. Wir haben in den 80ern unsere Kraft dafür eingesetzt, das imperialistische Rollback aufzuhalten, mit dem das Rad der Geschichte hinter die Oktoberrevolution zurückgedreht werden sollte. Wir wollten das Kräfteverhältnis für unsere Seite wieder aufbauen.

In den verschiedenen Phasen unseres 22jährigen Kampfes haben wir als Metropolenguerilla gegen die imperialistischen Weltbeherrschungspläne interveniert, gegen die US-Politik, gegen die NATO, gegen die Formierung des westeuropäischen Blocks und gegen die Entwicklung Großdeutschlands zur Weltmacht und gegen die »neue Weltordnung«.

Spätestens ’89 lag mit der Annexion der DDR durch die BRD auf dem Tisch, daß eine historische Phase, die mit der Oktoberrevolution ihren Anfang nahm, mit großen Schritten auf ihr Ende zuging. Doch wir haben es nicht geschafft, eine Diskussion in Gang zu setzen, die sich damit konfrontiert und gleichzeitig aus der Geschichte der Kämpfe – den Stärken und Schwächen – neue Bestimmungen entwickelt.

Mit unseren Aktionen wollten wir in dieser Situation, in der sich hier in der Gesellschaft die Widersprüche immer mehr verschärft haben und es an verschiedenen Fragen Kämpfe gab, auf die wir uns bezogen haben, zu einem Prozeß von Diskussion um neue Orientierungen und Aufbau einer Gegenmacht von unten beitragen. Wir sind mit unseren Aktionen an eine Grenze gestoßen. Wir konnten damit nicht die Prozesse, die wir für notwendig halten, in Bewegung setzen, noch konnten wir damit die Ohnmacht vieler und die Resignation vor der Weltmacht des Kapitals durchbrechen. Gerade unsere letzte Aktion, die gegen den Treuhandchef Rohwedder, hat das für uns deutlich gemacht. Wir haben mit dieser Aktion in einer völlig neuen gesellschaftlichen Situation in diesem Land – nach der Annexion der DDR – interveniert. Ihre unmittelbare Bestimmung war es, der kapitalistischen Walze, die gegen die Menschen in der Ex-DDR von hier aus losrollte, auch unsere Kraft entgegenzusetzen und eine Verbindung zu den Kämpfen dort herzustellen. Heute wissen wir, daß dieser Prozeß, aus zwei völlig unterschiedlichen Realitäten und Erfahrungen heraus zu einem gemeinsamen Kampf zu kommen, intensive Auseinandersetzungen und Verstehen, voneinander lernen aus diesen unterschiedlichen Geschichten, erfordert. Das ist die Voraussetzung für den Aufbau einer gemeinsamen Gegenmacht.

Natürlich gab es viele Menschen, die sich über unsere Aktionen gefreut haben – aber unsere Angriffe haben kaum Diskussionen und Organisationsprozesse ausgelöst, und allein aus sich heraus können sie den Verbrechen der Herrschenden keine wirksamen Grenzen setzen.

Aus all dem brauchen wir jetzt die Zäsur für einen neuen Aufbruch. Wir brauchen eine offene Diskussion über neue Grundlagen und Orientierungen, in der es möglich wird, neue Gedanken und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß zu entwickeln. Zäsur bedeutet auch die Aneignung der Geschichte der Kämpfe, die Anstrengung, die Fehler zu begreifen, um sie nicht zu wiederholen und die positiven Erfahrungen mitzunehmen.

Wir wissen, daß es GenossInnen gibt, die unsere Entscheidung vom April widersprüchlich finden, angesichts der zugespitzten Situation insgesamt und des zu diesem Zeitpunkt eskalierenden Krieges gegen das kurdische Volk, den der türkische Staat mit deutschen Waffen und deutschem Geld führt.

Es ist keine Frage, daß wir Widerstand gegen die Machtpolitik Großdeutschlands nach innen und außen für wichtig halten, und der jetzt notwendige Prozeß kann sicher nicht nur ein Diskussionsprozeß sein. Aber für uns steht fest, daß wir diesen Prozeß heute mit bewaffneten Aktionen nicht voranbringen.

Für einen neuen Aufbruch brauchen wir eine gemeinsame, tiefgreifende und grundlegende Diskussion. Angesichts der globalen Umbrüche, die weltweit zur Folge haben, daß die Zahl der Menschen ständig steigt, die das Kapital nicht mehr braucht und die in dessen Logik keine Existenzberechtigung mehr haben oder die die erdrückende Lebensrealität nicht mehr aushalten, ist doch klar, daß wir dementsprechend ganz neue Überlegungen für den Umwälzungsprozeß anstellen müssen.

Für uns hier stellt sich die Frage, wie eine Gegenmacht von unten entstehen kann, die eine Anziehungskraft für immer mehr Menschen hat, die hier in Großdeutschland an den Rand gedrängt werden, und für alle, die die Werte des Kapitalismus und seine Ideologie ablehnen und nach einer neuen gesellschaftlichen Realität mit menschlichen Kriterien suchen.

Die Geschichte von jahrzehntelanger Zurichtung der Menschen fürs Kapital hat sie vom sozialen Sinn ihres Lebens und Handelns entfremdet. Daraus und aus dem Fehlen von real spürbaren Alternativen erklären wir uns, warum in den letzten Jahren die Gewalt gegeneinander, die Abstumpfung gegenüber der brutalen Realität hier, rassistische und sexistische Gewalt stark zugenommen haben. Ohne den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedensten Menschen, die gemeinsam die Probleme, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind, in die Hand nehmen und für konkrete Lösungen kämpfen, ist die Voraussetzung in dieser Gesellschaft viel näher daran, daß zerstörerische bzw. selbstzerstörerische Entwicklungen immer stärker werden und die faschistische Mobilisierung sich ausweitet.

Das Neue zu entwickeln, das Soziale unter den Menschen herauszukämpfen ist eine Frage an alle, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen wollen. Wir sehen darin die Voraussetzung, daß wir hier den Aufbau einer relevanten gesellschaftlichen Gegenmacht schaffen können.

Das zu schaffen ist aber auch unsere spezielle Verantwortung gegenüber allen, die auf der ganzen Welt für Veränderungen kämpfen, und gegenüber allen unterdrückten Völkern, denn es ist eine entscheidende Frage, ob Großdeutschland für seine Weltmachtpolitik hier im Innern den Rücken frei hat oder ob in dieser Gesellschaft ein Bewußtsein wächst, das von der Solidarität der Völker zueinander ausgeht und der Herrschaftspolitik Grenzen setzt. Wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche Entwicklung in Bewegung zu setzen, in der sich Menschen finden, die es wieder als reale Perspektive sehen können, daß das kapitalistische System und seine menschenverachtenden Werte überwunden werden können. Also eine Bewegung, die auch heute schon neue Inhalte, Werte und konkrete Veränderungen schafft – denn das sind keine Ziele, die bis auf eine Zeit »nach der Revolution« verschoben werden können.

Wir haben mit dem Brief vom 10.4. eine ganze lange Phase unserer Geschichte abgeschlossen. Das ist unsere Entscheidung, daß wir jetzt diesen Prozeß von Reflexion und Neubestimmung für die Entwicklung auf unserer Seite wollen – das hat nichts mit dem Staat zu tun.

Dieser Staat hat 22 Jahre versucht, die RAF und die Gefangenen aus der RAF und aus den Widerstandskämpfen mit allen Mitteln auszulöschen. Damit sind sie gescheitert. Und das ist unsere Ausgangsposition, mit der wir in die neue Phase gehen.

Wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher Bestandteil in dem jetzt notwendigen Aufbauprozeß ist, die Freiheit unserer gefangenen GenossInnen zu erkämpfen. Wenn wir jetzt davon reden, daß eine politische Lösung in der Auseinandersetzung für ihre Freiheit durchgesetzt werden kann, ist dies ein Ergebnis von jahrelangen Kämpfen. Die Freiheit aller politischen Gefangenen in einem absehbaren Zeitraum kann nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden.

Es muß die Sache von allen sein, die ein Ende der Folter, die die Freiheit der Gefangenen wollen, in diesem Kampf Verantwortung und Initiative zu übernehmen.

Wir wollen eine reale Lebensperspektive für unsere gefangenen GenossInnen und für die Gefangenen aus allen Befreiungskämpfen; wir wollen sie für alle und mit allen, die eine menschliche Lebensbestimmung für sich und alle Unterdrückten und Entrechteten überall auf dieser Welt erkämpfen wollen.

Wir wollen eine offene Diskussion unter allen, die hier um Veränderung kämpfen

August 1992

> *»Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche. Scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde saugen und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: HIC RHODUS; HIC SALTA.«*
>
> *KARL MARX*

Wir haben in unserem Brief vom 10.4. gesagt, daß wir es als einen Fehler von uns sehen, daß wir in den letzten Jahren viel zu wenig von unserem Prozeß vermittelt haben. Daraufhin haben wir aus den verschiedensten Ecken knallharte Kritiken bekommen. Was wir angekündigt hätten, sei eine Nabelschau und hätte nichts mit der Beantwortung der anstehenden Fragen zu tun, die sich aus der politischen Situation ergeben. Es sei unsouverän, unpolitisches Gejammere, und außerdem würde uns wohl jeder Stolz fehlen, weil wir angekündigt hatten, daß wir auch über Fehler von uns reden werden. Davon werden wir uns nicht beirren lassen, wollen aber doch kurz darauf eingehen.

Wenn wir heute einen Schritt in unsere Geschichte machen, dann auch dafür, daß wir unsere Erfahrungen reflektieren, um sie für uns und andere nutzbar zu machen. Alles andere wäre geschichtslos. Wir haben eine Geschichte von 22 Jahren Kampf, und es geht darum, soviel wie möglich aus den gemachten Erfahrungen aus allen Kämpfen in diesem Land zu lernen, um es in die Zukunft mitnehmen zu können. Deshalb werden wir selbstverständlich auch über Fehler reden, da, wo wir welche sehen, damit sie nicht in Zukunft wiederholt werden müssen. Unsere Identität und unser Stolz besteht nicht daraus, daß wir uns für unfehlbar halten würden, und wir denken auch nicht, Fehler würden die Legitimität revolutionären Kampfes in Frage stellen. Im Gegenteil: Wir haben einiges zu sagen, von dem wir denken, daß es für zukünftige Kämpfer eine Wichtigkeit hat.

Wir wollen eine offene Diskussion unter allen, die hier um Veränderungen kämpfen. Offen heißt, über alles zu reden, was einem wichtig erscheint, wobei es nicht darum geht, an jedem Punkt eine eigene glanzvolle Position einnehmen zu müssen. GenossInnen, die so an die Diskussion rangehen wollen, sollten sich dringend von dieser kleinbürgerlichen Haltung befreien – der Kleinbürger ist selbstgefällig. Die Erfahrung, daß diese Haltung nichts Gutes mit sich bringt, ist in den sozialistischen Staaten gemacht worden. Viele Befreiungsbewegungen mußten sich damit auseinandersetzen, und auch wir sind es leid. Es ist eine Haltung der vergangenen Epoche und sollte in die neue nicht mitgezogen werden. Es gibt hier viele, die die Texte von Befreiungsbewegungen aus dem Trikont verschlingen, wobei es den meisten völlig logisch und normal vorkommt, daß sie eine vorausgegangene Phase kritisieren und auch daraus dann die Bestimmungen für die nächste Phase ziehen. Aber wenn wir das machen, gibt's gleich einen Aufschrei, das sei liquidatorisch.

Die Starrheit, an vermeintlichen Klarheiten festzuhalten, ist fast immer Ausdruck der Angst davor, sich Kritiken zu stellen, oft ist es auch der Versuch, eigene Unsicherheiten und Fragen vor anderen zu verstecken. Über Erfahrungen nicht zu reden, würde bedeuten, alle Kriterien, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben und bisher nicht geschafft haben, in eine größere Auseinandersetzung hineinzutragen, über den Haufen zu werfen. Das ist nicht unsere Sache. Den Schnitt zu machen, ist für uns auch die Entscheidung für einen tiefgreifenden Diskussionsprozeß und nicht die Entscheidung dafür, uns aus den Auseinandersetzungen herauszuziehen.

Uns ist in den letzten Wochen immer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben, damit alle unseren Schritt verstehen können, in einer Situation, die sich insgesamt immer mehr zuspitzt. Wir haben mitbekommen, daß es GenossInnen gibt, die das so sehen, aber unser Schritt ist nicht nur die Konsequenz aus der international veränderten Situation, sonst hätten wir ihn spätestens '89 machen müssen. Unrealistisch ist auch die Vorstellung, unsere Bestimmung sei in den letzten Jahren einfach ein »eine Konfrontationsform halten« gewesen. Das kann keine Guerillapolitik sein. Weder subjektiv ist das möglich, noch ist es politisch möglich. Guerillapolitik ist ein permanenter Prozeß von Suche nach den richtigen Antworten in der sich ständig verändernden politischen Situation und Weiterentwicklung der eigenen Kräfte.

In unserem Diskussionsprozeß seit '89/'90 in der Gruppe ist uns immer deutlicher geworden, daß wir Starrheiten, alte Rangehensweisen und Orientierungen aufbrechen und umwälzen müssen. Wir konnten allein aus alten Bestimmungen keine Antworten auf die neue Situation finden. Wir können jetzt nur aus der Diskussion und dem Prozeß von uns reden und nicht für unsere gefangenen GenossInnen. Diesen Text begreifen wir auch als einen Beitrag für die Diskussion mit ihnen. Allerdings haben gerade sie kaum die Möglichkeit, aus ihren Bedingungen heraus an dieser Diskussion teilzunehmen. Auch dafür muß ihre Freiheit erkämpft werden.

Zu unserer Geschichte in den 80er Jahren: Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor '84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der

80er, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum »Frontpapier« geführt haben, nichts sagen können. Zum vollen Verständnis und zur Reflexion unserer Geschichte aus dieser Zeit – und für die gesamten 70er Jahre trifft das in noch größerem Maße zu – brauchen auch wir die Diskussion mit unseren gefangenen GenossInnen.

Für diejenigen von uns, die '84 und in der darauffolgenden Zeit zur Guerilla gekommen sind, waren natürlich diese ersten Jahre der 80er eine Zeit, in der wichtige Erfahrungen, Entscheidungen und Weichenstellungen im eigenen Leben gelaufen sind, aus denen dann die Entscheidung, selbst bewaffnet kämpfen zu wollen, gekommen ist. Es war die Zeit vieler Kämpfe an unterschiedlichsten Fragen: Anti-Nato-Bewegung; '81 der Hungerstreik der politischen Gefangenen, in dem Sigurd Debus ermordet worden ist; Kämpfe gegen AKWs; gegen die Startbahn West; Hausbesetzungen und natürlich die Massenmobilisierung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Wir haben selbst in manchen dieser Kämpfe dringesteckt und haben dabei dieselben Erfahrungen gemacht wie alle anderen auch: Wir kommen gegen diese Macht nicht durch.

In dieser Zeit waren hier an all diesen Kämpfen und Forderungen nicht nur Hunderttausende auf der Straße, es waren insgesamt Widersprüche von Millionen Menschen, und an keiner einzigen ihrer Forderungen hat sich die Macht bewegt – logisch, daß da die Kämpfe auch immer radikaler und militanter geführt wurden. Viele haben sich in diesen Jahren entschlossen, verschiedenste militante Initiativen gegen Brennpunkte der Vernichtungspolitik zu organisieren, das heißt zu dieser Zeit, hauptsächlich die US-/Nato-Militärstrategie anzugreifen. Das sollte unseren Kämpfen eine neue Schärfe und Durchsetzungskraft geben. Es sprang einen jeden Tag an, daß dieser Staat hunderttausendfachen Protest einfach ignorieren will und gleichzeitig die Menschen, die ihre Forderungen auf die Straße tragen, immer brutaler und gewaltsamer attackiert. Daß es in den Kämpfen dieser Jahre nicht viel mehr Tote (Klaus Jürgen Rattay, Olaf Ritzmann)[293] auf unserer Seite gab und nicht noch mehr Schwerverletzte, war reiner Zufall. Die Grausamkeit und Brutalität gegen die Gefangenen im Hungerstreik '81, die Knüppel- und Gaseinsätze von Polizei und paramilitärischen Einheiten haben deutlich gemacht, daß der Staat Tote auf unserer Seite eingeplant hatte. Kohls Satz zur Stationierung der Mittelstreckenraketen: »Sie demonstrieren, wir regieren« hat die Haltung der Macht gegenüber allen, die was anderes wollten, auf den Punkt gebracht.

Diese Entwicklung hier hatte ihre Entsprechung in der internationalen Situation, also in der Auseinandersetzung zwischen Befreiungsbewegungen bzw. befreiten Ländern und dem Imperialismus. Es war die Zeit des koordinierten Rollback-

293 Klaus Jürgen Rattay wurde, nachdem Westberlins Innensenator Heinrich Lummer acht besetzte Häuser Räumen ließ, von der Polizei in den Verkehr getrieben und von einem BVG-Bus getötet.
Olaf Ritzmann wurde am 25. August 1980 in Hamburg am Rande einer Wahlkundgebung von F.J. Strauß von der Polizei vor eine S-Bahn – und damit in den Tod – getrieben.

Versuchs, die Mittelstreckenraketen sollten die Sowjetunion in Schach halten und totrüsten; Libanon-Bombardierung; Malvinenkrieg[294]; die Zerstörung palästinensischer Flüchtlingslager – Sabra, Shatila, Tel Zaatar; gegen die Befreiungskämpfe wie in El Salvador; Low-intensity-Kriegsführung[295], die den Krieg weiter verlängern und das Volk ausbluten sollte; in den befreiten Ländern im südlichen Afrika: Contra-Kriege, die jede eigenständige Entwicklung unmöglich machen sollten und die zu unzähligen Kriegs- und Hungertoten geführt haben. Wir können die Entwicklung dieser Jahre hier nur kurz in Stichpunkten anreißen; in allem hat sich gezeigt, daß der Imperialismus seinen Jahrhunderttraum, sich die ganze Menschheit zu unterwerfen, mit aller Gewalt, selbst unter Einsatz atomarer Waffen, durchsetzen wollte. Dafür wollte er seine Pläne und Projekte hier wie weltweit gegen massenhaften Widerstand durchpeitschen, und dafür sollte jeder Widerstand niedergemacht und ausgelöscht werden.

So wurde für uns wie für viele andere immer deutlicher, daß wir hier eine organisierte Kraft aufbauen müssen, die auch militante und militärische Mittel in der Hand hat. Aus allen Erfahrungen dieser Jahre war einfach klar, daß wir zu einer neuen Qualität unseres Kampfes kommen müssen, wenn wir uns gegen diese zu allem entschlossene Macht durchsetzen wollen – die Alternative wäre gewesen, zu kapitulieren und sich dieser Macht zu unterwerfen; das kam für uns nicht in Frage. Für immer mehr Leute hat sich der Vorschlag, den die RAF '82 mit dem »Frontkonzept« in die Diskussion gebracht hatte – nämlich sich zusammen, also Guerilla, Militante, Widerstand, zu organisieren und daraus zu einer neuen Stärke zu kommen – mit den eigenen Erfahrungen und Konsequenzen daraus gedeckt. Für welche von uns hieß das '84, daß wir die Entscheidung, selbst in der Guerilla zu kämpfen, getroffen haben.

Die Überlegung, daß wir unsere Kämpfe organisiert und auch militanter führen müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen, hatten damals sehr viele. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel am Hungerstreik der politischen Gefangenen '84/'85. Daß damals Leute aus den verschiedensten Zusammenhängen massenhaft Brand- und Sprengstoffanschläge gemacht haben, um die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung mit durchzusetzen, war ganz konkret die Konsequenz aus den Kämpfen Anfang der 80er. Viele haben einfach gewußt, wenn die Forderung durchgesetzt werden soll, wenn verhindert werden soll, daß der Staat

294 Islas Malvinas ist die argentinische Bezeichnung für die seit 1833 von Großbritannien besetzten Falklandinseln. Die vor Patagonien gelegenen Inseln werden seitdem von Argentinien beansprucht. Die seit 1976 herrschende argentinische Militärjunta besetzte im März 1982 die Inseln, um ein innenpolitisches Legitimationsefizit durch antiimperialistische Mobilisierung zu kompensieren. Großbritannien erklärte den Archipel daraufhin zum Sperrgebiet und eroberte ihn im Juni 1982 zurück.

295 Ab 1981 operierten die USA auf einer neuen Ebene, unterhalb der direkten militärischen Intervention, gegen Befreiungsbewegungen. Dabei wurde eine Mischung von militärischen und politischen Maßnahmen angewendet, psychologische und propaganistische Kampagnen, Unterstützung liberaler Regimegegner gegen die Befreiungsbewegungen, Unterstützung von »Freiheitskämpfern«, d.h. Konterguerillas gegen befreite Länder.

im Streik wieder Gefangene ermordet, dann müssen zu den vielfältigsten Initiativen von Demos bis Veranstaltungen auch Kämpfe auf höherem Konfrontationsniveau dazukommen.

Es ist immer wieder die Rede von der Gewaltspirale – für die natürlich immer die Kämpfe der linken und revolutionären Kräfte verantwortlich gemacht werden. An dem, was wir in Kurzfassung zur Entwicklung in den ersten Jahren der 80er gesagt haben, zeigt sich deutlich, daß es anders war. Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort von Menschen auf die herrschenden Verhältnisse; auf die Ignoranz der Macht gegenüber Forderungen und Kämpfen; auf das Durchziehen zerstörerischer Entwicklungen und Kriege gegen massenhaften Widerstand; auf Repression und Ausrottungsverhältnis gegenüber diesem Widerstand: Wenn du die Verhältnisse, die dich und andere nicht leben lassen, verändern willst, überlegst du dir, bewaffnet zu kämpfen, immer als letztes Mittel – nie als erstes. Du probierst vorher viel anderes aus, und du triffst die Entscheidung – weil es deine Lebensentscheidung ist – dann, wenn dir klargeworden oder besser: klargemacht worden ist, daß eine bewaffnete Kraft gebraucht wird, weil ohne sie für alle kein Durchkommen ist.

Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe. Wir sind in dieser Zeit durch Verhaftungen mehrmals ganz oder fast zerschlagen worden, und es gab aus den Verhältnissen in diesem Land und aus den Widerstandsprozessen dagegen immer wieder GenossInnen, die den bewaffneten Kampf für die Umwälzung dieser Verhältnisse aufgegriffen und weitergeführt haben. Auch 1984 war so ein Jahr für uns. Im Sommer wurden sieben GenossInnen verhaftet, und der Staat feierte wieder einmal öffentlich unsere endgültige Zerschlagung. Für uns war es auch tatsächlich so, daß niemand von denen, die in den Jahren vorher die Politik der Guerilla mitentwickelt hatten, übriggeblieben war.

Wir haben ’84 mit unserem Anlauf, zu einer gemeinsamen Offensive von westeuropäischen Guerillagruppen zusammen mit militantem Widerstand hier zu kommen, in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. Einerseits war unsere Befürchtung die, von der gesamten imperialistischen Entwicklung überrollt zu werden, wenn wir nicht schnell zu dieser gemeinsamen Intervention kommen. Sie sollte hier in den Zentren der Macht die Kraft aufbauen, die zusammen mit den weltweiten Befreiungskämpfen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Auf der anderen Seite saßen uns natürlich auch unsere eigenen Erfahrungen im Genick. Wir hatten Angst davor, daß es der Staat schaffen könnte, uns einen weiteren Schlag zu versetzen, noch bevor wir endlich den ersten Schritt unserer Frontvorstellung umgesetzt hatten.

Der Gedanke »Front« ging davon aus, daß wir der rasanten Entwicklung und Eskalation, mit der der Imperialismus mit seinem Rollback-Versuch den Befreiungskampf weltweit endgültig niedermachen und austreten wollte, mit einer starken Kraft hier in seinen Machtzentren entgegentreten. Ein Durchkommen der

Befreiungsbewegungen war nirgends absehbar. Statt dessen stieg die Zahl der Opfer immer weiter. Überall nahm die Zahl der Toten, Verletzten und entwurzelten Menschen zu, ohne daß ein Ende dieser Kriege in Sicht war – im Gegenteil, die Low-intensity-Kriegsstrategie, mit der der Imperialismus die Kriege gerade in dieser Phase eskalierte, sollte die Völker zermürben und von ihren Hoffnungen auf ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung abbringen, dadurch, daß ihnen mit nichtendendem Krieg gedroht wurde. Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront.

Die Auswirkung der internationalen Zuspitzung und imperialistischen Strategien hier in der Metropole war, daß sich in dieser Zeit die Lebensverhältnisse für immer mehr Menschen verschärft haben. Die Zahl derer, die das Kapital für seine Profite nicht mehr brauchte, nahm ständig zu, weil einerseits die gesamte Produktion immer mehr auf Militärproduktion ausgerichtet wurde und natürlich auch in allen Bereichen so umstrukturiert wurde, daß hunderttausende Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind. Es war die Zeit, als die $^{2}/_{3}$-Gesellschaft hier angefangen wurde durchzusetzen, also die Macht allen klargemacht hat, daß sie $^{1}/_{3}$ der Leute auch hier nicht mehr braucht, daß sie überflüssig geworden sind – und daß sie sich auch so fühlen sollen. Wegen der Ausrichtung der imperialistischen Politik auf das Rollback, also auf Krieg, haben sich die reichen Staaten Westeuropas – an ihrer Spitze die BRD und Frankreich – v.a. an der High-Tech- und Rüstungsindustrie zusammengeschlossen. Daran sollte die Formierung aller westeuropäischen Staaten zu einem einheitlich politisch handelnden Block laufen, der zur gleichwertigen Macht neben den USA und Japan aufsteigen sollte.

Diese Frage haben wir in unserer ersten gemeinsamen Offensive zusammen mit unseren GenossInnen von Action Directe und militanten Gruppen hier in den Mittelpunkt gestellt, denn vom schnellen und reibungslosen Ablauf dieser Formierung hing ab, ob die westeuropäische Staatengemeinschaft ihre spezifischen Aufgaben im Krieg gegen den weltweiten Befreiungskampf erfüllen konnte. Wir haben damals unsere zentrale Aufgabe darin gesehen, uns mit allen revolutionären Kräften in Westeuropa, mit denen das möglich war, gegen diese Entwicklung zu organisieren. Für uns war das eins: auf die internationale Strategie und auf die Verschärfung im eigenen Land durch unsere Angriffe gegen strategische Pfeiler der imperialistischen Politik zu zielen.

Wir haben damals in dem Bewußtsein gehandelt, daß wir hier und westeuropaweit sehr wenige sind, und haben das genommen, als wär’s Naturgesetz. Davon ausgehend, also von eigenen schwachen Kräften, haben wir überlegt, wie wir zu einer möglichst scharfen Wirkung kommen. In dieser Zeit der ständig weltweiten Eskalation von Krieg und Zerstörung haben wir nicht wirklich am Aufbau einer

relevanten Kraft gegen diese Entwicklung überlegt, sondern vielmehr daran, wie wir die schon existierenden und mehr oder weniger isoliert und zersplittert agierenden revolutionären Kräfte zusammenfassen können.

Wir sind mit unseren ersten Schritten in der Umsetzung der Frontvorstellung schon mitten in den Strudel des historischen Umbruchs reingekommen. Und auch wenn uns das damals so noch nicht bewußt war, hat jede/r gespürt, daß es ein Rennen gegen die Zeit war. Auch daher kam unser Denken, daß, wenn wir jetzt nicht schnell handeln, es danach zu spät ist, daß es dann möglicherweise der Imperialismus schon geschafft hat, diese ganze Epoche für sich zu entscheiden.

Unsere Orientierung auf die möglichst schnelle und scharfe Wirkung unserer Initiativen hatte in vielerlei Hinsicht katastrophale Auswirkungen. Dieses Denken führt fast automatisch zur militärischen Eskalation und verstellt den Blick für politische Prozesse und Möglichkeiten. Wir haben in der Unterschiedlichkeit der Kämpfe und ihrer Vielfalt nicht Möglichkeiten und Ideenreichtum gesehen, sondern immer nur das Trennende, anstatt im vollen Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende zu suchen, um zusammen rauszufinden, was geht. In dieser politischen Enge und Begrenzung konnte aus dem Frontgedanken keine starke politische Kraft entstehen. Unsere Wirkung kam in erster Linie aus der politischen Brisanz der Angriffsziele und der Koordinierung und Schärfe der Aktionen.

So haben wir es nicht einmal als Möglichkeit gesehen, zu den Kämpfen Anfang der 80er, aus denen wir ja selbst kamen, die Verbindung herzustellen und weiterzuentwickeln. Das, was für uns selbst die Konsequenz aus diesem Nichtdurchkommen unserer Kämpfe war, nämlich gemeinsame Organisierung und Bestimmung von Angriffslinien, hätte auch für andere eine Antwort auf ihre Erfahrungen sein können. Viele hatten sich im Laufe der Zeit zurückgezogen und resigniert, aber das hätte nicht so bleiben müssen. Sie waren dadurch nicht zu Leuten geworden, die mit diesem System und seinen Zerstörungen einverstanden sind, sondern sie hatten resigniert, weil sie keine Antworten gefunden hatten, wie hier die Durchsetzung von Veränderungen möglich ist. Und wir hatten die Antwort, zumindest einen Anfang davon, aber wir haben damals überhaupt nicht überlegt, wie wir die Verbindung zu den Bewegungen und Menschen herstellen können, die gegen die Raketenstationierung und imperialistische Zerstörung aufgestanden waren oder in Kämpfen gegen Projekte wie z.B. WAA Wackersdorf gesteckt haben, um mit ihnen zusammen eine Kraft gegen die ganze Zerstörung aufzubauen. Unsere Bestimmung davon, was »Front« sein sollte, war dafür viel zu eng, sie hat nur diejenigen umfaßt, die ihren Kampf als internationalistischen gegen die strategischen imperialistischen Entwicklungen bestimmt haben. Für andere Vorstellungen und Ideen gab es da keinen Platz.

Es gab in der Organisierung der Front auch GenossInnen, die ihre Geschichte und Erfahrungen in Zusammenhängen wie z.B. Anti-Nato-Bewegung mit und in dem Frontprozeß so weiterentwickeln wollten, daß wir zusammen die Verbindungen zu diesen Kämpfen suchen. Für die Gedanken und Vorstellungen dieser GenossInnen gab es bei dem engen Blick von uns und auch anderen auf die unmittelbare Wirkung unserer Initiativen gegen das System keinen Raum. Für sie stand immer auch die Frage im Mittelpunkt, wie unsere Initiativen für den Aufbau einer breiteren, stärkeren Kraft bestimmt sind und wirken. Aber genau diese Fragen kamen in unseren Diskussionen viel zu kurz. Für uns ging es vielmehr um die Einschätzung der imperialistischen Entwicklung und Schritte und um die Bestimmung unserer Angriffslinien dagegen. Wenn die GenossInnen, die mit der »Front« eine andere, revolutionäre Kraft aufbauende Entwicklung einschlagen wollten, wenn sie in Diskussionen das Eskalationsprinzip – »den Krieg hier auf dem Niveau der internationalen Konterrevolution führen« – in Frage stellten, haben wir das oft als persönliche Schwäche und Unentschlossenheit abgetan. Das politische Problem, die unterschiedliche politische Sichtweise, wurde einfach negiert und ins Subjektivistische gedreht.

Einer unserer Grundgedanken dieser Jahre, nämlich daß das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet, aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abgeleitet wird bzw. sich daran bestimmt, liegt quer zum Aufbau einer breiten revolutionären Kraft hier. Wir haben oft gesagt, daß solche Aktionen polarisieren, das stimmt auch, aber sie produzieren falsche Trennungen, anstatt zusammenzubringen.

Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus, daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air-Base-Aktion – und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso –, aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/die US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler.

»Der Kopf ist rund, damit unsere Gedanken die Richtung wechseln können.«

'89 standen wir vor dem schmerzhaften Ergebnis dessen, was aus dem Frontprozeß herausgekommen war. Die Verhaftungen und hohen Verurteilungen gegen legale GenossInnen aus dem Widerstand[296] und die vielen Ermittlungsverfahren wegen »Mitgliedschaft in der RAF« gegen Legale in der ganzen BRD hatten zu einem defensiven Zurückweichen vieler GenossInnen aus dem antiimperialisti-

296 Zum Beispiel wurden Andrea Sievering und Rico Prauß, wegen der angeblichen Beteiligung an einem Angriff auf das Laserforschungszentrum von Dornier, zu 9 Jahren verurteilt. Das Urteil stützte sich auf ein umstrittenes Schriftgutachten.

schen Widerstand geführt. Gleichzeitig waren viele Zusammenhänge in die Brüche gegangen. Viele, die den Frontprozeß als ihre Sache gesehen hatten, waren resigniert oder zumindest frustriert. Die Grundgedanken des Mai-Papiers von '82 – zu einer gemeinsamen Front von Guerilla und Widerstand zu kommen – waren ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir haben es nicht geschafft, eine produktive Verbindung zwischen dem Kampf der Guerilla und den Kämpfen der GenossInnen, die aus anderen Lebenszusammenhängen eine andere Praxis entwickeln, herzustellen und den revolutionären Prozeß zusammen zu stärken und weiterzubringen.

Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst. Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus haben wir diese hierarchischen Strukturen weitergezogen und mit anderen Inhalten reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den GenossInnen und dann wieder zwischen ihnen und anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, die Illegalität aufzubauen, war nicht begriffen als ein Teil im Gesamten, sondern für viele war es das, was den höchsten Wert hatte. Viele haben sich daran gemessen und sind daran zerbrochen. Heute sehen wir diese Entwicklung als eine, die ihre Logik in der Konzentration auf Angriff gegen die Macht hatte und dadurch möglich wurde. In dieser Konzentration wurden die bewaffneten Mittel schnell als die besten oder die wichtigsten begriffen. Diese Art der wertenden Einordnung an sich steht der revolutionären Entwicklung entgegen.

Wir hatten in dieser Zeit eine falsche Orientierung und haben sie auch an andere weitergegeben. Sicher ist der Angriff auf die strategischen Projekte der Herrschenden ein wichtiger Bestandteil der Guerillapolitik. Aber es ist ein verengter Blick, sich ausschließlich darauf zu orientieren. Denn so beantwortet es nicht die Frage nach der Entwicklung eines politischen Prozesses. Die Verständigung darüber, warum, ob und welche Schritte der Herrschenden angegriffen werden müssen, ersetzt nicht die Diskussion über eigene Ziele, welche Kräfte und Kämpfe uns nah sind, wo wir Verbindungen suchen usw. – Verbindungen, die sich nicht allein darüber herstellen, daß andere anfangen, sich an uns zu orientieren.

Wir sehen es heute als einen Fehler von uns, daß wir die Bestimmungen unserer GenossInnen bis '84 einfach in groben Zügen übernommen und nicht hinterfragt haben, was an den alten Bestimmungen des »Frontpapiers« noch richtig ist bzw. was wir verändern oder neu entwickeln müssen. Das haben wir allein in bezug auf die Angriffsrichtung getan: Es wurde damals immer deutlicher, daß Westeuropa mit der BRD an der Spitze zur Weltmacht aufsteigen wird.

Aus Nicaragua und El Salvador kam beispielsweise einiges Neues aus ihren Erfahrungen über die mögliche Funktion des bewaffneten Kampfes in die Diskussion. Die Sandinisten hatten festgestellt, daß die Wirklichkeit eine andere war, als sie das vorher immer gedacht hatten. Ihr Befreiungskampf ist nicht so verlaufen, wie es in ihrer Theorie ausgesehen hatte: Nicht das Volk hatte die Guerilla unterstützt, sondern die bewaffneten Kräfte das Volk. Gerade in der letzten Phase kamen die Orientierungen zunehmend aus den Kämpfen des Volkes. Aus El Salvador kam die Erfahrung der Doppelmacht in die Diskussion: Die FMLN hatte als einen wichtigen Bestandteil des Kampfes erkannt, daß in den verschiedensten Bereichen auch die Organisation des Alltags damals schon schrittweise von unten in die Hand genommen werden mußte.

Wir haben diese Erfahrungen zwar aufgenommen, aber nicht daran überlegt, was das für hier bedeuten könnte, sondern es dabei belassen, daß in diesen Ländern die Situation eine vollkommene andere ist. Diese Entwicklungen – wie dann auch '87 die Intifada in Palästina – waren der Beginn eines neuen Prozesses, in dem in vielen Ländern auf der ganzen Welt zu den bewaffneten Befreiungskämpfen eine Organisierung von unten dazugekommen ist. »Das Problem lautet, ob die Guerilla in der Lage sein wird, eine reale Machtalternative zu formen, ob sie sich in eine Option für die Volksbewegung verwandeln wird; nicht als ein Fremdkörper, dem die Volksbewegung zu folgen hat, sondern als ein Projekt, wo die Basis das Rückgrat, das eigentliche Zentrum der Macht ist« (ein Zitat von GenossInnen von der UCELN[297], Kolumbien).

Diese Neubestimmungen waren auch eine Konsequenz aus dem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis, wodurch absehbar wurde, daß die Befreiung nur in einem viel länger andauernden Kampf erreicht werden kann. Das haben wir damals nicht klar genug realisiert und nur auf die Eskalation gegen das imperialistische Rollback gesetzt.

Eine Folge, die unsere gesamte damalige Rangehensweise hatte, war für uns die Austrocknung der politischen Auseinandersetzung mit vielen GenossInnen. Viele, mit denen wir damals zu tun hatten, haben sich aus der Hierarchie, die aus diesen politischen Vorstellungen logisch war, uns gegenüber nie kritisch verhalten oder ihre Widersprüche, Vorstellungen und Gedanken nicht durchgesetzt. Für viele waren wir die Autorität, deren Bestimmung sie hinterherkommen müssen, so daß sie keine eigenen Gedanken mehr entwickelt haben. Wir selbst waren nicht offen für Kritik, und wir hatten keine positive Vorstellung von der Vielfalt der Gedanken für die Entwicklung auf unsere Seite. So war für uns die Chance verbaut, aus einem lebendigen Prozeß und Austausch mit anderen für unsere weitere Bestimmung zu lernen.

Bei allem, was wir heute zu Selbstkritik sagen, darf niemand den äußeren Rahmen vergessen, in dem wir diese Fehler gemacht haben. Die weltweiten Counter-Kriege, die Contras[298] in Nicaragua, Angola, Moçambique; die Hochrüstung der

297 UCELN: eine der beiden großen kolumbianischen Guerillabewegungen.

298 Sammelbegriff für verschiedene Konterguerillas, die von Honduras aus, mit massiver logistischer Hilfe der USA, Nicaragua in einen anhaltenden Bürgerkrieg verwickelten.

Nato; die militärischen Schläge gegen Libyen, Grenada; die sich rasant verschärfende Verelendung im Trikont – das war die Realität, aus der raus wir gehandelt haben. Im Innern war es die maßlos hochgepuschte Repression des Staates, die jeden Gedanken an eine starke, handlungsfähige revolutionäre Entwicklung im Innern auslöschen sollte – sie haben damals die Hürde, also die Angst davor, mit uns zu diskutieren und gemeinsam etwas zu entwickeln, für die Leute total hochgeschraubt. '85/'86 – das war auch ein Höhepunkt der völlig aufgepuschten Kill-Fahndung gegen einzelne von uns, eine Zeit, in der die Fernsehfahndung Alltag war. Die Repression nach der Offensive '86 war ihre Antwort auf die Anfänge einer gemeinsam handelnden Front, die aus ihrer engen Bestimmung heraus dann nicht mehr in der Lage war, den Prozeß für unsere Seite weiterzuentwickeln.

Wir sind damals in diese Falle gegangen: uns den politischen Prozeß aus den Händen gleiten zu lassen. Wir haben uns die Frage nach Verankerung nicht gestellt. Unsere Reaktion war der Versuch einer weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzung von unserer Seite aus. Daraus haben wir die falschen Impulse in die Diskussion im revolutionären Widerstand gebracht. Nach der Offensive '86 haben wir uns darauf orientiert, daß die einzig angemessene Antwort auf die Repression die Organisierung der Illegalität sein kann. Die Frage, wie dem Staat eine politische Grenze gesetzt werden kann, stand in unseren Auseinandersetzungen nicht im Zentrum. So haben wir zu dem Prozeß beigetragen, in dem sich immer mehr GenossInnen defensiv aus den offenen Zusammenhängen und Auseinandersetzungen herausgezogen haben, auch wenn sie dabei keine Perspektive für sich gesehen haben und sich die Illegalität gar nicht vorstellen konnten. In manchen Städten ging das so weit, daß nicht einmal mehr die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen offen vertreten wurde. Es wurde lange Zeit nicht mehr darum gekämpft, den Raum für die offene Auseinandersetzung durchzusetzen. Es gab dann in dieser Zeit aus unseren politischen Zusammenhängen allenfalls illegale Flugblätter oder Zeitungen, die dann natürlich wiederum nur Eingeweihte erreichen konnten.

Das alles war der Hintergrund, auf dem der Staatsschutz die Chance gesehen hat, die Schraube noch enger zu drehen, und es z.B. zu Urteilen mit mehrjährigen Knaststrafen gegen GenossInnen gekommen ist, die eine Veranstaltung zur Zusammenlegung der Gefangenen gemacht hatten.

Neben dieser Entwicklung bei uns und denen, die im politischen Zusammenhang mit uns waren, gab es auch in anderen Kämpfen Zuspitzungen, wie z.B. an der Startbahn West in Frankfurt, die dann mit den Schüssen auf die Bullen im November '87[299] ihren Höhepunkt hatten. Gleichzeitig gab es mit dem Kampf für die

299 Nach einer Demonstration zum 6. Jahrestag der Hüttendorf-Räumung an der Startbahn West bei Frankfurt/Main griffen 200 DemontrantInnen die Polizei mit Molotow-Cocktails, Zwillen und Leuchtspurmunition an. Zwei Polizisten starben durch Schußverletzungen aus einer Pistole. Unmittelbar danach wurden unzählige Wohnungen von Aktivistinnen und Aktivisten der Startbahnbewegung durchsucht und mehrere Leute verhaftet, die zum Teil belastende Aussagen machten.

Durchsetzung der Hafenstraße eine völlig neue Erfahrung. Es war ein anderer Prozeß als unserer.

Es war eine Erfahrung, die uns immer mehr ins Bewußtsein gedrungen ist. Es hat bei uns viele Diskussionen ausgelöst und uns ins Nachdenken gebracht, wie die Leute es dort geschafft hatten, einen entschlossenen Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu führen und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstanden, auch um die Verbindung mit Tausenden unterschiedlichen Menschen in der Stadt und darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht diese alte Art von Bündnispolitik, in der alles nach dem Prinzip funktioniert, welche Position kann sich durchsetzen, sondern im Zentrum der Diskussion über das gemeinsame Vorgehen stand, sich gegenseitig zu vermitteln und zu verstehen, ausgehend von den unterschiedlichen Geschichten und Vorstellungen der Leute. Sie haben diesen Prozeß bis zu ihrer Durchsetzung mit großer Offenheit anderen gegenüber gemacht. Mit dieser Stärke haben sie sich gegen die Politik der »harten Haltung« des Staates durchgesetzt. Das war nach '77, wo der Staat mit der Ermordung von Gudrun, Andreas und Jan eine absolute Grenze dagegen, daß Widerstand hier durchkommen kann, setzen wollte, das erste Mal, daß es wieder die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich gegen den Staat durchsetzen konnte.

Es wurde am Hafen auch für andere Menschen wieder erfahrbar, daß es möglich ist, ein anderes Leben zu entwickeln. Ein Leben, das sich nicht den Prinzipien des kapitalistischen Alltags unterwirft. Weil die Leute dort in ihren Zielen identifizierbar waren, hat ihr Kampf eine große Anziehungskraft für sehr viele Menschen entwickeln können. Aus der Hafenstraße sind damals auch viele internationalistische Initiativen gekommen, die weit über sie selbst raus Diskussionen ausgelöst haben, wie z.B. die Palästinaparole an der Hauswand oder die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma in den Häusern. Diese Initiativen zeigen, wie eng internationale Solidarität mit dem eigenen Aufbruch von Menschen hier verknüpft ist und von da aus Stärke entwickeln kann. (Wir sagen das hier auch gegen Aussagen wie die von Georg Fülberth in der August-*Konkret*, der behauptet, daß Kämpfe aus den Lebensbedingungen und für soziale Veränderungen hier keine Verbindung zur globalen Situation hätten und von den Herrschenden oftmals erwünscht seien.)

Tatsache war damals jedenfalls, daß durch den Kampf der Hafenstraße die defensive Haltung nach den Schlägen des Staatsschutzes gegen den Frontprozeß und andere revolutionäre Zusammenhänge wieder aufgebrochen ist. Es war ein starker Impuls, der von dort in unsere Diskussion reingekommen ist. Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir uns in den letzten Jahren mehrmals auf die Hafenstraße bezogen haben.

Natürlich haben wir mitbekommen, daß heute viel dort ratlos sind – wie viele andere auch. Aber wir finden wichtig, in den Diskussionen darum, wie die nächsten Phasen des Kampfes aussehen sollen, auch das, was an ihren Erfahrungen wichtig war, festzuhalten. Und ihr in der Hafenstraße, was ist eigentlich los bei

euch? Wir haben gehört, daß ihr euch kaum noch in Auseinandersetzungen einbringt. Wir können uns schwer vorstellen, daß ihr aus euren Erfahrungen nichts ziehen könnt gegen die Resignation und Ohnmacht, die sich überall breitgemacht hat. Wieso könnt ihr da scheinbar an nichts anknüpfen und euch auf den Weg und die Suche machen?

Der »Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße« hat mit seinem Aufruf zur Zusammenlegung unserer gefangenen GenossInnen einen großen Schritt dazu getan, daß die Kriminalisierung der Forderung zurückgedrängt worden ist und es wieder Raum für die Diskussion darüber gab. Der Aufruf hat die große Mobilisierung zum Hungerstreik '89 ermöglicht. Es war wichtig, daß es Menschen gab, die in ihren Gedanken nicht die Reaktion des Staatsschutzes vorweggenommen haben, sondern von sich, ihrer Erfahrung und ihren Zielen ausgegangen sind.

Ein weiterer Impuls, der für unsere Diskussion hier wichtig war, kam von unseren gefangenen GenossInnen. Sie haben in und um den Streik '89, in ihrer Hungerstreikerklärung, aber auch in Briefen aus dieser Zeit, sehr deutlich gemacht, daß es ihnen darum geht, eine Diskussion über neue Orientierungen für den revolutionären Kampf anzufangen. Sie wollten neue Verbindungen herstellen und die Diskussionen mit all den Menschen suchen, die aus den Widerstandsprozessen der Jahre davor gekommen waren oder überhaupt in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen für Veränderungen kämpften. Die Gefangenen haben eine große Offenheit vermittelt, auch über vergangene Fehler zu diskutieren. Damit haben sie ein altes Verhältnis aufgebrochen, in dem wir lange gefangen waren, nämlich Kritik an uns schnell als gegen uns gerichtet zu begreifen und deshalb abzulehnen. Dieses alte Verhältnis war auch aus der jahrelangen Erfahrung entstanden, mit einem auf allen Ebenen agierenden Counter-Apparat konfrontiert zu sein, der es geschafft hat, die Hetze und psychologische Kriegsführung gegen uns und andere revolutionäre Zusammenhänge bis in sogenannte linke Medien wie z.B. die *taz* hineinzupflanzen.

Bei uns hat sich daraus über lange Zeit ein völlig verengter Blick auf Kritik festgefressen. Ein Blick, von dem aus wir gar nicht darauf gesehen haben, von wem Kritik kommt und wofür, und was daran richtig sein könnte. Dadurch, daß die Gefangenen mit einem viel weiteren Blick und einem Bezug auf neue Entwicklungen im Widerstand und in der Gesellschaft insgesamt ihren Kampf bestimmt haben, haben sie auch uns darin bestärkt, auf die Suche zu gehen und etwas zu entwickeln.

Für uns war die Situation '89 so, daß viele Fragen auf dem Tisch lagen. Wir waren mit der Frontentwicklung an eine Grenze gekommen. Gleichzeitig hatten sich um uns herum neue Kampfprozesse entwickelt, und außerdem hatte sich ja auch die gesamte internationale Situation völlig verändert. Anfangs waren unsere Gedanken in bezug auf neue Entwicklungen und Bestimmungen noch eher zaghaft. Es war damals der Anfang eines Prozesses, in dem wir uns immer mehr von alten Vorstellungen getrennt – oder wir können auch sagen: befreit – haben. Das bezieht sich z.B. auf die Vorstellung, die sich in den Jahren vorher immer stärker

durch unsere Diskussionen gezogen hatte, nämlich daß sich die Stärke einer revolutionären Bewegung in erster Linie an der Eskalationsfähigkeit ihrer Angriffe gegen das imperialistische System zeigt.

'89/'90 war für uns die Zeit, in der wir anfingen, die letzten Jahre unserer Geschichte zu hinterfragen und alte Rangehensweisen und Begriffe aus den Diskussionen des Frontprozesses daraufhin zu überprüfen, ob wir sie noch richtig finden. Während wir vorher davon ausgegangen waren, daß Guerillapolitik die gesamten Widersprüche zusammenfassen und zum Angriff bringen muß, setzten wir uns damals damit auseinander, wie wir direkter mit der Verschärfung der Lebensbedingungen umgehen, wie wir unsere Kraft dafür einsetzen können, daß Veränderungen in den Kämpfen schon heute durchgesetzt werden können, denn weder die Menschen im Trikont noch die hier können darauf bis zur Weltrevolution warten.

Im Mai-Papier '82 hatten die GenossInnen gesagt: »... unsere Strategie ist einfach die Strategie gegen ihre Strategie ...«. Unsere Umsetzung davon waren Aktionen, die gegen die imperialistischen Pläne und ihre Vernichtungsqualität gegen die Menschen bestimmt waren und orientiert haben.

'89/'90 haben wir nach und nach eine andere Vorstellung davon, was die Strategie der Guerilla sein muß, entwickelt. In der Erklärung zur Aktion gegen Herrhausen im November '89 hatten wir gesagt: »Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa, stehen vor einem neuen Abschnitt. Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß ... Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung.«

Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung hieß für uns, neue Verbindungen zu den verschiedensten Menschen zu suchen, die an den tausend unterschiedlichen Bereichen und Forderungen für Veränderungen kämpfen. Es ging uns dabei um einen Prozeß, in dem sich die Guerilla eine Funktion für die gesellschaftliche Veränderung von unten aneignet. Wir haben es mal auf den Begriff »Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung« gebracht.

Dieser Gedanke ist nach wie vor richtig, denn ohne gesellschaftlichen Sinn hat der bewaffnete Kampf keine Entwicklungsmöglichkeit mehr. Das war für uns keine taktische Frage, sondern die Gewißheit, daß revolutionäre Politik überhaupt nur auf einer neu geschaffenen Grundlage weiterentwickelt werden kann.

Spätestens ab '88 wurde die bis dahin entwickelte Politik von einem immer kleiner werdenden Kreis von entschlossenen GenossInnen getragen und hat keinen weiteren Politisierungs- und Organisierungsprozeß mehr in Gang gesetzt. Wir konnten den Herrschenden zwar immer wieder Schläge versetzen, aber so kommen wir unseren Zielen nicht näher. Es ging uns darum, aus dieser Stagnation herauszubrechen. '89 war klar: Wir müssen das Neue suchen. Damals war es deutlich, welche Kraft Kämpfe dann entwickeln können, wenn es um konkrete und greifbare Ziele geht, in denen sich viele Menschen wiedererkennen können.

Das waren in verschiedenen Städten die Kämpfe um selbstbestimmte Räume (nicht nur als Gebäude gemeint), und es war der Kampf der Gefangenen für ihr Leben gegen die Vernichtung.

Wir haben schon damals gesagt, daß es nicht die Schwäche der Mobilisierung im Hungerstreik ’89 war, daß die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte. Die rasanten Umbrüche ’89, mit dem Zusammenbruch der DDR und dem bevorstehenden Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems, hatten die Macht des BRD-Staates auf eine neue Stufe gebracht. Vor diesem Hintergrund haben sich die Herrschenden entschieden, auf die harte Haltung zu setzen. Gerade der deutsche Staat und das deutsche Kapital witterten uneingeschränkte Macht. Gegen diesen Machtrausch konnte sich die stärkste Mobilisierung, die es je im gemeinsamen Kampf mit unseren gefangenen GenossInnen gegeben hatte, nicht durchsetzen.

Hätten die Gefangenen den Streik ’89 nicht abgebrochen, als der Staat auf die harte Haltung und tote Gefangene gesetzt hatte, dann wäre es hier draußen zu einer weiteren Eskalation gekommen. Das war damals die Stimmung bei vielen GenossInnen, und auch wir hätten das beantwortet. Aber die Gefangenen haben es damals anders bestimmt: weg von der Eskalation, weil sie sinnlos gewesen wäre. Sie haben trotzdem an ihrem Ziel festgehalten, aber auch darauf beharrt, daß es um ihr Leben geht und das im Zentrum steht. Mit dem Abbruch des Streiks haben sie großes Vertrauen den Menschen gegenüber vermittelt, die Teil in der Mobilisierung gewesen sind, und darein, daß viele dieses Ziel, daß die Gefangenen Teil in den Diskussionen draußen werden können, aber auch für das Leben der Gefangenen und gegen die Vernichtung zu kämpfen, nicht mehr loslassen werden. Als die eigentliche Schwäche sehen wir es an, daß viele in der Resignation vor der Macht den Kampf um die Forderung losgelassen haben.

»Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziele Gegenmacht aufbauen. Eine Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschen erkämpft« (aus der Rohwedder-Erklärung).

Worum es uns ging, war nicht, eine Angriffslinie festzulegen, die sich aus ihrer strategischen Bedeutung für die Herrschenden ergibt, und auf dieser Linie dann zu intervenieren. Unsere Orientierung war es, diesen Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten mit anderen zusammen zu entwickeln.

Wir sind natürlich nach ’89 und nach dem Hungerstreik davon ausgegangen, daß die geballte Macht des BRD-Staates damit fortfahren wird, mit allen Mitteln jede eigenständige Entwicklung von unten austreten zu wollen. Deshalb haben wir es als die Aufgabe der Guerilla gesehen, unser Gewicht dort in die Waagschale zu werfen, wo es um die Durchsetzung von menschlich sinnvollen Entwicklungen geht, die den Herrschenden immer abgerungen werden müssen. Eine Wirkung, auf die wir mit unseren Angriffen ab ’89 aus waren, war, dieses uneingeschränkte Machtbewußtsein der Herrschenden und das Ohnmachtsbewußtsein vieler auf unserer Seite zu durchbrechen und so politischen Raum für die Kämpfe aufzumachen.

Ein in unseren Diskussionen weiterentwickelter Gedanke in diese Richtung war unsere Drohung nach der Räumung der Mainzer Straße in Berlin. Nach dieser Räumung haben wir überlegt, daß es richtig wäre, auf so eine Räumung direkt zu antworten. Das hätte zwar den Leuten dort nichts mehr genutzt, aber eine Aktion von uns als Antwort hätte Konsequenzen für andere Kämpfe gehabt. Daß wir genau mit einer solchen Antwort bei der Rohwedder-Erklärung gedroht haben, hatte die Funktion, daß der Staat uns bei seiner Kosten/Nutzen-Abwägung für z.B. die Räumung der Hafenstraße (denn die stand damals auch wieder auf der Tagesordnung) mit auf die Rechnung setzen sollte. »Uns auf die Rechnung setzen« hieß, daß der Staat wissen sollte, daß er mit dieser Räumung den Prozeß vom Zusammenwirken und Zusammenkommen von Kämpfen für selbstbestimmte Lebensräume und der Guerilla direkt in Gang setzen würde. Darin steckt für sie wie für uns große politische Brisanz, und es war klar, daß das bei ihrer Entscheidung Gewicht hat. Ob und welche Dynamik das auslösen würde, ob wir zusammen daran was weiterentwickeln oder nicht, das können weder der Staat noch wir vorhersagen, aber die Gefahr oder die Möglichkeit (je nach Sichtweise) besteht. Wir hatten uns natürlich mit dieser Drohung erhofft, daß daran die Diskussion mit vielen Leuten losgehen würde – aber da hatten wir uns wieder mal getäuscht.

Wir haben uns den Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten nicht als kurzfristigen vorgestellt und wollten eine Diskussion anfangen, die viel mehr Menschen umfassen sollte als die, mit denen wir bisher zu tun hatten. Es sollte eine neue Diskussionsstruktur entstehen, die in verschiedensten politischen Zusammenhängen ihre Basis hat. Wir wollten alle Verbindungen, die wir aus der alten Phase noch zu GenossInnen hatten, auf eine neue Grundlage stellen, und uns ging es darum, dieses alles abtötende Verhältnis von Hierarchie und alten Starrheiten abzuschaffen.

Die neuen Verbindungen sollten so sein, daß die, mit denen wir zu tun haben, ihre eigenen Initiativen entwickeln und das der Ausgangspunkt für gemeinsame Diskussion und Praxis wird. Für uns selbst war vieles Neuland, was wir uns da vorgenommen hatten und herausfinden wollten. Es war die ganzen Jahre hindurch ein ständiger Diskussionsprozeß unter uns, in dem wir immer wieder auf Neues gekommen sind, das zum Teil wieder umgeworfen werden mußte, um es weiterzuentwickeln. Das alles bezog sich auf die Einschätzung unserer Praxis in der Zeit vorher, auf die Situation hier und international, und darauf, welche Funktion die Guerilla im Umwälzungsprozeß haben kann.

Wir wollen jetzt deutlich machen, warum wir sagen, daß wir heute an eine Grenze gestoßen sind. Dazu sagen wir noch mal was zu unseren letzten Aktionen,

wobei uns bewußt ist, daß es nicht das Problem war, daß wir mit ihnen emotional von vielen Menschen entfernt gewesen wären. Typen wie Herrhausen und Rohwedder sind von vielen Menschen als Verantwortliche für das Elend hier und Millionen Tote weltweit identifiziert. Viele haben sich über diese Aktionen gefreut.

Wir sind '89 davon ausgegangen, daß sich Großdeutschland zur Weltmacht aufschwingen wird. Und natürlich davon, daß die Umbrüche im internationalen Kräfteverhältnis die Ausgangsbedingungen für die revolutionären Bewegungen weltweit verändern und verschärfen. Vor diesem Hintergrund war es für uns um so dringender, hier zu einer neuen Einheit der Kämpfe zu kommen, um zusammen neue Orientierungen herauszufinden.

Aber das war nur die eine Seite. Gleichzeitig sind wir von neuen Entwicklungen im Widerstand ausgegangen, die wir positiv fanden. Auch wenn wir mit dem Frontprozeß an eine Grenze gestoßen waren, hatte es neue Erfahrungen und große Mobilisierungen gegeben. Um nur mal einige zu nennen: '86 Wackersdorf, '87 die Durchsetzung der Hafenstraße und '88 die von vielen Menschen getragene Mobilisierung gegen die Politik des IWF und '89 zum Hungerstreik. Aus unseren Erfahrungen und aus diesen Kämpfen gab es reichlich Stoff, Neues zu entwickeln.

Wir sind davon ausgegangen, daß es möglich wäre, daß wir – also alle, die auf eine revolutionäre Entwicklung aus sind – uns die wichtige Anstöße, die aus diesen Kämpfen gekommen sind, aneignen und so die gemachten Erfahrungen weiterentwickeln können. In der Diskussion um die IWF-Tagung '88 in Berlin ging es schon darum, über die Parole »IWF zerschlagen!« hinauszukommen. Hin zu einem Kampf um konkrete Forderungen wie Schuldenstreichung oder die gerechte Verteilung der Ressourcen, die gegen das Machtgefüge des internationalen Kapitals durchgesetzt werden müssen, um den ausgepreßten Völkern Luft für die eigene Entwicklung zu schaffen. Das sind nur Beispiele und eine Richtung, woran eine Diskussion hätte weitergehen können, um Ziele bestimmen zu können. An den Erfahrungen aus dem Kampf um die Hafenstraße und aus dem Hungerstreik fanden wir zentral, daß es im »Zusammen Kämpfen« um ein ganz anderes Rangehen gehen muß und kann, als es vorher lange gelaufen ist. Nämlich wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer benutzt die gleichen Begriffe. Wer redet auch von Revolution und Umwälzung. Wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik. Und dahin zu kommen, zu sehen, wo wir uns in konkreten Zielen mit Menschen verständigen können und dabei von der Vielfalt der Erfahrungen und der Unterschiedlichkeit der Menschen auszugehen.

Diese Kämpfe haben uns gezeigt, daß Begriffe wie »revolutionär«, »reformistisch«, »Teilbereichsbewegungen« usw. überprüft werden müssen, die alle für eine bestimmte Einordnung von Initiativen und Gedanken standen, das Verhältnis untereinander bestimmten und Trennungen produzierten. Unterschiedlichkeit und Vielfalt können zu einer Stärke einer Bewegung werden, wenn niemand versucht, sie zu unterdrücken oder glattzuschleifen. In einem Prozeß, in dem alle von unterschiedlichen Erfahrungen ausgehen, sich aber alle für ein Ziel zusammenfinden, kann ein Reichtum an verschiedenen Initiativen und ein lebendiger Austausch entstehen – voneinander lernen. Wir denken, daß es ein wichtiges Kriterium für einen neuen Aufbruch hier sein wird, sich diese Erfahrungen anzueignen und in neuen Kämpfen umzusetzen. Außerdem haben diese Kämpfe im gesellschaftlichen Bewußtsein was verändert: Für weite Teile der Gesellschaft haben sie die Legitimität von entschlossenem Kampf in der Metropole für sofortige Veränderung auf den Tisch gebracht.

Trotz der weltweit verschärften Ausgangsbedingungen, und obwohl wir vor einem Berg dessen standen, was wir aus der Vergangenheit an uns selbst verändern bzw. für uns neu herausfinden wollten, sind wir reichlich zuversichtlich in die kommende Phase reingegangen. Wir haben sie als eine Übergangsphase gesehen, aus der sich eine revolutionäre Bewegung bzw., wie wir später gesagt haben, eine Gegenmacht von unten entwickeln würde.

Für uns haben wir als entscheidend angesehen, in der Zukunft vollkommen klar rüberzubringen, daß wir auf einen gemeinsamen Kampf und eine Diskussion aus sind, in denen alle unterschiedlichen und verschiedensten Initiativen ihre Wichtigkeit haben. Wir wollten, daß wir als Guerilla darin von Anfang an als ein Teil begriffen werden, unsere Praxis als eine Möglichkeit, die zur Entwicklung einer Gegenmacht beiträgt und darin ihren Sinn hat. Wir wollten von Anfang an nicht mehr diese Diskussion, was nun wichtiger sei, bewaffneter Kampf oder politische Organisierung, und wir wollten, daß sich eine gemeinsame Organisierung aus dem Bewußtsein darüber entwickelt, daß wir uns gegenseitig brauchen; eine Organisierung von gemeinsamer Diskussion und Kämpfen – von uns in der Illegalität organisierten bis hin zu Kämpfen in den Stadtteilen – und eine Entwicklung dahin, mehr und mehr zu einer gemeinsamen Bestimmung von Schritten zu kommen.

Wir haben die Resignation und die Ohnmachtsgefühle, die '89 große Teile derer erfaßt hatten, die an den Kampfprozessen vorher beteiligt waren, und die zu einem rasanten Zerfallsprozeß von Widerstandsstrukturen bzw. zu einer großen Ratlosigkeit bei vielen geführt haben, vollkommen unterschätzt. Natürlich hatten wir gesehen, daß viele von der geballten Macht, die ja absolut real war, aber auch von dem Getrommel über den »Endsieg des kapitalistischen Systems« niedergedrückt waren. Deshalb war für uns die ganze Zeit hindurch ein Aspekt und eine Hoffnung, wir könnten mit unseren Angriffen die sich ausbreitende Ohnmacht durchbrechen. Wir wollten damit auch sagen: Es geht, ihre Macht ist angreifbar; und daß es an uns liegt, sie zurückzukämpfen und dahin zu kommen, unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Schon beim Angriff auf Neusel sind wir darauf gestoßen, daß unsere Initiativen allein diese Ohnmacht nicht durchbrechen können: Wir hatten es damals als eine sehr unmittelbare Sache begriffen, die harte Haltung und das weitere Zurückdrehen der Entwicklung zurückzuschlagen, die von den Staatsapparaten auf westeuropäischer Ebene durchgesetzt werden sollte. Es war für uns eine be-

wußte Entscheidung und ein neuer Schritt, in einen Kampf einzugreifen, in dem es um die Durchsetzung einer konkreten Forderung ging (wir haben mit dem Angriff auf Neusel die Gefangenen aus Grapo/PCE(r) in Spanien in ihrem Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung unterstützt).

Wir sagen: ein neuer Schritt – denn in den Jahren nach ’77 ging es in unseren Aktionen nie um die Durchsetzung von konkreten Forderungen, sondern sie sollten sowohl eine politische Grenze gegen die imperialistische Politik setzen als auch auf Organisierung entlang der jeweiligen strategischen Linien orientieren. Wir hatten bei diesem Angriff natürlich nicht die Illusion, daß er alle Fragen, die auf dem Tisch lagen, beantworten könnte. Allerdings hatten wir die Einschätzung, daß wir in der zugespitzten Situation, nach dem Mord an José Sevillano, noch mal Raum für neue Initiativen aufmachen könnten, nachdem alles, was hier im Land dazu gelaufen war, völlig unterdrückt worden ist.

Mit dem Angriff auf Neusel als einem Verantwortlichen für die Widerstandsbekämpfung haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von Widerstandsentwicklungen und revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen. Ihr Ziel war, im Zuge des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems nun auch in Westeuropa mit jeglichem Widerstand Schluß zu machen. Wir hatten deshalb in der Erklärung gesagt, der Kampf der spanischen Gefangenen für ihre Wiederzusammenlegung ist ein Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung. Tatsache war dann, daß daran nicht viel aufgegriffen wurde, und das vorherrschende Gefühl von vielen war: Wenn wir hier im Hungerstreik ’89 nicht durchgekommen sind, wie sollen wir von hier aus mit den spanischen GenossInnen zum Durchbruch kommen.

Andere wiederum wollten uns erklären, warum der Kampf um die Wiederzusammenlegung nicht ihr Hauptpunkt gewesen ist. Nur hatten wir gar nicht die Vorstellung, daß jetzt alle ihre kontinuierlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe, wo sie jeweils dran waren, lassen sollten, um sich auf den Kampf der spanischen Gefangenen zu konzentrieren. Mit Brennpunkt hatten wir gemeint, daß es eine Bedeutung für alle hat – egal wo sie dran sind –, ob wir die Macht an diesem Punkt zurückdrängen können oder nicht. Deshalb wäre es darum gegangen, sich diesen Zusammenhang bewußt zu machen und daraus Initiativen zu entwickeln – aus der eigenen Praxis und speziellen Situation heraus.

Aus dieser Erfahrung haben wir den Schluß gezogen, daß der Prozeß, wie wir im Kampf für die Durchsetzung konkreter Ziele direkt mit anderen zusammenkommen können, eine viel genauere gemeinsame Einschätzung der Situation und überhaupt einen verbindlichen Zusammenhang mit mehr GenossInnen voraussetzt. Die, mit denen wir damals diskutiert hatten, waren alle selbst bei ihren Versuchen, eine gemeinsame Diskussion und Organisierung in ihrer Region und darüber hinaus zu führen, an die Grenze gestoßen, daß immer mehr Leute sich einfach in die Ohnmacht reinfallen ließen und kaum etwas anfingen. Also haben wir diesen Prozeß mehr und mehr als langwierige Entwicklung gesehen. Trotzdem wollten wir auch weiterhin praktisch der großdeutschen Walze was entgegensetzen. Auch wenn wir uns dabei relativ allein gesehen haben und auf einen anderen Prozeß aus waren, hatten wir Vertrauen dahingehend, daß die verschiedensten Leute aus ihrer Depression bald wieder erwachen würden. Natürlich gab es an verschiedensten Ecken Initiativen. Aber eben vieles nebeneinander her und vieles, ohne nach einer Perspektive zu suchen; sondern aus der Lebenshaltung: daß mann/frau was machen muß.

Es ist dann ’90 immer schärfer zu der reaktionären nationalistischen und rassistischen Mobilisierung gekommen, die mittlerweile schon zu vielen Toten und auf der Straße erschlagenen Flüchtlingen geführt hat. ’90, das war das Jahr der großdeutschen Jubelfeiern (auch wenn wir absolut nichts gegen Fußball haben, hat da der Sieg der deutschen Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft wie die Faust aufs Auge gepaßt und ist dazu funktionalisiert worden, hier im Bildzeitungsstil »Deutschland einig Siegervolk« zu feiern).

Am 3. Oktober dann diese Einheitsfeier und ein neuer Feiertag. In der Erklärung zum Anschlag auf Rohwedder, Treuhandchef, haben wir gesagt: »Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von allein zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele und gegen die Herrschenden führen.«

Wir hatten die Aktion bewußt gegen einen Verantwortlichen bestimmt, der nicht nur für die Entwicklung Großdeutschlands auf der politischen Ebene stand, sondern der direkt verantwortlich war für die Zurichtung der gesamten Lebensbedingungen auf kapitalistische Kriterien, für die Zerstörung der Lebens- und Existenzstrukturen der Menschen in der Ex-DDR. Wir hatten nie so ein Verhältnis zu den Menschen dort, wie es viele linke Intellektuelle aus der BRD haben, die sagen, »die wollten doch den Kapitalismus, jetzt sind sie selbst schuld, was beschweren sie sich«. Obwohl uns das damals auch schwer getroffen hat, wie wahrscheinlich alle, die hier seit Jahren gegen dieses System kämpfen oder darunter leiden, wie viele hier plötzlich fähnchenschwingend und dieses System bejubelnd angekommen sind. Aber das ist nicht der Punkt. Die meisten wußten doch gar nicht, was hier wirklich auf sie zukommt. Daß viele dem Konsum hinterhergerannt sind, kann nun wirklich keinen Intellektuellen, der wahrscheinlich mit Computer und CD-Player usw. lebt, tatsächlich so sehr empören oder von den Leuten trennen.

Wir hatten das als eine Aufgabe der revolutionären Linken in Westdeutschland begriffen, dieser Walze, die gegen die Leute dort losgerollt ist, etwas entgegenzusetzen. Denn wir hier wußten, was das bedeutet, und sie dort hatten gerade erst angefangen, ihre Erfahrungen mit diesem System zu machen.

Die Auseinandersetzung mit der neuen Situation war für uns nicht nur, daß das sozialistische Staatensystem zusammengebrochen war, sondern die BRD war ein anderes Land geworden. Es waren 18 Mio. Menschen dazugekommen, mit einer

Geschichte und Erfahrungen, die uns selbst fremd waren. Wir hatten zwar die Vorstellung, die Menschen dort mit unserer Aktion zu erreichen, aber wir haben sie von hier aus bestimmt und nicht aus einem entwickelten Verhältnis zu den Kämpfen oder ihren Forderungen dort. Damals liefen seit einiger Zeit wieder die Montagsdemonstrationen, was wir natürlich gut fanden.

Die Aktion gegen Rohwedder war unsere vorläufig letzte Aktion. Gerade an ihr ist uns deutlich geworden, daß wir den Prozeß, der hier notwendig ist, heute mit Aktionen nicht voranbringen können, auch wenn sie Verantwortliche für das weltweite, millionenfache Elend treffen. Gerade in der Ex-DDR haben sich viele Menschen über diese Aktion gefreut. Aber es reicht uns nicht aus, und es ist nicht die Perspektive revolutionärer Politik, wenn sonst daraus kaum was folgt.

Tatsächlich haben wir die, die sich in der Ex-DDR für eine andere Entwicklung organisiert haben als die vom BRD-Staat/Kapital aufgedrückte, mit einer Ebene von Kampf konfrontiert, die nicht aus ihrer Erfahrung entwickelt war. Für sie sind wir also in ihre Entwicklung wie von außen eingedrungen.

Auf verschiedene Zusammenhänge in Westdeutschland hatte die Aktion die Wirkung, ein altes Verhältnis aufrechtzuerhalten, das wir so ausdrücklich nicht mehr wollten: Wir haben nach der Aktion mitbekommen, daß sich danach verschiedene Leute überlegt haben, etwas gegen die Treuhand zu machen; z.B. wollten Leute eine Blockade vor einer Treuhandstelle machen mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen. Diese GenossInnen sind dabei gar nicht auf die Idee gekommen, eine Diskussion mit Leuten anzufangen, die von der Treuhandpolitik konkret betroffen sind und dagegen eigene Forderungen entwickelt haben. Sie waren nicht darauf aus, herauszufinden, was es an Gemeinsamkeiten gibt, um eine Grundlage zu finden, von der aus etwas Gemeinsames entwickelt werden kann. Aber genau das hätten wir richtig gefunden. Wir hatten die Entwicklung einer politischen Diskussion, einer Verständigung auch mit Leuten aus der Ex-DDR als ein Ziel, wozu die Aktion beitragen sollte.

An diesem Widerspruch ist uns deutlich geworden, daß sehr viel fehlt, auch in dem Verstehen zwischen uns und Leuten, die sich scheinbar auf uns beziehen, weil sie unsere Aktion mit einem alten Verständnis – in erster Linie das gemeinsame Angriffsziel – aufgreifen wollten. Sie hatten ganz andere Kriterien als die, die wir in den letzten Jahren entwickelt hatten. Das ist nur ein Beispiel, an dem uns später klargeworden ist, daß wir einen Schnitt brauchen, eben eine tiefgreifende Diskussion und Verständigung.

Zur Aktion gegen die US-Botschaft während des Golfkriegs: Einige haben kritisiert, diese Aktion sei von uns symbolisch bestimmt gewesen. Das stimmt so nicht. Es war eine Aktion, zu der wir uns sehr schnell entschieden haben. Wir wollten die Verbindung herstellen zu all denen, die auf der ganzen Welt gegen diesen Vernichtungskrieg gekämpft haben. Es war uns wichtig, auf die politische Verantwortung für diesen Völkermord zu zielen. Natürlich war uns klar, daß wir mit dieser Aktion auf keiner materiellen Ebene in diesen Krieg eingreifen. Mit dem Golfkrieg hat der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems in Osteuropa auf blutigste Weise gezeigt, was die »One World« des Kapitals für die Völker heißt: die Entschlossenheit, jede Regierung und jedes Volk, das sich nicht den Regeln ihrer »neuen Weltordnung« unterwirft, militärisch niederzumachen.

Wir mußten uns aus unserer speziellen Situation entscheiden: entweder nichts zu machen – was wir uns nicht vorstellen konnten – oder eine relativ schnell zu organisierende Aktion zu machen. Uns ging es darum, mit dieser Aktion das politische Kräfteverhältnis gegen den imperialistischen Krieg zu stärken. Natürlich war eine Aktion, wie auch die gesamte Mobilisierung, weit davon entfernt, diesen Völkermord zu stoppen. Aber jede/r kann sich klarmachen, daß Rühe und Kinkel heute schon wesentlich weiter damit wären, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen in die ganze Welt zu schicken, wenn es diese Mobilisierung nicht gegeben hätte.

Auch wenn der deutsche Staat große Schritte dahin gemacht hat und die Entwicklung rast – es ist das Problem dieser Linken, vieler Intellektueller und vieler, die sich revolutionär nennen, daß kaum etwas aus so einer Mobilisierung bleibt, wenig fortgesetzt wird. Statt dessen sind sich Linksintellektuelle nicht zu blöde, große Diskussionen darüber zu führen, ob es nicht verwerflich sei, wenn eine Bewegung gegen den Krieg auch dadurch entsteht, daß die Leute hier tatsächlich Angst davor haben, daß von hier aus Kriege geführt werden und sie selbst direkt davon betroffen werden. Wir finden daran jedenfalls nichts verwerflich, und aus so einer Angst vor Krieg wird eher eigenes Handeln und eine tiefe Solidarität mit Völkern, gegen die Krieg geführt wird, entstehen als aus einem intellektuellen Blick, der vorher schon immer alles weiß, über jedes menschliche Gefühl erhaben ist und aus dem nichts folgt.

Für uns hat die breite Mobilisierung gegen den Golfkrieg etwas ganz anderes vermittelt. Wir waren selbst erstaunt und überrascht darüber, daß es nach zwei Jahren deutscher Jubelfeiern und Mobilisierung für Großdeutschland eine so breite Bewegung gegen diesen imperialistischen Krieg gab. Sie war auch das Signal an die Herrschenden, daß Hunderttausende hier nicht bereit sein werden, eine zukünftige militärische Interventionspolitik Großdeutschlands zu tragen. Wir finden wichtig, auch diesen Teil der Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren – es gibt auf der einen Seite die reaktionäre Entwicklung, das Stärkerwerden der Faschisten, aber es gibt auch diese andere Seite in der Gesellschaft.

Uns ist an den Reaktionen auf die Botschaftsaktion verschiedenes deutlich geworden. Es gab natürlich Reaktionen von Leuten, an denen wir gesehen haben, daß sie uns verstanden haben; das waren oft Leute, die selbst in dieser Zeit so viel wie möglich gegen diesen Krieg gemacht haben. Aber es gab auch solche: Wir hätten gegen die Rolle der BRD in diesem Krieg zielen müssen. Gegen die USA sei eine falsche Orientierung – also war es eine Counter-Aktion. Die Aktion sei nicht effektiv gewesen, und deshalb kann sie nicht von uns kommen – sondern sie

kam vom Staatsschutz. Es sei unmöglich, daß die RAF sich auf Leute, die Blockaden gegen den Krieg gemacht haben, oder Kriegsdienstverweigerer bezieht, anstatt ausschließlich auf Revolutionäre und Antiimperialisten. Die Aktion sei eine Gefährdung der BlockiererInnen vor der US-Botschaft gewesen (obwohl wir in unserer Erklärung ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, daß es Bestandteil der Aktion war, ihre Gefährdung auszuschließen). Bei allem ist uns am meisten aufgefallen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu »verschwenden«, das, was sie von uns fordern, selbst zu machen. Zum Beispiel die, die aufgetrumpft haben, wir hätten die Rolle der BRD angreifen können – von ihren Initiativen in diese Richtung ist uns jedenfalls nichts zu Ohren gekommen.

Aber was wir sagen wollen, betrifft nicht nur diejenigen, die selbst sowieso nichts machen und sich an Initiativen von anderen selbstdarstellen und klugreden. Auch viele, die uns nah sind, waren enttäuscht über diese Aktion, weil sie sich gewünscht hatten, daß wir etwas Effektiveres machen würden. Es hat kaum einen Punkt gegeben, an dem uns deutlicher geworden ist, daß uns viele wie eine Institution begreifen. Wir denken, daß genau trifft, was Lutz Taufer[300] im Brief in der *Konkret* vom August gemeint hat: Die RAF ist zur Projektionsfläche geworden. Mit der Aktion gegen die Botschaft hatten wir die Sehnsucht vieler, daß endlich jemand was Effektives macht, enttäuscht.

Als wir Ende ’89 in die neue Phase gegangen sind, war der Ausgangspunkt, daß alle, die die Entscheidung treffen würden, bei uns zu kämpfen, auch bereit sein müßten, sich auf eine Situation, in der viele Fragen offen sind, einzulassen. Kontinuität der RAF konnte nicht mehr heißen, an den Orientierungen der vergangenen Jahre entlang die Politik zu entwickeln, sondern, entsprechend der veränderten weltweiten Situation, den Veränderungen in der Gesellschaft und den Grenzen unserer Politik der vergangenen Jahre etwas Neues zu entwickeln. Auch wenn wir heute an eine Grenze gestoßen sind, haben wir in den drei Jahren, in denen wir einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und Intervention versucht haben, für uns und die, mit denen wir zusammen waren, wichtige Erfahrungen gemacht, die für uns jetzt Grundlage sind.

Uns quält auch nicht der Gedanke, wie uns ein Genosse, der uns in der *Interim*[301] geschrieben hat, verstanden hat: Unsere Aktionen hätten nichts bewirkt. Natürlich haben sie z.B. der staatlichen Walze Grenzen gesetzt, und sie haben mit zu der Situation beigetragen, in der es möglich ist, den Staat in der Auseinandersetzung um die Freiheit der politischen Gefangenen zu zwingen, sich zu bewegen. Aber die Aktionen haben nicht alles bewirkt, worauf wir aus sind und was wir für die gesamte Situation notwendig finden. Sie standen weiterhin neben den Prozessen, die in der Gesellschaft gelaufen sind. Aktionen von uns blockieren in der jetzigen Situation durch das Konfrontationsniveau, das sie in die gesamte Auseinandersetzung hineinbringen, eine grundlegende gemeinsame Suche nach Neubestimmung mit vielen, anstatt voranzubringen.

300 Lutz Taufer kam aus der APO und ist Mitglied im SPK und im Antifolterkomitee Heidelberg gewesen. Er gehörte zu den Botschaftsbesetzern in Stockholm. Im Frühjahr 1995 wurde er entlassen.

301 Interim: wöchentliches Informationsblatt der Westberliner Autonomen.

Wesentlich ist auch, daß wir dieses Verhältnis, das wir an der Botschaftsaktion beschrieben haben, aber auch an x anderen Auseinandersetzungen beschreiben könnten, nicht durchbrechen konnten. Ein Verhältnis, in dem viele GenossInnen es an uns delegiert haben, auf einer bestimmten Konfrontationsstufe zu kämpfen wie auch, daß wir dafür zuständig sind, die Klarheiten oder, wie wir letztens wieder gehört haben, »die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft« zu entwickeln. Sie sind viel zu wenig von ihrer eigenen Verantwortung ausgegangen und davon, daß dies nur ein gemeinsamer Prozeß sein kann. Es ist genau das Verhältnis, worüber einige Gefangene in der letzten Zeit geschrieben haben: die falsche Arbeitsteilung, die sich über die letzten Jahre entwickelt hat, das falsche Verständnis, das viele über uns haben und das wir auch selbst lange aufrechterhalten hatten, die Gewöhnung vieler daran, daß es die Guerilla eben immer gibt, sie selbst die Aktionen gut oder weniger gut finden.

Wir wissen, daß es in verschiedenen Bereichen Leute gibt, die aus ihrer eigenen Verantwortung etwas aufgebaut haben. Aber es gibt nur wenige, die sich mit uns zusammen den Fragen stellten, wie wir hier zum Aufbau einer Gegenmacht von unten kommen, und die mit uns zusammen diesen Prozeß anpacken wollten.

Für uns war es nicht einfach, zu dem Entschluß zu kommen, jetzt den Einschnitt zu machen, denn wir mußten auch etwas loslassen. Während wir in den letzten Jahren immer davon ausgegangen waren, daß wir mit jeder Aktion eine Antwort auf die Situation haben, uns also im großen und ganzen in erster Linie auf uns selbst verlassen haben, haben wir mit diesem Schritt jetzt ganz entschieden eine andere Richtung eingeschlagen. Einige gefangene GenossInnen haben das so gesagt: Die RAF hat auch Verantwortung an die Linke abgegeben. Für uns bedeutet das ein Vertrauen und Einlassen auf alle die, die wie wir jetzt darangehen, aus ihren Erfahrungen die Stärken und Schwächen herauszufinden, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen. Und auf all diejenigen, die aus den neuen Bedingungen in den letzten Jahren aufgestanden sind, und die, die schon was Neues angefangen haben. Ein Vertrauen darauf, daß unser Schritt jetzt so aufgegriffen wird, daß in dem jetzt notwendigen Prozeß neue Grundlagen für den weiteren Kampf entwickelt werden. Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß.

Der Schritt vom 10.4. ist unser entschiedenster Schritt, den wir in den letzten drei Jahren hin zu dem Prozeß gemacht haben, den wir in dieser Zeit entwickeln wollten. Am 10.4. haben wir gesagt: Wir machen jetzt den Raum auf für diesen Prozeß. Das hat eine Bedeutung in zwei Richtungen. Dadurch, daß wir die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen

haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache. Sie ist Sache all derer, die auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann. Wir machen den Raum auch auf für frische Luft in den Gedanken für uns und für alle anderen auch, jetzt neue Orientierungen zu entwickeln, nichts Altes unreflektiert weiterzuziehen und sich auf alle Fragen und Diskussionen offen einzulassen.

»... Wir müssen das Soziale unter den Menschen neu herauskämpfen. Das ist keine Frage an die Macht. Von dort wird es keine gesellschaftliche Umkehr geben. An ihrem Verhältnis zu unseren Selbstorganisierungsversuchen wird sich nur zeigen, ob das Bestand haben kann, was die RAF derzeit versucht: das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges zu stellen und neu Teil des sozialen Findungsprozesses zu werden. Wenn auf der anderen Seite alles beim Alten bleibt, wird dieser Linken auch nur bleiben, sich entweder mit der Ohnmacht abzufinden oder das Ausrottungsverhältnis gegen sich anzugreifen ...« (Karl-Heinz Dellwo[302]).

Als wir am 10.4. gesagt haben, daß der Kinkel-Vorstoß im Januar »offen gemacht hat, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen«, ging es uns nicht darum, eine Binsenweisheit als neue Entwicklung zu behaupten. Viele haben uns da mißverstanden und gesagt: Das war doch schon immer so, daß der Staat neben der polizeilich-militärischen Antwort auch versucht hat, Widersprüche zu integrieren und sich auf diese Art vom Hals zu schaffen – womit sie recht haben.

Natürlich haben wir weder Kinkel noch der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« die Wandlung zu menschlichen Motiven unterstellt. Wir sehen es genau so, wie es die Gefangenen in Celle im *Konkret*-Gespräch gesagt haben: »... Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen ... ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt ...« (den Versuch der militärischen Zerschlagung draußen und mit der weißen Folter drinnen).

Soweit das in unserem Text mißverständlich war, müssen wir das klarstellen.

302 Karl-Heinz Dellwo arbeitete in Hamburg in den Komitees gegen Isolationsfolter und wurde als Besetzer in der Hamburger Eckhofstraße zu einem Jahr verurteilt. Er war Mitglied des Kommando Holger Meins und wurde nach der Stockholmer Botschaftsbesetzung am 24.April 1975 verhaftet. Nach Absitzen einer lebenslangen Freiheitsstrafe ist er im April 1995 entlassen worden.

Allerdings denken wir, daß noch viel mehr Leuten als uns bewußt geworden sein muß, daß in der ganzen Situation eine politische Brisanz steckt, die wir für unsere Seite zur Wirkung bringen können. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig darüber zu verständigen, daß sich die Ziele des Staatsschutzes natürlich nie mit unseren decken. Es ist enorm wichtig, zu sehen, daß der Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung begriffen hat, daß er sich bewegen muß, an dem er jahrzehntelang ausschließlich auf Vernichtung gesetzt hat. In der Konfrontation zwischen Gefangenen aus der Guerilla/Widerstandskämpfen und dem Staat hat er nie auf Integration gesetzt, weil sowohl in dieser wie auch in der Konfrontation Guerilla – Staat der Antagonismus der Ausgangspunkt ist.

Heute können wirklich alle, deren Sache der Kampf gegen die Folter, für die Zusammenlegung und überhaupt für das Leben der politischen Gefangenen in den letzten Jahren gewesen ist, mit dem Selbstbewußtsein an die Situation rangehen, daß die Kinkel-Initiative eine Wirkung dieses jahrelangen Kampfes ist. Das war uns am wichtigsten dabei und von Anfang an die Frage, was wir von unserer Seite aus jetzt aus dieser Situation machen.

Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist in der momentanen Phase eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates aus seinem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen, die eigene Interessen gegen die Profitinteressen des Kapitals formulieren und umsetzen, durchzusetzen. Es hängt allein davon ab, ob die Möglichkeit, die für unsere Seite in der heutigen Situation liegt, von vielen aufgegriffen wird oder nicht. Natürlich gibt es keinen Automatismus, daß aus einem punktuellen Zurückweichen dieses Staates – aus seinem Vernichtungsinteresse gegen politische Gefangene – ein generelles Zurückweichen aus dem Ausmerzverhältnis gegen Fundamentalopposition wird.

Wie sich in den letzten Wochen immer deutlicher abzeichnet, ist der Staat darauf aus, diesen Prozeß zu verschleppen und ihn zu entpolitisieren, und es ist die Frage an alle, die die Freiheit der Gefangenen wollen und die hier in der BRD überhaupt eine von unten bestimmte Entwicklung erkämpfen wollen, das nicht zuzulassen.

Im Kampf für die Freiheit der Gefangenen muß im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen, daß der Staat mit dem Ausnahmezustand von 22 Jahren Folter brechen muß. Dabei muß auch die Tatsache ins Zentrum der Auseinandersetzungen, daß es Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand überhaupt nur aus dem Grund gibt: weil der BRD-Staat nach dem Faschismus nie mit dem Vernichtungsverhältnis gegen revolutionären Widerstand gebrochen hat. Bewaffneter Kampf war immer notwendig, um gegen dieses Ausmerzverhältnis durchzukommen – wenn nichts anderes leben soll außer der vom Kapital bestimmten und durchdrungenen Wirklichkeit, dann muß die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeit von revolutionärem Widerstand bewaffnet durchgesetzt werden. Das ist

seit 22 Jahren ein wesentlicher Grund, warum immer wieder GenossInnen den Kampf in der Guerilla angefangen und ihn weiterentwickelt haben. Oder warum sich GenossInnen in ihren Kämpfen auf die Guerilla bezogen haben.

In diesen Tatsachen steckt die politische Brisanz, die die Situation seit dem 10.4. für diesen Staat hat und die von unserer Seite aus zur Wirkung gebracht werden kann. Wir haben am 10.4. eindeutige Aussagen gemacht:

1. daß wir es als Priorität sehen, den Raum aufzumachen für eine politische Diskussion und Organisierung einer Gegenmacht von unten, und

2. daß wir kein Interesse an einer Eskalation in der Auseinandersetzung mit dem Staat haben, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen.

Für uns ist das ein offensiver Schritt, weil wir mit der Gewißheit in diese Phase reingegangen sind, daß die gesamte Situation jetzt an einem Scheidepunkt ist, von dem aus nichts mehr so bleiben wird, wie es vorher war – auch wir, die RAF, nicht: Entweder wir erkämpfen in diesem Prozeß hier in der BRD einen Entwicklungsraum für eine Gegenmacht von unten, für eine politische Organisierung von Fundamentalopposition und für Basisbewegungen oder, wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht, dann wäre die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird, aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weiter Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen. Wenn viele mit dem Bewußtsein darüber in die Auseinandersetzung gehen und diese Frage, was die Antworten sein müssen, wenn der Staat das Vernichtungsinteresse aufrechterhält, nicht nur an uns, sondern genauso an sich selbst stellen, dann wird das eine scharfe politische Waffe, die wir gegen diesen Staat in der Hand haben.

Es reicht überhaupt nicht aus, jetzt zu sagen: Seht doch in Mannheim[303], da knüppeln Bullen die AntifaschistInnen nieder, die zum Schutz der Flüchtlinge vor Faschisten demonstriert haben; oder in München, da wollten sie jeden Ansatz von Diskussionen zum Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel zerschlagen. Wir sehen das und vieles mehr. Auch daß sie jetzt mit der Ankündigung der neuen Prozeßwelle gegen Christian Klar, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann und Rolf-Clemens Wagner aufgrund von Kronzeugenaussagen signalisieren, weiterhin an ihrem Vernichtungswillen festzuhalten – genauso wie sie die Isolationsbedingungen bei einzelnen Gefangenen nach dem 10.4. sogar noch verschärft haben. Sie verschleppen den Prozeß von Freiheit der Gefangenen, indem sie Bernd Rössner immer noch nicht rausgelassen haben. Und sie üben Druck auf die Gefangenen aus, sich selbst und die Geschichte zu verleugnen. Wenn der Staat bei diesem Vorgehen bleibt, muß er wissen, daß er die Verantwortung dafür hat, daß sich das Konfrontationsverhältnis wieder verschärfen wird.

303 In Mannheim-Schönau belagerte am »Vatertag« 1992 eine größtenteils besoffene Männerhorde aus rassistischen Beweggründen das dortige Flüchtligsheim, nachdem das Gerücht verbreitet worden war, daß ein Afrikaner eine sechzehnjährige Schönauerin vergewaltigt hätte.

Auf der anderen Seite ist die Frage, was bisher von unserer Seite her geschehen ist. Zu der Demo in Bonn für die Freiheit der Gefangenen sind 2 000 Menschen hingegangen. Es gibt Diskussionspapiere, in denen die Aussage kritisiert wird, daß sich mit der Freiheit der politischen Gefangenen die gesamten Bedingungen für Fundamentalopposition verbessern werden. Tatsächlich können sowohl die Freiheit der Gefangenen als auch verbesserte Ausgangsbedingungen nur erreicht werden, wenn sich jetzt viele aus verschiedenen Kämpfen in diese Auseinandersetzung einschalten.

Nach dem Bulleneinsatz in München war von einem (oft ziemlich fürchterlichen) Kabarettisten im Fernsehen zu hören: Dieses Verhältnis vom Staat gegen Widerstand ist der Grund dafür, daß es Gruppen wie die RAF in der BRD gibt. Er bringt damit mehr politische Schärfe in die öffentliche Auseinandersetzung als viele GenossInnen, die sich und andere immer wieder nur vor Augen halten, warum dieser Staat gerade auf dem Weg zur Großmacht so gegen Widerstand vorgeht. Wenn es dabei stehen bleibt, dann wird es unmöglich, sich die Frage zu stellen, wie wir den Staat zum Zurückweichen zwingen. Dann bleibt der Widerstand in der Logik der Herrschenden gefangen, denn wir haben kein einziges Ziel, das nicht gegen diese Logik erkämpft werden muß. Natürlich können wir diese Haltung vieler GenossInnen nachvollziehen, weil sie uns nicht fremd ist, aber wir kritisieren sie, weil sie zu nichts führen wird und die Frage danach, was wir erreichen können, gar nicht stellt.

Eine andere Haltung, die wir nur kritisieren können, kam in dem Gespräch mit den Gefangenen in Celle von Thomas Ebermann und Hermann Gremliza rüber: die Haltung, die den Gefangenen und uns jetzt rät, von Niederlage und Sinnlosigkeit zu reden, damit die Gefangenen überhaupt eine Chance hätten, aus dem Knast zu kommen. Und die somit die Frage, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, auf einen Deal zwischen dem Staat auf der einen und den Gefangenen und der RAF auf der anderen Seite reduziert.

Im Gegenteil: Wir denken, daß es große Bedeutung hat, daß sowohl die Forderung nach der Freiheit der Gefangenen als auch die ganze politische Dimension, die mit dieser Frage verbunden ist, nämlich ob der Staat zurückweicht oder nicht, eben nicht nur im »Szeneghetto« bleibt (und auf der Gegenseite in den Staatsschutzgremien), sondern in der Mobilisierung für die Freiheit sehr breit in der Gesellschaft auf den Tisch gebracht wird. Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10.4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.

Wir haben gesagt, daß wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen werden, wenn der Staat den Prozeß, den wir jetzt wollen, plattmachen will. Wir denken nicht, daß immer, wenn sie massiv gegen Leute vorgehen und versuchen, Prozes-

se zu verhindern, von uns die richtige Antwort wäre, auf unserer Seite mit bewaffneten Aktionen zu eskalieren.

Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert, die auch dieser repressiven Walze Grenzen setzt und sie zurückdrängt.

Wenn sich abzeichnen sollte, daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich so was organisieren kann, bzw. wenn sie vorhaben, schon erkämpfte Räume plattzuwalzen, wird es notwendig sein, diesen Staat zurückzukämpfen. Unsere Entscheidung, an so einem Punkt zu intervenieren, werden wir aus der Diskussion derer, die sich in den Prozeß reinstellen, treffen. Sie wird sich daran orientieren, ob es für diesen Prozeß sinnvoll und notwendig ist. Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Sie können unsere Erfahrungen aus 22 Jahren bewaffnetem Kampf nicht mehr auslöschen.

Was die Herrschenden heute als den Sieg des Kapitalismus bezeichnen, hat in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert. Die Einbindung des Südens in das Weltmarktsystem hat den Völkern im Trikont bei explodierender Verschuldung und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen massenhafte Verelendung und millionenfachen Hungertod gebracht. Nachdem der Imperialismus jahrhundertelang jede eigenständige Entwicklung im Trikont verhindern und zerstören wollte, um die Menschen bis auf das Blut auszusaugen, sind heute ganze Völker für den Weltmarkt nutzlos geworden. Das sind die allein seit '91 über 50 000 Verhungerten in Somalia, und »weitere 1,5 Millionen Somalis sind praktisch zum Hungertod verurteilt« (UNO); das sind die von Todesschwadronen ermordeten Straßenkinder in Brasilien; das sind die Millionen vertriebener Menschen, die selbst aus Slums zwangsgeräumt werden; und heute breiten sich selbst Armutsseuchen wie die Cholera wieder aus. Vor diesem weltweiten Hintergrund ist es für Konzerne wie VW möglich, auf einen Streik mit der Entlassung von 15 000 Streikenden zu antworten, wie vor kurzem in Mexico.

In der Vorstellung der Imperialisten bleibt heute ganzen Völkern keine andere Möglichkeit, als sich hinzulegen und zu sterben. Diese »Perspektive« haben nun auch die Völker im Osten vor sich. Die Krise hat längst auch die Kernstaaten des Kapitalismus erfaßt. Die Zahl der Menschen in den Metropolen, die der Kapitalismus nicht mehr braucht, die Zahl der Ausgegrenzten explodiert, die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß. Heute gibt es die »3. Welt in der ersten Welt«.

Der scheinbare Sieg des kapitalistischen Marktsystems, die globale Herrschaft des Geldes, ist unumkehrbar mit seiner umfassenden Krise zuvor nie dagewesenen

Ausmaßes verknüpft. Sie können den Widerspruch, der zwischen der Konkurrenz der Ökonomien, der Logik des Kapitalsystems und der Weltarmut und der weltweiten Vernichtung der Natur aufbricht, nicht lösen. Es ist ein Antagonismus. Die Vernichtung von Lebensmitteln in der EG zur Preisstabilisierung (!) bei gleichzeitigem Verhungern von Mio. Menschen im Süden und der Verschärfung der Lebenssituation im Osten spricht für sich. Selbst wenn das Kapitalsystem wollte, könnte es die existentiellen Probleme der Weltbevölkerung nicht lösen – Lösungen sind nur außerhalb der Kapitallogik möglich. Natürlich wird ihre Vorstellung, daß sich die Menschen im Süden und im Osten hinlegen und sterben, nicht aufgehen, denn die Hungernden und Entwürdigten halten sich nicht an die Gesetze der Weltmarktstrategen, die ihren Tod vorgesehen haben. Weltweit werden Kämpfe von Unterdrückten und Ausgegrenzten geführt, um sich die Bestimmung über ihr Leben zurückzuerobern. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, die das Kapital kaum noch kontrollieren kann, bewegen sich in zunehmendem Maße auf die Metropolen zu.

Auch wenn wir heute sagen können, daß in dieser gesamten Entwicklung für den Imperialismus die Gefahr des Kollaps selbst seiner Kernstaaten liegt, bedeutet das keinesfalls aus sich heraus einen Fortschritt für die Menschen. Die Herrschenden sind heute schon nicht mehr in der Lage, die alte Funktionsweise des imperialistischen Systems aufrechterzuhalten, in der die befriedeten Metropolen das relativ ruhige Hinterland für die Kriegsführung und Ausplünderung im Trikont sein sollten. Das drückt sich immer schärfer in ihrem Verlust der Integrationskraft ganzer Bevölkerungsteile aus, was in den USA, aber auch in der Ex-DDR, Frankreich oder Großbritannien am stärksten sichtbar ist. Die Aufstände in den Ghettos von Los Angeles[304], Paris und mehreren Städten in Großbritannien sind erst die Ankündigung dessen, was morgen in ganz anderer Dimension Realität in den Metropolen sein wird. Aber auch hier hat es lange nicht mehr so viele Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das ständige Zurückrollen von ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften der Menschen gegeben wie in den letzten zwei Jahren (Karenztage, rapide steigende Mieten vor allem in Ostdeutschland, Werksschließungen, Kürzungen im sozialen Bereich, ÖTV-Streik). Doch die Kämpfe sind nur die eine Seite. Die Explosion der Gewalt und Brutalität jedes gegen jeden und die Selbstzerstörung in der Gesellschaft die andere.

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. In Jugoslawien ist der Aufteilungskampf um Ressourcen, der Konkurrenzkampf um eine Chance für die Anbindung an den kapitalitischen Weltmarkt zum blutigen Nationalitätenkrieg eskaliert. Das Elend der Menschen ist maßlos. Eine Lösung ist in den Kategorien dieses Systems nicht möglich. Die Politik der EG wie auch der Nato gegenüber diesem Krieg hat

304 In Los Angeles kam es im Mai 1992 zu tagelangen Riots, die sich auf die gesamten USA ausdehnten, nachdem ein US-Gericht Polizisten freigesprochen hatte, die vor laufender Kamera den Schwarzen Rodney King zusammengeschlagen hatten. Die Regierung setzte die Nationalgarde ein. In England und Frankreich kam es ebenfalls zu Aufständen.

selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung. Für die Herrschenden ist es die Hauptfrage, die Entwicklung im Zaum zu halten, um eine Dynamik zu verhindern, in der sie ihnen ganz aus der Hand gleitet. Das herausragende Interesse des deutschen Staates ist es, aus diesem Krieg die Rechtfertigung für militärische Einsätze der Bundeswehr zu ziehen und sowohl hier im Innern eine Legitimation dafür durchzusetzen als auch in der internationalen Arbeitsteilung in konkreten Vereinbarungen auf den Weg zu bringen. Sie machen sich das Elend der jugoslawischen Völker zunutze, um das, was sie mit dem Golf-Krieg begonnen haben, weiterzuentwickeln und festzuklopfen. Es geht ihnen um die Frage »des Weltgewaltmonopols der UNO« (Engholm[305]), nachdem die UNO von den reichen kapitalistischen Staaten beherrscht ist.

In der BRD sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Hochtechnologisierung immer mehr Menschen arbeitslos macht und für die, die sie noch brauchen, die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher macht. Während die permanente Steigerung der Produktivität den Eliten weiterhin hohe Profitraten garantiert, hat sich der Druck auf die Arbeitenden gesteigert. Sie sind nicht nur SklavInnen der Maschinen und Computer. Es steigt der Zwang zu mehr Leistung, zur Flexibilität – das heißt die Bereitschaft dazu, alle Lebenszusammenhänge dem Funktionieren im Job unterzuordnen – in der ehemaligen DDR wurden Frauen sogar dazu gezwungen, sich sterilisieren zu lassen, um überhaupt Arbeit zu bekommen.

Der Druck, nicht krank zu werden, um nicht herausgekickt zu werden. So werden viele ausgelaugt und krank gemacht. Hier werden die Bereiche des Dienstleistungssektors, die am wenigsten mit der elementaren Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu tun haben, immer weiter aufgebläht. Dies und die sinnlose Steigerung der Warenproduktion dienen einzig den Profitinteressen und zerstören die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschen selbst.

Obwohl die BRD eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es hier heute wachsende Wohnungsnot, Mieten, die einen hohen Teil der Löhne fressen, und ca. eine Million Obdachlose. Immer mehr leben von Sozialhilfe, und selbst der Staat muß heute die Existenz von Altersarmut zugeben. Auch in der Metropole können immer weniger an dem »verrückten Wettlauf der Menschen untereinander« – wie Fidel Castro den Konkurrenzkampf und den Run auf Konsum nennt – teilnehmen. In immer mehr Lebensbereichen brechen die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der von der Verwertungs- und Profitlogik bestimmten Realität auf.

Besonders in der ehemaligen DDR haben sich die Lebensbedingungen drastisch verschärft. »Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb der Kriegs- oder Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist«, steht im Weißbuch »Unfrieden in Deutschland«; seine Verfasser in der ehemaligen DDR werteten 5 000 Briefe aus. Drei davon waren positiv. Eine Umfrage dort hat ergeben, daß 60 Prozent der Bevölkerung in der Ex-DDR den Sozialismus grundsätzlich für die gerechtere Gesellschaftsordnung halten. Die große Mehrheit würde sich heute für eine andere gesellschaftliche Entwicklung entscheiden, die weder das alte DDR-System noch das Kapitalsystem ist. Eine Jugendliche in einem Fernsehinterview: »Die Menschen in der DDR waren weniger von der Ideologie der SED und Stasi besetzt als die Menschen im Westen vom Geld.«

305 Björn Engholm (SPD): Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, wegen der Barschelaffäre zurückgetreten.

Insgesamt ist die Zahl derer, die noch eine Lösung der existentiellen Probleme vom Staat erwarten, rapide gesunken. Aber die Verschärfung der Widersprüche führt nicht automatisch zu Solidarisierung und Organisierung, denn Vereinzelung, Einsamkeit und Konkurrenz – die Zerstörung des Sozialen in den Beziehungen der Menschen untereinander – sind die gesellschaftliche Normalität, die das System durchgesetzt hat. Der Kapitalismus hat die sozialen Werte durch das Streben nach Profit, dem Geld als höchstem Wert ersetzt. Alles soll käuflich, jedes Problem mit Geld zu lösen und jedes Bedürfnis mit irgendwelchen Waren zu befriedigen sein. Das ist die Ideologie des Kapitals, eine Grundvoraussetzung für den Bestand dieses Systems. Ihr Verhältnis gegenüber denen, die da rausbrechen wollen und sich für eine andere Wirklichkeit organisieren, ist entsprechend: niederknüppeln, einsperren, ausmerzen.

Heute, wo viele Existenzängste haben, hat die Zerstörung des Sozialen in der Gesellschaft eine neue Dimension bekommen: die Explosion der Selbstzerstörung, der Gewalt der Menschen untereinander. Aus der mangelnden Hoffnung und der Vorstellungslosigkeit, wie es zu positiven Veränderungen kommen kann, flüchten sich mehr und mehr in Alkohol und Drogen, und die Selbstmordrate steigt. Der Frust, die Angst und die Aggression werden gegen sich selbst gerichtet oder gegen andere, die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch weiter unten sind. Das sind die Nazis gegen die Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität, Schwule und Lesben, die steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Medienhetze gegen Flüchtlinge und das Niederknüppeln von AntifaschistInnen auf den Straßen zeigen deutlich das Interesse von Staat und Kapital, die wachsende Unzufriedenheit in eine rassistische und reaktionäre Mobilisierung zu kanalisieren. Dagegen ist die Möglichkeit, im Aufbau solidarischer Beziehungen und selbstbestimmter Organisierung von unten – also aus der alltäglichen Lebensrealität der Menschen heraus – sinnvolle und gerechte Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen, noch schwach sichtbar.

Trotzdem können wir heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre, an denen sich immer wieder weit mehr Menschen beteiligt haben, als in linken Zusammenhängen organisiert waren, im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben. Das ist z.B. an der Nichtakzeptanz menschen- und naturverachtender Technologien wie Gentechnologie und Atomenergie, an der Sympathie und Unterstützung für Hausbesetzungen in verschiedenen Städten, an

Kriegsdienstverweigerungen, an der breiten Mobilisierung gegen den IWF ’88, den Demonstrationen Hunderttausender gegen den Golf-Krieg oder den 25 000 auf der Demo gegen den WWG sichtbar. Diese Spur und die Tatsache, daß wir 22 Jahre gezeigt haben, der Angriff gegen dieses System ist möglich und steht ungebrochen gegen alle Versuche des Staates, alles, was für ein anderes Leben kämpft, auszulöschen, sind Grundlagen, von denen aus wir jetzt das Neue herausfinden können.

Es geht uns um einen Prozeß, in dem es gelingt, reale Gegenmacht aufzubauen. Die globale Situation wie auch die Entwicklung des BRD-Staates und die in der Gesellschaft drängen nach einer Kraft, die gegen die Zerstörungsprozesse sinnvolle Lösungen durchsetzt. Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen »das Neue« wächst – radikal für das Leben und an den konkreten Fragen gemeinsam nach Lösungen suchend –, die Alternative zum System lebt. Es kann also nur ein Prozeß von Organisierung in den verschiedensten Formen sein, der den heute vereinzelten und zersplitterten Kräften, die an den verschiedensten Punkten auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, das Zusammenwirken ermöglicht und zu einer Machtposition gegenüber den Herrschenden wächst. Denn Lösungen, die sich an Mensch und Natur statt am Profit orientieren, wird es von der Macht nicht geben. Es sind Prozesse, in denen die Herrschenden zurückgedrängt und dazu gezwungen werden, Lösungen von unten zuzulassen.

Heute ist es hier an vielen Punkten so, daß Menschen, die ihre Lebenssituation an einem Punkt nicht mehr ertragen wollen und können, sofort darauf prallen, daß es die gesamte Organisation des kapitalistischen Systems ist, aus der die eigene Situation unerträglich wird. Zum Beispiel wenn sich Leute gegen den ständig anwachsenden Verkehr zur Wehr setzen, wie in der Stresemannstraße in Hamburg,[306] stoßen sie darauf, daß die kapitalistische Organisation mit der Ausrichtung auf Profit kaum einen Raum für sie läßt. Die Frage liegt auf der Hand, für wessen Interesse der Transportverkehr ins Unermeßliche steigt. Die Interessen des Kapitals stehen dem Bedürfnis der Leute nach einer lebenswerten Umgebung, in der Kinder nicht von LKWs überfahren werden, wenn sie vor die Haustür gehen, entgegen. Und der Wahnsinn des steigenden Transportverkehrs.

Ein anderes Beispiel: In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung aus der Bevölkerung eines Stadtteils gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z.B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können; daran, daß die Ursache für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt. Dann hätte es die Auseinandersetzung daran geben können, wie sie sich zusammen den Raum für das Leben erkämpfen können.

306 Im September und August 1991 blockierten AnwohnerInnen der Hamburger Stresemannstraße mehrere Wochen immer wieder ihre Straße, nachdem ein Mädchen von einem Auto überfahren worden war. Der Protest war schließlich erfolgreich und führte zur Einführung von Tempo 30 und Busspuren auf einem kurzen Teilstück der Staße.

Natürlich finden wir die Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und das Zurückdrängen der Faschisten absolut notwendig. Aber das Beispiel zeigt auch, daß das nicht reicht und der Prozeß, den wir jetzt brauchen, nicht in der Abgeschiedenheit von »Szeneghettos« stattfinden kann.

Die Zerstörung des Sozialen ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems. Eine Gegenmacht von unten wird es nur geben, wenn sie Alternativen zum herrschenden Normalzustand in dieser Gesellschaft und zum System überhaupt bietet. Das heißt wesentlich: Der Zerstörung des Sozialen, der Entfremdung und dem Jeder-gegen-Jeden eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen – das nennen wir soziale Aneignungsprozesse. Daraus wird Anziehungskraft entstehen, denn der Kampf um das Soziale unter den Menschen ist die spürbare Alternative zur Einsamkeit im System, zur verzweifelten Selbstzerstörung, zu den Faschisten. Er ist die Grundlage für internationalistisches Bewußtsein, der Boden, auf dem die internationale Solidarität wachsen kann.

In diesen Prozessen stellt sich die Frage nach internationalistischem Bewußtsein auch deswegen direkt und von Anfang an, weil sich die Bevölkerung hier aus Menschen der verschiedensten Nationalitäten zusammensetzt. Das eine ohne das andere, die Entwicklung sinnvoller Lösungen ohne die Entwicklung solidarischer Beziehungen der Unteren untereinander – ist nicht vorstellbar. Die Voraussetzung für die Gegenmacht von unten, für die revolutionäre Entwicklung überhaupt ist ein Bewußtsein, das immer mehr Menschen zu gemeinsamem Handeln befähigt.

In dem jetzt notwendigen Prozeß wird sich entscheiden, ob in Großdeutschland eine Gegenmacht von unten wächst und ihr Gewicht in einen neuen internationalen Umwälzungsprozeß einbringen wird oder ob es hier nichts weiter geben wird als die fortschreitende Zerstörung. So eskaliert ist die Situation: Es läuft in die eine oder in die andere Richtung, nichts wird so bleiben, wie es ist. Die Krise des Kapitals und die Krise des Proletariats brachten schon einmal den Faschismus

hervor. Es ist wichtig, die Gefahr, die in der zugespitzten Situation liegt, zu sehen. Es ist aber genauso dringend, die Möglichkeiten, die in der Situation liegen, zu begreifen. Die Beschränkung der Gedanken auf die gesamte wie auf die eigene Krise vieler Linker hat in den letzten Jahren die Stagnation gefestigt und Verantwortung jeder/s einzelnen für die Entwicklung unserer Seite in den Hintergrund gedrängt. In vielem, was in den letzten Jahren gesagt worden ist, kam hauptsächlich rüber, andere, die mit den verschiedensten Initiativen nach Veränderungen gesucht haben, zu beurteilen und festzustellen, »daß das jetzt auch nichts bringt«, eine – trotz des Schlechtgehens der meisten dabei – bequeme Position, die außenstehend in der Beobachtersituation verharrt.

Wenn wir von der Verantwortung der Linken reden, meinen wir die Verantwortung und Initiative von jeder/m für den Prozeß. Die Gedanken und die Praxis aller sind gefragt. Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich. Es ist ein Prozeß des Sich-Findens auf neuer Grundlage und in allen Auseinandersetzungen. Der Diskussion, die wir jetzt wollen, geht es um ein Herausfinden neuer Gedanken für den Umwälzungsprozeß.

Die gesellschaftliche Alternative wollen wir finden und zusammen erkämpfen, sonst wird die reaktionäre Seite in der Gesellschaft weiter erstarken. Reaktionäre und rassistische Mobilisierung im Inneren, in der das Soziale unter den Menschen abgetötet ist, ist für den deutschen Staat – der im Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals die Führung in der Welt anstrebt – Voraussetzung, die Vernichtungspolitik gegen die Völker weiter zu eskalieren. Es ist die Voraussetzung für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, auf den sie jetzt zusteuern. Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung der Linken in diesem Land, die Gegenmacht aufzubauen, die in der Lage ist, auch das zu verhindern.

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Anschlag auf den Knast Weiterstadt

Erklärung vom 30. März 1993

Es hat sich nichts daran geändert, daß wir den Einschnitt in unsere Geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen. Denn wir sind auf einen Prozeß aus, in dem soziale Gegenmacht von unten und daraus eine neue Vorstellung für den revolutionären Umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. Das erfordert eine Diskussion, in der sich die unterschiedlichsten Menschen finden und neue Grundlagen und gemeinsame Kriterien für diesen Prozeß schaffen. Es geht um den Aufbau einer sozialen Gegenmacht, die sich als relevante Kraft in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen Verhältnisse einbringen kann.

Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen und in diesem Prozeß auch »den ganzen alten Begriffsschrott [der Linken] abzuklopfen ...«, denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden.

Dieser Prozeß hat für uns nach wie vor die größte Priorität. Die Notwendigkeit dazu ist jeden Moment spürbar, wenn wir uns die rasante destruktive Entwicklung des kapitalistischen Systems vor Augen halten. Dieses System hat schon lange die Ausgrenzung, das materielle und soziale Elend und den Tod von Millionen Menschen im Trikont hervorgebracht. Heute ist die Entwicklung der fortschreitenden grundsätzlichen Krise dieses Systems an einem Punkt angelangt, an dem die Zerstörung der Lebensgrundlagen selbst in den Metropolen nicht mehr zu verdrängen ist und soziales und materielles Elend auch hier zur Realität von immer mehr Menschen geworden ist und viele spüren, daß die Perspektive in diesem System für sie selbst nur Hoffnungslosigkeit bedeutet. In dieser Situation hat das Fehlen einer sozial sinnvollen Alternative als gesellschaftliche Kraft katastrophale Auswirkungen.

Während der Staat die Ausbreitung und Eskalation faschistischer und rassistischer Mobilisierung in der Gesellschaft schürt und fördert und es z.B. mit seiner gezielten Hetze gegen Flüchtlinge geschafft hat, einen Großteil der aufbrechenden Widersprüche in eine reaktionäre Richtung zu kanalisieren, ist die Situation auf unserer Seite nach wie vor von Vereinzelung und Desorganisation geprägt.

Im August letzten Jahres haben wir einen Text geschrieben, in dem es uns um die Reflexion unserer Geschichte geht und wir gleichzeitig Kriterien und Überlegungen für die Zukunft angerissen haben; Gedanken, die sich aus unserer Auseinandersetzung in den letzten Jahren entwickelt haben. Diese Gedanken sind für uns Ausgangspunkt in der Diskussion, die wir führen wollen. Natürlich sind neue Fragen und Überlegungen dazugekommen. Auch wenn wir nicht viel Resonanz auf unser Papier bekommen haben, ist es unser Bedürfnis, die Diskussion weiter und genauer zu entwickeln.

Aus Teilen der Frauenbewegung gab es die Kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre Diskussionen eingegangen sind, die für Teile von ihnen in den letzten Jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die Diskussion um Rassismus. Und auch durch die sich überschlagenden Ereignisse wie z.B. in Rostock ist es für uns dringend geworden, diese Auseinandersetzung genau-

er zu führen.

Wenn wir auch nach wie vor die Verschärfung der Lebensbedingungen hier und die um sich greifende Perspektivlosigkeit vieler Menschen sowie das Fehlen der Linken als Kraft als einen Grund für den Zulauf bei den Faschisten sehen, ist es auf der anderen Seite aber auch klar, daß die Wurzeln dafür, warum sich hier in der Metropole, im neuen Großdeutschland, die Unzufriedenheit in einem solchen Ausmaß gegen Fremde entlädt, tiefer liegen. Damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. Wie ein Mosambikaner sinngemäß gesagt hat: Bei uns sind die Menschen auch arm, und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.

Die Auseinandersetzung über Rassismus wird also sicher ein wichtiger Teil beim Aufbau einer Gegenmacht von unten sein – die nicht im Ghetto bleiben oder als Abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als Frage ans eigene Bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche Entwicklung man/frau will.

Daß da in der Vergangenheit Fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-Gruppe in ihrem Buch »Geschichte, Rassismus und das Boot« so: »So selbstverständlich und geübt es scheint, heute über Rassismen, über das ›spezifisch Deutsche‹ oder über deutsche Einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre Linke in den letzten 20 Jahren darüber hinweg. ... Was in der linken Auseinandersetzung um patriarchales Verhalten unmöglich geworden ist, schien in der Frage des Deutschseins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun.«

Die Chancen, heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden, sind groß: Die Frage nach dem Aufbau einer Gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine Frage an weiße, deutsche Linke, sondern eine Frage danach, wie Menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. Und die Bevölkerung setzt sich hier aus Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten und Hautfarben zusammen.

»... der Dialog mit schwarzen Frauen muß nicht in fernen Ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den Frauen möglich, die in der BRD leben. Die Geschichte von Migrantinnen und ihr Wissen aus den Herkunftsländern ist dabei für das Begreifen internationaler Zusammenhänge so wichtig, wie ihre politischen Meinungen und Erfahrungen mit Rassismus und dem anderen Sexismus, der sie hier trifft, für das Verständnis der BRD-Gesellschaft ...« (aus: »¡basta! Frauen gegen Kolonialismus«).

»... es war die 68er-Bewegung, die das, was der Faschismus nach dem Judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die Linke, ihre Werte, Kultur und Kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in Deutschland-West. Und wenn heute eine Re-Faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen Vakuum, das diese Linke in ihrem Rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und Neusetzung von Werten und Einstellungen hinterlassen hat« (Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF).

Es ist eine Aufgabe der Linken, in ihrer Praxis neue Werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der Gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 Jahre Kolonialismus im Bewußtsein der Metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische Ideologie. Das weiße Herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 Jahren Voraussetzung für kolonialistische und imperialistische Ausbeutung der Völker im Trikont. Es ist im Bewußtsein der weißen Metropolenbevölkerung aus dieser Geschichte vorhanden und wird in Krisenzeiten von Staat und Kapital offen mobilisiert.

Rassismus heißt, Menschen in »Andersartige« und »Mehr-« und »Minderwertige« zu kategorisieren. So werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen Produktionsprozeß entweder nicht mehr gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.

Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Voraussetzung für Rassismus. Diese Zerstörung bedeutet, daß auf der Basis des kapitalistischen System, dem 24-Stunden-Alltag von Leistung und Konkurrenz, den Menschen eigene Kriterien geraubt und durch für den Kapitalismus funktionale Werte ersetzt wurden – am effektivsten in den Metropolen. Das zeigt sich z.B. am Verhältnis zu Arbeit und Leistung als Wertdefinition des Menschen: Ohne Arbeit bist du nichts ... Es ist das Verhältnis zur Zeit, wo es für die meisten Menschen zur Normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten Rhythmus und Streß das ganze Leben zu verbringen, in dem es keinen Platz für Kreativität und Lebenslust gibt.

Es zeigt sich daran, daß in diesem System alles zur Ware wird, auch das Verhältnis zur Körperlichkeit, wobei natürlich die Frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren Körper als Ware zur Schau zu tragen, die von Männern konsumiert oder eben abgelehnt wird ...

Es war und ist immer die Voraussetzung für die Herrschaft des kapitalistischen Systems über die Menschen gewesen, mit solchen Kriterien auch tausend Trennungen zwischen sie zu setzen: die Trennungen in Mehr- und Minderwertige; in Leistungsfähige und »Arbeitsscheue«; in Schwarze und Weiße; in Männer und Frauen; Alte und Junge, Kranke, Schwache, Behinderte und Starke, Gesunde; in Gescheite und »Dumme«.

Dieser Prozeß der Zerstörung hat heute eine Dimension erreicht, in der die Gesellschaft in ein inneres Um-Sich-Schlagen übergeht.

Rassistisches Bewußtsein wie überhaupt der destruktive Prozeß in der Gesellschaft kann nur in Kämpfen, in denen soziale Beziehungen und Werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgekehrt werden. Eine Perspektive revolutionärer Entwicklungen wird nur in solchen Prozessen wieder vorstellbar werden. Entweder schafft die Linke – und damit meinen wir alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann – einen neuen Aufbruch, der seine Wirkung in die Gesellschaft hat, oder der »Aufbruch« bleibt auf der rechten, faschistischen Seite.

Entweder wird von unserer Seite aus eine Basisbewegung von unten entwickelt, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist, oder die explodierenden Widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die Gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren.

Es gibt Linke, die sich mit diesen Fragen nach der gesellschaftlichen Entwicklung, wie wir und auch andere sie gestellt haben, nicht auseinandersetzen wollen, weil dies reformistisch sei. Solche Scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden Gebrauchswert für die Neubestimmung revolutionärer Politik; und auch im Festhalten und Beharren auf zeitlos alten Klarheiten wird niemand Antworten auf die sich heute stellenden Fragen finden. Die gegenseitigen Bestätigungen, daß die Revolution international sein muß, sind banal – sie nutzen niemandem, auch nicht den Völkern im Süden oder Osten.

Die wirklichen Fragen fangen danach erst an, nämlich wie hier eine soziale Gegenmacht aufgebaut werden kann, die aus den gemachten Erfahrungen und eigenen Fortschritten sich tatsächlich als relevante Kraft in die internationalen Diskussionen und Kämpfe einbringen kann. In diesem Sinne ist der Vorwurf an uns, wir würden eine Neubestimmung nicht mehr im internationalen Zusammenhang suchen, inhaltlich genauso oberflächlich, wie er absurd ist.

Das Draufstürzen auf das Bemühen anderer, um zu sehen, wie man es zerreißen kann (oder ob es besser ist, sich dranzuhängen), ist eine alte Rangehensweise der deutschen Linken. Das Positive daran, daß in den Diskussionen seit dem 10.4. letzten Jahres innerhalb der radikalen Linken zentnerweise alter Mist – wie Konkurrenz und Abgrenzungsdenken oder verkrampftes Festhalten an alten Rangehensweisen – Hochkonjunktur erlebt hat, ist, daß er, so offen, wie er nun dasteht, auch endlich überwunden werden kann.

Die Voraussetzung für die Neubestimmung revolutionärer Politik ist, daß jetzt die Leute zusammenkommen, sich organisieren und handeln, die voneinander wirklich was wissen wollen und neue Gedanken zulassen und entwickeln wollen.

Seitdem wir vor einem Jahr die Eskalation von unserer Seite aus zurückgenommen haben, hat der Staat die Verfolgung fortschrittlicher Menschen, die politische GegnerInnen dieses Systems sind, teilweise noch verschärft: Versuche, aus der Vereinzelung heraus Räume für eine andere Entwicklung zu erkämpfen, werden nach wie vor niedergemacht. Herausragendes Beispiel war der Versuch, den Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München von vorneherein zu verhindern, eine internationale Diskussion unmöglich zu machen sowie die Einkesselung der Demonstration.

Die antifaschistische Organisierung wird kriminalisiert und antifaschistische Demonstrationen wie in Mannheim im Sommer letzten Jahres niedergeprügelt.

Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen dem Niedermachen von selbstbestimmten Ansätzen, der Verfolgung und Einknastung von Antifas und der stärker werdenden faschistischen Mobilisierung.

Die Herrschenden wissen, daß alle Maßnahmen, zu denen sie aus der Krise gezwungen sind, die Widersprüche im Inneren verschärfen werden – Sozialabbau, steigende Wohnungsnot, steigende Arbeitslosigkeit, Stahlkrise, Krise in der Autoindustrie ... – Reuter, Chef von Daimler Benz, geht laut *Spiegel* von 30 bis 50 Jahren Krise aus –, das alles soll auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Gleichzeitig muß der Staat eine irgendwie geartete Mobilisierung für Großdeutschland hinkriegen. Wenn z.B. militärische Einsätze der Bundeswehr zwar unter der Hand immer wieder gelaufen sind – wie im Krieg gegen den Irak und gegen das kurdische Volk –, so geht es dem großdeutschen Staat perspektivisch doch um eine andere Dimension und um eine größere Akzeptanz auch hier im Innern für Deutschland als Militärmacht – da bleibt nicht viel anderes als eine rassistische, weiße Mobilisierung der »deutschen Staatsbürger« in dem einen Boot, was diese Gesellschaft im herrschenden kapitalistischen Interesse noch zusammenhalten könnte.

Während sie auf der einen Seite also rassistische Ausländer- und Asylgesetze[307] verabschieden und Flüchtlinge hier zu »dem Problem der Deutschen« ganz gezielt in die Köpfe der Leute gepuscht haben und damit die faschistische Mobilisierung überhaupt in diesem Ausmaß auf den Plan gerufen haben, übernehmen sie auf der anderen Seite gleichzeitig die Schirmherrschaft von Demonstrationen gegen Fremdenhaß,[308] wie in Berlin Ende letzten Jahres. So soll auch noch die Empörung vieler Menschen gegen die faschistischen Schläger und Mörder für diesen Staat kanalisiert und funktionalisiert werden, um zu verhindern, daß sich aus dieser Empörung eine Bewegung von internationaler Solidarität der Unterdrückten gegen die Herrschenden und ihre faschistischen Schläger entwickelt, wurde wochenlang durch die Medien gepeitscht: Es ginge um Gewalt, Gewalt von links wie Gewalt von rechts. Während hier täglich ausländische, behinderte und obdachlose Menschen angegriffen werden und es allein ’91 dabei 17 Tote gegeben hat, stellte Kohl sich hin und redete von Extremismus von links und von rechts, der bekämpft werden muß.

Der Jubel der Herrschenden über den Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und über den »großen Sieg« des kapitalistischen Systems ist schon seit einiger Zeit verstummt – diese Entwicklung hat das kapitalistische System in seine größte Krise gestürzt. Die Herrschenden haben keine Antworten auf diese Krise – was nicht heißt, daß sie nicht trotzdem mit menschenverachtenden Planungen und Maßnahmen versuchen, die Situation da, wo sie noch können, zu regulieren. Es scheint, daß die einzige Linie, die sie klarhaben, die Bekämpfung der Linken ist. Da sollen alle niedergemacht werden, die auf eine antifaschistische und antirassistische Mobilisierung von unten und gegen die herrschenden Interessen aus sind. Verhindern wollen sie Ansätze, wo Menschen sich für ein von unten bestimmtes solidarisches Lösen der Probleme organisieren. Darüber hinaus führt der Staat einen Rachefeldzug gegen die alten Kommunisten und Antifaschisten,

307 Ab 1990 begannen die Bundesregierung und die Landesregierungen eine neue Diskussion über die Einschränkung des Asylrechtes. Der Anlaß war, daß SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine eine Grundgesetzänderung als vorstellbar bezeichnete. Bisher waren alle Versuche der CDU, eine Grundgesetzänderung durchzuführen, an der fehlenden Zweidrittelmehrheit gescheitert. Gleichzeitig wurde von einzelnen Landesregierungen die Abschaffung der Einzelunterbringung, die »Umwandlung« von Sozialhilfe in Sachleistungen und die Einrichtung von »Zentralen Aufnahmestellen« für Flüchtlinge zur Beschleunigung von Asylverfahren angeregt. In den nächsten Jahren übernahmen die großen Parteien die bis dato von Rechtsradikalen geführten Polemiken über »Asylmißbrauch«, »unkontrollierten Zustrom von Ausländern« und »das Boot ist voll«. Nachdem sie so das politische Klima für rassistische Pogrome herbeigeführt hatten, bewerteten sie diese Pogrome (Hoyerswerda, Rostock, Mannheim) folgerichtig wiederum als Argument für die Einschränkung des Asylrechtes. Die Grundgesetzänderung wurde schließlich am 26. Mai 1993 mit 563 gegen 123 Stimmen im Bundestag beschlossen. Vorher hatten Tausende Demonstrantinnen und Demonstranten versucht, den Bundestag zu blockieren.

308 Nachdem es, aufgrund der rassistischen Angriffen in Deutschland, internationale Verunsicherung gab und zum Beispiel japanische Unternehmen öffentlich Investitionen in Deutschland in Frage stellten, versuchten die staatstragenden Parteien, sich an die antifaschistischen Proteste anzuhängen, während sie gleichzeitig die Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl in Bonn betrieben. In der Vorbereitung der antirassistischen Demonstration am 8.November in Berlin kam es deswegen zu einer Spaltung. Das Neue Forum, die PDS und antirassistische und antifaschistische Gruppen mobilisierten unabhängig von CDU, SPD und GRÜNEN, um die Unschuldsdemonstration der Regierung in einen Protest gegen die Abschaffung des Asylrechtes umzuwandeln. Auf der gemeinsamen Abschlußkundgebung dominierten Transparente, welche die staatliche Heuchelei und die geplante Grundgesetzänderung thematisierten, der Bundespräsident von Weizsäcker wurde mit Obst beworfen, die Lautsprecherübertragung unterbrochen und weitere Staatsvertreter am Reden gehindert.

was sich exemplarisch an dem Prozeß und der Einknastung von Gerhard Bögelein[309] gezeigt hat, bis sie ihn kurz vor seinem Tod rauslassen mußten.

Alles, was an Widerstandserfahrungen in diesem Jahrhundert entwickelt worden ist, soll ausgemerzt werden. Und genau diese Haltung zeigt sich auch in dem Umgehen des Staates mit unseren gefangenen GenossInnen.

Wir sind oft kritisiert worden, daß wir in der Erklärung vom April letzten Jahres unsere Entscheidung zur Zäsur mit der Situation der Gefangenen bzw. überhaupt mit dem staatlichen Vernichtungswillen verknüpft hätten.

Wir haben jedoch den Einschnitt in unsere Geschichte immer mit der Notwendigkeit begründet, neue Grundlagen zu entwickeln, und gesagt, daß diese Notwendigkeit unabhängig vom staatlichen Handeln existiert. Aber uns war auch von Anfang an dabei bewußt, daß unklar ist, wie der Staat reagiert, wenn wir den Druck von unserer Seite aus wegnehmen, und deshalb haben wir uns mit der Drohung die Möglichkeit offengehalten, da zu intervenieren, wo es notwendig ist, dem staatlichen Ausmerzverhältnis Grenzen zu setzen. Im August '92 haben wir geschrieben:

»Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen.«

Es ist Quatsch zu sagen, wir hätten damit uns bzw. die Frage der Weiterentwicklung revolutionärer Politik von der Situation der Gefangenen abhängig gemacht. Aber Tatsache ist auch, daß unser Schritt z.B. Auswirkung darauf hat, wie der Staat mit der Frage nach der Freiheit der politischen Gefangenen umgeht. Das ganze ist eine widersprüchliche Situation; damit müssen wir umgehen und uns darin bewegen können. Wir leben schließlich nicht im luftleeren Raum.

Nachdem wir den Druck von unserer Seite aus weggenommen hatten, hat sich der Staat in bezug auf die Gefangenen ein weiteres Mal für die Eskalation entschieden – das Urteil gegen Christian Klar und die neue Prozeßwelle überhaupt sollen bei vielen das Lebenslänglich zementieren; die Entscheidung, Bernd Rössner

309 Gerhard Bögelein war einer der wenigen Soldaten in der Wehrmacht, die sich weigerten, an der Erschießung von Juden und Zivilisten teilzunehmen. 1944 desertierte er zur Roten Armee und kämpfte gegen den Hitler-Faschismus. Nach 1945 arbeitete er weiter für die Roten Armee, an der Aufklärung von Kriegsverbrechen. In diesem Zusammenhang verhörte er Erich Kallmerten, der ein Geständnis ablegte, als Militärrichter der Kurlandarmee 178 Todesurteile ausgesprochen zu haben. Kallmerten wurde 1947 im Kriegsgefangenenlager Klaipeda von Unbekannten erschlagen. Die bundesdeutsche Justiz verdächtigte seit den fünfziger Jahren Bögelein und einen anderen Kameraden, den Nazi-Richter umgebracht zu haben. Die Ermittlungen führte Kurt Steckel, der selbst Richter am Volksgerichthof gewesen war. Mehrfach beantragte die bundesdeutsche Justiz – vergeblich – die Auslieferung Bögeleins aus der DDR. Unmittelbar nach dem Mauerfall ließen sie den 64jährigen in der DDR verhaften und machten ihm 1992 in Hamburg den Prozeß. Das Landgericht stützte sein Urteil in dem Indizienverfahren fast ausschließlich auf Steckels Ermittlungsakten. Der 67jährige starb im März 1993 an den Folgen seiner schweren Krankheit, die er sich während der zweijährigen Untersuchungshaft in Hamburg zugezogen hatte. Erst im Dezember 1992 gewährte ihm das Landgericht Haftverschonung, nachdem das Gericht im Mai zuvor Bögelein wegen Mordes an dem Nazirichter Erich Kallmerten zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt hatte.

nicht endgültig freizulassen; mit den letzten Ablehnungsbegründungen auf die Anträge von Gefangenen auf Freilassung ist die Staatsschutzjustiz da angekommen, sie zur psychiatrischen Untersuchung zwingen zu wollen, womit sie eingestehen sollen, ihr Kampf, ihr Aufbruch sowie ihre Gegnerschaft zum System sei Irrsinn. Die Gefangenen sollen nicht zusammengelegt werden, denn sonst könnten sie in Diskussionsprozesse und gesellschaftliche Prozesse eingreifen – und noch viel weniger sollen sie draußen sein. Sie sollen nach wie vor vernichtet werden und ihre Erfahrungen aus Kämpfen von anderen ferngehalten werden.

Es ist vollkommen klar, daß es eine politische Entscheidung des Staates erfordert, um vom Ausmerzverhältnis gegen die Gefangenen zu einem politischen Umgang mit der Gefangenenfrage zu kommen – die politische Ebene hat diese Frage aber an die Staatsschutzjustiz abgegeben, die natürlich erst recht nicht die Entscheidung trifft, zu der die Politik nicht willens ist.

Sicher liegen nach wie vor tausend Fragen auf dem Tisch, und eine solidarische Diskussion, in der aus den gemachten Erfahrungen der Kämpfe in den letzten 25 Jahren gemeinsam gelernt, Schlüsse für die Zukunft und gemeinsame Kriterien für eine neue Vorstellung für den Umwälzungsprozeß entwickelt werden können, hat noch kaum angefangen. Aber es gibt Grundsätze und Selbstverständlichkeiten, die nicht in Frage gestellt werden müssen, von denen wir einfach ausgehen: z.B. das Verhältnis zu unseren gefangenen GenossInnen und der Tatsache, daß der Staat seit 22 Jahren politische Gefangene in Isolationshaft foltert – wir kämpfen für die Freiheit dieser Gefangenen.

Wir werden nicht sagen: Wir sind jetzt auf der Suche nach einer neuen Strategie, und was mit ihnen derweil passiert, paßt jetzt nicht in unser Konzept. Wir können einen neuen Anfang, die Entwicklung neuer Vorstellungen, gar nicht losgelöst von der Frage sehen, wie die Freiheit unserer GenossInnen, die aus diesen 22 Jahren Kampf gefangengenommen wurden, erkämpft werden kann. Sie sind seit 22, 18 ... Jahren in Isolation/Kleingruppenisolation, es ist keine Frage: ALLE MÜSSEN JETZT RAUS!

Die Frage, ob die Freiheit aller politischen Gefangenen in einer gemeinsamen Anstrengung aller linken und fortschrittlichen Menschen durchgekämpft werden kann, hat aus unserer Sicht auch Bedeutung dafür, ob wir es schaffen, in dieser Phase der Neubestimmung tatsächlich eine starke und selbstbewußte Kraft, die Gegenmacht gegen die herrschenden Verhältnisse ist, aufzubauen. Wer heute schulterzuckend oder ohnmächtig akzeptiert, daß die Gefangenen weiter dieser Tortur unterworfen werden, weil er/sie denkt, daß unsere Seite dagegen zu schwach ist, wie soll er/sie darauf hoffen können, daß wir in der Lage sind, eine Kraft aufzubauen, die die gesamten Verhältnisse umwälzen kann?

Wir haben mit dem Kommando Katharina Hammerschmidt den Knast in Weiterstadt gesprengt und damit auf Jahre verhindert, daß dort Menschen eingesperrt werden. Wir wollen mit dieser Aktion zu dem politischen Druck beitragen, der die harte Haltung gegen unsere gefangenen GenossInnen aufbrechen und den Staat an dieser Frage zurückdrängen kann. Doch dafür, daß ihre Freiheit durchgesetzt werden kann, braucht es die unterschiedlichsten und vielfältigsten Initiativen von vielen. Im letzten Jahr hatten wir versucht, trotz der Zäsur politischen Druck von unserer Seite aus an dieser Frage über die Drohung zu halten. Das, was es dafür an Wirkung und Grenze hätte sein können, ist leider gerade von

GenossInnen aus dem linksradikalen Spektrum systematisch demontiert worden.

Mit unserer Aktion haben wir diesen Druck jetzt neu gesetzt und die Drohung aktualisiert. Wir denken, daß das genutzt werden kann.

»Wir fordern die Schließung des Knastes Weiterstadt! Weiterstadt ist als Abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem Gelände gebaut ...« (aus einem Diskussionspapier von Gefangenen aus Stuttgart-Stammheim, Septemper '91).

Der Weiterstädter Knast steht exemplarisch dafür, wie der Staat mit dem aufbrechenden und sich zuspitzenden Widersprüchen umgeht: gegen immer mehr Menschen Knast, Knast, Knast – und er steht als Abschiebeknast für die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik. In seiner technologischen Perfektion von Isolation und Differenzierung von gefangenen Menschen ist er Modell für Europa.

Weiterstadt war neben Berlin-Plötzensee der zweite völlig neu konzipierte Hochsicherheitsknast in der BRD. Mit Begriffen wie »Wohngruppenvollzug« wird er, mit seinem Hochsicherheitstrakt für Frauen, als das »humanste Gefängnis« in der BRD dargestellt. Hinter diesem Begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes Konzept zur Isolierung, Differenzierung und totaler Kontrolle der Gefangenen. Es ist das Prinzip von Belohnung und Bestrafung in High-Tech-Form, das die Gefangenen zur Disziplinierung und Unterwerfung zwingen und letztlich ihre »Mitarbeit«, sich selber zu brechen, erreichen soll.

Das elektronische Überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz Europa, mit dem jede Äußerung und Bewegung der Gefangenen kontrolliert werden und zur Auswertung für die psychologischen Programme benutzt werden sollte, um jede Regung von Solidarität, Freundschaft und selbstbestimmte Organisierung zerstören zu können.

»Bevor die Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die Einweisungsabteilung. Dort wird ein Psychiatriestab die einzelnen Gefangenen auf Anpassungsbereitschaft bzw. Widerstandswillen durchleuchten. Anhand der Ergebnisse wird die Aufteilung der Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen bestimmt. Die Wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. Angefangen von Unbeugsamen und Unkooperativen bis hin zu Anpassungswilligen. Das Ziel: eine ›Karriere‹ des Gefangenen durch Aufsteigen von der untersten (= Unangepaßtesten) in die höchste (= konformste) Wohngruppe« (aus: »Infoblatt der ›Bunten Hilfe‹[310] Darmstadt«).

Dazu schrieb eine der Frauen aus der Plötze, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des Wohngruppenvollzugs gekämpft haben: »Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgeschirmte Zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, wo sich die Gefangenen in der Freizeit treffen, ist verglast – kurz, die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung ...«

Mit der Lüge vom »humansten Knast« wollte die Justiz Gefangene in anderen Knästen auf deren Verlegung nach Weiterstadt einstimmen. Jahrelang sind sie auf viele Forderungen der Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim nicht eingegangen, mit dem Verweis, es gäbe '93 den Weiterstädter Knast. Was aber hat beispielsweise die Forderung nach Abbau der brutalen Betonsichtblenden in Preungesheim mit Weiterstadt zu tun? Nichts. Nicht mal die Behauptung, durch Weiterstadt (wo die Überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die Situation der Überbelegung für die Gefangenen in Preungesheim verändern, entspricht der Realität. Sie hat den propagandistischen Zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr Knäste bauen (Preungesheim soll nicht etwa geschlossen, sondern neu aufgebaut werden), mehr Haftplätze schaffen und immer mehr Menschen einsperren, was ihre Antwort auf die gesellschaftliche Entwicklung ist.

Der Bau von Knästen ist keine Lösung für die (Preungesheimer) Gefangenen. Ihre Forderungen müssen erfüllt werden – Knäste müssen abgerissen werden.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Freilassung aller HIV-Infizierten!
Freilassung aller Flüchtlinge, die in Abschiebehaft sind!
Schließung aller Isolationstrakte!
Wir grüßen alle, die in den Knästen für ihre Menschenwürde kämpfen – in Preungesgeim, Santa Fu, Plötzensee, Rheinbach, Stammheim, Straubing ...
Solidarität mit den internationalen Gefangenenkämpfen!
Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung!
Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen!
Rassistisches Bewusstsein in der Gesellschaft im Kampf für das Soziale unter den Menschen aufheben – auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, vom Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Kommando Katharina Hammerschmidt[311]

310 Die Bunte Hilfe Darmstadt ist eine Rechtshilfeorganisation, die sich seit Mitte der achtziger Jahre schwerpunkrmäßig mit dem Thema Repression beschäftigt. Sie hatte seitdem viel dafür getan, daß das Vollzugskonzept der JVA Weiterstadt in der breiten, bürgerlichen Öffentlichkeit kritisch diskutiert wurde. Die Bunte Hilfe hatte mehrere Auflagen der Broschüre »Weiterstadt – Der High-Tech-Knast« herausgegeben. Nach dem Angriff auf den Knast versuchten das BKA und verschiedene Staatsschutzschreiber in der *taz*, in *Focus* und dem *Spiegel* eine Beteiligung von Mitarbeitern der Bunten Hilfe am Angriff zu konstruieren. Es wurde behauptet, daß der VS-Spitzel Steinmetz, dem ebenfalls eine Beteiligung an dem Angriff vorgeworfen wurde, Mitglied in der Bunten Hilfe gewesen sei. Mehrmals wurden ehemalige Mitglieder der Gruppe zu Verhören mit der BAW vorgeladen. Die Bunte Hilfe schrieb dazu: »Diesen Kontakt [zu Steinmetz] jetzt herbeizukonstruieren, ist ein Versuch, den vollkommen legalen Widerstand gegen das inhumane Vollzugskonzept des Gefängnisses in Weiterstadt zu kriminalisieren.«

311 Nach Katharina Hammerschmidt wurde wegen Unterstützung für die erste Gruppe der RAF gefahndet. Sie stellte sich am 29.6.1972 in Begleitung ihres Anwaltes der deutschen Justiz, wurde verhaftet und saß in Isolationshaft. Nach starken Schmerzen und Sprechbeschwerden wurde sie vom Anstaltsarzt untersucht – angeblich ohne Befund. Weitere Untersuchungen wurden verweigert, erst nach drei Monaten und einem weiteren Hungerstreik mit entspechenden Forderungen, wurde sie schwer krank entlassen und in das Klinikum Steglitz eingeliefert und behandelt. Die Ärzte stellten dort einem Tumor fest, der nach ihrer Ansicht erkennbar und heilbar gewesen wäre. Sie starb am 29.6.1975.

P.S.: Die Behauptung, wir hätten das Leben der Wachleute und untersten Justiztypen allein aus »derzeitigen taktischen« Gründen geschützt oder sie hätten ihr Leben ausgerechnet Kinkel zu verdanken, ist natürlich eine Lüge. Die RAF hat kein Interesse daran, solche Leute zu verletzen oder zu töten. Diese Lüge liegt auf der gleichen Linie wie die Tatsache, daß die BAW die Warnplakate, mit denen wir das Gelände um den Knast weiträumig abgesperrt hatten, unter den Tisch fallen läßt – wo sie doch sonst am liebsten jede Haarnadel zur Fahndung ausstellen.

Zum Tod von Wolfgang Grams

Erklärung vom 6. Juli 1993

Die Terroraktion von BAW, BKA und VS in Bad Kleinen, ausgeführt von ihren Killertruppen der GSG 9 und MEK – die Verhaftung von Birgit Hogefeld[312] und die kaltblütige Ermordung von Wolfgang Grams[313] – haben uns tief getroffen.

Wir sind auch nach unserer einseitigen Rücknahme der Eskalation im April ’92 nicht davon ausgegangen, daß der Staatsschutzapparat aufhören würde, nach militärischen Schlägen gegen uns zu lechzen – daß ihre Linie Vernichtung ist, war auch an der neuen Eskalation ihres Terrors gegen unsere gefangenen GenossInnen offensichtlich.

Trotzdem ist es eine große Erschütterung, plötzlich in dieser Kälte und Brutalität damit konfrontiert zu sein. Auch der Gedanke, daß Wolfgang jetzt noch leben könnte, wenn diese Spezialkiller sich nicht bis ins tiefste Innerste zum Mord legitimiert und von oben gedeckt sehen würden – es ist nicht einfach, das alles gefühlsmäßig an sich heranzulassen. Sie haben eine Genossin und einen Genossen aus ihrem Lebenszusammenhang gewalttätig herausgerissen.

Wir denken vor allem an die letzten zwei Jahre, an die gemeinsame Anstrengung, die es bedeutet hat, zu der Entscheidung, einen Einschnitt in unserer Geschichte zu machen, zu kommen und uns selbst mit anderen Augen sehen zu können, uns zuzugestehen, daß wir auf der Suche sind und nicht alle Antworten parat haben.

Der Prozeß in dieser ganzen Zeit hat von allen Mut zu Kritik und Selbstkritik erfordert, was oft auch schmerzhaft war.

Es war eine große Sache für uns gewesen, unsere eigene Geschichte zu überprüfen und Fehler wie Stärken bewußt zu sehen – das hieß, uns die eigenen Erfahrungen wirklich tief aneignen zu können. In der letzten Zeit ist es daraus möglich geworden, daß sich das Gewicht in unseren Auseinandersetzungen immer mehr auf die Zukunft gerichtet hat: die Lust, Neues herauszufinden, und ein großes Bedürfnis, sich alles an Wissen über die veränderte Situation und den sich aus ihr ergebenden Möglichkeiten anzueignen, aus den Erfahrungen von anderen Kämpfen zu lernen und unsere eigenen Kriterien und Vorstellungen beim Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten anwenden und einbringen zu können.

312 Birgit Hogefeld kommt aus Wiesbaden und arbeitete dort in verschiedenen linken Initiativen, unter anderem in Solidaritätsgruppen für die politischen Gefangenen. 1984 geht sie in die Illegalität. Im Juni 1993 wird sie in Bad Kleinen verhaftet. In einem zweijährigen Prozeß wird sie zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt.

313 Wolfgang Grams kommt aus der Sozialistischen Initiative Wiesbaden. Nach dem Tod von Willy Peter Stoll wird er 1978 verhaftet und wegen Unterstützung verurteilt. 1984 geht er in die Illegalität und wird am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen erschossen.

Jetzt ist Wolfgang tot, ermordet. Wir trauern um ihn. Wir werden ihn sehr vermissen.

Seine Skepsis gegenüber vorschnellen Entscheidungen, seine Geduld, etwas auch mehr als einmal zu hinterfragen, was von allen anderen Genauigkeit in der Auseinandersetzung gefordert hat und was nicht immer bequem war – damit hat er z.B. dafür gesorgt, alle Aspekte der Situation oder der eigenen Vorstellung anzusehen und nicht nur die Aspekte wahrzunehmen, die einen selbst bestätigen. Auch das wird uns fehlen.

Wir werden die Erinnerung an ihn, unseren Genossen, der sein Leben mit aller Entschiedenheit dem Kampf um Befreiung von Unterdrückung widmete, in unseren Herzen behalten.

Am 10.4.92 haben wir die Eskalation in der Auseinandersetzung mit diesem Staat von unserer Seite aus zurückgenommen: Wir stellten die Angriffe gegen Repräsentanten von Staat und Kapital ein. Das entsprach unserem Interesse, denn wir wollten einen entschiedenen Schritt machen, um zur Neubestimmung unserer und linker Politik überhaupt zu kommen. Die Priorität der politischen Auseinandersetzung statt Eskalation der Konfrontation war notwendig. Wir haben einen Einschnitt in unserer 22jährigen Geschichte gemacht, und wir hatten die Vorstellung, daß in dieser Phase die Freiheit der politischen Gefangenen durchgesetzt werden muß und kann. Dem gegenüber jedoch stand und steht ein Staat, dessen klarste Orientierung das Ausmerzverhältnis gegenüber linker Fundamentalopposition zu sein scheint. Es hätte einer politischen Entscheidung des Staates bedurft, doch dazu ist die Elite von Staat und Wirtschaft weder willens noch in der Lage. Das beweisen sie ständig aufs neue. Politische Entscheidungen in substantiellen Fragen werden auf die Apparate von Justiz, Polizei und Militär abgeschoben und durch deren Maßnahmen ersetzt.

Der Staat hat die Rücknahme der Eskalation von unserer Seite aus sowie unsere veröffentlichte Selbstkritik als Zeichen von Schwäche genommen. Sie haben die Situation für die politischen Gefangenen nur weiter verschärft sowie eine neue Prozeßwelle gegen unsere gefangenen GenossInnen begonnen.

Die gesamte Entwicklung der letzten Jahre sowie der Staatsterror vom 27.6.93 im besonderen werden sicher mehr Menschen die Augen darüber öffnen, was in diesem Land, das in der tiefsten Krise des zusammenbrechenden kapitalistischen Systems zur Weltmacht strebt und darin immer mehr um sich schlägt, Menschenrechte bedeuten. Da, wo Menschenrechte den staatlichen Konzepten im Wege stehen, bedeuten sie nichts – genausowenig wie dort, wo sie wirtschaftlichen Interessen im Wege stehen.

Der Kapitalismus geht immer über Leichen.

Dieses System muß überwunden werden – darin werden wir unseren Weg finden, wie wir es in den Erklärungen seit dem 10.4.92 gesagt haben. Allerdings ist die Ausgangsbedingung eine neue: Wolfgang ist hingerichtet worden.

Die Herrschenden wollen die Lähmung von allen auf unserer Seite. Wir rufen alle Menschen, die dieser Terror betroffen gemacht hat, dazu auf: Geht nicht zur Tagesordnung über! Nehmt das nicht hin!

Das Schmierentheater um den Mord an Wolfgang soll zu einer Effektivierung des Apparates führen. Penner (SPD)[314] bringt es auf den Punkt, wenn er sagt:

314 Wilfried Penner war Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Vorsitzender der parlamentarischen Kontrollkomission des Bundestages und des Innenausschusses des Bundestages.

»Sowas kann ja immer mal passieren« und sich ansonsten über die schlechte Informationspolitik beschwert. Da sehnen sich einige zu Verhältnissen wie ’77 zurück, als unter SPD-Regie 1977 totale Nachrichtensperre herrschte und die Lügen schon vorher eingeübt waren. Der Skandal ist für sie, daß sie nicht in der Lage sind, sich auf eine einheitliche Lüge zu einigen. Killfahndung und den Mord an Wolfgang bezeichnen sie menschenverachtend als Panne.

Nachdem Seiters[315] rechtzeitig seinen Kopf aus der Schlinge gezogen hat, zeigt die Ernennung eines Republikaner-Sympathisanten und Möchtegern-Generals[316] zum Innenminister mehr als deutlich, wohin die Reise in Deutschland gehen soll.

23 Jahre haben gezeigt, daß weder die RAF noch Widerstand überhaupt militärisch auszulöschen sind, und das wird solange bleiben, wie Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit dieses Land und die Welt regieren.

Birgit, wir umarmen dich sehr fest!

Antwort auf die Spaltungserklärung vom 28.10.93

Erklärung vom 2. November 1993

An die Gefangenen aus der RAF, die sich dahinter gestellt haben

Für die Auseinandersetzung aller, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind

Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu »verdealen«. Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr.

Richtig ist, daß wir am 10.4.92 die Eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen Veränderungen Ende der 80er Jahre die Zentralperspektive der revolutionären Linken zusammengebrochen war und damit auch die Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD in der strategischen Vorstellung der vergangenen Epoche. Ausdruck dieser Entwicklung waren auch die Grenzen, an die wir gestoßen sind. Die gesamte Entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische Reflektion der Kämpfe der vorangegangenen Epoche, d.h. auch des Kampfes der RAF, dringend notwendig ist. Eigentlich banalste revolutionäre Selbstverständlichkeit.

In dieser Phase, in der es vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft wird. Dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

Es entspricht nicht unserer Verantwortung aus 23 Jahren Kampf der RAF, die RAF unter allen Umständen ins nächste

315 Innenminister Seiters trat am 4.7.1993 zurück. Er begründete seine Entscheidung mit der Verantwortung für »Koordinierungsmängel« bei dem Polizeieinsatz in Bad Kleinen, persönlich habe er sich aber nichts vorzuwerfen.

316 Manfred Kanther war Finanzminister in Hessen und ab 1991 Vorsitzender der hessischen CDU. Er schloß eine Koalition mit den Republikanern nicht aus. Im Juli 1993 setzte Helmut Kohl ihn als Nachfolger von Seiters ein. Noch vor dem Amtsantritt als Innenminister erklärte er seine Zustimmung zum »Großen Lauschangriff«, in seiner Amtszeit wurden mehrere Gesetzesverschärfungen durchgesetzt. Kanther setzte das PKK- Verbot durch, setzte sich für Abschiebungen in die Türkei, nach Bosnien und Albanien ein, schlug vor, den BGS an der Ostgrenze durch Bundeswehrangehörige zu verstärken.

Jahrtausend zu retten. Wir waren offen für alle möglichen Formen und Transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer Politik beteiligen, als das Beste für den zukünftigen Prozeß für die Umwälzung herausgefunden hätten. Und diese Bestimmung der Mittel und Organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen Vorstellung. Das hat nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun.

Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das Neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß.

Entsprechend war auch das, was wir in der Weiterstadt-Erklärung gesagt haben, ernst, so wie alles, was die RAF sagt, dem entspricht, was wir denken: »Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen ... , denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden.«

Wir sagen ausdrücklich: Die Gespräche, die die Celler Gefangenen mit Ströbele hatten bzw. mit I. Bubis[317] führen wollten – in dem Inhalt, wie Karl-Heinz das in der *taz* vom 1.11.93 erklärt – standen in der Tat nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Mit eurer Erklärung vom 28.10. ist ein Punkt erreicht, an dem ihr uns zwingt, zu der Geschichte zwischen der RAF und einigen Gefangenen, zu den fortlaufenden Verdrehungen und Versuchen, eine Entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich Stellung zu beziehen. Wir hätten nach dem Schlag vom 27.6.93 gegen uns mehr Zeit gewollt, um wieder in der Öffentlichkeit zu reden.

Wir mußten uns mit dem schweren Fehler, dem Kontakt mit dem VS-Spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren Zeitpunkt noch was sagen werden. In erster Linie hat uns die Verhaftung von Birgit und die Ermordung von Wolfgang getroffen. Darüber hinaus die Tatsache, daß durch den Spitzel der Staat die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen uns in der Hand hatte, so daß wir die reale Entwicklung in der Konfrontation mit dem Staat an einem existenziellen Punkt nicht richtig überblickt haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere Möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den Prozeß für Neubestimmung revolutionärer Politik einbringen können. Der 27.6. hatte für uns eine völlig neue Situation geschaffen. Dabei haben wir darauf gehofft, trotz der Widersprüche im Zusammenhang Gefangene/RAF, trotz des von einigen von euch bereits vollzogenen Bruchs, nochmal zu einer Vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. Das wollten wir in einem neuen Abschnitt, der so oder so vor

317 Christian Ströbele: Berliner Rechtsanwalt; bereits seit Mitte der 70er Jahre im Stammheimer Verfahren.
Ignatz Bubis: Vorsitzender Zentralrates der Juden in Deutschland.

uns liegt. Dieser Versuch wäre unsere Sache gewesen.

Eine Trennung von euch wollten wir nicht, obwohl einige von euch nach dem Schlag gegen uns das, was vom Staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die Hand genommen haben: den Bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. Das Gerede von der »Steinmetzschen Einheit«, »dem ideologischen Fuß des VS bei den Illegalen« bis hin zu der Unterstellung, die Celler Gefangenen, Birgit, Wolfgang und wir hätten »einen Platz im Reich« gesucht.

Seit langem sind die Äußerungen einiger von euch wie Bewegungen im Reagenzglas des Staatsschutzes. Für einige von euch scheint es schon länger Selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem Staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische Integrität abzusprechen. Genau auf so eine Haltung hat schon der ehemalige Hamburger VS-Chef Lochte gesetzt, als er nach '89 für eure Zusammenlegung eintrat. Er war davon überzeugt, daß ihr nicht mehr in der Lage wäret, mit Widersprüchen und Unterschieden umzugehen, sondern euch gegenseitig zerfleischen würdet.

Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Anschuldigungen und Gerüchte von einigen von euch gegen unsere gefangenen Genossen in Celle haben schon mal dazu geführt, daß international Gerüchte rumgingen, die Gefangenen in Celle würden mit dem VS zusammenarbeiten. Das setzt sich bis heute fort mit der Lüge in Brigittes Erklärung, die schon am 30.10. im Interview mit Ströbele offensichtlich wird: Ströbele hätte mit VS-Benz gesprochen.

Bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese Gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den Sprung aus ihrer kleinbürgerlichen Konkurrenz schaffen – dem deutschen Alltag bei GenossInnen, die sich mit ihrem ganzen Leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. Wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die RAF und Gefangene aus der RAF ein weiteres zerstrittenes Grüppchen wird, wie viele in der BRD, die nur noch gegenseitig Gift verspritzen und sich so ins politische Aus manövrieren.

Wir schreiben diesen Brief in dem Bewußtsein, daß es wichtigere Fragen aus der Situation in der BRD und international gibt, zu deren Antworten wir damit nichts beitragen können. Aber nun ist auch unsere Schmerzgrenze überschritten.

Hinter eurer Erklärung steckt miese Taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß ihr heute eine solche Initiative von Gefangenen als Deal mit dem Staat denunziert, obwohl doch einige von euch eine ganz ähnliche Initiative überlegt hatten, in der Zeit um '90 rum, als in Texten von euch von »Freunden der Vernunft« die Rede war, was sich ja auch auf Typen aus der Wirtschaft bezog. Das erfuhren wir damals viel später, sozusagen »durch Zufall«.

Ihr wolltet damals nichts anderes als Bewegung in den Prozeß bringen, in dem es euch auch um eure Freiheit ging und darum, neue Ausgangsbedingungen für euch, für uns wie für alle, die neue Bestimmungen suchten, durchzusetzen. Auch dafür sollten wir den bewaffneten Kampf zurücknehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem Zusammenhang steht.

Wir unterstellen euch nicht, daß es euch um den Deal mit dem Staat und den »Platz im Reich« ging. Ihr solltet das gegenüber Birgit, Wolfgang, den Celler Gefangenen und uns auch lassen.

Wie wir heute wissen, habt ihr das damals unterlassen wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg und weil es damals mit unseren politischen Vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre. Eure Empörung ist heuchlerisch. Was ihr heute auf dem Markt als Deal feilbietet, den Gesamtlösungsgedanken – die Illegalen eingeschlossen – kam auch von euch. Von einigen von euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht »rechtzeitig« einsehen wollten. Selbstverständlich hattet ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal Exil.

Zur Vorstellung einiger von euch gehörte auch, daß wir eine Erklärung abgeben: daß die RAF den bewaffneten Kampf einstellt. Damals hieß es: Ansonsten ist jeder Gedanke an die Freiheit der Gefangenen Illusion. Wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der Staat »Danke« sagen und sonst nichts – was dann komme, wisse niemand. Das war allerdings nie unsere Vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind, daß wir nur in einem Kampfprozeß neue Ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer Zeit bewaffnet zu intervenieren, in der die strategische Vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die Entwicklung von uns verlangt.

Ihr werft uns vor, mit unserer Drohung und der Sprengung des Weiterstädter Knastes hätten wir »die bewaffnete Aktion zur Ware gemacht«. Sind eurer Meinung nach Aktionen nur zur Begriffsbildung zulässig? Nur abstrakte Politik? Ohne jeden Gebrauchswert? Seit wann ist es eurer Meinung nach verwerflich, mit Aktionen Druck gegen den Staat auszuüben? Ihr wißt genausogut wie wir, daß die bewaffnete Aktion in ihrem politischen Inhalt stimmen muß, um Druck auf den Staat für eine Entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.

Das Verhältnis, das ihr zu revolutionärer Politik und zur bewaffneten Intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot, wie es uns vollkommen fremd ist und wie wir es von Kämpfenden auf der ganzen Welt nicht kennen.

Auch wenn ihr die Lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr. Wer die Aktion gegen den Weiterstädter Knast unpolitisch nennt, muß einen Knall haben. Ihr solltet mal inhaltlich begründen, wieso ihr mit einer Intervention nichts anfangen könnt, die einen Knast zerstört, der ein in Beton gegossenes Spiegelbild der Entwicklung ist, wie sie die Herrschenden anpeilen und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein Projekt, das für den militärischen Umgang des Staates mit den sich forcierenden Widersprüchen in dieser Metropolengesellschaft steht; gegen ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung menschlicher Identität steht. Das Wesen dieses Projekts und die Beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer Absicht verbunden, Druck gegen den Staat für eure Freiheit zu entwickeln. Wir wissen allerdings, daß es welche unter euch gibt, die schon damals diese Aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der Tatsache, daß viele Menschen – auch hier – damit etwas verbinden können. Denn das ist für euch Ausdruck von »Entpolitisierung und Anpassung«, wenn wir vielen aus dem Herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

Euer Aufschrei gegen diesen Druck auf Staat und Kapital, der ein Aspekt aus 23 Jahren bewaffneten Kampfes, aus der Entwicklung der Konfrontation Befreiung/Kapital ist, ist nur noch flache Polemik. Mit inhaltlicher, also auch politischer Auseinandersetzung und Kritik hat das nichts zu tun. Schon '77 ging es auch darum, einen Druck gegen Staat und Kapital zu schaffen, wobei ein Aspekt nur gewesen sein kann, daß die Wirtschaft

ihren Einfluß zugunsten Schleyers zur Geltung bringt. Schon damals alles zur Ware verkommen? Natürlich nicht.

Kommt jetzt nicht damit, daß der Versuch damals seine Berechtigung ausschließlich aus der zentralen Perspektive der internationalen revolutionären Bewegung hatte.

Im Fernsehinterview hast du, Irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen Stellen angeboten habt, nicht in die BRD zurückzukehren, sondern im Exil weiter politisch zu kämpfen. Von anderen aus eurem Kreis wissen wir, daß es für die gesamte Gruppe, d.h. auch für die Illegalen, darum gegangen wäre, nach der Befreiung der Gefangenen überhaupt neu herauszufinden, wie der Kampf weiter zu entwickeln ist. Alles sei offen gewesen, auch, wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. Das wäre auch in der jüngeren Vergangenheit für den gesamten politischen Zusammenhang RAF/Gefangene am besten gewesen. Wir wissen, daß die meisten von euch das nicht anders gedacht haben. Umso schlimmer, daß ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht und von Deal quatscht.

»Wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können ...« (aus einem Brief von Brigitte, Frühjahr '93). Wenn ihr denkt, daß die Existenz der RAF eurer Freiheit entgegensteht, und ihr mit der Erklärung vom 28.10. das Ziel habt, die RAF endgültig vom Hals zu haben – dann solltet ihr das auch so offen sagen. Anstatt so zu tun, als wäret ihr die Gralshüter der Option des bewaffneten Kampfes oder der revolutionären Intervention in der Metropole; und könntet den Trennungsstrich zur RAF ziehen, moralisch unbefleckt und als Opfer der angeblich verräterischen Machenschaften von uns, Birgit und den Celler Gefangenen. Wenn ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet ihr solche Schweinereien nicht nötig. Und ihr könnt es euch auch sparen, ein Verhältnis zu bewaffneten Aktionen auf uns zu projizieren, das aus der Gruselkammer kapitalistischer Warenwelt kommt und von dem IHR euch mal in eurer gesamten Politik befreien solltet: »Wenn sie (RAF) jetzt ankündigen, den Schritt vom April '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer Gefangenensituation – dann tragen wir das nicht mit« (Eva). Als wäre es unser Problem gewesen, daß wir was haben/besitzen wollten für uns. In dem Stil, die RAF – mordlüstern, wie sie ist – braucht die Gefangenen, weil – unpolitisch, wie sie ist – ihr sonst zur Entwicklung nichts einfällt.

Zur Geschichte der Beziehungen, deren Inhalt für euch zerstört ist: eure Kämpfe, die ihr in der RAF oder später als Gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. Für alle hier hatten sie eine Bedeutung in der eigenen Geschichte. Daraus ist ein Vertrauen in euch, die GenossInnen im Knast, lebendig gewesen. Eine Verbundenheit auch daraus, die gleiche existenzielle Lebensentscheidung für den Kampf um Befreiung getroffen zu haben, und die Vorstellung, dies sei eine Basis dafür, auch an unterschiedlichen Orten und in der sich immer verändernden äußeren Situation zu politischem Einverständnis über den Weg kommen zu können. Doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher Prozeß möglich, der Offenheit und Respekt zueinander voraussetzt.

Das Vertrauen dazu ist zu einigen von euch schon lange zerstört. Wir denken heute, daß es eine Illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen Zusammenhang, in dem die Grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen Machtapparat wie den BRD-Staat gemeinsam durchsetzen und einen

neuen Aufbruch schaffen. Unsere Entscheidung, zu allem, womit einige von euch gegen uns – wo sie nur konnten – gearbeitet haben, nicht öffentlich Stellung zu beziehen, war falsch. Wir haben auf die falsche Hoffnung gesetzt, die Widersprüche könnten sich im Kampfprozeß auflösen. Sie basierte auf einer falschen Rücksichtnahme auf euch als Gefangene in der Isolation und darauf, daß wir verhindern wollten, in eine sinnlose Schlammschlacht zu geraten.

Brigitte, deine Unterstellung in dieser Erklärung, unser Verhältnis zu euch sei gewesen »friß oder stirb ...« sagt viel über dich/euch, nicht über uns. Da, wo die Anschuldigung die Beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche Nähe du oder ihr zu solchen Verhältnissen hast/habt. Das ist uns schon im vergangenen Jahr schmerzlich deutlich geworden. Wir kennen diese ganzen Sprüche zur Genüge: Wenn wir an Kritik und Selbstkritik – was ihr Opportunismus und Entpolitisierung nennt – festhalten würden, dann werdet ihr uns »als Typen vom Tisch fegen«, uns und andere »links überholen«. Alle, die sich auf das beziehen könnten, was von der RAF in die Auseinandersetzung gebracht wurde, »interessieren dann nicht mehr«. Das seid ihr.

Das war der Schwerpunkt eurer Anstrengung im letzten Jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. Und die Methoden, die ihr dabei benutzt, solltet ihr dem Gegner überlassen. Ihr habt darauf gebaut, daß es in der Linken schon seine Wirkung hat, wenn die Denunziation nur oft genug wiederholt wird.

Ihr seid im gesamten vergangenen Jahr auf inhaltliche Ansätze von uns nicht inhaltlich eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen Diskussionen geführt hätte. Stattdessen habt ihr unsere gesamte Anstrengung mit eurer kleinbürgerlichen Konkurrenzscheiße und eurem Besitzverhältnis zur RAF und revolutionärer Politik in der BRD überzogen. Für manche von euch war es ausreichend, ewig alte Klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur Beantwortung der Fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden Situation hier wie international stellen.

Auch ihr hattet von einer Zäsur gesprochen, was das allerdings für euch bedeuten sollte, dazu gibt es von euch bis heute nichts Substantielles. Für uns war es aus unserem Prozeß heraus notwendig geworden, zu einem produktiven Verhältnis von Kritik und Selbstkritik zu kommen. Für die Kämpfenden auf der ganzen Welt ist das eine Lebensader – für einige von euch ist das wie das Wasser für das Feuer. Euer Bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die gefangenen Genossen in Celle, in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre einen eigenen Kopf behalten haben.

Mit Schlagwörtern wie »entpolitisiert« und »Anpassung« schützt ihr euch schon seit 1 1/2 Jahren vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Und genau das ist entpolitisiert. Ihr tragt mit der auf uns fixierten Arbeit der letzten 1 1/2 Jahre mit Verantwortung daran, daß sich einige Teile der radikalen Linken mit einer »RAF-Debatte« selbstbeschäftigt haben, ganz so, wie ihr sie ins Leben gerufen habt. Die Rücknahme des bewaffneten Kampfes der RAF (die ihr auch wolltet!), sei Verrat. Viele von ihnen beziehen sich dabei auf Briefe von euch, da können sie euch wohl kaum verstanden haben. Das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von Vergewaltigungen. (Auch welche, die sich auf euch beziehen.) Sie begreifen die alte Konzeption der RAF als zeitlose Antwort, wobei das

Aussetzen des bewaffneten Kampfes (der RAF) bereits verräterisch sei.

Viele dieser Papiere sind eine Demonstration der Begriffslosigkeit sowohl des 23jährigen Kampfs der RAF und ihrer früheren Konzeption als auch der gesamten Entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die Notwendigkeit zum bewaffneten Kampf der RAF entdeckten. SchwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. Weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete Organisationen, die weniger »reformistisch« sind. Das wundert uns nicht. Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des Alten, es führt zu nichts. Diese Scheindiskussion, in der es nie um die Leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt ihr entfacht und mit einer Flut von Diffamierungen begleitet: »entpolitisiert«, »den Internationalismus fallengelassen«, »wir würden die Geschichte abwickeln« und mit dem VS – wahlweise – entweder die Politik bestimmen oder Verhandlungen führen und würden für unser Wohl und den »Platz im Reich« opportunistisch Inhalte aufgeben und und.

Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, je nachdem, wie es gerade opportun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: Alle sollen »nun schauen, welche Fraktion sich ›durchsetzt‹, wie die RAF sagt.« Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt: »Von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein.«

Euer blöder Machtkampf zeigt sich auch am verkrampften Festhalten an der Diskussion um die »zwei Fraktionen im Apparat«, obwohl die Gefangenen in Celle unseren Fehler in der April-Erklärung im *Konkret*-Interview korrigiert hatten und wir die Kritik im August-Text bekräftigten. (Ein allerdings imaginärer Machtkampf gegen die Genossen in Celle, uns und zeitweise gegen die Genossinnen in Lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der Feind wie auch die Fragen groß sind.) Ihr müßt mal realisieren, daß ihr diesen Fehler von uns über ein Jahr lang zu einem eurer Schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

Während ihr immer wieder die »Situationsdebatte« statt »RAF-Debatte« gefordert habt und das Gegenteil davon gemacht habt, ist euch der Blick selbst auf die eigene Situation durch eure Orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

Bis zuletzt haltet ihr euch an eurem Irrglauben fest, in der KGT-Initiative[318] sei von Anfang an nur für einige Gefangene die Freiheit vorgesehen gewesen. Ihr realisiert nicht, daß für niemanden die Freiheit vorgesehen war. Alles war abhängig von einer politischen Mobilisierung, davon, ob die Gefangenengruppe darin solidarischer Kern ist und in der Lage, gemeinsam in die Diskussion einzugreifen und auch vom Kräfteverhältnis RAF/Staat. Das konntet ihr weder daran realisieren, daß nach Günter kein Gefangener aus der RAF mehr freikam, und noch nicht mal hat euch der Schlag gegen uns in Bad Kleinen erhellt. Bei euch schiebt sich vor jede Erkenntnisfähigkeit das Gift, das ihr in euren Herzen mobilisiert habt. Deshalb muß nun auch die Story vom versuchten Deal herhalten, damit euer Irrglaube weiter Bestand haben kann.

Daß ihr es fertigbringt, mit euren Denunziationen auch Wolfgang mit Dreck zu überziehen – ihn, der neun Jahre lang die Politik der RAF mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für eure Freiheit gekämpft hat und bei dem Versuch, gerade nicht in den Knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde – ist nur Ausdruck davon, auf welchen Niederungen ihr angelangt seid. Wolfgang war ein Mensch, der für GenossInnen durchs Feuer gegangen wäre.

Es gab in der letzten Zeit einen neuen Anlauf zur Mobilisierung für eure Freiheit von GenossInnen mit einer neuen Haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten Geschichte von Fraktionierungen, der Unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen Widersprüchen umzugehen. Das hat die Aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. Wir fanden die Entscheidung der GenossInnen richtig, sich nicht auf die Spaltereien einzulassen. Sie gehen stattdessen von den tatsächlichen Widersprüchen in den politischen Vorstellungen auf unserer Seite aus. Wir denken, daß das ein Selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem Prozeß, in dem es um die Neubestimmung revolutionärer Politik geht. Eure Erklärung vom 28.10. ist auch gegen diese Haltung gerichtet. Sie ist Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes. Sie drückt ein Festhalten an überholten Strukturen aus, in denen es für euch legitim ist, bei inhaltlichen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem System zu beschuldigen und ihre moralische Integrität in den Dreck zu ziehen. Letztlich seid ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

Wir halten es für notwendig, mit dieser Hinterlassenschaft einen bewußten Bruch zu machen!

Wir sagen euch, daß diese »ganz neue Entscheidung«, von der ihr sprecht, die auf Lügen, Dreck und Unehrlichkeit euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit Sicherheit nicht dazu führen wird, »daß revolutionäre Politik hier ... wieder Fuß fassen können wird«.

Wir fordern euch auf – und das ist uns sehr ernst –, jetzt einen Moment innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn ihr dabei über euren Schatten springen müßt. Wir wissen, daß euch das unser Brief nicht einfach macht, aber ihr könntet verstehen, daß ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht! Vielleicht ist dies – wenn überhaupt – die letzte Möglichkeit für was anderes.

Es liegt nun an euch.

318 Die KGT wurde 1991 als staatliche Reaktion auf die Angriffe auf Herrhausen und Rohwedder eingerichtet. Sie ist eine geheimdienstliche Planungsinstanz, in der das BKA, der Verfassungsschutz, die BAW und die Sicherheitsbehörden der Bundesländer sich regelmäßig koordinieren. Neben der gemeinsamen Planung von Fahndungsmaßnahmen, der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Erstellung von Gefährdungsanalysen, der Absprache mit der Justiz und der Koordination der Bekämpfungsansätze in verschiedenen Regionen entwickelt die KGT auch eigene, verdeckte Öffentlichkeits-, beziehungsweise Desinformationsstrategien.

Zu Steinmetz, Aprilerklärung 1992 und »soziale Gegenmacht«

Erklärung vom 6. März 1994

Wir sagen jetzt noch einmal was zu der vergangenen Phase seit April '92. Uns ist klar, daß nach der ganzen Katastrophe –

unserem Kontakt zu dem VS-Bullen Steinmetz, der dem Staatsschutz die Ermordung von Wolfgang Grams und die Verhaftung Birgit Hogefelds ermöglicht hat, bis hin zur Spaltung zwischen uns und einem Teil der Gefangenen aus der RAF – eine Menge Fragen an uns auf dem Tisch liegen. Warum wir mit allem gescheitert sind, was wir in dieser Phase erreichen wollten. Natürlich ist das auch unsere Frage, die wir beantworten wollen, soweit wir unsere Verantwortung sehen.

Den GenossInnen, die von uns erwarten, daß wir hier über »unsere Hoffnungen« auf den Staat reden, daß wir einen von uns angeblich angestrebten »Deal« mit dem Staat kritisieren, können wir nur sagen: wir können darüber nicht reden, weil es nicht der Wahrheit entspricht. Es gibt in dieser Hierarchie nichts, »was wirklich gelaufen ist« oder was wir »zugeben könnten«.

Die schwerste Verantwortung dafür, daß der Druck für die Freiheit der Gefangenen, soweit er mit uns verbunden war, sich ins Nichts auflöste, sehen wir in unserem Fehler, Kontakt mit einem Bullen gehabt zu haben. Deshalb geht es jetzt zum großen Teil darum. Wir haben gehört, daß es GenossInnen gibt, die die Diskussionen, die sich aus der Spaltung ergeben haben, teilweise erfreulich finden. »Endlich kommen die Fragen auf den Tisch.« Wir sind davon nicht begeistert. Wir sehen diese Spaltung als Schwächung, und die Tatsache, daß sich GenossInnen erst nach so einem Crash zusammensetzen und fragen, was die Ziele von uns oder den Gefangenen seit ’89 gewesen seien, drückt auch aus, wie wenig genau die Diskussion in den letzten Jahren an diesem Punkt in der Linken geführt worden ist.

Sicher ist es jetzt richtig, die politischen Widersprüche herauszuarbeiten. Insgesamt geht es um die Aneignung der Erfahrungen aus den Kämpfen der radikalen Linken und um die Zukunft emanzipatorischer Politik für die Umwälzung. Darum ging es uns auch in den letzten Jahren. Angesichts der »RAF-Debatte«, die wir seit dem 28.10./2.11. haben, sind wir erstmal darauf zurückgeworfen, zu klären, »was wirklich war«. Das ist jetzt erstmal die Bedingung für uns, um uns wieder auf die inhaltliche Vertiefung und Entwicklung konzentrieren zu können. Die Klärung ist notwendig, weil die offenen Fragen zu den letzten Jahren einem weiterführenden Prozeß im Wege stehen. Trotzdem ist es so, daß diese Diskussion mitsamt diesen Fragen der Wirklichkeit weit hinterher hinkt – auch wenn wir die Notwendigkeit, darüber zu reden, sehen. Die Fragen, die eigentlich anstehen, berühren beispielsweise Kinkel nur insoweit, als daß er als heutiger Außenminister wesentlich die Rolle der BRD im internationalen Rahmen mitbestimmt. Wie z.B. die direkte Teilnahme der BRD am Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und die Verlängerung dieses Krieges durch das Verbot der kurdischen Organisationen in die BRD[319] hinein. Darüber hinaus beinhaltet die Beantwortung dieser Fragen kaum den Schlüssel für die Fragen nach den politischen Zielen, den sozialen Inhalten und Formen der Organisierung, die die Linke der herrschenden Entwicklung entgegenstellen wird.

Seit dem Schlag in Bad Kleinen war uns definitiv klar, daß ein Teil unseres Versuchs aus den vergangenen Jahren: auch in einer Zeit des Übergangs zu neuen Bestimmungen unsere konkrete Initiative für die Freiheit der Gefangenen einzusetzen, gescheitert und unmittelbar so nicht fortzusetzen war. Doch statt mit neuen Überlegungen wieder Fuß fassen zu können, haben wir uns seither im Kreis bewegt: Die Auseinandersetzung um den Bullen, der offensichtliche Bruch zwischen uns und einem Teil der Gefangenen danach und schließlich die Denunziationen und die Spaltung einschließlich der Debatte, die das ausgelöst hat. Uns geht es darum, alles das abzuschließen, um überhaupt wieder den Blick nach vorne freizubekommen. Für uns haben sich die Ausgangsbedingungen entscheidend verändert. Eine »große Diskussion«, wie wir sie uns vor zwei Jahren vorgestellt haben, ist bisher nicht zustande gekommen. Wir denken, daß das mehr oder weniger zufällig und unstrukturiert auch nicht zustande kommen kann.

Ein neuer Anlauf ist sicher notwendig. Wie der Klärungsprozeß zur Neubestimmung für uns nun genau verlaufen wird und wie wir uns darin einbringen werden, ist für uns zum jetzigen Zeitpunkt völlig offen.

Unser schwerster Fehler in den letzten Jahren – der Kontakt mit dem Bullen Steinmetz – hat natürlich bei GenossInnen Fragen aufgeworfen, die geklärt werden müssen. Wie konnte es dazu kommen?

Nachdem das Staatsschutzprojekt, Steinmetz nach Bad Kleinen weiter als Spitzel einzusetzen, gescheitert war, war es die veränderte Staatsschutzlinie, Lügen über den Inhalt der Verbindung von uns zu Steinmetz zu lancieren. Sie haben gesehen, daß diese Denunziationen wirken und z.B. die Spaltung innerhalb des politischen Zusammenhangs RAF/Gefangene forcieren. Unser Versuch, zu einer umfassenden Diskussion zur Neubestimmung systemantagonistischer Politik zu kommen, war in den letzten Jahren kaum in Gang gekommen. In dieser Situation sollte die Staatsschutzpropaganda von der Verquickung unserer Politik mit einem VS-Spitzel unsere Isolierung von allen, die nach einer Weiterentwicklung der emanzipatorischen Kämpfe suchen, produzieren und so das Scheitern unseres Versuchs erreichen.

Bis jetzt sind dem Staatsschutz kaum Grenzen dabei gesetzt worden, die Steinmetz-Geschichte immer weiter auszumodellieren. Dazu haben wir auch unseren Teil beigetragen, weil wir – nach allem, wovon wir ’93 überrollt worden sind – uns erst jetzt dazu äußern können.

So teilt der VS via Steinmetz in einem Interview (*Spiegel* 7/94) ein weiteres Mal mit, Steinmetz hätte zwischen der »Szene« und dem Staat und zwischen uns und dem Staat den »Mittler« gespielt. Wir hätten mit einem Vermittler des VS diskutiert, dessen Position gegenüber uns quasi die Propagierung von »Frieden mit dem Staat« gewesen sei. Tatsächlich spielte Steinmetz uns gegenüber die Rolle »revolutionärer Linker«, der z.B. gerne eine Diskussion mit uns darüber geführt hätte, ob es seine eigene Perspektive sein könnte, in der Guerilla zu kämpfen. – Eine Diskussion, auf die wir uns nicht eingelassen haben.

319 Auf einer Innenministerkonferenz verkündete Manfred Kanther am 27.11.1993 das Verbot von insgesamt 35 kurdischen Organisationen. Darauf folgten Durchsuchungen und Beschlagnahmungen in 160 Städten. Dem Verbot war eine monatelange, rassistische Hetzkampagne gegen kurdische Menschen vorausgegangen, in der zum Beispiel die verzweifelten Selbstverbrennungsaktionen und die Autobahnblockaden als »Terror gegen Deutschland« bewertet wurden. Mit dem Verbot entsprach die Bundesregierung den Aufforderungen des NATO-Partners Türkei. Wenige Wochen später sprach auch Frankreich ein Verbot aus. Zur Durchsetzung des Verbotes kam es in den folgenden Jahren zu Hunderten Verhaftungen von kurdischen Genossinnen und Genossen. Speziell während des kurdischen Neujahrfestes kam es immer wieder zu Großaktionen der Polizei, bei denen alle »Menschen mit ausländischem Aussehen« verhaftet oder an den Grenzen der Bundesländer zurückgeschickt wurden.

Dieser Vermittlerquatsch ist genauso frei erfunden wie die neueste Version von seiner angeblichen »Mitgliedschaft« in der RAF, und die Funktion dieser Lügen offensichtlich. Es wäre auch vollkommen falsch zu glauben, daß Steinmetz, als einer, der »dazwischen« steht, nicht alles das an Informationen über GenossInnen an den Staatsschutz weitergegeben hat, was er mitbekommen hat, und alles das liefern wird, was er nicht weiß, aber was der Staatsschutz von ihm verlangt.

Was jetzt angelaufen ist, das Theater um die »großen Widersprüche« im Apparat, die Geschichte von der angeblichen Vertuschung der angeblichen »Mitgliedschaft« eines Bullen in der RAF soll die Diffamierungen gegen uns noch weiter in die Köpfe der Leute, weit über die linken Zusammenhänge hinaus, einpflanzen. Wer würde schon in Frage stellen, daß der Staatsschutz vertuscht und lügt, wo er kann!

Für diese Geschichte haben sie in längerer Prozedur den »renitenten« BKA-Beamten[320] in der Öffentlichkeit aufgebaut, der aufgrund seiner »Wahrheitsliebe« den Repressalien seiner Dienstherren ausgesetzt sei. Wie groß die Übereinstimmung des VS-BKA-BAW-Interesses tatsächlich ist, zeigt sich u.a. daran, daß der VS über seine Schreiber in der *taz* die Vertuschungsstory groß aufbauen läßt – wo er doch selbst der Vertuschung beschuldigt ist. Es ist schon eine gigantische Staatsschutzoperation, die mit dem Ziel, die größtmögliche Verunsicherung über uns zu schaffen, läuft. Um der »Phantom«-Lüge[321] Authentizität zu verleihen, inszeniert das BKA auch Hausdurchsuchungen bei ihren Geheimdienst-Schreibern Landgräber, Sieker, Wisnewski, den Autoren des »RAF-Phantom«.

Die Lüge, Steinmetz sei an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt beteiligt gewesen, soll sowohl die von den Geheimdiensten in die Welt gesetzte »Phantom«-Diskussion als auch zur künftigen Kriminalisierung von legalen GenossInnen die alte Lüge von einer »Gesamt-RAF« auffrischen. Mal abgesehen davon, daß sie damit bezwecken, die politische Wirkung der Aktion im nachhinein zu zerstören.

Gegen diese Phantom-Propaganda und die alte Kriminalisierungslinie gegen legale GenossInnen sagen wir noch einmal:

1. Weder Steinmetz noch GenossInnen aus dem Widerstand waren in irgendeiner Art an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt (oder sonstigen Aktionen) beteiligt.

2. Auch haben wir keinen Fragebogen an GenossInnen aus dem Widerstand herumgeschickt, um die Entscheidung über diese Aktion abstimmen zu lassen.

320 Ein Beamter der BKA-Abteilung TE 11 kam angeblich mit seinen Dienstherren in Konflikt, weil er Analysen anfertigte, die Birgit Hogefeld entlasteten, gleichzeitig aber Klaus Steinmetz und legalen Genossinnen und Genossen aus dem Widerstand eine RAF-Mitgliedschaft anlastete. Er unterstützte damit unmittelbar die Staatsschutz-These von einer »legalen RAF« und gab den Anlaß für die massive Repression gegen die Bunte Hilfe Darmstadt und ein Wohnprojekt in der Frankfurter Fritzlarer Strasse, in deren Folge eine Frau untertauchen mußte und viele andere wegen Aussageverweigrung in monatelange »Beugehaft« genommen wurden.

321 »Das RAF-Phantom, Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen« erschien 1992. Die Autoren entwickeln die These, daß es seit 1984 keine RAF mehr gibt, sondern daß stattdessen eine nicht näher benannte Todesschwadron im Dienst multinationaler Herrschaftsgruppen politisch Andersdenkende in den eigenen Reihen, wie Herrhausen und Rohwedder, liquidiert. Die Autoren geben sich in der Argumentation und in der Rhetorik einen bewußt progressiven, staatskritischen Anschein und greifen zum Beispiel viele juristische Entlastungsargumentationen aus RAF-Verfahren auf, um nachzuweisen, daß die RAF nicht existiert.

3. Wir sind weder von Steinmetz noch auf einem anderen Weg an die offene Struktur von Computernetzen wie dem Spinnennetz angeschlossen. Diese Behauptung zielt einzig und allein auf die Kriminalisierung und Zerstörung von internationalen Kommunikationsstrukturen des Widerstands, die offen organisiert sind.

4. Wäre unser Kontakt zu Steinmetz so intensiv und eng gewesen, wie die Staatsschutzpropaganda behauptet, dann hätten wir ihn als Bullen enttarnt. Gerade die Diskontinuität und Ungenauigkeit in diesem Kontakt hat das verhindert. Die Möglichkeit, daß einer wie Steinmetz hierher zu uns dazukommt, besteht und bestand nicht.

Wir werden einiges auch Konkretes zu der Geschichte sagen, nicht, um eine lebensnahe Story hinzulegen, sondern einzig und allein deswegen, weil von uns und von anderen Fehler gemacht wurden, die wir begreifbar machen wollen, um so zu ihrer Aufhebung kommen zu können. Nur darin hat die Transparenz einen Sinn.

Auch wenn für uns Konsequenzen und Korrekturen notwendig sind, über die wir hier nicht reden werden, denken wir, daß aus unseren Fehlern mit Steinmetz auch für andere, die sich damit auseinandersetzen, wie Widerstand organisiert werden kann, einiges deutlich wird und herausgezogen werden kann.

Wichtig ist: Es wäre möglich gewesen und es ist möglich, einen Bullen wie Steinmetz, der voll und ganz in der Szene lebt, zu enttarnen.

Nach dem 27.6.93 sind so viele Schrägheiten in der Geschichte des Spitzels ans Licht gekommen, daß der Gedanke zur Gewißheit wird: Wären wir und die, die mit ihm zusammengelebt haben, den »komischen Gefühlen« und seltsamen Geschichten auf den Grund gegangen, dann wäre dieser Fehler nicht passiert.

Die Chronologie seiner Karriere (siehe die Broschüre der Recherchegruppe aus Wiesbaden) macht das deutlich.

Es ist fatal, daß GenossInnen (in einem Papier in dieser Broschüre zur Aufarbeitung ...) immer noch von sich sagen, es wäre ihnen unmöglich gewesen, Steinmetz als V-Mann zu enttarnen. Was wir aus der ganzen Sache ziehen, ist nicht, daß der VS unschlagbar »gut« gewesen ist, sondern, daß wir große Fehler gemacht haben. Wir hören des öfteren von Leuten, die heute sagen, sie hätten »schon immer ein komisches Gefühl« zu K.S. gehabt, ihnen wären Sachen seltsam vorgekommen und es hätte sogar in der Vergangenheit Anlässe zu Brüchen mit ihm gegeben. Aber wir hören selten darüber, warum diese Leute nichts damit angefangen hatten. Aber erst daraus könnte gelernt werden.

Es geht uns jetzt darum:

1. Den Hintergrund, die Situation und die Fehler zu klären, die zu unserer Kontaktaufnahme mit Steinmetz geführt haben.

2. Unsere Fehler in der Auseinandersetzung mit ihm.

Der Bulle Steinmetz – ein Nach-68er-Staatsschutzangriff gegen uns

Wir gehen heute davon aus, daß Steinmetz – nach einer Vorlaufzeit ab ’84 – spätestens ’86/’87 die konkrete Aufgabe übernommen hatte, Beziehungen zu GenossInnen aufzubauen, die den Bullen aus dem politischen Zusammenhang der Front bekannt waren, um langfristig an uns dranzukommen.

’86/’87 hat der Staatsschutz als Reaktion auf den Schritt, mit den Offensiven ’85 und ’86 als gemeinsame revolutionäre Front von RAF, organisierten Militanten und GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand zum Handeln zu kommen, mit einer massiven Repressi-

onswelle gegen legale GenossInnen geantwortet.

Sie wollten diesen Prozeß mit Gewalt abwürgen. Auf der anderen Seite witterten sie ihre Chance, über die politischen Diskussionszusammenhänge an die illegalen Strukturen dranzukommen.

In dieser Zeit ist Steinmetz nach Wiesbaden gezogen. Er hat in rasantem Tempo engen Kontakt zu GenossInnen bekommen, die aus der politischen Entwicklung der Frontzeit kamen, also auch bei jeder Gelegenheit im Zentrum der Observation der Bullen standen. Ende '87 waren schon viele Zusammenhänge von GenossInnen, die sich vorher auf die politischen Bestimmungen der Front bezogen hatten, auseinandergebrochen.

Schon damals waren viele dieser GenossInnen auf der Suche nach neuen Orientierungen, und die politischen Fragen, die sie in der Frontvorstellung nicht klären konnten oder wollten, standen für sie im Vordergrund.

Aus dieser Zeit stammt der erste Verdacht gegen Steinmetz, er könnte ein Bulle sein, der uns damals auch bekannt geworden ist. Da beginnt der erste Fehler, wo wir heute sagen können, wir hätten einen Einfluß darauf gehabt; daß dieser Verdacht geklärt wird.

Steinmetz hängte sich damals in einer Art an GenossInnen dran, mit der er Mißtrauen auf sich zog. Er vermittelte sich gegenüber GenossInnen, die ihn kaum kannten, als »Technik-Crack«, der schon »andere« Sachen gemacht hätte. Er verbreitete eine Aura um sich, als sei er in der Vergangenheit in militanten Zusammenhängen gewesen, die ihm inhaltlich zu flach geworden seien, und als sei er auf der Suche nach einer weitreichenderen revolutionären Perspektive, die er unter anderem bei GenossInnen aus der antiimperialistischen Szene zu finden hoffte. Tiefer begründete er das weder aus seiner politischen Vorstellung noch aus seiner subjektiven Entwicklung. Es blieb bei Plattheiten wie: »Es geht um's Ganze statt um Teilbereichskämpfe« oder »militant und illegal ist wichtig« ... auch war er schmierig genug, GenossInnen gegenüber, die darauf nicht eingingen und im Gegenteil andere Vorstellungen vermittelten, sofort umzuschwenken und so zu tun, als sei es genau das, was er auch wollte. Sein Verhalten ist damals als ein Abchecken durch ihn empfunden worden, ob GenossInnen darauf einsteigen und etwas von sich offenmachen.

Der Verdacht damals war eine Sache von Gefühlen, d.h. die Widersprüche sind empfunden worden. Aber es gab keine Indizien, und in seiner Geschichte stimmte oberflächlich betrachtet alles. Es gab Gespräche mit anderen, die Steinmetz' Verhalten auch verdächtig fanden, aber die Unsicherheit überwog, oder es blieb bei verschiedenen Meinungen stehen, wie es in der radikalen Linke gerade bei solchen Fragen immer wieder vorkommt. Die Konsequenz war dann lediglich, sich selbst gegen Steinmetz abzuschotten, um damit die engsten GenossInnen und auch uns zu schützen.

Nicht auf die Aufklärung zu bestehen, hatte verschiedene schlechte Gründe. Die Unsicherheit, bei so einem Verdacht sehr stark von Gefühlen auszugehen, ohne etwas Konkretes in der Hand zu haben. Und die Befürchtung, statt einer Aufklärung könnte eine Gerüchteküche entstehen, die einen Typen, der sich nur da und dort wichtig machen und »dazugehören« will, zu Unrecht mit einem harten Verdacht trifft. Diese Unsicherheit wurde dadurch verstärkt, daß Steinmetz offensiv mit dem Mißtrauen gegen sich umging. Er hatte realisiert, daß Abstand von ihm gehalten wurde und eine Auseinandersetzung gefordert.

Das ist ein immer wieder auftauchendes

Problem. Solche Unsicherheiten, die dazu führen, die ganze Sache dann doch mehr oder weniger laufen zu lassen, statt die Entscheidung zu treffen, sich dann hinter eine Aufklärung zu klemmen, die eine Gerüchteküche nicht aufkommen läßt. Das ermöglicht es Spitzeln, ihre Karriere in linken Zusammenhängen fortzuführen. Das Ernstnehmen von Geheimdienstangriffen gegen die Linke durch Spitzel reicht dann gerade noch soweit, sich und die allernächsten Zusammenhänge – wenn überhaupt – gegen so einen abzuschotten. So war es damals auch mit Steinmetz. Ein Herumlavieren statt einer Lösung. Entsprechend sind andere GenossInnen, die viel mit Steinmetz zu tun hatten, nicht mit dem Verdacht gegen ihn konfrontiert worden. Das war das Konkrete.

Der Hintergrund, den wir wesentlich finden, um die damaligen Fehler zu begreifen, war im Ende der Front angelegt. Das Ende der Front war nicht einfach ein Ende, das so bestimmt war und eine Reflektion der Erfahrungen aller am Frontprozeß Beteiligten erarbeitet und daraus gemeinsam nach einer neuen Vorstellung gesucht wurde. Sondern das Ende war ein schleichender Zerfallsprozeß, in dem viele GenossInnen Trennungen statt Auseinandersetzung vorgezogen haben. Ein Zerfallsprozeß, in dem sich die Frontzusammenhänge größtenteils auflösten und individuell oder als Kleinstgruppe andere Wege eingeschlagen wurden. Auch von uns kamen keine Impulse für eine andere Umgehensweise.

Auf der Strecke blieb sowohl die Verantwortung füreinander als auch die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft revolutionärer Politik.

Dieser Zustand hat es Steinmetz leicht gemacht, verschiedene GenossInnen abzuchecken, ohne größer Gefahr laufen zu müssen, daß das zur gegenseitigen Vermittlung der GenossInnen untereinander und so möglicherweise zu seiner Enttarnung führt.

Das Ausweichen vor einer Klärung hat es Steinmetz nur ermöglicht, jahrelang weiter in verschiedenen Zusammenhängen zu leben und Teil von immer mehr Mobilisierungen der radikalen Linken zu sein.

Die Chronologie seiner Karriere macht deutlich, daß der Fehler, nur auf den eigenen unmittelbaren Horizont zu achten, im Zusammenhang mit Steinmetz sehr oft gelaufen ist. Wir sind uns sicher, wären beispielsweise die Information über die Verhöre bei der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern mit dem Verdacht zusammengekommen, hätte die Geschichte damals einen anderen Verlauf genommen. Mit Schuldzuweisung hat das nichts zu tun, dazu haben wir gar keinen Anlaß.

Unsere Kontaktaufnahme mit Steinmetz nach der vermeintlichen Aufklärung des Verdachts

Wir hatten den Verdacht gegen Steinmetz nicht vergessen. Wir hatten lange Zeit nichts mehr über Steinmetz gehört. Soweit wir wußten, hatte er sich '89 erstmal aus verschiedenen Auseinandersetzungen zurückgezogen. Circa '90 erfuhren wir, daß er Teil in Diskussionszusammenhängen wurde, zu denen es von uns politische Bezugspunkte gab. Uns hat das überhaupt nicht gefallen. Es war damals noch gar nicht die Frage von uns, selbst mit ihm Kontakt aufzunehmen. Trotzdem wollten wir nicht, daß einer in Diskussionszusammenhängen Teil ist, mit denen wir es uns vorstellen konnten, in einer gemeinsamen politischen Perspektive zusammenzukommen. Also haben wir versucht, dem früheren Verdacht über verschiedene Stränge noch einmal auf den Grund zu gehen. Es gab GenossInnen, die von unseren Fragen zu ihm wußten. Nach ihrer Einschätzung hatte sich das, was zu dem Mißtrauen früher geführt

hatte, aufgelöst. Steinmetz hatte z.B. angefangen, sein früheres »Abfahren auf Technik« zu kritisieren. Auch daß es ihm schwerfällt, eigene politische Gedanken über das »gegen die Schweine« hinaus zu entwickeln, hatte er als Problem von sich angesprochen. (Wir stimmen dem nicht zu, was ein Genosse im *Arranca*-Interview sagte, er sei bei solchen Widersprüchen immer ausgewichen. Unsere Erfahrung mit ihm ist anders. Es zieht sich durch, daß er immer versucht hat, mit seinen Schwächen, die er als Bulle hatte, offensiv umzugehen; immer alles als »Probleme«, die er lösen will, zu thematisieren. Das machte er allerdings nur dann, wenn er es für notwendig hielt, persönliche »Offenheit« zu demonstrieren, damit wir den Kontakt zu ihm weiter aufrechterhalten. Daß er diese »Probleme« natürlich nie aufgelöst hat, versteht sich ja von selbst.)

In der Auseinandersetzung um Steinmetz sind wir viel zu schnell und selbstverständlich von gemeinsamen Kriterien zwischen uns und anderen GenossInnen ausgegangen, wir haben viel zu wenig hinterfragt. Dazu kommt, daß wir uns auf das »Hände ins Feuer legen« für ihn von GenossInnen verlassen haben, deren Kriterien wir überhaupt nicht kannten – es sei ausgeschlossen, daß er ein Bulle sei. Wir hätten uns über deren Kriterien verständigen müssen. Allein die Tatsache, daß dieses oder jenes mal geklappt hat, heißt natürlich nicht, daß kein Bulle dabei gewesen sein kann. Es war eine große Ungenauigkeit von uns, zu akzeptieren, daß wir nicht mehr über den politischen und praktischen Rahmen dieser Geschichte erfahren konnten und wir aus wenigem, was wir vermittelt bekamen, einen falschen Respekt vor einer von uns nicht zu hinterfragenden Struktur hatten. Obwohl wir nichts Genaues über sie wußten und sich keine tiefere Diskussion mit ihnen entwickelte, haben wir auf ihre Einschätzung an so einer entscheidenden Frage gezählt. Aufgrund all dieser Ungenauigkeiten konnte Steinmetz' Karriere weiterlaufen.

Trotzdem ist es uns wichtig zu sagen, daß die Fragen an GenossInnen im Brief von Birgit Hogefeld (*taz*, 22.7.93) kein »Abschieben des Problems auf andere« ist.

Wir müssen uns als Illegale bei solchen Fragen schon sehr weitgehend auf andere GenossInnen verlassen können. Vor einer Kontaktaufnahme mit Leuten, die wir nicht kennen, sowieso. Was natürlich ein sehr hohes Maß an Genauigkeit aller daran Beteiligten voraussetzt. Hinzu kommt, daß wir schon oft genug die Erfahrung gemacht haben, daß GenossInnen sich bei Treffen mit uns vollkommen anders vermittelt haben, als sie in ihrem Alltag gelebt haben und wie sie in ihren Zusammenhängen, in den Beziehungen der GenossInnen untereinander waren. Es ist ein anderes Kennenlernen möglich in gemeinsamer kontinuierlicher Praxis und im Alltag, im Zusammenleben als in der Ausnahmesituation illegaler Treffen.

Steinmetz hat dann im folgenden Jahr immer mehr mit GenossInnen und verschiedenen Zusammenhängen zu tun bekommen, »gehörte also richtig dazu«. Zu politischen Zusammenhängen, die damals für sich den Anspruch formulierten, umfassende Perspektiven auch im politischen Zusammenhang mit militanten und bewaffneten Gruppen wie der RAF entwickeln zu wollen. Er hat sich als einer vermittelt, der auch, wenn nötig, mal praktisch etwas hilft – wie sowenige in der ganzen Zeit damals. Wir waren immer auf der Suche nach GenossInnen, die helfen, die Diskussion zu organisieren, was immer auch eine praktische Frage ist. Es waren die ganzen Jahre nicht gerade die Massen von GenossInnen, die dazu bereit waren. Es gab immer viel mehr

GenossInnen, die »eine Front« oder den Anspruch auf gemeinsame Diskussion mit uns bekundet haben, als welche, die auch bereit waren, dafür etwas zu tun. Dementgegen vermittelte Steinmetz den Eindruck, daß er bereit sei, seine »politischen Vorstellungen« auch praktisch anzupacken. Wir sehen es heute so, daß genau das sowohl bei uns als auch bei anderen GenossInnen im weiteren Verlauf der Geschichte entscheidend dafür war, warum wir Kriterien in der Auseinandersetzung – die wir aus langen Erfahrungen hatten und weder '89 noch '92 aufgegeben haben – im Verhältnis zu ihm nach hinten geschoben haben. Im Verhältnis zu Steinmetz ist, nachdem der Bullenverdacht vermeintlich ausgeräumt war, sehr schnell in den Vordergrund gerückt, daß er im Zusammenhang der Organisierung der Diskussion (wen wundert's heute!) äußerst zuverlässig war.

In der Zeit nach '89 waren wir definitiv mit der Tatsache konfrontiert, daß aus dem Frontprozeß keine gemeinsame relevante Kraft entstanden war, die in die rasante Entwicklung in irgendeiner Weise produktiv für die Seite der Befreiung hätte eingreifen können. Das hat bei uns zu Diskussionen darüber geführt, worin unsere Fehler in den Jahren vorher gelegen haben, was falsch war an dieser Vorstellung und an ihrer Umsetzung. Es war uns bewußt, daß es nicht nur die Folgen der weltweiten Umbrüche waren, die zu diesem Ergebnis geführt hatten. In der Phase von '89 bis '92 ging es uns darum, was wir erkannt hatten und verändern wollten, direkt in unserer Praxis umzusetzen. Entlang unserer damaligen Vorstellungen wollten wir neue Bezüge zu GenossInnen aufbauen.

Auf große Resonanz sind wir mit unseren Versuchen, in eine gemeinsame Diskussion mit GenossInnen zu kommen, nicht gestoßen.

Dementgegen war Steinmetz einer von denen, die verstärktes Interesse an einer direkten Auseinandersetzung mit uns vermittelten. Das war Mitte/Ende '91.

Die Auseinandersetzung zwischen uns und Steinmetz

Die ersten beiden relativ kurzen Treffen hatten schon eindeutig eine falsche Gewichtung. Es ging dort fast ausschließlich um eine Beschreibung der Situation in der radikalen Linken. Über Steinmetz selbst wußten wir nach dem ersten Treffen zwar, daß er »nett« war – und heute sehen wir darin diese schmierige, oft übertriebene »Herzlichkeit« des Bullen, der unbedingt Übereinstimmung signalisieren wollte –, ansonsten blieb es uns verschwommen, was er überhaupt und speziell mit uns wollte. Er hatte vermittelt, er hätte das Interesse, etwas gegen die Distanz zwischen uns und »der autonomen Szene« zu tun. Außerdem würde er daran überlegen, ob es für ihn nicht selbst Perspektive sein könnte, in der Guerilla zu kämpfen. Zum ersten konnte er nicht viel erklären. Auf die Diskussion über eine Perspektive von ihm bei uns ließen wir uns nicht ein. Denn darum kann es mit niemandem gehen, den wir nicht genau kennen und verstehen.

Nach diesem Treffen wollten wir aber weitersehen, ihn und seine Vorstellungen in weiteren Treffen kennenlernen.

Beim nächsten Treffen erzählte er, er sei in einer Internationalismusgruppe zur Vorbereitung der Widerstandstage gegen den WWG in München. Nachdem wir Interesse an einer Diskussion darüber zeigten, löste sich das jedoch in Luft auf. Die Begründung dafür war, daß die Gruppe auseinandergegangen sei bzw. dort keine gemeinsamen Diskussionen in Gang gekommen seien.

Auch beim zweiten Treffen wollte er über seine mögliche Perspektive bei uns

reden.

Diese beiden Treffen fanden vor dem 10.4.92 statt, und wir haben uns darüber gewundert, daß er später vermittelte, unsere Entscheidung sofort gut und richtig zu finden. Darauf angesprochen behauptete er, er hätte schon seit ’91 den Gedanken, daß eine »Pause« richtig wäre. Auf die Frage, warum er dann vorher ganz anders diskutiert hätte, antwortete er, er hätte befürchtet, wir würden die Diskussion mit ihm gar nicht erst anfangen, wenn er uns das sagt.

Steinmetz war weder an unserer Reflektion beteiligt noch an Diskussionen hin zu unserem Schritt im April ’92. Wir haben ihn nicht als einen gesehen, mit dem wir im Denken eine große Übereinstimmung hätten. Im Gegenteil hat er nach dem 10.4. oft Positionen in die Diskussion eingebracht, die wir gerade in dieser Zeit öffentlich kritisiert haben, weil sie die Diskussion, die wir führen wollten, blockierten. So war er einer derjenigen, der z.B. unsere Grußadresse an alle TeilnehmerInnen der Demonstration und des internationalen Kongresses gegen den WWG in München mit der Aussage: »Es fehlen die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft« kritisiert hat. Was wir von dieser Erwartungshaltung an uns halten, die von uns verlangt, daß wir nur Fertiges auf den Tisch legen sollen und ansonsten das Maul halten, haben wir daraufhin im August ’92 öffentlich gesagt. Mit ihm war es Anlaß zum Streit, weil er selbstverständlich auch nicht in der Lage war, zu füllen, was er damit meint.

Bei den drei Treffen nach dem 10.4.92 und vor Juni ’93 kam es immer zu Widersprüchen zwischen ihm und uns, oder wir mußten »Fehler«, die er gemacht hatte, mit ihm klären. In solchen Diskussionen nahm er meist das, was wir kritisierten, zurück und begründete alles damit, daß er aus den Bedingungen der Treffen nicht genügend Zeit zum Überlegen hätte und deshalb unüberlegte Sachen sagen würde.

Die Diskussionen mit Steinmetz sind immer an die Grenze gestoßen, daß es mit ihm nicht möglich war, gemeinsame politische Vorstellungen zu entwickeln, aus denen er dann politische Initiativen dort, wo er lebte, angepackt hätte. Immer wieder begründete er, politische Initiativen, die er sich angeblich vorgenommen hätte, seien unmöglich gewesen, weil zu wenige GenossInnen die Verantwortung »für den Prozeß« übernehmen würden.

Je länger wir mit Steinmetz zu tun hatten, desto mehr hatten wir das Bild von ihm, daß er nicht in der Lage ist, sich eigene Gedanken in der Auseinandersetzung zu machen. Daß er auf alles abfährt, wo sich Äußerungen von GenossInnen einigermaßen »klar« und entschieden anhörten. Wir haben das als eine Schwäche von ihm gesehen, etwas, das er verändern müßte, und das auch von ihm verlangt. Wir hatten es ja auch realisiert, daß er überall seine Nase drin hatte und trotzdem nichts eigenes anfing.

Nach dem Treffen im April ’93 stand für uns fest, daß wir in den ganzen Diskussionen mit ihm bis dahin nicht zusammengekommen waren. Es gab erste Überlegungen, den Kontakt mit ihm zumindest solange abzubrechen, bis er sich selbst klar darüber wird, was er selbst richtig findet und will. Beim Treffen in Bad Kleinen sollte es noch einmal darum gehen, wie und ob es zwischen ihm und uns weitergehen wird.

Unsere Fehler in der Auseinandersetzung mit Steinmetz

Die Überlegung, der Fehler von uns, Kontakt mit Steinmetz aufzunehmen, hinge mit einer politischen Öffnung und den damit verbundenen Gefahren zusammen, trifft den realen Hintergrund nicht.

Wir haben die Diskussion mit ihm als einem aus der radikalen Linken angefangen. Die spezielle Situation Ende ’91–’93, in der wir großes Interesse hatten, so viel wie möglich von den Diskussionen auch der radikalen Linken mitzubekommen, hat sicher zum Teil zu unserem Fehler beigetragen. Steinmetz hat uns da immer viele Informationen gebracht – heute sagen wir, wir haben das konsumiert und sind dabei dem Typen selbst nicht richtig auf den Grund gegangen.

Natürlich war auch der Inhalt der Diskussionen zwischen Steinmetz und uns von der Situation ’92 geprägt. Unser Liberalismus in dieser Diskussion geht aber gerade in eine andere Richtung, als viele GenossInnen, die unserem Versuch ’92 mißtrauisch gegenüber standen, meinen wollen.

Steinmetz ist uns gegenüber weder als der Protagonist einer neuen politischen Entwicklung noch der Entwicklung in seiner Stadt seit ’89 (siehe Wiesbadener Broschüre, Hausbesetzungen etc.) aufgetreten.

Tatsächlich vertrat er inhaltliche Positionen, die ’92 in politischen Zusammenhängen, die sich früher auf uns bezogen hatten, als Schlagworte kursierten.

Also Positionen der eher »aufrechten Revolutionäre«, die uns darauf hinwiesen, daß das System aber letzten Endes doch nur bewaffnet umzuwälzen ist, oder die meinten, daß unsere Drohung gegen den Staat nicht ernstzunehmen sei und allenfalls als moralische Haltung verstanden werden könnte. Er ist da nicht aus dem Rahmen der in Teilen der alten antiimperialistischen oder in Teilen der autonomen Szene kursierenden Diskussionen herausgestochen. Er bezog sich in den Diskussionen auf Zusammenhänge, die – als Ergebnis der Entwicklung des Politikverständnisses aus der Frontzeit – die Frage stellten, ob es nun, da wir die Eskalation in der Konfrontation zurückgenommen hatten, überhaupt noch notwendig sei, sich mit dem, was wir zu sagen haben, auseinanderzusetzen.

Natürlich hat er solche Positionen in jeder Diskussion zurückgenommen. Aber das Problem war, daß wir es wieder und wieder akzeptiert haben, daß wir uns schließlich damit auseinanderzusetzen haben, wenn GenossInnen uns nicht verstehen bzw. immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir diese Phase als gemeinsame Anstrengung begreifen und unsere Sachen nicht als etwas Fertiges. Anstatt die Diskussion mit ihm abzubrechen.

Die Behauptung, die »neue Politik« der RAF sei die Ursache für den Fehler gewesen, soll über die Katastrophe hinaus, die der Fehler mit Steinmetz für uns ohnehin schon bedeutete, gleich alles, was wir in den letzten Jahren versucht und gemacht haben, zur Hölle schicken. Wir sagen, daß die Wurzeln für diesen Fehler tiefer liegen als in der Entwicklung, die wir seit ’89 gemacht haben. Wir waren mit einer Situation konfrontiert, die auch aus Fehlern der Vergangenheit gekommen war und die wir überwinden mußten. Und darin haben wir Fehler gemacht. Für uns macht das die Sache keinen Deut besser, nur muß es darum gehen, für uns und für andere, daran wirklich etwas begreifen zu können und nicht, diesen Fehler politisch gegen uns auszunutzen. Es ist immer einfacher, zu erkennen, was in der Vergangenheit falsch gemacht worden ist, oder die Mitverantwortung für eine Entwicklung zu erkennen, die von den ursprünglichen Zielen abgewichen ist, als daraus umfassend die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das trifft auch auf uns zu im Zusammenhang des Endes der Front und den sich daraus notwendig ergebenden Veränderungen. Wir wußten z.B. genau, welche Strukturen wir in den Diskussionen mit Genos-

sInnen nicht mehr wollten. Wie wir schon im August ’92 beschrieben haben, hatte die politische Festlegung in der Frontvorstellung darauf, daß die Guerilla und damit die militärische Angriffsfähigkeit im Zentrum der Front stehen muß, direkte Auswirkung auf die Struktur in der Diskussion: die Hierarchisierung der Diskussion, die eine politische Enge und Begrenzung der Diskussion und Praxis zur Folge hatte.

Diese Hierarchisierung drückte sich auch in dem Bewußtsein aus, in dem die Organisierung der Militanten als »Durchgangsstadium« zur Guerilla begriffen wurde. Das führte zu einem Subjektivismus, der sich vor die Auseinandersetzung um politische Perspektiven schob. Daraus entstand weder eine politische Verankerung der Front noch eine langlebige Organisierung. Es war nicht von Anfang an so, und es trifft auch nicht auf alle Militanten aus den Frontzusammenhängen zu. Aber es wurde zur Haupttendenz in der Diskussion.

Es liegt auf der Hand, daß es weder positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Politik, auf das Selbstbewußtsein der GenossInnen noch auf ihre Diskussionen mit anderen – auch mit uns – hat, wenn die GenossInnen bei jedem Schritt, den sie tun, denken, das sei politisch eigentlich gar nicht das Wesentliche, das Wesentliche sei der erst noch bevorstehende Sprung zur Guerilla. Nachdem wir das erkannt hatten, war es für uns wesentlich, den Krampf in den Diskussionen zwischen uns und GenossInnen, die Fremdheit, die falsches Anspruchsdenken produzieren muß, zu überwinden. Tatsächlich war aber nicht alles von heute auf morgen anders.

Wir hatten auch nach ’89 viele quälende Diskussionen mit GenossInnen, die aus einem Anspruchsdenken heraus sich und uns vormachten, sie stünden kurz vor dem Schritt, hier mit uns zusammen zu kämpfen. Auseinandersetzungen, wo sich von Treffen zu Treffen mühsam herausschälte, daß das gar nicht stimmt. Oder die Erfahrung, daß GenossInnen uns gegenüber nicht aufrichtig waren, ihre Kritik nicht sagten und nicht wagten, ihre eigenen Überzeugungen zu sagen, wenn sie Gefahr liefen, damit in Widerspruch zu einer von ihnen uns zugeordneten Meinung zu geraten.

Was Steinmetz betrifft, war es für uns offensichtlich, daß er uns entweder vor oder nach dem 10.4. angelogen hatte. Diese Lügen kamen uns schon fast »normal« vor. Für uns waren das die altbekannten Erscheinungen, die wir aus vergangenen Auseinandersetzungen schon zur Genüge kannten. Mit seinen Lügen sind wir dann so umgegangen, daß wir nichts weiter davon wissen wollten. Zumal wir uns vorher schon gar nicht auf eine Diskussion mit ihm darüber, ob er zur Guerilla kommt, eingelassen hatten. Wir wollten nicht schon wieder so eine Auseinandersetzung.[1; Anmerkungen des Originals auf S. 497]

Auch an einem anderen Punkt haben wir Falsches aus der Vergangenheit einfach umgedreht: Wir haben einen widerlichen Liberalismus in der Diskussion mit ihm entwickelt. Wir haben Widersprüche nie soweit eskaliert, daß sie sich klären mußten. Stattdessen haben wir uns immer wieder von ihm mit seinen verwaschenen Erklärungen abspeisen lassen. So blieb immer etwas übrig, was nicht geklärt war, d.h. wir haben ihm das Lavieren einfach gemacht. Unser Verhalten war ein Reflex darauf, daß wir früher Offenheit in den Diskussionen oft selbst blockiert hatten. Denn wir hatten Diskussionen an Widersprüchen oft mit einer Härte geführt, die manchmal mehr auf Niedermachen als auf Klärung herauslief. Das wollten wir so nicht mehr. Aber: Die Negation des

Falschen bleibt oft falsch – ihr fehlt die Aufhebung ...

Gedanken darüber, ob Steinmetz schizophren sei, haben für uns keine Bedeutung. Nach allem, was jetzt offen ist, springt vielmehr seine Dreistigkeit und Hartnäckigkeit ins Auge, mit der er erst über Jahre hinweg das Ziel verfolgte, an uns dran zu kommen und dann dran zu bleiben. Er hat sich mit uns getroffen, obwohl er von dem früheren Verdacht von uns gegen ihn wußte. Das sagt auch etwas über seine Zielstrebigkeit und Eigeninitiative in der ganzen Sache aus.

Es wäre mit Sicherheit ein Fehler, die speziellen Schwächen von Steinmetz – z.B. seine geringe Fähigkeit, sich politisch zu artikulieren – zum Erkennungsmerkmal für Spitzel zu machen. Andere Bullen können andere Schwächen haben.

Kriterium ist nicht, wie gut oder schlecht jemand politische Reden halten kann. Für ein entscheidendes Kriterium halten wir, daß in der politischen Auseinandersetzung eine Ernsthaftigkeit zu spüren ist. Wie ernst es jemandem ist, das, was er/sie formuliert, auch umzusetzen und weiterzuentwickeln, und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Alles das, was Inhalt der »politischen Auseinandersetzung« zwischen Steinmetz und uns war, hatte in seinem Handeln nie die geringste Konsequenz. Was wir für Konsequenz bei ihm hielten, nämlich daß er uns bei der Organisierung der Diskussion »unterstützte«, sagte in Wirklichkeit nichts über ihn, sondern mehr über uns aus: unsere Fixierung darauf, an jeder Möglichkeit, Informationen über die Diskussion in der Linken zu erhalten, festhalten zu wollen. Daß Steinmetz selbst gar kein Interesse an der Weiterentwicklung der Diskussion hatte, also in dieser Richtung auch nicht initiativ war, hätten wir schnell merken können, wenn wir bewußter darauf geschaut hätten.

Auch daran, daß er »politische Widersprüche« nie von sich aus klären wollte und nur als Reaktion auf unser Nachfragen versuchte, sich aus Widersprüchen herauszulavieren, hätten wir die Unernsthaftigkeit und Identitätslosigkeit erkennen können.

Sicher ist es nichts Neues, wenn wir jetzt sagen, daß in Zusammenhängen, in denen tiefes Vertrauen Voraussetzung ist, den/die andere/n wirklich zu verstehen, Grundlage sein muß. Widersprüche können weder einfach weggedrückt, unterdrückt noch ignoriert werden. Wirklich vertrauensvolle Beziehungen können niemals durch die Verständigung über oder gegen andere entstehen, nicht über Abgrenzungen, sondern immer nur daraus, was GenossInnen sich zu sagen haben über ihre politischen und praktischen Vorstellungen, über ihr Leben und ihre Träume.

Auch aus diesen Gründen sind die Spaltungseuphorien der letzten Zeit unsere Sache nicht. Wo an die Stelle der Auseinandersetzung Ausgrenzung gesetzt wird, ist größte Oberflächlichkeit einfach. Das ist ein Einfallstor für Staatsschutzpropaganda und Spitzel.

»An jedem Punkt, wo Leute sich zu linker Arbeit zusammenfinden, ist eine Verantwortlichkeit einzufordern, die über die Erfordernisse des jeweiligen Gruppenrahmens hinausgeht ...« (Broschüre der Recherchengruppe Wiesbaden). Es ist die Aufgabe aller, denen es ernst ist, den »machtbesoffenen Herrschenden« die Weichenstellung für die Entwicklung hier und weltweit aus den Händen zu reißen, eine Organisierung zu schaffen, in der über konkrete, kurzfristige Ziele und Mobilisierungen hinaus eine gemeinsame langfristige Perspektive und daraus verbindliche Strukturen und umfassende Verantwortung selbstverständlich sind.

Verbindlichkeit und umfassende Ver-

antwortung sind nicht alleine Fragen der Moral und nicht nur die Frage nach grundsätzlicher solidarischer Haltung, sondern die Frage nach dem politischen Bewußtsein. Es stellt sich die Frage nach der Fähigkeit und dem Willen der Linken zu einer Organisierung, die das Terrain der verschiedenen getrennten Bereiche, der Kleinstgruppen und spontaneistischen Zusammenschlüsse hinter sich lassen kann.

Zäsur und »Verknüpfung«

Die Zäsur, die wir im April '92 einleiteten, war unabhängig von der Situation der politischen Gefangenen notwendig, und so auch von uns bestimmt. Wir hätten die Eskalation in der Konfrontation mit dem Staat damals auch dann zurückgenommen, wenn es keine politischen Gefangenen, geschweige denn Kinkel- oder sonstige KGT-Initiativen gegeben hätte. Unser Versuch von '89 bis '92 war an Grenzen gestoßen. In dieser Phase lag es uns fern, in der Zeit der Depression der Linken, dem Siegestaumel der Herrschenden, der staatlichen Rassismuskampagnen, den rassistischen und faschistischen Eskalationen auf den Straßen, dem Golf-Krieg u.v.a. den bewaffneten Kampf zurückzunehmen.

Deshalb wurde aus dieser Phase von uns aus der Versuch einer (ungewollt heimlichen) Überleitung zu neuen Bestimmungen und politischen Beziehungen.

Unter dem Eindruck der sich global zuspitzenden katastrophischen Entwicklung und der »neuen Weltordnung« waren wir darauf aus, zur Reflektion unserer Erfahrungen, zur Neubestimmung und zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes zu kommen. Wir hielten es für notwendig, alles auf einmal zu schaffen: Immerhin war es nicht nur eine Zeit der weltweiten Umbrüche, sondern objektiv war aus der Frontentwicklung keine gemeinsame relevante Kraft existent und ihre Konzeption hinfällig.

'92 haben wir erkannt, daß es notwendig ist, für die Neubestimmung die Eskalation in der Konfrontation zurückzunehmen. Also von uns aus eine offene Situation zur Linken hin herzustellen. Niemand von uns hat '92 gedacht, daß wir einfach so weitermachen könnten wie die Jahre zuvor.

Heute sagen wir, daß die Zäsur viel früher richtig und notwendig gewesen wäre. Grundsätzlich halten wir es für notwendig, daß eine revolutionäre Organisation immer wieder in der Lage sein muß, Überprüfungen durchzuführen und daraus Konsequenzen für zukünftiges Handeln abzuleiten. Das gilt vor allem dann, wenn eine Kampfphase, aus welchen Gründen auch immer, zu Ende ist. Sicher ist dafür ein politisches Bewußtsein notwendig, in dem ein revolutionäres Verhältnis zu Kritik und Selbstkritik selbstverständlich ist.

Das heißt natürlich nicht, daß es dabei jedesmal um einen so grundlegenden Einschnitt gehen muß, wie wir ihn im April '92 gemacht haben.

Wir denken, daß der Fehler, das zu unterlassen, uns '89 nicht das erste Mal unterlaufen ist.

Nach unserem Brief vom 2.11. und Helmut Pohls Brief (*taz*, 27.8.93) haben viele es so verstanden, als hätten die Gefangenen von uns seit '89 die Zäsur gefordert und wir hätten uns bis April '92 dagegen gesperrt. Das stimmt so nicht. Hier liegt ganz sicher nicht der Schlüssel für die Spaltung. Unser Prozeß hin zur Zäsur war einfach ein anderer als ihrer, und im April '92 sah es für uns erstmal so aus, als hätten sich diese beiden Entwicklungen getroffen. Heute ist offensichtlich, daß die politischen Vorstellungen von uns und einem Teil der Gefangenen aus der RAF weit auseinanderlagen.

Natürlich ist es uns immer darum gegangen, das, was von den Überlegungen der Gefangenen veröffentlicht wurde, in unsere Diskussionen miteinzubeziehen. Dabei haben wir viel zu viel an Übereinstimmung hineininterpretiert. Auch wenn es inhaltliche Kritik an einzelnen Punkten unserer Erklärungen zwischen '89 und '91 gab, so sind uns trotzdem keine Äußerungen der Gefangenen, die sich von uns abgespalten haben, aus dieser Zeit bekannt, aus denen wir hätten schließen können, daß sie Aktionen von uns ablehnten. So finden wir es treffender zu sagen »das (mit dem Einschnitt und Gesamtlösung) war damals alles nur angedacht« (Helmut Pohl, *Angehörigen-Info* 132), als jetzt den Eindruck zu vermitteln, die Gefangenen hätten es damals schon klar gehabt, daß es in dieser Zeit keine Aktionen von uns hätte geben sollen, wie es Eva Haule in ihrer Prozeßerklärung vom 4.11.93 sagt; wenn sie sich einen Fehler in den letzten Jahren vorzuwerfen hätten, sei es der gewesen, uns nicht öffentlich aufzufordern, »ihren vom politischen Prozeß losgelösten Aktionismus sein zu lassen ...« Im Gegensatz dazu schrieb sie noch im April '92: »Es war in einer Zeit der politischen Erdbeben seit Ende '89 richtig, die Kontinuität zu halten gegen die Unterwerfungstendenzen und das Getöne vom ›Tod des Kommunismus‹. Das haben wir auch in den Knästen so gesehen, nachdem unser Versuch im Streik '89 plattgemacht worden war« (Sandkörner, S. 41).

Wenn sie heute also betonen, daß sie unsere Aktionen ab '89 als entpolitisiert ansehen, dann liegt der Gedanke nahe, daß dieser Teil der Gefangenen unsere Aktionen hauptsächlich auf die Wirkung für ihre eigene Situation bezogen haben: der Walze von Staat und Kapital etwas entgegensetzen. Darüber hinaus scheint es keine Auseinandersetzung darum, was wir mit den Aktionen politisch entwickeln wollten, bei ihnen gegeben zu haben. Darin waren die Widersprüche der letzten Jahre zwischen ihnen und uns schon angelegt. Ein Teil des Schlüssels liegt eher hier.

Zur »Verknüpfung«

Alles, was wir jetzt zu unseren Einschätzungen dieser Zeit sagen, ist natürlich nur auf dem Hintergrund zu verstehen, daß wir nicht wußten, daß wir seit Ende '91 Kontakt mit einem Bullen hatten.

Wenn wir uns die ganze Entwicklung heute ansehen, halten wir es für schlüssig, daß die Information über diesen Kontakt erst nach der »Kinkel-Initiative« Anfang '92 auf der politischen Ebene angekommen ist. Sonst hätten sie es nicht nötig gehabt, die Gefangenenfrage, die Existenz von haftunfähigen Gefangenen und der Sonderhaftbedingungen in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Vorläufer der K-I liegen in den Jahren nach '89, wie es z.B. in sämtlichen VS-Lochte-Interviews in der *taz* seit '89 zu verfolgen war.

Sowohl wir als auch die Gefangenen stellten fest, daß unter anderem durch die Mobilisierung zum Hungerstreik '89 und unsere Angriffe bis '91 vor allem auf Seiten des Kapitals die Ansicht entstand, die Anti-Guerilla-Politik ändern zu müssen. Sie wollten unbedingt unser Ende. Das hatten sie 23 Jahre mit ihren Fahndungskonzepten nicht erreicht. Es ist keine Erkenntnis erst seit es die KGT gibt, daß der Staat verschiedene Konzepte zur Zerschlagung von Widerstand und Guerilla zur Anwendung bringt und das Ziel trotzdem immer das gleiche bleibt, nämlich die Zerschlagung. Die Einschätzung, daß das uns und der Linken dennoch die Möglichkeit gibt, diese Situation zu nutzen und für unsere Seite umdrehen zu können, war logisch und richtig. Es war

ein Aspekt, der sich aus 23 Jahren Konfrontation Befreiung/Kapital ergab. Wir alle sind davon ausgegangen: »... der Staat war es, der aufgrund unserer Politik im Streik '89 und der letzten Operationen der Guerilla zur Einsicht zu kommen gezwungen war, daß perspektivisch weder eine militärische Lösung gegen die Gefangenen noch gegen die Guerilla zu erreichen ist. Nach dem Scheitern ihrer Hetzkampagne gegen uns im letzten Jahr traf die KGT, nicht zuletzt auf Druck des Kapitals, die Entscheidung, so geht es nicht mehr weiter. ›Wir müssen nach anderen Wegen der Entsolidarisierung, Spaltung und Vernichtung suchen‹« (Rolf Heißler, *Clockwork*, 31.7.92).[2]

Sowohl die Gefangenen als auch wir hatten die Einschätzung, daß unser Zäsurschritt, der mit oder ohne die »Kinkelinitiative« notwendig war, für den Kampf um die Freiheit genutzt werden kann. Für alle war diese Möglichkeit mit der Zäsur verknüpft! Die Behauptung des Gegenteils entspricht nicht der Realität, und es gibt X Äußerungen der Gefangenen, die das deutlich machen: »Was ist also wichtiger: In der Phase des Übergangs die ›bewaffnete Position‹ praktisch in Aktionen zu ›halten‹, oder sie in dieser Phase zurückzustellen und so auch der Frage der Gefangenen einen Weg freizukämpfen für unser Leben und unsere unmittelbare Teilnahme am politischen Prozeß. Wir haben uns für das zweite entschieden.«

»Es ist also die Frage, wie wir uns entscheiden – konkret wir, die Gefangenen und die RAF, um an einer konkreten Frage und Auseinandersetzung eine produktive Lösung durchzusetzen und dafür den Raum zu öffnen« (beides Eva Haule, Sandkörner-Reader zum WWG '92, S. 40/41, 25.4.92). Darin liegen also nicht die Widersprüche, sondern – an dieser Frage – darin, ob auch wir das öffentlich vertreten, so wie wir es in der April-Erklärung mit den Forderungen und vor allem unserer Drohung gemacht haben.

Wieso hätten wir nicht die Wirkung unserer Angriffe bis '91 als ein Gewicht in die Auseinandersetzung für die Freiheit der Gefangenen einbringen sollen – auch wenn wir die Wirkung unserer Aktionen als begrenzt und nicht dementsprechend, was für den revolutionären Prozeß notwendig gewesen wäre, eingeschätzt haben.

Es zu lassen, hätte die Möglichkeit der Situation verkannt (ausgehend davon, daß der Spitzel Steinmetz nicht enttarnt war) und wäre unserer Meinung nach Ausdruck einer »höheren« Abstraktion der Politik gewesen, mit der nichts zu erkämpfen ist.

Diese Verknüpfung hat nichts mit der Verknüpfung der Situation der politischen Gefangenen mit der Existenz des bewaffneten Kampfes zu tun!

Falls es in den Diskussionen weiterhin um die »Verknüpfung« gehen soll, dann muß dieser Begriff endlich mal entschleiert werden, ansonsten bleibt er nur polemisches Schlagwort gegen uns, und nichts wird geklärt und begriffen.

Wir haben im Gegenteil immer deutlich gemacht, daß die Konzeption und die Form, mit der wir weiterkämpfen, von der Diskussion um Neubestimmung abhängig ist und natürlich von den Konsequenzen, die wir aus unseren bisherigen Erfahrungen für notwendig halten.

Als nach unserer April-Erklärung viele GenossInnen fragten, ob unsere Drohung bedeuten würde, daß wir, wenn der Staat nicht zurückweicht, zum Alten zurückkehren würden, haben wir diese Frage mit »Nein« beantwortet. Unsere Aktion in Weiterstadt hat das gezeigt, daß wir es dem Staat nicht »in die Hände legen«, was wir machen und wie wir es machen. Auch in ihrer politischen Bedeutung war die Aktion nicht auf »Vergeltung« reduziert, sondern enthielt ganz konkret eine Richtung, um die es überhaupt gehen muß: im Kampf die Verbindung herstellen zu all denen, die innerhalb und außerhalb der Knäste um Menschenwürde kämpfen.

Wir haben die Existenz des bewaffneten Kampfes weder im April '92 noch im August '92 noch in sonstigen Texten mit der Folter an den politischen Gefangenen begründet, also verknüpft. (Obwohl natürlich die Tatsache der Folter in den Knästen viel über das Wesen des Systems aussagt und deswegen ein Punkt sein kann, an dem sich jemand dafür entscheidet, dieses System als ganzes zu bekämpfen.)

Wir fanden auch die Verknüpfung in umgekehrter Weise nicht richtig: »... wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können« (Brigitte Mohnhaupt, *Angehörigen-Info* 114). In diesem Text ist nicht nur der Geiselstatus gegen die Gefangenen als nicht wegzukämpfen festgeschrieben, sondern gleich die ganze mögliche Mobilisierung für die Freiheit zur Geisel des Staates gegen eine Guerilla gemacht.

Gesamtlösung

Absolut unabhängig vom Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen stellten wir mit der Zäsur die bisherige Bestimmung und Konzeption des bewaffneten Kampfes der RAF in Frage. Nur in diesem Zusammenhang sind die Gedanken um Gesamtlösung zu verstehen. Auch wenn heute niemand über Gesamtlösung nachzudenken braucht, weil das unrealistisch ist, sagen wir etwas dazu. Die Gefangenen, die sich von uns getrennt haben, stellen den Begriff »Gesamtlösung, die Illegalen inbegriffen« in ihrem Brief vom 28.10.93 fälschlicherweise in einen Zusammenhang mit der Initiative der Gefangenen in Celle. Dieser Begriff stammt mit Sicherheit nicht aus den Gesprächen der Celler Gefangenen mit Ströbele, sondern betrifft Gedanken, die im Oktober '93 schon älter als ein Jahr und nicht aktuell waren.

Transformation der RAF, Aufhebung der RAF – das sind Begriffe, die nicht für Aufgabe und »Abwicklung« des bewaffneten Kampfes und der Politik der RAF stehen. Sondern sie stehen für die Vorstellung, daß die Erfahrungen und Fähigkeiten, die aus der 23jährigen Geschichte gezogen werden können, in eine Neuformierung revolutionärer Politik eingehen werden. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß der Prozeß der Neubestimmung, Diskussion um gemeinsame politische Grundlagen tatsächlich als gemeinsamer begriffen und entwickelt wird. Also so auch stattfindet.

Mit unserem Einschnitt '92 ging es uns nicht um eine »Pause«, nach der wir mit neuen Bestimmungen in alter Form zurückkehren würden. Wir haben mit diesem Einschnitt immer die Vorstellung verbunden, einen Prozeß in Gang zu setzen, aus dem eine Konzeption und Organisierung entwickelt werden kann, die stärker ist als das, wie der Widerstand – die RAF inbegriffen – die ganzen letzten Jahre vor '92 gewesen ist. Und die den Erfordernissen der heutigen Situation und Entwicklung entspricht. »... aber heute kann die bewaffnete Aktion hier diese strategische Funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische Gesamtkonzeption nicht mehr gibt. Sie trifft die veränderte Wirklichkeit nicht mehr. Die Auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, daß die ›zentrale Perspektive‹, wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen Bedingungen nicht mehr erfassen

kann ...« (Brigitte Mohnhaupt, *Angehörigen-Info* 114).

Daß wir die sich aus diesen Veränderungen ergebenden Fragen nicht darüber auflösen können, indem wir »die bewaffnete Aktion« einfach von uns aus immer mehr auf konkrete Auseinandersetzungen beziehen, haben wir in den Jahren '89–'91 erfahren. Dazwischen fehlt der politische Prozeß, der aus dem Innern dieser Auseinandersetzungen kommen müßte. Die Antwort darauf, daß die Auseinandersetzungen so zahlreich und viele geworden sind, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, kann zukünftig nicht heißen, daß die Guerilla im Hintergrund steht und wartet, bis aus der Vielzahl der Auseinandersetzungen die bewaffnete Aktion gebraucht wird, die Guerilla also sozusagen eine Feuerwehr-Politik macht. Denn das würde eine Trennung der politischen Prozesse und der bewaffneten Intervention herstellen, die falsch ist. Deshalb sehen wir die Zukunft viel mehr darin, daß die Fähigkeit, bewaffnet zu intervenieren, aus dem Innern der verschiedenen Kämpfe entwickelt, bestimmt und organisiert wird. Ob das möglich sein wird und wie es genau aussehen wird, wissen wir heute nicht. Bisher fehlen dafür fast alle Voraussetzungen, auch z.B. die verbindliche und gemeinsame Diskussion. Und natürlich gilt für diese Überlegungen das, was immer gilt: die Realität wird es zeigen. Ob es möglich ist, oder ob der tatsächliche Weg dann doch ganz anders verläuft. Nur auf dem Hintergrund solcher Überlegungen ist es überhaupt möglich, Gedanken um Gesamtlösung, »die Illegalen inbegriffen«, als etwas anderes als unsere »Sehnsucht nach der Rückkehr heim ins Reich« zu begreifen.

Alle, die Gefangenen und wir, hatten zu unserem Schritt im April '92 gesagt, daß er von uns aus die Verschiebung des Gewichts in der Auseinandersetzung auf einen politischen Prozeß, Diskussion und frische Luft ... bedeutet, aus dem die Neubestimmung überhaupt erst möglich wird. Die RAF hat die Illegalität als Offensivposition der revolutionären Linken bestimmt. Mit dem Einschnitt vom April '92 war diese Bestimmung für die Zeit des Übergangs aufgehoben. Niemand von uns wußte, wie lange der Prozeß der Neubestimmung dauern würde (und auch nicht das Ergebnis). Wir haben den Platz in der Illegalität in dieser Zeit nicht als den produktivsten und offensivsten gesehen.

Es gab also Gedanken an eine Gesamtlösung nach April '92. Aber uns war klar, daß das nur erkämpft werden könnte. Es kam nicht dazu, daß wir uns genauer über Schritte, wie das durchgesetzt werden kann, auseinandergesetzt haben. Das wäre in der damaligen Situation nur vermessen gewesen: Mitte '92 hatte der Staat gegenüber jeder positiven Entwicklung in bezug auf die Situation der Gefangenen vollkommen dicht gemacht. Es ist Staatsziel, jeden Funken der Erfahrung und Erinnerung an die 23jährige Geschichte des Widerstands auszulöschen. Das heißt auf die Gefangenen bezogen, auf alle Fälle zu verhindern, daß sie sich mit dem Bewußtsein aus dieser Geschichte in die anstehenden Diskussionen gemeinsam hätten einbringen können. Das stand der Freiheit entgegen, und es gab BKA-Berichte, die die Zusammenlegung der Gefangenen als zu große politische Gefahr ablehnten, weil sie dadurch in die Lage kommen könnten, aus gemeinsamer Diskussion in Auseinandersetzungen um aktuelle Fragen, die sich aus der zugespitzten gesellschaftlichen Situation in der BRD sowie der neuen Rolle der BRD im Internationalen ergeben, Stellung zu beziehen. Es gab keine Mobilisierung der Linken, die die Kraft entwickelt hätte, diesen Beton zu durchbrechen. Stattdessen konnte der

Staat den Angriff gegen die Gefangenen wieder eskalieren, ohne daß ihm die eigenen Ziele und die Wut einer Mobilisierung für Freiheit entgegenschlug. Was das für Gedanken an Gesamtlösung bedeutete, liegt auf der Hand.

Wir haben uns in allen Texten der letzten Jahre bemüht, für alle auf unserer Seite so deutlich wie möglich faßbar zu machen, worum es uns ging: darum, zu einem umfassenden neuen Aufbruch zu kommen. Die GenossInnen, die uns und den Gefangenen vorwerfen, daß wir Gedanken zur Gesamtlösung nicht offen thematisiert haben, müssen vergessen haben, daß wir auch nach dem 10.4. in einem Konfrontationsverhältnis zum Staat stehen. Sollten wir dem Staat etwa diese Gedanken zum Geschenk präsentieren, in einer Situation, in der er an allen Ecken und Enden die Widerstandsbekämpfung verschärfte?

In dieser Kritik ist kein Begriff der realen Konfrontation mehr enthalten.

Zur Erklärung vom April '92

Unsere April-Erklärung ließ die abwegigsten Interpretationen zu. Damit war sie politisch sehr schwach. Sie hat die Mutmaßungen ermöglicht, wir würden auf »den Staat hoffen«. Es war ein Fehler, Kinkel auch nur zu erwähnen. Natürlich haben wir nicht gedacht, der Staat wäre gerade drauf und dran, bspw. seine neue angestrebte Entwicklung zur direkten Teilnahme an den Kriegen gegen die Völker im Süden und Osten umzudrehen oder seine rassistische Politik in Frage zu stellen.

Im Gegenteil war die Zuspitzung der katastrophalen Entwicklung national und international von ihrer Seite aus längst festgelegt. Für uns ging es vielmehr um die Frage, an welchen Punkten und wie sie von unserer Seite aus zurückgedrängt werden können.

Die Erklärung war also viel zu ungenau. Entsprechend haben wir das im Juni '92 und den folgenden Erklärungen wieder und wieder korrigiert. Unser Problem war dann nicht mehr die April-Erklärung, sondern daß alles Erklären viele GenossInnen nicht erreicht hat.

Es ist eine Mode der »Szene« geworden, diese Kritik an der RAF zu haben, egal was wir tatsächlich sagen und machen. Bis heute werden diese »Thesen« zu »unserer Hoffnung« verbreitet. Wir hatten keine Hoffnung auf den Staat, wir hatten eine Hoffnung auf eine kämpferische Linke, die aus der Stagnation herausbricht. Was unser Verhältnis zum Staat betrifft, haben wir darauf gesetzt, daß wir mit unserer Drohung einen Hebel in der Hand haben, um mit vielen anderen zusammen die Freiheit gegen den staatlichen Vernichtungswillen durchsetzen zu können. Deshalb haben wir die Aktion in Weiterstadt gemacht, um neuen Druck herzustellen, auch indem wir andere mobilisieren. Damit verbunden war die Hoffnung, daß das die lähmenden Diskussionen durchbricht, die im Jahr '92 um die Kinkel-Frage kreisten. Wir hielten es auch nicht für sinnvoll, die ständigen Vorwürfe zu dementieren, z.B. wir seien dafür verantwortlich, daß viele meinten, sie müßten nur noch zuschauen, welche Fraktion im Staat sich durchsetzt, und nur darauf hoffen, daß Gefangene freigelassen würden. Die Aktion in Weiterstadt sollte auch diese Haltung durchbrechen und die Frage an uns, ob wir nun kämpfen oder zuschauen meinen – definitiv beantworten.

Wir hatten im April '92 eine Fehleinschätzung, was die Möglichkeit einer schnellen und starken Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen betrifft. Davor hatten wir mitbekommen, daß viele, die während des Hungerstreiks für die Zusammenlegung und die gemeinsame

Diskussion mit den Gefangenen gekämpft hatten, die Forderung nach Freiheit zwar richtig fanden, allerdings keine reale Chance zu ihrer Durchsetzung gesehen haben: »Wir konnten ’89 die Zusammenlegung nicht durchsetzen – wie sollen wir jetzt die Freiheit erkämpfen?« Wir sind davon ausgegangen, wenn eine Situation hergestellt ist, in der die Möglichkeit zur Durchsetzung aufscheint, sehr viele sehr schnell und mit großer Kraft diese Chance aufgreifen würden. Das war unsere Einschätzung der Situation im April ’92.

Warum das so nicht gelaufen ist und es nur wenige geblieben sind, müßten andere GenossInnen besser beantworten können als wir.

Wir sehen als einen weiteren Fehler bei uns, daß wir in der April-Erklärung zwei Stränge, die unterschiedliches Gewicht hatten, vermischt haben – so daß die Klarheit beider Stränge verwischt worden ist: unser Einschnitt, der in unserer Geschichte bisher einmalig war; die Frage nach der gemeinsamen Diskussion um Neubestimmung, woraus wir grundlegende Fragen für die Zukunft emanzipatorischer Kämpfe klären wollten, und auf der anderen Seite der Kampf um die Freiheit der Gefangenen.

Unbestritten ist, daß beides einen Zusammenhang hatte. Nicht nur deshalb, weil die Zäsur den Raum für die Freiheit aufmachen konnte, sondern auch, weil wir es natürlich erkämpfen wollten, daß die Gefangenen tatsächlich an der Diskussion um Neubestimmung Teil sein können, und das nicht in den Knästen, sondern draußen. Trotzdem sind es zwei unterschiedliche Stränge: Der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen ist eine Selbstverständlichkeit für alle, die für eine herrschaftsfreie Welt kämpfen. Er ist unabhängig von einer Neubestimmung immer notwendig. Das betrifft ein grundsätzliches Verhältnis der Fundamentalopposition gegenüber dem kapitalistischen System. Niemals kann eine radikale Linke die Folter, und daß GenossInnen im Knast weggesperrt werden, akzeptieren, auch unabhängig davon, welche politischen Positionen die Gefangenen innerhalb einer Neubestimmung einnehmen werden. Und das ist ja heute offensichtlich, daß es dabei keine einheitliche Vorstellung bei den Gefangenen gibt.

Die Diskussion um Neubestimmung ist eine andere Anstrengung, bei der mit großer Sorgfalt alle gemachten Erfahrungen überprüft werden müssen und die gesellschaftliche Situation hier sowie die internationalen Entwicklungen miteinbezogen werden müssen, um eine aus den veränderten Bedingungen bestimmte revolutionäre Perspektive entwickeln zu können. In so einem Prozeß, der damals wie heute ansteht, müssen selbstverständlich auch praktische Schritte und Initiativen entwickelt werden. Wir denken, der Kampf um die Freiheit der politischen Gefangenen kann nur innerhalb dieses Prozesses neu verankert werden.

Der Gedanke, daß es eine Überforderung der linken und fortschrittlichen Kräfte war, gleichzeitig den Kampf für die Freiheit zu forcieren und die Diskussion um Neubestimmung anzufangen, klärt das Problem nicht auf. Sicher war es eine widersprüchliche Situation. ’92 ist ja niemand von einer starken existierenden linken Kraft ausgegangen. Im Gegenteil ging es für viele darum, einen ganzen Berg Fragen zu bewältigen, die sich aus den Erfahrungen, an Grenzen gestoßen zu sein, ergaben. Es wird niemals eine Situation geben, in der von den äußeren Bedingungen her eine Situation der »Pause« besteht, in der alle mehr Luft haben. Objektiv gesehen war es in den letzten 25 Jahren nie so, daß die Entwicklungen des Imperialismus den Menschen

Zeit gegeben hätten. Wir können es uns also nicht aussuchen. Und wir sehen es nach wie vor als größte Notwendigkeit an, die Situation des »hohen Grades an Unorganisiertheit der radikalen Linken, der fehlenden gemeinsamen Diskussionsgrundlagen ...« aufzuheben. Wir hätten es falsch gefunden, das oder Kämpfe für konkrete Forderungen aufzuschieben.

Die anhaltende Schwäche in dieser Zeit war auch vom wenig solidarischen Verhalten der Gefangenen untereinander und einiger Gefangener zu uns seit April ’92 mitbestimmt. Die Gefangenengruppe war nicht in der Lage, als solidarischer Kern die Auseinandersetzung mitzubestimmen. Wenn das auch zum großen Teil Ergebnis der Isolation untereinander und der Unmöglichkeit, gemeinsame Diskussionen zu führen, war, ändert es nichts daran, daß das dem Staat einfach machte, seine Spaltungsstrategie auszubauen. Berechtigterweise hat das im Staatsapparat alle Hoffnungen genährt, daß er hier mit überhaupt keiner mobilisierenden Kraft mehr konfrontiert ist, sondern mit einem Zusammenhang, dessen Zerfallsprozeß zur vollsten Blüte heranreift.

Wesentlich dafür, daß unsere Drohung gegen den Staat nicht zur Wirkung kam, war unser Kontakt zu dem Bullen Steinmetz. Das, was wir in Hinsicht auf Druck gegen Staat und Kapital bis ’91 erreicht hatten, war durch unseren Kontakt mit ihm zu 100% neutralisiert. Eva Haule sagte im Prozeß (4.11.93), im August sei eine offene Situation gewesen, weswegen ihre Anwälte bei Schnarrenberger[322] waren. Damals haben wir das auch so gesehen. Heute wissen wir, die Situation bezüglich der Freiheit für die politischen Gefangenen war keineswegs mehr offen. Sie hatten sich längst dafür entschieden, daß kein Gefangener aus der RAF mehr rauskommt. Sie hatten bereits darauf gesetzt, uns nach 23 Jahren endgültig zerschlagen zu können. Mit Steinmetz sahen sie sich nicht im geringsten dazu gezwungen, zurückweichen zu müssen. So etwas verändert komplett ihr Vorgehen, es sei denn, es gibt so starke linke und gesellschaftliche Gegenkräfte, daß sie trotzdem zurückgekämpft werden können. Das war nicht der Fall.

Ein Mittel wie unsere Drohung kann nur dann (mit vielen anderen Initiativen zusammen) dazu beitragen, einen Sieg gegen den Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung zu erreichen, wenn sie keine Aussicht darauf haben, uns demnächst militärisch zerschlagen zu können. Also wäre eine Voraussetzung ’92/’93 gewesen, keinen Steinmetz an uns dran zu haben. Ohne ihn wäre die Drohung ein Mittel gewesen, den Geiselstatus der Gefangenen zurückzukämpfen. Die Kritik, daß ausgerechnet eine solche Drohung den Geiselstatus »festklopft«, ist ebenso abstrakt wie falsch.

Zu den Gesprächen mit Ströbele

Diese Gespräche haben dadurch, daß sie öffentlich zum Anlaß der Spaltung, die einige Gefangene zu uns schon lange vollzogen hatten, genommen wurden, und durch die ganzen Unterstellungen ein absolut unangemessenes Gewicht bekommen. Den einzig für uns nachvollziehbaren Grund für die Empörung bei einem Teil der Gefangenen sehen wir darin, daß die Initiative nicht von vornherein mit allen Gefangenen diskutiert worden ist. Darin sehen wir heute einen Fehler. Dieser Fehler hat seinen Anfang nicht mit den Gesprächen von Karl-Heinz Dellwo mit Ströbele, sondern ist Ausdruck des Zustands im politischen Zusammenhang Gefangene aus der RAF/RAF und ist eine

322 Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) löste Kinkel als Bundesjustizministerin ab.

Konsequenz daraus.

Sicher war es die falsche Konsequenz, und wir sehen die Parallele zu unserem Vorgehen seit April '92: Wir haben an unseren Vorstellungen festgehalten in der Überzeugung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, der für alle zum Ziel führen würde, und gehofft, daß sich in diesem Prozeß die Widersprüche untereinander auflösen würden. Wir haben diese Widersprüche erst im Laufe der letzten zwei Jahre als so tiefgreifend erfaßt, wie sie wirklich sind.

Der Prozeß, den wir mit dem April-Schritt eröffnet hatten, hatte für den gesamten politischen Zusammenhang Gefangene/RAF große Bedeutung – zu große, um in diesem Prozeß jahrealte, nicht aufgeklärte Widersprüche mitschleppen zu können. Was wir erreichen wollten, hätte eine große Übereinstimmung und Offenheit zueinander erfordert, die über die allgemeine Übereinstimmung, eine Zäsur für notwendig zu halten, hinausgeht. Statt an einem Strang ziehen zu können, haben wir in den Widersprüchen gehandelt. Auch unser Text vom August '92, mit dem wir anfangen wollten, öffentlich darüber zu reden, was wir im April mit »Fehler gemacht« meinten, war ein Kompromiß. Wir wollten das anfangen für eine Auseinandersetzung mit allen, für die diese Fragen wichtig sind, weil sie an der Zukunft der Kämpfe überlegen und weil wir Weiterentwicklungen und keine Wiederholungen wollen. Aber wir wußten, daß einige Gefangene diese Selbstkritik nicht als ihre sahen.

Wir wollten es ermöglichen, daß sie ihren Teil, eventuell auch widersprüchlich zu uns, selbst dazu beitragen. Wir wollten keine Vorwegnahme. Deshalb haben wir gesagt: Wir können über die Zeit vor '84 nicht reden. Was nicht dazu führte, daß die Gefangenen sich einschalteten. Stattdessen führte es zu den unnötigen Diskussionen: Wieso könnt ihr zu dieser Zeit nichts sagen? Natürlich hätten das alle, die '92 in der RAF waren, sagen können, wie sie die Geschichte sehen, die nicht erst '84 angefangen hatte.

Und natürlich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die 80er Jahre zu reflektieren, ohne die konzeptionelle Grundlage, also das Mai-Papier, miteinzubeziehen.

Wir können zum Inhalt der Initiative der Celler Gefangenen nicht mehr sagen als das, was Karl-Heinz Dellwo in der *taz* am 1.11.93 und Birgit Hogefeld im *Angehörigen-Info* vom 16.11.93 schon dazu gesagt haben. Da gibt es für uns nichts »zuzugeben«. Wir haben gesagt, sie stand zu unseren Vorstellungen nicht im Widerspruch, weil es unserem Interesse entsprach, Druck auf der Gegenseite zu erzeugen. Und es gab (vorausgesetzt, es hätte Steinmetz nicht gegeben) seit August '92 keinen besseren Zeitpunkt für so eine Initiative als nach Weiterstadt. Wir hätten uns Tausende Initiativen gewünscht, die Druck auf Staat und Kapital erzeugen.

Weder ging es in den Gesprächen um irgendwelche Gesamtlösungen im Zusammenhang mit uns, noch ging es um Verhandlungen oder sonstige »Fahrpläne«. Uns ist es immer noch nicht begreiflich, wie GenossInnen dazu kommen können, solche Sachen zu erfinden.

Wir teilen zwar nicht die Haltung eines Teils der Metropolenlinken gegenüber Verhandlungen, jedoch wäre es aufgrund des Kräfteverhältnisses Linke/Staat unrealistisch gewesen, daß so etwas zustande kommt.

Verhandlungen für selbstbestimmte Ziele einer revolutionären Linken können nur erkämpft werden!

Und da die Gefangenen, die radikale Linke und die RAF in den vergangenen Jahren weit weg von einer erforderlichen Stärke hierfür gewesen sind und unsere gefangenen Genossen in Celle das mit Sicherheit nicht anders gesehen haben, ist es nur eine denunziatorische Behauptung, es wäre mit Ströbele oder sonstwem um Verhandlungen gegangen.

Soziale Gegenmacht

Was wir brauchen, ist eine »... offene, solidarische und kritische Auseinandersetzung – und das ganz besonders in einer Zeit wie heute, wo es so viele Fragen und Probleme von gesellschaftlicher Relevanz gibt –, um voneinander zu lernen, Wege zu finden! ...« (Norbert Hofmeier[323], Gefangener aus dem Widerstand).

Wir finden es sehr schwer, die politischen Widersprüche, die zur Abspaltung eines Teils der Gefangenen von uns geführt haben, wirklich tiefgehend zu erfassen. Aus ein paar abgrenzenden Schlagwörtern wie »entpolitisiert« und »ganz in die Anpassung« oder Denunziationen ist nichts zu ziehen. Die Abgrenzung eines Teils der Gefangenen gegenüber dem, was wir gesagt und getan haben, war in den vergangenen zwei Jahren immer deutlich geworden. Hinzu kommt, daß viele ihrer Äußerungen extrem widersprüchlich und dehnbar waren. Im Zuge der Spaltung an einem »Deal«, den es gar nicht gab, und der Debatte darum sind die politischen Inhalte verwischt worden. Aus diesem Grund sagen wir nochmal einige Gedanken dazu, worum es uns politisch ging und geht.

Uns wundert, daß heute als Enthüllung und als Vorwurf kommt, daß wir keine Strategie haben, nachdem wir schon seit April '92 eine Diskussion wollen, in der neue Vorstellungen für die Zukunft revolutionärer Politik entwickelt werden. Wir sind davon ausgegangen, daß Ergebnisse einer Diskussion, also auch eine Neubestimmung, erst in einer gemeinsamen Auseinandersetzung gewonnen und nicht (von uns) vorweggenommen werden können.

Der Vorwurf vermittelt, es könnte heute Sache einer Gruppe sein, sozusagen »von außen« eine Konzeption zu entwickeln und anderen überzustülpen. Und das ohne den angepeilten Stoffwechsel zwischen uns und anderen, von dem noch kaum die Rede sein kann. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß in einer neuen Vorstellung und zukünftigen Organisierung sich die Erfahrungen und Auseinandersetzungen aus den verschiedensten Bereichen des Widerstands widerspiegeln müssen. Es ist absurd zu denken, ausgerechnet eine illegale Gruppe könnte heute alleine eine umfassende Konzeption in die Welt setzen.

Alle, denen es ernst ist mit einer Neubestimmung, müssen für diesen Prozeß Verantwortung übernehmen, natürlich auch wir.

Mit »Gegenmacht von unten« haben wir eine Vorstellung angerissen. Wir wollten eine Richtung benennen. Wir gingen davon aus, daß die Orientierung auf »Einheit der Revolutionäre« viel zu eng ist. Sowohl was den Blick auf die notwendige Entwicklung der Kämpfe betrifft, in denen es auch immer um politische Verankerung und Verbreiterung gehen muß, als auch was einen umfassenden Begriff der Situation betrifft. Beides ist in der ausschließlichen Konzentration auf die Organisierung von Revolutionären nicht möglich, auch wenn diese dafür Bedingung ist.

Wir brauchen eine emanzipatorische Bewegung, die nicht nur dazu in der Lage ist, die Strategien der Herrschenden zu bekämpfen. Sondern die darüber hinaus eigene Alternativen entwickeln kann, eine gesellschaftliche Gegenkraft aufbaut, die

323 Norbert Hofmeier ist ein ehemaliger Gefangener aus dem Widerstand. Er wurde am 20.1.1989 zu acht Jahren Haft wegen eines Anschlags auf eine Kaserne des BGS verurteilt und im August 1994 entlassen.

aus dem Selbstbewußtsein kämpfen kann, der Kälte und Vernichtung durch das kapitalistische System eigene Vorstellungen von menschenwürdigem Leben entgegensetzen zu können. Eine emanzipatorische Bewegung muß die Auseinandersetzung um alle Unterdrückungsverhältnisse wie Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus führen, um im Kampf zu ihrer Aufhebung zu kommen. Es geht um den Aufbau einer Gegenmacht, die sowohl den Willen hat als auch die Fähigkeit entwickelt, ihre Ziele gegen die Macht des Kapitals durchzukämpfen.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Bedingungen in Deutschland für einen Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten einfach wären. Auch das Bewußtsein der Linken ist vom Leben in der Metropole bestimmt. Hier ist es oft einfacher, sektiererische Kämpfe zu vollführen, als den Willen und die Anstrengung aufzubringen, gemeinsame Grundlagen zu entwickeln und Organisierung aufzubauen. Wenn die Indígenas in Chiapas sagen: »Dieses Volk wurde rebellisch und voller Würde geboren«, dann drückt das nicht unser Lebensgefühl in diesem Land hier aus. Aber der so einfache, arrogante und resignierte Blick auf »die anderen« drückt doch nur aus, die eigene Geschichte vergessen zu haben: hier ist bestimmt niemand als Revolutionär geboren worden. Und es ist katastrophal, in Deutschland das »Unten« den Faschisten zu überlassen.

Heute ist die Linke hier nicht deshalb nicht spürbar vorhanden, weil es keine Linken gibt, sondern weil sie es kaum in Angriff nehmen, eine gemeinsame Kraft zu entwickeln.

Wir haben gesagt, revolutionäre Politik muß dazu in der Lage sein, konkrete Veränderungen durchzukämpfen. Das hat mit einer auf Integration ausgerichteten Reformpolitik nichts zu tun. Uns geht es um einen Aneignungsprozeß, der erst mit der vollständigen Umwälzung der herrschenden Verhältnisse beendet sein wird (zumindestens in seiner ersten Etappe). Nicht nur die Lage der Völker im Süden und Osten macht deutlich, daß das notwendig ist. Auch die rasante destruktive politische, soziale und ökologische Entwicklung hier macht das existentiell.

Überall auf der Welt stellen sich die Revolutionäre die Aufgabe, eine soziale Gegenmacht entwickeln zu können. Eine Basis für den langen Atem für die internationale Revolution. Ein Aneignungsprozeß, der unter den Bedingungen der weltumspannenden Herrschaft des Kapitals heute schon beginnt und gegen diese durchgesetzt und verteidigt werden muß. »Die Macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut.« Eleuterio Fernández Huidobro, Tupamaros. GenossInnen aus dem Trikont betonen, daß sie die Entwicklung in Deutschland als weltweite Bedrohung für die Völker sehen. Heute kann die vordringliche Aufgabe internationalistischer Politik der Linken in Deutschland nur sein: Das Kräfteverhältnis hier und in dieser Gesellschaft zu unseren Gunsten zu entwickeln. Das verlangen GenossInnen aus dem Trikont von uns, womit sie recht haben. Da fängt der Internationalismus an. Das ist unsere Verantwortung. Die Verantwortung dafür, eine relevante Gegenkraft aufzubauen, die sich in die Lage versetzt, sowohl die Faschisten und Rassisten auf der Straße zu stoppen, als auch die Bestie Deutschland daran zu hindern, im Rahmen der NATO, der UNO und im Rahmen des globalen Marktes weiterzumarschieren.

Die Radikalität einer internationalistischen Linken wird sich nicht über Willensbekundungen oder verbalradikale Parolen herstellen; radikal werden wir nur dann sein, wenn wir es schaffen, relevanter Faktor zu werden, in einem Kampf für

wirkliche Veränderungen überall auf der Welt, für das Leben der »Weltmassen«, einem internationalen Kampf für die Menschenwürde. Das ist existentiell.

Dieser Prozeß wird hier nur Wirklichkeit werden können, wenn der soziale Inhalt in unseren Kämpfen identifizierbar wird. Ein emanzipatorischer Kampf kann nicht nur das »Gegen«, die Negation transportieren, sondern muß deren Neusetzung entwickeln. Dem Irrsinn des Kapitalismus, der Barbarei des globalen Marktes, der Verwertung von Mensch und Natur muß der soziale Sinn der an Mensch und Natur orientierten Gegenentwürfe entgegengestellt werden. Und so den sozialen Sinn revolutionärer Kämpfe kenntlich zu machen.

Der Kampf für die soziale Revolution steht im Widerspruch zu allen Formen der Herrschaft, zur Ausplünderung der Völker, zu Rassismus und Sexismus. Die Aneignung des gesamten sozialen Lebens, die Freiheit auf selbstbestimmte Organisierung des Lebens weltweit statt der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals kann nur gegen die herrschenden Verhältnisse erkämpft werden.

Dabei geht es nicht um alternative Lebensweisen, die sich mit dem System arrangieren. Auch hat das nichts mit »vorpolitisch« zu tun. »Das Soziale« ist der Kern der Revolution.

Wir sind in der Entwicklung der letzten Jahre bis hin zu Spaltung auf den Boden der Realität geknallt: Wir haben es als politischer Zusammenhang Gefangene/RAF nicht geschafft, die Erfahrungen aus 23 Jahren Kampf in diesen Prozeß gemeinsam einzubringen. Das ist eine Niederlage.

Von der sozialen Kenntlichkeit unseres Kampfes sind wir alle – RAF und Gefangene – weiter entfernt als die Jahre zuvor. Das zu ändern, wird neue Anläufe brauchen.

Das letzte Wort denen, die im weltweiten Kampf um soziale Revolution einen großen Schritt vorwärts durchgekämpft haben:

»Noch herrscht der Wind von oben, es kommt der Wind von unten, und dann kommt der Sturm. So wird es sein. Wenn der Sturm nachläßt, wenn der Regen und das Feuer die Erde zur Ruhe kommen lassen, dann wird die Welt nicht mehr diese Welt sein, sondern etwas Besseres« (EZLN Mexiko, August ’92).

Anmerkungen:

1 Jetzt im nachhinein wissen wir, daß wir es damit ihm – sprich: dem VS – sehr einfach gemacht haben. Es muß für sie ein Problem gewesen sein, mit der veränderten Situation nach dem 10.4. umzugehen. Vor dem 10.4. war es offensichtlich VS-Vorstellung, den Bullen in die Guerilla einzuschleusen, um uns dann zu zerschlagen. Deshalb versuchte er vorher eine Diskussion in diese Richtung anzufangen. Nach dem 10.4. war das nicht mehr angebracht, und seine Funktion änderte sich so, daß sie mit ihm einen Schlag gegen uns in der Hand hatten, für eine Situation, in der ihnen das politisch am meisten nützt. Das war nach Weiterstadt der Fall.

2 Die Übereinstimmung zwischen uns und einem Teil der Gefangenen erstreckt sich an diesem Punkt allerdings nur auf die Einschätzung. Aber nicht darauf, wie mit diesem Spaltungsinteresse umzugehen ist. Nämlich sich darüber bewußt zu sein und sich so auch davor schützen zu können. Tatsächlich waren wir in den letzten Jahren oft erschrocken darüber, wie sehr der Spaltungsplan aufgehen konnte. Wir waren immer davon überzeugt, daß der Staat nur dann Gefangene rauslassen würde, wenn es einen starken Kampf darum gibt. Dementgegen gab es Äußerungen von Gefangenen, die dem Staat unterstellten, er hätte die Absicht, einigen Gefangenen die Freiheit zu »schenken«; das Vernichtungsinteresse zielte also nicht auf alle Gefangenen (dies natürlich an politischen Widersprüchen untereinander festgemacht). Das bekam dann den Einschlag, wenn einige Gefangene tatsächlich freikommen würden, sei das nur Teil des Vernichtungsplans gegen die anderen. Die Wirklichkeit hat bewiesen, daß es keinen Staatsplan gab, irgendwem die Freiheit zu »schenken«.

Hungerstreikerklärung vom 27. Juli 1994

27.7 bis 3.8.1994

Wir gehen jetzt für eine begrenzte Zeit in den Hungerstreik, um nochmal mit Nachdruck die Situation zu vermitteln und wo sie steht.

Irmgard [Möller] soll nicht rauskommen, die Staatsanwaltschaft hat bereits angekündigt, daß sie in die nächste Instanz gehen wird, wenn es in einem halben Jahr oder wann zu einer Entscheidung des Gerichts kommt.

Also entweder Sperrfrist wegen Verweigerung der psychiatrischen Untersuchung oder die ganze Prozedur nochmal von vorne – damit haben sie weitere Jahre für Irmgard festgesetzt und so auch den »Maßstab« für den Rest von uns.

Wir denken, auch für die breitere Öffentlichkeit liegt jetzt offen auf dem Tisch, daß über diesen rein justiziellen Schlauch, auf den sie uns geschoben haben, nichts geht, bis in die Einzelheiten ist die ganze Unmöglichkeit zu sehen:

Aktuell werden Irmgards Mitgefangene und alle, die sie besuchen, aufgefordert, Einschätzung, Beobachtungen und Beurteilungen von ihr abzuliefern, als Material für die psychiatrische »Gefährlichkeitsprognose«. Was Irmgard ablehnt, sollen nun die Menschen tun, die ihr nahestehen und politisch verbunden sind.

Wir hoffen, das lehnen alle ab!

Es ist brotlos und an der Wirklichkeit vorbei, auf diesem Weg weiter mitzulaufen, sich an Scheinfragen abzuarbeiten (wie dem vorgeschobenen »Gutachterproblem«), von einer Anhörung auf die nächste zu hoffen, denn auf dem sogenannten rechtlichen Weg passiert schließlich immer nur eins: es wird die politische Vorgabe vom Staat exekutiert, der herrschende politische Wille.

Und der ist eindeutig: Wolfgang, Birgits Haftbedingungen und die Anklage gegen sie, wo schon alles klar ist: Jetzt soll die Kontinuität des bewaffneten Angriffs in der BRD bis ’92 abgeurteilt werden, wieder endloser Knast als Abschreckung gegen neue Aufbrüche; Evas Urteil; Heidis Prozeß und sämtliche Kronzeugenprozesse, die den Knast bis zum Tod für uns auch hundertfünfzig Prozent absichern sollen; über 100 neue politische Gefangene in den Knästen, PKK-Verbot und Verfolgung aller politisch aktiven kurdischen Menschen; Antifa-Prozesse; Razzien; Halim Dener, 16 Jahre, wird beim Plakatkleben von Zivilbullen erschossen.

Das ist die Realität, nicht die neueste Leimrute der Bundesanwaltschaft, auf die wieder alle gezogen werden sollen, wo sie wieder mit der Justiz winken, nachdem die gerade bei Irmgard den Hammer hat runterfallen lassen.

Freiheit, eine reale Freiheitsperspektive für uns Gefangene kann nur am Dreh- und Angelpunkt ansetzen: am politischen Willen, das heißt, einen anderen politischen Willen zu artikulieren und voranzubringen gegen die staatliche Liquidierungsstrategie, sie zum Einbrechen zu bringen. Wir sind damit, was wir seit ’88 versucht haben, aufzubauen, gescheitert. Aber trotzdem kann es auch weiterhin nur darum gehen, einen anderen politischen Willen zu bilden und zu artikulieren. Das ist nach wie vor der Punkt, um den es geht.

Das wollen wir mit dem Streik: die Realität wieder in die Diskussion holen, den scharfen Blick auf das, was ist. Unsere unveränderte Gefangenensituation, Trennung und Vereinzelung bis aufs Blut, nach 22 Jahren in härtesten Haftbedingungen soll Irmgard weiter gefangen bleiben, das Rechtsstaatsritual der Prozesse, wo sie in faktischen Todesurteilen geradezu baden, läuft weiter.

Wir glauben nicht, daß wir Druck auf die Entscheidung in diesem Lübecker Verfahren ausüben können, aber wir fordern alle auf, dafür zu kämpfen, daß sie jetzt freikommt, und sich nicht blenden zu lassen von diesem Anhörungsverfahren, das nur ein Vorwand ist, es ist klar, daß Irmgard ohne wenn und aber, ohne diesen ganzen Verfahrensschiß, wo sich jeder Mensch an den Kopf greifen muß, raus muß. Irmgard hat immer nur aus politischen Gründen gekämpft, nicht aus ihrer Persönlichkeitsstruktur, die jetzt Gegenstand der Begutachtung sein soll. Es ist ausgeschlossen, daß das überhaupt die Frage sein kann, und angesichts der langen Haft und ihrer angeschlagenen Gesundheit totaler Zynismus.

Es ist notwendig, einen Schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem Denken, das sich in den letzten Jahren etabliert hat, weg vom Starren auf »Angebote«, auf die Justiz, auf die ganze elende Tour, mit der der Staat die Schraube nur immer noch eine Umdrehung weiter zugedreht hat.

Irmgard muß raus!

Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Heidi Schulz, Rolf-Clemens Wagner

Einen Tag später hat sich auch Birgit Hogefeld dem Hungerstreik angeschlossen:

»Ich habe mich am 28.7.94 dem zeitlich begrenzten Hungerstreik, den gestern 12 Gefangene aus der RAF begonnen haben, angeschlossen.

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller!

Birgit Hogefeld«

Erklärung

vom 29. November 1996

Es ist mittlerweile hinreichend bekannt, daß Christoph Seidler[324] nie in der RAF gekämpft hat. Weiterhin wird der ehemalige Verfassungsschutz-Spitzel Siegfried Nonne[325] als Zeuge des Staatsschutzes geführt. Alle Welt weiß, daß der gesamte Komplex Nonne eine Erfindung deutscher Geheimdienste ist. Er selbst berichtete vor Jahren in einer Fernsehsendung, daß er vom VS unter Druck gesetzt wurde, die Aussagen als die seinigen zu bestätigen. Der Bruder des Siegfried Nonne, Hugo Föller, lebte genau in der Zeit, in der C. Seidler und andere dort gelebt hätten, in derselben Bad Homburger Wohnung. Er hat damals dem BKA gegenüber ausgesagt, daß außer ihm und

324 Der *Spiegel* veröffentlichte am 4.11.1996 ein Interview mit Christoph Seidler, der bis zu diesem Zeitpunkt auf den Fahndungsplakaten des BKA stand. In dem Interview erklärte er, daß er in der Zeit, in der nach ihm gefahndet wurde, im Nahen Osten bei einer palästinensischen Einheit gelebt hat. Er ist 1984, vor dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF, untergetaucht, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen. Nachdem er auf den Fahndungsplakaten auftauchte und ihm vorgeworfen wurde, zur RAF zu gehören, sei er ins Ausland gegangen. Ab 1992 hatte er sich auf die Rückkehr nach Deutschland vorbereitet und Beweise, Zeugenaussagen zusammengetragen, die beweisen daß er nicht an den Aktionen der RAF beteiligt war, die ihm vom BKA angelastet wurden. Kurz nach dem Interview stellte er sich der BAW, wurde kurzzeitig inhaftiert und nach Gesprächen mit der BAW entlassen.

325 Siegfried Nonne war V-Mann des Verfassungsschutzes und behauptete, daß das Kommando »Wolfgang Beer« bei ihm gewohnt hätte, bevor es die Aktion gegen Alfred Herrhausen durchgeführt hätte. Er wurde als einziger Belastungszeuge gegen Christof Seidler und Andrea Klump gehalten, obwohl Nonne als psychisch labil, geltungsbedürftig und erpressbar galt. Er nahm seine Version später öffentlich zurück, um sie danach wieder zu bestätigen.

Nonne dort niemand weiteres lebte – auch keine angeblichen Militanten der RAF. Mysteriöserweise verstarb der Bruder völlig unerwartet, kurz nachdem er seine Aussagen beim BKA gemacht hatte. Trotz seiner Aussage wurde er von staatlicher Seite praktisch nicht mehr erwähnt. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß deutsche Staatsschutzbehörden etwas mit dem Tod des Bruders von Nonne zu tun haben. Die Geheimdienstoperation bzw. das Rückkehrerprogramm, in dem Christoph Seidler jetzt zurückgekommen ist, läuft schon seit einigen Jahren. Thomas Simon[326] wurde vom BKA spätestens im Juli '90 vom Fahndungsplakat gestrichen. Seitdem läuft das Programm auf jeden Fall. Das BKA wollte C. Seidler ursprünglich ab Juli 1991 vom nächsten Fahndungsplakat nehmen (*SZ*, 25.11.96). Spätestens da hat der VS aller Wahrscheinlichkeit nach bereits gewußt, daß Christoph Seidler nie bei der RAF gewesen ist. Danach erst hat der VS seine Nonne-Erfindung der Öffentlichkeit präsentiert, bewußt und in dem Wissen, daß C. Seidler weder ein Militanter der RAF gewesen ist noch etwas mit dem Kommando Wolfgang Beer zu tun hatte.

Fest steht also, daß der Staatsschutz Beweise erfunden und konstruiert hat und auf dieser Grundlage jemand über Jahre hinweg verfolgt wurde. Wäre Christoph Seidler bei uns gewesen, wäre er im Falle seiner Verhaftung wegen dieser vom Staatsschutz erfundenen Zeugenaussage im gegen uns üblichen Maße verurteilt oder erschossen worden.

Wie leider nicht anders zu erwarten, kursieren mancherorts Gerüchte, daß wir etwas mit der Rückkehr des Christoph Seidler und dem in diesem Zusammenhang stehenden VS-Programm zu tun hätten. Dem ist nicht so. Wir haben nichts mit irgendwelchen »Aussteigerprogrammen« zu tun.

Aussteigerprogramm und Kronzeugenregelung sind zwei Seiten einer Medaille. Illegale oder Gefangene sollen dazu gebracht werden, sich zum Werkzeug des Staatsschutzes zu machen und so nicht nur ihre GenossInnen, sondern auch ihre eigene Geschichte zu verraten. In diesem Sinn zielt das Aussteigerprogramm auf »die prinzipielle Denunziation linker militanter Politik«. Die Ehemaligen, die in den 80ern in der DDR im Exil lebten, haben zum größten Teil ein trauriges Beispiel dafür gegeben, was dieses Programm ist. Gebrochene frühere Linke hingen der Bundesanwaltschaft an den Lippen und diktierten ihnen, was diese hören wollten. So kamen die erneuten Verurteilungen von Sieglinde Hofmann[327], Christian

326 Thomas Simon hatte eine ähnliche Geschichte wie Christoph Seidler. Er kam einige Jahre vorher nach Deutschland zurück. Ihm wurden keine konkreten Aktionen vorgeworfen, der Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF wurde fallengelassen. Thomas Simon, der bei seiner Rückkehr bewußt auf die »Hilfe« deutscher Behörden verzichtet hatte, bezeugte auch die Aussagen von Christoph Seidler.

327 Sieglinde Hofmann war Mitglied im SPK und wurde im Mai 1978 in Jugoslawien verhaftet und wieder freigelassen. 1980 wurde sie in Paris ein zweites Mal verhaftet und an die BRD ausgeliefert. Kurz vor ihrer eigentlichen Entlassung wird sie aufgrund der Kronzeugenaussagen der in der DDR Verhafteten erneut verurteilt.
Rolf Clemens Wagner kommt aus linksradikalen Zusammenhängen in Frankfurt/Main. Er wurde am 19.11.1979 in Zürich verhaftet, an die BRD ausgeliefert und später zu lebenslänglich verurteilt.
Heidi (Adelheid) Schulz kommt aus Karlsruhe und arbeitete in der Roten Hilfe. Sie wurde am 2.11.1982, zusammen mit Brigitte Monhaupt verhaftet und zu lebenslänglich verurteilt. Aufgrund der Isolation bzw. anderer Haftbedingungen ist sie im Knast schwer erkrankt.

Klar, Rolf-Clemens Wagner und Heidi Schulz zustande.

Bei Christoph Seidler liegen die Dinge natürlich anders als bei den früheren RAF-Militanten, die später in der DDR lebten. Wir wissen natürlich nicht, was er alles ausgesagt hat. Aus der RAF konnte er nicht aussteigen, weil er dort nie war. Das »Programm«, auf das er sich eingelassen hat, ist infolgedessen auch ein ganz anderes – im Konkreten jedenfalls. Wir sehen auch, daß er sich in einer schwierigen Situation befunden hat, in der er sich auf das Prozedere der Gegenseite einläßt oder hätte bleiben müssen, wo er war, obwohl er mit dem, weswegen er gesucht wurde, nichts zu tun hat, und auch sonst zur Zeit offensichtlich nur wenig Bezug zum revolutionären Kampf hat. Einfach »in Ordnung« ist das trotzdem nicht. Immerhin hat er auf jeden Fall Informationen über sein Exil preisgegeben und deutsche Geheimdienste dort hingeschickt, wo er solidarisch aufgenommen wurde und viele Jahre Schutz erhalten hat. Vom Standpunkt der radikalen Linken gibt es unseres Erachtens momentan keine gute Lösung für solch eine problematische Situation. Wir haben keine Antwort auf die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. Es gibt in den derzeitigen Verhältnissen nur einen wirklich korrekten Weg: Die Linke müßte sich ihre illegal und oftmals im Exil lebenden GenossInnen, die aus den letzten 25 Jahren Kampfgeschichte der Linken kommen, zurückkämpfen – sofern diese das wollen. Angesichts des Epochenbruchs auch für die Geschichte der Linken wäre heute dafür der richtige Zeitpunkt. Das aber läßt das gegenwärtige Kräfteverhältnis nicht zu. Wenn wir sagen, wir haben deswegen keine Antwort auf die Frage, wie damit umzugehen ist, heißt das trotzdem:

Aussagen über illegale Strukturen und geheime Orte des Exils sind und bleiben absolut abzulehnen.

Die Blüten, die das Einlassen auf VS-Programme treibt, sind richtig sichtbar geworden, in dem eine Genossin, die früher selbst in der RAF gekämpft hat, über Christoph Seidler und weitere GenossInnen Aussagen gemacht hat (*taz*, 4.11.96). Konkret ist es zwar richtig, daß es verschiedene »Fälle« der Linken gegeben hat, die aus verschiedensten Gründen in die Illegalität mußten (nicht unbedingt wegen dem Vorwurf, in der RAF organisiert zu sein. Das ist kein Kriterium für uns, ob wir jemandem helfen oder nicht). Manche konnten sich nicht vorstellen, sich illegal in der BRD zu organisieren. Solchen haben wir immer geholfen, wenn es erwünscht war, und wir das konnten. Allerdings ist das nichts, worüber es etwas mit dem Staatsschutz zu besprechen gäbe. Die Aussagen von Eva Haule[328], die sie im Zusammenhang des Aussteigerprogramms gegenüber den Bullen gemacht hat, sind ein absoluter Hammer. Zum Teil entlasten sie noch nicht mal Christoph Seidler, sondern haben mit dessen Rückkehr nichts zu tun. Kriterien und Bewußtsein sind verloren gegangen. Es fehlt an Distanz zu solchen »Programmen«. Was nicht heißt, daß diese nicht wieder zurückerobert werden könnten.

328 Eva Haule war aktiv in der Berliner Szene. Am 2. August 1986 wurde sie in Rüsselsheim, bei einem Treffen mit legalen Genossinnen und Genossen, verhaftet. 1988 ist sie wegen Mitgliedschaft in der RAF, dem Angriff auf die NATO-Schule und einem Überfall auf ein Waffengeschäft zu 15 Jahren verurteilt worden. Nachdem sie sich in einem Brief kritisch mit der Erschießung des US-Soldaten Pimental auseinandersetzt und damalige Standpunkte der RAF mit »wir« erklärt, wird daraus von der BAW ihre Beteiligung an der Aktion konstruiert, und sie wird noch einmal zu lebenslänglich verurteilt.

Wir wollen die Probleme aber nicht individualisieren und auf niemandem rumhacken. Es ist nicht nur ein Problem im Zerfallsprozeß unseres gesamten ehemaligen politischen Zusammenhangs, sondern eines der Linken. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet in den letzten Jahren verschiedentlich offen wurde, daß erhaltenswerte Grundsätze bezüglich des Verhältnisses zu Aussagen und unnötigem Gerede flöten gegangen sind. Für viele ist nicht nur eine Epoche zu Ende, sondern manch eine/r findet sich auch ganz persönlich nicht mehr wieder im radikalen Kampf gegen das System und/oder in illegalen Strukturen der Linken. Es sollte aber niemand vergessen, daß mit der eigenen Entscheidung andere nicht zum Objekt gemacht werden können. Die Entscheidung von Einzelnen führt weder dazu, daß der revolutionäre Kampf gleich ganz abgeblasen wird – noch dazu, daß in der zukünftige Linken nicht wieder illegale Kampfstrukturen gebraucht werden.

Es bleibt für alle Zeiten dabei – Zerfallsprozesse hin oder her: Keine Aussagen über bestehende illegale (oder legale) Strukturen! Keine Aussagen über geheime Exil-Orte und Strukturen! Es wird immer wieder GenossInnen geben, die davon Gebrauch machen und darauf angewiesen sind, daß die Bullen nicht alles darüber wissen, wie linke Strukturen so etwas organisieren könnten. Keine (scheinbar heute harmlosen) Infos über die Illegalität und wie diese zu organisieren möglich ist! Weder in der Form von Aussagen noch von entpolitisiertem Gelaber in Medien, »Anekdoten aus früheren Zeiten« in Büchern oder am Tresen, oder egal in welcher Form der Selbstdarstellung! Zurück zum Staat. Die ganze Geschichte rückt verschiedene Dinge ans Licht. Verfolgungen und eventuelle Verurteilungen von Illegalen und Legalen, ohne daß der Staatsschutz irgend etwas in der Hand hat, sind absolut üblich – wie eben auch gegen Christoph Seidler. Sie gaben vor, alles über ihn zu wissen – außer wo er sich aufhält. Die Wirklichkeit hatte mit den Staatsschutzbehauptungen nichts zu tun. Sie konstruieren eine künstliche Wirklichkeit in der bewußten Täuschung der Öffentlichkeit.

Sie wissen nicht viel über uns. Sie haben noch nie wirklich durchgeblickt, wie unsere Strukturen aussehen oder wer in der RAF organisiert ist. Wenn der Staatsschutz das Gegenteil behauptet, kann getrost davon ausgegangen werden, daß er täuscht. Das mindestens ist ja wohl ausreichend bewiesen mit dieser Geschichte. BKA-Fahndungsplakate sind keine »Mitgliedslisten« der RAF. Selbst die Tatsache, daß der VS- Spitzel Steinmetz sich mit welchen von uns treffen konnte, hat sie nicht dazu befähigt, uns zu zerschlagen.

Wir wollen an dieser Stelle auch etwas zu den Staatsschutz-Märchen im Zusammenhang der Aktion des Kommandos Katharina Hammerschmidt in Weiterstadt sagen. Sie behaupten, Steinmetz sei daran beteiligt gewesen. Natürlich wissen sie genauso wie wir, daß es sich auch hierbei um eine Erfindung staatlicher Organe der BRD handelt. Der Haftbefehl gegen einen ihrer Zuträger ist absolut lächerlich. Und natürlich gibt es keine Behörde der BRD, die ihn ernstlich kriminalisieren will.

Wir denken, daß es für diese Lüge zwei Gründe gibt. 1) Die Aktionen wurde von außergewöhnlich vielen Leuten gut gefunden. Auch über die Linke hinaus wurde dieser militanten Aktion mit Sympathie begegnet. Sie wurde von vielen als sinnvoll erachtet, was heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Deswegen möchten die Geheimdienste genau diese Aktion denunzieren. Wer würde es nicht als Dreck empfinden, wenn so eine

Aktion, die als Ablehnung herrschender Gewaltverhältnisse und bewußte Auflehnung gegen die herrschende Ordnung daherkam, in Wirklichkeit eine Geheimdienstoperation gewesen wäre. Gerade in der historischen Situation, in der die Linke sich überlegen kann und muß, was sie in Zukunft zu tun gedenkt, soll der bewaffnete Kampf der vergangenen Jahrzehnte als diffuse und nebulöse Inszenierung unter Beihilfe der Geheimdienste denunziert werden. Um das zu schaffen, wurden in der Vergangenheit u.a. Bücher verfaßt oder mindestens deren Verfasser mit Falschinformationen gefüttert (»RAF-Phantom«). Oder eben das Gerede von der steinmetzschen Beteiligung an der Aktion oder den lavierten Schwachsinn, die Bullen von Weiterstadt hätten in dieser Nacht etwas anders gemacht als in anderen Nächten. Das hätten sie gerne in den Köpfen, daß so eine Aktion nur unter ihrer »Duldung« möglich ist und unmöglich eine Widerstandsaktion sein kann. Schade, daß solche Staatsschutzpropaganda hier und da in der Linken Fuß fassen kann. Auch das bewußt gestreute Gerücht, der VS hätte bereits vorab durch seinen Spitzel über die anstehende Aktion Bescheid gewußt, hat diesen Zweck. Sicher – im nachhinein gesehen war es ein Gang auf Messers Schneide, in einem Zeitraum eine Aktion zu machen, in dem wir gleichzeitig mit einem Spitzel zu tun hatten. Wir haben damals riesiges Glück gehabt. Es ist wohl überhaupt keine Frage, daß es für den Staatsschutz in dieser Situation keine bessere Sache hätte geben können, als ein ganzes Kommando von uns mitten in dieser Aktion hochzunehmen. Es hätte eine ganze Reihe von Festnahmen oder Toten gegeben, die Knastsprengung hätte es nicht gegeben, und ihr Spitzel hätte vordergründig mit einer solchen Aktion gegen uns nichts zu tun gehabt. Zunächst wäre es für sie wesentlich naheliegender gewesen, auf diese Art Steinmetz im Spitzeldienst gegen uns und andere zu halten. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sie darauf verzichtet hätten, wenn sie vorab eine Information über die anstehende Aktion gehabt hätten. Dann hätte Weiterstadt für eine Niederlage der RAF gestanden und nicht für eine Möglichkeit des Widerstandes gegen ihr System. 2) Sie erfinden die Beteiligung ihres Spitzels, um uferlose Kriminalisierungen zusammenkonstruieren zu können. Verunsichert sein sollen alle, die irgendwann auch nur in der Nähe von Steinmetz gewesen sind.

Sie behaupten, daß Legale den Sprengstoff in einem Motorradkoffer mit einem Motorrad für uns transportiert hätten. Das ist so unwahr wie unrealistisch. Die Tatsache, daß unser Kommando gut 1 t Sprengstoff in Weiterstadt benutzte – was heute eigentlich uninteressant ist – zeigt aber, wie absurd diese Geschichte ist. Natürlich weiß der Staat, daß die von ihnen angegebene wesentlich geringere Menge Quatsch ist. Aber selbst um diese zu transportieren, würde uns was Besseres einfallen als »Szene«-Motorräder zu benutzen. Dieser Unsinn, den BAW und BKA behaupten, soll die Verfolgung einer Genossin wegen der angeblichen Beteiligung an Weiterstadt ermöglichen. Soweit also alles normal – könnte man meinen. Das Spezielle an dieser Geschichte ist aber, daß der VS über seinen Spitzel Steinmetz und dessen Beziehung zu Andrea Wolf explizit weiß, daß sie absolut nichts mit der Aktion in Weiterstadt zu tun hat. Hier wiederholt sich von der Struktur her etwas, was schon bei Christoph Seidler zum Tragen kam. Nur daß die Widersprüche, in die sich der Apparat mit seinem Zeugen Nonne verfangen hat, an die Öffentlichkeit geraten sind und nun nur schwerlich unter den Teppich zu kehren sind. Es wiederholt sich – wie

auch im zuendegegangenen Prozeß gegen Birgit Hogefeld und immer noch in der zusammengeklebten Konstruktion gegen Monika Haas[329] ... und nicht nur da ... und nicht erst heute.

Der Staat hat heute äußerst wenig Probleme damit, daß er zu immer offeneren Lügen gezwungen ist. Alle wissen, daß unser Genosse Wolfgang Grams – bereits gefangen – von der GSG 9 hingerichtet wurde. Trotzdem gibt es außerhalb der radikalen Linken so gut wie keine »kritische Medienöffentlichkeit«, von der es sich sagen ließe, sie hätten ein wenigstens halbwegs ausgeprägtes Interesse an der Wahrheit. Zu Gunsten der staatstragenden Version machen sie sich lieber zum Hampelmann der herrschenden Klasse.

Wir halten die Verwunderung darüber, daß der Staat trotz der Schwäche der Linken weiterhin mit Härte gegen sie vorgeht, für unverständlich. Im Gegenteil tritt er gerade deswegen nochmal nach. Vor allem in der historischen Situation, in der die Linke sich wandeln wird und eine neue systemoppositionelle Kraft entstehen kann, setzt der Staat umso mehr auf repressive Abschreckung. Niemand soll sich jemals mehr trauen, die Regeln des Systems bewußt und konsequent zu durchbrechen. Niemand soll sich mehr das Recht rausnehmen, gewalttätige Verhältnisse mit revolutionärer Gegengewalt zu beantworten. Und schon gar nicht in organisierter Form. Das wollen die Herrschenden der Linken mit auf den Weg geben. Deswegen soll jede Aktion der RAF abgeurteilt werden, auch wenn die Beweise dafür Phantasieprodukte der staatlichen Seite sind. Deswegen sollen GenossInnen auf Ewigkeiten in den Knast.

Dafür ist dem Staatsschutz jede Lüge recht.

Die Militarisierung im Innern ist ihre politische Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Entwicklung, die abzusehen ist. Die Vervielfachung des Polizeiapparates und die Legalisierung geheimdienstlicher und polizeilicher Maßnahmen gegen immer größere Teile der Gesellschaft, der totale Überwachungsstaat sind Begleitwerkzeuge zum sozialen Kahlschlag, den das kapitalistische System jetzt und für die Zukunft einfordert. Noch nie seit dem Nazi-Faschismus ist das System und sind damit auch die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturell so gewalttätig gewesen wie heute. Die personelle und materielle Aufrüstung von Polizei und BGS, der Justiz und der Bau immer neuer Knäste, der Aufbau von immer weiteren Sicherheitsdiensten, die Aufstellung von Bürgerwehren, der gesamte Abschiebeapparat und der ganze Terror gegen Flüchtlinge und Nichtweiße sowie gegen viele ohne deutschen Paß sind Ausdruck davon. Die potentielle Gewalt, die in dieser Maschine steckt, ist objektiv um ein vielfaches größer als bspw. 1977. Die polizeiliche Aufrüstung wird offen rassistisch begründet.

Alle ImmigrantInnen und alle Nichtweißen sind die, die von der gesellschaftlichen und systemischen Entwicklung am härtesten angegriffen werden.

Heute werden flächendeckende Kontrollen, Razzien und Abhörmaßnahmen u.v.m. mit der Abschottung der Metropolen vor Flüchtlingen und mit anderer rassistischer Hetze begründet und in diesem Zusammenhang eingesetzt. Genauso gegen die kurdische Bevölkerung, die mit dem Verbot der PKK zu einem großen Teil unter Versammlungsverbot gestellt worden ist. Sie werden in voller Härte bekämpft. Heute gibt es in der BRD mehr politische Gefangene aus dem kurdischen Befreiungskampf als aus der sonstigen Widerstandsgeschichte in der BRD. Abschiebungen in Folter und Tod sind jederzeit möglich. Kanther, der wohl ohne Übertreibung als einer der größten Schreibtischmörder Europas in der Gegenwart bezeichnet werden kann, wähnt sich im Krieg gegen die »organisierte Kriminalität«, die jeden Tag etwas anderes sein kann; alle können das sein. Der Rassismus von Typen wie Kanther macht aber vorzugsweise Rumänen, Vietnamesen, Russen, Chinesen ... usw. zu organisierten Kriminellen, vor denen »die Deutschen« zu schützen seien. Was von dem Geschrei über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Mafia zu halten ist, wird besonders deutlich angesichts der herzlichen und intensiven Zusammenarbeit des deutschen Staates mit der von der herrschenden Klasse in der Türkei um Außenministerin Tansu Ciller[330] organisierten Drogen,- Geheimdienst- und Militärmafia. Die Zusammenarbeit im schmutzigen Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die fortschrittlichen und linken Teile der Bevölkerung der Türkei laufen auf allen Ebenen. Das Rüstungsgeschäft der deutschen Industrie läuft wie geschmiert.

Die Überlegung, der Staatsschutzapparat bräuchte die RAF oder ähnliche Gruppen, um seine Existenz zu begründen, nimmt die rassistische Entwicklung nicht ausreichend wahr. Zudem stellt es unsere gesamte Kampfgeschichte und die aller bewaffnet kämpfenden Gruppen der BRD-Linken auf den Kopf. Dabei wird negiert, daß es immer eine ganz bewußte Entscheidung von jeder/m von uns gewesen ist, sich einer der bewaffnet kämpfenden Organisationen anzuschließen und deren Politik weiterzuentwickeln. Es gibt darin keine Zwangsläufigkeit, die Politik als Reflex auf die Eskalationen des Imperialismus einzuengen. Wo das passierte, waren es selbst zu verantwortende Fehler. Der subjektive Aufbruch ist hier ein entscheidendes Moment unseres Kampfes gewesen. Die Entscheidung ist immer mit Hoffnungen und der Vorstellung verbunden gewesen, im gemeinsamen weltweiten Kampf um Befreiung ein herrschaftsfreies Leben erkämpfen zu können. Unseren Kampf heute zum Objekt des Staates umzudeuten heißt, sich der eigenen Geschichte zu berauben. Daraus können keine Erkenntnisse für die Zukunft gezogen werden.

Auch der Gedanke, der Staat verhalte

329 Monika Haas wurde im November 1994 verhaftet. Aufgrund der Tatsache, daß sie in den siebziger Jahren mit einem palästinensischen Funktionär verheiratet war, wurde seit 1992, speziell vom *Spiegel*, eine Medienkampagne gegen sie inszeniert, in der ihr vorgeworfen wurde, sie hätte für verschiedene westliche und östliche Geheimdienste gearbeitet und sie hätte die Waffen für die Landshut-Entführung transportiert. Grundlage der Verdächtigungen waren verschiedene Szene-Gerüchte, die in den Akten der Stasi gelandet waren. Monika Haas klagte mehrmals erfolgreich gegen den *Spiegel* auf Unterlassung der Behauptungen. Nachdem im Oktober 1994 die Palästinenserin Souhaila Andrawes, auf Initiative der BAW, in Norwegen verhaftet wurde, erpreßten deutsche Ermittler von ihr die Falschaussage, daß Monika Haas die Waffen transportiert hätte. Sie erkrankte in der Haft und wurde erst 1997 wieder entlassen.

330 Tansu Ciller ist im Juli 1993 als erste Frau zur Vorsitzenden der konservativen DYP und zur Ministerpräsidentin gewählt worden. Die Wirtschaftswissenschaftlerin, die erst drei Jahre vorher in die Partei eingetreten war, galt als Vertreterin einer neoliberalen Modernisierungspolitik. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt begann sie mit der Privatisierung des in der Türkei traditionell großen staatlichen Wirtschaftssektors, kürzte die Sozialleistungen und verschärfte den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Unter ihrer Regierung wurde die kurdische, demokratische Partei DEP verboten und deren Abgeordnete aus der Parlamentssitzung heraus verhaftet. In Zusammenhang mit der Veröffentlichung mehrerer Spenden- und Finanzaffären, wegen der sie letzendlich zurücktrat, versuchte sie, die Berichterstattung der türkischen Medienkonzerne einzuschränken. Nach ihrem Rücktritt als Ministerpräsidentin wurde sie Außenministerin.

sich wie 1977, weil er immer noch mit voller Härte versucht, jeglichen Widerstand auszumerzen, berücksichtigt nicht die Realität von System und Gesellschaft. Die Militarisierung ihrer Politik nimmt umgekehrt die Entwicklung der kommenden Jahre oder vielleicht Jahrzehnte vorweg. Das sind die Ausgangsbedingungen, die sich der Linken stellen und die wir uns nicht aussuchen können.

Das System braucht nicht die RAF, sondern den Polizeistaat – als Umgehensweise mit den Widersprüchen, die das System selbst produziert. Das ist ihre gesellschaftliche Vision. Egal, ob Gruppen wie die RAF existieren oder nicht. Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Linken macht für uns nur einen Sinn, wenn sie zur Neubestimmung revolutionärer Politik und Neuformierung einer radikalen Linken beiträgt. Nur von da aus wird es möglich sein, systemüberwindende Visionen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tragen. Hierzu wird es keine »Signale der Politik«[331] von staatlicher Seite geben. Diese peitscht zu Gunsten der Entwicklung des Kapitals nach außen imperialistische Großmachtpolitik und nach innen eine neue Gesellschaft durch. Das ist ihre Konsequenz aus der Krise des kapitalistischen Systems und der Versuch, daraus als politische und ökonomische Macht gestärkt hervorzugehen. Deshalb das Roll-back dessen, was innerhalb des Kapitalismus an sozialen Rechten in der Metropole durchgesetzt werden konnte. Armut und Ausgrenzung werden in ganz anderem Ausmaß Bestandteil der gesellschaftlichen Realität in der Metropole sein. Staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus gehören zu den am meisten bestimmenden Erscheinungen des Lebens in Deutschland.

Es gibt keine Berührungspunkte zwischen denen, die das verantworten, und den Auseinandersetzungen, die auf unserer Seite notwendig sind, um im Prozeß der sozialen Revolution das alles hinwegzufegen.

Brief an die Interim,

29. November 96

Ihr habt in eurer Nummer 387 einen Brief von A.W. abgedruckt. Wir fänden's gut, wenn ihr dazu was Kurzes von uns in die interim bringt.

A.W. schreibt zum Kontakt des VS-Spitzels Steinmetz zu uns: »Ohne Stoffwechsel zwischen ihr und der legalen Linken kann eine Guerilla nicht leben, geschweige denn handeln. Daß eine derart wichtige Position sozusagen unter Einfluß des Verfassungschutz stand, macht den Verlauf der politischen Entwicklung in den letzten Jahren klarer ...«

Eigentlich erwarten wir von GenossInnen, die *über* uns und diese Geschichte reden, schon, daß sie wahrnehmen, was wir dazu gesagt haben (ausführlich im März '94).

Über Steinmetz hatte der Verfassungsschutz keinen Einfluß auf politische Entscheidungen, die die RAF getroffen hat.

Wir fragen uns, warum Andrea etwas anderes vermitteln will. Zumal sie Steinmetz kannte und mit ihm fast ein Jahr lang »politische Diskussionen« ... »um grundsätzliche Veränderung der Machtverhältnisse« geführt hatte. Eine solche Diskussion mit Steinmetz muß wohl eher Vortragscharakter gehabt haben. K.S. war nicht einer, der größere Impulse in die politische Diskussion bringen konnte, sicher gibt es auch Spitzel, die politisch wesentlich besser geschult sind, aber so einer war Steinmetz nicht – das ist doch ein Punkt, an dem wir uns alle, die mit ihm zu tun hatten, an den Kopf greifen müßten: er hat nie was entwickelt, nichts eingebracht, und trotzdem lief alles mit ihm weiter – erst sein jahrelanges Dasein in der Szene und dann auch der Kontakt zu uns. Vielleicht scheint es so, daß die eigene Verantwortung, der eigene Fehler ein bißchen kleiner wäre, wenn aus Steinnetz plötzlich der Politik-Crack wird, der an ach so entscheidender Stelle die Politik (der Guerilla) beeinflußte. Auf die Art wird es dann unmöglich, die eigene Struktur, die es möglich machte, so lange mit einem Bullen zu tun gehabt zu haben, zu verstehen.

Zugegeben: Es geht uns ziemlich auf die Nerven, immer wieder mit »Wahrheiten« über uns konfrontiert zu werden, die mit uns nichts zu tun haben. Aber noch wichtiger finden wir, nochmal zu sagen, daß die Auseinandersetzung um diese Erfahrung, wie es möglich war, daß Steinmetz sich so lange in der Szene halten konnte, bis hin zum Kontakt mit uns, mit der notwendigen Genauigkeit geführt werden sollte. Alle, die mit ihm zu tun hatten, sollten wirklich begreifen, wie das so laufen konnte. Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit sind hierfür unverzichtbar, dabei den Blick in erster Linie auf andere zu richten oder sich in großen Verschwörungstheorien weit ab der eigenen Verantwortung zu verlieren, bringt niemanden weiter. Der oberflächliche Blick auf die eigene Verantwortung verhindert es, den Fehler zu begreifen. Und das öffnet den nächsten Spitzeln schon wieder die Türe.

331 Die Passage bezieht sich auf die Schlußerklärung von Birgit Hogefeld, die Ihre Abschlußerklärung im Prozeß mit einem entsprechenden Appell beendet hatte.

Brief an die junge Welt

9.12.1996

Leserbrief zu den Artikeln von Ivo Bozic (5.12.) und Oliver Tolmein (6.12.) und unserer Stellungnahme (29.11.).

Da letzterer zum Teil ein Schuß in den Ofen war und Eure Kommentare dazu auch nicht gerade der Weisheit letzter Schluß, würden wir es gut finden, Ihr druckt das hier auch noch ab.

Wir hatten völlig unterschätzt, daß unser Text nach 2 1/2 jährigem Schweigen als demonstratives »Nichts-sagen« zu den Erklärungen von Helmut Pohl und Birgit Hogefeld verstanden werden mußte. Das war nicht unsere Absicht. Es hat sich für uns nichts an der Notwendigkeit verändert, die Geschichte der RAF und der gesamten Linken heute zu reflektieren. Es liegt uns völlig fern, Beiträge von GenossInnen dazu zu ignorieren. Wir wollten zusammen mit anderen GenossInnen, die nicht in der RAF organisiert sind, ein Resümee der Geschichte der Linken – und in ihr der RAF – ziehen und Schlußfolgerungen daraus für die Zukunft ableiten. Das fänden wir zwar immer noch am besten und zeitgemäß, hat sich aber als sehr langwieriges Projekt herausgestellt. Deshalb werden wir es demnächst doch unabhängig davon und doch wieder nur als RAF machen. Die Stellungnahme vom 29.11. haben wir nur aus aktuellem Anlaß geschrieben.

Oliver Tolmein schreibt, unsere Ablehnung von Geheimdienstprogrammen sei sowieso klar gewesen. Hätten wir diese Einschätzung auch gehabt, hätten wir noch etwas länger geschwiegen.

Gerüchte in den ganzen letzten Jahren ließen uns anderes befürchten. Natürlich finden wir das erfreulich, wie er das einschätzt. Immerhin haben ein Teil der Gefangenen den »Bruch« mit uns unter der Begründung »vollzogen«, sie müßten ei-

nen »Fahrplan abschneiden«, nach dem wir mit Hilfe des VS die RAF hätten abwickeln wollen. Das ist nie zurückgenommen worden.

Weniger erfreulich finden wir, daß Ivo Bozic die ziemlich ernste Frage danach, wie die Linke mit VS-Angeboten und Aussagen bei den Bullen umgeht, zum Privatproblem der RAF entpolitisiert. Es ist logisch, daß die Linke in der Phase, in der sie insgesamt ohne Orientierung dasteht und sich eher in der Defensive befindet, mit diesen Fragen härter und öfter konfrontiert ist. Ivo Bozic unterstellt uns hier egoistische Beweggründe. Ginge es uns um unseren eigenen Wanst, würden wir das sicher nicht öffentlich bekunden und damit den Staatsschutz an unseren Problemen teilhaben lassen.

Die Notwendigkeit eines klaren Verhältnisses zum Staatsschutz und zu klandestinen illegalen Strukturen zeigt sich keineswegs nur im Zusammenhang mit der RAF: Kriminalisierung antifaschistischer Strukturen (Kaindl), *radikal*, K.O.M.I.T.E.E., Fritzlaer Straße (wegen Steinmetz) usw.[332]

Zu einem anderen Punkt. Vermutlich werden wir noch gescholten werden, weil wir uns gegen das »Labern« in Medien ausgesprochen haben. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn GenossInnen in Filmen oder Veranstaltungen o.ä. einbringen, wie sie Früheres erlebten, wie sie das heute einschätzen und was daraus gelernt werden kann. Im Gegenteil.

Für uns ist es trotzdem eine problematische Situation, in der für einen großen Teil der GenossInnen die RAF und illegale Organisierung schon Geschichte sind, während wir uns nicht in Luft auflösen können und werden. Und es ist auch ganz unabhängig von uns nicht richtig, jetzt davon auszugehen, daß es nie wieder illegale Strukturen geben muß. Die gewalttätigen Verhältnisse und die Abwehrreflexe des Staates gegen systemüberwindende Vorstellungen und emanzipatorische Politik lassen diesen Schluß jedenfalls nicht zu – auch wenn das mit der RAF nichts zu tun hat.

»Einfach weitermachen« – wie Oliver Tolmein aus unserem Text folgert – ist unsere Sache ganz sicher nicht. Das RAF-Konzept ist überholt. Das ist objektiv so. Dabei bleibt es also auch. Alles andere würde völlig an der politischen Situation insgesamt – und unserer speziellen erst recht – vorbeigehen. Es kann auch keine modifizierte Neuauflage des Alten geben. Wenn wir auch keine Beschäftigung für die nächsten 100 Jahre darin sehen, wollen wir dazu beitragen, ein kollektives Bewußtsein über unsere Geschichte zu ermöglichen – mit dem Sinn, daraus Erkenntnisse zu gewinnen, die uns allen etwas für eine bessere, freiere, starke und emanzipative Politik für die Umwälzung der Verhältnisse in die Hand geben. Wer wollte, hat im Text vom 29.11. lesen können, daß wir mit dem, was seit Anfang der 90er bis in die jüngsten Tage dabei herauskam, weder glücklich noch zufrieden sind. Auch wenn es in den letzten Jahren unserer Meinung nach ebenfalls einige gute Beiträge dazu gegeben hat.

Der Vorwurf, wir würden die reaktionäre Entwicklung der BRD-Gesellschaft nur als staatliche Offensive wahrnehmen und nicht die antisoziale und rassistische Bedrohung sehen, die von einem großen Teil der Bevölkerung der BRD ausgeht, ist völlig aus der Luft gegriffen. Wir würden »den Blick« für das verlieren, »was sonst noch in der Gesellschaft passiert«, muß offensichtlich her, um uns einen politischen Inhalt nachzuweisen, der was hergibt für »scharfe« Kritik. Nichts in unserem Text sagt das aus, was uns hier vorgeworfen wird. Wir haben die gesellschaftliche Entwicklung nur erwähnt, nicht zum Thema dieser Stellungnahme gemacht. Aber aus allem, was wir dort nicht zum Punkt gemacht haben, uns so was reinzudrücken, finden wir nicht sonderlich radikal – auch wenn es sich noch so sehr danach anhört. Die Idee zu dieser Kritik dürfte daher kommen, daß wir in früheren Erklärungen (Anfang der 90er) diesen Blickwinkel vernachlässigten. Damals wurden wir dafür kritisiert. Berechtigterweise. Für heute gilt das nicht. Ganz im Gegenteil – wir sehen die Wichtigkeit dieser gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Bedeutung für zukünftige Konzepte der Linken.

332 Gerhard Kaindl war Funktionär der faschistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat«. Er wurde 1992 bei einer Auseinandersetzung mit Antifaschisten in Berlin erstochen. Ein Jahr später wurden in Berlin mehrere Antifaschistinnen und Antifaschisten verhaftet, weitere entzogen sich der Verhaftung und tauchten unter. Sie kamen erst nach dem Abschluß des Prozesses zurück. Einer der Untergetauchten, der türkische Antifaschist Cengiz Ulutürk, der im Verfahren von anderen »indirekt« belastet wurde, blieb untergetaucht und wurde als Mitglied einer kämpfenden Einheit 1996 in Kurdistan vom türkischen Militär ermordet.
Die *radikal* ist eine linksradikale Zeitschrift, die seit 1984 verdeckt hergestellt wird. Am 15. Juni 1995 stürmte die Polizei 50 Wohnungen im gesamten Bundesgebiet und eröffnete Verfahren gegen rund 25 Leute, denen vorgeworfen wurde, die Zeitung konspirativ hergestellt zu haben und damit nicht nur »terroristische Vereinigungen« unterstützt zu haben, sondern selber eine zu sein. Ein Teil der Beschuldigten tauchte nach der Razzia unter.
Das K.O.M.I.T.E.E. führte erstmals eine Aktion im Oktober 1994 durch. Im Zusammenhang mit der deutschen Kriegspolitik gegen Kurdistan machte die Gruppe einen Brandanschlag auf eine Kaserne der Bundeswehr in Bad Freienwalde. In der Woche vor dem Autonomie-Kongreß, Ostern 1995 in Berlin, versuchte die Gruppe, einen bezugsfertigen Abschiebeknast in Berlin-Grünau zu sprengen. Die Aktion wurde im letzten Augenblick von der Polizei verhindert. Drei Genossen aus der Berliner Szene wurden verdächtigt, Mitglieder des K.O.M.I.T.E.E. zu sein und sind seitdem untergetaucht.

5 Anhang

Verwendete Literatur für die Vorbemerkungen

Baaker Schut, Pieter (Hg.): *das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF aus der Diskussion 1973–1977*, Kiel: Neuer Malik Verlag (1987)

Baaker Schut, Pieter: *Stammheim. Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung*, Kiel: Neuer Malik Verlag (1986)

Bakker Schut/Rambert/Binswanger (Hg.): *Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. Kritische Anmerkungen zu dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland an den UN-Menschenrechtsausschuß vom November 1977*, o.O.: Selbstverlag (1983)

Brückner, Peter: *Über die Gewalt. Sechs Aufsätze zur Rolle der Gewalt in der Entstehung und Zerstörung sozialer Systeme*, Berlin: Wagenbach Verlag (1979)

Brückner, Peter: *Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse*, Berlin: Wagenbach Verlag (1976)

Brückner, Peter: *Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären*, Berlin: Wagenbach Verlag (1978)

Dingemann, Rüdiger: *Bewaffnete Konflikte seit 1945. Zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, Befreiunsgkriege in der Dritten Welt, Bürgerkriege*, Düsseldorf: Econ (1983)

diskus-Redaktion (Hg.): *Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken*, Berlin: Edition ID-Archiv (1992)

Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung von Hanns Martin Schleyer. Ereignisse und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine »Landshut«, München: Goldmann (1977)

Enzensberger, Hans Magnus & Michel, Karl Markus: *Kursbuch 32. Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen*, Berlin: Kursbuch/Rotbuch 1973

Fetscher, Iring & Rohrmoser, Günter: *Analysen zum Terrorismus 1. Ideologien und Strategien*, Opladen: Westdeutscher Verlag (1981)

Fritzsch, Ronald & Reinders, Ralf: *Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenz-Entführung, Knast*, Berlin: Edition ID-Archiv (1995)

Geronimo: *Feuer & Flamme. Zur Geschichte der Autonomen*, Berlin: Edition ID-Archiv (1995/4.A.)

Hogefeld, Birgit: *Ein ganz normales Verfahren ... Prozeßerklärungen, Briefe und Texte zur Geschichte der RAF*, Berlin: Edition ID-Archiv (1996)

GNN-Verlag (Hg.): *Bundesrepublik Deutschland (BRD), Rote Armee Fraktion (RAF). Ausgewählte Dokumente zur Zeitgeschichte*, Köln: GNN-Verlag (1987)

Hein, Peter: *Stadtguerilla/bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin. Eine Bibliographie*, Berlin: Edition ID-Archiv (1989)

ID-Archiv im IISG (Hg.): *Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams*, Berlin: Edition ID-Archiv (1994)

ID-Archiv im IISG (Hg.): *Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*, Berlin: Edition ID-Archiv (1993)

ID-Archiv im IISG (Hg.): *Schwarze Texte. Politische Zensur 1968–1989*, Berlin: Edition ID-Archiv (1989)

ID-Archiv im IISG (Hg.): *»Wir haben mehr fragen als antworten ...« RAF-Diskussionen 1992-1994*, Berlin: Edition ID-Archiv (1995)

Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in der BRD – Sektion BRD (Hg.): *Texte: RAF*, Malmö: Verlag Bo Cavefors (1977)

Linke Liste Uni Frankfurt (Hg.): *Die Mythen knacken. Materialien wider ein Tabu*, Frankfurt/M: Selbstverlag (1987)

Miermeister, Jürgen & Staadt, Jochen (Hg.): *Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971.* Darmstadt: Luchterhand (1980)

Peters, Butz: *RAF. Terrorismus in Deutschland*, München: Knaur (1993)

Pflieger, Klaus: *Die Aktion »Spindy«. Die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns Martin Schleyer*, Baden-Baden: Nomos Verlag (1997)

Roth, Karl Heinz & Teufel, Fritz u.a.: *(Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla*, Tübingen: iva-Verlag (1980)

Sack, Fritz & Steinert, Heinz: *Analysen zum Terrorismus 4/2. Protest und Reaktion*, Opladen: Westdeutscher Verlag (1984)

Scheerer, Sebastian u.a.: *Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus*, Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag (1988)

Stuberger, Ulf G. (Hg.): *»In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Enslin wegen Mordes u.a.« Dokumente aus dem Prozeß*, Frankfurt/M.: Syndikat Verlag (1977)

Tolmein, Oliver: *Nix gerafft. 10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag (1987)

Tolmein, Oliver: *»RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag (1997)

Tolmein, Oliver: *Stammheim Vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag (1992)

Verlag Neue Kritik (Hg.): *Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat*, Frankfurt/M.: Neue Kritik (1987)

Weidenhammer, Karl-Heinz: *Selbstmord oder Mord. Todesermittlungsverfahren Baader, Ensslin, Raspe*, Kiel: Neuer Malik Verlag (1989)

Widerstand heißt Angriff! Erklärungen, Redebeiträge, Flugblätter und Briefe 1977–1987, Amsterdam: Selbstverlag (1988)

Wüster Haufen (Hg.): *aufruhr. Widerstand gegen Repression und § 129a*, Berlin: Edition ID-Archiv (1991)

Kleine Chronologie zur Geschichte der RAF

1968

Anfang April explodieren nachts in zwei Frankfurter Kaufhäuser Brandsätze, die einen hohen Sachschaden verursachen. Drei Tage später werden Thorwald Proll, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Horst Söhnlein festgenommen und im Oktober zu je drei Jahren Haft verurteilt.

1969

Im Juni erhalten die Frankfurter Kaufhausbrandstifter bis zur Entscheidung über die Revision Haftverschonung.
12. November: Der Bundesgerichtshof verwirft die Revision. Die Verurteilten sollen die Reststrafe von 22 Monaten absitzen.

1970

4. Februar: Das Gnadengesuch für die Brandstifter wird abgelehnt. Andreas Baader und Gudrun Ensslin kommen der Aufforderung, ihre Strafe anzutreten, nicht nach.
12. Februar: In Heidelberg wird das Sozialistische Patientenkolletiv (SPK) gegründet.
4. April: Andreas Baader wird bei einer Verkehrskontrolle in West-Berlin verhaftet; am *14. Mai* wird er während einer »Ausführung« aus einem Berliner Uni-Institut gewaltsam befreit, dabei wird ein Institutsangehöriger verletzt.
22. Mai: In der linksradikalen Zeitschrift *agit 883* erscheint die erste öffentliche Erklärung der RAF unter dem Titel »Die Rote Armee aufbauen«.
15. Juni: Der *Spiegel* druckt ein Interview mit Ulrike Meinhof ab.
8. Oktober: Horst Mahler, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Brigitte Asdonk und Monika Berberich werden in West-Berlin wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF sowie der Baader-Befreiung festgenommen.
20. Dezember: In Oberhausen wird Karl-Heinz Ruhland verhaftet und macht als erster Aussagen über die Gruppe.

1971

April: Es erscheint »Das Konzept Stadtguerilla«; im Juni wird das RAF-Strategiepapier »Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – Die Rote Armee aufbauen!« veröffentlicht. Es erscheint im September auch als Rotbuch 29 im Berliner Wagenbach-Verlag unter dem Titel »Kollektiv RAF – Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa«. Das Buch wird sofort nach Erscheinen verboten und beschlagnahmt.
15. Juli: Bei der bisher größten Fahndungsaktion gegen die RAF wird Petra Schelm bei ihrer Festnahme erschossen, ihr Begleiter Werner Hoppe verhaftet und später wegen versuchten Mordes angeklagt.
22. Oktober: Margit Schiller wird in Hamburg festgenommen, dabei wird der Polizist Norbert Schmid erschossen. Der tötliche Schuß stammt aber nicht aus ihrer Waffe.
Im November wird als erster Häftling der RAF Astrid Proll in den »Toten Trakt« verlegt – einen völlig abgeschiedenen Teil des Gefängnisses Köln-Ossendorf.
4. Dezember: Bei einer Fahndungsaktion in West-Berlin mit 3 000 Polizisten wird der Student Georg von Rauch durch einen Kopfschuß getötet.
Im Laufe des Jahres werden in Kassel, München, Hannover, Kiel und Berlin politisch motivierte Banküberfälle registriert, bei denen eine knappe Million Mark erbeutet werden. In Berlin und München kommt es zu zahlreichen Anschlägen u.a. auf Justizgebäude, US-Einrichtungen, Polizeireviere, Banken.

1972

2. März: In Augsburg erschießen Beamte einer Sonderkommission des bayerischen Kriminalamtes den Student Thomas Weisbecker, seine Begleiterin Carmen Roll wird verhaftet.
Am gleichen Tag kommt es in Hamburg zu einem Schußwechsel. Wolfgang Grundmann und Manfred Grashof werden festgenommen, Grashof und der Hauptkommissar Hans Eckardt schwer verletzt. Eckardt stirbt drei Wochen später an den Folgen der Schußverletzung.
April: Die Schrift »Rote Armee Fraktion: Stadtguerilla und Klassenkampf« erscheint und wird auszugsweise im Spiegel veröffentlicht.

»Mai-Offensive« der RAF
11. Mai: Sprengstoffanschlag des »Kommandos Petra Schelm« auf das Hauptquartier des 5. US-Corps in Frankfurt, dabei werden ein Soldat getötet und 13 Personen verletzt.
12. Mai: Sprengstoffanschläge des »Kommando Thomas Weisbecker« auf das Polizeipräsidium in Augsburg und das bayerische Landeskriminalamt in München.
15. Mai: In Karlsruhe exlodiert im Wagen des mit Ermittlungen gegen die RAF beschäftigten Bundesgerichtshof-Richters Buddenberg eine Bombe des »Kommandos Manfred Grashof«. Bei dem Anschlag wird die Frau des Bundesrichters verletzt.
19. Mai: In Hamburg explodieren zwei Bomben im Springer-Hochhaus. Weitere Bomben können entschärft werden. Trotz rechtzeitiger Warnungen läßt Springer sein Haus nicht räumen, es werden 17 Arbeiter verletzt.
24. Mai: Im europäischen Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg kommt es zu Bombenexplosionen. Drei amerikanische Soldaten werden getötet, fünf weitere verletzt. Das »Kommando 15. Juli« übernimmt die Verantwortung.
31. Mai: Auf einem (verbotenen) Teach-In der Roten Hilfe in Frankfurt wird eine Tonbanderklärung Ulrike Meinhofs abgespielt.
1. Juni: Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe werden in Frankfurt nach einem Feuergefecht mit der Polizei verhaftet, Baader dabei schwer verletzt.
Im November erscheint das vierte Papier der RAF mit dem Titel »Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes«. In dem Text wird die Aktion als beispielhaft für die »revolutionäre Strategie des antiimperialistischen Kampfes« gewürdigt.
7. Juni: Gudrun Ensslin wird in Hamburg verhaftet.
9. Juni: Festnahme von Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun in Berlin.
15. Juni: Ulrike Meinhof und Gerhard Müller werden in Hannover von einem Quartiergeber verraten und verhaftet. Müller stellt sich später als Kronzeuge der Anklage zur Verfügung.
25. Juni: Bei einer Hausdurchsuchung in Stuttgart erschießt die Polizei den britischen Handelsvertreter Ian McLeod durch die geschlossene Schlafzimmertür. Vormieter der Wohnung waren RAF-Mitglieder. Ein Verfahren gegen den Todesschützen der Polizei leht die Staatsanwaltschaft ab, der Beamte habe sich in Putativ-Notwehr befunden.
29. Juni: Katharina Hammerschmidt stellt sich in Begleitung ihres Rechtsanwaltes Otto Schily der Polizei.
9. Juli: Klaus Jünschke und Irmgard Möller werden in Offenbach festgenommen.
26. Juli: Werner Hoppe wird in Hamburg wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Haft verurteilt.

1973

17. Januar – 12. Februar: 40 politische Gefangene treten in den ersten gemeinsamen Hungerstreik und fordern die Aufhebung der Isolationshaft und insbesondere, daß Ulrike Meinhof aus dem »Toten Trakt« herauskommt.
8. Mai – 29. Juni: Hungerstreik von 80 politischen Gefangenen, um die Gleichstellung der politischen mit allen anderen Gefangenen und freie politische Information zu erreichen. Erstmals wird die Zwangsernährung praktiziert.
20. Juni: Ausbruch von Inge Viett (noch Bewegung 2. Juni) aus dem Frauengefängnis in Berlin-Moabit.
16. Juli: Erste Razzia der Zellen von Baader, Ensslin, Meins, Möller und Raspe durch das BKA.
22. November: Ali Jansen wird in Berlin wegen zweifachen Mordversuchs zu 10 Jahren Haft verurteilt.

1974

Januar: Monika Berberich wird für verhandlungsunfähig erklärt. Sie war seit Oktober 1970 völlig isoliert.
Der Prozeß gegen Katharina Hammerschmidt wird abgebrochen, nach 17 monatiger Haft wird sie wegen einer Krebserkrankung entlassen, die notwendige ärztliche Behandlung wurde von den verantwortlichen Ärzten der Strafanstalt, trotz Proteste der Anwälte, nicht durchgeführt. Zweieinhalb Jahre später stirbt Katharina Hammerschmidt im Alter von 30 Jahren in einem Berliner Krankenhaus.
4. Februar: In Hamburg werden Helmut Pohl, Ilse Stachowiak, Christa Eckes und Rechtsanwalt Eberhard Becker verhaftet; in Frankfurt werden Margit Schiller, Kai-Werner Allnach und Wolfgang Beer festgenommen; in Amsterdam ein paar Tage später Axel Acherrath und Ekkehard Blenk. In Hamburg und Frankfurt werden dabei Waffen, Sprengstoff und Papiere sichergestellt.
4. Februar: Astrid Proll wird wegen Haftunfähigkeit aus dem Gefängnis entlassen und taucht unter.
21. Mai: In München wird der als »Sympathisant« verdächtige Taxifaher Günther Jendrian von einem Fahndungskommando erschossen.
13. September – 5. Februar 1975: Dritter kollektiver Hungerstreik von 40 Gefangenen. Ergebnis sind stundenweiser Umschluß und gemeinsame Freistunde.
27. September: In einer Erklärung von Monika Berberich für die Gefangenen der RAF wird Horst Mahler aus der RAF ausgeschlossen. Mahler hatte sich kurz vorher der maoistischen KPD angeschlossen.
9. November: Nach 54 Tagen Hungerstreik, zuletzt mit Zwangsernährung, stirbt Holger Meins in der Strafanstalt Wittlich.
19. November: Rechtsanwalt von Plottnitz stellt im Namen der Angehörigen von Holger Meins gegen den Genaralbundesanwalt Buback, den Vorsitzenden im Stammheimer Prozeß, Prinzing, des Chef des BKA, Herold, den Wittlicher Anstaltsleiter und den Anstaltsarzt Strafanzeige wegen Mordes bzw. Totschlags.
26. November: Die Kanzleien der Rechtsanwälte Eschen, Spangenberg und Ströbele in West-Berlin werden durchsucht
29. November: Horst Mahler wird in Berlin zu 14 Jahren, Ulrike Meinhof zu acht Jahren Haft verurteilt.

1975

20. Januar: Im Spiegel erscheint ein ausführliches Interview mit den Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe; in diesem Gespräch äußern sie sich zu ihrem politischen Selbstverständnis und den Haftbedingungen.

März/April: Die Rechtsanwälte der Stammheimer Gefangenen Kurt Groenewold, Klaus Croissant und Christian Ströbele werden vom Verfahren suspendiert und ausgeschlossen.
24. April: Das »Kommando Holger Meins« besetzt die deutsche Botschaft in Stockholm, nimmt zwölf Geiseln und verlangt die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. Obwohl das Kommando den Militärattaché Andreas von Mirbach und Botschaftsrat Heinz Hillegart erschießt, geht die Bundesregierung nicht auf die Forderungen ein. Beim Sturm auf die Botschaft kommt es zu einer Explosion, bei der das Kommandomitglied Ulrich Wessel getötet wird. Siegfried Hausner erliegt am 4. Mai, nach seiner Auslieferung in die BRD, seinen Verletzungen. Festgenommen werden Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernhard Rössner und Lutz Taufer.
10. Mai: Rechtsanwalt Haag wird kurzzeitig festgenommen und seine Verteidigungsunterlagen beschlagnahmt. Am Tag darauf läßt er durch seine Kanzlei mitteilen, daß er in die Illegalität gegangen sei.
21. Mai: In der »Mehrzweckhalle« in Stuttgart-Stammheim beginnt der Prozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe.
13. September: Im Hamburger Hauptbahnhof explodiert eine Bombe, für die in den Medien die RAF verantwortlich gemacht wird. Die Gefangenen der RAF sprechen von einer faschistischen Provokation. In der Folgezeit kommt es zu weiteren Anschlägen auf öffentliche Einrichtungen, von der sich die RAF distanziert.

1976

20. Januar: Rechtsanwalt Azzola, der Verteiger Ulrike Meinhofs, stellt in Stammheim den Antrag, die Angeklagten als Kriegsgefangene anzuerkennen und das Verfahren abzubrechen.
16. März: Irmgard Möller und Gerhard Müller werden in Hamburg zu viereinhalb und zehn Jahren verurteilt. Müller, der wegen Polizistenmordes vor Gericht stand, erhält damit für seine Zusammenarbeit mit den Anklagebehörden erheblichen Strafnachlaß.
9. Mai: Ulrike Meinhof wird in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim erhängt aufgefunden.
7. Juli: Vier Frauen aus der RAF bzw. von der Bewegung 2. Juni (Monika Berberich, Juliane Plambeck, Gabriele Rollnik und Inge Viett) gelingt der Ausbruch aus der Haftanstalt Lehrter Straße in Berlin. Monika Berberich wird bereits am 21.7. wieder festgenommen.
30. November: An der Autobahn bei Butzbach werden Siegfried Haag und Roland Mayer festgenommen.

1977

29. März – 30. April: Zeitweise über hundert Gefangene befinden sich im Hungerstreik. Sie fordern eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konventionen für Kriegsgefangene entspricht, die Abschaffung der Isolation und die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen.
7. April: In Karlsruhe werden auf den Dienstwagen von Generalbundesanwalt Buback von einem Motorrad aus Schüsse abgegeben, dabei werden Buback und seine zwei Begleiter getötet. Ein »Kommando Ulrike Meinhof« bekennt sich zu dem Anschlag.
28. April: In Stammheim werden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu lebenslanger Haft verurteilt.
3. Mai: Nach einem Schußwechsel mit der Polizei werden in Singen Günter Sonnenberg und Verena Becker festgenommen. Ein Polizist und Sonnenberg werden schwer, Verena Becker leicht verletzt.

2. Juni: In Kaiserslautern werden Manfred Grashof und Klaus Jünschke zu lebenslänglich und Wolfgang Grundmann zu vier Jahren verurteilt.
11. Juli: Rechtsanwalt Croissant, dessen Haftbefehl wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gegen Kaution und Auflagen ausgesetzt ist, verläßt die BRd und sucht in Frankreich um politisches Asyl nach.
20. Juli: In Düsseldorf werden Lutz Taufer, Bernd Rössner, Karl-Heinz Dellwo und Hanna Krabbe zu je zweimal lebenslänglich verurteilt.
30. Juli: Jürgen Ponto, Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank, wird bei einem Entführungsversuch in seinem Haus in Oberursel erschossen. »Susanne Albrecht aus einem Kommando der RAF« bekennt sich zu der Tat.
9. August – 2. September: 5. kollektiver Hungerstreik
25. August: In Karlsruhe entdeckt man eine auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft gerichtete Raketenabschußanlage, deren Zeitautomatik nicht funktioniert hat.
5. September: Das RAF-»Kommando Siegfried Hausner« entführt in Köln Hanns-Martin Schleyer und erschießt dabei dessen drei Begleiter. Das Kommando fordert von der Bundesregierung im Austausch gegen Schleyer die Freilassung elf politischer Gefangener, den Flugtransport in ein Land ihrer Wahl sowie 100 000,– DM pro Person.
7. September: Von der Bundesregierung wird die Kontaktsperre über 72 Gefangene verhängt, die erst einen Monat später durch Gesetz legalisiert wird.
22. September: In Utrecht wird der der Beteiligung am Buback-Attentat verdächtige Knut Folkerts nach einer Schießerei, bei der ein niederländischer Polizist stirbt, gefaßt. Am 20. Dezember wird er wegen Mordes zu 20 Jahren verurteilt, später an die Bundesrepublik ausgeliefert.
13. Oktober: Eine Boing der Lufthansa wird von dem palästinensischen »Kommando Martyr Halimeh« entführt, das ebenfalls die Freilassung der Gefangenen aus der RAF fordert.
17. Oktober: Ein Kommando der GSG 9 stürmt in Mogadischu/Somalia die Maschine und befreit die entführten bundesdeutschen Urlauber.
18. Oktober: Um sieben Uhr früh werden Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwer verletzt in ihren Zellen gefunden. Irmgard Möller bestreitet bis heute die offiziell verbreitete Selbstmordversion.
19. Oktober: Hanns Martin Schleyer wird in dem Kofferaum eines PKWs in Mühlhausen gefunden.
11. November: In Amsterdam werden nach einer Schießerei mit der Polizei Christoph Wackernagel und Gert Schneider festgenommen und ein knappes Jahr später ausgeliefert.
12. November: Ingrid Schubert, die 1974 zu 13 Jahren Haft verurteilt worden war, wird erhängt in ihrer Zelle in München-Stadelheim aufgefunden.
28. Dezember: Verena Becker wird wegen RAF-Mitgliedschaft und dem Schußwechsel bei ihrer Festnahme zu lebenslanger Haft verurteilt.

1978

18. Januar: In Hamburg beginnt der Prozeß gegen den Rechstanwalt Kurt Groenewold, dem Mitwirkung am »Infosystem« der Gefangenen und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Er wird später zu zwei Jahren auf Bewährung und einer Geldbuße von 75 000 Mark verurteilt.
21. Januar: Bei der Festnahme von Christine Kuby in Hamburg kommt es zu einer Schießerei, bei der sie und ein Polizeibeamter verletzt werden.

10. März – 20. April: Sechster Hungerstreik der politischen Gefangenen, mit dem sie gegen die Einzel- und Kleingruppenisolation protestieren.
26. April: Günter Sonnenberg wird in Stuttgart zu zweimal lebenslänglich verurteilt.
11. Mai: In Jugoslawien werden Sieglinde Hofmann, Rolf-Clemens Wagner, Brigitte Mohnhaupt und Peter-Jürgen Boock verhaftet. Für die Auslieferung an Bonn fordert Jugoslawien den Austausch von acht Exilkroaten, was die Bundesregierung ablehnt; am 17. November können die RAF-Mitglieder in ein Land ihrer Wahl fliegen.
12. Mai: In Paris wird Stefan Wisniewski verhaftet.
6. September: Bei einer Personenkontrolle in einem Düsseldorfer Restaurant wird Willy-Peter Stoll von zwei Polizisten erschossen.
15. September: Die 1974 geflüchtete Astrid Proll wird in einer Autowerkstatt in London verhaftet. Sie wird 1979 an die BRD ausgeliefert und am 22.2.1980 zu fünfeinhalb Jahren verurteilt.
24. September: In Dortmund kommt es bei der Festnahme von Angelika Speitel und Michael Knoll zu einer Schießerei, bei dem der Polizist Hans-Wilhelm Hansen erschossen und Michael Knoll so schwer verletzt wird, daß er zwei Wochen später stirbt.
14. Dezember: Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo, die mit der Anklagebehörde zusammengearbeitet haben, erhalten in Stuttgart geringe Haftstrafen und sind kurze Zeit später frei.

1979

16. Februar: Rechtsanwalt Croissant erhält in Stuttgart zweieinhalb Jahre Haft und vier Jahre Berufsverbot.
20. April – 26. Juni: Im siebten kollektiven Hungerstreik fordern über 70 politische Gefangene die Abschaffung der Isolationshaft, die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, die Zusammenlegung der Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen sowie die Freilassung des haftunfähigen Günter Sonnenberg.
2. Mai: Christine Kuby erhält in Hamburg eine lebenslange Haftstrafe.
4. Mai: Elisabeth von Dyck wird beim Betreten einer Wohnung in Nürnberg erschossen. In der Wohnung befanden sich drei Polizisten, Elisabeth von Dyck war allein.
9. Juni: Rolf Heißler wird in Frankfurt beim Betreten einer Wohnung durch Kopfschuß schwer verletzt und festgenommen.
25. Juni: Gescheiterte Sprengstoffanschlag auf den NATO-General Haig; ein RAF-»Kommando Andreas Baader« sowie die palästinensische PFLP und eine französische Gruppe übernehmen die Verantwortung.
19. November: In Zürich wird nach einem Banküberfall, bei dem eine unbeteiligte Frau ums Leben kommt, Rolf-Clemens Wagner festgenommen.
19. Dezember: Ein Stuttgarter Gericht verurteilt Siegfried Haag zu 15 Jahren Gefängnis.

1980

22. Januar: In Hamburg wird Peter-Jürgen Book festgenommen.
31. Januar: Die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla werden in Stuttgart-Stammheim zu vier Jahren und acht Monaten bzw. zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, sie sollen 1977 für die Gefangenen der RAF u.a. Waffen in den Hochsicherheitstrakt geschmuggelt haben.
5. Mai: In Paris werden Sieglinde Hofmann und vier Frauen aus der »Bewegung 2. Juni« festgenommen.

25. Juli: In der Nähe von Bietigheim-Bissingen kommen bei einem Verkehrsunfall Juliane Plambeck und Wolfgang Beer ums Leben.
31. Juli: Knut Folkerts wird in Stuttgart wegen dreifachen Mordes zu zweimal lebenslänglich verurteilt.
5. September: Christof Wackernagel und Gert Schneider werden in Düsseldorf wegen Schießerei mit der Polizei und RAF-Mitgliedschaft zu 15 Jahren Haft verurteilt.

1981

2. Februar – 16.April: Während des achten kollektiven Hungerstreiks von über hundert politischen Gefangenen (erstmals schließen sich auch Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand an) stirbt Sigurd Debus aufgrund der an ihm durchgeführten Zwangsernährung. Die den Hungersteikenden von der Bundesregierung gemachte Zusage, kein Gefangener bleibe in Einzelisolation, wird später nicht eingehalten.
31. August: Das »Kommando Sigurd Debus« verübt einen Bombenanschlag auf das europäische Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein, bei dem zwanzig Personen verletzt werden.
15. September: Das »Kommando Gudrun Ensslin« beschießt den Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa, den amerikanischen General Kroesen, mit einer Panzerfaust. Der General und seine Frau werden leicht verletzt.
4. Dezember: Stefan Wisniewski erhält in Düsseldorf wegen Mittäterschaft an der Schleyer-Entführung eine lebenslange Haftstrafe. Am 9.3.1993 entscheidet das OLG Düsseldorf, daß er wegen nachträglich erwiesene Schuldschwere das Gefängnis erst nach 20 Jahren »vorzeitig« verlassen kann.

1982

Mai: Unter dem Titel »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front« erscheint von der RAF erstmals seit 10 Jahren ein umfassendes Positionspapier und eine Darstellung der ideologischen und strategischen Vorstellungen.
16. Juni: Sieglinde Hofmann erhält in Frankfurt wegen Beteiligung an der Planung der Ponto-Entführung 15 Jahre.
10. November: Rolf Heißler wird in Düsseldorf wegen Polizistenmord und RAF-Mitgliedschaft zu zweimal lebenslänglich plus 15 Jahre verurteilt.
11. November: An einem Erddepot in der Nähe von Frankfurt werden Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz verhaftet, fünf Tage später wird bei Hamburg Christian Klar festgenommen. Insgesamt werden acht Depots mit Waffen und Papieren entdeckt.

1984:

7. Mai: Peter-Jürgen Book erhält in Stuttgart u.a. wegen Beteiligung an der Ermordung von Schleyer und Ponto dreimal lebenslänglich und 15 Jahre. Eine Teilrevision reduziert das Urteil am 28.11.1986 auf einmal lebenslänglich.
22. Juni: Manuela Happe wird in Deizisau verhaftet.
2. Juli: In Frankfurt werden Ingrid Jakobsmeier, Christa Eckes, Stefan Frey und Helmut Pohl verhaftet.
4. Dezember: Beginn des neunten Hungerstreik der politischen Gefangenen mit rund 40 Gefangenen. Forderungen sind die Aufhebung der Einzel- und Kleingruppenisolation und Zusammenlegung aller kämpfenden Genossen, ferner Besuchs- und Briefverkehr, Aufhebung der Zensur politischer Kommunikation.
18. Dezember: Ein Sprengstoffanschlag des »Kommandos Jan Raspe« auf die NATO-Schule in Oberammergau scheitert.

1985

15. Januar: Gleichzeitig in Frankreich und in der BRD erscheint eine gemeinsame Erklärung der französischen Action directe und der RAF.
25. Januar: Das »Kommando Elisabeth von Dyck« der Action Directe erschießt den Waffenexportchef im französischen Außenministerium, General Réné Audran.
1. Februar: Der MTU-Vorstandsvorsitzende Ernst Zimmermann wird von dem RAF-»Kommando Patsy O'Hara« in seinem Haus erschossen.
2. Februar: Die RAF fordert in einem Brief die politischen Gefangenen auf, ihren Hungerstreik zu beenden, drei Tage später wird dieser eingestellt.
13. März: Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner werden in Düsseldorf wegen Beteiligung an der Schleyer-Entführung und Mitgliedschaft in der RAF zu zweimaliger lebenslanger Haft verurteilt.
2. April: Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt werden in Stammheim wegen RAF-Aktionen 1977-81 zu je fünfmal lebenslänglich und 15 Jahre verurteilt. Es sind die höchste Strafe, die jemals gegen Mitglieder der RAF ausgesprochen wurden.
8. August: Das RAF-»Kommando George Jackson« führt einen Autobombenanschlag auf den US-Luftstützpunkt am Frankfurter Flughafen durch, zwei Amerikaner (ein Soldat und eine zivile Angestellte) kommen dabei ums Leben, 23 weitere Personen werden verletzt. Um sich einen Zugang zu der Air-Baise mittels ein ID-Card zu verschaffen, tötet die RAF den zwanzigjährigen US-Soldaten Edward Pimental.

1986

9. Juli: Das RAF-»Kommando Mara Cagol« sprengt durch eine ferngesteuerte Autobombe das Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckart Groppler in der Nähe von München in die Luft.
2. August: Verhaftung von Eva Haule in Rüsselsheim, ihre Gesprächspartner aus dem antiimperialistischen Widerstand Christian Kluth und Luitgard Hornstein werden ebenfalls verhaftet. Ohne konkrete Tatbeweise werden die zwei später zu Haftstrafen zwischen sechs und zehn Jahren verurteilt.
10. Oktober: In Bonn wird der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl, vor seiner Villa vom »Kommando Ingrid Schubert« erschossen.
23. Dezember: Helmut Pohl wird in Düsseldorf zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

1988

20. September: Kurz vor der IWF- und Weltbanktagung in Berlin beschießt das »Kommando Khaled Aker« den Dienstwagen des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium Hans Tietmeyer.

1989

1. Februar – 14. Mai: Es findet der zehnte kollektive Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und anderen kämpfenden Gefangenen um Zusammenlegung und allgemein bessere Haftbedingungen statt. Vor allem geht es den Hungerstreikenden aber auch um eine freie Kommunikation untereinander und mit Gruppen und Einzelpersonen außerhalb der Gefängnisse.
30. November: Das »Kommando Wolfgang Beer« tötet mittels einer Autobombe Alfred Herrhausen, den Chef der Deutschen Bank und Aufsichtsratsvorsitzenden von Daimler Benz, Continental und Texaco.

1990
2. März: Der Presse geht ein angeblicher Brief der RAF zu einem Anschlag auf Landwirtschaftsminister Kiechle zu. Am nächsten Tag wird eine Erklärung veröffentlicht, in der ein Abbruch des Anschlages mit der Gefährdung Dritter begründet wird. Am 26. April dementiert die RAF beide Schreiben und behauptet als Urheber den Verfassungsschutz.
5. Juni: Überfall auf einen Einkaufsmarkt in Duisburg. Zu dieser Aktion bekennt sich die RAF in einem Schreiben, indem sie u.a. angebliche Verbindungen zwischen den besetzten Häusern in der Hamburger Hafenstraße und der RAF abstreitet.
Im Juni 1990 werden ehemalige Mitglieder der RAF in der DDR verhaftet (Susanne Albrecht, Inge Viett, Werner Lotze, Ekkehard Seckendorff-Gudent, Christine Dümlein, Monika Helbing, Silke Maier-Witt, Henning Beer, Sigrid Sternebeck und Ralf-Baptist Friedrich). Sie befanden sich seit Anfang der achtziger Jahre in der DDR. Durch den Zusammenbruch der DDR wurde ihre Identität bekannt und sie daraufhin an die BRD ausgeliefert. Während Ekkehard Senckendorff-Gudent und Christine Dümlein aufgrund von Verjährungsfristen aus der Haft entlassen wurden, war Inge Viett die einzige, die sich nicht auf die »Kronzeugenregelung« eingelassen hat (sie wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt, wird aber vorzeitig entlassen). Susanne Albrecht, Werner Lotze, Henning Beer und andere ehemalige »DDR-BürgerInnen« stellen sich in der Folgezeit für neu aufgerollte Prozesse gegen politische Gefangene zur Verfügung und erhalten dafür, angesichts des Strafvorwurf (u.a. Ermordung von Ponto, Schleyer-Entführung, Anschläge auf die US-Generäle Haig und Kroesen), relativ geringe Verurteilungen. Susanne Albrecht u.a. für die Beteiligung an der versuchten Entführung und Ermordung von Ponto zwölf Jahre, Werner Lotze zwölf Jahre, Henning Beer sechs Jahre.
27. Juli: Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, entgeht einem RAF-Anschlag und wird nur leicht verletzt. Neusel ist u.a. für »Terrorismusangelegenheiten« zuständigt. Mit dem Kommandonamen »José Manuel Sevillano« nimmt die RAF bezug auf den parallel laufenden Hungerstreik spanischer politischer Gefangener, in dessen Verlauf Sevillano gestorben war.

1991

13. Februar: Gewehrschüsse auf die US-Botschaft in Bonn durch ein Kommando der RAF.
1. April: Detlev Karsten Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Treuhandanstalt, wird vom »Kommando Ulrich Wessel« in seinem Düsseldorfer Haus erschossen.

1992

April: Die RAF formuliert eine grundsätzliche Revision ihrer Politik und verkündet die Beendigung ihrer Aktionen gegen einzelnen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft.
29. Juni und August: Zwei Schreiben der RAF, die den vorläufigen Verzicht auf »tödliche Aktionen« bekräftigen.

1993

30. März: Das »Kommando Katharina Hammerschmidt« sprengt den kurz vor der Einweihung befindlichen Hochsicherheitsknast Weiterstadt. Der Schaden beläuft sich auf rund 100 Millionen DM.
27. Juni: Bei der versuchten Festnahme werden in Bad Kleinen Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen. Auf die Spur der beiden waren die Verfolgungsbehörden durch den VS-Spitzel Klaus Steinmetz gekommen.

1994
Erneute Verurteilung von Eva Haule zu lebenslänglich wegen des Anschlags die US-Airbase in Frankfurt.
Christian Klar wird aufgrund der Konzeugen-Aussagen nochmals zu 15 Jahren Haft verurteilt.
27. Juli – 3. August 1994: Begrenzter Hungerstreik von Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Heidi Schulz, Rolf-Clemens Wagner und Birgit Hogefeld mit der Forderung der sofortigen Freilassung der seit 22 Jahren inhaftierten Irmgard Möller.
5. September: Heidi Schulz wird aufgrund von Kronzeugenaussagen wegen des Anschlags auf General Kroesen erneut zu lebenslänglich verurteilt.

1995

26. September: Sieglinde Hofmann wird aufgrund der Aussagen der »DDR-Kronzeugen« in Stammheim u.a. wegen der Beteiligung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers zu lebenslanger Haft verurteilt.

1996

November: Birgit Hogefeld wird in Frankfurt zu lebenslänglich verurteilt.

Texte der Gefangenen aus der RAF

Die Auswahlbibliographie enthält Prozeßerklärungen, Briefe und Berichte, die in Büchern und Broschüren veröffentlicht wurden. Der größte Teil dieser Texte wurde auch in kopierter Form veröffentlicht. Von Kopiensammlungen wurden nur ausführliche, ansonsten nicht publizierte, Prozeßerklärungen aufgenommen. Eine umfassende Bibliographie findet sich in der Publikation:
Peter Hein: *Stadtguerilla/Bewaffneter Kampf in der BRD*, Berlin: Edition ID-Archiv, 1989 (Ergänzungsband 1993)

Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa – Sektion BRD (Hg.): Texte: RAF
[Mit Texten von Holger Meins, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Andreas Baader, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Irmgard Möller, Ronald Augustin, Gudrun Ensslin]
Malmö, Schweden: Verlag Bo Cafevors, 1977 (600 S.)

Pieter Bakker Schut, Ralf Binswanger, Bernhard Rambert (Hg.): Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. Kritische Anmerkungen zu dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland an den UN-Menschenrechtsausschuß vom November 1977.
[Erklärungen, Berichte, Briefe von: Ulrike Meinhof, Karl-Heinz Dellwo, Gabriele Rollnik, Monika Berberich, Jan-Carl Raspe, Lutz Taufer, Werner Hoppe, Holger Meins, Brigitte Asdonk, Annerose Reiche, Margrit Schiller, Christa Eckes, Ilse Stachowiak, Hanna Krabbe, Ingrid Schubert, Stefan Wisniewski, Siegfried Haag]
Amsterdam: Selbstverlag, 1983 (281 S.)

Pieter Bakker Schut (Hg.): das info. briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973 – 1977
[Beiträge von: Heinrich (Ali) Jansen, Andreas Baader, Bernd Roessner, Christa Eckes, Irmgard Möller, Gudrun Ensslin, Brigitte Mohnhaupt, Wolfgang Beer, Jan-Carl Raspe, Holger Meins, Helmut Pohl, Margrit Schiller, Monika Berberich, Ingrid Schubert, Ronald Augustin, Ulrike Meinhof, Verena Becker und Werner Hoppe]
Kiel: Neuer Malik Verlag, 1987 (336 S.)

Dossier. Berichte und Erklärungen von Gefangenen, in: Kursbuch 32. August 1973. Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen. Hrsg. v. Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel. – Berlin: Kursbuch Verlag/Rotbuch Verlag, 1973 (S. 144-182)

Der Kampf gegen die Vernichtungshaft. Hg.: Komitees gegem Folter an politischen Gefangenen in der BRD.
[Texte von Ulrike Meinhof und Monika Berberich]
o.O.: Selbstverlag, o.J. [1974] (285 S.)

letzte texte von ulrike. Hrsg.: Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa. – o.O.: Selbstverlag, o.J. [1976] (67 S.)

Irmgard Möller berichtet. Dokumentation. Hrsg. V. Jutta Bahr-Jendges, Alexandra Goy, Heinz Heldmann und Rainer Fromman. Berlin: Selbsverlag, 1977 (59 S.)

West-Europa unter BRD-Diktat. Briefe von politischen Gefangenen zu: europäischer Integration und ihrer Haftsituation
[Enthält u.a. Briefe von Lutz Taufer, Klaus Jünschke, Siegfried Haag, Helmut Pohl, Roland Mayer, Karl-Heinz Dellwo, Manfred Grashof]
Hrsg.: Arbeitskreis Europäische Politik Karlsruhe: Selbstverlag, o.J. [1979] (70 S.)

Erklärung der politischen Gefangenen in der BRD zur »Amnestie/Dialog-Kampagne«. Beiträge der Angehörigen zu den Haftbedingungen.
[Beiträge von: Adelheid Schulz, Lutz Taufer und Brigitte Mohnhaupt]
Zürich: 1988 (24 S.) [Kopiensammlung]

AK Drinnen und Draußen Celle (Hg.) »Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß« (Lukács), Texte von Gefangenen aus der RAF und Winderstand aus den Jahren 1988 bis 1992
[Texte, Briefe und Erklärungen von: Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Eva Haule, Rolf Heißler, Irmgard Möller, Helmut Pohl, Ali Jansen, Lutz Taufer, Rolf-Clemens Wagner]
Köln: GNN-Verlag, 1992 (84 S.)

Erklärungen aus den Prozessen von den Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand. Ende 83 – Mitte 84
[Enthält u.a. Erklärungen von: Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner, Knut Folkerts und Günter Sonnenberg]
o.O.: o.J. [1984] (72 S.) [Kopiensammlung]

Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand. März 1985
[Texte von: Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Bernd Rößner, Helmut Pohl, Roland Mayer ...]
Hannover: Selbstverlag (53 S.)

Widerstand heißt Angriff!! Erklärungen, Redebeiträge, Flugblätter und Briefe 1977 – 1987
[Mit Texten von: Knut Folkerts, Günter Sonnenberg, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Irmgard Möller, Adelheid Schulz, Rolf-Clemens Wagner, Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier, Gisela Dutzi, Lutz Taufer]
Amsterdam: Selbstverlag 1988 (410 S.)

Prozeßerklärung von Eva Haule. Gefangene aus der RAF. April/Juni 1988
o.O.:o.J. [1988] (49 S.) [Kopiensammlung]

Bundesvorstand der Roten Hilfe (Hg.): »... wir lassen jetzt nicht mehr los«. Diskussionsbeiträge und Dokumente zum Hungerstreik ’89 der politischen Gefangenen aus und zur Isolationsfolter in der BRD.
[Beiträge von Helmut Pohl, Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Christa Eckes, Eva Haule]
Kiel: Selbstverlag, o.J. [1989] (64 S.)

Erklärungen der politischen Gefangenen in der BRD zur »Amnestie/Dialog-Kampagne«. Beiträge der Angehörigen zu den Haftbedingungen.
[Erklärungen von: Adelheid Schulz, Lutz Taufer und Brigitte Mohnhaupt]
Zürich: 1988 (24 S.) [Kopiensammlung]

Lutz Taufer: Gedanken gegen die Mauern, in: Odranoel. Die Linke – zwischen den Welten (S. 59-122)
Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation (1992)

Karl-Heinz Dellwo: Zur Geschichte der RAF. (77 Seiten Manuskript)1992

»wir haben mehr fragen als antworten«
RAF-Diskussionen 1992–1994
[Beiträge von und Gespräche mit Irmgard Möller, Eva Haule, Christine Kuby, Hanna Krabbe, Monika Berberich, Karl-Heinz Dellwo, Gisela Dutzi, Knut Folkerts, Manuela Happe, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Birgit Hogefeld, Ali Jansen, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Gabriele Rollnik, Adelheid Schulz, Günter Sonnenberg, Lutz Taufer, Rolf-Clemens Wagner]
Berlin: Edition ID-Archiv 1995 (401 S.)

Birgit Hogefeld: Ein ganz normales Verfahren ... Prozeßerklärungen, Briefe und Texte zur Geschichte der RAF
Berlin: Edition ID-Archiv 1996 (192 S.)

»RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke.
Hrsg. von Oliver Tolmein
Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1997 (270 S.)

Inge Viett: Nie war ich furchtloser. Autobiographie
Hamburg: Edition Nautilus 1997 (319 S.)

Auseinandersetzung und Kritik der Linken mit der Politik der RAF – Eine Auswahlbibliographie

agit 883 (6.12.1971): *Rote Armee Fraktion: Leninisten mit Knarre* , in: Provokationen – Darmstadt, Luchterhand-Verlag 1980

Altvater, Elmar: *Individueller Terror, repressiver Konsens und die Linke* (1977), in: Die Mythen knacken – Frankfurt, Selbstverlag (S. 235–239)

Bäcker, Jürgen & Mahler, Horst: *Zehn Thesen zur RAF* (1978), in: Jahrbuch Politik 8 – Berlin, Wagenbach 1978 (S. 10–15)

Bittermann, Klaus: *Die Arbeit des Verdrängens* (1986), in: Die alte Straßenverkehrsordnung (S. 199–212) – Berlin: Edition Tiamat 1986

Brückner, Peter: *Antiimperialistischer Kampf* (1974), in: Die Mythen knacken (S. 152–155)

Brückner, Peter: *Politisch-Psychologische Anmerkungen zur Roten Armee Fraktion* (1976), in: Zerstörung des Gehorsams – Berlin: Wagenbach Verlag 1983 (S. 216–241)

Peter Brücker: *Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse* – Berlin: Wagenbach Verlag 1976

Brückner, Peter & Sichtermann, Barbara: *Die Verknastung der sozialen Welt. Versuche über die RAF* (1975), in: Über die Gewalt – Berlin: Wagenbach Verlag 1979 (S. 67–109)

Bruhn, Joachim: *Randale und Revolution* (1986), in: Die alte Straßenverkehrsordnung (S. 157–174)

Broschürengruppe u.a. (Hg.): *Für eine neue revolutionäre Praxis. Triple Oppression und bewaffneter Kampf* – Berlin: Selbstverlag 1994

Cash, Hanna: *Auf ins Offene. Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF* (1991), in: ak 329 v. 8.4.1991

Claussen, Detlev: *Fetisch Gewalt. Zum historischen Funktionswechsel des Terrors* (1977), in: Die Mythen knacken (S. 222–227)

Dietiker, Michael; Jansen, Ali; Rosenkötter, Bernhard: *Über das Schleifen von Messerrücken* (1992), in: »wir haben mehr fragen als antworten«. RAF Diskussionen 1992–1994 (S. 109–125) – Berlin: Edition ID-Archiv 1995

Durchblick Neue Folge Nr.3, 1989 (S. 39–42): *Zum Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und Widerstand und verschiedener »soziale« Gefangene*

Dutschke, Rudi: *Über die Schwierigkeiten einer kritischen Solidarität* (1975), in: Die Mythen knacken (S. 83–85)

Eisenberg, Johannes: *Bis in nächste Jahrtausend. Argumente für eine Entspannungspolitik zwischen Staat und RAF* (1987), in: Sontheimer/Kallscheuer. Einschüsse (S. 140–152) – Berlin: Rotbuch Verlag 1987

Frankfurter Autonome: *Nicht mehr länger auf dem Schachbrett der Generäle* (1986), in: Die Mythen knacken (S. 392–397)

Goettle, Gabriele: *Die Normalität der Gewalt* (1986), in: Die alte Straßenverkehrsordnung 1986 (S. 141–156)

Gruppe »Freiheit für die politischen Gefangenen«: *Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992* – Berlin: Selbstverlag 1992

Hansen, Hartwig: *Den Staat aushungern oder Die zweite Niederlage der RAF* (1987), in: Einschüsse (S. 117–139)

Jünschke, Klaus: *Offener Brief an die Genossinnen und Genossen der RAF* (1986), in: Der Blinde Fleck – Frankfurt/M: Verlag Neue Kritik 1987

Kein Friede (Hg.): *Die Mühen der Ebene* – Frankfurt: Selbstverlag 1992

Kein Friede (Hg.): *Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken. Bad Kleinen, Steinmetz und der Bruch in der RAF. Ein vorläufiger Bericht* (1994) – Frankfurt: Selbstverlag 1994

Lubetsky, M: *Stammheim und Tel Zaatar. Versuch über Moral und Politik* (1978), in: Autonomie Nr. 10 – München, Trikont Verlag 1978

Mescalero: *Buback. Ein Nachruf* (1977), in: Die Mythen knacken (S. 167 – 171)

Pohrt, Wolfgang: *Gewalt und Politik* (1986), in: Die alte Straßenverkehrsordnung (S. 7 – 20) 1986

Pohrt, Wolfgang: *Stammheim/Mogadischu* (1978), in: Die Mythen knacken (S. 252 – 255)

Redaktionsgruppe: *Die Kinkel-Initiative, Bad Kleinen und die Niederlage von revolutionärem Widerstand, RAF und politischen Gefangenen* (1994), in: Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams (S. 257 – 264) – Berlin: Edition ID-Archiv 1994

Revolutionäre Kampf: *Gewalt* (Juni 1972), in: Die Mythen knacken (S. 71 – 74)

Revolutionäre Zellen: *Brief an alle Genossen aus der RAF* (1976), in: Die Früchte des Zorns (S. 173 – 178) – Berlin: Edition ID-Archiv 1993

Roth, Karl Heinz: *Der 2. Juni. 10 Jahre danach* (1977), in: Die Mythen knacken (S. 162 – 166)

Roth, Karl Heinz: *Die historische Bedeutung der RAF* (1978), in: (Selbst)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla (S. 70 – 89) – Tübingen: iva-Verlag 1980

Autonome Knast- und Widerstandsgruppen aus verschiedenen Städten (Hg.): *Sand im Getriebe der Macht. Beiträge gegen Knast, gegen soziale Kontrolle, für Widerstand.* – o.O.: Selbstverlag, o.J. (1981) 86 S.

Sozialistisches Büro: *Sozialismus und Terrorismus* (1977), in: Die Mythen knacken (S. 215)

Teufel, Fritz: *Indianer weinen nicht – sie kämpfen* (1979), in: (Selbst)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla (S. 20 – 30)

Tolmein, Oliver & zum Winkel, Detlef: *Nix gerafft. 10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken* – Hamburg: Neuer Konkret Verlag 1987

Tolmein, Oliver: *Stammheim Vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF* – Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1997 (2.A.)

Wagenbach, Klaus: *Die RAF und die Neue Linke* (1978), in: Jahrbuch Politik (S. 24 – 37)

Wildcat: *Sechs Thesen, vier Mythen, Zwei Wege, ein Ziel?* – Berlin: Wildcat Nr. 59/1992

Zahl, Peter Paul: *Zwei Linien in der RAF* (1974), in: Waffe der Kritik – Frankfurt/M.: Verlag Freie Gesellschaft (S. 170 – 177)

Zur aktuellen Situation der Gefangenen (1980), in Kollektiv Rote Hilfe München (Hg.): Entwurf einer Magna Charta für alle Internierten in Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen (S. 2 – 21)

Abkürzungsverzeichnis

AD	Action Directe
ai	amnesty international
ANC	African National Congress
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARD	Allgemeiner Rundfunk Deutschland
AStA	Allgemeiner StudentInnen Ausschuß
BASF	Badische Anilin- und Soda-Fabriken
BAW	Bundesanwaltschaft
BDI	Bundesverbands der Deutschen Industrie
BDJ	Bund deutscher Jugend
BDLI	Bundesverband der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie
BGH	Bundesgerichtshof
BGS	Bundesgrenzschutz
BKA	Bundeskriminalamt
BND	Bundesnachrichtendienst
BVG	Bundesverwaltungsgericht
BZ	Berliner Zeitung
CCC	Cellules Communistiques Combattantes
CDR	Komitees zur Verteidigung der Republik
CGT	Conféderation Général du Travail
CIA	Central Intelligence Agency
CRS	Compagnie Républicaine de Sécurité
DFG	Deutsche Forschungsgesellschaft
dpa	Deutsche Presse Agentur
EG	Europäische Gemeinschaft
EMNID	(Meinungsforschungsinstitut)
EPZ	Europäischen Politischen Zusammenarbeit
ETA	Euzkadi ta Azkatasuna
EUREKA	European Research Coordination Agency
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional
FAO	Food and Agriculture Organization
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie deutsche Jugend
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación National
FP-25	Forças Populares do 25 Abril
FPL	Fuerzas Polupares de Liberación

FR	Frankfurter Rundschau
FRELIMO	Frente de Liberaçnao de Moçambique
FROLINAT	Front de la Libération National
FU	Freie Universität Berlin
G7	Gruppe der 7 (reichtsen Industrieländer)
GI	Gouvernment Issue (Soldat der US-Armee)
Grapo	Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober
GSG 9	Grenzschutzgruppe 9
HQ	Headquarter
HS	Hungerstreik
ID-Card	Identitätskarte
INLA	Irish National Liberation Army
IOC	International Olympic Committee
IRA	Irish Republican Army
IWF	Internationaler Währungsfonds
KB	Kommunistischer Bund
KGT	Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPR	Kommunistische Partei Rußlands
K.S.	Klaus Steinmetz
KSV	Kommunistischer Studentenverband
KWU	Kraftwerk Union
LKA	Landeskriminalamt
MBB	Messerschmidt Bölkow Blohm AG
MIK	Militärisch Industrieller Komplex
MIR	Movimiento de Izquierda Revolucionaria
ML	Marxismus/Leninismus
MLN	Movimiento de Libberación Nacional
MP	Maschinenpistole
MPLA	Movimento Popular de Liberacao de Angola
MTU	Motoren- und Turbinen-Union München GmbH
NATO	Nord Atlantic Treaty Organization
NS	Nationalsozialismus
OAU	Organization for African Unity
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OLG	Oberlandesgericht
OPEC	Organization of Petrol Exporting countries
PCE(r)	Kommunistische Partei Spaniens/revolutionär
PFLP	People's Front for the Libaration of Palestine

PKK	Arbeiterpartei Kurdistans (kurd.)
POLISARIO	Volksfront zur Befreiung von Seguiat al Hamra und Rio de Oro (span.)
RDF	Rapid Deployment Force
REMAMO	Resitencia Nacional Mocambicana
RZ	Revolutionäre Zellen/Rote Zora
SA	Sturmabteilung
SB	Sozialistisches Büro
SDAPR	Sozialistische Demokratische Arbeiterpartei Rußlands
SDI	Strategic Defense Initiative
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SEATO	South East Asian Treaty Organization
SEK	Sonder-Einsatz-Kommando
SFB	Sender Freies Berlin
SI	Sozialistische Internationale
SPK	Sozialistisches Patientenkollektiv
SS	Schutzstaffel
SWAPO	South West Africa People's Organization
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	die tageszeitung
TNT	Trinitrotoluol
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violance International
TWA	Trans World Airlines
UNCTAD	UN Conference on Trade and Development
UNO	United Nations Organization
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deuschlandd
VLB	Verband Linker Buchläden und Verlage
VS	Verfassungsschutz
WAA	Wiederaufarbeitungs-Anlage (Wackersdorf)
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische (Verteidigungs) Union
WG	Wohngemeinschaft
WoZ	WochenZeitung Zürich
WWG	Weltwirtschaftsgipfel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

Register